Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

Digitized by Google

The University of Chicago
Libraries

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

THE UNIVERSITY OF

Deutsche Revue

Eine Monatschrift

Herausgegeben von .....

Richard Fleischer

Vierzigster Jahrgang. Erster Band
Januar bis März 1915

Pur

Stuttgart und Leipzig 1915 Deutsche Verlags-Anstalt

Digitized by Google

THE
UNIVERSITY
OF
CHICAGO LIBRARY

AP30
.I35

Digitized by Google

450334

Inhalt

des

Ersten Quartal-Bandes des Jahrgangs XL

(Januar bis März 1915)

Seite

Dr. **Freiherr von Jettel**: Rumänien am Scheidewege 1

Martin Conrad: Zwei Reisen an den Hof des Kaisers Nikolaus I. von Rußland im Jahre 1850. Aufzeichnungen des damaligen preußischen Majors v. Schlegell 6. 219. 351

Graf Géza Zichy: Die Psychologie der Einarmigen 16

Prof. **Carl v. Noorden** (Frankfurt a. M.): Ueber einige neuere Untersuchungen aus dem Gebiet der Infektionskrankheiten, der radioaktiven Therapie und der Nährschäden 18

F. v. Wantoch-Rekowski: Politische Stimmungen in Italien und die italienische Presse. Aus meinen Erinnerungen 31

Prof. Dr. **v. Romberg** (München): Der Schutz unsrer Bevölkerung vor gesundheitlichen Kriegsfolgen 42

Prof. Dr. **Galle**: Wissenschaft und Krieg 51

Vizeadmiral z. D. **Kirchhoff**: England und die Neutralen 54

Frau **Divoff**, geb. Gräfin Buturlin: Sieben Monate am Wiener Hof im Jahre 1798. Aus ihrem Tagebuch 57

Eugen Ritter v. Kuczynski: Amerikanisch-chinesische Beziehungen und ihre Rückwirkungen auf Japan 71

Generalleutnant z. D. **Leo**: Die Moral im Kriege 89

M. v. Köller: „The Germans to the Front!“ 93

A. v. Kirchenheim (Heidelberg): Völkerrecht und Krieg 97

Prof. **Eugen Oberhummer** (Wien): Aegypten und der Suezkanal . . 101

Regierungsrat **Johannes Neuberg**: Der Krieg und die Gesetze, die er brachte 113

Dr. J. **Lulvès**, Archivrat (Hannover): Auf welche Weise machte sich Frankreich zum Herrn von Tunis? 125

Wird Japan den Hilferufen der Ententemächte Folge leisten? Von einem früheren Diplomaten 142

Kämpfen Rußland und Frankreich für ihre eignen Interessen oder hauptsächlich für diejenigen Englands? 147

D. v. Stockert-Meynert: Frankreich nach der Niederlage vom Jahre 1870. Ballonbriefe des Professors Henri Montucci von der französischen Militärschule St. Cyr 150. 319

freiherr **v. Hengelmüller**: Englische Bemühungen um die Gewinnung amerikanischer Freundschaft. Ein Beitrag zur diplomatischen Geschichte der jüngsten Zeit 159. 335

Digitized by Google

Seite

Friedrich Thimme, Direktor der Bibliothek des Herrenhauses, Berlin: Einige Mitteilungen aus meinen Erinnerungen zur deutschen Einheitsbewegung. Ein Memoirenfragment Johannes v. Miquels 171
Dr. **Otto Nordenskjöld**: Ueber Schutz gegen große Kälte 185
Professor **Lammasch**: Ueber „die Krise des Internationalismus" . . . 190
Dr. **Fr. Klein**, Minister a. D.: Entgegnung 198
Friedrich Curtius: Die patriotische Einmütigkeit des deutschen Volkes und deren Bedeutung für die Zukunft 205
F. v. Wantoch-Rekowski: Italienische Erinnerungen 207. 341
H. Wittmaack, Reichsgerichtsrat a. D.: Die Neutralität Belgiens . . . 210
Krieg und Kolonien. Von einem alten Afrikaner 229
Prof. Dr. **Goebel** (Breslau), zurzeit im Felde: Die Verwundungen des Weltkrieges 233
A. v. Kirchenheim: Ueber Neutralität. Zweiter völkerrechtlicher Brief . 238
Philipp Zorn: Wer trägt die Schuld? Eine völkerrechtliche Untersuchung 249
Archivrat Dr. **J. Lulvès** (Hannover): In welcher Weise hat sich Englands Freundschaft für Italien in der Vergangenheit geäußert? . . 265
Reinhold v. Thadden-Trieglaff: Erinnerungen an den Fürsten Bismarck 278
Professor **Otfried Müller**, Direktor der medizinischen Klinik in Tübingen: Die Bedeutung seelischer Kultur und Gesundheit im Kriege . . 291
Vizeadmiral z. D. **Kirchhoff**: Englands Allmacht zur See?! 305
Zur heutigen Kriegslage: ist Italien auf dem Irrwege an der Adria? Von einem früheren österreichisch-ungarischen Diplomaten . . 311
Generalleutnant z. D. **v. Görtz**: Die Rückkehr Napoleons I. von Elba am 1. März 1815 328
H. Wittmaack: Der Fall der „Dacia" 347
Fritz Hoffmann, Konteradmiral z. D. (Kiel): Der deutsch-englische Seekrieg 358
Geh. Sanitätsrat Prof. **J. Schwalbe** (Berlin): Aus der Organisation der weiblichen Kriegskrankenpflege 361
England und die Neutralen. Eine Berichtigung von holländischer Seite 371

Berichte aus allen Wissenschaften

Heinrich Bischoff, Universitätsprofessor (Lüttich): Deutsche Sprache und Literatur in Belgien 242

Kleine Revuen

Literarische Berichte 119. 245. 372
Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes 124

Digitized by Google

Rumänien am Scheidewege

Von

Dr. Freiherrn v. Jettel

Das Erdbeben, das Europa in den Grundfesten erschüttert, wirft Wellen weit hinaus über seinen Herd und bringt auch solche Gebiete ins Schwanken, an deren festem Gefüge man nicht gezweifelt hatte.

Der heutige Krieg stellt an die Klugheit der Staatsmänner, welche die Geschicke der nicht unmittelbar betroffenen Länder zu lenken haben, hohe Anforderungen. Sie müssen sich entscheiden, ob sie einer der kriegführenden Mächte sich anschließen oder ob sie eine mehr oder weniger wohlwollende Neutralität beobachten und sich vorbehalten wollen, sobald der Krieg zu Ende ist, ihre allfälligen besonderen Wünsche bei dem europäischen Areopag anzumelden. In diese letztere Kategorie von Staaten scheint man Rumänien einreihen zu müssen, das zwar noch zur Zeit König Carols für die Einhaltung der Neutralität sich entschieden hat, wo sich aber Strömungen bemerkbar machen, welche zwar nicht an der Fortdauer der Neutralität, wohl aber an der Uneigennützigkeit dieser Politik zweifeln lassen.

Seit dem Balkankriege, wo es erst im Zeitpunkte höchster Verwirrung eingriff, um die Dinge wieder ins rechte Gleis zu bringen, sich aber gleichzeitig eine langersehnte Gebietserweiterung zu verschaffen, spielt Rumänien, das sich so lange gewehrt hatte, als Balkanstaat behandelt zu werden, in allen dort auftauchenden Fragen eine hervorragende Rolle. Es ist begreiflich, daß der Kampf um die Vorherrschaft auf dem Balkan, der sich bisher nur in diplomatischen Formen abgespielt hatte, nun aber zum vollen Ausbruche gekommen ist, das Bukarester Kabinett nötigte, dazu Stellung zu nehmen. Die Frage, wer an der unteren Donau herrschen solle, ob in jenen von einem nichtslawischen Volke besiedelten Gebieten, die sich wie eine natürliche Barriere vor den Weg nach Konstantinopel legen, der österreichische oder der russische Einfluß überwiegen werde, bildet ja seit langem einen Zankapfel zwischen Oesterreich und Rußland. Dreimal war die habsburgische Monarchie nahe daran, dort festen Fuß zu fassen. Während des zweiten Türkenkrieges, unter Kaiser Josef II. und der großen Katharina machte der damalige preußische Minister Baron Hertzberg, der bei dem Handel auch seinem Vaterlande einen Vorteil zuwenden wollte, den Vorschlag, Oester-

Copyright 1915 by Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

reich die Moldau und Walachei im Austausche gegen Galizien zu überlassen. Die Tilsiter Friedensverhandlungen haben Napoleon die Vollmacht zur Friedensvermittlung zwischen Rußland und der Türkei eingetragen; eine der Bedingungen, die Napoleon stellte, von der er aber später wieder abging, war die Räumung der Donaufürstentümer durch Rußland und ihre Ueberlassung an Oesterreich. Neuerdings tauchte die Frage während des Krimkrieges wieder auf. Oesterreich hatte auf Grund eines Vertrages mit der Pforte, die so ihre Truppen gegen Rußland freibekam, die Donaufürstentümer besetzt, nachdem sie vorher durch viele Jahre von Rußland okkupiert waren. Nebenbei bemerkt bezahlten die Oesterreicher, wie Friedjung erzählt, während der ganzen Zeit ihre Truppen selbst, wogegen die russische Okkupation das Land 15 Millionen gekostet hatte; zudem hatten sich die Russen der öffentlichen Kassen bemächtigt, hohe Steuern ausgeschrieben und die Miliz unter ihre Oberhoheit gestellt. Bei den Pariser Friedensverhandlungen bestand Oesterreich auf der Unabhängigkeit der Donaufürstentümer von Rußland und bemühte sich, ihnen durch Abtretung des größten Teiles von Bessarabien einen ansehnlichen Gebietszuwachs zu verschaffen. Ein letztes Mal wurden Oesterreich diese Gebiete von Napoleon III. angeboten gegen den Verzicht auf die Lombardei. Eine neue Kombination entsprang endlich dem Kopfe des Grafen Ignatiew, der Oesterreich die Donaufürstentümer anbieten wollte, wenn es seine Ansprüche auf Bosnien aufgab. So bildeten durch Jahrhunderte die Moldau und Walachei ein Tauschobjekt unter den europäischen Mächten.

Eine neue Aera begann mit dem Tage, an dem ein kleiner deutscher Fürst, Karl von Hohenzollern, den Thron bestieg. Nachdem er sich bei Plewna kriegerische Lorbeeren errungen, trug der Berliner Kongreß dem Lande die Unabhängigkeit ein, und drei Jahre später setzte er sich die Königskrone aufs Haupt. Während der vielen Jahre, wo Mazedonien der Schauplatz blutiger Bandenkämpfe war, blieb Rumänien unter der Führung seines weisen Königs ein Element der Ordnung, das, gestützt auf Deutschland und Oesterreich, einen festen Damm gegen eine von Norden her auf Konstantinopel und die Meerengen mächtig herandrängende allslawische oder richtiger allrussische Welle zu bilden berufen schien.

Seit dem Balkankriege und den sich daranschließenden Friedensverhandlungen machte sich ein merklicher Umschwung in der Stellung Rumäniens zu den europäischen Mächtegruppen bemerkbar. Sein Ausgangspunkt war die angebliche Bevorzugung Bulgariens zuungunsten der Ansprüche Rumäniens von seiten des Wiener Kabinetts. Zwar lieferten die im rumänischen Grünbuche veröffentlichten diplomatischen Aktenstücke einen vollen Beweis für die Unhaltbarkeit dieser Behauptung, und der damalige rumänische Ministerpräsident Majorescu trat ihr in einer Rede vom 3. Januar 1914 mit aller Entschiedenheit entgegen. Allein von gegnerischer Seite wurde die Situation nach Kräften ausgenutzt und alles getan, um Oesterreich und Deutschland in Bukarest den Boden abzugraben. Besonders eifrig am Werke war Frankreich. Seit langem bestanden bei den herrschenden Bojarenfamilien, die ihre Söhne in Paris studieren lassen,

Digitized by Google

warme Sympathien für dieses Land. Man erinnert sich noch der franzosenfreundlichen Demonstrationen in Bukarest während des Krieges von 1870/71. Französisch war in den leitenden Kreisen stets die allgemeine Umgangssprache. Französisch ist die Sprache von vier der verbreitetsten Zeitungen Rumäniens. Aus Paris beziehen die reichen Rumänen ihre Literatur, aus Paris die Rumäninnen ihre Kleider und Hüte. Das Terrain war also wohl vorbereitet, als im März 1914, zwei hervorragende französische Journalisten — die Herren Tardieu und Lauzanne — nach Bukarest kamen und in der „französisch-rumänischen Gesellschaft" unter großem Zulauf Vorträge hielten, in denen das Thema von der „lateinischen Schwesternation" kräftig angeschlagen wurde. Ob die beiden Herren außer ihren Vortragsheften noch andre Beweise der Sympathie Frankreichs für die Rumänen mitbrachten, mag dahingestellt bleiben. Die Vorträge fanden am 20. März statt. Zehn Tage später hielt die rumänische Kulturliga eine Versammlung ab, in der die traurige Lage der Rumänen in der Bukowina und in Siebenbürgen in beweglichen Worten geschildert, und die rumänische Jugend aufgefordert wurde, sich um die Fahnen zu scharen und gegen die „siebenbürgischen Alpen" zu ziehen. Die rumänische Regierung bemühte sich, den Eindruck, den diese Kundgebung in der benachbarten Monarchie hervorbringen mußte, nach Möglichkeit zu verwischen, indem sie die Demonstrationen entschieden verurteilte, allerdings mit dem bedenklichen Beisatze, daß sie ihren Ursprung in einem „begreiflichen" Gefühl hätten. Im Juni versammelte sich die Kulturliga neuerdings und gab ihrem Schmerz über die Unterdrückung ihrer Stammesbrüder zwischen den Karpathen und der Theiß Ausdruck. Zugleich sandte sie den Führern im Kampfe ihren brüderlichen Gruß, von der Hoffnung beseelt, daß sie sich in kurzem von einem Volke bejubelt sehen werden, dem sie für ewige Zeiten die Freiheit gesichert haben. Man kennt in Oesterreich-Ungarn diese Tonart. Fast zur gleichen Zeit wurde sie vom Grafen Bobrinski nach seiner ruthenischen Agitationsreise in den Sitzungen des slawischen Wohltätigkeitsvereins angeschlagen. Sie bildet auch anderwärts eine Lieblingsmelodie nationalistischer Hetzer. In ihrer Anwendung auf Siebenbürgen leidet sie freilich an verschiedenen Mängeln. Die Bevölkerung des Landes ist kaum über die Hälfte rumänischer Nationalität und nicht einmal zu einem Drittel orthodoxen Glaubensbekenntnisses. Das Land gehört seit fast einem Jahrtausend zu Ungarn und stand bis in die neue Zeit unter Fürsten ungarischer Nationalität. Die siebenbürgischen Karpathen bilden den natürlichen Grenzwall gegen Osten. Historische Rechte, wie seine geographische Lage weisen das Land also auf Ungarn. Daß die Bewegung von französischer und russischer Seite in jeder Weise gefördert und ausgenutzt wurde, ist nicht verwunderlich. Ein bekannter russischer Publizist, Durnowo, richtete im März 1914 an den Bukarester „Universul" ein offenes Schreiben, in dem es hieß, das Lebensinteresse Rumäniens verlange die Vereinigung aller Rumänen unter einem einzigen Zepter. In einem künftigen Kriege werde Rußland mit Rumänien und Serbien Arm in Arm auf das Schlachtfeld ziehen; es wäre eventuell bereit, Rumänien einen Teil Bessarabiens zurückzugeben. Die Freundschaft Rumäniens sei Ruß-

Digitized by Google

land tausendmal mehr wert als ganz Bessarabien. Da ist die Frage wohl erlaubt, seit wann Rußland zu dieser Einsicht gekommen ist. Um dieselbe Zeit schreibt der Bukarester Spezialkorrespondent eines französischen Blattes: „Die Rumänen und die Serben wissen ganz genau, daß die Zeit für sie arbeitet und der Tag kommen wird, an dem alle Stammesgenossen unter dem Zepter ihrer Könige vereinigt sein werden. Sie verstehen auch, welche Rolle Rußland bei der Lösung dieses Problems spielen wird."

Ja, das sollten und das könnten die Balkanstaaten allerdings wissen. Wären sie noch im Zweifel, würden die offenherzigen Geständnisse des Grafen Ignatiew, die er in seinen unlängst veröffentlichten Memoiren macht, sie darüber aufklären. „Die österreichischen und die türkischen Slawen" — heißt es an einer Stelle — „müssen unsre Verbündeten und die Werkzeuge unsrer Politik gegen das Deutschtum sein; nur für die Erreichung dieses Zweckes kann Rußland für sie Opfer bringen und für ihre Befreiung und Stärkung sorgen." Daß Ignatiew mit dieser Ansicht nicht allein stand, bezeugt der seinerzeit veröffentlichte Brief Professor Mitrofanows.

In Bukarest ist man freilich mit den russischen Praktiken genugsam vertraut und vor einem Vordringen des russischen Einflusses auf der Hut. Die russischen Gunstbezeigungen aus der letzten Zeit, das Projekt einer Heirat zwischen dem rumänischen Thronfolger und einer Tochter des Zaren, das durch den Großfürsten Nikolaus Mihailowitsch vorbereitet wurde, der Besuch des Zaren in Rumänien, die dabei ausgetauschten Trinksprüche, die freundlichen Worte Satonows, all dies läßt erkennen, welchen Wert man in St. Petersburg darauf legt, Rumänien für seine Pläne zu gewinnen. Freilich lassen sich dagegen auch warnende Stimmen vernehmen. Der verstorbene große rumänische Staatsmann Demeter Sturdza veröffentlichte im heurigen Frühjahr eine Broschüre, in der es hieß:

„Es bedroht uns die Gefahr einer russischen Invasion. Es werden gewaltige Anstrengungen gemacht, uns zu verführen und zu täuschen. Es wird Geld verteilt, um die Schwachen zu bestechen. Lassen wir uns von heuchlerischen Versprechungen nicht betören, die nicht zu verwirklichen sind; mögen die Rumänen als solche empfinden, aber nicht gemäß den Wünschen von Fremden, sonst werden wir von der politischen Karte Europas verschwinden." Hören wir eine zweite Stimme, die des Präsidenten des rumänischen Senates, Missir. Er schreibt: „Die rumänische Regierung läßt sich nicht von einer durch russisches Geld beeinflußten Presse leiten. Der ganze Aufschwung des Handels und der Industrie Rumäniens ist allein dem deutschen und österreichischen Kapital zu danken, von Rußland hat Rumänien noch nicht einen Heller erhalten und auch nichts zu erwarten." Und in einer Broschüre des ehemaligen Archivdirektors im rumänischen Ministerium des Aeußern, Radu Rosetti, wird vor der Gefahr eines Zusammengehens mit Rußland gewarnt. „Aus Rumänien," heißt es darin, „würde ein Vasallenstaat, der von Jahr zu Jahr etwas von seiner Würde, seiner Unabhängigkeit verlöre. Ein Sieg Rußlands würde den Untergang des rumänischen Volkes bedeuten." Ja, selbst Take Jonescu, der heutige Führer

Digitized by Google

der Demokraten und Verteidiger der nationalistischen Politik, erklärte vor einiger Zeit in einem an den „Romanul" gerichteten Schreiben, zwischen Rußland und Rumänien bestehe ein natürlicher Gegensatz. Rußland sei ein Eroberungsreich. Das Schicksal habe ihm Rumänien wie einen Riegel in den Weg gestellt, so daß Rußland nur über seine Leiche an das Ziel seiner Wünsche gelangen könne. Alles gebiete ihm den Kampf gegen das vordringende Rußland.

So standen die Dinge, als der Krieg ausbrach, zunächst zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien. Rußland machte sich sofort daran, die begonnene Arbeit fortzusetzen, um Rumänien und Bulgarien auf seine Seite zu bringen. In Sofia waren die alten Wunden, die ihm die Zurücksetzung bei der Verteilung der türkischen Beute geschlagen hatte, noch keineswegs verharscht. Man beschuldigte Rußland, das Land durch Nichterfüllung der in einer Geheimkonvention von 1902 eingegangenen Verpflichtung, die ihm seinen territorialen Bestand verbürgte, schwer geschädigt zu haben. Im Vertrauen darauf habe sich das Ministerium Geschow den rumänischen Forderungen gegenüber reserviert verhalten, Serbien aber sei von Hartwig ermutigt worden, mit seinem Verlangen nach Revision des Bündnisvertrages hervorzutreten. Dem verstorbenen Gesandten wurde von einem russischen Journalisten die Aeußerung in den Mund gelegt, die Bulgarophilie der russischen Gesellschaft sei eine schädliche Sentimentalität, ein starkes Bulgarien wäre ein unversöhnlicher Feind Rußlands. Um der Stimmung in Bulgarien entgegenzuarbeiten, setzte man den bekannten Agitator und Präsidenten des englischen Balkankomitees, Buxton, auf ein englisches Kriegsschiff und schickte ihn nach Sofia und Bukarest. Er scheint weder dort noch da gute Geschäfte gemacht zu haben. Den Bulgaren wurde eine Gebietserweiterung auf Kosten der Türkei in Aussicht gestellt, sie schenkten aber den Versuchern kein Gehör, auch später nicht, als ihnen der zu Serbien geschlagene Teil von Mazedonien angeboten wurde.

Ministerpräsident Radoslawow erklärte, Bulgarien werde an seiner strengen Neutralität festhalten. Allerdings traten die führenden Oppositionsparteien in der Sobranje für ein Zusammengehen mit dem Dreiverband ein, allein die Regierung blieb fest und sprach die Ueberzeugung aus, daß ihre bisherige Politik die einzige den Interessen des Landes entsprechende sei. Diese Haltung, ja selbst die Aeußerungen russophiler Abgeordneter erregten in Petersburg lebhaften Unwillen. Für den Fall, als es Bulgarien in den Sinn käme, in Mazedonien einzurücken, droht ihm die „Nowoje Wremja" mit den Worten des Helden eines Tolstoischen Romanes: „Ich habe dich geboren, ich werde dich töten."

Auf was Rußland abzielt, das hat ein Artikel des Professors Jastrebow in der „Birschevija Wjedomosti" verraten: „auf die Eroberung der Dardanellen mit Bulgarien und Rumänien als Hinterland", und als Quelle dieser Behauptung wird der frühere russische Botschafter in Konstantinopel, Giers, angeführt.

Die traditionelle Politik Rußlands läßt ja in der Tat an Klarheit und Uebersichtlichkeit nichts zu wünschen übrig; da es ihm in wiederholten Kämpfen

Digitized by Google

nicht gelungen ist, die Türkei gänzlich niederzustrecken, seinen Plänen vielmehr in den jungen Balkanstaaten eher neue Hindernisse erwachsen sind, trachtet Rußland durch das Versprechen anderweitiger Gebietserwerbungen sie zur Seite zu schieben, um sich den Weg freizumachen. So hält man den Rumänen Siebenbürgen als Köder hin, den Bulgaren Mazedonien und den Serben Bosnien. Aber selbst wenn es den so Betörten gelänge, das gelobte Land zu erreichen, würden sie diesen Erfolg teuer genug bezahlen müssen. Politisch wie wirtschaftlich wäre in Zukunft Rußland ihr Herr und Gebieter. Sie würden sich dieser Umklammerung um so weniger erwehren können, je mehr sie dazu beitragen, ihre bewährten Freunde zu schwächen.

Rußland aber führt sie wie der Teufel den Herrn auf einen hohen Berg und weist ihnen alle Reiche der ganzen Welt und spricht zu ihnen: „Diese Macht will ich euch geben und alle Herrlichkeit, denn sie ist mir übergeben, und ich gebe sie, wem ich will. So du mich anbeten willst, soll es alles dein sein." Werden sie sagen: „Hebe dich hinweg, Satanas!"?

Zwei Reisen an den Hof des Kaisers Nikolaus I. von Rußland im Jahre 1850

Aufzeichnungen des damaligen preußischen Majors v. Schlegell

Bearbeitet von

Martin Conrad

Einleitung

Die nachstehend veröffentlichten Aufzeichnungen über einen zweimaligen Aufenthalt am Zarenhofe in dem politisch so bedeutsamen Jahre 1850 haben zum Verfasser den im September 1860 verstorbenen preußischen Generalmajor Bruno v. Schlegell. Als Offizier im 1. Garderegiment zu Fuß und als Gatte Marias v. Rhediger, Hofdame der Königin Elisabeth von Preußen, war er in nähere Beziehungen zur königlichen Familie getreten. Besonders nahe stand er dem Prinzen Friedrich Karl, der seit der 1848 erfolgten Ernennung Schlegells zu seinem militärischen Begleiter an Stelle des späteren Feldmarschalls v. Roon ihm als einem väterlichen Freunde stete Anhänglichkeit und dauerndes Vertrauen bewies.[1]) So begleitete Major v. Schlegell den Prinzen auf dessen Wunsch im Juni 1850 auf einer Reise nach Peterhof, wo ihn Kaiser Nikolaus mit besonderer Güte auszeichnete, so daß gerade ihn Friedrich Wilhelm IV. im November 1850, in der Zeit höchster Spannung zwischen Preußen und Oesterreich, mit einer

[1]) Vgl. hierzu Wolfg. Förster: „Prinz Friedrich Karl von Preußen" (1910) I, 51, 54, 102, 121, 195 und 215 und Roons Denkwürdigkeiten, 5. Aufl., 1906 I, 111—170.

Digitized by Google

diplomatischen Sendung an den Zaren betraute. Schlegells Bericht hierüber, sowie seine interessanten Gespräche mit dem russischen Kaiser über die deutschen Angelegenheiten im Sommer 1850 bringen die wohl für einen großen Teil der preußischen Armee jener Zeit charakteristische politische Auffassung eines für Preußens Größe und seine deutsche Zukunft warm begeisterten, kenntnisreichen Mannes zum Ausdruck. Sein politischer Standpunkt ist der „großpreußische", dessen Vertreter, wie z. B. Graf Brandenburg, im Gegensatze zu andern preußischen Staatsmännern und Politikern, vor allem zu Radowitz, der deutsch-nationalen Idee innerlich im Grunde doch noch ziemlich fernstanden. Diese „Großpreußen" erstrebten in erster Linie eine rein preußische Machterweiterung in Nord- und Mitteldeutschland, etwa durch Gründung eines norddeutschen Bundes; sie traten damit zugleich für den preußisch-österreichischen Dualismus in Deutschland ein. Eine solche Lösung der deutschen Frage hätte neben dem preußischen Machtgewinn doch immer noch, beabsichtigt oder nicht, den Keim in sich enthalten können zu dem von so vielen ersehnten, erst durch Bismarck verwirklichten preußisch-deutschen Nationalstaate.[1]) Außer dieser großpreußischen Auffassung dürfte vor allem aber in den Schlegellschen Aufzeichnungen manch wertvoller Beitrag sich finden für die Beurteilung der Person und Politik Nikolaus' I., des damals einflußreichsten europäischen Herrschers, der die Geschicke Deutschlands in jenen Jahren wesentlich mitbestimmt hat.

Gespräche mit Kaiser Nikolaus I. über die deutschen Angelegenheiten im Jahre 1850

Im Vordergrunde der deutschen Angelegenheiten stand seit dem Jahre 1848 die Frage der deutschen Einheit, die Friedrich Wilhelm IV. nach Ablehnung der vom Frankfurter Parlament angebotenen Kaiserkrone mit preußischer Spitze herbeizuführen suchte durch Verständigung mit den Regierungen der deutschen Einzelstaaten.[2]) Der durch diese preußische „Unionspolitik" hervorgerufene scharfe Gegensatz zwischen Preußen und Oesterreich drohte schon im Sommer 1850 zu ernsten Verwicklungen zu führen, für die jede der beiden Parteien den entscheidenden Einfluß Rußlands für sich gewinnen wollte. In diese Zeit fallen die hier veröffentlichten Gespräche Schlegells mit Nikolaus I. Der Zar hätte bekanntlich gegen eine Machterweiterung Preußens an sich nichts gehabt, sofern nur die russischen Wünsche bezüglich der Unterwerfung Schleswig-Holsteins unter die alte dänische Herrschaft erfüllt wurden; an der Union selbst war ihm eigentlich nur die konstitutionelle Verfassung als „revolutionärer" Bestandteil verhaßt, und die den Russen unangenehme Aussicht einer Einigung und damit Kräftigung

---

[1]) Eine sehr schöne Darlegung dieses Standpunktes bei Meinecke, Radowitz und die deutsche Revolution (1913), S. 214 und an andern Stellen.

[2]) Diese einleitenden und die übrigen Bemerkungen hauptsächlich nach: Sybel, Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I., Friedjung, Oesterreich 1848—1860, und Meinecke, Radowitz und die deutsche Revolution (1913).

Digitized by Google

ganz Deutschlands war damals schon in ungefährliche Ferne gerückt. Danach wird man es als sehr geschickt bezeichnen dürfen, wenn Schlegell in seiner Verteidigung der preußischen Politik dem Zaren gegenüber nur den preußischen Machtstandpunkt betonte und alles andre als nebensächlich darlegte; wenn er ferner ein noch mächtigeres Preußen auch im Interesse Rußlands und Oesterreichs als sichersten Hort gegen die Revolution hinstellte, so sprach er damit des Kaisers Lieblingsgedanken einer gemeinsamen Abwehr der Revolution durch die ehemalige heilige Allianz aus. Auch die alte Vorliebe des Zaren für den Militärstaat der Hohenzollern wußte der preußische Offizier wachzurufen. Diese Gespräche hat Schlegell im August 1850 für Leopold v. Gerlach, des Königs einflußreichen Generaladjutanten, niedergeschrieben.[1]) Sie lauten folgendermaßen:

„Während meines Aufenthaltes in Peterhof vom 4. Juni bis 20. Juli [1850] haben Seine Majestät der Kaiser mehrfach Gelegenheit genommen, über die öffentlichen Angelegenheiten in Deutschland das Wort an mich zu richten. Bei Tafel sowohl als auch abends beim Tee warf der Kaiser zum öftern die Frage hin: „Sagen Sie mir, was kann aus der Geschichte werden?“ und setzte dann hinzu: „Das Schlechte kann man sich leicht denken, aber noch hat mir niemand gesagt, was daraus Gutes werden soll!“ Ich erlaubte mir einige Male die Bemerkung, daß, so trübe sich auch die allgemeine Lage gestaltet hätte, doch noch so viele gute Kräfte in der Nation vorhanden wären, daß wir uns gewiß, wenn auch nicht schnell und gewaltsam, doch allein helfen würden. Die Kaiserin[2]) fügte einmal hinzu: „Ich glaube, das wird mit einem Nord- und Süddeutschland enden,“ indem ich kurz vorher erwähnt hatte, daß unsre Not in Preußen sich nicht erst vom Jahr 1848, sondern schon von 1815 her datiere. Es trat bei diesen Gelegenheiten hervor, daß sowohl über die ersten Ereignisse des Jahres 1848 als auch über deren weiteren Fortgang und so auch über den jetzigen Zustand in unserm Vaterlande der Kaiser noch zu keiner klaren Vorstellung gekommen sei und die Dinge meist schlimmer ansieht, als sie wirklich sind. Dies stellte sich z. B. auch heraus, als von den Universitätsstudien unsrer jungen Prinzen die Rede war. Eine jede deutsche Universität, und besonders auch Bonn, wurden für die ausschließlichen Mittelpunkte anarchischer Lehren gehalten, so daß die einzelnen Beispiele, die wir sowohl von Professoren als Studenten im entgegengesetzten Sinne anzuführen uns erlaubten, wie namentlich aus Halle und Bonn, sehr überraschten. Auch über die Gegenstände, die den Prinzen vorgetragen

---

[1]) Die Veröffentlichung erfolgt nach dem im Besitze der Frau E. v. Salisch, geb. v. Schlegell, befindlichen Konzept Schlegells vom 10. August 1850. Auf Anfrage an das Königliche Geheime Staatsarchiv zu Berlin wurde festgestellt, daß sich die ebenfalls vom August 1850 datierte Reinschrift dazu dort befindet. Gemäß einer von der Archivverwaltung freundlicherweise angestellten Textvergleichung sind in unsrer Veröffentlichung die in der Reinschrift nicht enthaltenen Stellen durch eckige Klammern [...], eine nur in der Reinschrift befindliche, durch runde Klammern kenntlich gemacht.

[2]) Alexandra Feodorowna, geborene Prinzessin Charlotte von Preußen, Tochter Friedrich Wilhelms III.

Digitized by Google

wurden, konnten wir einiges bis dahin Unbekanntes anführen. Der Kaiser setzte hierbei seine Ansicht über Philosophie auseinander, die vielleicht nicht für ganz philosophisch gehalten werden würde und jedenfalls nicht schmeichelhaft war. Der Kaiser blieb aber doch bei der Meinung, daß dies auch in Berlin gelehrt werden könne, und wenn man es für nötig halte, einen jungen Prinzen eine Zeitlang aus dem elterlichen Hause in andre Verhältnisse zu schicken — was ganz zweckmäßig sein könne —, so würde er eine ferne Garnison mit einem tüchtigen Obristen immer einer Universität vorziehen. Auch die Kaiserin war sehr gegen den Aufenthalt der Prinzen auf der Universität eingenommen und schien in der Mitteilung, daß sowohl die Wahl der Lehrer als auch der Umgang mit Studenten in der Weise geregelt würde, daß die Prinzen nur mit Männern von tüchtiger Gesinnung in Berührung kämen, eine merkliche Beruhigung zu finden.

In der großen Vorliebe für die alten preußischen Zustände und Personen unerschütterlich, in dem Gespräch hierüber seine angenehmste Erholung findend, hat sich der Kaiser eine Erinnerung an diese Zeit bewahrt, die darum so tief und lebendig in seinem Herzen ruht, weil sie mit den freudigsten Eindrücken der Jugend zusammenfällt, die aber von diesen Eindrücken auch ihre Färbung erhält.[1]) Auf der andern Seite aus vielen Gründen entrüstet über alles, was von der Revolution kommt, ist es der Kaiser besonders auch, weil es so tief in das liebe Preußen eingedrungen ist; und indem hierdurch sein altes Vorbild getrübt wird, hat sich in seinem Herzen eine Scheidewand zwischen dem alten und neuen Preußen aufgerichtet, die verhindert, den Uebergang von dem einen zum andern zu finden oder auch nur zu suchen. Hieraus erklärt es sich, wenn einerseits der preußische Gesandte eine so ausschließlich bevorzugte Stellung am kaiserlichen Hofe hat, preußische Offiziere besonders gnädig empfangen und zu dem engeren Kreis der kaiserlichen Familie gezogen, in ihrer Gegenwart und mit ihnen Angelegenheiten besprochen werden, die man nur bei einem gewissen Vertrauen verhandelt, und daß anderseits sich das tiefe Mißtrauen in die gegenwärtigen Zustände unseres Vaterlandes ununterbrochen kundgibt und jede Hoffnung verschwunden zu sein scheint, durch Darstellung dessen, was doch schon wiedergewonnen ist, eine versöhnlichere Stimmung hervorzubringen. Der Kaiser wünscht nichts sehnlicher, als daß Preußen alles abschütteln möchte, was ihm die letzten Jahre gebracht haben,[2]) um Preußens willen und um sein altes Bild ungetrübt wiederhergestellt zu sehen; und da es auch um Rußlands willen gewünscht werden muß,[3]) so fallen Neigung und Politik zusammen und machen den Kaiser

[1]) Vgl. hierzu bei W. Förster, Prinz Friedrich Karl von Preußen, I, S. 123 ff. die interessante Schilderung des Kaisers durch den Prinzen.

[2]) Vgl. Sybel, I, S. 389 f., Meinecke, S. 431, Leopold v. Gerlachs Denkwürdigkeiten, I, S. 479, 492 f., Aus dem Leben Theodor v. Bernhardis, II, S. 41, 58 und Berlin und St. Petersburg, Preußische Beiträge zur Geschichte der russisch-deutschen Beziehungen, S. 14 ff.

[3]) Vgl. Sybel, I, S. 369 f., Friedjung, II, S. 19, Berlin und St. Petersburg, Preußische Beiträge usw., S. 14 ff.

Digitized by Google

um so ungeduldiger und lebhafter in seinen Wünschen und um so bereiter zu helfen.

An dem Geburtstage der Kaiserin fand ich Gelegenheit, dem Kaiser meine Glückwünsche zu Füßen zu legen; er forderte mich auf, meine Hand hinzuhalten, und, indem er lebhaft in dieselbe einschlug, sagte er: „Das gilt dem alten Preußen, nicht dem neuen, verstehen Sie mich, nicht dem neuen!“ So scharf trennt der Kaiser, so wenig scheint er geneigt, sich der Uebergänge von ruhigen in außerordentlich bewegte Zeiten klar und bewußt werden zu wollen. Mit trockener Logik an die Frage gehend, sagte er bei mehreren Gelegenheiten: „Ich kann nicht begreifen, warum es in Preußen hat anders werden müssen; und was ich für Unrecht halte, kann ich nicht Recht nennen!“

Der Kaiser ist in bezug auf Preußen augenscheinlich in einem innern Kampf befangen: das, was sich seit zwei Jahren als Ueberzeugung festgesetzt hat, streitet gegen die Neigung und hat bisher noch nicht vermocht, diese zu bezwingen. Es sollte mir beschieden sein, den sprechendsten Beweis für diese meine bis dahin schon gewonnene Ansicht noch am Tage meiner Abreise zu erhalten.“ [1])

Prinz Friedrich Karl,[2]) der sonst politische Aeußerungen in der kaiserlichen Familie streng vermieden hatte, hatte in einem von dem Kaiser selbst herbeigeführten Gespräch den Standpunkt vertreten, es sollte sich keine andre Großmacht in die deutschen Angelegenheiten mischen. Diese Forderung und die ebenfalls von dem Prinzen geäußerte Ansicht von der Wahrscheinlichkeit eines Vernichtungskrieges zwischen Preußen und Oesterreich hatte der Kaiser Schlegell gegenüber als höchst befremdlich und wohl von dem Universitätsstudium herrührend bezeichnet. Der Kaiser ging hierauf noch näher ein in dem Gespräch, zu dem er den Major einige Stunden vor der Abreise der preußischen Gäste (20. Juli 1850) auf sein Arbeitszimmer in Peterhof bescheiden ließ, worüber der Bericht folgendes enthält:

„Der Kaiser gab zunächst eine zusammenhängende Erzählung des mit dem Prinzen gehabten Gesprächs, was sich in bezug auf den Prinzen auf die eben mitgeteilten Ansichten beschränkte. Die Widerlegungen des Kaisers waren sehr wohlwollend und in der Weise belehrend gewesen, als immer nur die nächsten Folgen hingestellt wurden und dann der Prinz selbst die weiteren Konsequenzen ziehen mußte. So hatte z. B. der Kaiser gefragt: welchen Eindruck und welche Folgen der Prinz wohl erwarte, wenn die preußischen Truppen in Wien in Garnison ständen oder wenn im unglücklichen Fall ein österreichisches Regiment die Wache am Grabe seines Großvaters hätte? Ob Rußland sich dann auch nicht einmischen sollte, ob er, der Kaiser, eins oder das andre dulden könne;[3]) Deutschland sei keine Insel, vielmehr die Berührungspunkte mit den großen

---

[1]) Das Folgende, auch in der Reinschrift nicht Enthaltene, hier nur im Auszuge. Es bietet einen wertvollen Beitrag mehr für die Beurteilung des Prinzen Friedrich Karl, und ist als solcher bereits gedruckt bei Wolfgang Förster, „Prinz Friedrich Karl von Preußen“, I, S. 121 bis 123, dem es von der Besitzerin des Originals, Frau E. v. Salisch, geborene v. Schlegell, zur Verfügung gestellt wurde.

[2]) In dessen Gefolge, wie schon oben gesagt, Schlegell in Peterhof war.

[3]) Nach Meinecke, Radowitz, S. 516, äußerte sich Nikolaus in demselben Sinne im Juni 1850 dem preußischen Gesandten v. Rochow gegenüber.

Digitized by Google

Mächten so eingreifend, daß diese durch so erschütternde Ereignisse in Deutschland notwendig zu einer Einwirkung aufgefordert würden. — Der Kaiser ging hiernach auf die Eigentümlichkeit des Prinzen über, lobte seine guten militärischen Eigenschaften, seinen offenen und festen Charakter und sprach die Hoffnung aus, daß die Universitätsansichten keinen zu tiefen und bleibenden Eindruck in der Seele des Prinzen hinterlassen würden, viel mehr besorge er für das weichere Gemüt des Prinzen Friedrich Wilhelm.[1]) Er sprach noch einmal seine Verwunderung aus, warum der Thronerbe auf Universität geschickt sei, und war der Hoffnung, der Prinz Friedrich Karl werde dereinst der treueste, gewissenhafteste und tätigste Diener seines Vetters werden. Es freue ihn, daß der Prinz sich in dem Familienkreise so wohl gefühlt und sich so freundschaftlich an die jüngeren Großfürsten angeschlossen habe. Er habe seinen Bruder Michael[2]) außerordentlich geliebt, „aber wir waren doch sehr verschieden, und erst in dem brüderlichen Verhältnis zu den preußischen Prinzen habe ich das wahre Glück des Familienlebens, die wahre Freundschaft gefunden; darin war die Freude meiner Jugend begründet, und darin lebe ich in der Erinnerung fort. Es ist freilich vieles anders geworden, und die Ansichten haben sich sehr verändert." [„Auch Wilhelm," [3]) sagte der Kaiser, „ist nicht mehr der alte Wilhelm![4]) Es hat der Kaiserin viele Tränen gekostet. Die drei Schwestern[5]) sind noch in der alten Gesinnung!" — Ich muß hierbei bemerken, daß der Kaiser in der ganzen Zeit in Peterhof und auch in diesem Gespräch den König nicht nannte.]

Bei der äußerst wohlwollenden Art, in welcher der Kaiser dies Gespräch führte, hatte ich mir schon bis dahin einige Bemerkungen erlauben dürfen und wagte nun die Bitte, die mir sehr gnädig gewährt wurde, sie noch näher ausführen zu dürfen.

Zunächst bemühte ich mich, die von dem Prinzen Friedrich Karl ausgesprochenen Ansichten als nicht aus den Universitätsstudien hervorgegangen darzustellen. Ich suchte darzutun, daß diese Studien gar nicht einen so ausschließlich politischen Charakter hätten, und führte nochmals Beispiele an, wie die Prinzen, sowohl was die Wahl der Lehrer wie die ihres Umgangs beträfe, eine Menge konservativer Elemente vorfänden. Ich gab dann zu, daß die Ansichten des Prinzen zu schroff ausgedrückt wären, und bemerkte, wie ich selbst bereits die Alternative von dem Untergang einer der beiden Großmächte Deutschlands bekämpft habe; es sei das Bemühen des Prinzen, sich selbst über die schwierigen Verhältnisse unsres Vaterlandes klar zu werden, doch ein lobenswertes zu nennen und um so natürlicher, als diese Dinge seit zwei Jahren von

---

[1]) Später Kaiser Friedrich III.

[2]) Großfürst Michael, gestorben 1849.

[3]) Damals Prinz von Preußen.

[4]) Vgl. Bernhardi, a. a. O., II, S. 63.

[5]) 1. Kaiserin Alexandra, geborene Prinzessin Charlotte von Preußen. 2. Alexandrine, vermählt mit Paul Friedrich, Großherzog von Mecklenburg-Schwerin. 3. Luise, vermählt mit Friedrich, Prinz der Niederlande.

Digitized by Google

jedermann in sehr lebendiger Weise besprochen würden" ...[1]) „Wenn derselbe den Wunsch geäußert habe, daß die Angelegenheiten in unserm Vaterlande sich ohne fremde Einmischung regeln möchten, so müßte ich hierzu bemerken, daß dieser Wunsch allerdings ein allgemeiner sei; wie ich denn selbst bei mehreren Gelegenheiten zu äußern mir erlaubt hätte, daß uns noch genug der besten Kräfte im Lande zu Gebote ständen, um uns allein helfen zu können.[2]) Was unsre politische Stellung Oesterreich und den übrigen deutschen Mächten gegenüber beträfe, so habe das Mißverhältnis darin allgemeiner Ansicht nach nicht seinen Grund in den Ereignissen des Jahres 1848, sondern in den Abgrenzungen des Jahres 1815. Gewiß würden die revolutionären Elemente in Preußen weniger Boden gefunden haben, wenn nicht der größte, und zwar nicht der schlechteste Teil der Nation gleichzeitig eine Veränderung der äußeren Lage für unerläßlich erachtet hätte. Die Preußen betrachteten die jetzige zerrissene Lage unseres Staatsgebiets als zu gefährlich. Wenn Seine Majestät auf das Testament des hochseligen Königs[3]) hingewiesen und bemerkt hätten: „Wir drei müssen sein wie Brüder, die eine Faust machen!", so dürfe Preußen bei notwendiger Konsolidierung der äußeren Lage auch die brüderliche Unterstützung seiner Alliierten erwarten. Die heilige Allianz, die gegen die Revolution errichtet worden sei, habe die kleineren deutschen Staaten nicht fest genug an diese Allianz gebunden, d. h. sie nicht bestimmt genug unter den Einfluß der großen deutschen Staaten gestellt. Preußen sei materiell schon bei weitem der schwächste der drei Verbündeten, durch seine Spaltung in zwei Teile noch mehr geschwächt und dadurch, daß es dem Herde der Revolution so nahe liege, in einer Gefahr, die nun um so größer sei, als die zwischenliegenden Staaten und lauen Bundesgenossen zu Feinden geworden wären. Dem Feuer nahe, mitten in leicht zu entzündenden Spänen, könne Preußen in seiner jetzigen Lage jeden Augenblick von den Flammen der Revolution umgeben sein. Es sei daher für uns nicht tunlich, einer neuen Erschütterung, wie sie uns jeden Augenblick mit den Waffen in der Hand von Frankreich herüber kommen könne, in der jetzigen äußeren Verfassung entgegenzugehen. Wir müßten jetzt schon eine Armee halten, die so groß sei, daß sie hinreichen würde für einen kompakten Staat, der den ganzen Norden Deutschlands umfaßte; im Fall eines Krieges wären wir vielleicht genötigt, einen großen Teil davon gegen das Innere von Deutschland aufzustellen; [und doch müßten wir die dazu nötigen finanziellen Anstrengungen mit dem verhältnismäßig kleinen Staat allein tragen.] Die Regelung der deutschen Angelegenheiten sei daher für uns keine Rechtsfrage; aber auch keine Frage des Eigennutzes, sondern ganz einfach eine Existenzfrage.

---

[1]) Dies Weggelassene handelt über Prinz Friedrich Karl (vgl. W. Förster, a. a. O., I, S. 123).

[2]) Vgl. Friedjung, II_1, S. 73, [wo sogar Rochow dem Zaren ähnlich entgegentritt (August 1850).

[3]) Friedrich Wilhelm III. hatte darin seinem Nachfolger das Festhalten an dem Bunde mit Rußland und Oesterreich ans Herz gelegt.

Digitized by Google

Der Kaiser stimmte im allgemeinen meiner Auseinandersetzung bei und gab zu, daß Preußen einen stärkeren Einfluß auf die norddeutschen Staaten haben müsse; dies könne aber nur auf legalem Wege erreicht werden; dann werde es auch immer die Unterstützung seiner alten Alliierten finden, die überdem niemals dulden würden, daß Preußen untergehe.

Ich erlaubte mir zu erwidern, daß der Weg des Vertrags, wie man ihn eingeschlagen,[1]) doch kein illegaler genannt werden könne; daß es aber unmöglich sei, den kleineren Staaten die völlige Unabhängigkeit zu lassen, wenn Preußen einen größeren Einfluß haben solle. Das Benehmen von Sachsen und Hannover[2]) zeigte doch deutlich, welchen Wert die Allianz mit den kleineren Staaten habe, wenn sie ohne materielle Garantien abgeschlossen sei. [Ihre Dauer reiche dann nicht weiter als die Dankbarkeit. Daß Hannover nicht nur abfalle, sondern auch die andern Bundesgenossen Preußens auffordere, sich loszusagen, und eine Abschrift dieser Aufforderung noch in unser Ministerium schicke, das sei doch, um Generalmarsch schlagen zu lassen;] und wenn wir doch keinen bessern Trost hätten, als daß uns die andern Großmächte nicht untergehen lassen würden, so sei dies eben für uns kein Trost, da es dem Gefühl unsrer Selbständigkeit zu nahe träte.

Der Kaiser war der Ansicht, daß wir besser getan haben würden, Dresden und auch Baden gleich nach der Besiegung der Anarchie zu verlassen, um unsre Uneigennützigkeit zu zeigen; daß die deutschen Staaten sich dann voll Vertrauen an uns angeschlossen hätten; daß aber jetzt Oesterreich gereizt sei, weil es Preußens Benehmen nicht ganz mit Unrecht den Vorwurf mache, die Verlegenheit des alten Alliierten benutzt zu haben, um größeren Einfluß zu gewinnen. (Hätte man die Oesterreicher aufgefordert, wenn auch nur mit einem Bataillon in Baden einzurücken, so würde die gereizte Stimmung nicht bis zu diesem Grade gestiegen sein, den man fast unversöhnlich nennen müsse; da keiner von beiden Teilen nachgeben wolle, so scheine ein Krieg unvermeidlich, und das müsse ein jeder Gutgesinnte für ein großes Unglück ansehen.)[3])

Ich glaubte hierauf bemerken zu müssen, daß das Verlassen der der Anarchie verfallen gewesenen Staaten den neuen Verfall unmittelbar zur Folge gehabt haben würde; daß der Vorwurf, Preußen habe die Verlegenheit des Alliierten eigennützig benutzt, ein ungerechter sei. Ein wirklich eigennütziges, energisches Benutzen dieser Verlegenheit würde für Oesterreich wohl bedenklichere Folgen gehabt haben. Wenn aber auf demselben politischen Terrain wie Deutsch-

---

[1]) „Dreikönigsbündnis", Preußen-Sachsen-Hannover vom 26. Mai 1849; Anfang der „Union", der zunächst außer Oesterreich, Bayern, Württemberg und wenigen Kleinstaaten alle deutschen Regierungen beitraten.

[2]) Sachsen und Hannover traten Oktober 1849 aus dem Verwaltungsrat der Union, Hannover Februar 1850 gänzlich aus; Sachsen schloß 27. Februar 1850 mit Bayern und Württemberg das gegen die Union gerichtete und von Oesterreich begünstigte „Vierkönigsbündnis". (Hannover stand ihm nahe, trat aber nicht offiziell bei.)

[3]) Diese Stelle nur in der Reinschrift.

Digitized by Google

land zwei Großmächte nebeneinander ständen, die so ungleich an materieller Macht wären wie Oesterreich und Preußen, so liege darin allein ein unüberſteigliches Hindernis für ein aufrichtiges, natürliches Bündnis. Nur reelle Parität, nicht eine auf dem Papier ſtipulierte, könne dieſe dauernde Spannung beſeitigen; erſt dann werde die heilige Allianz eine feſte ſein, und erſt dann könne Preußen die ihm zugeteilte Rolle eines Vorkämpfers gegen die Revolution mit Erfolg übernehmen, und Oeſterreich und Rußland ausſchließlich ihrer inneren Entwicklung und Befeſtigung ſich hingeben. Oeſterreich laſte jetzt, ſelbſt wenn es nicht einmal die Abſicht habe, mit ſeinem materiellen Uebergewicht auf Preußen, und Preußen folge nicht dem Eigennutz, ſondern einem Naturgeſetz, wenn es die geeigneten Gelegenheiten benutze, um ſich von dieſem Einfluß loszumachen.

Der Kaiſer lächelte und fragte, warum denn Preußen nun ein ſo großer Staat werden ſolle? Es ſei doch nur aus einem Ungehorſam gegen den Kaiſer entſtanden. Was man dann mit den kleinen Staaten machen ſolle, man könne ſie doch nicht ohne weiteres ausſtreichen; wollten ſie ſich ihrer Souveränität zugunſten Preußens begeben, ſo könne man nichts dagegen haben. Aber ſie durch die Verfaſſung vom 26. Mai [1849] binden, das ſei ein Einfluß auf revolutionärer Grundlage.[1])

Es wäre freilich nicht vorauszuſehen — erlaubte ich mir zu erwidern —, was die Vorſehung über Preußen beſchloſſen habe; wir glaubten, daß es noch nicht fertig ſei und noch wachſen müſſe, und daß man viel eher Preßfreiheit und Konſtitution wieder abſchaffen als dieſen Glauben aus dem Herzen des Volkes und der Armee reißen könne. Wären wir aber etwa nur beſtimmt geweſen, die andern großen Staaten eine Zeitlang auseinanderzuhalten, und die Zeit wäre gekommen, wo wir untergehen ſollten, ſo würden es Seine Majeſtät doch erklärlich finden, wenn wir lieber mit den Waffen in der Hand als auf diplomatiſchem Wege zugrunde gehen wollten. Wir bauten auf den guten Stern Preußens!

„Das iſt die Armee," rief der Kaiſer; „und in der Armee," erwiderte ich, „wird der König nicht nur ſein Panier aufpflanzen, wenn das Vaterland in äußere, ſondern auch, wenn es wieder in innere Gefahren geraten ſollte!"

Der Kaiſer ſchloß die Unterredung mit einigen Bemerkungen über die Reiſe des Prinzen von Preußen nach London,[2]) die als abſichtlich herbeigeführt betrachtet wurde, um die Petersburger Eindrücke zu verwiſchen, und mit Aeußerungen des lebhafteſten Mißfallens, daß der Ritter Bunſen das däniſche Protokoll nicht unterzeichnet und das Miniſterium dies gutgeheißen habe;[3]) die Nachricht

---

[1]) Dies führten auch Gerlach und ſeine Freunde bei Friedrich Wilhelm IV. gegen die Union ins Feld, da die Unionsverfaſſung ſozuſagen nur eine zweite Auflage von der durch das „revolutionäre" Frankfurter Parlament ausgearbeiteten war (vgl. Gerlach, Denkwürdigkeiten, I, S. 533 u. a.).

[2]) Juni 1850 (v. Poſchinger, Unter Friedrich Wilhelms IV. Denkwürdigkeiten des Miniſters O. Freiherr v. Manteuffel, I, S. 229 und Bailleu-Schuſter, Aus dem liter. Nachlaß der Kaiſerin Auguſta, I, S. 423 Anm.).

[3]) Das Londoner Protokoll vom 4. Juli 1850 ſprach die Integrität des däniſchen Ge-

Digitized by Google

war eben eingetroffen, und der Kaiser wünschte, daß man erfahre, wie tief sie ihn geschmerzt habe.[1]) Ich [wurde noch mit Grüßen für die bekannten Offiziere beauftragt, durfte einen untertänigsten Dank für die uns bezeigte Gnade zu Füßen legen und] wurde dann in überaus gnädiger Weise entlassen ...[2])

„Einige Tage vorher hatte ich mit Herrn v. Budberg,[3]) den mir der Kaiser als einen sehr ausgezeichneten Mann und als einen treuen Freund Preußens bezeichnete, über denselben Gegenstand ein lebhaftes Gespräch; gegen Ende desselben trat General Lieven[4]) hinzu und nahm meine Partei, indem er zu Herrn v. Budberg sagte: „Das müssen Sie doch gestehen, abscheulichere Grenzen wie Preußen hat noch nie ein Staat gehabt; und wenn es gezwungen wird, die Kolbe in die Hand zu nehmen, so muß es die Revolution in die Schranken rufen; bei uns würde eine solche an Schrecklichkeit alles übersteigen, was man bisher gesehen hat." Als ich Herrn v. Budberg aufforderte, einmal die Grenzen zwischen dem Einfluß Preußens und der Unabhängigkeit der kleinen Staaten zu bezeichnen, sagte er: „Nun, etwa so, wie Katharina II. auf Polen Einfluß geübt hat!" Ich erklärte mich einverstanden, wenn dasselbe Resultat daraus hervorginge."

(Fortsetzung folgt)

---

samtstaates aus; Bunsen, preußischer Gesandter in London, lehnte die Unterschrift ab, da noch keine Prüfung der Erbfolgerechte erfolgt war (Sybel, I, S. 412).

[1]) Nikolaus I. betrachtete gleich England und Frankreich das Weiterbestehen des dänischen Gesamtstaates als unbedingt notwendig zur Erhaltung des europäischen Gleichgewichts (d. h. man gönnte Preußen und Deutschland nicht die schleswig-holsteinischen Häfen) und verurteilte die Erhebung der Schleswig-Holsteiner und deren anfängliche Unterstützung durch Friedrich Wilhelm IV. als „revolutionär" (vgl. Sybel, I, S. 223 ff. u. a., Bernhardi, II, S. 63).

[2]) Hier ist eine unwesentliche Aeußerung der Kaiserin weggelassen.

[3]) Andreas Freiherr v. Budberg, Legationsrat an der russischen Gesandtschaft in Berlin, hatte dem Zaren die Nachricht vom Abschluß des dänischen Friedens in Berlin (2. Juli 1850) überbracht (Gerlach, I, S. 499).

[4]) Baron Wilhelm v. Lieven, Generaladjutant und Generalstabschef im kaiserlichen Hauptquartier, einer der Hauptratgeber und Lieblinge des Zaren. Von ihm sagt Schlegell an andrer Stelle: „Er gilt für unsern Freund, hat auch unsre Politik zuweilen in Schutz genommen und war sehr liebenswürdig für uns" (vgl. auch Bernhardi, II, S. 71).

Digitized by Google

Die Psychologie der Einarmigen

Von

Graf Géza Zichy

Als die Kriegstrompete erscholl, jubelte die Menge. — Wer dachte an all den Jammer, an all das Elend, das da kommen wird, kommen muß! Die Völker hatten das Kriegsbedürfnis, der Abszeß war reif, er mußte aufgeschnitten werden. Wir haben diesen Krieg nicht begonnen, wir haben ihn aber erwartet. Als alter Idealist fällt es mir schwer, eingestehen zu müssen, daß ich den Kriegszustand für den normalen halte. Der Friede ist ein künstliches Produkt der Kultur und des Glaubens. Gesunde Knaben müssen raufen, und Völker sind ja doch nur riesengroße Kinder. Der jetzige Krieg wird mit 42-Zentimeter-Kanonen, mit bombenwerfenden Flugzeugen und Unterseebooten geführt, was für Vertilgungswerkzeuge bringt aber der nächste Krieg? Es ist unabsehbar. Die Technik kann Geschütze, Flugzeuge und Vertilgungswerkzeuge solcher Wirkung erfinden, denen kein Mensch standhalten kann und wird. Was dann? Wird eine internationale Kommission die Leistungsfähigkeit dieser Höllenmaschinen prüfen und nach deren Wirkung entscheiden, wer der Sieger und wer der Besiegte ist? Oder werden die Völker wieder zum Schwert und der Keule zurückkehren? Da ging es uns gut, den Deutschen und Ungarn. Eins steht fest, der ewige Friede wird niemals auf Erden seine Kränze flechten, und Bodenstedt hatte recht, als er einst sang:

„Wie die Blume
In der schwarzen Erdenkrume,
So wurzelt der Mensch im Tier."

*

Die Kriegstrompete schmetterte, und mein erster Gedanke war, zum Stutzen zu greifen und hinauszueilen zum Schutze des Vaterlandes. Meine Kugeln treffen noch gut, mein Arm ist stark wie zuvor.

Mein Hausarzt und Freund schüttelte sein weißes Haupt und sprach: „Ich dachte sofort an Sie, weil ich wußte, daß Sie solch einer Torheit fähig sind, Kriegsgelüste zu empfinden. Prüfen Sie die Kräfte Ihres Herzens, laufen — nicht gehen — Sie vier steile Treppen hoch in die vierte Etage hinauf, und wenn Sie ohne zu keuchen angekommen sind, dann reden wir über den Krieg." Es ging nicht, und ich überlegte nun, was ich zur Linderung des Elendes tun könnte. Selbstredend Geld geben, das habe ich getan, dies schien mir aber viel zu wenig. Da fielen mir meine Leidensgefährten ein — die Einarmigen. Ich wollte sie trösten, in ihrer Unbehilflichkeit unterstützen, sie belehren, wie man mit einem Arm ein ganzer Mann sein kann. Ich schrieb das „Buch des Einarmigen". Unterdessen besuchte ich die Lazarette und demonstrierte „ad oculos", was und wie sie es machen sollen, um unabhängig werden zu können. Ueber jene Er-

Digitized by Google

fahrungen, die ich da machte, will ich einige Worte sprechen. Vor allem konstatiere ich mit aufrichtiger Freude, daß ich verhältnismäßig wenig Einarmige fand. Im Jahre 1866 waren bedeutend mehr Einarmige als im jetzigen Krieg. Es dürfte dies dem großen Fortschritt der Chirurgie und den weniger destruktiven Gewehrkugeln zuzuschreiben sein. Arme werden nur im äußersten Notfalle amputiert; leider sieht man öfters konservierte Arme und Hände, die sehr wenig oder gar keine Arbeit leisten können. Es sind eben ästhetische Dekorationsstücke. Die Einarmigen, die ich unterrichtete, waren sehr verschiedenartige Naturen. Einige verzweifelnd, andre ganz apathisch, fast stumpfsinnig, der überwiegend größte Teil aber für meine Lehren sehr empfänglich und dankbar. Freilich war der Kulturzustand und die Intelligenz der einzelnen für den Erfolg entscheidend. Ich begegnete einigen Unglücklichen von so armseliger Geistesveranlagung, daß jede Mühe meinerseits vergebens war. Ich gab diesen Armen immer denselben Rat, in ihr Heimatsdorf zu gehen und Schweinehüter zu werden. Meine erste Aufgabe war, diesen Unglücklichen das Selbstvertrauen erwecken zu können. Wenn sie sahen, wie ich mich ankleide, die Nägel an der Hand schneide, mit dem Gewehr hantiere, so flog ein Schimmer der Hoffnung über ihr Antlitz. Durch meine Lehren angeregt, erfanden sie selbst Handgriffe, die sie zum weiteren Betrieb ihres Berufes nötig haben. Fabrikarbeiter besprachen mit mir ihre Pläne, Feldarbeiter die Möglichkeit des Grabens und Mähens, Jäger den Gebrauch des Gewehres usw. Einen meiner Zöglinge, der sich besonders geschickt benahm, ernannte ich sofort zum Jäger auf meinem Gute.

Alle Einarmigen möchten Maschinenarme und -hände haben. Ich klärte sie auf, daß künstliche Hände nur dann von Nutzen sind, wenn der Arm intakt blieb, besonders wenn noch ein Stück unter dem Ellbogen zur Verfügung steht. Da ist die künstliche Hand am Platz. Die neuesten Kunsthände schließen die Finger einfach durch Drehung des Oberarmes und können Gewichte bis zu 5 Kilogramm heben. Wo aber nur ein kurzer Stumpf vorhanden, da ist ein künstlicher Arm nur hinderlich. Meine Schüler wollten dies nicht glauben. Die meisten waren sehr deprimiert. Ein Techniker war besonders schwermütig, gab seine ganze Zukunft als verloren auf. Es war vergebens, daß ich ihm alle Handgriffe zeigte — es half nichts. Ein junger Bureaubeamter zerquälte sich, da er befürchtete, seine Braut werde ihm den Verlobungsring zurücksenden. Ich sagte, daß es für ihn nur ein großes Glück wäre, er möge dann ihren Ring mit der Bitte zurücksenden, sie möge sich denselben durch die Nase ziehen lassen, wie es bei den Wilden der Brauch ist. Im übrigen muß er den ersten Schritt tun und es ihr freistellen, die Verlobung aufzulösen. Einarmige Offiziere wollen alle weiterdienen. Sie folgten mit großer Aufmerksamkeit meinen Lehren, besonders das Reiten betreffend. Ein Tischler zeichnete nach meiner Anleitung mehrere Schraubstöcke, die ihm die Fortsetzung seines Berufes mit einer Hand ermöglichen sollen. Alle Schriftarbeiter fügten sich in ihr Los, besonders als sie bemerkten, wie leicht die linke Hand das Schreiben erlernt. Ich bestrebte mich, jedem einen Wirkungskreis anzugeben, den er auszufüllen imstande wäre.

Digitized by Google

Sehr vielen den früheren, einigen den verwandten Wirkungskreis. Nur bei einem Einarmigen war ich ratlos, er war nämlich Friseur. Ich habe im Laufe der Zeit mehrere Einarmige in mein Haus zum Abendtisch geladen. Beim Zerteilen der Speisen konnte ich helfend und belehrend eingreifen. Nach Tisch mußte ich ihnen auch Klavier vorspielen; dies paßte eigentlich gar nicht in mein Programm, da es ja für sie doch viel wichtiger ist, sich die Hose anziehen und zuknöpfen zu können, als gut oder schlecht mit einer Hand Klavier zu spielen.

Ueber einige neuere Untersuchungen aus dem Gebiet der Infektionskrankheiten, der radioaktiven Therapie und der Nährschäden

Von

Prof. Carl v. Noorden (Frankfurt a. M.)

Für praktische Heilkunde und wissenschaftliche Forschung steht nach wie vor das Studium der Infektionskrankheiten, der großen Würger der Menschheit, im Vordergrund des Interesses. Die letzten Jahre lehrten uns eine gefährliche und neuerdings in verbreiteten Epidemien auftretende Krankheit, die sog. Kinderlähmung (Poliomyelitis und Polioencephalitis acuta, Heine-Medinsche Krankheit) auf bakterielle Infektion zurückzuführen. Der Hauptsitz der Erkrankung sind die großen Ganglienzellen des Zentralnervensystems, aus denen die motorischen Nerven entspringen. Wenn Nervenzentren befallen werden, die lebenswichtigen motorischen Leistungen vorstehen (Atmung, Herztätigkeit), führt sie schnell zum Tode. Aus dem Befallensein der Nervenzentren für die Rumpf- und, was viel häufiger ist, die Extremitätenmuskeln entspringen akut einsetzende Lähmungen, die sich zwar teilweise wieder zurückbilden können, meist aber Atrophien und Schwächezustände größerer oder kleinerer Muskelgruppen hinterlassen. Die Krankheit befällt zwar auch Erwachsene, doch ist das erste Lebensdezennium weitaus am stärksten disponiert. In den Jahren 1911 und 1912 kamen namentlich in Mitteleuropa und in manchen Bezirken der Vereinigten Staaten Nordamerikas schwere Epidemien vor; inzwischen sind die Erkrankungen wieder bedeutend seltener geworden. Die Geschichte der Medizin berichtet, daß schon früher mehrfach solches plötzliches Aufflammen und Wiederverschwinden von Kinderlähmungsepidemien vorkam. Es ist ein interessantes, aber noch völlig ungelöstes Problem, worauf dieses eigentümliche, sprunghafte Verhalten einer zweifellos leicht übertragbaren Krankheit beruht. Wir sahen ähnliches bei der echten Influenza und kennen auch da die Ursachen nicht, während für das Kommen und Gehen des Typhus, der Pest und der Choleraepidemien uns die epidemiologische und bakteriologische Forschung die Erklärung gegeben hat.

Digitized by Google

Natürlich wurde versucht, der Kinderlähmung mit Schutzimpfung entgegenzutreten, wozu die Erfahrung ermunterte, daß die für die Krankheit sehr empfänglichen Affen durch Vorausbehandlung mit Kinderlähmungsimmunstoffen sicher geschützt werden können. Die beim Menschen unternommenen therapeutischen Versuche ergaben noch kein befriedigendes Resultat.

Die weitaus wichtigste und mörderischste Infektionskrankheit ist die Tuberkulose. Den internationalen Tuberkulosekongressen ist es gelungen, alle Kulturstaaten zur Erforschung der Krankheitsbedingungen und ihrer Bekämpfung mobil zu machen. Die Berichte der jährlich abgehaltenen Tuberkulosekonferenzen (zuletzt im Oktober 1913 in Berlin) legen beredtes Zeugnis ab, in welchem großen und von Jahr zu Jahr steigenden Umfang sich alle maßgebenden Faktoren zur Einschränkung dieser verheerenden, enorme Verluste an Menschenmaterial, an Menschenglück und an wirtschaftlichen Werten bringenden Volksseuche vereinen. Was durch besseres Erkennen der Frühstadien, durch rechtzeitig einsetzende und konsequent durchgeführte Behandlung und vor allem auch durch Besserung der allgemeinen hygienischen Bedingungen erreicht wurde, ist erstaunlich und geht vor allem aus der trefflich geführten Statistik der preußischen Monarchie hervor. Auf 10000 Lebende berechnet, sank die Zahl der Tuberkulosetodesfälle vom Jahre 1876 bis 1912

in der Altersklasse	von 15	bis 30	Jahren	von	26,91	auf	17,48
„ „ „	„ 30	bis 60	„	„	48,62	„	19,49
„ „ „	über 60		„	„	77,62	„	19,81

Leider erstreckt sich die Abnahme noch nicht auf die Kindertuberkulose. Zu ihrer Bekämpfung wird die früher viel bestrittene, jetzt aber gesicherte Erkenntnis beitragen, daß die weitaus meisten Menschen sich im Kindesalter infizieren und daß die Infektion gewöhnlich durch Inhalation von Tuberkulosekeimen erfolgt. Der typische Entwicklungsgang der Krankheit hat eine gewisse Aehnlichkeit mit dem bei chronischer Syphilis. Zunächst bildet sich an Stelle der ersten Niederlassung der Keime ein umschriebener Herd (Primärstadium, meist als Lymphknotenerkrankung auftretend); von da aus erfolgt Aussaat der Keime durch Lymph- und Blutbahn und neue Ansiedlung an entfernten Stellen (Sekundärstadium, Metastasenbildung) und schließlich das Tertiärstadium des lokalen Gewebszerfalls in einzelnen oder in zahlreichen der inzwischen entstandenen metastatischen Herde. Glücklicherweise können sowohl Wucherung des Pilzrasens und Verschleppung der Keime wie auch der anatomische Krankheitsprozeß in jedem Stadium Halt machen, und dies ist in den Frühstadien nicht nur Ausnahme, sondern außerordentlich häufig. Es kommt dann zu Einkapselung des Herdes durch straffes Bindegewebe (Narbengewebe), eventuell unter gleichzeitiger Kalkeinlagerung. Freilich ist damit die Gefahr noch nicht beseitigt, denn selbst in sehr alten vernarbten Herden werden oft noch keimfähige Tuberkelbazillen gefunden, die gelegentlich wieder einmal ausbrechen können. Welche Bedingungen dies begünstigen, ist Gegenstand eifrigen Forschens. Daß ungünstiger Stand der

Digitized by Google

Allgemeinernährung, ungenügende und einseitige Kost, Mangel an frischer Luft und Belichtung eine wichtige Rolle spielen, dürfte erfahrungsmäßig feststehen und wird wohl mit Unrecht von manchen einseitig geschulten Bakteriologen bestritten. Daneben kommt aber sicher „Sensibilisierung" der gleichsam schlafenden Tuberkelbazillen und der umliegenden Gewebe durch andre in den Körper gelangende Bakteriotoxine in Betracht; z. B. ist die Gefahr des Wiedererwachens eines tuberkulösen Herdes sehr groß, wenn der Organismus von Masern, Keuchhusten oder echter Influenza befallen wird. Die Erkenntnis, daß eine ungeheure Anzahl von Menschen schon in früher Kindheit infiziert wird, daß aber ein großer Teil von ihnen infolge der Einkapselung der primären Herde gesund bleibt und nur bei Eintritt ungünstiger Komplikationen gefährdet ist, verdankt man teils der Röntgendurchleuchtung, teils und vor allem der systematischen Durchuntersuchung der Kinder auf „Tuberkulinreaktion", die sowohl nach dem alten R. Kochschen Verfahren (Einspritzung minimaler Mengen von Tuberkulin), wie auch nach der bequemen, eleganten und gänzlich ungefährlichen Methode von Cl. v. Pirquet ausgeführt werden kann (Einreiben von Tuberkulin in die leicht geritzte Haut). Auf Grund dessen, was jetzt feststeht, werden wir also in Zukunft die kleinen und kleinsten Kinder mit viel größerer Energie und Umsicht vor der Einverleibung von Tuberkelbazillen schützen müssen. Das ist eine Frage der Pflege und der Isolierung tuberkulöser Patienten, eine Frage der Wohnungshygiene und vor allem, ganz allgemein gesprochen, eine Frage der Reinlichkeit. Je mehr wir den Sinn für Reinlichkeit am eignen Körper, an der Gewandung und in der Wohnung in das Volk hineintragen, je mehr es uns gelingt, die heranwachsende Generation geradezu zu einem Fanatismus der Reinlichkeit zu erziehen, desto sicherer gehen wir dem Ziel entgegen, die Tuberkulose selbst in ihren geheimsten Schlupfwinkeln auszurotten.

Ehe diese gewaltige Kulturaufgabe gelöst ist, deren enorme Kosten sich unseren Nachkommen hundertfältig verzinsen würden, gilt ein Hauptstück der Tuberkulosebekämpfung der Heilung des einzelnen Kranken. Daß sich die auf das Tuberkulin gesetzten Hoffnungen nicht erfüllten, ist bekannt genug. Aber der langen Periode der Resignation und Enttäuschung ist jetzt doch eine neue, hoffnungsfreudigere gefolgt. Das Tuberkulin ist zwar nicht das erträumte Allheilmittel gegen Tuberkulose, aber es leistet — wie von Jahr zu Jahr mehr anerkannt wird — doch im Kampf gegen dieselbe wertvolle Dienste; wer die Besonderheiten seiner Wirkung kennt, wer seine Vorzüge und seine Gefahren genau abzuschätzen gelernt hat, wird das Tuberkulin nicht wieder missen wollen; man muß eigentlich sagen „die Tuberkuline", die sich aber mehr durch nebensächliche Eigenschaften und äußere Aufmachung als im Prinzip voneinander unterscheiden. Leider trägt die aufdringliche Reklame, die immer aufs neue mit einzelnen der Präparate gemacht wird, die zeitweilige Erweckung übertriebener Hoffnungen und die naturgemäß folgende Enttäuschung und Ernüchterung vieles dazu bei, die Tuberkulinbehandlung von Aerzten und Laien geringer bewerten zu lassen, als sie in der Tat verdient.

Digitized by Google

Mehr als das Tuberkulin macht zurzeit die Sonnenbehandlung der Tuberkulose von sich reden. In Betracht kommt zunächst das „Sonnenbad", d. h. die Wirkung von Sonne und Luft auf die ganze Hautoberfläche. In vernünftigem Maße, ohne die leider schon allzu häufigen und zweifellos schädlichen Uebertreibungen angewandt, entspringt daraus eine kräftige Anregung des ganzen Nervensystems, eine Besserung der Blutzirkulation im Hautorgan, eine regere Wechselwirkung zwischen den Stoffwechselprozessen in der Haut und im Körperinnern, günstiger Einfluß auf Appetit, Nahrungsaufnahme und Ernährungszustand, alles wichtige Faktoren. Das ist nichts Neues. Das erzählen uns schon die Schriften der alten griechischen Aerzte, und diese wohlbekannten Tatsachen wurden der Ausgangspunkt für die moderne, kaum fünfzig Jahre alte „Freiluftbehandlung", deren Siegeszug durch H. Brehmer in Deutschland, durch den Deutschen Sir Hermann Weber in England die Bahn gebrochen wurde. Neu ist dagegen die Erfahrung, daß die lokale Einwirkung des Sonnenlichtes und seiner künstlichen Nachahmungen (Finsenlampe!) nicht nur chronische Hauttuberkulose (Lupus), sondern auch von Haut bedeckte Tuberkulose der Knochen und Gelenke und offene tuberkulös geschwürige Prozesse zur Heilung bringen kann, und daß sie das in einer so vollkommenen Weise tut, wie es früher selbst die geschickteste Chirurgie kaum vermochte. Die Zeit ist wohl nicht mehr fern, wo man nur im Notfall bei „äußerer Tuberkulose" das Messer ansetzen wird. Die Theorie betreffend, sei nur erwähnt, daß die Heilwirkung nicht den Wärmestrahlen, sondern den kurzwelligen chemischen Strahlen des Spektrums (violett und ultraviolett) innewohnt. Wie nun im einzelnen, direkt oder indirekt, Bazillen und Gewebe durch die lokale Bestrahlung verändert und beeinflußt werden, ist gerade jetzt Gegenstand lebhafter Kontroverse und soll einmal später, wenn sich die Meinungen geklärt haben, berichtet werden. Auch darüber herrscht jetzt lebhafter, von persönlichen Interessen noch nicht ganz freier Meinungsaustausch, inwieweit zur Erzielung sicherer Wirkung das Sonnenlicht selbst herangezogen werden muß und inwieweit es durch künstliche Lichtquellen ersetzt werden kann. Daß dies letztere möglich und daß der vollwertige Ersatz im wesentlichen eine Frage der Technik ist, scheinen die glänzenden, der ganzen modernen Heliolokaltherapie zugrunde liegenden Resultate des allzu früh verstorbenen Finsen darzutun.

Nächst der Tuberkulose ist für die Kulturstaaten die Syphilis die wichtigste chronische Infektionskrankheit. Die Diagnostik der Syphilis, die bekanntlich früher sehr im' argen lag und in der viele Willkür herrschte, ist jetzt wesentlich verfeinert. Von den ganz einfach und klar liegenden Fällen abgesehen, rückt die Diagnose immer mehr von der rein anatomischen Betrachtung ab und schiebt sich auf das bakteriologische und biochemische Gebiet. Daß wir da eine kräftige Stütze fanden, ist um so wichtiger, als die gleichen oder wenigstens höchst ähnliche anatomische Veränderungen, wie man sie bei Syphilis auf der Haut und an inneren Organen findet, auch durch andre Schädlichkeiten erzeugt werden können. Besonders wichtig und interessant ist, daß man bei chronischen Er-

Digitized by Google

krankungen der Blutgefäße (z. B. bei chronischer Aortenentzündung, bei sackförmigen Erweiterungen der großen Schlagader), bei Tabikern und Paralytikern die Schaudinnsche Spirochaeta pallida, den Erreger der Syphilis, in den erkrankten Geweben selbst antraf. Damit wurden alte Vermutungen und Lehren bestätigt. Neuerdings machten die mit bewundernswerter Technik ausgeführten Untersuchungen von H. Noguchi berechtigtes Aufsehen. Er fand in 48 von 200 Fällen von Paralyse der Irren (Dementia paralytica) Spirochaeten im Gehirn, und zwar vorzugsweise in den Rindenzonen, die man längst als Hauptsitz der gefürchteten Krankheit erkannt hat. Die stärkere entzündliche Gefäßentwicklung, die Wucherung des Stützgewebes, die Atrophie der nervösen Elemente stehen in unmittelbarer Abhängigkeit von einer diffusen Spirochaetose der Rinde. Früher hatte man gemeint, daß an jeder beliebigen Stelle des Körpers unter dem Einfluß der syphilitischen Krankheitserreger Toxine entstehen, die dann unter besonderen Umständen von den Ganglienzellen der Hirnrinde abgefangen und verankert würden. Jetzt erweisen sich die Spirochaeten selbst als die Uebeltäter; Paralyse und Tabes sind also keine „Nachkrankheiten der Syphilis" (Metasyphilis), sondern reihen sich der Gruppe der andern altbekannten syphilitischen metastatischen Herderkrankungen ein.

Neben die bekannte Wassermannreaktion ist jetzt die sog. Luetinreaktion getreten und scheint auf dem besten Wege, die immerhin etwas umständliche und manchmal auch etwas trügerische Wassermannreaktion aus ihrer dominierenden Stellung zu verdrängen. Man versteht unter „Luetin" die Aufschwemmung von durch Hitze abgetöteten Syphilisspirochaeten (Reinkultur). Wie bei der oben erwähnten v. Pirquetschen Tuberkulinreaktion wird das Luetin der leicht geritzten Haut eingeimpft. Syphilitiker sind gegen die eingeimpften Giftspuren derart überempfindlich (anaphylaktisch, deutsch: schutzlos), daß sie an Ort und Stelle der Impfung nach einigen Tagen eine Papel, eine Blase oder Pustel bekommen; diese lokale Erkrankung der Haut läuft binnen kurzem wieder ab, ohne Schäden zu hinterlassen. Bei Nichtsyphilitischen bleibt jede Reaktion aus. Das einfache Verfahren stellt an das technische Können des praktischen Arztes viel geringere Ansprüche als die Pockenvakzination. Wenn es erst gründlich durchgearbeitet ist und wenn das Luetin in genau sterilisierter und dosierter Form erhältlich ist, wird es sich beim Praktiker sicher schnell einbürgern.

Ueber die Salvarsantherapie der Syphilis hat das vergangene Jahr eine unendlich große Literatur gebracht. Wie vom Kochschen Tuberkulin, hatte man anfangs vom Ehrlichschen Salvarsan zu viel erwartet; daß es aber ein ungemein nützliches Mittel ist, das die erfolgreiche Behandlung der Syphilis wesentlich förderte, hallt — mit wenigen Ausnahmen — durch die ganze medizinische Weltliteratur wider. Man hat inzwischen gelernt, die zweifellosen Gefahren der Salvarsantherapie (zu große Anfangsdosen!) zu vermeiden. Man verteilt die vorgesehene Gesamtmenge (etwa 1 bis 2 Gramm Salvarsan) auf mehrere Einzelinfusionen ins Blut, selten mehr als 0,3 Gramm auf einmal. Gleichzeitige Darreichung von Jodkali wird von den meisten als nützlich erachtet. Der Sal-

Digitized by Google

varsanbehandlung lassen die meisten Syphilisspezialisten Queckſilberkuren folgen. In verſchiedener Stärke und Zeitfolge werden ſolche kombinierte Salvarſanqueckſilberkuren etwa 2 bis 3 Jahre lang wiederholt. Natürlich kann erſt eine längere Erfahrung zeigen, ob damit wirklich das erreicht wird, was man anſtrebt: eine in relativ kurzer Zeit erfolgende gänzliche Heilung der Syphilis oder zum mindeſten ein weſentlich größerer Schutz vor ſpäteren Rezidiven als bei den alten Queckſilbermethoden.

Schmerzlich große Erfahrungen bringt die Jetztzeit über Tetanus (Wundſtarrkrampf). Er iſt der Schrecken der Lazarette bei Freund und Feind. Er rafft viele dahin, deren Wunden vom rein chirurgiſchen Standpunkt aus betrachtet harmlos erſcheinen. In keinem früheren Feldzug forderte der Tetanus ſo viele Opfer, wie in dem jetzigen. Das hängt mit der heutigen Kampfesart zuſammen. Die Tetanuskeime ſind bodenſtändig. Wunden, die mit Erdteilen verunreinigt ſind, ſind daher der Tetanusinfektion bei weitem am ſtärkſten ausgeſetzt. Die Infanteriegeſchoſſe kommen oft ſchon, ehe ſie in die Magazinkammer eingeſetzt werden, mit dem Erdboden in Berührung, da die Soldaten in den Schützengräben ſie der größeren Bequemlichkeit wegen neben ſich hinlegen. Wenn ſie die Kleidung durchbohren, reißen ſie leicht Stücke der mit Erde beſchmutzten Kleider mit in die Wunde hinein. Natürlich können auch andre Mikroben auf dieſe Weiſe die Wunde infizieren, aber erfahrungsgemäß nehmen dieſe andern Infektionen meiſt gutartigen Verlauf. Auch die Granatſplitter — und zwar dieſe ganz beſonders — ſind gefürchtete Träger der Tetanuskeime; die moderne Granate ſchlägt zunächſt auf den Boden auf, gräbt ſich in denſelben ein und explodiert erſt dann, ſo daß ſich die Oberfläche ihres Mantels mit Tetanuskeimen beladen kann. Mindeſtens ebenſo groß iſt aber die Gefahr, daß der Granatſplitter von der beſchmutzten Kleidung Erdteile in die Wunde mit hineinreißt. Die ſtarke Zerklüftung der Granatſplitterwunde und die ſtarke Zertrümmerung des Gewebes an der Einſchußöffnung begünſtigt das Wachstum der Tetanusbazillen außerordentlich, da dieſelben nur da gedeihen, wo der atmoſphäriſche Sauerſtoff keinen Zutritt hat.

Im Gegenſatz zu den meiſten andern Mikroben verbreiten ſich die Tetanusbazillen nicht durch Lymphe und Blut im Körper — oder doch nur in höchſt beſchränktem Maße; ſie keimen nur an der Stelle, wo ſie eingeſchleppt wurden, und in deren nächſter Umgebung aus. Aber ſie erzeugen ein Gift von ungeheurer Kraft. Die geiſtreichen und glänzenden Unterſuchungen von H. H. Meyer haben nun gezeigt, daß das Gift nur von den peripheriſchen Enden (Endplatten) der motoriſchen Nerven aufgeſogen wird. Von dort wandert es in den Nerven ſelbſt zu den zentralen Ganglienzellen (Stammzellen der Nervenfaſern) im Rückenmark und verlängerten Mark. Infolge der beſonders ſtarken chemiſchen Verwandtſchaft dieſer Zellen (Affinität) zum Tetanusgift wird dasſelbe dort feſt verankert. Die Aufnahme des Giftes in die Ganglienzellen verſetzt ſie in einen Zuſtand erhöhter Erregbarkeit und ſtarker Erregung. Daraus entſpringen dann die heftigen und ſchmerzhaften Krämpfe der von den vergifteten Zellen

Digitized by Google

versorgten Muskeln. Von Ganglienzelle zu Ganglienzelle wird das Gift weiterbefördert. Was von den erstvergifteten Ganglienzellen nicht verankert werden kann, wird teilweise auch an die Lymph- und Blutbahn abgegeben und gelangt auf diesem Wege zu entfernteren Zellen. Einige Ganglienzellenhaufen sind besonders empfänglich für das Gift, z. B. die die Gesichts- und Kaumuskulatur versorgenden Gruppen. Daher eröffnen meist nicht Krämpfe in dem primär infizierten Gebiet, sondern solche in der Gesichts- und Kaumuskulatur das Krankheitsbild. Von der allgemeinen Giftwirkung abgesehen, ist am gefährlichsten der Uebergang des Giftes auf die die Atmung beherrschenden Gangliengruppen. Anfangs durch Krampf, später durch Lähmung führt dies zum Atmungsstillstand.

Der Tetanus verläuft im allgemeinen um so leichter, je später er nach Infektion der Wunde zum Ausbruch kommt. Der späte Ausbruch zeigt an, daß die Giftproduktion keine sehr große war oder daß das Gift mit den Wundsekreten nach außen befördert werden konnte. In Fällen, wo sich erst zirka zwei Wochen nach der Verwundung oder gar noch später tetanische Erscheinungen entwickeln, beträgt die Mortalität kaum mehr als 20 Prozent; bei Tetanus, der schon in der ersten Woche ausbricht, muß man aber auf eine Sterblichkeit von 80 bis 90 Prozent gefaßt sein.

Die v. Behringsche Entdeckung des Tetanus-Antitoxins brachte die Hoffnung, die Mortalität bedeutend herabdrücken zu können. Pferde werden mit langsam steigenden Mengen abgetöteter Tetanuskeime geimpft (durch Hitze sterilisiert). Die Zellen des Tierkörpers bilden dann ein Gegengift, das das Tetanusgift neutralisiert; es wird aber nicht nur in dem Maße, wie es zur Neutralisierung der eingeimpften Giftmenge erforderlich wäre, sondern in großem Ueberschuß gebildet (ein allgemeines Gesetz bei der Antitoxinbildung) und wird in das Blutserum abgegeben. Nach gewissen Vorbereitungen dient dann das Blutserum der Tiere als Antitoxin. Es gilt nun, mit dem im Pferdeblutserum enthaltenen Gegengift das Tetanustoxin abzufangen. Dazu dienen Austupfen der Wunde mit Antitoxinserum, Einlegen von Verbandstoffbäuschen, die damit getränkt sind, Einspritzung des Serums in die Umgebung der Wunde, subkutane Injektionen, intravenöse Infusionen, Einspritzen von Serum in den Wirbelkanal (endodurale Injektion). Mit all diesen Methoden werden aber doch nur kleine Mengen Gift abgefangen; nur der Ueberschuß, den die Nerven nicht direkt aufnehmen können. Viel aussichtsvoller scheint das Einspritzen eines möglichst stark mit Antitoxin beladenen Serums in den Hauptstamm des Nerven zu sein, der das infizierte Gebiet versorgt; denn damit verlegt man dem Gift seine Hauptbahn. Kann man mit der Spritze nicht an den Nerven heran, so muß man ihn operativ freilegen, eine kleine und harmlose Operation. Sie wird die früher zur Ausschaltung der Giftquelle vielfach empfohlene Amputation des ganzen infizierten Gliedes verdrängen. Ich habe aus eigner Anschauung den Eindruck, daß mancher Fall von Tetanus nur durch solche endoneurale Injektion gerettet wurde.

Nicht minder wichtig, nach v. Behring sogar von äußerster Bedeutung und neuerdings von der deutschen Heeresleitung anbefohlen, ist die prophylaktische

Digitized by Google

Einspritzung von Antitoxin in der Umgebung solcher Wunden, die erfahrungsgemäß gern von Tetanus gefolgt sind. Diese Injektionen sollen möglichst früh, also schon in den Feldlazaretten, gemacht werden. Leider reicht die Menge des verfügbaren Tetanus-Antitoxins kaum aus, um allen Verwundeten diese Wohltat zukommen zu lassen. In zukünftigen Kriegen wird man wohl dafür Sorge tragen, daß jeder Soldat eine gewisse Dosis Tetanus-Antitoxin als eisernen Bestand im Tornister mit hinausnimmt. Dies ist nicht schwer zu erfüllen, da die prophylaktische Dosis von Antitoxin sehr klein ist; man kann sie leicht auf 1 Kubikzentimeter Blutserum vereinen oder nach dem neuen v. Behringschen Verfahren unter luftsicherem Abschluß als trockenes Pulver mitgeben. Es hält sich lange Zeit, und da in Friedenszeiten der Bedarf an Tetanus-Antitoxin nur gering ist, kann die Heeresverwaltung sich leicht hinreichende Mengen sichern.

Bei ausgebrochenem Tetanus ist es von größter Bedeutung, die Antitoxinbehandlung möglichst früh zu beginnen und den Körper mit möglichst großen Mengen zu überschwemmen. Alle andern Behandlungsmethoden des Tetanus, die im wesentlichen auf das Einführen nervenberuhigender Substanzen (Morphium, Chloralhydrat, Luminal, Magnesiumsulfat) und auf sorgsame Krankenpflege hinauslaufen, sind zwar wichtige und notwendige Hilfsmittel. Sie richten sich aber nur gegen Symptome und Folgeerscheinungen der Intoxikation, nicht gegen diese selbst.

Fast alle medizinischen Kongresse beschäftigten sich im letzten Jahre mit der nichtoperativen Behandlung der bösartigen Geschwülste, Karzinom und Sarkom an der Spitze. Die Chemotherapie, die vor einiger Zeit Brauchbares zu versprechen schien, hat keine sicheren Erfolge aufzuweisen gehabt. Besseres leistet die radioaktive Therapie. Teils wird die Strahlung des Radiums bzw. seiner Salze benutzt, teils das an wirksamen Strahlen reiche Mesothorium. Es ist aus allen Tagesblättern bekannt, wie stark der Bedarf der Krankenanstalten an diesen Substanzen steigt, wie schwer sie in genügender Menge zu beschaffen und mit welch enormen Summen sie zu bezahlen sind. Bei gewisser Anordnung läßt sich die Strahlenmenge so dosieren, daß das Gewebe der bösartigen Neubildung zerstört wird, während das umgebende gesunde Gewebe erhalten bleibt. Unbestrittene Erfolge sind bisher erzielt worden bei oberflächlichen Hautkrebsen, bei Rezidiven verschiedener Karzinome, die in der Operationsnarbe aufgetreten sind, und bei sekundären Drüsenerkrankungen. Außerdem wird von manchen das Karzinom der Gebärmutter als der radioaktiven Therapie so zugänglich bezeichnet, daß sie die Strahlenbehandlung dem operativen Eingriff vorziehen. Ein definitives Urteil über den wahren Wert der radioaktiven Geschwulsttherapie kann noch niemand abgeben.

Von den zahlreichen Anwendungsgebieten der Strahlentherapie sei vor allem die Sterilisierung der Frauen hervorgehoben. Man bedient sich dazu fast ausschließlich der Röntgenstrahlen und läßt sie auf die Eierstöcke einwirken. Wenige Sitzungen genügen, um den generativen Teil dieser Drüsen völlig zu zerstören. Bei Frauen reiferen Alters, die unter Blutungen schwer

Digitized by Google

zu leiden haben, ferner bei gutartigen Geschwülsten der Gebärmutter (Myome, Fibrome) sind damit in bequemster Weise vortreffliche Resultate erzielt.

Die lebhafte Bewegung, mit der die radioaktive Therapie (Radiumemanation, Thorium-X) vor einigen Jahren auch auf dem Gebiete der inneren Medizin einsetzte, ist etwas zur Ruhe gelangt. Das ist gut so, denn dieser junge, lebenskräftige Zweig der Therapie drohte rasch zu verdorren, als man zu viel Früchte an ihm reifen lassen wollte und die Radiumemanation gleichsam als Allheilmittel pries. Jetzt hat eine ruhige und besonnene Arbeit eingesetzt, der es wohl bald gelingen wird, die Spreu vom Weizen zu sondern. Man hat auch erkannt, daß man mit den übereilt eingerichteten Emanationsinhalatorien, die in großen und kleinen Städten und in allen Sanatorien wie Pilze aus der Erde schossen, nicht viel erreichen konnte, da sie meist viel zu wenig radioaktive Energie enthielten. Nur wenige Emanatorien sind mit genügenden Energiemengen beschickt. Im allgemeinen geht der Zug der Zeit dahin, bei häuslicher Behandlung die radioaktive Energie in Form von Thorium-X einzuverleiben (Trinkkuren, subkutane und intravenöse Injektionen) und die Radiumemanation lieber an Kurorten mit stark radioaktiven Quellen einwirken zu lassen. Joachimstal bei Karlsbad, mit seinen prächtigen neuen Kuranstalten, hat heute die Führung übernommen; daneben Kreuznach, Münster a. St., Gastein. Bei chronischen Gelenkleiden verschiedenen Ursprungs, sowohl gichtischer wie rheumatischer Natur, werden treffliche Erfolge gesehen. Dagegen hat man die Hoffnung, mit Radium oder Thorium-X schwere, bisher für unheilbar gehaltene Blutkrankheiten, wie Leukämie und perniziöse Anämie, dauernd gut beeinflussen zu können, wieder fallen lassen müssen. Man sieht oft erstaunliche Besserungen, aber sie halten nicht vor.

Ueberhaupt wird es immer zweifelhafter, ob man sich bei Behandlung der perniziösen Anämie mit den die Blutneubildung anregenden Methoden — und dazu gehört auch die radioaktive Therapie — auf dem richtigen Wege befand. Denn zweifellos steht sowohl bei dieser Krankheit wie bei manchen verwandten Zuständen nicht mangelhafte Blutneubildung, sondern abnorme Blutzerstörung im Vordergrund. Es ist also viel rationeller, hier den Hebel anzusetzen. Bis vor kurzem kannte man aber keine geeignete Methode. Nun hat sich herausgestellt, daß es eine der wichtigsten Funktionen der Milz ist, die gebrauchsunfähig gewordenen roten Blutkörperchen zu zerstören und ihr Blutrot abzubauen. Unter gewissen Umständen greift diese physiologische Aktion zu einem krankhaft gesteigerten Tempo aus; meist ist die Milz dabei vergrößert; dies ist aber nicht unerläßlich. Nachdem man gerade bei perniziöser Anämie Zeichen krankhaft gesteigerter Blutzerstörung gefunden hatte, wagte man den kühnen Schritt, der unheilbaren Krankheit mit Milzexstirpation zu begegnen, und schon die ersten Erfolge, die aus meiner Wiener Klinik mitgeteilt wurden, waren derart günstig, daß die Methode bald ein Bürgerrecht erlangte. Immerhin ist die Zeit noch zu kurz, um die Heilerfolge als endgültige betrachten zu dürfen. Mit größerer Zuversicht läßt sich die Milzexstirpation als beste, vielleicht als einzig

Digitized by Google

rationelle Therapie bei den chronischen Formen der sog. hämolytischen Gelbsucht bezeichnen, die früher fälschlich als primäre Lebererkrankung gedeutet wurde. Sie beruht, wie die perniziöse Anämie, auf abnormer Blutzerstörung; die Leber erkrankt erst sekundär infolge der Ueberschwemmung mit Zerfallsprodukten des Blutes. In einem Teil der Fälle wirkt die krankmachende Ursache (meist Gifte) direkt auf das Blut, in andern durch ihre klinischen Symptome wohlcharakterisierten Fällen ist aber offenbar Hyperfunktion oder Hyperplasie des blutzerstörenden Apparates in der Milz das primäre Uebel (Hypersplenismus). Neben den schönen therapeutischen Ausblicken ist die biologisch wichtige Tatsache hervorzuheben, daß jetzt nach dezennienlangen Forschungen das Dunkel, das über die physiologischen Aufgaben der Milz gebreitet war, sich zu lichten beginnt. Während das Knochenmark den Aufbau des Blutes, insbesondere der roten Blutkörperchen besorgt, regelt die Milz deren Abbau. Damit sind aber wahrscheinlich ihre Funktionen nicht erschöpft. Nach ihrer Exstirpation treten andre Organe (Lymphdrüsen) ausgleichend ein, so daß der Wegfall der Milz keinen dauernden Schaden hinterläßt und in lebensgefährlichen Krankheiten ihre Entfernung riskiert werden darf.

Unter den die Heilkunde unmittelbar berührenden biologischen Problemen steht jetzt die Abderhaldensche Lehre von den sog. Abwehrfermenten im Vordergrund des Interesses. Kurz zusammengedrängt lautet sie: wenn körperfremde Stoffe (vor allem Eiweißkörper und deren Abkömmlinge, aber auch Stoffe aus der Fett- und Kohlenhydratreihe) in die Blutbahn gebracht werden, so bildet das Blut aus der Fülle von chemischen Substanzen, die ihm zur Verfügung stehen, Fermente, die jene Fremdstoffe aufspalten und abbauen. So ist es z. B., wenn Eierklar („artfremd") direkt in die Blutbahn gespritzt wird, anstatt in üblicher Weise den Magendarmkanal zu passieren, dort in physiologischer Weise durch die Verdauungssäfte abgebaut und bei Resorption seiner Abbauelemente in „arteignes" Eiweiß umgewandelt zu werden. Diese Fermentneubildung im Blut ist eine Schutzmaßregel, die dem Körper die Eigenart seiner chemischen Zusammensetzung sichert (daher der Ausdruck „Abwehrfermente"). Doch hierauf beschränkt sich der Prozeß nicht. Er erfolgt auch dann, wenn die in den Kreislauf gelangenden Stoffe wohl körpereigen, aber blutfremd sind, d. h. wenn Stoffe, die für gewöhnlich nicht im Körper gebildet werden und an die das Blut nicht gewöhnt ist, infolge eines veränderten physiologischen Zustandes oder krankhafter Veränderungen der Organe in die Blutbahn gelangen. Auch gegen diese art- und körpereignen, dem Blut und andren Organen aber fremde Stoffe bilden sich Abwehrfermente. Das mit ihnen beladene Blut (bzw. Blutserum) hat dann die Eigenschaft, auch im Reagenzglas die Ursprungsorgane der Fremdstoffe abzubauen (gleichsam zu verdauen), während es andern Organen gegenüber inaktiv bleibt (Spezifizität der Fermente). Z. B. das Blut einer Schwangeren verdaut Plazentar(Mutterkuchen-)gewebe, das Blut eines Karzinomkranken verdaut Krebsgewebe, das Blut eines Schwindsüchtigen mit Lungenzerfall verdaut Lungengewebe usw. Darauf hat nun Abderhalden die serologische Diagnose

Digitized by Google

der Schwangerschaft, des Krebses usw. gegründet. Die sehr subtile Technik interessiert hier nicht. Die Frage nach dem Umfang, in dem solche Abwehrfermente gebildet werden, und nach der klinisch-diagnostischen Bedeutung hat eine Hochflut von Arbeiten hervorgerufen, und bei der Schwierigkeit der Methoden ist es verständlich, daß wir von einer Klärung der Fragen noch weit entfernt sind. Das biologische Grundgesetz, eine der wichtigsten und fruchtbarsten biologischen Entdeckungen, scheint erwiesen; was der Diagnostik und Therapie daraus als bleibender Gewinn zuwächst, ist aber heute noch nicht zu ermessen.

Ein anderes vielumstrittenes Problem ist die Lehre von den Vitaminen, deren Ausbau vor allem C. Funk in London zu verdanken ist. Es darf freilich sofort bei Beginn des Berichts nicht verschwiegen werden, daß die schon recht weit ausgesponnenen Theorien Funks nicht von allen Forschern gebilligt werden und daß auch die Richtigkeit mancher den Schlüssen zugrunde liegenden Beobachtungen noch strittig ist. Doch ist schon viel Interessantes und Wichtiges festgestellt worden. Funks Lehre geht dahin, daß sich in der Nahrung besondere, bisher unbeachtete lebenswichtige Stoffe befinden. Fehlen dieselben wegen ungeeigneter Mischung in der Kost oder sind sie durch zu weit gehende Denaturalisation (z. B. übermäßiges Erhitzen usw.) zerstört, so entstehen Erkrankungen von charakteristischem Gepräge. Sie treten namentlich da auf, wo ein gewisser Zwang zur Innehaltung einseitiger Ernährung ausgeübt wird, z. B. in Feldzügen, bei Gefangenen, bei Schiffsmannschaften. Der seine Nahrung vollkommen frei wählende Mensch wird dagegen die lebenswichtigen Stoffe, wenn sie in dem einen Nahrungsmittel fehlen, gleichsam instinktmäßig durch Hinzunahme anderer Nahrung sich sichern. Jedenfalls sah man die betreffenden Krankheiten nie gehäuft auftreten, wo freie Nahrungswahl besteht. Andrerseits können sie unter Zwangsernährung oder ähnlichen Verhältnissen (vgl. unten), Volksseuchen gleich, große Massen niederwerfen. Den Krankheiten, die mit schweren Ernährungsstörungen einhergehen, ist gemeinsam, daß sie auch da auftreten, wo es an den altbekannten Hauptnahrungsstoffen: Eiweißkörpern, Fetten, Kohlenhydraten und Nährsalzen nicht fehlt, wo dieselben vielmehr in kalorisch ausreichender Menge und in erfahrungsgemäß richtiger Verteilung aufgenommen werden. Es kommt, wenn nicht etwa im Verlauf der Krankheit der Appetit leidet, daher auch nicht zur Abmagerung. Der Fehler in der Zusammensetzung der Nahrung ist qualitativer Art. Man bezeichnet die Störungen daher als „partielle Unterernährungskrankheiten".

Es handelt sich hauptsächlich um Beri-Beri und Skorbut, wozu dann noch die sog. Barlowsche Krankheit der kleinen Kinder kommt.

Beri-Beri, hauptsächlich in Japan und auf den malaiischen Inseln vorkommend, ist eine mit schweren Lähmungen einhergehende degenerative Entzündung zahlreicher Nerven (Polyneuritis). Daß die Ernährungsart für ihre Entstehung maßgebend sei, wurde schon lange vermutet, aber erst in letzter Zeit lernte man die seit etwa vier bis fünf Dezennien gehäuft auftretende Krankheit mit der Reisernährung in Zusammenhang bringen. Nun ist Reis seit alters das wichtigste

Digitized by Google

Nahrungsmittel jener Gegenden; neben ihm kommt in der Küche der ärmeren Bevölkerung kaum ein anderes in Betracht. Reis ist zweifellos ein vortreffliches und gesundes Nahrungsmittel. Woran liegt es, daß er unter Umständen zu Massenerkrankungen führt (wie z. B. im Japanisch-Russischen Krieg). Dem holländisch-indischen Arzt Eykman gelang es zuerst, nachzuweisen (1897), daß Beri-Beri nur da entsteht, wo der weiße, sog. polierte Reis als Massennahrung dient. Durch den Polierprozeß wird der Reisspelz und mit ihm das trennende sog. Silberhäutchen entfernt. Und in ihm vermuteten die holländischen Autoren eine Substanz, die die aus dem Reis entstehenden „Toxine" neutralisieren sollte. Die Toxintheorie mußte wieder fallen, dagegen suchte und fand man in diesem Silberhäutchen Stoffe, die eine wichtige und notwendige Ergänzung der im Korn selbst enthaltenen Nahrungsstoffe (Eiweißkörper, Kohlenhydrate, Nährsalze) ausmachen.

Wenn nicht alle Reisvölker an Beri-Beri erkranken, so ist in Betracht zu ziehen, daß bei der alten Zubereitungsart, die die Eingeborenen dem Reis angedeihen ließen, das Silberhäutchen erhalten bleibt und mitverzehrt wird. Erst das fabrikmäßige Schälen und Polieren des Reises entfernte auch das Häutchen. Je mehr der fabrikmäßig vorbereitete Reis zur Verwendung kam und das ursprüngliche Rohprodukt verdrängte, breitete sich die Krankheit aus.

Die anfangs wenig beachteten Entdeckungen Eykmans und seiner Mitarbeiter wurden später genauer geprüft und namentlich auch durch ausgedehnte schöne Tierexperimente kontrolliert (besonders durch C. Funk in London und durch H. Schaumann in Hamburg). Körnerfressende Tiere (vor allem dienten Tauben zum Versuch) können mit Vollreis dauernd in bestem Zustand erhalten werden; mit geschältem Reis gefüttert, verfallen sie nach einiger Zeit schweren Lähmungen, als deren Ursache sich, wie bei Beri-Beri des Menschen, Polyneuritis herausgestellt hat. Gibt man den schon schwer gelähmten Tieren dann etwas Reisschale oder auch nur die Extrakte des Silberhäutchens, so erholen sie sich von einem Tage zum andern und verhalten sich bald wieder wie gesunde Tiere. Weitere Studien zeigten, daß der Ersatzstoff nicht nur in der Reisschale vorhanden ist, sondern weit im Tier- und Pflanzenreich verbreitet ist, und es wird dadurch ohne weiteres verständlich, daß die Krankheit nicht auftritt, wo neben dem Reis andere Nahrungsstoffe aushelfen, z. B. Fleisch, Fisch, Eier oder andere Vegetabilien, die teils roh, teils gekocht verzehrt werden.

Die chemische Forschung hat sich dann der Frage zugewandt, welche besonderen Stoffe es sein möchten, die dem Körper nötig sind, dem polierten Reis aber fehlen. Funk glaubt, eine sog. Pyrimidinbase als wichtigste Substanz bezeichnen zu müssen. Die Pyrimidine sind Bestandteile der Zellkerne und scheinen zu den „Bausteinen" der Eiweißkörper zu gehören, die sich der tierische Organismus nicht oder nur schwer selbst aufbauen kann. Er muß sie aus dem Pflanzenreich direkt oder — bei Fleischfressern — indirekt beziehen. Jedenfalls sind schon zahlreiche Beweisstücke dafür beigebracht, daß alle Substanzen, mit denen man der Beri-Beri-Krankheit des Menschen und ihrem experimentellen

Digitized by Google

Ebenbilde entgegentreten kann, Pyrimidinbasen enthalten. Funk hat für die von ihm isolierte und als heilkräftig bezeichnete Substanz den Namen „Vitamin" vorgeschlagen.

Derartige Vitamine, d. h. also lebenswichtige Stoffe, die der Organismus nicht selbst bilden kann, und die ihm daher neben den Hauptnahrungsmitteln, wenn auch nur in quantitativ höchst geringer Menge, von außen zugeführt werden müssen, scheint es nun zahlreiche zu geben. Die Pyrimidinbasen sind nur eine Gruppe derselben. Jene Stoffe als lebenswichtig zu erkennen, wird nur da gelingen, wo einseitige Kost zu „Nährschäden" führt. Dies ist vor allem auch beim Skorbut der Fall, jener früher weitverbreiteten Krankheit, die immer nur da epidemieartig auftrat, wo Menschen längere Zeit auf einförmige Zwangsernährung und insbesondere auf den Genuß getrockneter oder zwecks Sterilisation erhitzter Dauerware angewiesen waren. Auf langen Seereisen der alten Segelschiffe war Skorbut noch mehr als Wind und Wetter gefürchtet. Ganze Kriegsheere sind früher durch Skorbut dezimiert worden. Er äußert sich vor allem in abnormer Durchlässigkeit der Blutgefäße, so daß in Haut, Schleimhäuten, Muskeln, Gelenken und Körperhöhlen Blutungen auftreten. Außerdem fand man Veränderungen in den Nerven, die denen bei Beri-Beri ähnlich sind; immerhin ist das Gesamtkrankheitsbild ein durchaus verschiedenes.

Die chemischen Untersuchungen sind noch nicht so weit gediehen, wie die der Reiskleie, der Hefe, der Fleischextrakte usw., die alle Schutzstoffe gegen Beri-Beri enthalten; doch vermutet Funk, einen dem Reiskleievitamin ähnlichen Körper als Schutzstoff gegen Skorbut gefunden zu haben. Er fand ihn vor allem auch im Zitronenpreßsaft, der ein altes empirisch gefundenes Heilmittel gegen Skorbut ist. Während das Reisvitamin hitzebeständig ist, scheint dies beim Antiskorbutvitamin nicht in gleicher Weise zuzutreffen; außerdem leidet der Stoff offenbar durch Trockenheit und durch langes Lagern. Epidemiologische Erfahrungen sprechen dafür. Bei den experimentellen Untersuchungen bediente man sich vor allem stärkerer und langdauernder Erhitzung (A. Horst und Fröhlich) zur Denaturalisation der Nahrungsstoffe. Eine so behandelte Nahrung, ziemlich gleichgültig welcher Art, erzeugte bei Tieren typischen Skorbut, der rasch geheilt werden konnte, wenn man die gleiche Nahrung ohne vorherige Ueberhitzung darreichte.

Gleichfalls der Hitze fallen wichtige Stoffe zum Opfer, die in der Milch enthalten sind. Die Erfahrungen darüber stammen aus der künstlichen Säuglingsernährung. Die sichere Sterilisation der Milch, die der vor zirka dreißig Jahren eingeführte Soxlethapparat ermöglichte, beugte zwar den infektiösen Durchfällen der kleinen Kinder vor, aber es stellten sich oft allerlei Ernährungsstörungen ein, die man ganz allgemein mit dem Namen „Nährschäden der Säuglinge" bezeichnet. Unter ihnen war vor allem die von Sir Thomas Barlow genauer beschriebene Krankheit charakteristisch und gefährlich: Wachstumsstillstand der Knochen, Atrophie der schon gebildeten Knochen, Blutungen an der Knochenhaut und an anderen Stellen (skorbutähnlich). Man erkannte, daß die Barlowsche

Digitized by Google

Krankheit auf allzu starke Sterilisation, bzw. Denaturalisation der Milch zurückgeführt werden müsse und daß sie um so leichter auftrete, je mehr fabrikmäßig hergestellte Nährpräparate als Milchersatz herangezogen wurden (Neumann). Rohe Milch, Zitronen- und andere Fruchtsäfte, durchgeseihte rohe Bananen erwiesen sich als Heilmittel. Nach unserer heutigen Auffassung fehlt also der zwecks Sterilisation allzu stark und allzu lange erhitzten Milch ein lebenswichtiger Stoff, ein „Vitamin", dessen chemische Natur freilich noch nicht erkannt ist.

Diese höchst wichtigen Untersuchungen aus der Ernährungslehre können, wie eingangs bemerkt, noch keineswegs als abgeschlossen betrachtet werden. Für die große Tragweite der grundlegenden Tatsachen sprechen aber epidemiologische Massenerfahrungen, an denen auch die nicht vorbeisehen dürfen, denen die bisherigen Laboratoriumsversuche nicht allen Anforderungen der exakten chemischen Forschung und der Experimentalkritik standzuhalten scheinen.

Politische Stimmungen in Italien und die italienische Presse

Aus meinen Erinnerungen

Von

F. v. Wantoch-Rekowski

Aller Dreibundfreundschaft ungeachtet, ist der Zwiespalt, den diese Bündnispolitik in der italienischen Volksseele entstehen ließ, bis zum heutigen Tage nicht gewichen. Nach wie vor, macht ein Teil der öffentlichen Meinung und der Presse aus ihrer Hinneigung zur „stammverwandten" und republikanischen, freigeistigen, französischen Schwesternation kein Hehl. Fast in allen Blättern fanden und finden sich stets ausgiebige Nachrichten und Korrespondenzen aus Frankreich vor, und selbst über ganz unbedeutende Vorgänge in der Seinestadt mußte berichtet werden. Unbequeme Dinge wurden gern übergangen. Aber, sei dem wie ihm wolle, sicher ist, daß freundliche Zeitungsberichte über den deutschen Bundesgenossen, über deutsche Verhältnisse oder beachtenswerte Vorgänge im Deutschen Reiche zu den Seltenheiten gehörten und daß kaum jemals ein Tag verging, an dem nicht feindselige Auslassungen gegen Oesterreich-Ungarn durch den italienischen Blätterwald liefen. Wie weit dabei, selbst bei sonst wohlunterrichteten Leuten, seltsame Vorurteile und schiefe Anschauungen in bezug auf offenkundige geschichtliche Tatsachen gingen, bewies unter anderm der öfter gehörte Vorwurf, daß die deutsche Politik an dem im Jahre 1881 erlittenen Verlust von Tunis mit die Schuld trage. Wir hätten Frankreich zur Besitzergreifung der nordafrikanischen, Sizilien gegenüberliegenden Regentschaft er-

Digitized by Google

mutigt, um es mit Italien, welches an Tunis in erster Linie interessiert gewesen sei, zu entzweien. Während offenkundig war, daß Frankreich — nach erfolgter englischer Zustimmung — den Vorstoß gegen Tunis im Frühjahr 1881 lediglich unternommen hatte, um den geplanten italienischen Unternehmungen zuvorzukommen. Welchen Grund hätten wir wohl gehabt, Frankreich in den Arm zu fallen, da doch Italien selbst keinen Einspruch dagegen erhob! Sollten wir italienischer sein als die Italiener selbst? Dem Bündnis der Zentralmächte schloß Italien sich bekanntlich erst im Jahre 1882 an, und zwar infolge der mit Frankreich in Tunis gemachten üblen Erfahrungen![1])

Alsdann wurde immer wieder die Klage laut, daß Italien auf dem Berliner Kongresse im Jahre 1878 — nach dem Russisch-Türkischen Kriege — leer ausgegangen sei und daß Fürst Bismarck dies verschuldet habe. Dagegen hat Crispi, wie folgt, das Gegenteil dargetan:

„Vom Berliner Kongresse kam jedermann mit etwas in der Tasche zurück: Oesterreich-Ungarn mit der Genehmigung, zwei slawische Provinzen der Türkei zu besetzen; England mit Cypern, Frankreich mit der Aussicht auf endgültige Einverleibung von Tunis."

Auf seiner Reise im Jahre vorher (1877) nach Paris, London, Berlin, Gastein und Wien habe er, Crispi, durch seine Unterhaltungen mit Lord Derby und dem Fürsten Bismarck[2]) sich überzeugen können, daß Europa Italien bei den Gebietsveränderungen, welche die Folge des Russisch-Türkischen Krieges sein sollten, ein Recht auf Entschädigung zuerkannte, und diese Entschädigung habe Europa sogar selbst angeboten.

„Leider," so fügte Crispi hinzu, „haben unsre Nachfolger im Amte solche Geneigtheit nicht auszunutzen verstanden — sie haben alles verdorben ... Italien hat durch ihre Schuld eine einzig dastehende Gelegenheit verloren ..."

Als dann Frankreich sich in Tunis, wo Italien damals allerdings bereits gewichtige und überwiegende Interessen geltend zu machen hatte und auch zahlreiche Ansiedelungen besaß, endgültig festsetzte, richtete sich der Sturm des Unwillens tatsächlich viel weniger gegen die geliebte, wenngleich Italien gegenüber sehr rücksichtslos vorgegangene lateinische Schwesternation, sondern gegen den Berliner Kongreß und gegen den Fürsten Bismarck! Dieser Verzerrung der Wahrheit habe ich in italienischen Bekanntenkreisen immer wieder entgegentreten müssen.

Was übrigens die lateinische Schwesternation anlangt, wo sind dort die zur Römerzeit eingewanderten Lateiner geblieben, wo die wohl noch viel zahlreicher gewesenen germanischen Franken der Völkerwanderung? Aufgesaugt sind sie worden von der eingesessenen keltischen Urbevölkerung und enthauptet zur

---

[1]) Vgl. A. Billot, La France et l'Italie, 1881—1899, Bd. 1, Kap. 1.

[2]) Crispi bei Bismarck. Aus dem Reisetagebuch eines Vertrauten des italienischen Ministers. Deutsche Verlags-Anstalt 1894.

Digitized by Google

Zeit der Französischen Revolution! Die heutigen Franzosen sind ein „Keltenvolk", nicht aber Romanen oder Germanen! „Gallia capta ferum victorem cepit." Kelten sind sie, wie diese im Altertume von Julius Cäsar mit ihren Charaktereigenschaften geschildert wurden. — Als Bismarck im Jahre 1867 preußischer Gesandter in Paris war, lernte er einen französischen Marschall (Baillant oder Randon) kennen, der im Laufe des Gespräches bemerkte: „Wir werden eines Tages die Bajonette kreuzen!" — „Gut," antwortete Bismarck, „wenn Sie darauf bestehen, aber warum, wenn ich fragen darf?" — „Weil wir Hähne (Galli) sind, und weil ein Hahn es nicht gerne hat, wenn ein andrer Hahn lauter kräht als er selbst. Bei Sadowa habt ihr Preußen zu laut gekräht!"

Aber ganz abgesehen von solchen Beispielen italienischer Stimmung lief damals auch sonst noch, wie ein roter Faden, ein fortdauernd wenig freundlicher Ton gegen uns durch die italienische Presse. Immer wieder wurden unsre Verfassung und unser politisches Leben als rückständig hingestellt. Der deutsche Staatsbürger entbehre der wirklichen, menschenwürdigen Freiheit und stünde unter der Herrschaft eines autokratischen, feudalen und militärischen Regiments, mit einem Wort, wir lebten in einem Polizeistaat!

Und das alles nur, weil wir im Deutschen Reiche zwar eine freiheitliche Volksvertretung wünschen, wie wir sie bereits haben, nicht aber eine unbegrenzte Parlamentsherrschaft, die Herrschaft der jeweils stärksten politischen Partei auf Kosten der andern, die Herrschaft einer Mehrheit von heute, die nicht mehr diejenige von morgen ist, eine Art beständiger Anarchie, wie sie nur gar zu oft in romanischen Ländern mit republikanischer Verfassung oder mit unbeschränkter Parlamentsherrschaft bei monarchischer Regierungsform, nicht gerade zu ihrem Besten, maßgebend ist.

Dergleichen Vorurteile hinsichtlich der bei uns herrschenden Zustände, die zwar der bürgerlichen Freiheit keinerlei Fesseln anlegen, aber Zügellosigkeit nicht dulden, waren um so schwerer auszurotten, als die überwältigende Masse der Italiener, von wenigen Gebildeten abgesehen, von den Verhältnissen bei uns nur unklare, verworrene Vorstellungen hatte und leider weder durch eine bezügliche Literatur, noch durch die Presse, noch durch eigne Anschauung jemals eines Besseren belehrt wurde. Anscheinend unterhielten damals nur sehr wenige italienische Zeitungen ständige eigne, entsprechend unabhängig gestellte Vertreter in den deutschen politischen Zentren, welche, abgesehen von der zu einer gedeihlichen Tätigkeit erforderlichen vorurteilslosen und wohlwollenden Gesinnung, in der Lage gewesen wären, sich in unsre Verhältnisse einzuleben, sich in sie zu vertiefen, sie mit der nötigen Objektivität zu beurteilen und ihre Landsleute daheim über unsre deutsche Heimat aufzuklären und im laufenden zu halten. — Ob diese Herren wohl jemals über Berlin und dort über den Verkehr mit gewissen einseitigen, parteiisch urteilenden oder grundsätzlich regierungsfeindlichen Kreisen hinausgelangt waren? Ob sie wohl die deutsche Sprache beherrschten?!

Digitized by Google

Von einem verständnisvollen, auf gründlicher Kenntnis unseres, dem italienischen so ähnlichen geschichtlichen Werdeganges beruhenden, wohlwollenden und billigen Eingehen auf unsre politischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse und Tagesfragen war unter solchen Umständen nur selten die Rede. Und doch hätte so viel Lehrreiches zur Berichtigung der öffentlichen Meinung in Italien gesagt werden können, sei es über unsre mustergültige, fortschrittliche, noch von keinem andern Lande in gleicher Vollkommenheit erreichte soziale Gesetzgebung, sei es über unsre im Auslande allenthalben als vorbildlich anerkannten und nachgeahmten mustergültigen Unterrichtsanstalten und Verkehrseinrichtungen, über unsre Leistungen auf künstlerischem, literarischem, gewerblichem oder kommerziellem Gebiet oder über das sympathische Interesse, welches in jedem deutschen Herzen für das verbündete Italien lebt.

Auch über unsre herrlichen Landschaftsbilder, von denen diese Zeitungsberichterstatter wohl nie etwas gesehen hatten, wußte man nichts zu melden. Nur einmal fiel mir ein Bericht über unsern Spreewald im Hochsommer in die Hände, in welchem vorwiegend von der großen Hitze und den vielen Mücken die Rede war! Und doch sagte mir gelegentlich ein italienischer Arzt, der einen deutschen Patienten über den Gotthard und den Bodensee durch Württemberg und Bayern bis nach Oberfranken geleitet hatte: „Wahrlich, Ihr Deutschland ist ein herrliches Land, niemals hätte ich geglaubt, daß es so köstliche Landschaften enthält, so fruchtbar, wohlhabend und trefflich angebaut sei. Welche prachtvollen Eisenbahnen, welche Ordnung und Pünktlichkeit, welche herrlichen Städte! Ich begreife wirklich nicht, warum jedes Jahr so viele Landsleute von Ihnen nach Italien kommen und von unserm Lande so grenzenlos begeistert sind!“

Wie oft habe ich mir die Frage vorgelegt, ob diese sonst sicher vortrefflichen Herren jemals versucht haben, einen tieferen Blick in die deutsche Volksseele zu tun; ob sie die einzelnen Gaue unsrer herrlichen Heimat jemals mit offenen Augen und freundlich gestimmten Herzen in der schönen Frühlings- oder Herbstzeit durchstreift haben, wie es der alte schöngeistige Kaiser Hadrian, der Philosoph, Künstler, Staatsmann, Feldherr — der Reisekaiser des römischen Altertums — in den Jahren 120 bis 121 n. Chr. so eingehend getan hatte. Von Gelehrten, Künstlern und Baumeistern gefolgt, zog er wohl über die schon damals berühmte Hafenstadt Massilia, durch das blühende südliche Gallien, über dessen Hauptstadt Lugdunum (Lyon) nach Germanien, zunächst nach den Rheinlanden, nach Colonia Agrippina (Köln), Moguntiacum (Mainz), Borbetomagus (Worms), Argentoratum (Straßburg) und Rauracum (Basel) nach dem Odenwalde, wo schon Trajan große Straßen gebaut und Kastelle, wie die Saalburg, angelegt hatte. Das heutige herrliche Baden-Baden, die Perle des Schwarzwaldes, war damals schon eine römische Kolonie. Aus jener Zeit existieren römische Kaisermünzen, auf denen die wehrhafte „Germania“ als eine Frau mit Speer und Schild dargestellt ist! An dem von Domitian und Trajan begonnenen „Limes“, jenem gewaltigen, 60 Meilen langen Grenzwall von Kehlheim

Digitized by Google

an der Donau bis an die Mündung der Lahn in den Rhein, muß auch Hadrian noch gebaut haben. Und wie interessant und eingehend hat damals der alte, würdige Tacitus das alte Germanien, seine Bewohner und deren Eigenart und Sitten geschildert!

Ob wohl zeitgenössische italienische Schriftsteller, Dichter, Gelehrte und Künstler jemals unsere Rheinlande, den Schwarzwald, das Bayerische Gebirge mit seinen herrlichen Seen, Thüringen, den Harz, das liebliche Schlesierland und die prächtigen Seengebiete Pommerns und Preußens kennen gelernt haben, ob es ihnen jemals der Mühe wert geschienen hat, unsre schönen, wohlhabenden Bauerndörfer, unsre gewaltigen Industriegebiete oder unsre großen Handelshäfen Hamburg und Bremen, die bedeutendsten Europas, neben London und Antwerpen, zu besuchen, um unser Volk bei seiner Arbeit kennen zu lernen, ob sie auch nur unsre Hauptstädte kennen; ob sie jemals sich die Mühe gegeben haben, persönliche, freundschaftliche Beziehungen außerhalb ihres engen Berufes anzuknüpfen, sei es mit unsern gastfreien Großgrundbesitzern oder unsern Industriekönigen, sei es mit unsern großen Gelehrten, Künstlern und Technikern, mit den außerhalb der parlamentarischen Kämpfe und Klopffechtereien stehenden und doch im besten Sinne des Wortes unser Volk darstellenden Elementen.

Und weiter: Wir Nordländer und, ich darf wohl sagen, vorzugsweise wir Deutsche, fühlen uns von innerem Wissensdurst angetrieben, an der Hand unsrer großen Schriftsteller und Forscher das Studium des Auslandes mit eingehender und wohlwollender Teilnahme zu betreiben. Dies trifft besonders in bezug auf Italien zu, über welches bei uns eine ungeheure, wertvolle, für das schöne Land durchaus schmeichelhafte Literatur existiert. Nennen wir nur die Namen Goethe, Seume, Platen, Nicolai, Gregorovius, Ranke, Viktor Hehn, Fanny Lewald, Adolf Stahr, Allmers, Ad. Holm u. a. Nicht nur mit lebhaftem Interesse und rückhaltloser, oft überschwenglicher Anerkennung suchen wir uns in das Gute und Schöne in der Fremde und in der fremden Volksseele zu versenken. Obschon wir darüber unsre eigne herrliche Heimat niemals hintenan stellen oder gar vergessen und unser eignes Volkstum mit unerschütterlicher treuer Liebe umfangen, sehen und beurteilen wir das Fremde doch ohne Vorurteil und ohne Voreingenommenheit, ein jeder in seiner Weise und vornehmlich mit Wohlwollen. Hierzu mag uns ein gewisser Hang zur Kosmopolität besonders befähigen. Sicherlich wird uns diese von keiner Seite gedankt. Auch auf italienischer Seite fehlt es bislang an entsprechender Gegenliebe und an Verständnis für unsre Art. Meines Wissens weist die neuere italienische Literatur überhaupt nur einen schöngeistigen Reiseschriftsteller auf, der sich die Mühe gibt, in das Wesen und die Art andrer Kulturvölker liebevoll und mit warmem Interesse einzudringen, nämlich Edmondo de Amicis, in seinen Werken über Spanien, Marokko, Konstantinopel und die Niederlande (Olanda), die sämtlich Meisterwerke feinsinniger Beobachtung darstellen. Ganz besonders gelungen, obschon dem Verständnis des Südländers am schwierigsten liegend, sind die Schilderungen Hollands und der Holländer. Sehr fesselnd ist es zu lesen, wie

Digitized by Google

der heißblütige, leidenschaftliche, expansive, an die lichtvolle Mittelmeernatur und sein lebhaftes Volkstum gewöhnte Südländer den schwerblütigen, kühlen Niederländer und seine so ganz anders geartete, wennschon der Poesie keineswegs entbehrende Natur zu würdigen und zu schildern sucht und ihr gerecht wird!

Zur Beleuchtung vorstehender Darlegungen noch die folgenden Zeilen:

In seinem Roman „Feuer", der sich viel mit Richard Wagner und dessen Aufenthalt und Tod in Venedig beschäftigt, und in welchem der Verfasser, der bekannte italienische Schriftsteller Gabriele d'Annunzio, als Stelio Effrena, sich selbst schildert, sucht er dem großen deutschen Tondichter mit anerkennenswerter Anstrengung wie folgt, gerecht zu werden:

„Richard Wagners Werk ist auf germanischem Geist begründet und von speziell nordischer Beschaffenheit. Seine Reform auf musikalischem Gebiet gleicht in gewissem Sinne der von Luther angestrebten. Sein Drama ist nichts als die feinste Blüte eines Volksstammes, als die wundervoll ergreifende Zusammenfassung all der Sehnsuchten, die die Gemüter der nationalen Musiker und Dichter quälten, von Bach zu Beethoven, von Wieland zu Goethe!... Treu den Instinkten seiner Rasse hat Wagner das Sehnen der germanischen Völker nach der heroischen Größe des Deutschen Reiches vorgefühlt und hat ihm seine Kraft geliehen. Er hat die prachtvolle Gestalt Heinrichs des Voglers heraufbeschworen, wie er sich unter der tausendjährigen Eiche erhebt: „Was deutsches Land heißt, stelle Kampfscharen, dann schmäht wohl niemand mehr das Deutsche Reich!" Bei Sadowa, bei Sedan haben diese Kampfscharen gesiegt!" ...

Diese Worte der Anerkennung klingen aufrichtig, gerecht, billig, sympathisch und wohlwollend im Munde des Romanen. Wäre er dabei stehengeblieben! Aber nein, nun folgt die Kehrseite, und die romanische Einseitigkeit, Befangenheit und Abneigung gegen alles Fremdländische, mag es noch so hoch stehen und selbst auf dem Gebiete der Kunst beruhen, die doch in erster Linie Gemeingut der gesamten Menschheit sein sollte!

Er fährt also fort:

„Stellen Sie sich nun aber Wagners Werke an den Gestaden des Mittelmeeres vor, unter Oliven und Lorbeeren, unter dem lateinischen Himmel, unter den Harmonien und dem ungeheuren idealen Gebäude unseres auserwählten (!) Volkes, so würden sie verblassen!

Ich bin stolz darauf ein Lateiner zu sein und erkenne in jedem Menschen von fremdem Blute einen Barbaren!" Weiter:

„Stelio d'Effrena, alias Gabriele d'Annunzio": „Ich fühle mich erdrückt von dem Gewichte des gigantischen Werkes jenes barbarischen Tondichters. — Eine Art „instinktiven Grolles, dumpfer Feindseligkeit, die mit dem Intellekt nichts zu tun hat", regt sich in mir gegenüber dem zähen Germanen, dem es gelungen ist, mit seinen Werken die Welt zu begeistern, obschon sein Festspielhaus nur aus Holz und Backsteinen erbaut ist und nur in Bayreuth steht und nicht aus Marmor aufgeführt ist und nicht auf dem Kapitol emporragt!"

Digitized by Google

Diese Auslassungen des lateinischen Dichters, die, mehr oder minder unbewußt, wohl in den meisten lateinischen Herzen ein Echo finden mögen, scheinen mir so bemerkenswert, daß ich sie wiedergegeben habe. Sie bilden einen Beleg für meine Behauptung, daß es dem Romanen ungeheuer schwer fällt, ja fast unmöglich ist, fremde Nationen unbefangen zu bewerten und freimütig zu würdigen und zwar, nur, weil sie „anders" geartet sind als der Lateiner und nur, wie Gabriele d'Annunzio seinen Stelio sagen läßt, aus „instinktivem Groll dumpfer Feindseligkeiten, die mit dem Intellekt nichts zu tun hat."

Diese blinde Einseitigkeit der Romanen bildet eine große Schwäche, aber auch eine große Stärke. In der dumpfen Abneigung gegen das Fremde, finden sie im gegebenen Falle den tödlichen Haß, der sie zu großen Taten und Opfern befähigt. Sie neigen in keiner Weise zur Verbrüderung, zu allgemeiner Menschenliebe, zu internationaler Friedensduselei. Darüber dürfen wir uns niemals täuschen lassen.

Freilich vergißt dieser treffliche Lateiner ganz und gar, welche erhebliche Menge germanischen, d. h. gotischen, longobardischen und normannischen Blutes, wieviel griechisches und semitisches Blut in ihren Adern rinnt. Völlig vergißt er auch, daß die Vermischung gerade mit dem jungen, gesunden und kräftigen germanischen Blut während der jahrhundertelangen Goten- und Longobardenherrschaft in Ober- und Unteritalien, dem altersschwachen Romanentum wieder aufgeholfen und ihm zu neuer Blüte mit verholfen hat. Erinnert nicht der Name der herrlich blühenden Lombardei an die Longobarden? Weisen dort nicht die standesamtlichen Register bis in die kleinen Dörfer hinein noch heute eine Menge altdeutscher Vornamen auf? War nicht, wie schon früher gesagt, der blonde, blauäugige, phantastische italienische Nationalheld Garibaldi (von Ger und bald) unzweifelhaft germanischer Abkunft und ebenso der größte italienische Dichter Dante Alighieri (Adalger) der Sohn eines Longobarden und einer Gotin?[1]) Nach alledem hätte Herr „Gabriele d'Annunzio" eigentlich keine Veranlassung, sich der deutschen Seele gegenüber so ablehnend zu verhalten!

Ein erfreuliches Bindeglied zwischen beiden Völkern bildet die deutsche Wissenschaft und Technik. Auf diesem Gebiete besteht eine ziemlich enge und fortlaufende Fühlung, besonders auf den Gebieten der Technik, der Chemie und Medizin, doch auch auf dem der schönen Künste, der Musik und der Literatur, wenngleich nur in den kleinen gebildeten Fachkreisen.

Wie hoch die deutsche Wissenschaft in Italien geschätzt wird, haben auch die hohen Ehrungen bewiesen, die unsern großen Gelehrten, wie Gregorovius, Mommsen, Virchow u. a. in Italien erwiesen worden sind, wie auch die Zahl italienischer Studenten, die unsre Universitäten und technischen Hochschulen besuchen.

Bei alledem wiesen damals schon und weisen heute noch ganz gewichtige und in den schließlich maßgebenden Kreisen Italiens auch erkannte und gewürdigte

---

[1]) H. St. Chamberlain, Die Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts.

Digitized by Google

politische und wirtschaftliche Interessen das junge Königreich nachdrücklich und handgreiflich und immer wieder von neuem und in immer höherem Maße auf ein enges, zuverlässiges und auch innerlich gefestigtes Bundesverhältnis mit dem Deutschen Reiche und auch mit Oesterreich-Ungarn hin. Daneben nötigen auch unsre unbestreitbaren Leistungen auf allen wissenschaftlichen und technischen, die Verschiedenheit der beiderseitigen Volksseelen nicht berührenden Gebieten unsre italienischen Freunde, selbst die noch immer widerstrebenden, soweit Achtung ab, daß wir Deutsche in Italien von jeher eine sehr gute und geachtete Stellung einnahmen. Indessen, wie oben ausgeführt, so gut unsre Beziehungen auch zur italienischen Regierung zu den führenden politischen Kreisen, zur italienischen Wissenschaft und zur italienischen Wehrmacht waren und noch sind, so sehr fehlte uns Deutschen damals und fehlt uns auch jetzt noch eine, im besten Sinne des Wortes, zuverlässige und aufrichtig wohlwollende Presse!

Ganz unerfreulich waren und sind daneben noch immer die Gesinnungen der Italiener dem andern Bundesmitgliede Oesterreich-Ungarn gegenüber. Träger dieser Gesinnungen, die auf eine Verewigung der alten überkommenen Gehässigkeit gegen den östlichen Nachbar ausgehen, ist die bekannte „Italia irredenta". Sie ließ die Erinnerungen an die alten, längst erledigten und auch gerächten Händel nicht aussterben, bezeichnete Oesterreich-Ungarn stets als den unter allen Umständen zu bekämpfenden und womöglich zu vernichtenden, angeblich auch noch immer bedrohlichen Erbfeind und fuhr fort, Südtirol und Triest als italienisches Eigentum zurückzufordern, obgleich, und dies ist sehr kennzeichnend, eine gleichlautende Forderung weder jemals an die Schweiz wegen des italienisch redenden Kantons Tessin mit den Hauptstädten Bellinzona und Lugano gerichtet, noch jemals Frankreich gegenüber laut wurde, welches sich die alte Stammprovinz der italienischen Herrscherfamilie, Savoyen, und die ehemals italienische Provinz Nizza, das Geburtsland der Nationalhelden Garibaldi, mit mehr oder minder gelindem Druck, angeeignet hatte. Ebensowenig ward die vorwiegend von italienischen Stammesgenossen bewohnte, unter englischer Herrschaft stehende Insel Malta von der „Italia irredenta" zurückgefordert. Vielmehr richtet die gehässige Agitation dieser Politiker sich stets nur gegen Oesterreich-Ungarn und führt noch heute zu unausgesetzten politischen Reibereien, Verstimmungen und Aergerlichkeiten, welche das gute Einvernehmen der Bundesgenossen immer wieder beeinträchtigen und die einsichtige Politik der italienischen Regierung stören und erschweren.

Was nun Triest und Tirol anlangt, so führt P. D. Fischer in seinem trefflichen Werke „Italien und die Italiener" (Berlin, Julius Springer 1899) sehr zutreffend aus: „Daß Südtirol, mit Ausnahme weniger Jahre, während derer es dem, von Napoleon I. errichteten und von ihm beherrschten Königreich Italien einverleibt gewesen war, sonst niemals in irgendwelchem politischen Verbande zu Italien gestanden hat. Die Fürstbischöfe von Brixen und Bozen sind bis zum Eindringen der Franzosen „deutsche Reichsstände" gewesen. Die Grenze, die in Südtirol zwischen Oesterreich und Italien besteht, ist dieselbe, welche seit Jahrhunderten das Gebiet der Republik Venedig vom „Deutschen Reiche" getrennt

Digitized by Google

hat. Uebrigens fällt jener uralte, politische Grenzzug auch mit der natürlichen Grenze zusammen. Denn diese folgt nicht dem Hauptkamme der Alpen, der durch die tiefen, von Norden her bequem zugänglichen Einschartungen des Rechenscheidecks und des Brenners unterbrochen ist, sondern sie wird durch die hohen, gegen die Täler der Lombardei und Venetiens scharf abfallenden Bergzüge gebildet, welche das obere und mittlere Etschtal umgeben und sich gegen Süden keilförmig zu dem alten Tore von Italien, dem Engpaß der Veroneser Klause zuspitzen. Innerhalb dieses Dreiecks, das immer zu Deutschland gehört hat, das den Schauplatz uralter deutscher Volkssagen bildet und das im Mittelalter eine Heimat des besten deutschen Minnegesanges gewesen ist, befindet sich seit dem sechzehnten Jahrhundert das italienische Idiom zwar im Vordringen, allein es hat selbst im Süden, dem Trientinischen, keineswegs die Alleinherrschaft erlangt und der übrige Teil, bis über Bozen hinaus, ist ganz deutsch. Von einem „Rechtstitel", auf Grund dessen Oesterreich zur Abtretung von Südtirol an Italien angehalten werden könnte, liegt also nicht eine Spur vor!"

„In Istrien und an der Küste von Dalmatien haben die Venezianer Besitzungen gehabt, jedoch kraft Eroberungsrechtes auf nicht italienischem Boden und unter einer fremdsprachigen Bevölkerung. Der Landstrich aber, auf welchem Triest steht, hat überhaupt nicht unter venezianischer Herrschaft gestanden und ist durchweg von Slawen bewohnt; die Stadt Triest selbst, die seit mehr als einem halben Jahrtausend zum Hausgut der Habsburger gehört, ist als Hafen und Handelsplatz durchaus eine Schöpfung österreichischer Unternehmungskraft und österreichischen Kapitals. Die Auslieferung dieses für das weite Binnenland des Kaiserstaates geradezu unentbehrlichen Seehafens deshalb zu begehren, weil zwei Drittel seiner Bewohner italienisch reden, ist eine starke Zumutung an die österreichische Gemütlichkeit."

*

Nur mit Hilfe eines furchtbaren — wider aller Wahrscheinlichkeit — glücklich ausgehenden Krieges auf Leben und Tod könnten diese utopischen Ziele der hinter der „Italia irredenta" stehenden politischen Elemente erreicht werden. Das sagen sich auch die verantwortlichen italienischen Staatsmänner, deren Tätigkeit zugunsten guter Beziehungen Oesterreich-Ungarn gegenüber durch jene sinnlosen und gefährlichen Treibereien nur gelähmt und durchkreuzt werden!...

Wenn man nun aber die politische Spekulation, welche das Endziel jener feindseligen Treibereien gegen Oesterreich-Ungarn darstellt, nämlich die Zerstörung und den Zerfall der habsburgischen Monarchie ins Auge faßt, so habe ich immer und immer wieder meine italienischen Freunde gefragt, welchen Vorteil und Gewinn sie sich von einer solchen Katastrophe versprechen. Die kurzsichtige, gleichmäßige Antwort lautete immer: „Trieste ed il Trentino!" Darauf meine Gegenfrage, ob ihnen der mögliche Gewinn das ungeheure Risiko sowie die dann sicher eintretende Nötigung Italiens, an seiner Nordostgrenze den Kampf gegen

Digitized by Google

den vordringenden, präpotenten Panslawismus auf Tod und Leben allein auf sich zu nehmen und durchzufechten, lohnend erscheinen könne?

Niemals, so fuhr ich fort, würden die Slawen das von ihnen bewohnte Istrien mit dem großen Handelshafen Triest auf die Dauer gutwillig an Italien überlassen, und von Triest ab würde Italien, nach Norden und Osten und auch längs der gesamten dalmatinischen Küste bis nach Valona hin, einer kompakten, angriffslustigen, wahrscheinlich unter russischer Hegemonie und unter dem Antriebe des Zarenreiches stehenden slawischen Masse gegenüberstehen, statt, wie jetzt, das inoffensive, stets mit tausend inneren Schwierigkeiten kämpfende Bollwerk Oesterreich-Ungarns als Bundesgenossen zur Seite zu haben!

„Wenn die habsburgische Monarchie nicht bestünde, müßten Sie, als guter italienischer Patriot, sie erfinden," so schloß ich gern meine Ausführungen und fand zu meiner Freude gelegentlich das erhoffte Verständnis.

So findet sich u. a. auch in der „Nuova Antologia", Jahrgang 1912, von der Feder des Senators Herzog d'Andria, Riccardo Carafa, ein Artikel, der mit der Ueberschrift „L'On.le Tittoni e la Politica orientale d'Italia" mit folgenden hellsehenden Sätzen schließt:

„Daß Oesterreich-Ungarn sich anschickt, eine Mittelmeermacht zu werden, sollte in Italien nicht so viel Verstimmung erregen, denn Italien bedarf zur Herstellung des maritimen Gleichgewichtes im Mittelmeer noch einer andern Seemacht. England, welches keine Mittelmeermacht war, und Frankreich, dessen Küstenentwicklung im Mittelmeer so viel geringer war als diejenige der drei großen Halbinseln Griechenland, Italien und Spanien, haben es verstanden, sich im mythischen „Mare nostrum" zwei ungeheure Reiche zu schaffen. Italien muß wünschen, mit diesen beiden Mächten in Frieden zu leben, und die Kulturmission, die sie auf dem afrikanischen Kontinent übernommen haben, würdigen. Aber um den Frieden mit ihnen in würdiger Weise und in Sicherheit aufrechtzuerhalten, ist es unbedingt erforderlich, einen mächtigen politischen Organismus zu schaffen, um jeder drückenden Uebermacht und jeder Neigung zu präpotenter Hegemonie vorzubeugen. Eine klare und ehrliche Verständigung mit Oesterreich-Ungarn in bezug auf den europäischen Orient, unter Anerkennung des dortigen selbständigen Slawentums, aber ohne maßlose Bestrebungen zu fördern oder anzuspornen, dürfte keine Unmöglichkeit darstellen. Oesterreich-Ungarn würden daraus große Vorteile erwachsen, und Italien würde, indem es aufrichtige und tatkräftige Unterstützung dazu leiht, eines Tages auf diejenige Entschädigung Anspruch haben, die geeignet sein würde, gewisse Empfindlichkeiten, Mißtrauen und die fortdauernde Gefahr bewaffneter Konflikte zwischen beiden Mächten auf immer zu beseitigen.

In den Kreis solcher Abmachungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien müßte auch Griechenland einbezogen werden, dessen legitime Bestrebungen, unter Beschützung seines festländischen und insularen Besitzes, anzuerkennen und zu befriedigen sein würden. So bildet der Zykladenarchipel eine höchst wichtige Operationsbasis. Wer die dortigen Zufluchtshäfen und die Herrschaft über die

Digitized by Google

Meerengen und Leuchtfeuer besitzt und daneben über eine Flotte verfügt, stellt eine erstklassige Kriegsmacht dar.

An dem Tage, an welchem diese Kombination in dem Bewußtsein der italienischen Staatsmänner und der italienischen Nation festen Fuß faßte, würde im Mittelmeere das Gleichgewicht und mit ihm der Friede wirklich gesichert sein, worüber auch England und Frankreich nicht Klage führen könnten.

Eine solche Politik dürfte bei den zurzeit noch herrschenden volkstümlichen politischen Strömungen in Italien vorerst nicht günstig aufgenommen werden; aber erinnern wir uns, daß die auswärtige Politik nicht von der Volksgunst abhängig gemacht werden darf, die selbst offenbare politische Notwendigkeiten immer erst spät zu erkennen pflegt!"

*

Noch eindringlicher äußert sich ein zweiter italienischer Patriot, der Herzog von Caforia, Luigi Pignatelli, im „Giornale d'Italia" über dieselben Probleme:

„Welcher Vorteil könnte Italien aus der von der Tripelentente empfohlenen Teilnahme an einem Kreuzzuge gegen die Zentralmächte Deutschland und Oesterreich-Ungarn erwachsen?

Frankreich, England und Rußland versprechen uns sehr freigebig Triest, Trient und Valona! Prüfen wir den Wert dieses Geschenkes.

Trient — das ist wohlbekannt — besitzt nur geringen Wert. Triest besitzt allerdings großen Wert, aber nur, solange es Oesterreich-Ungarn gehört; in unserm Besitz dagegen würde es auf ein niedrigeres Niveau herabsinken als der Hafen von Venedig. Valona endlich besitzt für Italien nur einen negativen Wert. Das heißt, es ist für uns lediglich von Wichtigkeit, daß weder Oesterreich-Ungarn noch eine andre Seemacht sich dort festsetzt. Im Besitze Italiens würde es sicherlich ein ausgezeichneter Flottenstützpunkt, aber auch eine Quelle schwerer Sorgen und großer Kosten sein.

Nicht genug damit! Es mag vielleicht nicht allzu schwer sein, Trient zu erlangen. Aber Triest zu erobern, ist kaum denkbar, ohne eine vorhergängige Auflösung der ganzen habsburgischen Monarchie. Doch selbst in diesem äußersten Falle (quod Deus advertat), welche Bedeutung würde der Erwerb von Triest bedeuten gegenüber der Einverleibung Galiziens und der Bukowina durch Rußland, Siebenbürgens durch Rumänien, Bosniens, der Herzegowina und Dalmatiens durch Serbien, gegenüber endlich der Annexion der deutschen Provinzen (und vielleicht Böhmens) durch Deutschland?

Wir würden dann an unsern Grenzen an Stelle eines verhältnismäßig schwachen, uneinigen Oesterreich-Ungarn eine kompakte Masse von 95 Millionen Deutschen und eine andre von 20 Millionen Südslawen haben, und beide würden uns aus verschiedenen Gründen feindlich gesinnt sein!

Auf der andern Seite hätten wir ein übermütiges, angriffslustiges Frankreich und ein England, das mehr als jemals Herrin der Meere sein würde und seinen

Digitized by Google

unermeßlichen Besitzungen noch die deutschen Kolonien hinzugefügt hätte, ganz abgesehen von der Anwartschaft auf die fette portugiesische Erbschaft.

Italien und Libyen würden einfach ersticken in einem Meer, das zu einem englisch-französischen See geworden wäre!"

*

In neuerer Zeit, namentlich seit der Festsetzung Italiens in Tripolis bei fortgesetzter Bedrohung durch Frankreich und seitdem das Slawentum zielbewußt und erfolgreich an die Adria herandrängt und Albanien gefährdet, legt sich auch die italienische Presse den beiden Bundesgenossen gegenüber eine größere Rücksichtnahme auf, obschon von einer ausgesprochen freundschaftlichen Stimmung Oesterreich-Ungarn gegenüber auch jetzt noch nicht die Rede sein kann. Da aber Italien, um seine Stellung im Mittelmeere zu sichern, einer zuverlässigen Anlehnung an die beiden Bundesgenossen mehr denn je nötig hat und eine solche nur durch eigne Aufrichtigkeit und Zuverlässigkeit gewinnen kann, darf wohl angenommen werden, daß der Dreibund nunmehr, trotz aller bisherigen Hemmungen, schließlich zu einer festen Interessengemeinschaft zusammenwachsen wird.

Im Frühjahr 1914 schrieb ein italienisches Blatt: „Vor der Besitznahme Libyens war unsre Haltung unsicher; von jetzt an wird sie gradlinig sein; Italien wird seine politische Richtung nicht mehr ändern!"

Der Schutz unsrer Bevölkerung vor gesundheitlichen Kriegsfolgen[1]

Von

Prof. Dr. v. Romberg (München)

Die Blüte unsers Volkes steht vor unsern Grenzen und kämpft auf den Meeren, das Vaterland zu schützen. Täglich und stündlich fallen die Opfer für Deutschlands Freiheit und Größe. Es sind Opfer vom besten, was wir besitzen. Und doch erscheint wohl uns allen das Schicksal des Einzelnen in dieser gewaltigen Zeit merkwürdig klein. Wir haben nur Sinn für das große Ganze. Dürfen wir in solcher Zeit um die eigne Gesundheit Sorge tragen? Müssen wir in der Heimat nicht alle Bemühungen um unser Wohlergehen gleich den Helden im Felde und auf der See hinter die einzige Aufgabe zurücktreten lassen, die jetzt der Arbeit und der Gedanken wert scheint, hinter die Tätigkeit

[1] Vortrag, gehalten im Deutschen Frauenverein für Krankenpflege in den Kolonien Stuttgart, Dezember 1914.

Digitized by Google

für die Zwecke des Krieges, hinter die Sorge um unsre Soldaten und um die Notleidenden in der Heimat. Aber vergessen wir nicht, daß die Größe des Ganzen auf der Tüchtigkeit des Einzelnen beruht. Nur die treue Pflichterfüllung auch im kleinsten stellt unser Volk auf die Höhe, vor der wir jetzt alle bewundernd stehen. Der Wert des Einzelnen wie der Einzelheit ist in Wirklichkeit nicht kleiner geworden, er ist eher größer und bedeutsamer. Nur unser Standpunkt hat sich geändert. In der Stille des Friedens schauten wir aus der weiten fruchtbaren Ebene der täglichen Arbeit nur in der Ferne das hohe und stolze Gebirge, das unser Leben vor dem Einbrechen rauher Stürme schützte. Wir wußten wohl, wie groß unser Vaterland sei, aber wir empfanden die Größe nicht als unmittelbaren sinnlichen Eindruck. Jetzt sind wir der gewaltigen Höhe nahegerückt. Sie überragt alles. Die Dinge in der Ebene treten zurück. Aber sie sind nicht kleiner geworden, ihre Bedeutung hat nicht abgenommen. Viele fleißige Hände, viele arbeitende Köpfe werden nach dem Kriege fehlen. Wollen wir Deutschlands Stellung in der Welt wiedergewinnen und so, wie wir hoffen und wünschen, erhöhen, muß die Leistungsfähigkeit des Einzelnen sich, wenn möglich, noch steigern. Seine Bedeutung für das Ganze wird so zunehmen. Die wichtigste Voraussetzung ist aber körperliche und geistige Gesundheit. So dürfen wir nicht nur, wir müssen fragen: Wie schützen wir unsre Bevölkerung vor gesundheitlichen Kriegsfolgen?

In erster Linie steht hier die zweckmäßige Ernährung. Ungenügend ernährte Menschen erkranken häufiger, fast alle Krankheiten verlaufen bei ihnen schwerer. Für viele Erkrankungen ist auch übermäßige Fettleibigkeit schädlich. Die besten Aussichten auf Erhaltung ihrer Gesundheit haben Menschen, deren Körpergewicht etwa ihrer Körpergröße entspricht, die also als Erwachsene so viele Kilogramm wiegen, als sie Zentimeter über 100 Zentimeter messen, bei denen die Muskeln und dementsprechend das Herz kräftig entwickelt sind. Zur Erhaltung des bestehenden richtigen Ernährungszustandes brauchen wir in erster Linie eine gewisse Menge von Eiweißsubstanzen, um die ständige Abnutzung unsers Körpers auszugleichen. Zur reichlichen Hälfte, zu etwa 53 Prozent, decken wir durchschnittlich den Eiweißbedarf durch tierische Nahrungsmittel, den Rest durch Pflanzenkost. Bei weitem größer ist der Bedarf an Kohlehydraten, den Mehlen, dem Zucker, und an Fetten. Durch Verbrennen der Kohlehydrate im Stoffwechsel leisten unsre Muskeln ihre Arbeit, die Muskeln für unsre Bewegungen, wie die für die Atmung, das Herz, die Blutgefäße, Magen, Darm usw. Durch die Umsetzung aller Nahrungsstoffe entsteht die gleichmäßige Körperwärme, die für den Ablauf der Lebensvorgänge erforderlich ist. Aus Kohlehydraten und Fetten, besonders aus den letzteren, bildet sich endlich das Fett unsers Körpers, das in gewisser Menge als Reservematerial in Zeiten ungenügender Ernährung, als Schutz gegen übermäßige Wärmeabgabe von größtem Wert ist. Die Leistungsfähigkeit unsres Volkes zeigt, daß unsre Ernährung trotz vieler Fehler im einzelnen durchschnittlich zweckmäßig ist. Sind wir sicher, daß der Krieg sie ungestört lassen wird?

Digitized by Google

Unsre Feinde hoffen auf unsre Aushungerung; in den Zeitungen lesen Sie recht wechselnde Ratschläge, was wir bei unsrer Ernährung tun oder lassen sollen. Der bekannte Meister der Ernährungslehre Rubner in Berlin hat sich vor kurzem eingehend mit dieser Frage beschäftigt. Seine Ausführungen sind auch für unsre Ueberlegungen von großem Werte. Zur Deckung unsers Eiweißbedarfs verwenden wir Deutschen im Vergleich zu andern Völkern die größte Menge von Fleisch. Rechnet man alle Kinder mit, so genießt durchschnittlich der Deutsche pro Kopf und Jahr 52,3 Kilogramm Fleisch, der Oesterreicher 29,0 Kilogramm, der Engländer 47,6, der Franzose 33,6, der Russe 21,8 Kilogramm. Etwa zur Hälfte decken wir den Bedarf mit Schweinefleisch. Erst seit etwa zwanzig Jahren haben wir uns diese sehr kostspielige Ernährung angewöhnt. Noch 1892 kamen statt der jetzigen 52,3 Kilogramm nur 32,5, 1873 nur 29,5 in Deutschland auf Kopf und Jahr. Unsre Landwirtschaft hat den riesig gesteigerten Bedarf fast ganz aus eigner Kraft decken können. Die Preise sind allerdings entsprechend der stark erhöhten Nachfrage beträchtlich gestiegen. Der deutsche Viehstand ist aber zurzeit ausreichend groß, um uns zu ernähren. Der Ausfall an importiertem Geflügel und vielleicht auch an den für die Ernährung so schätzenswerten Seefischen fällt dagegen nicht ins Gewicht. Man hat eingewendet, daß wir wohl den nötigen Tierbestand besäßen, aber nicht genügend Futtermaterial, um ihn zu erhalten. Namentlich an Gerste sollte es fehlen, und man hat deshalb vorgeschlagen, alle Braugerste an Tiere zu verfüttern. Aber es scheint sicher, daß diese äußerst zweischneidige Maßnahme nicht erforderlich ist, daß ausreichendes Futter für den Tierbestand vorhanden ist.

Auch wenn wir unsern Tierbedarf zur Gewinnung von Milch und Butter berücksichtigen — von Milch brauchen wir Deutschen pro Kopf und Tag 341 Gramm, von Butter 18 Gramm —, können wir dank den Leistungen unsrer Landwirtschaft ohne Sorge in die Zukunft sehen, soweit die vorhandenen Bestände in Betracht kommen; und das gleiche gilt wohl auch von der Versorgung mit Eiern.

Vorausgesetzt ist dabei allerdings, daß keine spekulative Abschlachtung des Tierbestandes erfolgt. Hier ist ja aber besonders für das so wichtige Kalb durch staatliche Vorschriften ein gewisser Riegel vorgeschoben.

Ein Mangel an Tieren wird uns also bei einigermaßen verständiger Wirtschaft kaum zur Aenderung unsrer Gewohnheiten nötigen. Aber ein andrer Grund spricht nachdrücklich für eine Verminderung tierischer Nährstoffe. Wir decken mit tierischen Nährstoffen nur ein Drittel unsers Nahrungsmittelsbedarfs, zwei Drittel mit pflanzlichen Nährmitteln. Für das eine Drittel, das mit tierischen Nährstoffen gedeckt wird, bezahlen wir aber in Deutschland reichlich vier Fünftel (81 Prozent) unsrer gesamten Ausgaben für die Ernährung. Wohl können wir das unentbehrliche Eiweiß nicht durch pflanzliche Nahrungsstoffe allein zuführen, weil wir sehr große Mengen davon genießen müßten, und das unserm Geschmack und bei den meisten Menschen auch der Leistungsfähigkeit des Magens nicht entspricht. Ebensowenig können wir das tierische resp. von Tieren gelieferte Fett

Digitized by Google

entbehren. Aber wir müssen uns ganz klar darüber sein, daß wir mit dem jetzt in Deutschland üblichen Konsum von Fleisch weit über das durch den Bedarf geforderte Maß hinausgehen. Der riesige Fleischgenuß ist der größte Luxus, den Deutschland in den letzten Jahrzehnten getrieben hat.

Die Beeinflussung unsers gesamten Wirtschaftslebens durch den Krieg wird sich ja erst später übersehen lassen. Sicher ist sie wohl geringer, als man zunächst fürchtete. Aber für weite Kreise unsers Volkes ist doch der Verdienst knapper geworden. Am Genuß von Fleisch und Fleischwaren können wir ohne jeden Nachteil für die Ernährung sparen. Wenn das allgemein geschähe, würde durch Verminderung der Nachfrage auch wohl unliebsamen Preissteigerungen vorgebeugt werden können. Es ist ganz unnötig, wie das jetzt in weiten Kreisen geschieht, drei- oder viermal täglich Fleisch oder Aufschnitt zu genießen. Es ist zudem direkt schädlich für alle Menschen, die zu Gicht, zu Aderverhärtung, zu Nierenstörungen, zu Basedowscher Krankheit auch in ihrer leichtesten Andeutung neigen, wie sie in Süddeutschland außerordentlich häufig ist, ebenso für die meisten Nervösen und für alle Kinder. Ein- oder zweimaliger Genuß von Fleisch am Tage ist völlig ausreichend. Auch dann soll man sich an Fleisch nicht satt essen, sondern reichliche Beikost genießen. Namentlich unsre Gast- und Speisehäuser sollten endlich mit der Unsitte brechen, ihre Speisenfolge fast nur aus Fleischgerichten zusammenzusetzen.

Ja, es schadet gar nichts, wenn zeitweise kein Fleisch auf den Tisch kommt, wenn der nötige Eiweißgehalt der Nahrung durch Käse, der besonders zu empfehlen ist, durch Milch u. dgl. zugeführt wird. Die ländliche Bevölkerung zeigt in weiten Gebieten, wie gut man auch so bestehen kann.

Noch in einer zweiten Richtung ließe sich an tierischen Nahrungsstoffen sparen, am Fett. Zwar sollte das Fett, das wir wirklich genießen, nicht vermindert werden. Eher würde sich eine durchschnittliche Steigerung empfehlen, besonders wenn es sich um unterernährte Menschen handelt. Denn Fett führt unserm Körper in der Gewichtseinheit den größten Nährwert zu. Nur 18 Gramm Butter und etwa 13 Gramm in Form von Milch genießt der Deutsche durchschnittlich pro Tag. Dazu kommen natürlich noch andre, speziell Kunstfette. Im Berliner Kanalwasser gehen aber, wie Rubner bestimmen ließ, nicht weniger als 20 Gramm Fett pro Kopf und Tag ungenützt, größtenteils durch Küchenspülwasser weg. Aehnlich dürften auch anderwärts die Verhältnisse liegen. Würde aber jeder Deutsche täglich nur 1 Gramm Butter weniger gebrauchen, so hätten wir nach Rubners Berechnung 300000 Kühe weniger notwendig. Durch sparsame Ausnutzung, durch vollständigeres Aufessen des beim Kochen verwendeten Fettes ließen sich also sehr große Verluste wertvollen Nährmaterials vermeiden.

Beschränken wir in der empfohlenen Weise unsern Fleischgenuß, müssen wir den Ausfall an Nährstoffen durch andre Nahrungsmittel decken. Schon die bessere Ausnutzung der Fette hilft hier. Vor allem aber sind die pflanzlichen Nahrungsmittel unentbehrlich, die Getreidemehle und die Kartoffeln, in zweiter

Digitized by Google

Linie die grünen Gemüse als vorzügliche Träger des Fettes in der Nahrung und das weniger durch seinen Nährwert, aber sonst wertvolle Obst, der Salat u. dgl. Haben wir hier genügend Vorräte? Wenn ich auch hier wieder der Berechnung von Rubner folgen darf, so brauchen wir für die Ernährung von Mensch und Tier und für die Zwecke der Industrie pro Kopf und Jahr in Deutschland 140,2 Kilo Roggen — und wir haben 152,7, also einen Ueberschuß — ferner 80,8 Kilo Weizen — und wir haben nur 63,5 Kilo, also ein reichliches Fünftel zu wenig, das wir sonst besonders aus Rußland einführten. Weizen und Roggen sind für die Ernährung gesunder Menschen völlig gleichwertig. Auch durch vermehrtes Essen von Roggenbrot würden wir aber, wie die angeführten Zahlen zeigen, den Mangel an Weizen nur zum Teil decken können, wenngleich er nicht mehr sehr bedeutend wäre. Sicherer ist es aber, daß nach dem kürzlichen Bundesratsbeschluß der Weizen stärker ausgemahlen und schon so der Ausfall gedeckt werden soll, daß zudem in sehr zweckmäßiger Weise 10 Prozent Roggenmehl dem Weizenmehl zugesetzt werden. So ist jede Sorge eines Mangels an Brotmehl beseitigt, und es bleibt nur zu berücksichtigen, daß eine sparsame Wirtschaftsführung das Laibbrot, namentlich das Schwarzbrot, dem viel teureren Kleinbrot vorziehen muß.

An Kartoffeln kann ein Mangel nicht eintreten. Wenn wir hören, daß nur 28 Prozent der deutschen Ernte für die menschliche Ernährung notwendig sind, nahezu 50 Prozent für Tierfutter und nur 7,6 Prozent für die Spiritusbrennerei und industrielle Zwecke verbraucht werden, so liegt auch kein Grund vor, der so viele Menschen ernährenden, für die Industrie unentbehrlichen Spiritusbrennerei ihr Arbeitsmaterial zu entziehen, so dringend erwünscht auch der vollständige Verzicht auf konzentrierte alkoholische Getränke ist.

Ebenso wie durch ausgiebigeren Genuß von Brot und Kartoffeln können wir durch sonstige Mehlspeisen unsre Nahrung ausreichend gestalten. Es ist sehr bedauerlich, daß in weiten Gegenden Deutschlands dicke Suppen, Nudeln, Spatzen, Gerste, Gerichte von Hafer und Buchweizengrütze sowie süße Mehlspeisen nicht ausreichend für die Ernährung benützt werden. Hier müßte vieles anders werden. Denn alle diese Mehlspeisen haben einen viel höheren Nährwert als Kartoffeln. Bleibt auch die Reiszufuhr in genügender Menge erhalten, so bekommen wir weitere Abwechslung durch ein besonders wertvolles Nahrungsmittel. Eine große Rolle spielt es aber in der gesamten Volksernährung — man möchte sagen, leider — nicht. Der möglicherweise merkliche Ausfall von Hülsenfrüchten ist wegen ihres großen Nährwertes sicherlich bedauerlich, aber auch ohne einschneidende Bedeutung.

So sind erfreulicherweise alle für unsre Volksernährung notwendigen Nahrungsmittel zwar nicht im Ueberfluß, aber so reichlich vorhanden, daß wir ohne jede Sorge in die Zukunft sehen können. Ohne Sorge auch in der Richtung, daß eine Teuerung mit Sicherheit dank dem zweckmäßigen Eingreifen der Regierung ausgeschlossen scheint. Bringt der Krieg weiteren Volkskreisen als bisher zum Bewußtsein, worauf es bei der Ernährung ankommt, so werden wir dieser

Digitized by Google

ernsten Zeit sogar eine Verbesserung unsrer Eßgewohnheiten verdanken können: Einschränkung des in Deutschland ganz übermäßigen Genusses von Fleisch und Fleischwaren, stärkere Betonung der Mehlspeisen neben den Kartoffeln, den reichlicheren Genuß von Laibbrot, namentlich Roggenbrot und sparsame Ausnutzung des verwendeten Fettes.

Nur für eine Altersklasse können wir uns mit diesen statistischen Ueberlegungen nicht begnügen, wenn wir vor ernsten Kriegsschäden sicher sein wollen: das sind die jungen Kinder besonders der weniger bemittelten Bevölkerung. Für das Deutschland unsrer Kinder wird dieser Krieg fast in noch höherem Maße geführt als für das Deutschland unsrer Generation. Das heranwachsende Geschlecht muß möglichst rasch die Lücken schließen, die jetzt klaffen. Die Geburtenzahl wird für mehrere Jahre möglicherweise beträchtlich abnehmen. So sind die Kinder noch mehr als sonst in dieser Kriegszeit unser kostbarstes Gut. Sie alle kennen die Gefahr, welche unsern Nachwuchs vermindert, die große Sterblichkeit der Säuglinge besonders in den ersten Lebensmonaten. Wohl ist sie erfreulich geringer geworden, von 21,6 Prozent der lebend geborenen Kinder in den neunziger Jahren auf 17,8 Prozent im Jahre 1908, ist sie in manchen Städten noch mehr vermindert, so in Barmen-Elberfeld auf 9, resp. 10,4 Prozent, in Schöneberg auf 11,9 Prozent, in Dresden auf 12,8 Prozent und seither wohl noch weiter. Immerhin sterben in Deutschland jährlich etwa 300 000 Kinder im ersten Lebensjahr. Fast ein Drittel unsrer gesamten Sterblichkeit fällt auf die Sterblichkeit der Säuglinge. Alle andern Todesursachen treten dagegen zurück. Wenn wir zudem hören, daß die meisten Todesfälle von Säuglingen durch vermeidbare Fehler der Ernährung herbeigeführt werden, so wird in einer Zeit wie der jetzigen der Wunsch besonders dringend, hier zu helfen. Die Säuglingsheime, deren Gedeihen auch hier im Lande so verständnisvoll und tatkräftig gefördert wird, sind vortreffliche Pflanzstätten richtiger Anschauungen über zweckmäßige Ernährung. Sie können nicht entbehrt werden, aber für eine wirkliche Beseitigung des Mißstandes kommen sie zu wenigen Kindern zugute. Das gleiche gilt für die segensreichen Anstalten zur Pflege der Mütter. Warm zu begrüßen ist der Bundesratsbeschluß über die Fürsorge für die Wöchnerinnen, deren Mann eingezogen ist. Ausschließliche Stillprämien an die Mütter zur Verallgemeinerung der natürlichen Ernährung verfehlen nach dem ziemlich übereinstimmenden Urteil ihren Zweck. Zweifellos am wirksamsten ist die Fürsorge für die Kinder in den Familien selbst durch sachkundige Aerzte. Die ärztliche Hilfe muß für die unbemittelten Kreise unentgeltlich und mühelos zu erreichen sein. Die Leute müssen sich gewöhnen, schon bei den geringsten Verdauungsstörungen junger Kinder den Arzt zuzuziehen. Durch geschulte Schwestern kann die Einrichtung besonders wirksam gemacht werden. So hat man in Darmstadt vortreffliche Ergebnisse erzielt, so hat, unabhängig von den Darmstädter Erfahrungen, mein Nachfolger in Tübingen, O. Müller, bei seiner früheren poliklinischen Tätigkeit Hervorragendes in der Herabsetzung der Säuglingssterblichkeit geleistet. Gelänge es hier im Lande, nach den bewährten Vorbildern eine

Digitized by Google

Organisation in größerem Maßstabe, wenn auch nur nach und nach zu schaffen, würde Württemberg bei der Lösung dieser Kulturaufgabe unserm Vaterlande ein glänzendes Beispiel geben.

Als eine hauptsächliche Kriegsgefahr erschien früher auch für die daheimgebliebene Bevölkerung das Auftreten von Seuchen. Wir brauchen sie in Deutschland nicht mehr zu fürchten, obgleich wir in Ländern Krieg führen, in denen gefährlichste, übertragbare Krankheiten herrschen, in Frankreich vor allem Typhus, Ruhr und Pocken, in Rußland außerdem Cholera, Fleckfieber (der früher sog. Hungertyphus), Rückfallfieber und vereinzelt auch Pest. Dank den Fortschritten unsrer Kenntnisse wissen wir jetzt, wie diese Krankheiten übertragen werden, und haben gelernt, die Uebertragung in den gewöhnlichen Verhältnissen der Heimat zu verhüten. Bei Typhus, Ruhr und Cholera erfolgt die Uebertragung sehr oft nicht von den Kranken selbst, sondern durch völlig gesunde Menschen, welche die krankmachenden Keime in ihrem Darm beherbergen. So kamen im vorigen Jahr in München mehrere Typhusfälle in einer Stadtgegend vor, die ihre Milch von einer bestimmten Molkerei bezog. Unter ihren Angestellten fand sich der selbst ganz gesunde Typhusbazillenträger. Durch seine Ausschaltung wurde die drohende Verbreitung der Krankheit im Keime erstickt. Ebenso haben wir bei den andern Erkrankungen gelernt, durch vorbeugende Maßregeln einen stärkeren Ausbruch der Seuchen zu verhindern. Gegen das Rückfallfieber, das noch 1881 eine große Epidemie in Deutschland verursachte, haben wir im Salvarsan ein Mittel, dessen Einspritzung den Krankheitserreger im Blute sofort vernichtet. Ganz sicher sind wir dank unsrer ausgezeichneten Impfgesetzgebung vor schweren Pockenerkrankungen, bei der Wiederimpfung der ganzen Bevölkerung in dem wenig wahrscheinlichen Falle wirklicher Gefahr vor jeder Pockenerkrankung.

Haben wir so begründete Hoffnung, die Pestilenz nicht mehr als den unheimlichen Genossen des Krieges zu erleben, so müssen wir im Interesse unsrer Volksgesundheit um so nachdrücklicher gegen eine andre Volkskrankheit gerüstet sein, deren starke Zunahme durch den Krieg nach früheren Erfahrungen leicht möglich ist, gegen die Syphilis.

Sie ist um so gefährlicher, weil die Ansteckung von sehr vielen Menschen, in den unbemittelten Kreisen sogar meist übersehen wird und weil sehr oft der ersten Ansteckung keine deutlichen oder lästigen Krankheitserscheinungen folgen. Erst nach Jahren, nach Jahrzehnten stellen sich schwere Störungen an Herz, Blutgefäßen, Nervensystem und andern Organen ein. Das Krankheitsgift überträgt sich auf die Kinder, vernichtet ihr Leben schon vor der Geburt oder macht sie zu kranken oder schwächlichen Menschen. Wir besitzen jetzt in der von Wassermann angegebenen Blutuntersuchung ein Verfahren, um mit großer Zuverlässigkeit festzustellen, ob eine Ansteckung stattgefunden hat oder noch nachwirkt. Wir haben in dem Ehrlichschen Salvarsan ein Mittel, das bei richtiger Handhabung neben der früher bewährten Behandlung die Krankheit in frühem Stadium mit weitgehender Sicherheit vernichtet. So hoffe ich, daß alle zu-

Digitized by Google

ständigen Stellen zusammenwirken werden, um auch diese Gefahr abzuwenden. Möge jeder, bei dem eine Uebertragung stattgefunden haben kann, auf die Pflicht zur Untersuchung seines Blutes hingewiesen werden. Viel Elend kann dadurch unserm Volke erspart werden. Spielt doch jetzt schon in einigen Großstädten die Syphilis als Krankheitsursache fast eine Rolle wie die Tuberkulose.

Einen glänzenden Schutz gegen gesundheitliche Schädigungen der Bevölkerung durch den Krieg bildet unsre soziale Gesetzgebung. Von dem gewaltigen Umfange ihrer Leistungen hat man meist keinen zutreffenden Begriff, wenn man nicht speziell sich damit zu beschäftigen hat. So deckte die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung bereits 1912 etwas über 16 Millionen Menschen gegen den völligen Ausfall jeder Einnahme beim Sinken der Erwerbsfähigkeit unter ein Drittel und gewährte ihren Hinterbliebenen eine gewisse Summe. So umfaßte die neugeordnete Krankenversicherung schätzungsweise anfangs 1914 ohne Knappschafts- und Hilfs- bzw. Ersatzkassen etwas über 17 Millionen Menschen, einschließlich der durch die Kassen mitversorgten Familienangehörigen den größten Teil der deutschen Bevölkerung überhaupt. Der Krieg hat die Mitgliederzahl der Krankenkassen natürlich vermindert, aber der Kreis der durch die Versicherung gedeckten, im Krankheitsfalle mit Krankengeld, freier ärztlicher Behandlung oder Krankenhausaufnahme, mit freier Arznei usw. versorgten Personen hat sich doch nur mäßig verkleinert. So sank ihre Zahl bei der Ortskrankenkasse München (Stadt), für die ich mir zuverlässige Angaben verschaffen konnte, von 183988 Mitgliedern vor dem Krieg auf 148928 in der vierten Kriegswoche, also um ein knappes Fünftel, hob sich aber dann bis zur zehnten Kriegswoche wieder bis 159034. Um die Summen klarzumachen, welche so der Gesundheit der Bevölkerung zugute kommen, sei erwähnt, daß das wöchentlich von der Münchener Ortskrankenkasse ausgezahlte Krankengeld während der bisherigen Kriegszeit zwischen 44000 und 68000 Mark schwankte, daß dazu die Ausgaben für Arzt, Arznei usw. kommen, und daß ferner wöchentlich noch etwa 4800 bis 6100 Mark Wochengeld verausgabt wurden. Denken Sie sich diese Beträge entsprechend der Zahl der Versicherten für ganz Deutschland, so erkennen Sie, welche gewaltigen Mittel durch unsre Gesetzgebung für die Gesundheit unsers Volkes flüssig gemacht sind. Kein Volk kann darin auch nur entfernt mit uns wetteifern.

Noch einen letzten Punkt bitte ich besprechen zu dürfen. Einer unsrer hervorragendsten Heerführer soll gesagt haben, der Sieg sei nicht in erster Linie eine Frage der Kräfte, sondern der Nerven. Auch für unsre Bevölkerung ist die Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit im Krieg nicht ausschließlich gewährleistet durch die Erhaltung der körperlichen Gesundheit, auch für sie gilt es, die Spannkraft zu bewahren, um unter den aufreibenden Eindrücken des Krieges, unter den unvermeidlichen wirtschaftlichen und persönlichen Schwierigkeiten seine Pflicht zu tun, ja wenn möglich die Leistungen zu steigern. Können wir das in unsrer so oft nervös gescholtenen Zeit erhoffen? Es ist gerade in diesem Punkte nicht leicht, ein bestimmtes Urteil abzugeben. Wenn aber die ersten vier Kriegs-

Digitized by Google

monate ein zutreffendes Bild von der nervösen, ich möchte lieber sagen, seelischen Beeinflussung unsrer Bevölkerung auch in der kommenden Kriegszeit geben, so erwarte ich mit Wahrscheinlichkeit bei der großen Mehrzahl der Daheimgebliebenen eine wesentliche Verbesserung ihres Nervenzustandes wenigstens während der Kriegszeit.

Wohl sehen wir ernstere Gemütskrankheiten durch die Erregungen des Krieges bei dazu veranlagten Menschen früher auftreten oder schneller sich entwickeln. Wohl verschlechtern sich auch Menschen diesseits der Schwelle der wirklichen Geistesstörung mit schwerer nervöser Schädigung, mit den Zeichen geistiger Entartung in ihrem Befinden und auch leichtere Störungen nehmen hier und da unmittelbar durch den Krieg zu. Aber die große Masse der leichter nervenkranken Menschen, der sog. Nervösen, verhält sich anders. Die sonst übermäßig leicht ermüdbaren Naturen mit dem zu lebhaft entwickelten Affektleben, die nur unter stetem Kampf mit sich selbst ihre Stellung ausfüllen, leisten heute vielfach das Doppelte und Dreifache ihrer sonstigen Arbeit, und sie bewältigen sie mit innerer Befriedigung. Die mannigfachen körperlichen Beschwerden, welche früher als Zeichen der Ermüdung sie belästigten, sind verschwunden oder wesentlich vermindert. Und ebenso finden wir eifrige und erfolgreiche Helferinnen und Helfer bei zahlreichen Aufgaben der jetzigen Zeit unter der andern großen Klasse von Nervösen, bei denen sonst die Verknüpfung von Empfindungen und Vorstellungen unter der Einwirkung einer unbestimmten Angst meist vor Krankheit abnorm leicht sich löste oder in regelwidriger Weise ablief. Sie konnten plötzlich nicht mehr gehen, ihr Magen, ihr Herz zeigten krankhafte, nicht körperlich verursachte Störungen, ihr Seelenleben antwortete übermäßig leicht und oft krankhaft auf jede äußere Einwirkung. Jetzt laufen die Vorstellungen und Empfindungen, deren pünktliches Ineinandergreifen für jeden körperlichen Vorgang, für jede Gedankenbildung notwendig ist, wieder in regelrechten Bahnen, und nur die liebenswürdigen Seiten dieses Nervenzustandes, die Hingabe, die Aufopferungsfähigkeit, treten hervor. Woher diese Wandlung?

Der Wille hat nichts damit zu tun. Vom absichtlichen Wollen sind alle diese Nervenstörungen völlig unabhängig. Es wäre unrichtig, in der auffallenden Besserung einen Beweis dafür zu sehen, daß die Störungen durch eine Art Laune entstehen, die man auch in friedlichen Zeiten ebenso wie jetzt durch den festen Vorsatz unterdrücken könne. Jeder klar sich selbst beobachtende Kranke und jeder seelenkundige Arzt weiß, daß die Anspannung des Willens zur Unterdrückung der krankhaften Erscheinungen der sicherste Weg zu ihrer Verschlechterung ist. Viel maßgebender dürfte die energische Ablenkung der Vorstellungen von ihren gewohnten Bahnen sein, welche der Krieg mit sich bringt. Dazu kommt die freudige Begeisterung an dem vielen Großen dieser Zeit, die Begeisterung, die auch den schwersten und traurigsten Verlust lieber Menschen leuchtend verklärt, dazu gesellt sich der berechtigte Stolz, jetzt auch mit früher als schwach geltenden Kräften helfen zu können und Nutzen zu stiften, die unvergleichliche

Digitized by Google

Anregung durch den Erfolg. Wohl ist so dem Arzte, der viel über diese Dinge nachdenken muß, die erfreuliche Besserung vieler nervöser Erscheinungen erklärlich. Beruhte doch eine zweckentsprechende Behandlung stets zum guten Teil auf der Wachrufung solcher Vorstellungen. Aber bewundernd steht gerade der Arzt vor der Stärke des Einflusses unsrer Zeit.

Lassen Sie mich schließen!

Furchtlos dürfen wir auch in gesundheitlicher Beziehung dem weiteren Verlauf des Krieges entgegensehen. Nirgends drohen uns Verhältnisse, die wir nicht beherrschen können. Schon in manchen Fragen der körperlichen Gesundheit mahnt der Krieg, ungeeigneten Gewohnheiten zu entsagen und für die Zukunft unsres Volkes vorbeugend zu sorgen. Aber ein noch gewaltigerer Lehrmeister ist er in seelischer Beziehung. Bei jeder Betrachtung der Dinge, auch bei der Erörterung eines so umschriebenen Gebietes wie des heute besprochenen, tritt uns der überragende Einfluß des Idealen im Menschen entgegen. Mögen wir das auch später im Getriebe des Alltags nicht vergessen! Neben gesunder Kraft, neben tüchtigem Können, neben klarem Urteil brauchen wir einen begeisterungsfähigen, warmen Sinn, der dem vielen Großen und Schönen um uns und in uns offen ist und der versteht, es in das eigne Leben und, so viel an ihm ist, auch in das Leben der Allgemeinheit hineinzutragen.

Wissenschaft und Krieg

Von

Prof. Dr. Galle

Als die Kriegserklärung Japans erfolgte, hat ein berühmter Gelehrter seine von dort erhaltenen hohen Ordensauszeichnungen dem Gesandten vor dessen Abreise zurückgesandt, und viele sind seinem Beispiele gefolgt oder haben ihre ausländischen Orden dem Roten Kreuz überwiesen. Ein andrer großer Forscher hat dagegen seinen Standpunkt begründet, der den Verzicht auf die Ehrenbezeigungen ausländischer Akademien nicht billigt. Vielleicht sind beide Ansichten nicht unverträglich; vor meinem Geiste erhebt sich die leuchtende Heilandsgestalt in Tizians Zinsgroschen mit der Frage: Wes ist das Bild und die Ueberschrift? In unsrem, der biblischen Erzählung gewissermaßen entgegengesetzten Falle dürfen wir antworten: Haben Männer der Wissenschaft die Auszeichnung verliehen, so mag sie behalten werden; hat der Staat sie gegeben, so fort damit!

Schwieriger als diese Entscheidung des Gewissens und des innern Gefühls, die als Beispiel wirkt, aber keinen weitreichenden Einfluß ausübt, ist die Be-

Digitized by Google

antwortung einer andern Fragestellung: Wie wird nach dem Kriege das Zusammenwirken der Gelehrten der verschiedenen Nationen sich gestalten? Es könnte verfrüht erscheinen, schon jetzt davon zu sprechen, ebenso wie man über die Möglichkeit der Anbahnung von Handelsbeziehungen zwischen den kriegführenden Nationen oder über die Aussichten des Fremdenverkehrs und ähnliche einschneidende Fragen noch wenig sagen kann. Aber es handelt sich, wie dies im ersten Augenblicke erscheinen könnte, nicht so sehr und nicht allein um den Gedankenaustausch, der Gelehrte aller Völker verbindet und der zweifellos durch Aussprache im persönlichen Verkehr noch gefördert wird. Bei manchen abstrakten Wissenschaften bildet dieses Zusammenwirken den internationalen Hintergrund, vor dem sich die nationale Arbeit abhebt. Organisationen, welche die ganze Welt umspannen, sind allmählich immer zahlreicher entstanden und geben ein Zeugnis von der Wichtigkeit des Zusammenschlusses zu gemeinsamer Arbeit. Das Aufhören dieser Beziehungen würde als eine Verarmung empfunden werden, der durch literarische Studien allein nicht ganz abgeholfen werden könnte. Denn selbst unsre Zeitschriften werden zum großen Teil auch durch Beiträge von Forschern andrer Kulturländer bereichert, und viele Werke werden erst durch Uebersetzungen dem heimischen Leserkreis bekannt und zugänglich.

Jedoch erreichen alle solche Schwierigkeiten und Mängel nicht die Bedeutung der Tatsache, daß eine große Mehrzahl von Wissenschaften sich nicht auf das eigne Land beschränken kann. Es gibt Erfahrungen, Kenntnisse, Beobachtungen, die nur in bestimmten Gegenden der Erde gesammelt werden können. Ihre Verwertung ist eine Lebensfrage der Wissenschaft. Und wen würde das mehr betreffen als Deutschland, das von einer Welt von Feinden umgeben ist? Ohne Erlaubnis der Staatsbehörden ist es unmöglich, Sammlungen, Ausgrabungen, Messungen oder dergleichen in einem fremden Lande vorzunehmen. Es ist von großer Wichtigkeit für den Forscher, durch eignen Anblick oder persönliche Teilnahme diese Arbeiten kennen zu lernen, oder es muß ein Einfluß auf die Art ihrer Ausführung oder eine unmittelbare Leitung möglich sein. Es bleibt daher nichts übrig, als den wissenschaftlichen Verkehr mit den Ländern, die uns den Krieg aufgedrungen haben, später wieder aufzunehmen. Auch nach 1870/71 hat die Entfremdung zwischen Deutschland und Frankreich eine Weile gedauert, aber wie damals muß und wird eine Verständigung auf wissenschaftlichem Gebiete wiederkehren.

Wesentlich anders liegt die Sache mit wissenschaftlichen Mitarbeitern im eignen Lande. Man hat die Auffassung vertreten, daß es das Bewußtsein unsrer Stärke war, das über die Grenzen Deutschlands hinaus Gelehrte zur Mitarbeit an unsern Hochschulen und wissenschaftlichen Anstalten berief. Man erinnert vielleicht an die Befruchtung, die unser Volks- und Geistesleben durch die Aufnahme der Hugenotten oder der vertriebenen Salzburger erfahren hat. Aber damals waren andre Motive und andre Zeitumstände vorhanden. Ich fürchte, daß es dieselbe Schwäche unsers Nationalgefühls ist, welche sich in der

Digitized by Google

Nachahmung fremder Moden und in der Bevorzugung ausländischer Waren bemerkbar macht.

Freilich gehören die Fürsten des Geistes nicht einer bestimmten Nationalität an, sondern sind über alle Länder verstreut. Es könnte auch verständlich erscheinen, wenn jedes Land danach strebte, solche Männer zu besitzen. Aber eben die Gegenseitigkeit ist die Voraussetzung dabei. In früheren Zeiten sind verschiedene Fälle vorgekommen, wo hervorragende Deutsche im Auslande in Staatsstellungen berufen wurden. Es seien nur zwei genannt: der Orientalist und Sprachforscher Max Müller, der 1823 in Dessau geboren wurde und 1900 in Oxford als Professor starb; ferner Wilhelm Struve, der Stammvater der Astronomenfamilie, der, 1793 in Altona geboren, die russische Hauptsternwarte in Pulkowo erbaute, wo er 1864 starb. Mit unwesentlichen Ausnahmen, die kleinere Länder betreffen oder sich auf medizinische Professoren beziehen, bei denen andre Dinge mitsprechen, sind meines Wissens lange Zeit keine derartigen Fälle mehr vorgekommen. Nur Deutschland hat mit oder ohne Erfolg immer wieder versucht, Vertreter der Wissenschaft aus dem Auslande an hervorragenden Plätzen im Staatsdienste anzustellen. Ja selbst während der Kriegszeit ist ein Professor aus einem allerdings bis jetzt neutralen Lande an eine deutsche Universität berufen, obgleich eine Vakanz bei dem Mangel an Studierenden sich kaum fühlbar gemacht hätte.

Wir wollen den Gründen für solche Berufungen im einzelnen Falle nicht nachforschen. Auch hier berühren sich sicherlich oft die Fehler mit den Tugenden. Es ist einer der schönsten Züge in unserm Hochschulleben, daß Professoren ihre begabten Schüler in jeder Weise fördern und durch sie das eigne Lebenswerk zu sichern und zu erweitern suchen. Man denke nur an den geistigen Begründer der drahtlosen Telegraphie, Heinrich Hertz, dessen hervorragende Bedeutung frühzeitig von seinem großen Lehrer Helmholtz erkannt war. Man begreift den Stolz, der einen Dozenten erfüllt, wenn junge Männer aus allen Erdteilen zu seinen Füßen sitzen, und nach dem Gesagten ist es leicht verständlich, wie ein Ausländer dazu gelangt, durch seinen Lehrer in ein Amt im Staatsdienst Deutschlands zu kommen.

In einzelnen Ausnahmefällen mag in der Tat die Berufung eines glänzenden Talentes aus dem Ausland entschuldbar erscheinen; sicher findet sich keine Entschuldigung bei Besetzung nachgeordneter Stellen durch vielversprechende junge Ausländer. Wenn Japaner, wie die Zeitungen berichteten, als Assistenzärzte in der Charité angestellt waren, wenn Assistenten und Observatoren von fernher geholt werden, so liegt darin nicht nur eine Beleidigung für die tüchtigen jungen Kräfte im eignen Lande, die jahrelang auf eine Anstellung warten müssen, es liegt darin auch eine Geringschätzung deutscher Wissenschaft, die sie nach ihrer Stellung in der Welt, nach dem Zudrang fremder Studierender an deutschen Hochschulen und Instituten, dem nichts Entsprechendes von deutscher Seite gegenübersteht, nicht verdienen dürfte. Nicht nur für jüngere Amtsgenossen, denen der Fremde vorgezogen wurde, und die jetzt im Felde für das Vaterland

Digitized by Google

kämpfen, ist diese Sachlage bedrückend, sie ist in Zeiten, wie den jetzigen, auch für jenen selbst schwierig, wenn er nichts von der allgemeinen Begeisterung fühlt und absichtlich die deutschen Zeitungen nicht liest, weil sie die Stimmung seiner Heimat nicht wiedergeben. Aber selbst der vorsichtigere Ausländer, der sich der Umgebung anzupassen versteht, wird doch leicht falsch beurteilt und als Heuchler angesehen.

Ueber ausländische Studenten zu schreiben, möchte ich, der ich keine Lehrtätigkeit mehr ausübe, einer dazu berufeneren Feder überlassen.

Manchem mag der Kampf gegen die Ausländerei, der auf allen Linien entbrennt, zu scharf erscheinen. Im Gegenteil: in dieser Geburtsstunde des deutschen Einheitsgefühls müßten Riesenmörser der Beredsamkeit zu ihrer Ausrottung verwendet werden!

England und die Neutralen

Von

Vizeadmiral z. D. Kirchhoff

Die englische skrupellose Willkür hat besonders den kleineren neutralen Staaten gegenüber nachgerade ein solches Uebermaß an Rücksichtslosigkeit aufzuweisen, wie es selbst in den Kriegen gegen die französische Republik und gegen Napoleons Kaiserreich zu Anfang des vorigen Jahrhunderts nicht schlimmer gewesen ist. Denn zu diesen Zeiten, wo der Krieg mehr als zwei Jahrzehnte dauerte, von 1793 bis 1815, wurde auch der englische Handel oft so sehr in Mitleidenschaft gezogen, daß England nicht immer so konnte, wie es wohl wollte, weil die Vernichtung des feindlichen sowie des neutralen Handels öfter für den eignen Handel mit den größten Schädigungen verknüpft war.

Damals erfand man das sog. Lizenzsystem, d. h. Kauffahrer aller Staaten, sogar derjenigen, mit denen England sich im Kriege befand, zahlten an die englische Regierung eine bestimmte Abgabe, auf Grund derer sie von englischen Kapern und Kreuzern nicht behelligt wurden. Ja, feindliche Kauffahrteischiffe schlossen sich sogar den von englischen Geleitkriegsschiffen beschützten Konvois an. Ein Vorgehen, das von Englands Allmacht zur See beredtes Zeugnis ablegte und bei dem sich die englische Schiffahrt und der englische Handel sehr gut standen. Dies System wurde zwar nur auf den Seehandel und die Seeschiffahrt angewandt; weil die Zahl der feindlichen Kreuzer und Kaper sich infolgedessen aber verringerte, so hatte auch der Küstenhandel Nutzen davon.

Dies Lizenzsystem wurde dann auch von Napoleon angewandt, der selbst viele derartige Urkunden unterschrieben haben soll.

Anderseits versuchte Napoleon vergeblich, dem Schmuggelhandel beizukommen, der überall in Europa und besonders von dem in englischen Händen

Digitized by Google

befindlichen Helgoland aus nach dem nahen Festland eifrig betrieben wurde, wobei englischer, neutraler und feindlicher Handel zu gleicher Zeit mit großem Vorteil tätig waren.

Die Neutralen halfen sich damals noch auf andre Weise, indem z. B. die Reeder englandfeindlicher Staaten ihre Schiffe durch einen betrügerischen „Neutralitäts"prozeß Neutralen übertrugen; sie blieben die Besitzer, zahlten Gelder, damit die neutralen Firmen ihren Namen hergäben, und erhielten durch dies Verfahren neutrale Besitzpapiere.

Auf dem Festlande selbst fanden die Neutralen schließlich noch andre Wege, um ihre Waren umzusetzen; über Riga kamen Kaffee und Zucker nach Süddeutschland, über Saloniki und Serbien gelangte englische Baumwolle dorthin; in Frankreich erhielten viele fremde, über die Land- und Seegrenzen eingeschmuggelte Waren französische Fabrikatstempel u. dgl. mehr.

England beherrscht dagegen jetzt alle größeren Weltfahrstraßen, jedenfalls um Europa herum derart, daß die kleineren Neutralen jeglicher englischer Willkür ohne jede Beschränkung ausgesetzt sind. Lassen sich doch die großen Neutralen, in erster Linie die Vereinigten Staaten und Italien, von dem augenblicklich noch den Nordatlantischen Ozean und das Mittelmeer mit seinem Verbündeten gemeinsam beherrschenden skrupellosen Albion ebenfalls so gut wie alles und jedes bieten. Selbst die Union rührt sich trotz aller Nadelstiche nicht, und man kann geradezu sagen, daß trotz aller erteilten Nackenschläge dort so gut wie gar nichts geschieht. Erst ganz neuerdings scheint der Kongreß vorstellig werden zu wollen.

Worin bestehen nun der Hauptsache nach diese für die Neutralen nachgerade schier unerträglichen Handlungen Großbritanniens, bei denen sämtliche Verträge und internationalen Abmachungen vollständig unbeachtet gelassen und dauernd mit Füßen getreten werden. England kehrt sich an kein Völkerrecht, ja selbst das private Recht der Gegner sowie der Neutralen wird rücksichtslos vergewaltigt und nur in rein englischem Interesse ausgelegt, ohne jede Rücksichtnahme auf die andern.

In erster Linie ist es das willkürliche Auslegen der selbst gegebenen Bestimmungen über Konterbande, so daß kein neutraler Kaufmann und Reeder mehr ein- und ausweiß. England gibt dann und wann neue bestimmte Erklärungen ab, um sie alsbald wieder zurückzunehmen, so wie es ihm paßt. England durchsucht alle nach Europa befrachteten Schiffe, selbst in der unmittelbaren Nähe des Eingangs von Neuyork. England nimmt Schiffe und deren Ladungen in Beschlag, die nach neutralen Häfen bestimmt sind, wenn nur irgendeine Wahrscheinlichkeit oder gar nur Möglichkeit vorliegt, daß die Waren über die neutralen Landgrenzen nach Deutschland weiterbefördert werden könnten. Die Niederlande haben sich sogar gefallen lassen müssen, daß England in Rotterdam einen Kommissar eingesetzt hat, der die Ausschiffung und weitere Verfrachtung solcher Waren beaufsichtigt. Ferner sind schon manchmal Schiffe mit solchen Waren mit Beschlag belegt worden, die man zurzeit in England benötigt.

Digitized by Google

Sodann hat England im freien Fahrwasser der Nordsee Minenzonen geschaffen, wodurch die neutrale Schiffahrt außerordentlich geschädigt worden ist. In Verbindung hiermit sind die neutralen Schiffe gezwungen worden, besondere Kurse an der englischen Küste entlang zu nehmen, bei denen sie aber oft auf Minen geraten sind, von deren Anwesenheit an Ort und Stelle die Engländer keine genaue Kunde hatten.

Dieser Zwang der Schiffahrt ist deshalb eingeführt worden, wie dies jetzt selbst die englische Presse in zynischer Offenheit zugesteht, um die englischen Kriegsschiffe besser vor den Angriffen der deutschen „Pestpflanzen" zu sichern. Diese Sicherung soll nicht nur im allgemeinen Nutzen bringen, sondern vor allem während der Augenblicke des gefährlichen Stilliegens englischer Kriegsschiffe beim Anhalten und Untersuchen neutraler Handelsschiffe. Genutzt hat dies den Engländern jedoch in keiner Weise, wie die Erfahrung deutlich gezeigt hat.

Aber nach alter heuchlerischer Art wurde als Grund angegeben: zum Schutze der armen, durch deutsches barbarisches Vorgehen schwer geschädigten neutralen Schiffahrt, für die England nach wie vor selbstlos einträte, müßten diese Maßnahmen ergriffen werden.

Den würdigen Schluß aller getroffenen Maßregeln bilden alsdann die schier beispiellos zu nennenden Rechtssprüche der englischen Prisengerichte, die wahre Rechtsbrüche sind. Auch die Neutralen haben öfter unter diesem Gerichtsverfahren schwer zu leiden. Eines der neuesten Beispiele ist, daß ein solcher Prisengerichtshof nach längeren Verhandlungen endlich dem deutschen Besitzer von Schiff und Ware Anwälte zur Verteidigung zugestanden hatte. Der Spruch lautete schließlich etwa so: Aussage stände Aussage gegenüber, und habe selbstverständlich lediglich die Aussage des englischen Anklägers als die allein richtige zu gelten, da der deutsche Besitzer zur feindlichen Partei gehöre. Das nennt man englische Rechtsprechung! Genau so wie in den letzten beiden Jahrhunderten bei all und jeder Gelegenheit!

Die neutralen Staaten, in erster Linie Holland, leiden unter allen diesen unerträglichen Behandlungen weit mehr als das Deutsche Reich und Oesterreich selber, so daß man sich wundern und fragen muß, weshalb gegen solch skrupelloses Auftreten von ihnen noch keinerlei Gegenmaßregeln gefunden sind. Solcherlei Repressalien würden wohl anfänglich dem betreffenden Lande schaden, aber in nicht gar zu langer Zeit zu einer Umkehr englischen Auftretens führen. Ausfuhrverbote nach England würden z. B. dazu gehören und Wandel zu schaffen imstande sein.

Und für einen Staat von der Bedeutung der Union gäbe es endlich noch anderweitige Mittel, die man dort aber einstweilen noch nicht anwenden zu wollen scheint. Der zunehmende Einfluß der in den Vereinigten Staaten wohnenden Deutschen, Oesterreicher, Ungarn, Irländer u. a. wird aber nach und nach hier wohl einen gewissen Umschwung herbeizuführen imstande sein. Einstweilen wiegt dort aber der englische Einfluß weit vor; die Gelegenheit zu glänzendem schnellen Gewinn ist doch gar zu günstig und wird noch längere Zeit ausgenutzt werden.

Digitized by Google

Eine gewisse Abhilfe führt die schon mehrfach gemeldete Weigerung von Schiffsmannschaften herbei, die sich zu Fahrten in der Nordsee, vor allem nach England nicht mehr heuern lassen wollen, weil die Schiffahrt denn doch gar zu gefährlich ist.

Schwer benachteiligt werden durch das englische rechtlose Verfahren in erster Linie, ja fast allein die armen Neutralen. Das zeigt sich nicht nur bei unsern Nachbarn, sondern bereits bei allen übrigen neutralen Ländern.

Es geht aus allem klar hervor, daß England lediglich darauf hinzielt, die an Deutschland-Oesterreich angrenzenden neutralen Staaten mürbe zu machen. Sie sollen durch unabläßig fortgeführte gewaltsame Behinderungen ihres Handels und ihrer Schiffahrt allmählich gezwungen werden, ihre Neutralität aufzugeben und sich mit den Mächten des Dreiverbandes zu verbünden. Aber alle diese unerhörten Belästigungen haben nicht den erwarteten Erfolg gehabt und werden ihn nicht haben. Jetzt gibt es nicht mehr solche Dumme in der Welt, die auf den Leim gehen und sich von England betören lassen, wie es bisher so oft geschehen ist. Was ihnen bevorsteht, wenn sie Englands „Freunde" geworden oder richtiger, gewesen sind, das wissen sie schon im voraus ganz genau.

Wir schauen allen diesen Handlungen rücksichtsloser Willkür gehalten zu, uns schaden sie nicht sonderlich. Aber ein mitleidiges Bedauern für das Leid der bedrängten Neutralen vermögen sie jederzeit bei uns auszulösen. Ihre Geduld wird voraussichtlich noch lange Zeit auf die Probe gestellt werden.

Sieben Monate am Wiener Hof im Jahre 1798

Aus dem Tagebuch

von

Frau Divoff, geb. Gräfin Buturlin

Immer verrückt (sempre pazza) war der Wahlspruch der Frau Elisabeth Divoff, der ihr von Mandini, dem Sänger in der Opera-Bouffe, für den alle lebenslustigen Frauen von Petersburg schwärmten, angewiesen worden war. Wie sie es selbst in einem ihrer Tagebücher sagt, die in der kaiserlichen Bibliothek aufbewahrt werden, namentlich in dem vom Jahre 1798, war sie eine fast vom Wahnsinn befallene, tiefsinnige Frau. Eine geborene Gräfin Buturlin[1]) und Hofdame der Kaiserin Katharina, heiratete sie 1784 den Kammerherrn Adrian Divoff, der um vieles älter als sie war. Im Jahre 1792 nahm Divoff an der Gesandtschaft teil, welche nach Stockholm geschickt wurde, um den jungen König Gustav IV. zu seiner Thronbesteigung zu beglückwünschen. Frau

[1]) Gräfin Elisabeth Buturlin wurde 1762 geboren.

Digitized by Google

Divoff begleitete ihren Mann nach Schweden, und verdankt es durch Intrigen und durch ihr einschmeichelndes Wesen die Gunst des Regenten, des Herzogs Karl von Südermanland und der Herzogin Charlotte.

Die Lust zur Intrige verließ Frau Divoff nicht, als sie nach Petersburg zurückkehrte. In ihrem Salon versammelten sich die französischen Emigranten; im „kleinen Coblentz", wie man ihn nannte, wurden alle anregenden Ereignisse des Hofes besprochen. Im Jahre 1794 machten Divoffs ihre erste Reise ins Ausland nach Berlin und in die Bäder Deutschlands; vier Jahre später besuchten sie das Ausland zum zweitenmal, und Frau Divoff hat die Beschreibung ihres Aufenthalts in Wien hinterlassen. Sie schrieb in französischer Sprache für sich, wenn auch ohne Sorgfalt, so doch mit Aufrichtigkeit. Wie ihre Zeitgenossen es bestätigen, waren sie und ihr Mann unbedeutende Persönlichkeiten. Adrian Divoff hatte nichts zu sagen, seine Frau gab den Ton an. Sie war in der Gesellschaft sehr beliebt, verstand das Gespräch zu führen und angenehm zu sein. Sie machte leicht Bekanntschaften und wußte sie zu pflegen. Man kann ihr nicht ein gewisses Talent zu Beobachtung versagen. Unter anderm hatte sie die Gewohnheit, ihre Eindrücke niederzuschreiben.

I

Den 21. März 1798, schreibt Frau Divoff, verließ ich Petersburg; die Aerzte gaben mir den Rat nach Karlsbad, in Böhmen, zu reisen, denn mein Befinden verschlimmerte sich von Tag zu Tag. Ich befand mich in einem schrecklichen Zustand, welcher sechs Monate gewährt hatte, als Kaiser Paul die Güte hatte, meinem Manne zu erlauben, mich ins Ausland zu begleiten. Wir reisten durch Riga, Mitau, Polangen nach Berlin, wo wir den 9. Juli ankamen und im Hotel de Russie abstiegen.

Ich sah die Stadt, welche mir unter allen andern, die ich während meiner Reisen gesehen hatte, am meisten gefiel, mit einer schwer zu beschreibenden Empfindung wieder, denn ich fand dort nicht mehr meinen lieben König; er war seit einem Jahre tot. Die Königin-Mutter[1]) befand sich auf dem Lande, meine Gesundheit erlaubte es mir nicht, sie dort zu besuchen. Ich bin während meines Aufenthalts in keiner Gesellschaft gewesen in Berlin, aber alle meine Freunde besuchten mich. Was mir große Freude machte, war die Freundlichkeit, die man mir erwiesen und trotz meiner vierjährigen Abwesenheit erhalten hat; ich fand alle unverändert gegen mich, als ob ich sie nicht verlassen hätte: die Königin-Mutter schrieb mir, vom Hof des Prinzen Ferdinand[2]) schickte man täglich zu mir und die Prinzessinnen erkundigten sich nach mir.

---

[1]) Die Königin Frederike Luise, geb. Prinzessin von Hessen-Darmstadt; Witwe des Königs Friedrich Wilhelm II.

[2]) August Ferdinand, Prinz von Preußen, jüngster Bruder Friedrich II., gest. 1815; seine Gemahlin war die Prinzessin Luise, Tochter von Friedrich Wilhelm, Markgraf von Brandenburg-Schwedt.

Digitized by Google

In Berlin habe ich den Doktor Brun wiedergesehen, welcher so gut mein Leiden verstand und mir die Quellen von Karlsbad, die Bäder von Töplitz mit Nachkur in Eger, verordnete.

Nach einem achttägigen Aufenthalt in Dresden kamen wir auf einem recht schlechten, steinigen Wege nach Töplitz an. Töplitz gehört dem Fürsten Clary,[1]) der mit einer Tochter des Fürsten von Ligne[2]) verheiratet ist. Der Aufenthalt ist wegen der vielen Badegäste, die dahin strömen, teuer.

Ich habe dort die Herzogin von Kurland[3]) wiedergesehen, welche ich auf meiner ersten Reise in Berlin kennen gelernt hatte. Der Herzog war mit ihr, ebenso ihre vier Töchter, die beiden ältesten sind reizend, hübsch wie Engel und voller Anmut. Den 9. August sind wir nach Karlsbad gefahren, doch kehrten wir nach einigen Wochen wieder nach Töplitz zurück, wo ich zwanzig Bäder nahm und wo wir drei Wochen verbrachten. Wir sahen oft die Familie des Herzogs von Kurland, der im Winter mit seinen Töchtern Prag bewohnte. Die älteste, Prinzessin Wilhelmine, die schön, anmutig, gutherzig war, durcheilte im Sommer mit ihrer Mutter, die noch schöner war, alle Bäder Böhmens, und wurde im Winter bei ihrem Vater auf einem hochgelegenen Schlosse eingesperrt. Die Einsamkeit und dieser romantische Ort hatten ihre Phantasie überspannt, und um sich für die Langeweile des in der Einsamkeit verbrachten Winters zu entschädigen, suchte sie sich im Sommer zu amüsieren. Es ist nicht schwer, auf falsche Wege zu geraten, wenn man mit achtzehn Jahren schön, reich und ohne Leitung ist. Ich sah sie in Prag im Bett, in größter Verzweiflung, schön wie ein Engel, mit zerzaustem Haar. Sie hatte eine Leidenschaft für den Fürsten Plato Zuboff[4]) gefaßt, welcher um ihre Hand beim Herzog angehalten hatte; letzterer haßte aber den Fürsten wegen des Verlustes von Kurland und verweigerte sie ihm. Zuboff wollte die Prinzessin entführen, was ihm nicht gelang, und in derselben Nacht, als wir in Prag ankamen, mußte der Fürst Zuboff auf Befehl des Kaisers Paul nach Rußland abreisen. Die arme Prinzessin war zum Gespött der ganzen Stadt geworden. Man sprach nur von dieser Geschichte, die von

---

[1]) Fürst Leopold Clary und Aldringen (1736 bis 1800), Staatsmann.

[2]) Karl Joseph, Fürst von Ligne (1735 bis 1814), österreichischer Feldmarschall.

[3]) Anna Charlotte Dorothee, Herzogin von Biron-Sagan (1761 bis 1821), geb. Gräfin Medem, Gemahlin des Herzogs Peter von Kurland (1724 bis 1800). Ihre Töchter: 1. Katharina Friederike Wilhelmine Benégue (1781 bis 1839), vermählt 1800 an den Prinzen Jules Armand Louis v. Rohan (1768 bis 1836), von dem sie 1805 geschieden wurde; dasselbe Jahr heiratete sie den Fürsten Basil Trubetzkoi, von dem sie sich 1806 scheiden ließ; 1819 heiratete sie den Grafen Rudolf v. Schulenburg, Kammerherr und Leutnant-Oberst im österreichischen Dienst. 2. Maria Luise Pauline (1782 bis 1845), vermählt 1800 mit dem Fürsten Friedrich Hermann Otto von Hohenzollern-Hechingen (1776 bis 1838). 3. Johanna Katharina (1785 bis 1876), vermählt 1801 mit Franz Pignatelli de Belmonte, Herzog d'Acerenza. 4. Johanna Dorothea (1793 bis 1862), vermählt 1809 an Edmund Graf Talleyrand-Périgord, Herzog von Dino, Leutnant im französischen Dienst (1787 bis 1872).

[4]) Der Fürst Plato Zuboff (1767 bis 1822), der mächtige Günstling Katharinas II., General der Infanterie, Mitglied des Reichsrats.

Digitized by Google

Mund zu Mund ging; das ist recht schade, denn ich habe sie während meiner Reise oft gesehen, sie ist sehr anziehend und hat mir immer viel Freundlichkeit erwiesen.

II

Am 19. Oktober kamen wir von Prag nach Wien. Nachdem wir im Hotel „Zum weißen Ochsen" eine hübsche Wohnung gefunden hatten, stiegen wir am Nachmittag dort ab und setzten unsern Botschafter, den Grafen Razumovsky,[1]) von unsrer Ankunft in Kenntnis. Er suchte uns sofort auf. Uns verbindet mit ihm eine langjährige Freundschaft. Er versprach uns bald eine Winterwohnung zu besorgen, und brachte mir am nächsten Tage seinen Arzt, den berühmten Doktor Frank, mit, dem ich mich anvertraute und der während meines Aufenthalts in Wien beständig für mich Sorge trug, mein Freund war und während sieben Monaten mich täglich, zuweilen auch zweimal täglich, besuchte. Beim Abschied habe ich ihm 50 Dukaten gegeben, welche damals 250 Rubeln in Kupfergeld entsprachen. Er war so liebenswürdig, auch unsre Dienstboten zu behandeln (es ist nicht wie in Moskau).

Der Botschafter, der Fürst Poniatowsky,[2]) und der Fürst von Ligne kamen schon am nächsten Tage zu uns, und ich war entzückt, sie zu sehen. Ich blieb zwei Tage zu Hause, um mich auszuruhen. Nach einer Woche fanden wir schon eine Wohnung an einem großen Platze, genannt Hoher Markt, im kleinen Hause Schwarzenberg. Mitten auf dem Platze befindet sich eine wunderschöne Fontäne, und obgleich dieser Platz nicht einer der größten der Stadt ist, ist er immer voller Menschen; es ist ein beständiges Gewimmel. Wir hatten in der zweiten Etage zehn Zimmer mit Küche und zahlten 45 Dukaten monatlich; alle Zimmer waren klein. Die Wohnungen sind sehr teuer in Wien, ebenso wie das Holz und die Wagen; sonst ist alles sehr billig, sogar die Toilette, wenn man die Stoffe des Landes benutzen will. Kaiser Josef hat eine Menge Fabriken dort eingerichtet, und man findet reizende Seidenstoffe.

Zu Beginn meines Aufenthalts in Wien habe ich mich sehr gelangweilt. Da meine Gesundheit mir nicht erlaubte viel auszugehen, und ich eben angekommen war, konnte ich nicht jeden Abend bei mir empfangen. Ich wußte nicht, wie ich meine Abende verbringen sollte. Wenn man aus dem Schauspielhaus kommt, hört man nur diese Worte „nach Hause", welche die Diener den Kutschern zurufen, nachdem sie die Wagentür hinter ihren Herrschaften geschlossen.

Unser Botschafter, der Graf Andreas Razumovsky, ist ein sehr kluger und gebildeter Mann, in seiner Jugend hatte er den Ruf des schönsten Mannes der Welt, und noch jetzt, obgleich über fünfzig, ist er schön. Man muß ihn kennen, um ihn zu schätzen, denn er hat ein sehr stolzes Aeußere, welches am Anfang abstößt, aber sobald man ihn näher kennt, gewinnt er alle Herzen. Er

[1]) Graf, später Fürst Andreas Razumovsky (1752 bis 1836), heiratete 1788 die Gräfin Elisabeth Thun-Hohenstein-Klösterle, gest. 1806.

[2]) Fürst Stanislas Poniatowsky (1754 bis 1833), russischer Geheimrat.

Digitized by Google

ist in Wien sehr beliebt, und ich glaube, er selbst fühlt sich da so wohl, daß er es nicht verlassen will. Er hat ein Stück Land, wo er ein Haus gebaut hat, unmittelbar bei Wien gekauft, und der Kaiser hat ihm sogar erlaubt, eine Brücke über die Donau zu bauen, die seinen Besitz mit dem Prater verbindet.

Der Graf gab zweimal wöchentlich Diners für die Russen und einige Freunde; seine ganze Familie nahm daran teil. Sie fanden an den Posttagen, Mittwoch und Sonnabend, um drei Uhr statt. Nach dem Kaffee zog er sich zurück, um seine Briefe zu erledigen. Die Gräfin Elisabeth empfing bis acht Uhr abends und ging dann selbst aus, um ein Souper von zwei Gängen bei Frau Rombeck einzunehmen, der Schwester des Grafen Cobenzl,[1]) der bei uns in Rußland Botschafter ist. Die ganze Gesellschaft vereinigte sich bei ihr am Abend, denn sie ging niemals aus. Sie gab ein Souper, welches aus kaltem, vom Mittag nachgebliebenem Fleisch und Eiern bestand. Die Fürstin Marschallin von Lubomirska ließ zwei weitere Speisen aus ihrem Hause bringen, und so blieb man bis drei oder vier Uhr morgens auf. Was ich am Anfang an dieser angenehmen Gesellschaft auszusetzen hatte, ist dies, daß es für eine Fremde recht schwer ist, die Familiennamen und die in Wien noch erforderlichen Taufnamen zu behalten. Außerdem wurden noch Spottnamen gebraucht, z. B. Diedrichstein wurde wegen seiner großen Nase „Naso" genannt, Kronenburg „der Lahme", Fräulein von Specht „die große Schöne" usw. Wenn man alle diese Namen nicht kennt, weiß man gar nicht, was man sagen soll.

Bald fing ich an, auch bei mir zu empfangen. Wien ist wirklich eine prachtvolle Stadt, und man kann dort leben wie man will. Sobald man ein kleines Heim hat, wo man im Salon zwei Lampen anzündet, zwei oder drei Speisen und ein paar Flaschen Wein anbietet, ist man sicher, jeden Abend Gäste zu haben. Ich hatte mich mit der ganzen Gesellschaft der Botschafterin befreundet, und fand viel Gefallen an allen diesen liebenswürdigen Menschen, die größtenteils Ausländer waren, denn was die Männer des Landes anbetrifft, so haben sie für sich bloß Höflichkeit anzuführen.

III

Die Familie der Botschafterin bestand aus ihrer Mutter, zwei Schwestern ihrer Cousine, der Gräfin Kinsky und ihrem Vetter, dem Grafen Diedrichstein.

Die alte Gräfin Thun war eine sehr freundliche und liebenswürdige Frau, mit der Kaiser Josef sehr befreundet war, er schätzte sie hoch und suchte sie oft auf. Sie vergißt nicht ihre 48 Ahnen, ebenso wie alle Frauen Wiens, aber sie hat die Sanftmut eines Engels, den besten Ton und eine sehr interessante, anregende Konversation.

---

[1]) Johann Ludwig Joseph Graf v. Cobenzl (1753 bis 1809), Botschafter in St. Petersburg. Sein Bruder Johann Philipp Graf v. Cobenzl (1741 bis 1811), Minister des Aeußern.

Digitized by Google

Ihre beiden Töchter Christine, Fürstin Lichnowsky, und Milady Karoline Guillefort, sind schön, groß, tugendhaft, aber außerordentlich kalt und unfreundlich. Die Fürstin Lichnowsky besonders scheint keine Seele zu haben, und sogar im Hause ihrer Schwester, der Botschafterin, ist sie unfreundlich und spricht in unsrer Gegenwart deutsch, welche Sprache wir ebensowenig verstehen wie ihre eisigen Manieren.

Ihre Cousine, die Gräfin Therese,[1]) genannt die „schöne Kinsky", Schwester des Grafen Diedrichstein, ist eine sehr schöne Frau, groß von Wuchs, schön gebaut, sanft und gut, mit reizenden Augen. Sie wurde gegen ihren Willen von ihrem Vater verheiratet und war sehr unglücklich mit ihrem Mann, von welchem sie sich trennte. Ungeachtet der großen Leidenschaften, die sie einflößte, konnten die bösen Zungen ihrem guten Ruf nicht schaden, sie ist, wie ich überzeugt bin, tugendhaft, aber auch kalt; ich finde sie weder zart noch gefühlvoll, aber ihre Augen haben etwas Göttliches.

Graf Diedrichstein,[2]) ihr Bruder, ist ganz unbedeutend, mager, blond, sehr wenig mitteilsam; er war nach Rußland gesandt worden, um Kaiser Paul bei seiner Thronbesteigung zu beglückwünschen, und damals heiratete er die Gräfin Schuwaloff. Diese Heirat machte das Unglück einer reizenden Frau, der Vicomtesse Uduart, einer wunderschönen Kreolin, Cousine des Grafen Ségur in Brüssel, an einen Kammerherrn des Kaisers von Oesterreich verheiratet, einen Mann von sechzig Jahren, während sie kaum dreißig zählte. Sie war eine Emigrantin, die, nachdem sie in der Revolution alles verloren hatte, sich in Wien niederließ. Sie war eine meiner nächsten Freundinnen, die ich täglich sah.

Was die Herren anbetrifft, bildeten einige sehr liebenswürdige Männer die Gesellschaft des Botschafters.

Der Fürst von Ligne,[3]) den ich nicht zu beschreiben versuchen werde, da jedermann ihn kennt; er ist der liebenswürdigste Mensch der Welt, immer heiter und unternehmend, ungeachtet seines Alters; er hat sein ganzes Vermögen in den Niederlanden verloren und besitzt fast gar nichts mehr als seinen Frohsinn, den er bei all seinem Unglück behalten hat.

Der herbste Schlag für ihn war sicherlich der Tod seines geliebten Sohnes, der ihm ganz unerwartet kam und ihn wie ein Blitz traf. Dieser Sohn war ein sehr guter Junge. Wir kannten ihn von Rußland her, er war tapfer, hat

---

[1]) Maria Theresia Kinsky, geb. Gräfin Diedrichstein (1768); ihr Mann Fürst Philipp Joseph Kinsky (1741 bis 1827).

[2]) Graf, nachher Fürst Franz Joseph Johann v. Diedrichstein, Proskau-Leslie (1767 bis 1854), Oberhofmeister, Humanist, vermählt mit der Gräfin Alexandra Schuwaloff 1797. Sein Vater Fürst Johann Baptist Karl Walter v. Diedrichstein, Proskau-Leslie (1728 bis 1808), Staatsmann, vermählt mit der Gräfin Maria Christine Thun (1738 bis 1788).

[3]) Karl Joseph Fürst v. Ligne (1735 bis 1814), österreichischer Feldmarschall; sein Sohn fiel im Jahre 1792 im Kampf gegen die Franzosen.

Digitized by Google

sich im Kriege ausgezeichnet, und liebte seinen Vater sehr. Von dieser Zeit an litt der arme Vater an trübsinnigen Stimmungen, die er zu zerstreuen versuchte. Er ist in ganz Wien sehr beliebt, und von seinen Töchtern angebetet. Als Frau von Rombeck nach Rußland ging, kam Elisabeth mit ihrer Gesellschaft häufig zum Souper, das von der schon erwähnten Art war: zwei kalte Speisen in einem ganz kleinen Zimmer serviert, in dem einer auf dem andern saß, aber in dem man sich köstlich amüsierte.

Der Fürst von Ligne hat sich einmal über Giamboni, auch einen alltäglichen Gast der Botschafterin, auf folgende Weise lustig gemacht. Giamboni beklagte sich bald nach seiner Ankunft in Wien beim Fürsten über die „nach Hause", die er jeden Abend beim Ausgang aller Theater hörte, und darüber, daß er, der Aermste, genötigt sei, alle Abende allein zu verbringen. Der Fürst erwiderte ihm: „Lieber Freund, diese Frau „nach Hause" ist die schönste Frau Wiens, jedermann geht zu ihr, ohne vorgestellt zu sein. Wenn Sie heute das Theater verlassen, sagen Sie Ihrem Diener in deutscher Sprache: Fahren Sie nach Hause, dann wird er Sie zu ihr bringen, und Sie werden vom Hause dieser Dame entzückt sein. Ich bürge Ihnen dafür, daß Sie alle Abende, solange Sie in Wien sind, dahin zurückkehren werden." Giamboni, der ein Toskaner ist und kein Wort deutsch versteht, bedankt sich beim Fürsten, macht höchst erfreut schöne Toilette, und träumt den ganzen Tag vom bevorstehenden Abend. Als er das Theater verläßt und in den Wagen steigt, sagt er dem Diener das so oft gehörte Wort. Wie groß ist sein Erstaunen, als er entdeckt, daß er in seine Herberge gebracht worden ist; er gerät in Zorn; die Wirtin kommt zur Hilfe. Giamboni wiederholt unaufhörlich: „Ich wollte zu Frau nach Hause fahren, und der Spitzbube bringt mich zu mir." Man erklärte ihm, was „nach Hause" deutsch bedeutet, und daß sich keine Dame solchen Namens in Wien befindet. Nun versteht er den Scherz des Fürsten und begibt sich zu ihm, um mit ihm darüber zu lachen. Beide haben es mir erzählt.

Von den Ausländern habe ich noch den Prinzen Ludwig von Rohan[1]) gekannt. Es ist ein sehr guter Mensch, hat das beste Herz und ist immer unglücklich. In Frankreich geboren, um dort zu glänzen, ohne Vermögen, machte er tolle Streiche in Wien; seitdem hat ihn das Glück nur für einen Augenblick begünstigt. Während einer Reise, die er den nächsten Winter nach Prag machte, gelang es ihm, der schönen Wilhelmine, Prinzessin von Kurland, zu gefallen. Er heiratete sie. Ich habe oft den guten Prinzen Ludwig in Wien, in den Bädern und in Paris getroffen, wo er sich mit seiner Frau, mit der er wie Bruder und Schwester lebte, und dem Baron Armfeld befand.

Was nun die Wiener und Wienerinnen betrifft, will ich versuchen, diejenigen, die ich am öftesten sah, zu beschreiben.

---

[1]) Der Prinz Julius Armand Ludwig v. Rohan (1768 bis 1836), heiratete 1800 die Herzogin Wilhelmine von Sagan und wurde 1805 von ihr geschieden.

Digitized by Google

IV

Der Fürst von Colloredo,[1]) Vizekanzler des Reiches; er lebt am Hof und ist in zweiter Ehe mit einer Frau, die wie eine ägyptische Mumie aussieht, vermählt. Seine erste Frau war die Mutter meiner guten Freundin, Frau von Eltz, die ich viel in Dresden gesehen habe, und welche mir einen Empfehlungsbrief an ihren Vater, der sie vergöttert, gegeben hat. Dank diesem Briefe wurde ich von ihm sehr gut aufgenommen, und jedesmal, daß ich bei ihm war, unterhielt er sich mit mir, während er mit den andern fast niemals sprach. Ich gestehe, daß die Art, in den ersten Häusern Wiens zu empfangen, mich erstaunte. Die Frau des Hauses, geschmückt wie eine Puppe mit Diamanten, und am Empfangstage stets in einem seidenen Kleide, sitzt auf dem Diwan, erhebt sich für niemand, und erwartet ihre Gäste zum Mittag von zwei Uhr. Nach dem Essen spielt sie ihre Partie Boston und spricht nur mit denen, die mit ihr spielen. Dann erscheint Besuch. Weder die Ausländerinnen noch die Frauen des Landes können dort in Mull- oder Batistkleidern erscheinen, sondern nur in Seidenstoffen. An den Höfen der Prinzen und Prinzessinnen von Preußen ist man viel weniger anspruchsvoll.

Der Graf Kolowrat[2]) war in der Gesellschaft sehr unbedeutend und verdrießlich, aber recht höflich, seine Frau ist Hofdame der Kaiserin Maria Theresia gewesen. Sie war sehr höflich und war die einzige, die sich noch nach der alten Mode kleidete, mit einer unendlich langen Taille, Graf Trauttmansdorff[3]) ist mit der Schwester des Fürsten Colloredo verheiratet. Er hat sich seit dem Verlust der Niederlande vom Dienst zurückgezogen; er war dort Statthalter gewesen und wurde in Brüssel sehr beliebt. Es ist ein Wunder, daß dieser Graf Trauttmansdorff liebenswürdig war, denn in Wien war es Graf Cobenzl allein, der diese Eigenschaft besaß. Er hatte keine Stelle, strebte nach nichts, war also gar nicht genötigt hauszuhalten; statt dessen war das seinige das schönste, das am besten möblierte und das angenehmste in der Stadt; immer gut erleuchtet. Er spielte nicht Karten, machte aber den Frauen den Hof und war immer bereit, Gäste zu sehen, die er zu empfangen verstand. Er gab Gesellschaften am Mittwoch und war sehr liebenswürdig gegen alle; man verzieh gern seiner Frau ihren Stolz über ihre 16 oder 48 Ahnen, was die Fremden sehr wenig interessierte. Man ließ sie in Ruhe, nachdem man sich ihr genähert und sie gefragt, wie es ihr ging. Sie gaben auch einmal wöchentlich ein großes

---

[1]) Franz de Paul Gundakar I., Fürst von Colloredo-Mansfeld (1731 bis 1807), Reichskanzler. Seine erste Frau Maria Isabella Anna Ludomilla, Reichsgräfin von Mansfeld.

[2]) Graf Leopold v. Kolowrat-Krakowsky (1727 bis 1809), seine Gemahlin Maria Theresia, Prinzessin Khevenhüller-Metsch (gest. 1805).

[3]) Der Graf, später Fürst Ferdinand Trauttmansdorff-Weinsberg (1749 bis 1827), bevollmächtigter Minister in den Niederlanden; seine Frau war eine geborene Prinzessin Colloredo.

Digitized by Google

Diner, und während des Karnevals, der in Wien sehr lange dauert, verwandelten sich ihre Gesellschaften in Bälle; sobald meine Gesundheit es mir erlaubte, versäumte ich nicht einen einzigen. Sie waren sehr hübsch und amüsant, die Anzahl schöner Frauen und Mädchen, die man dort sah, war unglaublich groß. Nie in meinem Leben habe ich so viele Schönheiten gesehen wie in Wien. Das Geblüt ist prachtvoll. Aber im Gegenteil gibt es keinen Mann, nicht einen einzigen, der schön, interessant und liebenswürdig wäre. Es scheint mir, daß das Herz der Frauen dort ewig ruhen soll, ebenso wie die Eifersucht der Männer. Graf Trauttmansdorff, ein Mann von fünfzig Jahren, ist der einzige Wiener, mit dem man plaudern möchte. Seine Konversation ist sehr interessant.

Der Fürst Starhemberg,[1]) großer Kammerherr, war mit der Tochter des Fürsten Aremberg vermählt. Er ist der reichste und der geizigste Herr im Reiche, sein einziger Sohn ist der Graf Ludwig von Starhemberg,[2]) den wir in Rußland gekannt haben. Es tat mir sehr leid, ihn in Wien nicht zu treffen, er war bei seiner Botschaft in London.

Der Fürst besitzt ein prachtvolles Haus, und da er und die Fürstin ihr Leben in Frankreich verbracht haben, wo der Fürst Botschafter gewesen ist, haben sie ihr Haus auf französische Art mit viel Geschmack eingerichtet, und die gute, anbetungswürdige Fürstin, die ich bis zum Wahnsinn liebe, hat ganz das Aussehen der früheren französischen Damen; sie saß auf ihrem Diwan und empfing jeden Tag auf die liebenswürdigste Weise Ich bin dort soviel wie möglich gewesen. Sie gaben oft große Diners, die herrlich schmeckten.

Die Gräfin Pergen,[3]) Mutter der Gräfin Brenner, die ich in Kopenhagen während meiner ersten Reise gekannt habe, ist eine sehr ehrwürdige Frau, vom besten Ton; ungeachtet ihrer sechzig Jahre ist sie heiter und sehr liebenswürdig und hat eine anregende Konversation. Sie war eine nahe Freundin Kaiser Josephs, der sie oft besuchte und viel von ihr hielt. Um zu zeigen, wie hoch in der österreichischen Nation die Ahnen geschätzt werden, will ich folgendes Ereignis erzählen.

Kaiser Joseph hatte viel Güte für Frau von Frieß, Frau eines bekannten Bankiers, er war mit ihr sehr befreundet und ging öfters zu ihr. Mehrere Male hatte er die Gräfin Pergen gebeten, sie einzuladen und bei sich zu empfangen. Niemals konnte er es erreichen. Da ging eines Tages der Kaiser zu Frau

---

[1]) Georg Adam Fürst von Starhemberg (1724 bis 1807), Gesandter in Frankreich. Seine Frauen: 1. Maxima Therese Esther, Gräfin Starhemberg (1747). 2. Maria Franziska Prinzessin Salm-Salm.

[2]) Ludwig Joseph Max Fürst Starhemberg (1762 bis 1833), Botschafter in London.

[3]) Graf Johann Baptist Anton Pergen (1725 bis 1814), Polizeiminister. Seine Frau Philippine Gabrielle Johanna Freiin v. Groschlag. Seine Tochter Maria Anna, Gräfin Brenner (1775 bis 1801), vermählt mit dem Grafen Joseph Franz Brenner, Minister in Kopenhagen.

Digitized by Google

von Frieß, nahm sie in seinen Wagen und brachte sie zur Gräfin, der er sie vorstellte. Es war nichts mehr zu machen, der Kaiser hat viel darüber gelacht ebenso wie alle Damen mit ihren achtundvierzig Ahnen, die genötigt waren gute Miene zum bösen Spiel zu machen. Graf Pergen war Polizeiminister, er ist ein sehr ehrwürdiger Greis, der an den Augen leidet und sich deshalb früh in seine Gemächer zurückzog. Die Art und Weise, wie die Gräfin lebte, war ganz wienerisch und nicht russisch.

Sie empfing jeden Abend um 7 Uhr auf ihrem Diwan. Um ihren Salon zu erreichen, mußte man durch eine große kalte Halle und eine kalte Treppe gehen, die nie geheizt wurden, sogar mitten im Winter nicht; dann kam man in ein Vorzimmer, wo sich die Diener befanden. Da gab es einen geheizten Ofen. Wenn man dies angenehme Vorzimmer, wo man geneigt war, mit den Dienern zu bleiben, um sich zu wärmen, passiert hatte, mußte man, bevor man zur Gräfin gelangte, noch durch drei oder vier große Säle wandern, die auch ungeheizt waren, und wo es kälter war als auf der Straße. Wenn man sie erreichte, wurde man durch ihre Güte, Liebenswürdigkeit und ebenso kluge wie angenehme Konversation für alles, was man durchgemacht hatte, belohnt. Man ging zu ihr, teils weil es zum guten Ton gehörte, teils von ihr selbst angezogen, wenigstens war letzteres mein Fall. Um 8 Uhr erschien ihr Kammerdiener mit einer Tasse Schokolade und Butterbroten, es war ihr Souper. Den übrigen bot sie niemals etwas anderes als ein Glas Wasser an. Wenn sie ihre Schokolade getrunken hatte, fing sie ihre Partie Boston an mit den drei Personen, die bleiben wollten, um bis 11 Uhr zu spielen, und es wurde ihnen nichts angeboten, weder ein Stück Brot, noch ein Glas Wein. Nun, ungeachtet dessen war man ganz glücklich, mit ihr einen Abend zu verbringen, und jedermann eilte zu ihr; sie war ihrer Macht zu sicher, um zu fürchten, einen Abend des Jahres ohne Boston zu bleiben.

Die Gräfin von Brenner, Mutter jenes Grafen Brenner, den ich als Gesandten des Kaisers in Dänemark gekannt habe, war eine Frau von sechzig Jahren, die sehr gut und liebenswürdig gegen die Fremden war, denn sie hat längere Zeit in Venedig gelebt, wo ihr Mann[1]) Botschafter gewesen ist. Sie hat es selbst empfunden, wie es für eine Fremde peinlich ist, nur eisigen Gesichtern zu begegnen. Wie oft während meines Aufenthalts in Wien bin ich versucht gewesen, zu glauben, daß die Natur sich geirrt habe, indem sie die Wienerinnen in den Süden und uns Russinnen in den Norden pflanzte.

Der regierende Fürst von Lobkowitz[2]) ist mit einer Prinzessin Schwarzenberg verheiratet. Er ist ein sehr braver Mensch, ungeheuer reich und besitzt in Wien ein prachtvolles und großes Haus. Er liebt leidenschaftlich die Musik und sang selbst in allen Gesellschaftskonzerten, er hat eine sehr schöne Baßstimme

---

[1]) Graf Karl Brenner.

[2]) Joseph Franz Maximilian Herzog von Tradnitz (1772 bis 1816), seine Frau Karoline, Prinzessin Schwarzenberg (1775 bis 1816).

Digitized by Google

und veranstaltete oft bei sich Konzerte. Sein Saal war sehr groß, er lud viele Gäste ein, und es wurden Erfrischungen angeboten, aber kein Souper; um 9 Uhr ging man nach Hause, und durch die geöffnete Tür erblickte man einen großen Tisch, der für den Fürsten, seine Familie und die Gewohnten des Hauses gedeckt war.

Als siebenjähriger Knabe hat er das Unglück gehabt, lahm zu werden; er geht auf Krücken und hat sich daran so gewöhnt, daß er sich schneller bewegt als wir mit beiden Beinen. Er ist immer guter Laune, fröhlich, und scheint das Leben zu genießen, dabei hat er das beste Herz. Seine Frau ist auch sehr angenehm und gutmütig.

Was den Fürsten Schwarzenberg[1]) anbetrifft, kenne ich ihn sehr wenig; die Männer sind in Wien so wenig mitteilsam! Ich habe nur sein Palais gesehen und habe nur seine großen Konzerte, zu denen Eintrittsbillette nötig waren, besucht. Er ist mit der Prinzessin Pauline von Aremberg vermählt, sie ist eine reizende, hübsche Frau. In ihrem Hause führte man Haydns „Schöpfung" auf, und Haydn,[2]) dieser gute Greis, war selbst dabei. Es war recht interessant, ihn nach dem Konzerte zu beobachten; unterstützt von zwei Männern wurde er unter unendlichem Beifall auf die Bühne geführt.

Der Fürst ist der reichste Mann Wiens und der einzige, der keine Schulden hat.

Der Fürst Esterhazy,[3]) verheiratet mit einer Prinzessin von Liechtenstein, war Kapitän der schönen ungarischen Garde in Wien. Er hat ein sehr großes Vermögen, aber empfängt niemand, obgleich er ein schönes, prachtvoll möbliertes Palais besitzt. Während der sieben Monate, die ich in Wien verbrachte, hat er nur einen großen, wahrhaft wunderschönen Ball gegeben. Aber wozu der Reichtum, wenn man ihn auf die Weise des Fürsten Nikolaus Esterhazy verwendet! Er beschäftigte sich nur mit seinen Pferden, Hunden und mit der Jagd. Er wurde damals zum Empfang unsres Großfürsten Konstantin[4]) geschickt und war dessen Person während dessen Aufenthalt in Wien attachiert. Ungeachtet seines Reichtums fuhr er ihm in einem einfachen Kabriolett mit einem einzigen Diener entgegen. Man sagte, er hätte auch Schulden. Es war ein toller Kopf, aber ein gutmütiger Mensch, der Freund seiner Freunde. Er hatte es wohl dem Grafen Razumovsky bewiesen, dessen innigster Freund er war; obgleich der Graf noch mehr mit seiner Gemahlin, einer reizenden Frau, befreundet war. Sie war gut und liebenswürdig, und es war be-

---

[1]) Joseph Johann Nepomuk Fürst v. Schwarzenberg (1769 bis 1833), seine Frau Pauline Karoline Iris, Prinzessin Aremberg (1774 bis 1810).

[2]) Franz Joseph Haydn (1737 bis 1810), berühmter Komponist.

[3]) Nikolaus Fürst Esterhazy v. Galantha (1765 bis 1833), Feldzeugmeister. Seine Frau Maria, Prinzessin von Liechtenstein.

[4]) Der Großfürst Konstantin, Sohn des Kaisers Paul (1779 bis 1830). Er begab sich im Jahre 1798 nach Italien, um den Feldmarschall Suworoff zu treffen.

Digitized by Google

dauernswert, daß man sie so wenig sah. Die Familie Liechtenstein ist sehr reich; der Besitzer des schönen Palais mit einer prachtvollen Bildergalerie ist wahnsinnig.

Die Gräfin Bellegarde und ihr Mann[1]) waren sehr nette Leute; er besonders war sehr liebenswürdig, war aber eben kein Wiener. Er stammte aus Piemont, hatte einen sehr guten gesellschaftlichen Ton, hatte eine sehr angenehme Art zu sprechen und hatte nichts Gemeinsames mit den Wiener Herren. Er plauderte, lachte, trieb Scherze mit den Frauen, sprach in ihrer Gegenwart nicht von Pferden, Hunden und der Jagd. Ich hatte ihn sehr gern und nannte ihn stets „mein Lieblingsgeneral"; seine Frau, die mich sehr liebte, erlaubte es mir, denn sie sah wohl, daß es ohne jede Folge war. Sie war sehr klug, und da ihr Mann auch nicht ohne Schlauheit ist, glaube ich sie beide zur Intrige geneigt.

Der Fürst von Clary, dessen Frau die Tochter des Fürsten von Ligne ist, ist der glückliche Besitzer von Töplitz, um welches ich ihn beneide. Er ist ein vortrefflicher, braver Mann ohne Ansprüche. Er war der Anbeter von Frau von Keller,[2]) Frau des Gesandten von Preußen, die ein sehr gutes Betragen hatte, ihren Mann und ihre Kinder sehr liebte und eine vortreffliche Hausfrau war; er aber folgte ihr wie ein Schatten, obgleich sie seine Leidenschaft nicht erwiderte. Uebrigens machte es ihn nicht unglücklich, denn man sagte, es sei eben seine Art und Weise zu lieben. Er war einer Frau zugetan, solange sie ihm nicht ihre Gunst gespendet hatte.

Die Fürstin war eine sehr gute Frau, sie liebte ihren Vater abgöttisch, verließ ihn nie, verbrachte ihre Abende da, wo ihr Vater war, aber wie alle Wienerinnen empfing sie nicht bei sich. Ich war mit ihr sehr befreundet, besonders mit ihrem Mann, aber ich habe ihr Haus nie betreten.

Die Fürstin von Ligne, ihre Mutter, war eine komische Dame von sechzig Jahren und hatte das Aussehen einer französischen Marquise aus vergangener Zeit, aber sie war wenig geistreich und gebildet. Sie hatte noch zwei nette Töchter; eine, die hübscheste, heiratete damals einen jungen, reichen Ungarn, den Grafen Palfy,[3]) Neffen der Fürstin Colloredo. Ihre dritte Tochter, Flora genannt, war gut gewachsen, angenehm und elegant, aber gar nicht hübsch. Man suchte für sie überall, in Wien und in den Bädern, einen Bräutigam, der sich bis jetzt noch nicht finden ließ; die Gelegenheit, ihre Freiheit zu verlieren, hat sich noch nicht eingestellt.

---

[1]) Friedrich Heinrich Graf von Bellegarde (1760 bis 1845), Feldmarschall. Seine Frau war eine Deutsche, geborene Auguste Berlichingen (1765 bis 1831).

[2]) Dorotheus Ludwig Christoph Graf v. Keller (1757 bis 1827), preußischer Diplomat. Seine Frau war eine geborene Gräfin Wittgenstein, Schwester des russischen Generals desselben Namens.

[3]) Johann Leopold Graf Palfy-Erdöd (1775 bis 1821), Sohn der Gräfin Gabrielle Palfy, geborene Colloredo-Mansfeld. Seine Frau Euphemia, Prinzessin von Ligne.

Digitized by Google

Die Gräfin Czernin,[1]) eine Nichte der Fürstin von Starhemberg, hatte ein sehr angenehmes Aeußere. Sie war ebenso höflich wie ihr Mann, beide haben mir viel Freundlichkeit erwiesen. Ich hatte an sie einen Empfehlungsbrief von ihrer Cousine, der Gräfin Eltz, gebracht, und deshalb hatte ich das Vergnügen, sie näher kennen zu lernen; sonst wäre ich ihnen nur in den Gesellschaften begegnet. Beide waren seltene Leute. Sie hatten nichts von der Steifheit der Wiener, und wenn sie nicht anders lebten, so war es nur deshalb, weil es nicht Brauch war, offenes Haus zu halten. Während des Winters haben sie drei große Soupers gegeben. Der Graf hatte sich vom Dienst zurückgezogen; er besaß ein prachtvolles Haus und das große Gut Schönhoff in Böhmen. Wenn die Gräfin in Gesellschaft erschien, war sie mit Diamanten und Perlen bedeckt. Ich habe überhaupt nirgends so viel Reichtum wie in Wien gesehen. Es gibt ein Gesetz, welches, finde ich, bei uns wegen unserer großen Vorliebe zur Verschwendung eingeführt werden sollte. Eine Frau kann nie ihre Schmucksachen verkaufen, sie bilden ein Fideikommiß; die Juwelen gehen in der Familie von Vater zu Sohn über, deshalb gibt es in Wien so viel Diamanten und Edelsteine von sehr hohem Wert.

Das sind die Wiener, die ich während meines Aufenthalts in Wien gesehen und gekannt habe. Ich bin auch öfters bei Frau von Arenstein aus Berlin gewesen. Sie war eine Jüdin und an einen jüdischen, sehr reichen Bankier aus Wien verheiratet. Er war ein sehr ehrlicher, sehr edel gesinnter Mann. Sie hatten eine einzige, sehr hübsche und wohlerzogene Tochter, die von mehreren Edelleuten zur Frau begehrt worden war, aber sie hatte allen abgesagt, denn sie wollte nur einen Juden heiraten.

Das Arensteinsche Haus war das angenehmste in Wien, es war jeden Tag allen Fremden geöffnet, und jeden Abend fand man dort ein gutes Souper. Alle Minister gingen dahin, ebenso viele Adlige, der Graf Trauttmansdorff, der Graf Philipp Cobenzl usw., aber keine einzige Dame, obgleich sie es furchtbar gerne getan hätten, aber es wäre eine Schmach für den Adel gewesen. Frau von Arenstein war eine sehr angenehme und wohlerzogene Frau mit den Manieren der besten Gesellschaft, sie war wohltätig und gab ihr Geld auf eine bessere Weise aus als die reichen Wiener.

V

Da die Botschafterin wegen ihrer Gesundheit nicht an den Hof ging, bat sie ihre Mutter, mich vorzustellen. Diese brachte mich an einem Vormittag ohne jede Zeremonie ins Palais. Der Kaiser und die Kaiserin befanden sich in demselben Zimmer, empfingen mich stehend und erwiesen mir viel Güte. Den Zügen des Kaisers war die Güte und Offenheit eingeprägt. Er war im höchsten

---

[1]) Maria Theresa Schönborn-Heussenstamm (1758 bis 1861), Gemahlin des Grafen Johann Rudolph v. Czernin, Oberstkämmerer.

Digitized by Google

Grade gütig. Wenn er mit seiner Gemahlin ausfuhr, so war es in einem offenen Wagen, den er selbst lenkte. Er fuhr jeden Sonntag auf diese Weise in den Prater, und da man, um dahin zu gelangen, die Vorstadt Leopoldstadt und zwei Brücken passieren mußte, war es von der Polizei verboten, jemand auf der großen Allee des Praters und auf den Brücken zu überholen. Die einen fuhren dahin, die andern kamen zurück und begegneten sich. Dort bin ich Zeuge von der Güte des Kaisers gewesen. Da er selbst lenkte und die Grüße nicht erwidern konnte, hatte er verboten, ihn zu grüßen. Eines Sonntags im Prater wurden wir von einem schrecklichen Gewitter, gefolgt von einem Platzregen, überrascht, und ich habe selbst gesehen, wie dieser gute Kaiser, ganz durchnäßt, in der Wagenreihe fuhr, ohne jemand überholen zu wollen.

Man empfing nicht am Wiener Hof, nur für den Großfürsten Konstantin gab man große Herrendiners, denen meine Landsleute, darunter auch mein Mann, beiwohnten.

Die Kaiserin ging fast jeden Abend ins Theater, in eine Loge, die sich keineswegs von den andern unterschied.

Am Neujahrstag gab es eine Zeremonie am Hof, den sog. Cercle: alle Frauen begaben sich dahin in faltenreichen Kleidern und die ungarische Garde in großer Paradeuniform, die wunderschön aussieht. Der Fürst Esterhazy, ihr Kapitän, ging an ihrer Spitze; seine Uniform war vollständig mit Perlen ausgenäht, und seine Mütze war damit bedeckt. Die deutsche Garde befand sich auch dort, ihre Hauptleute waren der alte Marschall Lobkowitz[1]) und sein Schwiegersohn, der Fürst Auersperg.[2]) Als der Cercle zu Ende war (er fand nach Verlassen des wundervollen Stephansdoms statt), setzte sich die kaiserliche Familie auf Thronstühlen an den Tisch. Dort befanden sich auch Erzherzog Ferdinand von Mailand mit Gemahlin und Sohn und der Großherzog von Toskana, Bruder des Kaisers, mit seiner Frau (die recht häßlich, aber angenehm war). Die beiden lebten in Wien, seitdem die Franzosen in ihr Land eingedrungen waren.

Dieses Diner, welches „großes Couvert" genannt wird, hat ein besonderes Zeremoniell. Man trägt drei Gänge auf, dann das Dessert und niemand rührt daran. Die Trompeten werden unaufhörlich geblasen. Nachdem niemand was gegessen und die Tische abgedeckt worden sind, bringt man eine große goldene, mit Wasser gefüllte Schale, der Kaiser wäscht sich die Hände, grüßt rings umher und zieht sich zurück.

Während dieses merkwürdigen Diners, das eine halbe Stunde dauert, läßt der Kaiser alle fremden Gesandten an seinen Tisch kommen und unterhält sich mit ihnen.

---

[1]) Joseph Maria Karl Fürst Lobkowitz (1725 bis 1802), k. k. Feldmarschall.

[2]) Franz Xaver Graf Auersperg (gest. 1808), Feldmarschalleutnant.

Digitized by Google

Herzog Albert[1]) lebte auch in Wien seit der Revolution. Er war Statthalter in den Niederlanden gewesen, seine Frau, die Prinzessin Christine,[2]) die dort gestorben ist, war allgemein beliebt. Der Herzog war ein sehr angenehmer, guter, höchst höflicher Mann, der sehr gut zu empfangen verstand. Ich war bei ihm mehrmals zum Diner, und während des Winters hat er prachtvolle Bälle gegeben, auf denen seine Nichte, die Herzogin von Reario, die Honneurs machte. Sie war die Schwester des Chevalier von Saxen, eine sehr schöne, aber kokette Frau, die allen die Köpfe verdrehte, besonders den Engländern, deren es eine ganze Menge gab; alles Reisende und Säufer, die sich sogar so weit vergaßen, auf dem Ball des Herzogs Albrecht Punsch bis auf Verlust des Bewußtseins zu trinken.

Ich habe in Wien auch die Tochter Ludwig XVI.[3]) getroffen und bin ihr durch die Botschafterin vorgestellt worden. Sie ist höchst interessant und hat ein reizendes Auftreten voll Höflichkeit und Freundlichkeit. Ich bin bei ihr am Vormittag gewesen und habe sie gefunden umgeben von allen französischen, nach Wien emigrierten Damen.

Das Leben in Wien entsprach am meisten meinem Geschmack. In Berlin gab es mehrere Höfe, die genierten; wenn man da zum Souper eingeladen wurde, mußte man sich dahin begeben. Die Gesellschaft war so klein, daß alle sich begegneten, und man konnte niemand bei sich empfangen. Aber in Wien ist es ganz anders. Man brauchte nur ein warmes Zimmer zu erleuchten und seinen Bekannten zu sagen: ich empfange jeden abend nach dem Theater, und man war sicher, die liebenswürdigsten Leute Wiens bei sich zu sehen, und der Winter verging in einer angenehmen und heiteren Weise. In meinen Augen ist Wien ein kleines Paradies!

Amerikanisch-chinesische Beziehungen und ihre Rückwirkungen auf Japan

Von

Eugen Ritter v. Kuczynski

„Pazifische Aera" nennen die Amerikaner die imperialistische Politik ihres Landes, welcher in der berühmten San Franzisko-Rede Roosevelts im Jahre 1903 in feierlicher Weise Richtung und Name gegeben worden sind: „Der Umfang unsrer territorialen Herrschaft ist noch immer größer als der Bannkreis unseres Einflusses. Unsre geographische Lage am Stillen Ozean ist

---

[1]) Herzog Albert von Sachsen-Teschen (1738 bis 1822).

[2]) Erzherzogin Christine, Tochter der Kaiserin Maria Theresia.

[3]) Marie Therese von Frankreich (1778 bis 1851), vermählt mit dem Herzog von Angoulême.

Digitized by Google

derart, daß sie Amerika in der Zukunft die friedliche Beherrschung seiner Gewässer sichern muß, wofern wir nur die Vorteile unsrer Stellung mit der nötigen Entschiedenheit erfassen."

Diese denkwürdigen Worte wurden gesprochen fünf Jahre nach dem ersten Vorstoße der Unionsstaaten in dem Großen Ozean. Drei wichtige Ereignisse markieren dieses Vordringen Amerikas in die ostasiatische Welt: die Eroberung der Philippinen (1898), die Annexion des ehemaligen kanadischen Königreiches Hawai, endlich die Erwerbung der Panamakanalrechte nach dem Zusammenbruche des Lesseps'schen Unternehmens. Zur Sicherstellung dieser Rechte vor fremden Einflüssen (die Verträge von 1901 und 1903) erzwangen die Vereinigten Staaten die Lostrennung Panamas von Kolumbia als einer unabhängigen Republik unter amerikanischem Protektorat.

Was vor dieser Zeit gelegen war, ging nicht hinaus über ein wenn auch zeitweise, wie z. B. gelegentlich der Expedition des Commodore „Perry" nach Japan, recht lebhaftes, so doch sonst mehr allgemeines Interesse der Amerikaner an dem Schicksale der asiatischen Staaten an der gegenüberliegenden Küste des Pazifik. Der amerikanische Bürgerkrieg und der Niedergang der amerikanischen Handelsflotte ließen auch dieses Interesse auf lange Jahre hinaus wieder erkalten.

Inzwischen war das durch mannigfache unfreiwillige Berührung mit dem immer aggressiver auftretenden Abendlande unsanft aufgerüttelte Inselreich Nippon aus seiner Verschollenheit herausgetreten. Die Feudalmonarchie der Shogune war von ihrer einstmaligen Höhe seit mehr als einem Jahrhundert scheinbar auf das Niveau degenerierender schwächlicher orientalischer Staaten hinabgesunken. Mit einem Male aber ward aus ihr ein modernes Staatswesen. In der Tat, geradezu beispiellos stehen in der Geschichte aller Zeiten der Aufstieg und die Entwicklung da, welche seit der revolutionären Umwälzung von 1868 das wiedererstandene Reich des Mikado durch eigne Willenskraft, durch den noch nicht erstorbenen kriegerischen Geist und das hervorragende Anpassungsvermögen seiner Bevölkerung genommen hat. Ein neuer Stern war über dem Stillen Ozean aufgegangen, ein Stern von rasch zunehmendem Glanze. Im neuen Japan aber erstand den pazifischen Herrschaftsplänen Amerikas ein höchst beachtenswerter Nebenbuhler. Ein selbstbewußter Rivale, wie dies bald die Sprache seiner Staatsmänner bezeugen sollte, zwar nicht in offiziellen Schriftstücken, wohl aber dort, wo sie frei mit derselben heraustreten durften. „Japan muß sein möglichstes tun, um die Beherrschung des pazifischen Ozeans den Amerikanern streitig zu machen und seinerseits die östlichen Märkte zu beherrschen." Dies war die stolze Antwort, die Baron Kaneko in der Oktobernummer der Zeitschrift „The Pacific Aera" zwei Jahre nach dem glücklichen Feldzuge gegen Rußland, der mit der Festsetzung Japans auf mandschurischem Boden geendet hat, auf die Roosevelt'sche Ennunziation gab.

Es ist erstaunlich, wie lange es bedurfte, um in den Yankees das Bewußtsein von der Gefährlichkeit des neuerstandenen Nebenbuhlers aufdämmern zu lassen. Bei dem Friedensschlusse von Portsmouth, der die überragende Stellung

Digitized by Google

des östlichen Inselreiches im Wettkampfe mit dem Moskowitismus um die Vorherrschaft um Ostasien besiegelte und dasselbe zur anerkannten ostasiatischen Großmacht hinaufrückte, hat bekanntlich Amerika zu Gevatter gestanden. Präsident Roosevelt hat die Friedenskonferenz angeregt und durch seine unermüdlichen Verhandlungen mit beiden Teilen zu deren Gelingen in hohem Maße beigetragen. Tatsächlich war er es, der diesen Frieden zustande gebracht hat. Während des Krieges noch standen die tapferen kleinen Japaner in der höchsten Gunst des amerikanischen Publikums. Man sah in Japan das bedrängte, für das eigne Leben kämpfende Land, den schwächeren Teil, „den fähigen Schüler Europas und Amerikas, und als die Japaner ihre glänzenden Siege erfochten, in ihnen den Beweis der Tüchtigkeit der von Japan übernommenen westlichen Zivilisation gegenüber der barbarischen Rückständigkeit Rußlands". War Roosevelt sich bei seiner Vermittlungsaktion der Gefahr in vollem Umfange bewußt, die Amerika aus der neuen Konstellation, zu welcher er so großmütig die Hand bot, drohte? Eher möchte man das Gegenteil glauben. Er dachte offenbar die Aufnahme des Zugeständnisses von der „offenen Türe" und „den gleichen Handelsmöglichkeiten" in den Vertrag werde genügen, um die Gefahr zu beschwören. (Schon das Haysche Uebereinkommen [1899] hatte den gleichen Grundsatz definiert und mit den in China interessierten Großmächten festgelegt.) Durch diese Bestimmung sollten dem aufstrebenden Handel seines Landes mit der Mandschurei freie Bahnen für die Zukunft geschaffen werden. Die Optimisten hatten damals überhaupt das Oberwasser. Sie erwarteten von der Unterzeichnung der Friedensinstrumente einen totalen Umschwung in den politischen und ökonomischen Bedingungen des fernen Ostens. „Als ob," so ruft der englische Essayist J. O. Bland, der Verfasser verschiedener Werke über China, aus, „als ob durch irgendeine mysteriöse Kunst der Diplomatie das Gesetz von dem Ueberleben des Geeignetsten aus der Welt geschafft werden könnte."

Die Japaner begriffen wohl, was Amerika mit jener Vertragsklausel bezweckte. Sie sahen, daß man ihnen den Weg nach dorthin verrammeln wollte, wohin ihr natürlicher Expansionsdrang vor allem gravitieren mußte. Denn nach dem amerikanischen Kontinente wurde die japanische Emigration immer mehr erschwert und die Behandlung ihrer Landsleute in den westlichen Staaten der Union war nur mehr die von unwillkommenen Gästen, wenn nicht schlimmer. Doch Japan fiel nicht aus der Rolle. Es machte gute Miene zum bösen Spiel und schien sich mit der Pflicht der Dankbarkeit abzufinden, die ihm der rasche Friedensschluß in einem Augenblicke höchster Erschöpfung seiner Kräfte auferlegte. Seine Stellung gegenüber China als Befreier der Mandschurei vom russischen Joche wurde von Japan zur Befestigung seiner kommerziellen Position gründlichst ausgenützt in der Zeit des Honigmondes, der nun zwischen den beiden ostasiatischen Reichen folgte und eine Weile in Blüte stand.

Die Vereinigten Staaten glaubten mit der diplomatischen Neuordnung der Dinge eine Sicherheit für die Zukunft ihrer handelspolitischen Stellung auf dem ostasiatischen Festlande erworben zu haben. Durch die rechtzeitige Intervention

Digitized by Google

Roosevelts zugunsten der Befreiung der Mandschurei gewann Amerika in den Augen Chinas beträchtlich an Ansehen und an Vertrauen. Eine gewisse Störung in dieses vertrauensvolle Verhältnis wurde allerdings kurz nach dem Friedensschlusse durch den antiamerikanischen Warenboykott gebracht, der als nationalistischer Rückschlag gegen die amerikanische Einwandererausschließungsakte namentlich im südlichen Teile Chinas rasch um sich griff und von nachhaltiger Wirkung auf den amerikanischen Handel war. Der chinesischen Regierung gelang es allmählich, diese Bewegung zu unterdrücken, so daß sie wenigstens keinen moralischen Schaden verursachte. Nach wie vor erblickten die Chinesen in den Amerikanern ihre aufrichtigen Freunde und gaben ihnen freudigen Herzens, was Japan an Geschäften übrig ließ. Wenn die ausdauernden und rührenden Japaner durch ihre staatlich mächtig geförderte Handelstätigkeit und ihre gern angenommenen „uneigennützigen" Ratschläge auf allen Gebieten in China dennoch die Sahne abschöpfen konnten, so lag die Schuld nicht an den dankbaren Chinesen, sondern in den besonderen Bedingungen des amerikanischen Wirtschaftslebens. In Nordamerika fehlte es noch an einer geschlossenen Organisation des Handels und der Industrieinteressen zu Exportzwecken, mit Ausnahme einiger weniger mächtiger Trustvereinigungen, wie die Standard Oil Company, der Tabaktrust und die Stargesellschaft. Indessen erwuchs dem amerikanischen Tabakimport durch das japanische Tabakmonopol in China eine äußerst starke Konkurrenz. Auch den amerikanischen Bankinteressen fehlte es damals noch an der wünschenswerten kräftigen Vertretung in Anwendung auf den überseeischen Handel, was vor allem an der gesetzlichen Beengung der National- und Staatsbanken lag. Die Gründung der International Banking Corporation und ihrer Filialen in Schanghai und Peking fiel erst in eine spätere Zeit. In den Unionsstaaten verfügt man nur zeitweise über flüssige Gelder für größere Investitionen im auswärtigen Handel. In solchen Augenblicken tritt der amerikanische Geschäftsmann, Bankier oder Kaufmann mit seinen Plänen auf die Weltbühne. Er übernimmt weitreichende Engagements und wird hierin von seiner Regierung kräftigst unterstützt. Tritt dann der Zeitpunkt der Erfüllung dieser Engagements ein, so hat sich vielleicht inzwischen die Konstellation des heimischen Geldmarktes geändert. Die Projekte fallen ins Wasser, der ausländische Partner hat das Nachsehen; ein stets bereiter Konkurrent springt für die Amerikaner ein. Das unzeitige Ausspannen aber schädigt nicht nur das geschäftliche Vertrauen, sondern kompromittiert auch das politische Prestige der amerikanischen Regierung. Wir wären nicht verlegen, zahlreiche Beispiele dieser Art zu zitieren, die sich speziell in China ereignet haben. Seinerzeit stand Amerika unter den glücklichen Eisenbahnkonzessionswerbern im chinesischen Reiche obenan; aber nicht eine dieser Konzessionen haben die amerikanischen Syndikatäre auch wirklich durchgeführt. Sie haben sie entweder in den Wind geschlagen oder an Dritte weitergegeben. Dies oft unter Umständen, welche ihre politische Verläßlichkeit und Ehrlichkeit China gegenüber in einem ganz eigentümlichen Lichte erscheinen ließen. Zu spät kommt der Moment der Einsicht des Versäumten und die Erkenntnis des Vorsprunges,

Digitized by Google

die andre in der Zwischenzeit gewonnen haben. So war es auch in diesem Falle. Die Gelegenheit, die der Portsmouther Frieden, wenigstens zu Anfang, reichlich geboten hätte, wurde nicht mit aller Kraft ausgenutzt. Es ist eine Tatsache, daß der amerikanische Handel in den Jahren nach dem Russisch-Japanischen Kriege im Export einen starken Rückgang aufwies. Im Kriegsjahre hatte die amerikanische Ausfuhr speziell nach China 53 Millionen Dollars betragen, im Jahre 1906 sank sie auf 22 Millionen, 1910 aber betrug sie nur mehr 16 Millionen. In Amerika war man damals nur zu sehr geneigt, die innere Schwäche der eigenen Außenhandelsbewegung, welche so ungünstige Exportziffern zutage förderte, zu übersehen und Japans einseitige Ausnutzung seiner privilegierten Stellung in der Mandschurei für den Rückschritt des amerikanischen Handels in China allein verantwortlich zu machen. Es ist richtig, daß Japan bei der Verfolgung seiner kommerziellen Zwecke und in der politischen Ausbeutung des Portsmouther Friedens in der Wahl seiner Mittel nicht sonderlich skrupulös war. M. Bland erzählt uns in dem 1912 erschienenen Buche „Recent Events and Present Policies in China" von einer äußerst charakteristischen Episode eines versuchten Zusammenwirkens amerikanischer und japanischer Unternehmungslust in der Mandschurei. M. Harriman — wir folgen der Blandschen Darstellung —, der bekannte amerikanische Eisenbahnkönig, hatte noch vor der Ratifizierung des Portsmouther Vertrages mit Marquis Ito und Marquis Katsura ein Projekt gemeinsamer Erwerbung des Eigentums und des Betriebes der südmandschurischen Bahn sowie der damit im Zusammenhang stehenden früheren russischen Kohlen-, Holz- und Bergbaukonzessionen ausgearbeitet. Das Unternehmen sollte mit amerikanischem Gelde finanziert werden. Am 22. Dezember 1905 (am 25. November erfolgte die Ratifizierung des am 5. September abgeschlossenen Portsmouther Vertrages) schloß der damalige japanische Minister des Aeußern Baron Komura in Peking die Nachtragskonvention mit China zur Ausführung jenes Friedensvertrages in der südlichen Mandschurei. Diese Konvention fand aber in einer Reihe geheimgehaltener Protokolle, welche eine detaillierte Auseinandersetzung aller einschlägigen ökonomischen Fragen in der Mandschurei enthielten, ihre Ergänzung. Sie war jedoch durchaus nicht sinngemäß. Im Gegenteil. Die in der Nachtragskonvention festgelegten Grundsätze der „offenen Tür" usw. wurden von den Geheimbestimmungen geradezu totgeschlagen. Im Besitze dieser der chinesischen Regierung durch List und Bestechung abgerungenen Erklärungen ließ nun Komura M. Harriman wissen, daß die chinesische Regierung nicht gewillt sei, amerikanisches Kapital beim Ausbau des südmandschurischen Bahnnetzes zuzulassen, da sie beabsichtige, die Angelegenheit mit Japan zusammen in die Hand zu nehmen! Auf diese Art wurde der große amerikanische Finanzier geprellt und Amerika kam um die ersten materiellen Früchte seiner Errungenschaften auf dem Portsmouther Friedenskongresse.

Da weder Japan noch China über die nötigen Geldmittel verfügte, wurden dieselben ohne Schwierigkeit in England aufgebracht, Amerika aber mit der Zuweisung ansehnlicher Materialbestellungen für die Bahn abgefunden. Nicht viel

Digitized by Google

besser erging es den Amerikanern mit dem von ihrem Generalkonsul in Mukden, M. Straight, gefaßten Projekt der Errichtung einer großen Mandschurischen Bank mit amerikanischem Kapital. Diese Bank hätte die Provinz für ihre dringenden Investitionen von fremdem Kapital unabhängig machen sollen. Ein andres Projekt war das der Herstellung der Eisenbahn von Hsin-min-tun nach Aigun. Eine bald darauf eingetretene finanzielle Panik in den Vereinigten Staaten schob diese Prospekte hinaus. Sie wurden zwar im Jahre 1908 wieder aufgenommen, führten aber auch dann nicht zu positiven Ergebnissen. Daß solche Erfahrungen ernüchternd auf den bisherigen Enthusiasmus der amerikanischen Geschäftskreise für Japan wirken mußten, ist klar. Unter diesen Umständen, und als man die affenartige Geschwindigkeit beobachten konnte, mit welcher die Japaner den Yankees das Handelsterrain in der Mandschurei abzubauen begannen, wandelten sich die lebhaften Gefühle der Sympathie Amerikas für das östliche Inselvolk rasch in ihr Gegenteil um. Anstatt die Mandschurei zu räumen, wozu sie im Friedensvertrage verpflichtet waren, saugten sich die Japaner hier nur immer mehr fest. Japan beschränkte seine unbequeme Tätigkeit durchaus nicht auf China. Dieses sollte nur der eine Stützpunkt ihrer erträumten Vormachtstellung im äußersten Osten sein. Bald trachteten sie auch auf der andern Seite des Ozeans Anlehnung zu finden und Fuß zu fassen. Es soll den Amerikanern nicht unbekannt gewesen sein, daß Japan mit Mexiko wegen der Erwerbung einer Kohlenstation in Fühlung trat. Auch von Wühlereien auf den Philippinen wollte Amerika Kenntnis erhalten haben. Solchen Bestrebungen dauernd einen Riegel vorzuschieben, votierte der amerikanische Senat in einem späteren Jahre die Lodgesche Resolution. Diese lautet auf Ausschließung ausländischer Gesellschaften von dem Ankaufe von Häfen oder Plätzen an der Westküste des amerikanischen Kontinents. Der durch die fortgesetzten amerikanischen Einwanderungsverbote, den kalifornischen Schulkonflikt sowie andre ähnliche nationalistische Abwehraktionen gesteigerte politische Gegensatz zwischen den beiden Bewerbern um die Hegemonie im Stillen Ozean gewann bereits zu Ende des vorigen Jahrzehnts Formen, welche die ostasiatische Welt und die an ihr interessierten Mächte mit ernster Besorgnis für die Erhaltung des Friedens im äußersten Osten erfüllen durften.

Die amerikanische Flottenvereinigung des Jahres 1908 im Großen Ozean war ein solches Symptom bestehender Spannung. Ihr hatte die Rundreise des damaligen Kriegsministers Taft präludiert. Die energischen, von ungewöhnlichem Selbstbewußtsein des Unionministers während seines vielgefeierten Aufenthalts in Schanghai gehaltenen Aussprachen deuteten auf eine entschiedenere Stellungnahme der Vereinigten Staaten zugunsten des von Japan bereits arg drangsalierten himmlischen Reiches. „Die Vereinigten Staaten und andre, welche die Politik der offenen Tür ehrlich begünstigen, werden das große chinesische Reich nicht nur dazu beglückwünschen, sondern dasselbe in jeder Weise ermutigen, daß es durch weitreichende Verwaltungs- und Regierungsreformen auf die Entwicklung seiner natürlichen Hilfsquellen und die Verbesserung der Wohlfahrt seiner Völker hin-

Digitized by Google

arbeitet. Auf diese Art wird China widerstandskräftiger gegen alle äußere Aggression werden und ohne fremde Hilfe die „Offene-Tür-Politik" für alle zur Wahrheit machen! ... Der Ruf „China für die Chinesen" braucht für niemand Schreckhaftes zu haben. Er bedeutet nichts andres, als daß das Reich der Mitte seine Willenskraft der Erschließung seiner enormen Hilfsquellen zuwenden will. Fortschritte auf diesem Gebiete werden nur unserm Handel zugute kommen. Von den Philippinos haben wir gelernt, daß die Politik, welche für diese die beste ist, auch die meisten Vorteile jenen Ländern bietet, welche mit den Inseln Geschäfte machen!" Dies war freilich eine ganz neue Tonart, ein nicht mißzuverstehender Wink an alle jene, die der Einflußsphärenpolitik des Jahres 1898 noch anhingen. In den Ohren der in China angesiedelten Europäer klangen die Worte Tafts wie eine Häresie. Den Chinesen aber waren sie eine frohe Botschaft. Das erste deutliche Wort aus offizieller Quelle, welches den neuen chinesischen Bestrebungen Gerechtigkeit widerfahren ließ. So standen die Dinge in Ostasien, als die zum erstenmal vereinigten atlantischen und pazifischen Geschwader Amerikas ihre mit großer Emphase vom Präsidenten der amerikanischen Republik angekündigte Fahrt nach dem Stillen Ozean antraten. Es verlautete alsbald, die Schiffe wollten bei der Gelegenheit den ostasiatischen Häfen einen Besuch abstatten. In Tokio erfuhr man die chinesischen Empfangsvorbereitungspläne aus Peking, und noch bevor von hier aus die offizielle Einladung erfolgt war, erließ die japanische Regierung ihre Einladung nach Washington, dafür Sorge tragend, daß dieselbe einen Tag früher der Welt kundbar wurde als die chinesische.

Noch ein andres Ereignis markierte diesen Augenblick. Die chinesische Regierung hatte kurz vorher zur Abstattung ihres Dankes für den Nachlaß des Restes von 12 Millionen Dollars der an Amerika zu zahlenden Boxerentschädigung eine Mission unter der Leitung Tong-shao-i's, des Vertrauten des damaligen Ministers des Aeußern Juanschikai über Japan nach Washington entsendet. Der letzte Zweck dieser Mission aber sollte in der Anknüpfung eines intimeren politischen Verhältnisses zu den Vereinigten Staaten bestehen. Japan roch Lunte. Und seiner Diplomatie gelang noch vor dem Eintreffen des offenbar nur deshalb so lange in Tokio zurückgehaltenen chinesischen Gesandten ein glänzender Coup. Es war dies der Austausch gleichartiger Deklarationen Amerikas und Japans über ihre politischen Ziele im fernen Osten vom 30. November. Das Uebereinkommen in der diplomatischen Geschichte Ostasiens, bekannt unter dem Namen des Root-Takahira-Arrangements wurde am Tage der Ankunft Tongs, allerdings nach dessen Kenntnisnahme, in Washington unterzeichnet. Was konnte der chinesische Delegierte auch dagegen einzuwenden haben, nachdem es in Peking keinen direkten Widerspruch hervorrief. Das Arrangement enthielt in seinen fünf Artikeln nur die Anerkennung des Statusquo im Stillen Ozean und eine neue Bekräftigung der Hayschen Formel in China, endlich eine ziemlich vage gehaltene Zusage, im Falle eines den Statusquo bedrohenden Ereignisses sich miteinander ins Einvernehmen zu setzen. So inhaltsleer dieses

Digitized by Google

Abkommen an sich, so wertvoll war dessen Abschluß für Japan in diesem Zeitabschnitte. Denn dieses empfand schon eine Weile das dringende Bedürfnis nach einer Annäherung an die Unionsregierung, um sein durch das bisherige Spannungsverhältnis geschädigtes Ansehen in der politischen und vielleicht noch mehr in der Finanz- und Geschäftswelt wieder aufzufrischen. Zunächst jedoch war es den Japanern darum zu tun, die Mission Tong-shao-i's zum Scheitern zu bringen, das Demonstrative des Flottenbesuches zu vereiteln und den etwa drohenden Konflikt mit Amerika noch für länger hinauszuschieben. So gewann es Zeit zur finanziellen Erholung und konnte sich wieder unauffällig der Ausrüstung und Verstärkung der eignen Wehrkraft widmen. Der um seine Hoffnungen bei dem Handel Betrogene aber war China, wie sich sofort zeigte. Statt der vereinigten Flotte wurde nur mehr der kleinere Teil derselben für den Besuch in einem chinesischen Hafen ausersehen; und statt des großen Handelsemporiums von Schanghai war es nunmehr die kleine südliche Stadt Amoy, die diesen Besuch empfing. Die Reise der Offiziere nach Peking und der feierliche Empfang durch den Hof entfielen. Was Roosevelt bewogen hatte, Japan diesen Triumph zu bereiten, ist nicht aufgeklärt. Vielleicht hat der Amerikaner Thomas Millard recht, wenn er in seinem 1909 über die ostasiatische Frage erschienenen Buche die Schuld daran englischen Einflüsterungen des amerikanischen Gesandten in Peking beimißt. Die Engländer sahen, so behauptet dieser Autor, in dem projektierten offiziellen und feierlichen Empfange der amerikanischen Flotte in Schanghai eine gefährliche politische Demonstration, einen Einbruch in *ihre* Einflußsphäre im Yangtsetal, und die engherzigen Ausländer, an ihrer Spitze wiederum die Briten, besorgten davon ein ungemessenes Anwachsen des ohnedies „unerträglichen" Selbstbewußtseins der Chinesen.

Wie dem auch sei, die Chinesen fühlten sich in ihrem Nationalstolze tief gekränkt. Sie sahen, daß der große Freund die dargebotene Hand wieder zurückzog, und erkannten, daß es ihnen niemals gelingen werde, eine achtunggebietende Stellung einzunehmen. Solange sie sich dieselbe nicht durch die Macht der Waffen erringen konnten. In dem Arrangement vom 30. November erblicken sie nichts andres als eine neuerliche Besiegelung ihrer bisherigen unbefriedigenden internationalen Position, für Japan dagegen eine ausdrückliche Anerkennung seiner privilegierten Stellung in Ostasien. Die auch in diesem Vertrage wiederkehrende Klausel von der Respektierung der Integrität Chinas hatten sie bereits zum Ueberdruß aus früheren, über ihren Kopf hinweg getroffenen Vereinbarungen in ihrer absoluten *praktischen* Bedeutungslosigkeit kennen gelernt. Um so mehr, als *jenen* andre internationale Einverständnisse gegenüberstanden, wie beispielsweise das französisch-japanische Separatübereinkommen vom 10. Juni 1907, dessen Spitze sich gegen eben dieselbe Integrität Chinas richtet. Desgleichen war die am 30. Juli desselben Jahres zwischen Japan und Rußland abgeschlossene Nachtragskonvention zum Portsmouther Friedensvertrage, in welcher beide Staaten sich die Erhaltung ihrer Sonderrechte auf chinesischem Territorium verbürgen, eine Bedrohung der chinesischen Integrität und der

Digitized by Google

Vorbote zu den noch viel schärferen vertraglichen Uebergriffen aus den Jahren 1910 und 1912.

Noch vor dem Scheitern der Mission Tong-shao-i's starb die große Kaiserin Tsehsi, und das Reich der Mitte hatte nun andre Sorgen vor sich, als Prestigefragen und politische Annäherungsversuche an laue Freunde.

Wenn ich länger als gebührlich bei dieser an sich so wenig entscheidenden Episode aus der jüngsten Geschichte des fernen Ostens verweilte, geschah dies, um die Unverläßlichkeit der politischen Wege Amerikas an einem augenfälligen Beispiel zu illustrieren. „Inefficiency of american Policy" (Unwirksamkeit der amerikanischen Politik) nannten amerikanische Schriftsteller das immer wiederkehrende unerwartete und unzeitige Nachlassen eines genommenen Anlaufes ihrer Landsleute. Natürlich steckt da noch mehr dahinter wie etwa ein bloßer Temperamentsfehler der Regierenden im Weißen Hause. Abgesehen von den oben erwähnten inneren Mängeln der wirtschaftlichen Organisation Amerikas, wird nicht mit Unrecht in dieser Hinsicht die Schwierigkeit für jede amerikanische Regierung hervorgehoben: die Monroepolitik auf dem eignen Kontinent mit den Aspirationen des Imperialismus im fernen Osten in den richtigen Einklang zu bringen. Die auswärtige Politik der großen Republik trägt seit dem Jahre 1898 den Stempel dieses inneren Widerspruches deutlich auf der Stirne. „Daheim der Dingleyzolltarif, nach außen das Evangelium der offenen Türe! Zu Hause Ausschluß der Asiaten, in Ostasien Verbrüderung der Menschen und die Lehre von den gleichen Handelsmöglichkeiten! In der einen Hand die Dollarpolitik und die Monroedoktrin, auf der andern Seite Vermeidung alles dessen, was Amerika in europäische Händel verwickeln könnte!" Der idealistische Altruismus politisierender Gelehrtenkreise (wie das heutige Staatsoberhaupt Wilson); mit ihm im Kampfe der egoistische Realismus des amerikanischen Wirtschaftspolitikers mit seinem scharfen, geschäftsmäßigen Blick für die Bedürfnisse des von Tag zu Tag industriekräftigeren und absatzbedürftigeren Exportlandes Amerika! Hat nun dieses durch seine traditionelle Politik der Monroedoktrin gebundene Amerika ein Anrecht darauf, in ostasiatischen Angelegenheiten ein Wort mitzusprechen und eine maßgebende Rolle zu spielen? „Der angelsächsische Geist," antwortet Mr. Bland auf diese Frage, „besitzt die besondere Gabe, aus der Not eine Tugend zu machen." Das „Gesicht" der Monroedoktrin wurde gewahrt, auch wenn es dabei einen etwas anderen Zug bekam. Das Prinzip der Nichteinmischung in europäische Dinge vertrug sich ganz wohl mit der Annexion der Philippinen und andrer Inseln im Stillen Ozean. „Afrika, die Levante und Indien (!) gehören in den Aktionskreis Europas, der Pazifik, Japan und China dagegen fallen außerhalb desselben." Diesen gefälligen Auffassungen maßgebender amerikanischer Kreise entspricht der moderne Inhalt der Monroedoktrin. China mit den 400 Millionen Einwohnern, seinen wachsenden Bedürfnissen, dem mächtig erwachten abendländischen Kulturdrang eröffnet natürlich ein ganz enormes Gebiet für amerikanische kommerzielle und industrielle Unternehmungen, solange dessen territoriale Unabhängigkeit, Unversehrtheit und innere

Digitized by Google

Bewegungsfreiheit geschützt bleibt. Deshalb muß der Einflußsphärenpolitik Dritter ein Ende bereitet werden. Daher die Hayschen Vereinbarungen und die Uebernahme ihrer Grundsätze in die späteren internationalen Verträge. China liegt im Mittelpunkt dieser Bestrebungen. Wäre es mächtig und stark, dann gäbe es keine ostasiatische Frage für die Vereinigten Staaten. So aber ist es das Sturmzentrum für kommende diplomatische Kämpfe in der pazifischen Welt. Mit der Erwerbung der Philippinen sind neue Verantwortlichkeiten und Probleme an Amerika herangetreten; ihnen muß sich die Republik widmen, ob sie will oder nicht. „Wir haben keine Wahl, ob wir in der Welt eine große Rolle spielen wollen oder nicht," klagt Mr. Taft, „von uns hängt nur ab, wie wir diese Rolle spielen werden, gut oder schlecht." Drum muß vor allem das chinesische Reich vor den Uebergriffen andrer ehrgeiziger Staaten bewahrt werden. Unter diesen ist Japan der gefährlichste. Mit seinem unersättlichen Länderhunger, seinen monopolistischen Handelsvelleitäten, seinem Anspruche, die Vormacht im Pazifik zu werden, ist Japan der wahre Störenfried des fernen Ostens. Das internationale Gleichgewicht muß wieder hergestellt werden, und zwar auf einer neuen und stabilen Grundlage. Die geographische Lage der Vereinigten Staaten, ihre Küstenausdehnung am östlichen Ufer des Stillen Ozeans prädestiniert diese, ihr Interesse an dem Schicksale der an dessen westlichen Gestaden gelagerten orientalischen Staatswesen in wirksamer Weise zu betätigen. Hauptsächlich mit China, dem größten dieser Staaten, verbindet die Union, das andre größte pazifische Staatsgebiet, eine innige Interessengemeinschaft, wie mit keinem andern orientalischen Lande. „Daher darf kein internationales Arrangement, das sich auf China bezieht und unsern Anforderungen nicht gebührend Rechnung trägt, Bestand haben." Sich selbst und ihrer natürlichen Entwicklung überlassen, werden die ostasiatischen Staaten, welche heute noch unabhängig sind, ein dauerndes Mächtegleichgewicht unter sich mit der Zeit bilden. Dieser Prozeß darf nicht künstlich aufgehalten werden, das muß das Bestreben und oberste Ziel der Politik der amerikanischen Republik bleiben. So ungefähr also spiegelt sich im Gehirne des modernen Yankeepolitikers die Weltstellung seines Vaterlandes. Das ist es, was unter der friedlichen Beherrschung des Pazifik Roosevelts zu verstehen ist. Wer der Geschichte unsrer Tage auch im äußersten Osten folgt, mag entscheiden, ob die seitherige amerikanische Staatskunst den Ausspruch des großen Mitbürgers und Präsidenten seiner Verwirklichung nähergebracht hat oder nicht. Uns scheint es fast, als ob die friedliche Beherrschung der pazifischen Regionen nur um den Preis blutiger Kämpfe zu erreichen sein wird. Den Zeitpunkt dieser gewaltsamen Lösung vorher zu bestimmen, ist heute unmöglich. Er wird in erster Linie von dem Willen Amerikas abhängen. Von der Bereitwilligkeit der dortigen berufenen Faktoren, d. i. vor allem der des amerikanischen Volkes, für die angestrebte politische Stellung im Stillen Ozean mit den Waffen einzustehen. Es mögen sich aber die Ereignisse mächtiger erweisen und den Amerikanern den Zeitpunkt des Waffenganges auch gegen ihren Willen aufzwingen. In den auf die oben geschilderten Begebenheiten folgenden

Digitized by Google

Jahren machte der zum Staatsoberhaupte der Union aufgestiegene Taft einen neuen Vorstoß zur Hinwegräumung der Hindernisse, welche die natürliche Fortentwicklung der durch den Portsmouther Vertrag gegebenen internationalen Verhältnisse in Ostasien den Bestrebungen Amerikas nach Befreiung der Mandschurei aus den eisernen Klammern Japans und Rußlands entgegenstellte.

Der Knoxsche Vorschlag des Jahres 1909 zum Rückkaufe und zur Neutralisierung der mandschurischen Bahnen, deren Hauptstränge sich im japanischen und russischen Besitze befinden, endete bekanntlich mit einem eklatanten Mißerfolge. Diplomatisch war derselbe so unglücklich eingeleitet worden, daß, trotz der, wie es scheint, damals auf russischer Seite vorhanden gewesenen Geneigtheit, auf den amerikanischen Gedankengang einzugehen, wofern Japan das gleiche tue, auf ein Gelingen nicht zu rechnen war. Dieser Versuch ebenso wie die späteren langwierigen Unterhandlungen behufs Durchführung einer Konzession zum Bau der Chinchou-Aigun-Bahn führten nur zu der politischen Annäherung Japans und Rußlands, sowie zu den Verträgen von 1910 und 1912. In diesen Vereinbarungen machten die beiden bisherigen Nebenbuhler geschlossene Front gegen jene Staaten, die ihre Vorrechte in der Mandschurei und in der Mongolei anzufechten versuchen würden. Die Zusicherungen bezüglich der Integrität Chinas, die Beteuerungen der Respektierung der offenen Tür wurden zwar auch in diesen Schriftstücken erneuert, doch ihnen widersprach der Geist des Abkommens. Speziell der Vertrag des Jahres 1912 — dessen Text übrigens auch heute noch nicht feststeht — scheint eine radikale Korrektur des Portsmouther Friedensvertrages vorgenommen zu haben. Dieselbe liegt vor allem in der gegenseitigen Einräumung größerer Freiheit in bezug auf die Truppen in ihren respektiven Sphären. Damit ist die in Portsmouth auferlegte Verpflichtung der militärischen Evakuierung der nördlichen und südlichen Mandschurei (exklusive des Pachtgebietes) für die Verpflichteten unter sich endgültig beseitigt. Es erfolgte weiters eine Abgrenzung der Einflußsphären in der Mandschurei und in der Mongolei. Der „Times" zufolge hätten sich Rußland und Japan Waffenhilfe für den Fall garantiert, wenn sie in ihren Rayons angegriffen würden. Die zu jener Zeit in Umlauf gewesenen Gerüchte von dem Abschlusse eines formellen Bündnisses wurden von beiden Seiten in der Oeffentlichkeit dementiert. Zeitlich fallen diese Abmachungen und Pourparlers bereits nach Ausbruch der großen chinesischen Revolution. Doch hörte man damals nichts von einer Stellungnahme zu denselben seitens Amerikas. Im Gegenteile, Amerika suchte sich den russischen Plänen die Ausländer in Kharbin und in der Eisenbahnzone bis zu einem gewissen Grade ihrer territorialen Privilegien zu entkleiden, gefällig zu erweisen. Seine Konsuln gaben ihre Reklamationen auf, die sie kurz vorher noch mit großer Vehemenz bei den russischen Behörden angebracht hatten. Der Eifer der amerikanischen Diplomaten war durch die widrigen Erfahrungen, die sie mit dem Knoxschen Vorschlage gemacht hatten, zweifellos abgekühlt.

Digitized by Google

In der chinesischen Revolution nun bot sich abermals eine günstige Gelegenheit für die Union zur Festigung und Verstärkung der freundlichen Beziehungen mit China. Die nationale, oder besser gesagt, antidynastische Bewegung im Reiche der Mitte hatte, insoferne sie bald republikanische Tendenzen annahm, von Haus aus mancherlei Berührungspunkte mit Amerika. Außerhalb Chinas durch die zahlreichen, schon seit Jahren höhere amerikanische Schulen besuchenden Studenten. Diese brachten nicht nur nützliche wissenschaftliche Kenntnisse, sondern, wie begreiflich, auch republikanische Gesinnung mit nach ihrer Heimat zurück. In China aber selbst waren es amerikanische Missionäre, die durch Schulunterricht und Beispiel schon lange zur Verbreitung republikanischer Lehrmeinungen beigetragen hatten. Die rühmliche Tätigkeit dieser Missionare als Kulturträger, unvergleichlich mehr denn als Glaubensapostel, wird wohl erst später in ihrer vollen Bedeutung für China gewürdigt werden. Die Zahl der über das chinesische Reich verstreuten geistlichen Sendlinge Amerikas ist außerordentlich groß. Zum Unterschiede von der ausländischen Laienbevölkerung steht ihnen das ganze Land überall offen. Die reichen, frommer Mildtätigkeit von daheim entstammenden Mittel, über die speziell die amerikanischen Missionare jahraus, jahrein verfügen, werden von ihnen zumeist zum Ankaufe von Landbesitz in China verwendet, allerdings per nefas, denn nach den bestehenden Verträgen sollte dieser Besitz strikte auf Kirchen und Schuleinrichtungen beschränkt sein. So wuchs das unbewegliche Eigentum der amerikanischen Missionare in allen Teilen Chinas beträchtlich an und mit ihm auch ihr Einfluß. Natürlich stieß die Bekehrung Chinas zur republikanischen Regierungsform jenseits des Ozeans alsbald auf die lebhaftesten Sympathien. Den Anregungen der Missionare folgend begrüßte man in Amerika schon den Sturz der Mandschudynastie als einen Sieg der republikanischen Idee und als den ersten Staffel einer Aera durchgreifender Reformen auf allen Gebieten. Ueberdies versprachen sich die Yankees aus der Umwandlung Chinas mannigfachen Nutzen und Vorteil für ihr eigenes Land. Es scheint, daß man dieser Meinung in Washington aus vollster Ueberzeugung beipflichtete. Hierin wurde man von der diplomatischen Vertretung und den Konsularorganen in China bestärkt. Diese hatten sich gleich auf die Seite der Umstürzler gestellt. Die amerikanische Regierung gab denn auch bei Ausbruch der Revolution im Konzerte der Mächte die Parole strengster Neutralität und der Nichteinmischung mit Erfolg aus, wodurch, wie sie behauptete, es China leichter würde, „eine neue rechtliche Regierung" ins Leben zu rufen. Dann, als sich dieselbe zur Not konstituiert hatte, nahm Amerika auch in der internationalen Anleihefrage eine ihr ausgesprochen freundliche Haltung ein. Darin aber war die Hand der amerikanischen Diplomatie nicht besonders glücklich, denn sie sollen es gewesen sein, die, wenn auch im besten Glauben und im wohlgemeinten Interesse Chinas, das frondierende Rußland und Japan zum Eintritt in das Viermächtesyndikat einluden. Durch diesen Schritt wurde der Grund zu den endlosen Intrigen des späteren Sechsmächtesyndikates zum schweren Schaden Chinas gelegt. Vielleicht geschah den

Digitized by Google

Amerikanern kein so himmelschreiendes Unrecht, wenn behauptet wurde, sie hätten in der Unterstützung der republikanischen Aufstandsbewegung überdies ein geeignetes und willkommenes Mittel gesehen, um den Japanern den Rang abzulaufen. War dies wirklich ihre Absicht, dann blieb ihnen auch die Enttäuschung nicht erspart.

Für das monarchisch regierte Japan war der republikanische Umsturz in China eine höchst unwillkommene Ueberraschung. Es ist eine Tatsache, daß die Tokioer Regierung anfänglich den Versuch machte, die Mandschudynastie auf dem Throne zu erhalten. Sie hatte aber dabei weder mit der Korruption und der inneren Zersetzung des chinesischen Hofes, noch mit den sehr starken Sympathien für die Revolutionäre im eignen Lande gerechnet. Als nun im Parlamente von den mächtigen radikalen Parteien Vorwürfe gegen sie erhoben wurden, war sie bald bekehrt. Denn auch sie erkannte den praktischen Vorteil, der aus einer Unterstützung der Aufständischen, mit denen ihre eignen Untertanen durch vielfache Interessenfäden verbunden waren, zu ziehen wäre. Sie besann sich also nicht mehr lange und vollzog eine vollständige Schwenkung. Von da an unterstützte sie die chinesische Revolution in ihrem Kampfe mit der Dynastie und in der Aufrichtung der Republik. Und im darauffolgenden Jahre, als die Aufständischen die sogenannte Strafexpedition gegen den provisorischen Präsidenten Juanschikai ausrüsteten, nahm sie fast offen Partei für den rebellischen Süden. In diesem Zeitpunkte scheint es der amerikanischen Regierung bereits aufgedämmert zu haben, daß sie vielleicht besser daran getan hätte, weniger energisch zugunsten der republikanischen Umsturzbewegung einzutreten. Ihr eigner Gesandter in Peking sprach das Pater peccavi, denn er erkannte, daß das Jungchinesentum sich ganz unfähig erwiesen hatte, eine wirkliche und ehrliche Republik aufzubauen, und daß noch weniger das Volk für derartige Ideen reif war. Dieser Erkenntnis entsprang offenbar die ganz entschiedene Parteinahme der Vereinigten-Staaten-regierung für den provisorischen Präsidenten der Republik gegen die rebellische Opposition der Jungchinesen, die durch ihren leidenschaftlichen persönlichen Kampf gegen den „Tyrannen" das Land in völlige Anarchie zu stürzen drohte. Die freundliche Haltung Mr. Wilsons fand in der kritischen Epoche unmittelbar vor dem Ausbruche der zweiten Revolution, der sogenannten Strafexpedition der aufständischen südlichen Provinzen, ihren sichtbaren Ausdruck in der Anerkennung der Republik seitens Amerikas, die am 3. Mai 1913 erfolgte, während die übrigen Mächte für ihre Anerkennungserklärung erst den Zeitpunkt der Wahl Juanschikais zum definitiven Präsidenten abwarten wollten und auch abgewartet haben.

So wie in diesem für die Beständigkeit der Regierung Juanschikais wichtigen Punkte ging Mr. Wilson auch in andern Fragen weiterhin in China seine eignen Wege, unabhängig von den übrigen Mächten. Am auffallendsten war dies in der internationalen Anleihefrage, von deren glücklicher Lösung das Wohl und Wehe Chinas abzuhängen schien. Es wurde oben gezeigt, wie Amerika durch seine Mitwirkung in der Heranziehung Rußlands und Japans in das bis dahin

Digitized by Google

viergliedrige internationale Bankenkonsortium, ohne es zu wollen, den Grund dazu gelegt hat, daß aus der einen rein wirtschaftlichen Charakter an sich tragenden Anleihe eine politische Angelegenheit geworden ist; denn von diesem Augenblicke an hatte unter allerlei Vorwänden eine regelrechte Kampagne eingesetzt, um China den Sonderbestrebungen dieser beiden Mächte gefügig zu machen und es vor allem daran zu hindern, sich aus den Mitteln der Anleihe militärisch zu regenerieren, d. h. sich gegen die inneren und äußeren Feinde wehrhaft zu machen. Amerika war also von da an ein Mitschuldiger an den endlosen Intrigen und an den Drangsalierungen, denen China seitens des Sechsmächtesyndikates ausgesetzt gewesen ist. Man mag im übrigen über die Notwendigkeit der Finanzkontrolle, die häufig nur den Vorwand abgab, denken wie man will. Jetzt sagte sich Präsident Wilson offen und vor aller Welt los von dieser Mitschuld seines Landes. Nach einer Reutermeldung lautete seine Erklärung folgendermaßen: „Die Bedingungen der Anleihe scheinen nur einen Eingriff in die Unabhängigkeit der Verwaltung Chinas mit sich zu bringen. Die Regierung der Vereinigten Staaten will sich auch nicht stillschweigend an diesen Bedingungen beteiligen. Dies könnte in Zukunft möglicherweise zu einer gewaltsamen Einmischung in die finanziellen oder politischen Angelegenheiten Chinas führen."

Die unmittelbare Folge dieser Erklärungen war der Austritt der amerikanischen Bankgruppe aus dem Sechsmächtesyndikat. Die Wilsonsche Entscheidung hatte übrigens noch einen andern Zusammenhang. Eine der ersten Amtshandlungen des neuen amerikanischen Staatsoberhauptes war die offizielle Absage an die sogenannte Dollarpolitik. Unter dieser verstand man jene von seinen unmittelbaren Vorgängern beobachtete handelspolitische Richtung, welche in dem Zusammenwirken der Regierung mit Finanzinteressenten besteht und die wegen des Verdachtes kapitalistischer Ausbeutung nie recht auf die Sympathien des großen Publikums in Amerika rechnen durfte. Naturgemäß wurde durch diese Verbindung mit der Regierung eine verhältnismäßig kleine Gruppe von Mitgliedern der Hochfinanz unter Ausschluß andrer Banken bevorzugt, was begreiflicherweise manche Unzukömmlichkeiten nach sich ziehen konnte. Der Austritt der amerikanischen Gruppe aus dem internationalen Syndikat schien anfänglich gleichbedeutend mit der Sprengung desselben. Denn auch andre Mächte waren durch den Wilsonschen Schritt stutzig gemacht und nahe daran, seinem Beispiele zu folgen. Doch Japan gelang es, die zurückgebliebenen fünf Mächte zusammenzuhalten. Immerhin waren diese gezwungen, Wasser in ihren Wein zu gießen, was sie nicht hinderte, zu behaupten, daß bei dem später zustande gekommenen Darlehensgeschäft mit China keine der ursprünglichen Bedingungen aufgegeben worden sei. Wilson konnte um so mehr handeln, wie er es getan hat, als wegen der damaligen Anspannung des Geldmarktes der von der Regierung gegebene Anstoß zu ihrem Austritte der amerikanischen Bankgruppe nicht ganz unwillkommen gewesen sein dürfte. Natürlich gewann Amerika durch den doppelten Freundschaftsdienst, den es China in knappen Intervallen geleistet, außerordent-

Digitized by Google

lich an Volkstümlichkeit, mag es auch anderseits durch den Verzicht auf den Mitgewinn an der Anleihe an materiellem Einflusse unter den Mächten und in China eingebüßt haben. Jedenfalls trug der neue Kurs der amerikanischen Politik nicht unwesentlich zur Kräftigung der neukonstituierten, wenn auch kaum mehr auf echt republikanischen Pfaden wandelnden Zentralgewalt bei.

„Die Amerikaner ernten jetzt." So schrieb der „Ostasiatische Lloyd" in seiner Nummer vom 13. März 1914. „Dem Riesengeschäft der mittelchinesischen Stromregulierung (darunter ist die Regulierung des durch seine Ueberschwemmungen berüchtigten, die reichen Provinzen von Antrui und Kiangsu durchquerenden Huaiflusses gemeint) und der Erschließung der nordchinesischen Petroleumvorkommen ist eine amerikanische Anleihe für den Ausbau des Hafens Hu-lu-tao gefolgt. Außerdem ist eine andre Anleihe zum Ausbau des Hafens von Foochou und andrer Plätze als chinesische Kriegshäfen in Aussicht. Damit ist die hohe, weltpolitische Bedeutung der jetzt mit einem scharfen Ruck erfolgten neuen Einstellung Chinas im Gefolge Amerikas gegen Japan deutlich gegeben."

Der „Ostasiatische Lloyd" ist mit dieser seiner Notiz den Ereignissen in manchem vorausgeeilt. So weit sind die Dinge auch heute noch nicht gediehen. Die Ueberrumpelung der Japaner in der von ihnen lange umstrittenen Erwerbung der ausgedehnten Oelfelder in den Nordprovinzen von Shansi und Chili durch die Standard Oil Company ist allerdings eine Tatsache. Die chinesische Regierung hat zu ihrer eignen Deckung gegen nationalistische Angriffe im Innern den Text des mit der amerikanischen Gesellschaft abgeschlossenen, auch für Chinas staatliche und öffentliche Interessen sehr vorteilhaften Vertrags veröffentlicht. In Japan erregte die Nachricht von dem zustandegekommenen enormen Geschäfte, mit dem auch die Lieferung des ganzen Betriebsmaterials verbunden ist, einen wahren Entrüstungssturm des Neides. Es erscholl sofort der Ruf nach Kompensationen, nach der Schaffung eines Gegengewichtes, und die japanische Erpresserkampagne zur Aneignung der bedeutenden Han-Ye-ping-Eisenwerke im Yangtsetale setzte von neuem ein. Auch der englische Gesandte soll sich — wie ein chinesisches Blatt erzählte — bald darauf als guter Freund Chinas mit der schüchternen Anfrage bei der Regierung Juanschikais eingestellt haben, ob denn die traditionelle Freundschaft Englands zu China nicht auch verdiene, bei der Bewerbung um die Bergbaugerechtsame der Provinz Sze-chuen berücksichtigt zu werden.

Das Standard Oil Co.-Geschäft hängt übrigens noch von dem Prüfungsergebnisse auf die Ergiebigkeit der Quellen für die großkapitalistische Ausbeute ab. Was aber die andern beiden Anleihetransaktionen, die Verteidigungsanlagen von Hulutai (neu eröffneter Hafen an der mandschurischen Küste) und die Kriegsausrüstung von Foochou und andern an der Küste der südlichen Provinz Fukien gelegenen Hafenplätzen betrifft, so steht bereits fest, daß es sich hierbei nur um Gerüchte handelt, die sich die Chinesen freilich nicht ausreden lassen. Der amerikanische Gesandte in Peking, Dr. Reinsch — selbst ein großer Freund Chinas — erklärte, von solchen Anleiheverhandlungen, die eine unmittelbar

Digitized by Google

politische, ja militärische Bedeutung haben und den Japanern wenig behagen müßten, nichts zu wissen. Hierzu sei bemerkt, daß Hulutai, ebenso wie Fukien, in den chinesischerseits anerkannten japanischen Einflußsphären liegen.

Nach Reuter sollen zwischen der British-American Tobacco Company und der chinesischen Regierung in diesem Frühjahre Verhandlungen wegen zolltechnischer Erleichterungen der Einfuhr und der Betriebe des amerikanischen Zigarettenmonopoles in China geschwebt haben. Auf kulturellem Gebiete ist es wieder die Gründung einer großen Medizinschule für die Provinz Hunan mit amerikanischem Kapitale und das Projekt der Errichtung eines amerikanisch-chinesischen Museums in Peking, die von sich reden gemacht haben.

Aus alldem und manch andern kleineren amerikanischen Unternehmungen erhellt, daß die Amerikaner in letzter Zeit auf vielen Gebieten in China eine besonders große Regsamkeit zu entfalten begonnen haben, die den Neid andrer Nationen, vor allem aber den Japans, in höchstem Grade erregt hat. Sie spielen derzeit bei der wieder an der Tagesordnung befindlichen wirtschaftlichen Aufteilung Chinas ohne Zweifel eine ansehnliche, wenn nicht die erste Rolle. Das Aufgeben der Dollarpolitik, das von mancher Seite als geradezu ruinös für den geschäftlichen Einfluß Amerikas in Ostasien hingestellt worden war, hat also durchaus nicht die übeln Folgen gehabt, die vorausgesagt wurden. Aehnliche Wahrnehmungen veranlaßten den bekannten deutschen Nationalökonomen und Finanzschriftsteller Jolles, einen Artikel im „Berliner Tag" mit den Worten zu schließen: „Präsident Wilson hat allen Grund, positive Erfolge seiner Politik nachzuweisen, und so wird er wahrscheinlich auf seinen alten Wunsch nach einer möglichst weiten Peripherie der Auslandsgeschäfte zurückkommen." Daß Herr Jolles mit seiner Voraussage recht behält, zeigt auch die Haltung der Union im jetzigen Weltbrande. Amerika liefert den kriegführenden Mächten Waffen, Kriegswerkzeuge aller Art und Munition unbeschadet ihrer Neutralität.

Mr. Wilson nahm dieses öfter bestrittene Recht für die Industrie seiner Landsleute offen und ausdrücklich in Anspruch; er intervenierte erfolgreich in England zugunsten der Freigebung von amerikanischem Kupfer, Kupferdraht, von Benzin und Petroleum auf neutralen Schiffen.

Er trachtet die günstige Konstellation für die Hebung der amerikanischen Schiffahrt durch Ankauf der fremdnationalen, in amerikanischen Häfen ankernden Handelsschiffe, für den amerikanischen Exporthandel aber durch die zielbewußte Anknüpfung von Verbindungen zur Ausfüllung der Lücken auszunutzen, die die Blockade und die allgemeine Kriegslage in den Handel andrer Staaten — in erster Linie Deutschland — geschlagen haben. Auf dem handelspolitischen Felde zeigt der nur für einen großen humanistischen Theoretiker gehaltene jetzige Präsident der Vereinigten Staaten — in dessen sich so glücklich anlassender Amtsperiode auch die Eröffnung des Panamakanals und trotz aller entgegenstehender Hemmnisse vielleicht auch noch die Abhaltung der San Franziskoer internationalen Ausstellung fällt — zweifellos praktische Begabung und Erfolg. Was speziell China anlangt, muß einbekannt werden, daß Amerika und dessen jetziger diploma-

Digitized by Google

tischer Vertreter Dr. Reinsch sich alle Mühe geben, das altbestehende freundschaftliche Verhältnis mit diesem Lande nach Möglichkeit zu vertiefen, getreu dem Grundsatze der amerikanischen Politik, die ökonomische Einheit Chinas, seine völkerrechtliche Stellung und seine zentrale Regierungsgewalt durch friedliche Einwirkung und diplomatische Mittel nach Kräften zu stärken. Ueber diese hinaus wird aber allem Anscheine nach auch die Regierung Wilsons kaum gehen wollen; da auch jetzt noch „das Interesse des amerikanischen Volkes zurzeit an der mandschurischen Frage für nicht genügend stark gehalten wird, um die Regierung bis zu einem bewaffneten Vorgehen zu unterstützen". Das zeigte sich schon deutlich bei den gegenwärtigen Konflikten, die zwischen China und Japan wegen der Aufrechthaltung der Neutralität des ersteren schweben. Amerika vindiziert sich allerdings das Verdienst im Sinne der Rückgabe Kiautschaus an China vermittelt zu haben. Von einem Erfolg kann jedoch in dieser Beziehung bis jetzt nicht die Rede sein. Von den schönen Versprechungen Japans bis zur Tat ist auch ein weiter Weg. China ist dermalen allein auf sich und seine Kraft bezüglich der Abwehr der japanischen Uebergriffe im Hinterlande von Tsingtau, in der reichen Provinz von Schantung angewiesen. Die ehemals deutschen Eisenbahnen, die Bergwerke und andern deutschen Industrieunternehmungen in Schantung sind in japanischen Händen. Japan schickt sich an, sogar den südlichen Teil der Tientsin—Pukaubahn unter den bekannten Vorwänden als eine durch den Krieg verfallene deutsche Domäne an sich zu reißen. Zwar soll Amerika gleich nach der Kriegserklärung mit der Regierung des östlichen Inselreiches einen Vertrag geschlossen haben, in dem sich letzteres verpflichtete, wenn es in seiner Kriegführung über den Rahmen des zu erobernden Pachtgebietes von Kiautschau hinausgreift, zuerst das Einverständnis mit Amerika herzustellen. Es ist ein Vertrag ähnlich dem Root-Takatiraübereinkommen. Hat diese Abmachung — wenn sie wirklich besteht — Japan abgehalten, sich zum Herrn von Schantung zu machen? Wurde Japan von Amerika daran gehindert, das von letzterem protegierte chinesische Reich bis zu einem solchen Grade zu drangsalieren, daß dasselbe, trotz der mit elementarer Gewalt aufstrebenden japanfeindlichen Volksstimmung, trotz der vehementen Protestationen des Senates und der übrigen autonomen Körperschaften Chinas, wohl oder übel ernstlich an ein versöhnliches Arrangement mit dem Bedränger denken muß, bei dem es eines Teiles seiner Hoheitsrechte nicht nur in den besprochenen Gebietsteilen, sondern vielleicht für das ganze Reich verlustig gehen wird. Amerika, heißt es, habe seine pazifische Flotte nach den Philippinen dirigiert. Die Nachricht blieb bis jetzt ohne authentische Bekräftigung. Auch das hat Japan, welches sich heute als politischer und militärischer Anwalt der Ententemächte in Ostasien gebärdet, nicht vermocht, seine Eroberungspläne in der Südsee aufzugeben; Pläne, durch die es direkt in die politische Sphäre der Vereinigten Staaten, in dessen maritime Stellung im Stillen Ozean einbricht.

Ließ die bisherige Haltung des Washingtonkabinetts einige Zweifel über ihre Endabsichten in bezug auf die militärischen und politischen Vorgänge im

Digitized by Google

fernen Osten, so dürften dieselben durch den Inhalt der jüngsten Botschaft des Präsidenten an dem Kongreß als zerstreut betrachtet werden. Vom Senate war der Antrag auf Untersuchung des Standes der Wehrkraft der Union, betreffend deren allerlei dunkle Gerüchte umherschwirrten, eingebracht worden. Wilson hält nun diese Prüfung im gegenwärtigen Augenblick für gefährlich und dem Prestige Amerikas abträglich. „Wir sind zwar gerüstet," setzt er fort, „wir wollen aber Amerika nicht in ein bewaffnetes Lager verwandeln. In der Stunde der Gefahr müssen wir uns nicht auf das stehende Heer oder die Reservearmee, sondern auf die waffengeübte Bürgerschaft verlassen." Was soll's mit diesen Andeutungen für eine fernere Zukunft? Liegt ihre Erklärung etwa in den nachfolgenden Worten?: „Wir haben mit dem Weltkriege nichts zu tun und wollen unsre Selbstbeherrschung durch denselben nicht verlieren." Besagt das, daß Amerika seinen Grundsätzen der Nichteinmischung in europäische Händel, wie dem Streite zwischen Deutschland und Japan oder auch dem Konflikt zwischen diesem und China aus dem Wege gehen will? Die äußere Politik Amerikas hat seit den Tagen Roosevelts gewiß eine unverkennbare Schwenkung von Japan zu China vollzogen. Heute stehen die Sympathien des amerikanischen Volkes ungeteilt auf seiten der chinesischen Republik. Amerika hat, wie wir sahen, es an Anläufen zur Kräftigung der Hoheitsrechte, zur Erhaltung der durch Japan und Rußland wiederholt bedrohten Integrität, endlich zur Erhaltung der staatsrechtlichen Einheit des Reiches der Mitte nicht fehlen lassen. Niemals aber ist es über das Maß der diplomatischen Intervention hinweggegangen.

Laut eines Pekinger Telegrammes vom 11. September stand der Abschluß eines Schiedsvertrags zwischen China und den Vereinigten Staaten nach dem Muster der von den letzteren mit England und andern Mächten geschlossenen Verträge unmittelbar bevor. Derselbe soll versuchsweise für ein Jahr in Kraft treten. Alle Streitfragen, die auf diplomatischem Wege nicht erledigt werden können, sollen einer internationalen Kommission zur Entscheidung unterbreitet werden. Solange diese anhängig ist, verpflichten sich die Vertragsmächte, weder Feindseligkeiten zu beginnen noch die Rüstungen zu vergrößern, außer es droht eine Gefahr von dritter Seite. Die japanische Presse sah nun in diesem Vertrag eine gegen Japan gerichtete Maßregel, die leicht die Anknüpfung weitergehenden Einverständnisses zwischen den beiden Mächten vorbereiten könne. An sich fehlt dieser Auffassung die reale Grundlage. Es ist nur ein Zeichen des herrschenden Mißtrauens, denn Japan hat keinen solchen Vertrag mit Amerika. An dieser beobachtenden Politik Amerikas, die bisher stets vor den letzten Konsequenzen zurückschreckte, wird auch dieser Vertrag kaum etwas ändern.

Wenn wir zum Schlusse die wirklich geleistete Tätigkeit Amerikas in seiner auswärtigen Politik mit dem eingangs erwähnten politischen Programme für Ostasien vergleichen, so gelangt man zu der Konklusion, daß zwischen beiden noch immer ein großer Abstand zuungunsten der ersteren besteht. Amerika hat

Digitized by Google

bis zu einem gewissen Grade die Rolle eines Beschützers Chinas im letzten Jahrzehnt gespielt, doch vielleicht mehr gespielt als durchgeführt. Denn wir sahen, daß es in der Verfolgung seiner Ziele im äußersten Osten nie bis ans Ende gegangen und immer wieder, wenn ernstliche Schwierigkeiten entstanden, mit bewaffneter Komplikationsgefahr auftraten, diese Ziele seinem bleibenden Friedensbedürfnisse untergeordnet hat. So wird es wohl auch weiterhin bleiben, mit Milizen und dem Volksheere kann man heutigestags sich mit Japan allein in keinen erfolgversprechenden Kampf einlassen. Es muß erst gewartet werden, bis China bündnisfähig wird.

Heute steht die Sache so, daß das weite Himmlische Reich mit 100000 Mann beherzter und modern geschulter feindlicher Soldaten über den Haufen geworfen werden kann. Es war öfters schon die Rede von der Entsendung militärischer Instruktionsoffiziere aus Amerika nach China. Erst wenn diese ihrer Aufgabe gerecht geworden sein und China sich einigermaßen konsolidiert haben wird, wozu vor allem Geld, viel Geld gehört, und wenn Amerika den Chinesen dieses zur Verfügung stellen wird, erst dann wollen wir davon sprechen, daß Amerika der selbstgewählten Aufgabe der Lösung der pazifischen Frage wirklich näher gekommen sein wird. Während der gegenwärtigen welterschütternden Kämpfe ist hierzu keine Aussicht.

So brauchen wir denn unsern Aufsatz mit keinem großen Fragezeichen zu enden. Denn die Entschiedenheit, von welcher Taft und Roosevelt den Erfolg der pazifischen Politik abhängig machen zu müssen glaubten — sie ist gegenwärtig jenseits des Atlantischen Ozeans bei den Yankees trotz Panamakanal und trotz der auch sonst günstigen Gelegenheiten nur in negativem Sinne zu finden.

Die Moral im Kriege

Von

Generalleutnant z. D. Leo

In dem gegenwärtigen, alle Erdteile berührenden Kriege zeigen die kämpfenden Parteien, obgleich beide den Anspruch erheben, auf der Höhe der Kultur zu stehen, sowohl im Zweck wie in der Wahl der Mittel und in der Anteilnahme der Bevölkerung Verschiedenheiten der Auffassung, die nicht auf äußere Bedingungen der Kriegführung, sondern auf die inneren Beweggründe derselben zurückzuführen sind, welche als solche der moralischen Beurteilung unterliegen und den Krieg zugleich als den Widerstreit moralischer Grundsätze kennzeichnen.

Die sich bekämpfenden Parteien verfolgen entgegengesetzte Zwecke. Rußland in Verbindung mit Serbien und Montenegro, England in Verbindung mit Belgien und Japan sowie auch Frankreich vertreten die aggressiven Bestrebungen, bestehende politische und wirtschaftliche Zustände zu ihrem Nutzen zu ändern; die

Digitized by Google

hierdurch in ihrem Bestande bedrohten Staaten Oesterreich und Deutschland, denen neuerdings die Türkei zur Seite trat, führen den Krieg zur Abwehr jener Bestrebungen. Dort ist der Kriegszweck Machtgewinn durch kriegerische Gewalt, hier die Behauptung des jedem Staate zustehenden Selbstbestimmungsrechtes hinsichtlich seiner militärischen, wirtschaftlichen und geistigen Betätigung. Die moralische Berechtigung dieser Abwehr ist nicht zu bestreiten; der Machtgewinn als Kriegszweck hat nur moralischen Wert, wenn er dazu dient, eine auf äußerem oder innerem Zwange beruhende minderwertige Kultur durch eine sittlich wertvollere, größere Freiheit der Willensbestimmung gewährende, zu verdrängen. Das trifft jedoch für das Verhältnis nicht zu, in welchem Frankreich, sowie England und Rußland, mit ihren Verbündeten zu Deutschland und Oesterreich stehen, auch nicht für das Kulturverhältnis Rußlands zur Türkei. Wenn auf jener Seite dem Kriege diese sittliche Bestimmung untergelegt wird, so ist das eine bewußte Täuschung und vermehrt das Unmoralische des Entschlusses zum Kriege.

Mag auch der Kriegszweck mehr oder weniger unter dem Zwange geschichtlicher Entwicklung stehen und dies die moralische Verantwortlichkeit einigermaßen vermindern, so besteht ein solcher Zwang doch nicht hinsichtlich der Wahl der den Erfolg bedingenden Mittel der Kriegführung. Hierbei sind militärische, wirtschaftliche und politische Kampfmittel zu trennen.

Der jetzige Krieg fordert die Inanspruchnahme des ganzen Volkes zur Vermehrung und Stärkung der Kampfmittel, und erhebt die ungezwungene, freiwillige entsprechende Beteiligung Aller zur moralischen Pflicht. Die Befreiung der wohlhabenden Teile des Volkes von dieser Pflicht durch Beschränkung des militärischen Dienstes auf die hierfür bezahlten unbemittelten Teile des Volkes in England widerspricht der moralischen Forderung ebensosehr wie die zwangsweise Aufbringung der Streitkräfte, wenn auch in gesetzlicher Form, in Rußland. Die hohe sittliche Bedeutung, welche demgegenüber die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht in den andern Staaten der Kriegführung verleiht, wird auch dadurch nicht vermindert, daß nur die waffenfähige Bevölkerung an der Kampfhandlung teilnimmt, weil die nicht waffenfähige ihre Pflicht durch wirtschaftliche Arbeit zur Erhaltung der Kampfkraft und Vermehrung der Streitmittel zu erfüllen vermag.

Die Hereinziehung der nicht oder nicht mehr Kampffähigen in die Kampfhandlung kann die Kampfkraft nicht erhöhen, ist hingegen geeignet, die moralisch berechtigte Kampfhandlung durch barbarische, der Zivilisation und Humanität schroff widersprechende Betätigungen schwer zu schädigen. Daher ist auch die deutliche Unterscheidung des für den Kampf organisierten Volksteiles, d. i. der Armee, von dem von der Kampfhandlung auszuschließenden Teile eine moralische Forderung, deren Nichterfüllung in Frankreich und Belgien nur das Uebel des Krieges vermehrt hat. Trotzdem werden auch in England Stimmen laut, welche jedermann, auch Frauen, zum Kampfe aufrufen wollen, falls der Feind das Land betritt! Wird aber die Truppe, wie in Belgien, zugleich mit Zivilkleidung versehen, die gelegentlich mit der Uniform vertauscht wird, ohne auf den Waffen-

Digitized by Google

gebrauch zu verzichten, so fehlt die Möglichkeit, den Soldaten vom nicht kämpfenden Bürger zu unterscheiden. Wenn dann so beklagenswerte Ereignisse eintreten, wie z. B. in Löwen, so kann die solchen Ueberfall abwehrende feindliche Truppe für die Folgen nicht verantwortlich gemacht werden.

Wenn der Krieg das ganze staatliche Leben ergreift, kann keine Einschränkung bestehen hinsichtlich der Verwendung von Hab und Gut der Staatsbürger für die Kriegführung; die Sonderstellung Einzelner und deren Besitzes ist eine Pflichtverletzung dem Staate gegenüber; unmoralisch ist daher auch das Bestreben, sich dieser Pflicht durch „Rettung" des Besitzes ins Ausland zu entziehen.

Die Vernichtung der der Kriegführung dienenden materiellen Güter, die Behinderung ihrer Ergänzung durch Fabrikation und Handel beim Gegner kann als moralisch berechtigtes Kampfmittel nicht ausgeschlossen werden. Weil indes hiermit in die Freiheit des Handels zugleich zum schweren Schaden der neutralen Staaten eingegriffen wird, so bestehen hierauf bezügliche, auch die kriegführenden Staaten bindende völkerrechtliche Vereinbarungen, deren Nichtbeachtung als Verletzung übernommener Pflichten moralisch verwerflich ist; um so mehr, wenn den davon betroffenen Staaten die Macht fehlt, die Sühne zu erzwingen. England hat, gestützt auf seine überlegene Macht zur See, durch willkürliche Auslegung jener Vereinbarungen, lediglich zum eignen Nutzen, auch die neutralen Staaten schwer geschädigt.

Die politischen Mittel des Krieges können materielle und ideelle sein.

Materiell wirken die Besetzung fremder Landgebiete und die Wegnahme oder Zerstörung fremder Güter und Verkehrsmittel. Die Besitzergreifung feindlichen Gebietes ist ein von der Kriegshandlung nicht zu trennender Akt. Die Besetzung und Ausnutzung neutralen Gebietes, sofern sie auf Vergewaltigung des staatlichen Selbstbestimmungsrechtes beruht, ist moralisch nicht zu rechtfertigen; es sei denn, daß der betroffene Staat in einseitiger Parteinahme durch militärische, wirtschaftliche oder politische Maßnahmen die Vergewaltigung herausgefordert habe. Denn ein solches Verhalten hebt die Neutralität auf, auch wenn sie auf zwischenstaatlichen Vereinbarungen beruht, die hinfällig werden, wenn der neutralisierte Staat seine Pflicht strikter Unparteilichkeit nicht erfüllt. Dies ist in Belgien nachweislich der Fall gewesen. Da Deutschland hierdurch in seiner Kriegführung gefährdet wurde, war es zu diese Gefahr abwendenden Maßregeln berechtigt.

Die Wegnahme und Verwendung neutralen Gutes zu Lande oder zu Wasser ist als gewaltsamer Eingriff in fremdes Eigentum zum eignen Vorteil immer moralisch verwerflich; nötigt die besondere Kriegslage hierzu, so bleibt die Pflicht voller Entschädigung.

Von erheblicher Bedeutung ist die ideelle Beeinflussung des Erfolges der Kriegführung durch die öffentliche Meinung, wie sie durch die Presse und sonstige Betätigungen bewirkt wird. Sie ist nicht nur geeignet, den Willen zum Kampfe zu stärken oder zu schwächen, sondern auch in den neutralen Staaten einseitige Zustimmung oder Ablehnung hervorzurufen und zur Parteinahme zum Vorteil

Digitized by Google

oder Nachteil der Kriegführenden zu steigern. Dies an sich berechtigte Mittel der Kriegführung wird in hohem Grade unmoralisch, wenn der es anwendende Staat durch Unwahrhaftigkeit bis zur bewußten Lüge und Verleumdung nur den eignen Vorteil und den Schaden des Gegners im Auge hat, diese Tendenz auch der freien Berichterstattung aufnötigt und zugleich den Weg zur Wahrheit versperrt. Frankreich, England, Belgien und Rußland haben in dieser Richtung das Mögliche geleistet unter Erniedrigung der bestochenen Presse zu Organen der Haßerregung und unbegründeter Parteinahme. Neben dem ehrlichen Kampfe mit der Waffe geht so ein unehrlicher mit der Feder einher. Wenn auch die Wucht der Ereignisse des ersteren schließlich die Erfolge des letzteren überwinden werden, so bleibt doch die Fälschung der Ursachen des Kampfes und der Gesinnung ein den Ausgleich der Gegensätze hemmender und hindernder Faktor.

Im Wesen des Krieges liegt es, daß die Erregung der Leidenschaft die besonnene Willensbetätigung im Kampfe zurückdrängt, sowie daß einzelne, überall vorhandene bösartige Elemente freie Bahn finden zu Gewalttaten und Ausschreitungen; um so notwendiger ist es, daß die leitenden Stellen diesem Uebel rückhaltlos entgegentreten, um so verwerflicher, wenn diese selbst die auch im Feinde zu achtende Menschenwürde verletzen, die schimpfliche, unwürdige Aufnahme der Gefangenen im Lande dulden, sogar die Verwundeten und die sie pflegenden Aerzte und Schwestern nicht vor brutaler Behandlung schützen und in übertriebener Besorgnis vor Spionage und Verrat gegen die im Lande befindlichen Glieder des feindlichen Volkes beiderlei Geschlechtes Maßregeln ergreifen, welche der Zivilisation Hohn sprechen. Die Roheiten und Grausamkeiten russischer und serbischer Soldaten gegen die waffenlose Bevölkerung fallen der niedrigen Kulturstufe bewaffneter Horden zur Last, in Frankreich, England und Belgien aber auch gebildeteren Elementen auf ihre hohe Kultur eingebildeter Nationen. Wie wenig aber diese Kultur der vermeintlichen sittlichen Höhe entspricht, erweist auch die würdelose Inanspruchnahme der Hilfe Farbiger und Schwarzer, die von ihren Beherrschern selbst als unwürdig der gleichstellenden Beziehungen zu den Weißen erachtet werden.

Alle diese Auffassungen und Betätigungen verwerflicher Art entspringen weder dem überkommenen nationalen Charakter noch zwingenden äußeren Verhältnissen, sondern der Gesinnung als freier innerer Triebfeder des Willens. Indem hier Selbstüberschätzung, Selbstsucht und materielle Nützlichkeit vorherrschen, wird das sittliche Pflichtbewußtsein geschwächt oder unterdrückt, welches den Wert des Lebens nicht in dem, was es für sich selbst, sondern allein in dem erkennt, was es für die engere und weitere Lebensgemeinschaft leistet, in die es gestellt ist. Das gilt nicht nur für die einzelnen Personen, sondern auch für die Nationen und Staaten als selbständige Willenssubjekte.

Der deutschen Auffassung entspricht die Bedeutung des Krieges als Prüfstein des moralischen Wertes der Völker im guten wie im schlechten Sinne, sowie die Zuversicht, daß die moralischen Faktoren von weit größerer und nachhaltigerer Wirkung für die Zukunft der Völker und Staaten sind, als die materiellen und

Digitized by Google

politischen Erfolge und Mißerfolge. Als die entscheidenden moralischen Werte im Kriege aber begreifen wir: die Tapferkeit, d. i. der unerschütterliche Wille, der der Gefahr fest ins Auge sieht, ihr nicht ausweicht, sondern sie durch offene mannhafte Tat überwindet; die strenge, uneigennützige Pflichterfüllung, welche auch die rückhaltlose Einsetzung von Gut, Leib und Leben nicht scheut; die Achtung der Menschenwürde auch im Feinde und die Schonung der zum Kampfe Unfähigen und der friedlichen Bürger; bei alledem endlich Wahrhaftigkeit.

Der Krieger, der Staat, die Nation, welche diese Forderungen der Moral erfüllen, werden den Kampf, wie er auch ausgehen mag, mit Ehren bestehen und die Zukunft des Landes, dem sie dienen, am besten, nämlich sittlich begründen.

„The Germans to the Front!“

Von

M. v. Köller

In den nach amtlichen Quellen zusammengestellten Berichten über die Beteiligung der deutschen Marine an den Kämpfen in China — „Marine-Rundschau“ 1900, Oktober-, November- und Dezember-Heft — wird der unbefangene Leser, der den Weltkrieg miterlebt, den England jetzt gegen Deutschland entfesselt hat, ganz eigentümlich berührt, wenn er die Ausdrücke höchster Anerkennung und eines fast väterlichen Wohlwollens hört, mit denen der Leiter der zum Entsatz nach Peking bestimmten internationalen Flottenmacht, der englische Vizeadmiral Seymour, die Leistungen des deutschen Kreuzergeschwaders — große Kreuzer „Hertha“, „Hansa“, „Kaiserin Augusta“; kleine Kreuzer „Irene“ und „Gefion“ — und besonders diejenigen seines Kommandanten, des Kapitänleutnants v. Usedom, hervorhebt.

Mit der Entsatzexpedition des Admirals Seymour waren, wie bekannt, neben deutschen und englischen Kriegsschiffen aus Rußland, Frankreich, Italien, Oesterreich, Vereinigte Staaten Nordamerikas und Japan größere und kleinere Flottendetachements entsendet worden, um die durch den Boxeraufstand in Peking auf das äußerste gefährdeten fremdländischen Gesandtschaften zu schützen resp. zu befreien.

Am 11. Juni 1900 verließ das Entsatzkorps mit dem Admiral Seymour Tientsin, um nach Peking weiterzufahren. Die vereinigten Landungstruppen waren in vier hintereinander fahrenden Zügen untergebracht; die Deutschen im dritten Zuge. Die Fahrt bis Tientsin war gut vonstatten gegangen. Von Station Lofa an begannen die Spuren des Krieges; überall Brückenzerstörungen auf der Bahnlinie, und man bemerkte auch chinesische Truppenabteilungen. Kurz vor Lanfang wurden die in den ersten Zügen fahrenden Engländer von Boxern angefallen. Es kam zum Gefecht: „the battle of Lanfang“, in dessen Verlauf

Digitized by Google

Admiral Seymour den Kommandanten der Deutschen, den Kapitänleutnant v. Usedom, ersuchte, ihm Unterstützung zu senden. Die Kaiserin-Augusta-Kompagnie (Kapitän Buchholz) rückte vor. Die Boxer wurden zurückgeschlagen und die Eisenbahnfahrt fortgesetzt. Mit vieler Mühe kamen die Züge noch bis Station Lanfang durch. Von da an mehrte sich die Zerstörung der Brücken und der Bahneinrichtungen — in deren Folge Wassermangel für die Lokomotiven eintrat — in solchem Maße, daß die Weiterfahrt unmöglich wurde. Man beschloß haltzumachen, die Bahnlinie abpatrouillieren zu lassen und die Bahnhöfe Lofa und Lanfang einstweilen zu besetzen. Dabei kam es zu fortwährenden Gefechten mit den umherschweifenden Boxerhorden, die für die Expedition nicht ohne viele Verluste, aber immer mit der Flucht des Feindes endeten.

Am 18. Juni wurde zum erstenmal die Entdeckung gemacht, daß sich auch reguläre chinesische Truppen — Infanterie und Kavallerie — von Peking her den Boxern angeschlossen hatten. An 5000 Mann drangen vor und schossen aus gedeckten Stellungen mit großem Erfolg auf die vereinigte Entsatzexpedition. Trotzdem wurde auch dieser Angriff glänzend zurückgeschlagen, und die Chinesen gingen in wilder Flucht davon.

Es ist bekannt, daß mit dem Erscheinen der Ausländer in China der Boxerkrieg dort endete. Die regulären chinesischen Truppen schlossen sich den Boxern an, um vereint die Fremden von dem gemeinsamen, geheiligten Boden des Vaterlandes zu vertreiben.

Am 19. Juni beschloß der Kriegsrat der Kommandeure der Entsatzexpedition angesichts der Tatsache, daß von Tientsin keinerlei Nachricht, weder Munition noch Proviant mehr eintraf, aller Wahrscheinlichkeit nach also die Bahn nach dort nunmehr auch in großem Umfang zerstört worden sei — nach Tientsin zurückzukehren, um die von beiden Seiten abgeschnittene Position des Entsatzkorps, die verhängnisvoll werden mußte, zu verlassen, wobei auch ein erneuter Vormarsch auf Peking so in Betracht gezogen wurde, daß die Bahnlinie ganz aufzugeben sei und der spätere eventuelle Vormarsch auf Peking sowohl als der derzeitige Rückmarsch nach Tientsin, am Ufer des Peihoflusses — unter Mitbenutzung der Wasserstraße zum Transport der Verwundeten — ausgeführt werden sollte.

Der Abmarsch erfolgte am Nachmittag desselben Tages. Sehr bald stellte sich heraus, daß die Dörfer zu beiden Seiten des Peiho besetzt waren, und daß das immer wieder einsetzende Gewehrfeuer des Feindes den Marsch erschwerte und verzögerte. Admiral Seymour, „der immer an der Spitze seiner Leute marschierte", wie der Bericht sagt, beschloß daher, die Tagesmärsche aufzugeben und nur nachts weiterzugehen. Am 22. Juni nachts 1 Uhr wurde aufgebrochen. Der Bericht sagt:

„Gegen 2 Uhr nachts entstand eine Marschpause, da vorn geschossen wurde, und gleich darauf hörte man den Ruf: „The Germans to the Front!" Ein gleichlautender Befehl des Admirals Seymour wurde kurz darauf dem deutschen

Digitized by Google

Kommandeur durch einen englischen Seekadetten überbracht. Kapitän v. Usedom rückte mit den vier deutschen Kompagnien vor und fand sich bei Admiral Seymour ein, der dicht hinter den die Spitze bildenden Marinen hielt. Admiral Seymour ersuchte Kapitän v. Usedom: Erstens mit seiner Kolonne vorn zu bleiben, da von seiten des demnächst zu passierenden Hsikuarsenals ernstlicher Widerstand zu erwarten sei; zweitens im Falle seiner (Admirals Seymour) Verwundung oder seines Todes den Oberbefehl über das Expeditionskorps zu übernehmen, da er der Aelteste sei. Seinen Offizieren habe er bereits entsprechende Anweisungen gegeben. Der amerikanische Kapitän Mc Calla war dabei anwesend und sprach ebenfalls seine Bereitwilligkeit aus.“

Inzwischen näherte sich die Expedition dem vor Tientsin gelegenen Arsenal Militärmagazin Hsiku, das sehr stark mit feindlichen Truppen belegt war und der Einnahme den heftigsten Widerstand entgegensetzte. Derselbe wurde zwar siegreich überwunden, das Arsenal von dem Entsatzkorps besetzt, aber die ganze Truppe war so ermüdet, daß die völlig erschöpften Mannschaften vorderhand in dem Arsenal untergebracht werden mußten, um dort bis zur Fortsetzung ihrer Aufgabe Kräfte und Ruhe wiederzufinden. Kapitän v. Usedom wurde mit der Unterbringung der Leute, Leitung und Verteidigung des Arsenals beauftragt, nachdem derselbe schon vorher als Chef des Stabes bei Admiral Seymour Dienst getan hatte, da der englische Inhaber des Postens, Kapitän Jellicoe, verwundet worden war.

Der Brief des Admirals Seymour an den Höchstkommandierenden, die Leistungen der Deutschen und des Kapitäns v. Usedom betreffend, schließt mit folgenden Worten:

„I cannot close this letter without, Sir, expressing to Your Excellency both my personal admiration of the ability and unfailing energy which Captain v. Usedom, of H. I. G. M. S. „Hertha“, displayed throughout the expedition, and also my high sense of the value of his services. The allied force at the battle of Lanfang on 18th instant was under his command, I myself being some miles away at the time. In this determined attack on us, the first in which Chinese Imperial Troops joined with the Boxers, Captain v. Usedom was wounded. To his skilful conduct and arrangements for withdrawing the trains when it had become necessary the avoidance of a disaster then should be ascribed.

As second to myself in rank of all Officers present, I often consulted him with much benefit, and I also officially nominated him to succed me in the direction of the expedition, should I fall, and then felt our general interests would not suffer. When my Flag Captain was disabled by a wound, I requested Captain v. Usedom to do me the honour to act as Chief of my Staff which he acceded to, and was of the greatest value to me.

As regard the courage and high discipline shown by all His Imperial Majesty's Officers and men accompanying us, I can only say they were well worthy of the high traditions of the Great German Empire.“

Digitized by Google

„The Germans to the Front!“ Das Wort ist von den Ufern des Peiho her nach Deutschland herübergeklungen und hat in dem patriotischen Sinn der Deutschen einen Widerhall gefunden von Stolz und kameradschaftlicher Freude; ein Gefühl, für das die Engländer wohl kaum ein Verständnis gehabt haben dürften. Seit der Zeit her hört Deutschland jetzt zum erstenmal wieder die englischen Kriegsrufe „to the front“. Diesmal aber ergeht der Ruf nicht an „the Germans“ — es heißt Belgier, Franzosen, Inder, Japaner, Russen, Portugiesen „to the front“.

Unwillkürlich drängt sich der Vergleich auf — es zieht sich eine Parallele zwischen damals und jetzt, und die Frage erhebt sich: Ruft England immer andre Nationen „to the front“, wenn der Krieg ihm vor der eignen Front droht? Der Blick der Gegenwart wende sich in die Vergangenheit.

Englands Kampfesweise ist nie eine andre gewesen.

Seitdem das heutige England in die Periode der Entwicklung zu seiner modernen Welt- und Seemachtstellung eingetreten ist, seitdem es alle Auf- und Niedergangszeiten der hervortretenden kontinentalen Reiche und ihrer Handelsgebiete zu Wasser und zu Lande überdauert und überflügelt hat, geht derselbe Zug, dieselbe Taktik der Politik, der Kriegführung und der Kriegsmittel durch die englischen Unternehmungen. Sir Grey folgt genau seinen Vorgängern und Vorbildern aus alter Zeit.

England beginnt fast keinen Krieg aus eigner Initiative. Seine Politik wird von Palmerstons Wort: „Right or wrong, my country“ geleitet; es spinnt Intrigen, knüpft und löst Verbindungen zwischen andern Völkern, ganz nachdem wie sein Interesse es gerade verlangt: Wenn der Krieg aktiv ist — stellt es seine Hilfsaktionen auf die Seite der Gegner seiner Interessenfeinde, tritt selbsttätig nur soviel hervor, als unumgänglich notwendig ist, und treibt die Welt auf gegen die Feinde seiner Bundesgenossen.

Es würde zu weit führen, in einer historischen Wanderung durch die aufeinander folgenden, sich selbst empor- und freiringenden Kriege Englands gegen die Hansa, Portugal und Spanien, Holland und zuletzt — last, not least — gegen Frankreich die Beweise dafür klarzulegen. Der Weltkrieg, in dem wir stehen, bestätigt die Tatsachen.

Man kann und muß, von einem Standpunkt des Materialismus aus, dem skrupellosen Verkehr Englands mit andern Staaten seine Erfolge, seinen Platz lassen. Semper ego ist seit Urzeiten her die größte weltbewegende Macht der materialistischen Weltanschauung gewesen.

Aber — die Geschichte beweist durch den Aufgang und den unzweifelhaft — vielleicht erst nach Jahrhunderten — darauffolgenden Niedergang aller Völker und Staaten der Erde, daß diese „Semper-ego-Politik“ keinen Bestand hat.

Damit wird auch England rechnen müssen.

Die Weltgeschichte ist das Weltgericht!

„The Germans to the Front!“

Digitized by Google

Völkerrecht und Krieg

Von

A. v. Kirchenheim (Heidelberg)

Häufiger als sonst hat man in den letzten Monaten nicht nur in den breiteren Volkskreisen, sondern auch unter Politikern und Gelehrten es hören können: es gibt eben kein wirkliches Völkerrecht, das ist alles Theorie! Verträge — ein Blatt Papier! Völkerrecht — Schein! „du sprichst von Nichts zu mir". Und wer es trotzdem wagte, am Vorhandensein eines „Völkerrechts" festzuhalten, den suchte man mit einem gewissen Hohn unter Hinweis auf die bekannten traurigen Ereignisse in Belgien oder in Rio d'Oro zu widerlegen.

Demgegenüber ist es vielleicht geboten, mit wenigen Worten weitere Kreise aufzuklären. Trotz allem und allem gibt es ein wirkliches Völkerrecht, machtvoll und hoheitsvoll wie das Recht überhaupt, als Wissenschaft durchgebildet wie jeder andre Zweig der Rechtswissenschaft, und vor allem auch praktisch bedeutsam. Zunächst muß man sich klarmachen, daß das Kriegsrecht ja nur ein einzelner kleiner Teil des Völkerrechts ist. Der Krieg unter den Staaten ist heutzutage geradeso wenig der Normalzustand, wie der Prozeß unter den Menschen. Völkerrecht sind aber alle die Rechtsverhältnisse der Völker (Staaten) in ihrem wechselseitigen Verkehr beherrschenden Rechtsnormen. Wer das Leben der Gegenwart kennt, der weiß, wie in den letzten Menschenaltern der Ausbau der internationalen Beziehungen erfolgt ist, wie diese durch die technischen Erfindungen vervielfacht sind. Durch Eisenbahnen und Telegraphen hat die Erde gewissermaßen ihr motorisches und sensibles Nervensystem erhalten, hat Tausendmeilenstiefel und Feenhände bekommen. Die gesamte Entwicklung ist international geworden, kosmopolitisch, wie man sagt, das darf man zugeben, auch wenn man als Staatsmann durchaus national ist und nationale Ziele verfolgt. Gerade durch die Wechselwirkung nationaler und kosmopolitischer Gedanken entsteht das Völkerrecht, es liegt sozusagen am Kreuzungspunkt dieser Ideen, beruht auf der Notwendigkeit ihres Ausgleichs. Ueber den Staatengebilden der Gegenwart schaut das geistige Auge schon das Gerüst neuer Ordnungen. Welch eine Fülle von wirklichem Recht und Organisationen auf allen Gebieten! Man kann dies „internationales Verwaltungsrecht" nennen (ich bin selbst 1885 in meiner „Einführung ins Verwaltungsrecht" dafür eingetreten) es ist seiner Entstehung und seinem Wesen nach wirkliches Völkerrecht. Man denke an internationales Privat- und Strafrecht, Urkundenrecht und Auslieferung, an Erbrecht und Eheschließung, an Wechsel- und Schiffsverkehr usw. Zahllose Vereinbarungen sind getroffen zum Schutz gegen physische Gefahren (Reblaus), gegen Sklaven- und Mädchenhandel; Gesundheitswesen, Patent- und Markenschutz, Maß- und Münzwesen sind geregelt, vor allem Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesen (Weltpostverein) haben internationales Recht und sogar inter-

Digitized by Google

nationale Organisationen. Das Eigentümliche dieses Rechts ist nicht so sehr verschieden vom Wesen des Rechts überhaupt. Im einzelnen Staate bildet sich bald Recht und Gesetz, das den einzelnen zügelt, und dieser begreift früh die Notwendigkeit der Ordnung als in seinem Interesse gelegen; im Verhältnis von Staat zu Staat zeigt sich zuerst der Gedanke der Macht, des Seinerselbstgewißwerdens, und erst allmählich erkennen die Völker im Austausch der Kräfte ihre Stärke, würdigen den Wert von Leistung und Gegenleistung. Es handelt sich um Gemeinwesen, die kulturell, in Wirtschaft und Wissenschaft, tausendfach von einander abhängig, die aber als selbständige Persönlichkeiten politisch unabhängig sind. Aus diesen Grundkräften entsteht das Völkerrecht ganz natürlich. Die Staaten verbinden sich, die ein gemeinsames Rechtsbewußtsein haben; nur unter solchen kann es bestehen. Unus homo, nullus homo; so ist auch der Staat allein nichts, er steht in der Völkerfamilie.

Nach diesem Gedankengang ist klar, daß es ein Völkerrecht gibt, ganz unabhängig vom Krieg; es ist aber auch ohne weiteres klar, daß einzelne Teile dieses Rechts, geradeso wie einzelne Teile von Landesgesetzen, während eines Krieges außer Kraft treten können, z. B. Handelsverträge u. dgl. Nun hat aber das Völkerrecht der Neuzeit insofern Erweiterung erfahren, als man versucht hat, auch für den Krieg allgemeine Normen aufzustellen. Man sieht, das ist nur ein kleiner Teil des Völkerrechts, und der russische Jurist Martens rechnet dies auf das Zwangsverfahren unter den Völkern bezügliche Recht auch zum „internationalen Verwaltungsrecht". Es ist ein Fortschritt der Gesittung, daß man mitten im Getöse der Waffen der Stimme der Menschlichkeit und des Rechts Gehör schenkt; man hat allerlei geregelt, am bekanntesten ist wohl die Genfer Rote-Kreuz-Konvention, die Verwundete und Sanitätspersonal besonders schützt.

Nun sind im gegenwärtigen Krieg empörende Verletzungen allgemein anerkannter Sätze des Völkerrechts und gerade des Roten Kreuzes vorgekommen. Beweist dies, daß es kein Völkerrecht gibt? Keineswegs. Solche Verletzungen werden immer vorkommen, geradeso, wie trotz aller Strafgesetze die Verbrechen nicht aufhören und wie trotz aller Paragraphen des bürgerlichen Rechts mal Schulden nicht bezahlt werden. Bedenklicher ist es natürlich, wenn solche Verletzungen nicht von einzelnen, sondern vom Staate selbst ausgehen. Daß ein Wallone — aus diesem Stamm ging ein Tilly hervor — mal aus dem Hinterhalt schießt, das wird niemand wundern, der am Niederrhein die Bedeutung des „Wallonen" kennt. Aber daß die belgische Regierung ihre Bevölkerung von Schandtaten nicht zurückhielt, das ist zu mißbilligen. Ueber England braucht man kaum etwas zu sagen, es ist das klassische Land der Völkerrechtsbrüche, der berüchtigtste ist die Beschießung Kopenhagens 1801. Daß man nun in der ganzen Welt, wo man die Wahrheit erfährt, über solche Völkerrechtswidrigkeiten sittlich entrüstet ist, das scheint mir gerade zu bestätigen, daß eine allgemeine Ueberzeugung vom Vorhandensein eines Völkerrechts besteht. Uebrigens muß noch bemerkt werden, daß die vielbesprochenen und mit Mühe formulierten Sätze

Digitized by Google

der Haager Konferenz meist eine wirklich formelle Geltung nicht haben. Sie sind schön abgedruckt in den meisten völkerrechtlichen Werken, aber wenn der Fachmann nachsieht, findet er, daß sie meist nicht oder nur mit Vorbehalt ratifiziert sind. Die Festsetzung z. B. betreffend Verbot des Werfens von Geschossen aus Luftschiffen hat bezeichnenderweise von europäischen Großstaaten nur England unterzeichnet, das sonst bekanntlich sehr zurückhaltend, nicht einmal die Pariser Seerechtsdeklaration von 1856 über das Beuterecht im Seekriege unterzeichnet hat. Und dann findet sich mehrfach folgender herrliche Satz: Die Bestimmungen dieses Abkommens finden nur zwischen den Vertragsmächten Anwendung und nur dann, wenn die Kriegführenden sämtlich Vertragsparteien sind!

Aber auch ohne Haager Konferenz gibt es tatsächlich ein modernes Kriegsrecht, das die Kulturnationen beachten, ja wir Deutsche, wie oft behauptet wird, allzu peinlich beachten. Als wir 1870 in Frankreich einrückten, erklärte König Wilhelm: „Ich führe Krieg mit den französischen Soldaten, nicht mit den französischen Bürgern." Durch das Verhalten Englands und Belgiens ist nun leider ein Rückfall erfolgt und dem Krieg eine bedauerliche Schärfe gegeben. Aus dem oben Gesagten ergibt sich, daß die Grundlage des Völkerrechts gemeinsames Rechtsbewußtsein, d. h. gleichartige sittliche Anschauung ist, daß also jene Staaten sich außerhalb des Völkerrechts und unsrer Kultur befinden. Die Kluft, die Griechen und Barbaren schied, trennt uns heute von Wilden, aber schließlich auch von denen, die sich diesen gleichstellen, und ganz selbstverständlich gilt die Notwehr des gewöhnlichen Rechts auch im Kriege.

Dann nützt also das Völkerrecht wenig, wird so mancher einwenden, wenn es ohne Schutz einer höheren Macht ist. Gewiß, ohne zwingenden Antrieb hat es allein durch seinen Gedanken Macht, und Wächter des Kriegsrechts bleibt allein die nationale Ehre. Das ist ideal! In der Praxis hat man daher etwas Realeres finden müssen, das sind die Repressalien. Sie sind ein schneidiges, ja zweischneidiges Mittel, fast grausam erscheinend, aber doch unter Umständen notwendig und sehr wirksam. Repressalien im Kriege bezwecken, eine völkerrechtswidrige Handlung zu vergelten, vor ähnlichen abzuschrecken und den Feind dadurch zu ordnungsmäßiger Kriegführung zu zwingen. Sie dienen also in hervorragendem Maße dem Recht, indem sie dies zur Geltung bringen wollen. Freilich ist ihre Anwendung mißlich und schwierig. Unvermeidlich, aber traurig ist, daß Unschuldige leiden. Aber man muß auch nicht sentimental sein: wie viele Tausende leiden im Kriege unschuldig! Wenn für jeden durch ein Dumdumgeschoß getroffenen Deutschen zehn gefangene Engländer und Belgier erschossen oder aufgehängt würden,[1]) wer könnte dies unbillig finden! Er müßte denn von jener Art sein, die auch sonst über die Strafe gegen vertierte Verbrecher winselt, mit dem Opfer des Verbrechens aber nie das entsprechende Mitleid hat. Trotz aller Schattenseiten und Mängel werden Repressalien in

[1]) Vgl. Kriegsgeschichtl. Einzelschr. des Großen Generalstabs. Kriegsgesch. Abt., H. 31, 1912, S. 15, 16. Nr. 3. Dazu Beinhauer, Kriegsgefangenschaft. Koblenz 1908, S. 70.

Digitized by Google

einzelnen Fällen geradezu eine Befriedigung sittlichen Gefühls und eine Förderung des Rechts enthalten.[1])

Doch darauf können wir hier nicht eingehen. Aber nicht Sühne für einzelne Rechtsbrüche ist die Hauptsache, vielmehr wird auch dieser Krieg, wenn er siegreich für uns ausgeht, die Rechtsidee fördern. Der Krieg ist der Vater aller Dinge, er ist auch der Vater des Völkerrechts. Wenn das kleine Menschengeschlecht, am Strom der Ewigkeit lauschend, in Erdbeben und andern Katastrophen wohl, ohne göttlichen Ratschluß zu kennen, zwecklose Verwüstungen der Elemente sieht, winken im Völkerkampfe ihm große Ziele. Und jetzt ist das Ziel, die Anschauung zum Siege zu bringen, die oben dargelegt ist: England muß zu der Anerkennung gezwungen werden, daß alle Entwicklung darauf beruht, daß die Staaten Trotz und unlautern Wettbewerb in den Austausch der Kräfte, in die verkettende und verstärkende Gemeinschaft von Leistungen und Gegenleistungen überführen und ihre Beziehungen durch das Band sittlicher Begriffe befestigen. Mit der Geltendmachung dieser Gedanken entstand das heutige Völkerrecht, als vor dreihundert Jahren Hugo Grotius sein „mare liberum" den Ansprüchen Großbritanniens entgegensetzte, das die Alleinherrschaft über das Meer und von allen Schiffen Gruß ohne Gegengruß verlangte! Auch heute ist das Verhalten der englischen Regierung und die Gesinnung ihres leitenden Staatsmanns nicht so sehr verschieden von dieser rohen Anschauung, die man überwunden glaubte; es ist jener Macchiavellismus, der die Maximen des natürlichen Menschen zur Norm erhebt, die unverhohlene Moral des Barbaren, oder, wenn man will, des Ichlings, dessen erstes und letztes Gesetz Selbsterhaltung, dessen Affekte Neid und Eifersucht sind. Es ist klar, daß diese Grundsätze den Gegensatz alles Völkerrechts bedeuten und daß eine Macht, die sie vertritt, Feind aller Staaten ist ... zu dieser Erkenntnis muß der gegenwärtige Krieg zwingen! Keine Frage, daß England (trotz einiger einsichtigen Engländer) dazu am schwersten zu zwingen sein wird, und, wenn man England kennt, nur zu zwingen sein wird durch die Ueberzeugung, daß es — vorteilhafter ist. Hat doch ein tüchtiger englischer Staatsmann dereinst zynisch offen gesagt: Wir halten das Völkerrecht, solange es uns nützlich ist!

Hier ist der große Gegensatz deutscher und englischer Weltanschauung, und danach darf man, nicht aus nationalem Gefühl, sondern vom welthistorischen Standpunkt aus, auf den Sieg unsrer Sache schließen und ihn erhoffen. Eine Ertötung dieser Ideen durch russisch-englische Tyrannei hätte die Folge, die niemand treffender und schöner geschildert hat wie Wildenbruch:

„Durch alle Menschen würde alsdann ein Fragen gehen: Wie kommt es, daß die Völker sich heut nicht mehr verstehen? Wo ist sie hingegangen, die große, stille Macht, die eines Volkes Seele der andern nah gebracht? Dann würden sie sich schlagen verzweifelnd Brust und Haupt: Wir haben unsers

[1]) Bismarck zog Repressalien gegen Verwendung außereuropäischer (schwarzer) Truppen in Erwägung.

Digitized by Google

Reichtums uns frevelnd selbst beraubt! Die Welt, die große, reiche, ward öde, arm und leer, die Welt hat keine Seele, sie hat kein Deutschland mehr!"

Ueber einige hieraus folgende Fragen und ihre praktische Lösung, insbesondere über die „Neutralität" der Zukunft ein andermal!

Aegypten und der Suezkanal

Eine politische Betrachtung

Von

Professor Eugen Oberhummer (Wien)

England ist in Gefahr, einen der wertvollsten Teile seines zwar nicht rechtlichen, aber tatsächlichen Besitzes zu verlieren. Die Herausforderung der Türkei durch die Mächte des Dreiverbandes und die Verkündung des Heiligen Krieges haben den Weltkampf auch vor die Tore Aegyptens getragen, und vielleicht sind schon schwerwiegende Entscheidungen gefallen, während diese Zeilen zum Druck gehen.

Wir sind durch das Auftreten Englands in Aegypten seit geraumer Zeit daran gewöhnt, dieses Land als englischen Besitz und sein Verhältnis zur Türkei als ein rein nominelles zu betrachten. Tatsächlich ist letzteres Band jedoch auch jetzt noch ein sehr starkes, während die Ansprüche Englands sich auf bloßen Machteinfluß ohne staats- und völkerrechtliche Grundlage stützen. Nirgends, auch nicht in englischen Staatshandbüchern, war Aegypten bisher als ein Teil des britischen Reiches oder auch nur als Schutzgebiet verzeichnet wie etwa Sansibar oder das Ugandaprotektorat. Tunis ist durch den Bardovertrag von 1881 unter französische Schutzherrschaft gestellt und dem französischen Kolonialreich angegliedert, ähnlich Marokko durch den Vertrag von 1912; doch ist hier das Verhältnis ein loseres und wird durch die Anerkennung einer spanischen Einflußzone und eines neutralen Gebietes um Tanger, dem Sitz der diplomatischen Vertreter, noch mehr verwickelt. Daher wird Marokko im Gothaer Hofkalender, der in solchen Dingen als Autorität gelten kann, noch als selbständiger Staat behandelt. In beiden Fällen sind natürlich die Verträge dem Lande mit Gewalt aufgezwungen worden, aber sie bilden seither doch einen formellen Rechtstitel. Ein solcher fehlte bisher in Aegypten und sollte jetzt erst durch die angekündigte Annexion geschaffen werden. Wir können nur hoffen, daß es bei dieser Ankündigung bleibt und die Türkei sich stark genug zeigt, ihre angestammten Rechte zur Geltung zu bringen.

Das Recht der Türkei gründet sich auf die Eroberung des Landes durch Sultan Selim I. im Jahr 1517. In gleicher Weise hatte der arabische Feld-

Digitized by Google

herr Amr im Jahre 640 das Land, bis dahin eine Provinz des oströmischen Reiches, für den Kalifen Omar erobert. Das war der größte Wendepunkt in der Geschichte des Landes gewesen. An Stelle der aus dem Altägyptischen entwickelten koptischen Landessprache und des daneben in Literatur und Verwaltung gebräuchlichen Griechischen trat allmählich im ganzen Land das Arabische, und das schon frühzeitig hier verbreitete und eifrig gepflegte Christentum mußte dem Islam weichen. Aegypten wurde dank seiner natürlichen Beschaffenheit und der nirgends auf der Erde in gleicher Art sich wiederholenden Anhäufung einer dichten Bevölkerung in einem schmalen, überaus fruchtbaren Landstreifen das volkreichste Land arabischer Zunge und eines der Zentren arabischer Kultur. Anfangs eine Provinz des Kalifenreiches, wurde es schon 868 bis 905 unter den Tuluniden und dauernd 969 seit der Eroberung durch die in Kairuan herrschenden Fatimiden wieder ein selbständiger Staat. Denn die Fatimiden verlegten alsbald den Schwerpunkt ihres Reiches hierher und gründeten die neue Hauptstadt Kairo, die Erbin der Lage und Bedeutung des alten Memphis. Den Höhepunkt der Macht erstieg das Reich nach dem Aussterben der Fatimiden unter der glänzenden Regierung des Sultans Saladin (1171 bis 1193), des Begründers der Dynastie der Ejubiden. Der letzte dieses Stammes, Turanschah, der Sieger über Ludwig IX. von Frankreich, fiel 1250 seiner aus türkischen Sklaven (Mameluken) bestehenden Leibgarde zum Opfer. Auch unter den nun folgenden Mameluckensultanen fanden sich mehrere kraftvolle Herrscher, und Aegypten nahm damals in der Zeit zwischen dem Verfalle des Kalifates und dem Emporkommen der Türkenmacht die erste Stelle in der mohammedanischen Staatenwelt ein. Wie unter den Ptolemäern und den Römern war es der Vermittler des Handels und Kulturaustausches von Europa nach Indien und Ostasien. Den Zwang dieser Vermittlung zu umgehen, war für Portugal und Spanien der treibende Anlaß zur Verfolgung des Seeweges nach Ostindien. Seit Vasco da Gamas kühner Fahrt (1498) war diese Mittlerrolle ausgeschaltet, aber der Suezkanal hat sie wieder an Aegypten geknüpft.

Auch in religiöser Hinsicht ist Aegypten stets ein Schwerpunkt des Islam gewesen, sowohl durch seine Volkszahl wie durch seine geographische Lage. In dem langen Gürtel mohammedanischer Länder von Marokko und dem Senegal bis China und Indonesien nimmt Aegypten mit Arabien etwa die Mitte ein. Steht Arabien auch als Heimat des Islam und seiner heiligen Städte voran, so hat Aegypten doch durch die große Zahl seiner Gläubigen und seine politische Machtstellung ein starkes Uebergewicht. Nirgends kommt dies deutlicher zum Ausdruck als in Kairo, der größten Stadt Afrikas und des ganzen arabischen Kulturkreises, nächst Konstantinopel auch der größten Stadt des Islam. Seine berühmte Moschee el Azhar ist die größte und vornehmste Bildungsstätte der mohammedanischen Welt. Sie zählt an 10,000 Schüler verschiedener Altersstufen und 500 bis 600 Lehrer. Aus dem ganzen Umkreis des Islam von Marokko und Innerafrika bis Indien strömen hier die Studierenden zusammen, um nach den vorbereitenden Studien die Unterweisung in mohammedanischer Theologie

Digitized by Google

und Rechtswissenschaft zu empfangen. Eine Wanderung durch die weiten Höfe der Moschee mit ihren am Boden kauernden Gruppen von Schülern und Lehrern verschiedenster Herkunft gehört zu den stärksten Eindrücken, die der Fremde von orientalischem Leben erhalten kann.

Die führende Stellung Aegyptens in der mohammedanischen Staatenwelt erreichte ihren Höhepunkt, als nach dem Sturze des Kalifates von Bagdad durch die Mongolen im Jahre 1258 ein Sproß der letzten Kalifendynastie der Abbasiden am Hof des Mameluckensultans Beibars in Kairo Zuflucht fand und von diesem als rechtmäßiger Kalif, freilich ohne politischen Einfluß, anerkannt wurde. Der Sultan verband so das Ansehen der höchsten Würde des Islam, der Stellvertretung des Propheten in der äußeren Leitung der Gemeinde der Gläubigen, mit seinem Thron und gewann so auch formell den Vorrang vor allen andern mohammedanischen Herrschern. So blieb durch die Nachkommen der Abbasiden das Kalifat mit Aegypten verbunden, bis das Land im Jahre 1517 türkische Provinz wurde. In richtiger Würdigung dieses Verhältnisses nahm Sultan Selim I. den letzten Scheinkalifen Mutawakkil mit nach Konstantinopel und nötigte ihn dort, die Kalifenwürde feierlich auf das Haus Osmans zu übertragen. Seitdem nimmt der türkische Sultan die vornehmste Stelle unter den mohammedanischen Fürsten ein, wie etwa der römisch-deutsche Kaiser unter den christlichen Herrschern des Mittelalters. Die Erwerbung Aegyptens mit der Kalifenwürde war um so bedeutsamer, als damit zugleich die Schutzherrschaft über die heiligen Städte Mekka und Medina auf den türkischen Sultan überging. Auf dem Kalifat und dem Besitz der genannten Städte beruht die Stellung der Türkei als Vormacht des Islam.

Auch in wirtschaftlicher Hinsicht war die Erwerbung Aegyptens von außerordentlicher Tragweite. Es war die reichste Provinz des Reiches, und seine Abgaben standen an erster Stelle der Staatseinkünfte. Die oberste Verwaltung lag in den Händen des von der Pforte ernannten Paschas in Kairo. Aber neben ihm bestand der Mameluckenadel; ihre Beis waren die eigentlichen Herren des Volkes. Das System war nicht unähnlich der Feudalherrschaft im Mittelalter und kehrt in der alten Türkei vor der Zeit des Reformators Mahmud II. auch sonst mehrfach wieder.

Die Mameluckenherrschaft stand noch in voller Blüte, als in das von der Außenwelt ziemlich abgeschlossene Land wie eine Bombe die Expedition Bonapartes (1798) platzte. Die Wechselfälle dieses merkwürdigen Unternehmens, militärisch mit großem Elan unternommen und kläglich geendigt, brauchen hier nicht im einzelnen verfolgt zu werden. War auch das Hauptziel, der Schlag gegen England, durch die Vernichtung der französischen Flotte bei Abukir gescheitert, so hatte die Expedition doch den Erfolg, Frankreich auf lange hinaus die erste Stelle unter den europäischen Mächten in Aegypten zu sichern. Französische Sprache und Bildung drangen in die höheren Gesellschaftskreise ein und haben sich dort bis heute erhalten. Was der arabische Efendi von europäischer Kultur sich angeeignet hat, ist ihm durch französische Vermittlung zugeflossen.

Digitized by Google

Daneben hat Frankreich durch die systematische wissenschaftliche Erforschung des Landes sich ein unvergängliches Verdienst erworben. Das große Werk der „Description de l'Egypte“ und die Entzifferung der Hieroglyphen durch Champollion wirkten wie eine Offenbarung. Man begreift, daß Frankreich sich nur widerstrebend aus seiner führenden Stellung in Aegypten verdrängen ließ.

Kaum hatten die letzten französischen Truppen 1801 das Land verlassen, als sich die Vorboten einer Veränderung seiner politischen Stellung ankündigten. In dem Konflikt zwischen der Pforte und den Mameluckenbeis tat sich der Führer eines kleinen albanischen Aufgebotes, Mohammed Ali aus Kawalla in Makedonien, durch geschickte Ausnützung der Vorteile auf beiden Seiten so hervor, daß er nicht nur sein Kommando rasch erweiterte, sondern 1805 auch die Stelle eines Statthalters erlangte. Seine unbedingte Herrschaft im Innern sicherte ein kühner Handstreich gegen die Mamelucken, deren 480 Beis am 1. März 1811 in der Zitadelle zu Kairo niedergemetzelt wurden. So hatte Mohammed in seinem Lande durch rücksichtslose Gewalt noch früher eine neue Ordnung der Dinge herbeigeführt, als es seinem Lehensherrn, Sultan Mahmud, durch die Niederwerfung der Janitscharen im Jahre 1826 gelungen war.

Mohammed Ali war jetzt wirklich Herr über Aegypten. Er hat der Bedrückung des Landes durch die kleinen Tyrannen und seiner kulturellen Abgeschlossenheit ein Ende gemacht und seine militärische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit aufs äußerste angespannt (Helmolts Weltgesch. II). Seine Hofhaltung stand an Glanz kaum hinter den Zeiten eines selbständigen ägyptischen Reiches zurück. Diese eigne Machtentfaltung innerhalb des osmanischen Reiches war allerdings ungewöhnlich, aber nicht ohne Beispiel, da um dieselbe Zeit Ali-Pascha in Janina (gest. 1822) sich eine ähnliche Herrschaft begründet hatte und sogar Vertreter europäischer Mächte an seinem Hof empfing. Gefährlich wurde für die Pforte das Auftreten ihres Statthalters erst, als dieser, unterstützt von seinem kriegserfahrenen Adoptivsohn Ibrahim, den Kampf um die Oberherrschaft aufnahm. In zehnjährigem Ringen (1831 bis 40) war er dem Ziele der vollen Unabhängigkeit nahegekommen, als das Eingreifen europäischer Mächte ihn in seine Schranken zurückwies. Doch erlangte er von der Pforte 1841 die Anerkennung der Erblichkeit seiner Statthalterschaft und andre Vorrechte gegen Entrichtung eines jährlichen Tributes von 80000 Beutel = 6378611 Mark. Die Souveränität des Sultans über Aegypten blieb indessen unberührt.

Mohammeds dritter Nachfolger Ismail-Pascha, ein Sohn Ibrahims, hat die staatsrechtliche Stellung Aegyptens im Verhältnis zur Pforte so ausgebaut, wie es noch jetzt zu Recht besteht. Gegen Erhöhung des Tributes auf 133635 Beutel erhielt er die Anerkennung der Erbfolge nach dem Rechte der Erstgeburt statt des bisher nach türkischer Thronfolgeordnung geltenden Seniorates, und 1867 den seine Herrscherstellung umschreibenden Rang eines Khediv. Dieses Wort ist, wie mir mein Kollege M. Bittner bestätigt, persischen Ursprungs und hängt mit dem persischen Worte chudâ, „Herr“ (auch „Gott“) zusammen. Es

Digitized by Google

wird neuperſiſch und arabiſch chidiw geſprochen und bedeutet Herr, Fürſt, Gebieter. Die in Europa angenommene Ueberſetzung Vizekönig iſt ſonach zwar ſprachlich willkürlich, aber zur Bezeichnung des tatſächlichen Verhältniſſes nicht unzutreffend. Der Khediv — die Schreibung Khedive entſpricht der franzöſiſchen Ausſprache — iſt eben nicht Souverän ſeines Landes, ſondern er regiert im Namen und kraft der Territorialhoheit des Sultans.

Obwohl Iſmail noch weitere Zugeſtändniſſe erlangte, ſo die Unabhängigkeit der Juſtiz und Verwaltung, die Finanzhoheit und damit das Münz- und Zollrecht, die ſelbſtändige Armee bis zum Höchſtbeſtand von 30000 Mann u. a., iſt die Macht des Vizekönigs doch vielfach beſchränkt und die Zugehörigkeit zum osmaniſchen Reiche gewahrt. Die Landesflagge iſt die türkiſche, weißer Stern und Halbmond im roten Felde. Das Land hat keinerlei diplomatiſche Vertretung nach außen, weder Geſandte noch Konſulate. Die Intereſſen Aegyptens im Auslande können ſonach nur durch die Miſſionen der Pforte vertreten werden. Wohl aber haben die in Kairo reſidierenden Generalkonſuln den Charakter von diplomatiſchen Agenten, und einige derſelben, wie die Vertreter des Deutſchen Reiches und Oeſterreich-Ungarns, ad personam den Rang von Geſandten. Ihre Funktion tritt rechtlich in Kraft durch ein Berat des Sultans. Ehe dieſes in Kairo eingetroffen iſt, kann der Vertreter einer fremden Macht nur privatim, nicht offiziell vom Khediv empfangen werden. Das Verhältnis Aegyptens zum Ausland iſt ſonach beſchränkter als das des tributären Fürſtentums Bulgarien von 1879 bis 1908, das diplomatiſche Agenten nicht nur in Sofia empfing, ſondern auch im Ausland unterhielt. Anderſeits erhellt aus der Stellung der diplomatiſchen Vertreter in Kairo die grobe Verletzung des Völkerrechts durch England, das die mit Berat des Sultans beim Khediv beglaubigten Vertreter Deutſchlands und Oeſterreich-Ungarns bei Beginn des Krieges durch Brachialgewalt zwang, das Land zu verlaſſen. Bekanntlich hat ſich Frankreich ganz derſelben Völkerrechtsverletzung in Marokko ſchuldig gemacht.

Die auch unter dem engliſchen Einfluß fortbeſtehenden engen Beziehungen Aegyptens zur Türkei finden noch in andern, weniger allgemein bekannten Tatſachen Ausdruck. Das Recht, Anleihen aufzunehmen und Verträge zu ſchließen, iſt beſchränkt. Aegypten kann Handelsverträge, aber kein Bündnis ſchließen und iſt der Türkei rechtlich zur Heeresfolge verpflichtet, ebenſo wie einſt die Tributärſtaaten der Balkanländer. Die Verleihung von Orden und Ehrenzeichen, ein äußeres Merkmal der ſouveränen Staatsgewalt, iſt dem Khediv nur inſoweit zugeſtanden, als er eine beſchränkte Zahl türkiſcher Auszeichnungen — ägyptiſche gibt es nicht — in ſeinem Wirkungskreis, aber im Namen und mit dem Siegel des Sultans, zu verleihen berechtigt iſt. Zur Vertretung der türkiſchen Intereſſen reſidiert in Kairo ein Oberkommiſſär; ein Einfluß auf die Staatsgeſchäfte kommt ihm jedoch nicht zu. Ebenſo unterhält der Vizekönig für ſeinen Verkehr mit der Pforte einen Vertreter in Konſtantinopel, und in Kairo neben ſeinem arabiſchen ein türkiſches Kabinett. Jeder neue Vizekönig huldigt perſönlich nach ſeiner Thronbeſteigung in Konſtantinopel dem Sultan als ſeinem Oberherrn

Digitized by Google

(Suzerän). Die türkische Abkunft der Dynastie findet, wie mir von kompetenter Seite mitgeteilt wird, auch darin Ausdruck, daß am Hof und in der Familie des Khediv noch jetzt das Türkische die Umgangssprache ist, während nach außen und im amtlichen Verkehr die arabische Landessprache gilt. Auch in manchen vornehmen Kreisen der Hauptstadt wird mit Vorliebe Türkisch gesprochen. In der Armee ist die Dienstsprache zwar arabisch, das Kommando aber türkisch. Auch die englischen Offiziere in der ägyptischen Armee kommandieren, wie mir Slatin-Pascha mitteilt, türkisch. Die Zahl der Türkisch Sprechenden ist allerdings gering; sie betrug 1907 nur 27600 von 70000 türkischen Staatsangehörigen (Syrer, Armenier usw.) bei einer Gesamtbevölkerung von 11,3 Millionen. Mit der Regierung Ismail-Paschas (1863 bis 1879) ist untrennbar eines der größten Ereignisse in der neueren Geschichte Aegyptens, die Eröffnung des Suezkanals, verbunden. Der Gedanke einer Wasserstraße vom Roten zum Mittelmeer ist bekanntlich uralt. Angeblich schon von Ramses II., sicher von Necho (609 bis 593 v. Chr.) wurde der Plan in Angriff genommen, von dem Perserkönig Darius I., den Ptolemäern und dem römischen Kaiser Trajan weitergeführt und von den Arabern schon gleich nach der Eroberung des Landes unter Amr übernommen. Doch handelte es sich dabei nicht um eine direkte Verbindung von Meer zu Meer, sondern von der Spitze des Roten Meeres durch ein altes natürliches Tal, das Wadi Tumilat, zum Nildelta und durch einen Nilarm zum Mittelmeer. Der Gedanke einer wirklichen Durchstechung der Landenge gehört der Neuzeit an. Die Venezianer, Leibniz (1671), Sultan Mustafa III. (1757 bis 1773), Bonaparte (1798), haben sich damit beschäftigt, aber zur Ausführung war das Projekt nicht reif. Seine Verwirklichung ist für die Welt mit dem Namen von Ferdinand Lesseps verknüpft.

Soviel auch das Geschick und die Energie dieses Mannes zur Durchführung beigetragen haben, scheint sein Anteil doch erheblich überschätzt worden zu sein. Vor allem ist daran zu erinnern, daß Lesseps nicht, wie im Publikum vielfach angenommen wird, Ingenieur, sondern Diplomat war. Er verstand es, die schon von andern vorbereitete Leitung des Unternehmens in die Hand zu bekommen, das Ganze zu finanzieren und zu organisieren. Darin liegt sein Hauptverdienst. Die technische Ausführung beruhte auf den Vorarbeiten englischer, französischer und ägyptischer Ingenieure, insbesondere aber auf dem nach sorgfältigen Vermessungen in den Jahren 1847 und 1855/56 durchgearbeiteten Projekt des Oesterreichers Negrelli. Dasselbe unterschied sich von andern Vorschlägen dadurch, daß es von Anfang an einen Niveaukanal von Meer zu Meer ohne Schleusen ins Auge faßte. Es fand die Zustimmung einer 1856 in Paris einberufenen internationalen Kommission, worauf Negrelli von Said-Pascha, dem Vorgänger Ismails, 1857 zum Generalinspektor der Kanalarbeiten ernannt wurde. Er starb jedoch schon am 1. Oktober 1858; seine Pläne und Studien wurden von Lesseps erworben, der nun nach außen als Bauunternehmer auftrat.

Der Anteil Negrellis an der technischen Vorbereitung des Werkes, lange Zeit ganz mit Stillschweigen übergangen, ist schon in mehreren neueren Dar-

Digitized by Google

stellungen[1]) entsprechend gewürdigt worden. Neuerlich veröffentlichte Dokumente[2]) werfen ein überraschendes Licht auf die Vorgeschichte des Unternehmens.

Uns genügt es, hier festzustellen, daß ein Oesterreicher die Grundzüge des Bauplanes entworfen hatte und Oesterreich sowie das übrige Deutschland in der 1846 zu Paris gegründeten Société d'études durch je fünf Stimmen vertreten waren, auch die hierfür vorgesehenen Einzahlungen leisteten. Schon 1843 hatte der Staatskanzler Fürst Metternich in Aegypten die Ausführung eines Kanalprojekts angeregt und 1847 die Untersuchung des Terrains durch eine internationale Kommission — für Oesterreich Negrelli — veranlaßt. Als aber die von Lesseps zur Durchführung des Unternehmens gebildete Compagnie universelle du Canal maritime de Suez Ende 1858 mit der Ausgabe von Aktien in die Oeffentlichkeit trat, wagte man in Oesterreich angesichts des von Napoleon beim Neujahrsempfang 1859 angedrohten Krieges nicht, sich weiter finanziell zu beteiligen. Dadurch ging nicht nur eine damals in ihrer finanziellen Tragweite noch nicht vorauszusehende Kapitalanlage, sondern auch die Gelegenheit verloren, in einem für den österreichischen Schiffsverkehr nach Indien und Ostasien entscheidenden Werk sich den entsprechenden Einfluß zu sichern. Die in der Société d'études durch Negrelli für Oesterreich gesicherten fünf Stimmen (Niederösterreichischer Gewerbeverein, Oesterreichischer Lloyd, Stadt Triest, Handelskammern Triest und Venedig) wurden in der neugegründeten Aktiengesellschaft beiseite geschoben.

Das Aktienkapital betrug 200 Millionen Franken in 400000 Aktien zu 500 Franken. Hiervon wurde mehr als die Hälfte von Frankreich, der größte Teil des Restes vom Vizekönig für die Türkei gezeichnet und persönlich übernommen. Nur ein kleiner Teil der Aktien, wenig über 10000 Stück, wurde in andern (meist romanischen) Ländern untergebracht. Dadurch wurde das als international gedachte Unternehmen von vornherein zu einem wesentlich französischen und wurde auch in Frankreich immer als eine nationale Ehrensache betrachtet, seitdem Napoleon nach dem siegreichen Feldzug in Italien sie zu der seinigen gemacht hatte.

Große Hindernisse und Widerstände technischer, finanzieller und politischer Art waren bei der Durchführung des Baues zu überwinden. Sie zu besiegen, war das unablässige Bemühen von Lesseps und sein größtes Verdienst; in der Wahl der Mittel war er allerdings nie ängstlich. Die Eröffnung des Kanals im November 1869 wurde mit ungeheurem Glanz und Aufwand gefeiert. Aber der ersehnte Gewinn blieb anfangs aus. Die Baukosten beliefen sich auf über 600 Millionen Franken und mußten zum Teil durch Anleihen gedeckt werden.

---

[1]) M. Voß, Der Suezkanal und seine Stellung im Weltverkehr. Wien 1904 (Abh. der k. k. Geogr. Ges., V). S. 5. — A. Ungard v. Oethalom, Der Suezkanal. Wien 1905. S. 7. — Meyers Konversationslexikon. 6. Aufl. (1908). 19, S. 189.

[2]) „Die Geschichte des Suezkanals." Prag 1912 (S. —A— aus „Rundschau für Technik und Wirtschaft"). — O. Georgi und A. Dufour-Feronce, Dokumente zur Geschichte des Suezkanals. Leipzig 1913.

Digitized by Google

Der Deutsch-Französische Krieg erschütterte den Kredit der Gesellschaft gewaltig, so daß 1871 die zu 500 Franken ausgegebenen Aktien auf 163 sanken. Dann aber folgte ein erst langsamer, später immer schnellerer Aufstieg. 1874 wurde zum erstenmal ein Betriebsüberschuß erzielt und der Parikurs überschritten. 1902 war die Aktie bereits über 4000 Franken, das Achtfache des Nennwertes, gestiegen.

Inzwischen hatte sich ein Ereignis von größter Tragweite für die weitere politische Entwicklung Aegyptens vollzogen. Ismail-Pascha war durch seine maßlose Verschwendung — die Eröffnungsfeierlichkeiten hatten ihn allein 20 Millionen Franken gekostet — in finanzielle Bedrängnis geraten und sah sich 1875 genötigt, die in seinem Besitz befindlichen 177642 Aktien abzustoßen, nachdem er schon vorher die Coupons bis 1894 verkauft hatte. Frankreich lehnte aus politischen und finanziellen Erwägungen ab. Der Vizekönig wandte sich an England, und dort vollzog sich der große Umschwung, der erst den Suezkanal und dann ganz Aegypten dem Rivalen Frankreichs in die Hände spielen sollte. England war von Anfang an dem Kanalprojekt mit großem Mißtrauen gegenübergestanden, da es den Uebergang seines indischen und ostasiatischen Handels in französische Hände befürchtete. Lord Palmerston, von 1859 bis zu seinem Tode (1865) neuerdings mit der Regierung betraut, war der heftigste Widersacher und versäumte keine Gelegenheit, dem Unternehmen diplomatische Schwierigkeiten zu bereiten. Vor dem Ankauf der Aktien wurde amtlich gewarnt, und tatsächlich gelangte bei der ersten Aufteilung kein Stück in englischen Besitz. Da hielt im November 1875 der gewiegte Geschäftsmann Benjamin Disraeli (ein Jahr später Earl of Beaconsfield) das Angebot des geldbedürftigen Vizekönigs in Händen. Disraeli überlegte und entschloß sich rasch. Das Parlament war vertagt. In Erwartung seiner späteren Zustimmung übernahm das Bankhaus Rothschild im Auftrage des Ministerpräsidenten die Aktien um den Preis von 4 Millionen Pfund, was einem Betrag von 568 Franken das Stück, etwas unter dem damaligen Kurs, entspricht. Als später das Unterhaus Schwierigkeiten machte, sagte Disraeli in der Sitzung vom 21. Februar 1876: „Ich habe den Ankauf niemals als eine finanzielle Spekulation empfohlen, ich empfehle ihn nur als eine politische Angelegenheit." Die oben gekennzeichnete Kurssteigerung zeigt, daß der Kauf für England auch finanziell ein gutes Geschäft war.

Europa war starr, als die Abmachung Disraelis mit dem Vizekönig bekannt wurde, ähnlich, wie einige Jahre später nach der Veröffentlichung des Cypernvertrages mit der Türkei. In Frankreich war man wie vor den Kopf geschlagen, Lesseps selbst völlig überrumpelt. Man fühlte, daß der Stern Frankreichs in Aegypten zu sinken und England dort das Haupt zu erheben begann. Das schildert alles sehr hübsch ein erst vor wenigen Jahren erschienenes Buch von Charles Lesage.[1])

[1]) L'Invasion anglaise en Egypte: L'Achat des actions de Suez. Paris 1906.

Digitized by Google

Die finanzielle Zerrüttung des Landes bot England bald Gelegenheit, seinen Einfluß weiter geltend zu machen. Schon 1876 wurde die Zahlung der Zinsen aus der Staatsschuld eingestellt, und der Khedive mußte im Interesse der ausländischen Staatsgläubiger eine Kontrollkommission annehmen, in der England das erste Wort hatte. Der französische Einfluß ging nebenher und dem englischen oft entgegen. Die weitere Entwicklung bis zur Absetzung Ismails, 1879, und dem militärischen Eingreifen Englands kann hier nur angedeutet werden. Die Einmischung der fremden Mächte, d. h. Frankreichs und Englands, in die inneren Angelegenheiten des Landes und das Anziehen der Steuerschraube führten 1881 zu einer Erhebung unzufriedener Offiziere, an ihrer Spitze der nachmalige Kriegsminister Arabi-Pascha. „Aegypten für die Aegypter" wurde die Losung. Ausschreitungen gegen die Europäer veranlaßten England 1882 zu einer Beschießung von Alexandria durch die Flotte und der Landung eines Heeres, das bei Tell el Kebir einen entscheidenden Sieg erfocht. Seitdem haben die englischen Truppen, unter dem Vorwand, die Ordnung aufrechtzuerhalten, das Land nicht mehr verlassen. Die militärische Besetzung wurde zwar von der englischen Regierung immer nur als eine vorübergehende Notwendigkeit bezeichnet und die Räumung in Aussicht gestellt; dem Verlangen nach einem bestimmten Termin hierfür wich die Regierung sorgfältig aus. Da gleichzeitig England sich auch in der Zivilverwaltung einen maßgebenden Einfluß sicherte, wuchs das Unbehagen in Frankreich merklich. 1895 bildete sich dort ein „Comité d'Egypte" zur Wahrung der französischen Interessen. Mehrere Nummern seiner Veröffentlichungen liegen mir vor. Die Spannung erreichte ihren Höhepunkt zur Zeit der Faschodakrisis 1898. Damals gewann England durch die Niederwerfung des Mahdireiches an der Spitze ägyptischer Truppen den ganzen ägyptischen Sudan. Der Sudan war unter Mohammed Ali und Ismail-Pascha von Aegypten aus erobert worden, dann seit 1883 an die Mahdisten verloren gegangen und wurde jetzt als Kondominium der ägyptischen und englischen Regierung neu organisiert. Die Hoheitsrechte der Türkei wurden dort völlig beiseite geschoben und die in Aegypten als einem Teil des osmanischen Reiches geltenden Kapitulationen für den Sudan aufgehoben; die Folge davon war die Auflassung aller Konsulate im Sudan. Eine nähere Schilderung der dortigen Verhältnisse, die hier zu weit führen würde, im Zusammenhang mit Beobachtungen auf einer dorthin von mir unternommenen Reise, muß ich mir für eine andre Stelle[1]) vorbehalten.

Frankreich hat seinen historisch wohlberechtigten Ansprüchen in Aegypten stufenweise entsagt. Der Beilegung des Faschodastreites zugunsten Englands folgte das Marokkoabkommen von 1904, worin England verspricht, an den bestehenden Verhältnissen in Aegypten nichts zu ändern, während Frankreich darauf verzichtet, einen Termin für die Räumung des Landes zu fordern. Jetzt scheint sich Frankreich auch mit der von England in Aussicht genommenen

[1]) In der Zeitschrift der Ges. für Erdkunde in Berlin.

Digitized by Google

Annexion abzufinden. Eine solche würde, wenn sie zustande käme, mehr das rechtliche als das tatsächliche Verhältnis ändern, wie es sich im Laufe der englischen Einflußperiode gestaltet hat.

Ein englischer Fachgenosse sagte mir vor einiger Zeit, es sei bezeichnend, daß die englische Regierung in Kanada, einer britischen Kolonie, gar nichts zu sagen habe, während sie in Aegypten, das kein Teil des britischen Reiches sei, die Verhältnisse vollständig beherrsche.

Die englische Verwaltung in Aegypten ist in der Tat ein Meisterstück der Vergewaltigung eines Landes, ohne dessen scheinbare Selbständigkeit anzutasten. Offiziell ist England, abgesehen von der als nicht normaler Zustand angesehenen militärischen Besetzung, wie die andern Mächte nur durch einen „Generalkonsul" vertreten. Dieser Generalkonsul ist der eigentliche Herr des Landes, der Vizekönig, und die Regierung ist gegen seinen Willen ohnmächtig. Dem Ministerium ist ein „Financial Adviser" beigegeben, ohne dessen Zustimmung keine die Finanzen betreffende Entscheidung getroffen werden kann. Der Generalgouverneur des Sudan wird vom Khedive auf Vorschlag der englischen Regierung ernannt, was natürlich praktisch einer Ernennung durch die letztere selbst gleichkommt. Er führt als „Sirdar" den Oberbefehl über die gesamte, zum größten Teil im Sudan garnisonierende Armee, deren höhere Offiziere, vom Oberst aufwärts, wieder Engländer sind; d. h. sie sind in dieser Eigenschaft nicht Offiziere der britischen, sondern der ägyptischen Armee. Ebenso sitzen in allen einflußreichen Stellen der Zivilverwaltung Engländer als ägyptische Beamte. Auch die Sudan Agency, die Vertretung der Sudanregierung in Kairo, wird von einem Engländer geleitet. So ist die einheimische Verwaltung durch die ihr im Laufe der Jahre immer zahlreicher aufgedrungenen englischen Beiräte an allen Gliedern gefesselt und der Willkür der englischen Regierung ausgeliefert. Das hat sich besonders jetzt nach Ausbruch des Krieges gezeigt, da die Engländer mit völliger Willkür wie in einem unterworfenen Lande schalten.

Es wäre unrecht, zu verkennen, daß die englische „Durchdringung" dem Lande auch viele Vorteile gebracht hat, wie ja überhaupt die Engländer in der Verwaltung ihrer Kolonien unter oft recht schwierigen Verhältnissen ein beneidenswertes Geschick gezeigt haben. An Stelle des orientalischen Schlendrians unter Ismail-Pascha ist Ordnung und Sicherheit getreten, Finanzen und Landwirtschaft wurden wesentlich gehoben. Das Hauptverdienst hieran gebührt dem langjährigen Generalkonsul (1883—1907) Sir Evelyn Baring, jetzt Lord Cromer. Sein auch ins Deutsche übersetztes Buch,[1]) ein umfassend angelegter Rechenschaftsbericht über die englische Verwaltung in Aegypten, ist die beste Quelle für die Kenntnis der neuesten Entwicklung des Landes. Es ist mir eine wertvolle Erinnerung, gelegentlich meiner ersten Reise durch das Land 1887 die Bekannt-

[1]) Earl of Cromer, Modern Egypt, 2 Bde. London 1908. Ausg. in 1 Bd. 1911. Deutsch von M. Plüddemann. 2 Bde. Berlin 1908.

Digitized by Google

schaft dieses bedeutenden Mannes gemacht zu haben. Ihm folgte 1911 Lord Kitchener, der Sieger über die Mahdisten und jetzige Kriegsminister.

Im Schlußkapitel seines Buches bezeichnet Lord Cromer selbst den dermaligen Zustand als auf die Dauer unhaltbar. „Aegypten muß entweder selbständig oder dem britischen Reiche einverleibt werden." Er selbst entscheidet sich für das erstere. Aber von einer Räumung Aegyptens durch die englischen Truppen will er nichts wissen, wenigstens nicht für absehbare Zeit. Er empfiehlt den englischen Beamten, dem ägyptischen Volk aufrichtige Sympathien entgegenzubringen; aber er verhehlt sich nicht, daß bei der einheimischen Bevölkerung niemals ein Gefühl echter Loyalität wie für eine einheimische Regierung zu erzielen sein werde. Er verweist auf einen Brief von Sir Herbert Edwards an Lord Lawrence (1863 bis 1869 Vizekönig von Indien) nach der Annexion des Pendschab: „Wir sind nirgends beliebt (we are not liked anywhere) ... Das Volk begrüßte uns als Befreier von der Mißwirtschaft der Sikhs, und wir waren populär, solange es Wunden zu heilen gab. Aber der Kranke ist jetzt gesund und der Arzt für ihn eine Last. Man kommt nicht darüber hinweg, daß wir keine Mohammedaner sind und mit den Leuten weder essen noch trinken noch eine eheliche Verbindung eingehen."

Ich habe Aegypten zum erstenmal im Jahre 1887, also bald nach der englischen Besetzung, und dann wieder 1913 bereist.[1]) Der Fortschritt der Entwicklung des Landes war schon äußerlich vielfach sichtbar, in dem Wachstum der Städte und in den Einrichtungen für den außerordentlich gesteigerten Fremdenverkehr, in der Ausdehnung des Eisenbahnverkehrs, zahlreichen am Nil sichtbaren industriellen Anlagen, ganz besonders aber in den der Bodenkultur dienenden großen Stauwerken. Ehedem war der Anbau ganz abhängig von der natürlichen Ueberflutung des Landes durch das Nilhochwasser. Für Unterägypten war allerdings schon unter Mohammed Ali ein solches Stauwerk im „Barrage du Nil" angelegt worden, der Betrieb mußte aber wegen mangelhafter Ausführung 1867 eingestellt werden, und erst der Umbau 1885 bis 1890 machte das Werk dauernd nutzbar. In Oberägypten wird das Niltal jetzt an drei Stellen in seiner ganzen Breite von Staudämmen durchzogen, bei Siut (erbaut 1898 bis 1902), Esneh (1906 bis 1909) und Assuan (1898 bis 1902, erhöht 1907 bis 1912). Letzterer, fast 2 Kilometer lang und 47 Meter hoch, ist neben dem Rooseveltdamm in Arizona das großartigste Werk seiner Art und für die Regulierung der Wasserzufuhr von größter Bedeutung. Leider ist ihm eine der Perlen ägyptischer Kulturlandschaft, die Insel Philä, zum Opfer gefallen.

Für die so wichtige Bewässerung des Landes hat also die englische Verwaltung in der Tat Großes geleistet. Doch sind die hieraus sich ergebenden Folgen für Aegypten von einem zweifelhaften Wert. Aegypten war seit unvor-

[1]) Ein Bericht über diese Reise erscheint gleichzeitig in der Wiener Wochenschrift „Urania".

Digitized by Google

denklichen Zeiten ein ackerbauendes Land, wie uns zahlreiche bildliche Darstellungen auf Denkmälern der Pharaonenzeit lehren. Unter römischer Herrschaft war es die wichtigste Kornkammer des Reiches und nahm deshalb unter den Provinzen eine Ausnahmestellung ein, als Krondomäne unter direkter Verwaltung des Kaisers durch den Praefectus Aegypti.[1]) Bis zur Neuzeit ist der Getreidebau die fast ausschließliche Quelle der Volkswirtschaft gewesen. Das hat sich geändert, seitdem infolge des amerikanischen Bürgerkrieges die Baumwolle in größerem Umfang angebaut wurde. Die ägyptische Baumwolle stellte sich als ein hochwertiges Handelsprodukt dar und war England, als es die Hand auf Aegypten legte, um so willkommener, als sie im Verein mit der indischen Baumwollerzeugung den englischen Markt von Amerika wenigstens zum Teil unabhängig machte. Der Baumwollbau wurde daher so gefördert, daß jetzt Aegypten neben Amerika und Indien an dritter Stelle steht, hinsichtlich der Qualität aber an erster. Da die Baumwolle im März oder April gesät wird, wo unter natürlichen Verhältnissen in Aegypten schon die Trockenperiode einsetzt, um die Flutzeit aber zur Ernte kommt, so war erst durch die Stauwerke ein Anbau in größerem Umfange möglich. Denn die Baumwolle bedarf der künstlichen Bewässerung. Etwa ein Drittel des gesamten Ackerlandes ist mit Baumwolle besetzt. Der Getreidebau genügt infolgedessen nicht mehr dem Bedarf der steigenden Bevölkerung; die Einfuhr an Mehl ist von 114 627 ägyptischen Pfund (1 Pfund = 20,74 Mark) in den Jahren 1890 bis 1894 auf 1 600 676 ägyptischen Pfund im Jahre 1911 gestiegen. Die Ausfuhr an Baumwolle betrug im genannten Jahre 22 988 211 ägyptische Pfund bei einer Gesamtausfuhr von 28 598 991 Pfund. Im Gegensatz zu Indien, wo eine große Baumwollindustrie besteht, fehlt eine solche in Aegypten vollständig. Das Land ist also ganz auf den Absatz nach außen angewiesen, was bei einer Krise des Baumwollmarktes die verhängnisvollsten Folgen haben kann. Ein französischer Schriftsteller hat die jetzt geradezu auf die Baumwolle gestellte Volkswirtschaft Aegyptens deshalb als Monokultur bezeichnet.[2]) Der Vorteil liegt offenbar mehr auf seiten Englands als Aegyptens.

Zum Schluß noch einige neuere Daten über den Suezkanal. Die Zahl der passierenden Schiffe ist von 3795 im Jahre 1908 auf 5373 im Jahre 1912, ihr Bruttogehalt von 19 Millionen auf 28 Millionen Tonnen gestiegen, die Einnahmen von 108 auf 136 Millionen Franken. Von den Schiffen des Jahres 1912 waren 3335 englische, 698 deutsche, 343 niederländische, 248 österreichische, 221 französische usw. Hieraus erhellt einerseits die Bedeutung des Kanals für Deutschland, Oesterreich (Lloydfahrten nach Indien und Ostasien) und Holland (wegen Niederländisch-Indien), anderseits aber die überwältigende Wichtigkeit für Englands Beziehungen zu Indien und Australien. Im Suezkanal kann Eng-

---

[1]) Mommsen, Römische Geschichte, Bd. V, S. 554 f.

[2]) L. Polier, Die Volkswirtschaft Aegyptens in ihrer weltwirtschaftlichen Bedeutung. Weltwirtschaftl. Archiv von B. Harms. II, 2 (1913), S. 343 ff.

Digitized by Google

land an seiner verwundbarsten Stelle getroffen werden, aber auch die andern Mächte, in erster Linie die mitteleuropäischen, haben ein Interesse daran, den Suezkanal nicht zu einem englischen Binnengewässer werden zu lassen.

Der Krieg und die Gesetze, die er brachte

Von

Regierungsrat Johannes Neuberg

Bei Shakespeare heißt es in „König Heinrich VI.": Im Krieg ist's Sitte, jeden Vorteil zu nutzen.

Fast schien es, als solle das Wort auch bei uns Geltung bekommen, da kurz nach dem ersten Mobilmachungstag an den verschiedensten Plätzen innerhalb Deutschlands eine ungewöhnliche und unangebrachte Preissteigerung eintrat. Gab es hiergegen einen Schutz? In der Tat war das Reich sehr bald auf dem Plan und veröffentlichte nach ordnungsgemäßer Beratung durch die zuständigen Organe unter dem 4. August 1914 ein Gesetz betreffend Höchstpreise. In seiner Begründung heißt es, daß, wenn auch an sich genügend Vorräte zur Versorgung der Bevölkerung vorhanden, erfahrungsgemäß mit Kriegsbeginn schon infolge Stockung des Verkehrs die Gegenstände des täglichen Bedarfs plötzlich stark im Preis steigen. Um nun übertrieben hohen Preissteigerungen entgegenzuwirken, die nicht in der Natur der Verhältnisse begründet und durch unlautere Machenschaften einzelner hervorgerufen sind, empfiehlt es sich, unüberschreitbare Höchstpreise festzusetzen. Dem steht aber § 72 der Gewerbeordnung entgegen, der alle polizeiliche Taxen verbietet und, sofern solche früher bestanden haben, sie aufhebt. Es mußte deshalb ein Ausnahmegesetz geschaffen werden, nach dessen erstem Paragraphen — aber nur für die Dauer des gegenwärtigen Krieges — für die Gegenstände des täglichen Bedarfs, insbesondere für Nahrungs- und Futtermittel aller Art, sowie für rohe Naturerzeugnisse (z. B. Früchte, kleineres Vieh), endlich für Heiz- und Leuchtstoffe Höchstpreise festgesetzt werden können. Bei Festsetzung der Höchstpreise darf nun aber, soviel der Not auch durch den Krieg entstehen mag, nicht lediglich des Konsumenten Interesse gewahrt werden, es wäre das eine Ungerechtigkeit gegen Produzent und Händler, der durch die Veränderung der Verhältnisse am normalen Verkauf seiner Ware nur zu leicht gehindert sein mag, man denke an die schon erwähnte erschwerte Zufuhr oder an die Verminderung des Kundenkreises durch die militärischen Einziehungen u. dgl. mehr. So muß jede Festsetzung in gleichmäßiger Erwägung der sich entgegenstehenden Interessen erfolgen, und möglichst nach Abhörung geeigneter Sachverständiger, sonst stockt der Handel und der Händler zieht es vor, überhaupt nicht zu verkaufen. Anderseits soll ihm diese Freiheit nicht uneingeschränkt bleiben. Denn weigert sich trotz Aufforderung der zuständigen

Digitized by Google

Behörde ein Besitzer der in Betracht kommenden Gegenstände, sie zu den festgesetzten Höchstpreisen zu verkaufen, so kann die zuständige Behörde die Gegenstände in Besitz nehmen und auf Rechnung und Kosten des Besitzers zu den Höchstpreisen verkaufen. Nur das, was für des Besitzers eignen Bedarf vonnöten ist, muß ihm erhalten bleiben. Wie die Behörde verfahren wird, ob sie die übernommenen Waren durch den Besitzer eines ähnlichen Ladens mitverkaufen läßt, ob sie den Verkauf durch einen ihrer Angestellten bewirken läßt, ob sie einem Angestellten des Warenbesitzers den Kauf überträgt, das soll und muß sie selbst am besten entscheiden können. Natürlich wird der behördliche Verkauf auf Rechnung und Kosten des Besitzers erfolgen, denn die Behörde soll aus dem Kauf keinen Schaden haben, der Besitzer aber soll gerade durch diese Bestimmung noch besonders angehalten werden, lieber selbst den Verkauf vorzunehmen, als eben Schaden und überdies Strafe zu haben. Denn auch Strafe setzt es nach § 4 des angezogenen Gesetzes für den, der die nach § 1 festgesetzten Höchstpreise überschreitet oder den nach § 3 erlassenen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt oder Vorräte an derartigen Gegenständen verheimlicht oder der Aufforderung zum Verkauf, sofern solche von der zuständigen Behörde ausgeht, nicht nachkommt. Die Strafe kann bis zu 3000 Mark, im Unvermögensfall bis zu sechs Monaten Gefängnis gehen. Bemerkt sei noch, daß die erforderlichen Anordnungen und Ausführungsbestimmungen zu erlassen Sache der Landeszentralbehörden ist, daß diese aber die Befugnis andern Behörden übertragen können — in Preußen erfolgt die Festsetzung der Höchstpreise in Städten mit über 10 000 Einwohnern durch den Magistrat, im übrigen durch den Landrat, der Zwangsverkauf, wie er oben geschildert war, durch den Gemeindevorstand (Gutsvorsteher).

Das ebenerwähnte Gesetz ist aber nun nicht das einzige, was der 4. August 1914 gebracht hat, denn dieser Tag wird in den Annalen der deutschen Gesetzgebung als ein solcher sozialen Segens weiterleben, was möglich war, Kriegsnöte zu lindern, das hat er geschaffen. Bleiben wir zunächst bei des Leibes Nahrung und Notdurft, so ist ein Gesetz betreffend vorübergehender Einfuhrerleichterungen zu nennen. Dadurch wird der Bundesrat ermächtigt, während der Dauer des Krieges Getreide, Reis, Hülsenfrüchte, Kartoffeln, Rüben, Grün- und Rauhfutter, Küchengewächse, Vieh, Fleisch und Zubereitungen von Fleisch, Fische, Fette zum Genusse, Käse, Eier, Müllereierzeugnisse, gewöhnliches Backwerk, eingedickte Milch, andre Nahrungs- und Genußmittel sowie Mineralöle zollfrei einzulassen. Welche Waren des näheren in Betracht kommen, hat der Bundesrat in einer Bekanntmachung vom 4. August gesagt, in einer andern desselben Tages wird im Zusammenhang hiermit eine hemmende Bestimmung des Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetzes wie durch einen Federstrich beseitigt, die Untersuchung des in das Zollinland eingehenden Fleisches in luftdicht verschlossenen Büchsen und ähnlichen Gefäßen, von Würsten u. dgl. soll sich fortan während der Kriegstage auf die Feststellung der äußern guten Beschaffenheit beschränken. Diese und alle Einfuhrerleichterungen bezwecken, es bedarf das kaum der Hervor-

Digitized by Google

hebung, eine Verstärkung der inländischen Vorräte und eine Minderung der Preissteigerung. Gleichem Zwecke dienen Ausfuhrverbote, auch solche sind erlassen worden, um dem Abschluß von Nahrungs- und Futtermitteln sowie von Mineralölen in das Ausland vorzubeugen.

Doch nun einmal zu dem wesentlichsten der am 4. August erlassenen Gesetze, wenn man diesen Ausdruck nach Lage der Sache gebrauchen darf. Es betitelt sich als Gesetz über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen und über die Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts im Falle kriegerischer Ereignisse. Nach dem ersten Teil seines Titels ist es gewissermaßen ein Segensquell, der nach den verschiedensten Richtungen hin befruchtend und erquickend wirken soll. Wie die Begründung zum Gesetze sagt, erfordern die gegenwärtigen ernsten Zeiten solches Gesetz, doch soll der Bundesrat dabei eine Grenze innehalten, es sollen alle Aenderungen der sozialpolitischen und der Arbeiterschutzgesetze unterbleiben. Im einzelnen bringt das Gesetz zunächst eine Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts. Bekanntlich muß die Vorlegung des Wechsels zur Zahlung und die Erhebung des Protests mangels Zahlung bei Verlust der Regreßansprüche gegen den Aussteller und die Indossanten spätestens am zweiten Werktag nach dem Zahlungstag geschehen. Ebenso kann das Regreßrecht aus einem im Inland ausgestellten und zahlbaren Scheck nur ausgeübt werden, wenn der Scheck binnen zehn Tagen nach der Ausstellung dem Bezogenen am Zahlungsort zur Zahlung vorgelegt ward. Nach geltendem Rechte würde jede Versäumung solcher Frist nicht mit der Berufung auf sog. höhere Gewalt entschuldigt werden können. Kriegerische Ereignisse bedingen eine Aenderung. Wird in Veranlassung solcher die rechtzeitige Vornahme der Handlung durch höhere Gewalt verhindert, so soll sich die für ihre Vornahme vorgeschriebene Frist um so viel verlängern, als zur Vornahme der Handlung vonnöten ist, mindestens aber um sechs Werktage nach Wegfall des Hindernisses. (Eine Bekanntmachung des Bundestags vom 6. August ordnete anfänglich eine Verlängerung um dreißig Tage an. Weitere Verlängerungen sind erfolgt.) Verhinderung durch höhere Gewalt soll insbesondere in zwei Fällen angenommen werden: Zunächst, wenn der Ort, wo die Handlung vorgenommen werden muß, vom Feind besetzt ist, es sei denn, daß die Handlung bei Anwendung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt trotzdem bewirkt werden kann, zweitens — wiederum eine Erleichterung der Beweisfrage — wenn die zwecks Herbeiführung der Handlung zu benutzende Postverbindung derart unterbrochen ist, daß ein geregelter Postverkehr nicht mehr besteht. Das Gesetz geht hierbei von der zutreffenden Erwägung aus, daß in einem solchen Falle, wie dem erwähnten, dem Inhaber der Versuch einer Vorlegung des Wechsels durch andre Mittel nicht zugemutet werden kann.

Außer von der Verlängerung der Fristen des Wechsel- und Scheckrechts spricht das Gesetz weiter von der Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen. Auf Grund dieser Ermächtigung sind schon am Tage des Erlasses oder kurz darauf mehrere recht wichtige Bekanntmachungen

Digitized by Google

erfolgt; so sollen, um mit der jüngsten zu beginnen, inländische Gesellschaften, die nach ihrer Satzung ausschließlich die Befriedigung der aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges hervortretenden geschäftlichen Kreditbedürfnisse bezwecken, Befreiung von Stempelabgaben in gewissem Umfang genießen. Weiter sind Bekanntmachungen ergangen, wonach die Gerichte auf Antrag des Schuldners in einem zu erlassenden Urteil anordnen können, daß Folgen, die an sich wegen Nichtzahlung einer Geldforderung eintreten (Räumung einer Wohnung), unterbleiben, daß ferner Zahlungsfristen von längstens drei Monaten bewilligt werden — dies, wenn die Lage des Beklagten solche Frist rechtfertigt und die Zahlungsfrist nicht unverhältnismäßige Nachteile dem Kläger schafft. Die Bewilligung kann dabei für den Gesamtbetrag oder einen Teilbetrag der Forderung erfolgen und von der Leistung einer nach freiem Ermessen des Gerichts zu bestimmenden Sicherheit abhängig gemacht werden. Weitere Bekanntmachungen beziehen sich auf die Fälligkeit im Auslande ausgestellter Wechsel, auf die Erhöhung der Wechselsumme bei solchen Wechseln, auf die Geltendmachung von Ansprüchen von Personen, die im Ausland ihren Wohnsitz haben, auf die Anordnung einer Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkursverfahrens, auf die Außerkraftsetzung einzelner Vorschriften des Handelsgesetzbuchs, soweit nämlich solche die Verpflichtung, bei Zahlungsunfähigkeit einer Gesellschaft oder einer Genossenschaft die Eröffnung des Konkursverfahrens zu beantragen sowie das Verbot von Zahlungen nach Eintritt der Zahlungsunfähigkeit betreffen u. dgl.

Was die Bundesratsverordnungen über die gerichtliche Bewilligung von Zahlungsfristen und die Anordnung der Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkursverfahrens anbetrifft, so hat der preußische Minister für Handel und Gewerbe am 11. August an die Handelsvertretungen ein Rundschreiben erlassen, in dem bemerkt wird, daß diese Verordnungen ergangen seien, um in den jetzigen Kriegszeiten den wirtschaftlich schwächeren Kreisen möglichst zu Hilfe zu kommen, ohne doch den Weg eines in seinen Wirkungen schwer zu übersehenden allgemeinen Moratoriums betreten zu müssen. In der Verordnung sei nur von Geldforderungen (die überdies vor dem 31. Juli 1914 entstanden sein müssen) die Rede. Sie sei aber sinngemäß auf Forderungen auf Lieferung von Waren u. dgl. anzuwenden, insoweit sich solche Forderungen im Fall der Nichterfüllung in Geldforderungen verwandeln. Dabei seien als vor dem 31. Juli 1914 entstanden die Geldforderungen anzusehen, wo die Warenforderung vor diesem Tage entstanden sei.

Für die Bewilligung einer Zahlungsfrist sei namentlich an den Fall gedacht, daß ein Schuldner dadurch in Not gerate, daß er seinerseits nicht imstande sei, die ihm geschuldeten Beträge einzutreiben. Böswilligen Schuldnern müsse die Vergünstigung selbstverständlich vorenthalten bleiben. Ueberhaupt sei immer im Auge zu behalten, daß die einem Schuldner gewährte Zahlungsfrist wieder dessen Gläubiger nötigen könne, eine Zahlungsfrist nachzusuchen. Auf Forderungen des öffentlichen Rechts (Steuern, Abgaben, Versicherungsbeiträge)

Digitized by Google

beziehe sich die Verordnung überhaupt nicht, wohl aber auf solche Forderungen, die dinglich gesichert seien (Hypotheken), auch Mietszinsen seien nicht ausgenommen. In bezug auf beide Verordnungen kommt das ministerielle Rundschreiben zu dem Schluß, daß die Handelsvertretungen die Angehörigen ihres Bezirks bei der Ausübung der ihnen zustehenden Rechte beraten und namentlich auf Auswahl geeigneter Personen bedacht sein sollen, die als Aufsichtspersonen (zur Abwendung des Konkursverfahrens) in Frage kommen können — sicherlich würden sich Persönlichkeiten finden, die früher im Geschäftsleben gestanden und bereit seien, ehrenamtlich ihre Kenntnisse und Erfahrungen in den Dienst der Aufgabe zu stellen, Existenzen, die durch den Krieg zahlungsunfähig, vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch zu bewahren. Auch das sei ein Dienst, dem Vaterland geweiht.

Mit all dem Genannten ist aber die segensreiche Wirkung der Anfangstage des August noch nicht genügend dargetan. In Anlehnung an ein Gesetz, das bereits vor dem letzten Deutsch-Französischen Krieg erging, ist nämlich auch jetzt ein Gesetz erlassen worden, das den Schutz der infolge des Krieges an Wahrnehmung ihrer Rechte behinderten Personen erstrebt. Es kommt infolge dieses Gesetzes zu einer Unterbrechung des Verfahrens in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten bei den ordentlichen Gerichten, den Gewerbegerichten und den Kaufmannsgerichten. Voraussetzung ist, daß die zu berücksichtigende Partei vermöge ihres Dienstverhältnisses, Amtes oder Berufs zu den mobilen oder gegen den Feind verwendeten Teilen der Land- oder Seemacht oder zu der Besatzung einer armierten oder in der Armierung begriffenen Festung gehört, oder daß sich die eine Partei dienstlich aus Anlaß der Kriegsführung des Reichs im Ausland aufhält, oder daß eine Partei als Kriegsgefangener oder Geisel sich in der Hand des Feindes befindet. Außer der Unterbrechung des Verfahrens zeigt sich der gewährte Schutz noch in der Beschränkung der Zwangsvollstreckung. Auch davon war in dem 70er Gesetze schon die Rede, dagegen enthielt dieses bezüglich des Konkursverfahrens über das Vermögen der Militärpersonen noch keine ausdrücklichen Bestimmungen. Ob daraus zu folgern, daß jenes Gesetz die Eröffnung und die Fortsetzung des Konkursverfahrens unbeschränkt zulassen wollte, das steht dahin. Jedenfalls erheischt der Zweck, den das in Betracht kommende Schutzgesetz verfolgt, auch nach dieser Richtung hin besondere Maßregeln, da der Konkurs in die Rechtslage des Schuldners tiefer eingreift als jede Zwangsvollstreckung. Mit Rücksicht hierauf erschien es zunächst geboten, die Eröffnung des Konkursverfahrens nur auf den Antrag des Schuldners zuzulassen, wenngleich der hierin liegende Eingriff in die Rechte der Gläubiger, insbesondere auch die Beschränkung des Anfechtungsrechts, unter Umständen erhebliche Nachteile für die Gläubiger zur Folge haben wird. Ebenso wie die Eröffnung kann auch die Fortsetzung eines anhängigen Konkursverfahrens mit unbilligen Härten für den Gemeinschuldner verknüpft sein, wenn er infolge Einberufung zum mobilen Heere verhindert ist, seine Rechte wahrzunehmen. Das Gesetz gibt daher dem Gerichte die Befugnis zur Aussetzung des Konkursverfahrens auf Antrag des Gemeinschuldners. Diese Befugnis erstreckt sich auf

Digitized by Google

jedes anhängige Konkursverfahren, mag es vor Verkündung des Gesetzes oder vor Begründung des mobilen Verhältnisses oder später zufolge Antrag des Gemeinschuldners eröffnet sein.

Auf dem Geldmarkt machte sich der Kriegsbeginn bekanntlich recht merkbar durch das Anschwellen des Papiergelds. Auch dieser Tatsache lagen gesetzgeberische Maßnahmen zugrunde, so die Münzgesetzänderung, die dem Reich die Befugnis gibt, an Stelle der Goldmünzen Reichskassenscheine und Reichsbanknoten zu verabfolgen gegen Einzahlung von Silber-, Nickel- und Kupfermünzen, ferner das Gesetz betreffend die Reichskassenscheine und die Banknoten, wonach Reichskassenscheine bis auf weiteres gesetzliche Zahlungsmittel sind, bis auf weiteres auch die Reichshauptkasse zur Einlösung der Reichskassenscheine und die Reichsbank zur Einlösung ihrer Noten nicht verpflichtet sein soll, bis auf weiteres endlich die im Deutschen Reich noch bestehenden Privatnotenbanken berechtigt sein sollen, zur Einlösung ihrer Noten Reichsbanknoten zu verwenden, endlich das Darlehnskassengesetz. Um nämlich für die Befriedigung der in Kriegszeiten hervortretenden Kreditbedürfnisse fördernde Einrichtungen zu treffen und auf diese Weise namentlich Stockungen in den Handels- und Gewerbebetrieben tunlichst zu begegnen, sollen Darlehnskassen errichtet werden, die sich für diesen Zweck bereits in den Jahren 1848, 1866 und 1870 bewährt haben. Für die seitens dieser Kassen gegen Sicherheit zu gewährenden Darlehen ist ein besonderes Geldzeichen unter der Benennung „Darlehnskassenscheine" aufgekommen, das bei allen Reichskassen sowie allen öffentlichen Kassen der Bundesstaaten nach dem vollen Nennwert in Zahlung genommen wird. Dadurch dient das Gesetz zugleich dem Zweck, die während des Kriegszustands stark begehrten Umlaufsmittel zu mehren und für die Inanspruchnahme der Metallbestände der Reichsbank eine wünschenswerte Einschränkung herbeizuführen.

Im großen und ganzen sind hiermit die für die Allgemeinheit wesentlichsten Gesetze und Verordnungen betrachtet. Bemerkt sei noch, daß auch einzelne Behörden, so das Patentamt, infolge des Kriegs Bekanntmachungen und Verfügungen erlassen haben, die zur Abwendung von Schäden geeignet sind. Geschlossen sei die kurze Betrachtung mit Anführung der gesetzlichen Bestimmung betreffend Ausnahmen von Beschäftigungsbeschränkungen jugendlicher Arbeiter. In der Begründung zum Gesetze heißt es, daß, während für manche Industriezweige (solche, die für den Heeresbedarf und die Nahrungsmittelindustrie arbeiten) mindestens vorübergehend eine Häufung der Arbeit eintreten wird, für andre die Gefahr des Stilliegens besteht. Um beiden Erfordernissen Rechnung zu tragen und der Bevölkerung in weitestem Maße Beschäftigung zu sichern, dazu ist vor allem nötig, auf die Beseitigung der die jugendlichen Arbeiter beschränkenden Bestimmungen bedacht zu sein. Das Nähere bestimmt der Reichskanzler.

(Fortsetzung folgt)

Digitized by Google

Literarische Berichte

Das große Welt-Panorama der Reisen, Abenteuer, Wunder, Entdeckungen und Kulturtaten in Wort und Bild. Vierzehnter Jahrgang. Verlag von W. Spemann, Stuttgart. Preis geb. M. 7.50.

Das Buch, das in jedem Jahre von unsrer Jugend mit Spannung erwartet wird, bringt außer fünf größeren Erzählungen eine Fülle von interessanten Aufsätzen über Reisen, fremde Länder und Völker, Technik und Verkehr, Jagd und Sport, sowie kleine naturwissenschaftliche Abhandlungen und dazu eine Menge sehr schöner Abbildungen. Auch die gewaltigen Kriegstaten unsrer Tage finden in dem Bande einen Widerhall, denn die einleitende Haupterzählung schildert den Siegeszug der deutschen Truppen über Lüttich, Namur und Brüssel bis tief nach Frankreich hinein und zeigt, wie drei junge deutsche Männer wacker ihre Schuldigkeit tun und sich das Eiserne Kreuz erwerben. Besonderes Interesse beansprucht auch der Aufsatz über den Suezkanal, der über dessen Bau und wirtschaftliche Bedeutung wertvolle Mitteilungen macht. Wir können das Werk als eine Quelle von Belehrung und Unterhaltung für die Jugend warm empfehlen. H.

Geister. Novellen von Grete Meisel-Heß. Leipzig, S. Rabinowitz. 161 S.

Daß die Verfasserin über eine beträchtliche schriftstellerische Begabung verfügt, hat sie durch frühere Werke bewiesen. Das vorliegende enthält wohl einige lesenswerte Skizzen, wie etwa die „Tragigroteske“ „Die Frau Direktor“, ist aber im ganzen wenig gehaltvoll und erfüllt in keiner Weise die hohen Erwartungen, die durch das Vorwort erweckt werden. Wenn die Verfasserin versichert, daß alle diese Geschichten aus dem einen Trieb entstanden sind, „im bunten Lebensbild das innerste treibende Agens zu entdecken“, so mag man ihr das wohl glauben, wird aber doch finden, daß die Ausführung mehr absonderliche und krasse Züge als tiefe Seelenforschung bietet. Br.

Das verborgene Leben. Von Ludwig Reeg. München, C. H. Beck. Geb. M. 2.—.

Man wird an Nietzsches Aphorismenbücher erinnern müssen, an die Sprachkunst des Zarathustra, um die Muttererde zu bezeichnen, aus der diese zarten Meditationen wie lichte Blüten gewachsen sind. Doch ist der Dichter nicht einer von denen, die seit Jahren die Pfade jenes Einzigen nach- und ausgetreten haben und die nachgerade eine Plage geworden sind, sondern einer, der tiefe Anregungen erfuhr, der sich frei machte, um ein Eigner zu sein, dessen seelische und gestaltende Kraft stark genug war, um doch sich selber zur Geltung, zum Ausdruck zu bringen. Seine oft köstlichen Skizzen, Stimmungen und Gedanken, auf das feinste gefeilt und ausgearbeitet, sind seltene Wertstücke für solche, denen es gegeben wurde, tiefe seelische Klänge zu erlauschen, sie in sich zum Wiedertönen zu bringen; ihnen wird dies schmale Buch mit seinem reichen Inhalt, den man langsam, stückweise, mit innerem Ruhegefühl aufnehmen muß, wirklich ein Geschenk bedeuten. O. Beyer.

Hebräische Rhythmik. Die Gesetze des alttestamentlichen Vers- und Strophenbaues. Kritisch dargestellt von Ed. König. Halle, Buchhandlung des Waisenhauses (VIII, 76).

Der Wunsch, die inhaltlich so weithin bekannten Psalmen und andern althebräischen Dichtungen auch nach ihrem formalen Aufbau kennen zu lernen, muß natürlich ein weitvorbereiteter sein. Aber kann er leicht befriedigt werden? Diese Frage war bisher mit nein zu beantworten, weil in bezug auf die formale Eigenart der alttestamentlichen Poesie noch bis in die unmittelbare Gegenwart herein mehrere verschiedene Theorien (von Sievers, Grimme, Schlögl, Rothstein u. a.) unausgeglichen nebeneinander standen. Gerade in diesem Moment erscheint aber eine Darstellung der Gesetze des althebräischen Vers- und Strophenbaues, die sich das Ziel gesteckt hat, nicht bloß diese Gesetze aus den Quellen zu schöpfen und durch komparative Betrachtung andrer alten Literaturen zu beleuchten, sondern auch die noch schwebenden Streitfragen unter Berücksichtigung der ganzen neueren Fachliteratur zu erörtern und ihrer Lösung entgegenzuführen. Um dem Interesse der Literarhistoriker und Stilistiker zu dienen, sind alle Texte, die zur Veranschaulichung der Gesetze der hebräischen Poesie dienen, in Transkription dargeboten. Demselben Interesse wird auch ein ausführliches Register über alle Kunstausdrücke der Poetik dienen. Ed. K.

Spemanns Kunstkalender für 1915. Dreizehnter Jahrgang. Verlag von W. Spemann, Stuttgart. Preis M. 2.—.

Spemanns Kunstkalender hat sich längst einen festen Freundeskreis erworben. Dies dankt er vor allem der sehr sorgfältig und mit gutem Geschmack zusammengestellten Auswahl von Bildern, plastischen Kunstwerken, Bauwerken usw. aus allen Zeiten. Den ein-

Digitized by Google

zelnen Bildern sind kurze Texte beigegeben, die über das betreffende Kunstwerk oder dessen Schöpfer wertvolle Mitteilungen machen und für jeden Tag des Jahres neue Anregung geben. Der Kalender verdient seine große Verbreitung in vollem Maße.

Aus dem Vogelleben unserer Heimat. Ornithologische Plaudereien. Von Martin Braeß. Herausgegeben vom Dürerbund. Verlag von Georg D. W. Callwey, München. Preis geheftet M. 2.50, geb. M. 3.50.

Auf dieses warmherzig und mit großer Liebe und Verständnis für unsre heimatliche Vogelwelt geschriebene Buch möchten wir unsre Leser ganz besonders aufmerksam machen. Der Verfasser führt uns hinaus in Wald und Feld, in Busch und Ried, und in seinen frischen Schilderungen erleben und erlauschen wir mit ihm im Wechsel der Jahreszeiten Freud und Leid, Sorgen und Singen der anmutigsten Geschöpfe unsrer Heimatflur. Heute, wo durch Selbstsucht und Unverstand das Dasein einer recht großen Anzahl seltener heimischer Vögel ernstlich bedroht erscheint, wo es gilt, der Verödung unsrer Heimatnatur entgegenzuarbeiten, kommt das Buch zur rechten Zeit. Es ist recht dazu angetan, das Verständnis allem Lebenden gegenüber zu wecken und die Liebe zur Natur in die Herzen der Menschen einzupflanzen. Möge es recht viele empfängliche Herzen, namentlich auch bei der Jugend finden. H. H.

Spemanns Alpen-Kalender 1915. Verlag von W. Spemann, Stuttgart. Preis M. 2.—.

Bergsteiger und Touristen werden den neuen Jahrgang dieses Kalenders, der eine Fülle von sehr interessanten Bildern in vortrefflicher Wiedergabe bringt, wieder mit Freuden begrüßen. Unter den Abbildungen finden sich Ansichten von zahlreichen bekannten, aber auch solche von seltener bestiegenen Bergriesen, Bilder von interessanten Kletterpartien, Landschaftsbilder und eine Reihe von humoristischen Szenen aus dem Leben des Bergsteigers. Textlich enthält der Kalender viele nützliche Hinweise und Ratschläge für jeden Bergfreund.

U. S. A. Aus dem Dollarlande. Sitten, Zustände und Einrichtungen der Vereinigten Staaten. Von Spiridion Gopčević. Leipzig, Eduard Heinrich Mayer. 388 S.

Der Verfasser will in seinem Buche auf Grund langjährigen Aufenthalts in den Vereinigten Staaten eine wahrheitsgetreue Darstellung des Lebens und Treibens in der Union geben, er will, wie er sich ausdrückt, das wurmstichige Innere des von außen scheinbar so herrlichen Riesenbaumes zeigen. Es ist nun sehr zu begrüßen, daß endlich einmal gegen die urteilslose Bewunderung alles dessen, was amerikanisch heißt, Front gemacht wird, daß endlich der Oeffentlichkeit das zugängig gemacht wird, was bisher nur der Mund weniger Leute, die offenen Blickes die Vereinigten Staaten durchwandert haben, mitteilen konnte. Aber der Verfasser verfällt in denselben Fehler wie seine Gegner, er wird einseitig, er sieht überall nur das Verderben, und so sehr man dies in seinem Bestreben, auch die Schattenseiten der Union zu kennzeichnen, verstehen kann, so verlieren doch seine Ausführungen an Wert. Trotz alledem ist das Buch als Ergänzung zu der bisherigen Amerikaliteratur hochwillkommen zu heißen.

Dr. Johannes Riedel.

Winter. Gedichte von Elisabeth Gnade. Magdeburg-N., R. Zacharias. M. 1.80.

E. Gnade hat schon früher einen Band Gedichte, die sehr gute Aufnahme fanden, und acht Bände Romane bzw. Novellen veröffentlicht. Auch diese neue Gedichtsammlung verrät eine echte Dichterin, die ihren Gedanken und Gefühlen beredten Ausdruck zu geben weiß. Man erkennt in allen Gedichten die starke Persönlichkeit, die hinter ihnen steht.

E. M.

Ernst von Wildenbruch. Von Berthold Litzmann. Erster Band 1845 bis 1885. Mit 11 Bildnissen. Berlin, Verlag von G. Grote. Preis geh. M. 8.—, geb. M. 10.

Das deutsche Volk hat alle Ursache, Ernst von Wildenbruch dankbar zu sein und ihn zu ehren. Denn er war es, der zu jener Zeit, als die deutschen Bühnen am stärksten unter französischem Einfluß standen und frivole französische Machwerke sowie sog. moderne deutsche Dramen sich breit machten, ganz energisch protestierte. Wildenbruch versuchte wieder Ideale im Geiste Schillers aufzustellen und ein Drama großen Stils zu schaffen. Aber nicht bloß als Dichter, sondern als furchtloser deutscher Mann hat Wildenbruch zu wiederholten Malen seine Stimme erhoben und ist das gute Gewissen seiner Nation gewesen, z. B. zu der Zeit, als Bismarck von seinem Posten ging und als ihm der Reichstag Dank und Gruß verweigerte. Deshalb muß man auch Berthold Litzmann dankbar sein, der uns nun ein Lebensbild des Dichters und Mannes vermittelt. Kaum ein andrer war mehr berufen, eine Biographie Wildenbruchs zu verfassen, als Litzmann; denn er hat dem Dichter Zeit seines Lebens als Freund nahegestanden und dessen Schaffen bis ins einzelne verfolgt. Das bestätigt der uns vorliegende erste Band der Biographie in vollem Maße, in dem Litzmann eine bis ins einzelne gehende und dabei von einheitlicher, großer Anschauung getragene Analyse von Wildenbruchs Schaffen gibt. Der Band entläßt den Leser in dem Augenblick, wo Wildenbruch den

Digitized by Google

Lebensbund mit der ihm geistig ebenbürtigen Frau schließt, und in der Empfindung, daß das in diesem Leben sich offenbarende heldenhafte Streben eines großen, edlen Menschen etwas Vorbildliches hat und Wildenbruchs Werk und Wesen uns Deutschen als ein nationales Gut stets lebendig bleiben muß. Wir sehen dem zweiten Bande des großangelegten Werkes mit besonderem Interesse entgegen. H. H.

Kosmos-Kalender 1915. Stuttgart, Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde (Franckh'sche Verlagshandlung). M. 1.60.

Der vorliegende Kalender von 1915 ist reicher ausgestattet als der vom Vorjahre, so daß seine Benutzung jedem Naturfreund eine Fülle von wertvollen Anregungen bringen wird. Der vorzügliche Bilderschmuck ist begleitet von trefflichem, naturwissenschaftlichem Text. Die Auswahl aus dem Tier- und Pflanzenreich ist der Jahreszeit geschickt angepaßt, ebenso die astronomischen Blätter, unter denen besonders die über den Sternhimmel vielen willkommen sein werden.

Der gefesselte Faust. Der Menschheitskomödie letzter Schluß. Von Johannes Gaulke. Berlin-Tempelhof. 395 S. M. 4.—.

Der Verfasser hat in diesem Buche einige Motive aus Dantes „Göttlicher Komödie" und Goethes „Faust" zusammengestückt und auf unsre Zeit übertragen. In allerlei Offenbarungen und Höllenfahrten sucht er ein Bild der Vergangenheit und der Gegenwart zu entwerfen und insbesondere über die Sitten, Religions- und Rechtsanschauungen der Menschen Gericht zu halten. Er ist ein durchaus verneinender Geist: das Leben ist nach seiner Meinung völlig sinnlos und nichtig, eine alberne Komödie ohne die Spur einer höheren Entwicklung. Trotz mancher anregender Einfälle im einzelnen macht das Buch im ganzen einen platten und unerfreulichen Eindruck: auf die Dauer vermag weder der Gedankeninhalt unsern Verstand zu überzeugen noch die dichterische Form unser Gefühl zu erwärmen. Br.

Das Buch des Einarmigen. Ratschläge zur Aneignung der Fähigkeit, mit einer Hand selbständig zu werden. Von Géza Graf Zichy. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt. Geh. M. 2.—, geb. M. 3.—.

In seinen Lebenserinnerungen hat uns Géza Graf Zichy erzählt, wie er als ganz junger Mensch durch einen Unglücksfall seinen rechten Arm verlor und wie seine Energie und Lebenskraft siegreich aus dieser Katastrophe hervorgingen. Er ist ein ausgezeichneter Klavierspieler geworden und hat als „Virtuose der linken Hand" auf großen Konzertreisen überall Beifall und Ruhm geerntet. Immer hat ihm der Wunsch vorgeschwebt, seinen Leidensgefährten in aller Welt einmal in einer eignen Schrift zu zeigen, wie er sich mit seinem Gebrechen abgefunden hat, durch was für Griffe und Mittel es ihm gelungen ist, sich bei allen Hantierungen von der Beihilfe seiner Umgebung unabhängig zu machen, so daß er so gut wie keine Handreichung von andern braucht. Diese Schrift ist nun fertiggestellt; in einem knapp gefaßten Text und vierzig vortrefflichen Abbildungen gibt Graf Zichy seine Anleitungen allen, die des einen Armes — des rechten oder des linken — beraubt sind. Keine der Verrichtungen, zu denen uns beide Hände unentbehrlich dünken, ist da vergessen: vom Schneiden der Fingernägel und Obstschälen bis zur Benutzung der Jagdflinte und zum Lenken eines Zweispänners. Für jene Tapferen, die in diesen Tagen eine feindliche Kugel zu Einarmigen gemacht, und die sich nun vor die schwere Aufgabe gestellt sehen, durch unermüdliche Energie von ihrem schweren Los das verbitternde Gefühl der Abhängigkeit fernzuhalten, ist Graf Zichy der denkbar beste Lehrer und Führer, nicht nur, weil er aus voller, durchweg selbst erkämpfter Erfahrung spricht, sondern auch dank dem Ton, in dem er spricht: dies herzliche, gütige Zusprechen, der liebenswürdige Humor des Verfassers werden seine Geduld und Ausdauer bei den schwierigen Anfängen immer aufs neue anspornen. -y-

Drei psychologische Fragen zur spanischen Thronkandidatur Leopolds von Hohenzollern. Von Dr. Hermann Hesselbarth. Leipzig, B. G. Teubner. M. 3.60.

Das Buch ist nicht nur deshalb wertvoll, weil es über eines der interessantesten Probleme der modernen Geschichtsforschung helles Licht verbreitet, sondern auch aus einem methodologischen Grunde: wer sich den Reiz gönnen will, nicht bloß an den Ergebnissen, sondern am lebendigen Fortschritt einer geschickt geführten Untersuchung teilzunehmen, der lese diese Schrift. Daß sie dank ihrer klaren und ansprechenden Darstellungsweise auch für Laien verständlich ist, sei besonders hervorgehoben. H. Z.

Kongogeschichten. Von Jürgen Jürgensen. Aus dem Dänischen übersetzt von Hermann Kiy. Mit einer Einleitung von Dr. Kuno v. d. Schalk und Bildern von Ernst M. Heims in Berlin. Hamburg-Großborstel, Verlag der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung. 131 Seiten. Gebunden M. 1.—.

Der Band vereinigt vier Geschichten aus Jürgensens Novellenbuch „Fieber", Geschichten voll eigenartiger, packender Kraft, voll düsterer Tragik und kindlichem Humor. Wenn uns die hier geschilderte Welt auch

Digitized by Google

gelegentlich etwas brutal anmuten mag, so nehmen die Erzählungen doch kulturgeschichtlich wie künstlerisch eine achtbare Höhe ein und verdienen wohl empfohlen zu werden.
Br.

Deutschlands Orientpolitik im ersten Reichsjahrzehnt 1870—1880. Von Dr. Maximilian Fliegenschmidt. Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht.

Die vorliegende Darstellung bringt vielfaches Material über unsre Orientpolitik auf Grund gedruckter Quellen, die hier gesammelt sind (Hohenlohes Tagebücher, österreichische Rotbücher, Loftus' Denkwürdigkeiten usw.), und ebenso eine Anzahl von Stellen aus den Geschichtswerken von Bulle, Lenz u. a. Das Ganze macht mehr den Eindruck einer Stoffsammlung als einer zielbewußten Darstellung. Bismarck erhält dafür großes Lob, daß er durch den Zusammenschluß Deutschlands und Oesterreichs das Uebergewicht von Rußland und Frankreich eindämmte.
E.

Dante, Gedichte von zweifelhafter Echtheit. Neu übertragen und mit Originaltext versehen von Richard Zoozmann. Leipzig, Xenien-Verlag. 277 Seiten. M. 4.— (5.50).

Der als Uebersetzer der Göttlichen Komödie rühmlich bekannte Herausgeber bietet hier den Danteforschern und -liebhabern eine erlesene Gabe: des großen Florentiners Gedichte von zweifelhafter Echtheit; teilweise sind sie auch wohl von zweifelhaftem Wert, aber, soweit man sie eben für echt halten kann, als Entwicklungsstufen oder Gelegenheitsäußerungen des Meisters von hoher literaturgeschichtlicher Bedeutung. Der Band enthält als erstes Buch Kanzonen, Balladen, Sonette und Epigramme, als zweites die sieben Bußpsalmen, das Glaubensbekenntnis und den Briefwechsel des Dichters mit Giovanni di Virgilio. Der deutschen Uebersetzung ist jedesmal der italienische oder lateinische Urwortlaut gegenübergestellt. Wieder bewährt sich Zoozmann als kundiger und formgewandter Uebertrager. Gründliche und anregende Erläuterungen beschließen das Buch.
Br.

Das deutsche Universitäts- und Hochschulwesen. Von Dr. Karl Hoeber. (Sammlung Kösel, Band 54.) Kempten und München, Jos. Kösel'sche Buchhandlung. Geb. M. 1.—.

Ein Nachschlagebuch über die deutschen Hochschulen, gewissermaßen eine Enzyklopädie dieses Gebietes in möglichst kurzer Fassung zu gelegentlicher Orientierung und als Gedächtnisstütze, fehlte uns schon lange: Karl Hoeber hat es uns gegeben. Mit großem Geschick hat er auf den 207 Seiten seines Buches nicht bloß eine Entwicklungsgeschichte des Hochschulwesens von der scholastischen Zeit des Mittelalters bis auf die jüngste Gegenwart gegeben, sondern auch über die moderne Hochschulverfassung, die Promotion, das Frauenstudium und das komplizierte Korporationswesen alles Nötige klar, übersichtlich, objektiv und fesselnd gesagt. Besonderen Dank aber verdient der Hauptteil des Werkes, eine knappe Geschichte und Charakterisierung der einzelnen Universitäten, technischen Hochschulen, Forstakademien, Bergakademien, tierärztlichen Hochschulen, landwirtschaftlichen Hochschulen und Handelshochschulen Deutschlands.
Leipzig. Dr. Hans Zimmer.

Der Deutsche Krieg. Politische Flugschriften, herausgegeben von Ernst Jäckh. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt. Preis je 50 Pf.

In rascher Folge ist wieder eine Reihe dieser trefflichen Flugschriften erschienen, die in ihrer Gesamtheit eine Fülle gründlichen Wissens und praktischer Erkenntnis darstellen und ein rühmliches Zeugnis ablegen von der politischen Bildung, mit der das deutsche Volk in dem gewaltigen Kampf um seinen nationalen Bestand, um seine weltgeschichtlichen Aufgaben hineingegangen ist. Wir geben einen kurzen Ueberblick über die nun zuletzt herausgekommenen Hefte. Dr. Carl Anton Schäfer schildert (in Heft 13) die „Deutsch-türkische Freundschaft" auf Grund der deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen; er weist nach, daß im Gegensatz zu der immer zweideutigen Politik Englands die unsre stets auf Stärkung und Verjüngung der Türkei bedacht war; daß „die Kraft Deutschlands die Kraft der Türkei" ist. Daß wir heute die Türkei als unsern Bundesgenossen im Kampf gegen den Dreiverband zur Seite haben, ist die schöne, langsam gereifte Frucht dieser Freundschaft. — Dr. Fritz Wertheimer hat seine Schrift „Deutschland und Ostasien" (Heft 14) den deutschen Helden von Tsingtau gewidmet; mit Stolz und Wehmut sehen wir aus seiner sachlichen und doch hinreißend warmen Darstellung das Bild der großartigen, für Ostasien vorbildlich gewordenen Kulturleistung wieder erstehen, die Deutschland in der Kolonie von Kiautschau geschaffen hat und deren Bedeutung die Tage der japanischen Besitzergreifung überdauern wird. — Aus dem nahen und fernen Osten führt uns Heft 15 in die Heimat zurück: Dr. Gertrud Bäumer, eine der bewährtesten Führerinnen auf dem Gebiet der Frauenfrage, behandelt darin das schöne, inhaltschwere Thema: „Der Krieg und die Frau." Neben der unwägbaren Wehrleistung der Frauen und Mütter, von der jeder Soldat sein Stück mit hinausträgt, zeigt sie vor allem die besonderen, einzelnen Kriegsaufgaben, die Mitarbeit der Frauen an der Widerstandskraft unsrer wirtschaftlichen und sozialen Richtung auf dem

Digitized by Google

Gebiet der Hauswirtschaft, der Pflege, der Wohltätigkeit und der sozialen Organisation. Die deutschen Frauen werden ihrem Lande mit täglich gefestigter Kraft und täglich geläuterter Einsicht durchhalten helfen, und sie werden einst die Schwelle des Friedens reifer, treuer und ernster überschreiten. — Heft 16 hat den Grafen Ernst zu Reventlow zum Verfasser und ist betitelt „England, der Feind." Graf Reventlow, der sich durch eine Reihe politischer Bücher einen bekannten Namen geschaffen hat, setzt auseinander, welcher Mittel sich England zur Verwirklichung seines Zieles, der Zurückdrängung Deutschlands aus seiner Weltstellung, bediente. Als „einen Verneiner unsers Daseins" kennzeichnete er uns England, und jedermann wird seinen Schlußworten zustimmen müssen: „Dieser haßerfüllte Feind unsrer Art und unsrer Arbeit muß unschädlich gemacht werden." — Mit England beschäftigt sich auch, aber von einem andern Gesichtspunkt aus, der Rostocker Historiker Professor Arnold Oskar Meyer (Heft 18). „Worin liegt Englands Schuld?" betitelt dieser gründliche Kenner englischer Geschichte und Gegenwart seine Darlegungen, in denen er es zunächst durchaus wahrscheinlich macht, daß England den Krieg nicht eigentlich gewollt und lange vorbereitet habe; Englands Schuld erblickt er darin, daß es, ohne den Krieg zu wollen, zur Stärkung seiner diplomatischen Stellung gegenüber Deutschland Mittel angewendet hat, die ungemein gefahrdrohend für den Frieden waren. „Es war eine Politik von gigantischer Frivolität, die England zwar in der Macht des Zweibunds eine unvergleichliche Rückendeckung bot, aber gleichzeitig unmittelbar und vor aller Augen am Abgrund des Weltkriegs entlang führte", bis es nicht mehr in der Macht der englischen Diplomatie lag, Einhalt zu gebieten: „England konnte gar keinen Druck auf seine Ententegenossen ausüben, denn die Leitung der Entente war ihm völlig entglitten." Von den Trägern dieser unheilvollen Politik, Grey und Churchill, gibt der Verfasser auf Grund persönlicher Anschauung lebendig gesehene und durchgeführte Bildnisse. — In „Das deutsche Elsaß" führt uns Friedrich Lienhard im 17. Heft dieser Flugschriften. Lienhard, von Geburt Elsässer, in seinen schönen dichterischen Werken wie als politischer Schriftsteller einer der besten, aufrichtigsten Vorkämpfer deutschen Wesens im Reichsland, zeigt nach einem historischen Rückblick, wie im Elsaß deutsches Gemütsleben, deutsche Dichtung und Kunst die französische Herrschaft überdauerten; er berichtet uns von den Vorkämpfern dieses elsässischen Deutschtums und von dem stillen Martyrium, das sie durchmachen mußten, als es den französischen Elementen des Landes gelang, mit dem betörenden Schlagwort von der „Doppelkultur" und unter der Maske eines pietätvollen „culte du passé" die Geister immer mehr zu verwirren und deutschem Wesen zu entfremden, bis endlich, unter den furchtbaren und gewaltigen Eindrücken des Kriegs, der große Umschwung eintrat. Diesen schildert Lienhard zum Schluß; mit freudiger Zuversicht, der jeder gute Deutsche gern beistimmen wird, blickt er in die Zukunft des nun hoffentlich für immer und ganz deutsch gewordenen Elsaß. Die Flugschrift wird als ein wichtiges Dokument für die Stimmung des Elsaß und seiner besten Elemente den Tag überdauern. — In weite geschichtliche Zusammenhänge, vor die tiefsten und ernstesten Fragen der sittlichen Verantwortung und des nationalen Gewissens stellt Professor Erich Marcks, unter unsern lebenden Historikern einer der höchstangesehenen, die unmittelbare Gegenwart mit der Schrift: Wo stehen wir? die politischen, sittlichen und kulturellen Zusammenhänge unsers Krieges. Er erhebt die Fragen: Ist das Außerordentliche, das wir durchleben, ganz neu und anders? Welche Fäden führen auf das Bekannte zurück? Die Antwort darauf gibt Marcks durch eine Schilderung der staatlichen, sittlichen und kulturellen Entwicklung Deutschlands mit Beziehung auf seine Umwelt; durch eine knappe Skizzierung der Staaten, die uns bekriegen, der Mittel, durch die wir den Sieg erringen müssen, und der Ziele. Als Ziele nennt er: Die Einheit von Fürstentum, Reich, Staat und Volk, die in der Reichstagssitzung vom 4. August den schönsten Ausdruck fand und die der Zukunft die Züge einpressen muß; im Aeußern als Mindestes die Anerkennung unsers Weltdaseins durch Großbritannien und eine greifbar feste Garantie dieser Anerkennung; wir werden ausgreifen müssen, nicht um zu annektieren, sondern um uns als Deckung zu nehmen, was wir militärisch unbedingt brauchen. Als ein imposantes Zukunftsbild in weit gespanntem Rahmen schildert Marcks den schon von dem Schweden Kjellén entwickelten Gedanken eines neuen Mitteleuropa unter deutscher Führung. — In die Weiten der Weltpolitik führt uns auch Prof. Georg Kampffmeyers Schrift „Nordwestafrika und Deutschland" (Heft 21). Der Verfasser, von der Marokkokrisis her als ein guter Kenner der wirtschaftlichen und ethnographischen Verhältnisse Marokkos bewährt, schildert die Kolonisationsarbeit der Franzosen in Algerien und Tunesien, deren Bevölkerung großenteils wirtschaftlich abhängig von den Franzosen und auch sonst aufs engste mit ihnen verknüpft ist; an ein Aufflammen des „Heiligen Krieges" in diesen Gebieten ist nach Kampffmeyer nicht zu denken; anders in Marokko, wo die französische Kolonisierung im Innern erst vereinzelte Gebiete erfaßt hat. Marokko ist auch für uns Deutsche noch

Digitized by Google

ein Platz für Kolonisationsarbeit, und der Verfasser wirft die Frage auf, ob nicht ein Teil Marokkos in Besitz genommen werden soll als strategische Sicherheit gegen das jenige Frankreich, das etwa dort nicht mit uns in Frieden leben wollte, wenn — wie der Verfasser hofft — in Europa nach Beendigung des Kriegs beide Nationen sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden. — Ein heimatliches Kulturproblem behandelt (in Heft 20) Gustav E. Pazaurek, der verdiente Leiter des Stuttgarter Gewerbemuseums: „Patriotismus, Kunst und Kunsthandwerk". Die selbstverständliche, wenn auch weniger erfreuliche Begleiterscheinung unsrer großen Zeit ist der Mißbrauch, der da und dort mit dem Patriotismus getrieben wird. Demgegenüber ist beizeiten an einen großzügigen Mobilmachungsplan für die nachfolgende Friedenskulturarbeit zu denken, wenn wir Deutsche die uns zugewiesene Führerrolle übernehmen und mit Erfolg durchführen wollen. Selbstverständlich gehört zur Durchführung solcher Weltkulturmissionen, wie der Förderung von Kunst und Kunsthandwerk, daß die Scheuklappen eines einseitig „nationalen" (aber nicht patriotischen) provinziellen Bierbankpolitikers abgelegt werden. Wir werden dem Verfasser recht geben müssen, wenn er ausführt, daß es nicht damit getan ist, das Fremde zurückzudrängen, sondern daß wir dafür Sorge tragen müssen, daß an seine Stelle etwas Besseres und Solideres tritt. Seine Flugschrift ist im Grunde ein Aufruf im Geiste der Bestrebungen des Deutschen Werkbundes an alle, die es angeht, Künstler, Industrielle, Gewerbetreibende: deutsche Form und deutscher Stil möge auf der Durchdringung echten Materials mit deutschem Geiste bestehen.

-y-

Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes

(Besprechung einzelner Werke vorbehalten)

Fried, Dr. Alfred H., Kurze Aufklärungen über Wesen und Ziel des Pazifismus. Berlin, Verlag der Friedens-Warte.

Sartori, Paul, Handbücher zur Volkskunde. Band VII/VIII. Sitte und Brauch. III. Teil. Zeiten und Feste des Jahres. Leipzig, Verlag von Wilhelm Heims.

Stockmann, Alois, S. J., Alban Stolz und die Schwestern Ringseis. Freiburg i. Br., Herdersche Verlagshandlung. Geh. M. 5.—, geb. M. 6.—.

Sträter, August, S. J., Die Vertreibung der Jesuiten aus Deutschland im Jahre 1872. Freiburg i. Br., Herdersche Verlagshandlung. Brosch. M. 1.60.

Tews, J., Ein Jahrhundert preußischer Schulgeschichte. Leipzig, Verlag Quelle & Meyer. Brosch. M. 3.—, geb. 3.60.

Thaler, Christine v., Erziehungskunst. Wien, A. Hartleben's Verlag. Geh. M. 2.—.

Thespis, Monatsblätter für moderne Literatur und Musik. 8. Halbjahr. Heft 13. Berlin, Thespis-Verlag, Alfred v. Sommaruga.

Ulmenried, Wilhelm Wingolf v., Ein Ketzer. Die Jahre des Lernens. Leipzig, Gustav Leuckenbein, Verlag. Geh. M. 4.—, geb. M. 5.—.

Valentin, Dr. Veit, Die Mächte des Dreiverbandes. München, R. Oldenbourg. Geh. 40 Pf.

Verhandlungen der ersten deutschen Konferenz für staatsbürgerliche Bildung und Erziehung. Leipzig, B. G. Teubner. Geh. M. 2.—.

Vermeersch, Arthur, S. J., Die Toleranz. Freiburg i. Br., Herdersche Verlagshandlung. Brosch. M. 3.50, geb. M. 4.50.

Wehrhan, Karl. Bd. 1: Die Sage; Bd. 2: Das Märchen; Bd. 3: Das Volkslied; Bd. 4: Kinderspiel; Bd. 5: Sitte und Brauch, I. Teil; Bd. 6: II. Teil; Bd. 7/8: III. Teil. Leipzig, Verlag von Wilhelm Heims.

Weibel, Rosa, Von Lieb und Leid. Skizzen. Zürich, Art. Institut Orell Füßli. Geb. Fr. 3.50.

Wendel, Georg, Kritik des Erkennens. Bonn, Carl Georgi. Geh. M. 4.—.

Rezensionsexemplare für die „Deutsche Revue" sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Uebersetzungsrecht vorbehalten.

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart — Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württemberg

Digitized by Google

Auf welche Weise machte sich Frankreich zum Herrn von Tunis?

Von

Archivrat Dr. J. Lulvès (Hannover)

„Nizza und Tunis, für uns zwei Schlachten gleichwertig, die wir an eine Nation verloren haben, welche möglicherweise einmal unser wirklicher Feind sein kann!" Es soll Francesco Crispi[1]) gewesen sein, der sich so in einem Briefe vom 24. April 1881 einem andern italienischen Minister, dem großen Finanzmann Quintino Sella, gegenüber ausgedrückt hat.

Eine Tatsache beweisen die eingangs genannten Gebietsnamen, nämlich, daß alle Ländererwerbungen Frankreichs in Europa oder in Europas nächster Nähe während der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts auf Italiens Kosten bzw. zu seinem Schaden erfolgt sind.

Für die damaligen und mehr noch für die weiteren Wechselbeziehungen zwischen Frankreich und Italien, welche zugleich maßgebend für das Schicksal der von beiden begehrten „Regentschaft" Tunis sein sollten, zeitigte der Berliner Kongreß im Sommer 1878 ein entscheidendes Ergebnis, nämlich eine geheime Verständigung zwischen Frankreich und England hinsichtlich mehrerer türkischer Vasallenstaaten am Mittelländischen Meere, zu denen u. a. Tunis gehörte.

Der maßgebende Staatsmann auf dem Kongreß, Fürst Bismarck, hatte auch diesen nordafrikanischen Staat in den Kreis seiner politischen Erwägungen gezogen. Am 8. Juli 1878 war das bereits vor dem Kongreß getroffene Ab-

---

[1]) Crispi dürfte wohl der als „un eminente uomo politico di sinistra" bezeichnete Verfasser jenes Briefes sein (vgl. Luigi Chiala, Pagine di Storia contemporanea, II, S. 295, Nr. 2). Ueber Nizzas Erwerbung durch Napoleon III., der ich im Dezember-Heft der „Deutschen Revue" (1914), S. 245 ff. eine längere Untersuchung gewidmet habe, äußert sich Crispi in seinen Memoiren (Deutsche Ausgabe, S. 205): „Ein französisches Nizza ist ein geographischer Widersinn; mit den 50 Millionen Kriegsentschädigung waren Napoleon alle Kriegskosten bezahlt." — „Nizzas Italienertum leugnen zu wollen, ist dasselbe, wie das Licht der Sonne zu leugnen," sagte Garibaldi in einem inzwischen von der „Concordia" in Rom zum ersten Male veröffentlichten Briefe vom 25. November 1871 an Lavagna.

Copyright 1915 by Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

kommen zwischen England und der Türkei über die Ueberlassung Cyperns an ersteres bekannt geworden. Oesterreich hatte sich Bosnien und die Herzegowina gesichert, die übrigens (nach R. Bonghi) bereits Cavour unter gewissen Bedingungen dem Kaiserstaate zugedacht haben soll. Italiens Stellung war demnach im Mittelländischen sowie im Adriatischen Meere sehr verschlechtert. Da sagte dem darüber niedergedrückten Vertreter Italiens, dem Grafen Corti, der Staatssekretär des deutschen Auswärtigen Amtes, Bernhard Ernst v. Bülow: „Warum wollen Sie sich nicht mit England verständigen und sich Tunis nehmen?“ [1])

Fraglos hat der Vater des späteren vierten Reichskanzlers diesen direkten, absolut nicht mißzuverstehenden Hinweis *nur im Auftrage seines Chefs*, des Fürsten Bismarck, gemacht und machen können.[2]) Leider ist die Tatsache dieser Anregung des deutschen Staatsmanns in der politischen Literatur nicht genügend bewertet worden.

Charakteristisch für die damalige italienische Politik war die Antwort, welche Italiens Vertreter dem Mitarbeiter Bismarcks gab. „Sie wollen uns wohl mit Frankreich entzweien?“ Tunis mußte schon durch seine geographische und politische Lage auf jeden Fall Zankapfel zwischen Frankreich und Italien werden, sobald einer dieser Staaten Anspruch auf eine dortige Vorherrschaft erhob. Welchen der beiden Staaten dabei Bismarck lediglich durch Passivität förderte, kam in der Beziehung nicht in Betracht; im Prinzip mußte der deutsche Reichskanzler eine außereuropäische Ableitung für die von Treitschke so scharf gegeißelte „Ländergier der Franzosen“ fördern, gleichgültig, auf welches Ziel.

Es war nicht das erstemal, daß eine derartige Anregung Italien von seiten der beiden Zentralmächte gegeben wurde, die sich am 7. Oktober 1879 zum Zweibunde vereinigen sollten.

Bereits im Jahre 1868 war es durch den preußischen Gesandten Grafen v. Usedom auf die Bedeutung von Tunis für seine Interessen hingewiesen worden, die Preußen unterstützen würde.

1876 legte Graf Andrássy dem italienischen Gesandten General Robilant die Besetzung von Tunis durch seine Regierung nahe, erhielt aber den Bescheid: „Von afrikanischen Gebieten wollen wir nichts wissen.“ Eine ähnlich ablehnende Antwort holte sich etwa ein Jahr darauf Baron Haymerle in Rom von Cairoli bei den Vorverhandlungen für den Berliner Kongreß. Also neu war in den deutschen und österreichischen Regierungskreisen der Gedanke einer Besetzung von Tunis durch Italien durchaus nicht.

Nach der Ablehnung, welche Graf Corti Herrn v. Bülow hatte zuteil werden lassen, trat auf dem Berliner Kongreß eine andere Kombination für die Zukunft von Tunis auf — ein Abkommen zwischen England und Frankreich, vereinbart von Lord Beaconsfield, der England volle Freiheit in Aegypten sichern wollte,

---

[1]) Vgl. „La Triple Alliance“ in „Revue des deux mondes“, Vol. 130 (1891), S. 888.

[2]) Die Beweise für die Glaubwürdigkeit der Anregung und ihres Ursprungs bei Bismarck hat L. Chiala, Pagine usw. II, S. 91, Nr. 1 zusammengestellt.

Digitized by Google

Lord Salisbury und dem französischen Minister des Aeußern Waddington: als Entgelt für die Duldung einer ungestörten Inbesitznahme Cyperns durch England erhielt Frankreich das Zugeständnis, sich dauernd in Tunis festzusetzen, sobald ihm ein geeigneter Zeitpunkt dazu gekommen zu sein schiene.

Salisbury soll hierbei Frankreich die Berücksichtigung einer Entschädigung für Italien anempfohlen haben, etwa, wie behauptet wurde, eine Insel im Archipel oder besser Tripolis.

Die französisch-englische Verständigung, die schon in den allernächsten Tagen in dem veränderten Tone der französischen Staatsmänner und ihrer Organe gegenüber England zutage trat, war den italienischen Bevollmächtigten nun doch nicht so ganz verborgen geblieben. Die Vermutungen des Grafen de Launay veranlaßten die italienische Regierung zu entsprechenden Anfragen durch ihre Botschafter in London und Paris; dort erfuhr sie eine absolute Dementierung, hier die Erklärung des Ministers des Aeußern, Waddington, daß die Tunisfrage niemals erörtert, auch nicht einmal in einem flüchtigen Gespräch im Ministerium berührt worden sei ... „Sollte sich die Notwendigkeit oder das Bedürfnis einstellen, im Becken des Mittelmeeres Vorsichtsmaßregeln zum Schutze französischer Interessen zu ergreifen, so würde nichts, absolut nichts, ohne ein vorhergehendes Einverständnis mit Italien geschehen ... Er persönlich sei gegen die Erwerbung von Tunis. „Immerhin," meinte er, „könnte eine andre Ansicht als die meine einmal ausschlaggebend werden. Aber ich gebe Ihnen mein Ehrenwort, daß, solange ich in der französischen Regierung mitarbeite, nichts Derartiges versucht werden, keine Einnahme von Tunis oder irgendeines andern Punktes erfolgen wird, ohne ein gemeinschaftliches Vorgehen, ohne eine vorherige Anerkennung des Rechts, das Italien zustehen würde, einen andern Punkt von entsprechender und angemessener Bedeutung zu besetzen." [1])

Die Zukunft sollte erweisen, wie diese Zusagen, dieses Ehrenwort gehalten wurde. Gleichzeitig hatte Léon Gambetta dem italienischen Botschafter Cialdini eine inhaltlich ähnliche, schon früher gegebene Versicherung wiederholt, nämlich, „daß die gegenwärtige Regierung und die sie stützende republikanische Partei niemals an die Besetzung von Tunis gedacht hätten; sie läge durchaus nicht in ihrer Absicht. Sollten sie sich jemals mit einem solchen Projekte zu beschäftigen

---

[1]) Wie verträgt sich mit dieser Aeußerung, die am 18. August 1878 vom Botschafter Cialdini nach Rom gemeldet wurde, die Behauptung in einem auch von der „Times" wiedergegebenen Schreiben desselben Waddington an seine Wähler (Ende 1893), daß er auf dem Berliner Kongreß „mittels einer heimlichen Vereinbarung für Frankreich „carte blanche" für Tunis erwirkt habe, später das französische Protektorat über Tunis zu errichten, ohne daß sich daraus ein europäischer Konflikt entwickelte." — Vgl. Memoiren Franc. Crispi's (deutsch von W. Wichmann, S. 98, 105). Die Pubblicazioni dell' archivio Crispi (II, 77, 82), schon durch die beigefügten Aktenstücke eine historische Quelle ersten Ranges, sind herausgegeben von Crispi's Neffen T. Palamenghi-Crispi, der kürzlich ein unparteiisches Blatt, die „Concordia", im Sinne der auswärtigen Politik seines Onkels gegründet hat.

Digitized by Google

haben, so würden sie sich vor allem mit Italien verständigen, weil es nicht nach Frankreichs Sinn wäre, sich Italien zu einem unversöhnlichen Feinde zu machen".

Genau zwei Jahre später gab der Ministerpräsident Freycinet demselben Botschafter Freundschaftsversicherungen gleichen Inhalts; aber er empfahl Italien, doch dabei von einer Konkurrenz in Tunis abzulassen und die Augen lieber auf Tripolis zu richten.

Alle diese Zusagen betörten jedenfalls den gegen Frankreich vertrauensseligen Leiter der italienischen Politik in jenen Jahren, Cairoli!

Daß Bismarck nach der Abweisung, die sein erster Vorschlag bei Corti gefunden hatte, das französisch-englische Abkommen über Tunis geschehen ließ, ist leicht zu verstehen. Daran weitere und möglichst gehässige Folgerungen anzuknüpfen, war, wie wir unten sehen werden, der Phantasie, vorzüglich französischer Publizisten, vorbehalten.

Aus dem Abkommen für Frankreich sofort die Konsequenz zu ziehen und Tunis schon jetzt zu besetzen, war die Idee des Präsidenten der Republik Mac Mahon, des Kabinettschefs Dufaure und des Generals Chanzy. Tatsächlich soll damals wenigstens der spätere sog. Bardovertrag für den Bey von Tunis ausgearbeitet worden sein. Frankreich wartete nun eine günstige Gelegenheit für seinen Anschlag auf Tunis ab.

Welches Anrecht aber hatte Italien auf den Besitz der Regentschaft? Das ergab sich aus ihrer geographischen Lage und aus ihrer Geschichte.

Die ursprünglich zusammenhängenden, erst nach vulkanischen Bodenveränderungen durch die Meerenge von Pantelleria getrennten Länder Sizilien und Tunis weisen fast durchweg gemeinsame Schicksale auf.

Von der Epoche der Phönizier, die seit dem Ende des zweiten vorchristlichen Jahrtausends die wichtigsten Küstenplätze beider Länder beherrschten, und der Karthager an, die mit den nach Westen vordringenden Griechen jahrhundertelang um den Besitz von Westsizilien kämpften, bis zu den Römern, die von Sizilien aus den entscheidenden Schlag gegen Karthago, nunmehr Roms gefürchtete Rivalin, führten, — stets zeigt es sich, daß eine starke Macht auf der einen Seite der Meerenge eine beständige Bedrohung für die andere Seite ist.

Tunis bildet den ersten und dauerndsten Besitz Roms auf afrikanischem Boden; für ein halbes Jahrtausend bleiben die Gebiete beider Seiten der Meerenge politisch geeint. Dann nach den Vandalen, Oströmern, Arabern, Normannen — die Italiener. Im elften Jahrhundert bemächtigen sich Pisaner und Genuesen des Handels an der nordafrikanischen Küste. 1317 empfangen die Venetianer besondere Handelsprivilegien in Tunis. Die italienischen Handelsfaktoreien dehnen sich bis nach Ceuta aus.

Nach dem Falle der Barbareskenstaaten, welche sich seit dem Niedergange des italienischen Seehandels im sechzehnten Jahrhundert gebildet, hat mit der Verjüngung und Vereinheitlichung Italiens die Einwanderung aus Sizilien, Sardinien und Kalabrien in gesteigertem Maße wieder zugenommen, ungeachtet

Digitized by Google

aller Gegenbestrebungen Frankreichs, welches das Nachbarland Algier in fünfzigjährigen Kämpfen erobert hatte.[1])

Um 1880 zählte die italienische Kolonie in Tunesien mindestens 15000 Köpfe nach der Angabe des Franzosen G. Valbert, der die großen Interessen Italiens in Tunis vollauf anerkannte,[2]) mindestens 30000 bei kaum 15000 sonstigen Europäern nach italienischen Angaben.[3]) Die bedeutendsten Handelsherren, Bankiers, Advokaten und Aerzte waren Italiener. Durch den über ein Jahrtausend währenden Verkehr mit den Orientalen hatten die Italiener gelernt, sich deren Gewohnheiten und Verkehrsformen anzupassen, und umgekehrt. Der Handel lag damals zum großen Teil in ihren Händen[4]) und bediente sich ihrer Sprache, die die dortige Umgangssprache für Europäer war.

Das Naturgemäße war demnach für die wirtschaftliche Entwicklung Tunesiens die Weiteritalienisierung, der sich dann in logischer Folge die politische Angliederung an das geeinte Königreich Italien anschließen mußte.

Vorbereitet war eine solche bereits 1864 unter dem Ministerium Marco Minghetti's; eine Expedition sollte dazu von Genua abgehen unter dem Oberbefehl des Generals Ambrogio Longoni. Mit der Umgestaltung von Tunis in eine italienische Kolonie war auch Napoleon III. einverstanden. Leider ließ die italienische Politik den überaus günstigen Augenblick unbenutzt vorübergehen!

Vier Jahre später hingegen (1868) ward durch den Konsul Pinna mit dem damaligen Bey ein günstiger Vertrag abgeschlossen, der den ansässigen Italienern gewisse Vorrechte, darunter die Ausnutzung der im Altertum bereits bekannten Bleiminen von Djebel Rças, sicherte. Bald darauf erfolgte die Einrichtung einer Finanzkommission in dem arg verschuldeten Lande durch ein Dekret des Bey.

Der Versuch desselben Konsuls im Januar 1871, während eines Aufstandes in Algier, seine Flagge in Tunis zu hissen und das Auslaufen eines Geschwaders von Spezia dorthin zur Unterstützung zu erwirken, wird durch die Intervention von England und Türkei rückgängig gemacht.[5]) Letztere war Oberherrin (Suzerän) über Tunis, ersteres aber wachte eifersüchtig darüber, daß schon prinzipiell die alleinige Beherrschung der Meerenge zwischen Sizilien und Tunis keiner andern Macht zufiele; schon besaß es in Malta eine drohende Zwingburg gegen Italien.

Hatte Napoleon III. sich den italienischen Bestrebungen auf Tunis wohlwollend gezeigt, so kehrte die ihm folgende liberale Republik eine Italien minder geneigte Politik hervor.

---

[1]) Nähere Daten bringt die Darstellung Professor Theobald Fischers: „Die Küstenländer Nordafrikas" in der „Deutschen Revue", VII, Bd. 1 (1882), S. 235 ff.

[2]) In einem längeren Aufsatze, erschienen im 45. Bande der „Revue des deux mondes" (1881), S. 207 f.; dort führt er die Gewerbe auf, welche fast nur von Italienern betrieben werden.

[3]) In der „Rassegna settimanale di Roma", 29. Sept. 1878.

[4]) Schon nach Valberts Berechnung waren 1879 von 683 Handelsschiffen im Hafen von Goletta mehr als 500 italienisch.

[5]) G. Hanotaux, Geschichte des zeitgenössischen Frankreich, III, S. 489.

Digitized by Google

Die sog. „italienische Politik" überhaupt, die Duldung eines großen und geeinten Staates an der Alpengrenze Frankreichs, der man, mit Unrecht, Napoleon III. Schuld gab, war gar nicht nach dem Sinne der Liberalen, Republikaner, Legitimisten und Klerikalen. Bereits 1869 scheute sich Adolf Thiers nicht, in einem höflichen Dankbriefe an den italienischen Politiker L. Chiala sein tiefstes Bedauern über die Neugestaltung Italiens auszudrücken, sie als „funeste" und „déplorable" pour notre grandeur et notre sûreté" zu bezeichnen.[1]) So sprach der erste Präsident der dritten französischen Republik.

Diese wenig freundliche Stimmung[2]) in den maßgebenden politischen Kreisen bekam Italien in recht empfindlicher Weise im Jahre 1877 zu fühlen, als der bereits fast zwei Jahre zuvor vorbereitete französisch-italienische Handelsvertrag abgeschlossen werden sollte; nach einer Verlängerung des Anfangstermins hätte er am 31. Mai 1878 in Kraft treten müssen. Das italienische Parlament beeilte sich mit der Durchberatung und genehmigte ihn am 3. April; die Genehmigung durch den Senat folgte am 8. Mai: Italien hatte dem Vertrage seine Unterschrift erteilt!

Auf mißtrauische Interrogationen hin hatten die Vertreter der Regierung im italienischen Parlament ihre feste Ueberzeugung ausgesprochen, daß der Handelsvertrag rechtzeitig in der französischen Kammer zur Durchberatung kommen würde. Da traf die ernüchternde Nachricht ein, daß diese auf den November verschoben werden sollte. Mit Rücksicht auf den peinlichen Eindruck, den die Nachricht allgemein in Italien hervorgerufen hatte, machte der franzosenfreundliche Ministerpräsident Benedetto Cairoli der französischen Regierung so dringende Vorstellungen, daß nunmehr die dortige parlamentarische Kommission wenigstens für den tatsächlichen Beginn der Diskussion am 6. Juni sorgte. Da zeigte sich deutlich das geringe Entgegenkommen der französischen Kammer gegen Italien. Mit zwei Stimmen Majorität ward der von den italienischen Parlamenten bereits angenommene Handelsvertrag im französischen abgelehnt, die Gegenmotion sah allerdings neuen Unterhandlungen mit Italien zur Modifizierung des Entwurfs entgegen.

Die Ablehnung des Handelsvertrags verletzte die Italiener in ihrem Nationalgefühl ... „Wir hatten uns eingebildet, daß Frankreich eine treue Freundin Italiens sei," so schrieb damals der parlamentarische Referent Luzzatti, und der Abgeordnete Branca konnte, bei allen Sympathiebezeugungen gegenüber Frankreich, nicht umhin, am 17. Juni 1878 im Parlament die Nichtrespektierung der Unterschrift Italiens durch Frankreich zu beklagen. Der Abgeordnete Ercole wies darauf hin, daß das italienische Parlament, trotz drohender Nachteile für manche Industrieinteressen, opferfreudig den Handelsvertrag angenommen habe.

---

[1]) Brief abgedruckt bei L. Chiala, Pagine di Storia contemporanca, II (1892), S. 70, Nr. 1.

[2]) Aehnlich wie Thiers äußerte sich z. B. eine dem späteren zweiten Präsidenten nahestehende Persönlichkeit, der ehemalige Ordonnanzoffizier Mac Mahons, des Siegers von Magenta, der Graf d'Hérisson.

Digitized by Google

Von nicht geringem Einfluß sei dabei der politische Gedanke gewesen, Frankreich die Gefühle der Freundschaft und Ehrerbietung zu erweisen.

Solche Gefühle habe Frankreichs Kammer nicht besessen. Sie hätte ja den Handelsvertrag auf zwei Jahre, auch auf eins genehmigen können, in Rücksicht auf neue Verhandlungen bis dahin, oder auch zwei oder drei ungeeignet erscheinende Artikel ausscheiden können. So aber bleibe ein italienisches Gesetz wirkungslos und ohne Autorität durch die Willkür einer ausländischen Versammlung... Es sei beispiellos in der Geschichte, daß eine Nation, die unter einen Vertrag ihre festen Treuglauben versichernde Unterschrift gesetzt hat, diese selbst hernach zurückweisen muß, ohne daß sie ihrerseits die allgemeinen Interessen verletzt und geschädigt hätte. Unvereinbar mit der Würde der Nation sei es, daß das Parlament eines Staates von der Willkür und dem Gutdünken des Parlaments einer andern Nation abhänge.

Gefühlt hatten es die italienischen Politiker, daß ihr Vaterland von Frankreich in herabwürdigendster Form als „quantité negligeable" behandelt worden war. Leichter setzte sich darüber in seinem frankophilen Optimismus der diplomatisch umgewandte Ministerpräsident Cairoli hinweg; er vertröstete auf die zugesagten neuen Unterhandlungen.

Trotz derartiger Erfahrungen mit Frankreichs angeblicher Neigung zu Italien, erteilte Corti auf dem Berliner Kongreß im folgenden Jahre die obenerwähnte abweisende Antwort auf Bismarcks Anregung[1]) bezüglich Tunis für Italien. Sie ergab sich aus der ganzen Richtung der italienischen Gefühlspolitik gegenüber Frankreich, die stetige zartfühlende Rücksichtnahme auf alle Wünsche und Launen der mächtigen „Consorella latina". Der schön klingende, aber nur mystische[2]) Begriff „lateinische Schwesternation" schien nur erfunden zu sein, damit Frankreich ihn mit zielbewußter Gewandtheit zum eigenen Vorteil ausnutze.

Die freundschaftliche Zuneigung der Italiener erwiderte es mit recht trockenem Realismus, mit rücksichtslosestem Eigennutz.

Eine neue Enttäuschung mit Frankreich ward Italien bald nach dem Berliner Kongreß zuteil; sie war zugleich ein Ergebnis des neuen französisch-englischen Abkommens.

Zum Schutze der Finanzinteressen seiner Untertanen in Aegypten hatte Italien seit 1876 im obersten Schatzrat des dortigen Khedive Ismail als tüchtigen und sachkundigen Vertreter den ehemaligen Minister Antonio Scialoja, eine Autorität auf seinem Gebiete. Auf Betreiben Frankreichs und Englands mußte aber Scialoja das ihm formell vom Khedive übertragene Amt nieder-

[1]) Daß der deutsche Reichskanzler bei jenem Vorschlage auch Italiens Enttäuschung hinsichtlich des französischen Handelsvertrags berücksichtigt hat, ist zweifellos.

[2]) Daß Frankreich seinen Namen von einem urdeutschen Volksstamm hat, daß dieser einen starken Einschlag der ursprünglich keltischen Bevölkerung gegeben hat — das dem italienischen Publikum an der Hand der Geschichte und der Völkerkunde nachzuweisen, läge nicht im Interesse der französischen Politik.

Digitized by Google

legen. An die Spitze der Regierung berief bald darauf der Khedive Nubar-Pascha, der die Bildung eines Ministeriums durchsetzte; in diesem hatten England und Frankreich je einen Vertreter. Italiens entsprechender Wunsch nach einer Vertretung begegnete in Paris beim Minister des Auswärtigen, Waddington, einer unzweideutigen Ablehnung mit dem Hinweise auf das französisch-englische Abkommen, das eine Vertretung Italiens, Oesterreichs, Deutschlands usw. im ägyptischen Ministerium nicht wünschenswert erscheinen lasse. „Wenn Ihnen jenes Abkommen nicht gefallen sollte, so täte mir das sehr leid!"

„In beleidigender Weise wurden wir abgewiesen" (fummo ingiuriosamente respinti), so bezeichnete später, am 15. März 1880, Crispi die Situation; nicht anders empfand sie der Franzose Jules de Lafosse: „Un refus brutal, presque blessant" (am 18. Juni 1880 in der französischen Kammer). Die vorurteilsfreien unter den Politikern Italiens konnten sich jetzt ausrechnen, was ihr Vaterland in der nunmehr spruchreif gewordenen Tunisfrage zu erwarten haben würde.

Im Jahre 1878 hatte Cairoli den Abgeordneten Giovanni Mussi zum italienischen Interimskonsul in Tunis ernannt, bei Abtreten des bereits erwähnten verdienten Konsuls Pinna. Mussi, durch langen Aufenthalt in Aegypten erfahren im Umgange mit Mohammedanern, wußte sich bald das Vertrauen des Bey und seines ersten Ministers (Mustafa-ben-Ismail) zu gewinnen. So fand das von der „Neuen Freien Presse" in die Welt gesetzte Gerücht allgemeinen Glauben, daß durch ihn ein Allianz- und Freundschaftsvertrag zwischen der italienischen Regierung und dem Bey von Tunis, der gegen Italiens Schutz dessen Oberhoheit anerkennen wolle, angebahnt oder sogar bereits abgeschlossen sei; nach andern hätte Mussi sogar schon Vorkehrungen getroffen, das durch seine Lage für eine Beherrschung des Mittelmeers wichtige Biserta — gewissermaßen den „afrikanischen Brückenkopf der Apenninhalbinsel" — zum Freihafen unter der Aufsicht von Italien, England und Frankreich erklären zu lassen.

Ein scharfer Gegenartikel im offiziösen „Temps", der sogar andeutete, daß auf dem eben abgeschlossenen Berliner Kongreß von einem Protektorate Frankreichs über Tunis die Rede gewesen sei, eine nicht gerade sanft gehaltene Mitteilung an die italienische Regierung durch den Botschafter in Rom, Marquis de Noailles, daß Tunis schon seit langem „bestimmt sei, in den französischen Interessenkreis gezogen und seinem Einfluß unterworfen zu werden ... Italien könne an eine Eroberung von Tunis nicht denken, ohne auf den Widerstand Frankreichs zu stoßen", dazu — die Abberufung Mussis waren die unmittelbaren Folgen.

Einen entscheidenden Einfluß beim Bey suchte nun, gestützt auf die passive Haltung stets eifersüchtigen England, der französische Geschäftsträger Theodor Roustan zu gewinnen. Der neue italienische Konsul Maccio, schon früher mit ihm verfeindet, mußte in derartigen Bestrebungen naturgemäß sein Rivale werden.

Mit Roustan gerierte sich Frankreich, nach dem Ausdruck des italienischen Abgeordneten Massari, in Tunesien wie im eignen Hause, fühlte sich als „alleiniger

Digitized by Google

Herr der Geschicke des Landes". Seine steigende Ueberlegenheit beruhte, bei der starken Verschuldung des Landes, größtenteils auf seiner finanziellen Stärke, auf der noch dazu durch Politiker gestützten Konkurrenz der französischen Spekulation. Da konnten Beunruhigungen und Zusammenstöße mit Italien bei dessen zahlreichen Industrie-, Handels- und sonstigen Interessen nicht ausbleiben.

Den ersten Zusammenstoß ergaben Unterhandlungen, welche der italienische Konsul im Frühjahr 1880 beim Bey behufs Anlegung eines unterirdischen Telegraphenkabels zwischen den nachbarlichen Küsten von Tunis und Sizilien angeknüpft hatte. Der Bey hatte unter anerkannt ausreichender Berücksichtigung französischer Interessen bedingungsweise seine Genehmigung erteilt. Der französische Generalkonsul ruhte aber nicht, als bis er sie zurückgezogen hatte.

Nachhaltigere Folgen zeitigten Verhandlungen wegen Ankaufs der englischen Eisenbahnlinie, welche die Hafenstadt Goletta mit der 40 Kilometer entfernten Hauptstadt Tunis verband. Da sie zu fallieren drohte, bemühte sich um ihre Erwerbung auf Veranlassung Cairolis, der eine staatliche Garantie zusicherte, die italienische Dampfschiffgesellschaft Rubattino, die auch eine Verbindung zwischen Italien und Tunis unterhielt. Ihre Offerte überbot die französische Eisenbahngesellschaft Bona—Guelma. Doch gelang es Rubattino, den Ankauf wegen eines Formenfehlers vor dem obersten Gerichtshof in London zu annullieren und, unterstützt von seiner Regierung, die Linie selbst zu erhalten, allerdings für den unverhältnismäßig hohen Preis von 4 125 000 Lire, wo er selbst zuerst 1 200 000 geboten hatte. Cairoli, Luzzatti und andre Politiker Italiens glaubten den italienischen Einfluß in Tunis damit gesichert und gefestigt zu haben; sie träumten davon, Italien könne nun den Status quo dort aufrechterhalten, das Vorwalten einer andern Macht als der italienischen verhindern.

Frankreich zögerte nicht, diese schönen Träume jäh zu vernichten! Daß die italienische Regierung Rubattino eine Garantie zugesagt hatte, daß Cairoli für diese die Zustimmung von Parlament und Senat im Juli 1880 einholte, deutete die französische als ein provozierendes Vorgehen des italienischen Staates in Tunis, als eine Verletzung des Status quo als welchen sie ihren ausschlaggebenden Einfluß in Tunis betrachtete.[1]) Das gab ihr die Veranlassung zu gewaltsamen Maßregeln.

Damals zog es der auch ohne Ministerportefeuille allmächtige, derzeitige Kammerpräsident Gambetta vor, einem italienischen Freunde (Maraini) auf dessen, im Einverständnis mit den leitenden Staatsmännern geschriebenen, politischen Brief, der auch an die „Fratellanza" erinnerte, und dann auf die persönlich gestellte Frage, ob Frankreich daran denke, Tunis einfach zu annektieren — es wäre besser, man sage das ohne Umschweife —, keine Antwort zu geben!

Deutlicher drückte sich jedoch die Regierung selbst durch ihren Geschäftsträger in Tunis aus. Roustan verlangte vom Bey die Nichtanerkennung der

[1]) Bereits ein halbes Jahr zuvor hatte der „Temps" geschrieben: „Qui touche à la Tunisie, touche à la France."

Digitized by Google

Erwerbung Rubattinos, allerdings erfolglos, dann aber stellte er, unterstützt durch drei französische Kreuzer, die auf der Reede von Tunis erschienen, Forderungen, die eine Reihe von Bahnlinien französischen Gesellschaften sichern und die Vollmacht zum Bau eines Hafens in Tunis erzwingen sollten.

Dem eingeschüchterten Bey blieb nichts andres übrig, als, ohne Rücksicht auf seine älteren Verträge mit Italien, nachzugeben, „um seine Freundschaft und Zuneigung für Frankreich zu verewigen". Aber Roustan's Mitteilung über seine angeblich von dem Sultan beschlossene Absetzung, welche den Anlaß zu einer französischen Flottendemonstration hatte abgeben sollen, war von ihm sofort als Vorwand zur Anbahnung des Protektorats durchschaut worden. Mit diesem Manöver hatte die französische Politik ihr Ziel nicht erreichen können.

Die als italienischer Sieg gefeierte Errungenschaft Rubattinos war illusorisch geworden! Die politische Erniedrigung Italiens in Tunis ward im Mutterlande tief empfunden.[1]) Crispi sagte es wenig später (am 28. November 1880) dem Ministerpräsidenten im Parlament direkt ins Gesicht: „Nicht gegen den Bey waren jene französischen Kreuzer gesandt worden, sondern gegen euch! Und so hat es auch Europa aufgefaßt."

Damals soll Bismarck Crispi vor den Annektierungsabsichten Frankreichs auf Tunis gewarnt haben. Jedenfalls begannen zu jener Zeit die Annäherungen Italiens an den ein Jahr zuvor gestifteten Zweibund mit den Verhandlungen des Grafen Maffei aus dem italienischen Ministerium des Auswärtigen; diesen gegenüber verhielt sich Deutschland vorerst noch reservierter als Oesterreich-Ungarn, wo sie besonders durch Baron Haymerle gefördert wurden. Schon verlautete, wenigstens gerüchtweise, der Dreibund sei fertig; er wäre es tatsächlich gewesen ohne die geheime Zuneigung Cairolis zum Regierung und Land bloßstellenden Irredentismus in Oberitalien, mehr noch ohne seine Unfähigkeit, sich von Frankreich entschieden trennen zu können.[2])

Noch immer hoffte er dort eine Verständigung, trotz all dem Vorgefallenen. Er hatte im November 1880 den Botschafter in Paris, General Cialdini, zu Verhandlungen mit dem neuen Ministerium veranlaßt, an dessen Spitze Ferry stand, und in welchem Barthélemy de Saint-Hilaire die auswärtigen Angelegenheiten vertrat — Verhandlungen, die von französischer Seite dazu benutzt wurden, mit friedlichen Versicherungen die italienische Regierung einzuschläfern. Präsident Grévy erklärte, die ganze Tunisfrage habe für Frankreich nicht einmal den Wert einer 10-Centimes-Zigarre; viel wertvoller und teurer sei Frankreich die Freundschaft Italiens.

---

[1]) Caponi schrieb am 29. August 1880 aus Paris an die „Perseveranza": „Es bleibt ein Problem, die Ursachen für die Antipathie herauszufinden, welche beim kleinsten Anlaß zutage tritt zwischen Nationen desselben Ursprungs, die dieselben Interessen haben und vereint sein müßten wie Brüder."

[2]) Cairoli schien sich nicht mehr jenes französischen Feldzugs gegen die Garibaldiner zu erinnern, der mit der Schlacht bei Mentana endigte und Italien mit Entrüstung gegen seine ehemaligen „Wohltäter" erfüllte. Cairolis beiden Brüdern hatte er das Leben gekostet.

Digitized by Google

Die wahre Gesinnung Frankreichs sollte sich aber zuerst bei einer Gelegenheit zeigen, bei welcher man von der französischen und Italien angeblich befreundeten Nation ein anderes Verhalten erwartet hätte, nämlich dem italienischen Königspaare gegenüber!

Der erste Besuch König Umbertos und der Königin Margherita in Sizilien zu Anfang Januar 1881 ward zu einer Begrüßung des erlauchten Herrscherpaares von seiten der italienischen Kolonie und des Beys von Tunis, als Nachbarn, benutzt. Es war natürlich, daß der Entsendung einer Deputation ersterer unter dem Konsul Macciò auch politische Beweggründe beigemessen wurden, zumal da der Ministerpräsident das Königspaar begleitete. Die Adresse an den König erinnerte an die einstige Zugehörigkeit Tunesiens zu Rom und an die Verheißungen Viktor Emanuels auf eine zukünftige glänzende auswärtige Politik Italiens.

Das war am 10. Januar 1881; bereits am folgenden Tage brachte die offiziöse französische „Agence Havas" als Telegramm von jenem Datum die Antwort Frankreichs: einen angeblichen Brief aus Algier über dort stattgehabte Plünderungen durch unabhängige tunesische Stämme, durch die Krumir. Es war der Vorwand für die Besetzung von Tunis, — ausgesprochen zugleich mit der Drohung, daß Frankreich in Tunis keinen rivalisierenden Einfluß dulden würde. Frankreichs Interessen zwängen es, in Rücksicht auf Algier, über Tunis ein tatsächliches Protektorat auszuüben; allerdings — und nun folgt ein Zusatz, voll spitzfindiger Heuchelei — beabsichtige Frankreich keine Annexion, ja betrachte eine solche als schädlich. „Wir würden uns sehr täuschen, sollte beim Empfange der italienischen Deputation aus Tunis die Höflichkeit des Königs sich bis zu Worten versteigen, die Frankreich vor den Kopf stoßen und Algier in Unruhe versetzen würden."

Das war nicht mehr allein der Ausdruck einer gehässigen, Italien feindlichen Politik, es waren sogar Drohungen, an die Adresse König Umbertos gerichtet!

Frankreich, dessen Absichten auf Tunis nunmehr außer Zweifel waren, wie Crispi in seiner „Riforma" ausführte, hielt es jetzt, anläßlich der Ereignisse beim Königsbesuch in Sizilien, gemäß den Ratschlägen Roustan's in seinen Berichten anriet, für angebracht, in Tunis rasch zuzugreifen, und zwar aus verschiedenen Gründen: Schon in Rücksicht auf Italien, angesichts seiner damaligen militärischen Schwäche, angesichts der Möglichkeit, daß es bei längerem Zögern die diplomatische Vermittlung Englands anrufen könnte, welches Frankreich gewisse Rücksichten und die Möglichkeit einer Entschädigung für Italien empfohlen hatte, daß es sich sogar an Deutschland wenden könnte, dem es sich in letzter Zeit zu nähern gesucht hatte; denn verpflichtet hatte sich Bismarck nirgends dazu, Frankreich in Tunis freie Hand zu lassen.

Bedeutsamer noch war Italiens derzeitige ökonomisch-finanzielle Notlage. Es befand sich in dieser Hinsicht Frankreich gegenüber in einem verhängnisvollen Abhängigkeitsverhältnis. Seit kurzem hatte die italienische Regierung die Unterhandlungen wegen des Handelsvertrages wieder angeknüpft und eine Anleihe

Digitized by Google

von ungefähr 640 Millionen Franken Gold von dem Hause Rothschild in Paris eingeleitet.

Der französische Historiker Gabriel Hanotaux sagt in dem betreffenden Kapitel seiner „Geschichte des zeitgenössischen Frankreich“:[1]) „Der mächtigste Faktor der Zerstörung ist die Anleihe. Er verändert die Bedingungen der Beziehungen der Völker untereinander und beschleunigt, selbst ohne Krieg und ohne Einfall, den Niedergang.“

Vollkommen zutreffend schrieb am 7. April 1881 die „Perseveranza“: „Italien wird nichts tun, es wird nicht einmal protestieren: Se non sta quieta, niente denaro! Stillhalten, sonst gibt es kein Geld!“

Die stärkere der beiden „consorelle latine“ packte in vollem Frieden, lächelnd, ja hohnlachend, die geliebte schwächere Schwester mit Eisenfäusten an der Gurgel!

Rasches Handeln empfahl auch das Herannahen der Wahlen zur französischen Kammer, für welche ein Geschenk wie Tunis, dem französischen Volke dargebracht, der Regierung einen günstigen Ausgang versprach. Gründe der inneren Politik, Rücksichten auf die französische Nationaleitelkeit traten also hinzu, wie einst bei Nizzas Erwerbung.

Gambetta, der bis dahin entschieden gegen eine Expedition nach Tunis, wenigstens für die nächsten Jahre, gewesen sein soll, und Grévy, der bei einer Beratung kurz zuvor erklärt hatte: „Selbst wenn man mir Tunis als Geschenk darbrächte, ich würde nichts davon wissen wollen“, — beide Staatsmänner wurden jetzt durch Ferry, Barthélemy de Saint-Hilaire und durch den Direktor der politischen Angelegenheiten, Baron de Courcel, zu besserer Ansicht bekehrt.

Noch konnte sich Cairoli eine solche Feindseligkeit Frankreichs nicht denken, trotz aller Warnungen und Mahnungen aus Paris von seiten des Botschafters Cialdini, des seit Jahren unermüdlichen Warners[2]), im Parlamente von seiten der Abgeordneten Messari, Di Rudini und Damiani, der in der tunesischen Frage am kompetentesten war.

Cairoli, der an die Abmachungen auf dem Berliner Kongreß nicht glaubte, eine Zustimmung Englands für absolut unmöglich hielt, hoffte auf dessen Beistand, dachte noch an die Möglichkeit einer Aufrechterhaltung des Statusquo in Tunis.

Tatsächlich waren die Beziehungen Italiens zu England damals äußerlich freundschaftliche. Italien hatte England bei dessen Vorgehen gegen die Türkei durch Teilnahme an der Flottendemonstration wegen Dulcigno im Herbst 1880 seinen Beistand gewährt.

---

[1]) Bd. III, S. 491; er spricht da von der Regentschaft Tunis selbst.

[2]) Vgl. gegen die auch noch von Hanotaux wiederholten Angriffe auf Cialdinis Unachtsamkeit: Andrea Torre in der „Rivista di Roma“ (April/Mai 1899). Sein dort veröffentlichter, bedeutsamer Aufsatz über die Tunisangelegenheit scheint, ebenso wie Chialas bereits angeführtes Werk, bei dem großen Publikum Italiens so gut wie völlig in Vergessenheit geraten zu sein (vgl. über ersteren jetzt die Concordia).

Digitized by Google

Folgte aber daraus für das englische Kabinett Gladstone nun, seinerseits Italien auch dort zu unterstützen, wo englische Interessen nicht in Betracht kamen? Das glaubte nur Cairoli!

Gerade in jenen Tagen (am 25. März 1881) warf Lord Stanley d'Alderley im englischen Oberhause den Italienern Anstiftung von Intrigen in Tunis vor: „Nicht zu Unrecht stehe die italienische Regierung im Verdachte, die internationalen Verpflichtungen nicht genügend geachtet zu haben, seitdem es bekannt ist, daß sich das Königreich Italien unter offener Verletzung solcher konstituiert hat".

Unterdessen machte die Republik ein Korps von 20000 Mann heimlich zur Expedition nach Tunis mobil. Roustan sorgte für den Vorwand. Er hatte sich am 14. März eine Adresse feierlichst überreichen lassen, in welcher 200 in Tunis ansässige Franzosen die Werke und Wohltaten von Franzosen für Tunis aufzählten, die französische Regierung um Schutz gegen angebliche Rechtsverweigerungen und Gewalttätigkeiten, gegen jegliche fremde Einmischung in Tunis und um Sicherung der Grenzen Algiers baten, von der in Zukunft die Erhaltung dieser schönen Kolonie abhinge.

Die prompte Verbreitung dieser Adresse erzielte in Paris und im übrigen Frankreich die für das Folgende gewünschte Stimmung.

Anfang April erhielt Europa die überraschende Kunde, daß am 30. und 31. März die einen Teil Tunesiens bewohnende „mächtige Tribu der Krumir" eine algerische Tribu angegriffen und in algerisches Gebiet eingefallen sei.

Der Engländer Montague-Gueſt, Mitglied des Unterhauses, behauptete, soeben aus Tunis nach London zurückgekehrt, in einem Briefe vom 5. April an den „Eaſt", daß Roustan schon seit langem die Aufreizung der Krumir — von deren Macht übrigens bis dahin niemand etwas erfahren hatte — plane, um durch deren Gebietsverletzung Frankreich einen einleuchtenden Vorwand zu einer Aktion gegen den Bey, gegen seine Rechte und seine Unabhängigkeit zu verschaffen. Von französischen Emissären ausgestreute Gerüchte über französische Truppenansammlungen an der tunesisch-algerischen Grenze, über eine demnächstige Ueberschreitung derselben riefen dann die zweckdienliche Aufreizung hervor.

Am 9. April stellte der „Temps" als einziges Ziel der Expedition gegen die Krumir die Wiederherstellung der Ordnung an der Grenze dar; die weiteren Maßregeln hingen jedoch von dem Verhalten des Bey ab. Er versagte dabei Italien nicht die bittere Bemerkung, daß Frankreichs Freundschaft ihm in diesem Momente überhaupt notwendig sei. Am 11. April erklärte Ferry feierlich in der Kammer, daß die Regierung der Republik keine Eroberungen suche, sie habe solche nicht nötig. Sie wolle nur ihre herrliche Besitzung Algier sichern.

Auch England (Lord Granville) versicherte der italienischen Regierung, daß Frankreich nicht eine Annektierung von Tunis beabsichtige. Nach Mitteilung dieser mit Zweifeln aufgenommenen Nachricht im italienischen Parlament mußte Cairoli infolge einer ihm ungünstigen Abstimmung die Entlassung des Mini-

Digitized by Google

steriums einreichen. Daß eine andre Kombination, etwa mit Quintino Sella oder Crispi an der Spitze, zustande kommen konnte, und daß Cairoli in jener kritischen, eine energische Persönlichkeit erfordernden Zeit wieder mit der Neubildung des Ministeriums betraut werden mußte, bedeutete einen Triumph für Frankreich. Die Aktion in Tunis war vor jeglicher Behinderung gesichert.

Während die französischen Truppen an der tunesischen Grenze zusammengezogen wurden, um am 23. April den Einmarsch zu beginnen, setzte Cairoli seine Hoffnungen noch immer auf England und auf Gambetta.

Durch den Botschafter in London, den General Menabrea, ließ er dem englischen Minister des Aeußern, Lord Granville, den Vorschlag machen, einige Kriegsschiffe nach Tunis zu entsenden, vorgeblich zum Schutze der englischen und italienischen Staatsangehörigen vor einem etwa ausbrechenden Fanatismus der Muselmanen. Der Vorschlag ward abgelehnt. Ausweichend und ungenügend waren ebenso die Antworten des Staatssekretärs des Auswärtigen, Charles W. Dilke, am 28. April und 3. Mai auf eingehende Interpellationen über das militärische Vorgehen der Franzosen und die Erhaltung des Statusquo in Tunis.

Italien war vollständig isoliert! Auf eine Intervention von seiten Oesterreichs und Deutschlands war nicht zu rechnen!

Auch die Verhandlungen mit Gambetta entsprachen nicht dem Freundschaftsvertrauen, das dem Kammerpräsidenten von italienischer Seite damals und auch noch später entgegengebracht wurde; sie ergaben außer andern schönen Worten nur die wenig ermutigende Versicherung, daß die Republik keine Eroberungsabsichten gehabt hätte.

Der zu ihm entsandte ehemalige Finanzminister Seismit-Doda wußte über die feindliche Erregung der Blätter, der öffentlichen Meinung, der Militär- und Finanzkreise Frankreichs gegen Italien, gegen dessen Anleihe („Emprunt antinational") zu berichten.

Wohl den tiefsten Eindruck in Italien machte von den Vorgängen in Tunis die Besetzung Bisertas, des Sizilien gegenüber gelegenen, es bedrohenden großen Hafens. Angesichts dieses Ereignisses, das nach einer Aeußerung di Rudinis das politische Gleichgewicht der am Mittelmeer gelegenen Staaten beträchtlich störte, stand auch jetzt die französische Regierung nicht an, dem englischen Gesandten Lord Lyons die Versicherung zu geben, daß sie in Tunis weder an Eroberungen noch an Annektion dächte, wie Lord Granville am 6. Mai dem Oberhause kundgab. Die entsprechende Erklärung, daß sie weder Biserta noch einen andern Punkt von Tunis annektieren wolle, wiederholte übrigens am 16. Mai Minister Barthélemy de Saint-Hilaire Lord Lyons unter ausdrücklicher Betonung, daß die französische Regierung keine Umwandlung Bisertas in einen Kriegshafen je planen würde: Die einzige Eroberung werde die der Zivilisation in diesem stark vernachlässigten Lande sein!!

Wohlverstanden! Diese Mitteilungen von Anfang Mai betreffend Biserta hatte der französische Minister des Aeußern dem englischen Gesandten in Paris gemacht. Aber keine derartige Mitteilung ward, wie der Deputierte

Digitized by Google

Guiccioli am 9. Mai im Parlament hervorhob, Italien, also dem Lande gemacht, das am meisten bei der Angelegenheit interessiert war, trotz der einstigen unzweideutigen Zusicherungen Waddingtons!

Italien war von Frankreich als Großmacht einfach beiseite geschoben! Italiens Versuch, im Anschluß an die für bare Münze genommenen Erklärungen Frankreichs von Anfang Mai, zwischen beiden Mächten bei England betreffs der Klagen über den Bey ein Schiedsgericht anzuregen, das den politischen Status quo in Tunis zur Grundlage genommen hätte, begegnete bei Barthélemy de Saint-Hilaire einer schroffen Abweisung.

Den französischen Diplomaten im Auslande hingegen ließ dieser ein Zirkular zusammen mit einem Gelbbuche über die tunesische Frage zugehen, in der die suggestions étrangères beim Bey als Anklagen gegen Italien hervorgehoben wurden. Der italienischen Regierung ließ er durch den Botschafter in Rom dann wenigstens erklären, daß es sich für Frankreich bei Tunis nur um Regelung der Beziehungen zur lokalen Verwaltung handle, nicht um Anschläge gegen eine befreundete Regierung; gerade ihr gegenüber sollte jegliche Ursache zu einem Mißverständnisse beseitigt werden, behufs Aufrechterhaltung der höflichen und herzlichen Beziehungen.

Das war am 12. Mai 1881; am gleichen Tage mußte der Bey von Tunis den bereits seit 1878 fertig ausgearbeiteten Vertrag in seinem Palaste Bardo unterzeichnen, der ihm das Protektorat Frankreichs aufzwang und ihn zum Scheinherrscher erniedrigte; denn daß „Protektorat" nur ein die tatsächliche Annexion mangelhaft verhüllender Name sei, sollte die Zukunft lehren!

„Frankreich hat das Recht, mit dem Bey allein zur Entscheidung zu kommen in dem Geiste der Gerechtigkeit, der Mäßigung, der gewissenhaften Achtung vor dem europäischen Rechte, von dem die gesamte Politik der republikanischen Regierung durchdrungen ist," das proklamierte emphatisch der Ministerpräsident Ferry am folgenden Tage in der französischen Kammer. „Auf Italien übte der Vertrag dieselbe Wirkung aus, wie eine elektrische Erregung auf einen zu irgend welcher Handlung unfähigen Körper," heißt es in dem unter Ferry's Aegide erschienenen Werk über Tunis![1])

Noch war dem italienischen Botschafter Cialdini am 11. Mai mitgeteilt worden, daß die Truppen in Tunis nicht einziehen würden, wenn der Bey den vorgelegten Vertrag unterschreibe; daß die militärische Besetzung aufgehoben und Biserta geräumt werden würde, sobald man von ihm einen Beweis seiner Achtung vor dem Vertrage haben würde.

Neue Unruhen gaben den willkommenen Vorwand, die Kriegsoperationen auszudehnen. Am 9. Oktober 1881 zogen die republikanischen Truppen in der Stadt Tunis ein!

Alle Versprechungen, die Italien bzw. seinem Botschafter von den drei französischen Ministern Waddington, Freycinet, Barthélemy in der Tunis-

[1]) La Tunisie, I, S. 293.

Digitized by Google

frage gemacht worden waren, wurden, wie Crispi in seinen Memoiren sagt, der Reihe nach gebrochen! Auch von Gambetta, wie wir hinzufügen müssen. Um die von ihm einst hervorgehobene „unversöhnliche Feindschaft Italiens" kümmerte er sich dabei wenig! Denn Italien stand isoliert da, und er war — und blieb auch nachher als Ministerpräsident — davon überzeugt, daß es isoliert oder vielmehr von der Gnade Frankreichs abhängig[1]) bleiben würde, da Trient, Triest und die Irredentistenfrage ihm den Anschluß an die Zentralmächte versperrten!

Der in seiner zu großen Vertrauensseligkeit bitter getäuschte Ministerpräsident Cairoli mußte am 13. Mai seine Entlassung nehmen. Zu dem französischen Botschafter äußerte er resigniert: „Ich war der letzte italienische Minister, der Frankreich geliebt hat."

Das glaubte er wenigstens!

Der greise Garibaldi, dem, bei dieser neuen Enttäuschung mit Frankreich,[2]) die bitteren Erinnerungen an Nizza und Korsika wiederkehrten, sah jetzt in Tunis „einen französischen Keil, eingetrieben in italienisches Land!"

Die französische Volksstimmung, welche den Hintergrund zu der Aktion in Tunis bildete, sollte den Italienern nunmehr durch einen fast elementar wirkenden Zwischenfall schmerzlich zum Bewußtsein kommen. Bei der Ankunft der ersten französischen Truppen aus Tunis, kam es in Marseille am 17. und 18. Juni 1881 zu blutigen Auftritten, zu den ärgsten Mißhandlungen der seit vielen Jahren dort ansässigen italienischen Arbeiter, deren Gesamtzahl auf 50 000 geschätzt wurde. In hellen Flammen brach da die alte, gehässige Verachtung hervor, welche der Franzose als selbst überzeugter Vertreter einer höheren Kultur über die tiefer stehende, angeblich ihm so viel Dank schuldende Schwesternation, über die „mangeurs de macaroni" empfindet.

Die gesteigerte Entrüstung in Italien darob gelangte durch scharfe Volksdemonstrationen in Neapel, Turin und Genua zum Ausdruck. Aber was nutzten derartige Proteste?

Italien als Nation, nach Giovanni Lanza „noch jung und dabei arm", nach Francesco Crispi „vereinsamt und wehrlos", ohne ausreichende Kriegsmacht, mußte sich ja resigniert mit den vollendeten Tatsachen abfinden. Es war damals auch nicht in der Lage, dem Gedanken an eine Kompensation näherzutreten, die ihm hinsichtlich Tripolis von Salisbury, von den französischen Ministern Herzog Decazes und Freycinet, augenscheinlich nicht ohne einen gewissen Hohn, angedeutet war.

---

[1]) Aus seiner Umgebung sollen sich hervorragende Persönlichkeiten aus Spekulationsrücksichten um die Verdrängung des italienischen Einflusses in Tunis bemüht haben (vgl. Crispi's Memoiren S. 107).

[2]) In seinen durch die Reinheit und Naivität der Gesinnung so ansprechenden Memoiren (Memorie, S. 410) hat Garibaldi wiederholt Klage über die frostige Behandlung geführt, welche, nach dem Sturze des verhaßten Napoleon III., ihm auf das Angebot seiner Dienste die neue republikanische Regierung zuteil werden ließ. Er gesteht offen ein, daß er auf dem Punkte war, nach Italien zurückzukehren.

Digitized by Google

Frankreich hatte es mit seiner rücksichtslosen, kalt berechnenden Politik in die Arme der Zentralmächte getrieben.[1]) Cialdini hatte die französischen Machthaber davor gewarnt, jedoch ohne auch nur einmal Beachtung zu finden!

Nun aber galt es den Franzosen, Italien die Lust zum Anschluß an den Zweibund zu verleiden. Als den eigentlichen Urheber dafür, daß ihm Tunis weggeschnappt worden war, bezeichneten sie laut und mit Emphase Bismarck, an den sich die Italiener gerade anklammern wollten. Er, der deutsche Mephisto, hätte die Franzosen, die Erbfeinde, gewissermaßen als willenlose Werkzeuge verführt mit dem Kleinod „Tunis", um seine jungfräuliche Eroberung „Elsaß-Lothringen" zu erhalten. Das taten vor allem die deutsch-feindliche Schriftstellerin Juliette Adam und Henri Rochefort,[2]) früher schon und minder aggressiv auch Gambetta, und ohne Scheu verwies Ferry die ihnen so unbequeme Tatsache der Bismarck-Bülowschen Aufforderung an Italien, sich Tunis zu nehmen, in das Reich der Fabel.[3])

Doch das durchsichtige Spiel erfüllte nicht den beabsichtigten Zweck!

Der Beitritt Italiens zu dem am 7. Oktober 1879 gestifteten Zweibund war von Bismarck von Anfang an als wahrscheinlich angenommen; er war vorbereitet durch die Tätigkeit des ehemaligen italienischen Ministers Jacini, durch politische Zusammenkünfte in Custozza und Pegli, und nach den Störungen infolge der Umtriebe der Irredentisten, durch die bereits erwähnten Verhandlungen des Grafen Maffei. Aber erst nachdem Cairoli gestürzt war, dessen Grundgefühle für Frankreich und gegen Oesterreich hinderlich waren, konnte eine Reise des italienischen Königspaares nach Wien verwirklicht werden (Ende Oktober 1881). Sie bildete einen Markstein in der politischen Entwicklung Italiens!

Der 20. Mai 1882 war dann der Stiftungstag des Dreibundes, der für Italien die Aera einer neuen, von französischer Bevormundung und — Mißhandlung freien Politik, eines sicheren, auch ökonomischen Aufschwungs zur wirklichen Großmacht einleiten sollte.

---

[1]) Daß der Anschluß an die Zentralmächte auch ohne den Tunis-Zwischenfall erfolgt wäre, suchte Jules Ferry im Vorworte zu N. Faucon, La Tunisie, seinen Landsleuten nachzuweisen.

[2]) Die Unwahrscheinlichkeit und innere Haltlosigkeit der dem Fürsten Bismarck zugeschriebenen Absicht hat auch der frühere italienische Ministerpräsident Giovanni Lanza damals in einem Briefe an den Herausgeber der „Deutschen Revue" vom 12. August 1881 angedeutet (vgl. Jahrg. VI, 3, S. 274).

[3]) Ferry, Le Tonkin et la mère patrie, S. 29 ff.; Faucon, La Tunisie, I, S. 253.

Digitized by Google

Wird Japan den Hilferufen der Ententemächte Folge leisten?

Von einem früheren Diplomaten

Die in den Tagesblättern vielfach erörterte Frage, ob Japan mit der Eroberung von Kiautschau und der Wegnahme einer Anzahl deutscher Niederlassungen im Stillen Ozean seine Aktion im Weltkrieg als beendet ansehen oder ob es sich zu einer unmittelbaren militärischen Unterstützung der Ententemächte auf den europäischen Kriegsschauplätzen herbeilassen wird, dürfte nunmehr bis auf weiteres in verneinendem Sinne zu beantworten sein. Eine neuestens aus Tokio herrührende Meldung bezeichnet nämlich in klaren Worten alle Gerüchte, daß Japan die Absicht hätte, Truppen nach Europa zu entsenden, und daß japanische Offiziere bei der russischen Artillerie in Polen bereits dienen, als falsch; Japan habe sich an dem Krieg beteiligt, um seine Bündnispflicht gegen England zu erfüllen, die nur eine Mitwirkung zum Schutz der Interessen im fernen Osten auferlege, aber keineswegs Hilfe in europäischen Kämpfen. Japanische Truppen werden nicht gegen Lohn nach Europa vermietet. Da Kiautschau sich jetzt in japanischen Händen befinde und die deutschen Kriegsschiffe im Stillen wie im Indischen Ozean zerstört oder entwaffnet seien, sei Japans Rolle im Krieg praktisch ausgespielt; es warte ruhig und mit Geduld den Schluß des allgemeinen Krieges ab.

Ihrer Form nach ist diese Meldung allerdings nicht einer offiziellen Erklärung des japanischen Kabinetts gleichzuachten, wohl aber liegen mannigfache Gründe innerer Wahrscheinlichkeit vor, welche die Annahme rechtfertigen, daß Japan den Rahmen seiner bisherigen Betätigung im Weltkrieg nicht zu erweitern gedenke und somit das vorstehend skizzierte Programm zur Richtschnur seiner Politik nehmen werde.

Ein flüchtiger Blick auf die in Betracht kommenden Verhältnisse dürfte genügen, um diese Annahme plausibel erscheinen zu lassen.

An die technischen Schwierigkeiten, welche zu überwinden wären, um eine irgendwie ins Gewicht fallende japanische Streitmacht an die Front der Truppen unsrer Gegner zu bringen, soll hier nur nebenhin erinnert werden. Es bedarf keiner fachmännischen Kenntnis, um sich ein Urteil über den enormen Aufwand an Material, Zeit und Geld zu bilden, der für den Transport auch nur *eines* japanischen Armeekorps nach dem Westen unbedingt erforderlich wäre, gleichviel ob die Truppen nach zweitägiger Seefahrt von Japan nach Wladiwostok, dann von dort aus bis Moskau auf der trotz mancher Verbesserungen noch immer wenig leistungsfähigen, 8682 Kilometer Länge aufweisenden sibirischen Bahn oder ob sie auf dem Seeweg nach dem von Yokohama via Suez 11000 Seemeilen entfernten Ausschiffungshafen Havre gebracht werden sollen. Ueberdies

Digitized by Google

ist zu berücksichtigen, daß, falls die gegen Aegypten operierende türkische Armee an einem Punkt des Suezkanals festen Fuß zu fassen vermag, der japanische Truppentransport bemüßigt wäre, die um so vieles längere Route um das Kap der Guten Hoffnung zu nehmen.

Die im gegenwärtigen Weltkrieg gemachten Erfahrungen tun dar, daß in der Art der Kriegführung, in dem Aufgebot der Heeresmassen, im Angriff wie in der Verteidigung gigantische, früher kaum geahnte Erscheinungen zutage treten, es mag daher, wenigstens theoretisch, auch die Möglichkeit des Auftretens japanischer Truppen in den Reihen unsrer Feinde zugegeben werden. Aber wenn überhaupt, wird ein derartiges kolossales Unternehmen nur in der Voraussetzung gelingen, daß alle Beteiligten einmütig und mit größter Entschlossenheit für dasselbe eintreten, daß sie bereit sind, die zu diesem Zweck erforderlichen Opfer bis zu den letzten Konsequenzen auf sich zu nehmen.

Mit dieser Einmütigkeit scheint es aber schon auf der einen Seite, nämlich auf jener der Bewerber um die japanische Hilfe, recht schlecht zu stimmen. Am lautesten und dringendsten ist der Ruf nach Unterstützung von belgischer und französischer Seite erhoben worden, ein Symptom dafür, daß diese beiden durch die Kriegsereignisse in erster Linie betroffenen Länder sich außerstande fühlen, aus eigner Kraft ihr Territorium zurückzuerobern, wie auch ein Beweis, wie gering das Vertrauen ist, daß der englische Alliierte, dessen Aktion mehr und mehr die eigne Sicherung ins Auge faßt, in der Lage oder willens sei, für seine Partner einzutreten. König Albert und seine Minister, eine Regierung ohne Land, haben nichts mehr zu verlieren, ihre Blicke richten sich also sehnsuchtsvoll nach der Macht im fernen Osten, wobei sie freilich außerstande sind, ihr eine Kompensation für die erbetene militärische Assistenz anzubieten. Aehnlich verhält es sich mit Frankreich. Auch dieses Land zeigt sich unvermögend, die vom Feind festgehaltenen Gebietsteile wiederzugewinnen, geschweige denn den Traum, der wie hypnotisiert auf Elsaß-Lothringen blickenden Revanchepolitiker zu verwirklichen. Aber Frankreich besitzt in Ostasien Territorien, die den Gegenstand uneingestandener Begehrlichkeit Japans bilden. Wenn ein Staatsmann vom Rang des Herrn Pichon, der als langjähriger Vertreter Frankreichs in China und späterer Minister des Auswärtigen als Autorität in ostasiatischen Fragen anzusehen ist, sich nicht scheut, die Entsendung japanischer Truppen nach Europa wärmstens zu empfehlen, so muß er wissen, daß diese Hilfeleistung nicht ohne entsprechenden Preis zu haben wäre. Erfahrungsgemäß hat Frankreich sich besser darauf verstanden, seinen Kolonialbesitz auszudehnen, als ihn durch die Art der Verwaltung sich zu sichern. Möglich, daß, von dieser Erkenntnis geleitet, mancher französische Politiker einen Vorteil für sein Land darin erblicken würde, wenn es sich bereit fände, auf Indochina zugunsten Japans als Entgelt für dessen aktive Beteiligung an dem europäischen Krieg Verzicht zu leisten.

Sicherlich läge eine Pikanterie der Geschichte darin, wenn Rußland die Rolle eines Supplikanten um japanische Unterstützung übernehmen sollte, wenn sohin die Truppen des Mikado Schulter an Schulter mit den vor einem Jahrzehnt

Digitized by Google

in einer Reihe blutiger Schlachten von ihnen Besiegten in den Kampf ziehen würden. Wohl hat die Rivalität von einst einer Art Interessengemeinschaft in der Mandschurei auf Kosten Chinas Platz gemacht, deren Aufrichtigkeit und Dauer allerdings problematisch ist. Aber mag Rußland mit den Bestimmungen des Portsmouther Friedensvertrages sich abgefunden und einstweilen gute Gründe haben, mit dem Nachbar im Osten im besten Einvernehmen zu leben, so ist die Erinnerung an die Zeit, wo Rußland auf Japan verächtlich herabblickte, wo in russischen Kreisen, abgesehen von vereinzelten Warnern, ganz allgemein bis zum unerwarteten Ausbruch des damaligen Krieges im wegwerfendsten Ton von dem unbequemen Mitbewerber im Osten gesprochen wurde — „il faut exterminer cette vermine" hieß es doch —, zu frisch, als daß eine japanische militärische Rettungsaktion für Rußland nicht einer argen Demütigung des Zarenreiches gleichgeachtet werden müßte. Ob nun solche Erwägungen den Beschluß der russischen Regierung beeinflußten oder ob diese den von Japan angeblich geforderten Gegendienst, nämlich die Abtretung des noch in russischem Besitz verbliebenen nördlichen Teils der Insel Sachalin für unangemessen fand, gleichviel, die Gerüchte über bezügliche russisch-japanische Verhandlungen wurden von Petersburg aus alsbald kategorisch als falsch bezeichnet.

Für den dritten der gegen die Kaisermächte Mitteleuropas im Feld liegenden Großstaaten, nämlich für England, ist die Frage der japanischen Intervention in Europa besonders heikel; man versteht leicht die reservierte, wo nicht ablehnende Haltung des Londoner Kabinetts. Mag es noch so sehr von der Sehnsucht, Deutschland niederzuwerfen, verblendet sein, so kann es sich doch der Einsicht nicht verschließen, daß eine Initiative Englands zur Heranziehung seines japanischen Verbündeten für die aktive Beteiligung an dem Krieg in Europa seine Stellung in der angelsächsischen Welt in Australien und Amerika bedenklich erschüttern müßte. Dort mochte man mit dem infolge englischer Anregung und unter englischer Mitwirkung unternommenen japanischen Raubzug gegen Kiautschau sich abgefunden haben, wurde doch behauptet, daß die Aktion nur als Abwehrmaßregel zum Schutz der durch Deutschland angeblich bedrohten anglo-japanischen Interessen im fernen Osten gedacht sei. Dabei spielte Japan in seinem an Deutschland gerichteten Ultimatum die Rolle eines freilich ungebetenen Sachwalters Chinas, machte dieser Komödie aber sofort ein Ende, als die Eroberung der deutschen Kolonie geschehen war.

Die militärische Intervention Japans in Europa trüge einen ganz anderen Charakter. Innerhalb des Gebiets der gelben Rasse läßt England sich herab, die Japaner als gleichberechtigten politischen Faktor anzuerkennen, aber es würde seinen eigenen Traditionen und dem unausrottbaren nationalen Hochgefühl seiner Stammesgenossen in der ganzen angelsächsischen Welt ins Gesicht schlagen wenn es daran dächte, die Japaner zur Waffenbrüderschaft auf europäischem Boden einzuladen und ihnen auf diese Weise in unserm Kontinent das Bürgerrecht zu gewähren. Ein vom Bewußtsein der eigenen Größe erfülltes Volk wie die Japaner denkt selbstverständlich nicht daran, an dem Weltkrieg etwa wie die

Digitized by Google

Hindus, Gurkhas und Sikhs, die Turkos, Anamiten und Senegalschützen und wer die sonstigen exotischen Hilfsaufgebote der Westmächte noch sein mögen, teilzunehmen. Ja schon der Verdacht, es könnten die sieggewohnten japanischen Truppen jenen Kontingenten irgendwie assimiliert werden, müßte in Japan aufreizend wirken, wird die dortige Regierung, falls sie mit einem Ansuchen der Ententemächte um Hilfeleistung befaßt werden sollte, zweifellos als allererste Vorbedingung begehren, daß nicht bloß die Stellung des Expeditionskorps entsprechend geregelt, sondern daß die Japaner auch in den ihren nationalen Stolz und zugleich ihre nationalen Interessen berührenden Fragen befriedigt werden. Hierzu gehört unter anderm jene der Zulassung japanischer Einwanderer nach den australischen Staaten, eine Frage, die schon lange zwischen den Kabinetten von Tokio und London erörtert wird und in welchen dieses, angesichts der dezidiert ablehnenden Haltung der Australier, nicht in der Lage war, den dringenden Wunsch der japanischen Alliierten zu erfüllen. Dies jetzt zu tun, wäre aber für England bedenklich, weil Nordamerika an seinem Grundsatz, das Zuströmen ostasiatischer Kolonisten zu verhindern, festhält. Sollte England Japan zuliebe die Interessen der Weißen an den Ufern des Pazifischen Ozeans minder eifrig vertreten als die Unionsregierung, so liefe es Gefahr daß das ohnehin nicht besonders feste Band zwischen dem Mutterland und den australischen Kolonien noch mehr gelockert, wenn nicht ganz zerrissen würde. Mögen daher Belgien und Frankreich, mag selbst Rußland, sein Selbstgefühl verleugnend, japanische Hilfe herbeisehnen, und wäre diese, angesichts der durch das bisherige Ergebnis des Weltkrieges bewiesenen Unzulänglichkeit des gegen den Zweibund ins Feld gestellten militärischen Aufgebots, gewiß auch für England äußerst erwünscht, so wird doch diese letztere Macht aus zwingenden Gründen sich scheuen, zu einem Mittel zu greifen, das sich für sie leicht als zweischneidiges Schwert erweisen, ihr mehr Schaden als Vorteil bringen könnte.

Supponieren wir indes, auch die andre Eventualität in Betracht ziehend, es bestände in der erwähnten Hinsicht unter den Mächten des Dreiverbandes vollste Uebereinstimmung und es hätte die japanische Regierung sich mit der Frage zu beschäftigen, welche Stellung sie gegenüber dem an sie gerichteten Ansuchen einzunehmen habe.

Wie bereits erwähnt, scheint es plausibel, daß die jüngst erfolgte Kundgebung, derzufolge Japan sich nicht herbeilassen will, seine Truppen nach Europa zu senden, die Intention des dortigen Kabinetts wiedergibt. Schon die Politik, welche zu dem an Deutschland gerichteten Ultimatum und sohin zu dem Kriegszug gegen Kiautschau geführt hat, erfreut sich keineswegs der allseitigen Billigung im Lande. Dabei hatte doch die Aktion ihren Schauplatz auf dem Gebiet der unmittelbaren Einflußsphäre des Landes, und ihr uneingestandenes Ziel bestand in der Stärkung des japanischen Einflusses in China. Die Richtigkeit dieser Berechnung muß sich erst erweisen, einstweilen zeigt sich, daß Japan, indem es sich anschickt, seiner anfänglichen Erklärung entgegen, dauernd in

Digitized by Google

Kiautschau zu bleiben, dem Mißtrauen Chinas begegnet, während die Unionsstaaten diesen Einbruch sowohl als auch die Festsetzung Japans in den deutschen Niederlassungen Ozeaniens augenscheinlich als eine unerwünschte Veränderung des Besitzstandes ansehen. Wird überdies die triste Finanzlage Japans bedacht, die seit dem russischen Krieg zu einem chronischen Uebel herangewachsen ist, erwägt man weiters die inneren Schwierigkeiten, welche jüngst angesichts der mit bedeutender Majorität erfolgten Ablehnung der geforderten Mehrkredite für das Heer zur Auflösung des Abgeordnetenhauses geführt haben, so ist die Lage des Landes sicherlich nicht derart, um dessen Regierung zu einem so weit ausschauenden und riskanten Unternehmen wie das Eingreifen in den europäischen Krieg zu ermutigen.

Vor allem aber drängt sich die Frage auf, welche praktischen Vorteile Japan von einem solchen Abenteuer zu erwarten hätte. Die ostasiatischen Alliierten der Briten sind wie diese selbst zu nüchtern rechnende Geschäftspolitiker, um, ohne entsprechender Kompensationen sicher zu sein, Gut und Blut für die Sache der Ententemächte aufs Spiel zu setzen. Als Macht im Osten ist Japan zu imponierender Größe aufgestiegen, dort sind die Wurzeln seiner Kraft, dort kann es bei kluger Ausnutzung künftiger Konjunkturen auch die Möglichkeit noch weiterer politischer Entwicklung finden; ein Kriegszug nach dem fernen Westen läge ganz außerhalb der Interessensphäre des Inselstaates, die öffentliche Meinung im Land hätte dafür kein Verständnis, und es ist kaum denkbar, daß eine Regierung den Entschluß fassen könnte, sich auf ein derartiges Abenteuer einzulassen.

Asien den Asiaten, genauer formuliert: Ostasien den Japanern, dies ist der je nach Umständen mehr oder weniger verborgen gehaltene, darum aber nicht minder beharrlich befolgte Leitsatz des japanischen Volksgeistes. Die Kriege gegen China und Rußland, das an das Deutsche Reich gerichtete Ultimatum wegen der Räumung von Kiautschau und der gegen diese Niederlassung sohin erfolgte Gewaltstreich sind Etappen auf dem Wege zur Verwirklichung jenes politischen Ideals. Wer könnte zweifeln, daß Japan nicht gewillt ist, aus freien Stücken sich mit dem Erreichten für immer zufrieden zu geben, daß der jüngst gegen Deutschland vollführte Ueberfall bei günstiger Gelegenheit auf Kosten des französischen oder russischen Besitzstandes in Ostasien wiederholt werden, ja daß selbst der englische Alliierte des Inselstaates in naher oder ferner Zukunft am eignen Leib die Folgen seiner heutigen Politik zu spüren haben wird. Wenn daher unter dem unmittelbaren Eindruck der Nachricht von der Vernichtung des deutschen Kreuzergeschwaders in der Seeschlacht bei den Falklandsinseln der Erste Lord der englischen Admiralität dem japanischen Marineminister für die „unschätzbare Hilfe Japans" dankt und triumphierend beifügt, „die Deutschen seien nunmehr gänzlich aus Ostasien vertrieben, ihre Rückkehr dorthin dürfte schwierig und gefährlich sein", so darf man billig fragen, ob vor dem Richterstuhl der Weltgeschichte dieser Freudenausbruch seine Rechtfertigung finden werde. Nein, der Jubelruf Mr. Winston Churchills enthält einen schrillen Mißklang; der Name

Digitized by Google

dieses von Deutschenhaß und Schadenfreude verblendeten Staatsmannes wird dereinst unter jenen genannt werden, die das Grab der Größe ihres Vaterlandes geschaufelt haben.

Anfang Januar 1915.

Kämpfen Rußland und Frankreich für ihre eignen Interessen oder hauptsächlich für diejenigen Englands?

In seiner Broschüre: „Die englische Invasion in Deutschland" sagt der Verfasser, ein französischer Generalstabsoffizier, im Sommer 1912: „Die Engländer gehen selten allein in den Krieg, sie lassen selten ihre Streitkräfte ohne Unterstützung verbündeter Truppen landen, besonders in Europa." Das ist richtig und durch Beispiele aus dem achtzehnten, neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert beweisbar. Das Bestreben, Bundesgenossen zu haben, ist ein verständiges, nützliches. England ist im Landkriege auf solche sogar angewiesen, denn da es infolge seiner insularen Lage und seiner Kolonien wegen in erster Linie Seemacht sein will und sein muß, wird es ihm schwer, auch ein Landheer zu halten, das allein einer Kontinentalgroßmacht entgegentreten könnte. Das ist alles begreiflich. Schwerer zu verstehen ist es, daß gegenwärtig Rußland und Frankreich nebst Belgien sich dazu hergegeben haben, für und mit England die Kastanien aus dem Feuer zu holen.

Daß Englands Eifersucht Deutschland gegenüber auf dem Gebiete des Welthandels und, mit ihm in Verbindung stehend, auf dem Gebiete der Flotte liegt, ist bekannt. Um Deutschland — die große Landmacht — zu schädigen, bedarf es gleichfalls einer solchen. Sie wird ihm durch die russische Menschendampfwalze und die Franzosen bereitwillig zur Verfügung gestellt. Die große Geschicklichkeit englischer Diplomatie besteht nun darin, daß es ihr gelungen ist, Ost- und Westeuropa dazu zu bewegen, sich für seine (Englands) Interessen einzusetzen. Welchen Grund hätte Rußland sonst gehabt, sich an einem Kriege gegen Deutschland zu beteiligen, die sog. traditionelle Freundschaft mit diesem aufzugeben? Rußland hat, seit es ist, geistige Anregung von Deutschland empfangen, das ihm auch die Vermittler, die Lehrer auf den Gebieten von jeglicher Wissenschaft und Kunst lieferte. Umgekehrt fehlen die Interessengegensätze. Solche liegen vielmehr nur Oesterreich gegenüber vor. Der Mord von Serajewo war der äußere Anstoß. Recht erhebliche Gegensätze dagegen sind zwischen England und Rußland vorhanden. Sie knüpfen an die Begriffe Dardanellen und Zentralasien an. Daß trotz dieser Reibungsflächen es England seit König Eduard gelungen ist, in seinem Interesse Rußland gegen Deutschland zu hetzen, ist wesentlich dem Einflusse zu danken, den England sich durch Ankauf russischer Zeitungen („Nowoje Wremja") auf die öffentliche Meinung im Lande des Zaren verschafft hat. Auch Personenfragen spielen mit. Die Kaiserinmutter von Ruß-

Digitized by Google

land, die Königinmutter von England — jene beiden Schwestern aus Kopenhagen — haben zweifellos geholfen. Anderseits fehlen an der Newa Leute vom Schlage des alten Grafen Schuwalow, des einstigen russischen Botschafters in Berlin, der die Pflege deutsch-russischer Freundschaft sich in solchem Grade angelegen sein ließ, daß Kaiser Wilhelm II. ihm die Rede bei dem Abschiedsessen hielt, welches das Offizierkorps des Alexanderregiments dem scheidenden Botschafter gab. Auch seitdem hat Deutschland durch seine Haltung während des mandschurischen Krieges Rußland Gutes erwiesen. Das alles ist in Petersburg vergessen. Der russische Soldat blutet und stirbt für England, das bis auf den letzten Russen kämpft.

Anders liegt die Sache in bezug auf das Bündnis England-Frankreich. Diese beiden Länder, die im Gegensatze zu Deutschland-Rußland eine traditionelle Feindschaft durch viele Jahrhunderte getrennt hat, haben sich auf dem Boden des Deutschenhasses zusammengefunden. „Treppenwitz der Weltgeschichte" möchte man es nennen, daß diese Tatsache hundert Jahre nach Waterloo zum Ausdruck kommt. Immerhin erscheint es begreiflich. Die Franzosen kämpfen für die Revanche, für ihre verlorenen, ihnen „geraubten" Provinzen. Bei der ihnen eignen Unkenntnis und mangelnden Objektivität in allen historischen Dingen vergessen sie immer, daß Frankreich die Reichslande dem Deutschen Reiche fortgenommen hat, daß einzelne Landschaften sogar erst durch den famosen Wiener Frieden von 1814 französisch geworden sind. Immerhin aber, die Franzosen haben doch einen Grund, wenn es auch ein falscher, unberechtigter ist, mit uns anzubinden, und es ist sehr begreiflich — wieder von ihrem Standpunkt aus —, daß sie mit ihrem einstigen Feinde Rußland sich einigten, dem sie überdies unermeßliche Summen vorgestreckt haben. Auch daß sie sich von England mißbrauchen lassen, wird dadurch begreiflich, daß sie eben meinen, damit den eignen Interessen zu dienen. Gänzlich „reingefallen" bei dem Geschäft erscheint Belgien. Freilich wohlverdient. Wie vor hundert Jahren ist es auch diesmal Kriegstheater, und es ist kaum anzunehmen, daß es angesichts der Schäden, die dem Lande gerade auch von der verbündeten englischen Flotte zugefügt werden, dem französischen Besitzer von 1870 gleich mit dem Gedanken an seine zerstörte Besitzung sich trösten wird: „C'est que ma ferme était un point stratégique."

Daß König Eduard und seine Nachahmer bei Einkreisung Deutschlands, „das zwischen den Kinnbacken des französisch-russischen Schraubstockes sitzt", wie „La France Militaire" so geschmackvoll sagte, die Unterdrückung deutschen Handels, Wettbewerbs auf dem Weltmarkt und der deutschen Flotte bezweckt und zu erreichen hofft, ist klar und nächstes Ziel. Dann aber könnte es sich gegen Rußland der asiatischen Frage wegen wenden. Ihm kann es auf dem Lande schwer beikommen. Ein Belgien fehlt, das das erforderliche Gebiet zum Kampf etwa zur Verfügung stellte. Doch ist durch Bündnis mit Japan von langer Hand her dafür gesorgt, daß dieses den Landkrieg besorgt. Von Indien her kann englischerseits immerhin eingegriffen werden. Schwerer wird es sein, an Frankreich heran-

Digitized by Google

zukommen. Das englische Landungsheer allein wird mit Frankreich schwer fertig werden, trotz aller Zähigkeit, und der Bundesgenosse von der Pyrenäenhalbinsel wird nicht viel helfen. Doch geht es Frankreich gegenüber vielleicht mit „Aushungern", wozu die überlegene Flotte wohl dienen kann.

Aber England rechnet wohl darauf, gegen Rußland und Frankreich des Krieges gar nicht zu bedürfen. Man sagt sich in London vielleicht, daß selbst bei Niederwerfung Deutschlands Frankreich wie Rußland derartig geschwächt aus dem Ringen hervorgehen werden, daß sie im Wettbewerb um die Weltherrschaft keine gefährlichen Gegner — auf lange Zeit wenigstens — sein werden. Solchen Gedanken dient ja auch die Schonung der englischen Flotte.

Eduard Driault schrieb schon vor längerer Zeit: „Sie (die deutsche Gefahr) besteht in der ganzen Welt für England in dem beträchtlichen Aufschwung der deutschen Industrie und des deutschen Handels sowie gleichzeitig der deutschen Kriegsflotte, in dem festen Willen der deutschen Regierung, den Interessen ihres Landes einen angemessenen Spielraum zu eröffnen, in dem erbitterten wirtschaftlichen Wettbewerb, der sich fortan zwischen Deutschen und Angelsachsen entspann."

Den englischen Interessen in diesem Kampfe dienen Rußland wie Frankreich. Für Englands Nutzen und Vorteil opfern sie Geld und Menschen in Mengen. Sie bedenken dabei nicht, daß, selbst wenn den vereinten Anstrengungen Deutschland erliegen sollte, sie selbst das Ziel britischer Herrschsucht und Skrupellosigkeit im Anschluß sein werden. Belgien sollte als warnendes Beispiel dienen! Dem Standpunkte Englands gaben die „Times" kürzlich überaus treffenden Ausdruck, als sie schrieben: „Es ist ihr (der Franzosen) Unglück, aber unser großes Glück, daß der Krieg auf dem Boden Belgiens und Frankreichs ausgefochten wird ... Auf jener fremden Erde kämpfen wir für Englands Boden, für unsre eigne Zukunft wie für die der Welt. Und die lange Linie von Franzosen vom Meer bis zur Schweiz kämpft, leidet und stirbt für England nicht weniger als für Frankreich." Mit dieser Leistung ist das englische Blatt doch einmal aus der Rolle gefallen und hat „trotz seiner vollendeten Technik im Lügen" einmal die Wahrheit gesagt!

Digitized by Google

Frankreich nach der Niederlage vom Jahre 1870

Ballonbriefe des Professors Henri Montucci von der französischen Militärschule St. Cyr

Mitgeteilt von

D. v. Stockert-Meynert[1])

Carte-poste (Poststempel: Paris, Corps législatif 3 Octobre 1870)
Dr. Hermann Meynert, Vienne, Autriche.

Mon cher ami! Je t'écris en français, pour éviter des embarras avec la poste. Je suis très curieux de savoir, si la présente envoyée par ballon non monté, te pas viendra. Je t'écrivai aussi par ballon monté, nous sommes complètement bloqués. Voilà 15 jours que je n'ai plus de nouvelle de ma fille, toujours en Angleterre. Mais c'est une chose curieuse que le siège de Paris. Pendant que le canon tonne dehors, on vois les dames en toilette se promener en voiture aux Champs Elysées. Notre garnison est plus forte que l'armée assiégeante. Paris ne se prend pas, sois bien sûr. H. Montucci.

Paris, den 4. Oktober 1870,
par ballon monté.

Lieber alter Bruder!

Vor zwei Tagen schrieb ich Dir auf eine Carte-poste, die mit unbemanntem Ballon abgegangen. Ob Du sie bekommst, ist stark die Frage. Gegenwärtiger Brief geht mit bemanntem Ballon ab, und so wirst Du ihn wahrscheinlich bekommen.

Unsre Lage ist hier höchst sonderbar und gewiß nicht erfreulich. Seit jetzt siebzehn Tagen habe ich von meiner Tochter, die in England ist, keine Nachricht, und so geht's natürlich allen. Von dem, was einige Stunden von Paris vor sich geht, wissen wir keine Silbe. Natürlicherweise gibt das zu allerlei eitlen Plaudereien Anlaß, die uns beunruhigen, wenn sie gleich nicht wahr sind. Dazu kommt noch, daß die wahren Neuigkeiten, der Fall Straßburgs und Toul gar nicht erfreulich sind. Nun scheint es, wir haben nicht Fleisch genug für mehr als vierzehn Tage, und da die Regierung jetzt Fleischer geworden ist, so mißt sie uns diese Gaben Gottes sehr karg zu. Korn und Wein haben wir die Fülle, auch Gesalzenes aller Art, aber leider auch einen unverständigen Pöbel und tolle Revolutionisten! Gehst Du nun aber auf den Straßen spazieren, so merkst Du nichts, außerdem eine Menge Kompagnien, die sich im Exerzieren üben.

---

[1]) Die obigen Ballonbriefe wie alle folgenden Professor Henri Montuccis waren an den Großvater der Herausgeberin, Dr. Hermann Meynert, den bekannten österreichischen Militärschriftsteller, gerichtet. Die Redaktion.

Digitized by Google

Sonst aber Damen in Toilette, die zu Wagen spazieren fahren, alle Läden offen, Kaffeehäuser vollgestopft wie gewöhnlich. Und draußen donnern die Kanonen.

Wir können 250000 Mann ins Feld stellen und ebensoviel zur Besetzung der Wälle. Nach gewöhnlichen Kriegsberechnungen wäre also Paris nicht einzunehmen, denn Proviant müßten wir immer hineinschaffen können; dabei sammelt sich auch eine neue Armee in den Departements.

Leider gibt's hier so viel Nebenelemente der Schwäche, daß ich nicht ohne Sorge die Zukunft betrachte.

Wir können von dato an etwa zwei Monate aushalten, denn was die Festungswerke und Forts betrifft, die lassen sich nicht einnehmen.

Können wir aber dem Pöbel echte Vaterlandsliebe einflößen? Wird er aushalten wollen? Wird unsre neue Armee zur rechten Zeit fertig sein? Das sind Fragen, die mir sehr bedenklich erscheinen.

Eines scheint unterdessen ausgemacht zu sein, nämlich daß eine stark befestigte Hauptstadt von ungeheurem Umfange in unsern Zeiten eine Notwendigkeit ist. Bedenk einmal, wäre Wien mit allen seinen Vorstädten so befestigt gewesen, Sadowa hätte schwerlich solche ungeheure Folgen gehabt. Wir haben schon siebzehn Tage ausgehalten, also auf so lange unsern Fall, wenn er geschrieben ist, verspätet. Was hätte sich alles in siebzehn Tagen zutragen können! Was kann sich noch alles in den künftigen vierzig Tagen zutragen? Das ist, wie Du siehst, eine gar kostbare Frist, und wenn wir fallen sollen, so können wir wenigstens sagen, daß wir einige Karten mehr in unserm Spiele gehabt, als wir sonst gehabt hätten. Fällt nun Frankreich, so ist bald die Reihe an Oesterreich, dann an England, und ganz Europa teilt sich zwischen Rußland und Preußen. Das hätten wir erlebt!

Leb wohl, alter Bruder. Allen den Deinigen Gruß. H. M.

*

Paris, den 1. Januar 1872.

Lieber Bruder!

Ich habe Dir gestern eine Broschüre über Thiers geschickt, woraus Du ersehen kannst, was man von ihm sagt und druckt. Nun kann er aber auf zweierlei Art fallen: entweder parlamentarisch, d. h. gesetzlich, und da wird der Herzog d'Aumale, der kein Thronerbe ist, als Präsident an die Spitze kommen, oder die Radikalen unter Gambetta stürzen ihn entweder durch Gewalt oder List hinunter, und da seh' ich am Ende: den Kaiser wiederkommen.

Kommt d'Aumale zur Obergewalt, so kann die Republik so lange dauern, bis Heinrich V. stirbt. Dann wird das alte Königreich wiederhergestellt, und, ist man gescheit, was noch stark die Frage ist, kann die jüngere und in dieser Voraussetzung die einzige Linie der Bourbons wohl bis aufs zwanzigste Jahrhundert hinaus regieren. Ist man nicht gescheit, so bleibt nach einer neuen Republik der Imperialismus das letzte Wort, wenn nämlich zu der Zeit von Frankreich noch etwas übrig bleibt.

Digitized by Google

Ich habe meiner Ansicht nach so ungefähr alle Möglichkeiten des Moments hier in Anschau genommen, und nun komm ich zu Deinem Kandidaten. Für den sehe ich unter solchen Umständen nicht die mindeste Hoffnung. Denn erstlich: diejenigen, welche irgendeine Aussicht haben, spielen schon lange in der Geschichte Frankreichs eine Rolle. Gewisse Volksmassen haben sich an sie angeschlossen; die verschiedenen Anhänger jeder Partei haben ihre persönlichen Hoffnungen auf ihren Götzen gebaut und wissen im voraus, daß sie von den andern nichts zu hoffen haben. Dabei hat jede Partei ihre schon berühmten oder berüchtigten Anführer, deren politische Existenz von ihrer Treue zu ihrer Fahne einzig und allein abhängt. Da scheint also für einen neuen Kandidaten durchaus kein Platz mehr da zu sein. Was hat er übrigens im französischen Sinne getan? Worauf beruhen seine Ansprüche? Hat er sich irgendwie gezeigt? Einen Tumult gestillt, eine Schlacht gewonnen? Welche Gründe kann man zu seinem Vorteil anführen? Oder wäre er bereit, bei einem etwaigen Bürgerkrieg sich ins Getümmel zu stürzen?

Zweitens, und das ist eine wichtige Frage, was würde Preußen dazu sagen? Denn diese Macht ist jetzt überwältigend, vorzüglich was Frankreich angeht. Du könntest einwenden, daß letzteres, mit Oesterreich verbunden, Preußen ziemlich gewachsen wäre; aber dann vergißt Du, daß unsre Voraussetzung gerade diese ist, daß Frankreich von Parteihaß zerrissen und daher nur mit unorganisierten und geteilten Kräften ins Feld rücken könnte. Einen Oesterreicher litte Preußen gewiß nicht auf einem französischen Throne.

Drittens muß man auch mit dem Chauvinismus Frankreichs rechnen. Der Franzose ist unbesonnen, toll und eitel, aber eben deswegen ist er auch insofern patriotisch, daß er keinen fremden Fürsten auf seinem Thron leiden würde. Keinen Augenblick wäre der Regent sicher, und auf die Armee könnte er gar nicht zählen. Sogar seine eignen Anhänger wären lau gegen ihn, um sich zeitlich einen Rückzug vorzubereiten. Sein Katholizismus würde ihm wenig nützen, weil die Klasse der Priester ihren Vorteil ebensogut unter einem Bourbon als unter einem Bonaparte finden würde und dabei immer französisch gesinnt bleiben könnte.

Viertens, um eine solche Kandidatur ins Feld bringen zu können, wäre viel Geld vonnöten. Ich schätze es nicht unter 20 Millionen Franken, denn da müßte man erstlich Journale besolden und stiften; man müßte verschlagene Emissäre im Lande herumreisen lassen, eine Menge Leute klassenweise bestechen, die Armen kaufen usw., und wozu? Um am Ende erbärmlich fehlzuschlagen.

Von Revanche brauchte nicht die Rede zu sein, denn die Idee wird nur von Journalisten, und zwar äußerst nachteilig, gepredigt; aber wo käme der herzliche Ruf der Nation her, den Du zur Bedingung setzest? Nein, verlaß Dich drauf, außer den drei Namen Bourbon, Orleans und Bonaparte hat keiner Macht genug, die französische Nation zu bewegen. Leb wohl!

Dein alter Bruder.

*

Digitized by Google

Paris, den 10. Dezember 1872.

Lieber alter Bruder!

Du verlangst von mir ein schweres Urteil: was nämlich aus unserm französischen „Durcheinand" hervorkriechen wird. Mich würde es gar nicht wundern, wenn es ein Basilisk wäre, denn was wir vor Augen haben, ist nicht minder rar als ein Hahnsei. Du willst wissen, ob ein Orleans, ein Heinrich V., ein Bonaparte oder eine Soldatenhand endlich das Zepter bekommen wird? Das ist zuviel gefragt, aber den Zustand der Sache kann ich Dir beschreiben.

Die Grundlage der ganzen Geschichte ist diese: Schurkerei und Feigheit stehen einander gegenüber. Die Schurkerei stellt der vor, welcher unter dem Vorwande, die Monarchie wiederherzustellen, sich mit der revolutionären Partei verbunden. Die Feigheit gehört denen, die, indem sie durch Volkswahl mit unumschränkter Gewalt bekleidet, bisher keinen Gebrauch davon machen wollen, weil sie zueinander kein Vertrauen hatten. Ein jeder hatte seinen Götzen, den er ausschließlich auf den Thron setzen wollte. Darum fand man es bequem, einem Dienstboten, der sie alle hinterging, die Macht zu überlassen. Das merkte der Schalk und spielte den einen seiner Herren gegen den andern, bis er sich Anhänger genug gesammelt, um den ersteren zu trotzen. Da aber nun endlich seine Pläne zu klar geworden, und die Konservateurs endlich einsahen, daß er damit umging, sie unter irgendeinem Vorwande loszuwerden, und daß sie nur die Wahl zwischen einem lächerlichen Tode und einem verzweifelten Kampfe hatten, haben sie endlich letzteres gewählt; so wie der Hirsch, wenn er einmal sieht, daß es mit ihm aus ist, sich endlich auch verteidigt.

Du sprichst von Auflösung der Assemblee! Rechtmäßig kann sie Thiers nicht auflösen. Also Gewalt. Aber wo nähm' er diese her? Von der Armee gewiß nicht, denn niemand möchte gern seine Zukunft auf das Leben eines sechsundsiebzigjährigen Greises, der keine zweckmäßigen Erben hat, ausspielen. Lieber verkaufte er sie einem Orleans oder Bonaparte. (Von Heinrich V. ist gar nicht die Rede.)

Soll also die Auflösung mit Gewalt verrichtet werden, so kann dieses nur durch die Roten geschehen, und dann haben wir wiederum Bürgerkrieg, in welchem Falle wir erst Gambetta und dann ganz sicher den Bonaparte bekommen. Aber an die Auflösung ist vorderhand gar nicht zu denken, denn erstens wird es Preußen nicht leiden, solange wir ihm noch einen Heller schuldig sind, und zweitens ist Thiers selbst dazu zu feig. Er weiß übrigens sehr wohl, daß, wenn ihm auch ein solcher Streich gelingen sollte, er selbst das erste Opfer der Roten sein würde. Alles dieses hat die Rechte ziemlich genau berechnet, und darauf gründet sich ihre Kriegstaktik. Die Masse der Nation ist übrigens konservativ und monarchisch gesinnt.

Da ich darauf halte, daß Dir meine Meinung sicher in die Hände kommt, rekommandiere ich diesen.

Leb wohl,

Dein treuer Bruder.

*

Digitized by Google

Paris, den 26. Dezember 1872.

Lieber Bruder!

Daß kein Mensch etwas davon wissen soll, das versteht sich von selbst.

Wenn ich ein großes Wort „gelassen ausgesprochen", so hab' ich's mit voller Ueberzeugung und auch mit Bedacht getan. Es gibt in Frankreich 10 Millionen Wähler, die fast alle am 8. Februar 1871 gestimmt; im Juli desselben Jahres, als Thiers die supplementarischen Wahlen handhabte, trugen es zum allemeinen Erstaunen die Roten davon, aber wie? Mehr als die Hälfte der Wähler stimmte nicht; die übrigen waren so verteilt, daß die Konservativen die Stimmenmehrheit erhalten hätten, wären sie nicht so dumm und unpatriotisch gewesen, ihre Stimmen unter mehrere Kandidaten zu verteilen, während die Roten mit prächtiger Disziplin nur für einen einzigen stimmten. Von Ränken spreche ich nicht einmal. So ergibt sich denn, daß höchstens ein Viertel der Nation rotrepublikanisch gesinnt wäre, und davon sind noch alle abzuschlagen, die weiter nichts als Wetterhähne sind. Es würde mich stark wundern, wenn es nur eine Million Republikaner in Frankreich gäbe, und von dieser Anzahl nur die Hälfte ehrliche Leute.

Wie geschieht es aber, daß so viele nicht haben stimmen wollen? Das erklärt sich auf mancherlei Weise. Unter dem Kaisertum fehlte immer ein Viertel. Das waren die, welche entweder zu faul waren oder zu den Legitimisten und Orleanisten gehörten; Republikaner waren's nicht, denn der Republikaner stimmt sicher. Heute aber können Legitimisten und Orleanisten stimmen; die Abstehungen muß man also anders erklären. Manche haben aus Feigheit nicht gegen die Republik stimmen wollen, weil sie fürchten, es möchte doch Gambetta an die Spitze kommen; aber das kann die Mehrzahl nicht sein. Ich glaube daher, daß es Imperialisten sind, welche darauf rechnen, daß es die Republik endlich so weit treiben wird, daß man nur froh sein wird, den Kaiser oder seinen Sohn wiederzuhaben. Die Imperialisten, die ich kenne, sind gerade dieser Meinung. Sie warten ruhig ihre Stunde ab und finden, daß niemand besser die Rückkehr des Kaisertums vorbereitet, als eben Thiers und Gambetta. Dazu kommt noch, daß der Bazainesche Prozeß, die Depositionen des Bourbaki und des Gramont ganz und gar den Kaiser eine ehrenvolle Rolle spielen lassen, und man nun den Kontrast zwischen seiner Regierung und der jetzigen immer stärker gewahr wird.

Kurz, die Parteien im Lande lassen sich ungefähr so abmessen:

1. Republikaner, 1 Million, darunter 500000 disziplinierte Kerle, die bei einer Revolution alles zu gewinnen, nichts zu verlieren haben.

2. Legitimisten, $1^1/_2$ Millionen, stark katholisch, ängstlich und unentschlossen, deren Recht aber das stärkste ist.

3. Orleanisten, 1 Million, nur aus Eigennutz katholisch, auf den Tod Heinrichs V. lauernd, um sein Recht zu erben, übrigens nicht sehr unternehmend.

4. Imperialisten, 4 Millionen, darunter 400000 Mann von der Armee, katholisch, nicht übel diszipliniert, ebenso keck als die Republikaner und vorderhand sich im Hintergrund haltend.

Digitized by Google

5. Echte Katholiken, $2^1/_2$ Millionen, die mit den Legitimisten und Bonapartisten in Hinsicht des Hofes gegen die Republik eins sind und sich zu der Partie unter den beiden schlagen werden, die sich am ersten zeigt. NB. die Priester.

Daraus folgt nun, daß, wenn z. B. Heinrich V. morgen stürbe, die Nation sich ziemlich in zwei Hälften teilen würde, denn die Bonapartisten würden sich dann mit den Republikanern koalisieren. Bleibt er am Leben, so haben in diesem Augenblick die Bonapartisten 99 Chancen gegen 1, wieder die Obergewalt zu bekommen. Stirbt Thiers morgen, so bekommen wir acht Tage Bürgerkrieg, und der Kaiser kehrt zurück. Wie aber, wenn er am Leben bleibt? Ja, in dem Falle, so sehr Du Dich auch sträuben magst, fällt er. Freiwillig das Feld räumen, das tut er nicht, aber fallen, das wird er. Du hast meine Schlangenlinie neulich bewundert, nun noch die Anwendung. Der alte Fuchs ist bis auf den höchsten Gipfel hinaufgeklimmt, aber jetzt geht's bergab. Denn die ganze konservative Partei, sie mag heißen wie sie wollte, nach ihren verschiedenen Abteilungen, hat er greulich geprellt, um sich an die Republikaner, die nur eine Million zählen, zu schließen. Nun haben es aber die andern 9 Millionen satt, und ihre Abgeordneten belagern ihn jetzt regelmäßig. Das ist der Anfang des Sinkens. Dazu kommt, daß man ihn ein paarmal diese Woche Lügen gestraft.

*

Paris, den 9. Januar 1873.

Lieber alter Bruder!

Das muß man Dir lassen: wenn Du fragst, so tust Du es tüchtig. Um gewöhnliche Hausmannskost ist Dir's nicht zu tun: Rebhühner oder gar nichts. Ich sage Dir frei heraus, daß ich Dir nicht gleich geantwortet, weil ich selbst, vom großen Donnerschlage verblüfft, mir gar nicht vorstellen konnte, was die Folgen sein möchten. Ich mußte mich selbst ein wenig umsehen, um daraus klug zu werden.

Den Franzosen ist's gegangen wie mir: es hatte sich niemand den Tod des Kaisers so nahe gedacht. Man gab ihm immer fünf bis sechs Jahre Leben, und ein jeder war überzeugt, der jetzige Spuk könne doch nicht länger als die Besetzung der östlichen Departements dauern. Da wär' er zurückgekommen, unterdessen wäre sein Sohn herangewachsen und wäre dem Vater ruhig nachgefolgt. Daran glauben sogar die Roten.

Nun ist's aber freilich ein andres. Die Imperialisten und das ganze Volk sind von diesem Todesschlage tief gerührt (der siebzigjährige Vater einer meiner Bekannten ist diese Woche, Du wirst's nicht glauben, obgleich gesund und stark, aus Gram über die Hiobsbotschaft gestorben); man hat geweint, man klagt noch und schüttelt den Kopf; die imperialistischen Blätter haben auch schon gesagt, wie Du es vermutetest: „Der Kaiser ist tot, es lebe der Kaiser!" Dem ungeachtet aber kann man nicht umhin, zu bekennen, daß ein sechzehnjähriger Regent nicht für das zerrüttete Frankreich taugt, und daß er in einem solchen Lande, wo aller moralischer Sinn ausgestorben scheint, nicht lange regieren könnte.

Digitized by Google

Was ist nun zu tun? Einige große imperialistische Familien werden sich vom Tummelplatze zurückziehen und auf bessere Zeiten warten, aber die Mehrzahl kann das doch nicht tun, der Beamte, namentlich der Offizier, die müssen leben und Beförderung suchen; bei den Soldaten und dem Landvolke wird der Tod des Kaisers eine Legende bleiben, aber man wird gehorchen und arbeiten wie vorher. Zehn Jahre lang stillstehen kann man nicht. Vorderhand also sind die Imperialisten paralysiert.

Was werden sie tun? Sich zu den Radikalen schlagen, das wäre doch etwas zu früh. Das könnte allenfalls nach einigen Jahren fruchten, falls die neue Regierung durch dumme Streiche einen neuen Aufruhr vorbereiten sollte. Die Partei wird also wohl ihren Kultus im stillen beibehalten, öffentlich aber sich zu den Legitimisten schlagen, denn die Orleans kann sie nicht leiden.

Bei dieser Stimmung der großen Partei gewinnen also die Legitimisten ein ungeheures Uebergewicht und sie sind dessen schon gewahr. Die Orleanisten scheinen auch ihren Fehler von 1830 gutmachen zu wollen, und da seh' ich wirklich nicht ein, was noch zu einer Restauration der Bourbonen für Hindernisse im Wege liegen könnten. Ich urteile aber leider nur nach dem gesunden Menschenverstande, und der ist heutigestags in Frankreich teuer.

Eins scheint mir ausgemacht. Ich weiß nicht, ob sich Thiers über den Tod seines persönlichen Feindes gefreut hat, in dem Falle aber hat er sich stark verrechnet. Sowohl Legitimisten als Bonapartisten hassen ihn mit Wut; die Orleans hat er zum Narren gehalten, es bleiben ihm also nur seine alten Freunde, die Radikalen, zur Stütze. Nun, damit geht man nicht weit! Unter seinen Pfiffen war dieser, daß er immer das Schreckbild des Bonapartismus hervorzauberte, wenn die Bourbonisten unartig waren! Jetzt aber hilft die Ruhe nicht mehr viel; und ich denke, er wird von nun an andre Seiten aufziehen, die Roten nach und nach im Stich lassen, Präsident bleiben, solange er kann, und wenn er endlich sieht, daß man ihn durchaus nicht mehr haben will, so ist er kapabel, eine Restauration selbst zu versuchen und dem von ihm eingesetzten König weiszumachen, ohne ihn wär's nicht geschehen. Wenn ein Schuft im Spiele ist, so läßt sich nichts voraussehen.

Kurzum, nach jetziger Aussicht der Dinge haben die Bourbonen viel gewonnen, Thiers hat viel verloren, und die Roten, die über die Todesnachricht so sehr gejubelt haben, sind am schlimmsten daran. Denn ihre einzige Hoffnung, den Gambetta einzusetzen, lag in Thiers, und wenn dieser nicht toll ist, muß er ihnen den Rücken zukehren, wenn er selbst das Ruder noch einige Zeit führen will, d. h. wenn die Bourbonen keine Esel sind und zu spielen wissen!

Leb wohl, grüße die Deinigen.

Dein alter Bruder.

*

Paris, den 3. Mai 1873.

Lieber alter Bruder!

Dein Brief vom 17. März enthält manches, das mir Stoff zu einem andern Briefe bieten wird; vorderhand aber wirst Du aus den letzten Wahlen ersehen

Digitized by Google

haben, daß ich mich nicht geirrt, als ich Dir schrieb: Der Bonapartismus hätte sich verstärkt. Wir Konservativen wollen es nicht gerne bekennen, weil wir uns eine Waffe daraus gemacht haben, aber Dir kann ich's wohl schreiben, daß so ein stinkender Popanz wie der Barodet nimmermehr 180000 Stimmen erhalten hätte, wenn ihm nicht die Bonapartisten dazu verholfen hätten. Denn es ist eine Maulschelle, die Thiers und seinesgleichen bekommen. Paß auf! Am 19. d. M. dürfte wohl manches Unvermutete sich zutragen. Thiers ist nicht mehr oben am Rad, sondern er steht schon schief.

*

Paris, den 3. Juli 1873.

Lieber alter Bruder!

In Hinsicht meines Wahrsagergeistes muß ich Dir gestehen, daß ich fast ebenso überrascht wurde wie Du. Mir sagte zwar meine absolute Philosophie, daß das Ding der Theorie nach schon viel zu lange gedauert, aber ich hielt die Leute für zu feig oder zu selbstsüchtig, um so einen vollkommenen Sieg davonzutragen. Meiner Ansicht nach sollte Thiers nur vorderhand gezwungen werden, mit der Linken zu brechen; der wahre Sturz sollte erst nach dem Abzuge der Preußen stattfinden. Ich gestand mir zwar, daß die Manövers, durch welche Barodet 180000 Stimmen bekam, echt strategisch waren (ich hatte ehrlicherweise für Stoffel gestimmt, dadurch aber doch dazu beigetragen, den Remüsat aus dem Wege zu schaffen), indes konnte ich den Deputierten, die bisher solche Esel gewesen, einen so hohen Grad Staatskunst nicht zumuten. Der Purzelbaum war so komplett, daß ich meinen Augen nicht trauen wollte, als ich die Anzahl der Stimmen las. Aber siegen ist zwar viel, doch muß man den Sieg zu benutzen wissen, und das scheinen die Leute nicht recht zu verstehen. Thiers war ein viel zu großer Schuft und er mußte fort; aber Mac Mahon ist für Frankreich ein viel zu ehrlicher Mann; wir hatten König Storch und nun haben wir König Klotz. Er tut wenig oder nichts. Wir gehen zwar nicht mehr bergab, wie mit Schwager Thiers, aber auch nicht wieder bergauf, wie wir unter Schwager Mac Mahon hoffen konnten. Seine Minister greifen nicht derb hinein, sie jagen eine Menge Septembristen, die noch Stellen haben, nicht zum Henker; das erzdumme Munizipalgesetz wissen sie nicht abzuschaffen usw. Das sehe ich alles nicht ohne Bangigkeit und ich fühle, daß wir noch nicht über alle Hindernisse weg sind.

Ihr habt ja neulich einen fürchterlichen Sturm gehabt, welcher unsre Lyoner Waren in der Weltausstellung ganz zugrunde gerichtet haben soll!

Grüße alle die Deinigen. Herzlich Dein alter Bruder.

*

Paris, den 13. Dezember 1873.

Gestern habe ich gar nicht ans Schreiben kommen können, trotz meines guten Willens meiner Prophetenstelle bei Dir Ehre zu machen. Die Katze im Sack will ich Dir übrigens nicht verkaufen. Als Du Nachricht bekamst, daß Mac Mahon erwählt worden, hast Du bei Dir selber gewiß gedacht, „mein

Digitized by Google

Prophet ist ein ganzer Kerl" und gingst wohl gar damit um, mir mein Gehalt zu verdoppeln. Ich muß Dir leider die Binde wegreißen und Dir bekennen, daß ich ein blinder Esel war. Ich hatte mich nämlich auf eine Mehrheit von 5 oder 10 gefaßt gemacht; als ich aber eine Mehrheit von 68 sah, blieb ich mit offenem Maule stehen. So viel politischen Sinn, so viel Vaterlandsliebe hätt' ich den Leuten gar nicht zugetraut und kann mir's nur dadurch erklären, daß sie auf kurze Zeit eine Art Wahnsinn ergriffen. Frag doch einmal Deinen Sohn, ob's nicht ein Symptom von Verrücktheit ist, wenn tolles Gesindel einmal was Gescheites tut? Uebrigens ist die natürliche Tendenz nicht lange ausgeblieben. Naturam expellas furca, tomen usque recuret. Elf Tage haben die Kerle damit zugebracht, eine Dreißigerkommission zu ernennen, was sie in einer einzigen Sitzung hätten tun können. Der Philipotteausche Gesetzentwurf, laut welchem Offiziere sich zu keiner Kandidatur zur Nationalversammlung vorstellen dürfen, hat sich vierzehn Tage lang in der Militärkommission herumgeschleppt, ehe diese, welche ihm von Haus aus günstig war, sich darüber ausgesprochen; von Debatten darüber ist noch gar keine Rede. Das Mairengesetz, welches unumgänglich notwendig ist, kommt nicht von der Stelle. Den Leuten sitzt das Messer an der Kehle: feuerrote Wahlen werden bald der Zerstörungspartei die Wahrheit in der Versammlung verschaffen und dennoch kommt nichts zustande. Die äußerste Rechte stimmt mit der äußersten Linken und die Bonapartisten stimmen gar nicht. Bazaine ist verurteilt, aber die zehn Schurken des 4. Septembers sind nicht nur nicht verhaftet, geschweige denn gefangen, sondern prahlen noch mit ihren unsinnigen Theorien mitten in der Versammlung, welche sie in eine Menagerie verwandelt haben. Das ist so der echte unselige Parlamentarismus.

*

Paris, den 10. Januar 1874.

Hab' ich Dir nicht gesagt, daß die Nationalversammlung tolles Gesindel ist? Vorgestern kommen die Kerls nur zur Hälfte zusammen, was an sich ein dummer Streich war, und dann, da sie doch sehen, daß so viele der Ihrigen fehlen, haben sie nicht einmal den gesunden Menschenverstand, den Gesetzentwurf über die Maires zu vertagen. Ich weiß nicht, ob Du Dir von der Wichtigkeit dieses Entwurfes eine Vorstellung machst; er ist der Eckstein aller künftigen konservativen Reformen. Und gerade darauf befindet sich das Ministerium in einer Minderheit von 42 Stimmen. So verludert sich die Zeit und so bleibt das Land immerwährend in einem Kessel siedenden Wassers. Heute wird gesagt, man werde auf irgendeine Weise das Kabinett wieder zusammenflicken; es ist aber doch schändlich.

*

Paris, den 20. März 1874.

Was soll ich Dir nun über unsre Politik sagen? Der Mac Mahon ist ein ehrlicher Kerl, und wir klammern uns an ihn, als ob er der liebe Gott wäre, aber das Handwerk scheint er durchaus nicht zu verstehen. Mit einer solchen Versammlung, die in fünf oder sechs Parteien zerstückelt ist, müßte er gerade-

Digitized by Google

wegs gegen eine dieser Parteien wirken, da würden sich die andern stärker an ihn schließen. Gesetzt, er verlangt, daß die zehn Halunken des 4. Septembers gerichtlich verfolgt würden (und dazu haben wir Ueberfluß an Materialien, ganz abgesehen vom Kaisertum), die würden sich auf der Stelle aus dem Staube machen, und da wär er sie los. Gesetzt, er täte hernach dasselbe mit den dreißig bis vierzig Kommissionen, die noch in der Kammer sitzen, die liefen auch davon; so hätte er gleich auf völlig gesetzmäßigem Wege seine Stimmenmehrheit um wenigstens fünfzig verbessert, ohne in Betracht zu nehmen, daß so ein energisches Verfahren ihm aus den Uebrigbleibenden noch eine Menge Rekruten herbeibringen würde. Was tut er aber? Seine an Parlamentarismus schwer daniederliegenden Minister lassen sich alle vierzehn Tage durch eine Interpellation angreifen, die lauter Unsinn ist, und können von Glück sagen, wenn etwa zwanzig ihrer Anhänger nicht krank sind und andre zwanzig nicht auf Reisen oder gar spazieren gegangen. So ein Hundsfott wie der Challemel-Lacour, der als Präfekt schrieb: Fusillez-moi tous ces gens-là! kann da zwei Stunden lang allerlei Revolutionäres herpredigen — als hätte der allmächtige Gott! — das Chiragra, könnte nicht dreinschlagen? Ne, lieber Freund, auf die Art wird ein krankes Land nicht regiert.

*

Paris, den 2. März 1874.

Unsre Nationalversammlung ist doch die dümmste, die ich je gesehen. Nicht den geringsten praktischen Sinn. Immer klarer wird es mir, daß der Kleine auf den Thron kommt. (Schluß folgt)

Englische Bemühungen um die Gewinnung amerikanischer Freundschaft

Ein Beitrag zur diplomatischen Geschichte der jüngsten Zeit

Von

Freiherr v. Hengelmüller

I

Konsequent und erfolgreich hat England durch Jahre an der Herstellung freundlicher Beziehungen zu Amerika gearbeitet. Die Geschichte dieser Bemühungen gehört zu den interessantesten und lehrreichsten Kapiteln der Geschichte moderner Diplomatie und gewinnt durch den Wert, welcher der Haltung Amerikas im jetzigen Weltkrieg zukommt, erhöhte Bedeutung. Ich habe deren einzelne Phasen in nächster Nähe zu beobachten Gelegenheit gehabt.

In einem der Artikel, welche der ehemalige Präsident Mr. Roosevelt über diesen Krieg und die aus ihm hervorgehenden Lehren geschrieben hat,[1]) bemerkt

[1]) „New York Times", 18. Oktober 1914.

Digitized by Google

er, daß vor hundert Jahren die beiden Englisch sprechenden Völker Großbritanniens und Amerikas sich als eingefleischte und prädestinierte Feinde betrachtet hätten, heute aber ein Krieg zwischen ihnen undenkbar sei.

In Wahrheit braucht man indessen nicht auf ein Jahrhundert zurückzugehen, um die eben erwähnte Feindschaft noch am Leben zu finden. Ihr Erlöschen ist viel neueren Datums. Es sind noch nicht ganz zwanzig Jahre her, daß, einige Monate nach meiner Ankunft in Washington, der damalige Staatssekretär mir gegenüber in einer akademischen Konversation die Bemerkung fallen ließ, wie ein Krieg mit England keinesfalls zu den politischen Unmöglichkeiten, vielmehr zu jenen Eventualitäten gehöre, mit denen die Fürsorge amerikanischer Staatsmänner stets zu rechnen habe. Auf meinen Einwurf, daß ich den alten Groll gegen England, den ich in den siebziger Jahren durch dessen Haltung im Sezessionskriege neu entfacht, in voller Kraft gefunden hatte, jetzt für abgestorben geglaubt habe, erwiderte Mr. Gresham, daß auch in Amerika kein Mensch den Krieg mit England wünsche, das alte Gefühl aber nicht erstorben sei.

Tatsächlich waren die Beziehungen zwischen den beiden Englisch sprechenden Ländern durch ein volles Jahrhundert heikle, zuzeiten sehr gespannte. Deren einzelne Phasen finden sich in jeder Geschichte der Vereinigten Staaten dargestellt.[1]) Die Stimmung in Amerika war England gegenüber eine empfindliche und gereizte, und auch dessen Nachgiebigkeit in der Alabamafrage hat diesfalls noch keine dauernde Besserung erzeugt. Charakteristisch für jene noch vor einem Vierteljahrhundert herrschende Stimmung ist der bekannte Inzidenzfall der Verabschiedung des englischen Gesandten, Lord Sackville, aus den Vereinigten Staaten, wobei die Motive und angeführten Argumente ebenso bezeichnend sind wie die Tatsachen.

Im November 1888 sollten die neuen Präsidentenwahlen stattfinden. Einen Monat vorher erhielt Lord Sackville einen von einem ihm nicht bekannten Charles Murchison unterzeichneten Brief, worin dieser seinen Rat erbat, für welchen der beiden Kandidaten — Cleveland oder Harrison — er seine Stimme abgeben sollte. Der Schreiber berief sich darauf, nur die Förderung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen England und Amerika im Auge zu haben und für jenen Kandidaten stimmen zu wollen, von dem eine solche Förderung am besten zu erwarten wäre. Bisher habe er Cleveland dafür gehalten, nun sei er aber durch dessen Haltung in der schwebenden Fischereifrage mit Kanada an ihm irre geworden. Anderseits sei Harrison Hochschutzzöllner und Feind englischer Interessen. Vielleicht wäre auch Clevelands jetzige Haltung bloßes Wahlmanöver und Rückkehr zu freundschaftlicher Politik nach seiner Wiederwahl zu erwarten. Darum frage er um Rat.

---

[1]) In übersichtlicher Weise sind sie in dem Werke Mr. Coolidges, „The United States as a world power", Neuyork 1908, Kap. XIII, zusammengestellt. Vgl. auch Goldwin Smith, „History of the United States", und Foster, „A century of American diplomacy".

Digitized by Google

Charles Murchison existierte gar nicht. Der Brief war eine von unbekannt gebliebenen Wahlleitern ersonnene Falle. Lord Sackville fiel in dieselbe hinein und antwortete, zwar allgemein und ausweichend, aber doch genug, um sich den Hals zu brechen. Er bemerkte Herrn Murchison, daß bei der gegenwärtigen Stimmung des Landes jede Partei, welche sich dem Mutterlande freundlich zeige, Popularität verlieren würde. Die Demokraten wüßten dies, es müsse daher die politische Situation Mr. Clevelands in Betracht gezogen werden, immerhin könne man aber annehmen, daß er im Falle seiner Wiederwahl einen Geist der Versöhnlichkeit bekunden würde.

Dieser Brief Lord Sackvilles erschien sofort in der Presse, welche einen Entrüstungsfeldzug gegen ihn eröffnete und ihm ungehörige Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes vorwarf. An maßgebender Stelle im Auswärtigen Amte war man anfangs geneigt, die Sache zu belächeln und zu ignorieren, als aber die republikanische Partei dieselbe aufgriff und so darstellte, als habe der englische Gesandte sich für die Wiederwahl Mr. Clevelands ausgesprochen, daher dieser als im Dienste englischer Interessen stehend anzusehen sei, wandte sich das Blatt. Die Bundesregierung ließ in London Lord Sackvilles Abberufung verlangen, und als dieselbe nach zwei Tagen nicht erfolgt war, machte sie selbst seiner Mission ein Ende und sandte ihm seine Pässe zu.

Der Fall erregte seinerzeit großes Aufsehen in Amerika sowohl wie in Europa. In England nahm man ihn mit Gelassenheit hin. An Stelle Sackvilles wurde Sir Julian, später Lord Pauncefote, nach Washington ernannt, und es ist sicher, daß Lord Salisbury bei dieser Wahl für das von ihm schon damals ins Auge gefaßte Ziel der Verbesserung der Beziehungen beider Länder eine besonders glückliche Hand gehabt hat.

Gar so rasch ging die Sache indessen nicht. Wie begründet Mr. Greshams mir im April 1895 gemachte Bemerkungen waren, bewies der acht Monate später ausgebrochene Venezuelakonflikt und die vom Präsidenten Cleveland aus diesem Anlasse aufgeworfene direkte Kriegsgefahr.

Seit mehr als fünfzig Jahren schwebte zwischen England und Venezuela wegen der beiderseitigen Grenzen von Britisch-Guayana ein Grenzstreit, welcher 1887 zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen geführt hatte.[1]) Die Vereinigten Staaten hatten in denselben zu verschiedenen Malen vermittelnd einzugreifen versucht in der Absicht, England zu direkter gütlicher Einigung oder schiedsgerichtlicher Austragung zu bewegen, ihre Bemühungen waren aber in London jedesmal höflicher Ablehnung begegnet. Im Frühjahr 1895 begann mit einem Male die amerikanische Presse der Frage erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken und dieselbe unter Ventilierung der Monroedoktrin im aggressiven Sinne gegen England zu erörtern, ohne daß indessen damals die Bundesregierung

[1]) Die ganze Geschichte der Frage findet sich in den der Botschaft des Präsidenten Cleveland vom 17. Dezember 1895 beigeschlossenen Noten Mr. Olneys und Lord Salisburys ausführlich dargestellt. Congressional Document Nr. 31, 54. Kongreß, 1. Session.

Digitized by Google

irgendeinen Schritt unternommen oder die Frage England gegenüber in Washington oder London zur Sprache gebracht hätte.

Im Juli aber ließ die Bundesregierung durch ihren Botschafter in London das amtliche Begehren an die englische Regierung stellen, den Grenzstreit mit Venezuela schiedsgerichtlicher Entscheidung zu unterwerfen. Begründet wurde dieses Verlangen mit der Monroedoktrin, welche dahin formuliert wurde, daß erstens kein Teil Amerikas mehr europäischer Kolonisation offen stehe, und zweitens es keinem europäischen Staate gestattet sein solle, irgendeinen amerikanischen Staat seines Rechtes der Selbstregierung zu berauben und fremder politischer Kontrolle zu unterwerfen. Der erstere Satz werde von niemand mehr bestritten, aus dem zweiten folgerte der amerikanische Staatssekretär das Recht seines Landes, jeder gewaltsamen Aneignung venezuelanischen Gebietes entgegenzutreten.[1])

Lord Salisbury antwortete hierauf im November. Er stellte die Anwendbarkeit der Monroedoktrin auf den vorliegenden Fall in Abrede, weil England Venezuela kein politisches System aufzwingen und sich in dessen politische Institutionen nicht einmengen wolle. Weiter aber wies er darauf hin, daß die Monroedoktrin keinen Grundsatz des internationalen Rechtes bilde und den Vereinigten Staaten kein andres Interventionsrecht gebe, als sie in jedem beliebigen Falle aus der Tangierung ihrer Interessen schöpfen könnten. In einer zweiten, am selben Tage geschriebenen Note erörterte er den Streitfall mit Venezuela vom englischen Standpunkte und schloß mit der bestimmten Ablehnung, denselben in seiner Gänze schiedsgerichtlicher Entscheidung zu unterwerfen.

Mr. Clevelands Erwiderung auf diese Weigerung war seine außerordentliche Botschaft an den Kongreß vom 17. Dezember, worin er nach Darlegung des Streitfalles ausführte, daß angesichts der Sachlage den Vereinigten Staaten nichts andres übrig bliebe, als die streitige Grenzlinie auf Grund sorgfältiger Erhebungen selbst festzustellen und jede Verletzung des — Venezuela auf diese Art zugesprochenen — Territoriums seitens Englands zum Kriegsfalle zu machen. Gleichzeitig verlangte er vom Kongresse die Bewilligung der Geldmittel für die mit jenen Erhebungen zu betrauende Kommission, welche auch innerhalb drei Tagen von beiden Häusern votiert wurde. Damit war England vor die Wahl gestellt, entweder seinen in der Novembernote Salisburys mit Entschiedenheit ausgesprochenen Standpunkt zu ändern oder den von Amerika hingeworfenen Fehdehandschuh aufzuheben. Bekanntlich hat es das erstere gewählt.

Das Vorgehen Mr. Clevelands erscheint um so merkwürdiger, als er durchaus keine Jingonatur war. Er war eine der bedeutendsten und willensstärksten Persönlichkeiten, die jemals auf dem amerikanischen Präsidentenstuhle gesessen sind, ließ sich aber vornehmlich von juridischen Erwägungen und der Erkenntnis dessen, was er für recht hielt, leiten. Im Jahre 1885 war es eine seiner ersten Amtshandlungen, daß er das von der vorhergehenden Administration geschlossene,

[1]) Diese Note ist wohl eine der längsten, die je geschrieben worden ist. Sie nimmt in der kongressionellen Druckschrift siebzehn Seiten ein.

Digitized by Google

noch im Senate schwebende Abkommen mit Nikaragua zur alleinigen Erbauung des dortigen Kanals durch die Vereinigten Staaten zurückzog, weil er es dem Bulwer-Clayton-Vertrage widersprechend hielt. Das gleiche tat er bei seinem zweiten Amtsantritt mit dem vom Präsidenten Harrison abgeschlossenen Vertrage zur Annexion Hawais. In der kubanischen Frage nahm er eine gerechte und mäßigende Haltung ein, unbekümmert um den Widerspruch, in den er dadurch mit den auch von der öffentlichen Meinung seines Landes geteilten Tendenzen des Kongresses, insbesondere des Senates geriet. Wo er sich aber im Rechte fühlte, zögerte er auch vor den äußersten Konsequenzen nicht zurück, und dies war ohne Zweifel bezüglich der Venezuelafrage der Fall.

Am 2. Januar 1896 ernannte der Präsident die Mitglieder der amerikanischen Kommission für Erhebung der Grenzlinie. Die Wahl fiel auf solche Persönlichkeiten, daß die amerikanische Regierung mit Recht hervorheben konnte, wie es ihr ausschließlich um rechtliche und unparteiische Feststellung des Sachverhaltes zu tun wäre. Viel bemerkt wurde damals die Haltung der englischen Presse, welche dieser Kommission gegenüber keine absolut feindliche oder sie ignorierenwollende Haltung einnahm.

Gleichzeitig begannen die eigentlichen diplomatischen Verhandlungen zwischen Amerika und England. Früher hatten sie in London stattgefunden, jetzt wurde ihr Sitz nach Washington verlegt, wo sie von Mr. Olney und Sir Julian Pauncefote geführt wurden. Ihre Aufnahme bedeutete an und für sich schon die englische Anerkennung des amerikanischen Anspruches auf Einmischung. Von beiden Seiten wurde die Zuversicht auf eine erfolgreiche friedliche Lösung zur Schau getragen, nur mit dem Unterschiede, daß jede Seite die gleiche Zuversicht auf Durchsetzung ihres Standpunktes empfinden wollte.

Der Ausgleich kam auch tatsächlich zustande, aber erst im November. England hatte alle theoretische Einwendungen gegen die Monroedoktrin und sonstige Fragen fallen gelassen und den Schwerpunkt auf die praktische Frage gelegt, die von Engländern besiedelten Grenzdistrikte der Kontroverse zu entziehen. In dieser Form trat Amerika dem englischen Verlangen nicht bei, aber die Ausgleichsbrücke wurde durch die Vereinbarung gefunden, daß fünfzigjährige Ansiedlung als hinreichender Eigentumstitel gelten solle, daher solche Landstriche nicht als streitig anzusehen wären. Auf dieser Grundlage hatten sich die Herren Olney und Pauncefote schon im Juli geeinigt, später war dann Mr. Joseph Chamberlain nach Amerika gekommen, um eine Einigung auf andrer Grundlage zu erzielen, was ihm aber nicht gelang.

Das im November unterzeichnete formelle Uebereinkommen enthielt die folgenden vier Punkte:

1. Der Grenzstreit zwischen England und Britisch-Guayana soll in seiner Gänze schiedsgerichtlicher Entscheidung unterworfen werden;

2. das Schiedsgericht soll aus zwei vom amerikanischen obersten Gerichtshof und zwei vom englischen ernannten Mitgliedern bestehen, und

3. diese einen Obmann wählen, eventuell den König von Schweden um die Uebernahme dieser Obmannschaft ersuchen.

Digitized by Google

Der vierte Punkt enthielt die obenerwähnte Bestimmung über die Anerkennung fünfzigjähriger Ansiedlung als Eigentumstitel.

Damit endete die Kontroverse mit einem vollen Triumph der Vereinigten Staaten. England hatte ursprünglich das Schiedsgericht abgelehnt und den Rechtstitel, auf welchen Amerika sein diesfälliges Verlangen gestellt hatte, bestritten. Die Diskussion über diesen war zwar fallen gelassen worden, aber sicher involvierte die schließliche Annahme des zurückgewiesenen Schiedsgerichtes dessen moralische Anerkennung. Mr. Olney konnte mir daher auch mit Recht bemerken, daß die Bundesregierung alles erreicht habe, was sie gewollt hatte. Es dürfte in der Geschichte Englands kaum ein zweites Beispiel geben, wo es einem derartigen, in solcher Form gestellten Verlangen einer andern Macht nachgegeben hätte.

Materiell hat England durch diese Nachgiebigkeit nichts verloren, denn der Schiedsspruch ist zu seinen Gunsten ausgefallen. Ein weit größerer Gewinn war noch, daß die Lösung dieser Frage der Wendepunkt in der Geschichte der Beziehungen beider Länder geworden ist. Und nicht nur die offiziellen, sondern auch die psychologischen Beziehungen sind damit umgestaltet worden. Das Zerren an dem Schwanze des Löwen („twisting the lion's tail") war bis in die Mitte der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts eine der Lieblingsbeschäftigungen der amerikanischen Presse gewesen. Seit dem Venezuelaausgleich hat es aufgehört.

Eine weitere Verbesserung erfuhren die Beziehungen der beiden Länder während des Amerikanisch-Spanischen Krieges, wobei indessen Suggestionen mehr als reelle Tatsachen mitwirkten. In Amerika ist nämlich damals die Legende entstanden, als seien die europäischen Kontinentalmächte begierig und bereit gewesen, die Vereinigten Staaten an dem Kriege gegen Spanien mit Gewalt zu verhindern und von der Ausführung dieser Absicht nur durch Englands amerikafreundliche Haltung verhindert worden. Die englische Presse ist zu jeder Zeit bemüht gewesen, den Glauben an diese Legende zu nähren, derselbe hat auch in weiten Kreisen Amerikas festen Boden gewonnen und den Krieg von 1898 überlebt. In Wahrheit aber ist die Sage grundfalsch.

Die diplomatische Vorgeschichte des Amerikanisch-Spanischen Krieges fällt außerhalb des Rahmens der gegenwärtigen Studie, nur jene Punkte sollen hier erörtert werden, welche die Unstichhaltigkeit der erwähnten Legende erweisen. Spanien allerdings hat den Gedanken an eine Intervention der europäischen Mächte zweimal ins Auge gefaßt, aber die Vorbedingungen für eine solche Intervention haben zu keiner Zeit bestanden, und keine europäische Macht hat zu irgendeiner Zeit daran gedacht, das Schwert für Spanien gegen die Vereinigten Staaten zu ziehen. Das erstemal, daß der Interventionsgedanke in Madrid auftauchte, war im April 1896. Damals hatte Präsident Cleveland die spanische Regierung auf die durch die lange Dauer des Aufstandes in Kuba hervorgerufenen Gefahren aufmerksam machen und ihr nahelegen lassen, denselben durch Reformen zu beenden und sich zu diesem Zwecke der Vermittlung der

Digitized by Google

Vereinigten Staaten zu bedienen. In Madrid perhorreszierte man aber nichts mehr als eben dieses, und obgleich dem Schritte der Bundesregierung kein komminatorischer Charakter innewohnte und ihre Vorstellungen in freundschaftlichem Tone gehalten waren, erschrak man in Spanien nicht wenig über denselben und faßte den Gedanken eines Appells an die europäischen Mächte gegen die drohende amerikanische Intervention ins Auge. Die Initiative zu einem in Entsprechung dieses Appells in Washington zu unternehmenden Schritt wurde vom englischen Botschafter in Madrid Oesterreich-Ungarn zugedacht, und angesichts der verwandtschaftlichen Beziehungen der beiden Höfe und das speziell für die Königinregentin von Spanien empfundene Mitgefühl hätte ein solcher Appell auch günstigen Dispositionen begegnet. Tatsächlich ist es aber nicht dazu gekommen, denn Spanien hat jenen Hilferuf an die Mächte nicht gerichtet. Mr. Tailor, der damalige amerikanische Gesandte in Madrid, hatte von der Sache Kenntnis bekommen und die dortige Regierung auf deren Gefahren aufmerksam gemacht, und offenbar waren seine Vorstellungen nicht ohne Wirkung geblieben. Merkwürdigerweise erschien acht Monate später in den amerikanischen Zeitungen vom Dezember 1896 eine im ganzen wahrheitsgetreue Darstellung dieser Episode, in welcher nur Englands Anteil ganz unterdrückt und Oesterreich-Ungarn als der eigentliche Spiritus rector des Projekts hingestellt wurde.

Tatsächlich erfolgte der Appell Spaniens an die europäischen Mächte im März 1898. Damals war die Kriegsgefahr imminent, denn nach der Katastrophe des Kriegsschiffes „Maine" vor Habana hatte die öffentliche Meinung in Amerika einen derartig erregten Charakter angenommen, daß keine Regierung ihr hätte widerstehen können, und es klar ward, daß Präsident Mac Kinley ihr werde folgen müssen. In Wahrheit sah sich Spanien vor die Wahl gestellt, entweder das künftige Schicksal Kubas dem Schiedsspruch der Vereinigten Staaten zu unterwerfen oder den Kampf mit dem überlegenen Gegner aufzunehmen. In seinem Stolze getroffen und seiner Schwäche bewußt, wandte es sich an die europäischen Mächte, um ihnen den ihm drohenden Angriff zu signalisieren und ihre Vermittlung zu dessen Abwehr zu erbitten.

In Europa interessierten sich aber nur zwei Großstaaten wirklich für Spanien, nämlich Oesterreich-Ungarn und Frankreich. Deutschland stand der Frage nicht ohne Interesse gegenüber, nahm aber eine abwartende Haltung ein und enthielt sich jeder Initiative. Rußland trug die größte Indifferenz zur Schau, nicht viel anders verhielt sich Italien, und England war bemüht, die Situation für eine weitere Annäherung an die Vereinigten Staaten auszunutzen. Bei dieser Sachlage konnte es eventuell zu einer gemeinsamen Friedensdemarche der Mächte in Washington kommen, es war aber ausgeschlossen, daß diese einen drohenden Charakter annehmen oder gar Amerika vor die Gefahr einer europäischen Koalition stellen könnte.

Von allen europäischen Großmächten gab es wohl keine, deren eigne direkte Interessen bei der Frage weniger ins Spiel kamen, wie die Oesterreich-Ungarns.

Digitized by Google

Das Interesse, welches die dortige Regierung an der Abwehr des Krieges und der Herbeiführung einer Vermittlung zu diesem Zwecke nahm, beruhte allein auf dem menschlichen Mitgefühl des Kaisers Franz Josef für die bedrängte Lage seiner Cousine, der Königin Marie Christine, und hatte keine Spitze gegen die Vereinigten Staaten. Dort ist dies auch, sowohl damals als später, anerkannt worden, und es haben die bezüglichen österreichisch-ungarischen Bemühungen sowohl in politischen wie sozialen Kreisen und selbst in der Presse eine billige Beurteilung gefunden.

Schon Anfang März hatte der englische Botschafter in Washington der Bundesregierung erklärt, daß ihr die guten Dienste Englands zur Erhaltung des Friedens über ihren Wunsch zu jeder Zeit zu Gebote stünden, hierauf aber die Antwort erhalten, daß England Amerika allerdings einen wertvollen Dienst leisten könne, wenn es Spanien zum Aufgeben seiner Herrschaft in Kuba bewöge. Aehnlicher Ablehnung hatte ein gleicher Schritt des französischen Botschafters begegnet. Anfang April kam dann eine Einigung der sechs europäischen Mächte über einen gemeinsam in Washington zu unternehmenden Friedensschritt zustande.

Präsident Mac Kinley hatte in Madrid vier Forderungen stellen lassen, nämlich erstens die sofortige Proklamierung eines Waffenstillstandes auf Kuba, zweitens die Zustimmung zur amerikanischen Unterstützung der Rekonzentrados, drittens die Erweiterung der bereits zugesagten Autonomie und viertens das Zugeständnis, daß, wenn die weiteren Verhandlungen der spanischen Regierung mit den Insurgenten bis zum 1. Oktober nicht zum definitiven Frieden führen sollten, die ganze Frage dem Schiedsspruch des Präsidenten der Vereinigten Staaten anheimgegeben werden solle. Den zweiten und dritten Punkt nahm Spanien an, den ersten knüpfte es an Bedingungen, den vierten lehnte es ab. Die auf Grund der erfolgten Einigung der sechs Mächte ihren Vertretern in Washington erteilten Instruktionen liefen nun darauf hinaus, daß sie unter Berufung auf die bekannten Gefühle der Humanität und Mäßigung des Präsidenten Mac Kinley der amerikanischen Regierung die letzten spanischen Vorschläge zur wohlwollenden Prüfung empfehlen und dabei hinzufügen sollten, daß die Mächte, um das Unglück eines Krieges zu verhüten, aus humanitären Gründen bereit seien, ihre guten Dienste den beiden beteiligten Regierungen zur Verfügung zu stellen. Die Idee einer Pression auf die Vereinigten Staaten war bei diesem Schritte von Anfang an ausgeschlossen, England aber hatte seine Einwilligung an die Bedingung geknüpft, den Präsidenten über die Aufnahme desselben vorher zu sondieren und sich seiner Zustimmung zu versichern. Die englische Presse kam hierdurch in die Lage, dem amerikanischen Publikum die Teilnahme ihrer Regierung an dem gemeinsamen Schritt als Zügel für den Eifer der andern Mächte erscheinen zu lassen.

Mr. Mac Kinley hatte die Vertreter der Mächte verständigen lassen, daß ihm der beabsichtigte Schritt nicht unwillkommen käme, wenn er den Charakter eines freundschaftlichen Appells an seine Friedensliebe und nicht den eines Vermittlungsantrags trüge. Ueberdies wurde vom Auswärtigen Amte der Wunsch

Digitized by Google

ausgesprochen, daß die Empfehlung der spanischen Vorschläge aus der dem Präsidenten zu übergebenden Note wegbleiben möge, weil die amerikanische öffentliche Meinung dies als Parteinahme für Spanien ansehen könnte. Auf dieser Grundlage wurde dann die Note entworfen, welche dem Präsidenten in einer Kollektivaudienz der sechs Vertreter am 7. April 1898 vom englischen Botschafter, als deren Doyen, verlesen und überreicht wurde.

Die Antwort des Präsidenten war ebenso allgemein gehalten wie die Note. Er erklärte, die freundliche Intention der Mächte anzuerkennen und deren Hoffnung auf Beendigung der Lage in Kuba unter Aufrechthaltung des Friedens zu teilen, durch Gewährung der notwendigen Garantien für die Herstellung der Ordnung auf der Insel, deren chronische Wirren die Interessen der Vereinigten Staaten schädigen, ihre Ruhe bedrohen und ihre Gefühle der Humanität beleidigen. Er erklärte, daß die Vereinigten Staaten den humanitären Charakter des Schrittes der Mächte anerkennen, zugleich aber das Vertrauen hegten, daß auch diese ihre ernsten und selbstlosen Bemühungen zur Beendigung einer unerträglich gewordenen Lage würdigen werden. Vertraulich fügte er noch hinzu, daß wohl noch niemand an der Erhaltung des Friedens härter gearbeitet habe als er. Damit war die Audienz zu Ende und auch jegliche Aktion der europäischen Mächte.

Präsident Mac Kinley hatte Europa durch die Entgegennahme dieses Anrufes wahrlich kein tiefes Kompliment gemacht. Die Vertreter der Mächte waren als Bittende und nicht als Fordernde vor ihm gestanden. Er hatte zwar ohne jede Ueberhebung, aber mit dem Selbstgefühl des Oberhauptes einer großen Macht gesprochen. Dennoch wurde ihm die Annahme des gemeinsamen Schrittes im Kongresse wie in der Presse verübelt und Europa daran gemahnt, daß Washington nicht Konstantinopel wäre und Amerika sich die Verpflanzung dortiger diplomatischer Gewohnheiten auf seinen Boden nicht gefallen lassen werde. Daß die Fabel von den feindseligen Absichten der europäischen Kontinentalmächte und von dem großen Dienste, den England den Vereinigten Staaten geleistet, in diesem so leicht Eingang finden und sich festsetzen konnte, beweist nur für die Schulung der englischen Presse und die Aufnahmsfähigkeit des amerikanischen Publikums.

In letzter Stunde erfolgte noch ein weiterer Versuch, den Ausbruch des Krieges durch eine europäische Vermittlung zu verhindern oder zum wenigsten aufzuhalten. Derselbe ging aber nicht von den europäischen Kabinetten, sondern ihren Vertretern in Washington aus, wurde nie verwirklicht und würde hier keine Erwähnung verdienen, wenn er nicht einige Jahre später zu einer erbitterten Preßfehde zwischen England und Deutschland Anlaß gegeben hätte, in welche auch die beiden Regierungen eingriffen.

Am Karsamstag, 9. April, hatte Spanien nach langem Sträuben in die Gewährung des bedingungslosen Waffenstillstandes eingewilligt, die Wirkung dieser Konzession war aber in den Vereinigten Staaten völlig flach gefallen. Die eventuelle Anheimstellung der ganzen kubanischen Frage an den Präsidenten der Vereinigten Staaten hatte Spanien auch in seinem letzten, seine Konzessionen

Digitized by Google

zusammenfassenden Memorandum verweigert. Daraufhin erließ am Ostermontag Mr. Mac Kinley seine Botschaft an den Kongreß, in der er die ganze Geschichte der kubanischen Frage rekapitulierte, über alle von ihm zu deren Schlichtung unternommenen Schritte berichtete und mit der Erklärung schloß, daß seine Anstrengungen erschöpft seien, die Entscheidung nun beim Kongreß stehe und er bereit sei, seine konstitutionellen Pflichten zu erfüllen. Damit war die Frage wieder dahin zurückgelangt, wo von Anfang an deren treibende Kraft gesessen hatte. Ueber die Entscheidung des Kongresses konnte kein Zweifel obwalten.

Präsident Mac Kinley hatte dem Kongreß auch erklärt, daß die bevorstehende gewaltsame Intervention der Vereinigten Staaten unter dem Beifall der gesamten zivilisierten Welt erfolgen würde. In dieser Fassung war die Erklärung wohl nicht richtig, denn so wenig die europäischen Regierungen an eine gewaltsame Verhinderung der amerikanischen Intervention dachten, so sympathisierten doch weder sie noch die öffentliche Meinung der meisten ihrer Länder mit dem amerikanischen Vorgehen. Dem österreichisch-ungarischen Vertreter schien es, daß jene Erklärung den Mächten eine geeignete Handhabe zu einer gegenteiligen Manifestation böte, eine solche in Washington doch Eindruck machen und damit wenigstens Zeit gewonnen werden könnte. Er sprach in diesem Sinne mit seinen Kollegen von Frankreich, Deutschland und England. Der erste war im voraus für die Sache gewonnen, der zweite verhielt sich ihr gegenüber skeptisch, beim dritten fand sie sympathische Aufnahme. Dieser ergriff auch als Doyen des Diplomatischen Korps die Initiative, um die sechs Vertreter zu einer Beratung über die Möglichkeit und Art der Ausführung eines derartigen Schrittes zu sich einzuladen. Die Konferenz fand am 14. April statt, und die sechs Vertreter einigten sich über die Absendung eines identischen Telegramms an ihre Regierungen, daß die Haltung des Kongresses nur wenig Hoffnung auf Erhaltung des Friedens übriglasse und die amerikanische öffentliche Meinung an den Beifall der europäischen Großmächte zu ihrem beabsichtigten Kriege glaube. Das Memorandum des spanischen Gesandten vom vorigen Sonntag scheine eine billige Basis für ein Arrangement zu bieten und jeden Grund zum Kriege zu benehmen. Die Vertreter schlügen daher ihren Regierungen vor, die Aufmerksamkeit der Bundesregierung nochmals auf dieses Memorandum zu richten und den Irrtum zu berichtigen, als erfreue sich die beabsichtigte gewaltsame Intervention auf Kuba tatsächlich des Beifalls der zivilisierten Welt.[1])

Dieser Vorschlag ist nie zur Ausführung gekommen. Die europäischen Kabinette haben ihn nicht angenommen, und er wäre in den Ministerial- und Botschaftsakten verborgen und vergessen geblieben, wenn er nicht durch die von englischer Seite hervorgerufene spätere Fehde ausgegraben worden wäre.

Mitte Januar 1902 war im „New York Herald" ein Artikel erschienen, in welchem das Märchen, als habe allein Englands Haltung den von Oesterreich-

---

[1]) Der volle Wortlaut des identischen Telegrammes ist von der deutschen Regierung im Februar 1902 veröffentlicht worden.

Digitized by Google

Ungarn gewünschten Kreuzzug verhindert, besprochen, als falsch hingestellt und zum erstenmal des bis dahin geheim gebliebenen, über Initiative Lord Paunce-fotes erfolgten Schrittes vom 14. April 1898 Erwähnung gemacht wurde. Die Fassung des Artikels, sowie die Beziehungen und Sympathien des Blattes legten die Vermutung nahe, daß die betreffenden Ausführungen russischer Inspiration entstammten. Jedenfalls waren sie wahr, hätten aber wohl nur vorübergehende Aufmerksamkeit gefunden, wenn die ganze Frage nicht wenige Tage später im englischen Parlamente aufgerollt worden wäre.

Mr. Norman hatte eine bezügliche Interpellation an die englische Regierung gerichtet, und Lord Cranborne, damals Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amte, hatte dieselbe mit der Erklärung beantwortet, daß nach Ausbruch des Krieges keinerlei Mitteilung der Mächte an die amerikanische Regierung erfolgt sei. Er erzählte hierauf die Geschichte des gemeinsamen Schrittes vom 7. April 1898 und fügte hinzu, daß die englische Regierung spätere Vorschläge abgelehnt habe, weil sie dem Bedenken offengestanden hätten, eine Pression auf die Vereinigten Staaten ausüben zu wollen.

Diese Antwort Lord Cranbornes wurde von London im Begleite angeblich aus dem englischen Auswärtigen Amte stammender weiterer Mitteilungen nach Amerika hinübergekabelt, welche die Behauptung enthielten, daß nach Ausbruch des Krieges der österreichisch-ungarische Botschafter in London Lord Salisbury eine Kollektivnote der Mächte gegen den Krieg vorgeschlagen, dieser abgelehnt habe. Weiter wurde behauptet, daß Oesterreich-Ungarn von Deutschland, Frankreich und Rußland vorgeschoben worden wäre, die nur auf Englands Zustimmung warteten, um selbst auf den Plan zu treten. England habe wegen seiner Freundschaft für Amerika nicht geringe Feindseligkeit geerntet.

Der behauptete Ursprung dieser Behauptungen aus dem Auswärtigen Amte ist nicht erwiesen, aber auch nicht amtlich dementiert worden. Jedenfalls waren sie unwahr. Kein Schritt war nach der Kriegserklärung unternommen worden. Diese war am 20. April erfolgt. Die erste Friedensdemarche geschah am 7., der Vorschlag der Washingtoner Vertreter erfolgte am 14. April, die englische Ablehnung des letzteren am 19. April.

Die Kontroverse griff nun in andere Länder hinüber. Auch Frankreich beteiligte sich an derselben. Herr Hanotaux, der im Jahre 1898 Minister des Aeußeren gewesen war, erzählte, daß Frankreich gleich England bereit gewesen wäre, sich an einem Mediationsvorschlag zu beteiligen, wenn alle Mächte einverstanden gewesen wären. Der russische Minister, Herr Murawieff, habe dies aber in emphatischer, beinahe brüsker Weise abgelehnt.

In Deutschland erregten die Erklärungen Lord Cranbornes und die daran geknüpften Ausführungen der englischen Presse um so größere Gereiztheit, als die Interpellation Mr. Normans eine bestellte zu sein schien und man dahinter den Wunsch vermutete, den Effekt des bevorstehenden Besuches des Prinzen Heinrich von Preußen auf die öffentliche Meinung in Amerika zu verderben, oder wie man sich damals in diplomatischen Kreisen hierüber ausließ, dem

Digitized by Google

Prinzen in die Suppe zu spucken. Im Reichsanzeiger erschien eine Erklärung der deutschen Regierung über ihre Haltung im Jahre 1898, und zugleich brachte die „Kreuzzeitung" Enthüllungen über das identische Telegramm vom damaligen April. Im englischen Parlament erfolgte tags darauf — 11. Februar — eine neue Interpellation Mr. Normans, auf welche Lord Cranborne kategorisch, aber etwas rabulistisch mit dem Dementi antwortete, daß die englische Regierung niemals, weder durch ihren Botschafter noch andrer Weise eine der Aktion Amerikas in Kuba feindliche Erklärung vorgeschlagen habe. Hierauf antwortete die deutsche Regierung mit der Veröffentlichung des Wortlautes des identischen Telegramms vom 14. April.

Es war eigentlich schwer verständlich, was die über alle Vorgänge vom April 1898 unterrichtete englische Regierung veranlassen konnte, die nicht zur aktuellen Tagespolitik gehörige Frage neu aufzurollen oder zu ihrer Aufrollung beizutragen. Ueber die Tatsache des identischen Telegramms war nicht hinwegzukommen, und ebensowenig darüber, daß dasselbe sowie die ganze Botschafterkonferenz vom 14. April über Initiative des englischen Botschafters zustande gekommen und hinter dieser die ursprüngliche Anregung des österreichisch-ungarischen Vertreters ganz verschwunden war.

Am empfindlichsten wurde persönlich durch die ganze Kontroverse der englische Botschafter in Washington getroffen. Er hatte in Amerika stets für einen Träger und für ein überzeugtes Organ der angelsächsischen Verbrüderungspolitik gegolten, ist es auch wirklich gewesen, hatte durch Jahre an der Ausgestaltung dieser Beziehungen erfolgreich gearbeitet und seinen Bemühungen erst vor kurzem durch den mit seinem Namen verknüpften neuen interozeanischen Kanalvertrag die Krone aufgesetzt und sah sich jetzt der amerikanischen Meinung gegenüber bloßgestellt. In den amerikanischen Blättern erschien zwar ein vom Staatsdepartement inspiriertes Communiqué, welches jede feindselige Interpretation der in Rede stehenden Tätigkeit Lord Pauncefotes für ein Mißverständnis erklärte und darauf hinwies, daß der österreichisch-ungarische Gesandte im Jahre 1898 in seinen Bemühungen für Spanien unermüdlich gewesen sei, was ihm übrigens die amerikanische Regierung im Hinblick auf die Blutsverwandtschaft der beiden Höfe niemals verübelt habe. Seiner Initiative wäre auch der Schritt vom 14. April entsprungen, und Lord Pauncefote habe hierbei nur als Doyen den Vermittler gespielt. Damit war aber die Polemik in der Presse noch lange nicht zu Ende, da sich sofort Stimmen erhoben, welche darauf hinwiesen, wie schwer glaublich es wäre, daß ein Diplomat von der Stellung und Erfahrung Pauncefotes bloß aus Gefälligkeit für einen Kollegen oder dessen Ueberredungsgabe folgend einen solchen Schritt unternommen habe.[1])

[1]) Eine wahre Darstellung der ganzen Kontroverse findet sich in einem Artikel der „Washington Post" vom 6. September 1903, der als Entgegnung auf eine englische Schilderung in „Colliers Weekly" vom 29. August geschrieben wurde.

Digitized by Google

Ueber die Motive, welche Lord Pauncefote bei demselben leiteten, lassen sich auch heute nur Vermutungen anstellen, da seine bezügliche Korrespondenz mit dem englischen Auswärtigen Amte niemals veröffentlicht worden ist. Der Verfasser dieser Erinnerungen war immer geneigt, Lord Pauncefotes Vorgehen mit der Bitte in Verbindung zu bringen, welche Königin Marie Christine in ihrer bedrängten Lage an Königin Viktoria um deren Hilfe und Vermittlung direkt gerichtet hatte. Die letztere hatte ihr sympathisch und teilnehmend geantwortet, und die Vermutung liegt nahe, daß hierauf eine Weisung an den englischen Botschafter in dem Sinne ergangen ist, sich für die Erhaltung des Friedens nach Tunlichkeit zu bemühen und er hierdurch zu seinem Vorgehen bewogen worden ist. In dieser Vermutung liegt nichts, was der englischen Regierung oder ihrem Botschafter zum Vorwurf gereicht oder eine Spitze gegen die Vereinigten Staaten gehabt hätte. Um so unverständlicher erscheint die vier Jahre später geführte Polemik, welche den Anschein erwecken mußte, daß es England nicht nur um die Anbahnung herzlicher Freundschaft mit Amerika zu tun war, sondern daß es den gleichen Wunsch Deutschlands mit scheelen Augen ansah.

(Schluß folgt.)

Einige Mitteilungen aus meinen Erinnerungen zur deutschen Einheitsbewegung

Ein Memoirenfragment Johannes v. Miquels

Veröffentlicht von

Friedrich Thimme,

Direktor der Bibliothek des Herrenhauses, Berlin

Jüngst konnte man in der Presse unsrer Feinde, die uns den großen Weltkrieg aufgezwungen haben, lesen: „Wenn Europa sich eines Jahrhunderts des Friedens und des Gedeihens erfreuen wolle, sei es unumgänglich notwendig, daß das Deutsche Reich verschwinde, wohlgemerkt das Reich, nicht aber die deutschen Staaten. Unter der Voraussetzung, daß die Einzelstaaten sich nie wieder zusammenschließen dürften, werde Deutschland nicht mehr gefährlich sein."

Das alte zerrissene Deutschland möchten also unsre Gegner wiederherstellen, den deutschen Bundesstaat, wie er von 1815 bis 1866 ein unrühmliches Dasein gefristet hat, oder gar den Rheinbund unseligsten Angedenkens, jenes lose Staatenbündel, das sich, um überhaupt nur zu existieren, an Frankreich klammern mußte. Unter uns leben noch viele, die Deutschland vor seiner Einigung gekannt haben: ein ohnmächtiges Staatswesen, das in Schwachheit und innerem Hader am Boden lag, das jeglichen Anteils an der großen Politik des Erdteils bar war, ein Spott dem übermütigen Auslande. Wie haben sie, wie haben unsre Väter sich mit aller Glut ihres Herzens aus diesem unwürdigen Völkerdasein

Digitized by Google

hinausgesehnt nach einem großen einigen Vaterlande! Wie lange, wie unendlich lange hat es gedauert, bis sich nach Irrungen und Wirrungen ohne Zahl die eine Vormacht Deutschlands, Preußen, und das liberale Bürgertum zu einem gangbaren Wege zusammengefunden haben; wieviel schwere Opfer hat es noch gekostet, bis auf dem Umwege über den Norddeutschen Bund auch Nord und Süd sich mitten im Kriege gegen den Erbfeind zum festgefügten Deutschen Reiche verbanden. Und dieses Deutsche Reich, das wir schon um der Schmerzen willen lieben, unter denen es zustande gekommen ist, dieses Deutschland, das uns seither immer mehr ans Herz und ins Herz hineingewachsen ist, in dessen steigender Macht und Größe wir unsers Daseins froh und stolz geworden sind, das sollten wir wieder aufgeben, um zu der ganzen Kläglichkeit schutzloser Einzelstaaten zurückzukehren! Eine solche Vorstellung kann uns nur ein Lächeln ablocken. Wir wollen und wir werden uns nicht vor unsern Vätern schämen, wir wollen, was wir von ihnen ererbt haben, nicht allein von neuem erwerben, um es zu besitzen; wir wollen vielmehr dieses Erbteil mehren an äußerer Macht und innerer Stärke. Es soll heißen: Deutschland in der Welt voran; solange wir noch mit der Uebermacht unsrer Feinde zu kämpfen haben, in den Werken des Krieges, dann aber erst recht in den Werken des Friedens und der Kultur!

Es kann uns Deutschen nur frommen, wenn wir in dieser Zeit, wo unsre Heere in Ost und West für den Bestand, die Ehre und die größere Zukunft unsers Vaterlandes kämpfen, die Blicke wieder und wieder in jene Zeiten zurücklenken, wo dieses nur eine Hoffnung und ein sehnlicher Wunsch aller Deutschen war. Und wer könnte uns diese Zeiten besser vor Augen führen als jene großen Männer, die ihr Bestes darangesetzt haben, um die deutsche Einheitsbewegung, die in dem Sturmjahr 1848 so kläglich gescheitert war, trotz aller Schwierigkeiten und Widerstände bis zur endlichen Erfüllung hinaufzuführen. Unter diesem Gesichtspunkte gewinnen die Erinnerungen doppelte Bedeutung, welche der spätere Finanzminister Johannes v. Miquel gegen Ausgang der siebziger Jahre einer befreundeten Dame, der Frau Frieda Soltmann, geb. Pagenstecher, in Berlin in die Feder diktiert hat. Leider sind sie ein Torso geblieben, denn sie umfassen nur die Zeit vom Jahre 1848 bis zu der Gründung des Nationalvereins im Jahre 1859; aber sie lassen doch mit voller Schärfe und Deutlichkeit erkennen, wie schmachvoll die damaligen politischen Zustände Deutschlands waren. Man glaube nicht, daß Miquel aus der Erinnerung heraus zu sehr grau in grau gemalt habe; ganz ebenso hat er schon in seinen Reden[1]) aus jener Zeit die deutschen Zustände geschildert. So in einer Festrede, in der er am 31. August 1863 zu Göttingen die deutsche Turnerei und das deutsche Vaterland gefeiert hat: „Wenn wir hinausschauen nach dem Schicksale unsrer fernen Brüder in andern

[1]) „Johannes v. Miquels Reden." Herausgegeben von Walther Schultze und Friedrich Thimme. (Halle a. S., Buchhandlung des Waisenhauses.) I, S. 50. Die Reden Miquels, deren Sammlung und Herausgabe auf eine Anregung des Ministerialdirektors Althoff erfolgten, sind auch heute noch eine Fundgrube vor allem praktischer Staatsweisheit, und sie sollten auch bei dem Wiederaufbau Deutschlands nach dem Kriege beachtet werden.

Digitized by Google

Weltteilen, nach unsern Brüdern, die sich durch eisernen Fleiß und Kräfte eine Stätte außerhalb Deutschlands gebildet haben, so finden wir sie machtlos und schutzlos der Willkür fremder Despoten preisgegeben; wenn wir hinaussehen nach unsrer reichen Handelsflotte, der zweiten in ganz Europa, die auf allen Meeren der Welt herumschwimmt, so finden wir keine Kriegsschiffe, die zu ihrem Schutze da wären; wenn wir hinaussehen in die weite Ferne, überall finden wir deutsche Brüder und nirgends Abgesandte der deutschen Nation, die mit entsprechender Macht die Schicksale unsrer Brüder in fernen Ländern beschützen; wenn wir um uns sehen, finden wir eine Nation von vierzig Millionen wehr- und machtlos zwischen den beiden Militärmächten Rußland und Frankreich; ja wir finden uns — man muß es sagen — in ganz Europa verachtet und geschmäht... Wir haben ein herrliches Land, einen herrlichen deutschen Boden, gelegen mitten in Europa an drei großen Meeren, der fruchtbarste Boden, den wir in Europa finden, bewohnt von einem fleißigen, ruhigen, intelligenten, ausdauernden Volke, und doch stehen wir fast tiefer als die kleinsten Nationen um uns, die uns sogar zu bedrohen und die uns den Handschuh frech ins Gesicht zu schleudern wagen."

Was Miquel hier als Redner, mitten aus den verrotteten und unerträglichen Zuständen des ungeeinten Deutschlands heraus, in kurze und eindrucksvolle Sätze zusammengefaßt hat, das ist auch der Refrain seiner rückschauenden Betrachtungen in den „Erinnerungen". Wir können uns die Schilderungen eines Mannes, der unter jenen Zuständen wie wenige andere geseufzt und gelitten, der für ihre Beseitigung auf der Grundlage eines geeinten und freiheitlichen Deutschlands nächst einem Bismarck vielleicht das meiste an Geist und Kraft aufgewandt hat, nicht eindringlich genug vor Augen halten, angesichts zumal des Zieles unsrer Gegner, uns wieder in den Hades eines in seine Bestandteile aufgelösten Deutschlands zurückzuschleudern. Wenn je, so gilt hier das olim meminisse juvabit!

Von einem besonderen politischen Interesse gerade im gegenwärtigen Moment ist auch, was Miquel in seinen Erinnerungen über die Antriebe erzählt, die die deutschen Einheitsbestrebungen im Jahre 1859 aus den gleichartigen Bewegungen in Italien gewonnen haben. Man sollte sich in der Tat heute mehr wie je daran erinnern, wie ähnlich sich in vieler Beziehung die Entwicklung zur Einheit diesseits und jenseits der Alpen vollzogen hat. Wie nahe liegt nicht auch der oft gezogene Vergleich zwischen einem Bismarck und einem Cavour! Man darf hoffen, daß die Erinnerung an die gleichartige Genesis der beiden Nationen, die sich auch in Zukunft so vieles sein könnten, in Italien stark genug sein wird, um das Bündnis mit uns festzuhalten.

Höher freilich noch als der Patriot und der Politiker mag der Historiker den Wert der Miquelschen Erinnerungen einschätzen. Sie enthalten doch neben vielem Bekannten manche neue Einzelheiten zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung. Vor allem tritt der Anteil schärfer ins Licht, den gerade Miquel an dieser Bewegung genommen hat. Die Nachwelt ist bisher geneigt gewesen, unter den Führern

Digitized by Google

der Einheitsbewegung dem nahen Freunde Miquels, Rudolf v. Bennigsen, dem ja in dem Deutschen Nationalverein wie später in der Nationalliberalen Partei das Präsidium zugefallen war, die Palme zu reichen. Jetzt erfährt man, wie sehr dieser niedersächsische Edelmann, dem doch auch ein gut Teil von der Bedächtigkeit und der Schwerfälligkeit des Hannoveraners eigen war, von dem Feuergeiste Miquels angetrieben werden mußte. Das klingt ja auch schon ein wenig in der schönen und geistvollen Biographie an, die Hermann Oncken vor einigen Jahren den Manen Rudolf v. Bennigsens gewidmet hat, und ebenso in dem Lebensbilde, das jüngst Ferdinand Frensdorff von dem dritten jener drei Göttinger Freunde, Gottlieb Planck, entworfen hat; heute aber dürfen wir sagen, daß der eigentliche Vater des Gedankens, den Kampf um die freiheitliche Entwicklung der Einzelstaaten aufs innigste mit dem Kampf um die Herstellung des Nationalstaats in Miquel zu suchen ist. Es mag hier nur angedeutet werden, daß die Erzählung Miquels von seinem Anteil an der Wiederaufnahme der deutschen Einheitsbewegung in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre durch andre Papiere seines Nachlasses, der dem Schreiber dieses von den Nachkommen des großen Staatsmannes im Hinblick auf eine künftige Biographie anvertraut ist, gestützt wird. Von einer Tendenz, seinen Anteil an dem großen Werk der Einigung Deutschlands irgend aufzubauschen, sind die Aufzeichnungen Miquels, dessen ganze Persönlichkeit immer nur auf Tat und nie auf Schein gestellt war, durchaus freizusprechen.

Daß Miquel mit besonderer Ausführlichkeit auf die Verhältnisse des ehemaligen Königreichs Hannover eingeht, dem er entstammte, ist nur natürlich; sie sind ja der Ausgangspunkt für die Entfaltung seiner politischen Talente geworden. Die herbe Kritik, die Miquel an den hannoverschen Zuständen übt, darf freilich die Anschauung nicht aufkommen lassen, als ob gerade hier die Verhältnisse besonders schlimm gelegen hätten. Der rückschauende Historiker wird doch kaum anders sagen können, als daß die Reaktion der fünfziger Jahre in Preußen nicht weniger gewalttätig verfahren ist als in den Mittel- und Kleinstaaten. Erst die Einheit Deutschlands konnte zu größerer Freiheit der Einzelstaaten führen.

Bedeutungsvoll sind die Erinnerungen Miquels auch für unsre Kenntnis von der inneren Entwicklung, die der große Staatsmann genommen hat. Man weiß, daß der junge Miquel eine Weile den sozialistischen Lehren eines Marx angehangen hat. Erst kürzlich sind von Eduard Bernstein in der „Neuen Zeit“ [1]) die Briefe veröffentlicht worden, die Miquel in den Jahren 1849 bis 1857 an Marx gerichtet hat, und die heute im Archiv der Sozialdemokratischen Partei ruhen. Wenn aber Bernstein die spätere Abwendung Miquels von den Lehren des Sozialismus in das Licht des Renegatentums rückt, so ergibt sich aus den „Erinnerungen“, wie jene sozialistischen Kinderjahre Miquels und sein Herauswachsen aus ihnen in Wahrheit zu beurteilen sind. Da diese innere Wandlung

[1]) Jahrg. 1914, Nr. 1 bis 3.

Digitized by Google

Miquels von höchstem psychologischem und geistesgeschichtlichem Interesse ist, so mag sie an der Hand neuer Aeußerungen Miquels über Kommunismus und Sozialismus aus dem Anfang der fünfziger Jahre in einem der nächsten Hefte dieser Zeitschrift besonders untersucht werden. Zunächst lauschen wir der zusammenhängenden Erzählung Miquels über die politischen Zustände Deutschlands in der Zeit von 1848 bis 1859.

*

„Die Bewegung von 1848 war gescheitert an der politischen Unerfahrenheit des deutschen Volkes und dem romantischen Legitimismus des Königs Friedrich Wilhelm IV. Beide verhinderten das für die Begründung des Deutschen Reiches unentbehrliche Bündnis des deutschen Volkes mit der organisierten Macht des preußischen Staates. Während die deutschen Volksmänner in den ersten Monaten der revolutionären Bewegung des Jahres 1848 die nationale Bewegung auf freiheitlichen Grundlagen, ohne Anlehnung an die bestehenden Staaten, insbesondere Preußen, ja gegen dieselben, durchführen zu können glaubten, versäumten sie den richtigen Augenblick, in welchem es vielleicht möglich gewesen wäre, den König von Preußen auch wider dessen Willen an die Spitze der Bewegung zu stellen. Als die in ihrer Kraft bereits gebrochene Volksbewegung schließlich dennoch in den leitenden Männern von 1848 die Einsicht reifte, daß die ungeheuren Hindernisse, welche die partikularistische Natur der deutschen Volksstämme, die offene Feindseligkeit der Landesfürsten und die Eifersucht des gesamten Auslandes der nationalen Einigung entgegenstellten, nur mit Hilfe der preußischen Armeen zu überwinden wären, wurde von dem bereits vollständig wieder in das reaktionäre Fahrwasser geratenen König-Romantiker die von der Nationalversammlung zu Frankfurt angebotene Kaiserkrone zurückgewiesen und damit das Scheitern der volkstümlichen Bewegung besiegelt. König Friedrich Wilhelm IV. verweigerte die Annahme der Kaiserkrone, weil er sie nicht aus des Volkes Händen empfangen wollte. Nicht, wie die Zukunft zeigen sollte, weil die hohenzollernsche Dynastie ihren Traditionen zuwider auf die deutsche Führerschaft für immer verzichtete.

Dieses klägliche Ergebnis der nationalen Bewegung hatte aber auch einen tieferen, für die Zukunft lehrreichen Grund. Die Volksbewegung des Jahres 1848 war wesentlich eine Freiheitsbewegung, ein Anlauf des Bürgertums gegen die Feudalität und die bureaukratisch-polizeiliche Organisation und Verwaltung der deutschen Einzelstaaten. Letztere Richtung der Bewegung ging tiefer als die nationale und berührte weitere Interessen des gesamten Volkes; sie lenkte daher von dem Kern- und Mittelpunkt ab und brach die Gewalt der Wogen, indem sie den Strom in tausend kleine Bäche leitete. Die sog. freiheitlichen Errungenschaften innerhalb der Einzelstaaten beruhigten und befriedigten ganze Volksteile und Landschaften und machten sie gleichgültig gegenüber den Verhandlungen der Frankfurter Nationalversammlung. Die deutsche Reaktion unter der Führung Oesterreichs allein war einig; sie schlug den richtigen Weg ein, zuerst die schwächere Nationalbewegung

Digitized by Google

niederzuschlagen, und nachdem dies gelungen und der Bundestag wiederhergestellt, mittels der so gewonnenen Gesamtorganisation der Fürsten die freiheitliche Bewegung innerhalb der Einzelstaaten wieder zu unterdrücken. Oesterreich stellte sich an die Spitze dieses Feldzuges; Preußen, gehemmt durch einen mächtigen reaktionären Adel und die Schwäche des Königs, versuchte zwar anfänglich, Norddeutschland unter seiner Führung zu einigen, wich aber bald auch seinerseits dem vereinten Andrängen Oesterreichs und seiner Verbündeten, unterwarf sich im Frieden von Olmütz[1]) halb freiwillig, halb widerwillig dem Gebot seines mächtigen Gegners.

Eine Zeit der widerlichsten Reaktion begann. Ohne jedes höhere Ziel, lediglich von dem Bestreben [geleitet], zur alten Machtvollkommenheit zurückzugelangen, hatten die Anhänger des Alten nur den einen Wunsch, alle Errungenschaften des verhaßten Jahres zu beseitigen und jede volkstümliche Einrichtung als eine Ausgeburt der Revolution durch bureaukratische Institutionen zu ersetzen. Sei es auf dem Wege der nackten Gewalt, sei es auf dem Wege künstlicher Interpretation, wurden fast alle eben eingeführten neuen Verfassungen der deutschen Staaten aufgehoben oder in reaktionärem Sinne revidiert. Die an der Bewegung des Jahres 1848 beteiligten Abgeordneten des Volkes wurden verfolgt, zu schweren Strafen verurteilt oder mußten ins Ausland fliehen. Die von einem so harten Schicksal nicht Betroffenen wurden überall im bürgerlichen Leben zurückgesetzt und unterlagen den Kleinlichkeiten oder empfindlichsten polizeilichen Schikanen. Eine tiefe Entmutigung bemächtigte sich des deutschen Volkes. Es begann an sich, an seiner Zukunft zu verzweifeln. Die Reaktion fand kaum noch im Anfange der fünfziger Jahre einen erheblichen Widerstand. In Preußen hatte sich die demokratische Partei ganz von dem politischen Leben zurückgezogen. Das Ministerium Manteuffel regierte den Staat in absolutistischer Weise, unterstützt von der sog. Landratskammer und dem neugeschaffenen Herrenhause, dessen Koryphäen die Herren Stahl, v. Raumer,[2]) v. Kleist-Retzow u. a. waren. Ein großer Teil der Jugend, welche die politische Erregung des Jahres 1848 mit unreifem Enthusiasmus begrüßt hatte, geriet, erbittert über die Täuschungen ihrer Hoffnungen, in die Netze des äußersten sozialistischen Radikalismus, oder vergaß das Jahr 1848, legte den Idealismus wie einen abgetragenen Rock beiseite, ergab sich den materialistischen Vergnügungen oder dem ausschließlichen Fachstudium und vergrößerte so die Reihen der herrschenden Bureaukratie.

Dieses war in allgemeinen Zügen die Lage in Deutschland im Anfang der fünfziger Jahre. Das Königreich Hannover war anfänglich glücklicher als die übrigen deutschen Staaten. Die durch englische Erfahrungen gereifte politische

---

[1]) Miquel meint die Olmützer Punktation vom 29. November 1850.

[2]) Karl Otto v. Raumer, der bekannte Kultusminister im Ministerium Manteuffel, hat zwar oft die reaktionäre Haltung des Ministeriums im Herrenhause vertreten, diesem aber nicht, wie Stahl und Kleist-Retzow, als Mitglied angehört.

Digitized by Google

Einsicht des Königs Ernst August sowie die Festigkeit des konservativ-liberalen Ministers Stüve, vor allem aber die verständige Haltung des allem Extremen abgeneigten hannoverschen Volkes hatten im Jahre 1848 sehr bald die hochgehenden Wogen der Volksbewegung in das ruhige Bett einer wohldurchdachten und planmäßigen Reform geleitet. Die Verfassung war nicht gewaltsam umgestürzt, vielmehr in der Wahrung aller Rechtsformen mit Zustimmung des Königs und der alten Stände im liberalen Sinne revidiert oder richtiger weiter entwickelt, indem man sich von aller doktrinären politischen Weisheit fernhielt und sich sorgfältig an das historisch Gewordene und Bestehende anschloß. Der innere Ausbau des Staats war auf demselben Wege und nach den gleichen Grundsätzen durchgeführt. Die Justizorganisation, welche heute das Vorbild der deutschen Reichsgesetzgebung geworden ist, wurde ohne blinde Nachahmung wesentlich auf der Grundlage der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit den Prinzipien des französisch-genfischen Prozeßrechts entlehnt. Die von der Justiz getrennte Verwaltung beruhte auf den Grundsätzen der Unmittelbarkeit und der Selbstverwaltung der Gemeinden in Stadt und Land, ohne irgendwo in demokratische Gleichmacherei zu verfallen. Die alten Streitpunkte des hannoverschen Verfassungsrechts, welche zum Bruch der Verfassung von 1837 geführt hatten, wurden friedlich geschlichtet. Das große Domanialvermögen wurde Staatsvermögen, die Zivilliste des Königs jedoch realiter auf demselben radiziert. Eine Reihe tief eingreifender Gesetze ordnete die Verfassung der Landgemeinden und der Städte, die Teilnahme der Laien an der Verwaltung der königlichen Aemter und Landdrosteien und griff ordnend und befreiend fast in alle Gebiete des Volkslebens ein. Eine im ganzen einsichtige und wohldenkende Beamtenschaft befreundete sich bald mit diesen Reformen und war überall bemüht, die Hindernisse hinwegzuräumen und einer ruhigen Entwicklung auf der neuen Grundlage die Wege zu ebnen. Nur die Ritterschaft, welche allerdings auch in der Bureaukratie weitverzweigte Verbindungen hatte und am Hofe und in der Armee stets mächtig blieb, stand von Anfang an den Reformen feindlich gegenüber und empfand die Beseitigung der adeligen Standesvorrechte und Privilegien, namentlich der ausschließlichen Vertretung in der Ersten Kammer, von Anfang an als eine schwere Kränkung wohlerworbener, althergebrachter Rechte.

Solange der König Ernst August lebte, hatte jedoch diese feindselige Stellung der Ritterschaft wenig Bedeutung. Der alternde Monarch hatte keine Neigung oder nicht die genügende Energie, noch einmal die durch sein frei gegebenes Wort bekräftigte Verfassung umzustürzen. Die Ereignisse des Jahres 1848 boten hierfür nicht, wie in andern deutschen Staaten, erwünschte Rechtsvorwände. Die Reformbewegung in Hannover geriet ja einigermaßen ins Stocken, konnte aber nicht gewaltsam gehemmt werden. Wohl trat das Ministerium Stüve-Bennigsen ab, aber auch das nachfolgende Ministerium v. Münchhausen-Lindemann blieb im ganzen bei den liberalen Grundsätzen stehen und führte nach und nach die zum Abschluß gelangten Reformgesetze durch.

Digitized by Google

Der Tod des Königs Ernst August[1]) änderte diese Sachlage vollständig. Der des Augenlichts beraubte König Georg V. hatte schon als Kronprinz vielfache Beweise einer autokratisch-absolutistischen Gesinnung gegeben, und man erzählte sich, daß er schon beim Thronwechsel sich gesträubt habe, die durch die Verfassung vorgeschriebene unverbrüchliche Beobachtung der Verfassung zu versprechen. Bald wurde das Ministerium v. Münchhausen entlassen; das Ministerium v. Schele-Windthorst trat an seine Stelle. Es begannen die Beschwerden der Ritterschaft beim Bundestage, fanden jedoch vorläufig noch einen genügenden Widerstand in der Haltung der hannoverschen Regierung, deren Stellung bei Hofe durch die Einflüsterungen einheimischer und auswärtiger Reaktionäre von Tag zu Tag mehr erschüttert wurde. Wenn es dem Ministerium auch nach mannigfachen Kämpfen gelang, die Justizorganisation trotz der Abneigung des Königs ins Leben zu rufen, so begann doch die hannoversche Bevölkerung mehr und mehr mit Besorgnis der Zukunft entgegenzusehen. Die wachsenden Intrigen der Hofpartei, die täglich entschiedener auftretenden Bestrebungen der Ritterschaft, deren Mut die allgemeine Reaktion in Deutschland steigerte, erfüllten alle Einsichtigen mit lebhaften Befürchtungen und ließen die kommenden Ereignisse nur zu klar ahnen. Das Ministerium v. Schele mußte weichen. Der aus den Verfassungskämpfen der dreißiger Jahre übel berüchtigte Herr v. Lütcken bildete ein konservatives Koalitionsministerium des Adels und der reaktionären Bureaukratie, deren Repräsentant der Minister des Innern, Herr Wedemeyer, war. Sofort traten offen, vom Könige unterstützt, die Bemühungen des neuen Ministeriums hervor, mit Hilfe des Bundestags die Verfassung vom 5. September 1848 umzustürzen und insbesondere die adlige Erste Kammer und die korporative Vertretung in der Zweiten Kammer nach Art der Verfassung vom Jahre 1840 wiederherzustellen. Die Beschwerden der Ritterschaft in Frankfurt fanden keinen Widerstand mehr, wurden vielmehr von der hannoverschen Regierung als berechtigt anerkannt und mit Entschiedenheit unterstützt. Das Interesse des Königs Georg, sich wieder in den Besitz der Domänen zu setzen, harmonierte nur zu gut mit den ehrgeizigen Aspirationen der ehemals Privilegierten. Das Land leistete nur einen schwachen Widerstand. Es war entmutigt durch die Niederlage der liberalen Ideen in ganz Deutschland. Den jüngeren Kräften fehlten die erfahrenen Führer; die bewährten Vorkämpfer aus der früheren Zeit waren alt geworden, zogen sich teilweise mißmutig zurück oder versuchten durch schwache Kompromisse zu retten, was zu retten war. Zum zweiten Male wurde das hannoversche Verfassungsrecht gebrochen, die rückschrittliche Erste Kammer wiederhergestellt, das Wahlgesetz zur Zweiten Kammer aufgehoben, eine mehr oder weniger altständische Vertretung wieder eingeführt und das Domanium noch einmal für ein unter Verwaltung des Königs stehendes Fideikommiß des Königlichen Hauses erklärt. Alle reformatorischen Errungenschaften der früheren Jahre waren in Gefahr und fanden nur entmutigte Verteidiger.

[1]) 18. November 1859.

Digitized by Google

Dem Ministerium v. Lütcken folgte (1855) das Ministerium v. Borries, welches noch rücksichtsloser den Weg des Rückschrittes einschlug und alle reaktionären Kräfte des Landes zur vollen Durchführung der konservativen Politik sammelte.

Um diese Zeit war ich Rechtsanwalt in Göttingen. Die Sturm- und Drangperiode der Jugendzeit war vorüber; von den politischen Kräften und Gegenkräften hatte ich durch juristische und nationalökonomische Studien allmählich eine leidlich ausreichende Kenntnis gewonnen. Je reifer mein Urteil wurde, je gemäßigter wurden meine Gesinnungen. Die im Jahr 1848 eingesogenen unklaren republikanischen und halb sozialistischen Anschauungen waren überwunden, ohne daß das lebhafte politische Interesse abgeschwächt war. Der Verkehr mit Gelehrten und Professoren der Universität hielt das wissenschaftliche und vorzugsweise historische Interesse wach und verhütete das Aufgehen in der praktischen Tätigkeit eines ausgedehnten advokatorischen Berufes.

Zu meinen näheren Freunden gehörte der damalige Obergerichtsassessor Rudolf v. Bennigsen, welcher als solcher beim Obergericht in Göttingen fungierte; er hatte sich damals mit der praktischen Politik noch nicht befaßt, und selbst auch infolge seiner vornehmen Erziehung, seiner Stellung zum hannoverschen Adel, seiner Vorliebe für philosophische und historische gelehrte Studien wenig Neigung für ein tätiges Eingreifen für die Dinge der Gegenwart. Ein gemeinsamer Freund von uns beiden, der Obergerichtsrat Planck,[1]) dessen Eltern in Göttingen wohnten, war oft längere Zeit dort und lebte später, als er wegen eines Richterspruchs gegen den erfolgten Verfassungsbruch seine richterliche Stellung aufgeben mußte, ganz in Göttingen. Wir kamen fast täglich zusammen, unterhielten uns über wissenschaftliche Fragen, namentlich aus dem Gebiet der Geschichte, der Volkswirtschaft und Philosophie; allmählich schlossen sich eine Reihe talentvoller junger Männer von der Universität und vom Beamtenstande uns an und bildeten mit uns einen ziemlich geschlossenen Kreis, voll regen wissenschaftlichen Sinnes, aber ohne bestimmten politischen Zweck.

In diese Harmlosigkeit fiel nun das Patent des Königs Georg von 1856 wie eine Bombe ein. Wir waren aufs höchste entrüstet über den dreisten, durch nichtige Rechtsvorwände schlecht verhüllten zweiten Bruch des hannoverschen Verfassungsrechts, dessen Rechtskontinuität im Jahre 1848 so sorgfältig gewahrt war. Anfänglich zweifelhaft darüber, ob die liberale Partei, dem Beispiele der preußischen Demokratie des Jahres 1850 folgend, sich des Wählens gänzlich enthalten und der Reaktion das Feld allein überlassen sollte, kamen wir bald zu der Ueberzeugung, daß ein solches wirkungsloses theoretisches Protestieren nur den Gegnern zugute kommen würde, und daß man auch das freilich rechtswidrigerweise aufgezwungene Feld benutzen müsse, um vom Lande die äußersten Konsequenzen der Reaktion abzuwenden, die Stüveschen Reformen zu retten und die Schäden der Domänenausscheidung, des eigentlichen Zweckes des Ver-

[1]) Planck war damals erst Obergerichtsassessor.

Digitized by Google

fassungsbruchs, möglichst zu mildern. Planck und ich hatten noch nicht das von der oktroyierten Verfassung geforderte dreißigjährige Alter zu dem Eintritt in die Kammer;[1]) Bennigsen war daher der einzige, der die von den Freunden geplante Mission übernehmen konnte. Er besann sich auch nicht lange; wenn auch anfangs zögernd, so überwog doch bei ihm das Pflichtgefühl. Er erklärte sich bereit, eine etwaige Wahl anzunehmen und zu diesem Behuf seine Stellung als Richter aufzugeben. Nun galt es, ein Wahlkollegium zu finden, welches den Mut hatte, den von dem reaktionären Ministerium v. Borries schon vor seinem Eintritt wegen seiner Unabhängigkeit und Fähigkeit gefürchteten und gehaßten Mann zu wählen. Das Wahlrecht auf dem Lande war so korrupt und gab der Regierung einen so entscheidenden Einfluß auf die wenigen aus den Gemeindevorstehern hervorgehenden Wahlmänner, daß hier das Durchdringen eines obendrein noch unbekannten Mannes undenkbar war. Auch in den Städten herrschte große Mutlosigkeit; als Wahlkollegien fungierten die Magistrate und Bürgervorsteher, welche auch nur teilweise dem reaktionären Ansturm standhielten; zumal die alten liberalen Führer sich größtenteils ermüdet zurückzogen, teilweise durch königliche Ordonnanzen von der Wiederwahl ausgeschlossen wurden. So blieb nichts andres übrig, als die Kandidatur in Göttingen aufzustellen, wo der Kandidat wenigstens einigermaßen persönlich bekannt war. Glücklicherweise fanden vor der Wahl Neuwahlen der Bürgervorsteher statt und konnte ich mich auf diese Weise in das Bürgervorsteherkollegium wählen lassen, lediglich um die Wahl Bennigsens durchzusetzen. Von diesem Umstande schreibt sich meine Tätigkeit als Kommunalbeamter her, und bin ich infolgedessen insbesondere zehn Jahre lang Wortführer im Göttinger Bürgervorsteherkollegium gewesen.

Die Wahl von Bennigsen gelang, wenn auch nur mit einer Stimme Mehrheit, trotz aller offenen und geheimen Gegenbemühungen der Regierung. In der Kammer wurde v. Bennigsen sehr bald der anerkannte Führer der liberalen Minderheit. Es ist hier nicht der Ort, die glänzende Tätigkeit v. Bennigsens während der sechsjährigen Kammerperiode von 1857 bis 1863 zu schildern. Es gehört der Geschichte an, daß die Opposition unter der Führung Bennigsens, obwohl sie stets in der Minderheit war, den reaktionären Ansturm brach, und wenn sie auch nicht alles verhindern konnte, dennoch die wichtigsten Institutionen im wesentlichen intakt erhielt und schließlich das Ministerium v. Borries geradezu lahmlegte. Das entschlossene Auftreten v. Bennigsens, seine fast täglichen vernichtenden Reden klärten das Land auf und gaben ihm seinen Mut zurück. Kein Name war populärer als der von Bennigsens. Als endlich das Jahr 1863 Neuwahlen brachte, war die liberale Partei unbestritten Herr der Situation. Die jüngeren Freunde v. Bennigsens, welche nicht in der Kammer waren, insbesondere ich selbst, halfen ihm in der Stille nach Kräften. Wir hielten die populäre Bewegung wach und

[1]) Miquel irrt hier; Planck (geb. 24. Juni 1824) war noch einige Wochen älter als Bennigsen, hatte auch bereits der hannoverschen Ständeversammlung von 1852 bis 1855 angehört. Nach 1855 konnte Planck nicht wieder kandidieren, weil er doch nicht die Erlaubnis zum Eintritt in die Ständeversammlung erhalten hätte.

Digitized by Google

unterstützten ihn durch Bearbeitung von Regierungsvorlagen, durch Herbeischaffung von Material zur Bekämpfung derselben und auf jede sonst zulässige Weise.

Die Ausscheidung der hannoverschen Domänen zur ausschließlichen Nutzung für das königliche Haus war vom Könige durchgesetzt. Eine besondere Kommission führte diese Ausscheidung durch, indem sie den zwanzigjährigen durchschnittlichen Reinertrag ermittelte und diesen auf die verfassungsmäßige sog. Bedarfssumme des königlichen Hauses anrechnete. Dieser Kommission präsidierte der Geheime Finanzrat Bar, und auch im übrigen bestand dieselbe aus willfährigen Werkzeugen oder in diesen Dingen unerfahrenen Abgeordneten beider Kammern. Die Auswahl der Objekte und die Art der Berechnung des Reinertrags in den letzten zwanzig Jahren fand in einer die Finanzen des Landes schwer schädigenden Weise statt. Hatte die Domänenausscheidung selbst schon großen Unmut erregt, so rief die Art der Ausführung durch die Kommission selbst in den gemäßigten Kreisen, insbesondere auch in dem so redlichen hannoverschen Beamtenstande die größte Entrüstung hervor. Ueberall sprach man von den falschen Berechnungen und angewandten Künsten. Schlimme Einzelheiten wurden erzählt und vom Gerücht noch übertrieben. Die Stimmung des Landes wandte sich von der Dynastie ab, und man kann wohl behaupten, daß die Ausscheidung der Domänen der erste Grabstein für das welfische Königshaus geworden ist. Es fehlte aber dem Lande an Klarheit und an Beweisen. Bei der Massenhaftigkeit des Materials und der Schweigsamkeit der Kommissionsmitglieder konnten auch die Debatten in der Kammer keine volle Aufklärung geben. Die Presse war schlecht unterrichtet oder wagte sich nicht auszusprechen. So entschloß ich mich, das gesamte Material zu verarbeiten und in einer Schrift („Das neue hannoversche Finanzgesetz vom 24. März 1857") zu veröffentlichen. Durch ein befreundetes Mitglied der hannoverschen Kammer war mir die Einsicht in die umfangreichen Akten der Kommission geworden und wurden mir sogar Abschriften von den wichtigsten Verhandlungen zugestellt. Die bei Otto Wiegand in Leipzig verlegte — die hannoverschen Buchhändler wagten die Herausgabe nicht — Schrift erregte das größte Aufsehen; in zwei Tagen war die erste Auflage vergriffen. Nun war dem Lande der aktenmäßige Beweis über die den Finanzen des Landes zugefügten schweren Nachteile und über das in vielen Fällen geradezu unqualifizierbare Verfahren der Kommission geführt. Es dauerte lange, ehe die Gegner sich aufraffen und in der Presse anonym und in einzelnen Fällen mit unterzeichneten Artikeln die Schrift und die Person des Verfassers auf das heftigste anzugreifen begannen. Ich geriet in einen fast täglichen Zeitungskrieg, der die Aufmerksamkeit des Landes nur noch schärfer auf die Ausscheidungsfrage lenkte. Endlich erschien eine Gegenschrift des Präsidenten der Kommission, welche jedoch wichtige Zugeständnisse machen mußte und mir Gelegenheit gab, in einer zweiten Broschüre[1]) die Gegengründe zu

[1]) „Die Ausscheidung des hannoverschen Domanialguts und das Verfahren der Festsetzungskommission auf Grund des Gesetzes vom 24. März 1857."

Digitized by Google

widerlegen und das neue mir von allen Seiten zugekommene Material zu verwerten. Das Urteil des Landes hatte sich unwiderruflich gebildet, die Domänenausscheidung und vor allem die Art ihrer Ausführung war verurteilt.

Dieser Kampf wie die inzwischen eingeleitete deutsche Bewegung, auf welche ich später zurückkomme, hatten meinen Namen im Lande bekannt gemacht, so daß ich im Jahre 1863 bei den Neuwahlen von drei Wahlkollegien: Celle, Münden und den kleinen Göttingenschen Städten gleichzeitig in die Kammer gewählt wurde. Oft unterhielten die politischen Freunde während dieser inneren hannoverschen Kämpfe sich über die allgemeinen deutschen Fragen, ohne jedoch eine bestimmte Stellung zu denselben zu finden. Man beklagte die Isolierung der liberalen Männer der einzelnen Staaten, man fühlte das Bedürfnis der Wiederherstellung persönlicher Beziehung, welche seit der Niederlage der Jahre 1848 bis 1850 gänzlich abgebrochen war. Wir begriffen wohl, daß alle Erfolge innerhalb der einzelnen Staaten unsicher, und solange es dem deutschen Volke an jedem Mittelpunkt fehle, stets der gemeinsamen Aktion der verbündeten partikularistischen und reaktionären Elemente ausgesetzt sein würden. Es wurde uns immer klarer, daß eine wirklich gesicherte bürgerliche Freiheit nur auf nationalem Boden möglich sei und daß die Wiederherstellung des Deutschen Reiches die letzte aller unsrer Bestrebungen sein müsse. Auch hatten die Erfahrungen des Jahres 1848 unsre Ansichten über Mittel und Wege so weit gereift, daß wir ohne Preußen die Erreichung dieses Ziels für unmöglich hielten.

Trotz alledem wußten wir die Sache nicht anzugreifen und wagten daher kaum, öffentlich mit unsern Ansichten hervorzutreten. Kaiser und Reich, Zentralgewalt und Parlament waren verpönte Dinge, hatten selbst im Volke nur wenig Anhänger und lebten fast nur noch in den Liedern der Jugend, welche nicht die Gegenwart, sondern die Zeit der romantischen Klage über die verlorenen Früchte der Freiheitskriege geschaffen hatte. Die weisen und verständigen Männer lächelten über das Jahr 1848 und das Frankfurter Parlament, glaubten wohl an die deutsche Sprache und deutsche Bildung, aber nicht an die Möglichkeit eines deutschen Staates. Das Jahr 1859 brachte zuerst eine gewaltige Wendung in diese Lage und diese Stimmungen. Der Krieg Frankreichs und Italiens gegen Oesterreich in Italien brachte zuerst die Gemüter des deutschen Volkes wieder in lebhafte Erregung; alles fühlte, daß am Po auch deutsche Interessen entschieden würden. Allen wurde die militärische und politische Schwäche des Deutschen Bundes handgreiflich und sonnenklar. Die Meinungen über die Politik, welche das deutsche Interesse gebiete, gingen zwar weit auseinander. Selbst die besten politischen Freunde waren nicht einig. Die einen, und zu diesen gehörte Bennigsen, verlangten die Unterstützung Oesterreichs, weil dieses in Italien auch deutsche Interessen vertrete und der Rhein am Po gegen französische Uebermacht verteidigt werden müsse. Andre verlangten Unterstützung des italienischen Freiheitskampfes und Schwächung Oesterreichs, weil dieses die Vorbedingung eines einigen Deutschlands unter Preußens Führung

Digitized by Google

sei.[1]) Andre, und diese Politik verteidigte ich damals mit großer Lebhaftigkeit, verlangten ein Eingreifen Preußens zugunsten Oesterreichs nur unter der Bedingung einer Umgestaltung des Deutschen Bundes und einer Anerkennung des Prinzipats Preußens bis zum Main, wenn dieses nicht zu erlangen, kriegerische Durchführung dieses Programms, nötigenfalls mittels eines italienischen Bündnisses.

Wie weit die Ansichten auch auseinandergehen mochten, darüber waren alle liberalen Männer einig, daß der politische Zustand Deutschlands ein schmachvoller sei, der uns nötige, den größten Krisen in Europa taten- und waffenlos zuzusehen, und der Deutschland gegenüber einer aggressiven Politik Frankreichs, von deren Vorhandensein der italienische Krieg einen nur zu schlagenden Beweis lieferte, nahezu wehrlos machte. Die Unsicherheit der Politik Preußens, welches zwar mobilisierte, aber anscheinend ohne jedes bestimmte Ziel war und vielleicht nur die eine Wirkung hatte, den eifersüchtigen Kaiser von Oesterreich zum raschen Abschluß des Friedens von Villafranca zu bewegen, konnte nicht dazu beitragen, die wachsenden Befürchtungen für die Sicherheit der deutschen Grenzen zu vermindern.

Auf der andern Seite klärten die Erfolge der italienischen Einheitspartei, die klar hervortretende Schwäche und der wachsende Verfall der dortigen Einzelstaaten über die für die Herstellung eines deutschen Nationalstaates unerläßlichen Mittel und Wege auf. Wir hatten in Preußen ein viel mächtigeres Piemont, es brauchte nur zu wollen, und das Bündnis einer organisierten großen Staatsmacht mit dem deutschen Volke war fertig und unwiderstehlich.

Um diese Zeit kam der österreichische Dichter und Reichstagsabgeordnete in Frankfurt v. Hartmann[2]) nach Göttingen; er erzählte uns von dem italienischen Nationalverein und dem großen Aufschwung der dortigen deutschen nationalen Bewegung. Wir besprachen eifrig unsre Lage und die Möglichkeit der Aufnahme einer deutschen Volksbewegung, selbstverständlich innerhalb der gesetzlichen Schranken. Ich war ein entschiedener Verteidiger der Ansicht, daß es Zeit sei, voranzugehen, öffentlich ein Programm für eine deutsche Partei aufzustellen, die nationalgesinnten Elemente der deutschen Staaten zu sammeln, mit einem Worte, die populäre Agitation in Fluß zu bringen.

Schon im Mai des Jahres 1859 entwarf ich einen Aufruf an das deutsche Volk, dessen Unterzeichnung jedoch an dem Bedenken von Bennigsen scheiterte, welcher sich von dem Unternehmen keinen Erfolg versprach.

Im folgenden Monat tagte in der Stadt Hannover ein Anwaltstag, während gleichzeitig die hannoversche Kammer versammelt war. Diese Gelegenheit benutzte ich aufs neue, die Bildung einer deutschen Partei in Anregung zu bringen. In einer gemeinsamen Versammlung der liberalen Seite der Kammer und der

---

[1]) Vgl. dazu Hermann Oncken, Rudolf v. Bennigsen I, 317 ff.

[2]) Gemeint ist der österreichische Publizist Moritz Hartmann (gest. 1873), 1848 Mitglied der Nationalversammlung.

Digitized by Google

Anwälte wurde die Frage diskutiert und endlich ein Ausschuß niedergesetzt, bestehend aus Bennigsen, dem Rechtsanwalt Bauermeister und mir, welcher den für die Oeffentlichkeit bestimmten Aufruf entwerfen sollte. Wir waren bald darüber einig, daß es darauf ankomme, eine deutsche Verfassung mit fester Zentralgewalt und Volksvertretung zu fordern, und daß nur dem Staate Preußen die Zentralgewalt übertragen werden könne. Ebenso klar war es uns, daß es für eine Volksbewegung notwendig sei, den Aufruf vorläufig auf dies einfache Programm zu beschränken. Der nach diesen Gesichtspunkten verfaßte Aufruf fand die allgemeine Zustimmung und wurde noch am selben Tage (dem 19. Juli 1859), mit zahlreichen Unterschriften angesehener Männer versehen, der Oeffentlichkeit übergeben.[1]) Damit war die deutsche Bewegung aufs neue eingeleitet.

Es ist für die damaligen Stimmungen in Deutschland sehr charakteristisch, daß um dieselbe Zeit, irre ich nicht, am selben Tage,[2]) ohne jede Verständigung mit uns, eine dem Sinne nach ganz gleiche Erklärung von einer Anzahl von Männern aus Thüringen (u. a. von Fries, Schüler, Streit) veröffentlicht wurde. Wir erblickten darin eine gute Vorbedeutung für unser Unternehmen und einen Antrieb, entschlossen weiter zu gehen und der Idee eine feste Gestaltung zu geben. Viele Zuschriften von bedeutenden Männern aus Preußen und andern Landesteilen bestärkten uns in dieser Absicht. Bald wußten wir, daß wir auf Männer wie Schulze-Delitzsch, v. Unruh, Rießer aus Hamburg, Reyscher aus Württemberg, Brater aus Bayern, Metz aus Darmstadt, Friedrich Oetker aus Kassel u. a. rechnen konnten.[3]) Die Korrespondenz mit diesen Männern führte zu dem Entschluß, eine Versammlung nach Frankfurt zu berufen, um daselbst einen deutschen Nationalverein zu gründen. Diese Versammlung fand noch im Herbst desselben Jahres unter zahlreicher Beteiligung von deutschgesinnten Männern aus allen Teilen Deutschlands statt und führte zur Gründung des Deutschen Nationalvereins, welcher, wie die Vereinsgesetze es erforderten, als ein einheitlicher Verein über ganz Deutschland sich verbreiten sollte und, geleitet von einem Vorstande und einem Ausschuß, der seinen Sitz in Frankfurt, Residenz des Deutschen Bundestags, nehmen sollte, um auch äußerlich der Organisation der Landesfürsten und des Partikularismus im Bundestage eine volkstümliche Organisation im nationalen Sinne entgegenzusetzen. Letztere Absicht mißlang nun zwar. Der Senat der Freien Stadt Frankfurt, größtenteils aus österreichischen Kreaturen bestehend, verweigerte dem Verein das erbetene Domizil. Die Bildung des Vereins selbst wurde dadurch aber nicht verhindert, weil der deutschgesinnte Herzog von Koburg-Gotha den Mut besaß, trotz der Drohungen Oesterreichs und Preußens dem Verein in Koburg ein Asyl zu gewähren. Unmittelbar darauf wurde zur Organisation des Vereins geschritten, ein Vorstand aus drei

---

[1]) Gedruckt u. a. bei Oppermann, Zur Geschichte des Königreichs Hannover von 1832 bis 1860, II, Anlagen S. 195 ff.

[2]) Sie war vom 17. Juli.

[3]) Ueber alle diese Männer siehe Onckens Bennigsenbiographie.

Digitized by Google

Mitgliedern gewählt, dessen Präsident Herr v. Bennigsen war, und der Ausschuß, aus allen Teilen Deutschlands zusammengesetzt. Das Bureau des Vereins in Koburg sollte von einem besoldeten Geschäftsführer geleitet werden, dessen Wahl auf den Rechtsanwalt Streit daselbst fiel. Wie sich später zeigte, war diese Wahl ein schwerer Mißgriff.

Die liberale Presse Deutschlands nahm diese Vorgänge sehr gut auf; schon in den ersten Tagen erhielten wir zahlreiche Beitrittserklärungen von bekannten politischen Männern und bekannten Vaterlandsfreunden. Ueberall, und zwar nicht am wenigsten in den kleinen Staaten Deutschlands, zeigte sich das liberale Bürgertum der Bewegung günstig. Um so größer war die Wut der partikularistischen Elemente, des Adels, der Beamtenschaft und vor allem der Hofkreise. Die Mitglieder des Nationalvereins wurden überall scheel angesehen, vielfach polizeilich schikaniert und in manchen Staaten als Landesverräter betrachtet, deren Vorsicht in der Beachtung der Gesetze man lebhaft bedauerte. Insbesondere war dieses in Hannover der Fall, wo der Verein sich infolge der lebhaften Opposition gegen das Regiment des Königs Georg und auf der andern Seite des Ansehens des Herrn v. Bennigsen und der übrigen Vertreter des Vereins sehr rasch in Stadt und Land ausbreitete. Die Mitglieder des Vereins wurden von der herrschenden Partei geradezu in Acht und Bann getan. Die von derselben am meisten gefürchteten Leiter des Vereins wurden tatsächlich unter Polizeiaufsicht gestellt. Ich selbst wurde damals auf Schritt und Tritt polizeilich überwacht."

Ueber Schutz gegen große Kälte[1]

Von

Dr. Otto Nordenskjöld

Der Kampf gegen das Klima, den man auf den Polarreisen führen muß, bereitet, wie ja aus allen Expeditionsberichten bekannt ist, oft große Schwierigkeiten. Allerdings kaum im Sommer, denn wenn auch die Durchschnittstemperatur zu dieser Jahreszeit oft nach unsern Begriffen recht winterähnlich ist, so sind doch die Wirkungen der fast beständig leuchtenden Sonne so stark, daß man die niedrige Temperatur nicht viel empfindet. Auch das Wetter des eigentlichen Winters hat meistens weniger zu sagen, weil die Dunkelheit dann längere Reisen und Ausflüge hindert, freilich nicht in den äußersten Polargebieten und auch sonst nicht immer bei hellem Mondschein. Aber auch im Spätwinter und Frühling, zu welchen Jahreszeiten die meisten Schlittenexpeditionen unternommen werden, hat man oft monatelang mit einer Durchschnitts-

[1] Der vorstehende Artikel ist auch von Interesse für unsre Kriegführung, besonders im Osten. Die Redaktion.

Digitized by Google

temperatur von —30 Grad Celsius oder noch bedeutend niedriger zu kämpfen, und noch dazu häufig mit Stürmen, deren Ueberwindung auf längeren Märschen schon an und für sich eine außerordentliche Leistung verlangt. Es läßt sich direkt nachweisen, daß die Abkühlung, auf die es für den menschlichen Körper ankommt, bei Sturm außerordentlich viel schneller geht als bei ruhigem Wetter, und eine Temperatur von —20 Grad bei frischem Wind ist tatsächlich viel schwerer zu ertragen als —40 Grad oder gar —50 Grad bei ruhiger Luft.

Meine eignen Erfahrungen an langdauerndem kaltem Polarwetter während der Jahreszeiten, in denen längere Schlittenexpeditionen unternommen wurden, knüpfen sich hauptsächlich an Temperaturen von etwa —20 bis —35 Grad Kälte, die aber häufig von furchtbaren Schneestürmen begleitet waren, wo es gar nicht möglich war, gegen den Wind anzugehen. Auch wenn bei solchem Wetter die Wanderung nicht überhaupt unmöglich ist, wird sie doch häufig durch das Schneetreiben verhindert, das jede Beobachtung vom Wege oder von der Umgebung unmöglich macht. Uebrigens lassen sich die Hunde bei solchem Wetter nicht vorwärts treiben. Aber auch abgesehen von diesen schlimmsten Witterungsverhältnissen, wo man im Zelte oder in der Schneehütte still liegen muß, geben doch solche Schlittenfahrten Erfahrungen genug von so ziemlich allen Schwierigkeiten, die eine große Kälte bereiten kann.

Die gewöhnliche Methode, um bei uns zu Hause die Kältewirkungen zu vermeiden, liegt ja darin, daß man die Zahl und die Dicke der Kleidungsstücke vergrößert, ohne aber die Form in höherem Grade zu verändern. Wenn im Winter die Kälte einsetzt, legen wir dickeres Unterzeug und einen Ueberzieher an; wenn es noch kälter wird, tauschen wir eventuell den letzteren gegen einen Pelzrock von demselben Modelle aus und legen Pelzmütze und gelegentlich Außenstiefeln aus Tierfell an. Dies geht ja auch gut, solange die Kälte nicht zu übermäßig ist und vor allem, solange man mindestens jeden Tag die Kleidungsstücke ablegen, trocknen und für den nächsten Tag in Ordnung bringen kann. Dies ist aber bei längeren Polarschlittenfahrten ausgeschlossen, und dann muß man auch besondere Vorrichtungen treffen. Dasselbe muß ja auch oft bei einem Winterfeldzug bei großer Kälte vorkommen. Nun dürfte es einleuchtend sein, daß die Verhältnisse in einem solchen Feldzuge ganz andre sind als diejenigen, denen man auf einer Polarexpedition begegnet. Immerhin werden vielleicht einige kurze Mitteilungen über Kleidung und Lebensweise während einer Polarexpedition in Winterkälte gerade jetzt zum Vergleich von einigem Interesse sein.

Die Kleidung wird ganz verschieden sein, je nachdem man darauf angewiesen ist, längere Zeit in der Kälte stillzustehen, z. B. bei Beobachtungen oder bei gewissen Formen der Jagd, oder zu sitzen, wie z. B. auf Schlittenfahrten, wo die Hunde kräftig genug sind, um ein Fahren zu ermöglichen; oder anderseits, wenn man sich bei Skifahren, Schlittenziehen usw. schnell und kräftig bewegt. In ersterem Falle sind Pelzkleider fast unbedingt notwendig. Soweit sich meine eignen Erfahrungen erstrecken, können diese nach drei verschiedenen Modellen angefertigt werden, und zwar entweder nach dem Typus des lappländischen

Digitized by Google

Pelzes oder nach demjenigen des grönländischen „Anorak", oder man benutzt die Modelle unsers gewöhnlichen zivilisierten Pelzrocks. Der lappländische Winterpelz, „Muoddar", ähnelt im Aussehen einem gewöhnlichen Hemd mit einer kurzen Oeffnung vorn an der Brust. Er ist sehr weit, was durch starke Aufschürzung noch mehr hervortritt, nicht sehr lang, und aus weichem Renntierfell angefertigt. Die Lappen selbst tragen im Winter noch ein verziertes Fellstück als Brustschutz, oder bei strenger Kälte ein Innenhemd aus Renntierfell, was ja aber für uns bei Benutzung von gutem Unterzeug wegfällt. Dazu tragen sie kurze, enge Fellhosen. Auf die Schuhe komme ich unten zu sprechen. Die Vorzüge dieser Kleidung liegen darin, daß sie durch ihre Weite bei milderem Wetter oder schneller Bewegung eine Lüftung, zum Vermeiden einer zu starken Perspiration erlauben, welche sonst die Kleidungsstücke feucht machen würde, und dabei gleichzeitig eine Häufung von besonderen Unterkleidungsstücken und ein dichtes Abschließen gestattet, sobald das Wetter dies verlangt.

Im Gegensatz zu dem beschriebenen besteht der Eskimopelz aus einem ziemlich enganschließenden, kurzen Wams mit einer Kapuze und mit möglichst kleinen Oeffnungen für Gesicht und Hände. Auch er ist aus weichsten Renntier- oder Fuchsfellen oder gar aus Vogelbälgen verfertigt, und bei sehr großer Kälte wird noch ein zweiter ähnlicher Pelz, nur mit den Haaren nach außen, angezogen. Gegen Sturm und Kälte bildet er wegen der Abwesenheit aller Oeffnungen einen viel besseren Schutz als der Lappländerpelz, der ihm aber bei langdauernder Bewegung im Freien unzweifelhaft überlegen ist. Beide Modelle sind leicht und materialsparend, sehr bequem zum Tragen und schön warm. Sie übertreffen wohl in diesen Beziehungen unter sonst ähnlichen Umständen unsre gewöhnlichen Pelzmäntel, die aber doch unter zivilisierten Verhältnissen durch das leichte An- und Abziehen sowie durch die bequeme Möglichkeit zum Luftwechseln große Vorteile bieten.

Wenn es sich aber um tagelange Märsche unter schwerer Arbeit, z. B. in Verbindung mit Schlittenziehen, handelt, und gleichzeitig die Temperatur nicht sehr weit unterhalb 30 Grad liegt, dann wird meiner Ansicht nach auch der Lappländerpelz zu schwer und zu unangenehm dadurch, daß er die Verdunstung hindert und den Schweiß zurückhält. Um die Körpertemperatur zu erhalten, genügt meistens unsre gewöhnliche Männertracht, selbstverständlich aus erstklassigem dicken Stoff, etwa wie die Militäruniformen, angefertigt, und mit einigen kleinen Veränderungen, auf die hier nicht eingegangen zu werden braucht. Das Unterzeug sollte dabei doppelt sein: innen aus bestem weichem Jägerstoff, nach außen grober, vielleicht ein gestricktes Hemd. Wenn aber die Temperatur weiter heruntergeht oder wenn es, wie das so oft der Fall ist, im geringsten windig oder gar stürmisch ist, dann genügt selbstverständlich der erwähnte Anzug nicht. Statt dann einen schweren Extrapelz mitzuschleppen, benutzt man in solchen Fällen als Außenkleid eine „Windjacke" aus dünnem, ziemlich winddichtem Stoff. Diese Schutzjacke wird am besten nach dem Modelle des schon beschriebenen Eskimoanoraks angefertigt, kurz, enganschließend und mit den kleinstmöglichen Oeffnungen,

Digitized by Google

die außerdem zugeschnürt werden können. Ueber den geeignetsten Stoff herrschen Meinungsverschiedenheiten; selbst habe ich das einfachste von allem, dünnes Segeltuch, benutzt, und dies hat sich gut bewährt, hält vor allem alle Strapazen aus. Zu dieser Jacke kommen noch Hosen aus demselben Stoff, und dann ist man tatsächlich, solange man sich bewegt, gegen alle Witterungsverhältnisse geschützt, die überhaupt freie Bewegung in der Luft erlauben. Eine Bekleidung, die sich besser nach allen Verhältnissen anpassen ließe, gibt es unter diesen Umständen nicht, solange man nachts in einem warmen Fellsack schläft, und also nicht für ein Stilliegen in der Nacht bekleidet sein muß. Daß sich alle Kleidungsstücke leicht trocknen lassen und daß die Transpiration in keiner Weise gehemmt wird, sind dabei besondere Vorteile.

Etwas anders stellt sich die Sache, wenn man damit rechnen muß, unter Umständen bei strenger Kälte zur Abwechslung von den Märschen längere Zeit stillsitzen oder stehen zu müssen. Wenn man dann keinen eigentlichen Pelz mitbringt, kann es doch leicht vorkommen, daß man einen Extraschutz für Brust, Magen und Rücken braucht. Dazu läßt sich am besten eine Weste oder ein „Hemd" aus sehr leichtem und dünnem Fell benutzen, über die man dann die Windjacke zieht. Eine solche Weste läßt sich leicht mittransportieren, sie braucht, da sie von den Windkleidern beschützt wird, nicht sehr stark zu sein — die grönländische Herstellungsart (Vogelbälge) genügt schon vollständig — und sie bildet in Verbindung mit den übrigen Kleidungsstücken einen vorzüglichen Schutz gegen die schlimmsten Witterungsverhältnisse.

Auf dem Kopf ist bei großer Kälte eine Pelzmütze mit gutem Ohrenschutz unbedingt notwendig, sie kann aber sonst billig und einfach sein, wenn die Jacke eine Kapuze hat. Ein wollener Tuchstreifen zum Schutz für die Nase muß auch für schlimme Umstände bei der Hand sein. Viel schwieriger und dabei außerordentlich wichtig ist es, eine geeignete Fußbekleidung zu finden. Die gewöhnlichen hohen Lederstiefel versagen bei großer Kälte fast ganz, besonders wo man nicht Gelegenheit hat, sie jede Nacht in der Wärme zu trocknen. Durch die Transpiration werden sie bei der Bewegung auf der Innenseite feucht und frieren dann, wenn man still bleibt, zu einem harten Panzer, so daß es fast unmöglich ist, sie auszuziehen, und noch schwerer, sie anzuziehen. Schnürstiefel vermeiden allerdings diese Schwierigkeit, sind aber ebenso hart und unbequem und geben dabei ebensowenig Schutz gegen die Kälte. Bedeutend besser sind dann die dünnen, weichen Sommerschuhe der Lappen, versteift an einigen schmalen Linien entlang, um ein Anbinden der Skis zu gestatten. Sie sind auch sehr geräumig und geben dadurch die Möglichkeit, den Fuß durch eine wirklich isolierende Masse von Socken und Strümpfen vor Kälte und Erfrierungen zu schützen. Darin kann man überhaupt nicht zu weit gehen. Amundsen benutzte auf seiner Polarfahrt sieben Paar dicke Strümpfe. Die Lappen verwenden bekanntlich eine Packung von Heu, „Sennegras", um den Fuß, aber dies eignet sich vor allem zum Sommergebrauch.

Am besten vermeidet man auf schweren Eiswanderungen in strenger Kälte soweit als möglich das Leder im Schuhzeug. Statt dessen kommen als Material

Digitized by Google

vor allem Tierfelle oder Segeltuch zur Verwendung. Erstere lassen sich nur benützen, wo der Boden einigermaßen weich ist, Schnee, nicht hartes Eis, und wo man nicht riskiert, Feuchtigkeit oder Wasser in flüssiger Form zu treffen. Die Eskimostiefel, „Kamick", kommen außerhalb Grönlands überhaupt kaum in Betracht. Viel wichtiger sind die Pelzschuhe der Lappen, niedrige, weiträumige Stiefel aus ausgewählten Stücken des Renntierfells, die Haare nach außen. Zusammen mit dicken Haarsocken, mehreren Strümpfen und mit oder ohne Gras, durch Umwicklung mit mehrfachen breiten, weichen Bändern mit den Hosen und dem Bein fest verbunden, bilden sie eine ideale Fußbekleidung, obschon sie viel Aufmerksamkeit verlangen und keine sehr starken Strapazen aushalten. Außerdem wird diese Bekleidung etwas zu weich bei langen Fahrten mit fest angebundenen Skiern. Deshalb hat man in letzter Zeit versucht, sie durch Stiefel aus dickem Segeltuch mit festen Ledersohlen und Lederverbindungen zu ersetzen, und diese haben sich sehr gut bewährt. Man macht sie weit genug, um mehrere Strümpfe, darunter, wenn möglich, auch ein Paar Pelzstrümpfe, anziehen zu können. Sie sind leicht, bequem und verhältnismäßig billig; man kann sie leicht von Eis und Schnee rein bürsten; und sollten sie feucht werden, so lassen sie sich ohne Schwierigkeit trocknen.

Die sonstigen Ausrüstungsgegenstände eines Polarschlittenfahrers, soweit sie einen Schutz gegen die Kälte bezwecken — Zelte usw. —, dürften in dieser Verbindung weniger Interesse haben und sind wohl außerdem aus den zahlreichen Expeditionsberichten allgemein bekannt. Wichtig ist ja vor allem der Schlafsack, der leicht, stark und warm sein muß. Renntierfell eignet sich dafür als Material gut, da ein solcher Sack nicht zu leicht vereist.

Zuletzt wären noch einige Worte über die Nahrung eines Polarfahrers hinzuzufügen. Es ist eine allbekannte Tatsache, daß der Menschenkörper unter derartigen Verhältnissen viel mehr Fett als sonst verlangt. Deshalb wird Pemmikan dabei stets die Hauptnahrung bilden. Pemmikan besteht in der Form, in welche die modernen Polarfahrer diese indianische Nahrung umgebildet haben, aus getrocknetem und feingepulvertem Fleisch, mit der gleichen Menge Fett zusammengeschmolzen. Allerschlimmstenfalls kann man es auch roh essen, wenn immer möglich, wird es aber zu einer Suppe oder einem dünnen Brei gekocht. Sobald sich überhaupt Feuer machen läßt, ist Pemmikan also sehr leicht und mit sehr geringem Aufwand an Brennmaterial zuzubereiten; es ist dabei außerordentlich nahrhaft und auch recht schmackhaft. Soweit sich meine Erfahrung erstreckt, wird man auch bei monatelangem täglichem Genießen dieser Suppe als Hauptnahrung ihrer nicht überdrüssig.

Endlich wäre noch die Frage zu berühren, inwieweit während eines solchen harten Lebens in großer Kälte stärkere Stimulantien vorteilhaft sind. Daß eine reichliche Menge von Schokolade oder Kaffee als Getränk für den Körper nur nützlich ist, läßt sich wohl nicht bezweifeln. Viel schwieriger ist die Beantwortung der so häufig erörterten Frage über die Benutzung des Alkohols. So viel dürfte aber jetzt sicher sein, daß jeder übermäßige Gebrauch spiritushaltiger

Digitized by Google

Getränke gerade in der Kälte schädlich und unter Umständen gar verhängnisvoll ist. So groß ist anderseits der Nutzen des Alkohols nicht, daß man nicht, wenn überhaupt das Risiko vorliegt, daß nur einer der Gesellschaft es nicht versteht, das richtige Maß einzuhalten, am besten von seiner Benutzung ganz absieht. Persönlich würde ich selbst auch sonst auf Schlittenfahrten überhaupt jeden regelmäßigen Gebrauch stark spirituöser Getränke vermeiden und verhindern. Dagegen halte ich gerade unter diesen Verhältnissen einen gelegentlichen Schnaps für Leute, die keine Aversion dagegen empfinden, aber auch zu keinem Mißbrauch verleitet werden, für sehr nützlich. Ich spreche hier nicht nur von rein medizinischem Gebrauch, denn auch, wenn man, um ein Beispiel zu geben, nach der anstrengenden und erhitzenden Arbeit des Tages in ein Bett hineinkriechen soll, dessen Temperatur vielleicht —30 Grad beträgt, kommt leicht eine Reaktion, eine Art Schock, mit Kältezitterung. Wenn diese durch einen Schnaps gebrochen werden kann, so daß man in Ruhe die allmähliche Erwärmung des Körpers abwartet, so bleibt das ein nicht zu unterschätzender Vorteil.

Selbstverständlich wäre auch sonst viel über die jetzt so fein entwickelte Technik der Schlittenfahrten zu sagen, aber diese kleinen Andeutungen mögen genügen, um die Möglichkeit zu einem Vergleich zu geben mit dem, was die Verteidiger des Reiches in der Strenge des Winters auf den offenen Feldern und in den Schützengräben im Osten zu ertragen haben.

Ueber „die Krise des Internationalismus“ [1])

Von

Professor Lammasch

Einer der schärfsten und geistreichsten Denker Oesterreichs, dessen Name mit vollem Recht internationale Geltung besitzt, Franz Klein, hat in diesen Blättern über den Internationalismus das harte Urteil gefällt, er habe „schwer enttäuscht“; zwar sei „ihm noch keinesfalls jede Zukunft abgeschnitten“, „man darf ihn nicht schon schlechthin zu den Toten werfen“. Aber aus dem Ganzen der pessimistisch angehauchten Untersuchung geht doch hervor, daß Klein zum mindesten für die nächsten Jahrzehnte nach Beendigung des „Weltkrieges“ dieser bisher so mächtigen Geistesrichtung nur eine sehr untergeordnete Wirksamkeit im Streit mit ihren „zähen Widersachern“, „der nationalen Idee und der zunehmenden Energie des wirtschaftlichen Strebens“ zuerkennt.

Was ist Internationalismus? Klein unterscheidet staatlichen und gesellschaftlichen Internationalismus. Unter dem ersteren versteht er „die Gesamtheit der zwischen verschiedenen Staaten bestehenden Abmachungen und beiderseits

[1]) Die Krise des Internationalismus im Dezember-Heft dieser Zeitschrift.

Digitized by Google

gewollten Kongruenzen, die unter ihnen Austausch- oder Verkehrsmöglichkeiten herstellen oder befördern sollen“, unter dem letzteren „die Vereinigungen und Gemeinschaften verschiedener Art, die Arbeiten oder Werke oder bloßen Gedankenaustausch unter Mitwirkung von Angehörigen verschiedener Länder bezwecken“. Beides umfassend und tiefer in das Wesen der Sache eindringend scheint mir die Definition Murray Butlers, des Präsidenten der Columbia University,[1]) „jene Gewohnheit des Denkens, die die verschiedenen Nationen der zivilisierten Welt als einander Gleiche ansieht, die freundschaftlich zusammenwirken, um den Fortschritt der Zivilisation, Handel und Industrie, Aufklärung und Kultur über die ganze Welt zu verbreiten“.

Vielleicht könnte man das Wesen des staatlichen Internationalismus am kürzesten und schärfsten in der Formel zusammenfassen: die Ueberzeugung der Staaten, daß jeder von ihnen nur einer unter mehreren gleichberechtigten sei. Möge auch jeder sich als primus inter pares dünken, das wesentliche ist, daß er auch die andern als pares anerkennt, daß er darauf verzichtet, Verhältnisse, die unmittelbar in einen andern Staat übergreifen, völlig autonom zu regeln, wofür er dann auch von dem andern ein reziprokes Zugeständnis eintauscht. Dieser Internationalismus ist also keineswegs ein Verzicht auf Patriotismus, auf Nationalismus, vielmehr eine höhere Entwicklungsstufe desselben. Jeder Staat ist sich selbst der nächste, aber er ignoriert auch nicht die andern, sondern er berücksichtigt sie und fördert sie sogar, soweit dies mit seinen eignen dauernden Interessen vereinbar ist. Selbst im Kriege wird diese Rücksicht auf andre, neutrale oder selbst feindliche Mächte nicht völlig verleugnet. Darauf beruhen jene völkerrechtlichen Beschränkungen, die sich die Staaten in der Pariser Seerechtsdeklaration von 1856, in der Petersburger Konvention von 1868, in der Genfer Konvention, im Haager Reglement für den Landkrieg, in den Deklarationen über die Stickgase und Dumdumgeschosse von 1899 sowie in einigen das Seekriegsrecht betreffenden Haager Konventionen von 1907 auferlegt haben.

Von diesen meint nun Klein: „Wer bloß auf die Außenseite sah, konnte an dem internationalen System von Regeln und Grundsätzen, zu welchen sich die Staaten für Krieg und Frieden verpflichtet hatten (und an dem Wachstum der internationalen Arbeits- und Diskussionsvereinigungen), seine helle Freude haben.“ „Wenn man den Dingen auf den Grund geht,“ so fährt er fort, „erkennt man aber bald, daß diese Freude unbegründet gewesen.“ „Sobald das Los gefallen ist und die immensen Angriffs-, Zerstörungs- und Verteidigungsenergien, die durch Jahre aufgespeichert wurden, mit einem Male entfesselt werden, dann von Normen, hinter denen keine überlegene Macht steht, erwarten, daß sie inmitten der aufschäumenden Leidenschaften befolgt werden, ist fast ein unmögliches Postulat.“

Haben wirklich die oben angeführten Normen sich als solche erwiesen, die nicht befolgt werden können und sind sie deshalb auch tatsächlich so regel-

[1]) International mind, Neuyork 1912, S. 102.

Digitized by Google

mäßig übertreten worden, daß man von einem Versagen des Internationalismus auf diesem heikelsten aller seiner Gebiete sprechen kann und muß? Klein nimmt dies zweifellos an, da er ganz allgemein von den „mißachteten Regeln des Land- und Seekriegsrechtes" spricht, die, „selbst wenn sie im künftigen Frieden wieder zu Gnaden aufgenommen und urkundlich anerkannt würden, kaum einen Wert hätten". Obwohl die meisten seiner Leser ihm in diesem Urteile beigestimmt haben werden, möchte ich dennoch dessen Richtigkeit bezweifeln. Zunächst wäre eine genauere Präzisierung des damit erhobenen Vorwurfes der praktischen Wertlosigkeit des „staatlichen Internationalismus" nach zwei Richtungen hin wünschenswert, erstens die Bezeichnung der einzelnen mißachteten Normen und zweitens die Anführung der Tatsachen, in denen diese Mißachtung zum Ausdrucke gelangt sein soll. Aber, wird man einwenden, eine solche Anführung ist ja nicht nötig; fast jeder Tag bringt uns neue Anklagen in dieser Richtung; was notorisch ist, braucht nicht bewiesen zu werden.

Gewiß, jeder Tag bringt uns neue Anklagen; aber nur Anklagen, nicht Beweise, und nicht nur uns, sondern auch unsern Gegnern. Nur hören wir von diesen Anklagen gegen uns weniger und sind wir, gewiß mit Recht, wenn sie uns zu Gehör gelangen, von vornherein überzeugt, daß die meisten von ihnen, wenn nicht geradezu alle, Verleumdungen sind. Könnte nun nicht auch dasselbe bei den Anschuldigungen gegen unsre Feinde der Fall sein? Ich bin überzeugt, daß Europas erster Prozessualist die Möglichkeit dessen nicht von sich weisen wird.

Abgesehen von einigen amtlich geprüften und durch Vermittlung neutraler Regierungen — insbesondere durch jene der Vereinigten Staaten von Amerika — der Gegenpartei übermittelten Anklagen solcher Art sind wir in unsrer Kenntnis dieser Vorfälle auf Zeitungsnachrichten beschränkt. Die Zahl der amtlich festgestellten Fälle ist, so bedauerlich diese immerhin an und für sich sind, im Verhältnis zu den Millionen der Kämpfer, zu der 1000 Kilometer übersteigenden Ausdehnung der gesamten Schlachtlinien, zu der Gluthitze der hüben und drüben entfachten Leidenschaften, zu der inferioren Zivilisation mancher der kämpfenden Truppen eine nicht sehr große. Um so größer ist die Zahl der Anklagen in den Zeitungen. Allerdings mußte ein nicht ganz geringer Teil davon bereits widerrufen werden. Aber verdient darum alles, was nicht widerrufen wurde, vollen Glauben? Sind die gemeldeten Tatsachen über geblendete und verstümmelte Gefangene und Verwundete, über Mißbrauch oder Mißachtung des Roten Kreuzes, über die Beschießung von Kirchen und historischen Bauwerken, über die Teilnahme von Zivilpersonen, von Frauen und Geistlichen am Kampf und von der Vergeltung dieser Rechtsbrüche durch Zerstörung von Ortschaften, über Plünderung von Privathäusern objektiv richtig? Für die Richtigkeit von Zeitungsmeldungen in diesem Kriege nur zwei Beispiele. Neulich hat eine amerikanische Zeitung zusammengestellt, daß nach russischen Berichten eine österreichisch-ungarische Armee, die 350 000 Mann stark war, an Toten, Verwundeten und Gefangenen 780 000 Mann verloren habe, und wie oft ist nicht in einzelnen

Digitized by Google

österreichischen Zeitungen berichtet worden, daß die serbische Armee durch Cholera, Hunger und Desertion schon völlig aufgerieben sei, und dennoch leistet sie noch immer Widerstand.

Aber auch wenn die Tatsachen, auf die die Anklagen wegen Verletzung des Völkerrechts gegründet werden, richtig sind, sind darum diese Anklagen selbst berechtigt? Sind dem Verwundeten die Augen wirklich ausgestochen worden oder hat er das Augenlicht nicht vielleicht durch einen Granatsplitter eingebüßt? Fälle, in denen die ursprünglich erhobene Beschuldigung sich in dieser Weise aufklärte, sind mir aus Wiener Spitälern bekannt. War das rote Kreuz nicht etwa unbefugt über einer Batterie aufgepflanzt? War der Kirchturm nicht vielleicht als Beobachtungsposten benutzt? Waren die Zivilpersonen nicht etwa im Stande der Notwehr? Oder war die Zerstörung der Ortschaft nicht durch die militärische Notwendigkeit oder wirklich durch unerlaubtes Eingreifen der Zivilpersonen in den Kampf gerechtfertigt? Wurde geplündert oder vielmehr rechtmäßig requiriert?[1])

Und wenn wirklich einzelne der Kämpfenden in der furchtbaren Erregung des Kampfes, der ja auch um ihr Leben geht, die eine oder die andre jener Normen, entgegen ihren Instruktionen, übertreten haben sollten, kann man deshalb sagen, daß die Staaten das Völkerrecht verletzt haben, daß das Völkerrecht versagt habe? Versagt denn das Recht des Friedens, das bürgerliche Recht und das Strafrecht, weil jahraus, jahrein Tausende von Verbrechen verübt werden? Hat nicht Artikel 3 der Konvention über das Landkriegsrecht ausdrücklich solche Verletzungen vorausgesehen, indem er die schuldtragende Kriegspartei „gegebenfalls“ zum Schadenersatz verpflichtet?

Denken wir uns die Normen des Kriegsrechtes aus dem Bewußtsein der Kriegführenden weg. Wie würde es aussehen? Wer in die Gewalt des Feindes gefallen ist, er sei Kombattant oder Nichtkombattant, würde niedergemetzelt, keine Partei würde sich mit der Sorge um Gefangene belasten; jede im Kampfe genommene Ortschaft würde geplündert und nachher niedergebrannt; auch dem ruhigen Bürger im okkupierten Gebiete würde seine Habe genommen und er würde vielleicht gezwungen, Arbeiten zu leisten gegen sein Vaterland. Statt dessen finden wir in den Ländern der beiden Kriegsparteien zusammen nicht viel weniger als eine Million Kriegsgefangener, die natürlich bewacht werden, aber eine Verpflegung wie die eignen Militärpersonen genießen; wir sehen, wie die Verwundeten des Feindes ebenso aufgelesen werden wie die eignen Verwundeten, wie sie in den Spitälern der Gegenpartei ebenso gepflegt werden wie in den ihrigen; wie Plünderung bestraft wird; wie an Stelle des Raubes das System der Requisitionen getreten ist. Freilich sind Ausschreitungen mannigfacher Art zu beklagen. Aber

---

[1]) Auch der den Lesern dieser Zeitschrift wohlbekannte ehemalige niederländische Minister des Aeußern Beaufort warnt in seiner von wahrhaft staatsmännischem Geiste getragenen Schrift „De Oorlog en het volkenrecht“, Amsterdam 1914, S. 1 und 19, vor allzugroßer Leichtgläubigkeit in bezug auf solche Anschuldigungen.

Digitized by Google

ist nicht jeder Kriegsgefangene und jede Quittung über requiriertes Gut ein beredtes Zeugnis für die Fortdauer des internationalen Geistes selbst im Kriege? Zeigt sich nicht darin, daß hinter jenen Normen doch „eine überlegene Macht" steht, wenn auch keine physische, aber die des Gewissens? Schwerer Sünden gegen das Völkerrecht haben sich unsre Kriegsgegner schuldig gemacht, und auch wir sind vielleicht nicht ganz rein von allem Fehle. Aber setzen wir unsre Zivilisation nicht noch tiefer herab, als tatsächlich geschehen ist! „Brüche des Völkerrechts sind vorgekommen; einen Zusammenbruch des Völkerrechts haben wir nicht".[1]) Insbesondere die Normen des von den Rechten der okkupierenden Kriegsmacht im okkupierten Gebiet handelnden Kapitels des Haager Reglements sind in vielen Beziehungen zweifellos nicht nach ihrem Geiste angewendet worden; inwieweit selbst Verletzungen des Buchstabens dieser Vorschriften erfolgt sind, läßt sich, wenigstens für manche Fälle, noch nicht genau feststellen.

Noch mehr Klagen fast als über Verletzungen des Landkriegsrechts finden wir in den Tagesblättern über Nichtbefolgung der Londoner Seerechtsdeklaration von 1908. Aber ist diese geltendes Recht? Freilich sagt die einleitende Bestimmung: „Die Signatarmächte sind einig in der Feststellung, daß die in den folgenden Kapiteln enthaltenen Regeln im wesentlichen den allgemein anerkannten Grundsätzen des internationalen Rechts entsprechen." Aber Art. 67 sagt, „diese Erklärung soll möglichst bald ratifiziert werden", und Art. 68 setzt fort, „diese Erklärung wird wirksam für die Mächte, die an der ersten Hinterlegung der Ratifikationsurkunden teilgenommen haben, sechzig Tage nach dem Tage, an dem das Protokoll über diese Hinterlegung aufgenommen ist". Nun ist diese Deklaration aber bisher von gar keiner der Signatarmächte ratifiziert worden. Gilt sie also oder gilt sie nicht? Der berufenste Interpret, der Geheime Admiralitätsrat und Vortragende Rat im Reichsmarineamt Dr. G. Schramm, sagt klipp und klar: „Die Bestimmungen der Erklärung erlangen erst nach der Ratifikation durch die Mächte verpflichtende Kraft; die Unterzeichnung der Erklärung durch die Bevollmächtigten ... der Mächte ... ist rechtlich bedeutungslos."[2]) Wenn es sich also auch bei manchen jener Klagen nicht um Verletzungen des vertragsmäßig fixierten Völkerrechts handelt, sondern nur um eine harte, rücksichtslose und schikanöse Anwendung von Rechtssätzen, die bisher als Gewohnheitsrecht angesehen wurden, so sind trotzdem zwar die Beschwerden, insbesondere der neutralen Mächte über solches Vorgehen, nicht aber ebenso die Anklagen über ein Versagen des Völkerrechts begründet. Das Völkerrecht war nur nicht ausgebildet genug.

Als Zeugen dafür, daß der Internationalismus im Kriege zusammengebrochen sei, beruft Klein sich darauf, daß „der neue Seelord der britischen Admiralität sein taktisches Prinzip in die rauhen Worte gefaßt habe: Der Krieg verlange die brutalste Energie; Mäßigkeit und menschliches Rücksichtnehmen im Kriege seien unverzeihliche Schwächen". Im Munde Lord Fishers nehmen diese Worte

---

[1]) Niemeyer, „Echtes Völkerrecht", in dieser Zeitschrift, November 1914, S. 217.
[2]) „Das Prisenrecht in seiner neuesten Gestalt." Berlin 1913. S. 591.

Digitized by Google

mich nicht Wunder. Noch, obwohl seither fünfzehn Jahre verflossen, steht mir der damalige Sir John Fisher, unter zahlreichen Lichtgestalten, als eine der minder sympathischen Erscheinungen der ersten Haager Konferenz — neben jenem serbischen Militärdelegierten, der als der Mörder seiner Königin, die auch seine Schwägerin war, später eine so traurige Berühmtheit erlangte — lebhaft vor Augen, wenn er, allerdings außerhalb der Sitzungen, sein Urteil über die Konferenz in den Satz zusammenzufassen pflegte: „Nonsense, might is right!“ Aber Lord Fisher ist nicht Großbritannien, und die mit den seerechtlichen Problemen befaßten britischen Delegierten zur zweiten Konferenz, Sir Ernest Satow, Lord Reay und Captain Ottley, haben ebenso wie unser Admiral Haus, der Stolz unsrer Marine, der deutsche Admiral Siegel und der Franzose Arago, der Enkel des großen Astronomen, bereitwilligst an der Humanisierung des Seekriegsrechts mitgearbeitet.

Zur Begründung seines absprechenden Urteils über die Haager Konventionen führt Klein auch aus, daß „sich der öffentliche Geist seit Abschluß der Genfer Konvention (die er offenbar von jener Ablehnung ausnimmt) von Grund aus geändert hat und daß auch die Kriegsmittel ganz andre geworden sind“. In der ersten Richtung weist er auf „die steigende Virulenz und Zuspitzung der nationalen Idee und die zunehmende Energie des wirtschaftlichen Strebens wie dessen politische Infiltration“ hin. Aber hat nicht Grillparzer schon vor jener Zeit das prophetische Wort gesprochen:

„Von Humanität
Durch Nationalität
Zur Bestialität?“

Gewiß ist seither der nationale Chauvinismus noch ärger geworden, und er hat mancherorten jene Siedehitze erreicht, die in früheren Jahrhunderten nur die religiöse Intoleranz charakterisierte, und ebenso gewiß ist mit der dem Idealen abgekehrten und dem Materiellen zugewendeten Richtung der neueren Zeit auch der Kampf um wirtschaftliche Vorteile schärfer geworden. Aber diesen mächtigen Hemmungen internationaler Verständigung steht doch eine andre Macht entgegen, die mindestens im gleichen Maße in jener Zeit gewachsen ist: die fortschreitende Interdependenz der Staaten und Nationen und insbesondere das Bewußtsein dieses Aufeinanderangewiesenseins. Man vergleiche nur, wie viele Millionen Menschen mehr seither außerhalb ihres Vaterlandes ihren Erwerb finden, wie viele Milliarden an Werten mehr seither von einem Staate in den andern abströmen, wie viele Milliarden mehr die Staaten einander kreditieren oder schulden, und wie dadurch die Interessen aller miteinander verflochten sind, wie sich der Nachrichtenverkehr entwickelt hat usw. Und diese gegenseitige Penetration aller Interessen sollte wirkungslos sein? Drängt sie nicht unwiderstehlich nach wechselseitiger Anerkennung, wechselseitiger Verständigung und nach gegenseitigen Zugeständnissen? Nicht „Humanitätsdusel“, Interessengemeinschaft oder Interessenverflechtung ist die Grundlage des modernen Internationalismus, und diese Interessengemeinschaft liegt im Wesen der menschheitlichen Entwicklung begründet.

Digitized by Google

Und was soll die Aenderung der Kriegsmittel mit dem Versagen der geltenden kriegsrechtlichen Normen zu tun haben? Trotz mancher Versuche ist 1907 (leider!) über die neuen Kriegsmittel: Luftschiffe, Unterseeboote, Sperrschiffe gar keine und über die Minen nur eine äußerst verstümmelte Konvention zustande gekommen. Und auch dieser Torso hat für den gegenwärtigen Krieg keine Geltung, da eine der kriegführenden Mächte — Rußland — die Konvention nicht ratifiziert hat und sie infolgedessen, nach Art. 7, auch für die übrigen Kriegsparteien nicht verbindlich ist. Nicht über die Undurchführbarkeit, nur über die Lückenhaftigkeit dessen, was beschlossen worden, kann man also klagen. Der Internationalismus hat sich auf diesem Gebiete gewiß nicht „übernommen", sondern er hat sich hier nicht durchgesetzt. Die einzigen neuen Vereinbarungen in dieser Richtung betreffen das in der beschlossenen Gestalt rein theoretische Verbot der Stickgase sowie das von Klein gewiß nicht mißbilligte Verbot der Dumdumgeschosse. Die 1899 beschlossene Konvention, Bomben aus Luftfahrzeugen zu werfen, wurde 1907 nicht wieder in rechtsverbindlicher Weise erneuert. Leider scheinen die Mächte übereinstimmend der Ansicht zu sein, daß die Art. 28 ff. des Landkriegsreglements hierauf keine Anwendung finden, was allerdings der Anschauung der Konferenz (III, 152) nicht entspricht.

Von Kleins Beweisführung bleibt in dieser Richtung nur noch das Argument, daß die kriegsrechtlichen Normen heute nicht mehr befolgt werden können, „weil heute ungleich mehr am Spiele steht, wenn es zum Kriege kommt, als früher". Aber blicken wir ein Jahrhundert zurück. Stand in den Napoleonischen Kriegen für Oesterreich 1809, für Preußen 1806, für Rußland 1812, für Frankreich 1815 nicht ebenso alles am Spiel?

Mußte ich dem hochverdienten Autor in seinen bisher angeführten Ausführungen entgegentreten, so kann ich ihm um so rückhaltloser in andern zustimmen. Gewiß hat er recht, zu sagen, daß zur Milderung der Kriegssitten die Gesamtkultur mehr beitrage als Vertragsregeln, und daß in dieser Richtung manches, vieles versäumt und verfehlt worden ist. Soll dies nachgeholt und gutgemacht werden, so ist aber gerade dazu die Orientierung der geistigen Entwicklung nach der Seite internationaler Verständigung notwendig. Ebenso recht hat unser Autor, der gerade auf diesem Gebiet die größte praktische Erfahrung besitzt, wenn er sich mit scharfen Worten gegen „die Manie" wendet, alles zu vereinheitlichen, selbst auf Gebieten, „die wie Religion und Recht mit Natur und Gemüt eines Volkes am innigsten zusammenhängen". Aber welcher Vernünftige will das? Es mag sein, daß auf den Gebieten des Verkehrsrechtes, wie auf dem von Klein angeführten des Scheckrechtes, manche Enthusiasten zu weit gegangen sind. Aber ich wüßte nicht, wer auf dem Gebiete der Religion „Uniformierungsversuche" gemacht hätte, etwa abgesehen von dem 1893 in Chikago verunglückten „Weltparlament der Religionen". Und was die Legislation betrifft, sind wir doch — dank der historischen Schule — ebensowohl über die Zeiten hinaus, in denen Bentham von den verschiedensten Staaten aufgefordert werden konnte, für sie auf rein deduktivem Wege Gesetze zu schaffen, als über jene, in

Digitized by Google

denen man in blinder Nachahmungssucht und Experimentierlust fremde Gesetze kopierte. Mit manchen dieser Rezeptionen haben wir so schlimme Erfahrungen gemacht, daß man heute überall sorgfältig vorerst den Boden untersucht, bevor man es unternimmt, eine solche exotische Pflanze zu versetzen. Der Justizminister Dr. Klein hat dies, wie ich aus eigner Erfahrung bestätigen kann, stets aufs gewissenhafteste beobachtet. Aus derselben Erfahrung heraus muß ich aber der Wahrheit die Ehre geben und bezeugen, daß bei den internationalen Konferenzen, an denen ich die Ehre hatte, mitzuwirken, „die heutige kriegerische, damals bloß diplomatische Gruppierung“ der Mächte auf deren Abstimmung keinen bestimmenden Einfluß übte. Für die Haager Konferenzen war in kriegsrechtlichen Fragen geradezu das Zusammengehen des Deutschen Reiches mit Frankreich charakteristisch.

Daß „alles wieder gleich gut sein werde, wenn der Krieg vorüber ist“, glaube ich ebensowenig als Klein; aber wenn wir wünschen, daß „von einer Rückkehr zum isolierten Staate weder in administrativer noch wirtschaftlicher oder geistiger Richtung die Rede sein kann“, dann vereinigen wir auch unsre Kraft, um der Gefahr jener Verkümmerung, jener sordid, not splendid isolation zu begegnen, und um das Zusammenarbeiten der in Nationen und Staaten getrennten Menschheit zu gleichen Zielen und nach gleichen Methoden wieder zu ermöglichen! Vor allem muß dazu, wie Klein besonders betont, „das gottlose Sichbesserdünken und die absurde Vorstellung von Herren- und Knechtvölkern“ überwunden und jene Bündnispolitik ad hoc für die Zukunft abgeschworen werden, die den politischen Gegner durch den kulturellen Feind zu überwinden sucht, was um so leichter geschehen kann, als diejenigen, die sich ihrer schuldig gemacht haben, die Folgen davon aufs schwerste empfinden werden.

Vor den ab irato gefaßten Beschlüssen eines Boykotts der Waren der einen Kriegspartei durch die andre hege ich keine ernstliche Besorgnis. Sie mögen kurze Zeit störend wirken; auf die Dauer haben sich die egoistischen Tendenzen der beteiligten Gesellschaftskreise noch immer mächtiger erwiesen als die in momentaner Aufwallung gefaßten „patriotischen“ Entschlüsse. Deutsche Chemikalien und deutsche Instrumente werden ihren Weltmarkt behaupten, so wie die deutschen uud österreichischen Damen ihr Herz nicht dauernd der Rue de la paix verschließen werden.

Was schließlich das Wort „international“ betrifft, so ist dieses zweifellos vielfach eitel genannt worden. Es ist nichts als Spielerei — allerdings harmlose Spielerei —, von „internationalen Turner-, Radfahrer- und Schlittschuhlaufkongressen“ zu sprechen. Doch lasse man diesen Leutchen die Freude, die sie an dem hochtönenden Worte haben mögen.

Die wichtigste Aufgabe zur Wiederanknüpfung der durch den Krieg abgerissenen Beziehungen wird den Neutralen zukommen. In ihre Hand ist das Schicksal der Menschheit gelegt, soweit es von dem der einzelnen Staatsvölker unterschieden werden kann. Von ihrem Takte wird es abhängen, ob es ihnen rascher oder langsamer gelingt, die beiden Parteien zur Mitwirkung an

Digitized by Google

der Arbeit heranzuziehen, die die Neutralen zuerst vielleicht allein — aber in ihrem engeren Kreise um so intensiver — betreiben werden.

Nächst den neutralen Mächten wird insbesondere die Wissenschaft — der seriöse Teil dessen, was Klein den „gesellschaftlichen Internationalismus" nennt — zu diesem Mittleramte berufen sein. Der andern Partei aufdrängen wird sich niemand; aber niemand wird es auch hoffentlich ablehnen, der Einladung der wissenschaftlichen Kreise neutraler Mächte zu folgen, bei Verhandlungen mitzuwirken, an denen auch Vertreter der Gegenpartei beteiligt sind. Werden die Angehörigen der beiden entgegengesetzten Mächtegruppen zuerst vielleicht auch nur aneinander vorbeireden, so werden sie durch das gemeinsame Interesse an der Wissenschaft und am Wohle der Menschheit doch bald veranlaßt werden, auch miteinander zu sprechen. Und das wird auch bald bei offiziellen Konferenzen der Fall sein. Müssen doch soundso viele Verträge im Interesse aller erneuert und den veränderten Umständen angepaßt werden. Mögen auch die Diplomaten vorerst noch zugeknöpft und frostig bleiben, die technischen Delegierten werden das Eis brechen.

So hoffe ich, wird der Internationalismus aus der Krise, die er durchzumachen hat, verjüngt und neugekräftigt erstehen. Ich wenigstens sehe an ihm kein hypokratisches Gesicht.

Entgegnung

Von

Minister a. D. Dr. Fr. Klein (Wien)

Mit Schweigen dient man der Wahrheit wenig. Es ist daher sehr dankenswert, daß Hofrat Lammasch, einer der vorzüglichsten Kenner des Völkerrechts und seiner Praxis, in den voranstehenden Blättern meine Anschauungen über die Lage des Internationalismus einer Kritik unterwirft. Seiner Autorität glaube ich es schuldig zu sein, auf einige seiner Bedenken und Zweifel Rede und Antwort zu geben. Es handelt sich dabei nur um sachliches Klarstellen, nicht um Rechtbehalten.

Mein hochgeschätzter Opponent ist vor allem mit der Bestimmung des Begriffes Internationalismus nicht einverstanden, doch seine und meine Definition treffen ganz verschiedenes. Mir ist dieses Wort ein Name für die positiven zwischenstaatlichen Anstalten und Ordnungen, während Hofrat Lammasch damit ein Psychisches meint, eine Denkgewohnheit oder Ueberzeugung. Von diesem Gesichtspunkte aus werden Einrichtungen und Denkweise als identisch vorausgesetzt, während meiner Ansicht nach das Problem gerade darin liegt, ob den internationalen Einrichtungen heute wirklich noch eine kongeniale Geistesrichtung entspricht. Was Lammasch von dem wahrhaftig internationalen Geiste sagt, ist

Digitized by Google

unbestreitbar richtig. Es soll auch nicht bestritten werden, daß dieser Geist bei vielen zwischenstaatlichen Abmachungen des letzten halben Jahrhunderts lebendig mitwirkte. Wenn aber nun die zwischenstaatlichen Einrichtungen die an sie geknüpften Hoffnungen nicht erfüllen, so muß sich ein Umschwung vollzogen haben. Es hat sich eben die internationale Denkweise abgeschwächt oder sie ist verschwunden, weil man nun vielfach die andern nicht mehr als seinesgleichen ansieht und die Wahrung politischer oder ökonomischer Vorteile höher zu stellen geneigt ist als die Mission, Fortschritt, Aufklärung und Kultur über die ganze Welt zu verbreiten. Daß just dies Züge sind, die unsrer Zeit den Charakter geben, wird kaum zu leugnen sein.

Meine Ansicht, es seien während des Krieges die völkerrechtlichen Grundsätze der Kriegsführung häufig schwer verletzt worden, ist alles eher denn originell. Hofrat Lammasch erhebt jedoch die Einwendung, daß dafür Beweise fehlen. Was er über lügenhafte Berichte, einseitige und entstellte Nachrichten usw. vorbringt, ist gewiß wahr; kein halbwegs kritischer Kopf wird alle solche Meldungen sofort für bare Münze nehmen. Von den vielen Mitteilungen über Verstöße gegen die international vereinbarten Kriegsregeln ist aber doch schon genug festgestellt worden, um jene Ansicht äußern zu dürfen. Als ein Beispiel dafür, da auf einzelnes einzugehen hier nicht der Ort ist, sei auf die Abhandlung „Die Haager Friedenskonferenzen und der europäische Krieg" verwiesen, die Reichsgerichtsrat Dr. Neukamp vor kurzem veröffentlicht hat.[1]) Die juristische Ueberprüfung der wichtigsten Verletzungen der Haager Abkommen schließt der genannte Verfasser mit den Worten ab: „Das Bild, das wir im vorstehenden über die Art der gegenwärtigen Kriegsführung ... den Tatsachen entsprechend gezeichnet haben, muß jeden Menschenfreund mit wahrem Schauder erfüllen. Der Beweis, daß die Haager Friedenskonferenzen, die im Haag geschlossenen Abkommen und die dort abgegebenen Erklärungen vollständig versagt haben, dürfte auch für den begeistertsten Anhänger des Völkerrechts erbracht sein." Zwischen den Soldaten und den Staaten unterscheiden, die völkerrechtswidrigen Akte den ersteren zur Last legen, um das Völkerrecht für die Staaten unversehrt zu erhalten, geht meines Erachtens nicht an. Für die Befolgung der Kriegsregeln sind die Armeen, d. h. die in den entscheidendsten Augenblicken den Staat vertretenden Organe verantwortlich, und wenn einmal, hat in diesem Falle die Staatsgewalt alle Mittel, um ihren Willen aufzuzwingen. Daß es ohne Völkerrecht noch ärger würde, darin stimme ich Hofrat Lammasch unbedingt zu. Ich gehöre nicht zu denjenigen, welche Existenz oder Notwendigkeit des Völkerrechts verneinen, sondern zu jenen, die über dessen nun offenbar gewordene Schwäche betroffen sind und weil sie ihm mehr Macht wünschen, nach den Ursachen dieser Schwäche vorurteilslos forschen und nach Mitteln suchen, um es zu stärken. Es scheint übrigens auch auf den Kriegsschauplätzen inzwischen ein wenig besser geworden zu sein, und gerade wir Deutsche werden unsrer Innerlichkeit nach die ersten sein, die es

[1]) „Zeitschrift für Völkerrecht", VIII, Heft 6, S. 557 ff.

Digitized by Google

gern und froh anerkennen werden, wenn wieder Besinnung einkehrt. Für die unzulässigen Uebergriffe der englisch-französischen Flotte im Seeverkehre sind die offiziellen Schritte, die Anfangs Januar von den Vereinigten Staaten und Holland zur Wahrung ihrer Handelsfreiheit unternommen wurden, und die gleichen Beschwerden der Schweiz, Italiens und der skandinavischen Länder hinreichender Beweis. Sie beweisen um so mehr, als wohl alle diese Staaten es vorgezogen hätten, derlei Reklamationen zu unterlassen und Erörterungen mit der englischen Regierung aus dem Wege zu gehen.

Hofrat Lammasch bezweifelt weiters die Möglichkeit, daß die geringere Wirksamkeit der Kriegsregeln mit der größeren Intensität der Kriegsmittel im Zusammenhange stehe. Doch diese Annahme stützt sich auf eine allgemeine Erscheinung, die auch für den Krieg Gültigkeit beanspruchen darf. Die Rechtsentwicklung zeigt durch die ganze Geschichte hin, besonders deutlich aber in der neueren Zeit, einen Parallelismus mit dem jeweiligen Stande der Technik. Der Eisenbahntransport hat in den verschiedensten Richtungen auf das Recht zurückgewirkt, ebenso der Uebergang zum elektrischen Betriebe und der Automobilismus. Wegen der Aenderungen in der Technik des Handels, des Geldverkehrs, der Börsenoperationen usw. ist die Rechtsbildung im Bereiche des Aktienwesens nun fast immer im Flusse, und die Kartellierungstechnik stellt der Gesetzgebung gleichfalls neue Aufgaben. Eines der lehrreichsten Beispiele dieser Wechselbeziehung ist aber die moderne Sozialpolitik; in diesem Falle waren die großen Umwälzungen in der Technik der Güterproduktion der Ausgangspunkt einer wachsenden Gruppe ganz neuer Rechtsnormen. Jede Periode der Technik und der Energien, die im Leben verwendet werden, hat so ihr Recht. Es wäre kaum zu erklären, warum dann, wenn man überhaupt Recht im Kriege für möglich hält, gerade dieses Recht von den technischen und Energieveränderungen nicht berührt werden sollte, die in ungeahntem Maße in der Kriegsführung Platz gegriffen haben und jedenfalls viel unmittelbarer für das zu regelnde menschliche Verhalten von Belang sind als in irgendeinem der vorher erwähnten Bereiche. Auf der einen Seite immer vollendetere Werkzeuge der Zerstörungskunst zu dem Zwecke erfinden, um damit dem Feinde überlegen zu sein und ihn zu vernichten, auf der andern Seite dagegen Rechtssätze und Regeln, die daran hindern sollen, diese Mittel in dem durch ihre Bestimmung geforderten Energiegrade zu benützen, das ist ein Widerspruch, über dessen Hervorbrechen überrascht zu sein, eine ideale Selbsttäuschung verrät. Es ist sehr zu empfehlen, bei etwaigen späteren Kodifizierungen von Kriegsregeln auf diese Beziehung mehr als bisher zu achten. Ebensowenig ist das heutige Völkerrecht auf das rücksichtslose Abschneiden der überseeischen Lebensmittelzufuhr behufs Schädigung der Zivilbevölkerung eingerichtet; gleichfalls eine neue Kriegstechnik, die über die geltenden Normen hinaustreibt.

Beizufügen wäre noch, daß die Kriege zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts wie an elementarer Gewalt der in Bewegung gesetzten Kräfte, so auch in bezug auf ihren Einsatz mit den gegenwärtigen Kriegen nicht gut verglichen

Digitized by Google

werden können. Das politische Größenbewußtsein war damals, vielleicht von Napoleon abgesehen, nicht entfernt schon so klar wie heute. Der erobernde Nationalitätsgedanke war noch nicht geboren, die damaligen Kriege waren rein staatspolitische Unternehmungen, und die Tragweite einer Niederlage war der Jetztzeit gegenüber, man könnte sagen, eine nur lokale. Seither ist aus dem damaligen Preußen das im Welthandel stehende Deutsche Reich geworden, und deutsche Länder, die damals mit Frankreich im Bunde waren, sind ihres Volkstums bewußt geworden und bereit, ihr Letztes einzusetzen, um sich das Reich zu erhalten. Die Gegner wollen dessen Auflösung, ein Sieg Englands bedeutet die Vernichtung der deutschen Industrie und des deutschen Handels, ein Sieg Rußlands bedeutet für Mitteleuropa die Gefahr eines ungeheuren Kulturverlustes, und für Oesterreich könnte er unselige Folgen heraufbeschwören. Alle diese Momente haben die von Sieg und Niederlage beeinflußten Interessensphären außerordentlich vervielfacht, vergrößert und an Wichtigkeit gesteigert. Es ist eine ziemlich allgemeine Ansicht, daß schon seit langem im Kriege nicht für so viele Staaten gleichzeitig so viel am Spiele gestanden ist wie jetzt.

Was den Friedens-Internationalismus anlangt, so bezieht es sich vorzugsweise auf ihn, wenn in meinem Artikel über die Krise davon gesprochen wurde, daß sich der Internationalismus zum Teil übernommen habe und bei internationalen Verhandlungen schon seit geraumem die politischen Gegensätze zwischen den europäischen Ländern sich zeigten. Die Anspielung auf den Versuch, zu einer Universalreligion zu gelangen, betrifft einen im Sommer 1913 abgehaltenen Kongreß, auf dessen Tagesordnung diese Frage stand. Das Mittleramt der Wissenschaft, das Hofrat Lammasch schon einmal in dieser Revue in den Vordergrund gestellt hat (November-Heft 1914), ist zweifellos im Berufe dieser vornehmsten, abgeklärtesten und edelsten Geistesarbeit gelegen. Die Wissenschaft hat sich aber allem Anscheine nach bis nun noch nicht durchwegs zu einem von allen politischen Antipathien geläuterten Denken durchzuringen vermocht. Die namentlich in Frankreich betriebenen Ausschließungen deutscher und österreichischer Mitglieder aus Akademien, die Streitschrift der Professoren von Oxford, die jüngste Kundgebung sämtlicher französischer Universitäten, die letzte Rede des Philosophen Bergson, die Vorstellung, daß die Deutschen zum Frieden überhaupt unfähig seien, die aus den Aeußerungen so vieler französischer Schriftsteller von P. Bourget bis A. Capus herausleuchtet, das sind durchwegs schlechte Symptome für die Geistesverfassung in den höchsten intellektuellen Schichten unsrer Gegner. Die aphoristischen Gerechtigkeitsanwandlungen eines Bernard Shaw wiegen sie nicht auf. Wenn möglich noch niederdrückender war jedoch die Notiz, die vor einigen Wochen in den Zeitungen zu lesen war, daß die internationale Assoziation der Akademien der Wissenschaften sich aufgelöst habe, wobei zugleich mitgeteilt wurde, daß die Wirksamkeit dieser Assoziation in den letzten Jahren durch die Obstruktion der englischen und französischen Akademien schon sehr gelähmt war.

Digitized by Google

Die Angehörigen der kriegführenden Staaten werden sich auf neutralem Boden auch nach dem Kriege begegnen, das ist selbstverständlich. Die Tagung des internationalen landwirtschaftlichen Instituts in Rom mitten im Kriege war eine Vorprobe dafür. Aber die bloße Präsenz tut es nicht, es ist auch der gute Wille notwendig, sich zu verstehen, und die zu Einigungen erforderliche Nachgiebigkeit. Darüber etwas vorauszusagen, ist fast unmöglich. Es heißt Geduld haben. Die deutschen Gelehrtenkreise bezeigen schon ein größeres Entgegenkommen, als es sich irgendwo bei unsern Gegnern kundgegeben hat, wenn sie, statt vorgefaßt ein Nein auszusprechen, bereit sind, ihr Verhalten nach dem ihrer Berufsgenossen im feindlichen Auslande einzurichten.[1])

Diese paar Aufklärungen wollen verhindern, daß sich in den Lesern dieser Zeitschrift die Ansicht festsetze, meine Urteile und Konklusionen in dem mehrerwähnten Artikel beruhen auf irrigen oder falschen Grundlagen. Wenn Hofrat Lammasch manches in meiner Beurteilung nicht billigen kann, so mag dabei mitwirken, daß er, an der Haager Friedenskonferenz und noch mehr an der Ausübung der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit in hervorragender Weise beteiligt und mit ganzer Seele diesen schönen Zielen ergeben, die internationalen Ordnungen unwillkürlich vielleicht mit anderen Augen ansieht als derjenige, der sie nur nach ihren praktischen Wirkungen, sozusagen sozial-experimentell, abschätzt, wenn auch mit dem aufrichtigsten Bestreben, nichts von dem Guten zu übersehen, das sie hervorgebracht haben oder noch bringen können. Hinsichtlich der Folgerungen glaube ich mit meinem ausgezeichneten Kollegen zu meiner Freude mehr im Einklange zu sein. Bevor mir noch seine kritischen Glossen zu Gesicht gekommen waren, habe ich meine Schlußfolgerungen in einer Wiener Zeitung[2]) in einer Formulierung wiederholt, die den Auffassungen, von welchen sich Hofrat Lammasch leiten läßt, vielleicht — wenigstens hinsichtlich des Friedensverkehrs — etwas näher kommt, als es den meritorisch gleichen Aufstellungen beschieden war, mit welchen mein Artikel in dieser Revue endigte. Es sei erlaubt, diese Worte als Abschluß meiner Entgegnung anzuführen. „Der Ausblick in die Zukunft der internationalen Institutionen ist somit" — so schrieb ich am Neujahrstage — „kein allzu froher, doch auch kein verzweifelter. Was den Friedensverkehr anlangt, ist es eine gewisse Bürgschaft für eine annähernde Restitution des früheren Zustandes, daß der Krieg die maßgebenden Interessenrichtungen der Gegenwart kaum ändern wird. Sowohl die wirtschaftlichen wie die sozialen und geistigen Hauptströmungen mögen durch ihn zunächst einen etwas stärkeren politisch-nationalen Einschlag erhalten, doch die Zeit des engeren Territorialismus ist für immer vorüber, und die Zeit des expansiven Territorialismus, der, wenn man sagen darf, Weltmachtterritorien will, wie z. B.

[1]) Die österreichische geographische Gesellschaft hat sogar beschlossen, im Verhältnis zu ihren Ehren- und korrespondierenden Mitgliedern in feindlichen Staaten keinerlei Aenderung eintreten zu lassen, sofern diese nicht sich direkter Verunglimpfungen oder andrer feindseliger Handlungen außerhalb des Kriegsdienstes schuldig machen.

[2]) „Die Zeit", vom 1. Januar 1915.

Digitized by Google

der Panslawismus, ist noch nicht gekommen, wenn sie überhaupt je kommen wird. Dem nun weit über die Landesgrenzen hinausgewachsenen Wirtschaften, Spekulieren, Forschen und Kunstschaffen bleibt sonach nichts als die internationale Verkehrsfreiheit. Lebensinhalt und Lebensformen der Gegenwart können sie nicht entbehren; sie ist die moderne „Menschheitsstimmung des Humanismus". Dieser Grundzug unsrer Zeit ist ein starkes Gegengewicht gegen den politischen und wirtschaftlichen Nationalismus, der, vielen Zweigen internationaler Ordnungen und Anstalten feind, auch den Krieg veranlaßt hat."

Die patriotische Einmütigkeit des deutschen Volkes und deren Bedeutung für die Zukunft

Von

Friedrich Curtius

Als die Führer der Parteien bei der Eröffnung des Reichstags dem Kaiser die Hand reichten und die gesamte Volksvertretung alle durch die Lage geforderten Vorlagen der Regierung einstimmig annahm, da fühlten wir das plötzliche Schweigen des Parteihaders als eine beglückende Entlastung des Gemüts. Der Kampf der Parteien ist so unvermeidlich wie das Dasein der Parteien selbst. Die wirtschaftliche Entwicklung erzeugt Gegensätze der Interessen und zwingt die verschiedenen Gruppen der Gesellschaft zu entschiedener und rücksichtsloser Vertretung ihrer Forderungen. Dies folgt aus der Natur des wirtschaftlichen Lebens, welches einen jeden nötigt, für sich selbst zu sorgen und sich zu diesem Zwecke mit seinesgleichen zu verbinden. Aber diese Vereinigung für gleiche Zwecke wird dem öffentlichen Frieden und der Einheit der Nation dadurch gefährlich, daß jede Klasse, jede gesellschaftliche Gruppe ihre eigne Weltanschauung und Staatsauffassung hat, infolge deren ihr politisches Programm als die Konsequenz eines sittlichen Prinzips oder einer allgemeine Geltung beanspruchenden Auffassung vom Staat erscheint. So haben wir ein besonderes politisches Dogma des Adels, des Proletariats, des Bürgertums, der katholischen Kirche. Infolgedessen bekämpft jede Partei ihre Gegner mit einem ethischen Pathos, das in den tatsächlichen Gegensätzen gar nicht begründet ist. Der unvermeidliche Parteikampf wird dadurch zum unerlaubten Parteihader, bei dem das gleiche Recht aller Staatsbürger auf politische Betätigung verleugnet und der Wettstreit gleichberechtigter Konkurrenten in einen Vernichtungskampf gegen angebliche Feinde des öffentlichen Wohls verwandelt wird. Der Gegner ist dann „staatsgefährlich", „reichsfeindlich", und jedes Mittel zu seiner Herabsetzung und Schädigung scheint erlaubt wie im Kriege. Dieser innere Krieg ist die Gefahr des modernen öffentlichen Lebens. Wir atmen er-

Digitized by Google

leichtert auf, wenn im kritischen Moment die unversehrte Einheit der Nation zutage tritt und es jedermann klar wird, daß alle Parteien an dem Bestande, der Ehre und der machtvollen Entwicklung des Staats in gleicher Weise interessiert sind.

Unabweisbar aber ist die Frage, ob zur Klarstellung dieser fundamentalen Tatsache, die doch schließlich eine Existenzfrage ist, kein andres Mittel ausreicht als der Völkerkrieg. Wenn sich dies so verhielte, so müßte man anerkennen, daß der Krieg für den Staat unentbehrlich ist und nachträglich denen recht geben, welche die dreiundvierzigjährige Friedenszeit für eine viel zu lange Pause in dem normalen Kriegszustand hielten. Friedensliebe und Patriotismus wären dann unversöhnliche Gegensätze. Eine friedliche Politik wäre nur so lange berechtigt, als die Wiederherstellung erschöpfter Kräfte und neue Rüstungen sie fordern.

Eine solche Lehre müßte, in Deutschland wenigstens, das Licht scheuen. Die unablässige Steigerung der Rüstungen wurde vier Jahrzehnte lang immer nur als ein Mittel zur Sicherung des Friedens gefordert und ertragen. Daß der Krieg um seiner selbst willen gerechtfertigt und erstrebenswert sein könne, hat kein deutscher Staatsmann je behauptet. Die Eindrücke, unter denen wir jetzt stehen, machen eine solche Behauptung unmöglicher denn je. Wir sehen die unermeßliche Steigerung der Schrecknisse des Kriegs durch die Teilnahme der nicht zum Heere gehörenden Bevölkerung und die unvermeidliche Reaktion dagegen. Diese Verschlimmerung des Kriegs folgt daraus, daß nicht mehr die Herrscher sich bekämpfen, sondern die Völker miteinander ringen. Der Krieg ist nicht mehr ein Staatenduell von vornehm ritterlichem Charakter, sondern eine Entfesselung von Kräften, die zu wildem Wüten und schließlich zum Untergange aller Kultur führen müßte. Nach dem Ende dieses Kriegs wird die Predigt des Friedens sehr empfängliche Hörer finden, und ein noch so bedingtes Preisen des Krieges wird mit Entrüstung abgewiesen werden. Also stände es schlecht um die Sache des inneren Friedens, wenn dieser nur als eine Konsequenz des Völkerkriegs gedacht werden könnte.

Was ist aber der Grund, weshalb der Ausbruch des Kriegs den Parteihader zum Schweigen brachte? Doch wohl die Erkenntnis, daß in Wahrheit keine der Parteien, die sich im Verlaufe des Alltagslebens bekämpften, als Feind des Gemeinwesens zu betrachten ist. Denn wäre dies der Fall, so müßte man eine solche Partei als einen Bundesgenossen des feindlichen Auslands betrachten und sie zu vernichten suchen, ehe man ins Feld zieht. Besorgnisse dieser Art bestanden 1870. Gleich zu Beginn des Kriegs wurden die Häupter der welfischen Partei in Hannover festgenommen, ihr Organ unterdrückt. Im September folgte die Verhaftung des Ausschusses der sozialdemokratischen Partei und Johann Jacobys in Königsberg. Bei der Erhebung der Nation im August dieses Jahres war ein grandioser Zug des Vertrauens das Band der Gemeinschaft zwischen allen Deutschen. Allgemein war die Ueberzeugung, daß auch die radikale Partei mit voller Entschiedenheit für die Verteidigung des Vaterlandes bis zu einem ehrenvollen Frieden eintreten werde. Offenbar hatte sich also, entgegen dem

Digitized by Google

Anschein, während der langen Friedenszeit eine Entwicklung vollzogen, deren Ergebnis der Ausbruch des Kriegs offenbarte. Eine schwere Gefahr, welche erbitterte Feinde gleichmäßig trifft, kann diese wohl veranlassen, ihre Feindseligkeiten zeitweise einzustellen und zunächst einmal die gemeinsame Not abzuwehren. Aber gerade darum handelte es sich ja, ob die Bedrohung der europäischen Stellung Deutschlands von allen Parteien als eine gemeinsame Not empfunden werden würde. Es war doch denkbar, daß die radikale Opposition die führenden Kreise des eignen Landes mehr verabscheute und fürchtete als den auswärtigen Feind. Im Jahre 1870 forderte der Ausschuß der sozialdemokratischen Partei nach dem Sturze des Kaiserreichs die Einstellung der Feindseligkeiten und rief die Arbeiter auf, die Fortsetzung des Kriegs mit dem Ziele der Erwerbung Elsaß-Lothringens nicht zu dulden. Gemeinsame Gegenwirkung des Proletariats aller Länder gegen den Weltkrieg war auch in den letzten Jahren sehr oft ernsthaft erörtert worden. Daß von solcher inneren Gefahr bei dem Ausbruch des Kriegs keine Spur sich zeigte, vielmehr die Schicksalsstunde das deutsche Volk einig fand, das war die Folge nicht des Kriegs, sondern des Friedens und des in langen Jahren mühsam errungenen Fortschritts der politischen Kultur Deutschlands. Darum dürfen wir hoffen, daß der Frieden nicht wieder vernichten wird, was der Ausbruch des Kriegs an das Licht gebracht hat. Darum aber ist es schon jetzt eine aktuelle Frage, wie diese innerliche Verbundenheit der Nation trotz der unvermeidlichen Spaltungen erhalten und befestigt werden kann.

Offenbar gibt es dazu keinen andern Weg als den der Gerechtigkeit. Wir können wohl eine politische Theorie verwerfen und ihre Unvereinbarkeit mit dem Bestande des Staats behaupten. Aber es kommt im Leben nicht auf Theorien an, sondern auf Menschen. Sobald hinter einer politischen Lehre ein großer Teil unsers Volks steht, haben wir diese Tatsachen zu respektieren und dürfen nicht das Verdammungsurteil über die Lehre auf die Menschen, die ihr anhängen, übertragen. Denn unsre Gegner haben dasselbe Recht auf Geltung und Betätigung wie wir, aus dem einfachen Grunde, daß sie Deutsche sind wie wir. Der Staat ist nicht wie die Kirche eine Gemeinschaft von Glaubensgenossen, der man durch freien Entschluß angehört, wo deshalb der Andersdenkende sich über Ausschließung nicht beschweren kann. Wir werden in den Staat hineingeboren und sind an ihn gebunden durch eine Tatsache der Natur. Er ist das Haus, in dem wir wohnen müssen, und dieses Haus ist nur dann menschenwürdig, wenn die Forderungen der Gemeinschaft auf das beschränkt sind, was zur Bewohnbarkeit des Gebäudes für sehr verschiedene Individuen notwendig ist. Darum ist die Freiheit, die so oft als gegensätzlich zum Staatswohl hingestellt wird, in Wahrheit dessen wesentlichste Voraussetzung. Ein gewisser schulmeisterlicher Zug erschwert dem Deutschen die Anerkennung des freien Denkens und des freien Worts. Jeder fühlt sich als den geborenen Erzieher seines Nebenmenschen und für dessen korrektes Denken und Empfinden mit verantwortlich. Zuweilen steigert sich dieser schulmeisterliche Zug durch einen mili-

Digitized by Google

taristischen Zusatz zur gewalttätigen Unduldsamkeit. Dem muß Widerstand geleistet werden. Es kommt nicht auf richtige Theorien an, sondern auf guten Willen und patriotische Gesinnung. Und diese kann nur auf dem Boden der Freiheit gedeihen.

Wo Freiheit des Denkens und des Worts als Grundgesetz des Staats über alle Anfechtung erhaben ist, da darf man auch eine gewisse Mäßigung der Meinungsäußerung, wenigstens in der öffentlichen Diskussion, fordern. Die Leidenschaftlichkeit der Rede, der den Gegner verletzende Ton kommt ja immer aus dem Gefühl, daß man diesen vernichten muß oder von ihm vernichtet werden wird. Sobald Gesetz und Sitte diese Versuchung, sich gegenseitig umzubringen, ausschließen, sobald die Verbreitung der eignen Ideen nur auf dem Wege der Ueberzeugung erstrebt wird, kann man in Presse und Parlament nicht nur Mäßigung der Worte, sondern auch eine Haltung fordern, die das Gefühl des Gegners respektiert. In dieser Kunst müssen sich wohl oder übel jetzt alle Parteien üben. Hoffentlich wird diese Uebung uns später zustatten kommen.

Zuletzt kommt doch alles darauf an, daß man nationale Einheit nicht mit Uniformität verwechselt. Es ist gewiß ein erhebender Anblick das Volk in Waffen in seiner feldgrauen Uniform und die Nichtsoldaten mit der Binde des Roten Kreuzes geschmückt. Alles von einem Gedanken erfüllt, zu einem Ziele strebend, eine grandiose Manifestation des Staatsgedankens und der Volkskraft. Aber wenn einst ein jeder zu seiner Arbeit zurückkehrt, so muß diese Uniformität verschwinden, und das Leben in Wirtschaft und Kultur wird wieder das Bild äußerster Mannigfaltigkeit bieten, starker Gegensätze, täglicher Reibungen und Kämpfe. Die nationale Einheit, die im Frieden Bestand hat, muß also Einheit in der Mannigfaltigkeit sein. Nicht nur in der Verschiedenheit der Arbeit und der Interessen, sondern auch in dem Gegensatz der Ideen und Gefühle, in Religion und Politik, Kunst und Wissen. Die innere Verbundenheit, welche in der Stunde der Entscheidung zutage trat, muß sich in der Arbeit des Alltags betätigen. In der Arbeit vor allem für den Ausbau des deutschen Staats, seine immanente Gerechtigkeit, seine wahrhaft volkstümliche Gestaltung, den Schutz der persönlichen Freiheit, die Toleranz gegen Minderheiten, für eine alles dies umfassende politische Kultur. Diese Arbeit für den inneren Frieden muß schon während des Kriegs vorbereitet werden, wenn der kommende Tag deutscher Geschichte sie vollenden soll.

Digitized by Google

Italienische Erinnerungen

Von

F. v. Wantoch-Rekowski

I

Kaiser Friedrich III. in Mailand. Eine letzte Begegnung 1886/88

Für den 1. November 1886 war mir die Ankunft Seiner Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen, Höchstwelcher seine hohe Gemahlin, die in der Villa Carnarvon bei Portofino weilende Kronprinzessin, zu besuchen beabsichtigte, in Mailand angemeldet worden. Schon zu früher Morgenstunde wurde ich zum Dienst entboten und hatte das große Glück, den ganzen Tag in der Gesellschaft des verehrten und geliebten Fürsten zu verbringen.

Und wie unverändert schön und stattlich sah der Prinz, dem ich das letztemal gelegentlich der Kaiserproklamation im Schlosse zu Versailles begegnet war, in seiner hohen, männlichen, einnehmenden Erscheinung aus, eine Idealgestalt, wie ich gewohnt war, mir den großen Gotenkönig Theodorich zu denken. Der Prinz hatte die nachsichtige Güte, mich als seinen Führer in Mailand zu bestellen, doch erkannte ich sehr bald, daß er in meiner Residenz eine viel genauere Ortskenntnis besaß, als ich mir bis dahin hatte erwerben können; so wurde ich vom Führer der Geführte. Zunächst begab sich der Prinz in den herrlichen Dom, dann in die ehrwürdige Longobardenkirche S. Ambrogio und schließlich in die zierliche, von Bramante erbaute S.-Satiro-Kirche, überall in stiller Anschauung längere Zeit verweilend. Nach diesem Rundgange wurde das Mittagsmahl im Hotel eingenommen, an dem außer Seiner Kaiserlichen und Königlichen Hoheit nur der diensttuende Adjutant Graf Schlieffen teilnahm. Während der Mahlzeit lenkte der Prinz, welcher wußte, daß ich den Feldzug 1870/71 gegen Frankreich im Königsgrenadierregiment Nr. 7 mitgemacht und, als Führer der Fahne unsers Füsilierbataillons, in der Spiegelgalerie des Versailler Schlosses der Kaiserproklamation beigewohnt hatte, die Unterhaltung auf die damaligen großen Ereignisse und namentlich auch auf die Taten unsers alten berühmten Regiments. Er erinnerte sich, daß er die im Gefecht von Weißenburg zerschmetterte Fahne auf dem von uns erstürmten Gaisberg persönlich in die Hand genommen und geehrt hatte, und gedachte der dort als Helden gefallenen sowie tödlich oder schwerverwundeten Kameraden. Mehrere wußte der Prinz bei Namen zu nennen, so u. a. die Majore v. Kayßenberg und v. Unruh, die Hauptleute v. Beyer und Batsch, die Leutnants v. Loga, Scholz, Graf Carmer, Simon, v. Tschirschky, v. Maltitz, v. Lüttwitz, v. Philippsborn, v. Jordan, v. Jagwitz, v. Gersdorff. Danach sagte er, indem er mich mit seinen Adleraugen ernst und sinnend anblickte:

Digitized by Google

„Jawohl, mein lieber R., wenn es etwas Besonderes, Großes und Schwieriges zu leisten gab, dann mußte das Königsgrenadierregiment immer in der vordersten Reihe stehen. So war es auch im Jahre 1866. So war es immer und so wird es auch in Zukunft bleiben!"

Diese hohen und für mein altes Regiment ehrenvollen Worte enthielten ein Vermächtnis für die Zukunft! Ich bewahrte sie sorglich in meinem Herzen und beschloß, sie bei guter Gelegenheit meinem Regiment mitzuteilen.

Danach rief ich selbst alte Kriegserinnerungen in dem Prinzen wach, so an die von ihm in Versailles bewohnte „Villa des ombrages", die ich öfter mit zu bewachen gehabt hatte, das eine Mal gerade an dem Tage, an welchem der Staatsminister Delbrück über die Gestaltung der Verfassung des neuen Deutschen Reiches Vortrag hielt, sowie ferner an seine Begegnung mit unserm Regiment in Vaucresson vor Paris, als dieses am 19. Januar 1871 in der Schlacht am Mont Valérien vorrückte, um die von den Franzosen unter den Generalen Vinoy und Bellemare besetzte Höhe von Garches—Montretout zu stürmen, wobei ich verwundet wurde.

Im Laufe der Mahlzeit gab der Prinz dann wiederholt seiner und der Frau Kronprinzessin Vorliebe für Italien im allgemeinen und Mailand im besonderen Ausdruck. Für den Nachmittag schlug ich den Besuch des wegen seiner prachtvollen Denkmäler und schönen Anlagen berühmten Camposanto monumentale vor, auf welchem, da gerade Totensonntag war, ganz Mailand an unsern Augen vorüberzog. Mit fragender Bewunderung ruhten die Blicke der Vorüberschreitenden auf der heldenhaften Erscheinung unsers geliebten Kronprinzen, ohne indessen den in ganz Italien und besonders auch in Mailand allgemein beliebten und bewunderten hohen Herrn im schnellen Vorübergehen zu erkennen . . .

So traf auch unsre deutsche Ansiedlung in Mailand im folgenden Sommer die Kunde von der schweren Erkrankung des Prinzen wie ein Donnerschlag aus heiterem Himmel, und nur zu bald sollten wir uns von der drohenden Gefahr selbst überzeugen. Auf dem Wege nach San Remo, welches die behandelnden Aerzte als Winteraufenthalt anempfohlen hatten, traf Seine Königliche Hoheit im Spätherbst, von der weiten Reise ermüdet, zur Nachtruhe in Mailand ein. Zum Empfange auf den Bahnhof bestellt, fand ich die äußere Erscheinung des hohen Herrn nahezu unverändert. Freundlich wie immer ruhte der Blick seines Auges auf uns, aber kein Wort kam über seine Lippen. Aufrechten Ganges schritt er zu dem bereitgehaltenen geschlossenen Wagen, in welchem ich an seiner Seite Platz nehmen mußte. Auf der Fahrt in die Stadt standen trotz des trübseligen Wetters dichte Menschenmengen auf den Bürgersteigen, auf den Balkonen und an den Fenstern, um den Prinzen mit stillem Gruße ehrfurchtsvoll und taktvoll in ihrer Stadt willkommen zu heißen. Ernst ruhten seine Blicke auf der Volksmenge, nur als ich sagte: „Meine Mailänder würden Eure Königliche Hoheit auf Händen tragen, wenn sie dürften. Die französischen Anmaßungen

Digitized by Google

haben uns die italienischen Freunde noch viel näher gebracht," grüßte der Prinz mit schmerzlichem Lächeln zum Fenster hinaus ...

Am 7. November folgte ich einer Einladung des damaligen, mir persönlich näher bekannten Hofmarschalls Grafen Radolinski nach San Remo. Aber dort angekommen, wurde mir der trostlose Bescheid, daß der Zustand des hohen Herrn keinerlei Empfang gestatte, vielmehr eine gefährliche Operation in Frage stehe.

Auf der Rückreise nach Mailand in Genua angekommen, nahm ich Anlaß, meinen alten Chef und Freund, Generalkonsul Bamberg, der damals den altberühmten historischen Palazzo des ehemaligen Dogen Andreas Doria bewohnte, für einen Tag zu besuchen, und erhielt dort in langer schmerzlicher Aussprache die niederschmetternde, aber vorläufig noch verheimlichte Bestätigung der schrecklichen Wahrheit, daß der geliebte Prinz hoffnungslos verloren sei!

Mit dieser traurigen Kunde belastet, kehrte ich tief erschüttert nach Mailand zurück. Eine schwere Prüfung und Heimsuchung stand dem deutschen Vaterlande und dem jungen Prinzen Wilhelm, der auf dem Wege zum Vater Mailand demnächst berühren sollte, bevor: der Tod des erlöschenden greisen Heldenkaisers Wilhelm I., unter dessen weiser, langer Regierung so Großes vollbracht worden war, und der Verlust des Kronprinzen, an dessen künftige Regierung sich so viele vertrauensvolle Hoffnungen geknüpft hatten!

Wahrlich, ein tragisches Geschick! ...

Am 9. März des folgenden Jahres (1888) versetzte die Kunde von dem erfolgten Ableben unsers großen Heldenkaisers Wilhelm I. unsre deutsche Kolonie in tiefste Trauer. Ganz Mailand nahm mit herzlichen Kundgebungen an unserm Leide teil. Unzählige Leidtragende erschienen im Kaiserlichen Konsulat, um in die aufgelegten Register ihre Namen einzutragen, in erster Linie der Minister Visconti Venosta, die Spitzen der Zivil- und Militärbehörden, des Magistrats, der Aristokratie mit ihren altberühmten geschichtlichen Namen, die Spitzen der Geschäftswelt, einfache Leute aus dem Volk, sie alle kamen, um dem Deutschen Reiche ihre Teilnahme zu bezeigen.

Schon am 10. März berührte unser neuer Kaiser, Friedrich III., auf der Reise von San Remo nach Berlin den Bahnhof in Mailand, wo der Sonderzug eine kurze halbe Stunde Aufenthalt nahm. Obschon jede offizielle Begrüßung verboten war, wurde ich auf den Bahnhof und dort in den kaiserlichen Salonwagen befohlen, wo ich unserm teuern Kaiser noch einmal ins Auge blicken und seinen warmen Händedruck fühlen durfte! Noch einmal stand seine herrliche männliche Erscheinung vor mir, äußerlich unverändert, aber stumm, der Sprache beraubt, und mit einem dem hohen Herrn sonst fremden, tiefernsten, nach innen gerichteten Ausdruck des Auges! Wir sollten ihn niemals wiedersehen! ...

Digitized by Google

Die Neutralität Belgiens

Von

H. Wittmaack, Reichsgerichtsrat a. D.

Der Wiener Kongreß vereinigte im Jahre 1815 das Gebiet des gegenwärtigen Königreichs Belgien und dasjenige von Holland zu einem Staate unter der Herrschaft des niederländischen Königshauses. Diese Maßregel war keine glückliche. Die Belgier fühlten sich unter dem holländischen Regiment nicht wohl, und sie machten daher, angeregt durch die französische Julirevolution im Jahre 1830, ebenfalls eine Revolution, indem sie sich von der Vereinigung mit Holland lossagten. Frankreich betrachtete diesen Schritt mit Wohlwollen. Damit indessen dieser Staat von der belgischen Revolution keinen Vorteil zöge, legten sich die Großmächte Preußen, Oesterreich, England und Rußland ins Mittel. Frankreich konnte nicht ablehnen, sich den übrigen Großmächten anzuschließen. So vereinigten sich alle Großmächte zu einer Konferenz in London, die zwischen den streitenden Teilen, Holland und Belgien, zu vermitteln suchte. Nachdem ein Waffenstillstand zustande gekommen war, stellte die Konferenz in einem Protokolle vom 26./27. Juni 1831 in 18 Artikeln Friedenspräliminarien auf, die den streitenden Teilen vorgeschlagen werden sollten. Art. 9 und 10 des Protokolls bezogen sich auf die Neutralität. Es wurde bestimmt, daß Belgien für immer ein neutraler Staat sein solle, und daß die Großmächte ihm diese immerwährende Neutralität, sowie die Integrität und Unverletzlichkeit seines Gebiets garantieren. Als Gegenleistung wurde Belgien die Verpflichtung auferlegt, dieselbe Neutralität gegenüber allen andern Staaten zu beobachten und keinen Angriff auf deren innere oder äußere Ruhe zu machen. Der belgische Nationalkongreß nahm dieses Protokoll an, dagegen lehnte Holland dasselbe ab. Die Gründe für diese Ablehnung lagen nicht in den Bestimmungen über die Neutralität, sondern hauptsächlich in denjenigen über die Abgrenzung des holländischen Staatsgebiets und über die Teilung der gemeinsamen Staatsschuld. Die Ablehnung Hollands hatte neue Verwicklungen und neue weitläufige Verhandlungen zur Folge.

Der definitive Friedensvertrag zwischen den Niederlanden und Belgien kam erst am 19. April 1839 zustande. Der Art. 7 betrifft die Neutralität Belgiens. Er lautet: „La Belgique ... formera un État indépendant et perpétuellement neutre.

Elle sera tenue d'observer cette même neutralité envers tous les autres États."

Ebenfalls am 19. April 1839 wurde zwischen den Großmächten und Belgien ein Vertrag geschlossen, wodurch die Bestimmungen des Friedensvertrages von den ersteren garantiert wurden (se trouvent ainsi placés sous la garantie de leurs dites Majestés).

Digitized by Google

Nach dem Völkerrecht verlieren Staatsverträge ihre verbindliche Kraft, wenn ein Krieg zwischen den beteiligten Staaten ausbricht. Diese Regel findet aber keine Anwendung auf Verträge, die auch für den Fall eines Krieges geschlossen sind und auch in einem solchen Falle Gültigkeit behalten sollen. Danach läßt sich nicht behaupten, daß die Verträge von 1839 durch den Ausbruch des gegenwärtigen Krieges ganz oder teilweise ihre Gültigkeit verloren haben, denn sie waren auch für einen solchen Fall geschlossen.

Die fünf Großmächte garantieren Belgien gegenüber dessen Neutralität. Die Garantie sollte namentlich auch dann zur Geltung kommen, wenn eine von den Großmächten, insbesondere Frankreich, die Neutralität Belgiens antasten sollte. Man muß daher den Garantievertrag so auffassen, daß jede Großmacht für sich allein von Belgien, im Falle dessen Neutralität angetastet werden sollte, zum Schutz aufgefordert werden konnte und dieser Aufforderung zu entsprechen hatte, ohne sich darauf berufen zu können, daß sie nur in Verbindung mit den andern Garantiemächten, also nur dann, wenn auch diese zur Unterstützung bereit seien, Hilfe zu leisten verpflichtet sei.

Es fragt sich nun, wie die Verträge von 1839 aufzufassen sind. Daß die Beantwortung dieser Frage nicht einfach ist, ergibt sich aus der großen Literatur über die Neutralität Belgiens.

Vergleicht man die Verträge von 1839 mit dem Protokoll von 1831, so fällt es sofort auf, daß die Redaktion der Bestimmungen über die Garantie der Neutralität in den beiden Urkunden erheblich voneinander abweicht. Nach dem Protokoll von 1831 garantieren die Großmächte die „neutralité perpétuelle, ainsi que l'intégrité et l'inviolabilité de son territoire". Der Friedensvertrag von 1839 enthält nur die Bestimmung, daß Belgien einen Staat „indépendant et perpétuellement neutre" bilden solle. Nur diese Bestimmung wurde von den Großmächten in deren Vertrag mit Belgien garantiert. Es ist also nicht mehr ausdrücklich l'intégrité et l'inviolabilité de son territoire garantiert. Alle diese Urkunden gingen von einer Konferenz der Großmächte in London aus. Es ist daher nicht anzunehmen, daß die Abänderung der Redaktion eine rein zufällige gewesen ist. Nachdem einmal im Jahre 1831 die Fassung festgestellt war, ist es ausgeschlossen, daß hieran ohne erheblichen Grund gerüttelt worden ist, denn jeder Abänderungsvorschlag mußte weitläufige Verhandlungen herbeiführen und die Einigung verzögern.

Die Neutralität zeigt sich in zwei Beziehungen. Der neutralisierte Staat darf von keinem andern, insbesondere von keinem Staat, der die Neutralität garantiert hat, angegriffen und vernichtet oder in seinem Gebiet geschmälert werden. Das ist die „intégrité du territoire". Die Neutralität hat aber noch eine zweite Seite. Das Gebiet des neutralisierten Staates darf von keinem andern Staate benutzt, betreten werden, um einen dritten Staat anzugreifen, auch nicht, wenn der angreifende Staat die Integrität des neutralen Staats nicht antasten, das Gebiet desselben, vielleicht unter Ersatz des angerichteten Schadens, nach Beendigung der Feindseligkeiten mit dem dritten Staat wieder räumen will.

Digitized by Google

Dieses ist die inviolabilité du territoire. Wenn man nun von der Spezialisierung der Garantie, wie sie in dem Protokoll von 1831 enthalten war, Abstand genommen hat, so liegt die Annahme nahe, daß man zwar die Integrität, aber nicht die inviolabilité des belgischen Staatsgebiets hat schützen wollen.

Die Bestimmungen über die belgische Neutralität waren wesentlich gegen Frankreich gerichtet. Gegen diesen Staat bestand eine Quadrupelallianz der andern vier Großmächte. Man befürchtete, daß Frankreich den Versuch machen könnte, die ihm durch die Verträge von 1815 angewiesenen Grenzen auszudehnen, insbesondere sich das belgische Gebiet ganz oder teilweise anzueignen. Diesem Bestreben wollte man entgegentreten, und zu diesem Zwecke wurde die Neutralität Belgiens in den Verträgen erklärt. Die hierauf bezüglichen Bestimmungen sollten Frankreich beschränken, nicht aber die Quadrupelallianz in etwaigen kriegerischen Operationen gegen Frankreich behindern. Dieses ergibt sich aus einem nach dem Protokoll vom 26. Juni 1831 am 14. Dezember selbigen Jahres von der Quadrupelallianz mit dem König der Belgier geschlossenen Vertrage, dessen Inhalt später näher dargelegt werden wird. Man darf annehmen, daß dieser Vertrag für die Fassung der Verträge von 1839 bestimmend gewesen ist. Wenn die Quadrupelallianz sich vorbehalten hatte, in dem Falle eines Krieges mit Frankreich das belgische Gebiet zu kriegerischen Operationen zu benutzen, so konnte sie nicht wohl die absolute Unverletzlichkeit Belgiens zusichern und garantieren; es war daher natürlich, daß man im Jahre 1839 bei der Neutralitätserklärung aus der Garantieleistung den Ausdruck inviolabilité wegließ. Außerdem war Belgien wohl schon damals nicht imstande, bei einem Kriege zwischen den Großmächten die Unverletzlichkeit seines Gebiets wirksam zu verteidigen.

Die Verträge über die Neutralität waren, wie auch ausdrücklich erwähnt ist, gegenseitige, synallagmatische. Sie setzen eine Gegenleistung von seiten Belgiens voraus und gelten nur, soweit diese Gegenleistung erfolgt. In dem Protokoll von 1831 war in dieser Hinsicht neben der allgemeinen Bestimmung, daß Belgien auch seinerseits die Neutralität gegen die andern Staaten zu beobachten habe, noch insbesondere hinzugefügt, daß es sich jeden Angriffs auf einen andern Staat zu enthalten hätte. Diese Verpflichtung konnte Belgien erfüllen. Soweit als es sich um die Integrität des Territoriums handelte, war es zu der übernommenen Gegenleistung, auch seinerseits keinen Staat anzugreifen, imstande. Anders verhält es sich dagegen mit der zweiten Seite der Neutralität. Sollte es den andern Staaten untersagt sein, das belgische Territorium zu einem Angriff auf einen dritten Staat zu benutzen, so mußte Belgien seinerseits die Verpflichtung übernehmen, wenn ein solcher Angriff unternommen werde, den Angreifenden zurückzuweisen und den dritten Staat vor dem Angriff sicherzustellen. Es kann keinem Staat zugemutet werden, daß er ruhig zusieht, wenn ein andrer Staat einen Angriff auf ihn durch das Gebiet eines dritten Staates droht, falls nicht der dritte Staat genügende Sicherheit dafür bietet, daß dieser Angriff nicht zur Ausführung kommt. Der bedrohte Staat würde sonst genötigt sein, genügende Streitkräfte an der betreffenden Grenze bereitzuhalten für den Fall, daß der

Digitized by Google

Gegner einen Angriff durch das neutrale Gebiet trotzdem ausführen sollte. Diese Streitkräfte müßten der Armee entzogen werden, während der feindliche Staat schließlich von dem Angriff durch das neutrale Gebiet Abstand nehmen und seine Streitkräfte ungeschmälert im Kampf verwenden könnte. Ein Vertrag, wodurch die Staaten sich Belgien gegenüber verpflichtet hätten, im Falle eines Krieges den belgischen Staat auch insoweit als neutral anzuerkennen, daß ein Durchmarsch durch denselben gegen den Feind nicht stattfinden solle, wäre also wohl schon unter den damaligen Verhältnissen unwirksam gewesen, weil Belgien die entsprechende Gegenleistung nicht erfüllen konnte.

Man hat dieses auch im Jahre 1831 nicht verkannt. Das Protokoll von 1831 wurde dem belgischen Nationalkongreß vorgelegt. Bei den Verhandlungen wurden die Bestimmungen über die Neutralität von vielen Seiten beanstandet, indem man annahm, daß sie Belgien keinen ausreichenden Schutz gewähren, dagegen die belgische Regierung in ihrer auswärtigen Politik behindern könnten. Schließlich wurden die Bestimmungen angenommen. Bei den Beratungen des Kongresses äußerte der belgische Minister der auswärtigen Angelegenheiten folgendes: „Monsieur Lehon résume d'une manière heureuse l'économie générale de la neutralité belge en ces termes: Appliqué à la Belgique, ce système tend plutôt à la préserver de la convoitise des grandes puissances qu'à la restreindre dans ses droits. Si la neutralité est impuissante, comme tout autre traité, en cas de conflagration générale, elle est protectrice dans les autres cas d'invasion ou de guerre.“ Man ging also davon aus, daß die Neutralität einen Schutz gewähren könne gegen die convoitise des grandes puissances, aber wirkungslos sei en cas de conflagration générale. Selbstverständlich, denn Belgien war in einem solchen Falle nicht imstande, einer kriegführenden Macht eine Gewähr dafür zu bieten, daß ein Angriff auf sie durch belgisches Gebiet nicht erfolgen werde.

Für diejenigen, welche die Ansicht vertreten, daß die belgische Neutralität in dem weitesten Umfange völkerrechtlich verbürgt sei, ist die in dem Jahr 1839 erfolgte neue Redaktion der Bestimmungen des Protokolls von 1831 unbequem. Sie behaupten, daß es sich hier nur um eine redaktionelle und nicht um eine sachliche Aenderung handle, ohne jedoch hierfür irgendeinen Grund anführen zu können.

Darüber, welche Ansichten zur Zeit der Gründung des belgischen Staats bezüglich der Bestimmungen wegen der Neutralität herrschten, gibt eine geheime Klausel in dem bereits erwähnten Vertrage zwischen der Quadrupelallianz und Belgien vom 14. Dezember 1831 Auskunft. Die vier Großmächte hatten im Jahre 1815 vereinbart, daß von ihnen oder mit ihrer Hilfe in dem vereinigten Königreich der Niederlande Festungen gegen Frankreich errichtet werden sollten. Nach der Trennung Belgiens von Holland lagen diese Festungen auf belgischem Gebiet, Belgien aber war nicht imstande, sie zu unterhalten und zu besetzen. Es wurde daher in dem genannten Vertrage bestimmt, daß einige von diesen Festungen eingehen sollten. Zu dem Vertrag wurde eine geheime Klausel ver-

Digitized by Google

einbart. In dieser heißt es: „Il est également entendu qu'à l'égard de ces forteresses S. M. le roi des Belges se trouve placé dans la position où se trouvait le roi des Pays-Bas envers les quatre Cours ci-dessus nommés, sauf les obligations qu'impose à S. M. le roi des Belges et aux quatre Cours eux-mêmes, la neutralité perpétuelle de la Belgique.

En conséquence, dans le cas où, par malheur, la sûreté des forteresses, dont il est question, viendrait à être compromise, S. M. le roi des Belges concertera avec les cours d'Autriche, de la Grande Bretagne, de Prusse et de Russie toutes les mesures que réclamera la conservation de ces forteresses, toujours sous la réserve de la neutralité de la Belgique."

Der Allianzvertrag der vier Großmächte aus dem Jahre 1815 war gegen Frankreich für den Fall geschlossen, daß dieser Staat die Verträge antasten, insbesondere auch die Familie Napoleon Bonapartes in Frankreich wieder zur Regierung gelangen sollte. Für diesen Fall hatten sie ein bewaffnetes Einschreiten gegen Frankreich vereinbart. Ein Protokoll vom 15. November 1818 enthielt eine Uebereinkunft der Großmächte unter Zustimmung von Holland, wonach, wenn der casus foederis einträte, die in Holland von den Großmächten oder mit ihrer Hilfe errichteten Festungen zum Teil von englischen und zum Teil von preußischen Truppen besetzt werden sollten.

Die geheime Klausel ist etwas unklar, insofern es heißt, daß die Verpflichtungen Hollands bezüglich der Festungen auf Belgien nur übergehen sollten, sauf les obligations qu'impose la neutralité perpétuelle de la Belgique. Durch diesen allgemeinen Vorbehalt kann aber die ausdrückliche Bestimmung in bezug auf die Uebernahme der den Niederlanden auferlegten Verpflichtungen keinen Abbruch erleiden, denn sonst wäre die geheime Klausel überflüssig gewesen. Danach verpflichtet sich Belgien also, die Besetzung der Festungen zu dulden für den Fall eines Krieges zwischen den vier Großmächten und Frankreich, auch wenn seine eignen Grenzen von Frankreich nicht angegriffen würden. Eine solche Verpflichtung ist mit der absoluten Neutralität unvereinbar. Ebenso unvereinbar mit der Neutralität ist die weitere Bestimmung der geheimen Klausel, daß, wenn die Festungen gefährdet würden, der König der Belgier sich mit den vier Großmächten über die Abwehrmaßregeln verständigen solle. Eine solche Verständigung soll eintreten, nicht erst wenn Belgien angegriffen wird, sondern wenn die Sicherheit der Festungen gefährdet (compromise) ist. Es sollen also die Großmächte berechtigt sein, in Belgien einzurücken, wenn man eine drohende Haltung bei Frankreich zu bemerken glaubt. Man sieht, wie man damals die belgische Neutralität aufgefaßt hat. Sie ist gegen Frankreich gerichtet und soll aufhören, wenn zwischen den Großmächten und Frankreich Zwistigkeiten entstehen. Davon, daß, wenn eine von den andern Großmächten, insbesondere England, unter Betretung des belgischen Gebiets Frankreich angreifen sollte, die andern Großmächte verpflichtet seien, Belgien zu Hilfe zu kommen, ist nicht die Rede. In dem Kampfe der Großmächte untereinander konnten die belgischen Streitkräfte

Digitized by Google

nicht von Bedeutung sein, sie waren nicht imstande, die Neutralität zu schützen oder sonst wirksam einzugreifen.

Im Jahre 1866 legte der französische Botschafter in Berlin der preußischen Regierung den Entwurf eines Vertrages vor, nach welchem Frankreich der Vereinigung Süddeutschlands mit dem Norddeutschen Bunde keinen Widerstand entgegensetzen wollte; Preußen sollte sich dagegen u. a. verpflichten, wenn Frankreich eine Truppen in Belgien einrücken lassen oder diesen Staat sollte erobern wollen, gegen alle Mächte, die aus diesem Anlaß den Krieg erklären sollten, bewaffnete Hilfe zu leisten. Preußen hat damals den Vorschlag Frankreichs abgelehnt. Der Vertragsentwurf ist erst im Jahre 1870, als der Krieg zwischen Deutschland und Frankreich bevorstand, veröffentlicht. Darüber, wer den Handel angefangen hat, ob Frankreich oder Preußen, sind die Angaben verschieden. Es ist aber in dem Vertragsentwurf keine Andeutung davon vorhanden, daß die Integrität Belgiens von den Großmächten garantiert sei. Ebensowenig hat Preußen, soweit bekannt, einen derartigen Einwand gegen den Vorschlag erhoben. Man hat zwar an die Möglichkeit eines kriegerischen Einschreitens der andern Großmächte gedacht, aber von einer Verpflichtung hierzu ist nicht die Rede. Der Vertrag von 1839 war allerdings von Frankreich unterzeichnet. Indessen war diese Macht durch die geheime Klausel des Vertrags von 1831 hintergangen, sie war daher an den Vertrag von 1839 nicht gebunden. Es ist deshalb erklärlich, daß sie sich im Jahre 1866 an den Vertrag von 1839 nicht kehren wollte. Preußen hatte bei dem Verfahren gegen Frankreich mitgewirkt, aber auch seine rechtliche Lage war dadurch eine andre geworden, daß die Quadrupelallianz inzwischen aufgelöst war. So mag es sich erklären, daß man sich über den Vertrag von 1839 hat hinwegsetzen zu dürfen geglaubt.

Bei Ausbruch des Krieges im Jahre 1870 gab die französische Regierung gegenüber der belgischen die Erklärung ab, daß Frankreich entschlossen sei, à respecter la neutralité du territoire belge sous la condition qu'elle sera respectée par la Prusse et ses alliés. Der Norddeutsche Bund gab ebenfalls eine solche Erklärung ab. Diese Erklärungen sind mit einer Anerkennung der allgemeinen Neutralität Belgiens nicht vereinbar. Jeder Teil behielt sich vor, sich über die Neutralität hinwegzusetzen, wenn der andre Teil dieselbe nicht respektierte. Das ist unvereinbar mit dem Vertrage von 1839, wenn man denselben so auffaßt, daß jede Großmacht verpflichtet sei, der belgischen Regierung Hilfe zu leisten, wenn ihr Gebiet angetastet werde, denn solche Hilfeleistung ist etwas ganz andres, als ebenfalls das belgische Gebiet anzutasten. Ferner findet sich in den Erklärungen der unbestimmte Ausdruck respektieren (respecter). Wann der Fall vorliegt, daß die Neutralität von dem andern nicht respektiert wird, bestimmt jeder kriegführende Teil nach seinem Gutdünken. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieser Fall schon angenommen wird, wenn man bei dem andern Teil eine drohende Haltung zu bemerken glaubt. Belgien war daher auch von den Erklärungen der beiden Großmächte nicht sonderlich erbaut, es ist ihm aber nicht gelungen, eine andre Zusicherung zu erwirken.

Digitized by Google

In Anlaß des deutsch-französischen Krieges wurden am 9. und 11. August 1870 zwei wichtige Verträge über die belgische Neutralität zwischen dem Norddeutschen Bunde und England, sowie zwischen Frankreich und England geschlossen. Der Norddeutsche Bund und Frankreich erklärten in diesen Verträgen (Art. 1), daß sie fest entschlossen seien, die Neutralität Belgiens so lange zu respektieren, als sie von der andern kriegführenden Partei respektiert werde. England erklärte dagegen, daß, wenn die Armee eines der kriegführenden Teile die erwähnte Neutralität verletzen (violer) sollte, es geneigt (disposé) sein werde, mit dem andern kriegführenden Teil unter Anwendung aller seiner Streitkräfte zu kooperieren, um die Unabhängigkeit und die Neutralität Belgiens aufrechtzuerhalten, es wolle sich aber nicht verpflichten, diese Kooperation über die Grenzen Belgiens hinaus zu erstrecken. Im Art. 2 verpflichten sich der Norddeutsche Bund und Frankreich für den Fall einer Verletzung der Neutralität Belgiens seitens des andern kriegführenden Teiles, zu dem angegebenen Zweck mit England zu kooperieren. Nach Art. 3 sollte der Vertrag die kontrahierenden Teile während der Dauer des Krieges und zwölf Monate nach dem Friedensschluß binden. Nach Ablauf dieser Frist sollten, soweit es die vertragschließenden Teile angehe, die Neutralität und die Unabhängigkeit Belgiens weiter auf dem Art. 1 des Vertrags der fünf Großmächte vom 19. April 1839 beruhen.

Wenn man diese Verträge liest, so erstaunt man darüber, daß die Verträge über die Neutralität Belgiens und die Garantie derselben überhaupt nicht erwähnt werden. Es ist darin nicht davon die Rede, daß die beiden kriegführenden Teile schon hiernach verpflichtet seien, die Neutralität Belgiens zu respektieren, und daß daher ein neuer Vertrag nicht erforderlich sei. Man hielt es vielmehr für notwendig, zur Wahrung der Neutralität Belgiens während der damaligen Feindseligkeiten neue Verträge zu schließen. Man ist davon ausgegangen und hat durch den Abschluß der Verträge anerkannt, daß die früheren Verträge nicht die Bedeutung hatten, den beiden kriegführenden Teilen eine besondere vertragsmäßige Verpflichtung zur Respektierung der belgischen Neutralität aufzuerlegen und die englische Regierung zu verpflichten, die Neutralität Belgiens zu verteidigen. Dieses erklärt sich einfach aus der damaligen Sachlage. Belgien war nicht imstande, seine Neutralität gegen einen Durchmarsch der großen deutschen und französischen Armeen zu wahren. Selbst wenn ihm im Jahre 1839 die wirksame Verteidigung seiner Neutralität nach dieser Richtung hin möglich gewesen sein sollte, so hatten sich inzwischen die Verhältnisse wesentlich geändert. Die Verträge würden also ihre Gültigkeit verloren haben nach der Regel, daß völkerrechtliche Verträge nur rebus sic stantibus verbindliche Kraft haben. So finden die Verträge von 1870 ihre natürliche Erklärung. Es ist also im Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich zu England vertragsmäßig anerkannt, daß die Verträge von 1839, selbst wenn man ihnen nicht jede Gültigkeit absprechen will, doch nicht die Bedeutung haben, daß bei einem Konflikt unter den Großmächten, im Falle einer conflagration générale, wie es in dem belgischen Kongresse hieß, die vertragschließenden Teile verpflichtet sein sollten,

Digitized by Google

wenn das belgische Gebiet zu einem kriegerischen Angriff auf einen andern Staat benutzt würde, die belgische Neutralität mit Waffengewalt zu schützen. Diese Auffassung wird noch dadurch unterstützt, daß nach Ablauf der Zeit, für welche die Verträge von 1870 geschlossen waren, der Art. 1 des Vertrags von 1839, nicht der Art. 2 gelten soll. Der Art. 1 bestimmt, daß Holland sich verpflichte, die dem Vertrag angefügten Bestimmungen, die dem späteren Friedensvertrage entsprechen, unverzüglich in Vertragsform zu bringen. Erst in Art. 2 wird bestimmt, daß der Inhalt des Vertrags, welchen Belgien mit Holland abschließen sollte, unter die Garantie der Großmächte gestellt sein werde. Im Art. 1 ist von einer solchen Garantie nicht die Rede.

Die hier dargelegte Auffassung der Verträge von 1870 liegt auf der Hand und wird hier nicht zuerst aufgestellt. In dem im Jahre 1875 erschienenen Buche des angesehenen französischen Völkerrechtslehrers Albert Sorel, Histoire diplomatique de la Guerre franco-allemande, Bd. I, S. 224, heißt es in bezug auf diese Verträge: „Cette sorte de novation diplomatique était un premier symptôme de l'état de perturbation, où se trouvait alors l'Europe et qui ne cessa de s'aggraver pendant tout le cours de la guerre. La neutralité de la Belgique était établie par des actes solennels; ces actes avaient, en droit, conservé toute leur valeur; les belligérants avaient promis spontanément de les respecter; il fallut cependant, pour rassurer l'Angleterre que ce traité fut confirmé solennellement. C'était faire un étrange aveu de scepticisme politique et frapper, du même coup, d'une caducité anticipée, l'acte nouveau qu'on signait. S'il faut en effet renouveler les traités chaque fois que se présenteront les circonstances pour lesquelles elles ont été conclus, quelle valeur sera-t-il désormais possible de leur attribuer?“ Sorel erklärt die Verträge von 1870 für eine Novation der früheren Verträge und für frappé d'une caducité anticipée. Seine Unbefangenheit kann keinem Bedenken unterliegen. Er selbst scheint sogar die Verträge von 1839 so aufzufassen, als ob darin auch noch gegenwärtig die belgische Neutralität für den Fall eines Krieges zwischen den Großmächten wirksam garantiert sei.[1])

Sehen wir von dem vorstehenden ab und stellen wir uns auf den Standpunkt, daß die Verträge von 1839 für alle Beteiligten die Verpflichtung be-

[1]) Descamps, belgischer Senator und Professor an der Universität Löwen, hat in einem ausführlichen Buche aus dem Jahre 1902, „La neutralité de la Belgique“, die vertragsmäßige Neutralität Belgiens und deren Verbürgung durch die Großmächte in einem möglichst weiten Umfang verteidigt. Ihm paßt es nicht, daß nicht bloß in Zeitungsartikeln, sondern in dem erwähnten Werke von Sorel, das er selbst als „remarquable“ bezeichnet, die Ansicht vertreten wird, die Vereinbarungen über die Neutralität Belgiens aus dem Jahre 1839 seien durch die Verträge von 1870 beseitigt. Er meint, Sorel habe die Bedeutung der Verträge von 1870 verkannt oder sich über ihren genauen Inhalt geirrt. Dieser Einwand trifft nicht zu. Das entscheidende Moment liegt darin, daß man im Jahre 1870 neue Verträge für erforderlich gehalten hat, die ebenso überflüssig wie unerklärlich sein würden, wenn der Vertrag von 1839 zu Recht bestanden hätte. War denn Frankreich an den Vertrag von 1839, bei dem es benachteiligt war, gebunden?

Digitized by Google

gründeten, sich auch des Durchmarsches durch belgisches Gebiet zum Zwecke von kriegerischen Operationen gegen einen andern Staat zu enthalten, und daß Belgien damals imstande gewesen wäre, seine Neutralität in diesem Sinne zu verteidigen, sowie daß die Großmächte eine Garantie für die Neutralität Belgiens in einem solchen Umfange übernommen hätten, so würden doch die Verträge jetzt hinfällig geworden sein nach der Regel, daß alle Staatsverträge unter der stillschweigenden Klausel rebus sic stantibus geschlossen werden. Denn inzwischen ist eine wesentliche Veränderung der Umstände durch die ungeheuren Vermehrungen der militärischen Streitkräfte eingetreten; Belgien war jetzt jedenfalls nicht imstande, sein Gebiet gegen einen französischen Durchmarsch zu schützen, und die Quadrupelallianz der andern Großmächte gegen Frankreich war zerfallen. Deutschland war also genötigt, sich auf seine eignen Streitkräfte zu verlassen. Konnte man ihm nun zumuten, daß es innerhalb seines Gebiets an der belgischen Grenze große Armeen bereithalte, um einem französischen Angriff durch belgisches Gebiet zu begegnen, sich selbst aber jeden Eingriffs in dieses Gebiet enthalte? Sollte Deutschland das belgische Gebiet respektieren, so mußte es Sicherheit haben, daß solches auch von Frankreich geschehen werde. Diese Sicherheit konnte durch einen bloßen Vertrag nicht gewährt werden. In Kriegszeiten vor allem gilt die Regel: Salus rei publicae suprema lex. Diese Umstände drängten sich so auf, daß auch die deutsche Regierung, so peinlich sie sonst sich an die völkerrechtlichen Verträge hält, bestimmt wurde, sich über die Verträge von 1839, deren Gültigkeit sie bei Ausbruch des Krieges nicht beanstandete, hinwegzusetzen. Hiermit steht die englische Auffassung in Uebereinstimmung. Nach den in Brüssel aufgefundenen geheimen Akten hat der englische Militärattaché in Brüssel dem Chef des belgischen Generalstabes am 23. April, wahrscheinlich im Jahre 1912, erklärt, die englische Regierung würde während der letzten Ereignisse unmittelbar in Belgien eine Landung vorgenommen haben, selbst wenn Belgien keine Hilfe verlangt hätte. Auf den Einwand des belgischen Generals, daß dazu die Zustimmung der belgischen Regierung notwendig sei, entgegnete der Engländer, daß er das wisse; da Belgien aber nicht imstande sei, die Deutschen abzuhalten, durch belgisches Land zu marschieren, so würde England seine Truppen in Belgien auf jeden Fall gelandet haben.

Wenn nun auch eine vertragsmäßige Garantie für die Neutralität Belgiens nicht bestand, so folgt daraus noch nicht, daß Deutschland Belgien mit Krieg überziehen durfte. Formell ist es zwar völkerrechtlich zulässig, daß ein Staat beliebig einem andern den Krieg erklärt, aber dieses formelle Recht findet in den zivilisierten Staaten eine wesentliche Beschränkung durch sittliche Rücksichten. Wie bereits oben erwähnt, war Deutschland zur Verteidigung seines Staatsgebiets genötigt, seine Truppen durch belgisches Gebiet marschieren zu lassen. Es handelte sich hierbei um eine Existenzfrage im wörtlichen Sinn, denn der Krieg wird von den Feinden Deutschlands ausgesprochenermaßen geführt, um das Deutsche Reich in seiner Existenz zu vernichten. Die Pflicht zur Selbsterhaltung zwang die deutsche Regierung zu der erwähnten Maßregel. Die

Digitized by Google

Regierung eines Staates ist verpflichtet, die Interessen desselben, wenigstens wenn sie von vitaler Bedeutung sind, mit allen Mitteln wahrzunehmen. Glauben die Personen, die an der Spitze des Staates stehen, eine solche Vertretung mit ihren sittlichen Anschauungen nicht vereinbaren zu können, so müssen sie andern Platz machen. Sie dürfen aus diesem Grunde ihre Pflichten gegen den Staat nicht verabsäumen. Man nehme den Fall, daß England imstande wäre, wenn es die holländische Neutralität verletzte, die in Belgien stehenden deutschen Truppen niederzurennen, in das deutsche Industriegebiet einzudringen und dieses Gebiet zu verwüsten. Würde irgendeine englische Regierung eine solche Gelegenheit, einen Hauptzweck des Krieges zu erreichen, verabsäumen oder verabsäumen dürfen, ohne ihre Pflichten gegen ihren Staat auf das schwerste zu verletzen? Wie man in Holland über diese Frage denkt, ergibt sich daraus, daß man es für geboten hält, sich gegen einen Neutralitätsbruch von seiten Englands zu rüsten, obgleich, wie die Verhältnisse liegen, England hierdurch jedenfalls nur einen unerheblichen Vorteil erlangen könnte.

Wenn aber eine Verletzung der Neutralität eines Staates nur durch den Notstand gerechtfertigt wird, so folgt hieraus, daß die Verletzung nicht weiter ausgedehnt werden darf, als der Notstand erfordert. Weiter darf das Gebiet des neutralen Staats von den Truppen nicht besetzt werden. Außerdem muß man den kriegführenden Staat als verpflichtet ansehen, in dem neutralen Staat allen Schaden zu ersetzen, welcher durch die kriegerischen Operationen verursacht wird. Deutschland verfährt in dieser Weise gegenüber Luxemburg und hatte sich gegenüber Belgien bereit erklärt, in diesem Staate in gleicher Weise zu verfahren, wenn dasselbe der durch die Notlage gebotenen Gebietsverletzung sich füge.

Dezember 1914.

Zwei Reisen an den Hof des Kaisers Nikolaus I. von Rußland im Jahre 1850

Aufzeichnungen des damaligen preußischen Majors v. Schlegell

Bearbeitet von

Martin Conrad

(Fortsetzung)

Eine diplomatische Sendung an den Zaren Nikolaus I. im November 1850

Aus den Gesprächen des Zaren Nikolaus I. mit dem preußischen Major v. Schlegell im Sommer 1850 war zu erkennen, wie der russische Kaiser trotz starken Mißfallens an der preußischen Politik der letzten Jahre doch seine alte Zuneigung zu dem Staate der Hohenzollern noch nicht verloren hatte. So war auch damals noch ziemlich unparteiisch gewesen seine Stellung zu dem durch die preußische Unionspolitik der Jahre 1849 und 1850 hervorgerufenen diplomatischen

Digitized by Google

Ringen der beiden deutschen Großmächte um die Vorherrschaft in Deutschland.[1]) Aber schon Ende August 1850 hatte Fürst Schwarzenberg den Zaren auf die österreichische Seite gebracht durch vollstes Entgegenkommen gegenüber den russischen Wünschen in der schleswig-holsteinschen Angelegenheit im Gegensatze zu Preußen, dessen etwaigen Widerstand gegen die von Dänemark gewünschte Bundesexekution an Holstein der russische Kaiser Ende Oktober 1850 in Warschau[2]) sogar als Kriegsfall bezeichnete. Auch in dem kurhessischen Streitfalle, der in der Form eines bloßen Kompetenzzankes zwischen Union und Bundestag[3]) tatsächlich zur Machtprobe zwischen Preußen und Oesterreich geworden war, trat Rußland auf des letzteren Seite. Der preußische Ministerpräsident Graf Brandenburg kam also durch die Warschauer Verhandlungen zu der festen Meinung, Preußen stehe bei Fortsetzung seiner Unionspolitik vor einem aussichtslosen Kriege mit den beiden Kaisermächten,[4]) zu denen sich noch die deutschen Mittelstaaten gesellten. Diese Ueberzeugung Brandenburgs sowie die Erklärung des Kriegsministers v. Stockhausen, Preußen sei den vereinten Gegnern nicht gewachsen, führten in der Kabinettssitzung vom 2. November 1850 zur Ablehnung der vom Minister des Aeußern v. Radowitz geforderten und vom Könige selbst befürworteten Mobilmachung, für die besonders der Prinz von Preußen mit aller Kraft eingetreten war. Jetzt nahm Radowitz, der Hauptvertreter der Unionspolitik und des Königs bester Freund, seine Entlassung; sein Amt versah einstweilen der Minister des Innern v. Manteuffel, der schon seit langem im Kabinett der entschiedenste Gegner der Unionspolitik und für Verständigung mit Oesterreich war. Trotz der am 3. November nach Wien abgesandten friedlichen Depesche sah aber auch er[5]) sich gezwungen, infolge der von allen Seiten einlaufenden

---

[1]) Diese und die folgende Darstellung hauptsächlich nach Sybel, Die Begründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I., Bd. I und II (1889), Friedjung, Oesterreich von 1848 bis 1860, 2 Bde. (1908 und 1912), und Meinecke, Radowitz und die deutsche Revolution (1913).

[2]) Zusammenkunft zwischen Nikolaus I., Kaiser Franz Josef mit Fürst Schwarzenberg und dem preußischen Ministerpräsidenten Graf Brandenburg.

[3]) Oesterreich hatte den 1848 aufgelösten Bundestag 1850 wieder einberufen, Preußen erkannte ihn nicht an.

[4]) Seit Friedjungs hauptsächlich auf den österreichischen Akten beruhender Darstellung wissen wir allerdings genau, daß Rußland in Wirklichkeit nur für einen wegen Holstein etwa ausbrechenden preußisch-österreichischen Krieg dem Donaustaate seine militärische Unterstützung zugesagt hatte (Friedjung, II, S. 85). Bezüglich Hessens versprach Rußland für den Fall eines Krieges den Oesterreichern nur moralische Unterstützung, die aber immerhin wertvoll war. Brandenburgs damit feststehender Irrtum in diesem zweiten Punkte ist jedoch sehr erklärlich aus der Verheimlichung und Verschleierung, die die russische Diplomatie mit den wahren Absichten des Zarenreiches trieb, um eben Preußen auf jeden Fall vor einem Kriege mit Oesterreich zurückzuschrecken durch die angeblich stets drohende kriegerische Gegnerschaft auch Rußlands. (Genaueres über den augenblicklichen Stand dieser Frage bei Meinecke, Radowitz, S. 480 ff.)

[5]) Graf Brandenburg war durch seine plötzliche schwere Erkrankung in der Nacht vom 2. zum 3. November an der Führung der Geschäfte verhindert.

Digitized by Google

kriegerischen Nachrichten die Mobilmachung beim Könige zu beantragen;[1]) dadurch wollte die jetzt am Ruder befindliche Friedenspartei zugleich die seit dem 2. November bestehende Gereiztheit Friedrich Wilhelms mildern und der kriegerischen Stimmung sowohl der Prinzen als auch der großen Masse der Berliner Rechnung tragen.[2]) Die Verkündigung der preußischen Mobilmachung am 6. November erregte im ganzen Lande große Begeisterung, und der Ausbruch des Krieges schien unvermeidlich, zunächst da sich in Hessen die Truppen der beiden Parteien schon bedrohlich nahe gegenüberstanden. Trotz alledem erstrebte der König im Grunde immer noch eine friedliche Verständigung mit Oesterreich. Zu diesem Zwecke hoffte man aber jetzt in Preußen offenbar, nachdem man genügend Nachgiebigkeit gegen Oesterreich gezeigt zu haben glaubte, den Beistand Rußlands gewinnen zu können.[3]) In diesem Sinne schrieb Friedrich Wilhelm IV. am 6. November einen Brief an Nikolaus I.,[4]) den der gerade in Berlin weilende preußische Gesandte am Zarenhofe, v. Rochow, nach Petersburg bringen sollte. Der lehnte es aber ab, wie Abeken[5]) sagt, wegen der Mobilmachung, nach Gerlach[6]) deswegen, weil der russische Kaiser ministerielle Erklärungen und eine Garantie verlangte dafür, daß Radowitz nicht wieder Minister würde, was der König scheinbar nicht zugestehen wollte.[7]) So wurde denn der dem Zaren schon vom Sommer her gut bekannte Major v. Schlegell mit diesem eigenhändigen Brief und mündlichen Aufträgen des Königs nach Petersburg gesandt. Ueber seine Sendung hat er folgende interessante Aufzeichnungen[8]) hinterlassen:

---

[1]) Sybel, II, S. 37; v. Poschinger, Denkwürdigkeiten des Ministers O. Frhr. v. Manteuffel, I, S. 312; Meinecke, Radowitz, S. 501.

[2]) Leop. v. Gerlach, Denkwürdigkeiten, I, S. 552, und v. Poschinger, Preußens auswärtige Politik 1850—1858, I, S. 7 f.

[3]) Abeken (Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit, 2. Aufl. 1898, S. 207) schreibt unterm 4. November: „Manteuffel sagt morgens: wir suchten jetzt hauptsächlich Rußland zu trennen; wir würden keineswegs alles aufgeben." Vgl. auch Meinecke, Radowitz, S. 499.

[4]) Teilweise abgedruckt bei Martens, Recueil des traités conclus par la Russie, VII, S. 385, nach dem in Petersburg befindlichen Originalbriefe. Das Kgl. Geh. Staatsarchiv zu Berlin, bei dem angefragt wurde, konnte das Konzept in Berlin nicht ermitteln. Meinecke, Radowitz, S. 502, erwähnt den Brief so, daß er selbst das Konzept des Briefes oder irgendeinen nicht öffentlichen Bericht darüber gelesen haben muß. Das Konzept ist also möglicherweise doch noch irgendwo vorhanden. Daß dieser von Martens und Meinecke angeführte Brief der durch Schlegell überbrachte ist, geht aus der Uebereinstimmung der gleichzeitigen mündlichen Instruktion Schlegells mit dem von jenen beiden angegebenen Briefinhalt und aus der gleichlautenden Anführung einer charakteristischen Redensart des Briefes durch Schlegell sowohl wie Meinecke hervor. Vgl. hierzu S. 225, Anm. 4.

[5]) Abeken, a. a. O., S. 208.

[6]) Gerlach, I, S. 554.

[7]) Das zeigt deutlich eine Stelle des Briefes, vgl. Meinecke, a. a. O., S. 502.

[8]) Sie befinden sich im Besitze der Frau E. v. Salisch, geborene v. Schlegell, und sind von Schlegells eigner Hand. Am Ende seiner Niederschrift steht als Datum: „Berlin, 5. Juni 1851." Zu dieser Zeit ist also zum mindesten der letzte Teil der Niederschrift erst in der uns vorliegenden Form abgefaßt worden, wahrscheinlich sogar das Ganze, da der Schriftcharakter des ganzen Stückes einen durchaus einheitlichen Eindruck macht. Dem

Digitized by Google

„7. November: Um ½2 Uhr Befehl vom General v. Gerlach, nach Potsdam zu kommen, um mit Aufträgen des Königs nach Petersburg zu gehen. 3 Uhr: in Sanssouci zur Tafel. 5 Uhr: der König gibt mir in seinem Kabinett die mündliche Instruktion: Motive für die Mobilmachung — Wunsch, daß Oesterreich nun bis zur Verständigung haltmacht — Rechtfertigung von Radowitz. Schmerz über Brandenburgs Tod.[1]) Der König war sehr angegriffen. Er sagte u. a.: „Ich habe sehr gute Stabsoffiziere, aber keine Generale; man nennt mir Peucker,[2]) der eine Waffensammlung vortrefflich imstande halten würde; Dohna,[3]) den ich stets hoch stelle, hat keine Kraft in den Schenkeln mehr; Gröben[4]) ist der einzige; seine Manieren machen ihm Feinde; es sind aber nur Manieren; Radowitz versteht den großen Krieg; und wenn es zum Kriege kommt, mache ich ihn zum Generaladjutanten.[5]) — Am 2. November habe ich alles aufgeboten, um die Minister zu überzeugen, daß uns Schwarzenberg hinters Licht führt; aber sie waren unbeweglich; der gute, vortreffliche Brandenburg war in Warschau ganz kaptiviert worden von Schwarzenbergs Ehrlichkeit; Brandenburgs wegen habe ich nachgegeben. Was sollte ich tun? Das Ministerium hat das Vertrauen des Landes. Schon einmal hat es mir die Pistole auf die Brust gesetzt: ich hatte mich acht Tage gegen die Verfassung vom 5. Dezember[6]) gewehrt; endlich mußte ich unterschreiben, da sie die Alternative ihrer Entlassung stellten und es kein andres Ministerium gab. Jetzt habe ich ihnen gesagt: da sie keinen Krieg wollten, so möchten sie nun sehen, wie sie herauskämen, aber auf konstitutionellem Wege, wie ich das Beispiel gegeben hätte. Wir wollen sehen, wie dem Volk dieser Weg bis zu den äußersten Konsequenzen schmecken wird. — Niebuhr[7]) ist am 2. November von Hassenpflug gekommen, der ihm das Einrücken der Bayern[8]) und die Bregenzer Absichten[9]) mitteilte; abends

---

ganzen Stile nach aber könnte man, besonders im Anfang, gleichzeitige Tagebuchaufzeichnungen darin erblicken. Jedenfalls muß Schlegell solche seiner Niederschrift vom 5. Juni 1851 zugrunde gelegt haben, da sonst seine so genau ins einzelne gehenden Angaben, besonders über die Zeit (wie z. B. ¾9 bis ½12 Uhr, 1 bis 3 Uhr, 4 Uhr usw.) einfach unmöglich wären. Diese also sicherlich bestehende Gleichzeitigkeit der ersten Aufzeichnungen mit den in ihnen geschilderten Vorgängen dürfte demnach volle Gewähr bieten für die unbedingte Glaubwürdigkeit der hier veröffentlichten Niederschrift vom Juni 1851, zumal ihren Angaben kein andrer quellenmäßiger Bericht widerspricht.

[1]) Graf Brandenburg starb am 6. November.

[2]) Ed. v. Peucker, 1848/49 Reichskriegsminister.

[3]) Graf Dohna, General der Kavallerie und kommandierender General des I. Armeekorps in Königsberg.

[4]) Graf v. d. Gröben, an der Spitze der in Kurhessen eingerückten preußischen Truppen.

[5]) Vgl. die ähnliche Aeußerung des Königs in seinem Briefe an den Zaren bei Meinecke, a. a. O., S. 502.

[6]) 1848, die oktroyierte preußische Verfassung.

[7]) Markus N., Kabinettsrat.

[8]) In Kurhessen; man wußte es übrigens schon am 1. Nov. in Berlin [Sybel, II, S. 23].

[9]) Vertrag von Bregenz 13. Oktober 1850 zwischen Oesterreich, Bayern und Württemberg gegen Preußen.

Digitized by Google

10 Uhr [ging er noch] zu Brandenburg, der darauf erkrankte."[1] ... Gerlachs Aeußerung: „Die Minister sind jetzt korrekt." 7 Uhr: nach Berlin zurück; ... Meine Meldungen: Kriegsminister nicht zu Hause; [aufs] Auswärtige Amt, um den Paß zu holen; zu Budberg[2] wegen des Visa; lebhafter Disput; sie prononcieren ihren Einfluß immer mehr; in vierzehn Tagen sei alles ausgeglichen, friedlich, wenn Manteuffel sich nur acht Tage halte. — Prittwitz[3] ungehalten, daß ich das Regiment verlasse, was mir ja selbst sehr unangenehm ist.[4] Minister Manteuffel [äußerte]: „Der Durchmarsch nach Holstein wird nicht gestattet; die Verfassung muß gehalten werden; man muß aber den Kammern keine Uebergriffe gestatten; der Siebenjährige Krieg wäre anders ausgefallen, wenn die Kaiserin Elisabeth nicht gestorben wäre; auch ist das heutige Rußland nicht so gering zu achten wie das von 1756. Nach den mündlichen Aeußerungen in Warschau

[1]) Diese Auffassung des Königs, Brandenburg sei infolge der Niebuhrschen Nachricht erkrankt, liest man auch bei Martens, a. a. O., VIII, S. 385, in dem Briefe Friedrich Wilhelms II. an den Zaren, ferner bei Friedjung, II, S. 554, und schließlich bei Leop. v. Gerlach, I, S. 552 f., der sie aber als irrig bezeichnet (vgl. S. 224 Anm. 1, und S. 228, Anm. 8). Bei einer genauen Prüfung auch der übrigen einschlägigen Quellenstellen [Leop. v. Gerlachs Denkwürdigkeiten, I, S. 549, 583, 620, und II, S. 430 ff., 438; Ludw. v. Gerlachs Aufzeichnungen, II, S. 114; Abeken, Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit (2. Aufl., 1898), S. 208 f; Aus den Briefen des Grafen Prokesch-Osten, S. 175; Sybel, II, S. 23, 31 ff.; Friedjung, II, S. 91 unten, und 553 f.] muß sich diese Ansicht des Königs als unwahrscheinlich erweisen (vgl. S. 224, Anm. 1). Viel eher mit den Tatsachen vereinbar ist die Auffassung der österreichfreundlichen Gerlachpartei, die auch Prokesch mitteilt (bei Friedjung), und die in letzter Linie auf den Bericht des Ministers Manteuffel zurückgeht: Brandenburg sei erkrankt infolge der heftigen Vorwürfe, die ihm der König und der Prinz von Preußen wegen der von ihm durchgesetzten friedlichen Politik in der Kabinettssitzung vom 2. November gemacht hatten. Endlich findet sich teilweise die alte, in ihrer groben Form von Sybel mit Recht zerstörte Legende, nur in verfeinerter Auflage, bei dem sehr sachlich urteilenden Abeken, der noch am 2. November abends bei Brandenburg dienstlich zu tun hatte. Abeken meint nämlich, der nähere Grund zum Tode des Grafen Brandenburg sei die angreifende Reise nach Warschau und die furchtbare Spannung während dieser Krisis gewesen. Abekens Auffassung findet eine gewisse Stütze durch Leop. v. Gerlachs Angabe (II, S. 431): „Der arme Brandenburg war noch ganz angegriffen, wie er bei seiner Rückkunft sagte, von dem, was er dort [in Warschau von dem Zaren] hatte hören müssen." Dieser Unmut des russischen Kaisers hatte sich allerdings nicht gegen Brandenburg selbst, sondern nur gegen Radowitz gerichtet, dessen bekannte unvorsichtige Drohung Buol gegenüber den zu Brandenburg sonst sehr freundlichen Zaren völlig gegen Preußen aufgebracht und zu seinen heftigen Vorwürfen gegenüber dem Grafen hingerissen hatte. Immerhin dürfte nicht von der Hand zu weisen sein, daß diese schlimme Wendung der Dinge in Warschau den preußischen Ministerpräsidenten nach Gerlachs klarer Angabe sehr angegriffen hatte. Die alte Legende wäre damit zu einem guten Teile wieder zu Ehren gekommen. Jedenfalls ist aber ihr Kern heute doch mit Schiemann („Deutsche Rundschau", 1898/99, S. 308 bis 311) und Heinemann („Die Politik des Grafen Brandenburg", Berl. Diss. 1909) als wahr anzunehmen: Graf Brandenburg ist erkrankt und gestorben infolge der ungeheuren politischen Aufregung, die er besonders in den letzten Tagen und Wochen hatte durchmachen müssen.

[2]) Seit Oktober 1850 russischer Gesandter in Berlin.

[3]) Kommandierender General der Garde.

[4]) S. war damals Bataillonskommandeur im Kaiser-Franz-Gardegrenadierregiment.

Digitized by Google

muß das Vorgehen der Oesterreicher in der hessischen Sache allerdings, wie der König sagt, für perfide gehalten werden."[1]) — General Rochow [meinte]: „Wir werden Hessen allmählich ganz verlassen, wir werden den Durchmarsch nach Holstein gestatten usw." — Abends 11 Uhr: ... Der Brief vom König kommt an. 8. November: Morgens 4 Uhr auf den Frankfurter Bahnhof, um Graf Bernstorff[2]) noch zu sehen, der von Wien die neuesten Nachrichten bringen soll; ich habe deshalb einige Zeilen von Manteuffel als Legitimation. Er kam nicht an.[3]) 6 Uhr: Abschied zu Hause und zur Eisenbahn, und um 3/4 7 ab, über Stettin nach Woldenberg."

Von Woldenberg aus wurde die Reise am selben Tage, 8. November, gegen 4 Uhr nachmittags zu Wagen mit Kurierpferden fortgesetzt über Konitz und Elbing nach Königsberg, das am 10. November früh 2 Uhr erreicht war. Hier meldete Schlegell schriftlich dem kommandierenden General Graf Dohna, daß er ihm auf der Rückreise etwaige militärisch wichtige Beobachtungen mitteilen würde. Auf der Weiterreise war in Gumbinnen besonders deutlich zu bemerken, wie die Mobilmachung eine allgemein freudige Stimmung hervorgerufen hatte. Ueber Kowno, Wilkomir, wo Schlegell hörte, das russische Grenadierkorps

---

[1]) Diese Aeußerung M.s ist eine Stütze für Heinemanns Hypothese, a. a. O.; er schließt ähnlich wie Schiemann, a. a. O., aus den schon in Anm. 1 vorige Seite angeführten Stellen, Schwarzenberg habe in Warschau dem Grafen Brandenburg mündliche „Versprechungen" bezüglich des Einmarsches in Hessen gemacht, die er dann nicht gehalten habe. Das obenstehende Zeugnis M.s für diese Auffassung hat deshalb großen Wert, weil Manteuffel bezeugtermaßen (Gerlach, I, S. 583) noch am 3. November mit Brandenburg selbst gesprochen hat und weil er überhaupt die letzte Zeit mit Brandenburg sehr intim gewesen ist. Es ist höchst wahrscheinlich, daß ihm Brandenburg selbst von diesen „mündlichen Aeußerungen" erzählt hat. Ueber den Inhalt dieser „Versprechungen" Schwarzenbergs bleiben wir freilich auch weiterhin auf Vermutungen angewiesen, und da scheint die Hypothese Heinemanns immerhin die annehmbarste zu sein: Schwarzenberg habe danach nicht, wie Schiemann wollte, versprochen, überhaupt nicht in Hessen einzurücken [ein solches Versprechen ist nicht gut möglich nach Sybel, II, S. 17 f.; Friedjung, II, S. 85; Poschinger, Manteuffel, I, S. 287], sondern nur an Preußen bestimmte Garantien für die hessische Exekution zu geben [vgl. auch Poschinger, Preußens auswärtige Politik 1850 bis 1858, I, S. 15, und Martens, a. a. O., VIII, S. 384 f.]. Da diese nun offenbar trotz des Einrückens der Bayern unterblieben seien, so habe der König mit Recht von einer Perfidie Schwarzenbergs sprechen können. — Daß die, vorige Seite erwähnte, durch Niebuhr überbrachte Nachricht von dieser Perfidie und die angeblich daraus gewonnene Ueberzeugung von der gänzlichen Verkehrtheit seiner friedlichen Politik dem Grafen Brandenburg das Herz gebrochen habe, diese Auffassung des Königs als die richtige zu erweisen, ist aber auch Heinemann nicht gelungen, da Brandenburg bezeugtermaßen (Gerlach, I, S. 583) noch nach der Niebuhrschen Nachricht, am 3. November vormittags, von der Richtigkeit seiner friedlichen Politik völlig überzeugt war, wie schon Meinecke, Radowitz, S. 497 f., festgestellt hat. Eine spätere Aeußerung Nesselrodes zu Schlegell kann aber auch zur Ablehnung des ersten, oben als wahrscheinlich geschilderten Teils der Heinemannschen Hypothese führen, da die ihr zugrunde liegende Auffassung Brandenburgs dort als irrig bezeichnet wird (vgl. Bogen 28b, Anm. 2).

[2]) Preußischer Gesandter in Wien.

[3]) B. wurde durch plötzliche Erkrankung in Wien festgehalten (Ringhoffer, Im Kampf für Preußens Ehre; aus dem Nachlaß des Grafen Bernstorff [1906], S. 144, und Abeken, a. a. O., S. 208 und 210).

Digitized by Google

habe Befehl, sich wieder mobil zu machen,[1]) und Dünaburg gelangte er am 14. November nach Petersburg, wo er morgens 11 Uhr im preußischen Gesandtschaftshotel von Graf Münster[2]) und Graf Henckel sehr freundlich empfangen wurde.[3]) Bereits um 1 Uhr begab er sich dann nach Zarskoje Selo zum Kaiser. Hören wir, was Schlegell selbst weiter berichtet:

„Von 2½ bis 4 Uhr hatte ich die erste Unterredung mit dem Kaiser. Sehr freundlicher, ja herzlicher Empfang. Er liest mir den Brief des Königs vor (Cher Nise!).[4]) Der erste Teil des Auftrags, die Mobilmachung zu rechtfertigen, gelingt leicht; der Kaiser findet sie der äußeren Lage nach gerechtfertigt, wünscht nur, daß sie uns nach innen nicht inkommodiere und daß es nicht Gelegenheit zu Konflikten gebe. Der zweite Teil — Oesterreich möge bis nach den Konferenzen[5]) haltmachen (Cher Nise! je vous prie, commandez votre Halt! „Ich werde nie befehlen, wo ich es nicht darf, wo es nicht mein mir von Gott gegebenes Amt so verlangt. Damit würde ich meine Macht aus der Hand geben“[6]) — ist eigentlich erledigt, da Meyendorff[7]) auf eigne Hand in diesem Sinne in Wien gehandelt und der Kaiser schon den Kurier mit der

---

[1]) Vgl. Aus dem Leben Th. v. Bernhardis, II, S. 70.

[2]) Preußischer Militärbevollmächtigter in Petersburg.

[3]) Vgl. Politische Briefe Münsters an E. v. Manteuffel, in „Deutsche Revue“, Januar 1913, S. 16. Das wenig liebenswürdige Urteil des im Gegensatz zu Schlegell wohl etwas nüchternen Grafen Münster über Schlegell erscheint schon im Vergleich mit den bereits früher angeführten Aeußerungen Prinz Friedrich Karls und Roons als völlig schief und ungerechtfertigt. Vielleicht ist es auch dem Militärbevollmächtigten nicht gerade angenehm gewesen, durch das Erscheinen Schlegells für einige Zeit kaltgestellt zu werden.

[4]) Martens, a. a. O., VIII, S. 385, gibt von dem Briefe des Königs wörtlich nur die Stelle, in der Friedrich Wilhelm IV. seine von uns schon dargelegte Auffassung über die Todesursache des Grafen Brandenburg zum Ausdruck bringt. Ueber den übrigen Inhalt berichtet Martens: Le roi rappelait, non sans amertume, que toutes les concessions faites à l'Autriche jusqu'à la complète humiliation de la Prusse n'avaient été décidées que sur le conseil de l'Empereur. Le roi n'avait en raison de son sentiment de juste défiance à l'égard du Cabinet de Vienne, que parce que Sa Majesté l'Empereur l'avait voulu. Pour le moment, disait il, je ne dois compter que sur mes propres forces et c'est pourquoi j'ai signé le décret de mobilisation de toute l'armée prussienne. Meinecke, der, wie gesagt, den Brief aus einer andern Quelle kennen muß, sagt a. a. O., S. 502: „Er [der König] schrieb noch am 6. November dem Zaren, daß der edle Radowitz durch seinen freiwilligen Rücktritt den Grund eines unglückseligen Mißtrauens gegen Preußen aus dem Wege geräumt habe, und daß, wenn der Friede erhalten werde, er nicht an seine Stelle zurückkehren werde. Aber wenn der Krieg ausbräche, würde er ihn ... in seinen Kriegsrat berufen. Und sicher werde, schloß er, der Krieg ausbrechen, wenn der Zar nicht sein Halt rufe“ (vgl. S. 221, Anm. 4).

[5]) In Warschau zwischen Brandenburg und Schwarzenberg verabredet zur gemeinsamen Beratung aller deutschen Regierungen über die deutsche Verfassung.

[6]) Aus Schlegells Niederschrift geht nicht hervor, ob dies (außer dem französischen Satze) im Briefe des Königs stand, ob es Friedrich Wilhelm IV. zu Schlegell gesagt hatte oder ob es Worte des Zaren sind. Vermutlich ist es die Antwort des Zaren Schlegell gegenüber auf die Bitte seines Schwagers hin, Halt zu befehlen (nämlich den Feinden Preußens).

[7]) Peter Freiherr v. M., russischer Gesandter in Wien.

Digitized by Google

Approbation abgeschickt hatte. Der dritte Teil — Radowitz zu rechtfertigen — wird gar nicht von mir versucht, nachdem der Kaiser bei den betreffenden Stellen des Briefes, die dick unterstrichen waren, die Achseln zuckt. Ich nenne die Opfer, die der König gebracht, um gutes Einverständnis zu erhalten — Holstein und die Union aufgegeben, Hessen fallen lassen —, und bitte nun den Kaiser, davon zu abstrahieren, ob der König sich in Radowitz getäuscht, und nur in Betracht zu ziehen, daß der König auch ihn (den General Radowitz) hat fallen lassen, und daß dies für sein Herz das größte Opfer war. Der Kaiser nennt hierauf die früheren Freunde: Schön,[1]) Bunsen[2]) und den lahmen Arnim.[3]) Des Kaisers Stimmung gegen den König ist nicht zu mildern. Er hält ihn für verrückt, sonst würden ihn seine Briefe heftiger machen. Der Kaiser berechnete sich, wie stark wir wären, und es sah die Absicht durch, uns so gering wie möglich zu taxieren und die Landwehr zu unterschätzen. Ich gab zu, daß wir nahe an 100000 Mann in den Festungen brauchten, daß wir aber das zweite Aufgebot einberufen hätten, das erste schon jetzt beisammen sei und der Geist überall vortrefflich wäre.

Die Ansicht des Königs und auch Manteuffels, daß man nach Schwarzenbergs mündlichen Aeußerungen in Warschau jetzt ein Vorgehen in der hessischen Sache nicht hätte erwarten können und es daher für perfide halten müßte, wollte der Kaiser nicht gelten lassen;[4]) er meinte vielmehr, es sei von uns perfide, daß wir in Hessen eingerückt wären, während wir in Warschau unterhandelt hätten.[5]) Doch machte er auch die Aeußerung: „Ich kenne Schwarzenberg seit fünfundzwanzig Jahren; ich lasse mir alles schriftlich von ihm geben; warum habt ihr es nicht auch so gemacht?“ Der Kaiser war übrigens der Ansicht, daß man mit der Räumung von Hessen unsrer Armee wegen vorsichtig sein müsse; er würde das nicht übereilen. Ich erwähnte auch Gerlachs Aeußerung, der Kaiser möge uns alle gegen Frankreich führen, worauf jedoch nicht eingegangen wurde. Im allgemeinen stützte ich mich wieder darauf, daß wir 1815 in eine zu schlimme Lage gekommen wären. — Ich wurde auf Sonntag[6]) früh wieder nach Zarsko bestellt. Abends von 8 bis 11 Uhr mit Münster und Henckel geplaudert. Münster ist sehr in Rochows Auffassung.

---

[1]) Staatsminister Heinr. Th. v. Schön, ehemals Oberpräsident von Preußen.

[2]) Preußischer Gesandter in London, liberal und deutschnational.

[3]) Heinr. Alex. Freiherr v. Arnim, deutschnational, veranlaßte als Minister des Aeußern den Umritt des Königs in den deutschen Farben (20. März 1848).

[4]) Vgl. hierzu S. 227, Anm. 7, und S. 228, Anm. 8.

[5]) 17. Oktober kam Brandenburg in Warschau an, wo Zar Nikolaus schon war. 22. Oktober erhielt Gröben Befehl, die preußischen Etappenstraßen in Kurhessen mit dem dazwischen liegenden Land zu besetzen, um womöglich die Bundestruppen mit Gewalt abzuwehren. 24. Oktober. Die Preußen rücken in Hessen ein. 25. Oktober. Ankunft von Kaiser Franz Josef und Schwarzenberg in Warschau. 26. Oktober. Beschluß des Bundestages, die Bayern in Hessen einrücken zu lassen.

[6]) 17. November.

Digitized by Google

15. November: Morgens Brief an den König und General Gerlach geschrieben.[1]) Von 1/2 2 bis 4 Uhr Visiten gefahren; ich fand nur Lieven, bei dem ich eine Stunde war und der für uns ganz der Alte ist. Er detestiert nie österreichische Politik und verachtet die Bayern. Er teilt alle Besorgnisse für die Zukunft und für das Entsetzliche, was eine zweite Revolution haben würde. Er sagte mir auch, daß Brandenburg seiner Aufgabe nicht gewachsen gewesen sei, daß der Kaiser es gefühlt habe;[2]) und obgleich er es nie geäußert, so wisse er doch, daß der Kaiser es eingesehen habe, daß es ein Fehler war, daß Radowitz nicht gekommen sei, und daß er ihn vielleicht hätte holen lassen, wenn es nicht zu spät gewesen wäre.

Mit Münster und Henckel zu Hause gegessen und nachher von 1/2 9 bis 1/2 10 bei Graf Orloff.[3]) Er spricht Französisch, ich Deutsch und Französisch. Er ist mit der Mobilmachung so einverstanden, daß er sich zu unsrer Ehre darüber freut und selbst dazu geraten hätte, wenn er im Konseil des Königs gesessen hätte. Die drohende Sprache von Radowitz hätte viel verdorben, und dabei hätte man nicht gerüstet; die andern hätten gerüstet und nicht gedroht. Oesterreich sei in schlimmerer Lage als wir; es sei abhängig von den kleinen Königreichen, in deren Arme es sich geworfen,[4]) nachdem wir den Fehler gemacht hätten, das Anerbieten von Schwarzenberg, was er im Juni 1849 in Warschau gemacht, selbst nach Berlin zu kommen, nicht angenommen hätten.[5]) Jetzt würden die Oesterreicher schwer zurück können: „Ils sont trop engagés par les articles de Bregenz!“ Feste Mitteilung, daß der Bundestag von Rußland anerkannt sei.[6]) Ich nannte es: très malheureux! Bei Holstein wird Orloff heftig: wir würden Krieg mit ihnen, und einen sehr populären für Rußland haben, wenn wir Holstein unterstützten. Er freut sich, als ich ihm beweise, daß die Artikel der „Times“, als täten wir es heimlich, eine Verleumdung sind. Ich suchte noch aus den Verträgen von 1815 und unsrer daraus folgenden geographischen Lage das Gefährliche unsrer Situation darzustellen. Graf Orloff gab das alles zu, meinte aber, es käme dann wohl darauf hinaus, daß wir uns vergrößern wollten. Ich bestritt das und nahm dafür das Wort „konsolidieren“.

16. November: Von 11 bis 1/2 1 Uhr bei der Großfürstin Helene,[7]) eine der angenehmsten und lebendigsten Unterhaltungen, deren ich mich entsinne. Die

---

[1]) Auf eine Anfrage an das Kgl. Geh. Staatsarchiv zu Berlin wurde festgestellt, daß sich der Brief an Gerlach unter den dortigen Akten befindet. Schlegells gleichzeitiger Brief an den König dagegen konnte von der Verwaltung des genannten Archivs weder bei sich noch beim Kgl. Hausarchiv ermittelt werden (vgl. dazu das Nachwort).

[2]) Vgl. Gerlach, Denkwürdigkeiten, I, S. 628.

[3]) General, 1844 bis 1856 Chef der Geheimpolizei; Vertrauter des Zaren, gleich diesem voll Haß gegen alles Moderne und Liberale.

[4]) Vertrag von Bregenz, 13. Oktober 1850.

[5]) Vgl. Friedjung, II, S. 12.

[6]) 13. November durch Fürst Gortschakow in Frankfurt (Sybel, II, S. 42).

[7]) Geborene Prinzessin Charlotte von Württemberg, 1807 bis 1873, vermählt 1824 mit dem 1849 verstorbenen Großfürsten Michael, Bruder Nikolaus' I.

Digitized by Google

Großfürstin versteht uns vollkommen und sieht deutlich die Gefahren der Zukunft, die aus der jetzigen Politik entstehen können.[1]) Sie war sehr betreten über die Nachricht, die ich ihr brachte, daß der Bundestag anerkannt sei, und meinte, ich solle auf das Gemüt des Kaisers zu wirken suchen, das würde das einzige Mittel sein, ihn nicht ganz vom König abwendig zu machen. Sie sagte auch, daß die dynastischen Verwandtschaften der Konsolidierung Deutschlands so hinderlich wären. Namentlich schreibe die Großherzogin von Weimar[2]) fast alle Woche, daß ihre Souveränität einmal von Preußen, einmal von Oesterreich bedroht sei."

Am selben Tage sah Schlegell bei Professor Krüger ein Oelbild vom Großfürsten Konstantin,[3]) der dazu neben einem russischen wohl einen österreichischen Orden angelegt hatte, trotz aller Bitten Krügers bezeichnenderweise aber nicht den Pour le mérite, angeblich, weil der Orden sich mit dem obersten Knebel des Dolmans nicht arrangieren lasse. — Ein weiterer Besuch wurde dem General Berg[4]) abgestattet. Es heißt darüber:

„Seine Lage unsrer Frage gegenüber ist verschoben: seiner innersten Meinung nach, wie alle deutschen Generale, mehr auf preußischer Seite, ist er durch seine Stellung, wie er sie im ungarischen Feldzuge eingenommen,[5]) durch seine Opposition gegen Paskiewitsch[6]) auf die österreichische Seite gedrängt. Der Krieg war ihm deshalb ein sehr unangenehmer Gedanke; er wies mit der ihm eignen Lebhaftigkeit alle meine Gründe für unsre Sache zurück, ohne sie eigentlich zu widerlegen, immer wieder zu dem Satz zurückkehrend: „Ihr müßt euch nicht mehr schreiben; ihr müßt miteinander sprechen; dann werdet ihr euch gleich verständigen!" Uebrigens war auch er über die Nachricht, daß Rußland den Bundestag anerkannt habe, erschreckt.

Von $^3/_4$4 bis $^1/_4$5 bei Graf Nesselrode.[7]) Ich erzähle ihm, was ich dem Kaiser amtlich zu berichten hatte. Er behandelt besonders das Thema vom Mißtrauen, und wie ungerechtfertigt das unsre sei; namentlich habe Schwarzenberg niemals in Warschau gesagt, daß er mit den Operationen in Hessen einhalten wolle. Ich sagte, was mir der König und Manteuffel in dieser Beziehung aufgetragen. Nesselrode gab das nicht zu und bezeichnete eine Stelle aus dem Briefe des Königs (den er also gelesen) geradezu als Irrtum.[8]) — Er ließ sich unterbrechen und bestellte mich Sonntag 2 Uhr wieder zu sich in Zarskoje Selo.

---

[1]) Vgl. Bailleu-Schuster, Aus dem literarischen Nachlaß der Kaiserin Augusta, I, S. 423, Anm., und Bernhardi, II, S. 71.

[2]) Maria Paulowna, Schwester Nikolaus' I.

[3]) Bruder des Zaren.

[4]) Vgl. über ihn Gerlach, I, S. 671.

[5]) Berg war militärischer Begleiter des österreichischen Kaisers Franz Josef (siehe „Aus dem Leben Theodor v. Bernhardis, II, S. 47).

[6]) An der Spitze der russischen Armee in Ungarn 1849.

[7]) Russischer Staatskanzler.

[8]) Vgl. S. 224, Anmerkung 1. Wenn N. hier, wie vorher schon der Zar selber (vgl. S. 225) erklärt, Schwarzenberg habe ja gar nicht versprochen, die Exekution in Hessen einzustellen, so ist schon früher gesagt worden, daß Schw. so etwas allerdings kaum versprochen haben kann. Wenn aber der König und Manteuffel die Auffassung hatten,

Digitized by Google

Abends zum Tee kam Leutnant v. Erkert, mit dem ich lange allein war, und der mir mitteilte, mit welcher gespannten Aufmerksamkeit die deutsche Bevölkerung von Petersburg es verfolgte, ob denn der König in allen Stücken nachgeben werde;[1]) die Achtung vor Preußen schwinde dadurch immer mehr und werde zur Verachtung werden, wenn man den Durchmarsch der Oesterreicher durch Preußen nach Holstein gestatte. Die Russen wären alle mit der Politik, sich in die deutschen Angelegenheiten zu mischen, nicht einverstanden; sie wollten die großen Kräfte, die die Armee kostet, auf das Innere verwendet wissen. Der Haß gegen Oesterreich sei noch ebenso lebendig wie im Sommer.[2])

(Schluß folgt)

Krieg und Kolonien

Von einem alten Afrikaner

Fuimus Troes — Kolonialmacht sind wir gewesen! So hart und schmerzlich dies in deutschen Ohren klingen mag, tatsächlich und zurzeit jedenfalls — darüber muß man sich klar sein — verhält es sich so, wenn wir auch das Innere unsrer größeren afrikanischen Schutzgebiete teilweise noch mit Truppen besetzt halten und noch bis zu einem gewissen Grade Herren im Lande sind, zumal in Südwestafrika, wo uns die Wüste als beste Bundesgenossin zur Seite steht. Daß diese Tatsache nur eine vorübergehende sein wird, daß auch in Afrika da und dort mit Erfolg und sicherlich überall mit demselben Heldenmut gekämpft wird wie in der Heimat, und daß die Fortsetzung des obigen klassischen Zitats auf Deutschland keinerlei Anwendung findet, ist immerhin ein erhebendes und trostreiches Gefühl, ändert aber nichts an der augenblicklichen rauhen Wirklichkeit.

Schwarzenberg habe in Warschau mündlich Garantien für das Einrücken versprochen, so beruhte diese Auffassung auf dem Bericht Brandenburgs, der ja auch wirklich offenbar nicht erwartet hat, daß Schw. doch das Einrücken befehlen würde so ohne weiteres (Gerlach, I, S. 552). Wenn nun der Zar und Nesselrode mit ihrer Ablehnung dieser Brandenburgschen Auffassung wirklich recht haben sollten, wenn Schwarzenberg also in Wirklichkeit gar keine „Versprechungen", auch nicht im Sinne Heinemanns, in Warschau gemacht haben sollte, dann muß sich Schwarzenberg zum mindesten so zweideutig und unklar ausgedrückt haben, sei es nun absichtlich oder nicht, daß Brandenburg ihn völlig mißverstanden haben muß, wie er sich selbst ausdrückte. Wenn also, die Richtigkeit der Nesselrodeschen Auffassung gegenüber derjenigen Brandenburgs vorausgesetzt, damit die Hypothese Heinemanns zusammenfällt, zumal sich H. durch Sybel, II, S. 18 auf Nesselrode stützt, so darf man nicht mehr von einem Wortbruch Schwarzenbergs reden. Bestehen bleibt dann aber die Tatsache eines höchst merkwürdigen, folgenschweren Mißverständnisses, das einer absichtlichen Täuschung Brandenburgs durch Schwarzenberg verzweifelt ähnlich sieht.

[1]) Vgl. Bernhardi, II, S. 70 ff.

[2]) Vgl. Gerlach, I, S. 625.

Digitized by Google

Und diese ist nicht etwa die Folge vorhergegangener unglücklicher kriegerischer Ereignisse und schwerer Niederlagen, sondern die plötzliche, sozusagen automatische Wirkung der bloßen englischen Kriegserklärung. An dem Tag, wo diese erfolgte, war auch schon — das konnte sich jedermann sagen — das Los unsrer meisten Kolonien so gut wie besiegelt.

Daß wir Tsingtau dank seiner heldenmütigen Verteidigung noch einige Wochen halten konnten, steht damit nicht im Widerspruch, denn darüber war man sich von Anfang an klar, daß dort nicht um den Besitz, sondern nur um die Ehre gekämpft wurde.

Ohne jede Befestigung — von dem einen Tsingtau abgesehen —, ohne jede oder doch ohne genügende Truppenmacht, ohne geschützte Häfen, ohne Kriegsschiffe, ohne Minen, Kanonen und sonstiges Kriegsmaterial, ohne Zufuhr und ohne jede Verbindung mit dem Mutterlande waren die deutschen Kolonien von Anfang an beinahe wehrlos jedem feindlichen Angriff preisgegeben, und nicht nur von der Heimat, sondern überhaupt von der ganzen übrigen Welt vollständig abgeschnitten.

War dieser Zusammenbruch unvermeidlich? Gab es kein Mittel, der Gefahr vorzubeugen, die doch jeder, der Augen hatte, mit Sicherheit vorhersehen mußte? War es Leichtsinn, Ahnungslosigkeit, Unterschätzung oder Verkennung der Gefahr, oder war es eitel Vertrauensseligkeit des deutschen Michels, der als „reiner Tor" den englischen Vetter eines solchen Verrats an der angelsächsischen Rasse für gänzlich unfähig hielt, dieweil er all die schönen Redensarten von der Gemeinsamkeit der Kulturinteressen und des Blutes, das dicker als Wasser sein sollte, und wie sie sonst noch alle heißen mochten, bisher für bare Münze genommen hatte?

Wer die verblüffende Wirkung miterlebt hat, welche die englische Kriegserklärung in allen Kreisen Deutschlands bei hoch und niedrig — bei hoch vielleicht noch mehr als bei niedrig — hervorgerufen, wird über die Beantwortung dieser Fragen kaum im Zweifel sein.

Ob und inwieweit diese weitgehende Vertrauensseligkeit sich rechtfertigen, entschuldigen oder doch erklären läßt, dem soll hier nicht weiter nachgegangen, auch gegen niemand ein Vorwurf erhoben oder ein Sündenbock für die Gesamtheit gesucht werden. Denn im Grunde genommen waren wir allesamt Sünder und mußten es vielleicht sein, denn ohne diesen Optimismus und ohne dieses Gottvertrauen wäre das zarte Pflänzchen deutscher Kolonialpolitik vielleicht schon im Keime erstickt und somit wohl überhaupt niemals lebensfähig geworden.

Wenn es dafür aber auch eine Entschuldigung in der Vergangenheit gegeben haben mag, von nun ab, nachdem die Gefühle und Absichten der lieben Vettern in ihrer ganzen Brutalität enthüllt sind, kann es in dieser Beziehung für uns keine Illusionen mehr geben, sondern sich nur noch darum handeln, aus den Erlebnissen und Erfahrungen der Vergangenheit die nötigen Lehren für die Zukunft zu ziehen.

Digitized by Google

Dazu gehört erstens einmal die Erkenntnis, daß das Dogma, wonach das, was während des Krieges draußen in den Kolonien vorgehe, von untergeordneter Bedeutung sei, weil, wie uns die Zeitungen täglich predigen, deren Los nicht dort draußen, sondern auf den europäischen Schlachtfeldern entschieden werde, wo nicht eine ganze Irrlehre, so doch zum mindesten nur eine halbe Wahrheit ist. Solange es sich bloß um Frankreich und Rußland handelte, die nicht wie England die Meere beherrschen, konnte man sich mit diesem Troste ja allenfalls abfinden, so wie die Dinge heute liegen, wird er sich bald als hinfällig erweisen. Oder wird etwa Japan, selbst wenn unsre übrigen Feinde am Boden liegen, sich von uns in Europa den Frieden diktieren lassen, und werden wir selbst noch Lust haben, den in Europa glücklich beendigten Krieg in Ostasien fortzusetzen oder von neuem zu beginnen? Wird es so leicht sein, England aus den von ihm besetzten deutschen Schutzgebieten ohne irgendwelche Gegenleistung wieder zu verdrängen und unser trotz aller europäischen Siege draußen schwer geschädigtes Ansehen bei wilden und halbwilden Völkern, die mehr wie je unter englischem Einfluß stehen, wiederherzustellen? Läßt sich leugnen, daß die ganze in den letzten vierzig Jahren von uns geleistete koloniale Arbeit zum größten Teil vergeblich gewesen sein wird und damit von neuem einsetzen muß? Soll, wenn uns die im gegenwärtigen Kriege gemachten Erfahrungen nicht zur Lehre dienen, nach abermals vierzig Jahren die Sisyphusarbeit wieder von vorn beginnen? Wer diese Fragen verneint, kann und darf sich dann aber auch nicht der weiteren Erkenntnis entziehen, daß unsre ganze koloniale und im Zusammenhang damit auch unsre Flottenpolitik — wenigstens soweit dabei unsre Auslandsflotte in Betracht kommt — diesen neuesten Erfahrungen wohl oder übel angepaßt werden muß. Unsre Flotte war niemals als Angriffsflotte gedacht; die ihr programmmäßig gestellte Aufgabe war, erstens die deutsche Küste und zweitens den überseeischen deutschen Handel und unsre Kolonien zu schützen. Daß sie den zweiten Teil dieser Aufgabe nicht erfüllen konnte, haben wir schaudernd miterlebt und erleben es noch heute. Alle Hochachtung vor unsern Kreuzern draußen, vor S. M. S. „Emden" und Genossen; sie haben dem Feinde verhältnismäßig viel Schaden und uns viel Ehre gebracht, aber gerade wie dies bei Tsingtau der Fall war, auch ihr Urteil war doch schon im voraus gesprochen. Ueber alle Meere zerstreut und an Zahl viel zu schwach, um irgendwo einen entscheidenden Schlag führen zu können, müssen unsre Kreuzer vom ersten Tage der englischen Kriegserklärung an schutz- und heimatlos — dem fliegenden Holländer gleich — durch die Meere irren, sich notdürftig durch einen kühnen Kaperkrieg flott erhaltend, nirgends einen Ruhe- oder Stützpunkt findend, um die erschöpfte Munition zu erneuern, die überanstrengten Kessel zu reinigen oder erlittene Schäden auszubessern, also früher oder später zu gänzlicher Untätigkeit verdammt oder einem unvermeidlichen Untergang entgegengehend.

Wenn somit der nächste Krieg — und daß ein solcher früher oder später kommen *muß*, können nur *diejenigen* bezweifeln, die mit einer völligen Niederwerfung Englands schon in *diesem* Kriege rechnen — unsre Kolonien nicht

Digitized by Google

wieder in demselben Zustande völliger Wehrlosigkeit finden soll, eine Aussicht, die auf das Kapital keine große Anziehungskraft ausüben dürfte — so bleibt kein andres Mittel als Vermehrung zum mindesten unsrer Auslandschiffe, Wehrhaftmachung unsrer Kolonien durch Hafenanlagen und Befestigungen zum eignen Schutze sowie zum Schutze unsrer Marine und endlich Errichtung von Flotten- und Kohlenstationen an sonstigen geeigneten überseeischen Punkten, wie sie ja schon den meisten, auch den bescheidensten, Seemächten zu Gebote stehen.

Wenn sich das deutsche Volk zu diesem Opfer nicht aufschwingen kann, wird es besser tun, künftig auf Kolonialpolitik und Seegeltung lieber ganz zu verzichten, denn ohne solche Garantien wird, wie der gegenwärtige Krieg zur Genüge beweist, jede koloniale Arbeit nur Arbeit für den König von England oder den Mikado sein.

Schwere pekuniäre Opfer werden zur Erfüllung dieser Aufgaben wieder erforderlich sein; eines der Mittel, diese Opfer wenigstens einigermaßen herabzumindern und in den Grenzen der Erschwinglichkeit zu halten, könnte vielleicht darin gefunden werden, daß an die Stelle der bisherigen kolonialen Zersplitterung eine größere Konzentrierung treten, mit andern Worten, daß die ostasiatischen Schutzgebiete oder wenigstens ein Teil davon gänzlich aufgegeben und statt dessen die Bildung eines großen Kolonialreichs angestrebt würde, dessen Verwaltung und wirtschaftliche Entwicklung und vor allem dessen Wehrhaftmachung und Verteidigung gegenüber dem jetzigen Zustand eine wesentliche Vereinfachung und Verbilligung, und zumal wenn sich Portugal auch noch zu unsern Feinden gesellen sollte, wohl auch eine leichtere Verbindung mit dem Mutterlande (Madeira, Kapverdischen Inseln) ermöglichen würde. Daß dieses neue Kolonialreich im großen Stile nicht erst entdeckt zu werden brauchte, sondern in seinen Ansätzen schon vorhanden ist, dazu genügt, ohne Namen zu nennen, ein Blick auf die afrikanische Karte. Den hier angedeuteten Gedanken weiter auszuführen, mag in Anbetracht, daß die Bären, deren Felle verteilt werden, heute noch nicht ganz erlegt sind, als verfrüht erscheinen und deshalb späterer, geeigneterer Zeit vorbehalten bleiben; aber auch diejenigen, welche in diesem Zukunftsprogramm vielleicht ein Zugeständnis der Schwäche und einen Akt der Resignation und Selbstbeschränkung erblicken wollen, werden doch hinwiederum zugeben müssen, daß damit dem deutschen Volke eine Aufgabe gestellt wäre, deren Bewältigung die Kräfte von Generationen vollauf in Anspruch nehmen würde und uns für manche zu Grabe getragene koloniale Hoffnung entschädigen könnte.

Ob für die Verwaltung der Kolonien selbst und die zu befolgende Eingeborenenpolitik sich aus den Erfahrungen dieses Krieges nicht auch noch manche nützliche Lehre wird ziehen lassen, darüber wird erst gesprochen werden können, wenn die Vorgänge, die sich während des Krieges und unmittelbar vorher in einzelnen Kolonien abgespielt haben, näher untersucht und bekannt geworden sind. Die Rolle, welche das edle Dualavolk in Kamerun hierbei gespielt haben soll — eine Rolle, die übrigens keinen Kenner dieses Gaunerpacks überraschen konnte —,

Digitized by Google

dürfte vielleicht nachträglich auch der Regierung und dem Reichstage die Augen öffnen und einige Zweifel über die Zweckmäßigkeit der diesen schwarzen Patrioten gegenüber bisher befolgten Politik der Milde und Großmut aufsteigen lassen.

Die Verwundungen des Weltkrieges

Von

Prof. Dr. Goebel (Breslau), zurzeit im Felde

Die Kriegschirurgie unterscheidet Verwundungen durch Infanterie- und Artilleriegeschoß, durch sog. blanke Waffen (Säbel, Bajonett, Dolch usw.) und durch indirekte Geschosse, d. h. durch von der Kugel fortbewegte Steine, Holzsplitter, Gegenstände am Körper des Verletzten, wie Taschenmesser, Uhren, Feldstecher, Knöpfe usw. Diese Einteilung ist für alle modernen Kriege maßgebend. Und doch haben die Verwundungen jedes Krieges ihre Besonderheiten. Das hängt in erster Linie von der Art des Infanteriegewehrprojektils ab, das bekanntlich bei den verschiedenen Heeren stark differiert hat und noch differiert. Zweitens von der Art des Kampfes, d. h. ob Nah- oder Fernkampf, ob mehr Infanterie- oder Artilleriegefechte, ferner von der Beschaffenheit des Grund und Bodens, auf dem der Kampf stattfindet usw.

Die Unterschiede in der Art der Verwundungen sind also qualitative und quantitative, insofern in einem Gefecht resp. Kriege die schweren oder leichten Verletzungen, die Verletzungen mehr oder weniger wichtiger Organe und endlich, wie gesagt, einmal die Infanterie-, einmal die Artillerieprojektilwunden, letztere als qualitativ schwerer, überwiegen. Das Seegefecht, das wir hier im allgemeinen nicht berücksichtigen, zeichnet sich durch fast ausschließliche Granatverletzungen und solche durch indirekte Geschosse, wie Holz- und Eisensplitter, aus.

Im Weltkrieg 1914 verwenden wir Deutsche das sog. S-Geschoß, ein Spitzgeschoß, dessen Mantel aus nickel-kupferplattiertem Flußeisenblech und dessen Kern aus Weichblei besteht. Es ist ein sog. Vollmantelgeschoß, im Gegensatz zum französischen Vollgeschoß, der sog. Bal-D, das durch und durch aus Kupfer besteht. Dieses Geschoß ist länger und größer an Kaliber als das deutsche. Beide Geschosse haben die Eigentümlichkeit, daß ihr Schwerpunkt mehr hinten nach der Basis zu liegt, so daß sie sich beim Auftreffen am Hindernisse sehr leicht überstürzen, zum sog. Querschläger werden und nun größere und gefährlichere Wunden reißen, als wenn sie in gerader Richtung, d. h. in ihrer Längsachse, durch die Körperteile gehen. Das französische Geschoß ist infolge seiner größeren Länge und Schwere gefährlicher, auch wird gerade dies Geschoß sehr leicht „deformiert", d. h. an der Spitze mehr oder weniger umgebogen, offenbar weil das Kupfer infolge der Erhitzung weich wird und viel eher eine andre Gestalt annimmt als der harte Nickelmantel des deutschen Geschosses. Ueber

Digitized by Google

das russische Geschoß vermag ich aus eigner Anschauung nichts zu sagen. Das belgische ist ein sog. ogivales, wie das vorletzte deutsche Projektil, d. h. ein zylindrisches, vorne stumpf abgerundetes Nickelvollmantelgeschoß. Das englische dagegen zeigt in seiner Konstruktion die ganze Tücke und Hinterlist Albions. Es ist ein Nickelvollmantelgeschoß mit Bleikern, das aber vorne eine Spitze von Aluminium trägt. Dieses Geschoß wird beim Aufschlagen sicher oft seiner weicheren Spitze beraubt, dadurch wird der innere Bleikern frei, das Blei staucht sich beim Aufschlagen und zerreißt den härteren, aber sehr dünnen Nickelmantel, so daß dieser breit auseinandergeht und große, zerfetzte Wunden schlägt. Insofern ist das englische Geschoß in seiner Wirkung den berüchtigten Dumdumgeschossen gleich. Ob alle Engländer mit diesen Geschossen ausgerüstet sind, entzieht sich meiner Kenntnis, jedenfalls hatten aber die wenigen englischen Geschosse, die ich sah, stets die beschriebene Konstruktion. Ueber die Dumdumgeschosse wurde in letzter Zeit in deutschen Zeitungen so viel geschrieben, daß ich hier nur erwähnen will, daß ich persönlich nicht an die allgemeine Anwendung dieser Geschosse glaube. Zunächst läßt sich das französische Projektil als Vollgeschoß gar nicht in ein Dumdumgeschoß umwandeln. Die französischen sog. Dumdumgeschosse, von denen ich eine Anzahl in Montmédy sah, sind aus dem früheren französischen ogivalen Nickelvollmantelgeschoß, das mit Bleikern versehen war, hergestellt. Ich möchte mich fast der Ansicht kompetenterer Beobachter anschließen, daß dieselben als Exerzierpatronen verwandt werden sollten und zur Vermeidung stärkeren Durchschlagens in der Weise der Dumdumgeschosse deformiert waren. Nichtsdestoweniger sind sicher Dumdumgeschosse angewandt. Einwandfrei läßt sich das durch Röntgenbilder nachweisen. Aber ich muß persönlich sagen: Solange die schauderhaften Granatverletzungen durch völkerrechtliche Abmachungen nicht vermieden werden können, so lange spielen vereinzelte Dumdumgeschoßverletzungen eine geringere Rolle (vom medizinischen Standpunkt), wenn auch ihre Anwendung zur Charakteristik unsrer „gentlemanliken" Gegner nicht genug gebrandmarkt werden kann. Aber anderseits bin ich überzeugt, daß viele Wunden, auch von Aerzten, auf Dumdumgeschosse zurückgeführt werden, die durch die „normale" Wirkung des Infanterieprojektils schon ihre Erklärung finden.

Damit kommen wir zur Betrachtung der Verwundungen durch Infanterieprojektil. Wenn dasselbe durch den Körper in gerader Richtung, d. h. in seiner Längsachse, durchgeht, so macht es einen glatten Schußkanal. Der Einschuß ist meist etwas kleiner als der Ausschuß, ersterer oft nur schlitzförmig. Bei richtiger Versorgung heilen die Wunden rasch, mit oft kaum sichtbaren Narben. Die äußere Wunde ist nicht die schlimme. Viel wichtiger ist die innere, d. h. die Verwundung innerer Organe, wie Hirn, Lungen, Herz, Darm, Knochen usw. Diese Organe verhalten sich sowohl untereinander verschieden, als auch reagieren sie ganz anders auf Schüsse aus verschiedener Entfernung. Schon die Hautwunde läßt einen gewissen Schluß auf die Entfernung zu, aus der das Geschoß gekommen. Nahschüsse, d. h. solche aus 50 bis 200 Meter, zeigen oft eine Sprengwirkung: Die Haut platzt entweder sternförmig auseinander oder in ovaler

Digitized by Google

Form, entsprechend ihren „Spaltlinien“. Das sind die, auch äußerlich für das Laienauge leicht erkennbaren Linien, in denen sich die Haut faltet und die durch den Zug sog. elastischer Fasern in der Haut hervorgerufen werden. Wenn die Haut dann platzt, so klafft sie auseinander wie eine gespannte Gummimembran, in welche wir ein Loch schlagen. Gerade diese großen Hautwunden sind im Weltkrieg 1914 besonders häufig. Sie haben auch sicher viele verführt, die Anwendung von Dumdumgeschossen anzunehmen. Aber selbst der Laie kann sich vorstellen, daß es sehr wohl zum Platzen der Haut kommen kann, wenn z. B. ein Geschoß ziemlich oberflächlich unter der Haut durchläuft. Die ungeheure Geschwindigkeit des Geschosses erzeugt in den wasserdurchtränkten Teilen der Gewebe (besonders der Muskulatur) einen starken Druck nach allen Seiten, die Haut kann diesem Druck nicht standhalten und platzt in ihrer Spaltrichtung; es entsteht eine große ovale Hautwunde. Viel zu dem Ueberwiegen dieser großen Wunden mag auch die erwähnte Eigenschaft des französischen Geschosses beitragen, sich leicht zu deformieren und zum Querschläger zu werden.

Das häufige Vorkommen dieser großen Wunden ist eine Eigentümlichkeit des jetzigen Krieges.

Eine weitere Eigentümlichkeit besteht in der Häufung besonderer Schüsse. Erstens gibt es relativ viel Längsschüsse. Es ist das ohne weiteres zu erklären durch die Lagerung der Soldaten während des Kampfes. Oft hat man Längsschüsse durch den ganzen Körper ohne wesentlichen Schaden gesehen (übrigens auch in früheren Kriegen!). So erinnere ich mich eines Fähnrichs, dem die Kugel in der linken Achselhöhle hinein und an der Außenseite des rechten Oberschenkels herausgegangen war. Er ist wohlbehalten in der Heimat eingetroffen. Sehr zahlreich sind die Knochenschußbrüche, besonders der Arme und des Oberschenkels, ferner Kopfschüsse. Von diesen verlaufen wunderbarerweise oft die Durchschüsse durch das Gehirn besser und leichter als die sog. Tangential- oder Rillenschüsse. Letztere pflügen nämlich gewissermaßen den Schädelknochen und das darunterliegende Gehirn auf, sie bewirken, daß sich eine Menge kleinerer und größerer Knochensplitter in das Gehirn einspießen, und bedingen durch die Größe der Wunde sehr oft eine tödliche Vereiterung (Infektion) der Wunde. Die Verletzung einzelner Nerven durch das moderne Infanterieprojektil, die im Buren- und Chinafeldzug, in dem Balkankriege und im Tripolisfeldzug beschrieben ist, sahen wir auch jetzt häufig, dagegen nur ausnahmsweise Teilverletzungen größerer Blutgefäße, die in den erwähnten Feldzügen als Besonderheit hervorgehoben wurden. Es scheint mir, daß das S-Geschoß und die Bal-D die großen Gefäße eher ganz zerreißt, ebenso wie die früheren Bleigeschosse.

Die Bauchverletzungen sind im modernen Kriege, wie auch aus den Erfahrungen andrer Kriegschirurgen hervorgeht, sehr schwere und führen fast stets zum Tode. Es hat eine Zeitlang als Axiom gegolten, daß die kleinkalibrigen Längsgeschosse recht oft durch den Bauch gingen, ohne schwerere tödliche Wunden zu reißen, daß selbst Darmwunden zur Heilung kämen, wenn der Darm zur Zeit der Verletzung nur leer wäre, und Verklebungen der Därme, die das Loch

Digitized by Google

meist rasch verstopften, nicht wieder gelöst würden durch unvorsichtigen Transport oder zu frühzeitige Nahrungsaufnahme. Leider zeigt sich doch, daß derartig günstig verlaufende Bauchschüsse zu den Seltenheiten gehören.

Dagegen sind zweifellos Brust- und Gelenkschüsse relativ gutartig, wenn das Projektil glatt durchgeht. Auch Brustschüsse hat uns der Krieg in reichlicher Menge zugeführt. Sie und die Kopfschüsse sind es neben den Armschüssen, die der jetzige Positionskrieg im Westen in erster Linie den Lazaretten zuführt.

Leider aber überwiegen in dieser zweiten Phase des Krieges die viel gefährlicheren und furchtbaren Artilleriegeschoßverletzungen über die Verwundungen durch das Infanteriegeschoß. Es ist das geradezu auffallend und ja leicht erklärlich.

Von den Artilleriegeschossen kommt das Schrapnell und die Granate in Frage. Ersteres setzt ähnliche Wunden wie das Bleigeschoß der früheren Kriege. Die Wunden sind größer und, besonders wenn sie innere Organe treffen, entschieden gefährlicher als die Infanteriegeschoßwunden. Ferner zeichnen sich Schrapnellverletzungen durch ihr gehäuftes Vorkommen bei demselben Mann — wir haben bis zu elf Wunden gezählt — und durch gehäuftes Auftreten in der oberen Körperhälfte aus. Endlich bleibt die runde größere Schrapnellkugel öfter im Körper stecken. Diese Eigenschaft zeigt aber anscheinend auch unser und das französische Infanteriegeschoß wegen ihrer Neigung zu Querschlägern resp. zur Deformierung in höherem Maße als die früheren kleinkalibrigen Geschosse. Es fällt natürlich hierbei die Geschwindigkeit des Geschosses, d. h. die Entfernung, aus der es kommt, sehr ins Gewicht.

Die furchtbarsten Verletzungen sehen wir durch Granatsplitter. Die modernen Explosivstoffe geben denselben eine große Durchschlagskraft. Auch kleinste Splitter können schwere Verletzungen bedingen. Mehrmals waren die äußeren Wunden ganz klein und doch schwere Zerreißungen innerer Organe, besonders der Bauchorgane (Darm, Leber, Milz) vorhanden. Besonders gefährlich erscheinen mir die Fliegerbomben. Eine ganz neue Waffe haben die Franzosen in den Fliegerpfeilen, schweren spitzen Eisenpfeilen, denen hinten zur Erhaltung der Fallrichtung leichte Aluminiumflügel angesetzt sind. Sie erreichen, aus 1500 Metern Höhe geworfen, eine Endgeschwindigkeit von 200 Metern in der Sekunde. Es ist ein Fall beschrieben, wo der Pfeil an der Schulter eingedrungen und in der Kniekehle ausgetreten war.

Die Gefährlichkeit der Artilleriegeschosse wird vermehrt durch die Neigung zur Infektion der Wunde. Die Infektion der Wunde ist bedingt durch das Eindringen von Bakterien, die eine Entzündung hervorrufen, welche zur Vereiterung, zu Brand, zu allgemeiner Blutvergiftung (Sepsis), zu Wundstarrkrampf, Wundrose usw. führen kann. Die Bakterien werden fast immer von den Kleidungsstücken und der äußeren Haut durch die Kugel mitgerissen. Ist der Schußkanal glatt, werden durch den Schuß keine größeren Zerstörungen im Innern des Körpers herbeigeführt, und ist der Verletzte widerstandsfähig, so gelingt es dem Körper meist, die eingedrungenen Bakterien (Spaltpilze) durch seine natürlichen

Digitized by Google

Schutzkräfte unwirksam zu machen, zumal wenn der Wundkanal gleich durch bakterienfreie (aseptische) Verbandstoffe geschlossen wird. So können wir im praktischen Sinne die meisten Kugelwunden (auch viele Schrapnellkugelwunden) als aseptisch (keimfrei), nicht infiziert ansehen. Werden aber größere, zerfetzte Wunden gesetzt, so finden die Bakterien in den absterbenden Gewebsfetzen der Wunde einen guten Nährboden. Dazu kommt, daß die Wunden oft nicht sogleich verbunden werden können, so daß Erde, Staub, Schmutz sekundär hineingelangt. Wir sprechen dann von sekundärer Infektion, im Gegensatz zur primären, durch das Projektil bewirkten. Auch kann natürlich ein Granatsplitter viel mehr Schmutz, Erde usw. mit sich in die Wunde reißen als eine glatte Kugel. Endlich sind größere Blutergüsse in die Wunden der geeignetste Nährboden für die Bakterien. Auch diese Blutungen beobachten wir erklärlicherweise mehr bei den Artillerieverletzungen. Die gefürchtetste Wundinfektion ist der Wundstarrkrampf (Tetanus). Es ist eine Begleiterscheinung aller Kriege, auch des jetzigen, ist aber sehr oft an den Grund und Boden geknüpft, insofern Erde, die viel faulende organische Stoffe birgt, auch bessere Wachstumsbedingungen für den Tetanusbazillus schafft. Derartige Erde ist besonders im Laubwald gegeben. Und deshalb sahen wir den Wundstarrkrampf sich häufen bei den Verwundeten in den Kämpfen im Argonnenwald und in den Waldgebirgen der Aisne.

Die zweite Phase des Krieges hier im Westen hat uns, wie aus dem vorhergehenden ohne weiteres hervorgeht, mit den gehäuften Artillerieverletzungen auch mehr Wundinfektionskrankheiten gebracht.

Jedenfalls aber können wir Aerzte das sagen, daß der Verlauf, die Dauer und die Folgen der auch jetzt noch unvermeidbaren Infektionen ganz wesentlich gemildert werden durch die moderne Wundbehandlung, dank unsern großen Chirurgen und Bakteriologen, dank deutschen Männern vor allen andern, wie v. Bergmann, Koch, Behring und viele andre. Nicht nur, daß wir die Leiden der Erkrankten abkürzen können, daß wir selbst gegen den gefürchteten Wundstarrkrampf ein Antitoxin beschert bekommen haben, insbesondere können wir die vielen verstümmelnden Operationen der früheren Kriege vermeiden und auch schwerst Verletzte ihrem bürgerlichen Beruf, ja oft selbst wieder der Front zuführen.

Digitized by Google

Ueber Neutralität

Zweiter völkerrechtlicher Brief

Von

A. v. Kirchenheim

Ueber Völkerrecht und Krieg habe ich Ihnen im vorigen Hefte geschrieben, über echtes und unechtes Völkerrecht haben Sie von andrer Seite ein Urteil bekommen, und es ist noch manches in Tages- und Monatspresse gesagt worden über diese Fragen. Aber allen, Juristen, Militärs, Politikern, ja dem ganzen Volke kam es doch vor allem darauf an, den Sinn dieses großen Völkerkriegs zu erfassen. Welches ist der weltgeschichtliche, göttliche Gedanke in diesem gewaltigen Ringen? Und da sahen wir, daß Weltgeschichte und Völkerrechtsentwicklung nicht so verschiedene Dinge sind: beide haben nur ein Ziel, und als solches erkannten wir das, was G. Freytag die Bändigung des Egoismus des einzelnen Volkes nennt! Wie die Menschen im Gemeinwesen, so sind auch die Staaten und Völker aufeinander angewiesen — in der Anerkennung dieses Gedankens unterscheiden sich antike und moderne Auffassung, Barbaren und Kulturvölker. So wird auch dieser Krieg nicht eher enden, bis aus der Völkergemeinschaft, ich will nicht sagen ausgestoßen, aber als einflußreich ausgeschieden sind die Trüger- und Krämervölker, die jenen barbarischen Anschauungen huldigen, dabei aber allerlei Friedensideale aufstellen. Taten, nicht Worte entscheiden!

Von allen völkerrechtlichen Begriffen ist seit Beginn des Kriegs bis heute wohl keiner so unsicher geworden wie der der Neutralität. Oder ist dies auch nur ein Wort? Jedenfalls liegt eine gewaltige Kluft zwischen den Worten der Haager Friedenskonferenz und der Handlungsweise Britanniens. Nicht allen wird bekannt sein, daß „Neutralität" etwas wesentlich Neues ist. Dem Altertum und Mittelalter ist der Begriff fremd, da gilt der Satz: wer nicht mit mir ist, ist wider mich, und erst seit etwa zweihundert Jahren taucht der Ausdruck auf. Eigentlich hat erst England durch seine Uebergriffe in der Rule of the war 1756 (Verbot des Handels von Neutralen mit den Kolonien der Kriegführenden) die Lehre zur Ausbildung gebracht, denn die Folge war die berühmte bewaffnete Neutralität von 1780, die erste formulierte Festsetzung des Seekriegsrechts zuerst seitens Rußlands, Dänemarks, Schwedens, denen sich die Niederlande, Preußen, Oesterreich, Frankreich und die Vereinigten Staaten anschlossen. Für England war dies ein harter Schlag, der zeigte, daß auch die stärkste Seemacht sich nicht isolieren kann. Bei dieser Erklärung handelt es sich natürlich nur um die eine Art Neutralität, die freiwillige: sie bedeutet ein Nichtbeteiligtsein am Kriege im einzelnen Falle. Mit dieser Art wollen wir uns hier nicht beschäftigen, es ist viel in den letzten Monaten in den Zeitungen darüber geschrieben, es sind viele Verletzungen mitgeteilt worden, und wenn auch manches, besonders auf dem Gebiete des Seehandels, streitig, so bleibt doch genug Unstreitiges, z. B. die

Digitized by Google

Verletzung der Korrespondenz, die Beschießung von Schiffen in neutralen Häfen und andres mehr. Es gibt eine reichhaltige Literatur darüber, vom dreizehnten Jahrhundert an bis zur Pariser Deklaration 1856 mit ihrem Satz: „die Flagge deckt die Ladung". Wollte man nun eine Geschichte der Neutralitätsverletzungen schreiben, so würde man bald sehen, daß man eine englische Geschichte schreiben müßte. Es genüge, einige Worte eines als ziemlich deutschfeindlich bekannten französischen Rechtslehrers anzuführen, der u. a. sagt:[1]) „Der Grund des steten Widerspruchs zwischen dem wirklichen Verhalten Englands und den Verpflichtungen, die es fast in allen Verträgen übernahm, liegt in seinem Handelsneide. Der einzige Beweggrund, der England leitet, ist sein selbstsüchtiges materielles Interesse. Alle Mittel, selbst die ungesetzlichen, scheinen ihm geeignet, wenn es gilt, den Grundpfeiler seiner Größe, seinen Seehandel, zu verteidigen. Mit seiner Macht wachsen seine Anmaßungen. Hält es sich für stark genug, so erklärt es, daß die Sorge um seine Seemachtstellung die Grundsätze seines Seerechts bestimme. Um seinen Handel auszudehnen, fühlt es sich gedrungen, gegen neutrale Völker unbillige Bestimmungen zu erlassen." Und in der Order in council vom 14. November 1807 heißt es: „Seine Majestät sieht sich genötigt, neue Maßregeln zu ergreifen, um seine berechtigten Ansprüche zu festigen und zu erhalten und um seine Seemachtstellung zu wahren, die sie dank der besonderen Fügung der Vorsehung durch die Tapferkeit seines Volkes innehat und deren Bestehen nicht weniger wesentlich für das Wohl der Menschheit (!) als für die Sicherheit und das Gedeihen der Staaten Seiner Majestät ist."

Weit wichtiger und lehrreicher ist augenblicklich die Frage nach der andern Art Neutralität. Von der Neutralität der Staaten während eines Kriegs ist zu unterscheiden der durch völkerrechtliche Akte geschaffene dauernde Zustand der Neutralität eines Staats oder Gebiets. Der Zweck ist im allgemeinen politischer Natur, oder es können höhere Zwecke in Betracht kommen: so wollte man z. B. nach der Kongoakte (1885 Art. 10) europäische Kriege nicht nach Afrika übertragen, und erklärte den Kongostaat usw. für neutral, „um dem Handel und der Industrie eine neue Bürgschaft der Sicherheit zu geben und durch die Aufrechthaltung des Friedens die Entwicklung der Zivilisation zu sichern!" ... „Hier stock ich schon", wenn ich an das Verhalten des christlichen England in Afrika denke! Neutralisierung von Staaten und Gebietsteilen gewährt diesen den Vorteil, daß sie von den Schrecken des Kriegs frei bleiben, legt ihnen aber für alle Zeiten große Verpflichtungen auf, nicht gerade die, rein passiv zu sein; aber immerhin sind sie in ihrer Selbständigkeit beschränkt und müssen sich von der großen Politik fern halten.

Auch diese Neutralität ist etwas Neues. Eine erste Andeutung findet sich in einem Geheimartikel[2]) 1791 hinsichtlich Polens; auch die Stellung der Hansestädte und der Reichsstädte Augsburg, Nürnberg, Frankfurt 1803 bis 1815 wurde

[1]) Bonfils, § 1520. Deutsche Ausgabe (1904). S. 765.
[2]) Vertrag vom 25. Juli 1791. (Martens, Bd. V, S. 238.)

Digitized by Google

so aufgefaßt, und 1802 wurde die Neutralität Maltas unter dem Johanniterorden proklamiert. 1815 wurde Krakau für neutral erklärt, ebenso die Schweiz, die es tatsächlich seit 1648 war, nach manchen sogar seit 1516 (Schlacht von Marignano), 1831 Belgien, 1863 die Jonischen Inseln (Korfu!), 1867 Luxemburg. Außerdem sind die Schiffahrtsanstalten der Donaumündungen und des Sueskanals „neutralisiert". Man sieht, das sind im großen Staatenleben neue Dinge und es sind sehr verschiedene Neutralitäten. Die der Schweiz ist vielleicht die natürlichste, geschichtlich und ethnographisch begründet, wie die Schweizer meinen. Jedoch sind etwa sieben Zehntel der Bevölkerung deutschen Stammes, und das merkt man an dem Verhalten der Behörden oft wahrlich nicht: die Handhabung der Zensur gegenüber der Presse, die Zulassung der geradezu feindlichen Agitation der massenhaft eindringenden Belgier, die Unterlassung schärferer Maßregeln gegen die ungezogenen Genfer Straßenbuben und die dito Studenten beweisen, daß da manches zu wünschen bleibt, zumal dies kleine Land doch Deutschland unendlich viel verdankt.

Nun Belgien! Wenn jemals ein völkerrechtlicher Begriff Fiasko gemacht hat, so ist es der der Neutralität Belgiens. Fides servanda! das ist die Grundlage des Völkerrechts und des Völkerlebens. Und für die Geschichte liegt ja nun kein Zweifel mehr vor, daß England, was man so sagt, einen Schurkenstreich begangen und Belgien zum Treubruch veranlaßt hat. Unserm Reichskanzler mag man es zugute halten, daß er „allzu gerecht" und damals noch ohne Kenntnis der Geheimakten von einer Verletzung der Neutralität sprach. Jetzt werden selbst Carnegie und Roosevelt, die damals ihre wahren Gedanken enthüllt und für alle Zeit viel an Achtung eingebüßt haben, und alle Historiker zugeben, daß der Vertrauens- und Neutralitätsbruch durch unsre Gegner längst erfolgt war, als wir in gerechter und unvermeidlicher Notwehr Belgien betraten. Dem Kenner des Völkerrechts und der englischen Politik war die Sache übrigens so wenig überraschend wie dem deutschen Generalstab. Wenn neulich in einem Leitartikel stand: „John Bull bricht Verträge, wie ein gewerbsmäßiger Geldschrankknacker Geldschränke", so kann man das genugsam belegen; nur drei Fälle (cases) lassen Sie mich in Erinnerung bringen: die Beschießung Kopenhagens und Wegnahme der dänischen Flotte (2. April 1801), den Kampf bei Navarino am 20. Oktober 1827 und die noch in vieler Gedächtnis stehende Beschießung Alexandrias am 11. Juli 1882. Jetzt dürfte das Maß voll sein! Was Belgien betrifft, so könnte man Bände schreiben über die Stellung Englands hierzu: das Leitmotiv war stets die Beherrschung der Nordsee, und die „Neutralität" war ein Vorwand für die Politik des eignen Vorteils. Hierfür nur ein kleines, weniger bekanntes Beispiel. Als 1842 Guizot einen Zollverein zwischen Frankreich und Belgien vorschlug, protestierte dagegen England als Verletzung der Neutralität, weil es französische Zollbeamte in Antwerpen fürchtete! Aber auch Belgien hätte die Pflicht gehabt, kriegerische Vorbereitungen zu unterlassen und von dem Ansinnen des Vertragsbruchs uns Kenntnis zu geben. Durch diese Versäumnis hat es sich außerhalb des Rechts gestellt. Schon Treitschke hob

Digitized by Google

einmal hervor, welche Lächerlichkeit es ist, daß Belgien sich mit Vorliebe als Zentrum der Völkerrechtswissenschaft betrachtet: in einem abnormen Staatswesen wie Belgien kann sich kein gesundes Völkerrecht ausbilden, das zur Voraussetzung wirkliche Gegenseitigkeit hat, eine sehr treffende Bemerkung des großen Historikers! So darf man wohl sagen, daß das neutrale Belgien nicht wieder aufleben wird. Wie sich die Verhältnisse gestalten werden, darüber wollen wir uns heute nicht den Kopf zerbrechen. Nur sollen von vornherein die unrühmlichen Gedankengänge vereinzelter professoraler Politiker abgelehnt werden, die schon durch das bekannte Spottgedicht „Mein Vaterland muß kleiner sein" hinreichend gekennzeichnet sind.

Ob nach dem Gesagten der Begriff der Neutralität im Völkerrecht der Zukunft eine Stelle finden wird, kann höchst zweifelhaft sein. Wünschenswert wäre er ja wohl am ersten für den großen Weltverkehr. Das war der Gedanke des Vertrags vom 29. Oktober 1888, wonach der Sueskanal „im Kriege wie im Frieden" den Schiffen aller Nationen zu freier Benutzung offenstehen solle. Die Ueberwachung dieser Bestimmung ist nach Artikel 8 desselben Vertrags den diplomatischen Agenten in Aegypten übertragen ... und diese hatte England, das bis 1904 nach Zählung eines Franzosen nicht weniger wie siebenundvierzigmal erklärt hat, es werde Aegypten räumen, gewaltsam entfernt! Man sieht, so geht es nicht. Soll Neutralität nicht ein bloßes Schlagwort sein, so muß reale, aber selbstlose, also in diesem Sinne ideale Macht dahinter stehen. Man könnte daran denken, am Sueskanal eine Kommission zu bilden nach Art der Internationalen Europäischen Donaukommission, die eigne Flagge und polizeiliche Rechte hat, aber würde das genügen bei ernstlichen Konflikten? Erwägenswerter wäre der Vorschlag, den 1904 ein französischer Kolonialpolitiker gemacht hat, Aegypten zu neutralisieren; ja, soll die Welt wirklich Ruhe haben, so müßte die Neutralität bis Gibraltar und bis Mekka reichen, und dann würde vielleicht auch der Traum über das Heilige Land (Revue, Dezember 1913) Wirklichkeit ... gleichviel, eine echte Neutralität ist nur möglich unter Anlehnung an reale Mächte, aber auch nur bei gewährleisteter aufrichtiger, ehrlicher Gesinnung, nicht, wo ungezügeltes Streben nach materiellen Gütern jeden Idealismus, jedes Rechtsgefühl überwuchert. Sonst wollen wir lieber das Wort Neutralität nicht hinübernehmen in eine neue Zeit, sondern zu den Aktenfaszikeln von Phrasen im Haager Friedenspalast legen.

So weit war der Artikel gedruckt, als plötzlich (7. Januar 1915) die Nachricht durch die Presse ging, England wünsche ein neutrales Königtum Juda! Es ist natürlich im gegenwärtigen Augenblick für einen deutschen Gelehrten nicht angenehm, wenn seine Vorschläge Englands Beifall finden, aber nach dem oben Gesagten dürfte es klar sein, daß das zweierlei ist und daß von wirklicher „Neutralität" eben nur in andrer Weise als bisher, nämlich unter Ausscheidung des „perfiden Albion", dessen völkerrechtliche Moral jenseits von Gut und Böse liegt, die Rede sein kann.

Digitized by Google

Berichte aus allen Wissenschaften

Deutsche Sprache und Literatur in Belgien

Die Zahl der Deutsch-Belgier, d. h. der belgischen Vollbürger, deren Muttersprache das Deutsche ist, beträgt nach der letzten statistischen Angabe des Ministeriums des Innern 112 000. Es ergibt dies einen Prozentsatz von 1,65, nicht 0,54, wie in Meyers Konversationslexikon (6. Auflage, II. Bd., S. 594) zu lesen ist. Die Zahl von 112 000 bestätigte auch kürzlich in einer Sitzung des Senates der Ministerpräsident de Broqueville, der gewiß nicht zu hoch griff, da seine Rede die Absicht verfolgte, den Deutsch-Belgiern das Recht auf die amtliche Anerkennung ihrer Muttersprache abzusprechen, eben weil sie zu wenig zahlreich seien. Wenn in belgischen statistischen Werken ausnahmslos die Zahl der Deutschen nur auf 0,50 Prozent eingeschätzt wird, so sind hiermit die Nurdeutschsprechenden gemeint, die selbstverständlich in einer fremdsprachlichen Umgebung immer weniger werden, um so mehr, da ein jeder, der über ein paar Brocken Französisch oder Flämisch verfügt, einen gewissen Stolz darin setzt, sich als ein Zwei-, sogar Dreisprachiger eintragen zu lassen. Die wirkliche Maßgabe für die Verbreitung der deutschen Sprache in Belgien ist nicht durch die Zahl der Nurdeutschsprechenden oder der Deutsch-Belgier gegeben, sondern durch die der Deutschsprechenden überhaupt. Ueber diese schweigt das belgische statistische Jahrbuch seit 1900. Die dort angegebene Zahl von 144 888 ist heute mindestens verdoppelt. Zu den Deutsch-Belgiern kommen ja noch die rund 60 000 Reichsdeutschen in Belgien und die vielen deutschsprechenden Flamen und Wallonen.

Es würde zu weit führen, hier die so verschiedenartigen Ursachen zu untersuchen, die einem Emporblühen der deutschen Sprache in Belgien hindernd in den Weg traten. Anstatt die Möglichkeit einer Blüte zu erwähnen, muß man sich vielmehr wundern, daß sie den zahllosen erlittenen Angriffen und Schlägen bisher nicht ganz erlegen ist. An ihrer jahrhundertelangen Leidensgeschichte ist die belgische Regierung nur seit 1830 beteiligt, ihr voran gingen die stets ihre Muttersprache verleugnende luxemburgische, die burgundische, die österreichische, die französische, die holländische. Den schlimmsten Schlag der Neuzeit brachte ihr der Londoner Vertrag vom Jahre 1839, der den tausendjährigen Zusammenhang der Deutsch-Belgier mit ihren deutschen Stammesgenossen jenseits der Grenze abbrach und sie der Französierung preisgab. Seit der Abtretung des Großherzogtums Luxemburg bestand die deutsche Sprache für die belgische Regierung nicht mehr. Sie wurde vollständig aus der Zentral- und Lokalverwaltung verdrängt, es blieb ihr nur, außer einer beschränkten Zulassung in der Volksschule, der häusliche Herd und die Straße.

Das Wiedererwachen des germanischen Bewußtseins in der flämischen Bewegung brachte der deutschen Sprache keine Vorteile. Ganz im Gegenteil widersetzten sich die Flamen der logischen Anwendung auf die Deutsch-Belgier derjenigen Rechte, die sie für sich beanspruchten, und verdrängten, wo sie nur konnten, das Deutsche als Pflichtfach des Unterrichts aus den Mittelschulen und Gymnasien, um es durch das Flämische zu ersetzen.

Von dem Vorhandensein einer wenn auch recht bescheidenen deutsch-belgischen Dichtung wissen in Belgien selbst nur einige wenige Gebildete, geschweige daß je etwas davon ins Ausland gedrungen. Recht bezeichnend für deutsch-belgische Zustände ist es, daß der Areler Volksdichter J. J. Ménard zweisprachig, zugleich deutsch und französisch, dichtete.[1]) Ein Name von etwas besserem Klang, schon allein weil er den Begründer der luxemburgischen Mundartdichtung bezeichnet, ist A. Meyer. Wenn auch in der Stadt Luxemburg geboren, so verbrachte er doch sein Leben in Belgien und ließ auch hier seine Ge-

[1]) Ménard, J. J., Poésies et chansons populaires françaises et allemandes. Arel, Brück, 1871.

Digitized by Google

dichte in luxemburgischer Mundart erscheinen.[1]) Meyer starb 1857 als Professor der Mathematik an der Lütticher Universität. Sein Kollege J. D. Fuß, Professor der klassischen Philologie, der sich in der lateinischen Uebersetzung klassischer deutscher Lyrik gefiel, bot auch im zweiten Bande seiner merkwürdigen Poemata latina[2]) eine reiche Sammlung deutscher Gedichte. Als hochdeutscher Lyriker trat auch der Areler L. Marchand in einer zweibändigen Sammlung auf.[3]) Fast ein halbes Jahrhundert verstrich, ehe die deutsche Lyrik sich wieder auf deutsch-belgischen Boden hervorwagte in einem Werke von N. Warker.[4]) Dieser pflegte auch die Dialektdichtung in seinen „Hiérschtliedern" (Arel, Willems, 1907) und in seinen Volksstücken „Kandsléift" (ebenda 1908) und „De Baltes vum Bichenhof" (ebenda 1909). Ein historisches Drama, „Papst und Fürst" (Dresden, Pierson, 1899), das die Geschichte des jungen Konradin behandelt, schrieb Ph. Bourg, der auch ein Familiendrama in Prosa aus dem modernen Leben: „Geistesproletarier" (Ath, Selbstverlag, 1902) veröffentlichte. Die Romandichtung ist meines Wissens nur durch ein paar Werke vertreten, nämlich „Die Laterne" von C. Hirsch (Brüssel 1878) und „Ambrosius Aimé" von der Baronin de l'Etang (Leipzig 1881).

Eine Vermittlungsarbeit von fast unübersehbarer Fülle ward in Belgien geleistet zur Einführung in die Kenntnis deutscher Literatur. Reichliche Beachtung fand die mittelalterliche Literatur. Das Nibelungenlied wurde von E. de Laveleye, der Parsival von A. Grandmont ins Französische übersetzt. Gute Arbeiten über die Dichtung des Mittelalters veröffentlicht E. Glaesener in der „Revue Générale". Das Reformationszeitalter studierte der Vicomte de Villermont in seinen „Etudes sur la réforme". Zahlreiche Referate über die Literatur des achtzehnten Jahrhunderts brachte das in Bouillon erschienene „Journal Encyclopédique", das auch in die Anfänge der klassischen Zeit einführt und die französischen Arbeiten über Klopstock, Wieland, Lessing usw. genau verfolgt. Wielands „Musarion" wurde zweimal in französische Verse übertragen.

Von Goethes Werken drangen Werther, Hermann und Dorothea und Faust ein, weniger die Gedichte, wenn auch der Erlkönig das volkstümlichste Gedicht der deutschen Literatur in Belgien ward, das man unermüdlich ins Flämische sowie ins Französische übersetzte. Die Beachtung, die dem Egmont versagt blieb, ward desto reichlicher dem Don Carlos zuteil, nicht minder dem Tell. Von Schiller ging die Wiedergeburt des flämischen Schauspiels aus, seine Gedichte fanden viel größeren Beifall als die Goethes. Er blieb der einzige deutsche Dichter, dessen Gedenktage in Belgien gefeiert wurden. Zahlreich sind flämische Uebersetzungen und Aufführungen von Kotzebue aus den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zu verzeichnen.

Sämtliche Hauptwerke der romantischen Schule wurden entweder flämisch oder französisch übertragen: Eichendorffs Taugenichts, Tiecks Schildbürger, Fouqués Undine, Hoffmanns Phantasiestücke. Maeterlinck widmete Novalis ein Buch hoher Begeisterung voll. Ungeheuren Beifall fand unter den Freiheitssängern Th. Körner.

Von den Dichtern des jungen Deutschland drang nur Heine ein, dessen Einfluß sich bis in die neueste Zeit sowohl in der französischen wie flämischen Lyrik Belgiens fühlbar macht. Ganz durchtränkt von ihm ist z. B. die Dichtung des Flamen Vuylsteke. Uebersetzungen erschienen in Hülle und Fülle, worunter die des Intermezzos von Veltjens hervorragt. Neben dem Durchdringen und dem Einfluß Heines kommt Uhland kaum in Betracht, wie auch die schwäbische Schule wenig bekannt wurde. Großer Beliebtheit erfreuten sich hingegen im Flamenlande die Dialektdichter Hebel und Klaus Groth,

---

[1]) Meyer, A., Luxemburgische Gedichte und Fabeln. Brüssel, Delevingue & Callewaert. 1845. — Dilzegt-Kläng vum Antun Meyer. Lüttich, Dessain, 1854.

[2]) J. D. Fuß, Poemata latina. Leodii, F. Oubart, 1845. 2 Bände.

[3]) L. Marchand, Knospen und Blüten. Arel, Laurent, 1848.

[4]) N. Warker, Heideblümchen. Gedichte. Arel, Willems, 1890.

Digitized by Google

und die Flamen erwiderten auch Hoffmann v. Fallersleben reichlich die Sympathie, die er ihnen entgegenbrachte.

Unter den deutschen Erzählern steht Zschokke in Belgien obenan. Eine rührige Uebersetzertätigkeit entwickelten Herr und Fräulein Dandely, die sich namentlich auf Hauff und Mühlbach bezog. Ihre verdienstvollste Tat war die Uebertragung von O. Ludwigs Zwischen Himmel und Erde, die bereits ein Jahr nach dem Erscheinen des Werkes erfolgte.

Viel Anklang fanden Gerstäcker und Hackländer sowie die musikalischen Erzählungen von Elise Polko besonders bei den Flamen. Die Wallonen zeigten mehr Interesse für Spindler, Marlitt, Stifter, F. Lewald, Dincklage und Sacher-Masoch. Gegenstand von sorgfältigen Studien waren Meinhold, Keller, Spielhagen, Storm. Die neuere Erzählungskunst drang besonders unter der Flagge von Wildenbruch, Liliencron, Ebner-Eschenbach, O. Ernst und Clara Viebig ein,

Ziemlich aufmerksam wurde die deutsche Dorfdichtung verfolgt. Auerbach fesselte die Belgier so sehr, daß seine Schwarzwälder Dorfgeschichten dreimal ins Französische übertragen wurden. Klein war hingegen das Interesse am historischen deutschen Roman. Nur Ebers' Aegyptische Königstochter fand einen Uebersetzer.

Einen großen Beifall fanden Scheffels Trompeter von Säckingen, der bis heute in Belgien zur klassischen Schullektüre gehört, und Webers Dreizehnlinden, das der Kanonikus de Lepelcer trefflich ins Flämische übertrug. Bei der starken Anteilnahme für Weber spielte seine Konfession eine Rolle. So erklärt sich auch der Anklang, den minderwertige katholische Dichter wie Bolanden, Brackel, Balleſtrem, Herbert u. a. im katholischen Belgien fanden.

Außerordentlicher Verbreitung erfreute sich in Belgien die deutsche Märchendichtung. Grimm, Baumbach, Krummacher u. a. wurden fleißig übersetzt, auch sämtliche deutsche Jugendschriftsteller.

Fast ganz unbekannt blieb in Belgien das deutsche Drama nach Schiller. Erst vor ein paar Jahren sind in belgischen Zeitschriften die Namen von Hebbel und Wildenbruch als Dramatiker aufgetaucht, während Grillparzer noch bis heute unbeachtet bleibt. Benedix fand die gleiche Verbreitung wie ehedem Kotzebue, während ein Lustspiel wie Der zerbrochene Krug trotz seines niederdeutschen Charakters auch den Flamen gänzlich verhehlt blieb. In neuerer Zeit konnten nur Sudermann und Hauptmann einen bescheidenen Platz auf der belgischen Bühne erobern.

Eine Geschichte der deutschen Literatur: L'Allemagne dans sa littérature nationale, wurde in Belgien von einem Manne, F. Loise, geschrieben, der kein Wort Deutsch verstand. Wie er das Kunststück fertig gebracht, weiß ich von ihm selbst. Er ließ sich von einem Freunde Vilmars Literaturgeschichte mündlich übersetzen. Mit poetischem Feingefühl, Ahnungsvermögen und großer Schreibfertigkeit begabt, brachte er ein sehr lesbares Werk zustande, das seinerzeit, zu Anfang der siebziger Jahre, viel Anerkennung fand. Zahlreich erschienen in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts sympathievolle Studien über Deutschland von Baron de Reiffenberg, A. Michiels, E. Frensdorff, E. Henaux u. a. Seitdem ist diese Sympathie immer mehr abgeflaut.

Gründliche Auskunft über die heutige Stimmung der Belgier Deutschland gegenüber gibt die anonyme Schrift von Integer: Belgique et Allemagne, Pensées de l'Heure (Brüssel 1913).

Heute steht den zahlreichen Vereinen, die für die Verbreitung französischer Sprache und Kultur in Belgien arbeiten: Association pour la culture et l'extension de la langue française, Amitiés françaises, Souvenir français nur ein belgischer gegenüber, der die Erhaltung und Pflege deutscher Sprache und Kultur bezweckt, nämlich der Lütticher Schillerverein. Er wurde gelegentlich des hundertjährigen Todestages Schillers gegründet und veranstaltete bisher 45 Vorträge namhafter deutscher Gelehrten, Schrift-

Digitized by Google

steller und Künstler über deutsche Sprache und Literatur, deutsches Land und deutsche Kunst. Eine rege Tätigkeit entfalten auch die deutschen Schulen und Schulvereine in Brüssel und Antwerpen, jedoch gehen diese Bestrebungen nur von Reichsdeutschen aus, wie auch die des kürzlich gegründeten deutschen Kunstvereins und deutschen Theatervereins in Brüssel. In weiter Ferne liegt das Ziel: die Durchdringung belgischen Lebens mit deutschem Geist und deutscher Kultur.

Universitätsprofessor Heinrich Bischoff (Lüttich).

Literarische Berichte

Der Deutsche Krieg. Politische Flugschriften, herausgegeben von Ernst Jäckh. Stuttgart-Berlin, Deutsche Verlags-Anstalt. Preis des Heftes 50 Pf.

Die neuerscheinenden Hefte 22 bis 25, mit denen das erste Viertelhundert dieser Flugschriften voll wird, reihen sich den vorausgegangenen würdig an. Zwei von ihnen beschäftigen sich mit unsern Verbündeten: in Heft 22 stellt Richard Charmatz, ein schon durch mehrere volkstümliche, dabei gut fundierte Schriften zur neueren Geschichte der Habsburger Monarchie bekannt gewordener Autor, „Oesterreichs Erwachen" dar. Mit der Freude des guten Patrioten schildert er die überraschende Einigung, die sich mit dem Kriegsbeginn unter den bisher durch inneren Zwist zerrissenen Völkern des Doppelstaates an der Donau einstellte, und er knüpft an diese Tatsache Folgerungen für die Zukunft, denen wir Deutsche von ganzem Herzen Erfüllung und Bestand wünschen. Wie Charmatz uns hoffnungsvoll für die fernere Entwicklung Oesterreich-Ungarns denken lehrt, so Ernst Jäckh für die der Türkei. Der Herausgeber der ganzen Flugschriftenreihe hat es selbst übernommen, über „Die deutsch-türkische Waffenbrüderschaft" und damit über ein Kernproblem dieses Weltkrieges sich zu äußern (Heft 24). Seine Ausführungen erhalten dadurch besonderes Gewicht, daß, wie sich heute zeigt, die von Jäckh immer empfohlene, zielbewußte Orientpolitik die richtige war. Naturgemäß und naturnotwendig, weil auf dem Boden gemeinsamer, wichtigster Lebensinteressen begründet, ist die deutsch-türkische Freundschaft, während Rußland, das den Besitz Konstantinopels, und England, das den Besitz Kleinasiens erstrebt, beide auf den Untergang der Türkei hinarbeiten müssen. Die außerordentlich klare Darlegung dieses Sachverhalts ist das eine Verdienst der Jäckhschen Schrift, das andre der Ausblick, den er uns von der Schwelle des zu erhoffenden glücklichen Kriegsausganges eröffnet auf die Möglichkeiten und beiderseitigen Vorteile eines engen wirtschaftlichen und kulturellen Zusammengehens der Türkei mit den Zentralmächten. — Auf ähnliche Ziele, doch von andern Ausgangspunkten her, weist uns Alfons Paquets Schrift „Nach Osten!" (Heft 23). Daß Paquet einer der Besten unter unsern jüngeren Dichtern ist, verrät die wahrhaft künstlerisch anmutende Anschaulichkeit, mit der er zunächst das ungeheure, in sich formlose russische Riesenreich dem westlichen Europa gegenüberstellt. Aber der Dichter Paquet wurzelt fest im Boden der Wirklichkeit; aus vielfachen Reisen und eindringlichen Studien hat er sich die genaueste Kenntnis der russischen und asiatischen Zustände erworben, und von dieser Kenntnis aus gelangt er zu der Forderung, die europäische Kultur vor der moskowitischen Gefahr in Zukunft durch Bildung einer Reihe von Pufferstaaten zu schützen. Ein Gedanke, der bekanntlich nicht absolut neu ist, der aber wohl kaum noch so wohlbegründet und klar durchgeführt worden ist wie hier. — Die vielleicht wichtigste Frage unsrer inneren Politik behandelt Anton Fendrich in Heft 25: „Der Krieg und die Sozialdemokratie". Er stellt an den Beginn seiner Ausführungen den Namen Ludwig Francks, des hochbegabten sozialdemokratischen Parteiführers, der mit dem Tod fürs Vaterland den Anschluß seiner Partei an die opferwillige Kriegsbereitschaft des ganzen deutschen Volkes besiegelte. Unter schärfster Ablehnung der vaterlandsverräterischen Internationalität eines Georges Weill und des sterilen Radikalismus eines Liebknecht und der kleinen Gruppe der „Unentwegten" zeigt er, wie eng und unlösbar doch die Interessen und das innerste Fühlen der deutschen Arbeiterkreise mit der nationalen Wohlfahrt Deutschlands verknüpft sind und wie fruchtbar für unser ganzes politisches und geistig-soziales Leben die positive Mitarbeit der Sozialdemokratie, die als eine der schönsten Früchte dieser schweren großen Zeit zu erhoffen scheint, sich gestalten kann. Daß Fendrich selbst Sozialdemokrat ist, gibt seinen Ausführungen authen-

Digitized by Google

tischen Wert; daß er nicht Parteimann im engen Sinn, sondern ein warmherziger, für alles Gute und Schöne und darum auch für die Größe und Einigkeit des Vaterlands innig begeisterter Mensch ist, gibt seinen Worten eine Ueberzeugungskraft, die auch in manchen skeptisch Gesinnten Hoffnung auf die Ueberbrückung der bis vor kurzem noch unausführbar scheinenden Gegensätze erwecken wird. —s—

1848. Der Vorkampf deutscher Einheit und Freiheit. Urkunden, Berichte, Briefe. Herausgegeben von Timm Klein. Verlag von Wilh. Langewiesche-Brandt, Ebenhausen-München. Preis M. 1.80.

Der Herausgeber will in dem vorliegenden Buche das Sturmjahr in Zeugnissen der Zeit auferstehen lassen. Vom Wartburgfest führt er durch den Kampf und Streit der vormärzlichen Jahre über das Ringen von 1848 in die Tage der Reaktion hinein. Von dem Inhalt des Buches sei nur so viel gesagt, daß durch die Reden und Briefe und Preßberichte, die hier auszugsweise mitgeteilt werden, all die markanten Persönlichkeiten jener Zeit leibhaft vor uns erstehen, die Herwegh und Uhland und Freiligrath, Robert v. Mohl, Gagern usw. Viel benutzte Klein Heinrich Laubes und Corvins 1848er Erinnerungen. Er führt uns u. a. auch in die Frankfurter Straßenkämpfe und an die Särge Lichnowskys und Auerwalds, an denen Wilhelm Jordan, heißen Grimms voll, die Leichenrede hielt. Das lehrreiche Buch verdient viele Beachtung.
H. H.

Mecklenburgische Geschichte. Von Dr. Hans Witte. Band II. Wismar, Hinstorffsche Verlagsbuchhandlung.

Der erste Teil dieses streng wissenschaftlichen und dabei doch volkstümlich geschriebenen, auf drei Bände berechneten Werkes ist im Jahre 1912 an dieser Stelle gewürdigt worden. Es ist zu sagen, daß das Lob einer auf der einschlägigen Literatur und vielen versteckten oder bislang völlig unbekannten Urkunden aufgebauten, durchaus selbständigen Leistung auch für den zweiten Band aufrechterhalten werden darf, und daß dieser die Darstellung inhaltlich um ein gutes Stück fördert: er führt die mecklenburgische Geschichte von der Reformation bis zum landesgrundgesetzlichen Erbvergleich, also vom Anfang des sechzehnten Jahrhunderts bis zum Jahre 1755. Z.

Die Deutschen in Rußland 1812. Von Paul Holzhausen. Berlin, Morawe & Scheffelt.

Ein anerkannter Kenner der napoleonischen Zeiten entwirft in diesem gut ausgestatteten Band ein anschauliches Bild von den Taten und Leiden der deutschen Truppen bei dem russischen Feldzug von 1812. Alle waren da, Preußen, Bayern, Sachsen, Thüringer, Westfalen, Württemberger, Badener, Hessen. Das Einvernehmen mit den Franzosen war nicht das beste; namentlich die Intendanz, „diese anmaßenden Mehlwürmer", ließ sich jeden Laib Brot, jedes Pfund Fleisch nur mit Widerstreben abringen, und das willkürliche Schalten mit den Truppenverbänden, die beliebig zerrissen wurden, erregte große Mißstimmung. Trotzdem fochten die Deutschen tapfer wie immer; am Ruhm und am Elend dieses einzigartigen Krieges haben sie ihren vollen Anteil. Den Gefangenen erging es manchmal schon deshalb schlecht, weil sie von dem allgemein russischen Haß gegen „die französischen Hunde" mit getroffen wurden.
E.

Charaktere und Menschheitsprobleme. Eine Sammlung öffentlicher Vorträge, gehalten von Dr. Carl Schirren, weil. ord. Professor der Geschichte an den Universitäten Dorpat und Kiel. Kiel, W. G. Mühlau. 271 S. M. 6.—.

Der Gelehrte, der diese Vorträge gehalten hat, ist im Jahre 1910 als Fünfundachtzigjähriger gestorben. Er war ein mannhafter Balte und ein bedeutender Forscher besonders auf dem Gebiet der nordischen Geschichte. So haben unter den hier von seinem Sohn herausgegebenen Vorträgen den größten wissenschaftlichen Wert auch wohl die über zwei führende Geister aus der Vergangenheit Livlands, Walter v. Plettenberg und Patkul. Noch über viele andre Gebiete erstreckt sich der Gesichtskreis in diesem Werk: der Verfasser führt uns nach Australien und den Südseeinseln, er würdigt Dante und in einer besonders tief angelegten Rede Machiavelli, er spricht von der Geschichte der französischen Revolution und von der Aufrichtung des neuen Deutschen Reiches. Wenn die Forschung ihn auch in manchen Einzelheiten überholt hat, so bleibt doch ein bedeutender wissenschaftlicher Gewinn. Die Form zeigt den gewandten, oft hinreißenden Redner. Br.

Charakterköpfe aus Deutschlands großer Zeit. 16 Federzeichnungen von Karl Bauer. Leipzig, B. G. Teubner. M. 3.

An die vom Standort modernen Kunstgefühls zum mindesten gewagte Aufgabe, eine große historische Epoche in den Gestalten ihrer Herolde und Führer für die Anschauung lebendig zu machen, durfte nur ein Meister des Porträts vom Range eines K. Bauer herantreten. Mit jedem neuen Blatte stand der Künstler vor einem ungemein gefährlichen Problem: sowohl künstlerisch eminente als allgemein-begreifliche Typen zu bilden, eine lange Reihe physiognomischer Individualitäten hindurch ist nicht zu erschöpfen, seine

Digitized by Google

künstlerische Kraft lebendig und rege zu halten. Hier drohte die Klippe, ins Handwerkliche herabzusinken, zu einem billigen Schema zu greifen, das der Not immer neue Erfindung hätte entziehen können. — Blättert man die Zeichnungen dieser Mappe durch, wird man sich nicht verhehlen, daß nicht alles gelungen ist, ja nicht gelingen konnte, denn ein so auf seelische Besonderheit und geistige Vertiefung gerichteter Künstler wie Bauer wird aus dem Antlitz eines Friedrich Wilhelm III. und seiner Gattin, eines Körner, York oder Gneisenau nicht viel zu machen wissen, obwohl ihm auch unter ihm fernerliegenden Charakteren Helden der Tat wie Scharnhorst, Stein, Blücher oder Jahn psychologisch überaus gut gelungen sind. Doch erst im Kreise geistiger Beherrscher weiß man ihn ganz in seinem Reich (wie seine großen Steinzeichnungen schon längst bewiesen haben): hier repräsentieren ihn restlos die von innen her durchleuchteten Bildnisse eines W. v. Humboldt oder Kleist, vor allem aber das Fichteporträt, das die Wucht und Starrheit dieses Willensheroen mit nicht mehr überbietbarer Eindringlichkeit deutlich macht. Im übrigen läßt sich sagen, daß kaum ein Blatt ohne Kraft und Leben geblieben ist, daß man doch überall den Reichtum künstlerischer Invention, die allem Kleinlichen entrückte meisterliche Freiheit des Federzuges aufrichtig bewundern wird, und daß die weitgehende Schätzung des Münchner Meisters durch diese (wenn auch nicht überall befriedigende) Gabe nur noch wachsen wird.

Oskar Beyer.

Ueber Universitäten und Universitätsstudium. Sechs Vorträge von Theobald Ziegler. („Aus Natur und Geisteswelt", Band 411). Leipzig und Berlin, B. G. Teubner. Geb. M. 1.25.

Theobald Ziegler, nach Paulsens Tod der Berufenste, redet in diesem Werkchen aus reichster eigner Erfahrung, kritisch, aber auch aufbauend, über die moderne deutsche Universität, ja auch über die künftige, insofern Fragen der Universitätsreform aufgeworfen und beantwortet werden, ferner Universitätsgründungen heute sozusagen in der Luft liegen. Das Buch ist eine Enzyklopädie der Universitätspraxis und darum namentlich allen Vätern zu empfehlen, die Söhne auf eine Hochschule zu schicken haben.

H. Z.

Otto Jahn in seinen Briefen. Leipzig, Verlag von B. G. Teubner.

Ein (52 Seiten starkes) Lebensbild des Archäologen und Musikforschers von seinem Neffen Michaelis leitet die Briefe ein. Wie fesselt die Beschäftigung mit der Persönlichkeit des Mannes, der in seinem klassischen Fach und als Mozartbiograph Weltruf genießt! Eine arbeitsgierige, ausdauernde Natur, hart und fein, hier zäh, dort zerbrechlich, macht Jahn, von schlimmen Schlägen des Geschicks heimgesucht, den Eindruck, als habe er die Arbeit vollbracht, um ein Maß von Glück zu ersetzen, das ihm vom Leben versagt blieb. Nächst diesem allgemein psychologischen Interesse nehmen die Briefe durch die wissenschaftlichen Winke und durch die Umgebung Jahns unsre Teilnahme in Anspruch. Früh kam er in den Kreis derer um Robert Schumann. Der Händelforscher Chrysander, der Bachkenner Wilhelm Rust, der Theoretiker Moritz Hauptmann, dann Joh. Brahms und Gustav Freytag und wie sie alle heißen, gehörten zu Jahns geistiger Umwelt. Nicht immer blieb er so kritisch unbefangen, wie Chrysander gegenüber. Im allgemeinen hatte die musikalische Empfindungskraft des Gelehrten (der selber Lieder komponierte) immerhin eine enge Grenze, und das war gut so: denn sein Mozartbuch wäre gewiß eingeschlafen, wenn er sich nicht so starr gegen Wagner abgeschlossen hätte. Warum der Herausgeber Eugen Petersen fast alles Polemische, das sich ohne Zweifel auch in den Briefen findet, weggelassen hat, ist leicht zu erraten: Jahn ist im Wagnerjahr 1813 geboren, und dem Wagnergedenken stünde es nicht gut an, wenn der Gelehrte mit voller Abneigung gegen den Bayreuther Meister hervorträte. Doch dies ist nicht stichhaltig. Wir sind doch hoffentlich so weitherzig, Gegner und Feind zu unterscheiden! Und außerdem, wer so vieles geleistet wie Jahn, hat das Recht, einseitig zu sein.

Dr. K. Gr.

Auf hoher See (Leuchtende Stunden). Zirka 150 Abbildungen mit Text. Von Georg Engel. Berlin, Vita. M. 1.75.

In der bekannten schönen Ausstattung, von G. Engels gehaltvollen Worten begleitet, ist ein Album erschienen, das die Beziehungen deutschen Lebens und Wirkens zum Meere in einer langen Bilderreihe vor Augen führt. Vor allem natürlich die deutsche Seemacht, der Bau der Schiffe und ihrer Maschinen, Seemanöver, das Leben an Bord, Menschen und Szenen von der Wasserkante in Kolonie und Heimat, Fischfang und andre Tätigkeiten, die mit dem Meere zusammenhängen. Auch die Ansichten des Meeres selbst, der verschiedenfach bewegten Fluten, der mannigfaltigen Wasserstimmungen werden dem Buche das dauernde Interesse sichern, das es verdient.

B.

Historische Studien und Skizzen. Von August Fournier. Dritte Reihe. Wien, Tempsky.

Der bekannte Biograph Napoleons, Professor Fournier von der Universität Wien, gibt hier zum drittenmal eine Reihe von historischen Studien und Skizzen heraus, im ganzen achtzehn, von denen sechs durch Mit-

Digitized by Google

teilung bisher ungedruckter Dokumente besonders interessant sind. Wir nennen die geheime Polizei unter Joseph II., welche bezeichnenderweise vor allem das Wohlverhalten und die Pflichttreue der Beamten kontrollierte, nicht die Regungen freisinniger Opposition, wie später; Schillers Wallenstein und die österreichische Zensur; Karl August in Karlsbad 1807; Zur Heirat Napoleons mit Maria Luise; Der sterbende Napoleon; Lola Montez, über welche geheime Berichte an Metternich im Wortlaut veröffentlicht werden; Laubes Berufung ans Burgtheater; Das Lebenswerk Franz Josephs I. Egelhaaf.

Carlyles Sartor Resartus. Ein Beitrag zum Verständnis Carlyles. Von Dr. Albrecht Ströle. Tübingen, J. C. B. Mohr (P. Siebeck). M. 1.20. (Sammlung gemeinverständlicher Vorträge und Schriften aus dem Gebiet der Theologie und Religionsgeschichte, Nr. 72.)

Der Verfasser hat mit viel Lust und Liebe seine Aufgabe gelöst und die Bedeutung dieses Werks, das seinem Gedankengehalt nach zu den hervorragenden Büchern der Weltliteratur gehört, gewürdigt. Insbesondere hat er die Geschichte der Entstehung der Dichtung erhellt, die ein Stück Selbstbiographie Carlyles ist und von gewaltigem Einfluß auf seine Zeitgenossen war und noch heute die alte Wirkung ausübt. Dr. E. M.

Korbs Diarium itineris in Moscoviam und Quellen, die es ergänzen. Beiträge zur moskowitisch-russischen, österreichisch-kaiserlichen und brandenburgisch-preußischen Geschichte aus der Zeit Peters des Großen. Von Friedrich Dukmeyer. Bd. I und II. Berlin, E. Ebering.

Im Jahre 1698 schickte Kaiser Leopold I. als seinen Gesandten den Hofkriegsrat v. Guarient mit zahlreichem Gefolge nach der Zarenstadt Moskau. Nach der am 27. September 1699 erfolgten Heimkehr veröffentlichte der Gesandtschaftssekretär Joh. G. Korb ein umfangreiches, mit vielen Kupfern geziertes Werk in lateinischer Sprache: „Diarium itineris in Moscoviam", das wegen seiner Enthüllungen über die Verhältnisse im Zarenreiche und besonders am Hofe zu Moskau überall große Beachtung fand, während Zar Peter es vergeblich zu unterdrücken suchte. Dr. Fr. Dukmeyer hat seine zweibändige kritische Ausgabe dieser äußerst interessanten Tagebuchaufzeichnungen, die in den von Dr. Ebeling herausgegebenen „Historischen Studien" (Heft LXX und LXXX) erschienen ist, durch die ihnen beigegebenen, sorgsam ausgewählten Ergänzungen aus andern zeitgenössischen Quellen zu einem umfassenden Gesamtbilde der politischen und kulturellen Zustände des damaligen Rußland und der Vorgänge am Hofe Peters des Großen erweitert. Höchst lebensvoll tritt namentlich die gewaltige Gestalt des großen Reformators selbst mit ihren Schatten- und Lichtseiten vor uns hin. A.

Die Tochter des Erbvogts. Roman aus Krakaus deutscher Zeit. Von Raimund Friedr. Kaindl. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt. Geh. M. 3.—, geb. M. 4.—.

Bei dem wiedererwachenden Interesse für historische Romane wird Kaindls Erzählung sich bald zahlreiche Freunde erwerben. Wer nur immer Anteil nimmt an der Geschichte der Deutschen, vor allem an den Kämpfen um die Bewahrung ihrer Eigenart mit und zwischen fremden Völkern, dem sei dieser Roman ans Herz gelegt. Den Hintergrund der Erzählung bildet der gewaltige Kampf, den im Anfang des vierzehnten Jahrhunderts die Krakauer Deutschen um ihr deutsches Recht und die Erhaltung ihrer deutschen Eigenart zu führen hatten und der in ihrem Versuch gipfelte, mit Hilfe ihrer Verbündeten einen deutschen Fürsten auf den kleinpolnischen Thron zu setzen. Ein reiches Kulturbild zeigt sich uns, um so fesselnder, da über das Leben dieser deutschen Vorposten bisher fast nichts bekannt war. Der Verfasser ist als Geschichtschreiber der Karpathendeutschen hochangesehen, und der Name Kaindl wird überall mit Verehrung genannt, wo Sinn für die Geschichte und die Erhaltung der Eigenart der Deutschen in den Karpathenländern ist. z.

Rezensionsexemplare für die „Deutsche Revue" sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Uebersetzungsrecht vorbehalten.

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart — Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württemberg

Digitized by Google

Wer trägt die Schuld?

Eine völkerrechtliche Untersuchung

von

Philipp Zorn[1])

I

Bis in die letzten Tage des Julimonats 1914 ging die Welt, gingen insbesondere wir in Deutschland ruhig unsrer Arbeit und unsern Geschäften nach, das Unheil nicht ahnend, das nach wenigen Wochen die gesamte zivilisierte Welt, insonderheit die großen alten Kulturmächte Mitteleuropas, in grauenhafter Weise erfüllen sollte.

In den ersten Tagen des August war der Weltkrieg ausgebrochen, der wohl, angesichts der heutigen Heeresmassen und Zerstörungsmittel als der furchtbarste Krieg der ganzen Weltgeschichte bezeichnet werden darf. Tausende von blühenden Menschenleben sind dahingemordet, die friedliche Arbeit der Menschen ist in einem großen Teile der Kulturwelt in weitem Umfange darniedergeworfen, große Länderstrecken und blühende Städte sind zertreten, zertrümmert und vernichtet; Deutschland und Oesterreich-Ungarn bluten aus tausend, Frankreich und Rußland bluten aus hunderttausend Wunden, das alte Kulturland Belgien ist als Staat vernichtet und als Land und Volk den furchtbarsten Leiden ausgesetzt; England hat zwar, seinen alten Traditionen folgend, in erster Linie seine Bundesgenossen für sich bluten und sterben lassen, aber trotz der virtuosen Meisterschaft Englands in der Ausnützung anderer für seine Zwecke blutet auch England jetzt schon aus tausend Wunden, und von Tag zu Tag werden diese Wunden Englands furchtbarer und zahlreicher werden; im nahen und fernen Orient ist das Meer der wilden Volksleidenschaften teils schon zu furchtbarem Sturme entfesselt, teils gärt und brodelt es in der Tiefe und harrt nur des geeigneten Augenblicks zum Ausbruch des Sturmes; bis an die äußersten Enden der Erde tobt der furchtbare Kampf nicht nur in Belgien und Frankreich und Polen und am Kaukasus, auch am Kap Hoorn und den Falklandsinseln, in Nord- und Südafrika, in Mittel- und Ostasien fallen die vernichtenden Schläge, die

[1]) Reiches urkundliches Material gibt Strupp in „Deutschland und der Weltkrieg" (Breslau 1914); die Struppsche Arbeit ist mir erst nach der Vollendung meiner Abhandlung zugegangen.

Copyright 1915 by Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

Tausende von Menschenleben und Milliarden von Werten rettungslos vernichten. Und die Erbitterung und Verbitterung der Menschen ist zu einem Grad der Siedehitze gestiegen, daß zurzeit noch jedenfalls kein Ende des unendlichen Jammers und Elends der Menschheit abzusehen ist.

Da erhebt sich mit furchtbarer Gewalt und mit furchtbarem Ernst die Frage: wer trägt die Schuld an diesem namenlosen Elend, das die ersten Tage des August 1914 über die Welt und insonderheit über denjenigen Teil der Welt gebracht haben, der die wunderbaren Schätze der Arbeit der Jahrhunderte, ja der Jahrtausende, in erster Linie in sich birgt, der großen Menschheitsarbeit, die wir als Kultur und Zivilisation zu bezeichnen uns gewöhnt haben, der Schätze, die jetzt täglich und stündlich in allen Teilen der bewohnten Erde mit wilder Gewalt in Trümmer geschlagen werden — wer trägt die Schuld?

Edle Menschenfreunde, denen freilich auch naive Phantasten und, was schlimmer ist, verbrecherische Betrüger sich gesellt hatten, ohne daß man diese drei Gruppen der „Pazifisten" voneinander klar unterscheiden konnte, hatten für das zwanzigste Jahrhundert eine Aera des Völkerfriedens prophezeit und verkündet — aber die Gruppe der verbrecherischen Betrüger hat gesiegt und die andern Gruppen der Pazifisten bis zur Lächerlichkeit erniedrigt. An Stelle des Weltfriedens trat der Weltkrieg: erst in verschiedenen Vorstufen, der allem Recht Hohn sprechenden Vernichtung der Burenrepubliken, dem wilden Gemetzel des Russisch-Japanischen Krieges in Ostasien und des großen Balkankrieges von 1912 — dann kam der furchtbare Weltkrieg von 1914.

Wer trägt die Schuld?

Die Weltgeschichte ist das Weltgericht.

Vor kurzem ist — von Harden — mit Energie die Ansicht vertreten worden, die Untersuchung über die Schuldfrage sei nunmehr nach Ausbruch des Krieges ganz gegenstandslos; wir teilen diese Ansicht nicht. Dieser Krieg ist ein so furchtbar schweres Verbrechen an der Menschheit, daß die Schuldfrage vielmehr heute und für alle Zeiten eine der größten Fragen ist und bleiben wird, die die Weltgeschichte zu beantworten verpflichtet ist. Und wohl dem Staate und seinen Staatsmännern, die aus dieser Untersuchung mit reinen Händen und reinem Gewissen hervorgehen werden. Man müßte an allen ethischen Werten der Menschheit — um des göttlichen Gerichtes gar nicht zu gedenken! — verzweifeln, wenn die Staaten und Staatsmänner, die den Weltkrieg von 1914 entfesselt haben, nicht ein furchtbares Strafgericht der Geschichte treffen würde. Darum hat seit Ausbruch des Krieges diese Schuldfrage in aller Welt die Geister und die Gewissen beschäftigt und diese Erörterung wird fortdauern, bis das Urteil gefällt ist. Ganz besonders haben über diese Frage auch die Amerikaner sich in Rede und Gegenrede ergangen. Vor mir liegen amerikanische Blätter[1]), in denen ein hervorragender Jurist, James M. Beck, former assistant Attorney General of the United States, die Frage behandelt, und zwar, wie

[1]) The „New York Times", 25. Oktober 1914.

Digitized by Google

er betont, nach den höchsten Gesichtspunkten, die er für anwendbar erachtet: nach den Gesichtspunkten des formalen Rechtes, nach denen der Richter einen Rechtsfall entscheidet. („In the Supreme Court of Civilization: The case of the Double-Alliance vs. The Triple Entente.")

Das Urteil, zu dem der amerikanische Jurist gelangt, ist falsch, und zwar besonders deshalb, weil Fragen des Staats- und Völkerrechtes niemals nach juristisch-formalen Gesichtspunkten allein entschieden werden dürfen, sondern immer nur unter Zuhilfenahme der historisch-dynamischen Gesichtspunkte, die den formalen Rechtsstreit beherrschen. In meiner fast zwei Menschenalter umfassenden Lehrtätigkeit als akademischer Lehrer des Staats- und Völkerrechts habe ich unzählige Male meinen deutschen und nichtdeutschen Schülern gegenüber mich dahin ausgesprochen, daß dies im Unterschied ja im Gegensatz zum bürgerlichen Recht der Kernpunkt der Methode des öffentlichen, des Staats- und Völkerrechts sein müsse, wenn man nicht einem öden Formalismus verfallen wolle, der die Gefahr in sich trage, höchstes Recht zum höchsten Unrecht zu erniedrigen oder höchstes Unrecht zum höchsten Recht zu verfälschen. Der amerikanische Jurist aber versäumt völlig, die großen historisch-dynamischen Gesichtspunkte zu würdigen, welche die Mordkatastrophe von Serajewo und den österreichisch-ungarisch-serbischen Streitfall beherrschen und gelangt deshalb zu lauter falschen Schlüssen. Deutschland ist im tiefsten Frieden von Rußland, Frankreich und England überfallen worden und ringt nun im schwersten Kriege um sein Dasein: das ist die einmütige Ueberzeugung des ganzen deutschen Volkes, und wenn der amerikanische Jurist jetzt nach fünf Monaten schwerster Kriegszeit nur einen Tag in Deutschland weilte, würde er erkennen, wie völlig sinnlos seine Scheidung zwischen dem deutschen Volk und seinem Kaiser, als dem Haupt der „Potsdamer Kamarilla", ist; der Kaiser und das deutsche Volk sind untrennbar verbunden und vereinigt auf Leben und Tod.

Der amerikanische Jurist beschuldigt neben zahlreichen anderweitigen Anklagen Deutschland der Unterdrückung der Urkunden von entscheidender Bedeutung, insbesondere der diplomatischen Korrespondenz mit Oesterreich-Ungarn, vor allem insoweit sie an den Verbündeten eine Mahnung zur Mäßigung enthielten. Aber, so fragen wir ihn im tiefsten Ernste: haben denn England, Rußland und Frankreich alle Urkunden, insbesondere diejenigen über ihre Kriegsvorbereitungen und Abmachungen gegen Deutschland veröffentlicht? Wir machen den Staaten des Dreibundes daraus keinen Vorwurf. Aber es ist sinnlos, Deutschland einen solchen Vorwurf zu machen. Kein Staat der Welt, auch nicht die Vereinigten Staaten von Amerika, kann alle Urkunden seiner politischen und diplomatischen Arbeit veröffentlichen. Man braucht wahrlich kein Staatsmann zu sein, um dies als eine selbstverständliche Notwendigkeit anzuerkennen.

Inmitten des mörderischen Weltkampfes ist vielleicht der Zeitpunkt zu einer ruhigen Erörterung der Frage noch nicht gekommen. Dennoch unternehme ich das Wagnis in dem ernsten Bemühen, die Frage nach den strengen Erforder-

Digitized by Google

nissen des Staats- und Völkerrechts in gewissenhafter Weise zu behandeln und gedenke dabei hauptsächlich meiner amerikanischen Freunde, sie bittend, ja von ihnen fordernd, in ehrlicher ernster Prüfung zu meinen Ergebnissen Stellung zu nehmen. Mit inhaltslosen Redensarten wie dem „deutschen Militarismus", deren sich jeder denkende Mensch im Hinblick auf die andern Staaten der allgemeinen Wehrpflicht sowie auf den Anspruch Englands, mit seiner Seemacht das freie Meer und die Welt zu beherrschen, schämen müßte, will ich bei meiner Untersuchung allerdings nichts zu tun haben; die Gründe, die mich vollauf berechtigen, die Phrase vom „deutschen Militarismus und Imperialismus" als eines ernsten Menschen unwürdig abzulehnen, ergeben sich aus der späteren Untersuchung von selbst.

Und die schweren Beleidigungen, die der amerikanische Jurist gegen unsern Kaiser, gegen den Reichskanzler und die deutsche Diplomatie schleudert, weise ich in aller Ruhe als ebenso „arrogant" wie „most unreasonable" zurück, ohne mich damit weiter zu beschäftigen. Aber ich verweise als Jurist den amerikanischen Juristen in tiefem Ernste auf den obersten Grundsatz aller Rechtsprechung, den er aufs gröblichste und gewissenloseste verletzt und mit Füßen getreten hat: daß ein „Urteil" Beleidigungen oder gar rohe Schimpfworte nicht enthalten darf. Der Historiker darf sein Urteil auch in scharfe harte Worte kleiden, und ich selbst nehme dies Recht im folgenden auch für mich in Anspruch. Auch Herr James Beck hätte sich damit begnügen und sich nicht das Mäntelchen des „Juristen" umhängen sollen; er hätte sich damit vor der Heuchelei, die er fälschlich unserm Reichskanzler vorwirft und die Welt vor der bewußten Täuschung bewahrt, als sei sein politisches Pamphlet für den Dreiverband ein juristisches „Urteil".

II

In einer Unterredung mit Sir Edward Grey hat der österreichische Botschafter in London, Graf Mensdorff, erklärt: hätte Serbien seine Pflicht als ehrenhafter Staat erfüllt und sofort nach der grauenvollen Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgerpaares eine energische Verfolgung der Mörder in die Wege geleitet, so wäre der furchtbare Weltkrieg von 1914 ganz von selbst vermieden worden. (Vgl. Englisches Blaubuch S. 2.) Diese Erklärung des Grafen Mensdorff ist richtig und bildet den Kernpunkt der ganzen Untersuchung der Schuldfrage, soweit die unmittelbare Kriegsursache, die causa proxima, in Betracht kommt.

Schon 1909 nach der Einverleibung von Bosnien-Herzegowina in die österreichisch-ungarische Monarchie drohte der Bruch zwischen Serbien und Oesterreich-Ungarn und damit der Ausbruch des Weltkrieges. Unter König Milan war Serbien ein geordneter anständiger Staat, und ich werde nie das Wort eines jungen hochbegabten serbischen Staatsmannes vergessen, das er auf der ersten Haager Friedenskonferenz zu mir sprach: König Milan hat die für Serbiens Wohl allein richtige Politik befolgt, indem er Serbien an Oesterreich

Digitized by Google

anlehnte. — Dafür mußte die Dynastie Milan auf russisches Anstiften in grauenhafter Weise gemordet werden.

Unter ungeheuren Mühen der europäischen Staatsmänner wurde 1909 die Gefahr des Weltkrieges abgewendet. Serbien gab Oesterreich-Ungarn gegenüber die Erklärung vom 31. März 1909 ab, die dazu bestimmt war, Oesterreich-Ungarn zu sichern gegen die unaufhörlichen, den Frieden, ja die Existenz der Donaumonarchie bedrohenden Wühlereien Serbiens. Durch ihre Anerkennung dieser Erklärung hatten die Großmächte eine Art Gesamtbürgschaft für das Wohlverhalten Serbiens übernommen.

Aber die verbrecherischen Agitationen im Gebiete des serbischen Staates gegen Oesterreich-Ungarn hörten nicht auf; es ist zweifellos festgestellt, daß daran sowohl höhere Militärs als auch Zivilbeamte beteiligt waren, ohne daß von Staats wegen ein Einschreiten im Sinne der durch die Erklärung vom 31. März 1909 feierlich übernommenen Verpflichtung stattfand.

In den Anlagen zum österreichisch-ungarischen Ultimatum ist dies des näheren dargelegt. (Deutsches Weißbuch S. 21 bis 23.)

Jahrelang enthielt sich Oesterreich-Ungarn in fast unbegreiflicher Geduld eines energischen Vorgehens gegenüber dieser gefährlichen Agitation eines kleinen, noch dazu übelbeleumundeten Staates gegenüber einer alten historischen Großmacht, an deren Spitze die verehrungswürdigste Herrscherpersönlichkeit der Welt stand, einer Wühlarbeit, die geradezu gegen die Grundlagen der österreichisch-ungarischen Monarchie gerichtet war.

Da trat dann schließlich jenes grauenhafte Ereignis vom 28. Juni 1914 ein: der Mord des österreichisch-ungarischen Thronfolgerpaares in Serajewo.

Nach den meisten Strafgesetzgebungen wird der Mord eines Menschen durch einen andern Menschen mit dem Tode, nach andern mit dem unbedingten Ausschluß aus der menschlichen Gesellschaft bestraft. Nach der einfachen Logik des menschlichen Denkens muß auch die Todesstrafe oder der dauernde Ausschluß aus der Staatengesellschaft über einen Staat verhängt werden, der zum Mörder geworden ist. Der Mörder des österreichisch-ungarischen Thronfolgerpaares aber ist der Staat Serbien. Es war von Anfang an ganz klar, ist überdies durch die Gerichtsverhandlung zur vollen Evidenz sichergestellt worden, daß der Mord nicht allein auf serbischem Boden vorbereitet und mit serbischen Mordwerkzeugen ausgeführt worden ist, sondern daß die feigen Mordbuben mit hohen serbischen Militär- und Zivilpersonen in Verbindung standen und deren Unterstützung hatten, ja daß ihre Verbindungen direkt bis ins serbische Königshaus, dem ja der Meuchelmord nichts Fremdes ist, reichten.

Wir müssen von allen ehrlich und gerecht denkenden Menschen der Welt, wir müssen insonderheit von allen, die auf das Ehrenwort Christenmenschen Anspruch erheben — und ich persönlich denke dabei in erster Linie an meine amerikanischen Freunde —, fordern, daß sie sich über die Lage der Dinge in strengster Gewissensprüfung Rechenschaft ablegen. Die Welt, wenn auch nicht ohne Anzeichen politischer Unruhe, doch im ganzen im tiefsten Frieden der

Digitized by Google

Arbeit und des Schaffens; die Fürsten und Staatsmänner bis dahin, wenigstens dem äußeren Anscheine nach, ehrlich und in angestrengtestem Mühen darauf bedacht, der Welt die Segnungen des Friedens zu erhalten; der Deutsche Kaiser, gegen den man bald nachher die unerhörtesten und niederträchtigsten Vorwürfe zu schleudern sich nicht entblödete, zur Erholung in den norwegischen Meeren weilend und sich in tiefster Ruhe der wunderbaren Landschaft und erhebender poetischer Erinnerungen altnordischer Heldensagen freuend; die Menschen allüberall in emsiger und arglosester Friedenstätigkeit.

In diese im ganzen immerhin ruhige Weltlage dröhnt plötzlich der Donnerschlag einer der gemeinsten Mordtaten, die die Weltgeschichte zu verzeichnen hat: feige Mordbuben töten ein edles Menschenpaar, morden in scheußlichster Weise den durch schönste menschliche Eigenschaften ausgezeichneten Thronfolger einer der größten Monarchien der Welt, einer alten ehrenvollen Groß- und Kulturmacht der europäischen Völkerfamilie und beflecken dadurch die Geschichte der Welt und besonders der alten europäischen Kulturvölker mit einer Schandtat ohnegleichen. Und die Verantwortung dieser Schandtat ohnegleichen tragen nicht in erster Linie die verkommenen Subjekte, die sie begangen haben, sondern ein europäischer Staat, allerdings ein Staat, dessen neueste Geschichte eine Kette von Ruchlosigkeiten und Mordtaten enthält, ein Staat, derart mit Schandtaten befleckt, daß der alte, einst so hochstehende und von wahrer Frömmigkeit erfüllte Aristokrat unter den Staaten Europas, daß England — England! — es jahrelang für unter seiner Würde hielt, mit diesem Staat amtlichen Verkehr zu pflegen, ein Zeichen der Verachtung, wie es in so markanter Weise im internationalen Staatsleben der Neuzeit sonst niemals vorgekommen ist. Der Staat Serbien ist der wahre Mörder des österreichisch-ungarischen Thronfolgerpaares, und heute ist England — der intime Bundesgenosse dieses Mörders! Können die alten vornehmen Familien Englands, können die englischen Christen den Gedanken dieser intimen Bundesgenossenschaft mit einem Mörderstaat ertragen? Für diese gewaltigen Dinge hat der große amerikanische Jurist James Beck kaum ein Wort, geschweige denn, daß er sie, wie er mußte, zur Grundlage seiner ganzen Untersuchung genommen hätte. Darum aber ermangelt dieses ganze „juristische" „Urteil" jedes festen Bodens.

Ein Schrei des Entsetzens ging — das stellen wir gerne fest — durch die ganze gesittete Welt, durch alle Völker diesseits und jenseits der Meere. Das Mitgefühl aller anständigen Menschen wandte sich allgemein dem hochbetagten, schwergeprüften Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn zu.

Wie aber verhielten sich die Staaten? Und nun hat die Weltgeschichte eines ihrer traurigsten, ja es muß ausgesprochen werden: eines ihrer schändlichsten Kapitel zu berichten. Nun beginnt die Wirksamkeit dessen, was ich oben die historisch-dynamischen Kräfte nannte, und aus der gemeinsten Mordtat der Weltgeschichte, dem Mord von Serajewo, glaubten große Groß- und Kulturmächte — England und Frankreich! — ihre politischen Vorteile zur Vernichtung Deutschlands ziehen zu müssen. Die Weltgeschichte wird, das ist unsre felsenfeste

Digitized by Google

Ueberzeugung in Deutschland, die weiteren Vorgänge als eines ihrer schändlichsten und zugleich raffiniertesten Kapitel buchen müssen.

Zunächst verhielt sich Oesterreich-Ungarn fast einen Monat lang abwartend, in der Hoffnung, daß Serbien das Erforderliche zur Sühne des grauenhaften Mordes tun würde. Serbien aber tat nichts, um die Schandtat zu sühnen, und keine der Mächte, die in Serbien maßgebenden Einfluß hatten, weder Rußland noch England noch Frankreich, rührten auch nur den Finger, um Serbien zur Erfüllung seiner Ehrenpflicht der Sühne der grauenhaften Mordtat anzuhalten.

Nach längerem Zuwarten erging dann das österreichisch-ungarische Ultimatum an Serbien, das unter eingehender Begründung (vgl. besonders Deutsches Weißbuch, S. 21 bis 23) zehn Forderungen an Serbien stellte, die sich auf Verfolgung der Mordtat und endgültige Abstellung der serbischen Wühlereien gegen die Donaumonarchie durch Vereine und Presse bezogen. Es ist hier nicht erforderlich, alle Einzelpunkte des Ultimatums zu besprechen.

Für Annahme des Ultimatums war die kurzbemessene Frist von achtundvierzig Stunden gestellt (Deutsches Weißbuch, S. 11 bis 14).

Es muß ohne weiteres zugegeben werden: die Forderungen des österreichisch-ungarischen Ultimatums waren scharf, und die Zeitbemessung für dessen Annahme war kurz. Aber das hatte seine guten Gründe.

Hier muß ein Punkt aufs schärfste hervorgehoben werden: Bei den weiteren Unterhandlungen, speziell mit England und Rußland, hat Oesterreich-Ungarn immer aufs neue betont: jeder Gedanke an Gebietserweiterung auf Kosten Serbiens liege ihm durchaus fern (Deutsches Weißbuch, S. 5 und an andern Stellen). Und zweitens muß betont werden: so entschieden und streng auch die Forderungen Oesterreich-Ungarns in bezug auf Sühne der Mordtat und Abstellung der serbischen Wühlereien gegen die Donaumonarchie waren: keine dieser Forderungen enthält eine „Erniedrigung" Serbiens oder gar die Aufrichtung eines „Vasallenverhältnisses" Serbiens gegenüber Oesterreich-Ungarn. Dies wird alsbald näher zu begründen sein.

Serbien hat dann innerhalb der ihm gesetzten Frist den Forderungen des Ultimatums gegenüber Erklärungen abgegeben, die im wesentlichen genügen konnten. Nur in zwei Punkten hat es der österreichisch-ungarischen Forderung ein starres Nein entgegengesetzt, und daraus hat sich dann — äußerlich — der Krieg ergeben.

Diese Punkte waren: Die Teilnahme und Mitwirkung österreichisch-ungarischer Beamten an der „Unterdrückung der gegen die territoriale Integrität der Monarchie gerichteten subversiven Bewegung" (Ziff. 5) und der „Untersuchung gegen die Teilnehmer des Komplotts vom 28. Juni" (Ziff. 6), also der Mordtat von Serajewo. Oesterreich-Ungarn hat weiterhin diese „Teilnahme" näher dahin umgrenzt: nicht eine Teilnahme an der Urteilsfällung, sondern nur an der Untersuchung und Feststellung der Tatsachen sei mit der Ziffer 6 des Ultimatums gefordert worden (Deutsches Weißbuch, S. 19). Es ist also eine einfache Fälschung, wenn der amerikanische Jurist von der Forderung einer Teilnahme österreichisch-

Digitized by Google

ungarischer Beamten an serbischen Gerichtshöfen (courts) spricht. Serbien erklärte dies für eine Verletzung seiner Souveränität und lehnte die Forderung ab. Rußland und ebenso weiterhin England billigten das Verhalten Serbiens, und weithin in der Welt, besonders auch in neutralen Ländern, vor allem in Amerika, wurde die schwere Anklage gegen Deutschland erhoben, es habe nur eines deutschen Druckes in diesem Punkte bedurft, um Oesterreich-Ungarn zur Nachgiebigkeit zu bewegen und damit den Weltkrieg zu verhindern; da Deutschland diesen Druck nicht ausgeübt habe, sei es für den Ausbruch des Weltkrieges verantwortlich, und daß Deutschland diesen Druck auszuüben abgelehnt habe, sei der klare Beweis dafür, daß Deutschland diesen Krieg durchaus gewollt habe.

III

Prüfen wir die Einzelpunkte dieses Gegensatzes näher.

Erstens. Es ist oben bereits zugegeben worden: die Forderungen in Ziff. 5 und 6 des Ultimatums gehen weit. Aber es kann nicht zugegeben werden, daß sie eine Verletzung der serbischen Souveränität bedeuten. Nicht, wie oben bereits festgestellt, eine Teilnahme von österreichisch-ungarischen Beamten an der Urteilsfällung, also an der souveränen Rechtsprechung, war gefordert, sondern lediglich an der Untersuchung und Feststellung der Tatsachen. Mit der Souveränität hat dies nichts zu tun. Derartige Mitwirkungen, wie sie die beiden genannten Ziffern des Ultimatums fordern, sind oft genug im Völkerrecht vorgekommen, noch zuletzt in der berühmten Doggerbankaffäre zwischen England und Rußland, und das ganze Kapitel der Haager Schiedsgerichtskonvention über die Untersuchungskommissionen („commissions d'enquête") (Art. 9 bis 36) beruht auf diesem Gedanken der gemeinschaftlichen Untersuchung und Feststellung von Tatbeständen durch Beamte der verschiedenen beteiligten Staaten. Erklärte sich Serbien mit der Bildung einer solchen Untersuchungskommission einverstanden, so erfuhr seine Souveränität nicht die geringste Minderung. Allerdings hat Serbien erklärt, daß es „jede Mitwirkung anzunehmen bereit wäre, welche den Grundsätzen des Völkerrechts und des Strafprozesses sowie den freundnachbarlichen Beziehungen entsprechen würde", worauf Oesterreich-Ungarn erwiderte, das „allgemeine Völkerrecht" ebenso wie der Strafprozeß habe mit dieser Frage nichts zu tun, es handle sich um eine Angelegenheit staatspolizeilicher Natur, die im Wege einer besonderen Vereinbarung zu lösen ist (Deutsches Weißbuch, S. 19). Hätte Serbien sich einfach zur Bildung einer Untersuchungskommission im Sinne der Haager Schiedsgerichtskonvention bereit erklärt, so wäre über diesen Punkt ganz sicher ein Einvernehmen erzielt worden; die allgemeinen Vorbehalte aber, die Serbien machte, müssen als Ausflucht bezeichnet werden, die Oesterreich-Ungarn zurückweisen mußte.

Man halte sich doch nur gegenwärtig: Dieses Serbien war in der Staatengeschichte der Neuzeit als Mörderstaat schwer kompromittiert und hatte in der Zwischenzeit zwischen dem Mord und dem Ultimatum nicht das mindeste zur Verfolgung der grauenhaften Mordtat getan — wahrlich, dieses wie jenes Grund

Digitized by Google

genug für Oesterreich-Ungarn, um Serbien zu mißtrauen und behufs Erforschung der Wahrheit und genauer Feststellung des wirklichen Tatbestandes eine Mitwirkung von eignen Beamten zu fordern.

Die russisch-englische Behauptung, die auch der amerikanische Jurist in allen möglichen Tonarten vorträgt, ja die er geradezu zur Grundlage seines „juristischen Urteils" macht: Ziff. 5 und 6 des Ultimatums seien eine Vernichtung der serbischen Souveränität und Unabhängigkeit, entbehrt durchaus des Grundes und muß als ein trügerischer Vorwand zur Verhüllung der wirklichen Absichten dieser Staaten betrachtet werden. Und die Behauptung des amerikanischen Juristen, das Ultimatum Oesterreich-Ungarns sei „arrogant and most unreasonable" gewesen, muß mit Entrüstung als „arrogant and most unreasonable" zurückgewiesen werden. Hat der amerikanische Jurist gar kein Verständnis dafür, was es bedeutet, daß der Thronfolger einer altehrwürdigen Großmacht von den Kreaturen eines kleinen, in der Geschichte bereits durch Mordtaten aufs schwerste belasteten Staates grauenhaft gemordet wurde? Wir können nicht annehmen, daß dies Verständnis dem ehrlichen und christlichen Volke der Vereinigten Staaten fehlen sollte.

Zweitens. In allen Tonarten wird in der Presse der uns feindlichen Staaten, in den amtlichen Erklärungen der Staatsmänner dieser Staaten, aber auch in der Presse der neutralen Staaten, besonders Amerikas, die Behauptung wiederholt: es habe nur eines ernsten Druckes Deutschlands bedurft, um Oesterreich-Ungarn zum Verzicht auf die Forderungen der Ziff. 5 und 6 des Ultimatums zu veranlassen, dann sei der Weltkrieg verhindert gewesen.

Es mag dahingestellt bleiben, ob Oesterreich-Ungarn nach der ganzen Lage der Dinge einem solchen deutschen Druck nachgegeben hätte, sicher ist dies keineswegs, aber es mag angenommen werden.

Deutschland aber lehnte es ab, diesen Druck auszuüben, und lehnte weiterhin gleichfalls ab, die ganze Sache, wie England wollte, einem internationalen Rate zur Erledigung zu unterbreiten (Note des deutschen Botschafters in London, vgl. Weißbuch, S. 11 ff.).

Diese Stellungnahme Deutschlands war durchaus richtig und korrekt, ja Deutschland konnte ehrenhafterweise überhaupt keine andre Stellung einnehmen.

Der österreichisch-ungarische Thronfolger war — ich muß diese Tatsache nochmals wiederholen — mit seiner Gemahlin in der niederträchtigsten Weise hingemordet worden; die bestimmtesten Anzeichen führten zu der Annahme, daß dieser gemeine Mord nicht ohne Schuld des Staates Serbien begangen war, ja daß dieser Staat Serbien der eigentliche Mörder war; dieser Staat Serbien war in der Staatengeschichte der Neuzeit als Mörderstaat aufs heillosesste kompromittiert, er hatte durch sein ganzes Verhalten in den letzten Jahren Oesterreich-Ungarn fortwährend aufs äußerste gereizt, ja in schwere Gefahren gebracht; er tat nicht das mindeste, um gegen die Mörder von Serajewo vorzugehen.

Wahrlich — wenn einmal in der Weltgeschichte die Ehre eines Staates, die in den Haager Verhandlungen so eingehend erörterte „honneur national",

Digitized by Google

in Frage stand, die unbedingt und ausnahmslos das Schiedsgericht, d. i. die Mitwirkung dritter Mächte für Erledigung des Streitfalles, als eine Verpflichtung ausschließt, so war dies hier der Fall. Sowohl auf der ersten wie auf der zweiten Friedenskonferenz war unter allen Staaten ohne Ausnahme der Grundsatz anerkannt worden, daß in Fragen der staatlichen Ehre, der „honneur national", jeder Staat allein souveräner Richter sein müsse, und daß ein Staat niemals verpflichtet sein könne, Fragen der nationalen Ehre zur Entscheidung dem Urteil dritter Staaten in irgendwelcher Form, insbesondere derjenigen des Schiedsgerichts, zu unterbreiten. Und Rußland hatte diesen Standpunkt nicht nur anerkannt, sondern jener Grundsatz war geradezu der Haupt- und Kernpunkt des ersten russischen Entwurfs der Schiedsgerichtskonvention, den Rußland durch v. Martens auf der ersten Friedenskonferenz einbrachte. Auf dieser Grundlage ist dann auch nach langen und schwierigen Verhandlungen der Schiedshof im Haag errichtet worden. Daran war ich selbst aufs stärkste beteiligt, und ich habe es später bei jedem Anlaß als Ergebnis der großen Haager Verhandlungen von 1899 aufs schärfste betont: in Fragen seiner nationalen Ehre kann ein selbstbewußter Staat nur allein Richter sein.

Wo aber wäre je in der ganzen Weltgeschichte ein internationaler Streitfall zu finden, in dem die Ehre eines Staates in höherem Grade auf dem Spiele stand als in dem Mordfall von Serajewo, und noch dazu die Ehre einer altberühmten historischen Großmacht gegenüber einem kleinen, in der Geschichte aufs schwerste mit Mordtaten belasteten Staate?

Alle ehrlichen Menschen — und ganz besonders fordern wir dies von den Amerikanern — sind im Gewissen verpflichtet, diesen Punkt aufs schärfste festzuhalten und durchzudenken.

Deutschland tat in dem Falle das einzige, was es tun konnte und was es auch hätte tun müssen, wenn es nicht mit Oesterreich-Ungarn durch einen Bündnisvertrag aufs engste verbunden gewesen wäre, es erklärte: Der Mord von Serajewo ist, als im denkbar höchsten Grade nationale Ehrensache, für Oesterreich-Ungarn eine Sache, die zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien allein ausgetragen werden muß. Damit hielt Deutschland streng an dem Standpunkt fest, den auf den beiden Haager Friedenskonferenzen alle Staaten der Welt als einen ganz unzweifelhaften und unbestreitbaren Grundsatz des Völkerrechts feierlich anerkannt hatten. Ob Deutschland den Inhalt des österreichisch-ungarischen Ultimatums kannte oder nicht — der amerikanische Jurist legt darauf das allergrößte Gewicht —, ist für die Beurteilung dieser Frage gänzlich gleichgültig.

Aber dieser Standpunkt hinderte nicht, daß Deutschland bei der notorischen und zu jedem nur möglichen Opfer bereiten Friedensliebe des Deutschen Kaisers alle seine Kräfte einzusetzen versprach, um in Wien zum Entgegenkommen und zu jeder mit der nationalen Ehre vereinbaren Nachgiebigkeit zu mahnen (Note des englischen Botschafters in Berlin vom 29. Juli, Englisches Weißbuch, S. 40), Bemühungen, die vielleicht doch noch zum Erfolge geführt hätten, hätte nicht

Digitized by Google

Rußland diesen Erfolg zur Unmöglichkeit gemacht. Noch am 29. Juli hatte der deutsche Reichskanzler dem englischen Botschafter erklärt, daß er alles tun würde, was in seiner Macht stehe, um europäische Komplikationen zu verhüten (Englisches Weißbuch, S. 42).

Der amerikanische Jurist sagt: „Friedensbeteurungen gehören zum diplomatischen Geklingel („to the cant of diplomacy") und haben immer das kriegslüsternste aller Völker gekennzeichnet." Soll damit Deutschland gemeint sein? Dann erinnern wir den großen amerikanischen Juristen nur daran, daß das Deutsche Reich die einzige Großmacht ist, die — trotz vieler und schwerer Provokationen und trotz seiner gewaltigen Waffenmacht — in den letzten vierzig Jahren keinen Krieg geführt hat.

Deutschland hielt streng an dem richtigen Standpunkt fest: Die Streitfrage des Mordes von Serajewo ist eine Frage zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien allein. Aber Deutschland erklärte sich bereit, falls aus diesem Streit Irrungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland hervorgehen sollten, nach seinen besten Kräften an der Vermittlung teilnehmen zu wollen. Der amerikanische Jurist meint, diese Unterscheidung sei schwer zu begreifen, und glaubt dies durch einen schalen Witz begründen zu können. Der Unterschied aber liegt so klar zutage, daß jeder, der ihn begreifen will, ihn auch begreifen kann. Wir halten jede Erörterung darüber für überflüssig. Der amerikanische Jurist will ihn nicht begreifen, und es ist, um mit seinen eignen Worten zu sprechen, eine „Beleidigung jeden Sinnes internationaler Moral", Deutschland einen Vorwurf zu machen, daß es auf Oesterreich-Ungarn keinen Druck der serbischen Mordtat gegenüber ausgeübt habe. Das sind nicht „armselige Ausflüchte" („pitiful quibbles") oder „Heuchelei („hypocrisy") oder „dumme Falschheit" („stupid falsehood") — einige der Schimpfworte des amerikanischen Juristen — sondern es ist der Kernpunkt des Daseins für jeden Staat und jedes Volk. Und „nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr alles setzt an ihre Ehre," ruft uns Deutschen unser großer Schiller zu.

IV

Drittens. Mußten wir somit zu dem Ergebnis kommen, daß Deutschland den Druck auf Oesterreich-Ungarn, den man weithin in der Welt, besonders auch in der neutralen Presse, von ihm forderte, und den nicht geübt zu haben man ihm zum schwersten Vorwurf macht, ja dessen Nichtausübung man geradezu als die alleinige Ursache für den Ausbruch des Weltkrieges erklärt, gar nicht ausüben konnte, ohne mit den elementarsten und von aller Welt feierlich anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts sich in Widerspruch zu setzen, so liegt die Sache ganz entgegengesetzt mit Rußland. Es sei ohne weiteres zugegeben, daß Rußland ein hohes Interesse an Serbien hat; freilich nicht in dem Sinne, daß Serbien Bestandteil oder Vasall Rußlands wäre, für den dieses in jedem Fall eintreten mußte. Diesem Interesse hat das österreichisch-ungarische Ultimatum Rechnung getragen, indem es jede territoriale Schädigung Serbiens ausschließt, wie dies überdies bei den Verhandlungen noch wiederholt und aufs klarste betont

Digitized by Google

wurde. Ebenso hatte Oesterreich-Ungarn die Unabhängigkeit Serbiens ohne weiteres anerkannt. Wenn der russische Minister des Auswärtigen nach der Note des englischen Botschafters in Petersburg vom 27. Juli an Sir Edward Grey die „Garantie der territorialen Integrität für Serbien und seiner Rechte als souveräner Staat, so daß es nicht Oesterreichs Vasall werden würde", als die Erfordernisse für die Erhaltung des europäischen Friedens bezeichnete (Englisches Blaubuch, S. 35), so waren diese Erfordernisse von Oesterreich-Ungarn in vollem Umfange erfüllt (Englisches Blaubuch, S. 70).

In den obigen Darlegungen ist nachgewiesen, daß kein Punkt des Ultimatums die serbische Souveränität verletzte, daß insbesondere Ziff. 5 und 6 des Ultimatums keine Verletzung der serbischen Souveränität und Unabhängigkeit enthielten, sondern lediglich eine Anwendung des durch die beiden Haager Friedenskonferenzen feierlich anerkannten Prinzips der gemeinsamen internationalen Untersuchungskommissionen zur friedlichen Beilegung von internationalen Streitfällen waren. Mit Recht konnte der österreichisch-ungarische Botschafter in London gegenüber Sir Edward Grey erklären, daß Serbien gerade diejenigen Punkte des Ultimatums abgelehnt habe, die allein eine wirkliche Garantie böten, daß die serbischen Wühlereien gegen Oesterreich-Ungarn endgültig aufhören würden.

Unter diesen Umständen war die Stellung, die Rußland in dem österreichisch-ungarisch-serbischen Konflikt völkerrechtlich einnehmen mußte, vollkommen klar vorgezeichnet: Rußland mußte das von ihm ganz abhängige Serbien veranlassen, das österreichisch-ungarische Ultimatum in seinem gesamten Umfange anzunehmen, zumal da Serbien ausdrücklich erklärt hatte, jeden russischen Rat befolgen zu wollen (Russisches Orangebuch, S. 9). Rußland konnte als ehrenhafter Staat gar nicht anders als anerkennen, daß die Ehre der österreichisch-ungarischen Monarchie im allerhöchsten Grade auf dem Spiele stand, und daß Serbien, dessen Souveränität und Unabhängigkeit von Oesterreich-Ungarn garantiert waren, Sühne leisten müsse für den gräßlichen Mord von Serajewo. „Zum drittenmal im Laufe der letzten sechs Jahre führt Serbien auf diese Weise Europa an den Rand eines Weltkrieges" (Deutsches Weißbuch, S. 3). Noch am 20. Juli erklärte es Sir Edward Grey für „detestable", daß eine von den Großmächten durch Serbien in einen Krieg gerissen werden könne (Englisches Weißbuch, S. 1).

Indem Rußland aber Serbiens Widerstand gegen Oesterreich-Ungarn unterstützte und sich dafür auf die völkerrechtlich ganz unhaltbare Behauptung festlegte, das Ultimatum enthalte eine Verletzung der serbischen Souveränität und Unabhängigkeit, hat es vor dem Weltgericht der Weltgeschichte sich zum Mitschuldigen des Mörderstaates Serbien gemacht und den Ausbruch des furchtbaren Weltkrieges verschuldet.

Nicht an Deutschland war es, einen Druck auf die altberühmte und in ihrer nationalen Ehre von Serbien aufs äußerste verletzte Großmacht Oesterreich-Ungarn auszuüben, sondern an Rußland war es, diesen Druck auszuüben auf den kleinen Mörder- und Verbrecherstaat Serbien, der Oesterreich-Ungarn gegenüber die schwerste Schuld auf sich geladen hatte. Die „Pflichten gegenüber der Zivilisation",

Digitized by Google

von denen der amerikanische Jurist spricht, hatte nicht Deutschland gegen Oesterreich-Ungarn, sondern Rußland gegen Serbien! Und nicht genug, daß Rußland Serbien in seinem ganz ungerechtfertigten Widerspruche gegen die Forderungen Oesterreich-Ungarns bestärkte, es hat, während die Verhandlungen noch schwebten und der russische Zar in warmen Worten noch am 29. Juli die Vermittlung des Deutschen Kaisers anrief (Deutsches Weißbuch S. 34), die Mobilisation nicht allein gegen Oesterreich-Ungarn, sondern auch gegen Deutschland am 30. Juli angeordnet und damit Deutschland zu dem Ultimatum genötigt, durch das verhindert werden mußte, daß Deutschland mit seinen militärischen Vorbereitungen Rußland gegenüber vollständig ins Hintertreffen geriet. Am 1. August bereits, noch vor erfolgter Kriegserklärung, überschritten russische Truppen die deutsche Grenze und rückten auf deutschem Gebiete vor (Deutsches Weißbuch S. 10. Englisches Blaubuch S. 65. Erklärung des deutschen Staatssekretärs an den englischen Botschafter in Berlin: „Russia's mobilisation has spoilt everything," ferner S. 70: „had not Russia mobilised against Germany, all would have been well").

Noch in letzter Stunde schlug Deutschland direkte Verhandlungen zwischen Wien und Petersburg vor, die es mit allen Kräften zu unterstützen versprach — aber die allgemeine russische Mobilmachung in der Nacht vom 30./31. Juli machte allen Friedensbestrebungen ein gewaltsames, brüskes Ende (Englisches Blaubuch S. 43).

So hat Rußland den großen Weltkrieg von 1914 ganz unmittelbar verschuldet. Ein ernstes Wort Rußlands an Serbien hätte den Krieg verhindert. Dies Wort zu sprechen war Rußland verpflichtet, während Deutschland Oesterreich-Ungarn gegenüber, dessen nationale Ehre aufs schwerste verletzt war, keine Berechtigung zu irgendwelchem Drucke haben konnte. War etwa Oesterreich-Ungarn der Mörder des serbischen Thronfolgers, daß man es für diese Schandtat züchtigen mußte?! — Rußland trägt die unmittelbare Schuld für den Ausbruch des Weltkrieges. Auch der englische Arbeiterführer J. Ramsay Macdonald erkennt es als zweifellos an: die russische Mobilmachung hat Deutschland zum Krieg gezwungen („Kölnische Zeitung" Nr. 1352). Wenn der amerikanische Jurist betont, die russische Mobilmachung sei nur gegen Oesterreich-Ungarn gerichtet gewesen, so begeht er abermals eine bewußte Fälschung: die russische Mobilisation war eine allgemeine. Und daß bei den aufs höchste zugespitzten Verhältnissen die Mobilisierung „only preparation" gewesen sei, ist eine geradezu kindliche Behauptung: die allgemeine Mobilmachung Rußlands war der bewußte und gewollte Krieg.

Viertens. Frankreich hat sich an den diplomatischen Erörterungen des österreichisch-ungarisch-serbischen Streitfalles wenig beteiligt. Jedermann in der Welt wußte, daß, sobald Rußland den Krieg beginnen würde, auch Frankreich alsbald in den Krieg eintreten werde. Trotz aller unsrer Bemühungen hat Frankreich die Katastrophe von 1870/71 nicht nur nicht vergessen, sondern ununterbrochen bis heute als Richtschnur seiner Weltpolitik festgehalten; für unsern

Digitized by Google

Standpunkt, daß wir durch den Krieg von 1870 nur altdeutsches, uns durch Ludwig XIV. räuberisch entrissenes Land in ehrlichem Waffengange wiedergewonnen haben, hat Frankreich nie das mindeste Verständnis gezeigt; den französischen Standpunkt, daß die Bevölkerung von Elsaß-Lothringen französisch sein wolle — es bleibe dahingestellt, ob dies heute überhaupt noch zutrifft —, erkennen wir nicht an, sondern halten daran fest, daß diese Bevölkerung nach Geschichte und Sprache deutsch ist und demgemäß ihre Pflicht als Bestandteil des deutschen Nationalstaates zu erfüllen hat, genau so wie die Gascogne und Vendee gegenüber dem französischen Nationalstaate. Aber wir erkennen bei Frankreich immerhin den edlen Vaterlandsgedanken an, auch wo er zu falschen Schlüssen führt, und so ist auch Frankreich gegenüber in dem gegenwärtigen Weltkriege deutscherseits im allgemeinen kein Haß und keine Erbitterung vorhanden; eher bedauern wir Frankreich, daß es die schwersten Schläge dieses furchtbaren Weltkrieges erdulden muß um der Räuberpolitik Englands willen. Wilde Brandreden, die geradezu als ein blutiger Hohn auf die tatsächliche Kriegslage erscheinen, wie eine solche Herr Viviani im französischen Parlament gehalten hat, müssen allerdings auch bei uns die mildere Stimmung für Frankreich vernichten. Und noch mehr ist dies der Fall nach der unerhört niedrigen Behandlung deutscher Frauen in Marokko durch französische Offiziere, durch die sich Frankreich in Wahrheit „außerhalb der Menschheit" gestellt hat.

V

Fünftens. Auch England hat an den Erörterungen über den österreichisch-ungarisch-serbischen Streitfall zunächst keinen scharfen Anteil genommen. Es bestand doch offenbar ein starkes Schamgefühl, daß England, das alte, vornehme, christliche England, sich wie Rußland zum Genossen der serbischen Mordbuben erniedrigen sollte (höchst charakteristisch in dieser Beziehung ist der Bericht des englischen Botschafters in Petersburg, Englisches Blaubuch S. 10), denen, eben weil sie Mordbuben seien, England noch bis vor kurzem den diplomatischen Verkehr, die notdürftigste internationale Höflichkeit versagt hatte; noch bis vor kurzem war England zu vornehm und zu stolz, eine Mörderhand zu drücken — und nun ist die englische und diese Mörderhand eng verschlungen! Ein Schauder wird spätere englische Geschlechter ergreifen, wenn sie dieses Blatt der englischen Geschichte lesen. Später hat auch England die ganz grundlose Behauptung, Oesterreich-Ungarn wolle Serbien zum „Vasallen" erniedrigen, aufgenommen und in starken Worten das Ultimatum für eine Forderung erklärt, die einem unabhängigen Staate nicht gestellt werden könne (Englisches Blaubuch S. 49, 55).

Nach den amtlichen Aeußerungen Sir Edward Greys zu den Botschaftern Englands, Deutschlands und Oesterreich-Ungarns schien es der englischen Regierung wahrer Ernst zu sein mit den Bemühungen um Aufrechterhaltung des Weltfriedens; die im englischen Blaubuch enthaltenen Depeschen erwecken durchaus die Vorstellung, als ob Sir Edward Grey alle Kraft aufwenden wolle, um den Weltfrieden zu sichern. Darauf vertrauend hoffte man deutscherseits,

Digitized by Google

daß England in dem drohenden Konflikte neutral bleiben und dadurch den Weltkrieg verhindern werde; der deutsche Botschafter forderte schließlich England auf, die Bedingungen seiner Neutralität positiv zu formulieren auf der Grundlage, daß Deutschland die Integrität des französischen Territorialbestandes selbst einschließlich der Kolonien zusicherte (Englisches Blaubuch S. 46 und besonders S. 66).

Darauf gab man englischerseits überhaupt keine Antwort, und alles Drängen Deutschlands hatte nur zur Folge die wiederholte Erklärung, daß England sich freie Hand wahren müsse (Englisches Blaubuch S. 46, 47, 66), und daß aus dem freundlichen Tone der bisherigen deutsch-englischen Verhandlungen nicht gefolgert werden dürfe, daß England unbeteiligter Zuschauer bleiben werde. Damit endeten alle die ernsten Bemühungen Deutschlands, den Weltfrieden zu erhalten. Daß Rußland es nicht gewagt haben würde, den Krieg zu erzwingen, wenn England eine strikte Neutralitätserklärung abgegeben hätte, darf als so gut wie zweifellos angenommen werden. Auch der englische Arbeiterführer J. Ramsay Macdonald erklärt rundweg, daß England eine Antwort auf die deutsche Neutralitätsanfrage geben mußte, wenn es ihm wirklicher Ernst um Erhaltung des europäischen Friedens war (vgl. „Kölnische Zeitung" Nr. 1352).

England aber gab diese Erklärung nicht, und so kam es zur Kriegserklärung zwischen Rußland und Deutschland, der gewissermaßen automatisch die Kriegserklärung zwischen Deutschland und Frankreich folgte. Wir sehen ja heute vollkommen klar in diesen Fragen. Alle Bemühungen Deutschlands, England zur Neutralitätserklärung zu bewegen und damit nach aller Voraussicht den Weltkrieg überhaupt zu verhindern, waren vergeblich, weil England diesen Weltkrieg durchaus wollte und mit Frankreich und Rußland längst bindende Abmachungen hierüber abgeschlossen hatte. Alle die Bemühungen Sir Edward Greys um Erhaltung des Friedens waren leere Scheingefechte. England mußte auf den deutschen Antrag, seine Neutralitätsbedingungen zu formulieren, eine bestimmte Antwort geben, zumal nach der deutschen Zusicherung der unbedingten Gebietsintegrität Frankreichs, wenn es wirklich den Frieden erhalten wollte. Jetzt lag der Weltfriede in der Hand Englands, aber England wollte nicht den Weltfrieden, sondern den Weltkrieg.

Warum? Die Antwort auf diese Frage soll in einer besonderen Abhandlung gegeben werden.

Aber England schämte sich doch, sich wie Rußland einfach als Genossen der serbischen Mordbuben oder wie Frankreich einfach als Gefolgsmann Rußlands zu erklären, und es folgte nun jene abgefeimt raffinierte Operation Englands, um sich vor der Welt und besonders vor den neutralen Mächten mit einem Heiligenschein zu umgeben. Unbegreiflicherweise ist ihm dies auch, besonders bei den Amerikanern, die ihren sonst so klaren politischen Blick hier völlig verloren zu haben scheinen, vollkommen gelungen. Der amerikanische Jurist kann nicht scharfe Worte genug finden, um Deutschlands Vorgehen gegen das „unschuldige" Belgien zu brandmarken. Als er seine Untersuchung veröffentlichte,

Digitized by Google

waren die Urkunden noch nicht bekannt, nach denen Belgiens Neutralitätsbruch klar vor den Augen der Welt liegt. Heute würde er als ehrlicher Jurist den Abschnitt über Belgien nicht mehr schreiben können: der ganze Abschnitt über Belgien ist vollkommen falsch. Belgien war vielmehr seit 1906 ganz in das Weltkomplott gegen Deutschland eingetreten durch feste Abmachungen mit Frankreich und England. Darüber war Deutschland unterrichtet, wenn es auch nicht wie heute die urkundlichen Beweise hierfür in der Hand hatte. Damit war seit 1906 die Neutralität Belgiens rechtlich vollkommen dahingefallen, und zwar durch den Willen und die Handlungen von Belgien selbst. Daß Deutschland von der feindlichen Stellung Belgiens genaue Kenntnis hatte, ergibt sich auch aus der Note des englischen Botschafters in Berlin nach London vom 31. Juli 1914 (Englisches Blaubuch S. 65); der Vormarsch der Franzosen durch Belgien war bestimmt in Aussicht genommen, somit war der Vormarsch der Deutschen durch Belgien eine Frage auf Leben und Tod für Deutschland (vgl. Englisches Blaubuch S. 77). Danach mußte Deutschland seine militärischen Maßnahmen treffen. Unser Reichskanzler hat in seiner ersten großen Kriegsrede im Reichstag das Vorgehen gegen Belgien mit Notwehr begründet; auch das wäre völkerrechtlich vollkommen ausreichend, ist aber heute längst nicht mehr nötig. Der Boden, auf dem Deutschland in der belgischen Frage steht, ist heute ethisch und juristisch viel klarer und sicherer, als der Grund der Notwehr ihn bieten könnte; nach den in deutscher Hand befindlichen und jetzt längst veröffentlichten Urkunden ist der Neutralitätsbruch Belgiens seit 1906 völkerrechtlich so unanfechtbar, daß kein ehrlicher Jurist in der ganzen Welt ihn leugnen kann, ohne daß ihm die Schamröte der Lüge ins Gesicht steigen muß.

Demgemäß marschierten die deutschen Truppen, nachdem deutsche Vermittlungsangebote von Belgien rundweg und schroff abgelehnt worden waren, in Belgien ein und stürzten den belgischen Staat in einem kurzen, glänzenden Siegeszuge vollständig um. Weder Frankreich noch England konnten dem verbündeten Belgien rechtzeitig Hilfe bringen.

England nahm nun dies deutsche Vorgehen gegen Belgien zum Vorwand der Kriegserklärung — eine eitle Spiegelfechterei vor der Welt, da England natürlich wußte, daß Belgien längst nicht mehr neutral war. In lebhaften Tiraden über die Heiligkeit der Verträge, die Deutschland gebrochen habe, während doch in Wirklichkeit Belgien sie seit 1906 gebrochen hatte, spielte sich England in bewußter Lüge als Schutzmacht internationaler Verträge, die es selbst gleichfalls längst gebrochen hatte, und als Hüterin der Unabhängigkeit der kleinen Staaten auf. Ein Hexensabbat von Lug und Trug, wie er in der Weltgeschichte nie zuvor dagewesen war.

Die Ablehnung des deutschen Neutralitätsbegehrens, dessen Annahme den Weltkrieg voraussichtlich verhindert hätte, sowie die englische Kriegserklärung wegen des deutschen Durchmarsches durch das „neutrale“ Belgien, während doch Belgien selbst im Bunde mit England und Frankreich diese Neutralität längst völlig zerbrochen hatte, nötigen somit den Historiker und Juristen zu der zweifellos

Digitized by Google

sicheren Annahme, daß England längst entschlossen war, an dem Weltkriege teilzunehmen, und daß es durch Ablehnung der Neutralitätserklärung den Ausbruch des Weltkrieges ebenso unmittelbar verschuldet hat wie Rußland. Alle Friedensbemühungen Sir Edward Greys waren leere Spiegelfechterei, um die Welt zu täuschen.

Dies ist der zweifellose völkerrechtliche Nachweis, daß nicht Deutschland, sondern Rußland und England auf Grund eines längst vorher mit Frankreich und Belgien verabredeten Planes den Weltkrieg von 1914 verursacht haben.

Wir fassen, dem amerikanischen Juristen folgend, unser Urteil in wenige kurze Sätze zusammen und sind der festen Ueberzeugung, daß dies das Urteil des Obersten Gerichtshofes der Weltgeschichte — entgegen dem amerikanischen „Urteil" des Obersten Gerichtshofes der Zivilisation — sein wird:

1. Serbien wird wegen wiederholter grauenhafter Mordtaten aus der europäischen Staatengesellschaft ausgeschlossen, wie dies England für sich bereits eine Reihe von Jahren hindurch getan hatte.

2. Deutschland wird von der Verletzung der Neutralität Belgiens freigesprochen, da Belgien seit 1906 bereits diese Neutralität im Bunde mit den Mächten des Dreiverbandes ge- und zerbrochen hatte.

3. Deutschland wird der Verletzung der Neutralität von Luxemburg schuldig erklärt und zu vollem Schadenersatz verurteilt.

4. Rußland ist schuldig, durch seine allgemeine Mobilisierung den Weltkrieg verschuldet zu haben; Frankreich ist unmittelbar, England durch seine Ablehnung des deutschen Neutralitätsangebotes in diese Schuld Rußlands mit eingetreten. Die Absicht des Dreiverbandes war und ist die Vernichtung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns.

In welcher Weise hat sich Englands Freundschaft für Italien in der Vergangenheit geäußert?

Von

Archivrat Dr. J. Lulvès (Hannover)

Englands traditionelle Freundschaft für Italien! Wie oft ist die gelegentlich einmal im italienischen Senate (1896) vom Ministerpräsidenten Marchese di Rudini in diese Worte gekleidete Ueberzeugung im großen Publikum, vornehmlich von italienischen Politikern,[1]) zum Ausdruck gebracht worden!

Daß eine derartige günstige Ansicht über die politischen Gefühle der Engländer für Italien aufkommen und verbreitet werden konnte, liegt wohl an der

[1]) „Der einzige wohlwollende Freund Italiens" (De Renzis, 6. Mai 1885, ähnlich Fortis am gleichen Tage im Parlament) u. dgl.

Digitized by Google

sanguinischen Auffassung der Italiener, liegt aber mehr noch an der Geriebenheit und Heuchelei der englischen Politik. Als ihr Ruhmestitel darf jetzt gelten, was einst den Italienern selbst, in Verbindung mit dem Namen Machiavelli, bis zum Ueberdruß nachgesagt zu werden pflegte.

Den Italienern sind peinliche und folgenschwere Erfahrungen mit jenen charakteristischen, raffiniert ausgebildeten Eigenschaften der englischen Politik nicht erspart geblieben. Das beweist die Geschichte der Wechselbeziehungen zwischen beiden Völkern.

Wir gehen nicht näher auf die alten Handelsverbindungen zwischen ihnen ein; sie reichen bis ins dreizehnte Jahrhundert mindestens zurück. Ihre Hauptträger waren zuerst die vorzugsweise Wollhandel treibenden Florentiner, bis die Zahlungsunfähigkeit ihres großen Schuldners, König Eduards III. (1327 bis 1377), in erster Linie den Zusammenbruch mehrerer Bankhäuser (Bardi, Peruzzi usw.), ja sogar, fürs erste wenigstens, den Niedergang des gesamten Handels der Arnostadt verursachte, dann die Genuesen und bedeutender noch die Venezianer. Sie waren es, welche die ferne Insel mit der fast ausschließlich ackerbautreibenden Bevölkerung erst dem mitteleuropäischen Verkehr im eigentlichen Sinne erschlossen, ihr exotische Produkte, sogar aus Südasien, übermittelten, ihren Königen reiche Geschenke, reichen Zoll und starke Darlehen zubrachten, bis von der Mitte des fünfzehnten Jahrhunderts ab die Handelskraft einheimischer Schiffer und Kaufherren allmählich erstarkt war, ein heftiger Zollkrieg den damals auch von andrer Seite bedrängten Venezianern die Absendung von Handelsgaleeren verleidete, deren letzte 1533 an der britischen Insel erschien.

Englands Expansionskraft hatte sich ausgebildet. Es wollte jetzt nur allein empfangen, allein Vorteil ziehen. Seine Kaufleute befuhren nun das Mittelmeer und vermittelten ihrerseits die Handelsbeziehungen, deren Träger bis dahin die jetzt verdrängten Italiener gewesen waren. Zu deren Schaden hatte sich eine wenig erfreuliche Seite des englischen Nationalcharakters in schroffer Form ausgebildet.

In höherem Maße wandte die britische Politik, nachdem sie ihre Seeherrschaft weit ausgedehnt, Kolonialreiche in allen Weltteilen begründet hatte, erst am Ende des achtzehnten Jahrhunderts ihre Aufmerksamkeit der Apenninhalbinsel und ihrem Inselkreise zu.

Korsika, seit einem halben Jahrtausend im Besitze Genuas, war 1768 an Frankreich abgegeben worden. Gegen die französische, königsmordende Republik, gegen den Konvent, hatte der große korsische Patriot Pasquale Paoli mit einem Teile seiner Landsleute den Kampf aufgenommen und dazu sich im Jahre 1794 um Hilfe an Frankreichs Gegner England gewandt, damit die Korsen „die Rechte eines freien und unabhängigen Volkes wieder erlangen möchten".

Diese Worte sind ihm nachgesprochen in einem proklamationsartigen Schreiben, das (am 21. April 1794) die mit einer Flotte erschienenen englischen Oberbefehlshaber, Admiral Hood und Sir Gilbert Elliot, an Pasquale Paoli gerichtet haben. Als Zweck ihres Eingreifens erklärten sie feierlich die „Sicherung der

Digitized by Google

Unabhängigkeit Korsikas und der Aufrechterhaltung seiner alten eignen Verfassung, seiner Gesetze und seiner Religion".

Daraufhin proklamierte eine für den 10. Juni zusammenberufene Versammlung von Vertretern des korsischen Volkes unter Paolis Vorsitz die Trennung von Frankreich und die Vereinigung mit Großbritannien. Sie genehmigte am 19. Juni eine bereits im April zwischen Paoli und Elliot vereinbarte Verfassung nach dem von letzterem energischst empfohlenen Muster der englischen, „die auf den sichersten Grundsätzen ruht, welche Weltweisheit, Staatskunst und Erfahrung jemals zum Glücke eines großen Volkes zu vereinigen vermochten".

Danach war die gesetzgebende Gewalt auf der Insel in die Hände des (englischen) Königs und eines dortigen Parlamentes gegeben; dessen Beschlüsse bedurften, um Gesetzeskraft zu erlangen, der Bestätigung des Königs.

Zum Vizekönig ward aber nicht Paoli, sondern Elliot eingesetzt, und der suchte jenen, dem England hinsichtlich der Eroberung der Insel so viel schuldete, aus seinem Vaterlande zu entfernen, denn er fürchtete die Größe und wachsende Bedeutung des Mannes. Pasquale Paoli ward im Oktober 1795 vom König nach London berufen, wo ihm eine Pension von 2000 Pfund jährlich bis zum Lebensende (1807) gewährt wurde.

Der Fehler einer kurzsichtigen und undankbaren Politik sollte sich bald rächen. Nach Paolis Abgang wurden unter dem Vizekönigtum Elliots so viel Ungeschicklichkeiten und Unterlassungssünden begangen, daß die vorher den Engländern so freundlich gesinnten Korsen jenen vollständig entfremdet und verfeindet wurden.

Dazu kam die erwachende Begeisterung für ihren neuen Nationalhelden, Napolione Buonaparte, den Sieger von Mondovi und Melesimo auf seinem glänzenden ersten italienischen Feldzuge. Ende Juli 1796, als die Abfahrt von 800 bis 900 korsischen Republikanern aus Livorno drohte, war die Herrschaft der Engländer auf Korsika bereits unhaltbar geworden. Freiwillig, aber unrühmlich, verließen sie die Insel unter dem Schutze der von Horatio Nelson befehligten Flotte.

An dieser Stelle des Mittelländischen Meeres war also der Versuch Englands fehlgeschlagen, eine Frankreich und Italien bedrohende Seeherrschaft zu begründen. Wenige Jahre darauf sollte er an einer andern Stelle wieder aufgenommen werden.

Nach seinem vernichtenden Seesiege über Bonapartes Flotte bei Abukir (am 1. August 1798) mußte Nelson, selbst leicht verwundet, zur Ausbesserung der Schiffe nach Neapel fahren. Als Triumphator ward er von der franzosenfeindlichen Bevölkerung empfangen, verpflegt im Hause des englischen Gesandten Sir William Hamilton, dessen schöne Frau, Emma Lyons, als seine Geliebte bekannt geworden ist.

In Neapel ward eine Allianz zwischen dem Bourbonenkönig und Großbritannien abgeschlossen, der Grundstock zur zweiten Koalition gegen Frankreich. Als vor siegreichen, aus dem Kirchenstaate heranrückenden französischen Truppen

Digitized by Google

die neapolitanische Königsfamilie nach Sizilien flüchten mußte, fand die Fahrt unter Nelsons Geleit und Kommando auf seinen Schiffen statt. Monatelang blieb der Admiral in Palermo, während in dem teilweise blockierten Neapel unter Mitwirkung von Adel und Mittelstand und unter Frankreichs Schutz die parthenopäische Republik errichtet wurde.

Königliche Truppen nahmen aber bald die Stadt Neapel selbst ein. Auch die drei noch Widerstand leistenden Forts mit Franzosen und neapolitanischen Republikanern ergaben sich auf Grund einer ehrenvollen Kapitulation; sie war am 21. Juni 1799 vom Kardinal Ruffo, dem Führer der königlichen Freischaren, von einem königlichen Kommissar, von den Kommandanten des englischen Blockadegeschwaders und der anwesenden türkischen und russischen Schiffe unterzeichnet. Dessenungeachtet ward sie von dem Engländer Nelson eigenmächtig gebrochen, ihr zuwider der Admiral Caracciolo gemäß Urteil eines durchaus nicht freien[1]) Kriegsgerichts gehenkt. Es folgten ebenso noch weitere 99 Justizmorde, 222 Urteile auf lebenslängliche Kerkerhaft, 228 Deportationen nach Strafkolonien und 67 Verbannungen. In Haft genommen waren mindestens 8000, nach dem Berichte des jüngeren Zeitgenossen Pietro Colletta sogar 30000 Menschen.

Mitten in diese nur durch ehrlosen Wort- und Treubruch ermöglichten Greuel- und Wutszenen — zweifellos war ihr letzter Anlaß die Rücksicht auf den Rachedurst der grausamen Bourbonenkönigin — fiel Nelsons Freuden- und Jubelfest, der Jahrestag der Schlacht bei Abukir (1. August 1799), glänzend und berauschend prächtig begangen.

Mit dem Namen des gefeiertsten Seehelden Englands ist unzertrennlich verknüpft die traurige und beschämende Erinnerung an eine der *fürchterlichsten* Schreckenszeiten Neapels und Unteritaliens.

Dem strikten Befehle Lord Keiths, im Juli 1799 gegen die französisch-spanische Flotte mit seinem Geschwader nach Menorka selbst aufzubrechen, verweigerte Nelson den Gehorsam; nur einen Teil seiner Schiffe entsandte er, um vor Neapel und in den Banden seiner Buhlerin Hamilton bleiben zu können. Das trug ihm einen Verweis der Admiralität ein. Für den Kapitulationsbruch und die ihm folgenden Schrecken hatte die englische Regierung unter Pitt unerhörterweise *kein* Wort des Tadels! Im Parlament jedoch ertönte aus den Reihen der Opposition die furchtbare Anklage: „In Neapel sei Schlimmeres begangen worden als in Frankreich während der Revolution!"

Erst nachdem im Juli 1800 Nelson mit den Hamiltons die Rückfahrt nach England, wo auch seine Gattin weilte, angetreten hatte, kam eine der wichtigsten britischen Erwerbungen im Mittelmeere zum Abschluß: die Besetzung der übrigens von ihm in ihrer Bedeutung unterschätzten Insel Malta nach zweijähriger Blockade durch die Kapitulation La Valettas am 5. September 1800.

---

[1]) Pietro Colletta, Storia del Reame di Napoli, I, L. 5, c. 1, p. 266.

Digitized by Google

Auf der Fahrt nach Aegypten hatte Bonaparte die Insel eingenommen. Sie galt, seit ihrer Eroberung durch die Normannen im Jahre 1090, als zu Sizilien gehörig, auch nachdem sie 1530 in den Besitz des Johanniterordens gelangt war. Der König von Neapel machte deshalb Suzeränitätsrechte auf sie geltend. Aber weder seine noch des Ordens Ansprüche achtete die britische Politik.

Im Frieden zu Amiens (März 1802) sagte England die Rückgabe Maltas an den Orden zu, jedoch unter einer bei der damaligen politischen Lage nicht so leicht zu verwirklichenden Bedingung, nämlich, daß Oesterreich, Preußen, Rußland und Spanien sich für die Unanfechtbarkeit dieses Ordensbesitzes verbürgen sollten. In der Tat aber gewährten bis zum Ausgang des Jahres sämtliche vier Kabinette die erforderliche Garantie. Trotzdem hielt England vertragsbrüchig die Insel weiter besetzt, allerdings in der nicht unbegründeten Befürchtung, daß später doch Bonaparte gelegentlich selbst von Malta Besitz ergreifen könnte. Das gab den Anlaß zu neuen feindlichen Verwicklungen zwischen beiden Mächten, die 1805 zum dritten Koalitionskriege führen sollten.

Während der Napoleonischen Kriege wußten die Engländer den Besitz der Insel zu behaupten; im ersten Pariser Frieden 1814 wurde er ihnen zuerkannt. Sie waren die Herren der Meere geworden, sie beherrschten sie durch ihre Kreuzer, durch ihre Kaper sowie — durch geheime oder offene Seeräuberei. Nunmehr allein Besitzer einer wirklich großen Flotte, bedrückten sie den fremden Seehandel; die Flotten der anderen Staaten waren ja zumeist vernichtet. Die britische Politik hatte es verstanden, zu ihrem Vorteil die Hauptmächte Europas sich im gegenseitigen Kampfe fast verbluten zu lassen!

Noch bevor das Pariser Friedensprotokoll unterzeichnet wurde, hatte eine Abordnung italienischer Wahlkollegien Audienz bei dem englischen Staatssekretär Castlereagh[1]) und bei Lord Aberdeen. Sie bat diese, für Italiens nationale Unabhängigkeit und für eine konstitutionelle Verfassung einzutreten. Der Mailänder Patriot Federigo Confalonieri war ihr Sprecher. Castlereagh lehnte kühl ihre Wünsche ab; er gab unzweideutig zu verstehen, daß eine Verfassung, besonders eine so hoch ausgebildete wie die englische, für Italiener nicht angebracht sei, mit anderen Worten, daß diese für eine solche noch nicht reif seien. Als Freund und Verehrer Oesterreichs, das nun nach dem Willen der Großmächte die absolute Vormacht in Italien werden sollte, tröstete er sie: Gegen Oesterreichs väterliche Regierung liege kein Grund zu Befürchtungen vor.

Korsikas großer Sohn Bonaparte hatte einmal den schon lange in der Literatur gepflegten Gedanken der Einheit Italiens verwirklichen wollen.[2]) Er hatte die Italiener, wie der Dichter Ugo Foscolo sagte, politisch „belebt, sie mit selbständigen Meinungen, Gesetzen, Waffen, mit dem Sinn für die Unabhängig-

[1]) Diesen Typus des gewissenlosen englischen Politikers nannte sein Zeitgenosse, der auch in Italien gefeierte Dichter Lord Byron, einen „kaltherzigen Sklavenhändler und Kesselflicker", einen „intellektuellen Eunuchen des korrumpierten, plutokratischen Parlaments".

[2]) „Ich brauche," sagte er 1815, „zwanzig Jahre, um die italienische Nation zu schaffen." Vgl. Korresp. XXIX, 313/14.

Digitized by Google

keit, mit der Sehnsucht nach einem freien Vaterlande ausgestattet, ... sie binnen wenigen Jahren in ihren inneren Verhältnissen um eine Entwicklung von sonst drei oder vier Generationen weitergebracht."

England suchte nun, im Verein mit den übrigen auf dem Wiener Kongreß versammelten Mächten, diese nur in der beweglichen und scharfen Fassungsgabe des Italieners mögliche Entwicklung für ein halbes Jahrhundert gewaltsam zurückzuschrauben.

Noch ehe der Kongreß zu Wien förmlich eröffnet war, hatte Talleyrand die Zusage Castlereaghs erhalten, für die Vertreibung König Murats aus Neapel und für die Wiederherstellung des dortigen Bourbonenthrons wirken zu wollen. Dafür ist Castlereagh tatsächlich eingetreten, unbekümmert darum, daß Lord William Bentinck in Englands Namen dem von Oesterreich mit Murat geschlossenen Bündnisvertrag kurz zuvor, am 26. Januar 1814, beigetreten war.[1])

Skrupellos und aller Rücksichten bar, setzte sich auch hier England über die Heiligkeit von Verträgen und Versprechungen hinweg!

An der so überaus willkürlichen Staateneinteilung Italiens, an den jahrzehntelangen Kämpfen und an all dem Unheil, das nun für Italien folgen sollte, hatte **England einen großen Teil schwerer Schuld.** Aber gerade England war es, das sich als uneigennütziger Gönner der italienischen Einheitsbestrebungen aufspielte, seitdem diese nunmehr gegen Oesterreich auf dem Pariser Kongreß 1856 durch Camillo Cavour's energisches Vorgehen auf die politische Tagesordnung Europas gesetzt worden waren.

Es war ihm dabei nicht um die Einheit, Größe und den Aufschwung Italiens zu tun, sondern um die Schaffung einer rivalisierenden Macht seinem alten Gegner Frankreich gegenüber, dem es unter keinen Umständen eine Stärkung seiner Herrschaft auf dem Mittelmeere gönnen wollte. Gleichzeitig kam es ihm darauf an, eine Schwächung Oesterreichs in Italien herbeizuführen. Das entsprach der von Bolingbroke[2]) einst ausgesprochenen Maxime: In Englands Interesse läge es, die Kontinentalmächte sich gegenseitig bekriegen zu lassen, ohne sich selbst zu tief dabei einzumischen. Schon darum gewährte England den Vorkämpfern für die Einheit Italiens gegen Oesterreich in den Zeiten der Verbannung bei sich ein Asyl, förderte im geheimen, besonders durch Vermittlung der Freimaurer, Unabhängigkeits- und Freiheitsbestrebungen auf der Halbinsel.

Auf dem Pariser Kongreß kamen die italienischen Zustände in der Sitzung vom 8. April 1856 zur Sprache. Mit anscheinender Wärme trat der eng-

---

[1]) Derselbe Bentinck hatte im April 1814, nachdem er kurz zuvor Napoleons Schwester Elisa Bacciochi als Großherzogin von Toscana entthront, den Aufstand Genuas gegen die Franzosen unterstützt und die alte republikanische Verfassung unter britischem Schutz wiederhergestellt. Trotzdem ging das englische Ministerium über die Genua zugesagte Freiheit hinweg und willigte in seine Vereinigung mit dem Königreich Sardinien durch die Wiener Schlußakte ein. — Vgl. M. Brosch, Geschichte von England, XI, S. 132, 214, 422 u. ff.

[2]) Ausspruch Bolingbroke's in seinen „Bemerkungen über die Geschichte Englands", zitiert in H. St. Chamberlains Kriegsaufsätzen (1914) S. 52.

Digitized by Google

lische Bevollmächtigte Lord Clarendon für die Beendigung der österreichischen Okkupationen in Italien, für die Einführung des Laienregiments im Kirchenstaate und für die Verbesserung des neapolitanischen Regierungssystems in längerer Rede ein. In vertraulichen Verhandlungen zwischen Kaiser Napoleon III., Cavour und Clarendon wurde sogar die Frage des Krieges gegen Oesterreich ausführlich erörtert; Cavour hätte mit der rückhaltlosen Versicherung des englischen Vertreters heimkehren können: Bei einer ernsten Verwicklung können Sie auf uns rechnen, und Sie werden sehen, mit welcher Energie wir Ihnen zur Hilfe kommen werden! Er hätte es können, wenn er nicht vor der Rückkehr nach Turin in seinem hoffnungsvollen Vertrauen erst nach England gefahren wäre. Dort ward er einer sehr starken Gegenströmung, einer „Tatenscheu dieses Hofes", wie Treitschke sagte, inne, die der Verwirklichung seiner großen Pläne gar nicht förderlich sein konnte.

Und dem entsprach auch das Weitere. Ohne englische Hilfe sind gegen Oesterreich Piemontesen und Franzosen 1859 in den Krieg gezogen, der ersteren die Lombardei einbrachte, wofür sich letztere mit Piemonts Kernland Savoyen und mit Nizza entschädigen ließen.[1]) „Im Sinne Napoleons III. war jener Krieg," wie Crispi sagt, „tatsächlich nur ein Geschäft."

Als der französische Imperator den Preis des „Geschäftes" mit unwiderstehlicher Dringlichkeit einforderte, da stand Cavour mit seinem König allein und ohnmächtig da. Wohl hatte England gegen diese Gebietsvergrößerung Frankreichs, die dem Lande ein schönes Stück an der mittelländischen Küste einbrachte, mehrfach durch Diplomaten, Minister und im Parlamente Einwendungen erhoben, so daß die Vorkämpfer der Einheit Italiens sich auf eine Hilfe von dorther Hoffnung machen durften. Im entscheidenden Augenblick aber brachte es die englische Politik nicht einmal bis zu einem formellen Proteste. Wichtiger für sie war der vorteilhafte Handelsvertrag, zu dem sich Napoleon damals verstanden hatte (der sog. Cobdenvertrag, abgeschlossen am 24. Januar 1860). —

Zu den Annexionen Sardiniens in den päpstlichen Legationen und im Königreich Neapel hat die britische Regierung vorsichtigerweise erst dann offen Stellung genommen, als sie darüber sicher war, daß keine der übrigen Großmächte sich ihnen mit den Waffen widersetzen würde.

Noch am 12. Oktober 1860 hatte Lord John Russell bei der Zusammenkunft der Königin Viktoria mit dem Prinzregenten von Preußen dessen Minister v. Schleinitz erklärt, daß man bei aller Freundschaft für Italien doch im Falle einer erneuten Einmischung Frankreichs sich lediglich von den eigenen Interessen leiten lassen würde. Daß diese auf dem Adriatischen Meere lagen, war Ende August dem Turiner Kabinett angedeutet worden. Sie ließen einen italienischen Angriff im Verein mit Frankreich auf das noch österreichische Venetien nicht zu.

[1]) Der „Abtretung Nizzas und Savoyens an Frankreich 1859/60" habe ich in der „Deutschen Revue", Dezember 1914, S. 245 ff., eine längere Untersuchung gewidmet.

Digitized by Google

Als jedoch Venetien wenigstens für diesmal aus dem Spiele blieb, da durfte Lord Russell vierzehn Tage später in seiner Note vom 27. Oktober 1860 mit leicht zu durchschauender, hohler Emphase die Frage bejahen: „Hatte das Volk Italiens ein Recht, des Königs von Sardinien Beistand anzurufen, um sich von Regierungen zu befreien, mit denen es unzufrieden war?" Da wandte sich die englische Regierung „lieber dem erfreulichen Anblicke zu, den ein Volk gewährt, welches unter den Sympathien und guten Wünschen Europas das Gebäude seiner Freiheiten errichtet und den Bau seiner Unabhängigkeit befestigt". — Daß aber in Wahrheit die vier andern Großmächte über Sardiniens Vorgehen einen strengen Tadel ausgesprochen hatten, stand im vorhergehenden Satz derselben Note zu lesen! —

Italien war ohne Englands Hilfe mit der Einnahme Roms am 20. September 1870 ein einheitlicher, geschlossener Staat geworden; es zählte zu den Großmächten Europas. Die sich gewissermaßen daraus ergebende Expansionspolitik, die schon von König Viktor Emanuel für die Zukunft in Aussicht genommen war, mußte wegen der wirtschaftlichen und Handelsinteressen, sowie in Rücksicht auf seine bedeutende Auswanderung, Italiens Augenmerk notwendigerweise zuerst auf Tunis lenken, auf das am meisten italianisierte Gebiet Nordafrikas.

Das sahen auch die übrigen Mächte ein. Deutschland und Oesterreich wollten Italien nach dieser Seite hin unterstützen, ja sie schlugen ihm einen derartigen Eintritt in die Kolonialpolitik direkt vor, wie ich das kürzlich in anderm Zusammenhang dargelegt habe.[1])

Anders England! Es überblickte sehr wohl die Situation in seinem Interesse: Besaß Italien mit den Inseln Sardinien, Sizilien und Pantelleria noch von der afrikanischen Küste Kap Bon, Karthago und Biserta, dann gebot es über die Meerverbindungen zwischen Europa und dem Orient, über den Zugang zu Aegypten und Indien, dann war der Besitz von Malta und Cypern für England beträchtlich entwertet. Die Neutralität im Mittelmeer konnte für England nur gesichert sein, wenn die beiden durch Lage und Geschichte verbundenen Küsten Siziliens und Afrikas in verschiedenen Händen waren. Darum wies auf dem Berliner Kongreß von 1878 Lord Salisbury, und nicht Bismarck, Frankreich auf Tunis. Salisbury verpflichtete sich für seine Regierung, es bei einer Besitzergreifung dieses Landes, sobald Frankreich dazu ein geeigneter Zeitpunkt gekommen zu sein schien, nicht zu stören. England selbst war durch Cypern entschädigt, das es sich soeben vom Sultan gesichert hatte.

Somit war das Schicksal von Tunis, ohne Wissen Italiens, entschieden; dessen Bemühungen um jene Regentschaft mußten scheitern. Alle Versuche und Vorstellungen des arglosen Ministerpräsidenten Benedetto Cairoli, sogar noch im letzten Momente eine Unterstützung der italienischen Interessen und Bestrebungen

---

[1]) Vgl. den Aufsatz „Auf welche Weise machte sich Frankreich zum Herrn von Tunis?" in der „Deutschen Revue", Februar 1915, S. 125 ff.

Digitized by Google

bei dem englischen Freunde zur Aufrechterhaltung des Status quo zu erwirken, konnten nur zu Ausflüchten, im besten Falle zu ergebnislosen Scheinmanövern führen.

Aeußerlich waren die Beziehungen zwischen England und Italien durchaus freundschaftliche. Italien hatte England bei dessen Vorgehen gegen die Türkei im Herbste 1880 durch Teilnahme an der Flottendemonstration wegen Dulcigno seinen Beistand gewährt, als sich das Kabinett Gladstone in arger Verlegenheit befand.

Aber daraus folgte doch nicht für einen englischen Staatsmann, nun seinerseits Italien auch da zu unterstützen, wo spezifisch englische Interessen nicht in Betracht kamen.

Als Italien in Tunis hintergangen war — anders läßt sich das „Fait accompli" nicht bezeichnen, wenn man sich nicht auf die Sophistik der damaligen französischen Zusicherungen einlassen will,[1]) — als Frankreich sich zum tatsächlichen Herrn von Tunis durch den Bardovertrag vom 12. Mai 1881 gemacht hatte, da erinnerte sich England seiner gewohnten politischen Grundsätze gegen seinen alten Gegner Frankreich. Sie waren in Tunis von seinem Geschäftsträger Richard Wood fast ein Vierteljahrhundert hindurch (1856—79) unentwegt angewandt, letzthin durch die künstlich aufgebauschte Enfida-Affäre und durch das Urteil des Obersten Londoner Gerichtshofes in dem Streite um die Eisenbahnlinie Tunis—Goletta wieder in Erinnerung gebracht worden. Der Staatssekretär des Auswärtigen Granville erhob in einer Depesche an den französischen Gesandten vom 20. Mai 1881 gegen den Bardovertrag Einwendungen, allerdings wieder keinen formellen Protest; jedoch flocht er dabei gleichzeitig den Ausdruck der Bereitwilligkeit ein, den neugeschaffenen internationalen Zustand anerkennen zu wollen.

Im folgenden Jahre (1882) schritt die britische Regierung zur Okkupation Aegyptens; sie machte Italien vorher (am 28. Juli) den Vorschlag, sich mit ihr und Frankreich zu verbinden, um für die Sicherheit des Suezkanals Gewähr zu leisten, womöglich bei einer direkten Aktion im Innern des Landes mitzuwirken.

Der Minister des Auswärtigen, Mancini, der sich wohl vergegenwärtigte, in wie beleidigender Weise Italien 1879 mit seinem Wunsche, im ägyptischen Ministerium, wie vordem im dortigen obersten Schatzrat, auch einen Vertreter seiner Interessen zu haben, von England und Frankreich abgewiesen worden war — Mancini lehnte jetzt Englands Vorschlag ab. Darüber quittierte dann Lord Granville, trotzdem gerade er so oft seine Freundschaft für Italien hervorgehoben hatte, in einer auch im englischen Blaubuch veröffentlichten Note an die italienische Regierung, in der er ihr in wenig feiner Weise die Ohnmacht ihrer Armee und Marine vorhielt.[2]) Sicherlich hat Mancini durch jene Ablehnung seinem

[1]) Der oft genannte Brief Barthélemy-Saint-Hilaire's und Jules Ferry's an die Estafette vom 22. Oktober 1892 (abgedruckt z. B. bei A. Billot, La France et l'Italie [1905], I, S. 27) gibt durchaus nicht die Klärung, wie sie von französischer Seite gewünscht wird.

[2]) Erwähnt im italienischen Parlament vom Deputierten Di Sant' Onofrio am 30. Mai 1884.

Digitized by Google

Vaterlande manche Enttäuschung mit Englands Politik erspart, mochte auch ein so gewiegter Staatsmann wie Crispi darüber andrer Ansicht gewesen sein.

Es war natürlich, daß Italien nach dem schmerzlichen Verluste des ihm einst so sicher erscheinenden Tunis an eine andre Kolonialerwerbung dachte, war doch sein staatliches Selbstbewußtsein gestiegen, seitdem es durch den Anschluß an die Zentralmächte Deutschland und Oesterreich (1882) als einer der Dreibundstaaten nicht mehr isoliert dastand.

Die britische Politik wußte dieses Streben für ihre eigennützigen Zwecke sehr geschickt auszunutzen. Durch den gemeinsamen Unwillen über die Besetzung von Tunis hatte sie Italiens Zuneigung in noch höherem Maße als zuvor gewonnen. Crispi's und seiner Parteifreunde Absichten auf ein größeres Gebiet für Italien am Roten Meer, an dem es bereits 1881 Assab, den Grundstock seiner Kolonie Erythräa, erworben hatte, unterstützte sie in der Berechnung, daß Italien weder im Innern noch nach außen hinsichtlich seiner Großmachtstellung so gefestigt sei, um wirklich, ohne Schaden für sich selbst, die Rolle durchführen zu können, welche ihm die Engländer zuweisen würden.

Es war im Jahre 1884. Durch den Aufstand im Sudan und durch das unglückliche Ende der Expedition Gordon's war Englands Position in Aegypten, besonders am Weißen Nil, sehr bedenklich geworden. Bedroht war sie durch die unruhigen und feindlich gesinnten Stämme am Roten Meer. Die italienische Expedition nach Massaua kann man eher als das Werk britischer Politik als der Italiens ansehen, wo sich im Parlament gewichtige Stimmen gegen eine noch unzeitgemäße Kolonialpolitik erhoben, die zu einem Sturze des Ministeriums Depretis-Mancini führten.

Daß England die von ihm selbst angeregte Expedition, welche dann zur Einnahme der Stadt Massaua, des Zugangs Abessiniens zum Roten Meer, geführt hatte, 1885 mißbilligte, war im Gesamtrahmen seiner Politik nicht sonderlich auffallend. Mit seiner Zustimmung jedoch übernahm Italien 1889 das Protektorat über den größten Teil der Somalikküste.

Italien stand damals, wie es besonders auf internationalen Konferenzen während der Jahre 1882 bis 1888 zutage zu treten schien, in einem so nahen Freundschaftsverhältnis zu Großbritannien, daß die Vermutung des Vorhandenseins eines Bündnisses nahe lag. Salisbury ließ aber in einer Bankettrede im November 1887 durchblicken, daß beide Staaten nur durch „tiefe Sympathien" und durch Interessengemeinschaften „in vielen Hinsichten" verbunden seien, aber nicht durch einen Vertrag. Natürlich! Durch die Unterzeichnung eines Vertrags wollte sich England nicht binden, um jederzeit freie Hand haben und seinen Alliierten nach Belieben fallen lassen zu können. Dieses von Rudini 1891 als herzliche Beziehungen bezeichnete Verhältnis zwischen den beiden Staaten erreichte seinen Höhepunkt in den Abmachungen vom 24. März und 15. April 1891, die dann durch das Protokoll vom 5. Mai 1894 bestätigt und bekannt wurden: Beide Staaten teilten sich Abessinien nebst Harrar in zwei Einflußsphären. Betreffs letzterer Landschaft erhielten die Abmachungen 1894 einen

Digitized by Google

sehr charakteristischen geheimen Zusatz: „Italien gestattet für das ihm überlassene Gebiet Harrar Großbritannien einen zeitweiligen Beitritt (Intervention temporaire), nämlich bis zu dem Zeitpunkte, wo es selbst in der Lage sein würde, sein Protektorat dort auszuüben." Das hieß nichts andres, als daß das nominell Italien überlassene Harrar tatsächlich in Englands Händen sein sollte. Denn dieses kannte die Machtverhältnisse zu gut, um sich nicht darüber klar zu sein, daß der Protektoratstermin imaginär war.

Bei jenen Abmachungen, die über große Gebiete schwungvoll verfügten, waren nur zwei Faktoren übersehen worden: Frankreich und der tatsächliche Besitzer Abessiniens. Ersteres legte durch seinen Minister des Auswärtigen, Gabriel Hanotaux, Protest ein, da französisches Gebiet dabei verteilt worden sei. Es berief sich auf ein französisch-englisches Abkommen von 1888.

Bedenklicher für Italien sollte der Widerstand Meneliks von Abessinien werden. Mit Italien hatte er am 2. Mai 1889 den Vertrag von Uccialli abgeschlossen. Ehe es aber zur Abrechnung mit ihm kam, mußte Italien noch gewisse, bei kühler Betrachtung ernüchternde Erfahrungen mit England erst einmal in Aegypten machen.

Am 17. Juli 1894 hatten die Italiener bei Kassala über die Derwische einen wichtigen Sieg erfochten. Daß sie nun gegen Chartum vorgehen wollten, beunruhigte die braven britischen Freunde. Heimlich sorgten sie für Aufreizung und Unterstützung der Derwische zum Widerstande gegen die Italiener. Gemäß den Angaben des „Journal égyptien" von 1894 ließen sie ihnen Waffenladungen auf Kamelen, zur See und auf dem Nil zukommen. Lord Kitchener wurde der Mithilfe durch Beschaffung der erforderlichen Geldkredite beschuldigt.[1]) Trotz der Einnahme von Kassala und Adrigrat blieb Italien nichts anderes übrig, als seine Pläne auf das Niltal aufzugeben; gerade darauf hatte England seit 1893 unter Vermehrung seiner Truppen in Aegypten hingearbeitet, statt die wiederholt versprochene Räumung des Landes einmal wirklich auszuführen.

Sir Edward Grey, damals Unterstaatssekretär, konnte nunmehr am 28. März 1895 Großbritannien als „beauftragte Schützerin und Verteidigerin der Interessen Aegyptens" erklären!

Die Kolonialpläne der Italiener mußten sich jetzt auf Abessinien beschränken, wo ihnen bereits ein unglücklicher, aber ruhmreicher Kampf beschieden gewesen war: die Vernichtung von 500 Mann der tapferen Besatzung von Massaua bei Dogali (26. Januar 1887). Der mit dem Negus Menelik abgeschlossene Vertrag von Uccialli ergab wegen Auslegung einzelner seiner Bestimmungen (Art. 17) Differenzen, sie führten zur Kündigung des Vertrages am 12. Februar 1893 durch Menelik. Da, sowie in dem sich anschließenden Feldzuge, der für Italien mit der fürchterlichen Schlacht bei Adua am 1. März 1896 und mit dem Frieden zu Addis-Abeba am darauffolgenden 26. Oktober endigte, erfreute sich der Negus auch der geheimen Unterstützung der britischen

[1]) Henri Pensa, L'Egypte et le Soudan égyptien (Paris 1895), S. 320; E. Lémonon, L'Europe et la Politique Britannique (Paris 1912), S. 130, 188.

Digitized by Google

Freunde Italiens: Abessinien ward unabhängig, frei von den Italienern, die sich nun mit Massaua begnügen mußten. Ihre afrikanische Kolonialpolitik hatte vorerst ein Ende. Die englischen Gefühle für Italien erkalteten jetzt selbstverständlich; nur von italienischer Seite (Rudini) ward noch von einer „traditionellen Freundschaft" gesprochen.

Wollte sich Italien als Großmacht mit Kolonialplänen befassen, so blieb in Afrika, nach den Fehlschlägen in Tunis, am Nil und in Abessinien, nur Tripolis übrig. Bereits besaß es dort Missionen, Ackerbau- und Handelsstationen, bereits hatte die italienische Dampfschiffahrtgesellschaft Florio Rubattino einen regelmäßigen Dienst zwischen Italien, Tripolis und Cyrenaica (Barca) eingerichtet. 1901 wurde unter dem Schutze zweier Panzerschiffe und eines Kreuzers ein Postbureau in Bengasi installiert. Immer deutlicher ward Italiens Absicht, in Tripolis eine italienische Kolonie einzurichten. Da schloß England mit Frankreich den Vertrag vom 21. März 1899 ab, welcher das Wertvollste, das ganze Hinterland von Tripolis, den wichtigsten Teil des Sudan, das Hauptabsatz- und Warenbezuggebiet für Tripolis, zur französischen Einflußsphäre machte. Obendrein drückte es seine Mißbilligung über jegliche Ausdehnung Italiens in Tripolis durch abkühlende Artikel in der „Times" und durch Entsendung zweier Kreuzer im Januar 1902 als Gegendemonstration aus; dabei war es einst (1878) Salisbury selbst gewesen, der Italien auf Tripolis, als Kompensation für das ihm mit seiner Hilfe entgangene Tunis, hingewiesen hatte!

Wenn dann die britische Politik trotzdem die Besetzung von Tripolis durch Italien 1911/12 zugelassen hat, so geschah das zweifellos in Voraussicht des geplanten Vernichtungskrieges gegen Italiens treuen Bundesgenossen Deutschland, um jenes für sich auf seine Seite zu bringen.

England sowohl wie Frankreich versicherten sich sogleich, als Italiens tapfere Söhne zum Kampfe hinauszogen, zweier wertvoller Anteile aus dem mit italienischem Blute zu erkaufenden Gebiete und entrissen sie, Hyänen gleich, der Siegesbeute: England nahm sich Solum! Italien mußte das zulassen, um sich dadurch die Zustimmung der übermächtigen Nachbarn zu seiner Erwerbung zu sichern, deretwegen es bereits der französischen Politik in Marokko freie Hand gelassen hatte.[1])

Während England derartig in Nordafrika bald Italiens Kolonialbestrebungen für seine eigenen Zwecke geschickt ausnutzte, bald dessen Interessen brutal mißachtete und verriet, zeigte es während derselben Zeitspanne die gleiche Geringschätzung für italienische Nationalität und Kultur auf der Nordafrika vorgelagerten italienischen Insel, die es in seinen Besitz zu bringen gewußt hatte, auf Malta.

[1]) Wie England auch im gegenwärtigen europäischen Kriege das angeblich befreundete Italien ohne Rücksicht auf seine Neutralität recht gewalttätig behandelt, geht aus der brutalen Durchsuchung italienischer Dampfer, aus der Festhaltung italienischer Getreideschiffe in Gibraltar, aus der scharfen Zensur der Depeschen, die per Kabel von Italien, sei es über Malta, sei es über Marseille abgehen, und aus ähnlichen Gewaltmaßregeln zu Genüge hervor.

Digitized by Google

Im Hinblick auf die 160000 Köpfe zählende maltesische Bevölkerung war die dortige Sprache der Gerichte und des aus 20 Mitgliedern bestehenden sogenannten gesetzgebenden Rates, der neben dem Exekutivrate der englischen Regierung zur Seite steht, naturgemäß die italienische. Nach einem Besuche des Ministers Joseph Chamberlain im Jahre 1899 erfolgte aber eine rigorose Sprachenverordnung: im Gerichte sollte die englische Sprache zulässig sein, sobald die Verhandlung einen englischen Untertan beträfe. Nach fünfzehn Jahren, vom 22. März 1899 an gerechnet, sollte sie völlig obligatorisch werden. Des weiteren sollte in den Schulen während der ersten zwei Jahre das Maltesische obligatorisch sein, statt wie bisher Maltesisch, Italienisch und Englisch, dann, nach Entscheidung der Eltern, englischer oder italienischer Unterricht.

Trotz aller Freundschaft für England, trotz aller Verehrung für seine vorgeblich so freiheitlichen Institutionen bäumte sich nun endlich doch das italienische Nationalgefühl mächtig auf! Zum Träger desselben machte sich außer der italienischen Presse die „Società Dante Alighieri". Auf Malta trat die Entrüstung in einzelnen Kundgebungen so stark zutage, daß die Sprachenverordnung im Juli 1902 wesentlich gemildert, teilweise aufgehoben wurde.

Aber auf wie lange? Sicherlich nur für solange als die britische Politik die Geneigtheit dieser Dreibundmacht für ihre Zwecke gegen Deutschland nötig hat. Was dann folgt, läßt sich bei ihrer gewissenlosen Hinterhaltigkeit leicht ausrechnen.

Malta steht zum italienischen Mutterlande hinsichtlich seiner geographischen Lage, seiner strategischen Bedeutung, in einem ähnlichen Verhältnisse, wie Helgoland vor 1890 zum Deutschen Reiche: Beide wichtige Stützpunkte für eine Seeherrschaft in englischen Händen. Die deutsche Politik hat nicht geruht, bis sie unter Benutzung günstiger Umstände, war es auch um einen ungeheueren Preis, das ihm unersetzliche Helgoland zurückgewonnen hatte. Aber das italienische Malta bleibt englisch, wie das ebenso italienische Korsika französisch!

Schon ohne die beiden so wichtigen Inseln, die Italien wie die Korsika gegenüberliegende Küste von Nizza, und anderseits der Abschluß im Süden, Tunis mit Biserta, zugehören, ist seine Herrschaft auf dem Mittelmeer naturwidrig beschränkt! —

Aus unserer Betrachtung der Wechselbeziehungen zwischen Italien und England ergibt sich aber als leitendes Grundmotiv: die britische Treulosigkeit.

Und wer hat das „unmenschliche" Volk als erster gekennzeichnet, soweit unsere Quellenkenntnis reicht? Es war ein Italiener: Einer der Chronisten von Este.[1]) Er nennt es: „Gens inhumana, Gens perfida Britonum!"

[1]) Das Blutbad, welches englische Söldner 1377 wegen eines Streites aus geringfügiger Ursache in Caesena angerichtet hatten, gibt ihm jene Bezeichnung ein (L. A. Muratori, Rerum ital. scriptores XV, 500). — An denselben Ausdruck erinnert Legationsrat A. Zimmermann in seiner sehr instruktiven Betrachtung: „Wie der Briten Kolonialherrschaft begründet und behauptet wurde" (Velhagen & Klasings Monatshefte, Januar 1915).

Digitized by Google

Erinnerungen an den Fürsten Bismarck

Von

Reinhold v. Thadden-Trieglaff

Die nachfolgenden Aufzeichnungen meines Vaters, des 1904 verstorbenen Landschaftsrats Reinhold v. Thadden-Trieglaff, des ältesten Sohnes des bekannten Adolf v. Thadden-Trieglaff, sind für die engere Familie geschrieben. Sie umfassen einen Zeitraum von fast sechzig Jahren und beweisen ein ungewöhnlich sicheres Gedächtnis, das jede irgend bemerkenswerte Redewendung Bismarcks wörtlich so lange Zeiträume hindurch festzuhalten imstande war. Auf Wunsch der Redaktion dieser Zeitschrift werden sie ohne Kürzung veröffentlicht, obwohl sie vielfach rein Persönliches berühren, weil jede getreu wiedergegebene Aeußerung Bismarcks geschichtlichen Wert hat und an sich Unbedeutendes dadurch bedeutsam wird.

Trieglaff, 1915. Landrat v. Thadden-Trieglaff.

Trieglaff 13. Mai 1899.

Von verschiedenen Seiten bin ich aufgefordert worden, aus meinen Lebenserfahrungen über die Eindrücke zu berichten, welche ich aus eigener Anschauung von dem Auftreten des Fürsten Otto von Bismarck gehabt habe. Denn wenn ich auch viel weniger Berührungspunkte mit dem gewaltigen Helden des Jahrhunderts gehabt habe als meine Eltern und Geschwister, so hat der Glanz dieses Sterns doch auch in meine Jugendtage hineingeleuchtet ohne jemals in meiner Erinnerung erloschen zu sein.

Den späteren ersten Reichskanzler Otto von Bismarck habe ich zum ersten Male hier mit seinem Vater gelegentlich einer Mittagsgesellschaft im J. 1839 zur Winterszeit gesehen. Herr von Bismarck-Schönhausen war eine vornehme ritterliche Erscheinung. Von seinem Sohne Otto ist mir von damals nur das Bild zurückgeblieben, wie er in dem jüngeren Kreise mit uns spielte.

Ich habe Herrn von Bismarck dann erst in meinen Michaelis-Ferien 1842 wiedergesehen, als in Plathe die Hochzeit des Grafen Karl von der Osten mit Frl. Maria von Kessel, Bismarcks Cousine, gefeiert wurde. Die geladenen Gäste waren nach der in der Kirche vollzogenen Trauung in 2 Reihen im Gobelin-Zimmer aufgestellt. O. B., der damals in Gesellschaften täglich mit einem blauen und einem schwarzen Leibrock abwechselte, stand in schwarzem Fracke, von mir angestaunt, mir schräg gegenüber, schritt aber, meiner ansichtig geworden, auf mich zu und sagte, mich mit stolzer Freude erfüllend: „Sie waren früher in Frankfurt a. O. auf der Schule, auf welchem Gymnasium sind Sie jetzt?“ Als ich diese Frage mit „Berlin“ beantwortet hatte, zog sich die ritterliche Pelham-Gestalt wieder zurück. Es lag etwas so Gewaltiges in Haltung und Blick dieser Erscheinung, daß ich sie mir damals schon in Gedanken auf die

Digitized by Google

höchsten Stufen des Erdenlebens versetzen konnte. O. B. war dann viel hier im Hause meiner Eltern, wo er uns von seiner kürzlich vollendeten Reise nach England, Frankreich und der Schweiz erzählte. Mit gespannter Aufmerksamkeit habe ich ihm bouche-béante zugehört. Ich hatte in so bezaubernder Weise noch nie sprechen und darstellen gehört. O. B. schilderte uns, wie er's 38 Jahre später im Reichs- oder Landtage gethan hat, sein Feiertagserlebniß bei seiner Landung auf britischem Boden, wo er ein Lied pfeifend, durch einen Herrn, der ihn auf die Schulter geklopft habe, mit der Erinnerung daran, daß es Sonntag sei, ermahnt worden sei, das störende Geräusch nicht fortzusetzen. Daß Bismarck hierdurch veranlaßt worden sei, wieder zu Schiff zu gehen, hat er uns damals verschwiegen. Vom parliament erzählt Bismarck, daß er gesehen habe, wie die lords im foyer sich ihre beefsteaks, vor dem Kamine sitzend, selbst bereitet hätten und daß der Vorplatz vor dem Gebäude mit den gesattelten Reitpferden der noble-men und dem dazu gehörigen Troß besetzt gewesen sei, unter Ausschluß jeglichen Fuhrwerks. In Zimmerhausen — ich war nicht gegenwärtig — hat B. von einer Hinrichtung, der er als Augenzeuge beigewohnt habe, berichtet. Der Strick, von welchem der Verurteilte umschlungen gewesen sei, habe nicht gehörig angezogen. Da hätte sich dann der Henker zur Vermehrung des Körpergewichts selbst an die Beine seines Opfers angehängt und so den Erstickungstod des Sträflings rasch herbei geführt. B. führte bei seiner Reiseschilderung auch einmal an, daß er von dem Vorurteile der Unzulässigkeit des Galoppfahrens in England geheilt worden sei, da er auf dem Postwagen oft erlebt hätte, wie diese schleunigere Fortbewegungsart gewählt worden wäre. Bei Bismarck's „Vorliebe für die Franzosen" hat ihm die Heimat unserer bedeutungsvollsten Nachbarn natürlich sehr gut gefallen. Das Land, „wo die kleinsten Kinder schon französisch sprechen", habe ihm einen sehr gebildeten Eindruck gemacht. An der Schweiz wußte B. weniger die hohen Berge als die hohen Preise zu tadeln, obschon er Strand, Ebene u. selbst „Wüste" mehr liebte als Gebirge.

B's fesselnde Unterhaltung beschränkte sich nicht auf seine Wanderfahrten. Bei einem Rückblicke auf alte Zeiten kam 1806 zur Sprache. B. glühte voll Zorn wider die Feiglinge, welche landesverräterischer Weise die preußischen Festungen übergeben hatten. Er äußerte, er begriffe nicht, daß sich nicht ein Leutnant gefunden hätte, der einem so frevelhaft handelnden Generale, eine Kugel durch den Kopf zu jagen ermutigt gewesen wäre! Das Gespräch wendete sich den Bestrebungen der Landesfürsten im Allgemeinen zu, wobei B. hervorhob, daß es das Hauptziel dieser Gewaltigen auf Erden sei, ihr Herrschaftsgebiet auszudehnen, ihre Grenzen zu erweitern. „Ich bin der Meinung, daß wir auch noch einmal eine Zeit bekommen werden, wo das Königreich Preußen einen bedeutenden Zuwachs erhalten wird," meinte B. Ich weiß nicht wie sich der Vortrag weiter entwickelte, ich entsinne mich nur noch des Gefühls, das mich durchzuckte, daß wir einen „solchen Mann" einmal an der Spitze der Staatsleitung haben müßten, wozu ich allerdings damals nicht die mindeste Aussicht vermutete. Wir hatten in jenen Tagen noch kein öffentliches Leben; wie sollte

Digitized by Google

sich ein schlichter Grundbesitzer, wenn er auch noch so sehr in seinen Kreisen als bedeutend und geistreich auffiel, sich derartig hervorzuthun Gelegenheit haben, daß er eine solche Stufe erklimmen könnte!? Ich entsinne mich aus jener Zeit noch einer Reise nach Gramenz, das damals meinem Oheim Ernst Frhrn. Senfft von Pilsach gehörte. Die Versteigerung von Vollblutpferden war die Veranlassung, welche auch O. B. dorthin gelockt hatte. B. bewunderte das einzigartige freundliche Verhältniß meines Onkels zu seinen Leuten und wie dieser jeden Angestellten für sein Fach zu begeistern wußte. In einem Tischgespräche wurde auch Bismarcks berühmtes Gutachten über das vorgeschlagene Enteignungsgesetz erwähnt, welches Senfft zur Gegenäußerung zugeschrieben gewesen war. B. hatte auf die mutmaßlichen Folgen des zur Erlangung der Rechtskraft bestimmten Entwurf's in nachdrucksvollen Sätzen hingewiesen; z. B.: „Aus dem Grabmal meiner sel. Tante wird ein Aalfang gemacht." u. s. w.

In England habe die bill die Wirkung gehabt, daß ein Lord deßwegen ausgewandert sei.

Senfft rühmte die Arbeit seines jungen Freundes ungemein, meinte aber als Verteidigung der Expropriation, daß jener Pair von Groß-Britanien und Irland sich durch seine Landesflucht „sein Urteil selbst gesprochen" habe.

Der Ausflug nach Gramenz, wo B. auch das kleine „plattdeutsche Mädchen" Frida Senfft sehr bewundert hatte, endete mit einem heiteren Mahle und dem damals noch durch „Champagnerthaler" bezahlbaren Sekt in Körlin.

Aus Gesprächen in den 40ger Jahren erinnere ich mich nur noch einer Verurteilung der Unwahrhaftigkeit, indem Bismarck meinte, daß das Lügen ja tadelnswert sei, daß es für ihn aber einen unwiderstehlichen Reiz habe, in dem salon der Frau v. Natzmer in Greifenberg eine „Geschichte" in Umlauf zu setzen. Die Wahrheitsliebe, Aufrichtigkeit und furchtlose Offenheit ist ja immer ein hervorstechender Zug in dem Charakter des großen Mannes gewesen.

„Es giebt Menschen" sagte mein Bruder Gerhard der leider früh verstorbene Freund Bismarcks, „welche nie eine Unwahrheit sagen würden, die aber doch durch und durch unaufrichtige Naturen sind. Bei Bismarck kann ich mir es sehr wohl denken, daß er mit Bewußtsein einmal zu lügen vermöchte. Dabei ist er aber doch eine unerschütterlich aufrichtige Charaktergestalt." Man vergleiche damit, was Bismarck in dieser Beziehung selbst über sein Verhältniß zu seinem großen Kaiser geäußert hat.

Hinsichtlich des Schuldenmachens der Studenten hörte ich Bismarck einmal in Zimmerhausen erklären, die Väter möchten doch bedenken, daß ihre Söhne auf Universität ihren Wechsel mindestens um 60 pc. überschreiten müßten. Ich habe nicht verfehlt, mir diese Lebensweisheit zu nutzen zu machen.

Bm. hatte keine Spur von médisance an sich, doch wußte er die Ausdrucksweise seiner Nachbarn sehr launig zu schildern und wie sie sich ganz mit ihrer Wirtschaft identifizirten. So habe ein nach seinem Befinden gefragter Gutsbesitzer ernsthaft geantwortet: „Mir geht es ganz gut, nur habe ich leider im Winter sehr stark die Räude gehabt."

Digitized by Google

Bism. wurde bei uns einmal wegen seiner Neigung, am Glücksspiele sich zu beteiligen, angegriffen. Er verteitigte sich gegen diesen Vorwurf, indem er angab, daß er niemals einem Mitspieler im hasard mehr abnähme, als dieser, ohne empfindlich unter der Einbuße zu leiden, verlieren könne.

Er selbst mache sich immer gewiße Verlustsätze, und wenn er die Grenze erreicht habe, überschreite er sie nie, sondern spiele den ganzen Monat nicht wieder.

Hinsichtlich der Berechtigung des Zweikampfs äußerte Bismarck, daß er diese Streitart für gewisse Verhältnisse für unentbehrlich halte. Gesetzte Männer hätten sich dieser Ausgleichsweise zu enthalten, bei jungen Offizieren müßte aber das Duell so herkömmlich sein „wie das Frühstück". Bei Prinz Kraft Hohenlohe ist zu lesen, daß B. erst als Bundestagsgesandter französisch und englisch gelernt habe. B. beherrschte beide Sprachen schon in früher Jugend mit Meisterschaft. Sein Beispiel veranlaßte mich, schon während meiner Schulzeit englisch zu treiben. Bücher wie Bulwers Night and Morning verschlang er in wenigen Stunden.

Ich war immer glücklich, wenn ich einmal eine französische phrase aus seinem Munde erhaschen konnte. Einmal brachte unser Diener einen Brief in den Saal indem er unterwegs die Aufschrift zu entziffern suchte: „Ce jeune homme, est-il doué de la faculté de lire?" fragte Bismarck und entzückte mich durch diese Musterleistung.

Bismarck liebte das Vorlesen nicht, er meinte, wenn dazu geschritten würde, nähme er ein Buch und läse für sich. Ich bin dadurch in meiner gleichartigen Abneigung bestärkt worden.

Bism. wußte auf allen Gebieten der Bildung Bescheid. Mein Vater fragte ihn einmal, ob er Schlossers, von dem Frager sehr geschätzte Geschichte des 18. Jahrhunderts gelesen habe. „Ich habe sie gelesen wie ich alles gelesen habe, ich habe darin geblättert," war die Antwort. Seine Leseweise schilderte B. so: „Ich lese den Anfang des Buchs, dann das Ende, dann in der Mitte dies und das. Wenn mir die Proben gefallen, lese ich das ganze Werk, sonst lege ich's bei Seite."

Bism. war, wie bekannt, ungemein schlagfertig. Die Behandlung der religiösen Bekenntnisse gehörte in den 40 Jahren zu den Tagesfragen.

Bism. meinte, daß die Stellung des Staatsbürgers nicht von seiner Glaubensmeinung abhängig gemacht werden dürfe. Der Präsident Ludwig v. Gerlach entgegnete: „Dann ist es auch wohl Grundsatz:

Erfülle Deine Bürgerpflicht,
Nach Deinem Glauben frag' ich nicht!?"

„Allerdings," erwiderte Bismarck. „Dann" hielt ihm Gerlach vor, „müssen Sie auch für die Emanzipation der Juden eintreten." „Keineswegs," schloß Bismarck die Unterhaltung, „den frage ich nicht, dem sehe ich's an."

Bismarck war wie alle großen Männer anspruchslos in Beziehung auf das was Andere ihm boten. So belustigte es ihn sehr, als er klagte, er wisse nicht, wo er mit seinen Spickgänsen bleiben solle, daß ich ihm anbot, sie abholen zu

Digitized by Google

lassen, und auf seine Frage, was ich geben wolle, mich bereit erklärte, den Botenlohn zu bezahlen.

Bismarck hat immer sehr gern geschrieben. „Es ist herrlich," sagte er einmal, „glattes Briefpapier zu haben, dann kann man so wundervoll lange Buchstaben machen." — Als meine Schwester Marie mit Moritz Blanckenburg verlobt war, besuchte er uns eines Morgens im „Dachsbau" beim Professor von Lancizolle in der Marienstraße in Berlin. Die Fenster des ehemaligen Stallgebäudes waren mit eisernen Stäben vergittert. „Ich dachte schon," äußerte Bismarck eintretend, „sie hätten Moritz wieder unter Schloß und Riegel gebracht", was sich auf die Festungshaft bezog, welche mein Schwager wegen Duellbeteiligung in Magdeburg einige Jahre früher durchzumachen gehabt hatte. Das Gespräch kam vom 100sten aufs 1000ste, auf die Vergrößerung der Heeresmassen, wobei Bismarck hervorhob, daß in den Schlachten bei Oudenarde und Malplaquet im spanischen Erbfolgekriege höchstens 6000 Mann auf jeder Seite gefochten hätten. Er selbst, bekannte Bismarck, habe sich immer sehr versucht gefühlt, an kriegerischen Unternehmungen teil zu nehmen, und hätte schon daran gedacht gehabt, unter englischen Fahnen in Indien Dienste zu nehmen, dem Beispiele des Prinzen Waldemar folgend. „Indessen", schloß Bismarck, „was haben mir denn die Indier zu leide gethan, dachte ich mir." (Bei mir hat dies Gespräch die Wirkung gehabt, daß ich 1849 bei Schwarzenberg-Ulanen gegen die aufständischen Ungarn kämpfte und die Verteidigung von Temesvar mitmachte.) Beim Heimwege von der Marienstraße begleitete ich Bismarck, der aber innerlich so arbeitete, daß er kein Wort für mich übrig hatte, und als ich eine Frage an ihn richtete, mich nicht verstand, sondern nur verlauten ließ: „Wie beliebt?", womit die stille Unterhaltung ihr Ende erreichte. Im Jahre 1843 hat B. mit uns hier den heiligen Abend und das Weihnachtsfest gefeiert, wobei er es rügte, daß mir und meinem Bruder Gerhard, welcher eine prächtigere Flinte als ich erhielt, Gewehre geschenkt worden wären, da er dies für verfrüht hielt. Schüler, meinte er, müßten noch keine Schußwaffen besitzen. Als Harry Arnim in Halle seinen Dr. juris, mit unerhörtem Glanze übrigens, gemacht hatte, wurde diese That als ein bloßer Eitelkeitsbeweis bespöttelt, was B. mit den Worten zurückwies: „Na, H. Arnim ist nicht dumm." In der Zukunft hat sich dieser Ausspruch bewahrheitet.

Das Jahr 1844 ist für B's inneren Entwicklungsgang entscheidend gewesen. Seine Teilnahme an dem Polterabend und der Hochzeit (4. Okt) meiner Schwester Marie mit Moritz Blanckenburg ist oft geschildert worden. B. hat sich tatkräftig bei der Löschung der verhängnißvollen Hochzeitsfackel beteiligt und bei der Entschädigung der mitabgebrannten Bauern echt diplomatisch und sehr ersprießlich mitgewirkt. Die ruhige Haltung meiner Eltern bei dem entsetzlichen Brandunglücke hat auf B. einen tiefen Eindruck gemacht. Auf einem Gange durchs Dorf wurde das Benehmen verschiedener Instleute geschildert, wobei erwähnt wurde, daß eine Frau vom Feuerlöschen abgeraten und zum Beten ermahnt hätte. B. belächelte dies, indem er Cromwells Ausspruch: „Betet, aber haltet Eure Patronen in

Digitized by Google

Ordnung," als deutsche Uebersetzung des: pray and keep your powder dry, wiedergab.

Bei einer andern Gelegenheit wurde angeführt, daß jemand an der Zulässigkeit der Feuerversicherung für christliche Gewissen gezweifelt habe, weil dadurch Gott ein Züchtigungsmittel geraubt würde. B. erklärte: „Das ist ja die reine Blasphemie, denn Der kann uns doch schon kriegen."

An einem Vormittage nach dem Brande hatte B. in dem Zimmer, in welchem ich schreibe, Muße, meiner Schwester den damals erscheinenden Roman von Eugen Sue: Le juif errant auszugsweise vorzutragen. Der Schlußauftritt zeigte ihn in Kamschatka, sie in Alaschka und das Nordlicht beide umspannend. B. schilderte in so hinreißender Weise, daß Wilh. Kardorff, welcher noch weiter gelesen hatte, sich außer stande erklärte, die Erzählung fortzusetzen.

Am Abend eines folgenden Tages hatten wir ein ernstes Gespräch im Familienkreise. Mein Vater brachte im Laufe der Unterhaltung das Wort Georg Herweghs an Friedrich Wilhelm IV. vor: „und wer mit seinem Gott gegrollt, — kann auch mit seinem König grollen". B. meinte: Freilich, wenn man Gott lieben könne, so könne man auch mit Gott grollen. Mein Vater entgegnete: „Da sind Sie also Pantheist", was B. bejahte.

Die Erörterung des Gegenstandes wurde mit äußerer Ruhe und großer Schärfe der Dialektik fortgesetzt, so daß die innere Bewegung erst nach dem Auseinandergehen der kleinen Familienversammlung zu Vorscheine kam. W. Kardorff meinte, daß er noch nie eine Frau mit solchem Maße von Denkkraft und Logik habe diskutiren gehört, wie meine Mutter. B. war auch sehr erbaut von P. Nagels Predigt am Sonntage nach dem Brande und erklärte diese Trost- und Angriffsrede für ein demosthenisches Meisterwerk. B. ist in den kurzen Tagen des Kardeminer Eheglücks viel im Hause Blanckenburg gewesen und hat sich eifrig an den Shakespeare-Abenden mit verteilten Rollen beteiligt, wobei er unentbehrlich war, weil er allein wußte, daß Shrewsbury nicht so, sondern Schrusberi auszusprechen war. Als Rollen-Leser soll sich B. nicht hervorgethan haben. Er hat im Leben immer nur seine eigene Rolle zu geben gewußt, wie Mit- und Nachwelt behaupten, mit künstlerischer Gewandtheit. — Auf unser geselliges Verhalten ist B. nicht ohne nachhaltige Wirkung geblieben. So hatte er das aus England mitgebrachte Verbot, Fische mit Anwendung des Messers zu verspeisen, hier eingeführt, da man ihn dort bei einem bezüglichen Versuche, sich des schneidenden Werkzeugs zu bedienen, gefragt hatte, ob er sich den Hals abschneiden wolle. Bs. Verkehr mit geringen Leuten war mustergültig. Nie habe ich ein aufgeregtes Wesen an ihm bemerkt oder ein heftiges Wort von ihm gehört. Mein Schwager Blanckenburg rühmte von ihm, daß er mit jedem seiner Dienstleute so spräche, wie er es in vornehmen Kreisen gewohnt sei. Als ihn meine Mutter einmal nötigte, noch zu bleiben, obschon seine Pferde schon vor der Thür warteten, erwiderte er: „Nein, ich muß aufbrechen, denn sonst schilt mich mein Reitknecht".

Digitized by Google

B. wollte nur einmal in den Augen der Gesellschaft die Sitte verletzt haben: als er, in die Bewunderung seiner neuen Stulpstiefeln versunken, auf einer Gartenbank liegend, in dieser Beschaulichkeit sich selbst durch die Nähe lustwandelnder Damen habe nicht stören lassen. Bismarck hatte am 4. Oktober 1844 bei der Hochzeit meiner Schwester deren innig geliebte Freundin Frl. Johanna von Puttkamer zur Tafel geführt und wundervoll unterhalten. In meinen Hundstagsferien 1846 wurde mir der Auftrag erteilt, die uns so nahe stehende junge Dame von Reinfeld zur Harzreise mit Blanckenburgs, Bismarck und Dr. Wangemann abzuholen. Mit Freuden und Erfolg unterzog ich mich diesem Schnellpostunternehmen. Ich weiß nicht mehr genau, ob Elisabeth v. Mittelstedt, Wangemann's spätere erste Frau, auch an der Harzfahrt teilgenommen hat, wie es geplant war. Auf der Rückkehr der Harzgenossen von dem Ausfluge verlebte ich einen frohen Sonntag mit der um Wangemann verminderten Zahl in Berlin. Wir hörten vormittags Büchsel in der neuen Mathäuskirche predigen, speisten mit Onkel Ludwig, General Gerlach u. Berndt bei Milentz unter den Linden, wo B. die Zeche mit „deux et dix" machte, und genossen dann Keudells Klavierspiel im Bechsteinschen Saal in der Friedrichstraße. Hier lernten sich B. und Keudell kennen. Der Abend führte uns in's Opernhaus, wo wir die durch die Tuczek dargestellte Regimentstochter hörten. Da meine Schwester während der Vorstellung das Textbuch entfaltete, zog sie sich eine rügende Bemerkung Bismarck's zu, welcher sie belehrte, daß man das libretto auswendig wissen oder doch so scheinen müßte, als ob man es so kennte.

Nach dem Theater begaben wir uns in einer Droschke weit hinaus zu Onkel Otto Gerlach. Unterwegs hielt sich B. mit scharfen Worten über die Gerlachs auf, die besser sein wollten als andre Leute, mußte sich aber, noch ehe er uns gegen das Ende der Fahrt verließ, eine derbe Zurückweisung seiner Anklage seitens meiner Schwester gefallen lassen.

Bald nach Beendigung der lustigen Harzreise begannen die thränenreichen Tage für unser Haus. Am 19. Aug. 46 starb mein Bruder Adolf. Meine Mutter erlag gleichfalls dem Nervenfieber am 4. 10. 46. B. war hier zum Begräbniß. Am 11. Oktober feierten wir hier noch in wehmutsvoller Stille den Geburtstag meiner Schwester, woran auch B. teilnahm.

Bald nach meiner Rückkehr nach Berlin eilte ich wieder nach Kardemin, weil auch meine Schwester schwer erkrankt war. Auf dem Stettiner Bahnhofe in Berlin traf ich B., welcher in Angermünde ausstieg, aber verhieß, daß er bald mir folgen werde.

Er erschien auch 1 oder 2 Tage später in Trieglaff und war sehr still und traurig. Am 10. Nov. starb meine Schwester. Ich war nicht bei ihrer Bestattung zugegen.

Da ich Abiturient war, fand ich Trost und Erleichterung in der Arbeit.

Das Weihnachtsfest feierten wir in Reinfeld. Ich war immer ein eifriger Bewunderer Bismarcks gewesen, verschloß aber meine Gefühle im Gegensatze zu der mich umgebenden lauten Bewunderung, was Johanna, meine Stellvertretungsschwester, veranlaßte zu äußern: „Reinhold mag Bismarcken nicht."

Digitized by Google

Wenige Tage nach meiner Wiederankunft in Berlin erfuhr ich die Ursache der für mich so anzüglichen Behauptung meiner Abneigung gegen B.: Johanna und O. B. waren verlobt. Das Brautpaar habe ich nie vereint gesehen. Ostern 1847 verließ ich das Gymnasium.

Bei meinem Abgange nach Bonn ließ mir Bm. durch seine Braut sagen, ich möchte mich vor den Quarten in acht nehmen. Dieser Warnung habe ich's aber kaum zu verdanken, daß ich mit einer Tiefquart und 2—3 Nadeln davon gekommen bin. Erst im Frühjahr oder Sommer 1848 habe ich Bismarck mit Gemahlin in Zimmerhausen, wo ich Salz-Brunnen trank, wieder gesehen.

Bm. hielt mir allein einmal in Onkel Eduards Zimmer in der Sofaecke einen langen Vortrag über die Lage der Verhältnisse. Das Schreckwort war damals: Reaktion. B. sagte aber, „eine Reaktion müssen wir haben". Er wollte dem Könige zumuten, selbständig seinem Volke eine Verfassung zu geben, es sollten in die Urkunde aber nur einige liberale Redensarten, wie Aufhebung der Patrimonialgerichte u. dgl. aufgenommen werden, womit sich die Demokratie würde abspeisen lassen. Sehr eingehend ließ sich B. über die Dänische Erbfolgefrage aus, verglich das Verhältnis Dänemarks zu Schleswig-Holstein und Deutschland mit den Beziehungen Hollands zu Luxemburg und dem Deutschen Bunde und gelangte zu dem Ergebnis, daß die dänischen Ansprüche eigentlich ganz berechtigt wären.

Wie fern war doch der damals schon so große Mann von aller Eitelkeit; wie würde er sich sonst herabgelassen haben, unaufgefordert von einem auf Grasung befindlichen Studenten so gründliche Erörterungen anzustellen. Im August sah ich B. auf dem sog. Junkerparlamente wieder. Hans Kleist hatte die Versammlung statt des stimmlich weniger bemittelten Bülow-Cummerow eröffnet. Als Zweck war Schutz der materiellen Interessen angegeben, ein Ziel, welches Ludwig Gerlach sofort umkehrte, indem er forderte, daß man Front nicht nach dem Mist, sondern gegen den Feind zum Schirm für ideale Güter machen solle. Am 2. Tage wurde die Notwendigkeit einer Adresse erörtert. Hinsichtlich der Empfangsbestimmung gingen die Meinungen auseinander. Bism. war der Ansicht, daß eine an die Minister zu richtende Vorstellung nicht empfehlenswert sei, denn es sei doch unzweifelhaft, daß mit Vernunftsgründen bei den jetzt leitenden Staatsmännern nichts auszurichten sei. Eine Adresse an die Nationalversammlung habe schon eher etwas für sich, denn es wäre doch nicht zu leugnen, daß immerhin einige ganz vernünftige Leute in der Versammlung enthalten seien. Am meisten empfehle es sich aber, sich unmittelbar an S. M. den König zu wenden, denn wenn der König auch nicht verantwortlich vor Menschen sei, so sei er es doch vor Gott und seinem Gewissen. Ich war entzückt über diese Rede und daher sehr verwundert, als ich später einen Mecklenburger (Lj. Ö.) sich äußern hörte: „Was B. sagte, war ja sehr treffend, er scheint ein bedeutender Mann zu sein, aber reden muß er nicht, er stottert ja!"

Mich hat das Stocken in B's Redefluß niemals peinlich berührt. Es gehörte zu ihm und rührte von seinem beständigen Suchen nach dem richtigen Ausdruck, nach der allerpassendsten Wiedergabe des Gedankens her.

Digitized by Google

Ich habe B. im Herbste 1848 in Berlin und Potsdam oft wiedergesehen.

Einmal speiste ich mit Leopold und Ludwig Gerlach auf dem Bahnhof in Potsdam im Freien. Als Bism. vorüberging, sagte L. G.: „Ich sehe nicht ein, warum das kein Minister sein soll?"

B. traf ich einmal abends bei seinem Vetter, dem Grafen Bismarck-Bohlen, in Potsdam. Es war in den Tagen, als der General v. Pfuel das Präsidium des Staatsministeriums übernommen hatte. Es wurde vielfach bezweifelt, ob diese Wahl eine glückliche zu nennen sei. B. erzählte, er habe den englischen Gesandten Grafen Westmoreland gefragt, was er von dem neuen Ministerpräsidenten hielte, und die Antwort erhalten: O! my dear, what is to be expected from a fool?

Da mir mein Vater vorgeschlagen und erlaubt hatte, den Feldzug in Ungarn mitzumachen, teilte ich dies B. auf einer Bahnfahrt von Berlin nach Potsdam mit. „Da werde ich Sie dem Grafen Brühl (Flügel-Adjutanten des Königs) vorstellen." Ein weiteres Eingehen auf mein Vorhaben erfolgte nicht. Wir saßen schweigend neben einander, Bismarck augenscheinlich in schwere Gedankenarbeit vertieft. Am Ziele angelangt, erfolgte die verheißene Vorstellung, welche mir einen Empfehlungsbrief an den österreichischen General Frhr. v. Ramberg einbrachte. Ich habe Bm. dann erst im Sommer 1851 (auf dem Bahnhofe) in Halle, wo ich meine Studien wieder aufgenommen hatte wiedergesehen. Er war vom Prinzen Lynar, seinem attaché, begleitet. Ich fragte B., der seit einigen Wochen Bundestagsgesandter war, ob es sich in Frankfurt nicht ganz nett mit den Oesterreichern lebte, was B. verneinte, „weil sie zu verlogen wären". B. äußerte sich sehr mißfällig darüber, daß meine Schlankheit der Körperfülle gewichen sei („Sie sind zu dick"). Daß es mit der Präsidialmacht nicht besonders stimmte, hatte ich schon im Frühjahr (durch seine Gemahlin) in Külz erfahren, wo mir seine Gemahlin eine Stelle aus seinem Brief mitteilte, welche lautete: „die Oesterreicher machen hier jeden Brief auf, wie Dir der Esel bezeugen kann, der dies eben liest".

Lord Byron hat sich in Venedig ähnlich ausgesprochen. Am 7. März 1854 wurde Onkel Ludwig Gerlachs Geburtstag feierlich konservativparteilich bei Milenz Unter den Linden begangen. Stahl brachte die Gesundheit des Wiegenfestkindes mit einer packenden Tischrede aus. Die Tafel war in Hufeisengestalt aufgebaut. Nach beendetem Festmahle, an welchem auch General v. Gerlach teil genommen hatte, stand ich mit diesem auf der Außenseite des linken Tafelflügels, als Bismarck auf der Innenseite erschien. Gerlach winkte den Bundesgesandten zu sich. Statt nun aber einen Umweg zu machen, um zu dem Winkenden zu gelangen, trat Bismarck, ohne zu zaudern, auf einen Stuhl, dann zwischen Teller und Gläser auf den noch nicht abgedeckten Tisch und hatte im Umsehn dem Winke folge geleistet. In einem Sonderraume beglückwünschte mich B. flüchtig zu meiner Verlobung, hänselte mich mit meiner Beleibtheit und wendete sich dann dem Tagesgespräche, der Erhöhung der Spiritus-Steuer, zu, der er nicht feindlich gegenüber stand. Er meinte, daß bei ihm diese Gesinnung natürlich sei, bei

Digitized by Google

Moritz Blanckenburg, der mit uns war, sei das etwas anderes, „denn der lebe ja vom Schnaps“. Ich begegnete am andern Tage dem Bundestagsgesandten Unter den Linden, als er Schaufenster-Bilder betrachtete. Er schien es zu bedauern, daß ich mich vermählen wolle, ohne eine entsprechende Lebensstellung erlangt zu haben.

Einige Zeit nach meiner Verheiratung traf ich B. in Magdeburg in der Nähe des Bahnhofs, als er Ludwig Gerlach einen Besuch machen wollte. Er ging dann auch zum Oberpräsidenten von Witzleben, welcher unbedeckten Hauptes ihn zum Bahnhofe begleitete. Als W. fortgegangen war, um sich Kopfbedeckung zu holen äußerte B. zu X: „Dieser W. hat wirklich ein Talent, seine Stirn in Falten zu legen, das erstaunlich ist.“

Ich klagte diesmals selber über mein zunehmendes Schwergewicht. B. meinte, ihm ginge es ebenso, er führe ein Leben wie ein Schirrmeister, und doch würde es immer vollständiger.

In Magdeburg 1856 fragte ich auf dem Bahnhofe B. nach seinen Militärverhältnissen. Er erzählte, daß er Second-Leutnant sei, und daß Friedrich Wilhelm IV. sich sträube, ihn zu befördern, weil S. M. etwas darein setze, einen Gesandten zu haben, der nur Second-Leutnant wäre. „Ich werde den König aber doch überlisten“, verriet B. „Ich werde mich zu den 8. schweren Reitern versetzen lassen, da stehe ich bezüglich meines Dienstalters besser, und da muß ich denn doch gleich Premier-Leutnant werden.“ Das war damals der Ehrgeiz des nachherigen Grafen, Fürsten, Reichskanzlers und General-Obersten der Kavallerie!

Im Sommer 1859 war Bm. an seinem kranken Beine leidend aus Petersburg mit Gemahlin nach Berlin gekommen, wo er im Hôtel royal in der Wilhelmstraße abgestiegen war. Frau Johanna forderte mich auf, ihren an das Zimmer gefesselten Gemahl zu besuchen. Ich fand Bm. auf einem Polster-Lager ausgestreckt und beschäftigt, in Kinderbüchern und Jugendschriften zu blättern, da seine sorgsame Gattin diesen Zeitvertreib aus der nahen Besserschen Buchhandlung hatte kommen lassen, um ihren Gatten, dem jede schwerere Lesewaare untersagt war, zu unterhalten. Es war die Zeit des Krieges in Oberitalien. Obschon Frau v. Bismarck sich an den für Oesterreich eintretenden Reden Reichenspergers gefreut hatte, wie sie am Abend vorher im Hôtel des Princes zu meiner Ueberraschung offenbarte, so unterließ ich's natürlich doch, auf diesen gemütbewegenden Gegenstand zurück zu kommen, und lenkte das Gespräch auf die damals in vollem Gange befindliche russische Bauernbefreiung, von welcher B. sehr eingenommen war. Der russische Bauer in seiner Genügsamkeit, welcher zufrieden ist, wenn er täglich in seinen Kohltopf greifen kann, hatte sein Herz gewonnen.

Auch die lustige Harzreise von 46 erwähnte Bm. damals. Der Zustand des leidenden Botschafters gestattete mir ein längeres Verweilen an seiner Raststätte nicht.

Als 1862 B. Minister d. Auswärtigen und Präsident des Staatsministeriums geworden war, traf ich ihn und Roon bei Blanckenburg in Zimmerhausen. Es war

Digitized by Google

die Rede von außerordentlichen Maßnahmen, einem Sondererlasse. B. meinte, das wäre nicht zulässig, „wenn man nicht nachwiese oder wenigstens behauptete", daß die solch Mittel begründenden Umstände vorhanden wären; auf die wehmütige Klage, daß man zur Auswanderung nach Amerika durch die obwaltenden Verhältnisse versucht sein könnte, erwiderte er, daß es anderwärts auch nicht besser sei. Das Gespräch wendete sich aber bald von der Politik ab und seinen russischen Jagderlebnissen zu. Er schilderte uns sehr spannend, wie er, um einen Bären zu erlegen, im winterlichen Walde auf einem hohen Holzhaufen gestanden habe, dem ein toter Schimmel vorgelagert gewesen. Sobald Petz dem seiner Witterung entrückten Nimrod sich schnüffelnd genähert hatte, ist er von dem Blitzstrahle der Jägerbüchse getroffen worden, aber entwichen. Der waidkundige Schütze hat nicht gewagt, in dem dichten Gebüsch dem vermöge seiner Verwundung vielleicht um so gefährlicheren Raubthiere nachzufolgen. Am andern Morgen hat B. nebst Hülfsmannschaft sein Opfer zwischen 2 Baumstämmen eingeklemmt im Dickicht des Waldes aufgefunden; der Schimmel war unberührt geblieben. Alle nie jille, hat der enttäuschte Bauer ausgerufen, als er bemerkt hatte, daß der Bär „nicht angebissen", habe, was in gewissen Kreisen als Hauptzweck des Vergnügens gegolten zu haben scheint.

B. erzählte auch noch, daß bei einer von ihm mitgemachten Bärenjagd auch eine Dame, die Frau des belgischen Gesandten teilgenommen hätte. Die Diana neuerer Ausgabe habe sich bei dem Treiben, mittels dessen der Honigfresser beschlichen werden sollte, so laut und geräuschvoll betragen, daß Petz, aus dem Schlummer erweckt, bei Zeiten das Lager geräumt und das Weite gesucht habe. B. sei auf die Jagdverderberin so ergrimmt gewesen, daß er, dem jede andere Rüge versagt war, als er einige Tage oder Wochen später auf der Fahrt nach Swinemünde 3 Tage lang mit der übrigens sehr hübschen Frau auf dem Dampfer zusammen war, kein Wort mit ihr gesprochen habe. — Die Gefährlichkeit der Bärenjagd belegte B. damit, daß er erwähnte, wie ein russischer Pope, der sich bei einem Treiben auf diesen Pelzträger beteiligt hätte, von einer angeschossenen Bärin, der er sich nicht behutsam genug genähert hätte, durch einen Tatzengriff von hinten nach vorn skalpirt worden sei.

Bismarck sah in Zimmerhausen sehr wohl und heiter aus, deutete aber doch an, daß er einem ehrgeizigen Freunde sehr gern seinen Posten abtreten würde.

Ich bin zwar 1864 in Bismarcks bescheidenem Hause in der Wilhelmstraße gewesen, habe ihn aber, der der Ansicht war, daß das kgl. Palais Unter den Linden sich allenfalls mit einer pariser Minister-Wohnung vergleichen lasse, erst am Samstag vor Ostern 1867 wiedergesehen. Er war mit Gemahlin u. Herbert besuchsweise in Zimmerhausen und, nachdem er am Charfreitag dem altlutherischen Gottesdienste in Trieglaff beigewohnt, zu einem Abendbesuche mit den Seinigen in Bahnerow. Als ich in den Saal eingetreten war, erhob sich B. von seinem Ruheplatz am Kamin und trat mir mit den Worten: Wir haben uns ja lange nicht gesehen, freundlich entgegen. Graf Bismarck war im Begriffe seine Dotation in Grundbesitz anzulegen, weßhalb er mit Hrn. v. Blumenthal wegen Ankaufs

Digitized by Google

der Herrschaft Varzin in Unterhandlung getreten war. Bm. äußerte, daß er nicht begreife, was seinen in's Auge gefaßten Verkäufer zu solcher Eile nötigen könne, da nach seiner (B.'s) „Rechtskunde" Blm. doch nichts mehr zu befürchten habe. Die Unterhaltung wendete sich englischen Staats-, Gesellschafts- und Vermögensverhältnissen zu, wobei B. vorbrachte, daß ein Pair mit 8000 £ Einkommen für so unbemittelt gegolten habe, daß ihm durch eine unter seinen Standesgenossen veranstaltete Sammlung hätte aufgeholfen werden müssen. Eine sehr anschauliche Beschreibung gab uns auch B. von einer Göttinger Mensur. Ein angehender Arzt habe sich daran gewöhnen wollen, Blut sehen zu können, und hätte deshalb auch einem bismarckschen Zweikampfe beigewohnt. Der abhärtungsbeflissene Schüler Aeskulaps habe sich anfangs dem grausigen Anblicke gegenüber sehr fest gezeigt, als aber Bismarck eine tüchtige Quart wegbekommen und mit der Zunge untersucht habe, ob die Wunde durchgekommen sei, wäre bei dem Anblicke seiner aus der Wange hervortretenden Zungenspitze der junge medicus erblaßt und sofort in Ohnmacht gefallen.

Grf. Bismarck unterließ es nicht, auch in den Albums meines Bruders zu blättern. Als er das Bild der Charlotte Corday betrachtete, meinte er, sie solle ja auch ganz hübsch gewesen sein und nur etwas starke Züge gehabt haben. (Marat umzubringen, war allerdings ein ziemlich grober Zug der Heldin.) Mein Bruder Gerhard hatte den böhmischen Feldzug 66 als Eskadrons-Führer im 1. Garde-Dragoner-Regiment mitgemacht und ein darauf bezügliches Album zur Erinnerung an seine Waffentaten angelegt, welches aber nur zur Hälfte mit Bildern ausgestattet war.

Als B. an's Ende der Sammlung, welche er durchmustert hatte, gelangt war, äußerte er hocherfreut: „Da ist ja noch Platz für den nächsten Feldzug!" Als ich einwarf, „für den gegen Frankreich", erwiderte Bm.: „den meine ich!"

Der Krieg war also damals schon deutlich in Sicht. Bei dem Anblicke des Bildes des General v. Steinmetz, kamen wir auch auf die Rede des Helden von Skalitz zu sprechen, worin er die alle Kosten erstattende Produktivität des Heeres hervorgehoben hatte, eine Anschauung, welche B. mit einem sehr drastischen Ausdruck bespöttelte. — Von seiner wunderbaren Gedächtnißstärke lieferte B. auch in Vahnerow Beweise. Ich erzählte ihm, daß ich ihm auf batzwitzer Gebiet einen Denkstein mit passender Inschrift habe setzen wollen, wo er in seiner kniephöfer Zeit den Zusammenstoß mit dem Fuhrwerke des Bauern Herman Schnuchel gehabt hätte, der ihm u. seinen 2 Gefährten nicht hätte ausweichen wollen, aber als Sieger unbeschädigt davon geeilt sei, während B.'s Wagen in Stücke gegangen wäre und ihn zu einem Ersatzholungsritte nach Vahnerow gezwungen hätte.

B. bestätigte die richtige Darstellung des Vorganges, fügte aber hinzu, „das war garnicht auf der batzwitzer Strecke, das war auf der vahnerower Feldmark, die sich da herüber zieht." — Auf der chaise-longue liegend klagte B., daß er zu gut und viel in Z. gespeist habe und fühle, daß er „gesündigt" hätte. Seine Besinnung hatte von der Mahlzeit aber nicht gelitten, denn als er von einem Unwetter sprach, welches „von Gruchow nach Batzwitz" gezogen sei, gab er von

Digitized by Google

seiner Lagerstätte aus die Richtung der Wolkenbewegung vollkommen zutreffend an. Eine Fahrt durch eine von Ueberschwemmung bedrohte Gegend beschrieb B. mit kartographischer Genauigkeit. Ebenso einen Ritt von Arnshagen nach Plathe, wo er in einem Forst das Unglück gehabt hatte, vom Pferde gegen einen Stein zu stürzen. Moritz fügte hinzu: „ach, ja der Stein hat davon eine Verste bekommen!“ was B. sehr belustigte.

Als B. zum Aufbruche rüstete, forderte er die Döberitzer Frau von Bülow wiederholt neckisch auf, ihn am ersten Ostertage nach Varzin zu begleiten, was dieselbe aber standhaft und beharrlich abwies. B. vermißte seinen schwarzen Klapphut; ich suchte, fand ihn und konnte der Versuchung nicht widerstehen, ihn heimlich aufzuprobieren, wobei ich zu meiner freudigen Genugthuung entdeckte, daß die Kopfbedeckung des staatsklugen Denkers für meinen Schädel zu groß war. Ich habe B. beim Einzuge der siegreichen Truppen im Juni 71 nur von Weitem in Berlin gesehen.

Am 6. August 1892 gehörte ich mit meiner Tochter Hildegard und Frl. v. Golejewska zu der Schaar, welche den Fürsten B. auf dem Naugardter Bahnhofe empfing.

Nachdem ich mich bei seiner Gemahlin in Erinnerung gebracht hatte, bekundete die Fürstin ihrem Gebieter ebenfalls mein Vorhandensein. Der Fürst legte seinen Arm leicht auf meine Schultern, mit den Worten mich begrüßend: „Wir beide sind auch nicht jünger geworden.“ Mein damals kaum zu verbergender leidender Zustand verbot es mir von selbst, den Helden der harrenden Menge noch länger vorzuenthalten.

Am Montage den 8. August wiederholte sich meine Huldigung auf dem Bahnhofe zu Greifenberg, wo Frl. v. Golejewska durch meine Schwiegertochter ersetzt war und wir einen Augenblick in den Salon-Wagen des Sonderzuges hineingewinkt wurden.

„Wer nicht mitfahren will, für den ist's jetzt Zeit auszusteigen!“ waren die letzten Worte des mich verabschiedenden Altreichskanzlers. 1897 habe ich den Fürsten noch dadurch erfreuen können, daß ich, gelegentlich einer tatsächlichen Ergänzung meinerseits, meinem jetzigen literarischen Korrespondenten Horst Kohl eine Beschreibung des von mir geschilderten Harzreise-Nachklanges sandte, welche mir einen herzlichen Gruß von dem Abendsterne des Jahrhunderts einbrachte.

Als ich mich am 30. Juli 1898 an einem heiteren bienenfreundlichen Mahle in Greifenberg beteiligte, ahnte ich nicht, daß das Licht, das die Welt so oft und lange erleuchtet und entflammt hatte, im Erlöschen begriffen sei.

Die erschütternde Kunde durchzuckte die Menschheit am folgenden Tage.

Digitized by Google

Die Bedeutung seelischer Kultur und Gesundheit im Kriege[1])

Von

Professor Otfried Müller,

Direktor der medizinischen Klinik in Tübingen

„Vor jedem steht ein Bild dess', das er werden soll!
Und eh' er das nicht ist, wird nicht sein Friede voll."

Man kann diesen Rückertschen Satz auf den einzelnen Menschen beziehen und auf das ganze Volk. Man kann ihn für das innere wie für das äußere Leben deuten. Sprechen wir zunächst vom einzelnen und seinem Seelenleben.

Immer mehr bricht sich die Meinung Bahn, daß unsre ganze Anschauungsweise bis zu den letzten Dingen hin abhängig sei von unserm Charakter, d. h. von der bei jedem einzelnen vorliegenden psychischen Struktur. Den einen wird das Gemisch von Gefühls- und Verstandesmomenten, das seinem Charakter eigen ist, zu dieser, den andern das seine zu jener Weltanschauung führen.

Bezeichnend ist dabei, daß die Betonung der Abhängigkeit von Charakter und Anschauungsweise sowohl von philosophischer wie auch ärztlicher Seite ausgeht. Halten wir uns hier an eine vorwiegend praktischen Zwecken dienende mehr ärztliche Betrachtung der Frage. Für die praktische Beurteilung der Dinge ist es gleichgültig, ob man den Charakter und die aus ihm entspringende Anschauungsweise im Sinne der Religion als gottgegeben, d. h. also vom dualistischen Standpunkte aus betrachtet, oder ob man das Verhältnis im monistischen Gedankenkreise als ein innerlich gesetzmäßig gebundenes auffaßt. Das mag jeder tun, wie eben sein Charakter ihn drängt. Hier genügt der einfache tatsächliche Hinweis, daß es nützlich und fruchtbar erscheinen mag, die Weltanschauung eines Menschen oder eines ganzen Volkes als den Ausfluß seines Charakters zu diskutieren. Daß dann eine gesunde psychische Struktur, ein annähernd normaler Charakter ein gesundes natürliches Weltbild widerspiegeln wird, und umgekehrt ein krankhaft entarteter ein unnatürliches, liegt auf der Hand.

Bleiben wir heute und hier bei den im großen und ganzen normalen psychischen Strukturen, den im wesentlichen noch als gesund zu betrachtenden Charakteren, und halten wir uns von den entarteten in der heutigen Darstellung ganz fern. Für die ungeheure Zahl und Mannigfaltigkeit der sich noch in annähernd normalen Grenzen bewegenden Charaktere und die von ihnen widergespiegelten

---

[1]) Vortrag, gehalten auf Veranlassung des Deutschen Frauenvereins für die Krankenpflege in den Kolonien, Stuttgart, Februar 1915.

Digitized by Google

Weltbilder hat mein Kollege, der Tübinger Philosoph Adickes,[1]) vor Jahren eine Einteilung gegeben, die sich mir in der ärztlichen Tätigkeit und überhaupt im praktischen Leben oft bewährt hat und die ich in dem folgenden zugrunde lege. Naturgemäß kann es sich bei einer solchen Einteilung der unendlich vielen Spielarten menschlicher Charaktere immer nur um ein mehr oder weniger künstliches Schema handeln, dessen einzelne Fälle selten rein, sondern in der Regel als Uebergänge und Mischformen vorkommen. Immerhin gewinnt man durch Zugrundelegung eines derartigen Schemas einen gewissen Ueberblick, der für die Verständigung nützlich erscheinen mag.

Adickes unterscheidet zunächst die sog. autonomen, d. h. nach jeder Richtung hin selbständigen, in sich selbst ruhenden, von den heteronomen, unselbständigen, bewußt oder unbewußt von andern geführten Charakteren und Anschauungen. Bei dem autonomen, dem originellen Geist kommt alles von ihm selbst. Mit innerer Notwendigkeit drängt er allein aus sich heraus in diese oder jene philosophische oder religiöse oder auch politische Richtung und deren Konsequenzen und findet nicht eher Ruhe und Frieden, als bis er das seiner psychologischen Notwendigkeit entsprechende Weltbild erfaßt und die praktischen Folgerungen daraus gezogen hat. Dabei kommt es immer wieder vor, daß jemand sich ein ganz präzises, durchaus originales Bild von den Dingen gemacht hat und erst später erfährt, daß schon lange vor ihm ein andrer aus gleicher innerer Notwendigkeit die gleiche Kombination der möglichen Dinge erkannt und beschrieben hat. Bezüglich der Art, in der die selbständigen Köpfe nun gerade den letzten Dingen gegenübergetreten, unterscheidet man sie am besten als Dogmatiker, d. h. Gläubige aller Arten und Formen, und Positivisten, d. h. geborene Kritiker und Zweifler.

Betrachten wir zunächst die autonomen Dogmatiker, die selbständigen Gläubigen. Das Charakteristische an ihnen ist, daß ihre Glaubensbildungen ihnen von innen heraus zu absoluter Gewißheit und Wahrheit werden. Zweifel oder Ungewißheit gibt es für sie überhaupt nicht. Was andre Menschen sagen und meinen, hören sie wohl, aber irgendwelchen Einfluß hat es nicht auf sie. Sie kommen zur stärksten, intensivsten Lebensbejahung und sind imstande, als Konsequenzen ihrer Ueberzeugungen gewaltige Taten auch nach außen hin zu vollbringen. Ihre ruhige innere Sicherheit spiegelt sich schön in den Worten wider, die Goethe im „Epimenides" der Göttin der Hoffnung in den Mund legt:

„Denn wie ich bin, so bin ich auch beständig,
Nie der Verzweiflung geb' ich mich dahin;
Ich mildre Schmerz, das höchste Glück vollend' ich;
Weiblich gestaltet bin ich männlich kühn.
Das Leben selbst ist nur durch mich lebendig,
Ja, übers Grab kann ich's hinüberziehn,
Und wenn sie mich sogar als Asche sammeln,
So müssen sie noch meinen Namen stammeln."

[1]) Adickes, Charakter und Weltanschauung. Tübingen 1905, Paul Siebeck.

Digitized by Google

In unserm Volke, soweit es sich zu selbständigen Charakteren und Anschauungen durchgerungen hat, tritt dieser autonome Dogmatismus im wesentlichen in zwei Formen auf: einmal entsprechend der Entwicklung unsrer Kirchen als der reine Glaube an einen persönlichen Gott, und zweitens entsprechend der Ausbreitung gewisser philosophischer Richtungen und teilweise auch der Naturwissenschaften als der Glaube an „die Einheit der Seele mit der ganzen Natur“ [1]) und mit Gott in Gestalt des Pantheismus in irgendeiner der vielen Formen und Schattierungen, die ihm gegeben worden sind.

Im ersten Fall wird es heißen:

„Herr Gott, du bist unsre Zuflucht für und für. Ehe denn die Berge worden und die Erde und die Welt geschaffen worden, bist du Gott von Ewigkeit zu Ewigkeit.“ Und aus diesem Glauben wird auch heute noch so viel Großes und Gewaltiges entspringen können, als im Laufe der Menschheitsgeschichte daraus schon immer erwachsen ist.

Im zweiten Fall sagt sich der Philosoph: „Ich erkenne, daß alles durch die Macht Gottes nach einer unveränderlichen Notwendigkeit geschieht, und diese Einsicht gewährt mir die größte Befriedigung und Gemütsruhe.“ Und er sagt sich weiter: „Wir begreifen die Dinge vollkommen klar, wenn wir ihre Notwendigkeit einsehen. Darum ist die Erkenntnis der Notwendigkeit die Macht, an welcher die Leidenschaften scheitern. Es gibt aber keine Leidenschaft, die uns ohnmächtiger, unruhiger, unfähiger macht als die Furcht; es gibt nichts, das wir mehr fürchten als den Tod. Die Todesfurcht ist der größte Feind der Freiheit. Freisein von Todesfurcht der größte Sieg der Erkenntnis, das vollkommenste Bewußtsein unsrer Macht, der echteste Ausdruck unsrer Freiheit.“ [2]) „Hier weht,“ wie Kuno Fischer sagt, „die Friedensluft des Spinozismus, in welcher sich manche unsrer größten Geister erquickt haben, wo Goethe ausruhte von den Stürmen des Lebens und die Kraft jener Entsagung fand, die seine Lebensweisheit wurde, wo Schleiermacher, als die Vorstellungen der kindlichen Zeit dem Auge entschwanden, das Wesen der Religion und Frömmigkeit wieder entdeckte.“

„Wie man es wendet und wie man es nimmt,
Alles geschieht, was die Götter bestimmt.“
„Und Glück und Unglück tragen so sich besser,
Die eine Wage sinkt, die andre steigt,
Das Unglück mindert sich, das Glück wird größer,
So auf den Schultern trägt man beide leicht.“

In jedem Fall werden in einer Zeit wie dieser großes aus solchen autonom Dogmatischen Anschauungen entspringen können, die den Tod überwinden:

„Denn wer Gefahr und Tod nicht scheut,
Ist Herr der Erde, Herr der Geister;

[1]) Spinoza, Ethik.
[2]) Spinoza, zitiert nach Kuno Fischer, Geschichte der Philosophie.

Digitized by Google

Was auch sich gegen setzt und dräut,
Er bleibt zuletzt allein der Meister." [1])

Gehen wir von den autonomen Gläubigen zur zweiten großen Hauptgruppe selbständiger Charaktere und Anschauungen über, zu den sog. Positivisten, den Menschen vorsichtigen Zuwartens und Erwägens! Ihr Wesen ist es, nicht ohne weiteres Stellung zu nehmen. Sie suchen die Wahrheit, wie die andern auch, aber sie meinen nicht, sie je voll und absolut zu finden. In der Regel liegt ihnen besonders am Herzen, die Wissenschaft ganz und ausschließlich im Auge zu behalten und demgemäß ihre Anschauungsweise mehr der Verstandestätigkeit zu reservieren. Speziell dulden sie nicht, daß die Ansprüche, welche die gefühlsbetonte Seite unsers Innern macht, verwirrend in die Klarheit des mit dem Verstande konstruierten Weltbildes eingreifen. Am reinsten tritt uns dieser Typ bei unsern kritischen Philosophen und bei zahlreichen großen Naturforschern entgegen. So hörte ich z. B. von dem bekannten Botaniker Pringsheim, dem ersten Bahnbrecher der Keimlehre, sagen: „Das habe ich erst dreimal gesehen, das glaube ich noch nicht." Naturgemäß tut sich eine Riesenkluft auf zwischen dieser und der vorigen Gruppe. Niemand aber, der einige Einsicht in die Dinge besitzt, wird behaupten wollen, daß die Positivisten im Haushalte der menschlichen Gemeinschaft weniger nützlich wären als die Dogmatiker. Sie handhaben das Steuerruder der Philosophie, sie haben den größten Anteil am Aufbau der wissenschaftlichen Erkenntnisse, ihnen verdanken wir zum guten Teil das, was heute in der ärztlichen Praxis und in der Technik geleistet wird. Dabei können sie sich auch mit Ueberzeugung diesem oder jenem dogmatischen Bekenntnis anschließen und dessen festigende Kraft an sich erfahren. Nur bleiben sie sich dabei stets bewußt, daß dieses Bekenntnis nicht der absoluten, für alle Menschen unterschiedslos gültigen Wahrheit entspricht, sondern daß es dasjenige Bild der Wahrheit ist, das ihnen bei der Eigenart ihres Charakters am meisten liegt.

Wir kommen zu der zweiten großen Hauptgruppe von Charakteren und daraus entspringenden Anschauungen, von den Autonomen, den Führenden, zu den Heteronomen, den bewußt oder meist unbewußt Geführten. Naturgemäß sind diese unendlich in der Ueberzahl. Sogar für unsre Hochschulen habe ich einmal das Wort fallen hören, es gäbe dort produktive und reproduktive Köpfe, die letzteren seien in der Mehrzahl. So haben wir es bei den Autonomen mit dem wirksamen Ferment, gleichsam mit dem Sauerteig zu tun, bei den Heteronomen mit der davon in Gärung versetzten Masse. Beides ist gleich wichtig.

Adickes macht bei den Heteronomen drei Unterabteilungen, deren erste die weitaus wertvollste ist. Es handelt sich hier um diejenige Gruppe von Menschen, welche die Ueberlieferungen jeder Art einfach hinnehmen. Sie haben nicht Trieb noch Neigung, selbst zu urteilen und zu prüfen. Im Gegenteil scheint ihnen jede Abweichung von der Tradition Sünde zu sein. Sie empfinden sich in die

[1]) Goethe, Epimenides.

Digitized by Google

überkommenen Anschauungen hinein, diese brechen nicht mit zwingender innerer Notwendigkeit aus ihnen hervor:

„In dein Erbarmen hülle mein schwaches Herz
Und mach es endlich stille in Freud' und Schmerz.
Laß ruhn zu deinen Füßen dein armes Kind;
Es will die Augen schließen und glauben blind." [1])

Selbstverständlich ist diese Art von heteronomen Charakteren in gewissem Sinne suggestibel, und das macht sie zu einem außerordentlich brauchbaren Werkzeug richtig geleiteter Massenbewegungen. Trotz vorhandener großer Energie und Tatenlust nach außen hin wird diesen Menschen die innere Nachgiebigkeit nicht schwer, und so erfüllt sich an ihnen das heute so aktuelle Goethesche Wort:

„Der Geist, der alle Welten schafft, durch mich belehrt er seine Teuren:
Von der Gefahr, der ungeheuren, errettet nur gesamte Kraft.
Das, was ich lehre, ist so leicht und fast unmöglich zu erfüllen:
Nachgiebigkeit bei großem Willen." [2])

In der zweiten Unterabteilung der Heteronomen finden sich alle jene nur zu wohlbekannten Naturen, die selbständig zu sein glauben, wenn sie mit den Ueberlieferungen ihrer Jugend, ohne die Tiefe der Probleme erfaßt zu haben, mehr oder weniger frivol brechen und andre neue, aber in der Regel nicht weniger autoritative Bahnen wandeln. Sie wähnen dabei, wenn sie ihre modernen Propheten verkünden, eigne Wege zu gehen und vergessen ganz, daß sie tatsächlich aus einem Joch ins andre geraten sind, ohne es auch nur gewahr zu werden. Auch diese Menschen sind enorm suggestibel, würden das aber weit von sich weisen, wenn man es ihnen sagen wollte. In der Tat nämlich üben gerade diejenigen Autonomen, deren halb oder ganz unbewußte Nachbeter solche Naturen sind, das auf sie aus, was Liebermeister als Suggestion definiert hat, nämlich „die Methode, einen Menschen zu einem Gedanken, einem Entschluß, einer Handlung in der Art zu veranlassen, daß er glaubt, aus eigner Initiative zu handeln." [3]) Es liegt auf der Hand, daß diese gleichen Verhältnisse auch in der Politik und nicht zuletzt bei den extremen Parteien in Friedenszeiten eine große Rolle gespielt haben.

Adickes hat gemeint, und viele mußten ihm darin zustimmen, in diesem Schlage Menschen ein besonderes Charakteristikum der Gegenwart sehen zu müssen. Es wird sich zeigen, ob das nur für den Frieden galt oder ob es auch im Kriege standhielt. Im Frieden waren jedenfalls die Leute, die früher Büchners Kraft und Stoff, später Haeckels Welträtsel und noch später vielfach Chamberlains Grundlagen verschlangen und dann als deren Propheten auftraten, in breiten Massen zu finden. Auch das Gros der Anhänger Nietzsches

[1]) Gesangbuch für die evangelische Kirche in Württemberg, Lied 340.
[2]) Goethe, Epimenides.
[3]) Zitiert nach Reinert, zum Andenken an Karl v. Liebermeister. Tübingen 1902, Franz Pietzcker.

Digitized by Google

gehörte dazu und bildete die vielzuvielen, derentwegen er selbst den höheren Menschen zurief: „Geht weg vom Markt!“

Endlich gibt es noch eine dritte Gruppe von unselbständigen Charakteren, die in ihrer ganzen Anschauung lediglich durch Rücksichten auf Geld, Gut und Ehrsucht bestimmt sind. Für sie kann man Spinozas Wort in Anspruch nehmen: „Denn was zumeist den Inhalt des Lebens ausmacht, und was die Menschen, wie man aus ihrem Tun schließen darf, als höchstes Gut schätzen, kann auf drei Dinge zurückgeführt werden: Reichtum, Ehre und Sinnenlust. Durch diese drei wird die Seele so in Anspruch genommen, daß sie an irgendein andres Gut zu denken nicht imstande ist.“ Diesem Typ entspricht zu einem großen Teil der Charakter unsrer Feinde, insonderheit der Engländer. Er kommt in ihrer Lügenpresse zum Ausdruck, die man nicht besser kennzeichnen kann als mit den Worten des Dämons der List im Epimenides:

„Zu bringen und zu weichen,
Das ist die größte Kunst,
Und so zu überschleichen
Das Glück und seine Gunst.
Die Wege, die sie gehen,
Sie sind nach meinem Sinn;
Der Uebermut muß gestehen,
Daß ich allmächtig bin.“ [1])

Dieser Dämon der List und der Machtgier hat von England aus den Krieg heraufgeführt. Er ist es, der im Laufe der Zeit mit innerer Notwendigkeit Schiffbruch leiden muß und wird.

Wir haben bisher von den Zusammenhängen zwischen Charakter und Anschauungsweise beim Einzelnen gesprochen, die innere Bedeutung des Problems erörternd, die äußere nur andeutungsweise streifend. Hat es nun wirklich auch eine äußere, eine eminent praktische für das einzelne Individuum und für das ganze Volk? Ich will die Antwort durch den amerikanischen Philosophen Chesterton geben lassen. Er sagt: „Es gibt Leute — und ich gehöre zu ihnen —, die meinen, das praktisch bedeutsamste Ding an einem Menschen sei seine Weltanschauung. Für eine Wirtin, die einen Mieter ins Auge faßt, ist es zwar wichtig, daß sie sein Einkommen kenne, noch wichtiger aber ist es für sie, daß sie seine Philosophie kenne. Für einen Feldherrn, der einen Feind zu bekämpfen hat, ist es zwar wichtig, daß er die Truppenzahl des Feindes kenne, aber noch wichtiger ist es für ihn, daß er die Philosophie des Feindes kenne. Ja es ist nach meiner Ueberzeugung gar nicht die Frage, ob die Weltanschauung eines Menschen auf seine Umgebung einen Einfluß ausübt, es fragt sich vielmehr, ob überhaupt etwas andres als die Weltanschauung einen solchen Einfluß ausübt.“ [2]) Soweit Chesterton! Was unsre Feinde betrifft, so müssen wir ihm unbedingt recht geben. Wir kannten ihre Psychologie und damit auch ihre Philosophie

[1]) Goethe, Epimenides.

[2]) Chesterton zitiert nach William James, Pragmatismus. Leipzig 1908, Dr. Klinkhardt.

Digitized by Google

zu wenig und waren zu sehr überrascht, als der Dämon der List sein brutales Lied anstimmte. Sie kannten aber auch unsre Weltanschauung nicht hinreichend, und darum ist ihnen ein Fehler in ihrer Rechnung untergelaufen.

Ich bin aber noch beim Einzelnen, nicht bei den ganzen Völkern. Nach meiner ärztlichen Erfahrung kann man die Tatsachen der gegenseitigen Abhängigkeit von Charakter und Anschauungsweise direkt therapeutisch verwerten. Selbstverständlich darf der seelenkundige Arzt bei der praktischen Handhabung dieser außerordentlich schwierigen Frage nicht ausschließlich nach der ihm persönlich eignen Anschauungsweise verfahren und diese dem Patienten aufdrängen wollen. Er muß sich vielmehr in die psychische Struktur seines Patienten und das daraus sich ergebende, oft recht andersartige Weltbild zu versetzen streben. Viele Menschen sind dadurch innerlich unfriedlich und, wie man so zu sagen pflegt, „nervös", daß sie sich zu keiner ihrem wahren Naturell entsprechenden Anschauung haben durchringen können. Sie sind vielleicht von Haus aus zum Kirchenglauben veranlagte Dogmatiker, getrauen sich aber innerlich und äußerlich aus gewissen unverständigen Rücksichten nicht, das Bekenntnis zu bewähren. Andre wieder sind geboren zu kritischen positivistischen Vorstellungen, finden aber aus Scheu vor der Ueberlieferung oder der Umgebung nicht den Mut, ihnen unumwunden nachzugehen.

Auch ein andres Dilemma trifft man oft: Die Leute glauben autonom, selbständig, original zu sein, entwickeln demgemäß einen hohen Ehrgeiz nach großen Anschauungen und noch größeren Taten und leiden kläglich Schiffbruch an ihrer heteronomen, unselbständigen Natur, die den gesteckten Zielen niemals gewachsen ist. Romberg pflegte hier von der Neurasthenie der Unbegabten zu sprechen. In allen diesen Fällen kann man als Arzt manches nützen, wenn man sich nicht nur mit dem Körper beschäftigt, sondern auch etwas Psychologie treibt. Man hebt dann die Menschen aus dem Prokrustesbett für sie unpassender Anschauungen heraus und bettet sie auf das sanfte Lager der ihnen natürlichen Auffassungen. Dogmatiker darf somit der Arzt, wenn es ihm liegt, nur für seinen Privatgebrauch, nie aber für seine Tätigkeit sein. In dieser muß er stets auf dem Boden des Realen, des Tatsächlichen stehen bleiben und mit dem bedeutendsten Kopf, der aus Stuttgart erwachsen ist, mit Hegel sagen: „Was wirklich ist, das ist vernünftig." Möchten wir uns dieses Wortes in dieser schweren Zeit auch sonst immer wieder erinnern!

Aus diesen Gesichtspunkten erklärt sich denn auch die unbestreitbare und nicht ganz unbedenkliche Tatsache, daß heute manche Menschen mit manchen Anliegen zum Arzt kommen, mit denen sie früher zum Pfarrer gegangen sind. Der Arzt führt sie unter Umständen auf dem Wege der Suggestion zum gewünschten Ziele, so daß sie — um bei den Worten Liebermeisters zu bleiben — schließlich glauben, von selbst dahin gelangt zu sein.

Fragen wir uns endlich: Kann ein seelischer Ausgleich in der Richtung auf die rechte, dem betreffenden Menschen natürliche Auffassung nun auch körperliche

Digitized by Google

Vorteile haben, kann er gesundheitlich auch nach außen hin sichtbar und greifbar in Erscheinung treten? Ich bin sicher sehr weit davon entfernt, in diesen seelischen Fragen ein Allheilmittel für den Körper sehen zu wollen und die somatische Therapie irgendwie zu unterschätzen. Aber das Wort: „Es ist der Geist, der sich den Körper baut", ist doch kein leerer Wahn. Mein Berliner Kollege Friedrich Krauß[1]) hat an dieser Stelle über unsre Kenntnis der Zusammenhänge körperlicher und seelischer Zustände gesprochen. Ich selbst[2]) habe vor Jahren im Stuttgarter Goethebund einen ähnlichen Vortrag gehalten. Niemand kann die Zusammenhänge und die daraus sich ergebenden Fingerzeige für eine gewisse Einheitlichkeit unsrer körperlichen und seelischen Funktionen heute mehr ganz unbeachtet lassen. Wir wissen bestimmt, daß Frieden und Ruhe als lustbetonte Empfindung vorteilhaft auf Blutumlauf, Herztätigkeit, Atmung, Verdauung und Stoffumsatz einwirken, und daß Unfrieden und Unruhe den umgekehrten Effekt haben. Erst neulich habe ich wieder, wie schon so oft, im Röntgenbild den Magen eines Menschen gesehen, der unter dem Einfluß intensivster trauriger Vorstellungen sanduhrförmig krampfhaft zusammengezogen war und sich erst nach Beruhigung der Magennerven durch Atropin wieder löste und seine normale Gestalt annahm.

Kurz, ich bin mit vielen andern der Meinung, daß auch für die Gesundheit des Körpers manches, wenn auch sicher nicht alles gewonnen werden kann, wenn der Einzelne das Bild, das vor ihm steht, verifiziert und so sein Friede voll wird. Daß er dann auch widerstandskräftiger gegen Strapazen und Entbehrungen aller Art sein dürfte, kann füglich nicht bestritten werden.

Wie übertragen sich nun diese für den Einzelnen geltenden Dinge auf ein ganzes Volk, insonderheit auf unser deutsches Volk? Wenn man unser Volk bei seiner Friedensarbeit sah, so konnten einen wohl hin und wieder leise Zweifel beschleichen an der völligen Gesundheit seiner Anschauungen und seiner „Nerven", wie man so zu sagen pflegt. Ich[3]) habe noch im vorigen Winter hier an der gleichen Stelle bei Besprechung unsrer Kulturschäden gesagt: „Wir haben zwar eine hohe äußere, aber eine relativ geringe innere Kultur." Demgemäß habe ich mir die seelische Widerstandskraft unsers Volkes geringer vorgestellt, als sie sich de facto erwiesen hat. Ich teile mich in diese irrtümliche Annahme mit vielen Aerzten und sehe mich nur allzugern belehrt. Es ist überhaupt etwas Großes an diesem gewaltigen Kriege, daß er ein biologisches Experiment allererster Ordnung darstellt. Alle hypothetischen Annahmen der Militärs, der Politiker, der Historiker, der Volkswirtschafter, der Philosophen, der Aerzte und noch vieler andrer Berufskategorien werden durch den unwiderleglichen experimentellen Beweis, durch das Rollen der weltgeschichtlichen Begebenheiten verworfen oder bestätigt.

---

[1]) „Deutsche Revue", Oktober 1901.
[2]) „Die Umschau", Juli 1907.
[3]) Arterienverkalkung. Stuttgart 1914, Strecker & Schröder.

Digitized by Google

Woher kommt es nun, daß wir Aerzte uns teilweise in der Abschätzung der kulturellen Gesundheit und der seelischen Widerstandskraft des Volkes getäuscht haben? In erster Linie wohl daher, daß wir doch zu viel mit dem angekränkelten Teil der Bevölkerung zu tun hatten. Wir sahen zu wenig von den großen Autonomen, den selbständigen Persönlichkeiten, die uns in unserm Volke überhaupt seltner geworden zu sein schienen, wie um die Wende der siebziger Jahre herum. Wir sahen anderseits zu viel von den heteronomen, unselbständigen Charakteren der zweiten und dritten Kategorie, den Leuten, die nach Geld und Gut und Ehren strebten und dabei innerlich und äußerlich krank wurden, und jenen andern, die sich im blinden Gefolge moderner Propheten naturwissenschaftlicher, philosophischer und politischer Art befanden und dabei wurzellocker geworden waren. So mußten wir unsre Männer vielfach nach dem Scheffelschen Wort beurteilen:

„Blasse Menschen seh' ich wandeln,
Und die Klag' tönt allerorten:
Schal ist unser Tun und Handeln,
Siech und alt sind wir geworden." [1])

Unsre Frauen aber sahen wir teilweise — ich sage teilweise — in zerstreuendem, nicht sammelndem gesellschaftlichem Treiben oder in ästhetischen Bestrebungen aufgehen. Die Aesthetik aber ist ein böses Ding für den, der sich getrösten soll.

„Daß sie am Schmerz, den sie zu trösten
Nicht wußte, still vorüberführt,
Erkenn' ich als der Zauber größten,
Womit uns die Antike rührt," [2])

singt Lenau und man darf ihm wohl recht geben.

Wer freilich nicht der vor zwanzig oder dreißig Jahren jung gewesenen Generation, sondern der jetzt jungen zusah, konnte schon in Friedenszeiten bemerken, daß wieder etwas im Werden war in unserm Volke. Unter den jungen Männern die Jugendbünde aller Arten, die wahrlich in keiner Weise angekränkelt waren. Unter den Mädchen die Frauenbewegung, die sich mehr und mehr von den Schlacken persönlicher Eitelkeit einzelner befreit und bescheiden an realer Arbeit jeglicher Art nutzbringenden Anteil nimmt.

So kam es denn, daß wir mit dem Kriege große und erhebende Ueberraschungen erleben durften. Jedem lag anfangs die bange Frage vor: Haben wir große, selbständige, autonome Führer? Niemand wußte es, konnte es wissen. Einer hat sich uns bald gezeigt, bei dem alles und alles von ihm selbst kommt — Hindenburg. Das ist ein Autonomer, wenn es einen gibt. Man redet und schreibt jetzt, dieses habe er von Hannibal, jenes vom großen Friedrich, andres von Napoleon, noch anderes von Moltke. Gewiß, er wird sie alle

[1]) Scheffel, Trompeter, Lieder des stillen Mannes.
[2]) Lenau, Savonarola.

Digitized by Google

studiert haben — wir haben ja immer von seinem nie rastenden Fleiß gelesen —; aber das, was er jetzt tut, kommt doch sicher zuerst und zuletzt von ihm selbst. Das ist gewachsener Fels, das ist naturnotwendiges oder unmittelbar göttlich gegebenes Geschehen.

Und wie wirkt dieser eine Mann nun auf die Abhängigen, die Heteronomen, auf die große Menge, die wir ja schließlich alle ihm gegenüber darstellen? Wir wissen es an uns selbst und an der Tatsache, daß wir uns doch eigentlich alle von dem Russenalp nicht allzusehr haben bedrücken lassen.

„Wenn Wahn und Bahn der Beste brach,
Kommt an und an der Letzte nach." [1])

An Hindenburg können wir auch so recht studieren, was die Massensuggestion bedeutet. Wenn wir als Suggestion des einzelnen die Methode ansehen, einen andern zu Gedanken oder Handlungen zu veranlassen in der Art, daß er glaubt, aus eigner Initiative zu handeln, so haben wir es bei der Massensuggestion mit ähnlichen Dingen zu tun. Hindenburg sagt: „Der Krieg dauert hoffentlich so lange, bis sich alles unserm Willen fügt;" und wir meinen, es könne gar nicht anders sein, gleichsam als ob wir das aus eignem Urteil geradeso gut wissen könnten wie er. Davon kann ja aber natürlich nicht entfernt die Rede sein, selbst bei den vielzuvielen nicht, die sich als eine allgemeine Plage mit ihren geheimnisvollen „Informationen" so besonders wichtig machen. Hindenburg hat uns die Massensuggestion gegeben, die schon Gustav Adolf benutzte:

„Verzage nicht, du Häuflein klein,
Ob auch die Feinde willens sein,
Dich gänzlich zu zerstören!" [2])

Wir haben sie aufgenommen, und was nun das Wesentliche bei allen Massenerscheinungen ist, in vergrößertem Maße weitergetragen. Wir sind vollständig beruhigt, wenn er uns im Bericht nur die knappen Worte gönnt: „Unsere Angriffe nehmen einen normalen Verlauf"; und wir sprechen dann weiter: es steht gut in Polen, wir kommen voran, wir siegen. Genau das Umgekehrte kann aber natürlich geschehen, wenn negative Töne angeschlagen werden, dann überstürzen sich die fortgreifenden Gerüchte und Gespräche zu immer trüberen Resultaten, und es kommt schließlich zu einer allgemeinen Herabstimmung. Darum ist jeder, der auf irgendeinem führenden Posten steht, heute so doppelt verantwortlich, und darum ist es so übel, wenn vielfach Gebildete ihrem Kleinmut und ihrer Skepsis so unverhohlenen Ausdruck geben. Das wirkt deletär. Ich sehe es immer wieder an meinen nervösen Kranken. Die kommen und sagen: Ich habe heute wieder den „Soundso" getroffen, der hat gesagt, die Sache stände ganz schlecht usw. Den „Soundso" sollte man einsperren, daß er nicht auf der Straße herumlungern und andre Leute psychisch infizieren kann.

---

[1]) Goethe, Epimenides.

[2]) Zitiert nach Konrad Ferdinand Meyer, Gustav Adolfs Page.

Digitized by Google

Nun, im ganzen wiegen die positiven Suggestionen, welche auf die unselbständigen Gemüter einwirken, vor den negativen weit vor. Die Mehrzahl unsrer Mitbürger hält sich an Goethes Wort:

„Denn alle Kraft dringt vorwärts in die Weite,
Zu leben und zu wirken fort und fort.
Dagegen regt und hemmt von jeder Seite
Der Strom der Welt und reißt uns mit sich fort.
In diesem inneren Drang und äußeren Streite
Vernimmt der Mensch ein schwer verstanden Wort:
Von der Gewalt, die alle Wesen bindet,
Befreit der Mensch sich, der sich überwindet." [1])

Soviel von den Autonomen, den Führern, und ihrem Einfluß. Wie steht es nun mit den Heteronomen, den Geführten, in ihrem allgemeinen Verhalten? Da hat sich das Bild gegen Friedenszeiten wesentlich gewandelt. Die verschütteten Brunnen sind wieder aufgetan. Die blassen Männer, die wir auf der Jagd nach Gold und Ehren sahen, sind wie verwandelt. Das Gold ist auf der Reichsbank. Es gehört allen gemeinsam. Wir haben Papierscheine dafür bekommen und vertrauen in selbstverständlicher Zuversicht, daß sie uns seinerzeit den unsrer Leistung entsprechenden Anteil an dem dann vorhandenen Volksvermögen bringen werden. Das „Ich" muß überwunden werden, sagt Fontane im „Stechlin". Wir dürfen heute mit Befriedigung und Dankbarkeit konstatieren, daß es stark eingeschränkt ist gegen die Zeit vor einem Jahr. Mindestens ist es aus dem Einzel-Ich zum Massen-Ich, zum gesunden, für die Existenz notwendigen Volksegoismus geworden. Das geht so recht aus einem Feldpostbriefe hervor, den mir vor kurzem mein Oberarzt schrieb. Darin heißt es: „Auch sonst ist der Gesundheitszustand ein sehr guter, besser als in Friedenszeiten, trotz den Unbilden, die die Soldaten in ihrem Schlamme auszuhalten haben. Sehr selten sind auch nervöse Störungen, ganz gegen mein Erwarten, und auch Drückeberger gibt's wenig. Unser Volk hat doch einen guten, guten Kern. Das vergißt man zuweilen, wenn man in Friedenszeiten mit Rentenjägern und hysterischen Frauen zu tun hat."

Wenn ich nun auch selbst nicht so ganz rosig sehen kann, weil wir jetzt hinter der Front im Lande mehr als anfangs mit nervösen Störungen, zukünftigen Rentenjägern und Drückebergern zu tun bekommen, so muß ich doch auch von diesem Standpunkt aus sagen: Es ist unendlich viel besser gegangen, als sich in Friedenszeiten hätte erwarten lassen. Möchte uns auch nach dem Friedensschlusse nicht wieder aus einem gefühls- und nicht realpolitischen Entschädigungswesen nervöser Störungen und daraus entstehender Rentenjägerei größten Stiles ein moralischer Rückschlag treffen!

Sind diejenigen heteronomen Charaktere, die sich von Rücksicht auf Geld und Gut leiten ließen, im Kriege erfreulich zurückgetreten, so läßt sich das gleiche auch für die zweite Gruppe, die blinden Nachbeter moderner Propheten,

[1]) Goethe, Die Geheimnisse.

Digitized by Google

wie Nietzsche, Häckel u. a. sagen. Man kann von ihnen jetzt mit einem Male Feldpostbriefe lesen, in denen steht: „Wir haben wieder beten gelernt und schämen uns dessen nicht." Das hätten sie im Frieden nicht so leicht gesagt, jetzt aber erfahren sie, daß es an irgendeiner Stelle doch zuletzt heißt:

„Du mußt glauben, du mußt wagen,
Denn die Götter leih'n kein Pfand." [1])

So zeigt sich denn, daß in der Tat viel mehr als zu Friedenszeiten erkennbar war, die große Masse unseres Volkes letzten Endes der ersten Gruppe der heteronomen Charaktere angehört, denjenigen, die sich im großen und ganzen an die Traditionen halten, die Goethes Nachgiebigkeit bei großem Willen besitzen und damit das Rückgrat der deutschen Musterorganisation bilden, mit der wir letzten Endes siegen werden. Sie führen heute das aus, was unsre Führer planen, sie retten unser Volk von der ungeheuren Gefahr und tragen bei zum Klarwerden des Bildes, das vor ihm steht, und das nach innen wie nach außen aus ihm werden soll. Ihnen sind wir nächst den Führern den eigentlichen Dank schuldig.

So dürfen wir es angesichts dieser klärenden Verschiebung der Anschauungen, der Enthüllung der eigentlichen wahren Charakterstrukturen verstehen, daß die blassen Männer, die wir Aerzte oft sorgenvoll wandeln sahen, bei Kriegsausbruch mit einem Male hinauszogen, wie eine Schar von längst erprobten Kriegern.

„Der Ruf des Herrn
Der Herrn ertönt.
Wir folgen gern,
Wir sind's gewöhnt.
Geboren sind
Wir all zum Streit,
Wie Schall und Wind
Zum Weg bereit." [2])

Und nun unsre Frauen! Von den schon erwähnten Ansätzen zu neuartiger Betätigung abgesehen, noch vielfach scheinbar in der weichen Kultur gesellschaftlichen und ästhetischen Treibens aufgehend, tritt mit einem Schlage das ungeheure Schicksal unter sie:

„Ihr Frauen in Zwilch und in Seiden,
Nun gebet den Gatten darein!
Reicht ihm die Kinder zum Scheiden
Und lächelt und segnet ihn ein!
Ihr alle werdet ja liegen
Schlaflos so manche Nacht,
Und träumen von nahenden Siegen
Und was euer Helde vollbracht,
Und träumen von Lorbeer und Myrte,
Bis er einst wiedergekehrt,

[1]) Schiller, Gedichte: Sehnsucht.
[2]) Goethe, Epimenides.

Digitized by Google

Bis er, der Herr ist und Hirte,
Ihn euch aufs neue beschert."[1])

Das war die große Seelen- und Nervenprobe. Da mußte sich zeigen, was charakterlich in der Tiefe schlummerte, und demgemäß als gesunde, rettende Anschauung zutage treten konnte. Und es zeigte sich:

„Komm, wir wollen dir versprechen
Rettung aus dem tiefsten Schmerz,
Pfeiler, Säulen kann man brechen,
Aber nicht ein freies Herz."[2])

Und mit der befreienden inneren Stimme kam die äußere rettende Tat. Sie gingen zu helfen:

„Euch zu laben, laßt uns eilen,
Unsre Gaben auszuteilen,
Eure Wunden auszuheilen:
Sel'ge Stunden sind gegeben
Unserm Leben."[3])

So steht unser Volk die schwere Prüfung durch, hochgemut und gesundheitlich nach außen und innen besser, als wir Aerzte zu hoffen wagten. Ausnahmen will ich gewiß nicht leugnen, noch auch die Tatsache verschweigen, daß Mut und Nerven bei manchem allmählich nachgeben. Das tut dem großen Gesamtbild keinen Eintrag. Vor allem behindert es nicht die Tatsache, daß unser Volk das innere Bild wieder deutlicher sehen lernt, das vor ihm steht. Dieses innere Bild aber hat ihm von jeher bedeutet, das wahre Kulturvolk zu sein. Wir waren das Volk der Dichter und Denker, wir werden es bleiben, auch wenn man uns als Barbaren noch so sehr verschreit. Man hört jetzt vielfach einen Vers: „Es soll am deutschen Wesen noch einmal die Welt genesen." Der Vers ist ganz richtig, nur ist er nicht ganz geschmackvoll gefaßt. Er klingt etwas aufdringlich, und man muß sich nicht allzu sehr wundern, wenn bei andern eine Reaktion auf ihn folgt. Man kann das gleiche Ideal haben und braucht es doch etwas weniger schulmeisterlich auszusprechen. Ich glaube, daß es den andern Völkern leichter werden wird, die Präponderanz unsrer Kultur, die fraglos heute schon längst vorhanden ist, anzuerkennen, wenn sie, wie der Patient suggestiv vom Arzt geführt, schließlich von sich aus zu der Meinung zu kommen glauben, daß das, was wir fühlen, denken und treiben, gut und richtig und darum nicht bekämpfenswert ist. Zwingen wird man sie zu dieser Meinung jedenfalls niemals können.

Nun würde man uns diese geistige Ueberlegenheit, das innere Bild unsers Volkes, auch ganz gern gelassen haben, wenn nicht daraus ganz konsequent und naturgemäß auch äußere Ansprüche erwachsen wären, wenn unser Volk nicht

---

[1]) Sudermann, Die große Stunde.
[2]) Goethe, Epimenides.
[3]) Goethe, Epimenides.

Digitized by Google

auch nach außen hin ein Bild vor sich gehabt hätte. Inneres pflegt Aeußeres nach sich zu ziehen. Wer etwas lernt, der kann was, und wer was kann, der braucht Platz und Raum, um sich zu betätigen. Da liegt die Wurzel des Konfliktes, den jeder schon in seinem Privatleben durchmachen muß. Wären wir das Volk der Dichter und Denker allein geblieben, niemand hätte uns bekriegt. Daß wir aus unserm Dichten und Trachten allmählich auch sehr reale Werte schufen und diese voll in Anspruch nahmen, das wollte man nicht zugeben. Andre wollten mit geringeren inneren Werten größere äußere schaffen und erhalten. Sie wollten sich nicht so anstrengen wie wir und doch mehr ernten. Da es beim Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt jeder Art nicht gelang, so schuf man die akute Krise, um den unbequemen Konkurrenten mit roher äußerer Uebermacht niederzuzwingen und zu vernichten. Es ist nicht gelungen und es wird nicht gelingen.

„Sterne versanken und Monde in Blut,
Aber nun wittert und windet es gut." [1])

Der Herrgott ist diesmal nicht mit den zahlenstärkeren, sondern mit den seelenstärkeren und -gesunderen Bataillonen. Diesen Fehler haben unsre Feinde in ihrer Rechnung, weil sie jetzt in der Krise, wie schon vorher im chronischen Konkurrenzkampf, die inneren Werte nicht hinreichend berücksichtigt haben. Sie haben diese Werte aber nicht berücksichtigt, weil sie ihnen großenteils unbekannt sind. Und sie müssen nun erst lernen, was unser Volk schon immer wußte, daß die Weltgeschichte zugleich auch das Weltgericht ist und somit unmöglich nach Art eines Gewinn- und Verlustkontos geführt werden kann.

So werden wir uns durchsetzen, werden mit unserm inneren Bild im Herzen siegen und damit auch das äußere schließlich verwirklichen, das vor uns steht. Das ist aber lediglich das Bild gediegener Macht und Sicherheit, nicht das öder Weltherrschaft. Wie weit die Grenzen dieser Macht gezogen sein werden, das wissen wir heute noch nicht, noch sorgen wir Einzelnen augenblicklich darum. Wir vertrauen aber mit ruhiger Zuversicht, daß diese Grenzen geräumig genug sein werden, um uns und unsre Nachkommen vollständig frei und sicher zu machen für die kulturellen Werte unsrer inneren und äußeren Friedensarbeit.

Vieles davon ist jetzt schon erreicht. Was würden die andern, deren Land verwüstet liegt, darum geben, wenn sie gleich uns sagen dürften:

„Hast du ein gegründet Haus,
Fleh die Götter alle,
Daß es, bis man dich trägt hinaus,
Nicht zu Schutt zerfalle
Und noch lange hinterdrein
Kindeskindern diene
Und umher ein frischer Hain
Immer neu ergrüne." [2])

[1]) Goethe, Epimenides.
[2]) Goethe, Epimenides.

Digitized by Google

Vieles aber wird noch erreicht werden. Doch machen wir in dieser ernsten Zeit keinerlei eitle Zukunftspläne! Halten wir uns noch ganz an das, was wirklich ist und darum, wie Hegel sagt, auch vernünftig. Unser Volk ist wieder verinnerlicht und vertieft; außen aber gehen schon heute deutsche Eisenbahnen von Lodz bis Lille, und es dürfte recht schwer werden, ihre Länge gewaltsam zu verkürzen. Ich denke, wir dürfen mit diesen Faustpfändern vollauf zufrieden sein, und haben keinerlei Grund, über die Langsamkeit der Entwicklung zu klagen. So ist es denn nicht übertrieben, wenn wir jetzt schon die Worte gebrauchen, mit denen Goethe vor hundert Jahren sein Befreiungsfestspiel schloß, und mit frohem Stolz bekennen:

„So rissen wir uns rings herum
Von fremden Banden los.
Nun sind wir Deutsche wiederum,
Nun sind wir wieder groß.
So waren wir und sind es auch
Das edelste Geschlecht,
Von biederm Sinn und reinem Hauch
Und in der Taten Recht.“ [1])

Englands Allmacht zur See?!

Von

Vizeadmiral z. D. Kirchhoff

Das Abbröckeln der Allmacht Englands zur See zeigt sich an vielerlei Dingen offenkundig.

Im Dezember war es der Dank Churchills für die unschätzbare Hilfe Japans bei der Schlacht nahe den Falklandsinseln.

Wenn wir nun den Worten Churchills nachgehen, so finden wir darin aber mehr als eine Unwahrheit enthalten. Die deutschen Schiffe unsers Kreuzergeschwaders sind von niemand aus dem Osten vertrieben worden. „Nürnberg“ war seit langer Zeit vor dem Kriege an der Küste von Mexiko tätig gewesen. Vor Beginn des Krieges eilte „Leipzig“ ebendorthin, um sie abzulösen, während die „Emden“ sich auf das Feld ihrer großartigen Tätigkeit im Indischen Ozean begab. Die „Dresden“ gehörte überhaupt nicht zu den Schiffen der ostasiatischen Station, sondern war an der südamerikanischen Küste und in Westindien tätig gewesen.

Die beiden Panzerkreuzer unter der Führung des Geschwaderchefs, des Vizeadmirals Graf Spee, aber fuhren durch die Südsee, wo sie Papeete zer-

[1]) Goethe, Epimenides.

Digitized by Google

störten, nach Chile, und vereinten sich dort mit den drei andern Schiffen, was als eine glänzend gelungene strategische Leistung zu bezeichnen war.

Nach dem glorreichen Seetreffen bei Coronel oder Santa Maria mußten sie wieder ihre ureigenste Kriegstätigkeit aufsuchen. Diese ist aber für unsre Auslandskreuzer nie das Gefecht gewesen. Sie mußten möglichst vermeiden zu kämpfen, ihre erste Hauptaufgabe war stets, dem Handel und der Schiffahrt all und jeden erdenkbaren Schaden zuzufügen und beim Gegner möglichst viele Schiffsverluste herbeizuführen.

Hierfür war aber die Ostküste von Südamerika eines der günstigsten Gebiete, weil dort nicht nur die vom Westen Amerikas kommenden Schiffe vorbeiziehen, sondern vor allen Dingen die Ausfuhr von Getreide und Gefrierfleisch aus Argentinien nach England unterbunden werden konnte. In England hat sich das zeitweilige Ausbleiben von Gefrierfleisch schon unangenehm fühlbar gemacht. Hier war ein schönes Feld für Kreuzertätigkeit, das nunmehr von unsern Schiffen aufgesucht wurde. Leider haben unsre Kreuzer dort nicht lange tätig sein können. Aber einem unsrer Hilfskreuzer sind dort noch zu Ende vorigen Jahres schöne Erfolge beschieden gewesen.

Somit kann von einer „kräftigen und unermüdlichen Hilfe" der japanischen Flotte keine Rede sein. Nicht vor dieser sind sie aus dem Stillen Ozean gewichen, sondern aus dem eben angeführten Grunde sind sie in den Atlantik gefahren. Wenn es sich um die Wahl gehandelt hätte, lediglich gegen eine japanische oder englische, zur Verfolgung ausgesandte Flotte zu kämpfen, so wäre erstere wohl ein willkommenerer Gegenstand des Bekämpfens gewesen; diesem Gegner nach dem Siege bei Coronel auch einen kräftigen Streich zu versetzen, wäre dem deutschen Geschwaderchef wohl erfolgreicher erschienen und ihm voraussichtlich geglückt.

So schaute es aus mit der „unschätzbaren Hilfe Japans". So spricht darüber der Vertreter der ersten Weltseemacht, der Minister von Großbritanniens übermächtiger Armada!

Er scheint kaum ein Gefühl dafür zu haben, wie sehr er den Nimbus der englischen Flotte mit seinen vielen Worten stets von neuem zerstört und die Furcht vor ihrer Allmacht ständig untergräbt. Um so besser für uns und die ganze Welt.

Ein schweizerisches Blatt äußerte sich darüber, daß das Seetreffen bei den Falklandsinseln eigentlich als deutscher Erfolg zu werten sei, da es England erst nach vier Monaten geglückt sei, das seit langer Zeit erstrebte Ziel zu erreichen. Und daß schwerere Havarien und auch Verluste an Besatzungen eingetreten sind, was die englischen Berichte ganz verschwiegen, haben wir noch nachträglich zu unsrer großen Genugtuung erfahren. Albion hat wohl wieder, wie zu Lande, die Absicht gehabt, die andern für sich ins Feuer zu schicken und sich erst mit aller Kraft selber herangemacht, als dies dann doch gar zu lange währte und die deutschen Schiffe seiner Schiffahrt gar zu große Wunden schlugen. Dasselbe erfahren wir am Ende noch bei dem großen Streit zu Lande!

Digitized by Google

Ein österreichisches Blatt schreibt dazu: „So paradox es klingen mag, diese Seeschlacht hat dem wankenden Ruf Großbritanniens den letzten Streich zugefügt ... auch die englische Flotte ist unfähig, aus eigner Kraft und mit eignen Mitteln einen ehrlichen Waffengang auszutragen. Die junge deutsche Flotte hat in der kurzen Spanne Zeit seit Beginn des Weltkrieges Großes geleistet."

Begnügen wir uns einstweilen mit diesen Anerkennungen, die trotz des englischen „Erfolges" den Unsrigen den „Ruhm" zusprechen. Churchill schließt, daß die Rückkehr der Deutschen nach Ostasien „äußerst schwierig und gefährlich" sein dürfte. Gefahr hat noch kein Deutscher gescheut, und äußerst Schwieriges zu überwinden, darin besteht deutsches Wesen.

Der jetzt herrschende Krieg ist auch für uns ein „heiliger Krieg". Englischer Materialismus steht Deutschlands Idealismus gegenüber. Warten wir in Ruhe ab, was die Zukunft in dieser Beziehung bringen wird. Die Stellungnahme Japan gegenüber ist ein Kapitel über das Abbröckeln von Englands Allmacht zur See. Die Maßnahmen an den eignen Küsten, das Verhalten der eignen Hochseeflotte gegenüber unsrer „Pestpflanzen", sowie die in ohnmächtiger Wut gegen die Neutralen ausgeführten ewigen Nadelstiche und Vergewaltigungen, weil England die deutsche Küste nicht ohne schwere Schädigungen der eignen Schiffe effektiv blockieren kann, stellen andre Kapitel in dem Buche dar, dessen Inhalt bereits aller Welt laut verkündet, wie es eigentlich mit Englands Allmacht bestellt ist. —

Aber weit wichtiger sind noch die Ereignisse zu Ende Januar und Anfang Februar. Nach dem wohlgelungenen Vorstoß unsrer Kreuzer gegen die englische Küste bei Hartlepool, gegen den die englische Armada nichts zur Abwehr tat; nach der Abwehr des englischen erfolglosen Vorstoßes gegen Kuxhaven, wo die deutsche Luftflotte die englischen Flugzeuge und Schiffe mit Verlusten und Havarien abwies; da war es ein Neues, dem England ohnmächtig gegenüberstand: der erste Angriff unsrer Zeppeline.

Drei Marineluftschiffe kamen nach erfolgreichem Vorgehen, das sie zu einer Fahrt von mehr als 600 Seemeilen über die Nordsee zwang, unbeschädigt wieder heim.

Auch der englische Vorstoß am 24. Januar wurde noch weit von Helgoland entfernt mit blutigen Köpfen abgewiesen, in einem Kampfe, bei dem die englischen Verluste und Havarien weit schwerer als die unsrigen waren. Es stellte sich dabei wieder einmal vor aller Welt klar heraus, daß englische Schiffsverbände deutsche Verbände nur dann zu besiegen und zu vernichten vermögen, wenn sie stark an Uebermacht sind. Veranlaßten diese letzten Vorstöße oder ihre Abwehr auch Unzufriedenheit und Erregung in England, wo man schon Zeppeline über London zu sehen glaubte, so war das alles nichts gegen die Nachricht von dem Vorgehen eines deutschen Unterseebootes inmitten der Irischen See, dem ureigensten Binnenhoheitsgewässer Altenglands.

Das zog, dieser Kampf gegen den Handel, gegen die so notwendigen Zufuhren von Westen her, hier wurde Englands Allmacht zur See ganz empfindlich

Digitized by Google

getroffen und ihr Nimbus gebrochen, hiergegen gab es anscheinend kaum ein Mittel.

Manche Schiffslinien der Irischen See gaben den Dienstbetrieb auf und die Sicherheitsprämien für die Küstenschiffahrt stiegen ganz außerordentlich hoch. Das alles wegen kleiner winziger Feinde, die es wagten, 1000 Seemeilen von der Heimat her Albion zu bekämpfen.

Und als das sich darob erhebende Wutgeschrei kaum beendet war, da kam die Bekanntmachung des Chefs des deutschen Admiralstabes, die den Kampf „mit allen zu Gebote stehenden Kriegsmitteln" gegen die von England nach Frankreich fahrenden militärischen Transporte offen ankündigte. Ein ohnmächtiges Wutgeheul durchfuhr den Blätterwald Großbritanniens, von dem Irland sich ausschloß. Eine böswillige Verleumdung, eine Beschimpfung Deutschlands folgte der andern.

Man sprach von rechtloser Blockade, die ja ganz und gar nicht beabsichtigt und auch nicht angekündigt war. „Schändung des Völkerrechtes" hatte man schon vorher das Vorgehen der Unterseeboote genannt. Man griff zu den seltsamsten Mitteln der Abwehr, von denen ein Vorschlag, dem die englische Admiralität mit ihrem neuesten Befehl gefolgt ist, hier wegen seiner ganzen Erbärmlichkeit aufgeführt sei: die englischen Schiffe sollten fortan die Flagge eines neutralen Staates hissen. Englische Schiffe! Nebenbei ein ganz gegen jedes Völkerrecht gehendes Verfahren. Soweit ist man in England schon mit seinen Gedanken gekommen! Die Neutralen wird ein derartig maßloser Bruch des Völkerrechts nur auf unsre Seite bringen.

Noch eins sei mit Bezug auf die deutsche Bekanntmachung betont. Rücksichtslos „zwingt" England alle Neutralen, mit ihren Schiffen gefährliche Zwangskurse einzuhalten, während Deutschland ihnen einen ganz sicheren Weg nur „empfiehlt", damit keine „Verwechslungen mit Schiffen" eintreten, die für Kriegszwecke der Gegner dienen.

Es wird also von uns der „friedlichen Schiffahrt" geholfen, während England sie gewaltsam behandelt und schwer schädigt, weil es anders seine Kriegsschiffe bei der Durchsuchung nach Konterbande nicht zu schützen imstande ist.

Kaum hat die englische Admiralität ihren von krämerhafter Habgier und Feigheit eingegebenen Befehl erlassen, der doch vor allem in hinterlistiger Art die Neutralen auf uns hetzen sollte, da folgt in herzerquickender Schnelle, überall in Deutschland mit lautem Jubel begrüßt, die zweite Bekanntmachung unsers Admiralstabschefs, gefolgt von einer großzügigen und klaren Denkschrift der kaiserlichen Reichsregierung.

Alle feindlichen Handelsschiffe, die sich in dem von uns nach englischem Muster festgesetzten neuen Kriegsgebiet zeigen, sollen vernichtet werden. Keine Blockade erklären wir, als Kriegführende bestimmen wir nur, daß das Meeresgebiet rings um beide feindlichen Länder fortan auch Kriegsgebiet sei.

Die Neutralen werden dadurch nicht verletzt, wie durch England, das auch neutrales Küstengebiet mit in den Kriegsbereich hineinbezog. Wir warnen auch die Neutralen, wir weisen ihnen sichere Wege an.

Digitized by Google

Ein Wutgeheul sondergleichen erhebt sich jetzt in dem armen vergewaltigten schwachen Großbritannien, das uns natürlich wieder schwersten Völkerrechtsbruchs zeiht, obwohl wir gar nichts andres tun, als daß wir ihm genau mit derselben Münze dienen.

Die Wirkung unsrer Maßnahmen zeigt sich in England schon überall in schöner Weise, Prämien und Preise steigen zu fabelhafter Höhe an.

So sehen wir ein Schwinden der britischen Allmacht zur See allerorten; ein Eingeständnis der eignen Schwäche folgt unbewußt dem andern. Und noch vieles werden wir in dieser Beziehung erleben. Minen, Unterseeboote, Kreuzer, Luftschiffe werden unentwegt weiter an den Beständen der britischen Kriegs- und Handelsflotte herumknabbern; ein Vorgehen aller Arten, wogegen die bisherige Allmacht zur See des die Wogen vermeintlich noch beherrschenden Albion sie nicht mehr sicher zu schützen vermag.

Nachwort

Im Auslande ist die deutsche Erklärung der großbritannischen und irischen Küstengewässer als Kriegsgebiet vielfach in einer wichtigen Beziehung mißverstanden worden. Man hat gesagt, sie sei eine ganz neue, beispiellose Maßnahme und habe in der ganzen Seekriegsgeschichte keinen Vorgang. Die Note der Vereinigten Staaten an die deutsche Regierung hob diesen Punkt ganz besonders hervor und bemerkte dazu: sie könne kaum glauben, daß die deutsche Regierung einen solchen beispiellosen Schritt wirklich tun wolle. — Das ist ein Irrtum: ohne Beispiel und ohne Vorgang ist die deutsche Erklärung nicht, denn vor wenigen Monaten, im vergangenen November, erklärte die großbritannische Admiralität große Gebiete des internationalen freien Gewässers der Nordsee zum Kriegsgebiete und schärfte allen neutralen Schiffen ein: es sei auf ihre eigne Gefahr, wenn sie jene Kriegsgebiete beträten. Sie würden sich der Gefahr aussetzen, durch großbritannische Kriegsfahrzeuge vernichtet zu werden. Jene Verfügung der großbritannischen Admiralität erklärte ausdrücklich, daß man zur Anwendung dieser Maßnahme und zur Legung eines ungeheuren Minenfeldes auf hoher See durch das neue Kriegsmittel des Unterseebootes gezwungen worden sei, denn das Unterseeboot und die Mine hätten das bisher übliche Absperrungsmittel: die Blockade der Küsten des Gegners, veraltet gemacht. — Dieser ungemein wichtigen amtlichen britischen Erklärung ist seitens der neutralen seefahrenden Mächte bisher zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden. Sie beweist unwiderleglich, daß die deutsche Krieggebietserklärung auf den Vorgang der großbritannischen erfolgt ist. Die großbritannische Erklärung hat von seiten keiner neutralen Macht entschiedenen Einspruch gefunden, von keiner Seite ist sie als völkerrechtswidrig bezeichnet. Warum werden diese Fragen denn in dem Augenblick aufgeworfen, wo Deutschland dem britischen Beispiele gefolgt ist? Dazu kommt noch, daß die deutsche Erklärung nicht die hohe See sperrt, wie die britische, sondern lediglich die Küsten des Gegners. Die deutsche Erklärung weist der neutralen Schiffahrt nicht eine enge, gefahrvolle,

Digitized by Google

mit Minen gepflasterte Durchfahrt nahe der englischen Küste an, gleichzeitig mit zwangsweiser Durchsuchung in englischen Häfen, sondern die deutsche Erklärung zeigt den Neutralen einen freien, vollkommen sicheren Weg, um in die Nordsee zu gelangen.

Die großbritannischen und irischen Küstengewässer sind also seit dem 18. Februar Kriegsgebiet. Eine neutrale Schiffahrt in diesen Gewässern geht auf eigne Gefahr. Diese Gefahr wäre nicht groß gewesen, wenn nicht die britische Schiffahrt, und noch dazu auf Anweisung der großbritannischen Admiralität, sich der Flaggen neutraler seefahrender Staaten bediente. In Deutschland wird diese Schändung der Idee der Neutralität gerade um der neutralen Mächte willen tief betrauert. Wie aber nicht begründet zu werden braucht, steht man deutscherseits diesem englischen Verfahren machtlos gegenüber. Hier könnten nur die Neutralen Wandel schaffen, wenn sie sich vereinigten und mit allem Nachdruck den Mißbrauch ihrer Flaggen sich verbäten. Damit allein freilich wäre es nicht getan, denn Großbritannien würde sich nicht daran kehren, auch wenn die britische Regierung vorher feierliche Versicherungen abgegeben hätte. Nein, die neutralen Mächte müßten zeigen, daß sie sich mit einem papiernen Protest und mit einer papiernen Versicherung nicht begnügten. Außerdem müßten sie verlangen und durchsetzen, daß die kriegführenden Parteien sich auf den Boden der Londoner Deklaration stellten. Von dem Augenblick an, wo das geschehen wäre, würden die jetzigen Fragen und Sorgen der Neutralen in Nichts zerfließen.

Wie die Dinge vorläufig tatsächlich liegen, ist selbstverständlich, daß die deutschen Kriegsfahrzeuge, soweit ihnen nur möglich ist, alle denkbare Rücksicht auf solche Schiffe nehmen, die sie nach Maßgabe der militärischen Lage der Verhältnisse als wirklich neutrale Kauffahrer festzustellen vermögen. Wie sehr der deutschen Reichsregierung gerade die Rücksicht auf die neutralen Mächte maßgebend war, geht schon aus der Tatsache hervor, daß durch die Kriegsgebieterklärung der Handelskrieg gegen England volle vierzehn Tage vorher öffentlich angekündigt wurde. Vom reinen Standpunkte des deutschen militärischen Interesses wäre es naturgemäß vorteilhafter gewesen, entweder eine ganz kurze oder gar keine Frist zwischen die Ankündigung und die Ausführung zu setzen.

Die Gefahren, welche neutrale Schiffe in den Gewässern des Kriegsgebietes erwarten, bestehen in erster Linie in den englischerseits dort gelegten Minen. Das ist ein Punkt, der größte Aufmerksamkeit verdient. Es kommt nämlich noch dazu, daß das britische Minenmaterial sehr mangelhaft ist, auch nicht den Vereinbarungen der Haager Konvention von 1907 entspricht, denn die von ihren Ankertauen losgerissenen englischen Minen werden nicht, wie es die Vorschrift erheischt, nach dem Losreißen unschädlich, sondern werden vielmehr, blind umhertreibend, eine furchtbare Gefahr für die neutrale Schiffahrt. Die deutschen Minen werden nach wie vor an den feindlichen Küsten gelegt. Das ist seit dem Beginn des Krieges geschehen und amtlich veröffentlicht worden.

Digitized by Google

Alles in allem ist selbstverständlich, daß die Zeiten auch für die neutrale Schiffahrt schwer sind. Deutschland hat gezeigt und wird weiter zeigen, daß es jede mögliche Rücksicht auf die neutrale Schiffahrt und die von ihr naturgemäß angestrebte Freiheit nehmen wird. Um eine Blockade handelt es sich, wie aus der Erklärung der deutschen Regierung hervorgeht, keineswegs. In diesem Sinne ist die neutrale Schiffahrt also nicht gebunden. Der Sinn der deutschen Erklärung und ihr alleiniger Zweck ist der der Warnung an die Neutralen: sich bewußt zu bleiben, daß die großbritannischen und irischen Küstengewässer vom 18. Februar an ein gefährliches Gebiet bilden, daß die deutsche Regierung eine Verantwortung für etwaige Unfälle, die dort neutralen Schiffen zustießen, nicht übernehmen kann.

Zur heutigen Kriegslage: ist Italien auf dem Irrwege an der Adria?

Von einem früheren österreichisch-ungarischen Diplomaten

Schon währt der dem Deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn aufgenötigte Verteidigungskampf mehr als sechs Monate und noch immer ist das Ende des opfervollen Krieges, den die beiden mitteleuropäischen Großmächte gegen eine Welt von Feinden zu führen haben, nicht abzusehen. Ebensowenig in Frankreich und Belgien, wie in Polen und auf der Balkanhalbinsel — diese kommt allerdings nur als Nebenkriegsschauplatz in Betracht — ist vorerst ein durchschlagender, den Feldzug entscheidender Erfolg zu verzeichnen gewesen. Ungeheuer wie das Aufgebot der Kräfte in dem den Erdball umfassenden Zusammenstoß sind auch schon die bisherigen Verlustziffern, mehrere der in diesem Krieg gelieferten Schlachten kosteten mehr Blut als manche Aktion, die in den Blättern der Geschichte ein weit hinragendes Wahrzeichen darstellt. Diesmal ist trotz der über alles Lob erhabenen Hingebung und Tapferkeit der deutschen und der österreichisch-ungarischen Streitkräfte, trotz so vieler glorreicher Waffentaten zu Land wie zu Wasser der endgültige siegreiche Abschluß ihres bewundernswerten Ringens erst zu gewärtigen. Der anfängliche Siegeslauf der deutschen Armeen im Westen gelangte nach der erstaunlich rasch erfolgten Eroberung von Belgien und der nordfranzösischen Departements zum Stillstand, den Millionenheeren Rußlands gegenüber war ungeachtet der glänzenden Siege Hindenburgs und der nach Kongreßpolen eingedrungenen österreichisch-ungarischen Abteilungen ein zeitweiliges, freiwilliges Zurückweichen ebenso geboten wie die Räumung des größten Teiles der jenseits der Karpathen gelegenen österreichischen Länder; in Serbien hatten die Truppen der Monarchie ihr allzu ungestümes Vorwärtsdrängen damit zu büßen, daß sie das unter den schwierigsten Verhältnissen dem kriegsgeübten Gegner abgerungene Gebiet bis auf weiteres

Digitized by Google

wieder preisgeben mußten, um neue Kraft zu dem von ihnen ungeduldig erwarteten abermaligen Vormarsch zu sammeln.

So sind die hochfliegenden Hoffnungen jener, die in Unterschätzung der gegen uns ins Feld geführten Kräfte an dem ungehemmten Siegeszug der gerechten Sache nicht zweifelten, durch den Verlauf der Ereignisse allerdings enttäuscht worden. Dies offen zu bekennen, brauchen wir indes um so weniger zu scheuen, weil auch nicht der mindeste Grund zu Verzagtheit vorliegt. Im Gegenteil, wir blicken mit wohlbegründetem Vertrauen in die Zukunft und konstatieren, daß die Halbjahrbilanz der schweren Zeit offensichtlich zugunsten der verbündeten Zentralmächte abschließt. Dies gilt nicht nur in militärischer Hinsicht. Gewiß, die Armeen der Ententemächte haben noch keine vernichtende Niederlage erlitten, sowohl im Westen wie im Osten wird seit Wochen und Monaten um Schützengräben gerungen, im großen ganzen steht der Kampf. Unsre Gegner hatten sich vermessen, die bald bevorstehende Eroberung von Berlin und Wien prahlend anzukündigen; wer könnte in Abrede stellen, daß sie von jenem Ziel weiter entfernt sind denn je, daß ihre Kräfte zu erlahmen beginnen, wogegen jene der beiden Kaiserreiche erst wieder in den Kämpfen der letzten Tage vielversprechende Teilerfolge errungen haben. Selbst die vermeintliche Allgewalt Englands zur See, durch die unübertreffliche Tatkraft und technische Vollendung der deutschen Marine schon arg zerpflückt, ist auf dem besten Weg zu einer historischen Erinnerung herabzusinken. Und ist es nicht auch auf wirtschaftlichem Gebiet ganz anders gekommen, als unsre Feinde gehofft und auch so manche ängstliche Gemüter bei uns selbst befürchtet hatten? Die finanzielle Rüstung Deutschlands und Oesterreich-Ungarns zeigt sich auf der Höhe ihrer Aufgabe und das in England erdachte grausame System der Aushungerung der Zentralmächte, ins Werk gesetzt mit brutaler Verletzung des Völkerrechts wie der Interessen der Neutralen, droht mit weit stärkerem Effekt gegen seinen eignen Urheber sich zu kehren. Vollends dem sittlichen Ernst, den die Bevölkerung Deutschlands und der Donaumonarchie in dieser schweren Zeit betätigt, ihrer Entschlossenheit, ohne Rücksicht auf die Opfer, die es kosten mag, bis zum Ende durchzuhalten, der patriotischen Begeisterung, mit der ihre Wehrmacht den Kampf führt, dem rückhaltlosen gegenseitigen Vertrauen, das den Bund der beiden Mächte wie zu einem Block von Granit gefestigt hat, haben unsre Feinde keine gleichwertigen moralischen Faktoren gegenüberzustellen. Rachebedürfnis, Eroberungslust und Geschäftsneid sind die eigentlichen Motive, welche Frankreich, Rußland und England zu ihrer Allianz zusammengeführt haben, und wie sehr dieser unnatürliche Bund durch gegenseitigem Argwohn angekränkelt ist, illustriert wohl am treffendsten die Tatsache, daß es eines eignen Vertrages zur Abwehr der Besorgnis bedurfte, es könnte der eine oder der andre Teilnehmer auf separate Friedensverhandlungen eingehen. Ob dieser Eventualität dadurch wirksam begegnet wurde, bleibt abzuwarten. Einstweilen mehren sich im gegnerischen Lager die Zeichen von Kriegsmüdigkeit, während die da und dort lautwerdenden Vorwürfe über unzureichendes Zusammenwirken zum gemeinsamen Zweck, die

Digitized by Google

Betrachtungen darüber, daß der eine Kriegsteilnehmer auf Kosten der andern seine Kräfte schont, ihre Solidarität einigermaßen erschüttert zeigt. Das Ergebnis des Lügenfeldzugs, den unsre Gegner in einer käuflichen Presse und unter schrankenloser Ausnutzung des für einen großen Teil der Welt zu ihrer Verfügung stehenden Nachrichtenmonopols unternommen haben, um durch gefälschte Darstellungen über die Vorgeschichte des Krieges und dessen Verlauf die öffentliche Meinung in neutralen Ländern irrezuführen, verfehlt mehr und mehr sein Ziel und ist nicht imstande, das allmähliche Durchdringen der Wahrheit zu hindern. Aller großsprecherischen Versicherungen ungeachtet scheint bei den Dreiverbandsmächten auch der Ersatz der enormen Verluste im Feld auf Schwierigkeiten zu stoßen, nicht zu reden davon, daß deren improvisierte Neuformationen, geschweige das Aufgebot zusammengewürfelter exotischer Kontingente, keinen Vergleich mit den ethischen wie physischen Qualitäten der Nachschübe auf deutscher und österreichisch-ungarischer Seite zulassen.

Wie hier angedeutet wurde, stellt sich das Ergebnis des ersten Kriegshalbjahres für die Staaten des Dreiverbandes nach jeder Richtung hin als unbefriedigend heraus. Je weniger sie hoffen können, aus eigner Kraft eine Wendung zum Besseren herbeizuführen, desto heißer ist ihr Bemühen um Hilfe von außen. Japan und Portugal wurden bisher ohne den erhofften Erfolg umworben, an Rumänien wurde die Zumutung gestellt, Oesterreich-Ungarn in den Rücken zu fallen, doch scheint die Bukarester Regierung, von andern naheliegenden Gründen zu schweigen, schon darum weiterhin neutral bleiben zu wollen, weil andernfalls die unter ihren Auspizien geregelte Balkanfrage wieder aufgerollt würde. Schwerwiegender als das Gelingen all dieser Kapazitierungsversuche, ja geradezu das diplomatische Meisterstück der Politik der Ententemächte wäre nun freilich die Sprengung des Dreibundes und sohin der Uebergang Italiens in das Lager unsrer Gegner. Angesichts der großen Tragweite dieser Eventualität verdient sie selbstverständlich allgemein die ernsteste Beachtung; der Versuch, im Rahmen des vorliegenden Aufsatzes zu der Klärung des Problems beizutragen, scheint daher gerechtfertigt. Doch sei, um jeder Mißdeutung zu begegnen, vorausgeschickt, daß der Schreiber dieser Zeilen von der vollen Loyalität der italienischen Politik überzeugt ist und seine Ausführungen somit streng akademischer Natur sein sollen.

Fast ebenso alt wie der nunmehr durch das auf den Schlachtfeldern gemeinsam vergossene Blut unlöslich zusammengekittete Bund der beiden mitteleuropäischen Kaisermächte ist die Allianz der Donaumonarchie mit Italien; dort blieb sie indes für die Regierung stets mehr Verstandes- als Herzenssache, während ein namhafter Teil der Bevölkerung besonders Norditaliens und ein vielstimmiger Chor der Publizistik ihre Abneigung gegen das Bündnis laut bekunden und jede Gelegenheit — vor allem die durch den Weltkrieg geschaffene Situation — benutzen, um einer der Donaumonarchie direkt feindlichen Politik das Wort zu reden. Es sei bereitwillig zugestanden, daß diese Erscheinung bis zu einem gewissen Grad durch Fehler mitverschuldet ist, welche dem Wiener Kabinett zur

Digitized by Google

Last fallen. Hierzu gehört beispielsweise dessen durch innerpolitische Opportunitätsrücksichten bestimmte schwächliche Haltung in der Angelegenheit der italienischen Rechtsfakultät, einer Frage, in der die österreichischen Italiener bis heute vergebens auf die Gutmachung des Unrechts warten, das sie erlitten haben, als die Innsbrucker Hochschulkurse infolge der von unduldsamen Elementen eines Teiles der dortigen Studenten arrangierten Tumulte sistiert wurden. Kein Wunder, daß solche Vorkommnisse, zumal in der tendenziösen Beleuchtung, die ihnen in der italienischen Presse gegeben zu werden pflegt, mit nur zu starkem Erfolg als Agitationsstoff verwendet und dazu mißbraucht werden, um stets wieder den Haß gegen das Donaureich als den Erbfeind Italiens anzufachen. Eine unbefangene Prüfung der einschlägigen Verhältnisse führt indes zu dem Ergebnis, daß keineswegs die angeblich großen Verstöße Oesterreichs gegen Italien und dessen Interessen, sondern daß gerade umgekehrt gewisse österreichfeindliche Stimmungen und Tendenzen im Königreich, kurz gesagt der Irredentismus und die Eifersucht gegen die Stellung der Monarchie an der Adria als die Grundursache der beklagenswerten, den Spott unsrer Gegner herausfordernden Tatsache anzusehen sind, daß die beiden Nachbarmächte während der langen Dauer ihres Bündnisses sich nicht so nahe kommen konnten, als ihre wahren Interessen es erforderten.

Ist einmal der Schlachtendonner des Weltkrieges verhallt, so wird Europa jedenfalls tiefgreifende Veränderungen seiner politischen Gestalt aufweisen. Deren Umrisse sind heute noch nicht erkennbar, daß aber dabei die Politik der einzigen in diesem Riesenkampf bisher neutral gebliebenen Großmacht entsprechend zur Geltung kommen wird, liegt auf der Hand. Angesichts des weltgeschichtlichen Wendepunkts, vor dem wir stehen, ist es mehr denn je geboten, daß die Oeffentlichkeit in Italien wie in Oesterreich-Ungarn der Größe der Interessen, welche die beiden Adriastaaten dauernd verbinden, sich voll bewußt bleibe. Dieser Erkenntnis werden — dies hoffen wir bestimmt — im Drange der schicksalsschweren Jetztzeit auch jene Kreise in Italien sich nicht verschließen, welche in veralteten Traditionen befangen und wohl auch irregeleitet durch Ermunterung selbstsüchtiger falscher Freunde im Ausland, vermeinen, durch die Bekämpfung Oesterreich-Ungarns sich patriotisch zu betätigen, dabei aber übersehen, daß die von ihnen empfohlene Politik — deren Durchführbarkeit und ethische Qualität nicht weiter erörtert werden soll — im Schlußeffekt nicht bloß den weiteren Aufstieg ihres Heimatlandes hemmen, sondern geradezu dessen Rang als Großmacht in Frage stellen müßte.

Die als Irredentisten sich bezeichnende Partei strebt bekanntlich dahin, die „unerlösten", unter fremder Herrschaft stehenden Gebietsteile, deren Bewohner dem italienischen Sprachstamme angehören, ihrem derzeitigen Staatsverband zu entreißen, um sie dem Königreich anzugliedern. Als solche Gebietsteile würden, ethnographisch genommen, Südtirol, die italienische Schweiz, Korsika, Nizza und Malta in Betracht zu ziehen sein. Das Programm der genannten Partei ist aber einesteils enger, indem es wenigstens vorläufig die zu schweizerischem bzw. zu

Digitized by Google

französischem und englischem Besitz zählenden Territorien nicht in den Kreis seiner Betätigung zieht, anderseits greift es viel weiter aus, insofern nämlich auch Gebiete, wo die Einwohnerschaft italienischer Zunge mit andern Elementen stark vermischt ist, ja selbst nur einen verschwindenden Prozentsatz bildet, wie das österreichische Küstenland mit Triest, Istrien, Fiume und Dalmatien, für Italien reklamiert werden. Hieraus ergibt sich, daß die Tendenz des Irredentismus nicht so sehr eine nationale als eine politische ist, und daß seine Bestrebungen in erster Linie auf die Bekämpfung Oesterreich-Ungarns gerichtet sind.

Ein Völkerstaat wie die Donaumonarchie kann seine Aufgabe nur in der Weise erfüllen, daß jeder Volksstamm innerhalb der durch die Rücksicht auf das Wohl des Ganzen gezogenen Grenzen nach jeder Richtung hin die Möglichkeit freier Entwicklung findet, und es ist eine nicht zu leugnende Tatsache, daß in dieser Hinsicht auch die einer kulturell so hervorragenden Nation wie die Italiener angehörenden österreichischen Staatsbürger schon heute in der Monarchie weit besser gestellt sind als beispielsweise ihre unter französischer Herrschaft stehenden Konnationalen. Wenn dieser Tatsache ungeachtet die irredentistische Bewegung gerade gegen Oesterreich-Ungarn sich kehrt, so ist dies dadurch zu erklären, daß in Italien der grundlegende Wandel nicht genügend gewürdigt wird, der sich seit zwei Menschenaltern in Oesterreich-Ungarn vollzogen hat. Nicht weniger als dies in Deutschland der Fall ist, sollte auch bei unserm in derselben Zeit wie das Deutsche Reich zur nationalen Einigung gelangten südlichen Nachbarn die Erkenntnis allgemein durchgreifen, daß das Metternichsche Oesterreich schon längst der Geschichte angehört und daß eine anachronistische Anschauung hinsichtlich der Politik Oesterreich-Ungarns gegenüber Italien die Lösung der den beiden Adriamächten gestellten und zu deren Bestem nur einvernehmlich zu lösenden Aufgaben zum Schaden beider erschwert.

Bei oberflächlicher Betrachtung kann man allenfalls verstehen, daß die Irredenta ihre Blicke begehrlich nach dem Trentino richtet. Dieser durch eine scharfe Sprachgrenze vom übrigen Tirol getrennte und fast ausschließlich von Italienern bewohnte Distrikt ragt wie eine Landzunge ins reichsitalienische Gebiet hinein. Dennoch sind die heutigen politischen Grenzen durch die Geschichte des Gebietes wie durch seine wirtschaftlichen Verhältnisse gut begründet. Das Trentino umfaßt im großen und ganzen das Territorium des ehemaligen geistlichen Fürstentums Trient. Dieses war eine Schöpfung des deutschen Kaisers Konrad II., der im Jahre 1027 das Trentino als eine selbständige Grafschaft von der Mark Verona abtrennte und dem Bischof von Trient übergab. Auf Grund des Besitzes der Grafschaftsrechte gestalteten die Bischöfe von Trient im Laufe des elften und zwölften Jahrhunderts ihre landesherrliche Gewalt in diesem Gebiet aus und erscheinen seit der Ausbildung des Reichsfürstenstandes (zwölften Jahrhundert) als Reichsfürsten; als solche werden sie auch in dem Diplom Kaiser Friedrich Barbarossas von 1171 bezeichnet. Diesen Charakter eines Reichsfürstentums behielt das Bistum Trient bis zu seiner Säkularisierung im Jahre 1803 bei. Der Bischof von Trient war Reichsvasall, seine Besitz-

Digitized by Google

und Herrschaftsrechte waren an die Belehnung durch den deutschen Kaiser gebunden, er hatte bis zur Säkularisierung Sitz- und Stimmrecht auf dem deutschen Reichstag. Unbeschadet seiner Stellung als Reichsfürstentum war das Bistum Trient (ebenso wie das Bistum Brixen, dessen Geschichte im wesentlichen jener des Bistums Trient analog ist) zur gefürsteten Grafschaft Tirol in ein Rechtsverhältnis gelangt. Die äußeren Formen der Staatshoheit blieben gewahrt, die tatsächlichen Herrschaftsrechte aber (Militär- und Finanzhoheit) gingen allmählich an den Schutzstaat über. Die allgemeinen politischen Verhältnisse hatten dazu geführt, die rechtliche Grundlage war durch das Recht der Vogtei gegeben, das die gefürsteten Grafen von Tirol über die Trienter Besitzungen ausübten. Urkundlich schon 1363 in einem Vertrag zwischen dem ersten Tiroler Landesherrn aus dem Hause Habsburg, Rudolf IV., und dem Bistum Trient niedergelegt, wurde dieses Verhältnis nach und nach im Sinne einer noch engeren Abhängigkeit Trients von Tirol ausgestaltet, so daß man schon in sehr früher Zeit von Tirol, in den heutigen Grenzen genommen, als einem auch staatsrechtlich zusammenhängenden Territorium sprechen konnte. Mit Tirol war auch Trient im Preßburger Frieden (1805) an Bayern gekommen, das seinerseits im Vertrage mit Frankreich vom 14. Oktober 1809 „Italienisch-Tirol" an das napoleonische Königreich Italien abtrat. Durch Art. 103 der Wiener Kongreßakte vom 9. Juni 1815 gelangte das Gebiet des ehemaligen Fürstbistums Trient wieder an Oesterreich.

Die Angliederung des Trentino an Italien könnte sonach durch historische Momente in keiner Weise begründet werden. Ebensowenig aber wäre es zulässig, wirtschaftliche Gründe dafür geltend zu machen, im Gegenteil, die der Hauptsache nach vom Ertrag des Bodens wie Wein, Obst, Seide lebende Bevölkerung würde, wenn infolge der Annexion ihre Produkte den Schutz gegen die italienische Konkurrenz verlieren sollten und durch eine Zollgrenze von ihrem jetzigen Absatzgebiet ferngehalten würden, dem Ruin preisgegeben sein. Diese Erkenntnis ist gewiß nicht ohne Einfluß darauf geblieben, daß die südtirolischen Bauern den Agitationen aus dem Regno ihr Ohr verschließen. Die Haltung der aus Südtirol rekrutierten Truppen sowohl im Kriege vom Jahre 1866 wie im jetzigen liefert den besten Beweis für die volle Loyalität der weit überwiegenden Mehrzahl der dortigen Einwohnerschaft, und nur eine kleine, meist aus Angehörigen der intellektuellen Berufe bestehende Minderheit wünscht die Annexion wohl kaum so sehr aus nationalen Motiven als in der Hoffnung, in einem einheitlichen großen Sprachgebiet bessere Daseinsbedingungen zu finden.

Schließlich drängt sich noch die Frage nach dem Vorteil auf, den Italien zu erwarten hätte, falls es der Irredenta gelänge, die Grenze des Königreichs bis gegen Deutschtirol vorzuschieben. Was bedeutet ein Plus von einer Drittelmillion Einwohner, der Gewinn eines kleinen industriearmen Gebirgslandes für eine Großmacht wie Italien, mit einer Bewohnerzahl, die jene Frankreichs bald erreichen wird, mit einem gesegneten Boden von sprichwörtlicher Fruchtbarkeit, mit einer Industrie, die sich sprunghaft entwickelt! Das sympathievolle Interesse

Digitized by Google

der Reichsitaliener an den Geschicken ihrer Konnationalen in der Monarchie ist ebenso begreiflich wie legitim; es wird aber die verantwortlichen Faktoren in Rom sicherlich nicht zu einer Politik verleiten, die sie in Widerstreit mit Oesterreich-Ungarn bringen und zugleich in einem für die ganze Zukunft des Königreichs vielleicht entscheidenden Zeitpunkt ihre Hände binden würde.

Insofern die Bestrebungen der Irredenta nach andern österreichischen Gebietsteilen zielen, sind sie wohl schon nach deren Lage und ethnographischer Zusammensetzung zur Unfruchtbarkeit verdammt. Unverkennbar liegt auch ihnen eine historische Tradition zugrunde, die Erinnerung an die glorreichen Zeiten, wo die Königin der Adria durch ihre Galeeren bis ins östliche Mittelmeer herrschte. Diese Zeit ist aber längst verrauscht; das geeinigte Italien sieht sich vor andre und größere Aufgaben gestellt und kann seine Mission nicht darin erblicken, Ueberlieferungen aus den Glanztagen Venedigs künstliches Leben einzuhauchen.

Immerhin ist nicht zu übersehen, daß diese Traditionen bei einem Teile des für Illusionen leicht zu entflammenden italienischen Volkes lebendig sind und daß auch die Regierung, ohne aus ihrer korrekten Haltung herauszutreten und speziell mit den erwähnten Bestrebungen sich zu identifizieren, schon seit geraumer Zeit ein lebhaftes Interesse für die „altra sponda", das östliche Ufergebiet der Adria bekundet. Neuestens ist dieses Interesse in der Weise praktisch zum Ausdruck gekommen, daß italienische Streitkräfte von Valona Besitz ergriffen haben. Gewiß, es lagen überzeugende Gründe für diese vom römischen Kabinett als Akt polizeilicher, im Namen der Mächte ergriffene Maßregel vor. An der vollen Aufrichtigkeit der bei diesem Anlaß italienischerseits abgegebenen Erklärung zu zweifeln, liegt kein Grund vor, doch darf, von dem Einzelakt absehend, in diesem Zusammenhang im allgemeinen die Frage aufgeworfen werden, ob Italien nicht überhaupt an der Adria auf dem Irrweg sei, wenn es das Schwergewicht seines Einflusses nach dem Osten legen wollte. Die Beantwortung dieser Frage muß freilich dem Zeitpunkt vorbehalten bleiben, wo die Absichten der offiziellen italienischen Politik deutlichere Umrisse zeigen werden, als dies bisher der Fall war. Nichtsdestoweniger dürfte eine flüchtige Erörterung der hierbei in Betracht kommenden Gesichtspunkte am Platz sein.

Die Ostküste des Adriatischen Meeres kann für Italien keineswegs den ausschließlichen oder auch nur einen andre Rücksichten aufwiegenden Gegenstand des Interesses bilden, insoweit dasselbe über die Aufrechterhaltung der Freiheit dieses Meeresarmes hinausginge. Schon die Konfiguration der Küsten der Halbinsel — abgesehen von Venedig und Ancona liegen alle bedeutenden Häfen im Westen und Süden des Landes, am Ligurischen, Tyrrhenischen und Jonischen Meere — scheint darauf hinzuweisen, daß das Königreich zu einer führenden Rolle als Mittelmeermacht berufen ist; nach der gleichen Richtung deuten auch historische Erinnerungen, die der Stolz eines jeden Italieners sind. Ein bedeutsamer Schritt auf diesem Weg ist durch die Besetzung Libyens gemacht worden. Italien hat damit festen Fuß in Afrika gefaßt; war die Freiheit des Meeres

Digitized by Google

schon früher für Italien von größter Wichtigkeit angesichts der bedeutenden Küstenentwicklung, des zunehmenden maritimen Handels und der zahlreichen, direkt an der See gelegenen blühenden Städte — so ist die Sicherung jener Freiheit seither eine Lebensfrage für das Königreich geworden. Ohne seinen berechtigten Interessen, seinem Ansehen als Großmacht etwas zu vergeben, kann Italien nicht darauf verzichten, unter allen Umständen seine Verbindungen mit der sehr entwicklungsfähigen afrikanischen Kolonie zu sichern oder, was das gleiche bedeutet, als große Mittelmeermacht im Weltkonzert aufzutreten.

Darüber, daß eine solche Rolle dem Widerstreben der heutzutage im Mittelmeer maßgebenden Weltmächte begegnet, hatte Italien wiederholt Gelegenheit, unerfreuliche Erfahrungen zu machen. Die Erinnerung an die im Königreich wie ein Keulenschlag empfundene Besetzung von Tunis durch Frankreich ist gewiß nicht vergessen, auch seither liegen Beweise dafür vor, daß die gegenwärtigen Beherrscher jenes Meeres die koloniale Expansion Italiens an der nordafrikanischen Küste mit Mißgunst und Uebelwollen begleiten. So zeigten Frankreich und England, als sie gelegentlich des über Nordafrika geschlossenen Abkommens Tripolis und die Cyrenaika als italienische Einflußsphäre anerkannten, sich in dem Bestreben geeint, die Grenzen dieses Gebietes im Süden möglichst zu beschneiden, um die dort ziehenden wichtigen Karawanenwege für sich zu reservieren. Noch neueren Datums sind nach erfolgtem Uebergang jener türkischen Provinz in italienischen Besitz als Illustrationsfakten zu nennen: die Wegnahme des Hafens von Solum durch die angloägyptische Regierung, sowie das rücksichtslose Auftreten Frankreichs in der Streitfrage wegen des Dampfers Majouba.

Keinem Zweifel kann es unterliegen, daß beide Mächte ebenso einer Erweiterung der Machtsphäre Italiens an der Adria abgeneigt wären. Hierzu würde aber außerdem der nachdrückliche Widerstand Rußlands sich gesellen, da diese Macht, wie ihre Haltung bei den Verhandlungen über die Räumung von Durazzo durch die Serben bewies, die Küstenplätze Albaniens im Besitze Serbiens als eines von Rußland abhängigen Staates zu sehen wünscht, um auf diese Weise den lang ersehnten Flottenstützpunkt im Mittelmeer zu gewinnen.

Nicht weniger als die Träume der Irredenta bilden auch die Eifersüchteleien gegen Oesterreich-Ungarn für Italien Hemmnisse auf seinem Weg zu weiterer Größe; die freie Entfaltung seiner Kraft und Unabhängigkeit ist nicht von Gebietserwerbungen im Norden oder jenseits der Adria, sondern davon abhängig, daß Italien, wie kein andres Land durch seine geographische Lage und durch seine Geschichte hierzu berufen, im Mittelmeer volle Seegeltung gewinne, zur eigentlichen Mittelmeergroßmacht sich entwickle. Auch die Zukunft dieses Landes liegt, um ein bekanntes Wort zu wiederholen, das heute wahrer ist als je, auf dem Wasser.

Anfang Februar 1915.

Digitized by Google

Frankreich nach der Niederlage vom Jahre 1870

Ballonbriefe des Professors Henri Montucci von der französischen Militärschule St. Cyr

Mitgeteilt von

D. v. Stockert-Meynert

(Schluß)

Paris, den 4. April 1874.

Wie es bei uns steht, läßt sich schwer beurteilen. Der Unsinn ist so heillos, die Schwäche der Regierungsmaßregeln so unerklärlich, der Skandal in den Sitzungen der Nationalversammlung so unerträglich, daß ich bisweilen vermute, es läge irgendein Plan dahinter. Ich will versuchen, das Problem, wo nicht zu lösen, wenigstens auseinanderzusetzen. Eins ist richtig: schon zweimal hatte Mac Mahon offiziell ganz frei erklärt, er bestehe auf seinen sieben Jahren, als Dahirel auf einmal, ohne sein Vorhaben anzukündigen, mit seinem Antrage, der darauf spielte, des Marschalls Regierungszeit abzukürzen, die Tribüne bestieg. Der Antrag wurde zwar durch eine Mehrheit von 75 Stimmen zurückgewiesen, aber woraus bestand diese Mehrheit? Aus allen Parteien, man stimmte in den Tag hinein. Das heißt so viel, daß der Marschall durchaus nicht so fest sitzt, als man es hoffen dürfte. Kommt so ein Antrag wieder einmal vor, wer weiß? Der Marschall ist so ein Esel nicht, das selbst nicht einzusehen. Was tut er aber? Er schreibt gleich den folgenden Tag dem Broglie einen Brief, in welchem er nochmals auf seinem Recht besteht, sieben Jahre lang zu regieren.

Soweit ist alles Tatsache. Versuchen wir nun einen Schluß daraus zu ziehen. Ich setze voraus, der Marschall sei von Fleisch und Blut wie andre Leute. In dem Falle haben die Legitimisten durch ihren tollen Versuch weiter nichts gewonnen, als es mit ihm von Grund aus zu verderben. Von jetzt an heißt es zwischen ihnen Krieg auf Leben und Tod. So etwas verzeiht sich nicht. Anderseits ist der Aumale da: der hofft nun des Marschalls Nachfolger zu werden; das kann er nur unter einer Republik werden, und darum geht wahrscheinlich die jetzige orleanistische Regierung so glimpflich mit den roten Blättern um.

Nun liebt aber in der Regel niemand seinen präsumierten Nachfolger; folglich ist Mac Mahon auch den Orleanisten nicht sehr gewogen, ob sie gleich in diesem Augenblicke seine beste Stütze sind. Nun kommt noch dazu, daß die Orleanisten nie bei den Wahlen durchdringen; sie haben keinen Fuß im Lande. Dagegen haben in der letzten Zeit die Imperialisten ungeheure Fortschritte gemacht. Was wird nun Mac Mahon tun? Daß er sich wird stürzen lassen, glaub' ich nicht, wenn ich dem festen Tone seiner Erklärungen trauen soll; die Armee hat er für sich, das leidet keinen Zweifel. Versuchen also die Legitimisten nochmals ihn zu stürzen, so ist er kapabel, einen plausibeln Staatsstreich zu

Digitized by Google

machen, und einen solchen erwartet man wirklich. Gelingt es ihm aber, es so weit zu bringen, daß das neue Wahlgesetz votiert wird, so löst sich notwendig die Versammlung von selbst auf und dann, wenn er seine Karten zu spielen versteht, kannst Du Dich darauf verlassen, daß sehr wenige Legitimisten oder Orleanisten erwählt werden. Die neue Versammlung wird fast ausschließlich aus Republikanern und Bonapartisten bestehen; die Mehrheit gehört den letzteren, wenn sie nicht dumm sind. Du siehst also, daß die Schraubenlinie Frankreichs noch manchen Ring wird beschreiben können, ehe wir viele Monate älter werden.

*

Paris, den 3. Juni 1874.

Lieber alter Bruder!

Seit meinem letzten hat sich der Broglie, was zu vermuten war, nicht aus der Patsche geholfen, sondern ist gefallen. Wie ein Esel hat er regiert, wie ein Ritter ist er verblichen! Mein Gott, es war doch so leicht, Minister zu bleiben! Wozu des Marschalls Gewalten zu organisieren? Er besitzt ja dieselben, die Thiers hatte, und damit hätte er es weit genug bringen können, um die neuen Wahlen abzuwarten. Hätte denn Broglie nicht auf den Fingern zählen können, daß er für die hohe Kammer nimmermehr auf eine Mehrheit rechnen konnte? Was das Wahlgesetz betrifft, so brauchte er sich nur auf einen einzigen Artikel, die Hauptsache zu beschränken, nämlich auf die Abschaffung des Scrutin de liste. Das hätte er mit 500 Stimmen durchgesetzt. Hätte er hernach nun so viel Menschenverstand übrig gehabt, um einen Freund sub rosa zu bitten, einen zweiten Artikel vorzuschlagen; demzufolge niemand anderswo als in seinem eignen Departement als Kandidat auftreten dürfte — das hätten wenigstens 400 Stimmen angenommen —, da wäre er über alle Berge gewesen! Da hätte er auch gleich zur Auflösung schreiten können, die er gar nicht selber, sondern durch einen andern hätte vorschlagen lassen. Fehlten ihm einige Stimmen dazu, hätte er sie leicht dadurch gewinnen können, daß er den Wackligsten die Unterstützung der Regierung bei den neuen Wahlen gesichert hätte. So wären wir diese tolle Kammer losgeworden, er hätte sich eine Menge Rote vom Halse geschafft und sie durch seine Orleanisten ersetzen können. Dergleichen übrigens heutzutage ganz ehrliche Kniffe hat er verschmäht, und nachdem er sich durch seine ungeschickten Briefe und Rundschreiben so viel geschadet, wie nur möglich, hat er sich wie ein Kind umstoßen lassen.

Wer hat nun dabei gewonnen? 1. Der Marschall, der nicht nur dadurch neue Gelegenheiten erlangte, die Leute direkt oder indirekt vernehmen zu lassen, daß er sich durchaus nicht will absetzen lassen, sondern, nachdem sich die Versammlung durch ihre eigennützigen Intrigen hübsch im Angesicht der Nation abgenutzt, den ungeheuren Vorteil errang, ein parlamentarisches Ministerium proprio motu zu ernennen, wodurch er sein persönliches Ansehen hundertfach vermehrt hat (abgesehen davon, daß er dem Kriegsminister den Vorsitz gegeben — sapienti sat!). 2. Die Bonapartisten, die geschworenen Feinde des Parlamentarismus, die jetzt mit Hohn auf die Vorgänge der Versammlung weisen

Digitized by Google

können, auf das wenige, das sie in nahezu vier Jahren vollbracht hat, und auf ihre Unmacht, irgend etwas nicht sowohl zu gründen als auch zu befördern. Die Wahl in der Nièvre ist auch ein Vorzeichen dessen, was jetzt in ganz Frankreich vorgeht. Im Verlauf eines Jahres haben die Radikalen sowohl als konservative Republikaner nicht nur ihre Mehrheit von 11 000 eingebüßt, sondern eine Minderheit von 11 000 realisiert. Differenz: 22 000. Uebrigens habe ich immer einen Staatsstreich vor Augen, falls die Auflösung nicht auf gütlichem Wege stattfindet; und in dem Falle ist eine bonapartistische Mehrheit das Wahrscheinlichste; die übrigen werden Republikaner sein: Royalisten und Orleanisten so gut wie Null.

*

Paris, den 4. Juli 1874.

Lieber alter Bruder!

Ich hatte Dich darauf aufmerksam gemacht, daß Mac Mahon bei jeder Gelegenheit entweder selbst oder durch einen Vertreter der Nationalversammlung in die Ohren zu bellen pflegte, er wolle durchaus seine sieben Jahre vollenden, sie mögen wollen oder nicht. Ein solches Verfahren bemerkte ich zugleich, ließe sich nicht anders erklären, als daß es ihm vollkommener Ernst sei; und so ein Versprechen ließe sich schwerlich anders als durch einen Staatsstreich lösen. Seitdem ist nun sein Tagesbefehl veröffentlicht worden, der allen Nebel, welcher noch die Frage verhüllte, gänzlich verscheucht. Also so viel scheint mir richtig: er hat der Versammlung zu verstehen gegeben, sie müßte ihm Wort halten oder sich zum Teufel scheren.

Ein zweiter wichtiger Punkt ist die Wahl in der Nièvre, einem Departement, in welchem bisher die Radikalen an 11 000 Mehrheit hatten, die sich jetzt in 11 000 Minderheit verwandelt hat. Es mag sein, daß diese unerhörte Aenderung sich aus natürlichen Gründen erklären lasse, mir aber kommt es vor, als rühre sie eher vom Einfluß der Regierung her. Diese wäre also kaiserlich gesinnt. Dieses ersieht sich auch daraus, daß Lissey, ein General, der sich niemals für Chambord oder die Orleans erklärte und gewiß kein Republikaner ist, als Vizepräsident eines unparlamentarischen Kabinetts figuriert, und daß de Fourtou, der Minister des Innern, erstlich im Reden einen kaiserlichen Ton annimmt und zweitens offenbar nur zum Spaße einige Haussuchungen bei den Bonapartisten veranstaltet hat. Dazu kommt noch der Prozeß gegen den Pays. Es war da nicht der kleinste Stoff zu einer gerichtlichen Untersuchung: aber einerseits wurde dadurch den Radikalen das Maul verstopft und anderseits wurde dem Cassagnac eine prächtige Gelegenheit dargeboten, ein bonapartistisches Glaubensbekenntnis abzulegen und zugleich den Gambetta tüchtig beim Kragen zu packen, worin ihm nicht nur sein Anwalt Lachaud kräftig half, sondern sogar der Generaladvokat, der die Klage führte. Daß es der Regierung ernst mit diesem Prozesse gewesen sei, glaub' ich nimmermehr. Der eigentliche Verklagte war Gambetta.

Gewiß scheint es mir also, daß die jetzige Regierung bonapartistisch gesinnt ist, und daß sie gerade jetzt, nach dem merkwürdigen Tagesbefehl Henris V., wieder

Digitized by Google

einmal mit einem Manifest herausrückt, ist ein denkwürdiger Zufall — wenn's einer ist und nicht vielmehr eine Antwort. Ist es letztere, so hat sie fehlgeschlagen, denn die Sachen stehen jetzt so: Vor einigen Tagen bebten die Radikalen vor dem bonapartistischen Gespenst, und der Marschall, dem man schon weniger Vertrauen, aber mehr Furcht erweist, hatte moralisch gegen sich die Radikalen, die Linke, das linke Zentrum und die äußerste Rechte, für sich nur die gemäßigte Rechte, das schon schwankende rechte Zentrum und die Bonapartisten; so konnte also sein persönliches Kabinett von einem Augenblick zum andern in eine Minderheit geraten. Das wäre ein fataler Streich gewesen, denn zum Staatsstreich wäre es viel zu früh.

Nun aber hat das chambordistische Gespenst das bonapartistische verscheucht. Die Radikalen, die bisher gegen den Marschall gestimmt, mußten nun für ihn stimmen, denn er ist doch vorderhand die Republik. Also stünden ungefähr die Parteien so:

Für Mac Mahon:		Gegen Mac Mahon:	
Radikale	100	Aeußerste Rechte . .	53
Linke	150	Rechte	108
Linkes Zentrum . .	80	Rechtes Zentrum . .	150
Bonapartisten . . .	28		311
Schwankende . . .	40		
	398		

Gesetzt, das wäre nicht ganz genau, etwa 50 Stimmenmehrheit gegen Chambord sind doch gesichert. Uebrigens dürfte sich das rechte Zentrum teilen, denn Aumale hofft auch einmal Präsident der Republik zu werden, folglich ist seine Partei dem Chambord nicht besonders gewogen. Auch von der Rechten dürften manche zur rechten Zeit Schnupfen oder Kopfweh bekommen und wegbleiben.

Soeben bekomme ich die Abendzeitung, in welcher ich lese, daß das königlich legitimistische Organ, die „Union", auf vierzehn Tage suspendiert worden; daß der Hauptlegitimist Lucien Brun in der Versammlung der Minister darüber befragt und daß dieser unverhohlen geantwortet, es sei darum geschehen, weil das Blatt die Dauer der Gewalten Mac Mahons angegriffen. Das ist schon unter den besonderen Umständen an sich eine Art Staatsstreich gegen die Rechte.

Ich bleibe dabei: Die Regierung ist bonapartistisch gesinnt. Zwar soll die Herzogin legitimistisch sein, und man schreibt ihr einen großen Einfluß auf ihren Mann zu; jedoch ist es eine allgemein anerkannte Sache, daß die Bourbonen keine Wurzel mehr im Lande haben, also schwerlich bestehen könnten. Hingegen weiß der Marschall, daß der Bonapartismus täglich zunimmt, und er hat eine dreizehnjährige Tochter, welche dem jungen Kaiser leicht gefallen dürfte. Das mag Klatscherei sein, es ist dennoch wahr, daß es keine Mesalliance wäre, da Mac Mahon aus königlichem Blute stammt. — Kurz, ich denke mir die Sache so: die Versammlung wird sanft gezwungen, ein Wahlgesetz zu votieren, und hernach ebenso sanft gezwungen, sich aufzulösen. Geht's auf gütlichem Wege,

Digitized by Google

desto besser, wo nicht — ein Staatsstreich! Bei den Neuwahlen wird die gut mit Gesetzen bewaffnete Regierung mit aller Macht den Bonapartismus begünstigen, und so nimmt die Krisis ein Ende. Dein alter Bruder.

*

Paris, den 14. August 1874.

Alter Bruder!

Nee, so kann's nicht fortgehn! Ich bin schon seit ein paar Jahren Dein Prophet, habe Dir immer treu geweissagt, aber wenn Du mir mein Gehalt nicht verdoppelst, so schreibe ich Dir nicht wieder bis aufs nächstemal.

Was hab' ich Dir neulich gesagt? Die Regierung ist bonapartistisch gesinnt — und was geschieht vierzehn Tage darauf? Bazaine ist entsprungen! Wie ist das zugegangen? Vom Port St. Marguerite herunterzuklettern, das mache man einem andern weis, nicht mir! Ein kugelrunder fünfundsechzigjähriger Marschall, der sich bei stürmischem Wetter von einer Höhe von 30 Metern herunterbaumelt, das muß man erst sehen, eh' man's glaubt. Nein, nein, man hat unversehens die Tür offenstehen lassen und rechts geguckt, während er links ging. Ohne Erlaubnis entspringt man nicht. Das ist klar wie Kloßtitsche, wie wir im großen Garten zu sagen pflegten. Und wer hat die Erlaubnis geben können?

Meine übrigen Weissagungen sind auch eingetroffen, Nichterklärung der Republik und Auflösung. Auf eine so lange Vertagung hatte ich zwar nicht gerechnet. Genug, gleich bei der Rückkehr kommt's ans Wahlgesetz, und wenn das einmal im Trocknen ist, dann kommt bald die Auflösung auf gütlichem Wege.

Liest Du manchmal die „Augsburger Zeitung"? Die hat einen Pariser Korrespondenten, der ist ein rasender Republikaner, kann schimpfen wie ein Fuhrmann; ich lese ihn mit einer wahren Wonne. Je weniger seine Weissagungen eintreffen, desto mehr besteht er darauf, daß sie eingetroffen sind. Leb wohl. Es hat mir Spaß gemacht, Dir über Bazaine zu schreiben. Montag früh rolle ich nach La Flèche. Dein alter Bruder.

*

Paris, den 14. November 1874.

Du fragst, was ich von der Arnimschen Geschichte denke? Es kommt mir vor, als habe der Bismarcksche Stern seinen Wendepunkt erreicht, so daß er sich wieder zum Aequator neigt. So ging es Napoleon I., so geht's gewöhnlich einem jeden, dem das Glück eine Zeitlang unmäßig gehuldigt. Cavour starb zur rechten Zeit, sonst wär's ihm wohl auch so gegangen. Der machttrunkene Bismarck fängt an, dumme Streiche zu machen, und dieser ist nur der erste — wird schon besser kommen.

Und umgekehrt, wen das Unglück unmäßig verfolgt hat, der kann auch auf einen Wendepunkt hoffen. Wir sehen das jetzt in Frankreich, wo es freilich langsam, aber doch vorwärts geht. Wie ich Dir immer gesagt, hebt sich der Bonapartismus täglich. Bei den Wahlen der Generalräte hat er einen ungeheuren Vorsprung gewonnen, wo denn freilich auch die Legitimisten etwas

Digitized by Google

abbekommen haben, die Orleanisten fast gar nichts. Im Pas de Calais hat der Bonapartist gegen die orleanistische Regierung den Sieg davongetragen; in der Oise hat er beide Republikaner durch und durch geschlagen; aber was noch viel bedeutender ist, überall haben die Radikalen und die mit ihnen demütig verbündeten Republikaner (Thieristen) an den vielen Orten, wo sie gewannen, eine ungeheure Abnahme von Stimmen erlitten. Die Taktik der Parteien besteht jetzt einfach darin, sich für Septenalisten auszugeben. Die Radikalen lügen sich als solche vor, weil sie dadurch die Republik für proklamiert ansehen wollen, um künftig einen der Ihren (Gambetta) einsetzen zu können. Aus demselben Grunde, aber um den Duc d'Aumale einsetzen zu können, sind die Orleanisten wirkliche Septenalisten, die Bonapartisten sind es auch aufrichtig, weil binnen sechs Jahren der Prinz fünfundzwanzig Jahre alt sein wird; nur die Legitimisten wollen von einem zweiten Septenat nichts wissen. Mac Mahon ist jetzt, dank seiner Heftigkeit, seiner übrigen sechs Jahre gewiß, und kann er das neue Wahlgesetz durchsetzen, muß sich die Versammlung auflösen, und die neue wird nur zwei Farben enthalten, die radikale und die bonapartistische.

*

Paris, den 12. Februar 1875.

Von den jetzigen parlamentarischen Umständen in Versailles läßt sich gar nichts sagen. Solange man die Gesinnungen der verschiedenen Mitglieder einer Versammlung berechnen kann, läßt sich manches erraten und vorhersehen. Wenn es aber so weit kommt, daß es einem jeden freisteht, gegen seine eigne Ueberzeugung und gegen seine eigne Partei zu stimmen, da hört alle Rechenkunst auf. Aus Furcht vor dem Bonapartismus (ein Beweis, daß ich recht hatte, Dir dessen ungeheures Zunehmen anzudeuten) sind die Orleanisten zur gemäßigten Republik übergegangen. Gestern aber kommt ein radikaler Vorschlag, und er wird unvermuteterweise angenommen. Die geschlagenen Orleanisten schwören Rache, aber heute wird wieder ein Vorschlag angenommen, der zwar dem ersten eine Mäßigung beibringt, aber doch das widrige (und logisch unsinnige) Prinzip des Stimmrechtes für die Wahl der Senatoren bestätigt. Dieser wird mit bloß zwanzig Stimmen angenommen; gleich darauf werden die beiden Vorschläge mit über hundert Stimmen votiert. Da werde nun einer daraus klug! Bedeutete dieses letzte Votum, daß man so schnell wie möglich damit fertig werden wollte, um hernach das Ganze über den Haufen zu werfen? Das könnte wohl sein. Nun hat aber der Marschall eben heute der Versammlung eine Botschaft gesandt, in welcher er ganz bestimmt sagt, er könne das gestrige Votum nicht genehmigen, und er sage ihr das im voraus, ehe es zu spät ist. Wenn der Marschall so weit gegangen, ohne einen Staatsstreich im Schilde zu tragen, so muß er ein Narr sein, und das ist er nicht.

In diesem Augenblick erhalte ich das Ende der Sitzung. Der Gesetzentwurf ist über den Haufen geworfen! Ich hatte es also erraten.

Leb wohl! In meiner jetzigen Stimmung kann ich nicht mehr schreiben.

Dein alter Bruder.

*

Digitized by Google

Paris, den 23. Januar 1875.

Ich möchte Dir gerne über den jetzigen Zustand der Sachen hier etwas beifügen, habe aber darüber selbst keine recht klare Idee. Warum hat der Marschall so hartnäckig auf die konstitutionellen Gesetze gedrungen, da er doch wußte, daß sie durchfallen mußten? Da es nicht zu vermuten ist, daß er nicht ebenso tief über die Sache nachgedacht wie wir, so müssen wir annehmen, daß er gute Gründe dafür gehabt. Der Hauptgrund scheint nun der gewesen zu sein, seine jetzigen Minister loszuwerden, und indem er seine verschiedenen Trümpfe fertig hatte, sobald die Verfassungsgesetze zu Grabe getragen werden. Diese Trümpfe scheinen Broglie und Fourtou zu sein. Letzterer ist ein Imperialist, ersterer riecht nach Orleanismus, ist aber ad utrumque paratus. Was nun dieser Lösung eine große Wahrscheinlichkeit verleiht, ist eben die Lazeausche Wahl in den X. Pyrénées. So einen vollkommenen Sieg gegen die Radikalen, gegen den orleanischen Minister, gegen den Präfekten hatten Bonapartisten noch nie errungen, und er hat eine ungeheure Wirkung hervorgebracht. Schon haben wir Symptome von Desertion vom rechten Zentrum zum Appel au peuple! Mancher, der sich noch nicht zu sehr kompromittiert hat, will sich den Rücken freihalten, um wieder in den Schoß des Kaisertums zurückkehren zu können; andern wäre es lieb, wenn sich eine Gelegenheit darböte, durch irgendeinen eklatanten Dienst ihre Abtrünnigkeit wieder gutzumachen. Der Imperialismus nimmt erstaunlich zu. Die gestrige Sitzung war eine Niederlage für die Republik. Mac Mahon bleibt!

*

Paris, den 25. Mai 1875.

Lieber alter Bruder!

Was ich Dir von unsern hiesigen Verhältnissen schrieb, bewährt sich. Mac Mahon hat die Republik angenommen, weil er seine sieben Jahre vollenden will. Das ist richtig! Daß die Bonapartisten immer stärker im Lande werden, das beweisen die Verfolgungen, denen sie ausgesetzt sind. Die Republik, die wir haben, ist de facto eine Alfanzerei. Die Republikaner — ich meine die echten, nicht die falschen — sind nicht besser daran wie die Bonapartisten: man verfolgt sie ebensogut. Darum wird auch die „Rep.-Orl. Heirat" bald zur Scheidung kommen. Die Nationalversammlung wird täglich schlimmer und verrückter; sie spricht viel von Nachhausegehen, es ist ihr aber nicht ernst damit. Mac Mahon träumt von weiter nichts, als sie loszuwerden; das wird aber schwer halten, wenn er nicht endlich Schrauben ansetzt. Er geht gewiß nicht fort — die Nationalversammlung will nicht fort — beisammen können sie nicht leben — ergo muß es endlich auf irgendeine Art zur Krise kommen.

*

Paris, den 21. Juli 1875.

Die Walpurgisnacht und Gambetta — Latet anguis in herba!

„Ei, wißt Ihr nicht klüglich durch Blumen zu sprechen? Ihr schleicht zu dem Ziele feinlistig und krumm!"

Digitized by Google

„Wohlan! Dieser Pfaffenkniff soll Euch gelingen!"

Ich gehe von dem alten Punkte aus, daß Mac Mahon innerhalb vierundzwanzig Stunden auf einmal Republikaner geworden, um seine sieben Jahre zu vollenden. Darum hat er sich mit Büffet einverstanden, eine Republik aus Pfefferkuchen zusammenzukneten, um sie dem Cerberus Gambetta ins Maul zu werfen. Besagter Cerberus ließ sich auch beschwichtigen, weil er hoffte, ein halbes hundert Präfekturen darin zu finden. Da nun aber der Pfefferkuchen schon verdaut ist und die Herren Präfekten noch immer an Ort und Stelle sind, da ist ihm endlich der dünne Geduldsfaden zerrissen, und er hat gebrüllt: „So war's nicht gemeint!" — „Ja, das sage ich auch," antwortete Büffet. „Ihr dachtet wohl gar, wir würden so dumm sein, Eure Republik einzusetzen? Nee, eine Republik haben wir Euch gegeben, aber die unsrige, die heißt Mac Mahon, Büffet und der Säbel! Gefällt's Euch nicht, so schert Euch zum Teufel! Wir brauchen Euch nicht mehr und haben uns auch nie von Euch wollen auffressen lassen!"

Das ist nun sowohl der Rechten als den Bonapartisten aus der Seele gesprochen, und bald wird die Regierung mit deren vollem Beifall die radikalen Komitees angreifen und im Ernste konservative Wahlen vorbereiten. Diese werden nun nicht alle bonapartistisch ausfallen, aber doch wird die kaiserliche Partei unendlich besser dran sein wie jetzt.

Vorderhand ist das auch genug.

Leb wohl Dein alter Bruder.

*

Paris, den 5. Dezember 1875.

Ob ich nun noch Dein Prophet bin oder ob Du Dir einen andern angeschafft, so will ich als Volontär mein altes Amt wieder aufnehmen. Daß die ganze Wichtigkeit des Gesetzes im 14. Artikel stak, der das Stimmen nach Arrondissement und nicht nach Departement festsetzt, das hast Du wohl von selbst weggehabt. Die Arrondissements sind durchgesetzt, und somit ist den Radikalen das Gras unter den Füßen weggeschnitten. Jetzt läßt sich wohl die Zukunft mit einiger Zuverlässigkeit berechnen. Von den von der Generalversammlung zu erwählenden 75 Senatoren wird wohl schwerlich einer ein Bonapartist sein, noch viel weniger aber ein Radikaler. Es werden wohl alle Orleanisten und Legitimisten sein! Aber was die übrigen 225 von den Generalräten zu Erwählenden betrifft, so hoffe ich auf 150 offene und 25 verkappte Bonapartisten. Gelingt das, so darf man wohl auf eine Mehrzahl Bonapartisten in der unteren Kammer rechnen; wenn die Partei so gescheit ist, dem Marschall seine übrigen fünf Jahre zu sichern. Die Radikalen aber und sogar die gemäßigten Republikaner werden in einer erbärmlichen Minderheit stehen, wofern nicht die meisten heimliche Bonapartisten sind. Die Republik ist aber moralisch zum Teufel!

Schreib bald! Dein alter Bruder.

*

Digitized by Google

Paris, den 22. Dezember 1875.

Lieber alter Bruder!

Dein Brief vom 9. d. hat mir nach so langer Zeit viel Freude gemacht, ich hätt' ihn aber liegen lassen, stünde mein Prophetenruhm nicht auf dem Spiele: der liegt mir aber am Herzen, denn ich hatte Dir geschrieben, es würde kein Radikaler in den Senat kommen, und Du hast in den Zeitungen gelesen: die ganze Linke habe gesiegt. Ueberhaupt haben in dieser Sache die Zeitungsschreiber so brav drauflosgelogen, daß sie ihren proverbialen Ruf schon überschritten haben.

Laß Dir die Sache recht auseinandersetzen. Die Linken haben nicht gesiegt, sondern die Orleanisten haben verloren. Hätt' ich die Sterne recht gelesen, so hätt' ich die Koalition gleich weggehabt, und es ist jetzt klar, daß ohne Koalition man nichts hätte zustande bringen können. Das beweisen die Sitzungen, wo nur einer, und sogar keiner ist erwählt worden, weil ein jeder mal ausnahmsweise hat ehrlich sein wollen. Ja, was die Ehrlichkeit anbelangt, so sieht's sauber aus! Am 25. Februar gehen die Orleanisten zu den Linken über, um die Republik zu machen, weil sie hoffen, ganz allein im Senat zu schalten. Ehrlich! Die Linken lassen ihnen diesen Glauben, um die Republik zu bekommen. Ehrlich! Die dadurch geprellte äußerste Rechte verbindet sich mit der Linken, um den Orleanisten die Türe des Senats vor der Nase zuzuschlagen. Ehrlich! Die Linken prellen wiederum die äußerste Rechte um einige ihr versprochene Sitze. Ehrlich! Nur die Bonapartisten haben sich mit niemand verbunden, sondern gegen die Orleanisten, ihre natürlichen Feinde, votiert.

Kurzum, man sagt, die Linken haben gewonnen, aber man hätte sagen sollen, die Liste der Linken, die allerlei Farben bekannte — die Orleanisten und Bonapartisten ausgenommen — habe gesiegt. Unter solchen Umständen ist es begreiflich, daß 6 Radikale erwählt wurden. Die Bonapartisten haben lächelnd zugesehen, denn sie wissen, daß das Land ganz anders stimmen wird. Die 75 sind meistens Nullitäten:

1. Die sich zu keiner Farbe bekennen . .	16
2. Centre Gauche	20
3. Gauche républicaine	15
4. Radikale	8
5. Legitimisten	9
6. Gemäßigte Legitimisten	6
7. Orleanisten	1
Summa	75

Nun ist aber zu bemerken, daß Nr. 1 es mehrere verkappte Bonapartisten gibt und so auch unter Nr. 2, Leute, die zum neuen Jahr ihre Karte sowohl Hh. Rouher als dem Hh. Gambetta schicken werden. In dem künftigen Senat brauchen Nr. 4 und 5 nicht mitgezählt zu werden, denn sie fressen einander auf!

Und nun leb wohl.

*

Digitized by Google

Paris, den 29. Mai 1877.

Lieber alter Bruder!

Deinen Brief vom 27. beantworte ich auf der Stelle, sonst müßtest Du bis Oktober warten. Von morgen an gehöre ich mir nicht mehr an.

Die Frage bezüglich des Marschalls Mac Mahon liegt in einer Nußschale. Hat er sich im voraus eine zuverlässige Auflösungsmehrheit gesichert? Hat er das nicht, so ist er ein Tor, hat er es aber, so hat er höchst vernünftig gehandelt.

Nun unterliegt es keinem Zweifel, daß die Sache seit sehr langer Zeit vorbereitet worden ist, vielleicht von dem Tage an, da Jules Simon zum Minister ernannt wurde. Dann stehen Broglie und Fourtou dem Marschall zur Seite; das sind doch Leute, die sich nicht in ein schlechtes Fahrzeug wagen würden. Haben sie es also gewagt, so sind sie ihrer Sache gewiß; sie können die Auflösung durchsetzen. Was die Neuwahlen betrifft, so müßten sie ja so albern wie Büffel sein, um die nicht zu erzwingen.

Summa Summarum: Entweder haben wir es mit drei Dummköpfen zu tun — und in dem Falle sind wir verloren! — oder wir haben drei gescheite, geübte und entschlossene Leute vor uns — und das glaub' ich — so haben wir gewonnenes Spiel!

Leb wohl, alter Bruder!

Die Rückkehr Napoleons I. von Elba am 1. März 1815

Von

Generalleutnant z. D. v. Görtz

Napoleon hatte in Elba mit größter Aufmerksamkeit die Entwicklung der Verhältnisse in Frankreich und die Vorgänge auf dem Wiener Kongreß (Oktoberheft 1914) verfolgt. Die Regierung Ludwigs XVIII. hatte in weniger als einem Jahre so gründlich abgewirtschaftet, die Unzufriedenheit in Frankreich war aus verschiedenen Gründen eine so allgemeine, daß der Kaiser, dem die aufgezwungene Untätigkeit bei seinem unruhigen, rastlosen Geiste unerträglich war, sich im Februar 1815 einzugreifen entschloß. Es kam hinzu, daß König Ludwig die zwei Millionen Franken nicht zahlte, welche er als jährliche Gegenleistung für die eingezogenen Güter der Bonapartes zu entrichten sich verpflichtet hatte. Auch für seine persönliche Sicherheit hegte Napoleon Besorgnisse, seit er wußte, daß sein alter Minister Talleyrand auf dem Kongreß dafür eintrat, den Kaiser nach den Azoren oder St. Helena weiter abzuschieben. Nachdem er anfänglich den 1. April 1815 als Abreisetag in Aussicht genommen, aber wieder aufgegeben hatte, bestimmte er den 26. Februar als solchen. Begleitet von den Generalen Cambronne, Drouot und Bertrand, verließ er mit etwa 1100 Mann

Digitized by Google

und einigen Kanonen auf sieben kleinen Schiffen Portoferrajo und erreichte ungehindert am 1. März den kleinen Golf Jouan östlich Cannes. Unter Vermeidung der königlich gesonnenen Provence marschierte er über die Seealpen nach Grenoble (Dauphiné!). Proklamationen an Heer und Volk wurden erlassen. Vor Grenoble ereignete sich das Zusammentreffen des Kaisers mit dem 5. Regiment, an welches der Kaiser allein mit weit geöffnetem Rock und der Frage herantrat: „Erkennt ihr mich?" Es folgte die bekannte Szene, wie die Mannschaften auf den Kaiser unter jubelndem „Vive l'empereur!" zustürzten, sich ihm anschlossen. General v. Friederich sagt im vierten Bande seines bedeutenden Werkes „Die Befreiungskriege": „Den Offizieren blieb nichts übrig, als ihren Soldaten zu folgen, und sie taten es gern." Die Tore von Grenoble wurden von der Besatzung eingeschlagen, und der Kaiser konnte seinen Einzug halten. „Bis Grenoble war ich ein Abenteurer, dort wurde ich zum Herrscher," sagte der Kaiser später über den 7. März. Ludwig XVIII. erklärte Napoleon als Verräter und Rebell, dessen Verhaftung und Ablieferung ins Gefängnis jedermann befohlen wurde. Im Lande schieden sich der alte Adel, die Geistlichkeit, die Industrie vom Heere und dem Bauernstand. Jene waren dem Könige treu, diese stellten sich auf des Kaisers Seite. Mit Jubel wurde dieser auch am 10. März in Lyon empfangen. Die gegen ihn unter Graf v. Artois geschickten Truppen gingen zu Napoleon über. Des Königs Bruder mit dem Marschall Macdonald mußten fliehen. In Lyon begann Bonaparte bereits zu „regieren". Er erließ Gesetze über Beschlagnahme der Güter der seit 1. Januar 1814 heimgekehrten Emigranten, schaffte den alten Adel ab, erklärte Talleyrand, Augereau und Marmont als Vaterlandsverräter, beseitigte die weiße Kokarde und die Orden der Bourbonen, berief die Volksvertretung nach Paris zu einer Tagung, forderte die Kaiserin und seinen Sohn auf, zu ihm zu kommen. Marschall Ney, der sich beim Abschiede von Ludwig XVIII. ehrenwörtlich verpflichtet hatte, den gefangenen Kaiser im Käfig nach Paris zu bringen, ging zu diesem über. Die alte Garde in Metz, welche nach Lyon gegen den Kaiser marschieren sollte, wartete nur auf die Gelegenheit, sich ihm anzuschließen, und auch die Truppen in Paris waren unsicher. Am 19. März entschloß sich der König zu fliehen, und am 20. bereits traf der Kaiser im Postwagen in den Tuilerien ein, wo die Königin von Holland (Hortense), der Herzog von Bassano (Maret), Davout, Arrighi, Exelmans, Dejean und eine große Menge jubelnder Menschen ihn empfingen. Ohne Schuß war die Hauptstadt erreicht! —

In Wien hatte des Kaisers Rückkehr die monatelangen Kampfdebatten schleunigst beendet. Am 7. März wurde die umstrittene Teilung Sachsens beschlossen, Napoleon als Feind des Weltfriedens erklärt und geächtet. General v. Friederich betont in seinem obengenannten Werke, dem ich folge, daß dieser Spruch des Kongresses zwar der allgemeinen Stimmung entsprach, aber mit den Gesetzen des Völkerrechtes nicht übereingestimmt habe. Frankreich, d. h. Ludwig XVIII., hatte — wie schon erwähnt — die ausbedungene Rente an Napoleon nicht gezahlt, dem Sohne des Kaisers wurde das Herzogtum Parma

Digitized by Google

von den Mächten vorenthalten, Eugen Beauharnais hatte die ihm als Bonapartes Stiefsohn zugebilligte Schenkung (Dotation) nicht erhalten, des Kaisers Ueberführung nach einer andern Insel wurde erwogen. Daß der souveräne Herrscher von Elba daraufhin dem Könige von Frankreich den Krieg erklärte, sei kein rechtmäßiger Grund gewesen, ihn zum gemeinen, rechtlosen Verbrecher zu erklären. Tatsächlich wurde der Krieg gegen den Ruhestörer beschlossen. Der Vertrag von Chaumont (1. März 1814) wurde erneuert, nach welchem der Krieg gegen Napoleon „in der einmütigsten Weise und mit allen Mitteln" fortzusetzen sei. Jede der vier Mächte (Rußland, Preußen, Oesterreich, England) hatte 150000 Mann ins Feld zu stellen, England wurde jedoch anheimgegeben, anstatt des Heeres für jeden Mann 16 Pfund zu zahlen. Ueber diese Zahlung hinaus bewilligte England seinen Verbündeten für ein Jahr eine Beihilfe von fünf Millionen Pfund, die zu gleichen Teilen den drei andern Staaten zugute kommen sollten. Es wurde betont, daß der Krieg nicht dem Lande Frankreich, nicht Ludwig XVIII., sondern Napoleon gelte. Wenige Stunden nach Eingang der Nachricht von Napoleons Landung in Frankreich ergingen von den Monarchen Preußens, Oesterreichs und Rußlands Befehle an ihre auf dem Heimmarsch befindlichen Truppen, zu halten. Die Arbeiten des Kongresses kamen in ganz ungeahnter Weise in Fluß. Das Verhältnis der Schweiz wurde festgesetzt, Lombardei und Venetien wurden von Oesterreich übernommen, das Patent von der Besitzergreifung Posens wurde von Preußen, dasjenige vom Königreich Polen durch Rußland erlassen, die Schiebung Hildesheim—Ostfriesland, Lauenburg, Schwedisch-Pommern wurde getätigt, Sachsen schloß seinen Frieden mit Preußen, der Deutsche Bund wurde so geschaffen, wie er noch 51 Jahre zusammenhielt. Die Notwendigkeit, die durch Wiederausbruch des Krieges erforderlichen Rüstungen beschleunigt durchzuführen, hatte all dem Feilschen und Handeln auf dem Kongreß ein schnelles Ende bereitet.

König Friedrich Wilhelm III. von Preußen nahm Blücher mit Gneisenau für die Heerführung wieder in Aussicht und ordnete am 23. März die Mobilmachung sowie Gneisenaus Abreise nach dem Rhein an, während Blücher noch in Berlin zu bleiben hatte. Wellington reiste auf eigenen Entschluß nach Brüssel, um den Befehl über die englisch-niederländischen Truppen zu übernehmen. Sie waren etwa 30000 Mann stark und hatten bisher unter dem Erbprinzen von Oranien gestanden. Bei Köln standen 14000 Mann Sachsen unter Thielmann, 30000 Mann Preußen unter Kleist zwischen Maas und Mosel, endlich schwache bayerische und österreichische Kräfte südlich letzterer. Mit Eintreffen Gneisenaus und später Blüchers ging der preußische Befehl an diese über. General Kleist wurde Kommandierender des norddeutschen Bundeskorps im Osten. Blüchers Operationsarmee am Niederrhein wurde in die Korps Zieten (1.), Borstell I (2.), Thielmann (3.), Bülow (4.) geteilt. Zwei weitere Korps (Yorck und Tauentzien) versammelten sich an der Elbe, die Garden dienten als Reserve. Ueber die Vorgänge bei den Sachsen wird an entsprechender Stelle berichtet. Aus vorstehendem erhellt, daß der Gegner, welcher dem Kaiser Napoleon zunächst

Digitized by Google

gefährlich werden konnte, zwischen Niederrhein und Schelde stand. Die russischen und österreichischen Kräfte befanden sich erst in weitem Anmarsche, und die österreichischen und bayerischen vorher erwähnten kleineren Postierungen faßten für den Fall eines französischen Angriffes in östlicher Richtung, welchem sie ja auch nie gefährlich werden konnten, den Rückzug aufs rechte Rheinufer ins Auge. So ist denn tatsächlich der kurze Feldzug von 1815 auf seiten der Verbündeten lediglich durch Preußen und Engländer nebst Niederländern geschlagen worden.

In militärischer Beziehung sind für die Vorgeschichte zwei Punkte wichtig. Einmal ist es das Verhältnis der Preußen unter Kleist, später unter Gneisenau und dann Blücher zum Erbprinzen von Oranien und später zu Wellington. Der Erbprinz, besorgt für Brüssel, wünschte Annäherung der Kleistschen Korps an die Niederländer. Tatsächlich wurde das I. Korps in die Gegend von Namur, das II. nach Lüttich, das anfänglich noch sächsische Korps Thielmann nach Aachen vorgeschoben. Wellington, der schon mit Rücksicht auf seine Engländer und deren Verbindung mit den Schiffen sich des Erbprinzen Wünsche zu eigen machte, wünschte Vorrücken der Preußen in den Raum Charleroy—Namur—Huy, um sie im Falle einer Schlacht südlich Brüssel besser zur Hand zu haben. Gneisenau konnte auf diesen Wunsch nicht eingehen, um nicht die Verbindung mit der Maas und seinen auf den Rhein gehenden rückwärtigen Verbindungen zu verlieren. Die Engländer freilich hatten es nach Antwerpen von Brüssel aus bequemer. In diesem Gedankengange planten der Erbprinz wie Wellington eine Vereinigung ihrer Kräfte zwischen Nivelles und Braine le Comte gegen einen Vormarsch Napoleons, dem die Preußen dann in die rechte Flanke gehen sollten. Die vorgefaßte Meinung von des Kaisers zu erwartender Vormarschrichtung über Nivelles erhielt sich bei Wellington bis zur Entscheidung in Mitte Juni. Sie ist die Ursache, weshalb er Blücher am 16. Juni im Stiche ließ. Gneisenaus Gründen für Ablehnung konnte Wellington sich freilich nicht entziehen. Er begnügte sich mit der Hilfe nur eines Korps und erklärte, im Falle eines Mißerfolges auf Lüttich—Maastricht zurückgehen zu wollen. Preußischerseits war man mit diesem Gedanken sehr einverstanden, denn mit ihm kamen ja beide Heere aufs rechte Maasufer. — Gneisenau kam Wellingtons Annäherungswünschen insofern weiter entgegen, als er das I. Korps von Namur nach Charleroy, das II. von Lüttich nach Namur—Huy schob, das neu gebildete III. Korps sammelte sich in Diekirch, das IV. Korps wurde in Koblenz zusammengestellt. Anfang Mai sollte, den Abtretungen Sachsens an Preußen entsprechend, auch das sächsische Korps (bisheriges III.) geteilt werden. Ihrer Heimat entsprechend hatten 6807 Mann in den preußischen Verband zu treten, 7968 Mann sollten als Brigade v. Leyser unter Wellington kommen. Unter den widerstrebenden Sachsen brach eine Meuterei in Lüttich aus, bei welcher Blücher selbst in ernste Gefahr geriet, der er sich nur mit Flucht durch die Hintertür seines Quartiers zu entziehen vermochte. Die Sache endete mit Erschießung der Rädelsführer und Rücksendung des Korps in die Heimat. Auch der Ersatz des Generals v. Borstell (II. Korps) durch General v. Kleist und bei

Digitized by Google

dessen Abwesenheit durch General v. Pirch I stand mit dieser unerquicklichen Angelegenheit in Zusammenhang.

Am 3. Mai hatten Blücher, dessen Hauptquartier, wie schon gesagt, Lüttich war, und Wellington eine Zusammenkunft in Tirlemont (südöstlich Löwen). Sie fand unter dem Eindruck von bei Wellington eingegangenen Nachrichten statt, nach denen Napoleons Offensive mit 250000 Mann bevorstünde. In solchem Falle hatte das I. preußische Korps sich bei Fleurus, das II. bei Namur zu versammeln, das III. von Diekirch—Trier nach Arlon—Bastogne zu marschieren, das IV. von Koblenz nach Malmedy vorzurücken. Das I. Korps hatte Fleurus so lange zu halten, bis die Armee bei Sombreffe versammelt wäre, wozu man zweier Tage bedurfte. Noch engere Versammlung war durch Verpflegungsschwierigkeiten verhindert. Man behielt diese Aufstellung im ganzen bis zum 15. Juni bei.

Ehe ich mich dem zweiten in der Vorgeschichte von Waterloo wichtigen militärischen Punkte zuwende, möchte ich noch zeigen, wie die gegenwärtig oft beobachtete Unwahrhaftigkeit englischer Geschichtschreibung auch in der Vergangenheit uns Deutschen gegenüber sich geltend machte. Vor etwas mehr als einem Jahre erschien in England ein Buch des auch sonst bekannten englischen Generals Robinson: „Waterloo". Der französische Hauptmann Lesèble übersetzte es in seine Sprache. Bezüglich der soeben erwähnten Verpflegungsschwierigkeiten heißt es da im Robinsonschen Buche: „Blücher war einen Augenblick auf dem Punkte, seine Standorte zu räumen. Wellington allein hinderte ihn daran." Nun ist unter „Räumung der Quartiere" die Absicht zu verstehen, aufs rechte Maasufer zurückzugehen. Das ist falsch! Blücher gerade ist — wie das ja ganz seinem Charakter entspricht — immer ein ausgesprochener Gegner der zaghaften Kriegführung Schwarzenbergs gewesen. Ich komme hierauf noch zurück. So ist denn in dem Lettowschen Werke „Napoleons Untergang" ein Brief Blüchers an Schwarzenberg veröffentlicht, in welchem es heißt: „Die Schwierigkeiten, noch einen Monat in diesen Gegenden zu leben, müssen in mir den Wunsch erwecken, daß die Operationen mit den ersten Junitagen ihren Anfang nehmen." Das ist doch gerade das Gegenteil von Zurückgehen hinter die Maas! Wellington hatte also auch durchaus nichts in dieser Richtung „zu hindern". Der Herzog freilich hatte es in bezug auf die schon erwähnte Verpflegung leichter, die er von seinen Schiffen beziehen konnte, wenn das Land versagte.

Der zweite Punkt, der für die Vorgeschichte des kurzen Feldzuges 1815 wichtig ist, betrifft Blüchers bzw. Wellingtons Verhältnis zu Schwarzenberg, der als Oberfeldherr der Verbündeten sich in erheblichen Meinungsverschiedenheiten den ersten beiden gegenüber befand. Wellington wollte schon am 1. Mai 1815 mit 60000 Mann zwischen Sambre und Maas auf Maubeuge—Avesnes in Frankreich einrücken, während die Preußen 67000 Mann stark auf Chimay(Belgien)—Rocroy vorgehen sollten. 146000 Oesterreicher-Bayern sollten von der Provinz Luxemburg aus nach Frankreich marschieren. Diese 267000 Mann

Digitized by Google

wären Napoleons Kräften schon überlegen. Mitte Mai würden die verbündeten Engländer 40000, Preußen 90000, Oesterreich 180000 Mann folgen lassen können. Das sei Napoleons Verderben.

Auch Gneisenau sprach sich seinem König gegenüber für baldige Offensive aus. Er rechnete mit drei Armeen von je 200000 Mann am Ober-, Mittel- und Niederrhein, mit denen man direkt auf Paris losgehen sollte.

Schwarzenberg dagegen bezeichnete erst den 16., später den 27. Juni (18. Belle-Alliance) für den Operationsbeginn, da die Russen nicht früher eintreffen könnten, welche man abwarten müsse. Dann habe man 710000 Mann erster Linie, denen 140000 noch nicht mobile Deutsche in zweiter folgen sollten. Wellington fügte sich aus diplomatischen Gründen, Blücher weigerte sich solcher Verzögerung gegenüber, drang aber nicht durch. Auch hieraus erhellt, wie falsch die oben angeführte Behauptung des Generals Robinson ist, Wellington habe Blücher gehindert, über die Maas zurückzugehen.

*

Die preußische Armee war am Schluß ihrer Organisation 136 Bataillone, 135 Eskadrons, 288 Geschütze (rund 113000 Mann) in den vier Armeekorps stark. Wellington hatte ein Korps unter dem Erbprinzen von Oranien, ein zweites Korps unter dem Lord Hill und ein Reservekorps unter seinem unmittelbaren Befehl unter sich. Erstere beiden bestanden aus Engländern, Hannoveranern, Belgiern und Holländern, letzteres aus Engländern, Hannoveranern, Braunschweigern und Nassauern. In der Gesamtstärke von 93000 Mann befanden sich 36000 Deutsche.

Napoleon war seit seiner Rückkehr auf Wiederherstellung der Armee bedacht. Sein Programm war den Aufrufen nach „Friede und Freiheit". Da er aber nicht die Anerkennung der Mächte fand, blieb nur der Krieg. Hierfür rechneten der Kaiser, sein Generalstabschef Soult und sein Kriegsminister Davout auf folgende Truppenstärken. Bei Absetzung Napoleons 1814 waren einschließlich der Festungsbesatzungen 225000 Mann in Frankreich vorhanden gewesen. Aus den durch die Franzosen noch besetzt gewesenen Festungen andrer Länder kehrten 1814 186000, aus der Kriegsgefangenschaft 150000 Mann zurück, ebensoviele verabschiedete, aber noch dienstfähige Soldaten und Matrosen befanden sich im Lande, und den auszuhebenden Jahrgang 1815 rechnete man 160000 Mann stark. Von diesen 8- bis 900000 Mann standen am 1. Juni. aber erst 550000 unter den Waffen, und von ihnen waren nur 230000 für den Feldkrieg verwendbar. Von ihnen standen in der Nordarmee in sieben Korps und vier Kavalleriedivisionen 124500 Mann. Die andern 100000 Mann waren bei Belfort, Lyon, in Marseille, in der Vendée, in den Pyrenäen und in den Festungen. Die Nordarmee, an der belgischen Grenze, zählte in jenen 124500 Mann durchweg altgediente, kriegserfahrene Soldaten. General v. Friederich meint, sie sei vielleicht die beste Armee gewesen, die Napoleon je gehabt. Die einzelnen Bataillone und Kavallerieregimenter aber waren an Kopfstärke schwach. Die Offiziere waren

Digitized by Google

dem Kaiser fanatisch ergeben, nur die höheren erkannten das Mißverhältnis der Kräfte des Kaisers zu denen der Verbündeten. „Die Truppen empfanden nicht Patriotismus, nicht Begeisterung, sondern eine wahre Rage für den Kaiser, gegen seine Feinde." Tief eingewurzelt war das Mißtrauen gegen die Offiziere. Man konnte es den Mannschaften nicht verdenken, denn wieviel Verrat, Undank, Gemeinheit hatten sehr hochstehende Offiziere dem von den Soldaten vergötterten Kaiser gegenüber bewiesen!

Die gesamte Lage des Kaisers wies diesen auf baldiges Handeln hin. Schneller Erfolg konnte die im Lande Widerstrebenden fortreißen, auch dem Heere die Säumigen zuführen. Er entschloß sich zur Offensive, bestimmte den 15. Juni zum Operationsbeginn. Aus der Versammlung bei Maubeuge ergab sich des Kaisers Absicht, sich zwischen Blücher und Wellington durch Vormarsch über Charleroy—Sombreffe—Quatrebras zu wenden. So konnte er hoffen, die Gegner getrennt zu halten, denen er, wenn sie vereint waren, doch zu sehr numerisch unterlegen war (124500 gegen 200000). Ein Vorgehen gegen einen Flügel hätte sich aus der Versammlung bei Maubeuge nur noch gegen den rechten Flügel Wellingtons ermöglichen lassen. Dann konnte aber leicht der Fall eintreten, daß er diesen, wenn er ihn schlug, gerade auf Blücher warf und so wider Willen die Vereinigung herbeiführte.

Weder Wellington noch Blücher glaubten noch am 13. Juni an nahe bevorstehende Offensive des Kaisers. Blücher wurde erst in der Nacht zum 15. durch Zieten unterrichtet. Da Blücher sich schon zur Ruhe begeben hatte, als die Meldung Zietens einlief, befahl Gneisenau sogleich die Vereinigung des III. Korps auf dem linken (nördlichen) Maasufer bei Namur, die des II. zwischen Mazy und Onoz, des IV. bei Hannut. Zieten mit dem I. Korps hatte als eine Art Heeresavantgarde bei Fleurus den andern die erforderliche Zeit für ihre Bewegungen zu schaffen. So geschah auch hier, was sich oft im Leben ereignet, das lange ins Auge gefaßte Ereignis trat schließlich doch unerwartet ein und überraschte. Zweiundsiebzig Stunden später war alles vorüber und entschieden!

Ich trage noch den Fall Murat nach, mit dessen Erwähnung ich die Darstellung nicht unterbrechen mochte.

Zu den Gemütsmenschen, welche den Kaiser im Unglück verlassen hatten, gehörte bekanntlich auch sein Schwager Murat, den er zum König von Neapel gemacht hatte.

Das war im Februar 1814 geschehen. Auf dem Wiener Kongreß hatte dann Talleyrand, der ebenso schnell „umgelernt" hatte, Neapel für den Bourbonen Ferdinand von Sizilien verlangt. Murat hatte von den gegen ihn gerichteten Umtrieben Kenntnis erhalten und beschloß, gegen das königliche Frankreich zu Felde zu ziehen. Er wurde damit Bundesgenosse seines vorher verratenen Herrn. An sämtliche Italiener richtete er Aufrufe, sich zum Kampfe für die Unabhängigkeit des Landes ihm anzuschließen. Damit rief er Oesterreich, dem Oberitalien zugesprochen war, auf den Plan. In der Schlacht von Tolentino wurden Murats 34000 Mann von 32000 Oesterreichern völlig

Digitized by Google

geschlagen. Vor Neapel erschien eine englische Flotte, und so endete mit Murats Flucht die kurze Epoche seiner Herrschaft (seit 1808) in Neapel. Er wurde bei einem Landungsversuche an der Küste Kalabriens ergriffen und erschossen.

Englische Bemühungen um die Gewinnung amerikanischer Freundschaft

Ein Beitrag zur diplomatischen Geschichte der jüngsten Zeit

Von

Freiherrn v. Hengelmüller

II

Den entschiedensten Beweis seines Wunsches für Gewinnung amerikanischer Freundschaft gab England durch seine Nachgiebigkeit in der Frage der Aufhebung des im Jahre 1850 geschlossenen Clayton-Bulwer-Vertrages. Bekanntlich hatten die beiden Mächte in diesem vereinbart, daß keine von ihnen über einen in Nikaragua oder anderswo in Zentralamerika zu erbauenden interozeanischen Kanal ausschließliche Kontrolle ausüben solle. Ueberdies war die Neutralisierung eines solchen Kanals für eine gemeinsame Angelegenheit beider Staaten erklärt und auch die Heranziehung andrer Mächte zu diesem Zweck in Aussicht genommen worden. Die Vereinigten Staaten hatten in diesen Vertrag aus dem Beweggrund eingewilligt, um der damals im Zuge begriffenen Ausbreitung britischer Herrschaft in Nikaragua und Honduras eine Schranke zu setzen, aber die öffentliche Meinung des Landes hatte denselben sehr bald als Fessel und Stachel im eignen Fleische zu empfinden begonnen.[1]) Die ersten Reibungen mit England über dessen Auslegung fanden schon in den fünfziger Jahren statt und wurden so scharf, daß Präsident Buchanan 1857 erklärte, daß die Vereinigten Staaten den Vertrag nie geschlossen hätten, wenn sie an die Möglichkeit der ihm von England gegebenen Interpretierung geglaubt haben würden. Mit der Erstarkung des Landes nach dem großen Sezessionskriege wurde das Verlangen nach Beseitigung des Vertrages, sei es im Wege gütlicher Vereinbarung, sei es durch einseitige Lossagung, immer allgemeiner und lauter. Staatssekretär Blaine erklärte 1881 das Abkommen öffentlich für ein „mißverständlich abgeschlossenes, unvollkommen verstandenes, widersprechend interpretiertes und gegenseitig vexatorisches". Die zu jener Zeit zu dessen Aufhebung in London unternommenen diplomatischen Schritte begegneten aber dort ablehnender Aufnahme, worauf Mr. Blaines Nachfolger ein direktes Abkommen

---

[1]) Foster nennt denselben den größten Mißgriff in der Geschichte der amerikanischen Diplomatie. S. 456 bis 458 seines im Februar-Heft der „Deutschen Revue" angezogenen Werkes.

Digitized by Google

mit Nikaragua zur alleinigen Erbauung des Kanals durch die Vereinigten Staaten schloß, welches indessen, wie schon erwähnt,[1]) vom Präsidenten Cleveland aus dem Senate zurückgezogen wurde. Die Frage ruhte nun durch mehrere Jahre; mittlerweile aber hatte sich die öffentliche Auffassung in den Vereinigten Staaten immer entschiedener in der Richtung entwickelt, daß die Erbauung eines Kanals durch den amerikanischen Kontinent alleinige Sache Amerikas sei. Dementsprechend hatten auch dort Regierung wie öffentliche Meinung das Lesseps'sche Unternehmen mit Antagonismus betrachtet, und diesem Gefühle war auch die Popularität entsprungen, welches das Projekt eines Nikaraguakanals damals fand und durch Jahre genoß.

Akut wurde die Frage nach dem Kriege mit Spanien. Die mit gefesselter Spannung begleitete Fahrt der „Oregon" hatte die strategische Bedeutung eines zentralamerikanischen Kanals für die Vereinigten Staaten aller Welt vor Augen gebracht. 13400 Seemeilen hatte das Schiff in 66 Tagen zurücklegen müssen, um von San Franzisko aus sich mit der atlantischen Flotte vereinigen zu können. Mittlerweile war auch die Erkenntnis reif geworden, daß jener Kanalbau nicht als geschäftliches, sondern nur als nationales Unternehmen zustande gebracht werden könne. Volk und Regierung waren hierzu entschlossen, vorher aber mußte durch Beseitigung des Clayton-Bulwer-Vertrages reiner Boden geschaffen werden.

Diesmal zeigte sich England gefügiger. Die Verhandlungen wurden 1899 in Washington zwischen Staatssekretär Hay und dem Botschafter Lord Pauncefote aufgenommen und führten im Februar 1900 zum Abschluß des ersten, nach den beiden Unterhändlern benannten Vertrages, durch welchen Bau, Verwaltung und Kontrolle des Kanals den Vereinigten Staaten überlassen, zugleich aber dessen Neutralisierung unter Beitritt der übrigen Mächte bedungen und dessen militärische Befestigung untersagt wurde. Diese Beschränkungen fanden nicht die Gutheißung des amerikanischen Senates, welcher überdies die Unterlassung der ausdrücklichen Aufhebung des Clayton-Bulwer-Vertrages bemängelte. Die englische Regierung nahm den vom Senat modifizierten Vertrag nicht an, erklärte sich aber zur Aufnahme neuer Verhandlungen bereit. Diese fanden denn auch statt und endigten im November 1901 mit der Vereinbarung des heute noch in Kraft stehenden zweiten Hay-Pauncefote-Vertrages, welcher das alte Uebereinkommen vom Jahre 1850 ausdrücklich für aufgehoben erklärte, nicht nur Bau, Verwaltung und Kontrolle des Kanals, sondern auch die Sicherung seiner Neutralität ausschließlich Amerika überließ, keinerlei beschränkende Bedingung hinsichtlich seiner militärischen Befestigung enthielt und den Vereinigten Staaten nur das eine Zugeständnis auferlegte, daß die Benützung des Kanals den Kriegs- und Handelsschiffen aller Nationen unter den gleichen Bedingungen offen stehen solle. Dieser Vertrag fand auch die Genehmigung des Senates, und hochbefriedigt äußerte sich damals Staatssekretär Hay zum Verfasser dieser Erinnerungen, wie diese

[1]) Siehe Februar-Heft S. 163.

Digitized by Google

Frage seit zwei Jahren der Hauptgegenstand seiner Sorge und Arbeit gewesen sei und er kaum noch glauben könne, endgültig von ihr befreit zu sein.

Wieder hatte Amerika von England das, was es wollte, erreicht. Aber unzweifelhaft hatte auch England die von ihm angestrebten moralischen Werte gewonnen. Der Umschlag der Stimmung in Amerika zeigte sich während des Burenkrieges. Alle fundamentalen Prinzipien, auf welchen die Struktur ihres Landes beruht, wie alle Traditionen ihrer Geschichte hätten die Sympathien der Vereinigten Staaten an die Seite des Volkes gewiesen, welches für seine Existenz gegen denselben Feind kämpfte, gegen den sie die eigne im gleichen Kampfe errungen hatten, und jeder Kenner amerikanischer Verhältnisse wird sich unschwer vorstellen können, wie leidenschaftlich diese Sympathien aufgeflammt und manifestiert worden wären, wenn der Burenkrieg wenige Jahre früher stattgefunden hätte. Wie es war, schwankte die öffentliche Meinung in ihrem Wohlwollen nach beiden Seiten hin und her. Man sympathisierte mit den Buren, würdigte aber zugleich die Motive Englands, welches den Vereinigten Staaten während ihres Krieges mit Spanien so wertvolle Beweise seiner Freundschaft gegeben habe. Der Gegensatz der Auffassung und Gefühle, die damals in Amerika einerseits, Deutschland und Frankreich anderseits zum Ausdruck kamen, war auffallend und um so auffallender, wenn man erwog, wie anders dies vor einigen Jahren gewesen wäre.

Noch markanter womöglich trat der beregte Stimmungswechsel kurze Zeit später anläßlich der von England gemeinsam mit Deutschland in Venezuela unternommenen Flottendemonstration zutage, bei welcher es sich, wie erinnerlich, um die Erzwingung finanzieller Verpflichtungen seitens der Regierung des Präsidenten Castro an beiderseitige Staatsangehörige handelte. Der ganze Zorn der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten wider die europäische Intervention auf amerikanischem Boden flammte gegen Deutschland auf, während diejenige Englands unbeachtet blieb. Eines der führenden Mitglieder des Bundessenates äußerte sich damals zum Schreiber dieser Zeilen, wie ungeschickt es von England gewesen wäre, gemeinsam mit Deutschland in Venezuela vorzugehen, denn hätte es allein gehandelt, so würde in den Vereinigten Staaten kein Hahn danach gekräht haben. Diese Auffassung war begründet und erhielt Bekräftigung durch die Haltung der englischen Presse, welche das Vorgehen der eignen Regierung mißbilligte. Deutschland hatte durch den acht Monate vorher erfolgten Besuch des Prinzen Heinrich einen eklatanten Beweis seines Wunsches nach freundschaftlichen Beziehungen zur großen Union gegeben, aber der — wohl auch von außen genährte — Argwohn, daß es nach territorialen Erwerbungen in Zentral- oder Südamerika ausgehe, schlummerte dort unter der Decke und konnte jeden Augenblick zum Erwachen gebracht werden, während England wenige Jahre vorher durch sein Verhalten eben in der Venezuelafrage die Monroedoktrin implizite anerkannt hatte. Allerdings äußerte sich die Verschiedenartigkeit der Beurteilung nur seitens der unverantwortlichen öffentlichen Meinung, während die Bundesregierung allen an der Demonstration beteiligten drei Mächten gegen-

Digitized by Google

über — Italien war an derselben auch beteiligt, blieb aber im Hintergrunde — die gleiche Haltung einnahm; aber die Strömung jener Meinung war so stark, daß die Gefahr der Rückwirkung auf die Regierung zu befürchten stand. Die Frage endete mit einem neuen Triumph der Monroedoktrin, denn wenn auch Deutschland und England die Bezahlung oder Sicherstellung der in Rede stehenden Zahlungsforderungen erhielten, so lag doch in dem Umstande, daß die Verhandlungen hierüber mit Venezuela in Washington gepflogen wurden und die Regierung Herrn Castros bei denselben durch den bei ihr beglaubigten Gesandten der Vereinigten Staaten vertreten war, eine neue Bekräftigung der von diesen aufgestellten und stets festgehaltenen politischen These.

Mit der Einigung über den interozeanischen Kanal waren alle Streitfragen, die zwischen den Vereinigten Staaten und England als Weltmächten schwebten, erledigt. Was noch zu bereinigen war, waren die vielen seit Jahren mit Kanada schwebenden Fragen über Grenzen, Fischereirechte usw. Diesfalls dauerten die Unterhandlungen länger, da Englands Geneigtheit zum Entgegenkommen durch die gebotenen Rücksichten auf die große Kolonie beengt war. Aber auch hierin wurde die volle Einigung noch im Laufe desselben Dezenniums erzielt.

Was Englands Regierung begonnen, pflegte und entwickelte seine Gesellschaft und Presse. Die Anziehungskraft der ersteren auf die ihr durch Abstammung, Sprache und viele soziale Gewohnheiten verwandten oberen Kreise der Union, namentlich in deren Oststaaten, ist eine natürliche. Hierin hatte immer nur Paris England Konkurrenz gemacht. Uebrigens handelt es sich hierbei um Imponderabilien, deren Erörterung unfruchtbar wäre, schon aus dem Grunde, weil der einen Behauptung stets die gegenteilige ohne Möglichkeit eines wirklichen Beweises entgegengestellt werden kann. Beachtung aber verdient die von der englischen Presse bewiesene politische Schulung. Sie hat sich durch alle die Jahre — vom Beginn der Verbesserung der beiderseitigen Beziehungen bis zum Ausbruch des jetzigen Weltkrieges — bei Besprechung aller amerikanischen Fragen unentwegt eines freundschaftlichen Tones befleißigt, auf die amerikanische Publizistik Einfluß zu gewinnen verstanden, und dies so sehr, daß in einzelnen aufgetauchten Kontroversen das englische Interesse in amerikanischen Zeitungen schärfer verfochten wurde als in den eignen. So geschah es, als der Kongreß die Befestigung des Panamakanals beschloß und der „New York Herald" dieselbe als Vertragswidrigkeit gegen England bekämpfte, obgleich von einer solchen aus diesem Anlaß keine Rede sein konnte. Dasselbe Schauspiel wiederholte sich, als 1912 in beiden Häusern des Kongresses der Gesetzentwurf über Regelung der Schiffahrtsgebühren im Kanal eingebracht wurde, in welchem für die amerikanischen Kriegsschiffe Gebührenfreiheit und für die Küstenhandelsschiffe Begünstigungen vorgesehen waren. Die Anhänger der Vorlage verteidigten ihren Standpunkt mit der Begründung, daß die im Vertrage von 1901 bedungene Gleichheit aller Nationen sich nicht auf die eigne, sondern nur auf alle andern Nationen bezöge, und tatsächlich hatten auch einzelne Senatoren dieser Anschauung schon bei Ratifizierung des Vertrages Ausdruck gegeben. Die ablehnende Haltung,

Digitized by Google

welche die Verfechter dieser Auffassung gegen die angeregte schiedsgerichtliche Austragung der Sache einnahmen, deutete allerdings darauf hin, daß sie von der Wahrscheinlichkeit, dieselbe durchzubringen, nicht sehr überzeugt waren. Wie bekannt, hat auch die nachfolgende Administration die rechtlichen Bedenken gegen das Gesetz geteilt, und dasselbe ist wieder aufgehoben worden. Anderseits ist es aber sicher, daß, insofern hier eine widerrechtliche Vertragsverletzung vorlag, England allein zu einem Einspruch berechtigt war, da der Vertrag von 1901 mit diesem allein abgeschlossen war. Es war daher auffallend, daß die deutsche Presse damals an dem amerikanischen Vorgehen herbere Kritik übte als die englische. Die damaligen Kabelmeldungen in den amerikanischen Zeitungen wenigstens mußten diesen Eindruck erwecken, und wenn derselbe richtig war, so ist dieser Fall geradezu ein Schulbeispiel.

III

In der Geschichte Englands findet sich wohl kaum ein zweites Beispiel ähnlichen Werbens um die Freundschaft eines andern Staates. Spät erwachte Liebe zu dem solange mit Abneigung und sozialer Geringschätzung angesehenen Vetter war diesfalls sicher nicht das treibende Motiv. England befand sich, als es jene Werbung begann, in jener Lage „prächtiger" Isolierung, deren es sich zwar berühmte, aus der es aber herauszukommen trachtete. Ein Bündnis oder eine politische Entente nach später beliebten Mustern war mit den Vereinigten Staaten nicht zu erreichen, weil dies allen Grundsätzen ihrer auswärtigen Politik widersprochen hätte. Um so wichtiger war die Rückendeckung durch Gewinnung ihrer freundschaftlichen Stimmung. Als dies erreicht war, schloß England das Bündnis mit Japan und dann seine Ententen mit Frankreich und Rußland. Wenige Jahre vor deren Abschluß hatte es das erstere bei Faschoda gedemütigt, zur Demütigung des zweiten aber während des Japanischen Krieges direkt und indirekt das Seinige beigetragen.

Wie bei früheren Gelegenheiten zeigte sich der erzielte Umschlag der amerikanischen öffentlichen Meinung auch beim Ausbruch des jetzigen Weltkrieges. Es ist kein Zweifel, daß dieselbe sich in jenem Moment auf seiten der wider Deutschland und Oesterreich-Ungarn verbündeten Mächte stellte, obgleich sicherlich kein amerikanisches Interesse an der Aufrechterhaltung von Englands Suprematie zur See, an der Etablierung russischer Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent oder an der Erhöhung von Japans Machtstellung im Stillen Ozean beteiligt ist. Wie weit diese Sympathien verbreitet waren und noch sind, wie tief sie gehen und wie lange sie vorhalten werden, entzieht sich wegen Mangels nachweisbarer Daten der Beurteilung; außer Zweifel steht aber ihr hoher Wert. Mehr noch als anderwärts fällt in Amerika der Wille der öffentlichen Meinung für folgenschwere Entscheidungen der äußeren Politik ins Gewicht. Die Vereinigten Staaten haben bisher zwei Kriege gegen europäische Mächte geführt, den vom Jahre 1812 gegen England und den von 1898 gegen Spanien. Beide sind Angriffskriege gewesen und beide den jeweiligen Regierungen von der

Digitized by Google

Stimmung des Landes aufgezwungen worden. Anderseits ist zu beachten, daß Präsident Cleveland anläßlich der schiedsgerichtlichen Entscheidung der Venezuelafrage sein Land vor die Gefahr eines Krieges mit England gestellt hat, ohne von dessen damaliger Stimmung im geringsten gedrängt zu werden und ohne daß ein vitales Interesse desselben im Spiel gewesen wäre, das Land ihm aber ohne Widerspruch zu folgen bereit war.[1])

Diese beiden Faktoren, nämlich die zum Willen gewordene Stimmung der öffentlichen Meinung und die Entschlossenheit des jeweiligen Präsidenten zur Ausführung einer für recht erkannten Auffassung, sind in allen wichtigen Momenten amerikanischer Geschichte entscheidend gewesen, und sie werden auch bei anläßlich des jetzigen Weltkrieges eventuell auftauchenden Kontroversen schwerer ins Gewicht fallen als die dabei in Betracht kommenden Rechts- und Interessenfragen, die auf Grund des jetzigen Seerechtes ohnehin nicht in gerechter und billiger Weise zu lösen sind.

Daß ein derartiges Seerecht sich ausbilden und Anerkennung finden konnte, erscheint unsinnig und erklärt sich eben nur durch den Gang der neueren europäischen Geschichte. Durch mehr als zwei Jahrhunderte haben die Völker des europäischen Kontinents sich gegenseitig bekämpft, verwüstet und gemordet, sei es, um Land zu erobern, sei es, um eine Hegemonie herzustellen. Aus diesen Kämpfen ist die Idee eines europäischen Gleichgewichts hervorgegangen, und unter ihrem Zeichen sind nach allen Koalitionskriegen die Friedensschlüsse erfolgt. Die durch jene Kriege gebotene Gelegenheit hat England benutzt, um seine alleinige Herrschaft zur See und damit über die außereuropäische Welt herzustellen. Seerecht ist dann geworden, was es dafür erklärt hat. Hätte es zu jenen Zeiten eine Macht gegeben, welche England auch nur annähernd das Gleichgewicht zur See hätte halten können, so würde sich jenes Seerecht und namentlich dessen auf die Neutralen bezüglichen Sätze wohl ganz anders entwickelt haben. Wie es ist, benachteiligen diese nicht nur den schwächeren kriegführenden Teil zugunsten des Stärkeren, was ja natürlich ist, sondern auch die Neutralen. Amerikanische Lieferanten verkaufen heute an England und seine Verbündeten Waffen, Munition, Lebensmittel und jegliche unbedingte und bedingte Konterbande. Dies wäre mit der Neutralität nicht nur juridisch, sondern auch moralisch vereinbar, wenn sie es an beide Teile, in diesem Falle auch an die Zentralmächte, täten. Dieselben Lieferanten wären hierzu zweifelsohne gern bereit, wenn sie könnten. Warum aber ein neutraler Staat die Anhaltung seiner Schiffe auf offener See und die Beschlagnahme der auf denselben geführten Waren sich gefallen lassen soll, wenn er nicht muß, ist an und für sich unverständlich und erklärt sich eben nur aus der ausgesprochenen und anerkannten Suprematie einer einzigen Macht. Seitens der in Europa in einem Seekriege als Neutrale in Betracht kommenden Staaten war diese Anerkennung und jenes Müssen ein gezwungenes. Seitens Amerikas ist dies nicht der Fall, und die

[1]) Siehe „Deutsche Revue", Februar-Heft, S. 161 bis 163.

Digitized by Google

Erkenntnis hiervon ist wohl auch der tiefste Grund des englischen Werbens um seine Freundschaft. Ob das Bündnis mit Japan dann nicht als weitere Rückendeckung für den Fall des Versagens dieser Freundschaft gedacht ist, wäre eine weitere, im vorliegenden Rahmen indessen nicht zu erörternde Frage.

Für die künftige Entwicklung des Seerechtes und die Feststellung der aus wahrer Neutralität hervorgehenden Rechte und Pflichten könnte die weitere Haltung Amerikas von epochaler Bedeutung sein. Es scheint indessen nicht, daß die Auffassung der dortigen öffentlichen Meinung und Regierung sich diesfalls schon in bestimmter Richtung ausgebildet hat. Wegen vexatorischer Anhaltung amerikanischer Schiffe auf offener See hat zwar die Bundesregierung in London Vorstellungen erhoben, soweit aber aus den vorliegenden Meldungen ersichtlich, kein konkretes Verlangen gestellt. Bezüglich des Ankaufs fremder Schiffe schwebt die Vorlage noch im Kongreß, und bezüglich des Verkaufs von Konterbande an jene Kriegführenden, die sie abholen können, ist eine Bewegung im Zuge, welche sich indessen ausschließlich auf Gründe der Billigkeit und Menschlichkeit stützt und die wahren Gebrechen des sog. Seerechts unberührt läßt.

Italienische Erinnerungen

Von

F. v. Wantoch-Rekowski

II

Neapel 1899

Der jugendliche Kronprinz von Italien, Viktor Emanuel, Prinz von Neapel, hatte in unsrer Stadt, nach der er benannt war, schon längere Zeit residiert und zur Vollendung seiner militärischen Ausbildung anfangs ein Regiment, dann eine Brigade, eine Division und schließlich im Jahre 1897 das X. Armeekorps kommandiert. Er führte damals keine größere offizielle prinzliche Hofhaltung, sondern verkehrte, von seiner militärischen Umgebung abgesehen, nur in einem kleinen Kreise der neapolitanischen Gesellschaft, ohne in der Oeffentlichkeit persönlich besonders hervorzutreten. Wohl aus diesem Grunde beschäftigte sich diese nur erst wenig mit dem künftigen Thronfolger.

Hierin trat eine Veränderung erst ein, als er am 24. Oktober 1896 mit der anmutigen Tochter Elena des Fürsten der Schwarzen Berge den Bund fürs Leben schloß, nachdem sie bei ihrer Landung in Bari in der dortigen ehrwürdigen Palatinkathedrale zum römisch-katholischen Glaubensbekenntnis übergetreten war. Viel wurde damals über diese unerwartete Wahl gesprochen! Daß der Ministerpräsident Francesco Crispi der intellektuelle Urheber der Wahl gewesen sei, wurde allgemein behauptet und dabei die Meinung laut, daß der alte, kluge Staatsmann der Dynastie zur Kräftigung ganz neues Blut habe

Digitized by Google

zuführen und daneben auch eine Brücke nach dem nahen Orient habe schlagen wollen. Eingesegnet wurde die Ehe in Rom in der Kirche S. Maria degl'Angeli von Monsignore Piscicelli, Erzbischof zu Bari, der ebenfalls nach dem Orient blickenden, im Altertum und zur Zeit der Kreuzzüge blühenden süditalienischen Hafenstadt am Adriatischen Meere.

Seine erste Residenz nahm das von den Neapolitanern freundlich und erwartungsvoll begrüßte junge Kronprinzenpaar im Palazzo Reale zu Neapel und hielt, nunmehr von einem größeren Gefolge umgeben, in förmlicher Weise Hof. Nach und nach gelang es der jungen Prinzessin, sowohl durch ihr sehr einnehmendes Aeußere als auch durch ihr einfaches, leutseliges, der neuen, nicht leichten hohen Stellung durchaus entsprechendes Auftreten, die Zuneigung aller Volkskreise zu gewinnen. Neben der ortsansässigen italienischen Gesellschaft wurden die Mitglieder des in Neapel residierenden Konsularkorps am kronprinzlichen Hofe empfangen, und so hatten auch wir, meine Frau und ich, alljährlich öfter Gelegenheit, dem Kronprinzenpaare bei verschiedenen Anlässen, als bei sommerlichen Gartenfesten im Schloßpark von Capodimonte, bei großen Empfängen, Hofbällen und Diners in der prachtvollen ehemaligen Bourbonenresidenz zu begegnen. Dabei stellte es sich sehr bald heraus, daß das hohe Paar auf dem besten Wege war, sich nicht nur in Neapel, sondern im ganzen Lande und für alle Zukunft eine sichere und anerkannte Stellung zu schaffen.

Interessanter als diese großen offiziellen Gelegenheiten gestalteten sich die alljährlichen Privataudienzen bei den hohen Herrschaften. Dabei entfaltete die Kronprinzessin, wie wir uns immer wieder sagten, eine bestrickende, vornehme und doch echt weibliche Anmut, und noch heute erinnern wir uns mit Rührung, wie die jugendliche Fürstin wiederholt ihre anfängliche Kinderlosigkeit beklagte und eingehend und schmerzlich bewegt nach unseren Kindern fragte, bis dann ihre eigene Ehe mit schönen und gesunden Nachkommen reich gesegnet wurde.

Der Kronprinz war und blieb im Grunde eine mehr zurückhaltende und etwas wortkarge Natur, was wohl die Ursache war, daß er anfänglich unterschätzt wurde. In Wahrheit war er eine vielseitig gebildete, sehr belesene, zu ernsten Studien geneigte Persönlichkeit von festem Willen und Charakter. In der Folge hat man ihn nach Verdienst voll bewerten und schätzen gelernt. Und als dann im Jahre 1900 sein erlauchter Vater, der gute König Humbert, in Monza einem schrecklichen Attentate zum Opfer gefallen war, hat sein Nachfolger, der junge König Viktor Emanuel III., sehr bald den Beweis geliefert, daß er seine hohe Stellung ganz und voll auszufüllen wußte. Ein Schattenkönig ist er keineswegs. Wenn er sich nach Maßgabe und unter strenger Beobachtung der italienischen Verfassung in den stattfindenden parlamentarischen Kämpfen auch große Zurückhaltung auferlegt, darf man als sicher annehmen, daß sein persönlicher Einfluß in wichtigen Fragen voll zur Geltung gelangt und im äußersten Falle, namentlich auf dem Gebiete der auswärtigen Politik und des Heerwesens, schwer ins Gewicht fallen dürfte!

Digitized by Google

Was dann die savoyische Dynastie als solche und ihre Stellung im Lande betrifft, so ist sie mit dem Gedanken und der Tatsache der nationalen Einheit, der „Italia unita", so eng und unlöslich verknüpft und so sehr das „bindende Glied" im Widerstreit der gelegentlich widerstreitenden Sonderinteressen zwischen den einzelnen Landesteilen, daß ein geeinigtes Italien ohne die jetzige nationale und überall volkstümliche Königsfamilie kaum denkbar ist. „Die Monarchie eint uns, die Republik trennt uns," sagte einst der Minister und Patriot Francesco Crispi.

Neben der regierenden Linie der italienischen Königsfamilie kommt ferner die vom Bruder des Königs Umberto II., dem Herzog von Aosta, und der Marchesa della Cisterna abstammende jüngere Linie in Betracht, die von dem jetzigen Herzoge von Aosta, dem Grafen von Turin und dem Herzog von Kalabrien vertreten wird, alle drei stattlich schöne Männer, die sich in ihrem militärischen Berufe bewähren. Der Herzog von Kalabrien hat sich daneben als Weltreisender, namentlich in arktischen Gegenden, als Geograph und Seemann einen Namen gemacht. Außer ihnen hatte der Bruder des Königs Humbert aus seiner zweiten Ehe mit der Prinzessin Lätitia Bonaparte einen vierten Sohn, den Grafen von Salemi, hinterlassen.

Endlich besteht noch eine dritte, vom Herzog Thomas von Genua, Bruder der Königin Margherita, und seiner Gemahlin Isabella, geborenen Prinzessin von Bayern, abstammende Linie, die zurzeit drei Prinzen und eine Prinzessin zählt. Demnach verfügt die Dynastie über zahlreiche Vertreter.

*

Ein freundliches Wort möchte ich noch den an der Spitze der Provinzialverwaltungen stehenden Präfekten widmen, unter denen ich in meinen verschiedenen Residenzen, Messina, Mailand und Neapel, eine lange Reihe bedeutender und pflichttreuer Verwaltungsbeamten kennen gelernt habe. Zu ihnen zählten der ehemalige Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Tittoni, jetzt Botschafter in Paris, und Cavasola, jetzt landwirtschaftlicher Minister. Welche Schwierigkeiten und Hemmungen diese Herren unter den so häufig wechselnden Regierungen und den drückenden Einflüssen des Parlaments und einzelner Parlamentarier zu überwinden haben, davon macht man sich bei uns daheim gar keine Vorstellung!

Ebenso verdient das Offizierkorps des Landheeres und der Marine alles Lob. Auch das Soldatenmaterial ist ausgezeichnet, findig, willig und tapfer. Ueberaus schwierig in diesem gebirgigen Lande ist der Felddienst und sowohl in den Alpengebieten als in den kalabrischen und sizilischen Bergen und in den sonnendurchglühten, wasserlosen apulischen Ebenen ungeheuer anstrengend. Der italienische Offizier ist diensteifrig, anspruchslos, mäßig, nüchtern und ein guter Kamerad. Das kärgliche Diensteinkommen und seine vorwiegende Mittellosigkeit legen ihm große Entbehrungen auf. Weder findet er in behaglichen Offizierskasinos einen freundlichen Ruhepunkt, noch vermag er sich im Durchschnitt

Digitized by Google

gesellschaftlich zu betätigen. Besonders schlimm daran sind die verheirateten Offiziere, die auch in ihren eigenen Kreisen auf geselligen Zusammenhalt, ja, wegen des häufigen Garnisonwechsels der Regimenter, selbst auf eine eigene behagliche Einrichtung oft genug verzichten müssen. Von einer gesellschaftlichen Repräsentation, auch im Kreise der höheren Offiziers- und Beamtenfamilien, wie sie uns daheim in Deutschland, leider in überspannter Weise, auferlegt wird, ist in Italien keine Rede. Auch spielen die Spitzen der Zivil- und Militärbehörden, als solche, in der führenden Gesellschaft ihrer Residenz keine maßgebende Rolle, es sei denn, daß ihre persönlichen Eigenschaften, ihre eigenen Wünsche und ihre materielle Lage sie eine bevorzugte Stellung gewinnen lassen.

Falls die Oberleitung auf der Höhe steht und nicht versagt, wird das Heer sicherlich immer seine Pflicht tun und im Ernstfalle seinen Mann stehen, wie einst die römischen Kohorten und Legionen!

*

Im übrigen hat die Entwicklung des jungen Königsreichs seit seiner Errichtung im Jahre 1860 einen ganz außerordentlichen Aufschwung genommen und dabei alle verfügbaren Kräfte mächtig angespannt. Auch fanden sich noch immer tüchtige Männer, die den Antrieb und die Führung erfolgreich übernahmen. L'Italia farà da se!

„Anfänglich," so sagt der neapolitanische Professor der Volkswirtschaft Francesco L. Nitti in seiner im Jahre 1900 in Turin herausgegebenen Schrift „Nord e Sud", „besaß Italien nur seine Begeisterung und seine Hoffnung. Das war viel, denn beide Elemente bereiteten das nationale Gewissen vor, doch es war andrerseits auch wenig, denn es übertrug sich zunächst nicht in materielle Güter!

Seit dem Jahre 1860 aber bis heute, also in vierzig Jahren, hat die Bevölkerung des Landes um 44 % zugenommen. Das Nationalvermögen dürfte sich verdreifacht haben. 13000 Kilometer Eisenbahnen wurden gebaut und bedeutende Straßennetze angelegt. Ein stattliches Landheer und eine ansehnliche Seemacht wurden geschaffen. Vor vierzig Jahren war Italien ein ackerbautreibendes, an Kapital armes Land, heute blüht im Lande eine Fülle bedeutender Großindustrien. Die italienische Handelsbewegung hat sich um 99 % gehoben, die Ausfuhr um 120 %. 50000 Elementarschulen und 1000 höhere Lehranstalten sind seit dem Jahre 1860 im Lande eröffnet worden. 1898/99 studierten auf den 17 Universitäten des Landes 22700 Studenten, davon allein 5536 in Neapel. Italienische Auswanderer haben die weiten, fruchtbaren Gefilde Argentiniens erschlossen." —

Die Ersparnisse, welche diese fleißigen, nüchternen und sparsamen Landeskinder an ihre zurückgebliebenen Familien heimsenden, werden von der amtlichen italienischen Statistik auf jährlich 300 bis 400 Millionen Lire in Gold geschätzt. Die meisten von ihnen kehren in gegebener Zeit ins heißgeliebte und nie vergessene Vaterland zurück, um ein Haus oder ein kleines Landgut zu erwerben

Digitized by Google

und den Ihren ein menschenwürdigeres Dasein zu schaffen. Man nennt sie dann die „Americani"! Während meiner späteren Seßhaftigkeit in Ligurien habe ich sie kennen gelernt, selbstbewußte Leute, die drüben, jenseits des Meeres, ganz klein angefangen, dann Reichtümer erworben hatten und nun wohlhabende, stattliche Besitzer, „Signori", geworden waren. Und mit welcher dankbaren Verehrung hängen sie an ihrem großen Seefahrer „Cristoforo Colombo", dem Entdecker Amerikas, wo sie, wenngleich anfänglich unter den größten Entbehrungen, zu Reichtum und Menschenwürde gelangt, von Sklaven der Arbeit zu Herren geworden waren. Auf Schritt und Tritt, in den größten und in den kleinsten Ortschaften, begegnet man ansehnlichen Marmordenkmälern, welche die „Americani" ihrem Kolumbus errichtet haben! —

*

Die italienischen Ausdehnungsbestrebungen am Roten Meere, besonders gegen Abessinien, hatten einstweilen nur zum Erwerbe des Hafens von Massaua mit einem Küstenstreifen — Colonia Eritrea — genannt, sowie zu einem durch die französische Besitzung Gibuti davon getrennten Streifen an der Somalikküste geführt, aber dort zunächst keine weiteren lohnenden Ausblicke wirtschaftlicher und politischer Natur eröffnet. Darum wurde die öffentliche Meinung im Lande sowie die Presse nicht müde, zur noch besseren Nutzbarmachung der gewaltigen Auswandererbewegung die Notwendigkeit noch anderer, aussichtsreicherer kolonialer Stützpunkte zu erörtern und zu verlangen. Eine Hauptrolle spielte dabei die schon seit der Festsetzung Frankreichs im nahen Tunis ins Auge gefaßte, unter türkischer Oberhoheit stehende Regentschaft Tripolis. Namentlich zur Herstellung des bedrohten Gleichgewichts im Mittelmeere, also auch aus politischen Gründen, wurde der Erwerb dieses der Insel Sizilien nahegelegenen Gebietes befürwortet und schon vom Minister Crispi auch vorbereitet. Sein Sturz unterbrach vorübergehend diese Aktion. Indessen blieb der Gedanke daran stets lebendig, und die zwischen Crispis Nachfolger, Visconti Venosta, mit Frankreich eingeleiteten bezüglichen vertraulichen Verhandlungen führten dann bekanntlich zu dem erst 1902 vom Minister Prinetti veröffentlichten Marokko-Tripolis-Abkommen. Immerhin sollten noch zehn Jahre vergehen, ehe der Stoß erfolgte, der ganz Tripolitanien, von der französischen Grenze in Tunis bis zur Westgrenze Aegyptens bei Solum, endgültig in italienischen Besitz bringen und Italien als dritte europäische Großmacht an der nordafrikanischen Küste festen Fuß fassen lassen sollte. Diese Politik konnte Italien nur als Mitglied des Dreibundes und in diesem Verbande gestützt und geschützt gegen die beiden eifersüchtigen Mächte Frankreich und England wagen und durchführen. Mit ihr wurde Italiens strategische Position im Mittelmeere ganz wesentlich erweitert und mit seiner geographischen Lage in Einklang gebracht. Der im geheimen und aus langer Hand vortrefflich vorbereitete Feldzug wurde im Jahre 1912 mit dem bekannten glänzenden Erfolge und unter dem lauten und einmütigen Beifall der öffentlichen Meinung im Lande durchgeführt, wobei die Landtruppen mit

Digitized by Google

der Marine den Siegesruhm teilten. Ungeheuer waren die zu überwindenden Schwierigkeiten und Strapazen, und oft wurde die Frage aufgeworfen, ob die gebrachten großen Opfer an Menschenleben und Geld schließlich ihren Lohn finden würden. Aber bereits hat der betriebsame Italiener in Tripolis eifrige Kulturarbeit aufgenommen, und sein Fleiß, seine Geduld und seine Genügsamkeit werden wohl das weite Land in gegebener Zeit erschließen und durch Bewässerung und rationellen Anbau wiederum in die fruchtbare Kornkammer verwandeln, die es im Altertum gewesen ist. Sogleich aber sind folgende drei Momente von großer Bedeutung vorteilhaft in die Erscheinung getreten: erstens die Begeisterung und einmütige Opferbereitschaft des ganzen Landes und der gesamten Bevölkerung für das nationale Unternehmen, zweitens die Tüchtigkeit der Heeresleitung und die nie versagende Tapferkeit und Ausdauer der Truppen, drittens das gesteigerte Selbstvertrauen und Selbstgefühl des italienischen Volkes, verbunden mit der unzweifelhaften Erhöhung des italienischen Prestige im Rate der europäischen Kulturstaaten.

Die während der tripolitanischen Kriegführung immer von neuem versuchten französischen Anfeindungen haben in Italien natürlich schwere Verstimmung erzeugt, sonst aber gar keinen Eindruck gemacht und jedenfalls den erhofften Erfolg der Einschüchterung in keiner Weise gehabt. Sie haben den Italienern lediglich abermals vor Augen geführt, wo der mißgünstige und streitsüchtige Gegner seines Landes sitzt, und alsbald zur Erneuerung des Dreibundes mit den Zentralmächten, noch vor seinem Verfalle, geführt. —

Neben diesen gegen Tripolis gerichteten Bestrebungen gingen schon damals verschiedene andre Unternehmungen mit politischem und wirtschaftlichem Hintergrunde her, die eine Geltendmachung des italienischen Einflusses auf der Balkanhalbinsel, zunächst in Albanien, zum Gegenstand hatten. Es wurden dort italienische Schulen gegründet, ein regelmäßiger Dampferverkehr auf dem Bojanafluß nach Skutari eingerichtet und regere Handelsbeziehungen angeknüpft. Als treibendes Element stand dabei nicht nur der Wunsch, dort die italienische Flagge zu zeigen und handelspolitische Vorteile zu erlangen, im Vordergrunde, sondern auch die eifersüchtige Sorge, auf diese Weise den Bestrebungen andrer Länder nach Erweiterung ihres Machtgebiets am jenseitigen Ufer des Adriatischen Meeres wirksamer entgegenzutreten.

Obschon Italien die ganze, allerdings an sicheren Häfen arme Westküste des Adriatischen Meeres besitzt und beherrscht, wirkte der Gedanke, Oesterreich-Ungarn oder Griechenland könnten über ihre seestrategische Machtstellung hinaus einerseits in Dalmatien mit dem gewaltigen Stützpunkte Cattaro, andrerseits an der noch südlicheren albanischen Küste Fuß fassen, auf die italienischen Politiker fortlaufend in hohem Grade beunruhigend. Dabei wurde stets laut ausgesprochen, daß ein solches Vorrücken der genannten beiden Mächte oder einer von ihnen gegen die Meerenge von Otranto diese schwer bedrohe und den Verkehr zwischen der italienischen Ostküste und Westküste allzuleicht unterbinden könne, daß mithin ein Lebensinteresse Italiens in Frage stehe.

Digitized by Google

Dieser mehr oder minder begründete Interessengegensatz hat dann bekanntlich schon vor dem Ausbruch des Balkankrieges im Jahre 1913, zunächst zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn, zu dem bekannten Abkommen geführt, nach welchem beide Staaten von Ländererwerb auf der Balkanhalbinsel abzusehen und für die Errichtung eines selbständigen Fürstentums Albanien einzutreten hätten. Im Interesse eines fortdauernd guten Einvernehmens zwischen unsern beiden Bundesgenossen wollen wir hoffen, daß sie die erforderliche endgültige Verständigung in dieser Frage früher oder etwas später auf freundschaftlichem Wege finden werden. —

Der Fall der „Dacia“

Von

H. Wittmaack

Das deutsche Schiff „Dacia“ befand sich in den Gewässern der Vereinigten Staaten von Nordamerika, auf neutralem Gebiet. Die deutsche Reederei des Schiffes konnte dasselbe nicht zur Seeschiffahrt benutzen, denn sonst würde es von feindlichen Kriegsschiffen genommen worden sein. Die Reederei hat deshalb das Schiff an einen Nordamerikaner verkauft. Der Verkauf entspricht den nordamerikanischen Gesetzen, insbesondere auch insofern, daß der Käufer nach diesen Gesetzen berechtigt ist, das Schiff unter nordamerikanischer Flagge fahren zu lassen. Die deutsche Reederei hat kein Interesse an dem Schiff behalten. Die englische Regierung will trotzdem den Flaggenwechsel nicht anerkennen; sie droht, das Schiff auch unter nordamerikanischer Flagge aufbringen und durch die englischen Prisengerichte verurteilen zu lassen. Das Schiff muß nach englischer Ansicht entweder für die Dauer des Krieges ungenutzt im Hafen liegen bleiben und vielleicht, falls der Krieg lange dauern sollte, auf solche Weise mehr oder weniger zugrunde gehen, oder die Reederei muß das Schiff aufbrechen lassen.

Durch die Maßnahme der englischen Regierung soll nicht bloß deutsches Privatvermögen auf dem Lande zum Teil zerstört, sondern auch der Seehandel eines neutralen Staates eingeschränkt werden, indem man den Angehörigen dieses Staates den Ankauf deutscher Seeschiffe verwehren will. England sucht durch die Kriege auf dem Kontinent nicht bloß die Industrie und den Handel der kriegführenden Teile, einerlei ob Freund oder Feind, möglichst zu ruinieren, sondern es bestrebt sich auch beiläufig, soweit möglich, den Handel der neutralen Staaten zu schädigen und zu beeinträchtigen. Daher erklären sich die endlosen Beschwerden der Neutralen gegen die englische Kriegführung, die nicht bloß eine Erscheinung der Neuzeit sind.

Aber wie kann die englische Regierung berechtigt sein, einen auf nordamerikanischem Gebiet nach den dortigen Gesetzen vollkommen rechtsgültig

Digitized by Google

erfolgten Uebergang des Eigentums an einem dort befindlichen Schiffe, einen Vorgang, der sich ganz innerhalb des Gebiets der Vereinigten Staaten abspielt, als angeblich völkerrechtswidrig anzutasten?

Im Anschluß an die Beschlüsse der zweiten Haager Friedenskonferenz trat im Jahre 1908 in London eine Konferenz von Vertretern der hauptsächlichsten Seemächte zusammen, um eine Kodifikation des materiellen Seekriegsrechts vorzunehmen. In der von der Konferenz beschlossenen Deklaration wird im Art. 55 der Fall behandelt, daß vor Ausbruch des Krieges ein feindliches Schiff an eine neutrale Flagge übertragen wird.

Der Art. 56 lautet: „Le transfert sous pavillon neutre d'un navire ennemi, effectué après l'ouverture des hostilités, est nul, à moins qu'il soit établi que ce transfert n'a pas été effectué en vue d'éluder les conséquences qu'entraîne le caractère de navire ennemi. Toutefois il y a présomption absolue de nullité: 1) Si le transfert a été effectué pendant que le navire est en voyage ou dans un port bloqué. 2) S'il y a faculté de réméré ou de retour. 3) Si les conditions auxquelles est soumis le droit de pavillon d'après la législation du pavillon arboré, n'ont pas été observées."

Dieses ist eine schlimme Bestimmung für die deutschen Reedereien. Dieselben dürfen, wenn sie ihre Schiffe in neutralen Häfen, insbesondere in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, belassen haben, sie nach Ausbruch des Krieges nicht an einen Neutralen veräußern, wenn dieser sie zur Seefahrt benutzen will. Die Schiffe müssen während der Dauer des Krieges ungenutzt liegen bleiben oder abgebrochen werden. Bei dieser Regel wird allerdings eine Ausnahme, aber mehr zum Schein, hinzugefügt. Die Folge soll nicht eintreten, wenn erwiesen wird, d. h. von der Reederei, daß die Eigentumsübertragung nicht stattgefunden habe, um die Folgen, welche der feindliche Charakter eines Schiffes mit sich führt, zu vereiteln. Diese Ausnahme greift wohl nur Platz, wenn nachgewiesen wird, daß die Reederei schon vor Ausbruch der Feindseligkeiten das Schiff in einem neutralen Hafen zu veräußern beabsichtigt habe, denn in keinem anderen Falle wird sich feststellen lassen, daß die Veräußerung nicht erfolgt sei, um die mit dem feindlichen Charakter des Schiffes verbundenen Folgen zu vereiteln. Die Ausnahme sowie die späteren Bestimmungen können nur hinzugefügt sein, um zu verhüten, daß die Härte der Regel sofort allgemein erkannt werde. Dieses wird bestätigt durch die Ausführungen in dem Generalbericht des Redaktionsausschusses der Konferenz. Hierin wird als Beispiel für die Ausnahme nur der Uebergang durch Erbfall angeführt.

Die Londoner Seekriegsrechtdeklaration ist nicht von allen Regierungen, namentlich nicht von der britischen, angenommen. Die Deklaration bildet daher keinen völkerrechtlichen Vertrag. Formell ist keine Regierung an sie gebunden. Die britische Regierung hat zwar erklärt, daß sie die Grundsätze der Deklaration in dem gegenwärtigen Kriege befolgen werde, aber nicht, indem sie eine verpflichtende Kraft derselben behauptet oder anerkennt. Wir müssen daher fragen, welches Recht bezüglich des Flaggenwechsels, abgesehen von der Deklaration, besteht.

Digitized by Google

In Frankreich wird nach einer langen Praxis der Verkauf eines feindlichen Schiffes an einen Neutralen, wenn derselbe nach Ausbruch des Krieges oder nach Beginn der Feindseligkeiten erfolgt, nicht anerkannt. Es scheint aber, daß die französische Regierung diese Auffassung gegenüber den Vereinigten Staaten nicht aufrecht zu erhalten beabsichtigt, denn es ist von ihr bei der Frage der „Dacia“ nie die Rede.

Was den englischen und nordamerikanischen Rechtszustand anlangt, so gibt eine Note des Staatssekretärs der Vereinigten Staaten aus dem Jahre 1856 hierüber Auskunft. Es heißt hierin: Der Grundsatz, daß ein Neutraler vollständig berechtigt ist, ein Kauffahrteischiff von einem Angehörigen eines kriegführenden Staates zu kaufen, ist von Rußland, England und den Vereinigten Staaten vertreten worden, und es ist mit dieser historischen Tatsache unverträglich, zu behaupten, daß die entgegengesetzte Ansicht, zu welcher sich Frankreich bekennt, die Billigung der bedeutendsten Seestaaten habe, oder daß sie einen Teil des Seerechts überhaupt bilde.

In einem Urteil des englischen Admiralitätsgerichtshofs aus dem Jahre 1807 heißt es: „Es ist vorgekommen, daß feindliche Kauffahrteischiffe, die in einen Hafen getrieben wurden, woraus sie nicht entkommen konnten, dort an einen Neutralen verkauft wurden, in solchen Fällen wurde nach langen Erörterungen und etwas zögernd die Gültigkeit des Verkaufs anerkannt.“ Bei dem Urteil aus dem Jahre 1807 handelt es sich um ein holländisches Kriegsschiff, das nach einem Kampf mit einem englischen in Bergen Zuflucht gesucht hatte, dort seiner Kanonen und andern kriegerischen Ausrüstung entledigt und dann an den Grafen Bentinck verkauft war. Das Schiff wurde, als es unter Knip-hausenscher Flagge fuhr, von den Engländern genommen. Der Richter Scott erklärte die Wegnahme für gültig, da es an einem Präzedenzfall, worin das Gegenteil anerkannt sei, fehle. Das Gewicht wird auf den Umstand gelegt, daß das Schiff früher ein feindliches Kriegsschiff gewesen sei.

In einem Urteil des englischen Privy Council, des höchsten Gerichtshofs für Prisensachen, aus dem Jahre 1857 wird folgendes ausgeführt: „Die allgemeine Regel unterliegt keinem Zweifel. Ein Neutraler ist auch dann, wenn ein Krieg droht oder nach dem Beginn desselben, befugt, Waren oder Schiffe, die keine Kriegsschiffe sind, von jeder kriegführenden Partei zu kaufen, und der Verkauf ist gültig, gleichviel, ob dessen Gegenstand in einem neutralen oder feindlichen Hafen liegt. Dieses sind die bekannten Regeln der englischen Prisengerichtshöfe, bezüglich deren keine Kontroverse erhoben werden kann.“

Hiermit steht die englische Literatur in Uebereinstimmung. Die insbesondere in dem letzten Falle ausgesprochenen Regeln werden wiedergegeben, ohne daß ein Bedenken dagegen angedeutet wird.

Was die Vereinigten Staaten von Amerika anlangt, so mag noch bemerkt werden, daß in einer Note des Staatssekretärs aus dem Jahre 1855 folgendes ausgeführt ist: „Ein Staatsangehöriger der Vereinigten Staaten darf ein Schiff eines kriegführenden Staats in den Vereinigten Staaten selbst oder außerhalb

Digitized by Google

in einem Hafen einer kriegführenden Partei oder auf hoher See kaufen, vorausgesetzt, daß der Kaufvertrag bona fide geschlossen und das Eigentum vollständig und ohne Vorbehalt übertragen ist; das Schiff erhält das Recht, die Flagge der Vereinigten Staaten zu führen und deren Schutz zu verlangen. Neutrale haben das Recht, Schiffe einer kriegführenden Partei zu kaufen."

Der Rechtszustand in England und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika war danach folgender: Feindliche Schiffe dürfen auch nach Ausbruch des Krieges an einen Neutralen veräußert und mit dessen Flagge versehen werden, falls der Veräußerungsvertrag in formell gültiger Weise geschlossen ist und die Eigentumsübertragung tatsächlich und nicht bloß vermittelst eines mündlichen oder schriftlichen Vertrages stattgefunden hat. Diese Voraussetzungen liegen bei der „Dacia" vor.

Formell gilt dieser Rechtszustand noch. Wird die „Dacia" von den englischen Kriegsschiffen genommen, so müssen die englischen Prisengerichtshöfe über die Rechtmäßigkeit der Nehmung entscheiden. In England gilt die Regel, daß ein Gerichtshof an die in den früheren gerichtlichen Urteilen aufgestellten Grundsätze gebunden ist, und man könnte daher die Frage aufwerfen, wie es denn möglich sein sollte, daß angesichts der früheren Entscheidungen, insbesondere der in dem Urteil des Privy Council ausgesprochenen Grundsätze, die „Dacia" für gute Prise erklärt werden könnte. Mit den englischen Prisengerichten ist es aber eine eigne Sache. Jeder Untertan einer feindlichen Macht wird als persönlicher Feind angesehen, und man ist daher wenig geneigt, seinen Interessen Rechnung zu tragen. In dem Völkerrecht des russischen Professors Friedrich v. Martens aus dem Jahre 1886 heißt es: „Viele englische Juristen sind als Prisenrichter weithin berühmt geworden. Eines besonderen Ansehens erfreuen sich in England die Entscheidungen William Scotts (Lord Stowell), der sich durch große Gewandtheit in der Auffindung von Gründen, aus welchen die aufgebrachten Prisen zum Besten der englischen Nehmer kondemniert werden müßten, auszeichnete."

Sollte es jetzt keinen Lord Stowell in England geben und kein Prisenrichter vorhanden sein, der einen Grund ausfindig machen könnte, weshalb die „Dacia", ungeachtet der seither anerkannten Rechtsgrundsätze, für gute Prise erklärt werden müßte? Der Art. 56 bietet einen vortrefflichen Vorwand, von den früheren Grundsätzen abzugehen.

Digitized by Google

Zwei Reisen an den Hof des Kaisers Nikolaus I. von Rußland im Jahre 1850

Aufzeichnungen des damaligen preußischen Majors v. Schlegell

Bearbeitet von

Martin Conrad

(Fortsetzung)

17. November.

Morgens 8 Uhr mit Postpferden von Petersburg nach Zarskoje Selo. Von 1/2 11 bis 11 Uhr bei der Kaiserin, der ich den Brief der Gräfin Brandenburg überreichte. „Hat die arme Frau noch Kräfte gehabt, mir zu schreiben?" Die Kaiserin war wohl, aber nicht heiter. Die Ursache war ein neuer Brief des Königs vom 10. November, den der Kaiser in der Hand hielt. Der König hatte darin geäußert, daß er nötigenfalls den Schatz des Kurfürsten aus Kassel mitnehmen lassen werde (wohl als Garantie für die Etappenstraßen?).[1]) Der Kaiser war sehr entrüstet darüber, die Kaiserin traurig. „Jede Aussicht, daß die Antwort, die ich in einigen Tagen erhalten sollte, eine freundliche sein könnte, war nun verschwunden."

Um 2 Uhr nachmittags begab sich Schlegell befohlenermaßen zu Graf Nesselrode, der aber eben zum Kaiser ging. So folgte er denn einer Aufforderung des Generals Berg, ihn zu besuchen, und hatte mit ihm wieder eine sehr lebhafte zweistündige Unterredung über alle schwebenden Fragen, worüber er u. a. folgendes berichtet:

„Berg war bemüht darzutun, daß keine Ursache zum Streit vorhanden sei, auch nicht zum Mißtrauen; ich glaubte, daß beides nicht aufhören würde, solange die Kräfte so ungleich wären. Am interessantesten war mir, als Berg gewissermaßen zu der Aeußerung als Schluß hingeführt wurde: „Rußland würde sehr, sehr ungern den Krieg machen."

Nach dieser Unterredung wurde Fürst Dolgoruki[2]) aufgesucht, der den Abgesandten des Königs von Preußen auch hatte sprechen wollen. Hierüber heißt es in den Aufzeichnungen:

„Soweit es sich um Mitteilung der offiziellen Fragen handelte, ging das Gespräch ganz gut. Als ich Erwähnung tat, daß die Anerkennung des Bundestages für uns fast die Bedeutung habe, als wenn der Kaiser aus der Stellung des Vermittlers auf die Seite des Gegners herübergetreten sei, wurde er weniger

---

[1]) Vgl. Gerlach, Denkwürdigkeiten, I, S. 555 (unterm 14. November): „In Bellevue fertigte der König noch einen Befehl aus, unter gewissen Umständen dem Kurfürsten von Hessen den Krieg zu erklären und sich seines Schatzes zu bemächtigen." Vgl. auch Poschinger, Preußens auswärtige Politik, I, S. 9. Offenbar ist aber der Schatz in dem von preußischen Truppen besetzten Kassel geblieben.

[2]) Generaladjutant und General der Kavallerie.

Digitized by Google

eingehend, und ich empfahl mich bald. — Dolgoruki ist vollständiger Russe; der liebenswürdigste von ihnen, aber doch ohne Verständnis für deutsche Dinge. Der gelehrigste Schüler des Kaisers für die militärischen Angelegenheiten,[1]) hat er mir schon im Sommer den Eindruck gemacht, als wenn er sich wenig um die Politik kümmere."

Vom 17. bis 19. November blieb Schlegell in Zarskoje Selo, wo er seine Zimmer im großen Schlosse, nahe denen des Grafen Münster erhielt. Am Abend des 17. nahm er noch an einer großen Gesellschaft bei der Kaiserin im Alexanderpalast teil, wo ihn der Kaiser wieder in ein längeres Gespräch zog, das uns im folgenden geschildert wird:

„Der Kaiser geht, als er erscheint, schnell auf mich zu und führt mich in den Durchgangssaal, wo er sich mit mir auf die Wippbank setzt und mir die Nachricht von dem Renkontre bei Bronzell[2]) mitteilt. Der Kaiser fügte hinzu: „Glücklicherweise kann dies Ereignis, das so schwere Folgen haben konnte, vielleicht wesentlich zur Verständigung und zur Erhaltung des Friedens beitragen; Prokesch[3]) hatte seine Pässe gefordert; der König hat ihn darauf nach Sanssouci kommen lassen; es hat eine lange Unterredung stattgefunden, infolge deren man sehr zufrieden voneinander geschieden ist.[4]) Wenn nun keine neuen Unbesonnenheiten stattfinden, so ist es noch möglich, daß der Friede erhalten wird." Der Kaiser war zufrieden mit der Art, wie Major v. Manteuffel[5]) in seinem Briefe an Münster die Angelegenheiten von Bronzell geschildert hatte; nicht so mit der Aeußerung von Gröben, daß die Spitzkugeln ihr Ziel nicht verfehlt hätten. Ich freute mich im stillen über ihre Wirkung und den wenn auch sehr kleinen Erfolg. — Im ferneren Verlauf des Gesprächs wunderte sich der Kaiser über den allgemeinen Haß gegen Bayern, den ich damit zu erklären suchte, daß sie es nie recht ehrlich mit Deutschland gemeint, so alt die Geschichte sei. Ich fand auch Gelegenheit, meine Meinung über die Anerkennung des Bundestags auszusprechen: daß es nämlich bei uns einen niederschlagenden Eindruck machen werde, damit den Kaiser aus der Stellung des Vermittlers auf die Seite des Gegners treten zu sehen.[6]) Er ging leicht darüber hinweg, meinte, es sei nur formell, und schien die Wahrheit meiner Bemerkung zu fühlen, wenn er sie auch nicht zugab. — Mit sehr hübscher Ironie sagte er seine Gratulationen, als ich bemerkte, daß nun auch bald unsre Kammern wieder zusammenkommen würden. Ich schloß daran das, was Minister Manteuffel über die Art und Weise gesagt hatte, wie man mit ihnen verfahren müsse, wenn sie etwa selbst regieren wollten,

[1]) D. wurde 1852 Kriegsminister. Ueber seine militärischen Fähigkeiten urteilt aber sehr abfällig A. Kleinschmidt in „Rußlands Geschichte und Politik, dargestellt in der Geschichte des russischen hohen Adels" (Kassel 1877).

[2]) 8. November.

[3]) v. Prokesch-Osten, österreichischer Gesandter in Berlin.

[4]) Vgl. Gerlach, I, S. 554; v. Poschinger, Preußens auswärtige Politik 1850 bis 1858, I, S. 13 und 14, und Friedjung, II, S. 95 ff.

[5]) Edwin Freiherr v. Manteuffel, diensttuender Flügeladjutant Friedrich Wilhelms IV. später Feldmarschall.

[6]) Das war eigentlich schon in Warschau geschehen (Oktober 1850).

Digitized by Google

und fügte hinzu, daß der König, ohne daß er es bestimmt ausgesprochen habe, doch zu beabsichtigen scheine, das konstitutionelle Regiment seinen schärfsten Konsequenzen zuzuführen und dadurch beim Volk die Ueberzeugung von seiner Unzweckmäßigkeit hervorzurufen. Der Kaiser sagte: „Der Gedanke ist ganz richtig, aber die Ausführung würde Schwierigkeiten und Gefahren haben." Dann kam auf die Warschauer Verhandlungen die Rede, und ich äußerte: Bei dem Mißtrauen gegen Schwarzenberg habe man gefürchtet, Brandenburg sei zu offen und gerade gegen ihn gewesen und dadurch in Nachteil geraten. Der Kaiser sagte: „Brandenburg war herrlich, wie ein Edelmann, ganz ohne Rückhalt und ganz ohne Mißtrauen." Er gab aber doch auch zu verstehen, daß er der diplomatischen Aufgabe nicht gewachsen gewesen sei, und schloß: „Aber warum waren Sie besorgt? Sie hatten ja drei Freunde in Warschau: Brandenburg, Rochow und mich!" [1]) Der Kaiser kam übrigens auch zu der Bemerkung, daß Oesterreich in einer viel übleren Lage sei als wir, da es durch den Vertrag von Bregenz gezwungen sei, den kleinen Königreichen zu folgen. Von den freien Konferenzen versprach er sich keinen großen und gewiß keinen raschen Erfolg und bezeichnete die deutsche Weitschweifigkeit mit einer sehr komischen Bewegung der Hand, als wenn er einen Brei rührte. Von Radowitz, sagte der Kaiser, was mir auch schon Budberg in Berlin gesagt hatte, sei eine Korrespondenz mit Kossuth aufgefangen; er verpflichtete mich darüber zum Schweigen. Ich kann es nicht glauben.[2]) Es kam gegen den Schluß noch auf die Absichten des Königs gegenüber den kleinen deutschen Staaten die Rede, und ich führte zum Beispiel der Uneigennützigkeit das an, was mir der König in Sanssouci gesagt hatte: daß er nämlich nicht allein jedem der jetzt Regierenden seine vollen Rechte gewahrt wissen wollte, sondern es auch gar nicht ungern sehen würde, wenn es möglich wäre, sie alle denen wiederzugeben, die jemals Souveränitätsrechte gehabt hätten, nur wolle er, daß die Rechte im Verhältnis zu der Macht ständen. Der Kaiser knüpfte hieran die Erzählung, wie er im Jahre 1834, ich glaube von Schwedt aus, mit dem damaligen Kronprinzen nach Münchengrätz gereist sei, und wie der letztere unterwegs die Aeußerung gemacht habe, er werde sich glücklich schätzen, wenn er den Deutschen Kaiser als Reichserzkämmerer wieder

[1]) Diese Aeußerung des Zaren ist höchst charakteristisch für seine Auffassung von seinem Verhältnis zu Preußen. Er betrachtete sich offenbar immer noch als dessen väterlichen Freund, der in Warschau schließlich nur zum eigenen Besten des unartigen Preußens sich auf Oesterreichs Seite geschlagen habe, um seinen königlichen Schwager Friedrich Wilhelm IV. vor einem seiner Ansicht nach stets unheilvollen Kriege gegen Oesterreich abzuschrecken durch die drohende Gegnerschaft des mächtigen Rußlands. Durch einen derartigen deutsch-nationalen Krieg Preußens wäre ja möglicherweise die dem Zaren so verhaßte „revolutionäre" Partei der meist liberal gesinnten Nationalen in Deutschland an Preußens Seite zur Durchsetzung ihrer Ideen gekommen, was durchaus nicht im russischen Interesse lag, und des Zaren Lieblingsgedanke einer Allianz der drei Ostmächte gegen die „Revolution", d. h. gegen alle liberalen Errungenschaften und Forderungen, hätte scheitern müssen, die Reaktion wäre unmöglich gewesen.

[2]) Vgl. Friedjung, II_1, S. 35, und Meinecke, Radowitz, S. 357, Anmerkung 2.

Digitized by Google

die Schüssel halten könne. „Was sagen Sie dazu?“ fragte der Kaiser. „Was würden Sie tun, wenn das geschähe?“ — „Ich würde auf das kleine Gut meiner Frau gehen und Kohl bauen!“ erwiderte ich. — „Und ich würde auch den preußischen Rock nicht mehr tragen!“ fiel der Kaiser ein.

Ich kam den Abend noch in ein Gespräch mit General Korff (der bei den jungen Großfürsten ist), und wir begegneten uns in der Ansicht, daß man uns mit Oesterreich allein gewähren lassen sollte, und daß das monarchische Prinzip untergraben werde, wenn die hohen Mächte nicht den Kurfürsten auch zur Rechenschaft zögen.

Nachts von 11 bis 1 Uhr war General Berg noch bei uns; es war eine der interessantesten Unterhaltungen, deren ich mich entsinne. Münster teilte zuerst den Brief vom Major Manteuffel über das Renkontre in Hessen mit und brachte dann Berg auf die griechischen Angelegenheiten und die Spannung mit England, indem er die Meinung aussprach: Rußland werde doch noch in einen Krieg mit England verwickelt werden, da es nicht umhin können werde, die Türkei zu erobern, um Konstantinopel zu haben. Berg bestritt das entschieden, da dies für Rußland nur eine Last sein könne und es nichts andres brauche, als daß die Dardanellen dem Welthandel geöffnet, und zwar sicher und ungestört geöffnet würden. Das habe Rußland durch die Verträge und durch seine stets bereite Macht im Süden erreicht; alles Weitere könne Rußland nur in Verlegenheiten bringen und Angriffen aussetzen, die dann England scheinbar zum Schutz der türkischen Selbständigkeit unternehmen würde; jetzt hingegen sei Rußland die wahre Schutzmacht der Türkei, da es deren scheinbare Selbständigkeit im eignen Interesse mit dem letzten Soldaten, den Rußland habe, verteidigen müsse und werde und niemals dulden könne, daß sich eine andre Macht in einer Weise festsetze, die die freie Bewegung in den Dardanellen alteriere. England wisse das und werde es auf einen solchen Kampf nicht ankommen lassen. — Schon im Jahre 1829, als der Türkische Krieg eine günstige Wendung genommen habe, sei diese Frage von einem eignen, durch den Kaiser eingesetzten Konseil sehr gründlich beraten worden, und man sei zu dem Resultat gekommen, daß das türkische Reich nicht mehr gehalten werden könne, wenn Konstantinopel besetzt würde, und daß dies letztere daher aus den oben angeführten Gründen nicht geschehen dürfe.[1]) Dies Memoire habe er, Berg, im Portefeuille gehabt, als er im Generalstab von Diebitsch in Adrianopel eingerückt sei; und als nun die Nachrichten einliefen (zuerst durch den preußischen Gesandten Royer[2]), daß der

[1]) Schiemann, Geschichte Rußlands unter Nikolaus I., Bd. II., S. 367, berichtet von einer unter Vorsitz des Zaren abgehaltenen Komiteesitzung, in der man gegen eine Eroberung Konstantinopels entschied. Sie fand am 16. September 1829 statt. Die hier von Berg erwähnte Konseilsitzung muß aber schon vor dem Frieden von Adrianopel (14. September), ja schon vor der Einnahme Adrianopels (20. August) erfolgt sein. Diese ist nicht erwähnt bei Schiemann, der auch nichts davon sagt, daß Diebitsch diesen Petersburger Entschluß vor dem Friedensschluß gekannt habe.

[2]) v. Royer, preußischer Gesandter in Konstantinopel.

Digitized by Google

Divan dem Sultan erklärt habe, Konstantinopel sei mit den noch übrigen 5000 Mann nicht zu halten, man könne nicht einmal die Verteidigung damit versuchen, da sei diese sehr verlockende Aufforderung zum Vorrücken durch jenes Memoire zurückgedrängt worden. (Viel Einfluß hat doch auch wohl die Haltung der andern Mächte gehabt und die darauf gestützten Unterhandlungen Müfflings,[1]) in dessen Memoiren sich wohl etwas darüber finden wird.[2]) Mich erinnerte das Gespräch an ein ähnliches mit Lieven im Sommer, der dieselbe Ansicht hatte, aber der Meinung war, daß man doch durch die Ereignisse und den Verfall der Türkei gezwungen werden würde, Konstantinopel zu besetzen; daß aber in solchem Fall — ich weiß nicht, ob das Lieven selbst oder ein andrer hinzusetzten — der Zar in Moskau schwören müsse, seine Residenz nie in Konstantinopel zu nehmen, daß sie aber dann selbstredend von Petersburg nach Moskau übergehen müsse).

Tags darauf, am 18. November, besuchte Major Schlegell den General Korff, der Verständnis für die deutschen Angelegenheiten zeigte und u. a. meinte, in einem österreichisch-preußischen Kriege würden die Russen wahrscheinlich am liebsten neutral bleiben, da sie die Oesterreicher nicht liebten und kein rechtes Interesse an den Details der deutschen Angelegenheiten nähmen. Schließlich ließ er sich noch eine Schilderung von Willisen[3]) machen, nach dem man übrigens ebenso wie nach Radowitz öfter fragte. Für die weiteren Tagesereignisse dürfte Schlegells eigner Bericht von Interesse sein:

„1 bis 3 Uhr Messe und Parade in der mit acht Oefen wohlgewärmten Reitbahn des Gardehusarenregiments. Das Regiment hatte das Fest seines Heiligen. Sieben oder acht Geistliche fungierten in reichen grünen Ornaten mit Gold; der Kaiser in der Uniform des Regiments sah süperb aus; sehr niedlich der kleine Großfürst Alexander, fünf Jahre alt, in voller Uniform von Grodnohusaren, deren Chef er ist. Nach der Messe wurde das Regiment die Front herunter mit Weihwasser besprengt, dann dreimal in verschiedenen Formen Vorbeimarsch, für den das Regiment wegen seiner großen Gewandtheit belobt

---

[1]) General v. Müffling wurde von Friedrich Wilhelm III. auf Bitten des Zaren als Friedensvermittler nach Konstantinopel geschickt.

[2]) Müffling, Aus meinem Leben, Berlin 1851, gibt hierüber keine Aufklärung. Aus Schiemann, a. a. O., geht hervor: Davon, daß die Russen den Frieden ebenso nötig hatten wie die Türken, hatten Müffling wie auch die Botschafter in Konstantinopel keine Ahnung. Diebitsch befand sich in Wirklichkeit in sehr schwieriger Lage und nur durch Entfesselung der Balkanvölker hätte er Konstantinopel erobern können. Zu diesem Aeußersten war er auch entschlossen, um so, wenn nicht anders möglich, einen für Rußland vorteilhaften Frieden herbeizuführen. Diese Drohung, deren Verwirklichung den Untergang der Türkei zur notwendigen Folge zu haben schien, führte zu eindringlichen, fast flehenden Vorstellungen des englischen und französischen Botschafters bei Diebitsch. Der bald darauf auf Grund der Müfflingschen Vermittlung abgeschlossene, für Rußland günstige Frieden von Adrianopel war der Erfolg der Drohung, die aber doch weniger Aussicht auf Verwirklichung, als Sch. annimmt, gehabt haben würde, wenn die hier bei Schlegell gegebene Darstellung Bergs richtig ist.

[3]) Wilh. v. Willisen erhielt 1849 den Abschied als preußischer Generalleutnant und trat 1850 an die Spitze der schleswig-holsteinischen Armee.

Digitized by Google

wurde. Kollation für die Leute in einer andern Reitbahn (ganze gebratene Hammel mit vergoldeten Hörnern usw.) und für die Offiziere (und mich auch) beim Kommandeur, General Budberg.

4 bis 6 Uhr Galadiner beim Kaiser für das Gardehusarenregiment; ich weiß nicht mehr, neben wem ich saß; meine Gedanken waren nicht beim Diner.

3/4 9 bis 1/2 12 Uhr Tee bei der Kaiserin; ich mußte mich zur Kaiserin setzen mit der Fürstin Soltikow,[1]) Generalin Frederiks und Frau v. Baranow; letztere las aus einem kleinen französischen Roman von Balzac; ich drillte dazu Goldfaden auf. Der Kaiser spielte in demselben Zimmer Whist mit Apraxin,[2]) Patkul[3]) und noch einem Herrn und machte sehr oft Apraxin seine Art zu lachen nach. — Der Kaiser sprach mit Münster und mir von den Besichtigungen der Musterabteilungen, die er am 20. beginnen wollte und die mich interessieren würden. Es kam dabei auf meine Rückreise die Rede, und der Kaiser sagte, er sei mit seinen Briefen so weit, daß ich andern Tags reisen könne, wenn ich nicht noch länger hier bleiben wolle. Ich konnte nichts mehr helfen oder ausrichten und führte an, daß ich zu Hause ein Regiment mobil zu machen habe; das wurde anerkannt und danach meine Abreise auf den folgenden Tag, den 19., festgesetzt."

Nach verschiedenen Abschiedsbesuchen in Petersburg, am Morgen des 19. November, fuhr Schlegell um 3 Uhr nachmittags in dem kaiserlichen Extrazuge wieder nach Zarskoje Selo zurück. Es heißt:

„Der Kaiser nimmt mich neben sich in sein Coupé. Er hatte noch einem Komitee der Eisenbahn von Moskau nach Petersburg präsidiert, die trotz aller Gegner zustande gekommen ist, um Petersburg dem eigentlichen Reich näher zu bringen. Der Kaiser hatte seine schließliche Entscheidung dahin abgegeben, daß er zwar nicht wisse, warum Peter der Große die Stadt gerade auf diesen Fleck gesetzt habe; da sie aber da sei, müsse sie erhalten und mit dem Reich möglichst verbunden werden; die Frage über die Richtung hatte der Kaiser mit dem Lineal entschieden, was er auf dem mit den verschiedenen Trakten bezeichneten Plan an die beiden Endpunkte anlegte; sie wird fast geradeaus gehen.

4 Uhr: Tafel bei der Kaiserin. Der Kaiser fragte, welcher Willisen über die Marschfähigkeit der spanischen Infanterie geschrieben habe; „ist es der, den ich will hängen lassen?"[4]) fügte er scherzhaft hinzu."

Die von Berlin aus angekündigte baldige Antwort Rochows in Petersburg abzuwarten hielt Schlegell für überflüssig, da bei der ihm bekannten Gesinnung des Gesandten keine plötzlichen Entschlüsse und Wendungen der russischen Politik, eher eine Verstärkung der friedlichen Absichten zu erwarten war. Es blieb also bei der Abreise noch den 19. November.

„Um 6 Uhr, gleich nach der Tafel, verabschiedete ich mich bei der Kaiserin; dann nahm mich der Kaiser in sein Arbeitszimmer und übergab mir den Brief

---

[1]) Geborene Dolgoruki, Oberhofmeisterin der Zarin.

[2]) Graf Apraxin, Generaladjutant und General der Kavallerie.

[3]) Flügeladjutant.

[4]) Vgl. Sybel, II, S. 9.

Digitized by Google

an den König[1]) mit der Bemerkung, daß er seine Meinung über das, was der König geschrieben habe, offen ausgesprochen habe. Ich war sehr bewegt; ich hatte die Verhältnisse in meinem Vaterland in einem kritischen Moment verlassen, dessen Folgen noch niemand, und ich am wenigsten, berechnen konnte; es war mein sehnlichster Wunsch, einen, wenn auch nicht sehr freundlichen, doch milden Brief des Kaisers zu erlangen; es wäre dies eine feste, wohltuende Stütze für das vielfach bekümmerte Gemüt meines Königs gewesen. Das war nun nicht erreicht, und das Gefühl, daß nun der Moment gekommen sei, von wo an nichts mehr dafür getan werden könne, drückte mich sehr nieder. Ich habe mich nachher oft gefragt, ob es nicht tunlich gewesen sei, in Erwartung, daß der General Rochow den Kaiser milder stimmen und ihn zu einem andern Brief bewegen könnte, jetzt noch darum zu bitten, denselben abwarten zu dürfen. Das Ungehörige, was dem Kaiser gegenüber in einer derartigen, wenn auch nur angedeuteten Zumutung gelegen hätte, ließ mich wohl nicht auf den Gedanken kommen. Auf den Gang der nächsten Ereignisse wäre es auch ohne Einfluß gewesen, da ich dann zwei Tage später nach Hause gekommen wäre und Minister Manteuffel schon am Abend meiner wirklichen Ankunft nach Olmütz abreiste.

Ich erwähnte also nur noch einmal kurz die Opfer, die der König gebracht hätte, und wie wir nicht aufhören würden, auf des Kaisers Freundschaft und Vermittlung zu bauen. Ich erhielt noch besonders herzliche Grüße für die Königin; dann umarmte mich der Kaiser und entließ mich sehr gnädig und herzlich.

Abends 8 Uhr (19. November) Abreise von Zarskoje Selo. Ich gab in der Nacht sehr acht, ob ich General Rochow nicht begegnete, erfuhr aber erst am andern Morgen, daß er mir doch vorbeigefahren war und sich sehr friedlich geäußert hatte. Bei der Spannung, in der die politischen Verhältnisse waren, wurde ich fast auf jeder Station im Preußischen, und auch oft in Rußland befragt; ich hatte mir dafür die Redensart, daß das niemand wissen könne, zurechtgelegt und bin natürlich nirgends darüber hinausgegangen; bei den Russen pflegte ich noch hinzuzusetzen: „Die Preußen und Russen sind ja immer gute Freunde gewesen!" In Stallupönen[2]) erzählte mir der Posthalter, wie vortrefflich es mit der Mobilmachung gegangen wäre. Es bestände die allgemeine Hoffnung, daß Rußland ruhig bleiben würde, und große Lust, gegen Oesterreich vorzugehen. Er erzählte sehr komisch, wie übel er bei Rochow angekommen wäre, als er von der Kriegslust der Leute gesprochen hätte.[3]) (Schluß folgt)

---

[1]) Kurze Inhaltsangabe bei Martens, Recueil des traités conclus par la Russie, VIII, p. 386: „L'Empereur Nicolas dans ses réponses du 31 octobre et du 7 novembre (v. st.) 1850 [der 2. also wahrscheinlich der Schlegell übergebene] regrettait vivement que le roi ait cru devoir céder aux exhortations de Brandenbourg et n'ait pas mobilisé l'armée comme il le voulait et le croyait nécessaire." Weitere Angaben fehlen.

[2]) In Ostpreußen an der russischen Grenze.

[3]) Rochow war wie Gerlach und seine Freunde gegen den Krieg mit Oesterreich.

Digitized by Google

Der deutsch-englische Seekrieg

Von

Fritz Hoffmann, Konteradmiral z. D. (Kiel)

Die Ergebnisse des deutsch-englischen Seekriegs 1914 lassen sich am Jahresschluß mit kurzen Worten dahin zusammenfassen, daß die englische Flotte die deutschen Auslandskreuzer und den deutschen Seehandel vernichtet sowie den letzteren durch Blockade der Nordsee am Wiederaufleben verhindert, aber auch die deutsche Flotte der englischen nicht unwesentliche Verluste beigebracht hat, die, soweit sie ausgebildetes Flottenpersonal betreffen, von England nicht sofort ersetzt werden können, da die Ausbildung von Seeleuten, sowohl Offizieren wie Mannschaften, längere Zeit erfordert. Auch hat Deutschland teils durch Kreuzer-, teils durch Minen- und Unterseebootskrieg erreicht, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse Englands bereits wesentlich verschlechtert haben, daß beispielsweise die Preise der meisten Lebensbedürfnisse außerordentlich gestiegen sind, sowie ferner, daß sich weiter Kreise der englischen Bevölkerung nervöse Angst vor deutschen Angriffen durch ein Landungsheer, durch Kreuzer und Luftfahrzeuge bemächtigt hat.

Demgegenüber herrscht in Deutschland dank der Tatsache, daß es seinem Heere gelang, den Kriegsschauplatz bis auf kleine Grenzgebiete ins feindliche Land zu verlegen und die feindlichen Heere so zu schwächen, daß ihr Vordringen auf deutsches Gebiet für ganz ausgeschlossen gelten kann, völlige Ruhe und Sicherheit der Gemüter sowie ungetrübte wirtschaftliche Lage. Zwar sind hier und da die Preise mancher Lebensmittel etwas gestiegen, aber im allgemeinen liegt kein Grund vor, der Zukunft in wirtschaftlicher Hinsicht weniger zu vertrauen als in militärischer. Ist doch nach einer kürzlich durch die Presse bekannt gewordenen Aeußerung des deutschen Reichskanzlers Deutschland sowohl mit Lebensmitteln als mit Rohstoffen so reichlich versehen, daß ein Zusammenbruch der deutschen Volkswirtschaft auch ohne Zufuhr vom Auslande nicht gefürchtet zu werden braucht.

Ob in England die Kriegslage ebenso oder ähnlich beurteilt wird, ist hier zwar nicht bekannt; immerhin ist anzunehmen, daß England früher oder später einsehen wird, daß die Absperrung des neutralen Handels von der Nordsee, um dadurch Deutschland auszuhungern, den gewünschten Erfolg nicht haben wird.

Schließlich aber besitzt Deutschland auch noch Mittel und Wege, um ohne Hilfe der Neutralen zu seinem Ziel zu gelangen:

Der Kriegsverlauf des Jahres 1914 hat die vor dem Kriege England wohl unbekannte Tatsache offenbart, daß Deutschland über zwei Waffen verfügt, gegen die England bisher machtlos war und voraussichtlich machtlos bleiben wird. Dieses sind die Minensperren und die Unterseeboote. Was den Minenkrieg anbetrifft, so sind nach englischen Nachrichten von Beginn des Krieges an in englischen Küstengewässern sowohl Kriegs- als besonders zahlreich Handelsschiffe

Digitized by Google

durch Auflaufen auf deutsche Minen verloren gegangen, wodurch der Handel der innerhalb dieser Minensperren gelegenen Hafenplätze zeitweise oder gänzlich lahmgelegt wurde. Wenn inzwischen diese Minensperren durch die englische Flotte weggeräumt sein sollten, so ist doch anzunehmen, daß sie immer wieder ergänzt werden können, solange nicht die Deutsche Bucht selbst durch die englische Flotte blockiert wird.

Was die in diesem Krieg zum erstenmal zur Verwendung gelangte Waffe, die Unterseeboote, anbetrifft, so hat Deutschland mit ihr Erfolge erzielt, die die Welt mit Staunen betrachtete. Auch der Gegner dürfte zugeben, daß die Leistungen der deutschen Unterseeboote ganz über jedes Erwarten hervorragend sind; haben sie es doch oft genug fertiggebracht, rundherum um die Britischen Inseln zu fahren und dabei ihrer Aufgabe, feindliche Schiffe aufzusuchen und anzugreifen, nachzugehen. Sind sie doch oft genug zehn bis vierzehn Tage auf See gewesen, bei Sturm und winterlicher Kälte, lediglich auf Dauerproviant angewiesen, unter Entbehrungen und Strapazen allerschwerster Art.

Und was die Erfolge anbetrifft, die mit dieser Waffe erzielt werden können, so genügt es, nur anzuführen, daß das eine Unterseeboot U 9 in wenigen Wochen vier große englische Kreuzer vernichtete. Daran, daß die englische Flotte sich seit dem großen Erfolge von U 9 angstvoll versteckt hält, daß sie es nicht mehr wagt, auf der hohen See im Bereich deutscher Unterseeboote zu erscheinen, daran allein liegt es, daß sie nicht bereits wesentlich in ihrem Bestande geschwächt ist. Welche Erfolge diese Unterseeboote aber haben würden, wenn man sie dazu verwendete, die englischen Häfen zu blockieren, wenn man ihnen gestattete, jeden Blockadebrecher zu vernichten, das bedarf keiner Erläuterung, das ist aus obigem ohne weiteres ersichtlich.

Eine Uebersicht über die Ergebnisse des Seekrieges 1914 wäre nicht vollständig, wenn sie nicht eine Betrachtung enthielte, inwieweit der Krieg unter Innehaltung der völkerrechtlichen Grundsätze geführt wurde, zu denen sich die kriegführenden Parteien vor dem Kriege verpflichtet hatten.

Daß Deutschland die völkerrechtlichen, von ihm angenommenen Grundsätze stets und überall aufs peinlichste beobachtet hat, ist bisher von niemand angezweifelt worden.

Demgegenüber kann Englands Verhalten hinsichtlich der Wahrung der völkerrechtlichen Vereinbarungen nicht anders als schamlos bezeichnet werden. Denn es hat sich so viele bewußte Verstöße dagegen zuschulden kommen lassen, daß wohl jenem Rechtslehrer zuzustimmen ist, der erklärte, das Völkerrecht habe in diesem Kriege Bankerott gemacht.

In folgendem seien einige der Völkerrechtsbrüche, ohne die England diesen Krieg nicht zu gewinnen oder nicht für ein gewinnreiches Geschäft anzusehen glaubte, aufgeführt.

1. Der Minenkrieg

England hat, wie es selbst öffentlich bekanntgemacht hat, zwischen der belgischen und englischen Küste auf offenem, zu keinem Hoheitsgebiet gehörigen

Digitized by Google

Meeresgebiet eine Minensperre gelegt zu dem ausgesprochenen Zweck, diese Fahrstraße für jeglichen Schiffsverkehr zu sperren. Das widerspricht den völkerrechtlichen Grundsätzen.

England hat ferner die Minen dieser Sperre nicht gegen Vertreiben durch Strom oder Seegang gesichert, wie daraus hervorgeht, daß an der holländischen und belgischen Küste eine große Zahl dieser Minen antrieben, von denen ein Teil bei der Berührung mit dem Lande explodierte. Aus letzterer Tatsache ist weiter zu folgern, daß die englischen Minen nicht der völkerrechtlichen Vorschrift entsprechen, daß sie bei etwaigem Losreißen von der Verankerung selbsttätig entschärft werden müssen.

2. Die Absperrung der Nordsee

England hat durch Bekanntmachung an die neutralen Staaten die nördlichen Zugänge der Nordsee für gesperrt erklärt und empfohlen, nur den südlichen Weg durch den Kanal zu benutzen, auf dem es möglich sei, mit Hilfe englischer Lotsen eine sichere Fahrstraße zu benutzen. England hat sich zur Rechtfertigung dieser ungeheuerlichen Tat darauf berufen, daß Deutschland in der Nordsee Kriegshandlungen vorgenommen habe, was beweise, daß die ganze Nordsee kriegerischen Zwecken diene, also von den kriegführenden Parteien gesperrt werden dürfe. Da das Völkerrecht eine Absperrung ganzer Meere nicht kennt, vielmehr nur eine Blockade von Küstengewässern gestattet, so bedeutet diese Rechtfertigung Englands eine Verdrehung der völkerrechtlichen Grundsätze oder sogar eine offene Lüge. England bezweckt mit dieser Blockade der Nordsee, die ganze neutrale Schiffahrt in der Nordsee zu kontrollieren, sie deshalb an einen bestimmten Weg, der natürlich über englische Häfen führt, zu binden und sich so in aller Bequemlichkeit und völlig gefahrlos der Ladung der neutralen Schiffe, soweit es selbst sie für Konterbande hält, als Beute zu bemächtigen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Sperrung der Nordsee eine Blockade darstellt, der jedoch die völkerrechtlich vorgesehene Eigenschaft fehlt, daß sie effektiv sein muß; England hat eben nur einen Umweg gesucht, um den Verpflichtungen einer Blockade zu entgehen, aber ihren Nutzen zu ernten.

3. Konterbande

England hat außer der reinen Konterbande, d. h. Waffen und solchen Dingen, die unmittelbar als Mittel zur Kriegführung zu bezeichnen sind, alle Lebensmittel, Bekleidungsgegenstände und ihre Rohstoffe usw. für bedingte Konterbande erklärt, d. h. ihre Wegnahme angedroht, falls sie für das feindliche Land bestimmt oder dahin auf Umwegen geschafft werden können, trotzdem dieses den völkerrechtlichen Grundsätzen durchaus widerspricht. Es hat dies ausgesprochenermaßen getan, um Deutschland auszuhungern, eine Art der Kriegführung, die das Völkerrecht wohl im Festungskriege gestattet, aber nicht im Seekriege.

Digitized by Google

4. Untersuchungsrecht

Nach völkerrechtlichen Grundsätzen steht das Recht, neutrale Handelsschiffe auf Konterbande zu untersuchen und letztere mit Beschlag zu belegen, den Kriegführenden nur bei der Blockade oder im feindlichen Hoheitsgebiet zu. England hat sich aber dieses Recht in der ganzen Nordsee angemaßt, obgleich es die über die Nordsee verhängte Sperre nicht für eine Blockade angesehen wissen will.

England hat ferner das Untersuchungsrecht in der Form ausgeübt, daß es die zu untersuchenden Schiffe zwang, sich in englische Häfen zu begeben, wo es in seiner Hand lag, die Untersuchung zu verzögern und dadurch die neutrale Schiffahrt unberechtigterweise zu schädigen. Es sind dieses Handlungen der ungeheuerlichsten Willkür, die einer gesitteten, mit dem Völkerrecht sich im Einklang befindenden Kriegführung vollkommen widersprechen.

Im Bewußtsein seiner Uebermacht zur See hat sich England bisher vollkommen über jede von ihm vor dem Kriege anerkannte völkerrechtliche Abmachung hinweggesetzt, hat seine Verpflichtungen nicht nur gegenüber dem Feinde, sondern auch gegen die Neutralen nicht nur nicht eingehalten, sondern bewußt und absichtlich gebrochen. Ein solches Volk hat die Daseinsberechtigung verloren, sollte dafür aus der Reihe der Kulturvölker ausgestoßen und von jedermann durch Verachtung bestraft werden.

Aus der Organisation der weiblichen Kriegskrankenpflege

Von

Geh. Sanitätsrat Prof. J. Schwalbe (Berlin)

Zu den wenigen Tugenden, die uns von unsern Feinden auch jetzt noch trotz unsrer Sünden wider Zivilisation und „culture“ zugebilligt werden, gehört unser Organisationstalent. In einem sonst von irrigen Vorstellungen strotzenden Aufsatz, den ich jüngst in der angesehensten Pariser medizinischen Wochenschrift, der „Presse médicale“, aus der Feder eines ihrer ständigen Mitarbeiter gelesen habe, wird uns allen Ernstes sogar der nicht übel klingende Stempel „Le peuple-organisateur“ aufgedrückt. Unser Ordnungssinn, die Fähigkeit, unsre Arbeit zu systematisieren und damit ihren geregelten Ablauf zu fördern, die gründliche Ausnützung unsrer Zeit hat sich schon immer der Anerkennung bei den andern Völkern erfreut, wenn sich auch bei der Grande nation und den Söhnen John Bulls ein deutlicher Spott über unsre Pedanterie dazugesellt hat. Die Schnelligkeit unsrer Mobilmachung, die derjenigen unsrer Gegner nicht nachgestanden, ja sie sogar teilweise übertroffen hat, trotzdem namentlich die Russen schon Wochen vorher kriegsbereit waren, dürfte den Respekt vor unsrer Organisationskraft in allen Lagern noch gesteigert haben. Zu den glänzen-

Digitized by Google

den Leistungen unsrer Heeresführung in diesem Kriege bildete in der Tat die Planmäßigkeit, die Ruhe und Sicherheit, mit der die Truppen gesammelt und nach Ost und West den Feinden entgegengeführt wurden, eine Einleitung, die die Vertrauensstimmung unsers Volkes für die weitere Entwicklung des Krieges stärkte und festigte.

Dieses Zeugnis gilt nicht nur für die eigentliche Leistung der kämpfenden Heeresmassen, sondern auch für alle Einrichtungen, die der Beförderung, Verpflegung und sonstigen Versorgung der Soldaten dienen. Welche wichtige Rolle unter ihnen das Heeressanitätswesen spielt, bedarf keines besonderen Hinweises. Auch seine Organisation wurde für den Krieg gerüstet und ständig vervollkommnet, und auch seine Bataillone waren zur Stelle, als das Volk zu den Waffen gerufen wurde.

Das aktive Sanitätsoffizierskorps, das schon in Friedenszeiten aus Gründen, die hier übergangen werden müssen, manche Lücken aufwies und für die Kriegsheere selbstverständlich erst recht nicht ausreichte, wurde zunächst durch die Sanitätsoffiziere des Beurlaubtenstandes — gemäß der alljährlich erneuerten Aufstellung — ergänzt. Später wurden, als die Bedürfnisse der Verwundeten- und Krankenpflege nach einer weiteren Vermehrung der ärztlichen Kräfte verlangten, inaktiv gewordene Militärärzte und nichtgediente Zivilärzte in steigender Zahl zur Front und in die Lazarette berufen.

Noch früher und in noch schnellerer Folge war eine Auffüllung des Bestandes des Pflegepersonals notwendig.

Bekanntlich haben wir das eigentliche Militärsanitätspersonal von dem Personal der freiwilligen Krankenpflege zu unterscheiden. Zu dem ersteren gehören u. a. die Sanitätsmannschaften und die Militärkrankenwärter. Jedes Armeekorps verfügt über 1 Sanitätsbataillon, bestehend aus (in der Regel) 3 Sanitätskompagnien, und 12 Feldlazarette. Jede Sanitätskompagnie enthält 8 Krankenwärter, jedes Feldlazarett 14. Den Kriegslazarettabteilungen sind je 36 Krankenwärter zugeteilt, der Krankentransportabteilung — die die Ueberführung der Kranken von der Etappe in die Heimat zu besorgen hat — je 8, jedem Lazarettzug 16. In den Hilfslazarettzügen, den Lazarettschiffen usw. werden Militärkrankenwärter nach Bedarf eingestellt.

Das zur Unterstützung und Ergänzung des staatlichen Sanitätsdienstes im Kriege verwandte Personal der freiwilligen Krankenpflege wird von bestimmten Verbänden und Vereinen gestellt: dem Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz mit den ihm angehörenden und den angegliederten Vereinen — nämlich den vaterländischen Frauenvereinen in den einzelnen Bundesstaaten mit ihren 2000 Zweigvereinen, den Samaritervereinen, den Sanitätskolonnen, den Genossenschaften freiwilliger Krankenpflege im Kriege —, ferner dem Johanniterorden, den Genossenschaften rheinisch-westfälischer Malteserdevotions- und schlesischer Malteserritter, dem bayerischen St. Georgsritterorden.

Das für den Kriegsfall ausgebildete weibliche Pflegepersonal zerfällt seit dem Jahre 1908 in drei Kategorien: die Schwestern (Berufsschwestern), Hilfsschwestern und Helferinnen. Die Ausbildung der Schwestern dauert nach den

Digitized by Google

Vorschriften vom 10. Mai 1907 ein Jahr; nach einer vor einem Regierungsvertreter bestandenen Prüfung wird der Pflegerin die staatliche Anerkennung als Krankenschwester gewährt. Die Einführung der beiden andern Gruppen von Krankenpflegerinnen wurde durch den Mangel an geeigneten Vollschwestern notwendig. Die Hilfsschwestern müssen mindestens sechs Monate theoretisch und praktisch unterrichtet sein und dann eine Abschlußprüfung bestehen. Die Helferinnen endlich werden bei einem Zweigverein vom Roten Kreuz oder des Vaterländischen Frauenvereins oder einer Schwesternschaft vom Roten Kreuz vier bis sechs Wochen theoretisch und praktisch ausgebildet und haben ebenfalls sich einer Abschlußprüfung zu unterziehen. Die beiden Unterrichtskurse können nacheinander oder gleichzeitig abgehalten werden; im ersteren Falle findet die Zulassung zum praktischen Teil erst nach der Absolvierung einer theoretischen Prüfung statt. Die Ausbildung der Schülerinnen ist kostenfrei. Dagegen haben sie für Wohnung und Unterhalt selbst zu sorgen. Auswärts Wohnende haben bei der Eisenbahnfahrt zum Antritt des Lehrgangs und während desselben keinen Anspruch auf Fahrpreisermäßigung; dagegen steht ihnen ein solcher zu nach erfolgreicher Prüfung als Helferin vom Roten Kreuz für die Rückreise zum Ausbildungsort und für Reisen von und zu weiteren Uebungen. — Solche Wiederholungen, die vier bis sechs Wochen dauern, sollen für die Helferinnen wenigstens alle zwei Jahre einmal obligatorisch sein, im ganzen wenigstens dreimal. Die Helferinnen müssen sich verpflichten, im Kriegsfall mindestens drei Monate im Dienste der freiwilligen Krankenpflege sich verwenden zu lassen.

Das der freiwilligen Krankenpflege zugehörige Personal von Pflegerinnen findet niemals auf dem Schlachtfelde, nur ausnahmsweise, und zwar nur mit Genehmigung des Armeeoberkommandos, in den Feldlazaretten, prinzipiell lediglich in den stehenden Kriegs-, Etappen-, Reserve- und andern Lazaretten, Genesungsheimen usw. seine Anstellung. In den Kriegs- und Etappenlazaretten sollen nur staatlich geprüfte Schwestern zugelassen werden. Die Helferinnen sind zunächst nur zur Unterstützung von Schwestern und Hilfsschwestern bestimmt, und zwar nur im Heimatgebiet.

An weiblichem Krankenpflegepersonal verfügte das Rote Kreuz bei Ausbruch des Krieges über rund 9170 Köpfe, darunter 570 Hilfsschwestern und 2540 Helferinnen. Daß diese Kräfte für die enormen Anforderungen des Krieges mit seinen Schlachten auf zwei Kriegsschauplätzen, den Millionenheeren, den von den weittragenden und explosiven Geschossen zu erwartenden Verlusten nicht ausreichen würden, war mit Sicherheit anzunehmen. Und so erging alsbald nach der Mobilmachung von der Leitung des Roten Kreuzes namentlich an die deutschen Frauen der Aufruf, sich zur Ausbildung in der Verwundeten- und Krankenpflege zu melden, um als Helferinnen dem Vaterlande und den zu seiner Verteidigung kämpfenden Truppen ihre Dienste zu widmen.

Gewaltig war die Zahl der Frauen, die diesem Rufe Folge leisteten. In dem unser ganzes Volk durchglühenden Verlangen, an der Rüstung der Heimat mitzuwirken, mit dem durch die moderne Frauenbewegung geförderten Eifer zu

Digitized by Google

Werken der sozialen Wohlfahrt strömten Tausende und aber Tausende zu den Meldestellen des Roten Kreuzes. Wie der nächste Gedanke beim Ausbruch des Krieges sich auf Kampf und Wunden richtete, so drängten sich zunächst die weiblichen Hände, an der Pflege und Wartung der Verletzungen, die die mörderischen Geschosse reißen würden, sich zu beteiligen. Allein beim Zentralkomitee vom Roten Kreuz in Berlin haben sich 4000 Mädchen und Frauen in wenigen Tagen zur Ausbildung als Helferinnen bereit erklärt.

Auf die Blüten des idealen Wollens legte sich leider — wie es nun einmal im Leben nur zu oft sich ereignet — der Meltau des realen Dürfens, Sollens und Könnens.

Die Notwendigkeit, die Zahl der Schülerinnen dem voraussichtlichen Bedarf wenigstens annähernd anzupassen, lieferte das erste Sieb, durch welches nicht wenige Frauen ausgeschaltet wurden. Eine weitere Verminderung trat ein, als manche sich außer Lage sahen, die Bedingungen für die Ausbildung (Verpflichtung zu mindestens drei Monate dauerndem Helferindienst, Verzicht auf jede Entschädigung und auf freie Beköstigung u. dgl.) zu erfüllen. Eine mehrfache weitere Auslese vollzog sich dann bei dem sechswöchentlichen theoretischen Unterricht, bei der Abschlußprüfung dieser Periode, beim praktischen Lehrgang und bei dessen Beendigung. Als aber alle diese Klippen eine noch ganz stattliche Zahl von Frauen umschifft und nunmehr als richtige Helferinnen vom Roten Kreuz, mit der Helferinnenbrosche geschmückt, in Tätigkeit treten wollten und sollten, da brach der schon vorher in mündlichen Debatten und Zeitungsartikeln sich kundgebende Kampf aus, und die Forderung wurde aufgestellt, daß den Helferinnen die Ausübung ihrer neugewonnenen Fähigkeiten beschränkt werden sollte.

Hervorgerufen wurde der dem Fernerstehenden völlig unverständliche und wenig erquickliche Streit durch den auch im Frieden sehr oft sich geltend machenden Zwiespalt zwischen den berechtigten Bedürfnissen der Berufsarbeiter und den idealen Angeboten der Wohlfahrtstätigkeit. Ueberall da, wo das charitative Schaffen den Verdienst der auf Erwerbsnotwendigkeit gestellten Personen schmälert, wird ein Konflikt entstehen, dessen Schlichtung nur bei sorgfältiger Abwägung der sich entgegenstehenden Interessen möglich ist.

Gegen die weitgehende Verwendung der unentgeltlich tätigen Helferinnen in der Kriegskrankenpflege erhoben sich die freien, d. h. nicht dem Roten Kreuz angehörenden Berufskrankenpflegerinnen. Ein nicht geringer Teil von ihnen hat schon in normalen Zeiten mit Beschäftigungsmangel und daraus entspringender Not zu kämpfen: vorwiegend ein Ergebnis des Ueberangebots der weiblichen Krankenpflege. Dieser Mißstand wurde durch den Krieg gesteigert, weil eine Reihe von Privatkliniken infolge des Kriegsdienstes ihrer Inhaber oder Leiter geschlossen bzw. erheblich verkleinert wurden, weil ferner Krankenhausabteilungen für militärische Zwecke zur Verfügung gestellt wurden, endlich weil — eine merkwürdige Erscheinung, deren psychologische Erklärung an dieser Stelle übergangen werden soll — die Zahl der Kranken in der Privat- und Krankenhauspraxis überhaupt herunterging. Alle die auf diese Weise freigewordenen Pflegekräfte

Digitized by Google

nebst den schon vorher Feiernden hofften zur Kriegskrankenpflege herangezogen zu werden, sobald die zum Roten Kreuz gehörenden Schwestern Unterkunft gefunden hätten. Als aber statt dessen Helferinnen herangezogen wurden und die Aussicht drohte, daß in gleicher Weise auch weiterhin so verfahren werden würde, kam es zu erregten Protesten in Eingaben und Zeitungsartikeln. Namentlich in der Presse erschienen Erörterungen von hüben und drüben, bei denen es an Unklarheiten und Schiefheiten nicht fehlte.

Man erhob Bedenken gegen die ethischen Qualitäten der Helferinnen. Trübe Erfahrungen, welche einige Aerzte in den letzten Balkankriegen beim österreichischen Roten Kreuz veröffentlicht hatten, unpassendes Benehmen einiger Schülerinnen bei der Anmeldung und im weiteren Verlaufe der Kurse wurden verallgemeinert, man warf den jungen Damen — namentlich der Großstadt — vor, daß sie nur ihrer Eitelkeit und noch schlimmeren weiblichen Eigenschaften mit der Anlegung der Schwesterntracht und bei der Verwundetenpflege frönen wollten. Sicher waren die Vorwürfe bei einem Teil der Novizen berechtigt. Bei der ersten Verleihung der Helferinnenbrosche, die am 10. November in Berlin stattfand, hatte der sehr verdiente Generalarzt Werner vom Zentralkomitee Anlaß, nachdrücklich zu betonen, daß nicht Sensationslust oder sonstige Anreize zum Pflegedienst treiben dürfen und daß die Würde einer Helferin auch in der äußeren Haltung gewahrt werden müsse, z. B. in der Kleidung und den Haarfrisuren. Einige Schülerinnen wurden ausgeschieden, weil sie nur Verwundete und nicht auch Kranke pflegen wollten — offenbar weil sie den ersteren Dienst für „interessanter" hielten. So bedauerlich alle derartige weiblichen Schwächen waren, bildeten sie doch unter der großen Zahl von Schülerinnen seltene Entgleisungen, die der Gesamtheit nicht zur Last gelegt werden können. Anderseits wäre es ungerecht, derartige Fehler in dem Streite „Helferinnen — Berufsschwestern" ausschließlich zum Nachteil der ersteren auszubeuten; denn daß auch unter den Schwestern bisweilen Verfehlungen gegen Anstand und Sitte festgestellt werden, ist jedem Arzte wohlbekannt. Keine aus den beiden Lagern darf hier mit Steinen werfen. Auf diesem Gebiete weiblicher Charakterfehler erhebt sich die Scheidegrenze weniger zwischen Helferinnen und Schwestern als zwischen weltlicher und religiöser Krankenpflege.

Höchst seltsame Vorzüge wurden anderseits zugunsten der Helferinnen von einem Landtagsabgeordneten geltend gemacht. Die Behauptung, daß die Qualität zahlreicher Helferinnen „über allen Zweifel erhaben", dagegen die Qualität der in Berlin aus der Provinz zuströmenden Berufsschwestern „nicht bekannt sei", wird man als Uebertreibung eines günstigen Vorurteils noch passieren lassen. Eine scharfe Zurückweisung verdient aber die Ansicht, daß es sich bei den Schwestern „nur" um eine „Brot- und Magenfrage" handle, die als „Vorwand" bei dem Kampfe gegen die ausgedehnte Verwendung der Helferinnen eine Rolle spiele, und daß dadurch „die weitsichtigen und hohen Ziele, die das Rote Kreuz auf dem Gebiet der freiwilligen Kriegskrankenpflege durch die Ausbildung eines ansehnlichen Teiles der weiblichen Bevölkerung aus den gebildeten

Digitized by Google

Gesellschaftsklassen anstrebte, zu einer ökonomischen Frage degradiert werden". Der Herr Abgeordnete hat sich offenbar wenig theoretisch oder praktisch mit der Prüfung einer „Brot- und Magenfrage" zu beschäftigen brauchen, geschweige denn, daß er je ihren peinlichen Inhalt am eigenen Leibe gespürt hätte; trotzdem sollte ein Volksvertreter so viel Verständnis für eine soziale Frage besitzen, daß er auch Angelegenheiten der Krankenpflege durch die Betonung berechtigter ökonomischer Gesichtspunkte nicht als „degradiert" ansieht. Er könnte sonst jede Erwerbstätigkeit auf den Gebieten der sozialen und charitativen Hilfe, darunter auch die ganze ärztliche Tätigkeit, unter dem Gesichtswinkel der „ökonomischen" Minderwertigkeit betrachten. — Um den ganzen Standpunkt dieses Lobredners der Helferinnen voll zu würdigen, seien von seinen sachfremden und „nichts als gefühlsvollen" Anschauungen noch folgende wiedergegeben. Nach dem Urteil von Aerzten und Oberinnen der Militärlazarette soll es angeblich geradezu unentschuldbar sein, wenn die Verwundeten der Pflege der Helferin entbehren müßten, die durch eine Durchschnittsschwester (!) niemals zu ersetzen sei. „Es heißt der Wahrheit die Ehre geben, wenn ich es ausspreche, daß in den Helferinnen für die Kriegskrankenpflege Kräfte schlummern, welche in solchem Reichtum nur einmal, d. h. eben im Kriege, lebendig werden." „Ein Recht auf Arbeit besteht für die Schwestern nicht, ein Recht auf Unterstützung steht ihnen zweifellos zu. Was der Staat und die Verbände durch Einstellung freiwilliger Krankenpflegerinnen sparen, das werden sie sicher gern in Teilen zu diesem Zweck verwenden, wenn ihnen einerseits der ökonomische Vorteil und auf der andern Seite dargetan wird, daß eine Summe und ein Maß von unschätzbaren Gütern des nationalen Geistes und des Herzens durch die freiwillige Kriegskrankenpflege wachgerufen wurden, die ohne sie in einem tauben Leergang (!) des Gefühlslebens bei Tausenden von Frauen und Mädchen veröden müßten."

Bei solchen und weiteren Aeußerungen könnte man zu der Auffassung gelangen, daß dem Verfasser die wesentliche Frage, nämlich die beste Versorgung der Verwundeten, ganz aus dem Sinn gekommen ist, daß es sich vielmehr bei der Ausbildung und Verwendung der Helferinnen zum mindesten in erster Linie um eine — wie er an einer andern Stelle sagt — „sittliche Einwirkung auf die Helferinnen" handelt!

In den zahlreichen Erwiderungen, die dieser Aufsatz von Helferinnen und andern Frauen erfuhr, hat man sich leider ebenfalls nicht vor Uebertreibungen gehütet und ist nicht selten über das Ziel hinausgeschossen. So wurde gegenüber den Leistungen einer durch längere Zeit ausgebildeten und erfahrenen Berufsschwester der Nutzen, den eine im Marschtempo angelernte Helferin für die Krankenpflege bietet, sehr gering veranschlagt. Gewiß bedeutet die Uebung in der Krankenpflege einen ebenso wertvollen Faktor wie auf jedem andern Arbeitsgebiet. Aber sie gewährt doch nur ein Uebergewicht bei sonst gleichen Vorbedingungen. Fraglos ist die Befähigung zur Krankenpflege eine weitverbreitete natürliche Gabe des weiblichen Geschlechts, sie ist, wie man sich oft genug bei kleinen Mädchen überzeugen kann, angeboren und kann schon bei geringer

Digitized by Google

Anleitung einen hohen Grad von Wirksamkeit erlangen. Jeder Arzt vermag aus seinem Berufskreis zu berichten, mit welchem Geschick Töchter und Frauen ihre erkrankten Angehörigen pflegen, ohne jede theoretische und praktische Vorbildung — oft genug besser als manche langgediente Berufsschwester mit reicher Erfahrung. Unzweifelhaft spielt hierbei die starke seelische Hilfsbereitschaft, die um keinen andern Lohn als um die Liebe wirkt, die an sich die höchsten Anforderungen stellt lediglich zum Wohle der mit dem Herzen umschlossenen Kranken, eine große Rolle. Daß von dieser psychischen Triebkraft sehr viele Helferinnen auch bei der Pflege — nicht verwandter, aber in idealem Sinn naheſtehender — verwundeter Soldaten, die ihr Blut für ihr Vaterland und damit auch für jeden von uns hingegeben haben, ein gut Teil aufwenden, mehr als manche Berufsschwester, wird nicht bestritten werden können. Feiner Herzenstakt, gutes Verständnis für die körperlichen und seelischen Bedürfnisse der Pflegebefohlenen, tieferes, durch lange Berufsarbeit noch nicht abgestumpftes Mitgefühl, größere Zartheit und Geschicklichkeit in den Hilfeleistungen werden sicher manche nur kurze Zeit im Dienst stehende Helferin für die Kriegskrankenpflege geeigneter und wertvoller machen als diese oder jene praktisch geübte Berufsschwester. Erfahrung und Uebung ist gerade in der Krankenpflege nicht alles.

Man wird mich hoffentlich nicht mißverstehen und mir nicht zutrauen, daß ich alle die gerühmten Fähigkeiten einer echten Krankenpflegerin den Berufsschwestern abspreche: jeder Arzt weiß, wie außerordentlich oft sie bei ihnen zu finden sind.

Eine neue Gegenströmung gegen die Verwendung von Helferinnen in der Kriegskrankenpflege entstand an einer Stelle, an der sie am wenigsten zu erwarten war — nämlich bei der Leitung des Roten Kreuzes selbst. Offenbar unter dem Eindruck der Proteste und Klagen vieler Berufsschwestern über ihre mangelhafte Versorgung und über ihre Beeinträchtigung durch die Helferinnen erschien von Frau Wild v. Hohenborn ein Aufsatz, der die Helferinnen auf die zahlreichen Arbeitsstätten des Roten Kreuzes hinwies, an denen sie ebenso gut oder noch besser als in der Verwundetenpflege wertvolle Dienste leisten könnten, ohne den Erwerb bedürftiger Krankenschwestern zu verkümmern. Dieser Appell wurde von verschiedenen Seiten aufgenommen, am eindrucksvollsten wohl von Gabriele Reuter, die im Rahmen eines in der „Woche" veröffentlichten Artikels ebenfalls für den „freiwilligen Verzicht" der Helferinnen zugunsten der geübten und geschulten Krankenpflegerinnen ihre Stimme erhob. Eine andre Frau ruft in demselben Sinne den Helferinnen zu: „Mögen sie dankbar sein für die Ausbildung, die sie durch unsere Aerzte genossen haben, dankbarer noch, wenn man ihnen jetzt Gelegenheit gibt, die ausrückenden Berufsschwestern zu vertreten — das ist ihr eigentlichster Zweck und ihr vornehmster! ... „Seid Mütter vor allem, seid Lehrerin und Erzieherin, seid soziale Hilfsarbeiterin und bleibt in eurem Beruf, wenn er euch nährt und euch Arbeitsgelegenheit schafft: es ist eure Pflicht und euer Anrecht. Und ihr, die ihr in Friedenszeiten, ob freiwillig oder unfreiwillig, müßig gewesen seid, seht zu, wo Lücken sind, wo ein Mangel an Arbeitskräften vorhanden ist, und lernt zuzugreifen und euch einzuordnen!"

Digitized by Google

Daß sich die Helferinnen gegen diese und ähnliche Aufforderung zur Selbstausschaltung energisch wehrten, wird man ihnen gewiß nicht verdenken können. Mit unverkennbarer Bitterkeit wurde in den Entgegnungen darauf hingewiesen, daß man nach Ausbruch des Krieges in dringenden Worten ihre Mitarbeit verlangt habe und ihnen nun, nachdem sie die Unbequemlichkeiten und Kosten der Ausbildung nicht gescheut hätten, zumute, freiwillig vor den Schwestern zurückzutreten, von denen manche aus diesem oder jenem Grunde keine Arbeitsgelegenheit gewollt oder gefunden habe und jetzt nach Versorgung rufe. Die Helferinnen wären einzig für die Kriegskrankenpflege unterrichtet, und nun sollten sie gerade in andern Zweigen der Wohlfahrt tätig sein, für die sie keine Vorbildung und noch weniger Erfahrung mitzubringen vermöchten. Viele Stellen der Gemeindekrankenpflege seien durch den Eintritt der Schwestern in den Lazarettdienst verwaist, und diese verantwortungsvollen Posten würden besser durch erprobte Berufsschwestern ausgefüllt als durch Helferinnen, deren Tätigkeit nur als eine unterstützende neben Vollschwestern unter Aufsicht der Aerzte ausgeübt werden dürfe.

Diese tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten und anscheinend unüberbrückbaren Gegensätze hat die versöhnende Zeit und die praktische Erfahrung bereits ausgeglichen. Nicht mehr sind heute, wie Gabriele Reuter am 7. November — allerdings mit rhetorischer Uebertreibung — schrieb, die freien Pflegerinnen fast alle verdienst- und beschäftigungslos, und die Helferinnen haben sich als brauchbare Mitarbeiterinnen in den Lazaretten erwiesen. Das Rote Kreuz hat „offiziell" bereits vor einigen Wochen bekanntgegeben, daß jetzt kaum noch eine Pflegerin, die die Ausbildung als Vollschwester nachweisen kann und auch sonst geeignet ist, von der Kriegskrankenpflege ausgeschlossen bleibt, wenn sie sich hierzu meldet. „Helferinnen vom Roten Kreuz nehmen den Pflegerinnen besoldete Stellungen nicht weg, da sie in solchen nicht Verwendung finden."

Es ist natürlich kaum anzunehmen, daß von dieser Angabe sich nicht hier und da Ausnahmen finden sollten. Nach meinen Informationen waren Mitte November in 21 Reservelazaretten Berlins[1]) mit 6230 Betten 220 Vollschwestern, 25 Hilfschwestern und 390 Helferinnen beschäftigt. Danach kamen also auf je 1 Vollschwester durchschnittlich etwa 2 Helferinnen. Im einzelnen schwankte das Verhältnis stark. Während in zwei Lazaretten überhaupt keine Helferinnen eingestellt waren, fanden sich in einem andern 10 Helferinnen neben einer einzigen Schwester, in einem dritten 90 Helferinnen neben 45 Schwestern.

Hinsichtlich der Qualifikation der Helferinnen haben sich die Chefärzte der betreffenden Lazarette fast durchgehends außerordentlich anerkennend geäußert. Als ungeeignet waren im ganzen nur 7 von ihnen entlassen worden. Dabei waren die Helferinnen zumeist in der eigentlichen Pflege beschäftigt und nur nebenbei zu niederen Hilfeleistungen herangezogen. Manche Chefärzte haben ihnen allerdings Nachtwachen nicht anvertraut, doch wird es sich bei diesen

[1]) In ganz Deutschland sind jetzt rund 8000 Reservelazarette zur Aufnahme von verwundeten und kranken Kriegern bereit.

Digitized by Google

Ausnahmen nur um einen vorübergehenden Zustand gehandelt haben, der so lange dauerte, als die Helferinnen noch nicht genügend Gelegenheit zu ihrer Erprobung darboten.

Erwägt man, daß diese lobenswerten Leistungen sämtlich ohne jede Entschädigung gewährt wurden, zumeist in reiner Opferwilligkeit für vaterländische Interessen, aus idealer Nächstenliebe und Hilfsbereitschaft, so kann man diese hohe ethische Gesinnung und treffliche Fähigkeit mit großer Genugtuung hervorheben.

Nur ausnahmsweise werden die Helferinnen in den Lazaretten, und zwar wohl durchweg gegen Entgelt, beköstigt, in den meisten wird ihnen diese Vergünstigung nicht zuteil. Ich halte diese Maßregel nicht für zweckmäßig und gerechtfertigt. Dort, wo nicht gerade die räumlichen Verhältnisse des Lazaretts eine Verpflegung der Helferinnen unmöglich machen (was wohl in den seltensten Fällen vorkommen dürfte), führt die Notwendigkeit, die größeren Mahlzeiten außerhalb des Hauses einzunehmen — namentlich in größeren Städten —, zu einer Unterbrechung des Dienstes, die für letzteren sicher oft mit Unbequemlichkeiten und Unzuträglichkeiten verknüpft ist. Diese Erfahrung hat denn auch auf das dringende Verlangen der Chefärzte — die fast durchweg die Bestimmung als lästig beurteilen — dazu geführt, daß in manchen Lazaretten die Beköstigung der darauf Anspruch erhebenden Helferinnen zum mindesten gestattet wird. Daß damit eine wesentliche Mehrbelastung der Küche oder sonstigen wirtschaftlichen Einrichtungen verbunden ist, kann kaum angenommen werden. Um so mehr ist eine Verallgemeinerung dieser Erlaubnis zu befürworten. Dabei ist aber gleichzeitig die Uebernahme der Verpflegung auf Rechnung des Militärfiskus oder des Roten Kreuzes wahrlich keine unbillige Forderung. Daß für eine Massenwirtschaft, wie sie in den Lazaretten betrieben werden muß, die Vermehrung der Verpflegten um ein oder zwei Dutzend Köpfe verhältnismäßig wenig bedeutet, wird jede Hausfrau zu bestätigen in der Lage sein. Mit der Unentgeltlichkeit der Verpflegung wird aber einerseits den Helferinnen wenigstens ein materielles Aequivalent für ihre Tätigkeit, anderseits auch Minderbemittelten die Möglichkeit des Helferinnendienstes gewährt und damit das Odium, als ob diese Liebesarbeit für die Wohlhabenderen monopolisiert sei, beseitigt. Gar manche für die Krankenpflege besonders befähigte Frau, deren Mann und Söhne im Feld weilen und die ihre quälende Einsamkeit durch die Verwundetenpflege verscheuchen möchte, würde durch die unentgeltliche Beköstigung in die Lage versetzt werden, sich am Helferinnendienst zu beteiligen.

Diese Vergünstigung für die Helferinnen wird hoffentlich um so weniger auf Schwierigkeiten bei der Militärverwaltung oder andern maßgeblichen Stellen stoßen, als das Rote Kreuz in letzter Zeit sich bestrebt gezeigt hat, in einer Beziehung den Helferinnen seine Fürsorge angedeihen zu lassen. Zwischen dem Zentralkomitee des Preußischen Landesvereins vom Roten Kreuz und dem Stuttgarter Deutschen Versicherungsverein ist nämlich jüngst ein Vertrag abgeschlossen worden, nach dem die preußischen Helferinnen für die Zeit vom 10. Oktober 1914 bis 1. April 1915 gegen Unfälle, die den Helferinnen im Dienst des Roten Kreuzes zustoßen,

Digitized by Google

versichert werden — mit Ausschluß der Unfälle auf dem Kriegsschauplatz und Etappengebiet. Eine Ausdehnung dieser dankenswerten Wohlfahrtseinrichtung sollte nach Möglichkeit betrieben werden. Wesentlich dafür wäre freilich der Bruch mit der bisherigen Begriffserklärung des Kriegsministeriums, wonach die Helferinnen nicht zum eigentlichen Personal der freiwilligen Krankenpflege gerechnet werden.

Allerdings wird diese harte Bestimmung durch den Umstand gemildert, daß die Helferinnen bei anerkannten Leistungen jetzt bereits nach drei Monaten — im Einzelfall auf Befürwortung der Chefärzte wohl auch noch früher — zu Hilfsschwestern befördert werden und damit aus dem losen Verhältnis zur Kriegskrankenpflegeorganisation herauswachsen. Sie erhalten dann 23 Mark monatlich, freie Unterkunft und freie Verköstigung, rücken also nicht nur nach ihrer äußeren Stellung, sondern auch in ihrer Entlohnung nahe an die Vollschwestern heran. Deren Rangstufe erreichen die Hilfschwestern bestimmungsgemäß erst nach anderthalbjähriger Pflegetätigkeit; auch in dieser Beziehung werden die Kriegsverhältnisse wohl manche Ausnahme zur Folge haben.

Das Gehalt der Vollschwestern beträgt durchgängig für den Monat 33,30 Mark. In Friedenszeiten war es für die Schwestern im Etappengebiet auf 30 Mark festgesetzt, ist aber bereits wenige Wochen nach Ausbruch des Krieges von dem kaiserlichen Kommissar für die freiwillige Krankenpflege erhöht und seitens des Kriegsministeriums teilweise auch für das Heimatgebiet erweitert worden. Außer ihrem Gehalt steht den Schwestern freie Reise, Unterkunft und Verpflegung, ärztliche Behandlung und Versorgung im Invaliditätsfall zu.

An Stelle der freien Beköstigung kann ihnen eine entsprechende Geldvergütung gewährt werden. Diese Leistungen der Militärverwaltung sollen zwar bei dem Personal der freiwilligen Krankenpflege, das an seinem Wohnort verbleibt, vom Nachweis der Bedürftigkeit abhängig gemacht werden, doch wird wohl von der Durchführung dieser (seit dem Jahre 1907 bestehenden) ungerechtfertigt erscheinenden, von der verdienten Vorsitzenden der Berufsorganisation der Krankenpflegerinnen Deutschlands, Schwester A. Karll, nicht ohne Grund als unwürdig bezeichneten Bestimmung vielfach abgesehen.

Auch sonst dürfte sich manches im Dienste der freien Schwestern innerhalb der Organisation der Kriegskrankenpflege gebessert haben. Die Klagen über ihre drückende Unterordnung unter das niedere männliche Sanitätspersonal, über hochmütige Behandlung seitens der „echten" Rote-Kreuz-Schwestern u. dgl. werden gewiß bei denjenigen, die sich durch ihre Persönlichkeit und insbesondere durch ihre Leistungen eine achtungsvolle Stellung zu erringen wissen, verstummen. Daß den freien Pflegerinnen die gebührende Anerkennung in der Armee zuteil wird, beweist u. a. die Tatsache, daß auch einer von ihnen für ihre ausgezeichnete Hilfe in den östlichen Kämpfen das Eiserne Kreuz verliehen worden ist.

Für ihre materiellen Verhältnisse von großem Wert ist die Entscheidung der Steuerbehörde, daß die Schwestern auf Grund der Anteilnahme an der Kriegspflege von der Steuerpflicht befreit werden. Nach der gleichen Richtung

Digitized by Google

zielt der noch nicht endgültig genehmigte Antrag, daß ihnen die Zeit des Kriegsdienstes bei den staatlichen Versicherungen ohne Beitragsleistung angerechnet werden soll.

Wenn trotzdem noch mancher Wunsch der Pflegerinnen unerfüllt geblieben ist und unbefriedigt bleiben wird, so muß man berücksichtigen, daß die unerwartet großen Anforderungen dieses Krieges auch teilweise völlig neue Verhältnisse geschaffen haben, die trotz aller Bereitwilligkeit und Anpassungsfähigkeit nicht in kurzer Zeit restlos mit den vorhandenen Kräften und Mitteln bewältigt werden konnten. Wenn Agnes Karll in ihren schon erwähnten Ausführungen Anfang November feststellt, daß es an einheitlicher Organisation der Kriegspflege gefehlt hat und daß nach dem Kriege wohl eine gründliche Revision der bisherigen Anschauungen und Maßnahmen erforderlich sein dürfte, so wird man ihr darin für manche Punkte recht geben müssen.

Auch ein an hervorragender Stelle stehender, um die Organisation der freiwilligen Krankenpflege sehr verdienter Militärarzt bekennt in seinem an mich gerichteten Schreiben freimütig: „Die rauhe Wirklichkeit hat uns gezeigt, daß auf mehr als einem Gebiet manches zu ändern sein wird, wenn wir in die Lage kommen, den nunmehr gewonnenen Maßstab an Bestimmungen zu legen, die in bester Absicht im Frieden gemacht wurden, sich aber im Kriege nicht als vollgültig erwiesen haben. Auf dieser Grundlage wird eine vielseitige Erörterung einsetzen, viele Aenderungen herbeiführen und neue Bestimmungen begründen."

Freilich knüpft er daran in Resignation das treffende Wort: „Wird dann nach vierzig Jahren einmal wieder das Schwert gezogen, so werden die neuen Bestimmungen auch nicht mehr passen. Denn die Zeiten ändern sich und wir uns mit ihnen."

England und die Neutralen

Eine Berichtigung von holländischer Seite

In dem Artikel, der unter diesem Titel im Januar-Heft d. J. erschien, ist auf Seite 55 nachstehende Stelle enthalten: „Die Niederlande haben sich sogar gefallen lassen müssen, daß England in Rotterdam einen Kommissar eingesetzt hat, der die Ausschiffung und weitere Verfrachtung solcher Waren beaufsichtigt, die nach Deutschland weiterbefördert werden."

Hierüber wird uns von einer der niederländischen Regierung nahestehenden Seite mitgeteilt: „Der niederländischen Regierung, welche an der strengen Neutralität festhält, kam es unbegreiflich vor, daß ein solcher Kommissar zugelassen sein soll, und nach eingezogenen Erkundigungen wurde von bestunterrichteter Seite berichtet, daß dieser Kommissar nicht existiert."

Die Redaktion der „Deutschen Revue".

Digitized by Google

Literarische Berichte

Der Deutsche Krieg. Politische Flugschriften, herausgegeben von Ernst Jäckh. Stuttgart-Berlin, Deutsche Verlags-Anstalt. Preis des Heftes 50 Pf.

Die Flugschriftensammlung „Der Deutsche Krieg", die allgemein als die beste und reichhaltigste Veröffentlichung dieser Art anerkannt wird, ist in den letzten Wochen bis zu Nummer 30 gediehen. — Heft 26, „Das Geld im Kriege", hat den bekannten Reichstagsabgeordneten Dr. Hugo Böttger zum Verfasser. Von unsrer Geldwirtschaft während des Friedens ausgehend, schildert Böttger die auf dieser soliden Grundlage sich aufbauenden finanziellen Kriegsmaßnahmen, die sich gleichermaßen durch glänzende Organisation und durch erfreulichste Erfolge auszeichnen: die Kriegsanleihe, die Einrichtung der Darlehnskassen, die Ausgabe neuer Umlauf- und Zahlungsmittel usw. Es sind allgemeinverständliche, gründlich orientierende Aufschlüsse von einem bewährten Sachkenner. — Auf ein ebenso wichtiges Gebiet eigentlich friedlicher Betätigung führt uns Prof. Dr. Arthur Binz in der Schrift „Die chemische Industrie und der Krieg" (Nr. 28 der Sammlung). „Ein Kapitel aus der Weltmachtstellung deutscher Wissenschaft" hat Professor Binz im Untertitel seine Abhandlung genannt; und in der Tat, wenn wir aus ihr den Unterschied zwischen der deutschen und der englischen Art praktisch wissenschaftlicher Arbeit, den Weitblick und die Anpassungsfähigkeit unsrer Gelehrten und Fabrikanten an glücklich gewählten, wirklich überraschenden Beispielen kennen gelernt haben, dann können wir nicht zweifeln, daß hier wirklich von einer Weltherrschaft deutschen Geistes und Fleißes gesprochen werden darf, und daß diese Weltherrschaft siegreich das Feld behaupten wird. Wir wollen besonders darauf aufmerksam machen, daß der Verfasser ein Meister allgemeinverständlicher, fesselnder und dabei nichts weniger als seicht populärer Darstellung ist. — Nicht um tatsächliche, sondern um eine erst zu erringende Weltherrschaft deutscher Art und Arbeit handelt es sich in Dr. Norbert Sterns Schrift: „Die Weltpolitik der Weltmode" (Doppelheft 30/31). Wenn es bei uns immer noch Leute genug gibt, denen die Mode als eine von Männern nicht ernst zu nehmende Angelegenheit der Damen gilt, so zeigt Stern sie in ihrer ganzen Bedeutung als wichtigen Faktor der Gesellschaft, der Industrie, der Kultur — ja der Politik; zeigt, wie gerade die Franzosen es meisterhaft verstanden, durch dauernde Führerschaft in der Weltmode ihre Stellung in der Weltpolitik zu festigen. Der Deutsche Werkbund hat die Arbeit Dr. Sterns als klarstellend und wegweisend angelegentlich empfohlen. — Ein wenig erfreuliches Kapitel — nichts weniger als von deutscher Weltherrschaft — hat sich Leonore Riessen-Deiters gewählt: „Krieg, Auslandbeutschtum und Presse" (Heft 27). Sie beklagt tief die Unzulänglichkeit unsers deutschen Nachrichtendienstes und das Fehlen einer ausreichenden Organisation, welche die vielen Millionen Deutschsprechender in der ganzen Welt in Fühlung bringen könnte. Jedermann wird der Verfasserin mit Interesse folgen, wenn sie einige Mittel und Wege angibt, wie diesem Mißstand abgeholfen werden könnte. — Lebhaftes Interesse wird auch den vortrefflichen Ausführungen zuteil werden, die Prof. Martin Rade, der hochangesehene Herausgeber der „Christlichen Welt", niedergelegt hat unter dem Titel: „Dieser Krieg und das Christentum" (Heft 29). Wer an den geistigen und religiösen Strömungen unsrer Zeit nicht vorbeigehen will, dem wird der Verfasser nachhaltige Anregung bieten. Er untersucht, welche Rolle in diesem Kriege das Christentum bei den einzelnen Völkern spielt und insbesondere bei unserm deutschen Volke. Seinem Wunsche, daß die innere Erneuerung, die bei Kriegsausbruch zutage getreten ist, nach dem Friedensschluß auch auf die Weltergestaltung der kirchlichen Dinge wirken möge, werden wir gewiß von ganzem Herzen zustimmen.

Rezensionsexemplare für die „Deutsche Revue" sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Uebersetzungsrecht vorbehalten.

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart — Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württemberg

Digitized by Google

Ger.

Deutsche Revue

Eine Monatschrift

Herausgegeben von

Richard Fleischer

Vierzigster Jahrgang. Zweiter Band
April bis Juni 1915

Pur.

Stuttgart und Leipzig 1915 Deutsche Verlags-Anstalt

Digitized by Google

Digitized by Google

Inhalt

des

Zweiten Quartal-Bandes des Jahrgangs XL.

(April bis Juni 1915)

Seite

Erinnerungen an Bismarck: Vorwort von Erich Marcks. — Zwei Monate Dienst in Friedrichsruh. Von A. v. Brauer. — Zwei Berichte des Gesandten von Bismarck aus Paris. Mitgeteilt von L. Raschdau 1

Briefe von Frau Johanna v. Bismarck 23

Philipp Zorn: Wer trägt die Schuld? Eine völkerrechtliche Untersuchung. Zweiter Artikel 30

Archivrat Dr. **Lulvès**, (Hannover): Frankreichs Widerstand gegen die letzten Einheitsbestrebungen der Italiener 50

Professor **Carl v. Noorden** (Frankfurt a. M.): Hygienische Betrachtungen über Volksernährung im Kriege 64

Wolfgang Windelband: Oesterreichs Balkanpolitik im Urteil eines russischen Staatsmannes 83

A. Sommerfeld (München): Zu Röntgens siebzigstem Geburtstag . . 85

Professor Dr. **M. Pappenheim**, Geh. Justizrat (Kiel): Das Geleitrecht im Seekriege 92

Martin Conrad: Zwei Reisen an den Hof des Kaisers Nikolaus I. von Rußland im Jahre 1850. Aufzeichnungen des damaligen preußischen Majors v. Schlegell (Schluß) 95

Professor Dr. **K. B. Lehmann**, Direktor des hygienischen Instituts Würzburg: Das Fleckfieber und seine Bekämpfung 101

Fritz Hoffmann, Konteradmiral z. D. (Kiel): Der deutsch-englische Seekrieg 108

Jan Cyssen: Die Schweiz und Savoyen 115

v. Ahlefeld, Vizeadmiral a. D.: Die Dardanellen 121

Wolfgang Windelband: Urteile eines französischen Staatsmannes über Frankreich und die europäische Lage der neunziger Jahre . . 129

Paul v. Ebart (Coburg): Jugendbriefe Herzog Ernsts II. von Coburg-Gotha über Belgien 138

Friedrich Curtius: Zur Psychologie der Neutralen 151

F. v. Wantoch-Rekowski: Italienische Erinnerungen. III. 155

Graf Vay von Vaya und zu Luskod E. A. S. M. — A. P.: Heimwärts über Russisch-Asien 169. 334

Dr. **Julius Hatschek**, Universitätsprofessor (Göttingen): Englands Vasallenstaaten in Indien. Eine staatspolitische Studie 178

Digitized by Google

Seite

Kirchhoff, Vizeadmiral z. D.: Die Lehren des Kreuzerkrieges 195
Dr. A. v. Dauckelman, Geh. Reg.-Rat (Schwerin): Der Bankrott der Kongoakte 198
Wilhelm v. Massow: Gefühl und Politik 213
F. Wohltmann (Halle a. S.): Unsre Feldbestellung und die ferneren Aussichten unsrer Volksernährung 226
Regierungsrat Johannes Neuberg: Der Krieg und die Gesetze, die er brachte 229
Dr. Theodor v. Frimmel: Ein Brief Anselm Feuerbachs an den Minister Strehmayr 238
Prof. Dr. P. Rohland (Stuttgart): Der Krieg und die Industrie . . . 241
Die Pflicht des Nichtkombattanten 247
Die Dardanellenschlacht. Auszug aus einem Schreiben des Generalfeldmarschalls Freiherrn von der Goltz an den Herausgeber der „Deutschen Revue" 249
„Lusitania" 253
Generalleutnant z. D. H. Rohne: Zu den Artilleriekämpfen des gegenwärtigen Krieges 255
Archivrat Dr. Lulvès (Hannover): Die Wechselbeziehungen zwischen Italien und Rußland in der Geschichte I. 268
Oberhofprediger Dr. Dryander: Jesu Stellung zum Patriotismus . . 279
Professor Lammasch: Erinnerungen an die Haager Friedenskonferenzen 286
Freiherr v. Hengelmüller: Graf Alois Károlyi. Ein Beitrag zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Diplomatie. VII. 294
Prof. Dr. Adolf Schmidt (Halle): Praktische Aufgaben der Rassenhygiene nach dem Kriege 301
Karl Alexander v. Müller: Aus den Tagen der deutschen Besetzung Frankreichs 1870 318
Paul v. Ebart (Coburg): Jugendbriefe des Herzogs Ernst II. von Sachsen-Coburg-Gotha aus Bonn 345
Conrad Bornhak: Rußland und Finnland. Erinnerungen und Ausblicke 353
Prof. Dr. Eugen Oberhummer (Wien): Amerikanische und europäische Städte 359
Gallipoli 367
Dr. H. Michelhaus: Wissenschaft und Kriegführung 369
A. v. Kirchenheim: Eine Erinnerung zum 18. Juni 375

Kleine Revuen

Literarische Berichte 125. 250. 376
Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes 127. 252

Digitized by Google

Erinnerungen an Bismarck

Unter diesem Titel erscheint zum hundertsten Geburtstag des großen Kanzlers ein Band „Aufzeichnungen von Mitarbeitern und Freunden des Fürsten, in Verbindung mit A. v. Brauer gesammelt von Erich Marcks und Karl Alexander v. Müller".[1]) — Wir glauben unsern Lesern keinen besseren Hinweis auf dieses Buch, das eine der schönsten Bereicherungen der Bismarckliteratur bilden wird, geben zu können, als daß wir das Vorwort aus der Feder des einen der Herausgeber, Geheimen Rats Professor Marcks, des berufenen Biographen Bismarcks, und zwei Abschnitte des Buches, in denen überwiegend Bismarck selbst zu Worte kommt, hier wiedergeben. Unsre Leser werden mit uns dem Herausgeber sowie dem Herrn Staatsminister a. D. v. Brauer und Wirklichen Geheimen Rat Raschdau für die uns freundlich gewährte Erlaubnis zum Abdruck dankbar sein.

Vorwort von Erich Marcks

Seinen Deutschen ist Fürst Bismarck niemals gegenwärtiger gewesen als in diesen Monaten des großen Kriegs. In dem Aufschwunge, den seine Nation im Innersten genommen hat, lebt keine Kraft unsrer Vergangenheit so ungebrochen und so schöpferisch auf wie er; er ist der Inbegriff des Ideales, der Einheit, der Stärke, wie je zu seinen Erdentagen, und Fragen und Wünsche streben aus dem gewaltigen Drange dieses Kampfes, so wie dieser Kampf sie stellt, von den Tausenden hin zu ihm: er bleibt der Führer und Meister, obwohl die Aufgaben sich gewandelt haben und jede der Einzellehren, die er dereinst gegeben hat, übersetzt sein will in die veränderten Verhältnisse einer neuen Zeit. Die große Lehre seines Wesens aber, die Lehre der Kraft und der Hingabe, des Ernstes und des Willens, die Lehre, die sein Name ganz von selber ausstrahlt, wird an seinem Feiertage unmittelbar und unverwandelt zu uns sprechen, als stünde er mitten zwischen uns.

---

[1]) Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart. Preis geheftet M. 8.—, in Halbleder gebunden M. 10.50.

Copyright 1915 by Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

Dieses Buch ist kein Erzeugnis des großen Krieges. Sein Plan trat seinem Herausgeber im Frühjahr 1914 nahe, im ersten Vorblick auf den hundertsten Geburtstag, dessen Feier ja schon damals und damals vollends selbstverständlich erschien. Wir gingen damals von dem Bewußtsein der Notwendigkeit aus, persönliche Quellen zu Bismarcks persönlicher Geschichte zu erschließen, solange sie noch fließen könnten, von dem Bewußtsein der Einzigartigkeit dieses Anlasses und dieser Möglichkeit, Mitarbeiter und Freunde des Fürsten, die noch unter uns weilen, zum Sprechen zu bringen.

Der Krieg schien diese Quellen zunächst lediglich zu verschütten: so stark trat die erschütternde Gegenwart zuerst in den Vordergrund. Aber der Gedanke erhob sich doch wieder; nur haben nunmehr nicht alle ihm folgen können, die ihm zunächst zugestimmt hatten; einige unter den erlauchten Zeitgenossen des alten Kanzlers riß die Politik an sich und hat sie unserm Werke der Betrachtung entführt. Den anderen aber erschien es wie eine Entlastung, in der gewaltigen Spannung dieses Winters sich selber wirkend mitzubetätigen, und sei es, in diesem Falle, auch nur mit Erinnerungen: denn auch diese bedeuten eine innere Erwärmung, eine Mehrung des großen Wärmevorrats, von dem unser Volk in diesem riesenhaftesten seiner Daseinskämpfe seelisch lebt. Seitdem ist es ja überdies immer deutlicher geworden, daß Deutschland den Bismarcktag inmitten dieser Kämpfe erst recht zu begehen entschlossen ist. Wir haben zu unsrer hohen Freude eine Anzahl von Beiträgen sammeln können, die wir heute vorlegen, mit einem Worte herzlichen Dankes an ihre Verfasser. Ich darf aussprechen, daß Herr v. Brauer dabei das Entscheidende getan hat; die Herausgabe fiel den zwei Historikern zu.[1])

Die Erinnerungen behandeln begreiflicherweise ganz überwiegend Bismarcks spätere Zeit: die achtziger Jahre stehen im Vordergrund. Die größten Schöpferjahre waren vorüber, das Reich war da, er hatte es seit 1871 nach außen und innen befestigt, er selber stand auf der Höhe seiner Macht, und das Geheimnis umwob seine Wirksamkeit und seine Erscheinung. Er hatte im Innern seine letzte große Wendung gemacht, zur wirtschaftlich-sozialen Politik, die ihn verfassungspolitisch nach rechts hinüberführte. Er schloß damals das Zeitalter der Reichsgründung in mächtigem Systeme einheitlich und allseitig ab. Er stellte die auswärtige Politik auf die Grundlage des Dreibundes und griff von ihr aus jahrelang in die vorderste Weite der Welt, er gewann Deutschland ein Kolonialreich; seine Hauptsorge freilich kehrte stets auf den Kontinent, zumal an den Balkan zurück; er lag in der Defensive, aber er beherrschte von seiner Stellung in der Mitte Europas her das Getriebe der Weltmächte mit wundervoller Meisterschaft. Das alles klingt durch die Aufsätze, die wir aufgereiht haben, hindurch. Er kämpfte nach allen Seiten hin und zürnte gern: aber er siegte immer wieder und setzte sich und sein Werk durch. Es sind die Zeiten,

---

[1]) Das Technische daran hat Herr v. Müller auf sich genommen. Erläuterungen und Anmerkungen haben wir absichtlich so knapp gefaßt wie nur möglich.

Digitized by Google

in denen Lenbach seine Erscheinung majestätisch festgehalten hat; in denen Schweninger dem Sechziger und Siebziger neue Kräfte des Leibes und neuen Schwung der Wirkung sicherte.

Denen, die ihm nahe traten, erschloß Fürst Bismarck auch in diesem Jahrzehnte die ganze Fülle seines Wesens. Der politische Inhalt stand immer voran: sein Herz floß über von dem, was bei Tag und Nacht so rastlos in ihm arbeitete; auch seinem klugen Hamburger Hausarzte hat er das in reichem Erguſſe mitgeteilt, den Inhalt dieser Gegenwartskämpfe, seine Geschichte, seine Gedanken. Echten Menschen öffnete er sich überall in zwangloſem und sorgloſem Vertrauen, in der großartigen und großherzigen Echtheit, die ihm selber natürlich war, lebensvoll in allem, heiter und fein, sprühend und blitzend, aber zugleich erwärmend, von tiefster Menschlichkeit, aus der plötzlich Tiefsinn, Schärfe und Größe überwältigend emporstiegen, stets in innerer Bewegung, ringend und schaffend, in jeder Stunde der ganze Bismarck. Sein Volk hatte damals, während er selber sich in die Stille zurückzuziehen liebte, aus den Briefen an Frau und Schwester, aus den Versailler Gesprächen bei Moritz Busch, die erste intime Kunde von der menschlichen Art des Gewaltigen empfangen, dem er Einheit und Kraft verdankte. Seitdem sind neue Berichte hinzugetreten, von Christoph v. Tiedemann und manchem sonst; wir können sie hier durch eine Anzahl ganz persönlicher Spiegelungen von den verschiedensten Seiten aus ergänzen: von seinen Mitarbeitern in auswärtiger und innerer Politik, von dem Seelsorger, dem Arzte, der jüngeren Freundin, dem altverbundenen Gutsnachbarn. Jeder hat ihn mit eignen Augen, in besonderer Betrachtungsweise gesehen, und jene Züge der Feinheit und Frische, der Güte und der Stärke sahen sie alle. Sie haben ihn in die Zeiten begleitet, wo er auch andern als diesen Nächsten sichtbar und zugänglich wurde: in die Jahre nach der Entlassung, die Jahre schwerer Tragik, die das Bild seiner Persönlichkeit und seines Reiches zugleich zum unvergeßlichen Besitze der Tausende gemacht haben, die zu ihm wallfahrten in den Sachsenwald.

Wer den großen und harten Kämpfer wirklich gekannt hat, hat ihn aus der Tiefe des Herzens geliebt. Die dankbare Liebe, die, nach der ersten Erstarrung und Hilflosigkeit, dem Gestürzten aus der breiten Mitte seiner Nation entgegenflutete, hat ihn, der an politische Dankbarkeit zu glauben verlernt hatte, überrascht und gerührt. Die Liebe der alten engen Freunde aber hat er lebenslang mit einer schlichten Treue festgehalten, die die Welt an dem Titanen nicht ahnte. Die Fäden laufen auch in unsrem Buche von den neunziger Jahren bis in die fünfziger und vierziger zurück, bis in die Tage seiner pommerschen Jugendkämpfe, bis in die hellen freudigen Zeiten seiner Frankfurter Gesandtschaft. Aus beiden klingen hier eigene Worte Bismarcks wieder: in Reinhold v. Thaddens Erinnerungen, die eine dem Biographen altvertraute wertvolle Quelle zu Bismarcks Jugendgeschichte sind, in den Briefchen und Briefen aus Frankfurt und Petersburg; sie klingen weiter bis in die letzten Lebensjahre hinein. Wir haben ihnen politische Aeußerungen aus des Fürsten Munde und

Digitized by Google

Feder anreihen dürfen: Politisches und Persönliches ist eben auch da miteinander durchdrungen, das Politische, wo immer es begegnet, von scharfer Leuchtkraft, das Persönliche in den Briefen ganz bismarckisch, ernst oder scherzend, für jeden Empfänger anders abgestimmt, immer liebenswürdig und eigen — ein jedes Schriftstück wie ein jedes Gespräch in jener Sprechkraft, die unvergeßlich und unverkennbar ist und deren Besonderheit auch seine politischen Mitarbeiter gebieterisch in ihren Bann riß und zugleich zum Genusse und zur begreifenden Analogie aufrief.

Aus den Kreisen der alten Freunde stammt auch der letzte Ton, den unsre Sammlung anschlägt: die Reihe von Briefen von Bismarcks Frau. Wie merkwürdig hallen da die südwestdeutschen Laute, die ihr dereinst am Maine so lieb geworden waren, in die ganz ostdeutschen ihrer eignen Ausdrucksweise hinein, die sie nie verleugnete, in die Lautformen und in die zärtlichen Diminutive ihrer Heimat! Wie unzerstörbar braust die Frische dieses Temperamentes und dieser Liebeskraft durch die sprühende Lebendigkeit ihrer Briefworte dahin, wie sie lebenslang um ihn selber, den sie ihr Ottochen nannte, dahingebraust sind, immer nur kreisend um ihn und sein Wohl, in Güte und Zorn, mit einer Stärke und einer Echtheit, die der seinen verwandt war, unendlich frauenhaft in Sorge, Leidenschaft, Ausschließlichkeit, in rastloser wohltuender Liebe, die ihn einhüllte, in springender Beweglichkeit, die ihn anzog und anregte bis an ihr Ende. Sein großes historisches Leben war von diesem persönlichen Leben eingefaßt, und wer die Wurzeln seiner Stärke verstehen will, darf es davon nicht ablösen.

Persönlichkeit und Werk sind in ihm noch untrennbarer als bei den meisten seiner großen Berufsgenossen: sein Volk schaut beides zugleich an und findet in dem Schöpfer des neuen Deutschlands mit selbstverständlicher Liebe und selbstverständlichem Begreifen das hohe Bild eines ganz deutschen Menschentums. Ebendaraus quillt uns Erbauung und Erfrischung, Belehrung und Hoffnung entgegen. Zu seinem Feste wird er vor seinen Deutschen stehen, als Tröster, Festiger, Führer, als ihr Ausdruck von Kraft und Zukunft. Der Gedanke, daß Er war, und die Empfindung, wie Er war, daß er und wie er der Unsre ist nach seinen Taten und in seinem Wesen, hoch über uns gesteigert und doch gegründet in der gemeinsamen Tiefe unsres Volkstums — dieser Gedanke ist zu diesem 1. April für unser Volk eine Stärke und eine Erhebung. Unser Buch will dazu helfen, ihn so emporzurufen, und möchte der großen und strengen Zeit zu seinem Teile dienen. Später mögen diese Erinnerungen in hellere friedlichere Tage mit hinübergehen, als freie, heitere und kräftige Begleiter für so manchen, der auch dann noch und immer wieder nach Bismarck fragen, den Austausch mit dem Unerschöpflichen suchen und dem Klange seiner menschlichen Stimme in Ergriffenheit und Freude lauschen wird.

Digitized by Google

Zwei Monate Dienst in Friedrichsruh

Von A. v. Brauer

Von 1881 bis 1888 war ich vortragender Rat in der politischen Abteilung des Auswärtigen Amts. Ich hatte die orientalischen Angelegenheiten zu bearbeiten.

Im März 1888 wurde ich zum Vertreter Deutschlands bei der ägyptischen Regierung ernannt. Aber ich blieb in enger Fühlung mit dem Amte. Schon im Sommer des gleichen und im Herbst des folgenden Jahres ward ich wieder nach Berlin gerufen, um in der politischen Abteilung während der Urlaubszeit auszuhelfen.

Den Dienst beim Fürsten in Friedrichsruh hatte damals, wie gewöhnlich, der Chef der Reichskanzlei Geheimer Rat v. Rottenburg zu besorgen. Als dieser plötzlich zu seiner sterbenden Frau nach London gerufen wurde, mußte Ersatz geschafft werden. Graf Herbert Bismarck schlug mich seinem Vater vor. Ich wurde angenommen.

Am 15. September 1889 fuhr ich nach Friedrichsruh.

Spät am Abend war ich angekommen. Gleich am andern Morgen sollte der Dienst beginnen. Die Tageseinteilung war folgende:

Zwischen 8 und 9 Uhr wurde ich vom Kanzleidiener mit der Meldung geweckt: „Seine Durchlaucht haben soeben geklingelt." Das war Mahnung zum raschen Aufstehen. Man wußte, daß von da bis zu seinem Erscheinen etwa eine Stunde verging. So lange hatte man also Zeit, sich anzukleiden, den Morgenimbiß einzunehmen und die in der Nacht eingetroffenen Briefe, Berichte und Telegramme durchzusehen und zu ordnen.

Ich bewohnte im oberen Stock des Mittelflügels ein helles, geräumiges Zimmer. Bequeme, etwas altfränkische Möbel und eine prächtige Aussicht auf den in allen Farben des Herbstes strahlenden Park gaben dem Zimmer ein höchst gemütliches Gepräge. Doch hatte ich nicht viel davon, da ich das Zimmer den Tag über nur selten und nur auf Augenblicke betrat.

Sobald ich angekleidet war, begab ich mich in mein Arbeitszimmer, das zu ebener Erde unmittelbar neben den Wohnräumen des Fürsten lag.

Gegen zehn Uhr erschien der Kanzler, begleitet von seinen beiden großen Hunden. Nach dem üblichen Morgengruß entspann sich gewöhnlich ein kurzes Gespräch, bevor es an die Arbeit ging. Der Fürst trat ans Fenster, besah sich Thermometer und Himmel und knüpfte daran eine mehr den Landwirt als den Staatsmann verratende Bemerkung, wie etwa die, daß das Wetter der Wintersaat günstig oder den jungen Baumpflanzen schädlich sei, daß wir auf den Nachmittag Regen haben könnten u. dgl. Auch ließ er oft hören, daß er schlecht geschlafen habe. Ein Lob seines Schlafes oder seiner Gesundheit überhaupt sprach er selten aus. Nur vor Ausländern, bei denen für gesund zu gelten ihm

Digitized by Google

politisch nützlich erschien, konnte er sich wohl im Preise seines Befindens ergehen.

Von diesen Frühgesprächen ist mir eins besonders in Erinnerung geblieben. Es war an einem jener trüben, bleigrauen Novembermorgen, als sich der Fürst mürrisch an das feuchte Fenster stellte und sagte: „Heut beim Aufstehen kam mir der Gedanke, wie es doch recht merkwürdig ist, daß gerade die Völker, denen die Sonne besonders heiß auf den Schädel brennt, sie als Gott verehren. Alle Sonnen- und Feueranbeter wohnten im heißen Süden, wie die Assyrer, Phönizier, Perser. Den Völkern des Nordens ist dieser Kultus nicht in den Sinn gekommen. Und doch hat man in unserm Klima gewiß mehr Grund zu Dankbarkeit und Freude, wenn die seltene Sonne am Himmel sich zeigt, als da, wo sie sengende Glut und oft Gefahr und Verderben bringt. Aber die alten Germanen verehrten nicht die Sonne, sondern den Blitz und den Donner."

Es entstand eine Pause. Während ich über die Worte nachdachte, fügte er hinzu: „Auch hierin zeigt sich die Hundenatur der Menschen. Sie lieben und verehren den, vor dem sie sich fürchten." —

Ehe sich der Fürst nach solchen kurzen Gesprächen zum Gehen wandte, pflegte er einen mißtrauischen Blick auf meine Vortragsmappe zu werfen und, wenn sie geschwollen aussah, seufzend zu bemerken, es scheine wieder „viel Arbeit zu geben", oder auch: „wahrscheinlich langweilige Kolonialsachen." Ich beruhigte ihn mit irgendeiner Redensart und folgte ihm ins Vortragszimmer.

Als solches wurde das Eßzimmer benutzt. Es war nicht recht einzusehen, weshalb dieser etwas kalte, unbequem gelegene Raum als geistige Schaffensstätte dienen mußte. Der Gebrauch stammte wohl aus der vorschweningerischen Zeit, in der der Fürst sein Schlafzimmer erst zum zweiten Frühstück verließ und der Vortrag unmittelbar an dieses sich anreihte.

Aber auch im Vortragszimmer, wenn sich der Fürst in seinen Sessel niedergelassen und die Beine nach ärztlicher Vorschrift auf einen Stuhl ausgestreckt hatte, während der Diener Zitronensaft (später leichten Moselwein) auf den Tisch stellte, mußte er noch, wie er sich ausdrückte, „gegen seine natürliche Faulheit ankämpfen". Er las zunächst die Meldungen der Wolffschen Telegraphenagentur und — hätte dann am liebsten nach den Zeitungen gegriffen. Durch ein geschicktes Manöver mußte ich rasch die Mappe mit den Eingängen zwischen den Kanzler und seine Zeitungen schieben. Wenn dies mißlang, was einige Male vorkam, vertiefte er sich so sehr in die Erzeugnisse der Tagespresse, daß er Rat und Arbeit vergaß. Ich griff dann auch nach einer Zeitung. Es konnte so eine halbe, einmal sogar eine ganze Stunde vergehn, bis sich der Fürst mit den halb verdrießlichen, halb verlegenen Worten mir zuwandte: „Es sind wohl noch andere Sachen vorhanden?"

Merkwürdig, wie ungern der große Staatsmann, der doch alles selber leiten und bestimmen wollte, jeden Morgen an die Arbeit herantrat. Es wird wohl nicht immer so gewesen sein. Wahrscheinlich war die frühmorgendliche Arbeitsunlust erst mit dem Alter gekommen. Hatte er aber endlich angefangen

Digitized by Google

und das erste Schriftstück in Händen, war er auch gleich ganz bei der Sache. Man konnte ordentlich an seinem kahlen Schädel beobachten, wie das mächtige Gehirn arbeitete. Die Kopfmuskeln zogen sich zusammen; auf dem Schädel entstanden Wellenlinien; die Falte zwischen den Augen war tiefer; die buschigen Brauen sträubten sich.

Gewöhnlich wurde bis gegen 1 Uhr gearbeitet. Der Fürst las die von mir nach Gegenstand und Amtsstelle geordneten Eingänge durch, machte mit seinem langen Bleistift knappe Randvermerke über die Art der Erledigung oder gab mir eine allgemeine mündliche Weisung, in welchem Sinne eine Sache weiter bearbeitet werden solle. Ueber umfangreiche oder verwickelte Angelegenheiten ließ er sich Vortrag halten.

Der Vortrag mußte kurz, bestimmt und sachlich sein. Sonst wurde er ungeduldig. Längere Ausführungen in Berichten oder Zeitungen, die er aus irgendeinem Grunde wörtlich kennen lernen wollte, ließ er sich niemals vorlesen; er las sie selbst für sich und knüpfte daran seine Weisungen.

Meine Vortragsart schien ihm zu gefallen. Wenigstens sagte er drei Wochen nach meiner Ankunft zu Schweninger: „Wir haben uns sehr aneinander gewöhnt." Einem andern gegenüber rühmte er meinen „ruhigen, eleganten Vortrag". Das machte mich nicht wenig stolz. Denn er war karg mit Lob und Anerkennung.

Besonders wichtige Weisungen diktierte der Fürst.

Wie er im Reichstag, namentlich zu Beginn der Rede, oft mühsam und stockend sprach, so war's auch beim Diktieren. Er besann sich manchmal auffallend lang auf einen Ausdruck oder eine Wendung, manchmal so lang, daß ich glaubte, er habe den Faden verloren und denke an andre Dinge. Das war aber nie der Fall, und wenn er das gewollte Wort hatte, war es packend und scharf — das beste, das sich finden ließ. Dann ging das Diktat eine Zeitlang so flott weiter, daß es schier unmöglich war, mit Feder oder Blei nachzukommen. Niemals nahm er einen Ausdruck zurück oder ersetzte ihn durch einen andern. Manchmal rang er förmlich mit seinem Geiste, um die richtige Wendung zu finden. Man sah, wie sein Kopf arbeitete. Er keuchte und prustete und wischte sich den Schweiß von der Stirne. Schließlich kam er immer auf das, was er wollte. Ich habe niemals erlebt, daß er etwa, wie dies andern beim Diktieren gelegentlich zu ergehen pflegt, den Faden verloren und ärgerlich abgebrochen hätte. Es war manchmal ein harter Kampf um den richtigen Ausdruck, aber immer ein siegreicher.

War das Diktat zu Ende, war es wie aus einem Guß. Und machte wie seine Reden den Eindruck eines abgeschlossenen Kunstwerks. —

Während dieser Stunden durfte niemand das Eßzimmer betreten. Nur die Fürstin genoß das Vorrecht, dem Vortrag anzuwohnen. Sie kam und ging, setzte sich zuweilen an den Tisch neben ihren Gatten, las Zeitungen oder schrieb Briefe und paßte scharf auf, daß ihr Ottochen fein ausgestreckt da lag, sich der Decke für die Füße bediente und die vorschriftsmäßigeu Getränke nahm. Um

Digitized by Google

die Weltgeschichte, die zu der Stunde in diesen Räumen gemacht wurde, kümmerte sie sich blutwenig. Nur wenn ihr ein bekannter — geliebter oder gehaßter — Namen ans Ohr schlug, fuhr sie gelegentlich mit einer Bemerkung dazwischen. Der Fürst achtete nicht darauf und gab keine Antwort.

War die Arbeit endlich erledigt, machte der Kanzler noch einen kleinen, etwa halbstündigen Spaziergang. Ich bereitete mich inzwischen in aller Eile auf den Nachmittagsvortrag und beförderte Briefe und Telegramme.

Der Dienst war gut organisiert. Man hat nicht mit Unrecht gesagt, er vollziehe sich rascher und pünktlicher, als wenn der Fürst in Berlin anwesend sei. Denn während in Berlin die Schriftstücke viele Bureaus durchlaufen mußten, bis sie vom Referenten zum Kanzler und wieder zurückgelangten, auch ein Minister oder Rat nicht immer gleich mündliche Weisung sich holen konnte, lag hier in Friedrichsruh der ganze Dienst — Vortrag, Ausarbeitung und Ausfertigung — in der Hand eines Rates. Die Ergebnisse der täglichen Friedrichsruher Arbeit waren stets am andern Morgen in den Händen der Berliner Ressorts. Bei eiligen Sachen sogar noch selbigen Abend.

Wenn der Diener meldete: „Seine Durchlaucht haben sich zum Frühstück begeben," versammelten sich schleunigst alle Hausgenossen gleichfalls im Eßzimmer. Nicht zu vergessen der Hunde, die gewöhnlich als die ersten das Zimmer betraten.

Das Frühstück sollte nach Schweningers Vorschrift nur aus zwei Gängen bestehen. Da aber die Fürstin daneben auch Reste der vorhergehenden Tage sowie die Tribute der Güter und allerlei eßbare Geschenke auf den Tisch stellen ließ und der Fürst die kleine Schwäche hatte, nichts unversucht vor sich sehen zu können, so ward die ärztliche Anordnung doch häufig überschritten.

Beim Frühstück begann der zweite Vortrag. Schon wegen der Gäste verschiedenster Färbung, die oft anwesend waren, wurden dieser Stunde minder wichtige Angelegenheiten vorbehalten. Jetzt kamen auch allerlei Kuriosa, Gedichte, Ratschläge zur Besserung der Gesundheit oder der politischen Zustände, Briefe von Erfindern und Weltbeglückern und ähnliches zum Vortrag. Natürlich trug ich solche Dinge nur dann vor, wenn keine dringenden Geschäfte mehr vorlagen und wenn mir die Eingänge geeignet schienen, den großen Mann in heitere Stimmung zu versetzen. Andernfalls wanderten sie still „zu den Akten".

Ferner wurden in dieser Stunde die Liebesgaben und Ehrengeschenke vorgelegt, die tagtäglich aus aller Herren Ländern ankamen, kostbare und einfache: Bücher und Bilder, Weine und Schnäpse, köstliches Obst und warme Handschuhe, Stöcke und Mützen, oft von überaus rührenden Schreiben in Prosa und in Versen begleitet.

Die eingegangenen Bücher blätterte er durch und nahm viele mit sich in sein Zimmer. Aber niemals solche, die mit lateinischen Buchstaben gedruckt waren. Die Druckschrift konnte ihn des Verfassers und des Inhalts wegen noch so sehr interessieren — einerlei! sah er die lateinischen Zeichen, legte er sie mißmutig beiseite und befahl mit gerunzelter Stirne: „Schreiben Sie dem

Digitized by Google

Mann, daß meine Zeit mir nicht erlaubt, deutsche Bücher zu lesen, die mit lateinischen Lettern gedruckt sind." Er wollte ausgerechnet haben, daß er 80 Minuten brauche, um die gleiche Zahl von Seiten eines mit lateinischen Buchstaben gedruckten deutschen Buches zu lesen, die ihm deutsch gedruckt nur 60 Minuten kosten würde.

Die oft recht hartnäckigen Streitereien der einzelnen Dienstzweige und ihrer Geheimräte über praktisch ganz gleichgültige Dinge pflegte der Fürst geringschätzig Doktorfragen zu nennen. Sie erregten oft seinen Unmut. „Für unfruchtbare Phrasendrescherein habe ich keine Zeit," sagte er wohl, oder schrieb's an den Rand, und brach damit dem Beamtengezänk die Spitze ab.

Gelegentlich konnten ihm aber solche Dinge auch Vergnügen machen. Sie mußten freilich zur rechten Zeit an ihn herantreten und durften die laufenden Geschäfte nicht aufhalten, auf deren rasche und einfache Erledigung er den größten Wert legte.

So machte ihm die folgende Angelegenheit Spaß, die während meines Dienstes in Friedrichsruh an ihn herantrat und über die er auch bei Tisch noch öfters redete.

Unter den deutschen Universitäten herrschte Uneinigkeit darüber, wie in Doktordiplomen und anderen lateinischen Urkunden der Kaisertitel im üblichen Eingang: „Unter der Regierung Wilhelms, Deutschen Kaisers, Königs von Preußen" usw. im Lateinischen wiederzugeben sei. Mit der Beharrlichkeit und Gründlichkeit deutscher Professoren stritt man hin und her. Manche wollten „Germaniae Imperator". Andere hielten nur „Germanorum Imperator" für richtig. Sogar „Imperator Germanicus" (also eigentlich Besieger der Deutschen!) wurde von einigen verteidigt. Auch „Imperator Germanus" kam in Vorschlag.

Schließlich rief man die Entscheidung des preußischen Kultusministers an. Herr v. Goßler berichtete nach Friedrichsruh, weil es sich um eine deutsche Angelegenheit handle, daher der Reichskanzler mitzuwirken habe.

Die verblüffend einfache Bismarcksche Entscheidung lautete: Erstens sollten die Universitäten statt Lateinisch lieber gutes Deutsch schreiben; er sehe nicht ein, wozu der lateinische Gelehrtenzopf heute noch nötig sei. Zweitens schreibe man an seinen eignen Monarchen ohne Beifügung des Ländernamens; man solle also, wenn es durchaus Lateinisch sein müsse, auf den preußischen Hochschulen kurzweg schreiben: „Imperator et Rex" und auf den außerpreußischen „Imperator, Borussiae Rex".

Um zu zeigen, daß er mit dieser Entscheidung nicht etwa der Frage ausweichen wollte, fügte er hinzu, daß ihm die Bezeichnung „Germanorum Imperator" die richtigste zu sein scheine.

Zuweilen kamen auch wichtigere Dinge beim Mittagsvortrag zur Sprache. Ich verschob nicht ungern solche Sachen, bei denen ich den Zorn des Kanzlers fürchtete, auf die Mittagsstunde, namentlich wenn ihm sympathische Gäste anwesend waren. Während er dann in heiterer Stimmung halb an deren Ge-

Digitized by Google

spräch teilnahm und meinem leisen Vortrag ungeduldig zuhörte, konnte ich ihm manches abringen, was in dem ernsteren und rein geschäftlichen Vormittagsvortrag nicht leicht zu erreichen gewesen wäre. Manchem Beamten, der mit mehr oder weniger Grund des Gewaltigen Unmut erregt hatte, konnte ich „das Leben retten", was mir immer eine große Genugtuung war. In Abwendung drohender Gewitter, entstehender Differenzen und „Friktionen" konnte der dem Kanzler beigegebene Rat viel tun, weil das geringste scharfe Wort oder eine geschickt angebrachte boshafte Zwischenbemerkung einen beginnenden Widerwillen oder Verdacht des Kanzlers zu hellem Zorn anfachen konnte. Bei solchen Gelegenheiten immer mildernd und versöhnend zu wirken, machte ich mir zur strengen Pflicht.

War der Mittagsvortrag vorüber und die Pfeife ausgeraucht, pflegte der Kanzler auszufahren oder auszureiten. Waren Gäste anwesend, die der Fürst besonders auszeichnen oder mit denen er sich unter vier Augen noch weiter aussprechen wollte, lud er sie ein, in seinem Wagen mitzufahren. Meistens aber wurden die Gäste der Fürstin oder mir zur Spazierfahrt überlassen.

Entgegen seiner Gewohnheit in jüngeren Jahren, war der Fürst nach dem Frühstück oft nicht in der Stimmung, auszureiten. Schweninger wünschte es aber aus gesundheitlichen Gründen, „vorausgesetzt, daß das Wetter nicht gar zu schlecht" sei. Der Fürst erklärte nun nicht selten das Wetter für „zu schlecht" zum Reiten, wenn dies keineswegs der Fall war. Ich sprach ihm dann ehrlich zum Reiten zu. Nicht selten mit Erfolg.

Die Unlust zum Reiten dauerte aber immer nur bis zum Augenblick, da er im Sattel saß. Hatte er endlich seinen dicken Braunen zwischen den Schenkeln, konnte er nicht genug kriegen und kam gewöhnlich erst bei Dunkelheit und mit stark schwitzendem Pferd zurück.

Vom Ritt oder der Ausfahrt bis zur Hauptmahlzeit, die auf 6, $6^1/_2$ oder 7 Uhr angesetzt wurde, je nach der Stunde, zu der man zum Frühstück gekommen war, hielt sich der Fürst allein in seinem Zimmer auf. Er las jetzt Aktenstücke oder Broschüren, die er sich zum näheren Studium hatte geben lassen, erledigte Gutsangelegenheiten oder vertiefte sich auch wohl in einen alten Klassiker oder einen modernen Roman, wenn keine Arbeit vorlag.

Um diese Tageszeit sah ich den Fürsten selten. Ich betrat sein Zimmer nur, wenn es durchaus notwendig war, weil etwa eilige Sachen eingegangen waren oder ich noch eine Unterschrift brauchte, um die Abendpost abgehen lassen zu können. Noch seltener kam der Fürst um diese Zeit zu mir heraus, um eine Sache zu besprechen, die ihm durch den Kopf ging. Oder um — eine Disziplinaruntersuchung einleiten zu lassen wie bei dem folgenden drolligen Vorkommnis, das zugleich Zeugnis gibt von der rührenden, sorgenden Liebe des fürstlichen Paares zu ihren Kindern.

Der älteste Sohn Herbert begleitete damals den Kaiser auf dessen erster Orientreise. Wenn nur ein einziger Tag ohne Telegramm des Sohnes verlief, wurden Vater und Mutter unruhig und mißgestimmt. Als aber Herbert gar

Digitized by Google

aus Athen meldete, er sei infolge eines Fehltritts beim Besteigen des Schiffs seit der Abfahrt von Genua in ärztlicher Behandlung, herrschte große Sorge und Angst. Ich mußte sofort an den Gesandten in Athen telegraphieren und ihn für streng wahrheitsgetreue Meldung über das Befinden des Staatssekretärs verantwortlich machen. Es war rührend, wie Fürst und Fürstin sich gegenseitig einzureden suchten, daß sie gar nicht besorgt seien und daß dazu auch kein Anlaß vorliege.

Da kam plötzlich die Fürstin mit einem Telegramm in der Hand durch mein Arbeitszimmer gestürzt und eilte sichtlich erregt in das Zimmer ihres Gatten. Ich hörte noch, wie sie dem Fürsten zurief: „Hier ist die Antwort aus Athen!" Dann schlug die Türe zu.

Gleich darauf trat, nicht minder erregt, mein Kanzleisekretär ein. Ich frug ihn erstaunt, ob denn eine Antwort aus Athen eingetroffen sei und weshalb er das Telegramm nicht der Vorschrift gemäß zunächst mir vorgelegt habe.

Der Sekretär erzählte mir nun ziemlich kleinlaut, er habe gerade das Telegramm, nachdem er es entziffert, mir bringen wollen, da habe die Fürstin ihm auf der Treppe „aufgelauert" und es ihm aus der Hand gerissen und gelesen.

Was ich fürchtete, trat ein. Der Fürst kam zornig in mein Zimmer. Eine große Pflichtwidrigkeit liege vor; der Sekretär habe „unter Verletzung des Dienstgeheimnisses" ein amtliches Telegramm einer Privatperson ausgehändigt; das verlange strenges disziplinarisches Einschreiten gegen den „schuldigen Beamten"!

Mühsam beschwichtigte ich den Zorn des Fürsten, indem ich den Hergang erzählte. Anfangs meinte der Fürst, das sei keine Entschuldigung; ein Beamter habe sich zu wehren, wenn ihm jemand seine amtlichen Schriftstücke zu entreißen suche. „Aber Durchlaucht," sagte ich lachend, „was sollte der Arme tun? Er konnte doch keine Gewalt gegen die Fürstin anwenden!"

Der Fürst sah mich bitterböse an. „Weiberknechte sind schlechte Beamte!" knurrte er und verließ das Zimmer.

Es blieb unentschieden, ob er mit dem Weiberknecht und schlechten Beamten den Kanzlisten meinte oder mich, seinen kecken Verteidiger, oder uns beide. Aber die Sache war damit abgetan. Das Telegramm enthielt übrigens, wenn man nicht in übergroßer Sorge Unausgesprochenes zwischen den Zeilen lesen wollte, gar nichts Beunruhigendes. Graf Herbert war bald wieder hergestellt. —

Nach der Abendmahlzeit zog man sich in den Salon zurück. Der Fürst ließ sich die Pfeife anzünden. Die Gäste rauchten die vortrefflichen Havanna, die zu ihrer Verfügung standen, wenn sie es nicht vorzogen, die ersten Zigarrenernten aus Kamerun zu versuchen, die dem Kanzler kürzlich zugeschickt worden waren, aber nicht eben verführerisch schmeckten. Das Gutachten der Sachverständigen hatte in dem Satz gegipfelt: „Wenn man von Geruch und Geschmack absieht, kann der Kameruntabak dem besten Havannatabak an die Seite gestellt werden." Es klang ironisch, war aber ernst gemeint. Der Tabak zeigte schon bei der ersten Ernte eine solche Reinheit und Zartheit der Blätter, daß

Digitized by Google

man gute Hoffnungen hegen konnte. „Geruch und Geschmack" hoffte man mit der Zeit zu verbessern. Und hat sich darin nicht getäuscht.

Die Abende verliefen in gleicher Weise wie in Berlin. Der Kanzler nahm nur gelegentlich an den Gesprächen teil. Meist las er, längs ausgestreckt, seine Zeitungen. Zuweilen griff er auch zu Gedichten oder Novellen, die auf dem Tisch herumlagen. „Ich lese so was noch immer lieber als Kammerreden," oder „die Fabel ist gar nicht übel erfunden; die Verse sind ganz hübsch," sagte er nachsichtig, wenn andre an diesem oder jenem Schriftsteller manches auszusetzen fanden. Bei Beurteilung solcher Werke war er wesentlich milder als in der Kritik der Arbeiten seiner Räte.

Ueber die „Tischgespräche" an jenen Abenden habe ich nur weniges mitzuteilen. Manches ist auch heute noch zur Mitteilung nicht geeignet. Andres ist längst bekannt geworden. Es war ja nur natürlich, daß der Fürst, der die Kosten der Unterhaltung meistens allein zu tragen hatte, manche seiner lustigen oder ernsten Geschichten, die ihm bequem lagen, öfters zum besten gab. Daher ist den zahlreichen veröffentlichten Tischgesprächen des Kanzlers nicht leicht frische Zufuhr zu bringen. Zumal auch viele in die „Gedanken und Erinnerungen" aufgenommen worden sind.

Gern und oft erzählte der Fürst von seinen Beziehungen zu den vier Königen, denen er gedient hatte, und vom Geschlecht der Hohenzollern überhaupt. Er redete von Hohenzollernmut und Hohenzollerngeist, vom tiefen Pflichtgefühl der Hohenzollern, obgleich er gelegentlich behauptete, es sei eine nicht unbedingt erwiesene „Legende des Grafen Stillfried", daß die Preußenkönige Hohenzollern seien. „Früher fiel es keinem Menschen ein, die Dynastie als Hohenzollern zu bezeichnen. Man nannte sie Preußen oder mit besonderem Stolze Brandenburger — das brandenburgische Geschlecht. Daß die Burggrafen von Nürnberg von den Grafen von Zollern stammen, ist nicht einwandfrei erwiesen. Ich glaube fast, daß sie Babenberger gewesen sind, und das ist noch viel vornehmer."

Ueber die Zeit des großen Kriegs sprach Bismarck in diesen friedlichen ländlichen Tagen seltener, als ich dies von Berlin her gewohnt war. Die aus Busch und aus Poschingerschen Veröffentlichungen bekannte Geschichte vom Brand in Bazeilles erzählte er, als ein Kriegskamerad anwesend war, in der folgenden Gestalt:

„Am Morgen des 2. September ritt ich um Sedan herum, schon seit Stunden, mit einem Riesenhunger im Magen. Ich hatte seit beinahe vierundzwanzig Stunden nichts Ordentliches gegessen. Als ich hinter einem Wald vorritt, schlug mir plötzlich ein appetitlicher Geruch wie von gebratenem Fleisch mit Zwiebeln angenehm in die Nase. Ich dachte, da kochen Soldaten ab, da reitest du hin und nimmst teil am leckeren Mahle. Als ich die Richtung, woher der Geruch kam, eilig verfolgte, stand ich unerwartet vor dem brennenden Bazeilles, in dem bekanntlich viele Franzosenleichen verbrannt sind. Es waren die knoblaucheffenden Franzmänner gewesen, die so verführerisch dufteten. Der Appetit war mir jetzt freilich vergangen, trotz des knurrenden Magens."

Digitized by Google

Französische Schriftsteller haben, beiläufig bemerkt, in dieser Erzählung einen Beweis für Bismarcks Herzensroheit finden wollen. Das scheint mir eine recht mißverständliche Auffassung. Man kann ohne alle Herzenshärtigkeit für den grimmigen Humor Verständnis haben, der in der Gegenüberstellung des hungernden Magens und des vom Brande irregeleiteten Geruchsinnes liegt. Auch hat ja Bismarck selbstverständlich niemals an die von französischer Seite immer wieder aufgetischte Lügengeschichte geglaubt, als ob die Bayern bei der Erstürmung von Bazeilles unschuldige Dorfbewohner in die Flammen gestoßen hätten.

Wenn alte Freunde bei Tisch waren, sprach der Fürst besonders gern von seiner Jugend- und Studentenzeit.

„Der Mensch ist in der Erinnerung an seine vergangenen Tage dankbaren Gemütes. Er vergißt schnell die leidvollen Stunden und behält nur die erfreulichen Eindrücke im Gedächtnis, so daß ihm die Vergangenheit rosiger erscheint, als sie im Grunde war. Ich denke gern an meine Jugendzeit zurück, und doch, wenn ich genauer hinsehe, muß ich bekennen, daß ich viele melancholische und hypochondrische Anwandlungen hatte, die mir das Leben oft verbitterten."

Vom Pauken der Studenten sagte er einmal:

„Ich finde es nicht recht, daß die Pedelle heutzutage auch Verwundete abfassen und diese damit zur Flucht zwingen. Mancher unbedenkliche Schmiß hat durch Flucht einen bedenklichen Charakter bekommen. Zu meiner Zeit schob man die Blessierten einfach in ein Nebenzimmer, und wenn der Pedell aus Versehen das Gemach betrat, so übersah er die Herren. Einmal wurde ich allerdings, als der Pedell sich näherte, mit meinem blutenden Gegner in einen Hühnerstall gesperrt. Ich schrieb damals mit Kreide an die Stalltür: Raum ist in der kleinsten Hütte für ein glücklich liebend Paar."

„Es ist ein großer Fehler unsrer Richter," sagte der Fürst ein andres Mal, „daß sie sich anmaßen, „gerecht" sein zu wollen. Gerecht ist nur der allwissende Gott. Um jede Strafe wirklich gerecht abmessen zu können, müßte man in jedem Fall die weitestgehenden Untersuchungen anstellen. Man müßte das ganze Vorleben des Verbrechers auf das genaueste ergründen, seine Erziehung, Umgang, natürlichen Anlagen, die Anlagen seiner Vorfahren in vier oder fünf Generationen, sein körperliches und geistiges Befinden kennen und in Betracht ziehen — kurz, man müßte tun, was kein Mensch zustande bringen kann. Sagt man aber den Richtern, daß sie einfach als Vertreter der Gesellschaft das Notwehrrecht anzuwenden haben, so lehnen sie dies vornehm ab. Und doch ist es so. Die Abschreckungstheorie ist die einzig richtige Strafrechtstheorie."

Ueber den schlechten Amtsstil der Behörden konnte sich der Fürst gelegentlich sehr ärgern — oder auch heiter darüber spotten, wenn er sich gerade in entsprechender Stimmung befand.

„Früher stellte man merkwürdige Anforderungen an einen guten Amtsstil. Die Hauptsache war die Schablone, von der man nicht abweichen durfte. Ich erinnere mich noch mit Freuden meines ersten Chefs im Verwaltungsdienst, des

Digitized by Google

Konsistorialrats Besserer in Aachen. Als ich ihm meine erste größere Arbeit, einen Erlaß an einen Landrat, vorlegte, sah mich das kleine Männchen halb verächtlich, halb mitleidig an und meinte: „Das ist überhaupt gar keine rechte Verfügung. Das Wort „veranlassen" kommt ja nicht ein einziges Mal vor! Merken Sie sich dies ungemeine wichtige Wort und für Rügen das Wort Befremden."

„Die Pfarrer, die so viel von Menschenliebe reden," sagte er einmal, als von den Stöckerschen Agitationen die Rede war, „haben davon in praxi oft recht wenig. Gerade wie die Diplomaten, die auch gern das Wort Humanität im Munde führen. — ... In der Politik ist die Hauptsache, die Möglichkeiten zu berechnen. Man darf nicht mehr Pulver auf die Pfanne nehmen, als die Büchse verträgt."

Wenn die zehnte Stunde schlug und die vierte Pfeife ausgeraucht war, wünschte der Fürst den Hausgenossen eine gute Nacht und zog sich zurück. Ich folgte ihm, um ihm beim Durchschreiten meines Arbeitszimmers noch schnell die Unterschriften vorzulegen, die mit der Nachtpost befördert werden sollten. Manchmal blieb er eine Viertel- oder halbe Stunde auf meinem Sessel am Schreibtisch sitzen und plauderte über Dienstliches oder Sonstiges. Zuweilen rieb er sich ärgerlich die Stirn. „Was wollte ich Ihnen doch noch sagen?" Schließlich fiel es ihm fast immer ein. Doch kam es auch vor, daß ihm die Sache zu seinem Aerger nicht wieder ins Gedächtnis kommen wollte. Aber dann konnte ich mit ziemlicher Sicherheit darauf rechnen, daß er nach einer oder zwei Stunden mit bloßen Füßen und im Nachthemd mit übergeworfenem Schlafrock nochmals bei mir erschien, um mir den Auftrag zu geben, der ihm im Kopfe herumging, und den er bis zum andern Morgen wieder zu vergessen fürchtete.

Gegen Mitternacht kam die letzte Post aus Berlin. Ich las und ordnete sie noch für den morgigen Vortrag. So ward es ein Uhr oder auch noch später, bis ich mit der Tagesarbeit fertig war. Um diese nächtliche Zeit hatten sich inzwischen die meisten Hausgenossen nochmals um die Fürstin versammelt. Man trank Tee, Bier oder Wein, rauchte und plauderte. Es war die dritte Morgenstunde nicht fern, wenn ich todmüde ins Bett fiel. Der Schlaf kam etwas zu kurz in dieser Zeit.

*

Da sich der Fürst in jenen Herbsttagen sehr wohl fühlte und eifrigst an den Staatsgeschäften beteiligte, wurden natürlich auch viele Gäste empfangen. Bald lud die Fürstin von sich aus Nachbarn und örtliche Beamte ein; bald wünschte der Fürst diesen oder jenen Abgeordneten, Minister oder Rat zu sprechen; bald sagten sich Verwandte und Hausfreunde von auswärts an.

Zu den häufigen Gästen gehörte vor allen des Kanzlers bewährter vortrefflicher Arzt, Professor Dr. Schweninger, der ständig ab- und zureiste, und die treue Freundin des Hauses, Gräfin Christa Eickstedt, die dem fürstlichen Paar seit ihren Kinderjahren nahestand, da sie eine Tochter des oldenburgischen

Digitized by Google

Gesandten v. Eisendecher war, des liebsten Bundestagskollegen aus der Frankfurter Zeit. Jede Woche mindestens einmal erschienen zu Tisch die Gutsnachbarn Baron und Baronin Merk, die „Fee des Sachsenwaldes", wie man die liebliche Frau gelegentlich bezeichnet hat.

Der jährliche Besuch des Grafen Kálnoky fand im Oktober statt.

Der damalige Leiter der österreichisch-ungarischen auswärtigen Politik war dem Fürsten persönlich sehr sympathisch. Geschäftlich war er nicht immer mit ihm zufrieden. Das war erklärlich; denn Oesterreich wollte sich gegenüber den russischen Ränken im Orient nicht allewege so nachgiebig erweisen, wie Bismarck es im Interesse des Friedens wünschte. Auch im Verhältnis Oesterreichs zum mitverbündeten Italien gingen die Anschauungen beider Staatsmänner häufig auseinander.

Gerade damals hatte der italienische Ministerpräsident Crispi sich bei Bismarck ernstlich über Kálnoky beschwert. Die Berichte darüber, auf die der Kanzler sehr kräftige Randvermerke gesetzt hatte, ließ er sich jetzt zur Besprechung mit Kálnoky wieder vorlegen.

Nach der ersten Unterredung der beiden Staatsmänner fragte ich den Kanzler, ob er die Crispischen Beschwerden (sie betrafen namentlich die Behandlung der Triestiner Irredenta durch die österreichischen Behörden) mit Kálnoky besprochen habe.

„Ich habe ihm die Berichte zur Durchsicht übergeben," antwortete er ruhig. — „Aber Durchlaucht," rief ich erschreckt, „da stehen ja sehr deutliche Vermerke von Ihrer Hand am Rande; Kálnokys Verfahren wird an einer Stelle von Ihnen als töricht bezeichnet, und ähnliche Dinge, die nicht für ein österreichisches Auge bestimmt sind!" — „Allerdings!" antwortete der Fürst und kniff dabei verschmitzt die Augen zusammen, „so derb hätte ich mündlich die Wahrheit nicht sagen können; darum ist's besser, er liest's."

Als später Kálnoky zu Tisch erschien, ging ihm der Fürst mit unbefangenster Miene entgegen: „Herr v. Brauer hat mich eben mit Recht gezankt, weil ich Ihnen die Berichte in die Hände gab. Ich hatte vergessen, daß einige starke Ausdrücke drin stehen und daß auch ich etwas unzarte Vermerke an den Rand geschrieben habe. Nachdem das Unglück geschehen ist, kann ich nur um Verzeihung bitten wegen meiner allzu großen Offenheit. Sie haben sie doch nicht übelgenommen? Dann," setzte er auf ein verneinendes Zeichen Kálnokys mit feinem Lächeln hinzu, „ist es vielleicht gut, daß Sie meine ungeschminkte Ansicht über die Sache kennen."

Und es war in der Tat ganz nützlich. Graf Kálnoky hatte sich so sehr über die Hiebe gefreut, die in den Bleistiftvermerken auf seinen Kollegen Crispi gefallen waren, daß er die auf ihn zielenden kaum beachtete. Jedenfalls war er viel zu verständig, um dem Kanzler die kleinen Bosheiten nachzutragen.

Kálnoky blieb drei Tage. Die beiden Männer schieden in vollster Eintracht und Freundschaft. —

Digitized by Google

Mitten in unsre Friedrichsruher Idylle fiel ein Besuch des Kaisers von Rußland in Berlin.

Der Kanzler hielt es für nützlich, der Begegnung der beiden Kaiser anzuwohnen und mit dem Zaren sich auszusprechen. So fuhren wir am 11. Oktober nach Berlin.

Als der Kanzler von seiner ersten längeren Unterredung mit Alexander III. nach der Wilhelmstraße zurückkehrte, sagte er mir: „Ich bin doch recht zufrieden, daß ich hierhergekommen bin. Die Hauptsache ist erreicht; der Zar hat wieder Vertrauen zu mir gewonnen, nachdem man so viele Anstrengungen gemacht hatte, mich bei ihm zu verdächtigen. Seltsamerweise schien er anzunehmen, daß ich nicht mehr lange im Amt sein würde. Was oder wer ihn auf diesen Gedanken gebracht hat, ist mir unklar ... Ich habe ihn auf seine Frage der Wahrheit gemäß versichert, daß wir mit Oesterreich keine andern Abmachungen haben als die sog. geheimen, jetzt veröffentlichten Verträge, und daß die gegenwärtige freundschaftliche Anlehnung Englands an den Dreibund auf keinerlei schriftlichen Abmachungen beruht. Die Hauptsache ist, er hat mir geglaubt. Er ist überzeugt, daß ich die Wahrheit gesprochen habe. Darin sehe ich eine gute Friedensbürgschaft ... Die Reise unsers Kaisers nach Konstantinopel hatte den Zaren beunruhigt. Ich sagte ihm, daß sie in erster Reihe auf den lebhaften Wunsch unsers jugendlichen Herrn, die Wunder des Orients zu sehen, zurückzuführen sei und jedenfalls keine politische Bedeutung habe. Er hat mir auch hierin geglaubt. Es fragt sich nur, wie lange sein Glaube anhält, wenn er erst wieder in Petersburg in den Händen von Pobjedonoszew und Konsorten ist."

Nach zwei Tagen Berliner Aufenthalts fuhren wir nach dem Sachsenwald zurück.

Wenige Tage später traf eine Gesandtschaft des Sultans von Sansibar in Friedrichsruh ein.

Der Besuch war dem Fürsten nicht eben erfreulich. Er liebte nicht Etikettenbesuche auf dem Lande, die ihn aus seiner gewohnten Lebensweise rissen. Auch mochte er fürchten, mit Klagen und Beschwerden über unser Vorgehen in Ostafrika behelligt zu werden. Besonders mißfiel ihm, daß er sich einen ganzen Tag von seinen Hunden trennen solle. Ich hatte ihn darauf aufmerksam gemacht, daß diesen strengen Mohammedanern jede Berührung mit den „unreinen" Tieren ein Greuel und die Vorliebe für Hunde derart unbegreiflich und unglaubhaft sei, daß man sie schwerlich von der Auffassung würde abbringen können, man habe sie durch die Anwesenheit von Hunden absichtlich kränken und demütigen wollen. Der Fürst sah es widerwillig ein und ließ die Tiere einsperren.

Indessen verlief die Begegnung zu allseitiger Zufriedenheit. Die Gesandten, zwei ehrwürdige schöne Greise in phantastischem Anzug, deren Köpfe in Farbe und Linie wie aus dunkler Bronze gegossen schienen, machten den besten Eindruck. Und die braunen Herren wiederum waren von der imponierenden Erscheinung des Fürsten derart eingeschüchtert, daß sie ihre Beschwerden, die sie

Digitized by Google

nach Angabe des sie begleitenden deutschen Generalkonsuls Michahelles hatten vorbringen wollen, ganz vergaßen und sich nur in allgemeinen Freundschaftsversicherungen ergingen. Der Fürst war sehr liebenswürdig mit seinen afrikanischen Gästen, sprach aber doch mehrfach die ernste und dringende Mahnung aus, wie er erwarte, daß der Sultan nunmehr Frieden halte mit der Deutschen Ostafrikanischen Gesellschaft und alle orientalischen Ränke beiseite lasse.

Die Worte des Kanzlers, die der Syrer Michalla vom deutschen Konsulat in Sansibar gewandt verdolmetschte, machten sichtlich tiefen Eindruck.

Als ich die Gesandten am Abend zum Bahnhof zurückgeleitete, kam der Kanzler unerwartet auf seinem Braunen herangesprengt, um den Herren nochmals Lebewohl zu sagen. In scharfem Galopp ritt er über das holperige Pflaster des Bahnhofvorplatzes.

„Das war ein politischer Ritt," — sagte er abends auf meine Bemerkung, daß mir der gestreckte Galopp auf dem schlüpfrigen Pflaster nicht unbedenklich erschienen sei — „ich wollte den Gesandten zeigen, daß ich noch frisch und kräftig bin und daß sie noch auf Jahre mit mir rechnen müssen."

Freilich hätten sie noch fast zehn Jahre mit Bismarck „rechnen müssen", wenn erst der Tod seinem staatsmännischen Wirken ein Ziel gesetzt hätte. Er ahnte, als er den Ausspruch tat, nicht, daß seine amtliche Tätigkeit nur noch wenige Monate dauern sollte.

*

Am 29. November hatte die mir unvergeßliche zehnwöchige Dienstzeit in Friedrichsruh ihr Ende erreicht. Rottenburg war aus England zurückgekehrt und übernahm wieder den Dienst. Ich begab mich auf meinen Posten nach Kairo. Den Fürsten sah ich erst im Juli des folgenden Jahres wieder, als ich ihn in demselben Friedrichsruh besuchte, in dem jetzt keine Amtsgeschäfte mehr betrieben wurden!

Zwei Berichte des Gesandten von Bismarck aus Paris

Mitgeteilt von L. Raschdau

Bereits zu Lebzeiten des Fürsten Bismarck ist seine gesamte amtliche Tätigkeit, also von der Zeit ab, da er mit der Aufgabe der Vertretung Preußens am Bundestage betraut war, in ziemlicher Vollständigkeit bekannt geworden. Seit den Tagen von 1866, die ihm in Deutschland und selbst in Europa eine unbestrittene Machtstellung geschaffen haben, ist vielleicht keine einzige Woche verstrichen, in der seine Persönlichkeit nicht irgendwie die Oeffentlichkeit beschäftigt hat. Nur für die Jahre 1859 bis 1862 klafft immer noch eine Lücke. Seine diplomatische Tätigkeit in Frankfurt vor dieser Zeit liegt durch die Veröffentlichung des größten Teils seiner amtlichen Berichte und einer Anzahl von Privatbriefen offen zutage. Von da ab aber haben wir für die nächsten Jahre im

Digitized by Google

wesentlichen nur die halbamtliche Korrespondenz, die er in Briefform an seinen vorgesetzten Minister, den Freiherrn v. Schleinitz, gerichtet hat. So interessant diese Mitteilungen auch sind, so geben sie doch kein vollständiges Bild von der politischen Tätigkeit, die dem damaligen Herrn v. Bismarck in Petersburg oblegen hat.

Hatte Bismarck in Frankfurt eine unvergleichliche Gelegenheit gehabt, sich für die spätere Behandlung der deutschen Frage vorzubereiten, so bot ihm der Petersburger Boden die Möglichkeit, das große auswärtige Gebiet in praktischer Behandlung und Einwirkung kennen zu lernen. Eine Reihe wichtiger Fragen beschäftigte die dortige Diplomatie. Der italienische Krieg, die Stellung Preußens zu Oesterreich und dem in der Bildung begriffenen Königreich Italien und die Haltung Europas Frankreich gegenüber, die Bundesexekution in den Herzogtümern, die Vorgänge im Orient, die polnische Frage, alle diese Ereignisse gaben Anlaß zu wichtigen Unterhaltungen und Betrachtungen. Die ausgezeichnete Stellung, die, von einer flüchtigen Verstimmung des Zaren abgesehen, der Gesandte bei letzterem genoß und die auch das Verhältnis zu dem leitenden russischen Minister-Fürsten Gortschakow bestimmte, ermöglichte es ihm, seine Informationen an erster Stelle zu schöpfen, und so sind seine Berichte, die sich zumeist an Unterhaltungen mit diesen beiden einflußreichen Persönlichkeiten knüpften, nicht, wie sonst häufig in der Diplomatie, mehr oder weniger begründete persönliche Auffassungen und Anschauungen, sondern sie bieten überall eine feste Grundlage für die Beurteilung der Politik unsers östlichen Nachbars. Wer allerdings in diesen Berichten Mitteilungen aus dem Leben und Treiben des Hofes und der vornehmen Gesellschaft, die in Petersburg damals wie heute die Unterhaltung der Diplomaten stark ausfüllte, sucht, käme nicht auf seine Rechnung. In den ganzen Berichten findet sich kaum eine Bemerkung, die dieses Gebiet berührte. Insbesondere erscheint die Persönlichkeit des Zaren Alexander II., der damals das auch in den Berichten wiederholt behandelte Werk der Bauernbefreiung begann, durchweg in einer Beleuchtung, die ihren Stoff nur der politischen Tätigkeit dieses Herrschers entnimmt.

Von diesen Petersburger Berichten stechen die aus Paris erstatteten erheblich ab. Sie machen den Eindruck, daß Herr v. Bismarck dort, sozusagen, nicht warm geworden ist. Er wußte, daß sein Aufenthalt in Paris nicht lange währen würde. In Privatbriefen sprach er seine Unzufriedenheit mit seiner Lage aus, er wirtschaftete dort als Junggeselle, er beklagt sich, daß er nicht genug Menschen kenne, brachte er doch nur die vier bis fünf Sommermonate 1862 dort zu, wo die Gesellschaft die Hauptstadt verläßt. Mit seinen Gedanken lebte er bereits in Berlin. Man sieht es den Berichten sofort an, daß ihm so ausgezeichnete Informationsquellen, wie in Petersburg, fehlten. Was wir über die italienische Politik, die Vorgänge in Serbien, die französische Expedition nach Mexiko lesen, ist weder reichhaltig, noch besonders charakteristisch. Man merkt, daß er in Paris nur verweilt hat, um sich dort frisch zu orientieren und Verbindungen zu schaffen oder zu erneuern, bevor er selbst die Leitung der auswärtigen Ge-

Digitized by Google

schäfte seines Vaterlandes übernahm. Ein kurzer Besuch in London, auf dem er den dortigen Staatsmännern seine Aufwartung machte, diente dem gleichen Zweck.

Es besteht die Hoffnung, daß diese diplomatischen Berichte in nicht ferner Zeit der Oeffentlichkeit werden übergeben werden. Seit ihrer Abfassung ist über ein halbes Jahrhundert verstrichen. Besondere Geheimnisse, die zu wahren wären, enthalten sie nicht; Mitteilungen, die für einzelne Persönlichkeiten oder deren Familie nachteilig wären, ebensowenig. Dem Ritter v. Poschinger, der darüber Aufzeichnungen hinterlassen, hat Fürst Bismarck nach seiner Entlassung ausgesprochen, daß er keine Bedenken gegen die Veröffentlichung hege. Auch mir hat der Fürst, da ich wiederholt Gelegenheit hatte, über den Inhalt der Berichte mit ihm zu reden, eine ähnliche Bemerkung gemacht.

Möge sich daher der Wunsch bald erfüllen lassen! Nicht nur der Historiker wird darin eine zuverlässige Quelle der Zeitereignisse finden, nicht bloß unsre Diplomatie wird in der Schule dieser sachlichen Berichte mancherlei lernen können, auch der nicht zünftige Leser wird seine Freude haben an diesen von hoher Warte ausgegangenen Darstellungen unsers größten Staatsmannes, der zugleich ein Meister unsrer Sprache war.

Wir geben hier zwei der Pariser Berichte wieder. Zum Verständnis bedürfen sie in ihrer abgerundeten Form keiner weiteren Einleitung oder Erklärung. Sie sind in der Form des Immediatberichts an König Wilhelm I. erstattet.

Paris, den 7. Juni 1862.

Vorgestern war ich mit dem Prinzen Reuß und dem Grafen Hatzfeldt zur Kaiserlichen Tafel eingeladen. Der Kaiser erschien mit dem Kaiserlichen Prinzen an der Hand und in Begleitung der Kaiserin um 8 Uhr, nachdem die Gesellschaft sich um 1/2 8 Uhr versammelt hatte. Ich finde den Kaiser seit fünf Jahren nicht wesentlich verändert, unbedeutend stärker geworden; nur in seinen Bewegungen und seiner Sprache langsamer, letzteres besonders im Gehen, wobei er den Eindruck der Schwäche im linken Bein macht. Ihre Majestät die Kaiserin ist etwas stärker geworden und sieht infolgedessen jünger und besser aus, als 1857 der Fall war. Der Kaiserliche Prinz ist für sein Alter nicht groß und fein von Gliedern, macht aber den Eindruck vollständiger Gesundheit. Die Kaiserin bemerkte, daß sie ihn gelehrt habe, ein „compliment à la Prussienne“ zu machen, indem sie hinzufügte, daß nur bei uns anständige Verbeugungen üblich wären. Der Kaiser trug das Band der Ehrenlegion, die übrigen Anwesenden preußische Orden, insofern sie deren besaßen. Der Kaiser führte die Kaiserin und den Prinzen zu Tisch, ich folgte ihm mit der Herzogin v. Bassano und wurde neben die Kaiserin placirt, welche den Prinzen Reuß auf der andren Seite hatte. Die Kaiserin drückte mir zu wiederholten Malen und mit großer Wärme ihre Verehrung für Eure Majestät aus und sprach mit Vorliebe von den Eindrücken, welche die Zusammenkunft in Compiègne bei ihr hinterlassen hat. Im übrigen sprach Ihre Majestät vorzugsweise von Politik

Digitized by Google

und war zu meiner Ueberraschung genau über die kurhessische Frage, sogar über den Unterschied der Wahlgesetze von 1831 und 49 unterrichtet. Mit ihren im wesentlichen sehr konservativen Auffassungen kontrastirte eigenthümlich eine lebhafte Empfehlung allgemeiner und direkter Wahlen und die Ansicht, daß es nicht möglich sei, einer Kammermajorität auf die Dauer mit Erfolg zu widerstehen.

Nach der Tafel ging der Kaiser mit mir in ein Nebenzimmer, um sich längere Zeit über verschiedne politische Gegenstände zu unterhalten. Er sprach zunächst über unsre inneren Angelegenheiten und stellte die Theorie auf, daß die öffentliche Meinung eine jede Regierung nach der Gesammtheit ihrer Richtung beurtheile; wenn diese der Nation sympathisch sei, so werde die Nützlichkeit und Gerechtigkeit einzelner Maßregeln nicht so genau auf die Wagschale gelegt, und selbst eine beträchtliche Einbuße an politischer Freiheit werde verschmerzt; im umgekehrten Fall dagegen werde den zweckmäßigsten und liberalsten Maßregeln jede billige Beurtheilung versagt. Der Kaiser führte als Beispiel die Regierung Louis Philippes im Vergleich mit seiner eignen an.

In der Anwendung auf die preußischen Zustände war er der Meinung, daß im gegenwärtigen Augenblick nur eine Regierung, welche der nationalen Richtung der öffentlichen Meinung Hoffnung und Nahrung gebe, eine Stellung schaffen könne, in welcher sie den Kampf der Parteien im Inneren beherrsche und den Kammern gegenüber dasjenige Maß von Macht und freier Bewegung gewinne, welches einem monarchischen Regiment unentbehrlich sei. Der Schwerpunkt der politischen Aufgabe in Preußen liege deßhalb in der auswärtigen und insbesondere in der deutschen Politik. Dieselbe sei allerdings voll von Schwierigkeiten, von welchen sich für jetzt nicht absehen lasse, wie sie überwunden werden sollten, da die Mehrzahl der deutschen Fürsten nur geringe Neigung zeigten, Preußen dabei die Hand zu bieten und in Gemeinschaft damit Verbesserungen zu erstreben, in welchen allein ihre eigenen Dynastien zuverlässige Bürgschaften der Zukunft finden könnten. Wenn nach dieser Richtung hin sich gar nichts tun lasse, so sei zu befürchten, daß Deutschland mit der Zeit in eine Gährung gerate, welche aus diesem sonst so ruhigen Lande einen Herd für europäische Wirren und Gefahren machen könnte. Frankreich vermöge sich mit jeder Gestaltung der Dinge in Deutschland zu befreunden und werde in der Abhilfe mannigfacher Gebrechen der gegenwärtigen Organisation nur eine Bürgschaft friedlicher und gedeihlicher Beziehungen mit dem Nachbarlande erblicken. Nur zu einer Eventualität könne Frankreich unter keinen Umständen seine Zustimmung geben. Es sei dies der Eintritt Gesammt-Oesterreichs in den Deutschen Bund. Die Wahrscheinlichkeit, daß letzterer in solcher Ausdehnung sich jemals consolidiren könne, sei zwar gering; wenn es aber dennoch gelänge, so würde von der unteren Donau bis zum unteren Rhein ein politischer Organismus herrschen, welcher das europäische Gleichgewicht vollständig störe. Ein solcher Zustand der Dinge sei ebenso unzulässig wie gewisse geographische Ausdehnungen Frankreichs, nach welchen zu streben dem neuen französischen Kaisertum so häufig mit Unrecht vorgeworfen werde. Nur sehr oberflächliche und leicht-

Digitized by Google

sinnige Staatsmänner könnten der französischen Politik Ziele hinstellen, deren Erreichung mit einer Verewigung der Coalition des gesammten übrigen Europa gegen Frankreich gleichbedeutend sein würde. Der Kaiser sprach die Hoffnung aus, daß dergleichen Verdächtigungen seiner Politik sowohl wie seines Verstandes bei uns in Preußen wenigstens keinen Glauben und keinen Anklang mehr finden würden. Ich bestätigte ihm dieß mit dem Zusatze, daß jeder Staat, welcher die Rolle einer selbständigen Macht beanspruche, zur eignen Kraft das Zutrauen besitzen müsse, daß er sich selbst zu schützen imstande sei. Ich sei außerdem überzeugt, daß Frankreich sich hinreichend mächtig fühle, um alle Lebensbedingungen einer europäischen Großmacht durch seinen gegenwärtigen Besitzstand erfüllt zu sehen, und der Kaiser selbst keine Neigung habe, durch Bestrebungen über das Gegebene hinaus das friedliche Gedeihen Frankreichs und seiner Nachbarn zu beeinträchtigen. Nachdem der Kaiser mit mir in den Salon zurückgekehrt war, leistete er eine kurze Zeit hindurch der Kaiserin bei Entwirrung einer sehr verwickelten Patience am Kartentisch Gesellschaft und zog sich dann zurück, während Ihre Majestät uns erst nach dem Thee zwischen 12 und 1 Uhr entließ.

v. Bismarck.

*

Paris, den 8. Juli 1862.

In Benutzung der mir von Eurer Majestät allergnädigst gewährten Erlaubniß habe ich mich zu Anfang der vorigen Woche nach London begeben und dort Gelegenheit gehabt, mit Lord Russell und Lord Palmerston verschiedne Tagesfragen zu besprechen.

Von besonderm Interesse war es mir, die Ansichten dieser beiden Staatsmänner über unsre heimischen Zustände kennen zu lernen, und bin ich einigermaßen überrascht worden von dem Mangel an Verständniß derselben, welchem ich bei beiden begegnete, und zwar, wie mir schien, in noch höherem Grade bei Lord Palmerston.

Derselbe betrachtet es als eine unausweichliche Nothwendigkeit, daß Eure Königliche Majestät Allerhöchstdero Ministerium aus dem Schooße der oppositionellen Mehrheit des Abgeordnetenhauses wählten. Er kannte die preußische Verfassung nicht näher, leitete aber die Nothwendigkeit, die Räthe der Krone jedesmal aus der parlamentarischen Majorität zu wählen, aus dem Wesen repräsentativer Verfassung im Allgemeinen ab.

Ich erwiederte ihm nach längerer Besprechung, daß es schwer sei, derartige Fragen ohne eine vollständige Kenntniß der Zustände des betreffenden Landes aus der Ferne her zu beurtheilen; daß, meiner Ansicht nach, die praktische Lösung der Frage durch Befolgung der aufgestellten Theorie versucht werden könnte, ohne daß ich unwiederbringliche Schäden für Eurer Majestät Staaten erwartete, wenn nicht von einem aus der Opposition zu wählenden Ministerium Bedingungen gestellt werden würden, welche tief und dauernd in die Rechte der Krone eingriffen. Dazu rechnete ich namentlich die Einmischung in die Organisation des Heeres. Wenn diese unter Umständen auch für England wichtige

Digitized by Google

Stütze des Preußischen Staates einmal durch verderbliche Maßregeln in ihren Grundlagen erschüttert wäre, so würde es nicht leicht sein, ihr in kurzer Zeit die alte Tüchtigkeit wiederzugeben.

Lord Palmerston entgegnete hierauf, daß gesetzliche Veränderungen der Armee-Einrichtungen doch bei uns nicht ohne Zustimmung beider Häuser eingeführt werden könnten und ein liberales Ministerium, wenn es darin zu weit ginge, am Widerstande des Herrenhauses scheitern würde. Ich machte ihn darauf aufmerksam, daß ein solches Cabinet, wie es ihm vorschwebe, als Bedingung seiner Wirksamkeit von Hause aus eine Reform des Herrenhauses, sei es im Wege der Verordnung, sei es durch Ernennung einer beliebigen Anzahl von Mitgliedern, von der Krone verlangen und, wenn dies Verlangen abgeschlagen würde, sich zur Erfüllung seiner Pflicht außer Stande erklären würde. Ich überzeugte mich dabei, daß Lord Palmerston mit der Einrichtung unsres Herrenhauses gänzlich unbekannt war und annahm, daß das Ernennungsrecht der Krone nach Inhalt der Verfassung sehr enge Grenzen habe.

Wenn ich die Unbekanntschaft mit den einzelnen Bestimmungen unsrer Verfassung bei einem englischen Minister erklärlich fand, so konnte ich doch nicht ohne Befremden wahrnehmen, daß sich der erste Lord der Schatzkammer und, in nur etwas geringerem Grade, auch Lord Russell, in der vollständigsten Unwissenheit über die Richtung befanden, welche auf dem Gebiet der auswärtigen Politik diejenige Partei bei uns verfolgt, aus welcher, nach Ansicht der englischen Minister, ein neues preußisches Cabinet zu bilden wäre.

Ich hatte wahrgenommen, daß Lord Palmerston einen großen Werth darauf legte, Preußen gegenwärtig in gutem Einvernehmen mit Oesterreich bleiben und jede Störung des Friedens unter den Mitgliedern des deutschen Bundes verhütet zu sehen. Ich sagte ihm, daß gerade nach dieser Richtung hin unsre parlamentarische Majorität, wenn ihr von Euer Majestät das Ruder übergeben würde, sehr geringe Bürgschaften gewähre, indem die sogenannte deutsche Fortschrittspartei unter den obersten Sätzen ihres Programmes eine Behandlung der deutschen Frage verlange, welche nothwendig in ziemlich kurzer Zeit zum Bruch mit unsren deutschen Bundesgenossen und vornehmlich mit Oesterreich würde führen müssen.

Diese Auffassung war für Lord Palmerston vollständig neu und er hielt es für eine Entstellung der Thatsachen, welche ich mir im Interesse eines reactionären Parteistandpunktes seiner Meinung nach gestattete, als ich behauptete, daß der Widerstand der Majorität in der Militärfrage schwinden und jeder geforderte Betrag für die Armee ohne Schwierigkeit bewilligt werden würde, falls Eure Majestät Sich herbeilassen wollten, die Verwendung der Armee zur Unterstützung einer Politik im Sinne des National-Vereins in Aussicht zu stellen.

Ich lege diesen Auffassungen der leitenden englischen Politiker nur um deßwillen Bedeutung bei, weil aus denselben hervorgeht, welche vollständige Unwissenheit in diesen Kreisen hinsichtlich der Lage der Dinge und der Stellung unserer Parteien vorherrscht, obschon die Urtheile und Rathschläge, welche ich

Digitized by Google

von den beiden Ministern hörte, mit einer Sicherheit gegeben wurden, wie nur die gründlichste Sachkunde sie hätte rechtfertigen können.

Mir war es von Wichtigkeit erschienen, die Meinung der englischen Minister über unsre Zustände zu hören, die Motive zu kennen, welche ihrer Parteinahme für die Opposition gegen Euer Majestät Ministerium zu Grunde liegen, und auf dieselbe nach Kräften berichtigend einzuwirken. Die vorgefaßten Meinungen, auf welche ich stieß, schienen aber auf amtlichen englischen Nachrichten zu beruhen, welchen die dortigen Minister natürlich größeren Glauben beimessen als den Ansichten eines fremden Diplomaten.

Ich kann nicht umhin, aus dem Vorstehenden zu schließen, daß Lord Augustus Loftus seiner Regierung über unsre inneren Angelegenheiten unrichtige Vorstellungen beibringt, welche er selbst, wie ich gerne glaube, nicht absichtlich, sondern aus Mangel an Fähigkeit, zu beobachten und zu unterscheiden, in sich aufnimmt.

Ueber die dänische Frage äußerten sich die beiden genannten Minister übereinstimmend im eiderdänischen Sinne, und wird Eurer Majestät Regierung in dieser Beziehung durch Allerhöchstdero Gesandtschaft darüber berichtet sein, daß eine unsren Wünschen günstigere Haltung zunächst nicht zu erwarten steht.

Mit großem Interesse erkundigte sich Lord Palmerston nach meinen Ansichten über die Wahrscheinlichkeit eines französisch-russischen Bündnisses und über die etwaige Leistungsfähigkeit Rußlands für die möglichen Zwecke einer solchen Allianz. In Betreff der letzteren Frage bestritt ich die Richtigkeit seiner Meinung von der vollständigen Ohnmacht Rußlands und begnügte mich, was den ersteren Punkt anlangt, zu bemerken, daß das Einverständniß jener beiden Continentalmächte in den augenblicklich schwebenden Episoden der serbischen und montenegrinischen Frage allerdings ohne jedesmalige Verabredung sichergestellt zu sein scheine.

v. Bismarck.

Briefe von Frau Johanna v. Bismarck[1])

An Fräulein Marie Becker.

Petersburg, 7. 2. 61.

Meine herzenssüße Marie!

Eben wollte ich Ihnen tausendfältigen Dank sagen für Ihren geliebten Brief und das charmante Bildchen, welches mir solch angenehmen lieben Eindruck gemacht, daß ichs einen ganzen Tag mit mir herumführte — ich wollte Ihnen freudenvoll mitteilen, daß Ihre Schilderung vollkommen mit dem persönlichen

---

[1]) Wir entnehmen die folgenden Briefe dem zum 1. April 1915 erscheinenden Buch: „Johanna von Bismarck. Ihr Leben in Briefen. Herausgegeben von E. Heyck." (Preis geh. 4.50 M., geb. 6 M.) Das Buch ist eine unendlich anziehende Gabe vor allem fürs deutsche Haus, aber als authentisches, reichhaltigstes Material zur

Digitized by Google

Stütze des Preußischen Staates einmal durch verderbliche Maßregeln in ihren Grundlagen erschüttert wäre, so würde es nicht leicht sein, ihr in kurzer Zeit die alte Tüchtigkeit wiederzugeben.

Lord Palmerston entgegnete hierauf, daß gesetzliche Veränderungen der Armee-Einrichtungen doch bei uns nicht ohne Zustimmung beider Häuser eingeführt werden könnten und ein liberales Ministerium, wenn es darin zu weit ginge, am Widerstande des Herrenhauses scheitern würde. Ich machte ihn darauf aufmerksam, daß ein solches Cabinet, wie es ihm vorschwebe, als Bedingung seiner Wirksamkeit von Hause aus eine Reform des Herrenhauses, sei es im Wege der Verordnung, sei es durch Ernennung einer beliebigen Anzahl von Mitgliedern, von der Krone verlangen und, wenn dies Verlangen abgeschlagen würde, sich zur Erfüllung seiner Pflicht außer Stande erklären würde. Ich überzeugte mich dabei, daß Lord Palmerston mit der Einrichtung unsres Herrenhauses gänzlich unbekannt war und annahm, daß das Ernennungsrecht der Krone nach Inhalt der Verfassung sehr enge Grenzen habe.

Wenn ich die Unbekanntschaft mit den einzelnen Bestimmungen unsrer Verfassung bei einem englischen Minister erklärlich fand, so konnte ich doch nicht ohne Befremden wahrnehmen, daß sich der erste Lord der Schatzkammer und, in nur etwas geringerem Grade, auch Lord Russell, in der vollständigsten Unwissenheit über die Richtung befanden, welche auf dem Gebiet der auswärtigen Politik diejenige Partei bei uns verfolgt, aus welcher, nach Ansicht der englischen Minister, ein neues preußisches Cabinet zu bilden wäre.

Ich hatte wahrgenommen, daß Lord Palmerston einen großen Werth darauf legte, Preußen gegenwärtig in gutem Einvernehmen mit Oesterreich bleiben und jede Störung des Friedens unter den Mitgliedern des deutschen Bundes verhütet zu sehen. Ich sagte ihm, daß gerade nach dieser Richtung hin unsre parlamentarische Majorität, wenn ihr von Euer Majestät das Ruder übergeben würde, sehr geringe Bürgschaften gewähre, indem die sogenannte deutsche Fortschrittspartei unter den obersten Sätzen ihres Programmes eine Behandlung der deutschen Frage verlange, welche nothwendig in ziemlich kurzer Zeit zum Bruch mit unsren deutschen Bundesgenossen und vornehmlich mit Oesterreich würde führen müssen.

Diese Auffassung war für Lord Palmerston vollständig neu und er hielt es für eine Entstellung der Thatsachen, welche ich mir im Interesse eines reactionären Parteistandpunktes seiner Meinung nach gestattete, als ich behauptete, daß der Widerstand der Majorität in der Militärfrage schwinden und jeder geforderte Betrag für die Armee ohne Schwierigkeit bewilligt werden würde, falls Eure Majestät Sich herbeilassen wollten, die Verwendung der Armee zur Unterstützung einer Politik im Sinne des National-Vereins in Aussicht zu stellen.

Ich lege diesen Auffassungen der leitenden englischen Politiker nur um deßwillen Bedeutung bei, weil aus denselben hervorgeht, welche vollständige Unwissenheit in diesen Kreisen hinsichtlich der Lage der Dinge und der Stellung unserer Parteien vorherrscht, obschon die Urtheile und Rathschläge, welche ich

Digitized by Google

von den beiden Ministern hörte, mit einer Sicherheit gegeben wurden, wie nur die gründlichste Sachkunde sie hätte rechtfertigen können.

Mir war es von Wichtigkeit erschienen, die Meinung der englischen Minister über unsre Zustände zu hören, die Motive zu kennen, welche ihrer Parteinahme für die Opposition gegen Euer Majestät Ministerium zu Grunde liegen, und auf dieselbe nach Kräften berichtigend einzuwirken. Die vorgefaßten Meinungen, auf welche ich stieß, schienen aber auf amtlichen englischen Nachrichten zu beruhen, welchen die dortigen Minister natürlich größeren Glauben beimessen als den Ansichten eines fremden Diplomaten.

Ich kann nicht umhin, aus dem Vorstehenden zu schließen, daß Lord Augustus Loftus seiner Regierung über unsre inneren Angelegenheiten unrichtige Vorstellungen beibringt, welche er selbst, wie ich gerne glaube, nicht absichtlich, sondern aus Mangel an Fähigkeit, zu beobachten und zu unterscheiden, in sich aufnimmt.

Ueber die dänische Frage äußerten sich die beiden genannten Minister übereinstimmend im eiderdänischen Sinne, und wird Eurer Majestät Regierung in dieser Beziehung durch Allerhöchstdero Gesandtschaft darüber berichtet sein, daß eine unsren Wünschen günstigere Haltung zunächst nicht zu erwarten steht.

Mit großem Interesse erkundigte sich Lord Palmerston nach meinen Ansichten über die Wahrscheinlichkeit eines französisch-russischen Bündnisses und über die etwaige Leistungsfähigkeit Rußlands für die möglichen Zwecke einer solchen Allianz. In Betreff der letzteren Frage bestritt ich die Richtigkeit seiner Meinung von der vollständigen Ohnmacht Rußlands und begnügte mich, was den ersteren Punkt anlangt, zu bemerken, daß das Einverständniß jener beiden Continentalmächte in den augenblicklich schwebenden Episoden der serbischen und montenegrinischen Frage allerdings ohne jedesmalige Verabredung sichergestellt zu sein scheine.

v. Bismarck.

Briefe von Frau Johanna v. Bismarck[1])

An Fräulein Marie Becker.

Petersburg, 7. 2. 61.

Meine herzenssüße Marie!

Eben wollte ich Ihnen tausendfältigen Dank sagen für Ihren geliebten Brief und das charmante Bildchen, welches mir solch angenehmen lieben Eindruck gemacht, daß ichs einen ganzen Tag mit mir herumführte — ich wollte Ihnen freudenvoll mitteilen, daß Ihre Schilderung vollkommen mit dem persönlichen

---

[1]) Wir entnehmen die folgenden Briefe dem zum 1. April 1915 erscheinenden Buch: „Johanna von Bismarck. Ihr Leben in Briefen. Herausgegeben von E. Heyck." (Preis geh. 4.50 M., geb. 6 M.) Das Buch ist eine unendlich anziehende Gabe vor allem fürs deutsche Haus, aber als authentisches, reichhaltigstes Material zur

Digitized by Google

Abdruck zusammenstimmte, der das letzte Siegel auf alle Sonne und Wonne gegeben, die dies „Bündniß" in mein Herz gezaubert! — Sie sollten einen gleich lautenden Brief auf Ihren glückseligen haben und eine kleine photogr. Gegengabe für den Vielliebchen dazu, von der man behauptet daß sie besser, richtiger sei, wie alle früheren 100 mißglückten Versuche! — — Vielen Dank, mein geliebtes Mariechen, für Ihr Bildchen, für das junge Ehepaar und den Papa — wo blieb aber Mama und Hermes — die muß ich doch auch noch haben, sonst sieht's ja aus, als ob das Kleinste ein verstoßenes Familien-Mitglied wäre und als ob Mama sich mit Ehescheidungsgedanken beschäftigte!

Von unserem Thun und Leben ist wenig zu berichten, mein süßes Marienkind — still und ruhig geht's dahin — auf große Kälte (26—28 Gr.) ist jetzt milde — sogar Thau-Temperatur gefolgt — Schnee liegt in Massen und Schlittenfahren wird täglich mit so viel Vergnügen executirt, daß wir wahrhaft bange sind vor dem Moment des gänzlichen Aufthauens, weil eine weiße Erde und weiße Bäume doch so [ ] Mal hübscher sind wie kahle, graue — und grüne giebt's doch hier noch lange nicht — selbst in Ihrem Süden müssen Sie ja noch wohl 6 Wochen auf den Frühlingsrasen warten. — Mit meinen hohen Bekanntschaften bin ich beinahe fertig: der kaiserl. Majestät und 4 Großfürstinnen bin ich nach und nach vorgestellt, 2 Großfürstinnen fehlen noch und sämtliche höchste Herren der Schöpfung, Sr. Majestät der Kaiser à la tête! Mit andern Visiten, die ich nun, — nachdem ich dem weiblichen Hof vorgestellt — gern machen könnte — bin ich ziemlich faul — man kommt bei den unglaublichen Entfernungen garnicht vorwärts, wenn man sich überhaupt 'mal dazu entschließt — so verschiebe ichs noch immer ein bischen, habe ja auch während der preußischen Königstrauer gemessenen Befehl zur Eingezogenheit — dem ich mit strengem Gehorsam folge und mich äußerst behaglich dabei fühle! — Ich bin durch diese stete reizende „Häuslichkeit" so vollständig von allen Gesellschaften entwöhnt — daß ich mich ganz dumm benehme, wenn man mich plötzlich mal einladet — wie z. B. gestern der alte Kanzler Graf Nesselrode (Schwiegervater von „la dame aux perles") wo ich so schläfrig wurde, daß ich mich kaum aufrechthalten konnte und hier sofort zu Bett ging, sofort einschlief — wie ein Dachs — bis heute früh.

Auf meinen geliebten Bismarck wirken solche Gesellschaften leider garnicht einschläfernd — im Gegentheil hat er stets eine schlechte Nacht danach, was auch ein Grund mehr für uns ist zum ungestörten zu Hause bleiben. Wenn er besser und mehr schlafen könnte, hätte ich gar keine Klage über seinen Gesundheitszustand — der sonst ganz erfreulich ist — die häufige Schlaflosigkeit bekümmert mich aber oft und viel — besonders wenn ich an frühere Zeiten denke — vor

---

Kenntnis der Frau, die in ihrem kraftvollen Temperament, ihrer frischen Natürlichkeit, ihrer aufopfernden Liebe die würdige, von ihm selbst so oft dankbar gepriesene Lebensgefährtin des gewaltigen Mannes war, auch ein wichtiger Beitrag zu unsrer Kenntnis von Bismarcks innerem und äußerem Leben.

Digitized by Google

der schlimmen Krankheit — wo er nie und nie daran litt — ja gar nicht wußte, was es war — wenn mal Andere sich darüber beklagten! — Ich verliere alle Haare und werde jeden Tag dümmer — sonst fehlt mir nichts — Kindern geht's Gott sei Lob auch gut und ich bete stets: daß es immer so bleiben möge! — Jenny ist noch bei uns, was im Sommer werden wird, weiß kein Mensch, — vielleicht heirathet sie und bleibt dann in der Schweiz. Ich denke zum Herbst eine Klavier spielende, englisch und französisch sprechende Gouvernante für Mariechen zu engagiren, da für extra Klavierstunden meine Mittel hier nicht reichen, indem man mir 5, 6—10 Rubel für 1 Stde. abgefordert, weshalb Mariechen bis jetzt vom Lehrer auch Klavier-Unterricht nimmt — so gut und schlecht wie's geht — aber für die Dauer leistet der Stümper zu wenig darin. — Meine Mutter hat eine Gouvernante auf der Spur, die „reizend nach allen Direktionen hin" sein soll, wie mein Engel meint und Gott gebe seinen Segen dazu! So gut ich der kleinen Jenny bin und so nützlich und bequem sie mir in vielen Dingen ist, — würde ich doch große Freude für sie empfinden wenn sie in den christlichen Ehestand träte — da ich der festen Ueberzeugung bin, daß ihr ganz kleines bewegliches Herz nicht eher zur wirklichen Ruhe kommt, als in solchen liebenden Banden!!

In Reinfeld geht's Gottlob gut, auch im andern befreundeten Pommern, und von Keudell und Obernitz habe ich kürzlich liebe heitere Briefe gehabt. — Von allen verschiedenen Bekanntschaften, die ich hier gemacht, bemerke ich Ihnen nur Frau v. Reutern, die mir sehr gut gefällt, — aber leider so weit von mir wohnt, daß ich mit Schlitten $^3/_4$ Stunden bis zu ihr fahre, was für häufigen Verkehr doch störend ist. Mit meiner lieben Martha Bertheau bin ich fort und fort in bester Harmonie. — Von allen Andern ist nichts zu erwähnen, da sie gewöhnliche Menschenkinder sind — wie sie zu Millionen in der Welt herumlaufen! — Nun leben Sie tausendmal wohl, mein Engelchen und schreiben Sie mir bald! Ich denke stets und stets mit herzinniger Liebe an Sie, mein süßes Herzenskind! Ade! Ade! Geliebte Marie. Grüßen Sie Alle in und außer dem Hause, Alle, die freundlich nach mir fragen!

An Frau v. Eisendecher.

Petersburg, 8. 2. 61.

Das waren recht glühend schöne Liebeskohlen, mit denen Sie gestern Abend mein Herz erwärmt, beschämt und so innig erfreut, theuerste Lina! Das allerliebste kleine Buch las ich sofort „in einem Rutsch" durch und möchte schwören, daß Sie sich's ausgedacht — weil's gerade klingt, wie Ihre Sprechweise — oder Reichenau ist Einer Ihrer intimsten Jugendfreunde, der sich nach Ihren Worten und Ihrer Feder gebildet, so vollständig, daß er Ihr Zwillingsbruder sein könnte. — Es ist Alles ganz ungeheuer niedlich, und ich danke Ihnen 1000 mal für's reizende Büchelchen, für's kleine liebe Briefchen und den schönen großen Novemberbrief — sehr sehr sehr. Wir haben ja abgemacht, uns nie mit Entschuldigungen aufzuhalten, besonders, wenn keine da sind ... Die russische

Digitized by Google

und preußische Trauer schrieb und schreibt uns tiefste stille Eingezogenheit vor und wie ich diesem Befehl pünktlich nachkomme, können Sie sich vorstellen — wenn Sie an meine geringe Gesellschaftslust und an meine volle Talentlosigkeit in dieser branche denken — und hinzufügen, daß hier in der ganz fremden Sphäre das allerletzte mögliche Fünkchen davon noch zu todter Asche verlöscht und verkohlt ist! Eine esthländische Familie (Grünwald) Mengden's Freund — Georg Brevern — Reutern's Sohn — Basil (genannt Weia!!) dessen Schwägerin — und meine nette Hamburger Consulin (von der ich wohl schon 'mal geschrieben) sind die Einzigen, die ich liebend sehe — nicht zu vergessen den Württemberger chargé d'affaires (Baron Spitzemberg) der fast jede Woche einmal bei uns ißt — und uns stets sehr angenehm ist. Alle Anderen — sowohl Diplomaten als große Russen — lassen mich eiskalt und die Sehnsucht gegenseitigen Verkehr's ist noch nie bei uns erwacht. Man drückt sich natürlich höchst erfreut die Hände, wenn man sich sieht — fragt, wie die Monteffuy selig. Andenkens: Comment ça va-t-il? spricht von Kälte und Wärme — und voilà tout! — Die Thun ist gerade wie in Frankfurt, sehr nett, sehr freundlich, sehr angenehm, jugendlich kindlich, — heiter, herzlich, aber die Unterhaltung stickt gleich zu und man kommt nie weiter, als zum freundlich innigen Anblicken.

Ein schlimmes Intermezzo ist kürzlich in unsere einsamen Tage rüttelnd und schüttelnd gefallen. Josephine, die ich 6 Jahre als anständig gutes Kind mit mir herumgeführt, hat in der russischen Residenz ihre Tugend nicht behaupten können! — Es kamen plötzlich schreckliche Dinge an's Tageslicht — sie mußte schleunig das Haus räumen — wie mir scheint, um die Welt in einer Kürze mit Drillingen od. Vierlingen zu bereichern. — Es war recht schrecklich, wie diese schauderhafte Geschichte bekannt wurde — und das Merkwürdigste ist immer die Blindheit, in der man befangen bleibt bei solcher Gelegenheit. Sie hat den ganzen Sommer viel gekränkelt — was immer auf's Klima geschoben wurde, und ich fand's begreiflich, als sie mir annoncirte, daß sie im März zu ihren Eltern zurückbegehrte; obgleich es mir leid that, da ich ihr gut war (und die Kinder wie sehr!) und sie gern behalten hätte. Plötzlich kam durch allerlei Geflüster von einem Diener zum Anderen — von Dienerfrauen zur Kammerjungfer — zur Jenny — zu mir — die Scheußlichkeit ans Tageslicht, und es entstand eine gräßliche Revolution, wie Sie denken können, — wobei immer das Schwierigste war, es den Kindern zu verbergen und ihnen große Geschichten zu ersinnen, warum Josephine uns verlassen müsse ... Es gab zahllose Thränen von allen Seiten — jetzt ist aber schon Alles vergessen nach Kinder-Art! „Josephine (heißt's) ist noch einige Wochen bei einer Freundin in Petersburg, um sich ihre Sachen zur Reise zu arrangiren" und wird uns noch öfter in der Zeit besuchen — damit waren die Thränen bald getrocknet! — Sie ist von dem Uebelthäter irgendwo eingemiethet — und sieht jetzt, nun das Verbergen ein Ende hat, wirklich wie ein weiblicher Elephant aus — unbegreiflich wie sie sich so einknallen [schnüren] konnte, und daß es kein Unglück gegeben — aber nein, solchen Würmern schadet nichts, sie werden lebendig geboren und leben fort,

Digitized by Google

den schlechten Eltern zur Strafe — frisch und munter, — trotz allen Unvorsichtigkeiten etc. etc. vorher! — Wir waren wüthend — entrüstet — Alles, was Sie wollen — — Der scheußliche russische Jäger (der Missethäter) sollte gleich fort, ebenso wie Joseph, — nachher entstand aber eine furchtbare Heulerei und Verzweiflung von ihm und ihr — und solch Bitten von ihr und ihm für sein Bleiben, daß wir ihn schließlich behalten haben — obgleich sein Anblick mir wie ein stetes vomitif ist! — Später, wenn der kl. Wurm geboren, werden sie sich wohl heirathen, ich kümmere mich um garnichts mehr, es ist zu schauderhaft — aber geschenkt habe ich ihr doch einige Altheiten für das zukünftige Stümperchen, weil sie so schrecklich heulte und das arme Balg mich jammerte — was kann das für alle Schand' und Sünde, und sie jammert mich auch, da sie 6 Jahre recht gut und treu gegen die Kinder gewesen! Ach — es ist ganz scheußlich! — —

Die allerhöchste Kaiserin und sämtliche Großfürstinnen kenne ich nun, und von der Großf. Helene bin ich bis über die Sterne entzückt — so liebenswürdig ist keine wieder von allen Königinnen, Kaiserinnen und Fürsten, die leben! Wenn die Trauerzeit vorüber, werde ich auch wohl mehr „in die Welt" hinein müssen, jetzt ist's noch reizend still „in unseren vier Wänden"! — Denken Sie, ich habe jetzt zum ersten Mal „Lichtenstein" gelesen und war „ganz weg" vor Freude über dies reizend junge — poetische Buch, so daß ich mir sämtliche Hauff's Werke von Bismarck erbettelt — die ich nun alle lesen will, gewiß mit gleichem Entzücken, wie den kühnen Ritter Sturmfeder und sein süßes Lichtensteiner Brautfräulein! — In Reinfeld geht's Gottlob gut ... von überall kommen schöne, gute Briefe. Nur Klüber hat uns rein vergessen, was mich ängstigt, da ich Krankheit oder sonst traurige Dinge fürchte, denn treu ist der stets wie echtes Gold ... Wenn man in Frankfurt meiner gedenkt, streuen Sie gewiß freundliche Grüße von mir aus, aber man wird dort sehr bald vergessen! Auf irgend eine Weise müssen wir auf diesen Sommer zusammen kommen! Mit Bismarck geht es Gottlob recht gut ... Gott sei Dank mir immer — nur werde ich täglich 10 ℔ magerer und verliere Händevoll Haare, hübscher werde ich also nicht, nur alt und schrumpfig braun und dürr wie 100jährige Tabacksbeutel! Meinetwegen!

Rudolf Reichenau, „Aus unsern vier Wänden", 1859; vgl. die Anspielung auf diesen Buchtitel gegen Schluß des Briefes. — Die preußische Trauer ist um Friedrich Wilhelm IV. — Helene Paulowna, eigentlich Charlotte, Tochter des württembergischen Prinzen Paul, geb. 1807, Witwe des Großfürsten Michael, Oheims des Kaisers Alexander II.

An Frau v. Eisendecher

Petersburg, 3. 3. 61.

... Man macht Pläne und hängt ihnen so gerne nach — Gott weiß aber wie die Dinge sich alle gestalten und ob wir bis dahin nicht sämmtlich von der Erde verschwunden bei dem allgemeinen großartigen Revolutionserdbeben, welches jetzt in allen Gemüthern das Hauptinteresse und die bestimmte Erwartung ist.

Digitized by Google

In allen — nur in unseren nicht, Theuerste! — Möglich ist natürlich Alles in der Welt, aber warum soll man sich vorher damit die liebliche Ruhe verderben und die geliebten Aussichten auf herzinniges Beisammensein irgendwo? Ich thue's nicht! entschieden nicht — freue mich vielmehr mit ganzer Seele auf den Sommer, wo ich Alles wieder zu sehen hoffe und dringend wünsche, was ich sehr liebe — nah' und fern — und darin helfen Sie mir nur, allerbeste Lina! Wir wollen noch einmal wieder recht jung sein und recht rosenlaunig, so Gott will! — Ihm sei Lob und Preis für alle hübschen Nachrichten aus Frankfurt und Pommern, Breslau, Berlin etc. etc. — Ihm sei innig Lob gesungen für seine gnadenreiche Bewahrung meines liebsten Bismarck und meines süßen Kinder-Trio's ... und unser Leben ist fortwährend so angenehm still und freundlich, daß ich gewiß nicht auf Petersb. schimpfen werde! — Was hat Christian geklatscht und möglicher Weise gefaselt? — Frankfurt ist Petersburg nie, wird's auch nie, in keiner Weise, dahin denke ich immer mit Wehmuth und Zärtlichkeit und werd's in Ewigkeit thun und so wie dort kann es mir nirgends wieder gefallen! Das habe ich ihm gesagt und wiederhole es — meinetwegen kann man's an allen Straßenecken austrommeln, das will ich grade recht gern! — Und die Theuerung weiß jedes Wickelkind und stöhnt reichlich darüber, gleich mir. Alles geht hier ins Unendliche! Wohnung, Dienerschaft, was man in den Mund steckt und sich umhängt — dies ist also gleichfalls kein Geheimniß. Diese beiden Dinge habe ich zu Christian verarbeitet, die er gern verbreiten mag ... Er war übrigens ... als Frankfurter Erinnerung mir besonders willkommen und wenn Sie seine gute Mama sehen — grüßen Sie sie sehr schön von mir ...

An Frau v. Eisendecher

Petersburg, 26. 3. 61.

Der letzte Brief wurde so plötzlich mitten im schönsten Redefluß abgerissen und abgebissen, daß ich garnicht weiß, wie ich zu Ende gekommen. H. von Schlözer (zweiter Sekretär) stand feierlich hinter mir und ermahnte mit grenzenlos höflichen Phrasen zum Schluß, worüber ich aus aller Fassung kam und jagte, wie ein angeschossener Eber in vollster Furie. Nun ereignet sich heute abermals eine Gelegenheit, die ich nicht ungenutzt lassen kann ... Sie werden wohl schon mitten im herrlichsten Frühling leben ... mit Veilchen und Rosen und Kamelien und Hyazinthen und grünen Bäumen und grünen Rasenplätzen! ... da ja auch hier der Schnee zerrinnt und das Newa-Eis bläulicher grüner wird von Tag zu Tag, als sicheres Zeichen, daß ihr die Decke zu schwer und das Wasser sich nach blauem Himmelsschein sehnt! — Kälte-Grade haben wir nicht mehr, aber die 2—3—5 Wärmegrade können den massenhaften Schnee und Eis nicht mit Eisenbahnschnelle wegthauen, man wartet also geduldig und freut sich inzwischen über die helle Sonne und den lauen Mittagswind — der durch die Straßen zieht ... und daß wir fort und fort ein „stilles geruhiges Leben" im gesellschaftsreichen Petersburg führen können! — Bismarck verträgt

Digitized by Google

das Abendausgehen nie — er schläft immer schlecht danach, und ist anderen Tags müde — erkältet sich auch leicht, beim Hinausgehen im Frack und kahlen Köpfchen!! — Also wozu soll er sich dem aussetzen! Der. Königl. Dienst erfordert es nicht — Bism. macht sich täglich fahrend, gehend oder reitend, je nach dem Weg und Wetter, Bewegung — hat oft Mittagsbesuch oder diner-Einladung — aber Abends bleibt er zu Hause und ruht sich von der Tages-Arbeit am Kamin aus, rauchend und lesend! — Ich zeige mich mitunter den verehrten einladenden Leuten — aber nur höchst flüchtig und eilig — worüber Bism. immer in große Heiterkeit geräth, wenn ich kaum gegangen, gleich wieder da bin ...

An Frau v. Eisendecher.

(Reinfeld, 14. September 1863.)

[Frau von Puttkamer war am 5. Sept. in Reinfeld gestorben.]

Seien Sie innig umarmt für Ihren liebewarmen Brief, meine theure Fr. v. Eisendecher! Ich glaubte wohl, daß Sie meiner in dieser Trübsal herzlich gedenken würden und hätte deshalb gern gleich der Trauer-Anzeige, die mein Vater Ihnen gesandt einige Worte beigefügt. — Es war mir aber damals noch nicht möglich und nun ist es ja auch besser, weil's Sie nicht mehr in Frankfurt getroffen und ich Ihnen nun direkt sagen kann, wie sehr herzlich mich Ihr lieber Brief gefreut und wie wir Sie tausendmal Willkommen heißen werden, wenn Sie den weiten Weg von Neckow [v. Kölleriſches Gut in Westpommern] bis Reinfeld nicht scheuen wollen. Ach, wir sind immer so sehr beschämt, wenn sich jetzt lieber Besuch bei uns ankündigt — es ist ja so sehr sehr anders hier geworden — seit der helle Stern in Reinfeld erloschen, der die ganze Gegend so wunderbar verklärte. Es ist ein Riß in unseren Kreis gethan, der nie und nie zuheilen kann, sie war ja unser Allerschönstes und Allerbestes und wir sind fast nichts mehr werth ohne unsere einzige, liebste süße Mutter! Gott erhalte Ihnen Ihre liebe Mutter noch recht lange — wenn diese Liebe stirbt, ist alle andere gering im Vergleich mit dem unergründlichen Schatz, mit der unerschöpflichen Quelle. Karl hat meine geliebte Mutter noch oft gesehen und hat sie lieb gewonnen, wie Jeder, der sie gekannt — und sie interessierte sich sehr für ihn, lud ihn viel nach Reinfeld ein und hoffte bestimmt, ihn in diesem Monat einige Zeit, von Danzig aus, hier zu haben ... In Berlin ging es meiner einzigen Mutter zuerst sehr schwach, dann erholte sie sich sehr schön, was auch in den ersten Wochen hier so beiblieb, zu meiner unsäglichen Freude — aber es währte leider nicht lange und sie fiel wieder in die alten Leiden zurück, die von Woche zu Woche zunahmen und die letzte Zeit ganz besonders qualvoll waren, aber ich konnte dennoch von der Hoffnung nicht lassen, bis zur letzten Stunde nicht, — ach ich konnte mich nicht losreißen von diesem geliebten Herzen, mit dem meines so innig zusammengewachsen war, wie kein Kind mit seiner Mutter zusammenhängt. Aber als der Herr sie mir dennoch nahm trotz unserer ängstlichen flehendlichen Bitten, da hat Er Sich auch meiner angenommen, daß

Digitized by Google

ich nicht zusammengebrochen bin, sondern Ihm still halten konnte und Ihn preisen, daß das allerletzte Ende meiner süßen Mutter ein sanftes seliges Einschlafen war, ohne den schrecklichen Todeskampf ... Und nun hilft Gott der Herr uns auch, daß wir einander trösten können — und bitten, daß Er uns löse von aller Irdigkeit und wir einst wieder vor Seinem Thron mit unserem Engel vereinigt werden, der uns jetzt vorangegangen. Wir vertrauen unserem himmlischen Erretter, wenn auch die Bangigkeit auf Erden oft groß und heiß ist und sein wird! ... ich hoffe, Sie kommen bald — es ist so sehr lieb von Ihnen, daß Sie wollen und dann haben wir uns viel zu sagen. Ich bleibe bis in den October hinein bei meinem geliebten Vater und hoffe sogar, daß Bismarck, der in voriger Woche zu unserer großen Freude hier war, uns noch einmal einige Tage schenken wird — wenn er's irgend kann, thut er's gewiß.

Karl — der Sohn der Frau v. Eisendecher, jetzt preußischer Gesandter in Karlsruhe.

Wer trägt die Schuld?

Eine völkerrechtliche Untersuchung

von

Philipp Zorn

Zweiter Artikel

Die äußeren Vorgänge, die unmittelbar zum Ausbruch des Weltkrieges von 1914 führten, wurden im ersten Artikel dargelegt und kritisch beleuchtet. Im folgenden soll der Versuch gemacht werden, die inneren tiefliegenden Ursachen dieses Weltkrieges, der in der Geschichte der Menschheit eine der größten Umwandlungen zur Folge haben wird, zu ergründen. Hierfür bedarf es einer weit zurückgreifenden Betrachtung über die Entwicklung des europäischen Staatensystemes im neunzehnten Jahrhundert.

I

Das Jahr 1866 hat dem tausendjährigen deutschen Elend ein Ende gemacht. Dazu war eine blutige innerdeutsche Auseinandersetzung notwendig, die, so schwer sie für alle deutschen Herzen war, sich als unvermeidlich erwiesen hatte. Der unvergleichlich großen Staatskunst Bismarcks gelang es, diese Auseinandersetzung so zu gestalten, daß sie den Keim der engen internationalen Verbindung zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland, der heute zum kraftvollen Baume erwachsen ist, von vornherein in sich trug; das danken heute und in alle Ewigkeit alle deutschen Herzen dem Eisernen Kanzler in tiefster Dankbarkeit.

Unmittelbar nach Beendigung des Krieges von 1866 begann der staatliche Neubau Deutschlands. Von den etwa vierhundert „souveränen" Staaten des alten Reiches hatten die Napoleonischen Kriege noch 40 und

Digitized by Google

einige übrig gelassen; Vorgänge verschiedener Art, zuletzt der Krieg von 1866, führten die Zahl zurück auf 25, darunter 17 zweifellose Kleinstaaten. Diese deutschen Staaten wurden unter Führung der deutschen Großmacht, Preußens, zu einem einheitlichen nationalen Staatswesen vereinigt in der staatlichen Form eines Bundesstaates, erst 1867 des Norddeutschen Bundes, dann, seit 1. Januar 1871, des Deutschen Reiches. Ich registriere nur kurz diese welthistorischen Tatsachen; durch den Frankfurter Frieden vom 10. Mai 1871 wurde die neue Staatsgestaltung noch ergänzt durch die Hinzufügung des uralt deutschen, vor zwei Jahrhunderten von Ludwig XIV. räuberisch uns weggenommenen, Grenzlandes Elsaß-Lothringen.

Die Wirkung dieser welthistorischen Tatsachen war allerdings eine außerordentlich große. Nicht allein äußerlich wurde durch sie die Karte Europas erheblich umgestaltet, sondern vor allem: die staatlichen Machtverhältnisse Europas erfuhren eine starke Veränderung. Von den europäischen Mittelstaaten darf bei dieser Betrachtung zunächst vollständig abgesehen werden; auch sie konnten von der staatlichen Neugestaltung im Herzen Europas nicht unberührt bleiben; zunächst aber hatte auf sie die Neugestaltung keinerlei unmittelbaren Einfluß. Und kein verständiger Mensch in Deutschland dachte und denkt daran, daß etwa die zu selbständigen Staatsindividualitäten von ausgeprägt eignem Charakter gewordenen ehemaligen Bestandteile des alten Deutschen Reiches, wie die Schweiz und die Niederlande, von der Umgestaltung der deutschen Staatsverhältnisse berührt werden sollten.

Die alten Großmächte Europas, England und Rußland, griffen nicht in die Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Frankreich ein; der unvergleichlichen staatsmännischen Kunst und Kraft Bismarcks gelang es nicht nur, sie von der Teilnahme am Kriege fernzuhalten, sondern auch den staatlichen Umbildungsprozeß Deutschlands durchzuführen ohne europäischen Kongreß, lediglich durch deutsche Kraft und deutschen Willen. Mit Oesterreich-Ungarn war die deutsche Auseinandersetzung 1867 völlig abgeschlossen in dem Sinne, daß die Donaumonarchie endgültig aus der deutschen Staatsentwicklung ausschied und einen staatsrechtlichen Neubau des altberühmten Staates der Habsburger auf rein österreichisch-ungarischer Grundlage durchführte. Einmal noch drohte ein abermaliger Zusammenstoß zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland: in den Anfängen des Deutsch-Französischen Krieges. Aber der wunderbare Siegeslauf der deutschen Heere in Frankreich zerstreute die drohenden Gefahren eines französisch-österreichisch-italienischen Bündnisses und seitdem blieb die Entwicklung des deutsch-österreichischen Verhältnisses in friedlicher Harmonie, die sich weiterhin zum Bündnis und der weltgeschichtlichen Verbindung des großen Völkerkrieges von 1914 gestaltete.

Frankreich mußte im Frankfurter Frieden vom 10. Mai 1871 die uralt deutschen Gebiete von Elsaß-Lothringen an Deutschland zurückgeben. Im übrigen erholte sich das gottgesegnete, reiche und schöne Frankreich bald von den schweren Schlägen des Krieges. Es blieb in seiner Großmachtstellung unangetastet und

Digitized by Google

in der Schaffung eines ungeheuren Kolonialreiches in Asien und Afrika suchte und fand französischer Ehrgeiz und französisches Kraftbewußtsein zunächst Ablenkung von den schmerzvollen Erinnerungen der Jahre 1870/71. Alle Versuche Deutschlands aber, mit Frankreich auf der Grundlage des Frankfurter Friedens zu vertrauensvoller nachbarlicher Gemeinschaft zu gelangen, alles, auch noch so weitgehende Entgegenkommen Deutschlands gegen Frankreich blieben vergeblich. Lieber ertrug Frankreich die Schmach von Faschoda und den gänzlichen Ausschluß aus seinem weitaus wichtigsten und wertvollsten Interessengebiet über See, aus Aegypten, durch England, als daß es sich zu einer Annäherung an Deutschland entschlossen hätte. Einzelne Staatsmänner, die solche Annäherung versuchten, um die alten großen und ruhmvollen Ueberlieferungen Frankreichs im Orient und anderwärts zu retten, wie besonders Jules Ferry, erlagen bald dem wilden Chauvinismus derjenigen Staatsmänner, die den Haß des französischen Volkes gegen Deutschland und das Rachegeschrei über die verlorenen „französischen" Länder Elsaß-Lothringen immer neu zu beleben wußten. Alle französische Politik seit 1870 verfolgte nur den einzigen Gedanken der Rache an Deutschland und der Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen. Die Advokaten und Bankiers, die Frankreich seit 1870 regierten, haben die Rache an Deutschland zum dogmatischen Kernpunkt der französischen Politik gemacht bis zum heutigen Tage.

Zu den alten Großmächten Europas war seit den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eine neue, Italien, getreten. Bis zu dieser Zeit bestand das heutige Königreich Italien aus einer größeren Anzahl von Staatsgebilden, ähnlich wie Deutschland, aber darin verschieden von Deutschland, daß die herrschenden Dynastien in der Mehrzahl dieser Staaten fremden Ursprunges waren. Das damalige Staatensystem Italiens reichte ja weit ins Mittelalter zurück, trug aber in seiner Gestaltung, die ihm der Wiener Kongreß gegeben hatte, den Stempel der Metternichschen, also österreichischer Politik. Rein italisch war einzig und allein das verhältnismäßig kleine, den Nordwesten der apenninischen Halbinsel umfassende Königreich Sardinien-Piemont unter der Dynastie Savoyen. Die staatliche Neugestaltung Italiens begann mit dem Französisch-Oesterreichischen Kriege von 1859, also unter dem Schutze und der Leitung des damaligen französischen Kaisertums Napoleons III. Oesterreich mußte im Frieden von Villafranca die Lombardei an Sardinien abtreten; als Belohnung dafür nahm sich Frankreich eines der schönsten italienischen Länder, Savoyen mit Nizza, das — das Stammland des italienischen Königshauses — bis heute zum „unerlösten Italien" gehört. An den Krieg von 1859 knüpften sich die Unternehmungen Garibaldis, die diesen Mann mit Recht zum Nationalhelden des geeinigten Italiens gemacht haben. In kurzen glänzenden Waffentaten stürzte Garibaldi, getragen von der jubelnden Begeisterung des ganzen italienischen Volkes, das gesamte bisherige Staatensystem der apenninischen Halbinsel um und schuf durch die Vereinigung aller dieser Gebiete mit dem Königreich Sardinien die heutige Großmacht des Königreichs Italien. Das norditalische Gebiet Venetien, das 1859 Oesterreich

Digitized by Google

verblieben war, fiel 1866 infolge des preußischen Sieges über Oesterreich an Italien; Preußen hatte die Abtretung dieses großen und reichen Gebietes an Italien von Oesterreich erzwungen trotz der schweren Niederlagen zu Lande und zur See, die Italien durch die österreichischen Waffen erlitten hatte.

Außerdem war Rom samt dem umliegenden Gebiete durch französische Waffen vor der Eroberung durch Garibaldi für den Papst gesichert worden; selbst zu heftigen Kämpfen zwischen Garibaldi und französischen Truppen — Mentana! — führte diese Stellungnahme Frankreichs zugunsten des Papstes gegen Italien. Erst nach der Katastrophe von Sedan, also abermals durch preußisch-deutsche Waffen, wurde Rom von den französischen Truppen frei, und am 20. September konnte der Einzug der italischen Truppen in Rom ohne Schwertstreich erfolgen.

Seitdem besteht das heutige Königreich Italien mit der Hauptstadt Rom unter der Dynastie Savoyen.

In der heutigen kritischen Zeitlage darf wohl mit ruhigem Ernste daran erinnert werden: Venetien und Rom sind durch das deutsche Schwert gegen mächtige Feinde für das Königreich Italien gewonnen worden. Italien müßte, so denken wir in Deutschland, darin eine sichere Garantie erkennen, daß die berechtigten Wünsche des italischen Nationalstaates in Deutschland immer ein der Gestaltung der Weltlage entsprechendes Entgegenkommen finden werden.

Somit bestanden 1870, abgesehen von Deutschland, die heutigen europäischen Großmächte England, Rußland, Frankreich, Oesterreich-Ungarn, Italien.

II

Dazu kam nunmehr das Deutsche Reich.

Das neue Deutsche Reich ist geschaffen durch preußische Heeres- und Geisteskraft; eine unmittelbare Linie geschichtlicher Zusammenhänge führt vom Großen Kurfürsten zum heutigen Tage. Diese geschichtlichen Zusammenhänge selbst nur in gedrängtester Kürze hier darzulegen, würde viel zu weit führen.

Der deutsche Staatsgedanke, der auf Preußen beruht, konnte sich in Deutschland selbst nur unter den allergrößten Schwierigkeiten, schließlich nur durch Blut und Eisen, durchsetzen. Im Dreißigjährigen Kriege war unser schönes deutsches Land der Kampfplatz für die Heere der großen europäischen Mächte, die ein Meer von Blut und Elend über Deutschland ergossen und das ganze Deutschland zu einer Stätte der Verwüstung und des Grauens machten. Erst nach Abschluß des Dreißigjährigen Krieges erhob sich in Wirklichkeit der heutige Staat Preußen, und sein Schöpfer ist der Große Kurfürst. Er schuf die staatlichen und wirtschaftlichen Grundlagen des Staates Preußen, er schuf insonderheit zum Schutz des Landes gegen Vergewaltigung durch fremde Staaten das erste, sehr bescheidene, aber waffentüchtige stehende Heer. Die staatsmännische Arbeit des Großen Kurfürsten war rein preußisch; aber schon diese große preußische Arbeit stand unter dem Zeichen des geheiligten Wortes, das der Kur-

Digitized by Google

fürst jedem seiner Preußen zurief: „Gedenke daran, daß du ein Deutscher bist!“

Das Werk des Großen Kurfürsten haben Friedrich Wilhelm I. für das Innere des Staates und Friedrich der Große für die äußere Stellung Preußens im Staatensystem Europas vollendet: so wurde Preußen zur europäischen Großmacht. Die Arbeit Friedrich Wilhelms I. war innere Staatsarbeit für Heer und Verwaltung; die Arbeit des großen Königs war in erster Linie der gewaltige Waffenkampf gegen Oesterreich und weiterhin gegen ganz Europa um die Stellung Preußens als Großmacht. In den Kämpfen Friedrichs des Großen gegen Oesterreich prägte sich bereits mit voller Klarheit, wenn auch noch nicht in scharfer Formulierung, der deutsche Staatsgedanke aus, und schon im Jahre 1785 wurden in dem viel zu wenig bekannten und viel zu wenig in seiner Bedeutung für die deutsche Zukunft richtig erkannten „Entwurf einer bundesverfassungsmäßigen Einigung der deutschen Staaten“ unter Führung Preußens die Grundlinien unsrer heutigen Bundesverfassung festgestellt. Diese merkwürdige Urkunde, fast ein Jahrhundert vor Aufrichtung des neuen Reiches, ist der erste, in äußere Rechtsform gekleidete Ausdruck des preußisch-deutschen Staatsgedankens.

Dann kam die traurige Zeit des großen Rückschlages. Aber schon in den Freiheitskriegen flammte wieder der preußisch-deutsche Gedanke mächtig empor; noch heute sind die Lieder der preußischen Kriegsdichter jener Zeit, insbesondere Ernst Moritz Arndts, der tiefste Ausdruck deutschen Denkens und Empfindens, den wir überhaupt besitzen und den wir als nationalen Schatz heilig halten. Das „Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt“ ist der Schlachtgesang, mit dem der alte Landstürmer und der junge Student heute gegen die Heere der Welt in Kampf und Tod fürs Vaterland gehen und zum Siege stürmen.

Noch einmal hat uns der Wiener Kongreß um unsre nationalen Ideale betrogen. Die Errichtung des sog. Deutschen Bundes durch den Wiener Kongreß war der Triumph der nämlichen europäischen Politik gegen Preußen-Deutschland, die zu dem Weltkriege von 1914 geführt hat. Damals freilich mit dem Unterschiede, daß sich auch das Oesterreich Metternichs in den Dienst dieser Politik und daß das Oesterreich Metternichs diese Politik in seinen Dienst gestellt hatte. So entstand die Mißgeburt des alten Deutschen Bundes, die Deutschland abermals zum Knecht des Auslandes machte.

Preußen vermochte dies Unheil nicht von Deutschland abzuwenden. Aber unter den Trümmern des alten Reiches, auf denen man den elenden Notbau des neuen Bundes hergestellt hatte, schlummerte der große deutsche Staats- und Reichsgedanke, treu gepflegt, wenn auch unter schwersten Gefahren, von deutschen Dichtern und von dem heiligen Sehnen der deutschen Jugend auf den Universitäten. Zunächst tat Preußen nichts zur Verwirklichung dieses Gedankens, ja es verfolgte schmählicherweise auf Metternichs Befehl den deutschen Gedanken, wo er sich an die Oeffentlichkeit wagte, in schärfster Weise. Nur ein Werk preußischer

Digitized by Google

Staatskunst ragt aus dieser traurigen Oede deutschen Lebens von 1815 bis 1848 herrlich hervor: die wirtschaftliche Einigung der deutschen Länder durch Preußen im Zollverein seit dem 1. Januar 1834. Daß dies große Werk von Preußen in bewußter Absicht zur Erfüllung des deutschen Staatsgedankens unternommen worden wäre, läßt sich gewiß nicht behaupten; aber außer den preußischen Waffen hat nichts so viel zur Herstellung des deutschen Staates beigetragen als der Zollverein.

Die Flamme des deutschen Staatsgedankens brach dann in gewaltiger Kraft und Schönheit hervor in den Kämpfen des Jahres 1848. Aber wiederum wurde die heilige Flamme erstickt durch die Mächte Europas, auch diesmal in Verbindung und in gegenseitigem Dienste mit Oesterreich. So war die blutige Auseinandersetzung von 1866 zur unausweichlichen Notwendigkeit geworden; ihr Ergebnis war die Aufrichtung des Deutschen Staates, zunächst in der unvollkommenen Form des Norddeutschen Bundes, seit 1870 in der endgültigen Form des Deutschen Reiches unter Führung Preußens, die ihren Ausdruck fand in dem deutschen Kaisertum der Hohenzollern. Die Großmacht Preußen, das Werk Friedrichs des Großen, war zur Großmacht Deutschland, das Werk Wilhelms des Großen durch Bismarck, geworden. Noch besteht also dies Werk kein halbes Jahrhundert; erst am 1. Juli 1917 wird die Halbjahrhundertfeier des deutschen Staates zu begehen sein. Aber in den wenigen Jahrzehnten seines Bestehens ist das Deutsche Reich wirtschaftlich und politisch zu einem Staatswesen von solcher Kraft und Größe herangewachsen, daß die alten Großmächte Europas nunmehr das Aeußerste zu unternehmen sich entschlossen, um die neue deutsche Macht und Größe zu vernichten, um das alte deutsche Elend und die alte deutsche Ohnmacht wiederherzustellen. Das ist der tiefste Grund des Weltkrieges von 1914: Deutschland soll wieder zurückgeworfen werden in den Zustand des alten Reiches und des Frankfurter Bundestages, soll ausgestrichen werden aus der Reihe der Großmächte, soll wieder zum willenlosen Knecht des Auslandes erniedrigt werden. Und dagegen hat sich das ganze deutsche Volk wie ein Mann erhoben, und der eiserne Wille des deutschen Volkes wird zum gewissen Siege über die Welt wütender Feinde, die uns jetzt umtobt, führen. Nur wer sich diesen Kernpunkt der großen welthistorischen Frage: daß es sich einfach um Sein oder Nichtsein unsres deutschen Staates handelt, klargemacht hat, kann das große Völkerringen richtig verstehen. Was Friedrich II. im Siebenjährigen Kriege für Preußen gegen Europa durchkämpfen mußte, das muß heute Wilhelm II. für Deutschland gegen Europa durchkämpfen. Alles andre sind Redensarten und Spiegelfechtereien: es ist einfach der Kampf ums Dasein, den wir gegen die größten Mächte Europas kämpfen müssen.

Mit dieser für uns größten welthistorischen Frage ist durch den Gang der Kriege in untrennbare Verbindung getreten die andre große welthistorische Frage:

Digitized by Google

die Daseinsfrage für Oesterreich-Ungarn. Wir kämpfen den Daseinskampf Hand in Hand und Seite an Seite mit Oesterreich-Ungarn; allerdings hat der Daseinskampf einen verschiedenen letzten Grund hier wie dort; unser Kampf ist der Kampf um den Staat, der das letzte und höchste Ideal unsers deutschen Volkstumes ist; der Donaustaat kämpft um sein Dasein als althistorisches europäisches Staatsgebilde, das sein charakteristisches Gepräge — genau ebenso wie Rußland — nicht durch ein einheitliches Volkstum, sondern durch eine Zusammensetzung verschiedener Völkerschaften zur Erfüllung einer einheitlichen Staatsaufgabe im Rahmen des europäischen Staatensystems trägt. Gewiß ist die sicherste und festeste Grundlage eines Staates ein einheitliches Volkstum; dies war vor allem seit dem frühen Mittelalter die große Stärke des französischen Staates; und auch für unsern deutschen Staat müssen wir soviel als nur möglich die feste Grundlage des einheitlichen deutschen Volkstumes erhalten und ausbauen. Aber daß auch die Zusammenfassung verschiedener Völker zu einer einheitlichen Staatsaufgabe die feste Grundlage eines Staates bilden kann, hat gerade der gegenwärtige Weltkrieg mit voller Klarheit erwiesen. Es war einer der großen Rechenfehler in der Rechnung unsrer Feinde — von den Rechenfehlern in bezug auf Deutschland wird noch zu handeln sein —, daß sie mit aller Sicherheit annahmen, die verschiedenen Völkerschaften Oesterreich-Ungarns würden im Kriege nicht einheitlich zusammenstehen, und insbesondere würden die slawischen Regimenter im Kampfe gegen das heilige Rußland und vor allem die serbokroatischen Heeresteile im Kampfe gegen Serbien und Rußland völlig versagen. Nichts dergleichen ist eingetreten; mit dem gleichen Löwenmute kämpfen alle Völker des Donaureiches gegen die gemeinsamen Feinde.

Die Aufrichtung des Deutschen Reiches im Herzen Europas hat somit die Machtverhältnisse in Europa und damit für die ganze Welt in hohem Grade verändert. Zwar war der Rang Preußens als Großmacht seit den Tagen des großen Friedrich nicht mehr bestritten worden. Aber auf dem Wiener Kongreß mußte sich Preußen, obwohl es von hervorragenden Staatsmännern wie Hardenberg und Wilhelm v. Humboldt vertreten war, von den übrigen Mächten eine Behandlung gefallen lassen, die nicht allein der heilig großen Opfer und der Heldentaten der Freiheitskriege in keiner Weise gerecht wurde, sondern überhaupt Preußens unwürdig war. Und in den späteren Jahrzehnten der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts ist die Stellung Preußens im europäischen Staatensystem immer unwürdig geblieben; Metternich und der russische Zar, speziell Nikolaus I., beherrschten die auswärtige und in der Hauptsache auch die innere Politik Preußens völlig, und so mußte Preußen nach dem Sturmjahr 1848, das einen Augenblick lang die Morgenröte einer neuen Zeit für Preußen und Deutschland zu sein schien, durch das kaudinische Joch von Olmütz gehen, und alle deutschen Hoffnungen auf Erlösung aus dem staatlichen Jammerzustande des Deutschen Bundes mußten abermals begraben werden. Nur mit Mühe konnte Preußen 1856 die Zulassung zum Pariser Kongreß erreichen und

Digitized by Google

spielte jedenfalls auf diesem Areopage der Großmächte Europas eine klägliche Rolle.

Und kläglich blieb die Stellung Preußens, bis endlich Bismarck diesem Jammerzustande Preußens und Deutschlands ein Ende machte.

III

Durch die Aufrichtung des Reiches war die Machtstellung Preußen-Deutschlands eine völlig andre geworden. Gewiß war diese Machtstellung in hohem Grade bedingt durch die Persönlichkeit des einzig großen Staatsmannes, den die Vorsehung dem deutschen Volke geschenkt hatte. Und gewiß war ihr Hauptbestandteil zunächst der unvergleichlich große Heldenruhm, den das preußische und nach kurzer Frist das deutsche Heer auf den Schlachtfeldern in Böhmen und in Frankreich an seine Fahnen geheftet hatte. Aber auch die dauernde Organisation, die der preußisch-deutsche Staatsgedanke nach 1866 gefunden hatte, verbürgte der zum Deutschen Reiche erweiterten Großmacht Preußen eine ganz andre Machtstellung, als welche Preußen bis dahin eingenommen hatte. Das Machtgebiet des neuen Staates war um ein Drittel größer als der bisherige Staat Preußen; und die Machtmittel, speziell die militärischen, die bisher in den Mittel- und Kleinstaaten gering oder völlig nichtig gewesen waren, gaben in der Zusammenfassung zur staatlichen Einheit und insonderheit zum deutschen Heere unter dem im Krieg ganz ausschließlichen Oberbefehl des Deutschen Kaisers auf der Grundlage der ruhmvollen preußischen Ueberlieferungen und in sorgfältigster Ausbildung nach den durch weltgeschichtliche Erfolge bewährten Prinzipien des preußischen Heeres, dem neuen deutschen Staate eine gewaltige Stärke und Größe.

Dieser deutschen Machtentwicklung gegenüber trugen sich die Staaten Europas, die, wir dürfen sagen ohne Ausnahme, mit mehr oder minder stark hervortretender Unlust und Ungunst die Neugestaltung der Staatszustände in Deutschland verfolgten, immer noch mit Hoffnungen auf die alte deutsche Zerrissenheit; daß diese Hoffnungen auch noch ein Posten in der Rechnung unsrer Feinde bei Ausbruch des großen Weltkrieges von 1914 waren, ist ganz unzweifelhaft. Aber diese Hoffnungen erwiesen sich als ein verhängnisvoller Rechenfehler.

Die eine Hoffnung unsrer Feinde war die konfessionelle Spaltung in Deutschland. In keinem Lande der Welt ist die konfessionelle Trennung des Volkes so stark wie in Deutschland, und kein Volk ist so furchtbaren Leiden infolge dieser Trennung, Leiden, die Deutschland geradezu an den Rand des Unterganges führten, ausgesetzt gewesen, wie unser Vaterland. Und bis in die Tage der Gegenwart hat dieser konfessionelle Gegensatz in der verhängnisvollsten Weise nachgewirkt. Aber dem schmählichen Ueberfall unsrer Feinde im Sommer 1914 gegenüber war jeder konfessionelle Gegensatz vergessen und verschwunden. Wer in vorwiegend katholischem Lande den Ausbruch des Krieges erlebt hat, der weiß es, wie die Flamme der heißen, heiligen Begeisterung den katholischen Teil unsers Volkes ganz mit der gleichen unaussprechlich großen Gewalt ergriffen hatte wie den evangelischen. Und die

Digitized by Google

katholischen Söhne unsers Volkes haben die gleichen Heldentaten auf dem Schlachtfeld getan wie die evangelischen, und sind in gleicher Weise zu Tausenden und aber Tausenden den Heldentod fürs Vaterland gestorben wie die evangelischen. Und kann es etwas Ergreifenderes geben als den Feldgottesdienst, der mit dem Helden- und Schlachtgesang Luthers: „Ein feste Burg ist unser Gott" oder mit dem Lied Paul Gerhardts: „O Haupt voll Blut und Wunden" begann und in dem dann ein katholischer Priester die Predigt hielt?

Das ist eine große Mahnung dieser großen Zeit für die Zukunft an das deutsche Volk, vielleicht die größte. Und die persönliche Stellung unseres Kaisers zu den Dingen der Religion und des Glaubens ist die festeste Bürgschaft, daß diese Mahnung in der Friedenszeit nicht vergessen werden wird.

Und die zweite Hoffnung und der zweite Rechenfehler unsrer Feinde. Trotz der Erfahrungen von 1870 gab man sich auch jetzt noch der Hoffnung hin, die nichtpreußischen Teile des deutschen Volkes und Staates würden im deutschen Kriegssturm, wenn nicht versagen, so doch ihn schwächen und lähmen; besonders die Süddeutschen würden keine Begeisterung für den Kampf zeigen. Auch diese Hoffnung ist schmählich zunichte geworden; jeder Süddeutsche hält es für die infamste Beleidigung, die ihm angetan werden kann, wenn man an seinem deutschen Sinn und an seiner Begeisterung für die Sache des Vaterlandes auch nur den allermindesten Zweifel hegt. Ueber der heißgeliebten Heimat der Stämme gibt es nur ein noch heißer geliebtes Vaterland, von dem Ernst Moritz Arndt sang: „Das ganze Deutschland soll es sein, o Gott vom Himmel sieh darein und gib uns echten deutschen Mut, daß wir es lieben treu und gut." Und im Felde draußen hält der Feind wohl die Süddeutschen für die allerzähesten und gefürchtetsten Gegner. Wer in Süddeutschland lebt, der weiß es, daß hier ebenso wie in Preußen das „Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt!" das oberste und in dieser Zeit des Weltkrieges einzige Gesetz des Daseins ist, nicht allein für den Soldaten, sondern für das ganze Volk. —

Mit der Herstellung der staatlichen Einheit des deutschen Volkes in der dem einfachen Einheitsstaate gegenüber immerhin schwierigen Form des Bundesstaates hatte Deutschland endlich das Ziel erreicht, das die in dieser Beziehung glücklicheren andern beiden großen Völker Mitteleuropas, das französische und englische, bereits vor Jahrhunderten erreicht hatten. Und wie in Frankreich und England seit Jahrhunderten, so erwies sich auch in dem neuen Deutschland seit 1866 und 1870 die staatliche Zusammenfassung des ganzen Volkes als ein gewaltiger Machtfaktor nicht allein des politischen, sondern auch des wirtschaftlichen Lebens. Wie wir das welthistorische Recht der Franzosen und Engländer auf ihren einheitlichen nationalen Staat rückhaltlos und unbedingt anerkennen, so fordern wir mit der größten Bestimmtheit und Entschlossenheit — und es ist dies die höchste Daseinsfrage, die es überhaupt für uns gibt, genau so wie für die Franzosen und Engländer — das gleiche welthistorische Recht

Digitized by Google

für unser deutsches Volk. In diesem Punkte gibt es für uns Deutsche von heute überhaupt keinen Zweifel und kein Verhandeln mehr: hier handelt es sich einfach um Sein oder Nichtsein. Genau so wie bei den Franzosen und Engländern.

Diesen Gedanken hat unser großer Kanzler einmal mit dem Worte ausgedrückt: wir seien durch 1866 und 1870 „gesättigt". Dies traf 1870 zu und trifft in der Hauptsache auch noch heute zu. Darum war unsre Politik seit 1870 bis zu der großen Weltkrisis von 1914 eine unbedingt friedliche, so friedlich wie keines andern Staates in der ganzen Welt, so friedlich, daß wir selbst schwere Reizungen seitens andrer Staaten in einer Reihe von Fällen schweigend hinnahmen, so friedlich, daß das deutsche Volksempfinden wiederholt in schweren Gegensatz zur Regierung unsers „Friedenskaisers" zu treten drohte.

Es begann seit 1870 eine Friedensarbeit des deutschen Volkes von einer Stärke und einem Umfang, wie sie in der Kulturgeschichte der Menschheit kaum je zuvor zu verzeichnen war. Zu den altgewohnten Arbeitsgebieten des deutschen Volkes in Kunst und Wissenschaft sowie in der Landwirtschaft und im Handwerk trat ein Aufschwung von Handel und Industrie, wie er in der Industrie nie zuvor, im Handel seit den Tagen der Hansa nicht mehr gesehen worden war. Tausende von deutschen Schiffen befuhren die Meere aller Zonen, und Zehntausende von Fabriken entstanden und beschäftigten Millionen fleißiger deutscher Hände in allen Zweigen des unendlichen Wirtschafts- und Verkehrslebens der modernen Welt. Der deutsche Handel und die deutsche Industrie nahmen einen geradezu riesenhaften Umfang an und verdrängten durch ihre Tüchtigkeit und Rechtlichkeit vielfach in der Welt die bisherigen Inhaber der Märkte, besonders die Engländer.

Waren dieser Fleiß und diese Tüchtigkeit des deutschen Volkes ein Verbrechen an der Menschheit, in deren Dienst und Nutzen doch diese ganze deutsche Arbeit stand? Fleiß und Tüchtigkeit lassen sich nur bekämpfen durch Fleiß und Tüchtigkeit, nicht durch Hinterlist und auch nicht durch Waffengewalt.

Die industrielle Entwicklung Deutschlands führte dem deutschen Volke Jahr für Jahr wachsende Reichtümer zu. Aber sie trug in sich auch eine schwere Gefahr. Und hier ist der Ort, eines weiteren ungeheuren Rechenfehlers in dem Kriegsplan unsrer Feinde zu gedenken. Die geradezu riesenhaften Erfolge der deutschen Industrie hatten in Deutschland eine Arbeiterpartei heranwachsen lassen, die sowohl an Zahl wie an geistiger Bedeutung von Jahr zu Jahr zunahm und erstarkte. Es ist hier nicht der Ort, diese gewaltige wirtschaftlich-politische Bewegung näher zu untersuchen; es genügt, festzustellen, daß diese deutsche Arbeiterpartei ihrem Programme gemäß antimonarchisch war und sich nur als deutschen Zweig der internationalen Arbeiterpartei betrachtete. Die inneren Kämpfe zwischen dieser Arbeiterpartei und der von den sog. bürgerlichen Parteien unterstützten Regierung nahmen zeit- und stellenweise einen unerhört heftigen Charakter an. Darauf gründeten die Feinde Deutschlands die Hoffnung, daß die der Arbeiterpartei angehörigen Hunderttausende von Soldaten bei Kriegs-

Digitized by Google

ausbruch die deutsche Heeresfolge verweigern und die militärischen Operationen schwer gefährden, vielleicht unmöglich machen würden.

Statt dessen war vom ersten Augenblicke des Krieges an bis zum heutigen Tage die Begeisterung und todesmutige Tapferkeit der sozialdemokratischen Soldaten genau die gleiche wie aller übrigen deutschen Helden; hervorragende Führer der Partei traten als Freiwillige ins Heer, mit dem Jubelruf „Deutschland, Deutschland über alles" gingen die sozialdemokratischen Soldaten wie alle andern in Kampf und Tod fürs Vaterland, und nicht schöner und ergreifender kann der glühendste Patriot über die Pflicht fürs Vaterland und den Heldenruhm unsrer Heere sprechen, als es hervorragende Führer der Sozialdemokratie, nicht nur der Revisionist Heine, sondern auch der Radikale Scheidemann u. a., getan haben und tun. Nur einzelne verlorene Söhne des Vaterlandes stehen zur Seite, aber sie schweigen, wohl wissend, daß ein Sturm der Entrüstung aus den eignen Reihen sie niederschlagen würde, wenn sie reden wollten.

Wer oft bei den schweren inneren Kämpfen der letzten Zeiten von banger Sorge um die Zukunft des Vaterlandes niedergedrückt war, der erschauert heute in tiefer Andacht vor der Größe und Stärke des Vaterlandsgedankens und der Vaterlandsliebe, die in dieser Haltung der deutschen Sozialdemokratie im großen Weltkriege zum Ausdruck kommen, und der weiß, daß dieses deutsche Volk nicht besiegt werden kann.

Unter den zahllosen erhebenden Erscheinungen unsers Volkslebens seit Ausbruch des Krieges ist diese für den, dem sein Volk das Höchste auf Erden ist, wohl eine der größten und erhebendsten. Und in ihr muß das große Gesetz und die Versöhnung der Zukunft liegen. Jubelnd rufen wir, und rufen mit uns unsre Sozialdemokraten bis auf wenige traurige Ausnahmen, der Welt von Feinden, die gegen uns steht, entgegen das geheiligte Wort Felix Dahns: „Das höchste Gut des Mannes ist sein Volk!"

IV

Noch war das erste Jahrzehnt unsers gesamtdeutschen Staatslebens nicht vergangen, als die deutsche Friedenspolitik auf dem Berliner Kongreß von 1878 vor eine der schwersten Aufgaben gestellt war, die sie je zu lösen hatte. Es ist eine merkwürdige Empfindung, die uns heute beschleicht, wenn wir jener Zeit gedenken. Die Russen standen nach einem schweren und nur durch die Hilfe der Rumänen siegreich beendeten Kriege vor den Toren Konstantinopels und hatten durch den Frieden von San Stefano dem türkischen Staate in Europa das Ende bereitet. Das England Disraelis, des letzten Vertreters der alten englischen Orientpolitik, erklärte die russischen Forderungen unbedingt und mit äußerster Energie für einen Casus belli; der Krieg zwischen England und Rußland schien unvermeidlich. Durch das Eingreifen Bismarcks, des „ehrlichen Maklers", wurde der Krieg abgewendet und durch den Berliner Kongreß (13. Juni bis 13. Juli 1878) eine Neuordnung des Staatensystemes der Balkanhalbinsel durchgeführt, die den Kernpunkt der russischen Forderungen: die Be-

Digitized by Google

freiung der Hauptmasse der Balkanchristen, besonders durch Errichtung des neuen Staates Bulgarien, von der türkischen Herrschaft festhielt, im übrigen aber eine weitgehende Einschränkung der russischen territorialen Forderungen zugunsten der Türkei durchsetzte. Erst der Balkankrieg von 1912 hat in diesem Punkte das russische Programm, aber ohne Mitwirkung Rußlands, verwirklicht.

Jedenfalls hat die Staatskunst Bismarcks 1878 den russisch-englischen und damit aller Wahrscheinlichkeit nach den Weltkrieg verhindert und doch den Kernpunkt der Forderungen Rußlands anerkannt. Aber Bismarck fand keinen Dank für seine Mühen um den Frieden Europas: in England ging nach dem Sturze Disraelis die alte Orienpolitik rettungslos in Trümmer, ja verkehrte sich geradezu in ihr Gegenteil, und Rußland hat die Vermittlungspolitik Deutschlands auf dem Berliner Kongreß nie verziehen; die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland wurden seit 1878 immer schwieriger, bis sie unter Alexander III. zum inneren Bruche wurden, der durch das Bündnis mit Frankreich die Grundlage für den Weltkrieg von 1914 schuf. Alle die ununterbrochen und mit den äußersten Anstrengungen fortgesetzten Bemühungen Deutschlands, zu einer Wiederherstellung des alten Vertrauensverhältnisses mit Rußland zu gelangen, waren völlig vergeblich; wir können heute keinen Zweifel mehr darüber hegen, daß seit 1878 der Krieg gegen Deutschland beschlossene Sache bei den leitenden russischen Staatsmännern war.

Zunächst aber war durch den Berliner Kongreß der europäische Friede gesichert. Und die oben gekennzeichnete Friedensarbeit Deutschlands nahm in der nachfolgenden Zeit einen immer größeren Umfang an und führte zu immer steigenden Erfolgen der deutschen Arbeit auf dem Weltmarkt und in der Weltwirtschaft. Mitte der achtziger Jahre trat sodann auch Deutschland mit fester Entschlossenheit in die Reihen der Kolonialmächte ein, zuerst durch den Erwerb des Lüderitzlandes in Südwestafrika, dem weitere Erwerbungen in Ost- und Westafrika, weiterhin auch in der Südsee folgten. Den Kolonialreichen Englands und Frankreichs, ja selbst Hollands und Portugals gegenüber waren diese deutschen Kolonialerwerbungen sehr gering, fast armselig; für Deutschland waren sie eine Notwendigkeit, sowohl als Stützpunkte seines schon sehr groß gewordenen überseeischen Handels wie behufs — wenn irgend möglich — der Unterbringung des von Jahr zu Jahr steigenden Ueberschusses der Bevölkerung, der in deutschen Landen, wie sich leicht berechnen ließ, bald nicht mehr die genügenden Daseinsbedingungen finden konnte. Immer drückender wurde im deutschen Volke das Gefühl der Beschämung darüber, daß alljährlich Tausende des deutschen Volkes und damit ein gewaltiges Kapital deutscher Arbeitskraft an fremde Länder abgegeben wurden und damit der deutschen Arbeit rettungslos verloren gingen.

Aber so gering, ja armselig der deutsche Kolonialbesitz auch gegenüber den großen Kolonialreichen andrer Mächte und so notwendig die bescheidene deutsche Kolonialpolitik vom deutschen Standpunkte aus war, sie fand nirgends Unterstützung und bei dem größten Kolonialstaat der Welt, bei England, von Anfang an Widerspruch und Widerstand, der sich in verschiedenen Formen, offen

Digitized by Google

und versteckt, geltend machte. Den bescheidenen „Platz an der Sonne“ gönnte uns niemand in der Welt; Deutschland sollte — das wurde immer mehr der Kernpunkt der Politik bei den großen europäischen Mächten — wieder zurücktreten in den Schatten der Ohnmacht, in dem es Jahrhunderte hindurch vegetiert hatte, notdürftig geduldet, immer gering geschätzt und bei jeder Gelegenheit mißhandelt von den alten großen Weltmächten. Dieser sich von Jahr zu Jahr verstärkenden Welttendenz gegenüber ging Deutschland, geführt von seinem größten Staatsmann, ruhig seinen Friedensweg unabläßiger und erfolgreicher Arbeit weiter.

Daß die internationalen Beziehungen nach allen Richtungen schon im letzten Jahrzehnt der Regierung Wilhelms des Großen schwierig, ja zeitweise sehr schwierig geworden waren, weiß heute jedermann, der sich mit Politik beschäftigt hat.

V

So lagen die Verhältnisse, als am 15. Juni 1888 Wilhelm II. den Thron seiner Väter bestieg, der seit noch nicht zwei Jahrzehnten zum deutschen Kaiserthron erhöht war. Kurze Zeit noch stand dem jungen Kaiser der alte große Staatsmann zur Seite, der das Reich geschaffen hatte; dann schied auch er aus der aktiven deutschen Politik aus, und es begann für Deutschland ein neues Zeitalter, das Zeitalter Wilhelms II. Wir sprechen an dieser Stelle nur von der Gestaltung der äußeren Politik. Sehr allgemein war in Europa die Befürchtung, der jugendstarke und jugendmutige Kaiser werde die deutsche Politik alsbald in kriegerische Bahnen lenken. Aber alle diese Befürchtungen erwiesen sich als hinfällig. Der politische Kurs des Deutschen Reiches blieb im wesentlichen der gleiche wie bisher, vielleicht unter noch stärkerer Betonung der deutschen Friedensliebe und Friedensabsicht. Wenn einmal die Archive über diese Zeit sich öffnen werden, werden die Urkunden, des sind wir gewiß, der Welt den unumstößlichen Nachweis geben, daß das Deutschland Wilhelms II. als seine höchste politische Aufgabe den Frieden der Welt betrachtet hat.

Die äußere Politik wurde im wesentlichen im Sinne Bismarcks weitergeführt. Daß die Kündigung des Rückversicherungsvertrages mit Rußland ein schwerer Fehler des unglücklichsten der Staatsmänner des neuen Reiches, Caprivis, war, steht heute fest; aber an der Politik des friedlichen und freundschaftlichen Entgegenkommens von deutscher Seite gegen Rußland hat auch dieser große politische Fehler nichts geändert.

Nur ein Punkt der neuen Entwicklung enthielt eine wesentliche Verschiedenheit zu den früheren Verhältnissen. Mit klarem Blicke hatte der junge Kaiser erkannt und betonte dies bei jedem Anlaß vor dem deutschen Volke in charakteristischen Worten: daß der Ausbau der deutschen Flotte eine unbedingte Notwendigkeit für die Sicherheit des Deutschen Reiches und für die Wohlfahrt des deutschen Volkes sei. In dem großen Staatsmann Tirpitz fand Kaiser Wilhelm den genialen Kopf für die Durch-

Digitized by Google

führung seines Flottenplanes, der — nicht ohne heftigen Widerstand und Widerspruch in Deutschland selbst — mehr und mehr in die Seele des deutschen Volkes eindrang und als Lebensfrage Deutschlands anerkannt wurde.

Immer und immer wieder wurde dabei, in fast ermüdender Einförmigkeit, betont, daß diesem Flottenplane auch nicht die mindeste kriegerische Absicht zugrunde liege, daß vielmehr einzig und allein der notwendige Schutz der deutschen Küsten und eventuell des deutschen Handels den Grund und demnach auch die Grenze des Ausbaues der deutschen Flotte bilden werde. Mit allen nur denkbaren diplomatischen und undiplomatischen Mitteln arbeitete England gegen diese Ausgestaltung der deutschen Flotte; man ging deutscherseits, um das englische Mißtrauen und die englische Eifersucht zu zerstreuen, so weit — heute schämen wir uns dieses Entgegenkommens —, England bestimmte Zusicherungen in betreff der Zahl und Art der zu bauenden Schiffe zu geben, obwohl es doch einzig und allein Sache eines souveränen Staates allein ist, zu entscheiden, welche Flotte er zu bauen für gut findet. Fast bis zur Selbsterniedrigung gingen die Verhandlungen mit und die Zusicherungen an England über den Bau der deutschen Flotte — nur um den Weltfrieden nicht zu gefährden. Unter den denkbar schwierigsten Erörterungen mit England entstand die heutige deutsche Flotte.

So war das erste Jahrzehnt der Regierung Kaiser Wilhelms II. vergangen, ein Jahrzehnt stark bewegter innerer Staatsarbeit und ein Jahrzehnt äußeren Friedens. Im Sommer 1899 trat sodann auf Anregung des russischen Zaren Nikolaus II. die denkwürdige Friedenskonferenz im Haag zusammen. Das russische Programm wurde, wie ich annehme, ohne jede Schwierigkeit, von Deutschland gebilligt und die deutsche Abordnung begab sich rechtzeitig zur Eröffnung der Sitzungen nach dem Haag. Die Aufnahme der deutschen Delegierten auf der Haager Weltkonferenz war sehr merkwürdig. Selbstverständlich erfolgte sie im Rahmen vollendeter gegenseitiger Höflichkeit. Aber keiner von uns konnte sich darüber täuschen, daß unter dieser Höflichkeit ein tiefes und fast unüberwindliches Mißtrauen lauere; in zahlreichen Andeutungen und in nicht wenigen taktlosen Aeußerungen der Presse fast der ganzen Welt trat uns dies Mißtrauen entgegen. Jedenfalls war uns bald genug klar, daß wir — von Oesterreich-Ungarn abgesehen — keinen einzigen sicheren und festen Freund in der Welt hatten. Wir gingen ruhig unsers Weges, und als dann die Arbeiten unter unsrer lebhaften Mitwirkung ihren Fortgang nahmen, schwand auch wohl das anfängliche Mißtrauen; aber ganz zerstreut wurde es nie. Ich habe über den Grund dieses Mißtrauens oft und ernst nachgedacht; gefunden habe ich ihn nicht. Als dann die in der Schiedsgerichtsfrage aufgetauchten Schwierigkeiten durch das höchstpersönliche Eingreifen des Deutschen Kaisers im Sinne der allgemeinen, von Deutschland anfangs bekämpften Wünsche, die man allerseits als Friedensbürgschaft ansehen zu müssen erklärte, gehoben worden waren, brachte man auch Deutschland größeres Vertrauen entgegen. Immer aber ist mir die Empfindung geblieben, als sehe man in Deutschland trotz all seiner stets betonten

Digitized by Google

und selbst unter großen Schwierigkeiten praktisch bewährten Friedensliebe die Gefahr für den Frieden der Welt. Alle andern großen Mächte, besonders England, Frankreich und Rußland, führten Kriege, teilweise unbekümmert um jeden Rechtstitel und oft in barbarischer Weise — trotzdem war immer nur Deutschland der Gegenstand des Mißtrauens in der Welt.

So schloß das neunzehnte und begann das zwanzigste Jahrhundert: ein festes, waffenstarkes, enges Bündnis zwischen Frankreich und Rußland, dem ein gleich festes Bündnis zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn die Wage hielt; Italien formell den letztgenannten Mächten verbunden; England in immer stärker gewordenem inneren Gegensatz gegen Deutschland, den aber die Königin Viktoria nicht zur äußeren Feindschaft werden ließ.

Im Jahre 1901 starb die alte Königin, und Eduard VII. bestieg den englischen Königsthron. Kein Mensch kann heute mehr bezweifeln, daß der Weltkrieg von 1914 das Werk Eduards VII. ist. Seine ganze Politik war Haß gegen Deutschland, und in den Staatsmännern, die das englische Volk heute noch an seiner Spitze duldet, in den Asquith, Grey, Lloyd George und Churchill, fand er die willigen und geeigneten Werkzeuge zur Ausführung seiner Gedanken. Unberührt von jeder Gewissensregung und bereit zum Gebrauch aller Mittel zur Erreichung ihrer Zwecke, wie ihr Herr und Meister, arbeiteten die englischen Staatsmänner, zuletzt und zumeist die obengenannten, seit der Thronbesteigung Eduards VII. auf den Krieg hin, der Deutschland staatsrechtlich und wirtschaftlich vernichten sollte. Erst wurden durch den berüchtigten großen Vertrag vom 8. April 1904 alle Streitfragen zwischen England und Frankreich aus der Welt geschafft; in Delcassé fand Eduard VII. das französische Werkzeug für seine Pläne. Niemand kann heute einen Zweifel hegen, daß diese Politik Eduards VII. Europa schon 1905 hart an die Schwelle des Weltkrieges geführt hatte. Ich werde nie den Ausdruck furchtbaren Ernstes vergessen, der auf dem Angesicht unseres Kaisers lag, als er bei der Vermählung des Kronprinzen 1905 an der Spitze des Hochzeitszuges durch die Bildergalerie des Berliner Schlosses schritt. Alle die großen Ueberlieferungen Frankreichs in Aegypten wurden leichten Herzens preisgegeben, um im Vereine mit England den Krieg gegen das verhaßte Deutschland ins Werk zu setzen und Elsaß-Lothringen wieder für Frankreich zu gewinnen. Im Schoße der Archive ruhen heute noch die geheimen Urkunden über die damaligen Verhandlungen. Der Krieg wurde noch abgewendet, zweifellos durch das weitgehende deutsche Entgegenkommen, das schon damals der erregten Stimmung des deutschen Volkes nicht mehr entsprach, das aber den unwiderleglichen, welthistorischen Beweis liefert für die fast über die Grenzen des Möglichen hinausgehende Friedensliebe des Deutschen Kaisers. An Stelle Delcassés trat Léon Bourgeois, und diesem weisen und erfahrenen Staatsmanne, zweifellos dem bedeutendsten, den das heutige Frankreich besitzt, gelang es für kurze Zeit wieder, dank der Nachgiebigkeit Deutschlands, den Frieden der Welt zu erhalten.

Digitized by Google

Weiterhin setzte Eduard VII. seine große und raffinierte diplomatische Kunst an die für unlösbar gehaltene Aufgabe, auch alle Streitfragen Englands mit Rußland auszugleichen — alles mit dem immer klarer hervortretenden Willen, einen Weltbund der größten Mächte Europas zur rettungslosen Niederwerfung Deutschlands zu schaffen. Auch Rußland ließ sich, im Banne der Erinnerungen an den Berliner Kongreß und als fester Bundesgenosse Frankreichs, für diesen Weltbund gewinnen. Offenbar war beim Tode Eduards VII. der englisch-französisch-russische Weltbund gegen Deutschland bereits politisch und militärisch vollkommen fertig und festgegründet.

Wenige Jahre nach Delcassés Sturz hatte die Kriegspartei in Paris wieder das Uebergewicht gewonnen, und aufs neue begann der Ansturm gegen Deutschland über die Frage des französischen Protektorates in Marokko. In einer Frage, an der England völlig unbeteiligt war, führten die leitenden englischen Staatsmänner im Parlament und sonst in der breitesten Oeffentlichkeit eine Sprache gegen Deutschland, die ihrem Hasse in unmittelbaren scharfen Drohungen Ausdruck gab. Aber selbst diese Drohungen ließ sich Deutschland bieten, ohne das Schwert zu ziehen; die Stimmung des deutschen Volkes allerdings, der im Reichstag die Abgeordneten v. Heydebrand und Bassermann in glänzender Rede Ausdruck gaben, fand diesen Zustand der Dinge damals schon unerträglich und empfand die Konferenz von Algeciras als tiefe Schmach. Nur mit äußerster Mühe gelang es der Regierung, die Stimmung des Volkes zu beruhigen und das Marokkoabkommen mit Frankreich als annehmbare Lösung des Konflikts zu rechtfertigen. Das Volk fügte sich dem Friedenswillen des Kaisers, der bis an die äußersten Grenzen des Möglichen ging, obwohl nach der fast allgemeinen Meinung des Volkes diese Grenze des Möglichen bereits überschritten war.

Ich habe in den Weihnachtstagen des Jahres 1911 dieser Stimmung des deutschen Volkes in der „Kölnischen Zeitung" den nachfolgenden Ausdruck gegeben, der hier, nach der vielseitigen Zustimmung, die mir besonders auch von Deutschen im Auslande ward, unverkürzt Aufnahme finden soll. Der Artikel lautet:

„Wer in diesen Tagen des Weihnachtsfriedens in Deutschland und England der jüngst vergangenen Monate gedenkt, dem mag wohl die Verheißung des Schriftwortes „Friede auf Erden" als Hohn auf die Wirklichkeit erscheinen. Aber wir wissen, daß der Kern des englischen Volkes — mehr als in andern Ländern — Schriftworte sehr ernst zu nehmen gewohnt ist. In den Frühlingsmonaten des Jahres 1899 tagte in der althistorischen Salle des Trèves im schönen Haag ein Ausschuß der damals zusammenberufenen ersten Friedenskonferenz mit der Aufgabe, die Grundlagen für ein System der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit auszuarbeiten, damit in Zukunft die Streithändel der Staaten so weit als eben möglich friedlich ausgetragen werden könnten. An diese Arbeiten knüpfte man von der einen Seite die ausschweifendsten Hoffnungen, die kühn bis zur Idee des ewigen Friedens hinanstiegen, von der andern Seite zuckte man zweifelnd, wohl auch spöttisch, die Achseln und verwies auf die Geschichte der Menschheit als eine Geschichte ewigen und notwendigen Kampfes. Die erste Meinung trat besonders in den angelsächsischen Ländern, vor allem in England selbst, mit großer Stärke hervor, und zwar offenbar in Anlehnung an religiöse Gedankenkreise. Die zweite Meinung war besonders in Deutschland verbreitet und stützte

Digitized by Google

sich wesentlich auf nüchterne historische und tatsächliche Erwägungen. Aber es war unter allen Umständen ein merkwürdiges Ringen zweier Weltanschauungen, das der tiefer Blickende in den offiziellen und nichtoffiziellen Verhandlungen auf der Konferenz beobachten konnte. Man kann wohl sagen: alle übrigen Arbeiten und Verhandlungen der Konferenz traten mehr und mehr in den Hintergrund vor der Frage, die in jenem Ringen umschlossen lag, und die Augen der ganzen Welt waren auf jenes Comité d'examen gerichtet, das die Frage der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit lösen sollte.

Die Männer, die in jenem kleinen Ausschusse monatelang täglich zusammensaßen in ernster schwerer Arbeit um das „Friede auf Erden", sind heute zum Teil eingegangen zum ewigen Frieden: so die drei Botschafter von Rußland, Italien, England, Baron v. Staal, Graf Nigra, Lord Pauncefote; gestorben sind ferner der Russe v. Martens und der Amerikaner F. W. Holls; unter den Lebenden weilen noch die Franzosen Bourgeois und Baron d'Estournelles, der Belgier Descamps, der inzwischen als häufiger Schiedsrichter weit bekannt gewordene österreichische Gelehrte Lammasch, der Holländer Asser (inzwischen auch verstorben), der Schweizer Odier und der Schreiber dieser Zeilen. Der Beginn der Arbeit stand unter dem Zeichen der Unsicherheit und des Mißtrauens, insbesondere gegen Deutschland; aber wenige Sitzungen genügten, um diese bedenklichen Erscheinungen völlig zu bannen. Ein immer sich verstärkendes Vertrauen und eine von Sitzung zu Sitzung sich steigernde Sicherheit der Arbeit waren sehr bald die Signatur der Verhandlungen, und in diesem Geiste wurden dann die Arbeiten monatelang fort- und schließlich zu glücklichem Ende geführt. Es ist hier nicht die Absicht, auf jene Arbeiten einzugehen; nur der Geist soll gekennzeichnet werden, der die Arbeiten beherrschte und der allein ihren glücklichen Abschluß ermöglichte: der Geist des „Friede auf Erden". Der besondern Schwierigkeiten, die bei dieser Arbeit für den Vertreter des Deutschen Reiches bestanden, sei nur behufs der tatsächlichen Feststellung Erwähnung getan; persönliche Gründe verbieten, davon näher zu handeln; im Komité war das Mißtrauen gegen Deutschland bald überwunden und geschwunden; in der großen Kommission bedurfte es späterhin noch einmal einer scharfen und kräftigen, in deutlichen deutschen Worten ausgesprochenen Verwahrung, um das Mißtrauen gegen Deutschland zurückzuweisen.

So kam die große und schwere Arbeit 1899 zum Abschluß. Der zweiten Konferenz ist es nicht gelungen, einen nennenswerten Fortschritt für die Lösung des Friedensproblems zustande zu bringen. Die Friedenskonferenz von 1899 ging auseinander, der große Friedensvertrag wurde von allen Staaten ratifiziert und — alsbald begannen die Kriege wieder! England vernichtete die beiden Burenrepubliken, um sein südafrikanisches Riesenkolonialreich endgültig zu gestalten; in Ostasien folgte das furchtbare Ringen zwischen Rußland und Japan um die Mandschurei und Korea; in Frankreich begann unmittelbar nach der Konferenz das Vorgehen gegen Marokko, das in diesen Tagen seinen grundsätzlichen Abschluß finden wird; Italien hat den langgestreckten Teil der Küste von Nordafrika, der als Tripolis und Cyrenaika bezeichnet ist, mit rascher Hand genommen und wird dies Land nicht wieder herausgeben; England hält ohne Rechtstitel Aegypten besetzt, und Rußland und England sind im Begriff, Persien unter sich aufzuteilen.

Nur das Deutsche Reich hat seit seiner Gründung keinen Krieg geführt.

Es gibt nicht viele Perioden der Weltgeschichte, in denen die für die Entwicklung der Menschheit maßgebenden Mächte in so unruhiger und gefahrvoller Bewegung sich befanden, wie das erste Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts. Und wohin diese Bewegung noch führen wird, vermag niemand abzusehen.

Auch dem begeistertsten Vertreter der Friedensidee muß doch das letzte Jahrzehnt klar gemacht haben, wie unsicher das „Friede auf Erden" auch heute noch ist und wie die papiernen Friedensverträge zum leeren Nichts werden vor dem, was die Völker und Staaten als Notwendigkeiten ihres Daseins und ihrer Entwicklung fordern zu müssen überzeugt

Digitized by Google

sind. Ich will nicht untersuchen, welche Erledigung die obengenannten Völkerkonflikte nach den Grundsätzen des Haager Friedensabkommens vor dem Haager Schiedsgericht gefunden hätten; ich fürchte, sie hätten sämtlich anders entschieden werden müssen, als sie die Weltgeschichte entschieden hat. Und dennoch müssen wir daran festhalten: die Arbeit um das „Friede auf Erden" in jener merkwürdigen kleinen Versammlung von Vertretern der Staaten im Frühling 1899 war nicht vergeblich. Gegenüber der Behauptung: alle diese Verhandlungen seien im besten Fall naive Phantasterei, in Wirklichkeit aber perfider und bewußter Schwindel gewesen — Behauptungen, die schon damals ausgesprochen wurden und die heute unter Hinweis auf all jene obengenannten Tatsachen der neuesten Geschichte lauter als je zuvor erschallen —, gegenüber dieser Behauptung muß dennoch daran festgehalten werden, daß jene Arbeit eine große und gute für die Menschheit war, und daß man nicht müde werden darf, trotz aller Ungunst der Zeit, an dem „Friede auf Erden" weiterzuarbeiten. Darüber allerdings muß man sich klar sein — und dies predigt die Geschichte des letzten Jahrzehnts jedem Menschen, der sehen will und denken kann, mit furchtbarer Deutlichkeit —, daß es vergeblich ist, die großen Entwicklungsfragen der Völker und Staaten in die Formen des „Rechts" und in den Urteilsspruch eines Schiedsgerichts erzwingen zu wollen. Darum kann es keine internationale Schiedsgerichtsbarkeit geben ohne die Klausel der Ehre und Lebensinteressen der Staaten. Es mag hier dahingestellt bleiben, ob die Völkerkonflikte des letzten Jahrzehnts, die mit dem Schwert zur Lösung gebracht wurden bzw. zurzeit werden, sämtlich unter die Klausel der nationalen Ehre und der Lebensinteressen des Staates („honneur national et intérêts vitaux" in den französischen Texten) fallen.

Unter den Staaten der europäischen Zivilisation ist der Krieg vermieden worden. Aber daß in den letzten Monaten der Friede nur mehr an einem schwachen Fädchen hing, ja vielleicht nur durch Zufall erhalten blieb, weiß heute jedermann aus den Verhandlungen des englischen, deutschen und französischen Parlaments. Der Grund dieser Kriegsgefahr war das französische Vorgehen in Marokko. Daß dies Vorgehen in seinen Anfängen keine Rechtfertigung im formellen Recht hatte, muß anerkannt werden. Aber anderseits *kann* anerkannt werden, daß es eine Staatsnotwendigkeit für Frankreich zur endgültigen Gestaltung seines nord- und nordwestafrikanischen Kolonialreiches war. Da sich Frankreich mit England bereits 1904 über diese Frage in dem Ausgleich Marokko-Aegypten und ebenso mit Italien in dem Ausgleich Marokko-Tripolis geeinigt hatte, forderte auch Deutschland einen „Ausgleich" und entsandte, sei es zum völkerrechtlichen Schutze deutscher Interessen, sei es zur Förderung der Verhandlung mit Frankreich, ein Kriegsschiff nach Agadir. Darin lag nicht der mindeste Verstoß gegen das „Völkerrecht". Nach langer und schwieriger Verhandlung mit Frankreich ist nunmehr der Abschluß erfolgt. Der Streitfall war ein französisch-deutscher Streitfall; das ganze Verhalten Frankreichs war verständlich, und auch in den schwierigsten Momenten dieser Verhandlung, als es schien, daß Deutschland in die Notwendigkeit versetzt werden würde, seine Interessen mit Waffengewalt zu schützen, bestand bei uns keine Feindseligkeit, nicht einmal ein Groll gegen Frankreich. Auch die Haltung des Grafen de Mun und aller, die gegen das Abkommen stimmten, vermögen wir zu verstehen. Daß die deutsche Politik Frankreich gegenüber entgegenkommend und nachgiebig ist, verstehen wir gleichfalls. Was immer an kritischen Bedenken gegen die deutsche Marokkopolitik aus der letzten und aus früherer Zeit geltend gemacht werden mag: die Herstellung eines Ausgleichs den Interessen Frankreichs gegenüber findet an sich in Deutschland allgemeine Billigung.

Aber was wir nicht verstehen, das ist das Verhalten Englands. Der Gedanke an die Möglichkeit, daß, während unser Kaiser friedlich in den norwegischen Gewässern Ruhe und Erholung suchte und am Sognefjord als Mensch unter Menschen der Schönheiten der norwegischen Landschaft sich freute, daß in dieser Zeit englische Schiffe in Bereitschaft lagen, um die deutschen Schiffe zu vernichten, — dieser Gedanke ist direkt grauenerregend; man greift sich an den Kopf und fragt sich: leben wir in Europa oder in der Finsternis des

Digitized by Google

dichtesten afrikanischen Urwalds? Sowenig wir seinerzeit uns einmischten in die englisch-französische Verhandlung von 1904 über Marokko-Aegypten, so wenig und noch sehr viel weniger hat England ein Recht, sich einzumischen in unsre Auseinandersetzung mit Frankreich über Marokko-Kongo. England aber hat diese Verhandlung zum Anlaß genommen, um eine schwere Drohung aus offiziellem Munde an Deutschland zu richten. Wir fragen uns vergeblich: Welchen Grund hat England zu diesem direkt feindseligen Verhalten gegen Deutschland? Und wir finden keine Antwort auf diese Frage.

England hat seine nationale Einheit und damit seine wirtschaftliche und politische Größe bereits vor Jahrhunderten gewonnen und infolgedessen ein koloniales Weltreich geschaffen, das ihm den maßgebenden Einfluß in großen Teilen der bewohnten Erde sichert und täglich neue Reichtümer dem alten Mutterlande zuführt. Das wissen wir, und denken nicht daran, an dieser Weltlage etwas ändern zu wollen. Wir sind uns dessen voll bewußt, daß wir in die weite englische Interessensphäre auf dem Erdenrund nicht eingegriffen haben und nicht eingreifen wollen.

Unsre nationale Einheit ist erst das Ergebnis neuester Zeit; wir sind zum Bewußtsein und zu der Fähigkeit unsrer nationalen Kraft erst gelangt, als die besten Teile der Welt längst an England und Frankreich vergeben waren. Und nachdem wir dies Minimum unsrer nationalen Existenzbedingungen uns unter den größten innern und äußern Schwierigkeiten erkämpft haben, ist für uns der maßgebende Gedanke, im Frieden unsre nationale und wirtschaftliche Einheit zu festigen und auszubauen. Wir tun damit nur, was England schon vor Jahrhunderten unter viel glücklichern Voraussetzungen für sich getan hat. Aber was wir in dieser Richtung tun, ist allerdings eine Frage der Existenzbedingungen des großen deutschen Volkes. Und dazu gehört auch die Verhandlung mit Frankreich über ein reiches Land, das rechtlich bisher unabhängiger Staat war und das nun Protektoratsgebiet Frankreichs werden wird. Und was in dieser Hinsicht an „Ausgleichs"gesichtspunkten für England und Italien recht war, das fordern wir für Deutschland als billig. Das drohende Auftreten Englands vermögen wir in keiner Weise als berechtigt anzuerkennen, ja — ich wiederhole dies — wir verstehen es einfach nicht. Wir sind mit England durch zahllose große Gesichtspunkte literarischer, ethischer, religiöser Gemeinschaft sowie durch die nahe Verwandtschaft der Herrscherhäuser so eng verbunden wie mit keinem andern Volk; Tausende von Fäden gehen täglich von Deutschland über den Kanal und zurück; an die jahrhundertealte Gemeinschaft geistiger und religiöser Interessen hat sich eine machtvolle Gemeinschaft und Konkurrenz der Interessen von Handel und Industrie angeschlossen. In all diesen Dingen liegt ein ungeheures Kapital nicht der beiden Völker nur, sondern der Menschheit.

Wir stehen in der großen welthistorischen Krisis dieser Zeit mit reinem Gewissen vor dem Richterstuhl der Weltgeschichte. Wir haben an keinem Punkte der Welt in englische Interessen eingegriffen. Wir haben endlich durch 1866 und 1870 die nationale Einheit und Kraft gewonnen, die England und Frankreich bereits seit Jahrhunderten besaßen; auf diese nationale Einheit und Kraft haben wir den gleichen welthistorischen Anspruch wie die Völker der Franzosen und Engländer. Wir begehren nichts, als diese Existenzbedingungen unsers Daseins zu erhalten und auszugestalten. Daß wir Frieden wollen, haben wir vierzig Jahre lang der Welt bewiesen und haben den lebhaften Wunsch, im Frieden mit der Welt fortzuleben. *Aber um unsre nationale Einheit werden wir, wenn es notwendig ist, auch den Kampf mit der ganzen Welt nicht scheuen und stellen uns selbst in diesem Kampfe, wenn er unvermeidlich ist, vor die Alternative: Sieg oder Untergang.* Und nach den Erfahrungen dieser letzten Zeit ist es ein selbstverständliches Erfordernis, daß unsre Wehrmacht in Heer und Flotte jede Stärkung erfährt, die nur irgend möglich ist. *Die Stimmung im deutschen Volke* ist tiefernst, und gegenüber dem tiefen Ernst dieser Stimmung, der bis ins fernste Bergdorf reicht, in bezug auf die äußere Weltlage, sind selbst die Reichstagswahlen, mögen sie ausfallen wie sie wollen, fast ein Kinderspiel zu nennen. Wir haben England auch nicht den

Digitized by Google

mindesten Grund geboten zu seinem Vorgehen; dies Vorgehen aber hat das deutsche Volk als tiefverletzend empfunden.

Ich wiederhole: die Stimmung im deutschen Volke ist tiefernst, und wir sind uns über die Lage der Dinge vollkommen klar. Müssen wir trotz aller Friedensliebe und allen Entgegenkommens, die wir, die insbesondere unser Kaiser der Welt bewiesen hat, den Existenzkampf um unser nationales Dasein noch einmal kämpfen, so werden wir ihn kämpfen mit aller Schärfe und Kraft, die unser Volk aufzubieten vermag.

Es ist mit Recht gesagt worden: so wie die Dinge heute liegen, können sie nicht bleiben; sie müssen entweder besser oder schlechter werden. Der Weltkrieg, der kommen würde, würde ganz unaussprechliche Werte ethischer und materieller Art vernichten. Wir haben getan, was wir konnten — ja vielleicht schon mehr! —, um ihn zu vermeiden. Was nun zu geschehen hat, ist die Sache Englands; daß Sir Edward Grey dazu bereit wäre, hat sein parlamentarisches Auftreten nicht erkennen lassen. Auch darüber sind wir uns in Deutschland ganz klar. Die Weltgeschichte ist das Weltgericht. Eine schwerere Verantwortung vor Gott und dem Weltgericht der Weltgeschichte, als die Verantwortung für den Weltkrieg, der uns in diesem Sommer drohte und der uns heute noch droht, ist kaum denkbar. Wir haben nun nichts mehr zu sagen. Der Worte sind überhaupt genug gewechselt. Wir warten der Taten englischer Friedensliebe, von denen der „Friede auf Erden" abhängt."

Am 28. Juni 1914 wurde dann das österreichisch-ungarische Thronfolgerpaar durch serbische Mörderhand, die vom serbischen Staat bewaffnet worden war, in scheußlichster Weise hingemordet. Damit beginnen die politischen Vorgänge, die im ersten Artikel besprochen wurden. Erst Rußland, dann Frankreich, dann England erklärten sich für solidarisch mit den serbischen Mordbuben, und so brach der Weltkrieg von 1914 aus. Daß Deutschland an der Seite Oesterreich-Ungarns stehen werde und müsse, war klar. Das aber war der Punkt, auf den für die Verbündeten Rußland-Frankreich-England alles ankam: mit Oesterreich-Ungarn zugleich sollte Deutschland vernichtet und damit das Werk Eduards VII. vollendet werden.

Die Antwort auf diese mit aller Offenheit ausgesprochene Drohung unsrer Feinde haben jetzt schon die Waffen gegeben: Belgien, seit 1906 der Genosse im Weltbund Eduards VII. gegen Deutschland, als Staat vernichtet und fast in seinem ganzen Umfange unter deutscher Herrschaft; fast ganz Nordfrankreich, die große industrielle Arbeitsstätte des französischen Staates, seit Monaten in der Gewalt der deutschen Heere; weite Gebiete des russisch-polnischen Landes gleichfalls von deutschen und österreichischen Truppen erobert und unter ihrer Verwaltung; England, die weltbeherrschende Königin der Meere, in den eignen Gewässern aufs schwerste bedrängt, seine stolze Flagge betrügerisch und feig unter fremder Flagge verbergend und hilflos gegen den deutschen Unterseebootkrieg. Noch immer führen die Staatsmänner des Weltbundes die großen Worte im Munde, denen die Wirklichkeit der militärischen Lage Hohn spricht.

Wir erwarten in fester und sicherer Ruhe das Urteil der Weltgeschichte, das nach dem siegreichen Kampf unsrer Waffen der Friedensschluß sprechen wird.

Digitized by Google

Frankreichs Widerstand gegen die letzten Einheitsbestrebungen der Italiener

Von

Archivrat Dr. J. Lulvès (Hannover)

Camillo Cavour, der geniale Schöpfer des heutigen Königreichs Italien, hat sein politisches Endziel nirgends so klar und so deutlich ausgedrückt, als wenige Wochen vor seinem Tode in seiner letzten großen Rede im italienischen Parlamente am 25. März 1861: „Italien kann ohne Rom nicht konstituiert werden!... Rom ist keine munizipale Stadt; sie ist die ewige, die Hauptstadt der alten Welt, die natürliche Hauptstadt Italiens... Wir müssen im Einverständnis mit Frankreich nach Rom gehen!"

Mit diesen Worten war Mitkämpfern und Epigonen das Programm für Italiens Politik, für die Vollendung seiner Einheit, aber auch für seine Stellung zu Frankreich gegeben.

Frankreich war das schmerzliche Opfer der Abtretung von Nizza und Savoyen im Jahre zuvor gebracht worden. Dafür glaubte Italien, zum mindesten Frankreichs wirksame Unterstützung für seine gesamte Einheitspolitik erwarten zu dürfen, als deren Protektor sich Napoleon III. seit den Tagen des Pariser Kongresses (1856) proklamiert hatte.

Wie hat nun Frankreich diese moralische Schuld eingelöst?

Vom Jahre 1849 her stand noch eine französische Besatzung in der ewigen Stadt. Als Papst Pius IX., von der Revolution bedroht, aus Rom geflohen war und in Gaeta auf die Wiederherstellung seiner weltlichen Herrschaft wartete, ward diese von Napoleon als Präsidenten der französischen Republik in die Hand genommen, aus Rücksicht auf die mächtige klerikale Partei in Frankreich; ihr hatte er in erster Linie seine Wahl zum Präsidenten zu verdanken, und sie mußte er sich für seine weiteren auf das Kaisertum gerichteten Pläne dauernd gewinnen. Also nicht ganz freiwillig, und sicherlich ohne zu ahnen, daß es für das ganze Leben, mindestens für seine ganze Regierungszeit, sein sollte, hatte er damit eine ungemein schwierige Aufgabe übernommen; ihretwegen ward er vorerst Urheber des heftigen Bombardements der Stadt Rom an der Janiculusseite durch den General Oudinot.[1]) Niemals sollte Napoleon jener Aufgabe Herr werden, und häufig genug mußte sie ihn in eine widerspruchsvolle Situation bringen: Beschützer des Papstes und Förderer der Einheit Italiens in einer Person zu sein.

Der Widerspruch trat 1859 besonders augenfällig zutage: Französische Truppen behüteten den Papst und seine Herrschaft in Rom. — Französische

[1]) Bei jener Belagerung während des Monats Juni 1849 sollen die Franzosen gegen 3500 Bomben und Granaten auf die Stadt geworfen haben.

Digitized by Google

Truppen mit Napoleon selbst an der Spitze kämpften aber gleichzeitig bei Magenta und Solferino für seine Verbündeten, König Viktor Emanuel von Sardinien und die Piemontesen, für die Freiheit und für die Einheit Italiens, die naturgemäß auch die Erwerbung Roms notwendig machte.

Der Kaiser glaubte, auf diese Weise sich gleichzeitig der Sympathien der Klerikalen und der Liberalen in Frankreich versichern zu können, beide Parteien für seinen Thron, für dessen Befestigung, zu gewinnen. Es war also nicht Begeisterung, wirkliches Interesse für die Sache, in deren Dienst er französische Truppen stellte, sondern lediglich Berechnung zu eignem Herrschaftsvorteil, Rücksichten auf seine innere Politik. Daß diese an sich den Papst nur indirekt berührte, daß sie Italien gar nichts anging, war ihm sehr gleichgültig.

Seinen Zweck erreichte er jedoch nicht. Denn keine der beiden Parteien fühlte sich zufriedengestellt; jede verübelte dem Herrscher, was er der andern zuliebe tat. Das war die stete Grundsignatur seiner italienischen Politik und ihrer Ergebnisse.

Was Wunder also, daß bei den eben geschilderten Erfahrungen Napoleon, in Uebereinstimmung mit einzelnen seiner Ratgeber, den Plan erwog, die französischen Truppen aus Rom zurückzuziehen, sich von einer derartig drückenden Verantwortlichkeit zu befreien, aber ohne dabei — und das war die gewaltige Schwierigkeit — den Heiligen Stuhl zu verletzen. Bereits 1860 schien sich dazu eine Gelegenheit zu bieten. Ein Franzose, der General Lamoricière, organisierte in Rom eine päpstliche Armee. Die Kurie selbst wünschte die Entfernung der französischen Besatzung. Ein entsprechendes Abkommen wurde am 12. Mai 1860 mit Napoleon getroffen. Die Franzosen sollten im Juli und August abziehen.

Da begann Giuseppe Garibaldi mit seinen „Tausend" von Marsala aus jenen fast legendär anmutenden Siegeszug, der das morsche Bourbonen-Königtum über den Haufen warf, aber auch den Kirchenstaat bedrohte. Napoleon mußte sich zu einer Aenderung seiner Politik entschließen; seine Gemahlin, die Kaiserin Eugenie, und der Kriegsminister Randon drängten vor anderen dazu.

Die Truppen, welche unter Lamoricières Befehl standen, waren im großen und ganzen Söldner aus aller Herren Ländern. Gegen den von nationaler Begeisterung getragenen Ansturm von Süden her, gegen die Scharen Garibaldi's, der Rom und Venedig offen als Ziel seines Zuges bezeichnet hatte, konnten sie den Kirchenstaat nicht schützen.

Schon seit dem Anfange des Jahres hatte es in den Marken und Umbrien gegärt. Jene beiden Provinzen des Kirchenstaats mußten geeignet erscheinen, eine Verbindung zwischen dem bisherigen Königreich Neapel, das Garibaldi der Krone Sardinien darbrachte, und den südlichen Neuerwerbungen Piemonts, Toskana und den Legationen, herzustellen.

Am 28. August erfolgte zwischen den von Cavour entsandten Vertrauten Viktor Emanuels (Minister Farini und General Cialdini) und dem Kaiser Napoleon, den jene in der Hauptstadt seiner kürzlich Italien abgenommenen Provinz Savoyen, in Chambéry, zu begrüßen hatten, eine geheime Verständigung. Der französische

Digitized by Google

„Protektor" der italienischen Einheit machte in der Hauptsache das Zugeständnis: Viktor Emanuel solle freie Hand haben, die unruhigen Marken und Umbrien mit seinem Reiche zu vereinigen, dort und in Neapel ein geordnetes Regiment einzurichten; doch Rom und das sog. Patrimonium Petri müsse er unangetastet lassen, letzteres würden die Franzosen besetzt halten.[1])

Die Aufgabe, den Kirchenstaat vor einem Einfall Garibaldi's zu schützen, fiel dabei den Piemontesen zu, schon damit sie es nicht mit Frankreich verdürben. Allerdings soll für dieses bei Piemonts Gebietszuwachs eine Kompensation geschaffen werden — eine Abrundung im Mittelmeer: Sardinien! Zu dem eingehandelten Stammland des Königshauses nun auch die Insel, nach der sein Königtum bis jetzt den Namen geführt hatte, und zwar diesmal völlig ohne Schwertstreich, ohne irgendwelche Gegenleistung. Aus einem Briefe des Ministers des Aeußern Thouvenel an den französischen Gesandten in Rom,[2]) Herzog von Gramont, geht das Vorhandensein dieser neuen Annexionsidee, aber zugleich der Unmut über die fortschreitende Eroberung Siziliens durch Garibaldi, über die für ihn kundgegebenen begeisterten Sympathiebezeugungen der Bevölkerung des neapolitanischen Festlandes hervor: „Alles, was in Neapel vorgeht," meinte Thouvenel, „ist jämmerlich."

Während dann am 7. September Garibaldi als Diktator in Neapel einzog, protestierte eine an den Kardinalstaatssekretär Antonelli gesandte Note Sardiniens gegen Errichtung und Bestehen disziplinloser fremder Soldtruppen in päpstlichen Diensten. Das sei eine Beleidigung des italienischen Nationalgefühls, ein Verstoß gegen das öffentliche Bewußtsein Italiens, eine fortwährende Drohung gegen die Ruhe der Nation. Unverzügliche Entwaffnung und Auflösung der Korps wurden verlangt.

Die Note und das ihr folgende Ultimatum an die Kurie vom 11. September blieben erfolglos. Am gleichen Tage empfing Viktor Emanuel Abordnungen aus Umbrien und aus den Marken. Er erklärte sich zum Protektor beider Provinzen. Seine Truppen ließ er in den Kirchenstaat einrücken. In einer Proklamation an seine Soldaten und in einem Memorandum an die Mächte begründete er ausführlich sein Vorgehen. Er schloß mit der Versicherung: „Die königlichen Truppen werden Rom und das Gebiet, welches dasselbe umgibt, achten. Sie würden, wenn es je nötig sein sollte, selbst dafür Sorge tragen, die Residenz des Heiligen Vaters vor diesem Angriff und jeder Drohung zu schützen."

Frankreichs Antwort auf dieses Memorandum, das inhaltlich dem vierzehn Tage zuvor vom Kaiser in Chambéry gewährten Zugeständnis entsprach,

---

[1]) Die Napoleon nachgesagte Aufforderung: „Fate, ma fate presto" stimmt mit der Erzählung Cialdini's nach dem Berichte des Herzogs von Gramont überein: „Bonne chance et faites vite" (L. Thouvenel, Le secret de l'Empereur, I, S. 192 und 237). — Vgl. auch C. Bulle, Geschichte des zweiten Kaiserreichs und des Königreichs Italien (1890, in W. Oncken, Allgemeine Geschichte), S. 272.

[2]) Vom 29. Juli 1860 in L. Thouvenel, a. a. O., S. 160.

Digitized by Google

war die Verstärkung der französischen Okkupationsarmee unter General Goyon in Rom und — die kurz zuvor angedrohte Abberufung seines Gesandten aus Turin (14. September).

Mit dieser unleugbaren Inkonsequenz, die dem Einheitsgedanken Italiens völlig zuwider war, hatte sich Napoleon jedoch nicht einmal den Dank des Papstes errungen.

Vier Tage später wurden die päpstlichen Truppen bei Castelfidardo vom General Cialdini entscheidend geschlagen, ihr Kommandeur bei der Einnahme Anconas gefangengenommen. Die Verlegenheit und Ratlosigkeit des Kaisers, den die päpstliche Regierung sogar öffentlich der Unzuverlässigkeit anklagte, trat in einer Kundgebung des „Moniteur" zutage, die eine weitere Verstärkung der französischen Okkupationsarmee in Rom (auf 24 000 Mann) anzeigte. Tadel und Drohung richtete dabei Napoleon an die Adresse Sardiniens: „Die sardinische Regierung ist davon unterrichtet, daß General Goyon ermächtigt ist, seine Tätigkeit so weit auszudehnen, als es die militärischen Bedingungen immer erlauben mögen. Es kann nur den zu einem Kongreß vereinigten Großmächten zukommen, dereinst über die Fragen zu entscheiden, welche in Italien durch die Ereignisse gestellt sind."

Napoleons altes Verlegenheitsmittel, der internationale Kongreß, von dem sich das im nationalen Schwunge aufstrebende Italien recht wenig versprechen durfte, ist nachher nicht zustande gekommen; damit ward auch aus der Abtretung Sardiniens an Frankreich nichts.[1])

Mit der französischen Politik durfte Viktor Emanuel, der sich zu seiner Armee begeben hatte, am 9. Oktober, beim Einrücken in das Königreich Neapel, in einem glänzenden Manifeste abrechnen: „Die Staatsräson setzte dem Kriege (Napoleons um die Lombardei) ein Ziel, aber nicht seinen Nachwirkungen, die durch die unbeugsame Logik der Ereignisse und der Völker sich fortschreitend entwickelten." Nach Feststellung dieser Tatsache schließt er im berechtigten Selbstbewußtsein: „In Italien, das weiß ich, beende ich die Aera der Revolutionen."

Seinem weisen Takte war es zu verdanken, wenn es in jenen Tagen nicht zu einem Zusammenstoß zwischen italienischen und französischen Truppen kam; die französische Okkupationsarmee besetzte als angeblich zugehörig zum Patrimonium Petri einige Orte, die von den Piemontesen okkupiert worden waren. Ohne Widerstand zogen sich letztere zurück.

Die allgemeine Volksabstimmung in Sizilien und Neapel war am 21. Oktober fast einhellig für die Annexion an Sardinien ausgefallen, der vierzehn Tage später mit entsprechendem Ergebnis die Abstimmung in den päpstlichen Marken und in Umbrien folgte. Nach einem Siege der Piemontesen unter ihrem

---

[1]) Gerüchte über eine Abtretung der Insel mußte der „Moniteur" wiederholt dementieren. Gegen die Absicht etwaiger Gebietsabtretungen überhaupt, wie sie noch lange Garibaldi befürchtete, verwahrte sich später im Parlamente sehr entschieden die italienische Regierung durch den Ministerpräsidenten Ricasoli am 2. Juli 1861.

Digitized by Google

König ergab sich am 2. November die Festung Capua. Garibaldi, der am 30. Oktober in Sessa Viktor Emanuel als „König von Italien" begrüßt hatte, mußte schweren Herzens auf den Marsch nach Rom und Venedig verzichten. Am 7. November zog der Monarch mit ihm zusammen in Neapel ein. Die Annexion des neapolitanischen Reichs war vollzogen.

Nicht erobert blieb nur noch die Festung Gaeta, in der sich König Franz II. von Neapel mit dem Reste seiner am Garigliano geschlagenen Armee verschanzt hatte. Vor der Festung, zum Schutze des geflüchteten Herrschers, blieb ein französisches Geschwader: Von seiten Frankreichs ein offenbarer Schlag gegen Italiens Streben nach nationaler Einheit.

Nichts anderes war die Unterstützung des französischen Prinzen Lucian Murat als Prätendenten für den neapolitanischen Thron. Am 25. November bestritt dieser in einer Proklamation das Ergebnis der Abstimmung in Neapel. Er bezeichnete es als Resultat von „Bestechung und Gewalttätigkeit" und sprach sich für eine italienische Konföderation aus: „Der gegenwärtige Versuch, einen italienischen Einheitsstaat herzustellen, erscheint mir ganz künstlich und ganz gewaltsam."

Der inneren Zerfahrenheit und Inkonsequenz der napoleonischen Politik blieb dann nichts weiter übrig, als mit einigen schönen Worten die Sache Franz' II. fallen zu lassen. Am 19. Januar 1861 segelte die französische Flotte von Gaeta ab. Wenige Tage darauf begann die Beschießung durch die Piemontesen, am 13. Februar mußte die Festung kapitulieren. Auf einem französischen Dampfer schiffte sich der entthronte König nach Rom ein. —

In Anbetracht der Unmöglichkeit einer Verständigung mit der Kurie über die Neugestaltung Italiens war Napoleon nicht abgeneigt, gegebenen Falles nunmehr die französischen Truppen aus Rom wirklich zurückzuziehen. Bei Cavour konnte er einer vollen Geneigtheit sicher sein. Die eingangs angeführten Sätze aus dessen letzter großen Parlamentsrede lassen sie sehr deutlich erkennen.

Am 13. April 1861 teilt dann im Auftrage des Kaisers dessen Vetter Jérôme Napoléon (Plon-Plon) dem italienischen Ministerpräsidenten einen Vertragsentwurf mit. Die Hauptbestimmungen waren: Frankreich zieht binnen einer bestimmten Frist seine Truppen aus Rom zurück. Italien gewährleistet dafür den Besitz Roms. Es wird sich jeglicher Beschwerde über die Aufstellung einer päpstlichen Armee enthalten, mag sie auch aus fremden Katholiken gebildet werden, sofern sie nicht die Zahl von 10000 Mann übersteigt. Es erklärt sich bereit, einen Teil der Schulden der alten Kirchenstaatsgebiete zu übernehmen.

Der Grundgedanke des Entwurfs war: Italien bleibt den Italienern. Ueber die Frage der weltlichen Herrschaft des Papstes wird ohne dessen Zustimmung verhandelt!

Dieser Vertragsentwurf bildete die Grundlage für spätere Vorschläge, darin allein bestand seine Bedeutung. Er selbst kam leider nicht zur Verwirklichung. Denn einen Monat, nachdem er die Zustimmung Cavours erhalten hatte, starb der große Staatsmann (am 6. Juni 1861). Es war kein Nach-

Digitized by Google

folger da, der die angeschnittene Frage mit dem Gewicht einer bedeutenden Persönlichkeit hätte zu Ende führen können.

Da somit eine Verpflichtung gegenüber dem Partner fehlte, so kam der schwankenden Gegeneinflüssen besonders von seiten der Gemahlin allzu leicht zugängliche Imperator von seinem Vorhaben wieder ab. Zudem durfte er sich nicht der Befürchtung verschließen, daß der Papst, allein und ohne fremde Unterstützung gelassen, gegen seine eigenen Untertanen sich nicht würde halten können. Besonders sobald Garibaldi drohte, der an der Spitze der zum Losschlagen drängenden „Comitati di provedimento" stand.

Im Frühjahr des Jahres 1862 hatten diese einen Angriff auf das dem Königreich ebenfalls noch fehlende Venetien vorbereitet; er war verhindert worden. Nun nahmen sie Rom zum Ziel. Von Sizilien sollte der Zug ausgehen, Garibaldi erschien Ende Juli in Palermo, er sammelte wieder Freiwillige, hielt leidenschaftliche Reden, auch gegen Napoleon, den Räuber seiner Heimat Nizza.

Der Kaiser hatte mit einer Depesche Thouvenels vom 15. Juli 1861 an den Baron Bettino Ricasoli, Cavours Nachfolger, bald nach dessen Tode das Bestehen des neuen Königreichs, allerdings ohne Billigung seiner Politik, anerkannt und die diplomatischen Beziehungen wieder angeknüpft. In seinen verschiedenen, übrigens durchweg ergebnislosen, Vermittlungsvorschlägen für die Kurie hielt er aber unbeirrt an dem Standpunkt fest: *Italien verzichtet ausdrücklich auf Rom.*

Den entgegengesetzten Standpunkt, der Erbschaft Cavours gemäß, hatte Ricasoli in seinen Vorschlägen, in seinen Parlamentsreden vertreten: „Rom zu besitzen ist für die Italiener nicht bloß ein Recht, sondern eine unerbittliche Notwendigkeit". Auch er wie Cavour mit dem Zusatz: „Wir wollen dahin gehen im Einvernehmen mit Frankreich" (2. Juli 1861).

Trotz der Warnungen der Regierung begann Garibaldi mit 800 Freiwilligen seinen Marsch gegen Rom, dem die entgegengesandten königlichen Truppen am 28. August 1862 ein gewaltsames Ende setzen mußten. „Die Anstrengungen des empörten Italiens brachen sich bei Aspromonte, die Morgendämmerung des neuen Reiches ward getrübt *durch Frankreichs Schuld*, durch ein Trauerspiel, das noch lebendig im Herzen aller Italiener lebt."[1])

Was Italiens Regierung da getan hatte, war nur ein abgerungenes Zugeständnis an den französischen, damals mit bewaffneter Intervention drohenden Verbündeten von Magenta und Solferino, der mit den bevorstehenden Wahlen in Frankreich zu rechnen hatte. Das Empfinden von Volk und Regierung war jedoch auf Seiten *Garibaldi's*: „*Er war der Träger des nationalen Einheitsgedankens, des italienischen Zeitempfindens!*"

Das brachte der Minister des Aeußern Durando in einer Zirkularnote vom 10. September, dem nationalen Empfinden Rechnung tragend, zum Ausdruck:

---

[1]) Crispi in seinen „Memoiren", deutsch von W. Wichmann, S. 208.

Digitized by Google

„Das Losungswort der Freiwilligen war, man muß es zugeben, diesmal der Ausdruck eines Bedürfnisses, welches sich heute dringlicher als je erweist. Die ganze Nation verlangt nach ihrer Hauptstadt. Sie hat dem unbedachten Drängen Garibaldis nur widerstanden, weil sie auf die Erfüllung ihrer Sehnsucht durch den König zählt ... Italien hat eine hohe und letzte Anstrengung gemacht, indem es einen Mann als Feind behandelte, welcher so glänzende Dienste leistete und ein Prinzip hochhielt, das in der Brust aller Italiener lebt ... Diesen Sieg hat Italien gewissermaßen über sich selbst errungen!"

In der französischen Regierung war es Thouvenel, der für diese Forderung der italienischen Nation eintrat und den Kaiser zur Beendigung der Okkupation Roms zu bestimmen suchte. Er ward am 15. Oktober seines Amtes enthoben, in Verbindung mit einem entsprechenden Personenwechsel in dem französischen Ministerium und in der Diplomatie. Es war eine vollständige Systemänderung! Am 26. Oktober erklärte Thouvenel's Nachfolger, Drouyn de Lhuys, daß Durando's Programm nicht die Grundlagen zu einer Verhandlung biete, auf die Frankreich eingehen könne. Es blieb also alles beim alten!

Die Vorbedingungen zu neuen Unterhandlungen mit der französischen Regierung fanden sich erst nach zwei Jahren, als Napoleon durch die gegenseitige Annäherung der drei Ostmächte politisch isoliert war. Diese Kombination benutzte der damalige Ministerpräsident Marco Minghetti[1]) zur Uebermittelung neuer Anträge, die dem Grundsatz der Nicht-Einmischung Fremder auf italienischem Boden entsprachen, an den Kaiser im Sommer 1864. Als fördernd kam noch ein andrer Umstand hinzu:

Für weite Kreise in Italien schien die Verlegung der Hauptstadt inzwischen wünschenswert geworden zu sein, fort vom äußersten Norden, heraus aus dem mit den Interessen und Gewohnheiten des übrigen Italiens unbekannten Piemont, in das Zentrum des ausgedehnten Königreichs.[2]) Turin war noch dazu seit der Abtretung von Nizza und Savoyen zu wenig geschützt gegen einen Angriff von Frankreich her. Hieraus ergab sich für Napoleon die Hauptbestimmung, die in einem Zusatzprotokoll ausgedrückt wurde: Die darauf, am 15. September 1864, zu Paris abgeschlossene Konvention sollte erst Gültigkeit erlangen, sobald König Viktor Emanuel, und zwar binnen sechs Monaten, die Verlegung seiner Hauptstadt verfügt hätte.

Selbstverständlich kam dabei nicht Rom in Betracht. Durch die Verlegung der Kapitale in eine andere Stadt, und zwar nach Florenz, sollte nach Berechnung der französischen Regierung diese Septemberkonvention nichts andres als ein Verzicht auf Rom und eine Anerkennung des Kirchenstaates seitens Italiens sein.

Das entsprach Napoleons wirklichem Einmischungsgrundsatz, der den italienischen Einheitsbestrebungen so wenig freundlich war.[3]) Mit gutem Gewissen, ohne

[1]) Minghetti selbst hat über Vorgeschichte und Inhalt der Konvention eine tief eindringende Darstellung hinterlassen: La Convenzione di Settembre, Un capitolo dei miei ricordi, Bologna 1899.

[2]) Minghetti, La Convenzione di Settembre, S. 59/152.

[3]) Aus seinen Beobachtungen heraus machte der Diplomat Theodor v. Bernhardi

Digitized by Google

einen Vorwurf von seiten der mächtigen klerikalen Partei in Frankreich befürchten zu müssen, wie er wenigstens hoffte, konnte er dann endlich die französischen Truppen aus Rom abmarschieren lassen. Jedenfalls erniedrigend war es aber für die Italiener, die Verlegung ihrer Hauptstadt, eine Frage der Verwaltung und der inneren Politik, sich von einer fremden Macht vorschreiben lassen zu müssen.

Die Konvention enthielt im übrigen die schon früher projektierte Verpflichtung für Italien, das päpstliche Gebiet zu achten und vor jeglichem Angriff zu schützen. Frankreich versprach nun seinerseits, seine Truppen allmählich nach Maßgabe der Reorganisation der päpstlichen Armee, jedenfalls aber im Laufe von zwei Jahren zurückzuziehen.

Gegen die Bildung besagter Armee begab sich Italien jeglichen Einspruchs, vorausgesetzt, daß sie nicht in ein Angriffsmittel gegen die italienische Regierung ausartete. Es erklärte sich ferner zu einem Uebereinkommen bereit behufs Uebernahme eines verhältnismäßigen Teils der Schuld der früheren Kirchenstaatsgebiete. So war Italien durch Frankreich gezwungen, wie Crispi sagt, der Kurie „die Möglichkeit zu geben, ein Heer zu organisieren und zu bezahlen, welches darüber wachen sollte, daß Rom nicht italienisch würde".

Die für Italien so drückende Konvention hat Frankreich nicht einmal selbst beobachtet. Wohl verließen nach zwei Jahren, wie wir vorweg nehmen wollen, die letzten französischen Truppen Rom. Aber die Bildung der vorgesehenen päpstlichen Armee war nur mit französischer Hilfe möglich; die ward um so lieber gewährt, da die öffentliche Meinung in Italien stark mit der Möglichkeit rechnete, daß die Römer sich selbst gegen den Papst erheben und den Besitz ihrer Stadt dem Königreich Italien antragen würden. Einem solchen Rufe nicht Folge zu leisten, war ja durch die Konvention nicht versagt.

An der südfranzösischen Küste in Antibes ward für den Papst eine sog. Fremdenlegion gebildet; auch in Rom blieb ihr französischer Kommandeur mit dem französischen Kriegsminister in offiziöser Verbindung. In sie traten sogar Mannschaften und Offiziere ein, die noch dem französischen Heere angehörten.

Den von Napoleon erhofften Zweck erfüllte aber die Konvention nach keiner Seite hin! Die Sympathien der gegen ihn mißtrauischen klerikalen Partei gewann er mit ihr nicht wieder. Im Gegenteil! Scharfe Angriffe und bittere Vorwürfe waren die Antwort. Der Papst selbst veröffentlichte am 8. Dezember 1864 die Enzyklika „Quanta cura" mit dem bekannten „Syllabus".

Die Verlegung der italienischen Hauptstadt nach Florenz, welche dem Könige selbst bei seiner ausgesprochenen Heimatsliebe so schmerzlich war, rief unter den Piemontesen, besonders natürlich unter den Turinern, überaus heftige Erregungen,

---

1867 in Florenz die Bemerkung: „Napoleon hat die Einheit Italiens nie gewollt; er hat sie ungern geschehen lassen, weil er sie nicht zu hindern wußte." („Aus dem Leben Th. v. Bernhardi's", VIII, 143.)

Digitized by Google

tiefe Erbitterungen hervor, die in Demonstrationen und Zusammenrottungen zum Ausdruck kamen. —

Eine weitere Ablenkung von der für die französische Regierung so peinlichen römischen Frage sollte den Italienern nun die seit 1859 verhältnismäßig in den Hintergrund getretene venezianische bieten. Das war die Idee der Kaiserin Eugenie und ihrer Partei am Pariser Hofe. Sie gab sich der Hoffnung hin, daß Italien die im napoleonischen Manifest von 1859 „Frei bis zur Adria" tatsächlich versprochene Provinz statt des unerreichbaren Roms auf friedlichem Wege erlangen könnte, durch Verzicht Oesterreichs gegen anderweitige Entschädigungen in Geld oder Landerwerb.

Im schlimmsten Fall blieb die Möglichkeit der Ausnutzung einer günstigen Konstellation in dem schon seit Jahren drohenden Kriege zwischen Oesterreich und Preußen: Ein preußisch-italienisches Bündnis zu dem Zwecke erschien Napoleon damals unbedenklich, sogar wünschenswert. An ein solches hatte bereits Camillo Cavour gedacht, wenn er Preußen als den „natürlichen Verbündeten" Italiens (alleato naturale)[1]) bezeichnete.

In der Tat kam am 8. April 1866 der preußisch-italienische Bündnisvertrag zustande: Italien war verpflichtet, in den Krieg einzutreten, wenn Preußen die Feindseligkeiten eröffnete. Für Preußen bestand diese Verpflichtung, wenigstens nach dem strikten Wortlaute des Vertrages[2]), nicht, sollte der Krieg in Venetien ausbrechen. Vorerst hatte der Vertrag nur eine dreimonatliche Dauer.

Des stets schwankenden und damals schwerkranken Kaisers Ansicht aber änderte sich, als ihm Oesterreich das Angebot machte, es wolle auf Venetien verzichten, wenn Frankreich und Italien neutral blieben und mit einer Entschädigung Oesterreichs durch preußisches Gebiet einverstanden wären. Napoleon machte dem italienischen Botschafter Nigra am 1. Mai 1866 gereizte Vorwürfe wegen der naturgemäß inzwischen begonnenen Rüstungen. Beeinflußt war sein Verhalten durch die Rücksicht auf die öffentliche Stimmung in Paris, die Italien entschieden feindlich gesinnt war. In der Kammer fand sie ihren Ausdruck in dem Schluß der einen gewaltigen Beifallssturm entfesselnden Rede Adolf Thiers' vom 3. Mai: „Frankreich hat das Recht, einem Alliierten, für den es fünfzigtausend Soldaten und sechshundert Millionen geopfert, eine den französischen Interessen zuwiderlaufende Politik geradezu zu verbieten."

Noch eindringlicher konnte Napoleon am 4. Mai die Aufgabe des preußischen Bündnisses, zu dem er selbst geraten hatte,[3]) durch Nigra der italienischen Regierung empfehlen. Oesterreich hatte ihm nämlich den formellen Vorschlag gemacht, ihm zur Weitergabe an Italien Venetien abzutreten, sobald es im bevorstehenden Krieg in den Besitz entsprechender Kompensationen aus preußischem Gebiete, nämlich Schlesiens, gelangt sei.

---

[1]) In dem Briefe an O. v. Manteuffel vom 18. Februar 1858 (Lettere Cavour, Vol. VI, p. 176).

[2]) Vgl. U. Govone, G. Govone, Frammenti di memorie (1902), p. 193 ff.

[3]) Vgl. H. Friedjung, Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland, I, S. 180.

Digitized by Google

Aber die italienischen Staatsmänner fühlten sehr wohl, jetzt mehr als sonst, die drückende Abhängigkeit von Frankreich, wenn sie von ihm auch Venetien als großmütiges Geschenk annähmen. Mit den Waffen mußte es erobert werden, nur so konnte sich Italien eine selbständige Stellung in Europa erringen. Gerade die Emanzipierung Italiens von der französischen Vormundschaft war für die Nationalpartei, an deren Spitze Ricasoli stand, der eigentliche Zweck des Krieges.[1]) Zudem wäre es eine Frage der Ehre und Loyalität, den Bundesgenossen nicht im Stich zu lassen, wie der Ministerpräsident La Marmora es in seinem Telegramm an Nigra hervorhob; er erteilte nach manchen Bedenken Napoleon eine Absage.

Am 12. Juni kam es zwischen Frankreich und Oesterreich zu einem Neutralitätsvertrage, durch den auch die Abtretung Venetiens an Italien gesichert wurde. Frankreich willigte dabei ein, daß unter Umständen der Papst die ihm entrissenen Landschaften, die Marken und die Legationen, zurückerhalten solle, vor allem, wenn sich deren Bevölkerungen einmal gegen die staatliche Einheit Italiens erheben würden.[2]) Allerdings war das ein unwahrscheinlicher Fall! Sicherlich stand diese Klausel mit dem von Napoleon so gern betonten Einheitsprinzip Italiens in einem völligen Widerspruch, der gerade jetzt am wenigsten von ihm hätte hervorgekehrt werden dürfen.

Bekanntlich erklärte Italien, sofort nach Preußen, den Krieg an Oesterreich, hatte jedoch Mißerfolg auf seinem Operationsfelde. Bekannt ist aber auch aus den Berichten des sächsischen Diplomaten Grafen Vitzthum v. Eckstädt,[3]) daß in allen Kreisen der pariser Bevölkerung der Jubel über die Niederlage der Italiener allgemein gewesen, am entschiedensten aber in den Kasernen. Die Soldaten hätten dieselbe durchaus illuminieren wollen zu Ehren der siegreichen Armee.

Der Tag von Königgrätz veranlaßte Franz Josef zu dem Entschlusse, Venetien vorbehaltlos an Frankreich abzutreten und Napoleons sofortige Vermittlung für einen Waffenstillstand anzurufen. Dieser bot demgemäß den Monarchen von Preußen und Italien am 5. Juli seine Vermittlung und vorerst einen Waffenstillstand an.

Nach einer Niederlage Venetien als Geschenk von Frankreich empfangen und auf dessen Gebot die kriegerischen Operationen am Mincio und Po einstellen, sowie an Preußen Bundesverrat üben zu sollen, empfanden die Italiener mit ihrem König als eine schmachvolle Beleidigung.[4])

Napoleons Ansinnen beantwortete Ricasoli damals mit den an Nigra gerichteten Worten: „Es gibt etwas, was wertvoller ist als Venetien; das ist die

---

[1]) Aus dem Leben Theodor v. Bernhardi's, VII, S. 126 und 148.

[2]) H. Friedjung, Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland, I, S. 298.

[3]) London, Gastein und Sadowa, S. 227.

[4]) Crispi wirft in seinen Denkwürdigkeiten (S. 209) Napoleon vor, er habe Art und Dauer des Krieges festgesetzt, in der Befürchtung, Italien „könnte zu stark aus dem Siege hervorgehen. Jede seiner Anstrengungen sei daher darauf gerichtet gewesen, einen Beweis italienischer Waffentüchtigkeit zu verhindern." — Vgl. die sehr drastischen Bemerkungen des Königs über Napoleon bei Bernhardi VII, S. 128.

Digitized by Google

Ehre Italiens, des Königtums ... Eine Rolle, die seiner Ehre zuwiderläuft, kann Italien nicht annehmen."[1]) Aehnlich äußerte sich auch La Marmora. Der französische Imperator dachte bereits an eine Rückgabe Venetiens an Oesterreich und an den Abschluß eines Bündnisses mit diesem Staate!

Erst nach der Seeschlacht bei Lissa und nach dem Abschluß der Friedenspräliminarien zwischen Oesterreich und Preußen zu Nikolsburg entschloß sich Italien, auch in Rücksicht auf die bedenklichen Kongreßpläne Rußlands,[2]) seinerseits ebenfalls zum Frieden: Es räumte alle strittigen Gebiete nördlich Venetiens. Dieses selbst fiel ihm nun endgültig zu, allerdings unter lästigen Einmischungen Napoleons, die in Italien nur Verstimmungen erzeugen konnten. —

Langsam begann Italien, sich von Frankreich abzuwenden.

Wohl hatte man am Hofe der Tuilerien zu hoffen gewagt, daß mit der Erwerbung Venetiens die Italiener ihre Aspirationen auf Rom als Hauptstadt ihres jungen Königreichs aufgeben würden. Die Enttäuschung sollte nicht lange auf sich warten lassen.

Im Dezember 1866 war die französische Okkupationsarmee tatsächlich abgezogen. Das große Publikum in Italien, welches die nahen Beziehungen der neuen päpstlichen Armee zu Frankreich nicht kannte, glaubte fest, Rom wäre nun wirklich für immer des französischen Schutzes ledig. Roms bisheriger Schutzherr war zurzeit von anderen Sorgen in Anspruch genommen: Luxemburg, Mexiko und nicht zuletzt die damalige Pariser Weltausstellung, im Hintergrund die drohend heranschleichende Abrechnung mit Preußen. Garibaldi benutzte die Situation, um einen neuen Anschlag gegen Rom vorzubereiten.

Sobald aber die Spannung mit Preußen Ende April 1867 durch Schlichtung der luxemburgischen Frage vorläufig beigelegt war, wandte der französische Kaiser seine Aufmerksamkeit in verstärktem Maße Italien zu. Im Juli ordnete er einen aktiven französischen Offizier, den General Dumont, nach Rom ab, um die Legion von Antibes zu reorganisieren. Daß diese sogar als Bestandteil der Armee Frankreichs anzusehen sei, behauptete Marschall Niel unumwunden. Gegen eine solche Unterstellung mußte der italienische Ministerpräsident entschieden Einspruch erheben.

Als Garibaldi auch diesmal, trotz aller Warnungen, an der römischen Grenze erschien, ließ Rattazzi ihn am 24. September 1867 verhaften und entzog damit dem Plane des französischen Ministerpräsidenten Rouher, sich in die römische Frage durch Entsendung französischer Truppen zu mischen, vorerst den Vorwand.

Garibaldi's Flucht jedoch, sein erneutes Erscheinen mit Freischärlern an der römischen Grenze, ein daraufhin am 23. Oktober ausbrechender Aufstand in der ewigen Stadt selbst, bei dem Enrico Cairoli seinen Tod fand, veranlaßte Frankreich, ungeachtet allen Entgegenkommens der italienischen Regierung, zur tatsächlichen Entsendung eines Expeditionskorps unter dem General Failly nach

[1]) Roma e Venezia, Ricordi storici d'un Romano (1895), pag. 275 f.

[2]) E. Bulle, Geschichte des zweiten Kaiserreichs und des Königreichs Italien, S. 446.

Digitized by Google

Civitavecchia. Aufgabe des neuen Ministeriums unter Menabrea war, vor allem den ungebeten erschienenen französischen Truppen keinen Grund zum kriegerischen Einschreiten zu geben. Ein weiteres Entgegenkommen der italienischen Regierung, sogar der Vorschlag eines europäischen Kongresses zur Regelung der römischen Frage, hatte die Absendung des französischen Korps nicht verhindern können.

Sobald die päpstlichen Truppen am 3. November zum Angriff gegen die Garibaldiner vorrückten, hatte sich ersteren ein Reservekorps von 2200 Franzosen angeschlossen; und sie entschieden bei Mentana die blutige Schlacht: Die neuen französischen Chassepotgewehre wurden zum ersten Male im Kampf gegen Italiener angewendet: sie „taten Wunder", wie General Failly stolz nach Paris meldete. Napoleon hatte allerdings jetzt die Sympathien der klerikalen Partei in Frankreich zeitweilig wiedergewonnen. Aber über den französischen Gewaltvogt durchzitterte ein Schrei nationaler Entrüstung ganz Italien. In poetischer Form hat sie Giosuè Carducci verewigt. Er läßt die Gefallenen zur Italia sagen:

Wir warfen das Leben als Geschenk
Zu Füßen dir in Garben,
Und du bist derer uneingedenk,
Die lächelnd für dich starben!

Für andre, teures Italien, gibt
Dein Auge holden Schimmer —
Doch was sie lebend zumeist geliebt,
Vergessen die Toten nimmer.

Roms Rächer und Retter sind wir allein
Und uns gehört's vor allen —
Zum Kapitol laßt unsre Reih'n,
Laßt zum Triumph uns wallen! [1])

Die feierliche Versicherung, welche einst Cavour, im Hinblick und im Vertrauen auf die mit Nizza und Savoyen bezahlte französische Hilfe, in sein Programm aufgenommen hatte: „Wir müssen im Einverständnis mit Frankreich nach Rom gehen", war jetzt zur völligen Unmöglichkeit geworden. Am 5. Dezember 1867 verkündete Frankreichs Ministerpräsident Rouher in der Kammer den Entschluß, daß die nach Rom geschickten Truppen dort bleiben würden. Vom stürmischen Beifall der Deputierten umdröhnt, fuhr er dann fort: „Im Namen der französischen Regierung erklären wir: Italien wird sich Roms nicht bemächtigen! Nein! Niemals!"

Am gleichen Tage aber bekannte der italienische Ministerpräsident im Parlament: „Rom ist für Italien ebenso nötig als Paris für Frankreich."

Unüberbrückbar war der Gegensatz! Italien fühlte sich damals jeglicher Dankesschuld gegen Frankreich quitt. Lediglich wann Frankreich besiegt wäre, durfte es an eine Gewinnung seiner ersehnten Hauptstadt denken! Seine Sympathien konnten nur dem zukünftigen Gegner Frankreichs gehören, und das war Preußen!

Seit Mai 1869 hatte sich jedoch König Viktor Emanuel auf Verhandlungen eingelassen, die auf ein französisch-österreichisch-italienisches Bündnis abzielten. Er

[1]) E. Rüffer, König Viktor Emanuel, S. 162.

Digitized by Google

hoffte dabei im stillen, auf diesem Wege die Lösung der römischen Frage beschleunigen zu können. Aber vor allem war sie der Grund, weshalb Napoleon letzten Endes, zu seinem Unheil, es nicht über sich gewinnen konnte, sich zu binden gegenüber den kategorischen Forderungen des italienischen Ministeriums nach Wiederherstellung der Septemberkonvention von 1864, nach Abberufung der französischen Truppen. „Blut ist geflossen zwischen Frankreich und Italien", mit diesen Worten erinnerte im Ministerrat General Palaviccini an die Schrecken der zweiten französischen „Rom-Expedition".

Wieder war es Rücksicht auf seine innere Politik, auf die klerikale Partei, mit der es Napoleon in jenem Momente nicht zu verderben wagte.[1]) Und als er, bei zunehmender Kriegsbedrängnis im Juli 1870, nachgeben will, da vermögen König Viktor Emanuel und seine Minister es nicht mehr, sich mit einem Abzuge der französischen Truppen aus dem Kirchenstaate, unter Beobachtung jener Konvention, zu begnügen. Das leidenschaftlich gewordene Nationalverlangen des den Franzosen, den „Mördern von Mentana", noch immer zürnenden italienischen Volkes ging jetzt gebieterisch weiter!

Endlich im letzten Augustdrittel erklärte der Imperator durch den Prinzen Jérôme Napoleon, wenigstens persönlich, sich bereit, auf alle Forderungen Italiens bezüglich Roms einzugehen für den Preis der Unterstützung durch eine italienische Armee von 70000 Mann.

Es war zu spät! Der Tag von Sedan machte alle Allianzverhandlungen illusorisch. Der Kirchenstaat war bereits am 12. August von den französischen Truppen geräumt worden; nunmehr ward er von den italienischen besetzt. Am 20. September 1870 fiel Rom, „dank den deutschen Siegen, die man Italien zugemutet hatte zu verhindern"![2]) Das Sehnen der italienischen Patrioten nach ihrer Hauptstadt war erfüllt; aber Niederlage und Demütigung Frankreichs waren erst dazu nötig gewesen. —

Daß die von Napoleon III. gegenüber Italien verfolgte abweisende Politik in der römischen Frage durchaus nicht bloß seine persönliche gewesen, hatte sich bereits 1864 und 1867 in der Italien feindlichen Stimmung der französischen Kammer, 1866 in der Freude der pariser Garnison über die italienischen Mißerfolge gezeigt. Noch deutlicher stellte sich das jetzt heraus, als der Kaiser von der politischen Bildfläche verschwunden war, jener Schutzherr Italiens, von dem Crispi sagte, daß „er sich weigerte, unsere Rechte anzuerkennen, aber dennoch unsere Mitarbeit verlangt und darauf bestanden hatte, uns zu unterdrücken".[3])

Die französische Nationalversammlung, welche sich, nach der Kapitulation von Paris, am 12. Februar 1871 konstituierte, bestand in ihrer Majorität aus Gegnern Napoleons, darunter viele Legitimisten und Orleanisten. Daß sie Thiers, den grundsätzlichen Vertreter der weltlichen Herrschaft des Papstes, zu ihrem und

---

[1]) E. Bourgeois-E. Clermont, Rome et Napoléon III (1907), pag. 226, 231.

[2]) Crispi in seinen „Memoiren", S. 212.

[3]) Memoiren, S. 211.

Digitized by Google

des Staates Oberhaupt wählte, bewies schon ihre wenig freundliche Gesinnung gegen Italien.[1]) Ungescheut bezeichnete jener am 22. Juli in einer Kammerrede das Königreich als eine Schöpfung der „verflossenen Regierung in ihrer unglückseligen Blindheit". Er rühmte sich dabei, von allen Zeitgenossen derjenige zu sein, „der am wenigsten zur Einheit Italiens beigetragen hätte".

Die Unterhandlungen, welche die neue französische Regierung bei der italienischen einleitete, damit sie von einer Verlegung der Hauptstadt nach Rom absehe, waren selbstverständlich ergebnislos: Mit dem 1. Juli 1871 wurde Rom Kapitale des Königreichs. Dem Einzuge des Königs blieb auf Geheiß seiner Regierung der französische Gesandte, Graf Choiseul, fern; bald darauf wurde er abgerufen, um erst nach acht Monaten einen Nachfolger zu erhalten.

Einen ständigen Protest gegen die Besetzung Roms durch die Italiener von seiten Frankreichs bildete die jahrelange Anwesenheit des Kriegsschiffes „Orénocque" im Hafen von Civitavecchia zur Verfügung des Papstes. Bereits seit Anfang September 1870 dort verankert, sollte es die Fortführung des Protektorates bezeichnen, das Frankreich über den Heiligen Stuhl weiter beanspruchte. Das Verhalten seiner unbeschäftigten Mannschaft führte zu manchen, auch in den Parlamenten erörterten Unzuträglichkeiten. Erst als die merkwürdige Angelegenheit der Lächerlichkeit zu verfallen drohte, — „der einzigen Waffe, die in Frankreich moralisch tötet", — ward das Schiff endlich in die Heimat beordert.

Francesco Crispi hat als mitbeteiligter und mithandelnder Zeitgenosse seine Eindrücke aus diesem und anderen Vorkommnissen in dem Urteil zusammengefaßt: „Nach 1870 hat Frankreich gegen Italien nur eine Politik der Verachtung und der Zurückweisung geübt. Die republikanische Regierung zeigte dasselbe hochmütige Benehmen. Anstatt vor allem die Mißverständnisse zu zerstreuen und darauf hinzuarbeiten, sich das italienische Volk zum Freunde zu machen, beleidigte und verachtete sie es, drohte sie ihm und machte es sich noch feindlicher gesinnt. Wenn die republikanische Regierung von den früheren Ereignissen gelernt hätte, würde sie begriffen haben, wie das italienische Volk das Verschwinden des Kaiserreichs als eine Befreiung ansah, das mit seinen Ansprüchen und seiner Willkür die italienische Regierung tyrannisiert und die Befreiung Roms verhindert hätte."

In der Tat! Niemals hat sich das Bestreben Frankreichs, Italien zu bevormunden, sowie die gleichzeitig dabei zur Schau getragene Geringschätzung in derartig herausfordernder Weise geltend gemacht als in der von uns jetzt betrachteten Periode. Ihre Höhe aber und zugleich ihr Ende sollten sie in der

[1]) Diese unfreundliche, ja sogar feindselige Gesinnung der neuen französischen Republik hat auch Garibaldi erfahren müssen, als er ihr nach dem Sturz des „Dezember-Mannes" in allzu großem Idealismus seine Dienste anbot. In seinen Memoiren (S. 411) gesteht er offen ein, daß er bereits in Tours auf dem Punkte war, nach Italien zurückzukehren; noch erniedrigender war seine Behandlung von seiten der Nationalversammlung zu Bordeaux, die seine uneigennützigen Dienste mit groben Beleidigungen vergalt.

Digitized by Google

Tunisaffäre[1]) erreichen, die dann den Anlaß dazu gegeben hat, daß sich Italien von Frankreichs Gefolgschaft frei machte, die Kraft und den Mut fand, das lästige Joch beklemmender, die eigene Entwicklung hindernder Abhängigkeit abzuwerfen, durch Anschluß an den Zweibund der Zentralmächte!

Hygienische Betrachtungen über Volksernährung im Kriege[2])

Von

Prof. Carl v. Noorden (Frankfurt a. M.)

Der ehrenvollen Aufforderung des „Württembergischen Frauenvereins vom Roten Kreuz", hier in Stuttgart über Volksernährung im Kriege zu sprechen, komme ich um so bereitwilliger nach, als ich damit zwanglos an einen Vortrag über diätetische Zeit- und Streitfragen mich anlehnen kann, den ich vor sechs Jahren[3]) an gleicher Stelle hielt. Obwohl das damals Gesagte in jedem Stück auch dem heutigen Stand der Ernährungswissenschaft entspricht, und obwohl die damals ausgesprochenen Grundsätze unter normalen Lebensverhältnissen weiter zu Recht bestehen, zwingt doch die Gegenwart zu einer Art Kompromiß zwischen alten Volksgewohnheiten und gleichsam den diätetischen Idealforderungen einerseits und den Notwendigkeiten der Lage anderseits. Es ist vielfach die Befürchtung ausgesprochen, die Volksgesundheit könne bei der Zwangslage, in die uns der Krieg versetzt, Schaden leiden. Namentlich in den ersten Kriegswochen war dies der Fall und führte mancherorts zu unverständigem Verhalten des Publikums, z. B. zu überstürzten und unüberlegten Einkäufen, wodurch der Lebensmittelmarkt schwer erschüttert wurde. Als dann nach den glänzenden Waffentaten der ersten Wochen Beruhigung eintrat, schlugen die anfänglichen Befürchtungen in allzu weitgehende Sorglosigkeit um. Es geschah in den ersten vier Kriegsmonaten wohl manches durch Belehrung und Einwirkung von seiten örtlicher Behörden, verschiedener Vereine, das Allgemeinwohl pflegender Privaten; aber die Seele des Volkes konnte man durch diese schwächlichen Veranstaltungen nicht gewinnen. Nicht zu unterschätzen ist freilich der Erfolg, daß fast die ganze überreiche Obsternte des vergangenen Jahres in wertvolle Dauerware verwandelt wurde. Aber auf andern Gebieten fehlten klare und einheitliche Gesichtspunkte. Gar manche wichtige Maßregel wurde

[1]) Den beiden Begebenheiten, welche die hier besprochene Periode der Wechselbeziehungen zwischen Frankreich sowie Italien einschließen, der Abtretung von Nizza und Savoyen sowie der Erwerbung von Tunis, habe ich in dem vorhergehenden Dezember- bzw. Februar-Heft der „Deutschen Revue" eingehendere Untersuchungen gewidmet.

[2]) Vortrag, gehalten im „Deutschen Frauenverein vom Roten Kreuz in den Kolonien" in Stuttgart, 27. Februar 1915.

[3]) „Deutsche Revue", April-Heft 1909.

Digitized by Google

versäumt. Schuld daran ist, daß zahlreiche, zwar gutgemeinte, aber ohne genügende Sachkenntnis verfaßte und oft einander widersprechende Artikel und Flugschriften in die öffentliche Meinung Wirrwarr brachten. — Eine neue Wendung trat ein, als die Regierung von Ende November an zu einem festen Programm für die künftige Versorgung des Marktes mit Lebensmitteln kam und alle Gemeinden in Gefolgschaft nahm. Es konnte nicht ausbleiben, daß sofort wieder eine neue schwere Beunruhigung des Publikums einsetzte, die bis heute noch nicht abgeklungen ist. Zahlreiche amtliche und private Merkblätter, zahlreiche Veröffentlichungen in Zeitschriften und Zeitungen von berufener und unberufener Feder sind inzwischen erschienen; allerorts sind die Sachverständigen zusammengetreten, um alle Schichten der Bevölkerung über ihre Pflichten gegenüber der Allgemeinheit und ihr zweckmäßiges Verhalten im Haushalt zu belehren.

Inzwischen sind äußerst wichtige und einschneidende Verordnungen von Staats wegen erlassen worden, zu denen dann noch Verfügungen der einzelnen Kreise und Gemeinden hinzukamen, die den örtlichen Sonderverhältnissen Rechnung tragen. Jeder, der in die Verhältnisse etwas tiefer hineinschaut, muß die Großzügigkeit der neuen staatlichen Maßregeln bewundern und muß anerkennen, daß sie das Richtige trafen. Sie sind die weitaus wichtigste und sicherste Schutzwehr für die Sicherung unsers Lebensmittelmarktes. Wie schon erwähnt, haben sie einen gewissen Schrecken verbreitet. Mit Unrecht; es handelt sich nur um vorsorgliche Maßregeln, die die vorhandenen Lebensmittel in die für die menschliche Ernährung geeignetsten und fruchtbarsten Wege leiten sollen, und die verhüten, daß mehr als nötig von dem für Menschen geeigneten Material als Viehfutter benutzt wird. Hier muß der oft gehörten Ansicht entgegengetreten werden, daß die Schlachtungen in dem vorgesehenen Umfang unnötig seien, da doch das verfütterte Material später in Form von Fleisch und tierischem Fett wieder nutzbar werde. Dies trifft nur in bescheidenem Maße zu; denn von 100 Nährwerteinheiten, mit denen wir die Schlacht- und Milchtiere auffüttern und mästen, kehren nur 20 bis 40 Prozent, im Durchschnitt etwa 30 Prozent, zu uns als verwendbare Nahrung zurück, während der größere Rest von dem Tier zwecks Deckung seiner Energieausgaben verbraucht oder, um drastischer, aber doch zutreffend zu reden, verbrannt wird. Es ist also ein recht kostspieliger Veredelungsprozeß, wenn wir mit Getreide, Kartoffeln, Fettstoffen usw., die zur menschlichen Ernährung geeignet sind, Tiere füttern. Trotz des enormen Verlustes ist das Verfahren vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gerechtfertigt und ist eine Quelle großen Gewinnes für die viehzüchterische Seite der Landwirtschaft; denn die am Tierkörper erhaltenen Produkte stehen trotz der erwähnten Verluste erheblich höher im Preis als das aufgewendete Futter. Unser reiches Deutschland konnte die hohen Kosten dieses Veredelungsprozesses ohne die geringsten Bedenken bezahlen. Jetzt aber handelt es sich nicht um die Frage, wie am meisten Geld zu verdienen ist, sondern wie wir unserm Volke die größte Summe von Nährwerteinheiten sichern. Der Veredelungsprozeß wäre heute, vom Standpunkt des Gelderwerbs aus betrachtet, vielleicht noch lohnender als in

Digitized by Google

Friedenszeiten, und dies könnte den einzelnen Unternehmer gar zu leicht verlocken, durch Verfütterung menschlicher Nahrungsstoffe an Tiere sich reichen Gewinn zu verschaffen, der Allgemeinheit aber damit große Nährwertsummen entziehend. Was vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus sonst ein Vorteil und eine ergiebige Quelle des Volkswohlstands, wäre also jetzt vom Standpunkt der Volksernährung und der Volkskraft aus eine Vergeudung, ja man kann sagen ein Verbrechen. Dies mußte vermieden werden, und dieser Aufgabe dienen — allen andern voran — die einschneidenden Maßregeln über die Monopolisierung des Getreides und über die Schlachtung eines gewissen Prozentsatzes des Großviehes und der Schweine. Der Gesamtbestand soll so weit vermindert werden, daß die Fütterung der übrigbleibenden Tiere größtenteils mit Stoffen gedeckt werden kann, die für die menschliche Ernährung nicht in Betracht kommen oder da nur eine nebensächliche Rolle spielen. Von diesem Gesichtspunkt aus muß von den Schweinen ein sehr viel größerer Prozentsatz geopfert werden als von dem Rindvieh; denn wir müßten zu ihrer Erhaltung mangels ausländischen Kraft- und Mastfutters beträchtliche Mengen Getreide, Kartoffeln, Magermilch u. a. hergeben. Dies geschah bislang in vielleicht höherem Maße, als ratsam war. Alle andern Schlachttiere fallen bei uns rechnerisch kaum ins Gewicht.

Es handelt sich bei den Notschlachtungen um eine Maßregel, die eine vollkommene Neuorganisation unseres Fleischmarktes erforderte und mit ebensoviel Klugheit wie Energie durchgeführt werden mußte. Zunächst galt es, das abzuschlachtende Material zu sichten. Es mußten mit Rücksicht auf die augenblickliche Lage und auf zukünftige Züchtung diejenigen Stämme unseres Großviehbestandes geschont werden, die erfahrungsgemäß aus der gleichen Futtereinheit am meisten Fleisch und Fett ansetzen und die reichlichste und beste Milch liefern; in dieser Hinsicht kommen bei den einzelnen Rassen sehr beträchtliche Unterschiede vor. Ferner hatten die Schlachtungen vorzugsweise dort einzusetzen, wo wegen unzureichender Menge von Hausabfällen die Fütterung mit Getreide und anderm hochwertigem Material in den Vordergrund tritt; das ist hauptsächlich in den Schweinegroßzüchtereien und -schnellmästereien der Fall, viel weniger in den kleinen bäuerlichen Betrieben. Dann mußte gesorgt werden, daß der erhöhte Auftrieb das Schlachtvieh nicht entwerte; sonst hätte das Massenangebot zu einem vorübergehenden verschwenderischen und höchst bedenklichen Verbrauchsanstieg geführt. Daher wurden die Gemeinden und Genossenschaften zum Ankauf von Schlachtvieh und zum Aufstapeln von Dauerware genötigt. Falsch beratene Stimmen wollten auch die kleinen Haushaltungen zur Herstellung solcher Fleischdauerwaren veranlassen — sehr mit Unrecht, denn die zweckmäßige Herstellung von Fleischdauerware ist eine Kunst, die nicht von einem Tage zum andern gelernt wird. Die Gefahr des Verschwendens und Verderbens lag zu nahe. Nach dem, was wir erlebt haben und täglich noch vor uns sehen, spielt sich dank der vortrefflichen Organisation das Abschlachten und das Konservieren der gewaltigen Massen in bewundernswerter Ordnung und ohne jede ernstere Erschütterung des Fleischmarktes ab.

Digitized by Google

Mit den erwähnten Maßregeln in engem Zusammenhang stehen die Verfügungen über Brotgetreide. Daß wir mit Weizen sparen müssen, hörten wir sogleich im Anfang des Krieges, während von Roggen ein Ueberschuß da war. Derselbe hätte aber nicht genügt, den bedeutenden Ausfall an Weizeneinfuhr zu decken, wenn wir ebensoviel Roggen wie früher zur Viehfütterung hätten abgeben müssen. Um eine zweckmäßige Verteilung des Getreides auf Menschen, Tiere und Saatvorräte zu sichern, mußten die bekannten Gewaltmaßregeln ergriffen werden; dem gewiß vorhandenen guten Willen der einzelnen konnte der wichtige Schutz der Getreidevorräte nicht mehr überlassen werden. So entstanden die Verfügungen über stärkeres Ausmahlen der Körner, wodurch im Mittel etwa 20 Prozent mehr backfähiges Mehl für die menschliche Ernährung gewonnen wird, während allerdings die Rückstände um den gleichen Prozentsatz für die Viehfütterung entwertet werden. Es entstand das Verbot des reinen Weizengebäcks und die Verfügung über das Zumischen von Kartoffelmehl zum Roggenbrot; die chemische Zusammensetzung und der Nährwert des Backmehls werden hierdurch kaum geändert; das Kartoffelmehl enthält prozentig mehr Stärke und weniger Eiweißsubstanz als unser altgewohntes Weizen- oder Roggenbackmehl; dagegen ist das neue, stärker durchgemahlene Roggenmehl eiweißreicher und stärkeärmer als das frühere; das eine ergänzt das andre, so daß das neue Kriegsroggenbrot dem alten in allen wichtigen Bestandteilen entspricht.

Erfahrungsgemäß haben diese Maßregeln nicht genügt, vor leichtsinniger Brotvergeudung zu schützen. Man hat sich daher in Berlin und andern großen Städten dazu entschlossen, auch die Brotzuteilung behördlicherseits zu ordnen. Ein einfaches Block- oder Zettelsystem gestattet jeder Haushaltung, wöchentlich 2 Kilogramm Brot pro Kopf zu kaufen. Dies entspricht dem durchschnittlichen Bedarf großstädtischer Bevölkerungen, während es hinter dem in kleinen Städten und auf dem Lande üblichen allerdings erheblich zurückbleibt. Natürlich dürfen und werden die zahlreichen Familien, deren Brotkonsum geringer ist, die überschüssigen Marken zur Berechtigung des Broteinkaufs an andre abgeben. Die wichtige Maßregel zieht ganz automatisch eine umfangreichere Verwendung der Kartoffeln nach sich; Kartoffeln sind ja reichlich vorhanden, und ihre Bestände sind durch das Abschlachten von Schweinen und durch die Beschränkung der Spiritusbrennerei geschont; freilich bedarf die Regelung des Kartoffelmarktes noch viel Nachdenken und Arbeit, denn die Vorräte sind höchst ungleich über das deutsche Land verteilt; wahrscheinlich ist auch hier sehr energischer staatlicher Nachdruck nötig, um Ordnung zu schaffen.

Die Ausfuhrverbote und die besprochenen großzügigen und einige andre, minder wichtige Maßregeln der Bundesregierung gehen von der Annahme aus, daß wir während des Krieges auf den im Lande vorrätigen Nahrungsmittelbestand und auf eigne Produktion angewiesen sind. Dies trifft glücklicherweise nicht ganz zu. Wieviel wir von außen erhielten, entzieht sich der öffentlichen Kenntnis; die Zufuhr war schwankend. Angesichts der politischen Gesamtlage und der Abhängigkeit der Nachbarländer von dem immer mehr gefährdeten

Digitized by Google

Seeverkehr ist es ganz unsicher, ob uns das Ausland weiterhin beachtenswerte Nahrungsmengen liefern kann; daher haben mit Recht alle bisherigen Aufstellungen und auch die Maßregeln der Regierung etwaige Einfuhr nur als ein willkommenes Geschenk betrachtet, mit dem man aber nicht rechnen darf.

Alles, was bisher staatlicherseits geschehen ist und was noch weiter verfügt wird, kann nur dann den gewünschten Erfolg haben, wenn die Bevölkerung diesen Maßregeln das nötige Verständnis entgegenbringt und vor allem auch das gleiche Vertrauen in die Zweckmäßigkeit des Vorgehens, das jeder Deutsche auf die Handlungen unsrer Heerführer draußen im Felde setzt. Mit voller Zuversicht muß unser Volk die Erklärung der Behörden entgegennehmen, daß die neuen strengen Maßnahmen nicht die Befürchtung rechtfertigen, als ob die Ernährungsfrage in ein Stadium geringerer Sicherheit getreten wäre, sondern nur dazu dienen, auf das Vorhandene die Hand zu halten, um noch größere Sicherheit zu erreichen. In Wahrheit haben wir selbst nach Abzug der unvermeidlichen Verluste, die auf dem Wege vom Produzenten zum Konsumenten und durch ungewöhnlich langes Lagern der Vorräte eintreten müssen, genügend Nahrungsmittel im Lande. Das gilt nicht nur für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft. Es wird schon jetzt vorgesorgt, daß bei der neuen Landbestellung der Anbau sich weniger auf Luxusware als auf Massenproduktion, weniger auf wirtschaftlichen als auf Nährwertgewinn richtet. Wenn dies mit Nachdruck ausgeführt wird — und daß es geschieht, daran brauchen wir nicht zweifeln —, lassen sich aus unserm Boden etwa 15 bis 20 Prozent mehr Nährwerteinheiten herauswirtschaften, als dem bisherigen Ertrag entspricht, und wir gleichen damit die Einbuße aus, die uns der Kriegszustand in Ostpreußen und im südlichen Elsaß bringt.

Es wird uns an Nährwerteinheiten nicht mangeln; dagegen schrumpft die Auswahl unter den Nährwertträgern beträchtlich zusammen. Dies hat glücklicherweise für die abwechslungsreichere Kost der Wohlhabenden viel einschneidendere Bedeutung als für die breite Masse des Volkes, und wir werden weiter sehen, daß es hauptsächlich die städtische Bevölkerung ist, die ihre Lebensweise der Zwangslage anpassen muß, während von dem Landvolke nur in beschränktem Umfange Aenderungen verlangt zu werden brauchen.

Wir wenden uns nunmehr hygienischen Fragen zu und haben zu besprechen, ob und inwieweit die durch die Absperrung vom Weltmarkt aufgenötigte Aenderung der Lebensweise mit der Volksgesundheit verträglich ist. Ich habe nicht vor, diesen Vortrag mit Zahlen zu beschweren, muß aber doch eine Zahlenreihe anführen, die ich dem höchst lehrreichen und interessanten Buche entnehme, das Paul Eltzbacher im Verein mit andern trefflichen Kennern der Volkswirtschafts- und Ernährungslehre herausgab.[1])

---

[1]) P. Eltzbacher, Die deutsche Volksernährung und der englische Aushungerungsplan. Braunschweig 1914. Preis M. 1.—. Das Buch enthält eine Fülle anregender Gesichtspunkte und interessanter Einzelangaben. Obwohl es sich zumeist auf Zahlen auf-

Digitized by Google

Zunächst noch einige Vorbemerkungen. Von quantitativ zu vernachlässigenden andern Stoffen abgesehen, setzt sich unsre Nahrung zusammen aus Eiweißkörpern, Fetten und Kohlenhydraten; letztere umschließen die Mehlstoffe und die verschiedenen Zuckerarten. Außerdem sind Mineralsubstanzen erforderlich; deren Zufuhr ist bei jeder vernünftig zusammengesetzten Kost gesichert, so daß wir uns nicht mit ihnen zu beschäftigen brauchen.

Die Eiweißkörper und die ihnen nahestehenden Substanzen nehmen eine Sonderstellung ein; sie liefern uns unersetzliche, in den andern Nährstoffen nicht enthaltene Bausteine, aus denen wir die Eiweißsubstanz der Gewebe und der Säfte herstellen und deren Verschleiß decken. Auf die Art des zugeführten Eiweißes kommt es nicht an, da jedes Eiweiß bei der Verdauung in kleinste Atomgruppen zersprengt wird, aus dem dann der Organismus die arteignen, also die spezifisch menschlichen Eiweißkörper wieder aufbaut. Wir können uns daher ebensogut der tierischen wie der pflanzlichen Eiweißkörper bedienen. Dagegen bedarf der Körper eines gewissen absoluten Minimums der Eiweißzufuhr, das für den erwachsenen Mann von durchschnittlichem Körpergewicht unter besonders günstigen Bedingungen, auf die ich hier nicht eingehe, rund 40 Gramm am Tage beträgt. Auf dieses Minimum darf man die Volksernährung aber nicht einstellen, da jene günstigen Bedingungen nur selten sich zusammen finden. Daher müssen wir neben dem absoluten mit einem zweiten, zweckmäßigen Minimum rechnen, das zwischen 70 und 80 Gramm am Tage liegt. Damit lassen sich alle an das Eiweiß herantretenden Ansprüche des Körpers sicher befriedigen. Männer und Frauen und die verschiedenen Altersklassen zusammengerechnet, stellt sich das zweckmäßige Tagesminimum auf rund 65 Gramm Eiweiß pro Kopf der Bevölkerung. Wir kommen später auf diese Zahl zurück.

In die zweite Gruppe gehören die Fette und die Kohlenhydrate und — wenn in bescheidenen nichttoxischen Dosen genossen — auch der Alkohol. Wir sehen von letzterem ab. Die stickstofffreien Fette und Kohlenhydrate beteiligen sich zwar auch am Aufbau von Körpersubstanz, insbesondere bei der Fettanreicherung; im wesentlichen sind sie aber Brennmaterial und — im physikalischen Sinne des Wortes — Energiespender, mit denen, wie von der Kohle in maschinellen Betrieben, die Kraftleistungen des Körpers bestritten werden. Ob wir Fette oder Kohlenhydrate bevorzugen, ist von geringem Belang; sie können sich gegenseitig vertreten, und zwar in dem Verhältnis von 24 Gramm Kohlenhydrat für 10 Gramm Fett. Angesichts der gleichartigen Wirkung wertet man diese Stoffe gewöhnlich nicht nach Gewicht, sondern nach Wärmeeinheiten (Kalorien), d. h. nach der Energiemenge, die nötig ist, um 1 Liter Wasser um 1 Grad Celsius zu erwärmen.

---

baut, weiß es bis zum Schlusse den Leser zu fesseln und ist für jeden gebildeten Laien verständlich. Niemand, der sich über die Lage des deutschen Lebensmittelmarktes unterrichten will, sollte versäumen, es gründlich zu lesen. Es wird manchem schiefen Urteil, das Unberufene abgeben, womit sie die Zeitungen belasten und die Bevölkerung verwirren, vorbeugen.

Digitized by Google

Die vom Körper assimilierte Energie beträgt

aus 1	Gramm	Eiweiß	= 4,1 Kalorien
„ 1	„	Kohlenhydrat . . .	= 4,1 „
„ 1	„	Fett	= 9,3 „

Der tägliche Kalorienbedarf ist nach Geschlecht, Lebensalter und Arbeitsleistung ungeheuer verschieden. Um zu verwertbaren Zahlen zu gelangen, hat man den Kalorienbedarf des gesunden Mannes von mittlerem Gewicht, mittlerem Alter und mittlerer Arbeitsleistung als „Bedarfseinheit" genommen. Es ergibt sich, daß die 68 Millionen nach Alter und Geschlecht gemischter Bevölkerung ebensoviel Kalorien bedürfen wie rund 52 Millionen „Bedarfseinheiten", d. h. gesunder erwachsener Männer. Der tägliche Kalorienbedarf einer solchen „Bedarfseinheit" ist 3000 Kalorien, wobei es gleichgültig ist, ob diese Kalorien mehr von Fett oder Kohlenhydraten oder Eiweiß gespendet werden, wenn letzteres nur in der Höhe eines gewissen, oben erwähnten, zweckmäßigen Minimums vertreten ist.

Nach diesen Vorbemerkungen wird uns die Eltzbachersche Tabelle verständlich.

Jahresbedarf der Gesamtbevölkerung	Eiweiß in 1000 Tonnen (1 Tonne = 1000 Kilogr.)	Kalorien in Milliarden
1. Wirklicher Verbrauch vor dem Kriege	2307,0	90420,0
2. Bedarf (reichlich berechnet)	1605,0	56750,0
3. Zur Verfügung bei unveränderter Wirtschaftsweise	1543,0	67860,0
4. Zur Verfügung bei Ausführung der schon getroffenen und weiterhin zu treffenden Maßregeln .	2022,8	81250,8
5. Ueberschuß des bisherigen Verbrauchs über wirklichen Bedarf. (Differenz zwischen 2. und 1.) .	702,0 (= 46%)	33670,0 (= 57%)
6. Differenz zwischen 3. und 2.	−62,0 (= 4%)	+11110,0 (= 18%)
7. Differenz zwischen 4. und 2.	+417,8 (= 26%)	+24500,8 (= 43%)
8. Differenz zwischen 4. und 3.	+479,8 (= 31%)	+13390,8 (= 19%)

Diese mit aller Vorsicht aufgestellten Zahlen ergeben ein sehr erfreuliches Bild. Sie bedürfen einiger Erläuterungen.

Zunächst sehen wir aus Vergleich der 1. und 2. Position, daß wir vor dem Kriege sehr verschwenderisch wirtschafteten; man schaue auf die Zahlen der 5. Position. Wir überschritten den reichlich berechneten wirklichen Bedarf um 46 Prozent Eiweiß und 57 Prozent Kalorien. Die Hauptursache war der Veredelungsprozeß, der pflanzliches in tierisches Nährmaterial verwandelte, und ferner — so hart es klingen mag — einfache Vergeudung (Nichtbenutzung hochwertiger Abfallstoffe und Verderbenlassen pflanzlichen Materials). Nach Abzug der über das Notwendige hinausgehenden und als Luxus zu bezeichnenden

Digitized by Google

Werte für den Veredelungsprozeß und der leicht vermeidbaren Vergeudung vermindert sich die Spannung zwischen früherem Verbrauch und wirklichem Bedarf sowohl für das Eiweiß wie für die Gesamtkalorien auf etwa 14 bis 15 Prozent, ein Ueberschuß, den sich unser reiches Volk wohl gestatten durfte.

Von besonderer Wichtigkeit ist der Vergleich zwischen Position 3 und 2, deren Differenz in der Position 6 zutage tritt. Wir sehen daraus, daß uns mangels jeglicher Einfuhr eine gewisse Menge Eiweiß fehlt. Wenn es auch nur 4 Prozent sind, so fällt dies doch bei der Unersetzlichkeit der Eiweißkörper schwer ins Gewicht, um so mehr, als eine gerechte Verteilung des Eiweißmaterials große Schwierigkeiten macht. Bei seinem hohen Geldwert steht zu befürchten, daß den wirtschaftlich Schwachen davon zu wenig zufließt. — Anders als mit dem Eiweiß verhält es sich mit den stickstofffreien Nahrungsmitteln; es ist von Kohlenhydraten und Fetten, zusammengenommen, ein gewisser Ueberschuß da; er beruht auf den Vorräten an Kohlenhydraten, namentlich an Zucker; der Ueberfluß daran überkompensiert den beträchtlichen Ausfall an Fetten. Nun ist es zwar richtig, daß stärkerer Verbrauch von stickstofffreien Nährstoffen, insbesondere Kohlenhydraten, den Eiweißbedarf etwas herabdrückt. Aber die Spannung von 18 Prozent ist doch nicht groß genug, um darauf zu bauen.

Daher sind Aenderungen in der Gesamt- und Einzelwirtschaft nötig. Die hauptsächlich ins Gewicht fallenden Aenderungen unterstehen dem Einfluß und der Initiative der staatlichen Gewalt; um den vollen Erfolg zu sichern, bedarf aber der Staat der willigen Hilfe jeder einzelnen Familie. In der mehrfach erwähnten Schrift werden folgende Grundzüge festgelegt, die einerseits zu sparsamer Wirtschaft, anderseits zur Erhöhung der Nährwertsummen führen:

Aenderung der Viehhaltung.

Verbot der Verfütterung von Brotgetreide.

Mehrverbrauch von Magermilch und Magerkäse, die durch die angeordneten Schlachtungen verfügbar werden.

Kartoffeltrocknung in Form der sog. Kartoffelflocken.

Einschränkung der Buttererzeugung.

Moorkultur. — Zugrunde gelegt ist dabei die Bodenfläche, die bis zur nächsten Aussaat anbaufähig gemacht werden kann.

Verbot der Herstellung von Getreidealkohol.

Gemüse- und Obstkonservierung, die den bisherigen, auf reichlich 30 Prozent der Ernte zu beziffernden Verlusten entgegenarbeitet.

Verbot der Herstellung von Weizenstärke.

Verfütterung einer gewissen Menge des überschüssigen Zuckers an das Vieh.

Meidung der Vergeudung. Diese Mahnung richtet sich an die Hausfrau.

Diese Wirtschaftsänderungen setzen das Zusammenwirken technischer, landwirtschaftlicher und administrativer Kräfte voraus. Wieviel sie uns über das bei früherer Wirtschaftsweise Verfügbare sichern, erhellt aus Position 8. Sie sehen, wir gewinnen dabei 31 Prozent Eiweiß und 19 Prozent Kalorien über den Ertrag unsers bisherigen Wirtschaftssystems und werden, wenn es exakt

Digitized by Google

durchgeführt wird, nach Position 7 einen Ueberschuß von 26 Prozent Eiweiß und 43 Prozent Kalorien über den wirklichen Bedarf zur Verfügung haben.

Wir wenden uns nun der Frage zu, wie weit durch geänderte Wirtschaftslage die einzelne Familie und der einzelne Mensch betroffen wird, und welchen Gesichtspunkten sie bei ihrer Lebenshaltung zu folgen haben. Wir gehen dabei am besten von den Hauptgruppen der Nahrungsmittel aus.

Eiweißnahrung. Die Neugewinnung von Eiweiß über den bisherigen Umfang hinaus bietet für Verwaltungstechnik, Landwirtschaft und Viehzucht besonders große Schwierigkeit, und es bedarf hier unbedingt der Mitwirkung jedes einzelnen, um trotz des zweifellos zu erwartenden Ueberschusses (Position 7) auskömmlich zu wirtschaften. Wir setzten als Durchschnitt für den täglichen Kopfbedarf der Gesamtbevölkerung 65 Gramm, für den erwachsenen Mann 70 bis 80 Gramm als zweckmäßiges Minimum fest. Eine andre Frage ist, ob dieses „zweckmäßige Minimum" gleichzeitig das „zweckmäßige Optimum" ist. Ich möchte das verneinen und betrachte es aus Gründen, die ich an andern Stellen niedergelegt habe und die ich auch in meinem hiesigen Vortrage vor sechs Jahren kurz anführte, als wünschenswert, daß sich der durchschnittliche Tagesverbrauch an Eiweiß bei unserm Volke nach dem Kriege auf etwa 100 Gramm erhebt. Diese Zahl wurde bisher nicht erreicht; der durchschnittliche Verzehr war maximal 93 Gramm. Wenn man bedenkt, daß dem Wohlhabenden die Eiweißkörper bedeutend leichter zugänglich sind, wenn man die Kostordnung in begüterten Familien und in Gasthäusern mit hohen und mittleren Preisen in Betracht zieht, so ist es klar, daß auf die weniger zahlungsfähigen Volksschichten eine Eiweißzufuhr entfiel, die sicher nicht über dem zweckmäßigen Minimum, wahrscheinlich oft erheblich tiefer lag. Die jetzige Zwangslage und die geistige Arbeit, die wir jetzt auf wirtschaftlichem und ernährungstechnischem Gebiet leisten, werden es uns erleichtern, für die Zukunft unserm Volke die Produktion und die Einfuhr größerer Mengen preiswerten, billigen Eiweißmaterials zu sichern, so daß nicht nur die wohlhabende, sondern auch die ärmere Bevölkerung der Wohltat reichlicheren Eiweißverzehrs teilhaftig wird. Nur die ärmere Schicht kommt in Betracht; die wohlhabende kann und wird ihren Eiweißverzehr nicht weiter steigern. Hier handelt es sich also um ein wichtiges soziales Zukunftsproblem. Ich bringe damit zum Ausdruck, daß ich die Bestrebungen mancher moderner Physiologen, unsern Eiweißbedarf möglichst niedrig zu werten, durchaus nicht billige. Lassen wir ruhig andre Völker jenen Modesuggestionen sich unterwerfen, und halten wir an der völkergeschichtlichen Erfahrung fest, daß kräftige Völker, die germanische Rasse voran, immer starke Eiweißverzehrer waren. Trotz dieser Gesichtspunkte ist es ohne weiteres erlaubt und mit der Volksgesundheit und -entwicklung zweifellos verträglich, wenn wir uns vorübergehend in die Zwangslage fügen und auf Monate oder selbst Jahre hinaus die Eiweißzufuhr dem „zweckmäßigen Eiweißminimum" nähern.

Wie schon früher erwähnt, richtet sich diese Mahnung vorwiegend an die städtische Bevölkerung und bei ihr vor allem an die Wohlhabenden. Der

Digitized by Google

ärmeren Bevölkerung dürfen wir keine wesentliche Beschränkung der gewohnten Eiweißzufuhr auferlegen, da sie auch früher das zweckmäßige Minimum sicher nicht überschritt. Wir müssen nur dafür sorgen, daß sie das gewohnte Maß zu annehmbaren Preisen erhalten, und hierauf zielen unter andern die früher besprochenen staatlichen Maßregeln hin.

Die wichtigsten Eiweißträger unsrer Nahrung sind: Fleisch und Fisch, Eier, Hülsenfrüchte, Milch und Käse. Wenn mit dem einen oder andern oder mit einem Gemisch derselben nicht mindestens Zweidrittel des Eiweißtagesbedarfs gedeckt wird, so ist die Gefahr groß, daß die gewünschte Summe nicht erreicht wird, da fast alle übrigen Nahrungsmittel verhältnismäßig eiweißarm sind. Von den Eiweißträgern ist das Fleisch bei weitem am teuersten. Für den fortschreitenden Wohlstand zeugt, daß seit dem Deutsch-Französischen Kriege der Jahresverbrauch von 26 Kilogramm pro Kopf rund auf das Doppelte gestiegen ist, so daß wir im letzten Jahre selbst den durchschnittlichen Jahreskonsum Englands überschritten haben. Unser täglicher Verbrauch war im Jahre 1912 pro Kopf und Tag = 140 Gramm. Dies verteilt sich aber höchst ungleich, denn auf die großen Städte entfallen zirka 190 Gramm pro Kopf und Tag, und in ihnen wieder auf die wohlhabende Bevölkerung zirka 220 Gramm pro Kopf und Tag. Wir wollen hier von der Frage ganz absehen, ob eine solche Höhe des Fleischverzehrs, zu der übrigens nur die Minderzahl der Bevölkerung gelangt ist, gesundheitlich nützlich oder schädlich oder gleichgültig ist. Jedenfalls ist es vaterländische Pflicht jedes einzelnen, der bisher ein starker Fleischesser war, von dieser Gewohnheit zu lassen. Es war ein Luxus, den sich der einzelne, der ihn bezahlen konnte, in Friedenszeiten leisten durfte; jetzt aber wäre es ein Verbrechen an der Allgemeinheit, daran festzuhalten. Der einzelne darf nicht sagen, auf seinen Mehrkonsum von 50 bis 100 Gramm käme nichts an; wenn der eine so denken darf, ist der andre berechtigt, ebenso zu denken, und in der Folge würde das Fleisch für die ärmere Bevölkerung und den Mittelstand immer unerschwinglicher. Man muß sich durchaus darüber klar sein, daß es Pflicht der Wohlhabenden und des Mittelstandes ist, in der Fleischfrage den Staatsbedürfnissen entgegenzukommen. Wir müssen den Gesamtfleischkonsum der Gesamtbevölkerung um etwa 20 Prozent herabdrücken. Dies wird erreicht, wenn die bisher stark am Fleischverbrauch hauptsächlich beteiligten Kreise — und dazu gehört auch zum Teil der Mittelstand — ihren Konsum auf etwa 60 Prozent des bisher gewohnten ermäßigen. Daß hierin nicht nur das frische Fleisch, sondern auch die Fleischkonserven eingeschlossen sind, bedarf kaum der Erwähnung. Ein einziger fleischfreier Tag in jeder Woche, von der ganzen Bevölkerung durchgeführt, spart schon zirka 10 Prozent der Fleischvorräte.[1])

Ueber die Auswahl der Fleischarten nur einige Worte; sie muß sich nach der jeweiligen Marktlage richten, und diese ist nicht allerorts die gleiche. Im

[1]) Bei dieser Abschätzung ist berücksichtigt, daß ein Teil der Bevölkerung überhaupt nie Fleisch genießt (Kinder, Vegetarier usw.).

Digitized by Google

wesentlichen kommen nur Rinder und Schweine, in manchen Gegenden auch Hämmel in Betracht. Das Abschlachten der Kälber ist gesetzlich geregelt, so daß ein Mißbrauch kaum möglich ist. Wie spärlich das Geflügel, ist bekannt, und so wird es wohl auch bis zum Ende des Krieges bleiben.

Als Fleischersatz sind zunächst die Fische zu erwähnen. Fisch ist dem Schlachtfleisch annähernd gleichwertig: im Durchschnitt entsprechen 120 Gramm Fischfleisch 100 Gramm Rindfleisch. Die Abweichungen von diesem Wertverhältnis nach oben und unten sind gering und können vernachlässigt werden. Es ist nun nicht so gedacht, als ob die Lücke im Fleischverbrauch durch Fische aufgefüllt werden soll. Dazu ständen uns wegen der Hemmung der Hochseefischerei viel zu wenig Fische zur Verfügung. Am stärksten ist leider die Einfuhr der billigen Fische geschädigt, Heringe, Dorsche, Schollen, Kabeljau, Schellfische. Von billigem Material blieb nur die Trockenware, der sog. Stockfisch und Klippfisch, in beliebiger Menge zur Verfügung, und wenn unsre guten Beziehungen zu den nordischen Nachbarländern fortbestehen, wird es wohl auch weiter so bleiben. Wo mit dem Pfennig gerechnet werden muß, sollte man den als billigen und höchst nahrhaften Fleischersatz bei allen Bewohnern der nordatlantischen Küsten sehr geschätzten Stockfisch ausgiebig verwenden. Da es eigner, im Binnenland wenig bekannter Verfahren bedarf, um daraus schmackhafte Speisen herzustellen, sollten die Hausfrauenvereine es sich angelegen sein lassen, Hausfrauen und Köchinnen darin zu unterrichten. Stockfisch, mit reichlich Kartoffeln und Gemüse und etwas Fett angerichtet, gibt ein vollwertiges Mittagsmahl, bei dem jegliches Fleisch gestrichen werden soll. Während wir die ärmere Bevölkerung auf Stockfisch und andre noch leidlich billige Fische hinweisen, muß der wohlhabende Teil der Bevölkerung ermahnt werden, mindestens zweimal in der Woche das Fleisch gänzlich durch wertvollere Fische zu ersetzen, wie dies in katholischen Gegenden einmal die Woche seit alters üblich ist. Sie werden uns vorwiegend über Holland geliefert, ob auf die Dauer, ist wegen der Seeblockade Englands freilich zweifelhaft. Solange sie aber am Markte sind, müssen sie auf das eifrigste abgenommen werden. Jedes Pfund der wertvolleren Seefische, wie Seezunge, Steinbutt, Schellfisch, Seehecht, Muscheln u. dgl., spart annähernd ein Pfund Fleisch. Freilich sind sie gegen früher im Preis gestiegen, aber nicht bedeutend. Bisher lagen die Dinge so, daß viel mehr erstklassige Seefischware hätte geliefert werden können, als vom Publikum abgenommen wurde. Manche glaubten vielleicht, daß die Fische nicht erhältlich seien, andre haben leider den geringen Preisaufschlag gescheut; sehr mit Unrecht, denn diejenigen, die es zahlen können, dürfen jetzt nicht einige Pfennige oder höchstens einige Groschen sparen wollen, wenn sie durch willige Abnahme der Seefische zum Schutz unsrer Eiweiß- bzw. Fleischvorräte Großes beitragen können. Diese Mahnung bezieht sich auch auf die noch sehr bedeutenden Vorräte an Fischdauerwaren in Büchsen und auf die Halbdauerware, wie geräucherte Fische, die zu mäßig erhöhten Preisen uns noch immer zugehen; letztere verdürben, wenn das zahlungsfähige Publikum sie nicht aufnähme. Die Ganzdauerwaren (in Büchsen) sollen natürlich noch geschont werden.

Digitized by Google

Mit der zweiten Gruppe der Eiweißträger, den Eiern, sieht es am schlimmsten aus. Waren wir doch gewohnt, über 40 Prozent unsres Eierverbrauchs vom Ausland zu beziehen, im ganzen für 188 Millionen Mark. Weitaus das meiste kam aus Rußland, das uns nichts mehr liefern will, und aus Oesterreich-Ungarn, das uns nicht so viel wie früher liefern kann. Der gesamte Jahresverbrauch belief sich auf zirka 125 Eier pro Kopf der Bevölkerung, wovon das Ausland etwa 50 lieferte. Es leidet hierdurch hauptsächlich die Küchentechnik, die zur mundgerechten Zubereitung vieler Speisen die Eier schwer entbehren kann. Ein gewisser Ausgleich kommt dadurch zustande, daß manche Industrien, die zu technischen Zwecken sehr viel Eier verbrauchten, jetzt mehr oder weniger feiern. Immerhin werden wir, wenn es auch gerade in jetziger Jahreszeit noch nicht fühlbar ist, mit einem starken Ausfall und erheblicher Preissteigerung rechnen müssen, da das Verbot der Getreideverfütterung sowohl unsre Hühnervölker dezimieren wie ihre Fruchtbarkeit beeinträchtigen wird. Trotz der enormen Summen, die wir für Eier an das Ausland bezahlten, fällt der Ausfall an Nährwerten nicht sehr stark ins Gewicht; er entspricht wenig mehr als $^1/_2$ Prozent des völkischen Eiweiß- und Kalorienbedarfs. Es wird nun Aufgabe der küchentechnischen Lehrkurse sein, die Hausfrauen zu unterrichten, wie sie in der Küche an Eiern sparen können, damit mehr Eier für die Ernährung von Kindern, alten Leuten, schwächlichen und kranken Personen frei werden. Es sei darauf hingewiesen, daß noch beträchtliche Mengen vortrefflicher, für die Küche sehr geeigneter Eierkonserven am Markte sind, teils in flüssiger, teils in Pulverform (Lakto-Eipulver, Ovulin und dgl.).

Zur dritten Gruppe der hauptsächlichen Eiweißträger gehören die Hülsenfrüchte. Von ihnen sind die wertvollsten, die Linsen, nicht mehr erhältlich, da wir nur wenig davon anbauen und fast den ganzen Bedarf aus Rußland bezogen. Aehnliches gilt für trockene Erbsen, während wir den Bedarf an frischer Ware fast vollständig im Inland decken. Immerhin erhielten wir bisher eine gewisse Menge davon fortlaufend aus dem Ausland, freilich zu hohen Preisen. Das zahlungsfähige Publikum sollte alles, was erhältlich ist, aufnehmen. Dem Haushalt der ärmeren Bevölkerung sind Erbsen fast unerschwinglich, ihm stehen von den trockenen Hülsenfrüchten nur die Bohnen zur Verfügung, die wir, wie es scheint, in größerer Menge als früher berechnet, aus den Balkanstaaten erhalten können. Im Nährwert stehen die Bohnen obenan; sie übertreffen den der Linsen und Erbsen um 10 bis 12 Prozent; 100 Gramm trockene weiße Bohnen enthalten mehr Eiweiß als 100 Gramm Fleisch, und ihr Gesamtnährwert ist etwa dreimal so hoch wie mageres, doppelt so hoch wie mittelfettes Fleisch gleichen Gewichtes. Voraussetzung ist aber, daß man die Bohnen nicht nur auf das gründlichste weichkocht, was zwecks Feuerersparnis am besten in der Kochkiste geschieht, sondern daß sie auch so fein wie Kartoffelbrei durchgeschlagen werden. Nur in dieser Form werden die hochwertigen Hülsenfrüchte, also auch Linsen und Erbsen, vom Darmkanal des Menschen gut ausgenützt;

Digitized by Google

von unzerkleinerten und nur gekochten Hülsenfrüchten erscheinen ungefähr 30 bis 35 Prozent der Eiweiß- und zirka 20 Prozent der Mehlsubstanz unverdaut in den Ausscheidungen wieder; also eine grenzenlose Verschwendung. Die Ueberführung in feine Breie und durchgeschlagene Suppen erhöht auch wesentlich die Bekömmlichkeit der Hülsenfrüchte.

Die letzten der hauptsächlichen Eiweißträger sind **Milch** und **Molkereiprodukte**. Unsern Bedarf an eigentlicher Milch haben wir bis auf ganz geringe Mengen stets im Inland gedeckt; weniger günstig war das Verhältnis bei Butter und Käse, von denen wir ansehnliche Teile vom Ausland bezogen. Immerhin sind sie gering im Vergleich mit den zu ihrer Erzeugung nötigen Futterstoffen, die uns das Ausland lieferte. Wir können zweifellos nicht unsern Gesamtmilchkühebestand mit dem inländischen Futtermaterial durchfüttern, und man hat daher das Abschlachten von etwa 10 Prozent der Milchkühe in Aussicht genommen, wobei natürlich vorzugsweise die schlechten Milcher geopfert werden müssen. Wenn hierdurch auch zunächst ein Ausfall entsteht, so wird derselbe doch reichlich wieder eingebracht, da die Abschlachtung eines hohen Prozentsatzes der Schweine enorme Mengen der wertvollen, eiweißreichen Mager- und Buttermilch für die menschliche Ernährung zur Verfügung läßt. Die abgerahmte oder Magermilch enthält in der Volumeinheit $^3/_5$ des Nährwertes von Vollmilch; der Eiweißgehalt ist sogar nur um $^1/_{12}$ geringer als der der Vollmilch. Es stecken also noch ansehnliche Nährwertsummen darin. Die Magermilch könnte die Eiweißarmut von gesalzten und gesüßten Mehlspeisen, von Gemüsen und namentlich von Kartoffelgerichten befriedigend ausgleichen. Ehe sich unsre Schweinezucht auf die erstaunliche Höhe des letzten Dezenniums erhob, geschah dies auch bei der ländlichen Bevölkerung in reichem Maße. Dann verlor sich — von kleineren Bezirken abgesehen — diese Gepflogenheit, weil es wirtschaftlich lohnender war, die Magermilch zu verfüttern und den eignen Bedarf mit andern Eiweißträgern zu decken. Unsre ländliche Bevölkerung muß jetzt zu der alten Sitte zurückkehren. Auch die städtische Bevölkerung könnte ihr darin folgen. Doch stehe ich nach dem, was wir bisher erlebt haben, der Magermilchversorgung der großen Städte, namentlich im deutschen Westen, sehr skeptisch gegenüber. Es stellen sich große verkehrstechnische Schwierigkeiten in den Weg, da die magermilchliefernden ländlichen Betriebe meist von den großen Zentren weit entfernt sind und die Magermilch sich nicht lange hält. Für die Städte wichtiger als die Magermilch ist ihr nächster Abkömmling, der Quark, auch Topfen oder Siebkäse genannt. Er ist viel haltbarer, seiner kleineren Masse wegen auch leichter zu transportieren und wegen seines hohen Eiweißgehaltes breitester Anwendung würdig. Die Küche kann mit ihm zahlreiche, sehr schmackhafte und beliebte Speisen herstellen. Namentlich in Oesterreich geschieht dies in großem Umfang und hat nicht wenig zum Ruhme der Wiener Küche beigetragen. Da die Methoden nicht überall bekannt sind, müßten sich die Hausfrauenvereine ihrer Verbreitung mit Nachdruck annehmen, denn es ist keine Frage, daß wir in den nächsten Monaten einen großen Teil des völkischen Eiweißbedarfs mit diesen Molkereiprodukten decken

Digitized by Google

müssen. Das gleiche gilt von den aus Magermilch gewonnenen Dauerwaren, den sog. Magermilchkäsen (Mainzer, Nieheimer, Harzer, der sog. grüne Kräuterkäse und viele andre inländische Produkte).

Daneben wird natürlich auch der im Preise höher stehende Vollkäse, d. h. das aus nicht abgerahmter Milch hergestellte Molkereiprodukt, eine ansehnliche Rolle spielen. Ob es ernährungswirtschaftlich ratsamer ist, Mager- oder Vollkäse herzustellen, läßt sich allgemeingültig nicht beantworten; es spielen da manche technische Fragen mit hinein, auf die ich hier nicht eingehen kann. Wir haben bisher noch beachtenswerte Mengen von Vollkäse aus dem Ausland bezogen. Solange dies der Fall ist, sollten derartige Auslandwaren, obwohl im Preise gestiegen, von dem zahlungsfähigen Publikum willig abgenommen werden; sie retten damit billigere Ware für die Bedürftigeren. Vom gesundheitlichen Standpunkt aus ist der stärkere Verbrauch von Molkereidauerware, also in erster Stelle von Käse, auf das wärmste zu empfehlen. Die viel gehörte Ansicht, daß Käse schwer verdaulich sei und den Magen ungebührlich belaste, ist für den Gesunden völlig unzutreffend. Sie ist eines der vielen Vorurteile, die sich über die Bekömmlichkeit und Nichtbekömmlichkeit bestimmter Nahrungsmittel unbemerkt eingeschlichen haben. Für den Kranken, selbst für den Magenkranken finden sich sowohl unter den Mager- wie unter den Vollmilch- und Rahmkäsen viele weiche und milde Sorten, die nicht nur unschädlich sind, sondern von den Aerzten mit besonderem Nachdruck empfohlen werden (unter den Magerkäsen der Topfen, unter den Fettkäsen die vortrefflichen deutschen Nachahmungen des französischen Gervais und ähnliches). Es sei nicht versäumt hinzuzufügen, daß für zahlreiche und besonders kräftige deutsche Volksstämme, z. B. in den Schweizer und Oesterreichischen Alpen, ferner in manchen Gegenden Niederdeutschlands und Hollands, Käse das bevorzugte und weitaus wichtigste eiweißhaltige Nährmittel ist.

Bei richtiger Ausnutzung der zur Verfügung stehenden Futtermittel, bei Anpassung der Land- und Molkereiwirtschaft an die neue Lage, bei williger Aufnahme der Magermilch und Magermilchprodukte durch die Bevölkerung werden wir mit kaum nennenswerter Einbuße an Vollmilch und den gewöhnlichen Fettkäsen zu rechnen haben. Allerdings ist dabei vorausgesetzt, daß wir bei weitem nicht mehr soviel Milch zu Butter verarbeiten wie bisher. Die Buttergewinnung ist zwar vom finanziellen Standpunkt aus die lohnendste Form der Milchwirtschaft; von heute geltenden Gesichtspunkten aus wäre es nur dann zulässig, sie im bisherigen Umfang aufrechtzuerhalten, wenn der Milchrest, d. h. die Mager- und Buttermilch, voll und ganz zur menschlichen Ernährung nutzbar gemacht werden könnte. Das ist aus verschiedenen, unter andern verkehrstechnischen, Gründen unmöglich.

Wenn nun nach dem Gesagten gewisse Arten von Eiweißträgern uns schwerer zugänglich sind, so steht als Gesamtresultat doch außer Frage, daß wir durch Anpassung der Land- und Milchwirtschaft an die neuen Verhältnisse und bei Verzicht der wohlhabenden Stände auf luxuriösen Eiweiß-, insbesondere Fleischverbrauch und bei sparsamem Haushalten nicht nur zum „zweckmäßigen" Minimum

Digitized by Google

kommen, sondern darüber hinaus den Eiweißbedarf des Gesamtvolkes und jedes Einzelnen decken können.

Sehr viel schlimmer sind wir mit den Fetten daran. Man kann darüber streiten, ob der durchschnittliche Fettverbrauch unsers Volkes, der seit vierzig Jahren ganz enorm gestiegen ist, die wünschenswerte Höhe überschritten hat. Manche sind dieser Ansicht; jedenfalls läßt sich der Verbrauch ohne Nachteil wesentlich einschränken. Große Ersparnisse können und müssen auf dem Gebiet der industriellen Technik gemacht werden, vor allem bei der Seifenfabrikation und Seifenverwertung; darauf gehe ich hier nicht näher ein; es sei nur daran erinnert, daß das Zusammenbringen von Seife mit kalkhaltigem, sog. hartem Wasser die Seife enorm entwertet. Aber auch im Haushalt muß sparsamer gewirtschaftet werden; enthielten doch die Berliner Abwässer nicht weniger als 20 Gramm Fett pro Tag und pro Kopf der Bevölkerung. Nach Art des aufgefundenen Fettes stammte ein sehr großer Teil aus den Haushaltungen; es waren verschleuderte fortgespülte Mengen von Speisefetten. Bedenkt man, daß 20 Gramm etwa den vierten bis fünften Teil des in Deutschland durchschnittlich vom Einzelnen verzehrten Fettes ausmachen, so sieht man, wieviel durch Sparsamkeit gerettet werden kann. Doch wir mögen rechnen wie wir wollen, die Abschneidung vom Weltverkehr bringt uns unter allen Umständen eine solche Einbuße an Speisefetten — tierische und pflanzliche zusammengerechnet —, daß wir höchstens die Hälfte des früher vorhandenen zur Verfügung haben. Wir werden daher mit einer beträchtlichen Preissteigerung zu rechnen haben, die sich leider nicht nur auf die feineren, auch sonst hochbezahlten, sondern fast noch mehr auf die sonst billigen Speisefette erstrecken wird, so daß die Küche der ärmeren Bevölkerung am meisten unter dem Mangel leiden muß. Es ist jedenfalls Pflicht der wohlhabenden Kreise, trotz der erheblichen, teils schon eingetretenen, teils noch zu erwartenden Preissteigerung, die kostspieligeren Fette willig abzunehmen und ferner jegliche, auch die geringfügigste Verschwendung zu vermeiden, um möglichst viel der billigeren Fette für die minder zahlungsfähigen Volksschichten zu bewahren. Dieser Appell richtet sich auch stark an die Gasthäuser, wo nach eignen und fremden Beobachtungen mit Fett noch immer sehr unwirtschaftlich verfahren wird. Wenn irgend erhältlich, sollten Hausfrauen und Gasthäuser statt heimischer Butter die ausländische heranziehen; sie wird uns einstweilen noch in beschränktem, aber doch beachtenswertem Maße geliefert; selbst Italien hat sie nicht in das Ausfuhrverbot hineinbezogen. Die ausländische Butter steht zwar hoch im Preise, da unsre Notlage kräftig ausgenutzt wird; sie zu benutzen ist aber Pflicht der Zahlungsfähigen, weil dadurch die heimische Butterproduktion hintangehalten und Nährwerte, die in der Gesamtmilch stecken, für die menschliche Kost gerettet werden. Auch die Gemeinden und Konsumvereine sollten sich sofort mit importierter Butter versehen und aus ihr vorsorglich Dauerware, sog. Butterschmalz, herstellen.

Glücklicherweise lassen sich, wie schon früher erwähnt, die Fette durch Kohlenhydrate, also durch Stärke- und Zuckerstoffe, vollwertig ersetzen.

Digitized by Google

Die Hauptvorräte davon stecken in den Getreidemehlen, in den Kartoffeln und im reichlich vorhandenen Rübenzucker. Außerdem sind als wichtige Kohlenhydratträger zu nennen die Gemüse, namentlich die Wurzelgemüse, sämtliches Obst und die Milch; daneben — quantitativ aber kaum ins Gewicht fallend — der Honig. Auch die Hülsenfrüchte, namentlich die noch in genügender Menge erhältlichen weißen Bohnen, sind hier wiederum zu nennen. Mit Befriedigung hörte man in letzter Zeit, daß noch überraschend große Vorräte von Reis im Lande sind.

Auf die Kohlenhydratträger wird nunmehr ein sehr viel höherer Nachdruck gelegt werden müssen, als bisher — wenigstens bei der Volksernährung in den Städten — der Fall war. Die ungewöhnlich reiche Obsternte des vorigen Jahres erweist sich jetzt als ein besonderer Segen; sie sicherte auch eine zweckmäßige, schmackhafte und bekömmliche Verwertung unsers beträchtlichen Zuckerüberschusses. Von welcher Bedeutung das Zuckerausfuhrverbot war, lehrt die Tatsache, daß der uns dadurch erhalten gebliebene Zuckerüberschuß etwa anderthalbmal soviel Nährwerte darstellt wie unser gesamter Einfuhrzuschuß an pflanzlichen Fetten. Weiterhin dürfte interessieren, daß unsre gesamte Rübenzuckerproduktion, die, soweit sie für menschliche Ernährung zur Verfügung steht, volle 8 Prozent des ganzen völkischen Nahrungsbedarfes deckt. Mit Recht wird daher die Bevölkerung angehalten, den Zucker in früher nicht erreichtem Maße zu benutzen.

Indem die Kohlenhydratträger den Fettmangel ausgleichen können und angesichts der Marktlage ausgleichen müssen, werden die großen Massen des Volkes in der Hauptsache auf Milch- und Molkereiprodukte einerseits, auf vegetabile Nahrung anderseits hingewiesen. Es ist zunächst Sache der Landwirtschaft, im weiteren Sinne des Wortes, bei der neuen Feldbestellung die richtige Auswahl zu treffen. Nur wenn dies von einheitlichen Gesichtspunkten aus geschieht, haben wir die Gewähr, daß die größtmöglichen Erträge herausspringen und weder Land und Saat noch Arbeitskraft vergeudet werden. Ohne Zwangsmaßregeln geht es nicht ab, und eine große Verantwortung wird auf den dafür eingesetzten Beratern der Regierungen lasten. Unser Volk darf verlangen, daß die Landwirtschaft ausschließlich den denkbar größten Gewinn an Nährwerten und nicht den an Geldwerten ins Auge faßt. In breiten Schichten des Volkes ist man der Ansicht, daß vieles besser stände, wenn dieser Standpunkt schon im Beginn des Krieges zum unantastbaren Gesetz erhoben worden wäre. Inwieweit dieser Vorwurf berechtigt, entzieht sich dem Urteil des einzelnen.

Die Annäherung an die laktovegetabile Kost oder der vollständige Uebergang zu ihr begegnet keinerlei Bedenken des Hygienikers. Für breite Volksschichten, namentlich die ländlichen, bedeutet es überhaupt keinen tiefen Einschnitt in bisherige Lebensgewohnheiten; wohl aber für die Städter, und auch hier — je nach Landschaften — in sehr verschiedenem Grade. Es lassen sich aber keine für ganz Deutschland geltenden Vorschriften geben, wie die bisherigen Gewohnheiten abgeändert und zu einer neuen, zeitgemäßen Ernährungsform übergeleitet

Digitized by Google

werden sollen. Diese Arbeit kann nur von Lokalkomitees geleistet werden, die mit den eigenartigen Bedingungen, Sitten und Gebräuchen in den einzelnen Städten und Kreisen vertraut sind. Unser Volk hat es mehr als irgendein andres verstanden, an alten örtlichen Gewohnheiten festzuhalten, und dies gilt gerade in bezug auf die Kost in solchem Maße, daß eine Reise von 100 bis 200 Kilometer innerhalb seines Vaterlandes den Deutschen unter Kostverhältnisse bringen kann, die ihm ganz ungewohnt sind, und denen er anfangs mit größtem Mißtrauen begegnet. Ein gewisser Austausch der Gewohnheiten hat nur in dünnen Schichten der Bevölkerung stattgefunden.

Einige allgemeine Bemerkungen sind aber doch am Platze. Was von Hülsenfrüchten vorher gesagt wurde, gilt ganz allgemein auch von Kartoffeln, sämtlichen Gemüsen und Obstwaren. Nur dann werden dieselben ihrem vollen Werte nach im Darmkanal ausgelaugt und vom Organismus aufgenommen und verwendet, wenn sie durch Hitze nachdrücklich aufgeschlossen und weiterhin möglichst zerkleinert sind. Für erstgenannten Zweck ist die altertümliche und doch wieder ganz moderne Kochkiste nicht genug zu empfehlen; für letzteren dient als natürlichstes Mittel gutes und langes Kauen; wo aber mangelhaftes Gebiß oder die Art des Materials genügend feine Zerkleinerung durch Kauen nicht gewährleistet, bediene man sich grober Durchschlagsiebe. Es sollte von starkem Zerkochen und ausgiebiger Zerkleinerung des genannten Materials um so mehr Gebrauch gemacht werden, als selbst das beste Gebiß keine Gewähr für gutes Kauen gibt. Es ist ja sehr verschieden, was die einzelnen unter gutem Kauen verstehen. Was die einen als solches bezeichnen, möchten andre schon lieber schlingen nennen. Bei den meisten Wurzelgemüsen, in gewissem Grade auch bei Kartoffeln, ferner bei gröberen Blattgemüsen, bei zahlreichen Obstsorten läßt sich durch die genannten Verfahren (scharfes Kochen, gutes Zerkleinern) der Ausnützungskoeffizient um 5 bis 10 Prozent steigern. Auf diese Dinge immer aufs neue hinzuweisen, ist eine wichtige Aufgabe der Volksbelehrungsstellen und der Kriegskochschulen.

Von größter Bedeutung ist, die Bevölkerung fortlaufend darüber zu unterrichten, welche Nahrungsmittel es jeweilig bevorzugen soll. In manchen Städten geschieht dies bereits, z. B. in Frankfurt, wo in jeder Woche in den gelesensten Lokalzeitungen ein solcher Marktbericht erscheint, der sich auf amtliches Material stützt. Ich halte es für eine sehr unglückliche Idee, wenn man glaubt, solche Wochenmarktzettel für ganze Provinzen und Länder aufstellen zu dürfen. Je ausgeprägter diese Anweisungen eine Lokalfarbe tragen, desto nützlicher sind sie und desto höher werden sie vom Publikum geschätzt werden. Manches wird von Woche zu Woche wiederholt werden müssen, andres wechselt in kurzen Zeitabschnitten. Natürlich wäre es auch verfehlt, dem Publikum Tagesspeisezettel für jeden Wochentag vorzuschlagen, wie es tatsächlich hier und dort geschehen ist. Dann stürzen sich breite Massen zu gleicher Zeit auf die gleichen Nahrungsmittel, und eine Erschütterung der Marktverhältnisse wäre unvermeidlich.

Digitized by Google

Für kleinere Interessentenkreise ist das Verfahren durchführbar und ganz ratsam, weil dabei gebührende Rücksicht auf Resteverwertung genommen werden kann.

Mit Dankbarkeit sind die Kriegskochbücher zu begrüßen, die die Hilfsbereitschaft der Frauenvereine unserm Volke zur Verfügung stellte. Aber auch hier ist vor Schematismus zu warnen. Auch sie erlangen nur dann wirklichen Wert, wenn sie sich an ein engbegrenztes Publikum wenden, d. h. eine Lokalfarbe tragen. Ich erinnere an das Berliner Kriegskochbuch, das mehr zu sein beanspruchte, aber in vielen Gauen Deutschlands mit unmutigem Kopfschütteln aufgenommen wurde. Natürlich ließ sich in den Kochbüchern, die von den verschiedensten Städten ausgegeben sind, nur eine beschränkte Auswahl von Vorschriften aufnehmen. Die Kochkunst unsrer Hausfrauen wird auch manche neue, schmackhafte und wertvolle Gruppierung des verfügbaren Materials entdecken. Es wäre daher sehr empfehlenswert, wenn überall die veröffentlichten, naturgemäß unvollständigen, hier und da auch übereilt zusammengestellten Kochbücher in den Tageszeitungen durch weitere neue Kochrezepte ergänzt würden, die sich die Hausfrauen dann sammeln können. Doch sollte dies nicht durch Einsendungen Privater an die Redaktionen geschehen. Trotz besten Willens ist die einzelne Hausfrau außerstande, ihre Vorschläge ebensogut den Bedürfnissen der Gesamtlage wie den eignen Geschmacksnerven anzupassen. Eine von mir und andern vorgenommene sachkundige Prüfung zahlreicher Privatkochrezepte in deutschen Zeitungen und Familienwochenschriften zeigte, daß die meisten viel zu viel den pekuniären und viel zu wenig den volkswirtschaftlichen und ernährungstechnischen Standpunkt bedachten. Die eingesandten Rezepte sollten zunächst der Kritik eines sachverständigen Ausschusses vom nationalen Frauendienst unterbreitet werden, und diesem Ausschuß müßten unbedingt auch sachkundige Aerzte als Hilfskräfte zur Seite stehen. Ein solches Programm, dem wir in Frankfurt folgen, liefert den Hausfrauen ein ununterbrochen fortgesetztes Sammelkochbuch, in dem die lokalen, die jahreszeitlichen und die pekuniären Verhältnisse gebührend berücksichtigt sind.

Ich möchte den Vortrag nicht schließen, ohne noch einige Worte über die Bekömmlichkeit unsres neuen Kriegsbrotes und über Krankenkost hinzugefügt zu haben.

Es liegen ja jetzt schon genügend Erfahrungen vor. Das Kriegsbrot ist, vom Standpunkt der Ernährungs- und Stoffwechsellehre betrachtet, vollkommen einwandfrei. Es wurde auch von der überwiegenden Mehrzahl der Verzehrer ohne weiteres vortrefflich vertragen. Bei einer Minderzahl sind Verdauungsbeschwerden, insbesondere Blähungserscheinungen aufgetreten. Dies hing zum Teil von mangelhafter Backtechnik ab; die einen Bäckereien lieferten von vornherein Brot vorzüglicher Qualität, andre brauchten längere Zeit, um dies zu erreichen. Die Klagen über schlechtes Ausbacken sind jetzt verstummt. Daneben kam die Individualität des Verzehrers in Betracht. Was aus physiologischen Versuchen schon bekannt war, erlebten viele an sich selbst; es bedurfte

Digitized by Google

bei vielen erst einer gewissen Gewöhnung, namentlich bei solchen, die bis dahin nur feines Weizenbrot zu genießen pflegten. Nach dem, was ich selbst in meinem Wirkungskreis feststellte, ist bei fast allen Gesunden die Anpassung inzwischen erfolgt, und es läßt sich heute mit Bestimmtheit sagen, daß magen- und darmgesunde Menschen nicht die geringste Gefahr laufen, durch den Genuß des Kriegsbrotes geschädigt zu werden. Bei empfindlichen Verdauungsorganen steht es immer noch frei, auf die Brötchen mit 70 Prozent Weizen- und 30 Prozent Roggenmehl zurückzugreifen, die sowohl in ursprünglichem Zustand wie in Scheiben geschnitten und geröstet ein dem früheren reinen Weizenbrötchen durchaus ebenbürtiges Nahrungsmittel darstellen. Nach sorgfältiger sachkundiger Erwägung und auf Grund der bisherigen Erfahrungen liegt vom ärztlichen Standpunkt kein Grund vor, die ohnehin überlasteten Aufsichtsbehörden mit der Kontrolle über reines Weizengebäck zu belasten.

Die mehrfach geäußerte Besorgnis, daß wir mangels breiter Auswahl nicht mehr imstande seien, unsre Kranken in geeigneter Weise zu ernähren, ist gleichfalls unberechtigt. Eine Durchsicht der Kochbücher für Krankenkost wird jeden Laien überzeugen, daß die Krankendiät im großen und ganzen mit sehr einfachen Mitteln arbeitet, daß sie sich im wesentlichen der Stoffe bedient, mit denen wir zwar wie mit allem sparsam umgehen müssen, die aber ausreichend vorhanden sind und bleiben. Mit wenigen Ausnahmen kann die Krankenküche durch zweckmäßige Zubereitung und Mischung der Nahrungsstoffe die beschränktere Auswahl ersetzen. Natürlich lassen sich hier keine allgemeinen Vorschriften geben; es ist Sache der Aerzte, in jedem einzelnen Falle durch ihren Rat über die Schwierigkeiten hinwegzuhelfen. Freilich läßt sich nicht umgehen, daß die Krankenkost teurer wird als bisher und von dem allgemeinen Preisaufschlag stärker betroffen wird als die Normalkost. Das müssen wir hinnehmen.

Besondere Schwierigkeiten erwachsen den Aerzten, die an dem alten, aber zweifellos falschen Dogma festhalten, daß das weiße Fleisch der Hühner und Kälber unter allen Umständen bekömmlicher sei als das dunkle Fleisch. Die Zwangslage, in der wir uns befinden, wird mit diesem Vorurteil vielleicht aufräumen und Aerzte wie Laien überzeugen, daß nicht nur für Nieren-, Gicht-, Rheumatismus- und Nervenkranke weißes und dunkles Fleisch annähernd gleichwertig sind, sondern daß auch für Magen-, Darm- und Fieberkranke bei geeigneter Zubereitung das dunkle Fleisch die größere Zartheit des weißen erreichen kann.

Wirkliche Schwierigkeiten erwachsen nur bei Mastkuren; sie liegen einerseits auf pekuniärem Gebiete, da die Kost bei Mastkuren häufig auf den Zusatz von Lock- und Reizmitteln angewiesen ist, die jetzt hoch im Preise stehen. Immerhin sind diese keine notwendigen Beigaben. Schwerer fällt ins Gewicht, daß der Mastkurerfolg unter allen Umständen an verschwenderische Nahrungszufuhr gebunden ist. Es wird nicht alles, was wir als Mastfutter aufwenden, als Mastresultat wiedergewonnen, und es bedarf weiterhin einer lang fortgesetzten, sehr reichlichen Zufuhr, um das Gewonnene zu behaupten. Wenn wir bedenken,

Digitized by Google

daß Sahne und Butter die wichtigsten Stücke der Mastdiät sind, die durch andre Fette und aus gewissen ernährungstechnischen Gründen auch durch Kohlenhydrate schwer ersetzbar sind, so stoßen wir auf Nahrungsstoffe, deren sparsamste Verwendung das Allgemeinwohl verlangt. Es sollten daher die Mastkuren, die im Laufe des letzten Dezenniums in zweifellos übertriebenem Maße und sehr oft an unnötiger Stelle eingeleitet wurden, doch wesentlich eingeschränkt und, wenn erforderlich, nur bis zu dem wirklich Notwendigen durchgeführt werden. Sonst leidet die Allgemeinheit auf Kosten einzelner.

Rückschauend ergibt sich uns, daß zwar die ganz großen und einschneidenden Maßregeln von den Behörden in die Hand genommen sind und auch weiterhin ihrer Fürsorge überlassen bleiben müssen. Es bleibt aber unendlich viel übrig, was nur durch Kleinarbeit geleistet werden kann und von den lokalen Organisationen übernommen werden muß. Ihre Aufgabe ist es, die Bevölkerung zu belehren und vor allem bei jedem einzelnen das Verantwortlichkeitsgefühl auf die höchste Stufe zu erheben. Die Aufgaben, die den einzelnen Schichten der Bevölkerung zufallen, sind durchaus nicht gleich. Es ist oft gesagt, aber doch nicht scharf genug erkannt und begriffen, daß nur für die wirtschaftlich Schwachen das Sparen an Geld mit dem Sparen an Lebensmitteln zusammenfallen soll. Für die Wohlhabenden dagegen soll das Sparen mit Lebensmitteln und das Meiden jeglicher, auch der kleinsten Vergeudung Pflicht und Gebot sein. Sie sollen aber nicht die Konkurrenten der kleinen Leute werden, indem sie teurere, noch in großen Beständen vorhandene, meist aus dem Ausland stammende und teilweise von dort auch noch weiter zufließende Nahrungs- und Genußmittel ablehnen und dem Verderben aussetzen.

Wenn ein jeder in vollem Verantwortlichkeitsgefühl und Gemeinsinn an richtiger Stelle mithilft, wird sich das Versprechen der Bundesregierungen, daß wir niemals zu einem Frieden aus Mangel an Lebensmitteln gezwungen werden, sicher erfüllen.

Oesterreichs Balkanpolitik im Urteil eines russischen Staatsmannes

Von

Wolfgang Windelband

An dieser Stelle sollen in einiger Zeit Veröffentlichungen aus dem Nachlaß Franz v. Rottenburgs, des ehemaligen Kurators der Universität Bonn, erfolgen. In ihm findet sich ein Brief Herbert Bismarcks, der um seines gerade in der augenblicklichen Krise ganz besonders interessierenden Inhalts willen schon jetzt gesondert für sich mitgeteilt werden mag. Rottenburg war damals Chef der Reichskanzlei und stand als solcher natürlich dauernd in engster Verbindung

Digitized by Google

mit der Familie Bismarck. Der im folgenden abgedruckte Brief ist datiert vom 16. November; der Inhalt ergibt, daß er aus dem Jahre 1888 stammt.

Auswärtiges Amt, 16. 11.

... Heute sah ich 1½ Stunden Peter Schuwaloff; er sagte: „Dites à Votre Père que j'ai le plus grand plaisir d'observer la façon dont il agit avec les autres ministres-en-chef. Ça me rappelle un montreur de puces que j'ai vu à Heidelberg et qui remettait la puce du moment soigneusement dans la ouate après l'avoir fait sauter devant le public pour en faire sauter en attendant une autre: que cette puce s'appelle, Giers ou Salisbury — elles sont toutes de la même trempe et Votre père est le seul „manager".

Weiter sagte Gf. Peter: „Nous sommes maintenant arrivés au couronnement de l'édifice. Chez nous on accepte la situation actuelle de la Bulgarie, on cesse même de grogner par rapport au Cobourg.[1]) Dites à Votre Père qu'il ne presse rien; si moi j'étais ministre Autrichien, je soutiendrais aussi le Cobourg: il vaut mieux de ne pas réintégrer les Russes en Bulgarie, car du moment que nous y serons installés, l'agitation sera transférée en Serbie et nous en viendrons aux mains avec l'Autriche ce qui Vous entraînerait forcément.

Donc ne faites rien: je vous répète, faites savoir au Chancelier que jamais sa politique n'a été si bien justifiée que par la présente situation. Tout va bien chez nous, l'Empereur Alexandre a entière confiance depuis Peterhof;[2]) il ne s'agit que de maintenir."

Hier gibt also ein russischer Staatsmann zu, daß es für Oesterreich ein Lebensinteresse ist, den russischen Einfluß von den Balkanstaaten fernzuhalten. Seine Voraussage, daß es zum Krieg Oesterreichs und Deutschlands gegen Rußland kommen müsse, wenn einmal die panslawistische Agitation sich auf Serbien ausgedehnt habe, ist buchstäblich in Erfüllung gegangen. Sie verdient deshalb heute ans Licht gezogen zu werden.

Peter Schuwaloff hat bedeutenden Einfluß auf die Politik Rußlands besessen; das geht aus der Tatsache hervor, daß er mit Gortschakoff zusammen die russischen Interessen auf dem Berliner Kongreß vertreten hat. Sein Bruder Paul war zur Zeit der Abfassung des Briefes Botschafter in Berlin. Aber Graf Peters Rolle war 1888 ausgespielt, seit 1879 war er kaltgestellt. Seine allzu deutlich betonte Deutschfreundlichkeit hatte ihn in Petersburg mißliebig gemacht. Er repräsentiert eine Episode der russischen Diplomatie, zu der die seitdem herrschende Strömung in schroffem Gegensatz steht und die als abgeschlossen zu gelten hat. Seine Aeußerung hat er getan nicht in irgendwelcher

---

[1]) Ferdinand von Koburg, der jetzige Zar, war am 7. Juli 1887 von der Sobranje gegen den Widerspruch Rußlands zum Fürsten gewählt worden.

[2]) Kaiser Wilhelm II. hatte Mitte Juli 1888 den Zaren besucht. Während eine starke Partei in Rußland zum Krieg drängte, hatte Zar Alexander am Frieden festgehalten.

Digitized by Google

amtlichen Eigenschaft, sondern rein als Privatmann. Dennoch ist die Feststellung von erheblichem Wert, daß einmal von russischer Seite zugegeben worden ist, daß Oesterreich nicht anders könne, als sich mit den Waffen in der Hand dem Vordringen des russischen Einflusses auf dem Balkan zu widersetzen.

Zu Röntgens siebzigstem Geburtstag

Von

A. Sommerfeld (München)

In den Stürmen des europäischen Krieges schweigen die Musen. So wird denn auch der siebzigste Geburtstag Röntgens, der 27. März dieses Jahres, an dem großen Publikum der Gebildeten und an der Mehrzahl seiner Fachgenossen unbemerkt vorübergehen. Uebrigens würde sich auch in friedlichen Zeiten der bescheidene und einsam lebende Gelehrte lauten Ovationen wahrscheinlich entzogen haben. Und doch haben wir zu keiner Zeit mehr Grund gehabt, dem Entdecker der Röntgenstrahlen dankbar zu sein, wie gerade heute. Wenn die Chirurgie durch die Röntgenstrahlen umgestaltet ist und wenn die erstaunliche Entwicklung der modernen Physik mit dem Entdeckungsjahre der Röntgenstrahlen, 1895, anhebt, so treten die allgemeinen Folgen der Röntgenschen Entdeckung für das Volkswohl doch erst in den jetzigen Kriegsjahren hervor. Tausende und aber Tausende unsrer Volksgenossen werden den Röntgenstrahlen die Erhaltung ihrer Glieder und die Möglichkeit der Heilung verdanken. Wo früher amputiert wurde, wird heutzutage die Verletzung mit Röntgenstrahlen photographiert und das Geschoß, selbst aus den innersten Organen, entfernt. In München dürfte jetzt jedes Lazarett mit einer leistungsfähigen Röntgenstation ausgestattet sein; die Sanitätsverwaltung, die sich bei den hohen Kosten für Apparatur und Installation der Röntgeneinrichtungen anfangs vielleicht an manchen Orten abwartend verhielt, kann dieses Hilfsmittel jetzt nicht mehr entbehren.

Die große Mehrzahl der Gebildeten interessiert sich naturgemäß mehr für die praktischen Früchte der Entdeckungen als für ihre wissenschaftlichen Wurzeln, im vorliegenden Falle also mehr für die Röntgentechnik als für die Erkenntnis von der Natur der Röntgenstrahlen. Daß jene Früchte nicht ohne diese Erkenntnis reifen, braucht man aber in unsrem Zeitalter kaum mehr hervorzuheben. Der eigentlichen Röntgentechnik hat Röntgen Zeit seines Lebens ferngestanden, ja er hat sich den in dieser Hinsicht mannigfach an ihn herantretenden Anforderungen konsequent, manchmal vielleicht schroff entzogen. Aus triftigen Gründen; er wußte, daß für die schnelle und durchgreifende Arbeit der Technik andre Naturen geeigneter sind als seine eigne bedächtige und kritische. Er hat aber die Röntgentechnik dadurch indirekt mächtig gefördert, daß er keine Patent-

Digitized by Google

beschränkungen oder Monopolisierungen auf diesem Gebiete zuließ, weder zu seinem noch zu anderer Vorteil. Seine Freude an dem ihm zugefallenen Funde brachte er dadurch zum Ausdruck, daß er die neuen Werte der Allgemeinheit ohne Einschränkung zur Verfügung stellte. Der deutsche Professor, so äußerte er sich gelegentlich, genießt so reiche Unterstützung in seiner Arbeit durch die vom Staate mit großen Mitteln ausgestatteten Laboratorien, durch die ihm gewährte freie Disposition über seine Arbeitszeit, durch die bevorzugte Stellung seines Standes, daß er sich dafür gegebenenfalls mit Freuden der Allgemeinheit erkenntlich zeigen sollte. (In anderen Ländern, so können wir hinzufügen, liegen die Verhältnisse ja wesentlich anders; dort ist der Professor in der Regel mit Lehrverpflichtungen überhäuft und die staatlichen Forschungsinstitute sind selbst in Frankreich und England, von einigen bevorzugten Anstalten abgesehen, durchschnittlich geradezu ärmlich ausgestattet, im Vergleich mit unsern zahlreichen Laboratorien an Universitäten und technischen Hochschulen.) Man glaube nicht, daß Röntgen für die technischen Leistungen eine geringere Wertschätzung empfindet wie für die rein wissenschaftlichen. Ursprünglich für die Technik bestimmt, zieht ihn die anschauliche Arbeitsweise des Technikers in Bild und Wort dauernd an. Es ist daher ein Akt wohlüberlegter Entsagung gewesen, wenn er die nach seiner Entdeckung schnell aufblühende Röntgentechnik auf eignen Füßen ihren Weg gehen ließ und sich auf sein stilleres und scheinbar undankbareres Arbeitsgebiet zurückzog.

Röntgen ist geboren zu Lennep im Rheinlande am 27. März 1845. Sein Vater gehörte der rheinischen Industrie an und er wurde selbst für die spätere Betätigung in dieser Industrie erzogen. Er besuchte daher statt einer Lateinschule die Maschinenbauschule in Apeldoorn, Holland. Röntgen gehört also zu denjenigen Männern der Wissenschaft, die ohne Latein und Griechisch groß geworden sind. (Van 't Hoff ist ein andres Beispiel hierfür.) Seine höheren Studien begann er an der Technischen Hochschule in Zürich. Hier aber hat es ihm der wissenschaftliche Zauber angetan, der von den Vorlesungen des Entdeckers des zweiten Hauptsatzes in der Thermodynamik, R. Clausius, ausging. Die begriffliche Klarheit und Gründlichkeit, die bei Clausius vorwalteten und die Röntgens Natur im Innersten entsprachen, bestimmten ihn für die Physik. Er hatte alsbald das Glück, Assistent von Kundt zu werden, des anregenden Lehrers und wissenschaftlichen Förderers, dem eine große Zahl der deutschen Physiker ihre eigentliche Ausbildung verdanken. Mit Kundt ging Röntgen nach Würzburg und Straßburg, wo er sich 1874 als Privatdozent habilitierte. Schon im nächsten Jahre wurde er als Professor an die landwirtschaftliche Akademie in Hohenheim (Württemberg) berufen; jedoch zog ihn Kundt alsbald wieder nach Straßburg zurück als Extraordinarius der theoretischen Physik. Sein erstes Ordinariat bekleidete er in Gießen. 1888 wurde er Nachfolger von Kohlrausch in Würzburg. In die Mitte seiner Würzburger Zeit fällt die Entdeckung der Röntgenstrahlen, von ihm selbst X-Strahlen genannt. Eine Tafel, die am Würzburger physikalischen Institut von seinen Verehrern angebracht ist, erinnert

Digitized by Google

an dieses Ereignis. Im Jahre 1900 wurde er auf die Physikprofessur an der Münchner Universität berufen. München ist er treu geblieben, trotz verschiedener verlockender Anerbietungen von Berlin aus; so sollte er das Präsidium der Physikalisch-technischen Reichsanstalt nach dem Tode von Kohlrausch oder die Akademieprofessur Van 't Hoffs übernehmen.

Die Entdeckung der Röntgenstrahlen erfolgte nicht, wie die vorhergegangenen Hertzschen Versuche, nach einem weitausschauenden theoretischen Plane. Das Charakteristische an ihr ist, daß sie als etwas völlig Neuartiges in die Welt trat und daß keine theoretischen Anhaltspunkte den Entdecker leiten konnten. Sehr mit Unrecht aber spricht man hier von einer Zufallsentdeckung. Nur ein Forscher von der unfehlbaren Meßkunst und der unermüdlichen Gründlichkeit Röntgens konnte auf dem neuen Gebiete, ohne zu straucheln, fortschreiten. Nur ein Mann von seinen persönlichen Eigenschaften, seinem Respekt vor dem gedruckten Wort, seiner Skepsis gegen eigne und fremde Wahrnehmungen, seiner Selbstzucht im Abwarten und Reifenlassen konnte so Exaktes und Vollständiges leisten. In der Tat finden sich in den zwei kurzen Noten, die Röntgen 1895 der Würzburger Medizinisch-naturwissenschaftlichen Gesellschaft vorlegte, alle Eigenschaften der neuen Strahlen dargestellt: Ihre Wirkung auf die photographische Platte und den Fluoreszenzschirm, die geradlinige Ausbreitung, das Fehlen von Reflexion und Brechung und von merklicher Beugung, das Leitendwerden von Luft, die von X-Strahlen durchsetzt wird, die Entstehung neuer, sog. sekundärer Strahlen an der Oberfläche eines von X-Strahlen getroffenen Metalles, und vieles andre. So gründlich hatte Röntgen den neuen Boden abgebaut, daß den andern Forschern fast nichts zu tun mehr übrig blieb. In der Tat konnten die nächsten zehn Jahre dem von Röntgen Erkannten nichts wesentlich Neues hinzufügen. Wir wissen aber auch zuverlässig, daß Röntgen seine Hauptresultate Monate früher hatte, ehe er damit hervortrat. Unsre Zeit sollte sich an dieser weisen Zurückhaltung ein Beispiel nehmen.

Es ist hier wohl der Ort, einiges über die Natur der Röntgenstrahlen zu sagen, wie sie sich uns im Laufe der Jahre enthüllt hat durch die vereinte Arbeit der verschiedenen Länder und unter erfolgreicher Mitarbeit der Schüler Röntgens. Zunächst dachte man an longitudinale Wellen, ähnlich denen des Schalls, nur von viel größerer Tonhöhe. Bis vor gar nicht langer Zeit gab es auch namhafte Vertreter der Ansicht, daß die Röntgenstrahlen korpuskularer Natur wären, also aus fortgeschleuderten Teilchen beständen. Heutzutage wissen wir, daß die Röntgenstrahlen im Wesen nichts andres als Licht sind, nur von viel höherer Schwingungszahl. Das „Röntgenlicht" ist zehntausendmal feiner und schneller als das für unser Auge sichtbare Licht. Um es zu erzeugen, reicht die hohe Temperatur oder die chemische Umsetzung nicht aus, die in einer elektrischen Lampe oder in einer gewöhnlichen Flamme Licht erzeugen. Hierzu bedarf es vielmehr eines energischeren Eingriffs, des Bombardements einer Metalloberfläche durch Kathodenstrahlen. Die Kathodenstrahlen sind fortgeschleuderte Teilchen (Ladungen), deren Geschwindigkeit größer ist, als wir sie sonst durch

Digitized by Google

irgendwelche Mittel erzeugen können, nicht viel kleiner als die Geschwindigkeit des Lichtes. Bei ihrem Aufprall entstehen die durchschlagskräftigen, hochfrequenten Röntgenstrahlen. Und zwar sind zwei verschiedene Bestandteile dieses Röntgenlichtes zu unterscheiden: Der eine Teil, Impulsstrahlung, Bremsstrahlung, ist gewissermaßen zwangläufig gebunden an die Bewegung und Hemmung der Kathodenteilchen; die Strahlung ist daher orientiert, um die Richtung jener Bewegung und hat die Ebene durch jene Richtung und die Richtung des gerade betrachteten Röntgenstrahls zur Vorzugsebene (Polarisationsebene). Der andre Teil, Fluoreszenzstrahlung, Eigenstrahlung, hängt wesentlich nur von der Natur des getroffenen Antikathodenmaterials ab und ist als freie Schwingung der Elektronen in diesem Material anzusehen. Von der Beschaffenheit der auffallenden Kathodenstrahlen wird nur die Menge, nicht die Art dieser Eigenstrahlung bestimmt. Dieser Teil des Röntgenlichtes hat keine Vorzugsrichtungen oder Vorzugsebenen. Da die Eigenschwingungen der verschiedenen Elemente bei ganz bestimmten Wellenlängen liegen, so ist dieser Teil dem Linienspektrum einer Flamme oder bei Absorptionsbeobachtungen den Frauenhoferschen Linien im Sonnenspektrum zu vergleichen; dagegen entspricht der andre Bestandteil des Röntgenlichtes dem kontinuierlichen Untergrund eines Flammenspektrums.

Unter Härte der Röntgenstrahlen versteht man die Durchschlagskraft derselben, d. h. die Fähigkeit, sonst undurchsichtiges Material mit nur geringem Energieverlust zu durchsetzen. Die Härte geht mit der Größe der Schwingungszahl oder, was dasselbe ist, mit der Kleinheit der Wellenlänge Hand in Hand. Bei der Impulsstrahlung ist die Härte gegeben durch die Geschwindigkeit der Kathodenstrahlen (je geschwinder, um so härter); bei der Eigenstrahlung ist sie davon unabhängig.

Wodurch können wir nun aber die verschiedenen Teile des Röntgenlichtes und innerhalb dieser Teile die verschiedenen Wellenlängen voneinander sondern, mit einem Wort: Wie können wir Röntgenlicht spektral zerlegen? Das Prisma wird unwirksam sein; geht doch wegen fehlender Brechung die Röntgenstrahlung ungehindert und unzerlegt geradlinig durch ein solches fort. Die feinsten Spektralvorrichtungen der Optik sind die Beugungsgitter; sie enthalten bei bester Ausführung zirka 1000 parallele und äquidistante Striche (Ritzungen) auf den Millimeter des Gitters. In der Tat darf, wenn das Gitter gut brauchbar ist (hohe Dispersion besitzt), der Strichabstand nicht zu groß sein gegen die Wellenlänge des Lichtes, welche bekanntlich Bruchteile von ein Tausendstel Millimeter beträgt. Wie müßte also das entsprechende Gitter für Röntgenstrahlen aussehen? Bei ihm müßte der Strichabstand abermals um ein Tausendstel oder mehr verkleinert werden, nach dem was oben über die durchschnittliche Wellenlänge des Röntgenlichtes gesagt wurde. Dazu wäre aber keine Kunst des Mechanikers und keine Teilmaschine fähig. Es war nun der glänzende Gedanke von Professor Laue (jetzt in Frankfurt, damals in München), das erforderliche Röntgengitter von der Natur selbst zu beziehen, und statt dem Stückwerk der Menschen das Meisterwerk der Natur, den Kristall, zu benutzen. Der

Digitized by Google

kristallinische Zustand ist der eigentliche und reinliche Normalzustand der Materie; die Atome sind hier regelmäßig und ihren inneren Gesetzen gemäß gelagert, dagegen erscheinen sie im sog. isotropen Zustande wild durcheinander gestreut. Die Abstände in den Kristallgittern betragen nun durchschnittlich gerade ein Tausendstel von den sichtbaren Wellenlängen, sind also als Abstände eines Röntgengitters geeignet. In der Tat ergaben sogleich die ersten Aufnahmen (1912) von Röntgenlicht durch einen Kristall bei hinreichender (etwa zwölfstündiger) Exposition Bilder von unerwarteter, einzigartiger Schönheit und Klarheit: aus dem ganzen Komplex des Röntgenlichtes erscheinen einige Gruppen von Strahlen durch den Kristall herausgesondert und auf der Platte schön nebeneinander ausgebreitet, entsprechend der Kristallsymmetrie. Die genaueren Angaben über die Zusammensetzung des Röntgenlichtes und die Größe seiner Wellenlängen sind erst seit dieser Entdeckung von Laue möglich: Man kann jetzt die Struktur der Röntgenstrahlen durch die Kristallgitter und umgekehrt, indem man die kühnsten Hoffnungen der Kristallographen übertrifft, die Kristallgitter durch die Wellenlänge der Röntgenstrahlung ausmessen. Wir konnten daher hier nicht über die Natur der Röntgenstrahlen berichten, ohne dieser Untersuchungsmethode zu gedenken.

Als eigentliches Kennzeichen des Röntgenlichtes gegenüber andrer elektromagnetischer Strahlung müssen wir die Kleinheit der durchschnittlichen Wellenlänge ansehen, neben der die sonstige speziellere Zusammensetzung relativ nebensächlich ist; diese bedingt das Durchdringungsvermögen gegenüber allen gröberen Hindernissen und den im allgemeinen geradlinigen Strahlengang. Nur von einem gewissen Teile der Radiumstrahlen, der sog. Gammastrahlung, wird das Röntgenlicht noch an Kleinheit der Wellenlänge überboten. Doch ist hier der Sprung in der Größenordnung lange nicht der wie zwischen Licht und Röntgenstrahlung. Der Uebergang von Röntgenstrahlung mittlerer Härte zu Gammastrahlung hoher Härte (gewisser Gruppen von RaC) bringt nur mehr eine Verkleinerung der Wellenlänge um etwa $^1/_{10}$, so daß es sehr wohl möglich scheint, die spezifischen medizinischen Wirkungen der Radium- oder Mesothoriumstrahlung durch eigens gehärtete Röntgenstrahlen zu ersetzen; nur die Größe und umständliche Handhabung der Röntgenröhren wird ihrer medizinischen Verwertung für manche Zwecke noch Schwierigkeiten darbieten.

Es wäre aber sehr ungerecht und einseitig, Röntgen nur als Entdecker seiner Strahlen zu feiern. Wo er auch experimentell angepackt hat, und er hat auf den verschiedensten Gebieten der Physik gearbeitet, hat er Mustergültiges geleistet. Seine Messungen, dreißig und mehr Jahre zurückliegend, sind heute noch vielfach maßgebend, so seine Werte für die spezifischen Wärmen der Luft, für die Kompressibilität der Flüssigkeiten, für den Einfluß hohen Druckes auf verschiedene Materialeigenschaften u. a. m. Und es ist gewiß nicht nur die Freude an der Ueberwindung technischer Schwierigkeiten in der Beobachtungskunst und die Genugtuung über die Sicherheit der letzten Dezimale, welche Röntgen bei diesen Messungen leiteten, sondern es liegen oft tiefere Erwägungen

Digitized by Google

und Probleme zugrunde. Nirgends aber tritt diese Richtung auf allgemeine und prinzipielle Fragen so deutlich zutage wie in einer Arbeit über die magnetischen Wirkungen eines bewegten Dielektrikums im elektrischen Felde. Wiederum nur einige Seiten lang, wie die ersten Publikationen über X-Strahlen, berichtet diese Note über langjährige schwierigste Versuche, teils von positivem Erfolg, wie diejenigen über den später sogenannten „Röntgenstrom", teils von negativem, wie ein zum Schluß besprochener Kondensatorversuch, der einen Einfluß der Erdbewegung auf die Magnetnadel zeigen sollte. Hier erwies sich Röntgen als der tiefsinnige Denker und Grübler über physikalische Grundprinzipien, auf einem Gebiete, auf das ihm wenige folgen mochten. Bezeichnenderweise wurde diese Arbeit von Helmholtz der Berliner Akademie vorgelegt. Röntgen schätzt, was für seine Denkweise charakteristisch ist, diese Entdeckung des „Röntgenstromes" wegen ihrer experimentellen Schwierigkeit und ihrer theoretischen Tragweite, subjektiv nicht geringer ein wie seine Entdeckung der Röntgenstrahlen.

Wenn wir versuchen sollen, auch diese Fragen dem allgemeinen Verständnis näher zu bringen, so haben wir an die wohlbekannte magnetische Wirkung eines gewöhnlichen elektrischen Stromes anzuknüpfen. Ein elektrischer Strom (Leitungsstrom) ist von magnetischen Kraftlinien umgeben, durch die er sich in seiner Umgebung bemerklich macht. So beruht die Messung des Stromes im Galvanometer nur auf der Existenz dieser magnetischen Kräfte. Rowland konnte zeigen, daß ein bewegter Leiter im elektrischen Felde, der elektrische Ladungen auf seiner Oberfläche trägt, und der einen Konvektionsstrom darstellt, die entsprechenden magnetischen Wirkungen hat (Rowlandeffekt). Röntgen stellte sich nun die Frage, wie sich in dieser Hinsicht ein bewegter Nichtleiter, ein Dielektrikum wie Glas, verhält, wenn es im elektrischen Felde bewegt wird. Auch ein Nichtleiter trägt auf seiner Oberfläche im allgemeinen Ladungen, scheinbare Ladungen, wie man sagt, die ihren Grund in einer gewissen Unstetigkeit des Kraftlinienverlaufs beim Uebergange in das Dielektrikum haben. Er konnte die Ablenkung der Magnetnadel durch diesen künstlichen elektrischen Strom zweifelsfrei nachweisen. Aber Röntgen ging weiter und forschte nach der Größe dieser Ablenkung, und zwar unter folgendem Gesichtspunkte. In der Optik nahm man seit altersher als Träger der Lichtschwingungen ein hypothetisches Medium, den Lichtäther, an, der den leeren Raum durchdringen sollte. Beteiligt sich dieses Medium an der Bewegung der greifbaren Körper, wird es von ihnen mitgeführt oder bewegen sich vielmehr solche Körper durch den ruhenden Lichtäther hindurch? Die Antwort, die die Optik auf diese Frage gegeben hatte, war eine bedingte. Der Aether des leeren Raumes sollte vollständig ruhen, der Aether in den greifbaren Körpern teilweise mitgeführt werden. Nur insoweit, als die allgemeinen Eigenschaften des Aethers durch die greifbaren Körper abgeändert werden (das Maß dafür liefert der „Brechungskoeffizient" des Lichtes), sollte der Aether mitgeführt werden. Der „Mitführungskoeffizient" wird daher durch den Brechungskoeffizienten bestimmt. Von der Identität der optischen und elektrischen Erscheinungen durchdrungen, wie sie Maxwell und später Hertz ge-

Digitized by Google

lehrt haben, stellte sich Röntgen die Frage, ob auch im Gebiete der elektrischen Erscheinungen eine teilweise Mitführung des Trägers dieser Erscheinungen, des Aethers, statthat. Die Genauigkeit der damaligen Messungen erlaubte nicht, die Frage zu entscheiden, aber sie klar gestellt zu haben, war für die damalige Zeit (1888) eine Leistung. Für den späteren Aufbau der Elektronentheorie wurde diese Frage fundamental. Die Elektronentheorie beantwortete sie zugleich mit der entsprechenden optischen Frage so: Die Einwirkung der greifbaren Körper auf das elektrische Feld rührt von Elementarladungen, den sog. Elektronen her, welche in den Körpern verteilt und mit den Atomen des Nichtleiters verbunden sind. Da diese Elektronen von dem bewegten Dielektrikum mitgeführt werden, bedeutet ihr Feld einen wirklichen Strom und äußert sich durch magnetische Wirkungen. Der andre Teil des Feldes, der auch im leeren Raume vorhanden wäre, bleibt in Ruhe und ist magnetisch wirkungslos.

Von da aus verstehen wir auch die tiefere Bedeutung des schon oben erwähnten Kondensatorversuches. Ein Kondensator gibt zwischen seinen Platten ein stark konzentriertes elektrisches Feld. Vermöge der Bewegung der Erde um die Sonne wird dieses mit beträchtlicher Geschwindigkeit durch den Raum oder durch den ruhenden Aether hindurchgeführt — wenn es überhaupt einen absoluten Raum oder einen ruhenden Aether in der Natur gibt. Durch den Kondensator würde ein beträchtlicher „Aetherwind" hindurchstreichen, und man könnte, wegen der Bewegung der Kondensatorladung gegen den Aether, magnetische Wirkungen von der Art des Rowlandeffektes erwarten. Röntgen fand keine solche Wirkungen, in Uebereinstimmung damit, daß auch die viel feineren optischen Hilfsmittel (Michelsonversuch) niemals den Einfluß der Erdbewegung für irdische Beobachter feststellen konnten. Dies bildete lange Zeit eine peinliche Schwierigkeit für die Grundlagen der Physik. Erst die moderne Relativitätstheorie von Einstein, die folgerichtig aus den negativen Resultaten dieser Versuche erwachsen ist, hat vermocht, die Schwierigkeiten zu lösen oder, besser gesagt, zu durchhauen. Das Mittel, das sie anwendet, ist radikal. Sie leugnet das Vorhandensein eines absoluten Raumes für die Welt der physikalischen Wirklichkeiten, sie leugnet also auch das Vorhandensein eines absoluten Trägers der optischen und elektromagnetischen Erscheinungen. Die Erscheinungen sind in gewissem Sinne relativ zu dem Beobachter. Der irdische Beobachter hat seinen irdischen Raum und tut recht daran, sein Laboratorium als den ruhenden, den für ihn allein in Betracht kommenden Raum anzusehen. Der Beobachter auf der Sonne hätte einen andern Raum; gegen diesen ist das Laboratorium des irdischen Beobachters bewegt; er würde eine magnetische Wirkung des Röntgenschen Kondensators nachweisen können, auf eine Magnetnadel, die in seinem Sonnenraum aufgestellt wäre. Es ist gewissermaßen der Ptolemäische Standpunkt, der hier für die elektrisch-optischen Erscheinungen zu seinem Recht kommt, aber nicht der Ptolemäische Standpunkt, der einseitig die Erde bevorzugt, sondern ein solcher, der jedem gleichförmig bewegten physikalischen Beobachter gerecht wird. Daß bei dieser grundstürzenden Wendung der Dinge auch der Begriff der absoluten Zeit Schiffbruch leidet und durch eine

Digitized by Google

dem Beobachter sich anschmiegende relative Zeit zu ersetzen ist, kann hier nur angedeutet werden. Dagegen möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß Röntgen, im Gegensatz zu vielen andern Experimentalphysikern, denen das neue Gebäude der Physik zu gewagt und zu revolutionär erschien, von Anfang an die Bedeutung der relativistischen Lehre erkannt hat. Kein Wunder, hat er doch selbst schon zwanzig Jahre früher, wie wir sahen, die einschlägigen Fragen erwogen und experimentell geprüft.

Röntgen ist nicht nur der glänzende, erfolggekrönte Entdecker seiner Strahlen, nicht nur der Meister der Präzisionsmessung, als den ihn alle anerkennen, sondern auch der tiefgründige, prinzipiell gerichtete physikalische Denker, als den ihn, vermöge seiner Zurückhaltung und seiner wortkargen Schreibweise, nur wenige kennen.

Wir wünschen ihm zu seinem siebzigsten Geburtstage, daß ihm noch lange Kraft und Gesundheit erhalten bleiben möge, um die Fortschritte der von ihm so mächtig geförderten Wissenschaft wie bisher zu verfolgen und um uns aus dem Schatze seiner früheren Erfahrungen und Ueberlegungen noch manches Goldkorn mitzuteilen.

Das Geleitrecht im Seekriege

Von

Geh. Justizrat Prof. Dr. M. Pappenheim (Kiel)

Nach der Zusammenkunft der drei nordischen Könige in Malmö berichteten die Zeitungen von Erwägungen darüber, ob es sich empfehle, skandinavische Kauffahrteischiffe durch Kriegsschiffe geleiten (konvoyieren) zu lassen, um sie gegen die aus der englischen Nordseesperrung erwachsenden Belästigungen zu schützen. Anläßlich der Einleitung des Schiffahrtskrieges gegen England gab die deutsche Regierung den neutralen Staaten anheim, ihre Handelsschiffe unter Konvoy fahren zu lassen, da sie infolge der englischen Verordnung über den Mißbrauch fremder Flaggen und wegen der zu erwartenden weiteren Maßnahmen englischer Kauffahrteischiffe zu ihrer Unkenntlichmachung sonst als neutrale Schiffe nicht mehr zu erkennen seien. Nach einer neueren Meldung erklärte der schwedische Minister des Auswärtigen auf eine an ihn gerichtete Anfrage, daß die kürzlich in Kopenhagen abgehaltene Nordseekonferenz die Frage der Begleitung der Handelsschiffe durch Kriegsschiffe behandelt habe.

Die angeführten Tatsachen lassen zur Genüge erkennen, daß das Geleitrecht, dem man schon vor einem Menschenalter ein wesentlich nur noch geschichtliches Interesse zugestanden hat, neuerdings wieder praktische Bedeutung erlangt hat. Auch einem weiteren Leserkreise wird deshalb die Darlegung seiner Grundgedanken unter Anwendung auf die gegenwärtigen Verhältnisse vielleicht nicht unwillkommen sein.

Digitized by Google

Das Geleitrecht greift nur für solche Handelsschiffe Platz, die von neutralen Kriegsschiffen begleitet werden. Es kommt nicht in Betracht, wenn ein Kriegsschiff einer am Kriege beteiligten Macht ein ihre Handelsflagge führendes Schiff begleitet, wie dies beispielsweise neuerdings für das Passieren der englischen Küstengewässer von englischer Seite beabsichtigt sein soll. Hier handelt es sich einfach um eine Kriegsmaßnahme, die nicht unter dem Gesichtspunkt eines besonderen Geleitrechts betrachtet werden kann. Aber auch wenn ein neutrales Kauffahrteischiff sich von einem Kriegsschiffe einer kriegführenden Macht begleiten läßt, wird es nicht anders als ein feindliches Kauffahrteischiff selbst behandelt. Das Geleitrecht gehört also dem Rechte der Neutralen an. Es steht in engstem Zusammenhange mit den völkerrechtlichen Regeln für den Seehandel der Neutralen und ist dazu bestimmt, gewisse Schädigungen abzuwenden, die von diesen Regeln her dem legitimen Handel der Neutralen drohen.

Bekanntlich ist im Seekriege das Privateigentum nicht, wie im Landkriege, von der Erbeutung durch den Feind rechtlich ausgeschlossen. Kauffahrteischiffe und Güter, die im Eigentum von Staatsangehörigen der kriegführenden Mächte stehen, unterliegen der Wegnahme durch feindliche Kriegsschiffe. Jedoch dürfen feindliche Güter aus einem neutralen Schiff nur weggenommen werden, wenn sie Kriegskonterbande sind, sowie anderseits auch neutrale Güter, die Konterbande sind, weggenommen werden dürfen. Da neutrale Güter, von diesem Falle abgesehen, und neutrale Schiffe der Wegnahme nicht unterliegen, müssen die Kommandanten der Kriegsschiffe kriegführender Staaten gegebenenfalls sich darüber ein Urteil bilden, ob die rechtlichen Voraussetzungen für die Aufbringung eines von ihnen auf See angetroffenen Handelsschiffes oder für die Beschlagnahme seiner Ladung gegeben sind oder nicht. Hierüber kann aber in Ansehung der Güter auf Grund nur der äußeren Erscheinung des sie befördernden Schiffes eine Ansicht überhaupt nicht gewonnen werden. Und auch hinsichtlich der Schiffe versagen die gewöhnlichen, zu ihrer Kenntlichmachung dienenden Mittel, deren bei weitem wichtigstes die Flagge ist, namentlich gegenüber solchen Praktiken, wie sie jetzt von englischer Seite geübt werden. Daher ergibt sich von selbst, daß dem Kriegsschiffe des kriegführenden Staates den eine neutrale Flagge führenden Handelsschiffen gegenüber das sog. Visitationsrecht zustehen muß, d. h. das Recht, sie zwecks Feststellung der fraglichen Rechtsverhältnisse anzuhalten und nötigenfalls zu durchsuchen. Für das neutrale Handelsschiff aber, das eine der Wegnahme nicht unterliegende Ladung führt, bedeutet die Ausübung des Visitationsrechts durch ein Kriegsschiff einer kriegsführenden Macht eine erhebliche, mit Zeitverlust verbundene Belästigung. Und diese zu vermeiden bezweckt nun eben das Geleitrecht.

Die Königin Christine von Schweden, Tochter Gustav Adolfs, war es, die zuerst — im Jahre 1653 — für ihre Schiffe das Geleitrecht im modernen Sinne in Anspruch nahm. Sie wies die Kommandanten der schwedischen Geleitschiffe an, die Visitation der von ihnen konvoyierten Schiffe durch die Kreuzer der Kriegführenden nicht zu dulden. Nur allmählich hat sich ein dementsprechender

Digitized by Google

Satz des Völkerrechts entwickelt. Auch als er etwa seit dem Ende des achtzehnten Jahrhunderts zu sonst allgemeiner Anerkennung gelangte, hielt England an dem hartnäckigen Widerstand fest, den es der Einschränkung des Visitationsrechts durch das Geleitrecht von jeher entgegengesetzt hatte. Erst in neuester Zeit ist hierin eine Aenderung eingetreten. Auf der internationalen Londoner Seerechtskonferenz von 1908/09 sind unter die Regeln, die nach einmütiger Feststellung der Delegierten im wesentlichen den allgemein anerkannten Grundsätzen des internationalen Rechtes entsprechen, auch solche aufgenommen worden, durch die das Geleitrecht im dargelegten Sinne normiert wird. Zwar ist die Londoner „Erklärung über das Seekriegsrecht" nicht ratifiziert worden. Aber unter den Vorbehalten, mit denen England im August 1914 sich an sie halten zu wollen erklärt hat, findet sich keiner, der das Geleitrecht beträfe. Damit hat England den von ihm in dieser Frage jahrhundertelang eingenommenen Standpunkt aufgegeben. Dies ist um so bemerkenswerter, als es in andern Beziehungen, namentlich in der Frage der Konterbande, von den Regeln der Londoner Deklaration ganz wesentlich abweichende Bestimmungen, und zwar teilweise im Gegensatz zu früher von ihm vertretenen Anschauungen getroffen hat. Der auffallende Gegensatz ist vermutlich daraus zu erklären, daß England die Frage des Geleitrechts für unpraktisch geworden hielt und es daher für angezeigt erachtete, nicht durch Festhalten an seiner alten Meinung auch gegenüber der Londoner Erklärung die neutralen Staaten unnötig zu reizen.

Hiernach sind gegenwärtig die Regeln der Londoner Deklaration über das Geleit als allgemein anerkannt zu betrachten. Sie bestimmen, daß neutrale Schiffe unter dem Geleit ihrer Kriegsflagge von der Durchsuchung befreit sind. Der Kommandant des Geleitschiffs hat dem Kommandanten des Kriegsschiffs eines Kriegführenden auf sein Ersuchen über die Eigenschaft der Schiffe und über ihre Ladung schriftlich jede Auskunft zu geben, zu deren Erlangung die Durchsuchung dienen würde. Hat der Kommandant des den Geleitzug anhaltenden Kriegsschiffs Grund zu der Annahme, daß der Kommandant des Geleitschiffs über die Verhältnisse des geleiteten Schiffs oder seine Ladung getäuscht worden ist, so teilt er ihm seine Verdachtsgründe mit. Dann steht es allein dem Kommandanten des Geleitschiffs zu, eine Nachprüfung vorzunehmen, deren Ergebnis er dem Kommandanten des anhaltenden Kriegsschiffs mitzuteilen hat. Erscheint dem Kommandanten des Geleitschiffs durch die festgestellten Tatsachen die Beschlagnahme des geleiteten Schiffs oder, wenn mehrere Schiffe sich im Geleit befinden, eines oder mehrerer von ihnen als gerechtfertigt, so muß den betreffenden Schiffen der Schutz des Geleits entzogen werden.

Durch die Gewährung des Geleits tritt der neutrale Staat zwischen das seine Flagge führende Kauffahrteischiff und die Kriegsschiffe der Kriegführenden. Er schützt das geleitete Schiff vor der Durchsuchung durch fremde Kriegsschiffe. Er übernimmt den Kriegführenden gegenüber die Gewähr dafür, daß dieser Schutz den geleiteten Schiffen und ihrer Ladung nur soweit zuteil wird, als sie ihn verdienen, d. h. als sie nicht von Rechts wegen der Wegnahme unterliegen.

Digitized by Google

Das Geleitrecht ist daher durchaus geeignet, dem Handel der Neutralen Belästigung zu ersparen, ohne die Interessen der Kriegführenden zu beeinträchtigen. Ueberwiegend hat es bisher seine Rolle im Hinblick auf die Ladungen der geleiteten Schiffe, nicht auf diese selbst, gespielt. Die Neutralität des Kauffahrteischiffs konnte regelmäßig durch seine Flagge und seine sonstigen Abzeichen als hinreichend erwiesen gelten. Das ist jetzt zum Teil anders geworden. Dasselbe England, das nach Beginn des Krieges seinen Widerspruch gegen das Geleitrecht aufgeben zu können glaubte, hat dessen praktische Bedeutung nunmehr dadurch gesteigert, daß es die Unkenntlichmachung englischer Handelsschiffe durch die Führung neutraler Flaggen und durch die Nachahmung sonstiger neutraler Abzeichen als rechtlich statthaft ausgibt. Auf die hiermit gegebene Steigerung der Gefahren für die neutrale Schiffahrt ist oft genug hingewiesen worden.

Das Geleitrecht bietet den Neutralen ohne Zweifel das beste Mittel, diesen Gefahren ebenso wie der Belästigung der Durchsuchung zu entgehen. Aus der mit dem Geleitrecht verbundenen Verantwortung kann ihnen keine Schwierigkeit erwachsen, soweit sie nicht den Handel mit Konterbande unter ihrer Flagge dulden. Tun sie dies aber, so dürfen sie den Konterbande führenden Kauffahrteischiffen kein Geleit zuteil werden lassen. Die Ladung solcher Schiffe wäre dann durch das Fehlen des Geleits ihrer Art nach hinreichend gekennzeichnet, und dadurch wäre wiederum der begreiflicherweise besonders einträgliche Handel mit Konterbande gefährdet. Daher werden die an ihm Beteiligten ihren Einfluß gegen die Verwendung des Geleits geltend zu machen suchen, und dies ist unter den verschiedenen Seiten, die das Geleitrecht der Betrachtung darbietet, nicht die am wenigsten interessante.

Zwei Reisen an den Hof des Kaisers Nikolaus I. von Rußland im Jahre 1850

Aufzeichnungen des damaligen preußischen Majors v. Schlegell

Bearbeitet von

Martin Conrad

(Schluß)

Am 24. November, morgens 4 Uhr in Königsberg. Auf der Post fand ich einen Brief vom General Graf Dohna, der mich aufforderte, zu ihm zu kommen, es sei bei Tag oder Nacht. Ich war um 5 Uhr da. Der General stand gleich auf, und ich blieb bis 9 Uhr bei ihm. Wie die Verhältnisse damals lagen, und weil mir der König vor der Abreise noch das große Vertrauen ausgesprochen hatte, was er zu Graf Dohna habe, glaube ich richtig gehandelt zu haben, ihm alle die Mitteilungen gemacht zu haben, die ihn für jenen Zeitpunkt orientieren konnten. Auch hier hatte General Rochow über die allgemein sicht-

Digitized by Google

bare freudige Erhebung in einer Weise geurteilt, die das patriotische Gefühl des so konservativen und friedliebenden Grafen Dohna sehr verletzt hatte. (Major v. Manteuffel wußte das auch bereits, als ich zurückkam, und gab zu, daß es nicht recht von Rochow gewesen sei.)

Am 25. nachmittags, einige Stunden nach Abgang des Bahnzuges, in Woldenberg; mit Extrapost weiter über Küstrin. Ueberall Pferdetransporte, Landwehrabteilungen; viele Trupps vom zweiten Aufgebot, die nach dem Stabsquartier gingen. Nirgends ein verdrießliches Gesicht; eine allgemeine, freudige, zuversichtliche Aufregung, fern von allem wüsten Enthusiasmus; im Gegenteil, des Ernstes der Lage sich sehr wohl bewußt.

Alle Parteien waren verschwunden und nur eine durchgehende Besorgnis vorhanden: es möchte doch nicht Ernst gemacht werden!

Am 26. November, 11 Uhr vormittags, kam ich in Berlin an, fand Frau und Kinder wohl und war kurz vor 3 Uhr in Potsdam. Als ich beim König vorgelassen wurde, war der Major Manteuffel noch im Zimmer; er hielt zwei Briefe in der Hand, mit denen er nach Berlin sollte, um die Abreise des Ministers Manteuffel nach Olmütz zu betreiben;[1]) höchstens bis Brünn solle er entgegengehen. Der Major glaubte verstanden zu haben, daß er unter gewissen Eventualitäten mitreisen solle, was der König zugab. Der Major war eben heraus, als eine telegraphische Depesche die Minister um 5 Uhr ankündigte; er ging also nicht nach Berlin.[2]) Minister Manteuffel reiste aber noch am andern Morgen.

Der König nahm mir den Brief des Kaisers ab und fragte: „Was bringen Sie Gutes?" Ich richtete die Empfehlungen des Kaisers und der Kaiserin aus und deutete, dazu aufgefordert, darauf hin, daß das Schreiben wohl nicht allzu freundlich sein möchte. Der König warf den Brief noch unerbrochen auf den Tisch und sagte: „Der Kaiser hat jetzt in seinen Briefen einen so rücksichtslosen Ton angenommen, daß ich nächstens ‚Votre Majesté' an ihn schreiben werde. Ich fürchte, er hat die Naturanlage seines Herrn Vaters!" (mit dem Finger auf die Stirn deutend).

Ich sagte, daß es den Anschein habe, als wenn die Briefe des Königs den gewünschten Eindruck beim Kaiser nicht hervorbrächten,[3]) der nun einmal unsre

---

[1]) Um die immer noch schwebende Ungewißheit, ob Krieg oder Frieden, zu beseitigen, hatte Oesterreich am 25. November in Berlin ein Ultimatum gestellt. Daraufhin hatte der König sofort die Zusammenkunft Manteuffels mit Schwarzenberg in die Wege geleitet, um in letzter Stunde noch eine Verständigung herbeizuführen, die bei dem Stande der Dinge nur durch Nachgeben Preußens erreicht werden konnte. (Friedjung, II_1, S. 103 und Sybel, II, S. 51 ff.)

[2]) Vgl. v. Poschinger, Preußens auswärtige Politik, I, S. 32 und Gerlach, I, S. 562 und 573 f.

[3]) Vgl. Gerlach, I, S. 627. Nesselrode schreibt in einem Briefe vom 25. November 1850 an Meyendorff (Lettres et papiers du chancelier Comte de Nesselrode, X, p. 12) für die Ueberhebung der damaligen russischen Diplomaten besonders Preußen gegenüber sehr bezeichnend: „Notre bon roi de Prusse ne cesse, mon cher Meyendorff, de faire, de dire et d'écrire des sottises et de nous rendre, à l'Empereur comme à moi, la vie bien dure."

Digitized by Google

Verhältnisse noch in einem zu grellen Licht betrachte und daher immer im Mißverständnis gegenüber der Auffassung des Königs sei; ich glaubte daher, daß die Verständigung auf schriftlichem Wege schwer zu erzielen sein werde, und — „Sie meinen, es wäre besser, ich schriebe dem Kaiser gar nicht mehr?“ fiel mir der König ins Wort. Ich bejahte es. Der König nahm es nicht ungnädig auf; er fragte, ob ich Rochow noch in Petersburg gesehen? Als ich es verneinte, sagte er: „Das tut mir leid!“ Und nun tat es mir allerdings auch leid. Der König sagte mir noch, daß er noch auf eine Verständigung mit Oesterreich hoffe; er war sehr ungehalten, daß Minister Manteuffel nicht schon fort sei. Wenn das aber nichts helfe, so möge es kommen, wie es wolle. Ich erwähnte noch, wie freudig alles zu den Fahnen eile, und der König sagte, daß er auch von allen Seiten die besten Nachrichten darüber erhalte.

Ich meldete mich, da die Minister schon angekommen waren, bei Stockhausen und Manteuffel. Nach des letzteren Rückkunft von Olmütz habe ich vier- oder fünfmal versucht, ihn zu sprechen, aber stets vergebens; und so habe ich ihn denn bis heute[1]) noch nicht über meine Reise gesprochen und werde ihn auch nicht mehr darüber sprechen.

Am 29. November war Schlegell mit seiner Frau zur Tafel in Potsdam, wo er sich mit dem Könige ausführlich über Rußland unterhielt. Seine Erzählung, wie besonders General Berg mit entschiedenem Ausdruck gesagt habe: Rußland würde sehr ungern einen Krieg machen, brach Friedrich Wilhelm mit der Bemerkung ab: „Wenn die Russen aber Krieg machen, so machen sie ihn sehr gut.“

Von Interesse dürften auch noch die weiteren Aufzeichnungen sein, die hier folgen:

„In den nächsten Tagen nach meiner Ankunft machte ich dem Prinzen von Preußen, Minister Ladenberg, interimistischem Premier, und General Stockhausen Mitteilungen. Ersterer war noch sehr aufgeregt über den Gang unsrer Politik. Er sagte u. a.: „Der König war am 2. November so herrlich, wie ich ihn nie gesehen habe; man hätte ihm die Füße küssen mögen; er war so überzeugend, so hinreißend, er zeigte, wohin uns die Nachgiebigkeit führen werde; er beschwor, er bat die Minister, sich ihm fest und einstimmig anzuschließen. Es half nichts; die Männer saßen da wie die Stöcke.“[2]) Ladenberg sagte mir, daß der König sehr ungehalten über den Brief des Kaisers gewesen wäre, und daß er ausscheiden würde, wenn wir in Olmütz nachgeben würden.[3]) Prinz Karl[4]) ließ mich auch vor; er war ganz in Manteuffels Ansicht. General Wrangel hatte ich eben die Mitteilungen gemacht, die ich machen durfte, als Prokesch eintrat, was mich allerdings etwas stutzig machte. Ob Prokesch oder ein andrer daraufhin verbreitet hat, ich hätte die Nachricht mitgebracht, die Russen ließen 200000 Mann gegen uns marschieren, weiß ich nicht. Ich habe es auch nur von Prinz

[1]) Die Niederschrift ist 5. Juni 1851 datiert.

[2]) Vgl. Bailleu-Schuster, a. a. O., I, S. 450, 452, und Roons Denkwürdigkeiten, I, S. 259.

[3]) Ladenberg nahm wirklich 19. Dezember 1850 den Abschied.

[4]) Bruder des Königs, Vater des Prinzen Friedrich Karl.

Digitized by Google

Karl gehört. Auch bei Budberg und Benckendorff[1]) war ich einige Male. Wörtlich dieselben Argumente, die der Kaiser braucht, so daß wir alle drei lachten, wenn ich ihnen ihre Entgegnung schon immer vorweg nahm. Wie der Kaiser sagten sie: Wenn wir uns vergrößern wollten, so würde Rußland Preußen und Danzig, Oesterreich Schlesien, Frankreich den Rhein mit demselben Recht fordern. Ich wiederholte immer wieder, es handle sich nicht um eine Vergrößerung, sondern nur darum, daß die norddeutschen Fürsten keine andre Politik verfolgen dürften als die preußische, wenn Preußen eine kräftige Vormauer gegen die Revolution bilden solle.

Man bestritt es, daß Oesterreich feindselig gegen uns sei; es habe sich gegen die Union schützen müssen; deshalb der Vertrag von Bregenz.

Ich meinte, wenn er nichts Feindliches gegen Preußen enthielte, so würde er nicht so sehr geheim gehalten werden. „Schaffen Sie sich bessere Diplomaten an," sagte Budberg, „dann werden Sie es erfahren!" — „Ich überlasse Ihnen unsre alle!" erwiderte ich. „Ich danke Ihnen herzlich! Wir wollen sie gar nicht haben," war die Antwort. — Auf Holstein die größte Wut; Budberg sprang immer im Zimmer umher: „Sakristi! die Hand sollen wir den Rebellen bieten! Gehangen müssen sie alle werden, die Statthalter zuerst!" (Jetzt, am 30. Mai 1851, hat er dasselbe zu unserm Kommissar General Thümen[2]) gesagt, der ihm erwiderte: „Wenn Sie die Henkersknechte machen wollen, so tun Sie es und gehen Sie hin; wir geben uns nicht dazu her.") Budberg wurde so lebendig, daß er mir sagte, auf unsre Landwehr sei gar nichts zu geben, worauf ich ihm natürlich erwidern mußte, daß ich, wenn es sein müßte, recht gern damit auf die russischen Garden losgehen würde. Wir sind aber deshalb ganz gut miteinander, nur kann ich mich nicht überzeugen, daß ihre Politik die richtige für die Dauer ist, auch jetzt noch nicht, wo der König eben aus Warschau kommt[3]) und die jungen Großfürsten hier waren, und wo mir Benckendorff sagte: „Nun, es ist doch besser, daß Ihre hessische Politik nicht ausgeführt worden ist!" — Preußen ist gedemütigt worden; es wird auf diesem Wege immer mehr gedemütigt werden; damit wird es moralisch geschwächt, und darin liegt eine enorme Gefahr nicht bloß für Preußen — für Europa.

Anfang Dezember erhielt ich den Annenorden in Brillanten. Der König sagte mir, als ich mich nach einer großen Parade in Berlin deshalb meldete: „Das freut mich um so mehr, als man ja anfangs nicht zufrieden mit Ihnen war!" Gerlach sagte mir darüber, ich hätte mich etwas freimütig geäußert.[4])

---

[1]) Graf Konstantin Benckendorff, 1848 bis 1855 russischer Militärbevollmächtigter in Berlin.

[2]) Gemäß der Olmützer Punktation vom 29. November 1850 war die Ordnung der holsteinischen Angelegenheit gemeinsamen Kommissaren übertragen worden; der preußische war General v. Thümen, der österreichische Graf Mensdorff-Pouilly.

[3]) Zusammenkunft mit dem Zaren 18. bis 27. Mai 1851.

[4]) Vgl. „Aus dem Leben Theodor v. Bernhardis", II, S. 71: „Nun kommt der preußische Major v. Schlegell an [in Petersburg], um zu erklären, wie es eigentlich mit der Besetzung

Digitized by Google

Ich fragte nun, ob der König mit mir unzufrieden sei. „O nein, der König gar nicht!“ Er hat mir das auch nie gezeigt; ich war seitdem des öfteren in Charlottenburg, und er war immer sehr gnädig für mich. — General Rochow, der bald nachher zurückkam, und dem ich einmal etwa eine Viertelstunde lang referieren konnte, fand es richtig, daß ich Radowitz nicht verteidigt, seine Entfernung aber als ein Opfer, was der König gebracht, dargestellt hatte. Er sagte mir, daß der Kaiser mich für einen treuen, guten Patrioten halte. Ueberhaupt kann ich mir, so oft ich auch diese Zeit an meinem Innern habe vorübergehen lassen, keinen Vorwurf machen. Ich hatte im Sommer dem General Gerlach das übergeben, was ich über die damaligen Gespräche niedergeschrieben hatte; ich weiß nicht, ob es der König gelesen hat. Da er mich aber im November wieder nach Petersburg schickte, so mußte ich annehmen, daß die Art, wie ich die Angelegenheiten meines Vaterlands betrachtete, nicht für ganz verwerflich gehalten wurde. In einem der kritischsten Momente der preußischen Monarchie fortgeschickt, wo die Armee mobil gemacht, das System geändert, das Ministerium noch nicht gebildet war und vom Könige nichts weniger als gern gesehen wurde, eigentlich ohne Instruktion, war ich auf diese meine Ansichten allein angewiesen, mit denen ich wie auf einem Fahrzeug ohne Steuer plötzlich zwischen die Klippen geschleudert war. Ich habe dennoch nur Gebrauch davon gemacht, wenn es nötig war, die Mobilmachung zu rechtfertigen; und ich habe, so oft ich konnte, wiederholt, bis wohin es nur meine persönliche Ansicht sei, und daß ich die des Ministeriums nicht kenne, weil es ein solches eigentlich nicht gegeben habe, als ich fortging. Einen Erfolg konnte ich nicht haben,[1]) wenigstens nicht weiter, als ich ihn eigentlich schon vorfand; für einen guten Diplomaten wird man mich gewiß nicht halten, aber ich glaube auch nicht, daß ich etwas verdorben habe — wenigstens habe ich die Ehre meines Königs und meines Vaterlandes nicht über Bord geworfen!“

---

von Hessen zusammenhängt. Der hat dem Kaiser reinen Wein eingeschenkt und eine etwas derbe Sprache geführt, gesagt, daß die Berichte des Gesandten den Kaiser täuschten.“ Wie weit im einzelnen die Angaben Bernhardis den Tatsachen entsprechen, ließ sich nicht feststellen; durch Schlegells eigne Mitteilungen werden sie weder bestätigt noch widerlegt.

[1]) Bernhardi schreibt a. a. O., II, S. 71: „Schlegell lieferte Beweise, daß im Kriege ganz Deutschland Preußen zufällt, daß die Provinzen den Befehl zur Rüstung mit Enthusiasmus aufgenommen und unter der Hand von freien Stücken 500000 Mann und 60 Millionen Taler angeboten haben. Er zeigte ferner die fulminante Note Oesterreichs und fragte, ob Preußen etwas andres tun könne als den Handschuh aufnehmen? — Der Kaiser mußte gestehen: Nein! Nach diesem Gespräch hat er sich die Schröpfköpfe setzen lassen — und darauf folgten die friedlichen Befehle an die Armee.“

Von all diesen Angaben findet sich bei Schlegell selbst nur der Bericht über den Enthusiasmus in Preußen, den er ja auch dem Zaren gegenüber erwähnte nach seinen Aufzeichnungen. Auch sonst konnte nirgends eine Bestätigung von Bernhardis Mitteilungen gefunden werden. Unter der bei Schlegell gleichfalls nicht erwähnten „fulminanten Note Oesterreichs“ würde wohl die vom 4. November zu verstehen sein (Friedjung, II, S. 93).

Digitized by Google

Nachwort

Versuchen wir zum Schluß, uns noch einmal selbst die Frage nach dem Erfolge dieser diplomatischen Sendung zu beantworten.

Schlegell hatte nach seinen eignen Angaben den Zaren hauptsächlich dazu bringen sollen, Oesterreich „bis nach den Konferenzen Halt" zu gebieten, nämlich in seinem Vorgehen in Hessen und Holstein. Das hatte er allerdings nicht erreicht; denn Rußland wirkte zwar mäßigend auf Oesterreich ein,[1]) war aber ganz damit einverstanden, daß in Hessen und Holstein sofort, noch vor den Konferenzen, durch die Bundestruppen Ordnung geschaffen würde.[2]) Es blieb also vollkommen auf Oesterreichs Seite.[3]) Der eigentliche Zweck der Schlegellschen Sendung, der, wie schon aus der Einleitung zu ersehen, doch wohl darin bestand, Rußland von Oesterreich zu trennen, war demnach nicht erreicht.[4])

Aber vielleicht konnte sie für die preußische Regierung einigen Wert haben dadurch, daß sie ihr Klarheit verschaffte über die Stellung Rußlands in einem etwaigen preußisch-österreichischen Kriege. Nach dem in unsern Aufzeichnungen erwähnten Schreiben Schlegells an Gerlach vom 15. November erklärte nämlich der Zar in der Audienz vom 14. November: er werde sich erst dann in den Krieg mischen, „wenn die Existenz eines der Staaten bedroht sei".[5]) Da aber bei den bestehenden strengen Vorschriften von dem unten genannten Archiv eine Einsichtnahme in die Akten oder die Uebermittlung einer Abschrift nicht gestattet werden konnte, so war der Zusammenhang, in dem der Kaiser diese Erklärung abgegeben hat, und daher auch die wirkliche Bedeutung jener scheinbar wichtigen Aeußerung nicht genau festzustellen. Jedenfalls würde bei ihrer vollen Gültigkeit die sehr wahrscheinliche Annahme Meineckes,[6]) daß Preußen in einem Kriege wegen Kurhessens Rußland nicht zum Gegner gehabt haben würde, im wesentlichen als richtig bestätigt werden dahin, daß der Zar nur im äußersten Falle über die den Oesterreichern versprochene moralische Unterstützung bei einem solchen Kriege hinausgegangen wäre.[7])

---

[1]) Vgl. Lettres et papiers du chancelier Comte de Nesselrode, IX, 323 ff.; Briefe Münsters an Manteuffel, „Deutsche Revue", Januar 1913, S. 15; Meinecke, Radowitz, S. 503.

[2]) Vgl. Nesselrode, a. a. O., X, S. 13.

[3]) Vgl. Friedjung, II, S. 117.

[4]) Vgl. „Deutsche Revue", Januar 1913, S. 18.

[5]) Mitgeteilt vom Kgl. Geheimen Staatsarchiv zu Berlin, wo sich der Brief befindet.

[6]) A. a. O., S. 481 ff. und 515 ff.

[7]) Die dem scheinbar widersprechende, bei Friedjung, II, S. 100, erwähnte drohende russische Note vom 19. November ist nicht so ernst zu nehmen; durch sie wollte man hauptsächlich den friedliebenden Manteuffel gegenüber der preußischen Kriegspartei unterstützen (Nesselrode, a. a. O., IX, S. 325). Nicht anders wird die bei Sybel, II, S. 49, mitgeteilte Drohung Budbergs vom 22. November zu bewerten sein (vgl. auch Meinecke, a. a. O., S. 482). Als letzter Einwand bliebe nur die Möglichkeit plötzlichen Kriegsentschlusses, die Münster („Deutsche Revue", Januar 1913, S. 21) bei der Leidenschaftlichkeit und Gereiztheit des Zaren für nicht ganz ausgeschlossen hielt, obgleich auch er den Eindruck hatte, daß Nikolaus wegen Hessen „vorerst nicht marschieren" würde.

Digitized by Google

Von Bedeutung für die Beurteilung Friedrich Wilhelms IV. und seiner Politik dürfte es dann aber besonders sein, wenn man genau wüßte, daß er selbst jene Erklärung seines kaiserlichen Schwagers erfahren hat. Es ist ja wahrscheinlich, daß dies durch den gleichzeitigen Brief Major v. Schlegells an den König geschehen ist; da aber dieses Schreiben, wie schon früher erwähnt, in Berlin nicht ermittelt wurde und eine Berichterstattung Gerlachs an seinen Herrn über diesen Punkt auch nur wahrscheinlich ist, so sind wir vorläufig im Ungewissen über den Sachverhalt.

Bei genaueren Nachforschungen darüber könnte sich also wohl als gewiß herausstellen erstens das, was Meinecke schon als wahrscheinlich dargelegt hat: Preußen brauchte 1850 vor Rußland keine Furcht zu haben und zweitens, was man bisher nicht geglaubt hat: Man kannte in Berlin in den kritischen Tagen diese Stellung Rußlands und ist doch nach Olmütz gegangen.

Diese zweite Schlußfolgerung hat allerdings zur Voraussetzung, daß der König und die Minister auf jene Aeußerung des Zaren weit mehr Gewicht legen durften und mußten als auf die schon erwähnten (Anm. 7 auf S. 100) späteren russischen Kriegsdrohungen. Um darüber urteilen zu können, wäre auch festzustellen, welche Bedeutung Friedrich Wilhelm IV. und seine Ratgeber der Schlegellschen Sendung überhaupt beimaßen. Da auch die wichtige Sendung Radowitz' nach England im November 1850 in unsrer besten Quelle, Gerlachs Tagebuch, nur flüchtig erwähnt wird [I, S. 558], so wäre es kein zwingender Grund gegen die Wichtigkeit der russischen Sendung, daß Gerlach in seinen Denkwürdigkeiten eigentlich gar nicht von ihr spricht (außer I, S. 554). Eine genaue Durchforschung der Akten wäre jedenfalls die erste Bedingung für die nötige Klarheit. Der Wert der Schlegellschen Aufzeichnungen würde dadurch wahrscheinlich noch erhöht werden.

Das Fleckfieber und seine Bekämpfung

Von

Prof. Dr. K. B. Lehmann,

Direktor des hygienischen Instituts Würzburg

In den früheren Kriegen haben die Infektionskrankheiten nicht selten eine weit größere Rolle als Todesursache gespielt als die Waffen der Kämpfenden; so sind im Krimkriege, in dem das Fleckfieber und die Cholera wüteten, bei den Franzosen und Engländern rund dreimal soviel Menschen an Seuchen gestorben als direkt und indirekt durch die Waffen der Feinde.

Selbst im Jahre 1870 war bei den deutschen Truppen, trotzdem die Verhältnisse hier wesentlich besser waren als bei den Franzosen, die Zahl der an

Digitized by Google

Krankheit Gestorbenen noch etwa halb so groß wie die Zahl der ihren Wunden Erlegenen und der direkt vor dem Feind Gefallenen zusammen.

In diesem Krieg liegt die Sache vollkommen anders. Wir haben ziemlich viel Tote auf dem Schlachtfeld, von den sehr zahlreichen Verwundeten starben aber nur wenig (etwa 2 bis 3 Prozent), und auch die Zahl der an Infektionskrankheiten Sterbenden ist sehr klein, jedenfalls nur einige Prozent der durch feindliche Waffen Getöteten. Insbesondere ist es gelungen, die Ruhr, den Abdominaltyphus und die Cholera im deutschen Heer durch verschiedene zielbewußt durchgeführte Maßnahmen derart zurückzudämmen, daß sie für die Gesamtsterblichkeit wenigstens bisher und voraussichtlich auch in Zukunft bedeutungslos sind.

Nun geht durch die Zeitungen die Notiz, daß eine neue Heeresseuche im Osten auftritt, eine Krankheit, die in früheren Jahrzehnten und Jahrhunderten als eine der schrecklichsten Kriegsseuchen gefürchtet war, die aber der jetzt lebenden Generation in Westeuropa so gut wie unbekannt ist, der Flecktyphus oder das Fleckfieber.

Noch vor fünfzig Jahren war die Krankheit bei uns nicht selten. Virchow hat dieselbe als Würzburger Professor 1848 namentlich in Schlesien studiert, wo sie damals unter dem Namen Hungertyphus ausgebrochen war. Auch später hat sie in Ostdeutschland noch zahlreiche Opfer gefordert. Breslau allein hatte 1857 6000 Erkrankungen und 1000 Tote. Jetzt hat ganz Deutschland seit zehn Jahren noch jährlich zwei bis siebzehn Fleckfiebererkrankungen! Im Osten von Europa aber ist die Krankheit nie erloschen. Das europäische Rußland hat in den letzten Jahren jährlich 90 000 bis 130 000 Erkrankungen aufzuweisen gehabt. Im Sommer 1914 war in Galizien in der Zivilbevölkerung eine mittelstarke Flecktyphusepidemie. Jetzt ist sie in ziemlicher Ausdehnung in einigen Lagern von in Deutschland gefangenen Russen aufgetreten und hat dabei, wenn auch nur in verschwindend kleiner Zahl, bei deutschen Aerzten und Wächtern Opfer gefordert. Ueber die Ausbreitung der Krankheit auf dem russischen Kriegsschauplatz fehlen bisher nähere Angaben.

Es dürfte allgemeines Interesse haben, einiges über den gegenwärtigen Stand unseres Wissens von dieser Krankheit zu hören. Erst seit den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts hat man angefangen, aus dem Sammelbegriff Typhus drei ganz verschiedene Krankheiten auszuscheiden:

1. den durch Bakterien bedingten Abdominaltyphus oder das Typhoid, in Deutschland „Typhus" schlechtweg genannt;
2. den durch im Blut lebende, ziemlich große Protozoen von charakteristischer Spiralform (Spirochaeten) erzeugten Typhus recurrens oder wie die Krankheit jetzt allgemein genannt wird: febris recurrens oder das Rückfallfieber;
3. das uns heute beschäftigende Fleckfieber (Typhus exanthematicus), dessen Erreger zurzeit noch niemand mit Sicherheit gesehen hat, obwohl sehr viele Untersuchungen darüber angestellt sind.

Digitized by Google

Die Krankheit verläuft etwa folgendermaßen, bei der Schilderung ist namentlich auf die Unterschiede vom Unterleibstyphus Wert gelegt:

Zwischen der Ansteckung mit Fleckfieber und dem Ausbruch der Krankheit vergehen ein bis zwei Wochen mit leichten Allgemeinerscheinungen, Kopfschmerzen, leichten Fiebersymptomen und Mattigkeit. Ein plötzlich einsetzender Schüttelfrost bezeichnet den Beginn der eigentlichen Erkrankung. Die Temperatur steigt rasch auf 40, ja 41 Grad, Erbrechen ist nicht selten.

Die Temperatur bleibt nun eine Woche ziemlich gleich hoch, sinkt nur morgens ein wenig. Der Kranke klagt über starken Kopfschmerz, Mattigkeit, Ohrensausen, manchmal Benommenheit, ja Delirien. Die Zunge ist trocken und belegt, Nasen- und Augenkatarrhe sind nicht selten. Fast regelmäßig tritt ausgebreitete Bronchitis auf. Darmsymptome fehlen. Schon zwischen dem dritten und fünften Fiebertag zeigen sich auf der Haut am Rumpf und an den Gliedmaßen, besonders auch im Gesicht, zahlreiche bis linsengroße, etwas erhabene, blasse, verwaschene, rote Fleckchen (100 bis 1000), die ursprünglich eine rein hyperämische Beschaffenheit erkennen lassen und von manchen Autoren mit Masern verglichen werden. In schweren Fällen kommt es zu einer bläulichen Verfärbung und zuweilen zu kleinen Blutaustritten (Petechien). Die Milz ist fast immer geschwollen.

In der zweiten Krankheitswoche verlieren die leichten Fälle ihr Fieber, und die Genesung beginnt. Bei den schweren Fällen tritt unter Benommenheit andauernd hohes Fieber und erhebliche Schwäche auf. Es können hypostatische Prozesse in der Lunge sich entwickeln, Herzschwäche kann auftreten, ein tödlicher Ausgang ist nicht selten. Andernfalls tritt am Ende der zweiten oder dritten Krankheitswoche unter reichlicher Schweißbildung meist ziemlich rasch eine Entfieberung ein. Der Ausschlag blaßt dann rasch ab. Auch die übrigen Krankheitserscheinungen gehen zurück.

Neben diesen typischen Fällen kommen sehr leichte vor, wie es scheint, manchmal in sehr großer Zahl mit geringem Fieber und minimalem Krankheitsgefühl, deren Erkennung sehr schwer oder unmöglich ist, die aber ansteckend sind und daher eine große Gefahr darstellen.

Vom Unterleibstyphus unterscheidet sich das Fleckfieber somit in typischen Fällen erheblich durch frühes und reichliches Auftreten des Ausschlags, rasches Ansteigen, geringes Schwanken und rasches Absinken des Fiebers, Fehlen der Darm- und Vorhandensein der Lungensymptome. — Natürlich fehlen Typhusbakterien und Serumagglutination und bei der Sektion alle typischen Darmveränderungen. — Auch die Unterscheidung von Influenza, Masern und Scharlach kann im einzelnen Fall Schwierigkeiten machen.

Die älteren Autoren bis in die neueste Zeit halten den Flecktyphus für eine der ansteckendsten Krankheiten. Wärter und Aerzte, aber auch die Saalgenossen der Kranken erkranken sehr häufig. Strengste Isolierung der Kranken und intensivste Lüftung der Krankenbaracken wurde empfohlen, letztere, um den unsichtbaren Infektionsstoff möglichst zu verdünnen — doch waren alle Maßnahmen

Digitized by Google

wenig wirksam. Wer sich z. B. wissenschaftlich mit Flecktyphus beschäftigte, erkrankte fast stets und starb häufig.

Hier setzen nun die neuen Forschungen ein, die mit besonderem Erfolg u. a. von Nicolle in Tunis mit Unterstützung von Conseil und andern Schülern vorgenommen wurden.

Der Flecktyphus war bei der Wahl geeigneter Tiere durch den Versuch als typische Infektionskrankheit leicht zu erweisen. Einige Kubikzentimeter Blut eines Erkrankten (etwa bis zum zehnten Tage der Krankheit) erzeugen in die Bauchhöhle des Schimpansen, aber auch niederer, leichter zu beschaffender Affen gebracht, die Krankheit, und von jedem erkrankten Tier lassen sich beliebig viel Tiere der gleichen Art in ähnlicher Weise anstecken. Hat ein Tier die Krankheit überstanden, so hat es eine länger dauernde Immunität gegen die Krankheit erworben.

Das Blut muß also die Parasiten enthalten; man hat aber trotz mancherlei früherer positiver Angaben bis heute keine Infektionserreger mit den besten optischen Hilfsmitteln sehen können. Durch Versuche ist nur gezeigt, daß namentlich die weißen Blutkörperchen leicht die Krankheit übertragen, während die roten Blutkörper und das Serum wenig Infektionsstoff enthalten. Immerhin ist es in einigen Versuchen gelungen, durch dichteste Filter Serumfiltrate zu erhalten, die keine sichtbaren Parasiten enthielten, aber doch wirksam waren. Es muß also der Erreger wenigstens in einem Entwicklungsstadium unsichtbar klein und filtrierbar sein, er gehört also zu den sog. „ultramikroskopischen" Infektionserregern.

So interessant diese Feststellungen sind, so haben sie doch zunächst nur das praktisch negative Resultat, daß es schwer zu verstehen ist, wie eine Krankheit, deren Erreger im Blut sitzt, so leicht ansteckend wirkt. Die Krankheiten mit ähnlichem Blutbefund wie: die typischen Wundinfektionskrankheiten, der Milzbrand, die Malaria, sind nicht ohne weiteres ansteckend. Es fehlte hier ein wichtiges Bindeglied für das Verständnis.

Da brachte uns ein Analogieschluß mit einem Schlag einen Riesenschritt weiter. Es war schon immer aufgefallen, daß der Flecktyphus eine Krankheit der Proletarier, Landstreicher und der Unkultur sei. Wie wenige andre Krankheiten war er ein bevorzugter Gast von Nachtasylen, Armenhäusern und ähnlichen unsauberen Orten. Der kulturell tiefstehende Osten Deutschlands bewahrte die Krankheit lange, der Osten Europas am längsten. Wir kennen nun eine ganze Anzahl Krankheiten, die durch Zwischenwirte aus dem Tierreich übertragen werden (Malaria, Gelbfieber, Rückfallfieber und viele andre), es lag nahe, in dem häufigsten blutsaugenden Gast der Unkultivierten, der Kleiderlaus (Pediculus vestimenti), den Krankheitsüberträger zu vermuten.

Die Grundtatsachen, auf die sich die Läusetheorie des Fleckfiebers aufbaut, sind:

1. Läßt man an Fleckfieberkranken gesunde Kleiderläuse saugen, so können die Läuse vom fünften bis siebenten Tag nach dem Saugen ab die Krankheit durch neues Saugen auf Affen übertragen, wogegen in den ersten Tagen nach

Digitized by Google

dem Saugen die Laus die Krankheit noch nicht überträgt. Es muß also in der Laus eine „Reifung" des Infektionserregers stattfinden, die wir uns höchstwahrscheinlich nach Analogie mit der Malaria und dem Rückfallfieber so vorstellen dürfen, daß sich der Parasit im Darmkanal der Laus vermehrt, wobei wahrscheinlich geschlechtliche Vorgänge stattfinden. Die junge Generation der Parasiten bohrt sich vermutlich in die Leibeshöhle der Läuse durch, wandert in die Speicheldrüse und geht nun beim Saugen der Laus auf ein neues Opfer über.

2. Nur in Gegenden, wo Läuse vorkommen, kommt das Fleckfieber vor.

3. Wer mit Fleckfieberkranken verkehrt, ohne dabei Läuse zu erwerben, bleibt gesund.

4. Ein fleckfieberkranker, reinlicher (d. h. läusefreier) Mensch kann ruhig in einer reinlichen Familie gepflegt werden. Er ist zwar durch eine zufällig auf ihn übergegangene Laus infiziert worden, er verbreitet aber keine Läuse und kein Fleckfieber.

5. Durch besondere Versuche ist festgestellt, daß infizierte Läuse Eier legen, aus denen sich eine zweite infektionstüchtige Generation entwickeln kann, doch ist bisher noch nicht klar, ob dies praktisch wichtig ist.

In erster Linie kommen die Kleiderläuse als Ueberträger in Betracht. Bei der sehr nahen Verwandtschaft von Kleiderlaus und Kopflaus scheint es aber nicht ausgeschlossen, daß auch die Kopflaus als Ueberträger wirken kann. In Amerika ist sogar schon ein direkter Nachweis dieser Möglichkeit gelungen. Wir werden auch vom praktischen Standpunkt aus Kleiderläuse und Kopfläuse kaum auseinanderhalten, da die beiden Tiere morphologisch sehr ähnlich sind. Die Kleiderläuse sind etwas größer, der Kopf ist etwas länger, die Klauen etwas abweichend gebildet. Da aber nach den Büchern auch die Kopflaus ein recht variables Geschöpf ist, auf den verschiedensten Menschenrassen sich nicht nur durch verschiedene Farbe (die der des Trägers entspricht), sondern auch durch die verschiedene Ausbildung der Haken auszeichnet, so wird sich der Praktiker darauf beschränken müssen, die am Kopf und an behaarten Teilen des Körpers gefundenen (sofern es nicht Filzläuse sind) als Kopfläuse und die in den Kleidern sitzenden als Kleiderläuse zu betrachten.

Beide Tiere saugen etwa zweimal in 24 Stunden Blut beim Menschen. Ihr Stich juckt etwas, hinterläßt ein kleines rotes Fleckchen und veranlaßt sehr gern zum Kratzen. Kopfläuse kommen bei uns häufiger vor als Kleiderläuse und werden namentlich in den Schulen leicht verbreitet. Kleiderläuse sind in unsern Gegenden fast nur bei wandernden Handwerksburschen zu finden, die sich in den Herbergen durch Benützung infizierter Betten anstecken.

Die Kleiderlaus legt siebzig bis achtzig ziemlich große längliche weiße Eier (Nissen), die sie in den Kleidern namentlich an den Nähten anklebt. Nach drei bis vier Tagen kriecht die Larve aus und schon nach siebzehn Tagen ist die Laus geschlechtsreif geworden. Die Tiere vermehren sich also sehr bedeutend. Für die Kopflaus gelten fast die gleichen Daten. — Für Versuche muß man die Kleiderläuse zwischen warmen Stoffstücken halten und sie an Affen oder Meerschweinchen saugen lassen, ohne Blut leben sie zwei bis vier Tage.

Digitized by Google

Es ist in der letzten Zeit sehr viel die äußerst wichtige Frage diskutiert worden, ob nicht das Fleckfieber doch noch auf einem andern Weg auf den Menschen übergeht als wie durch Vermittlung des Läusebisses. Man hat namentlich an den ausgehusteten Auswurf oder an Hautschuppen u. dgl. als Ansteckungsquelle gedacht. Die in neuester Zeit in Deutschland gemachten Beobachtungen sprechen indessen ganz überwiegend in der Richtung, daß ohne Läuse keine Infektion zustande kommt. Da schon eine Laus wahrscheinlich zur Infektion ausreicht, so ist es oft natürlich nicht möglich, bei einem Erkrankten bestimmt nachzuweisen, daß er einmal von einer Laus gestochen wurde. Es ist dies meines Erachtens aber auch heute nicht mehr notwendig. Denn wir dürfen mit Bestimmtheit behaupten, daß keine Infektionskrankheit, in deren Entwicklungszyklus ein Insekt als Zwischenwirt hineingehört, unter natürlichen Bedingungen auch ohne Vermittlung dieses Zwischenwirts übertragen wird. Es gilt dies für das gelbe Fieber, für die Malaria, Papatacikrankheit, Rückfallfieber. Malaria wird nur durch die Anophelesschnaken, das gelbe Fieber nur durch die Stegomyamücke, das Papatacifieber nur durch die kleine Phlebetomusmücke, das Rückfallfieber nur durch Zecken und Läuse übertragen.

Dabei bleibt theoretisch richtig, daß es auch möglich ist, von einem Malariakranken oder Fleckfieberkranken mit einer Spritze einen bis einige Kubikzentimeter Blut zu entnehmen und mit diesem Blut die Krankheit auf einen Gesunden mit Erfolg zu übertragen. Es scheint ferner nicht unmöglich, daß man bei einer Sektion einer frischen Fleckfieberleiche sich infizieren kann, aber das sind Kuriosa ohne Bedeutung für die Praxis der Seuchenentstehung und Seuchenbekämpfung. Jedenfalls haben wir vorläufig, bis wir unzweifelhafte andre Tatsachen kennen, nach Analogie der oben genannten Krankheiten im Läusebiß die einzige Möglichkeit der Ansteckung zu sehen.

Auf Grund unsres theoretischen Wissens gestaltet sich die Bekämpfung des Flecktyphus sehr einfach. Eine spezifische Behandlungsmethode kennen wir nicht. Wir müssen also alles tun, um die Ansteckung Gesunder zu verhüten. Dazu haben sich in erster Linie die Menschen, die mit läusetragenden Flecktyphusverdächtigen (also namentlich z. B. russischen Gefangenen aus dem Osten) zu tun haben, in acht zu nehmen, daß keine Läuse auf sie übergehen. Eine Bespritzung der Kleider und eventuell Einreibung der Haut mit etwas ätherischem Oel (Fenchelöl, Anisöl, Kampferöl u. dgl.) benimmt den Läusen die Lust, auf den geschützten Menschen überzugehen. Lagerung der zu untersuchenden Kranken auf Bettstellen befreit den Arzt von dem sehr gefährlichen Knien auf dem Bettstroh, wobei besonders häufig Läuseüberwanderungen stattfinden sollen.

So rasch als möglich müssen wir darangehen, zunächst die Kranken und, soweit es die Mittel irgendwie gestatten, auch die Krankheitsverdächtigen, überhaupt alle aus verdächtigen Gegenden Stammenden zu entlausen. Wir haben dabei zu unterscheiden: die Befreiung des Körpers von Läusen (in erster Linie Kopfläusen) und die Befreiung der Kleider von Kleiderläusen. Die beiden

Digitized by Google

Aufgaben werden in der Weise nebeneinander gelöst, daß man die Verdächtigen sich vollständig entkleiden läßt, das Haar, wo notwendig, kürzt, ein Duschbad mit starker Abseifung appliziert und später die behaarten Teile mit einem der zahlreichen läusetötenden Mittel: Petroleum, Sabadillessig, grauer Salbe oder dergleichen behandelt. Die Behandlung wird zweckmäßig einige Tage hintereinander wiederholt, bis auch die letzten Eier getötet sind.

Während der Mensch entlaust wird, werden gleichzeitig die Kleider, Decken usw. einer energischen Behandlung unterzogen, indem sie entweder mit Wasserdampf desinfiziert werden oder dem Dampf geeigneter Chemikalien ausgesetzt werden. Für Vernichtung von Läusen in einzelnen Kleidungsstücken kann Benzin, Xylol, Schwefelkohlenstoff u. a. empfohlen werden, wobei die Feuersgefahr und zum Teil Giftigkeit der Stoffe zu beachten ist. Für die Vernichtung im großen wird die schweflige Säure (Schwefeldioxyd) am meisten empfohlen, die man entweder durch Verbrennen von Schwefel oder von Schwefelkohlenstoff erzeugt. Es wird empfohlen, auf 100 Kubikmeter 4 bis 5 Kilo Schwefel zu verbrennen. Ein zweckmäßiges Verfahren hat Grasberger (Wiener medizinische Wochenschrift 1914, Nr. 51) angegeben. Schweflige Säure tötet bei 1 Prozent Säure in 1 Stunde, Eier werden erst bei 4 bis 6 Prozent in 2 Stunden getötet. (Tjaden.)

Dürfte es auch bei sorgfältiger Anwendung dieser Methoden kaum gelingen, die letzte Laus zu vernichten, so werden sie doch Glänzendes leisten und die Infektionsgefahr auf ein kleines Minimum herabsetzen. Es ist beim Flecktyphus wirklich möglich, die alten Ideale durchzuführen, durch Desinfektion der Kranken und Verdächtigen eine Infektionskrankheit sicher einzudämmen, weil der Infektionserreger hier in den Läusen an der Oberfläche des Körpers, in den Kleidern den Desinfektionsmitteln leicht zugänglicher sitzt und weil nach der Vernichtung der Läuse die im Menschen gebliebenen Infektionserreger denselben nicht mehr verlassen, also nicht mehr auf andre übergehen können. So ist es denn wieder in einem Falle gelungen, durch wissenschaftliche Forschung eine furchtbare Krankheit zu bekämpfen, gegen die man früher vollständig ratlos war, bloß dadurch, daß wir den Zwischenwirt der Krankheit ermittelten und ohne daß wir den bisher unsichtbaren Erreger selbst kennen. Gewiß ein glänzender Triumph der wissenschaftlichen Seuchenforschung!

Als Beweis, daß meine Darstellung nicht zu optimistisch ist, kann angeführt werden, daß trotz zahlreichen Erkrankungen in den russischen Gefangenlagern nur verschwindend wenige Fälle bei deutschen Aerzten und Mannschaften vorgekommen sind, und zwar größtenteils ganz im Anfang, als man noch nicht mit dem Nachdruck wie heute die Läuse zu vernichten unternommen hat.

Schwieriger wird sich allerdings der Schutz unsrer Soldaten in den verlausten polnischen Quartieren gestalten. Hier werden die oben angedeuteten ätherischen Oele eine wichtige Rolle als Selbstschutz zu spielen berufen sein. Daneben wird eine Schwefelräucherung der Betten und Decken einzusetzen haben, sowie dazu Zeit ist.

Digitized by Google

Der deutsch-englische Seekrieg

Von

Fritz Hoffmann, Konteradmiral z. D. (Kiel)

Als günstige Vorbedeutung für den Verlauf des Seekrieges im neuen Jahre war es zu betrachten, als früh morgens am 1. Januar in der Nähe des englischen Kriegshafens Plymouth, also nicht fern vom westlichen Ausgang des englischen Kanals, das englische Linienschiff „Formidable", durch einen Torpedoschuß eines deutschen Unterseeboots tödlich getroffen, mit dem größten Teil seiner Besatzung unterging. Es war dieses ein erfreulicher Neujahrsgruß der deutschen an die englische Flotte; und er bedeutete insofern einen besonderen Erfolg für die deutschen Waffen, als er den Beweis dafür erbrachte, daß der Angriffsgeist in der deutschen Seekriegsführung durch die Verluste der deutschen Kreuzer im Auslande nicht gebrochen war, vielmehr immer weiter sich vorwagte, und daß deutsche Unterseebootsangriffe auch in den von der deutschen Küste entferntesten britischen Gewässern, wo sich bisher die englische Flotte für durchaus sicher vor deutschen Unterseebooten gehalten hatte, möglich seien.

Die Andeutung, die Großadmiral v. Tirpitz im Dezember in einer Unterredung mit einem amerikanischen Berichterstatter über die Möglichkeit, die Unterseebootswaffe gegen den feindlichen Seehandel zu verwerten, hatte fallen lassen, fand im Untergang des „Formidable" die Bestätigung ihrer Richtigkeit und zeigte somit der deutschen Seekriegsleitung den Weg, zu beweisen, daß Deutschland über die Mittel verfügt, die Methode der Aushungerung des feindlichen Landes, die England bereits seit zwei Monaten gegen Deutschland in Anwendung brachte, nun auch seinerseits gegen England durchzuführen. Dieser Beweis wurde weiter auch bald handgreiflich erbracht:

Am 30. Januar glückte es dem deutschen Unterseeboot „U 21", vor dem Eingang von Liverpool drei englische Dampfer, und am selben Tage einem andern deutschen Unterseeboot, an der französischen Küste, beim Kap d'Antifer, den japanischen Dampfer „Takomaru" zu versenken. Das waren Schläge, wie sie sich England nicht hatte träumen lassen; bedeuteten sie doch einmal die Ausdehnung des Kriegsschauplatzes auf die Gewässer rund um die britischen Inseln, und ferner, daß der deutsche Kriegsplan jetzt außer durch Niederkämpfung der militärischen Machtmittel des Feindes, durch Unterbindung der Zufuhr an Lebensmitteln und Rohprodukten für die feindliche Bevölkerung das Kriegsziel erreichen konnte.

Der Angriffsgeist der deutschen Seekriegsführung bewährte sich aber im ersten Monat des neuen Jahres nicht nur auf dem Gebiet der Unterseebootskämpfe, sondern überall, wo ihm Aussicht auf Erfolg winkte.

Zunächst war dieses der Fall auf dem Gebiet des Luftkampfes:

Digitized by Google

In der Nacht vom 19. zum 20. Januar unternahm zum erstenmal ein Geschwader deutscher Marineluftschiffe einen Vorstoß auf die englische Küste. Es war dieses gewissermaßen die Erwiderung eines ähnlichen Vorstoßes, den englische Streitkräfte, bestehend aus leichten Schiffen und Wasserflugzeugen, am zweiten Weihnachtstage gegen die Flußmündungen der deutschen Bucht unternommen hatten, der jedoch mühelos von deutschen Luftfahrzeugen abgewehrt war. Der deutsche Vorstoß aber glückte vollkommen. Es wurden mit bestem Erfolge die Städte Yarmouth, Sherringham, Kings Lynn und Cromer beschossen, bedeutende Verluste an Menschenleben und Hab und Gut der Bewohner herbeigeführt und erreicht, daß sich viele Bewohner nach dem Innern des Landes flüchteten. Es war somit ebenso wie durch die Beschießung der Küstenstädte Scarborough, Hartlepool und Whitby durch Teile der deutschen Flotte am 16. Dezember 1914 der britischen Bevölkerung Angst und Schrecken eingejagt und ihr wie noch nie in der Geschichte ihres Landes der Schrecken des Krieges am eignen Leibe fühlbar gemacht. Hatte doch bisher England seine Kriege stets durch Söldner oder andre Völker fern von den britischen Inseln ausfechten lassen und war selbst noch nie von der unmittelbaren Wirkung des Krieges betroffen worden. So ist diese Beschießung englischer Städte durch die deutsche Flotte und Luftschiffe als ein wirkungsvoller moralischer Erfolg zu bezeichnen.

Weiter gelang es der deutschen Flotte im Monat Januar, einen Erfolg durch ein siegreiches Vorpostengefecht zu erzielen, in welchem zum erstenmal auf beiden Seiten die neuesten Panzerkreuzer in Wirksamkeit traten, welches Gelegenheit bot, die Leistungsfähigkeit der stärksten Schiffe beider Flotten gegeneinander abzuwägen. Es war dieses die Kreuzerschlacht in der Nordsee am 24. Januar. An ihr nahmen deutscherseits die Panzerkreuzer „Seidlitz", „Derfflinger", „Moltke" und „Blücher", englischerseits die Schlachtkreuzer „Lion", „Tiger", „Prinzeß Royal" und die Panzerkreuzer „New Zeeland" und „Indomitable" sowie ferner auf beiden Seiten mehrere kleine Kreuzer und eine größere Zahl von Torpedobooten und Torpedobootszerstörern teil. Die Schlacht endete nach etwa zweieinhalbstündiger Dauer damit, daß die englischen Schiffe, von welchen einer der Schlachtkreuzer gesunken und ein andrer sichtlich schwer beschädigt war, den Kampf aufgaben und sich zurückzogen. Deutscherseits war der Verlust des Panzerkreuzers „Blücher" zu beklagen, der dadurch erfolgte, daß der „Blücher" infolge erlittener Maschinenschäden allmählich hinter der Linie der andern Panzerkreuzer zurückblieb und so den mit höherer Geschwindigkeit von hinten aufkommenden Schlachtkreuzern zum Opfer fiel. Auf englischer Seite wurden ferner noch mehrere Torpedobootszerstörer zum Sinken gebracht.

England hat zwar versucht, diese Schlacht für sich als einen Sieg zu bezeichnen. Das ist aber eine durchaus unbegründete Anmaßung; denn die englischen Schiffe haben den Kampf abgebrochen und haben größere Verluste erlitten als die deutschen; daß der deutsche Admiral von einer Verfolgung des Feindes absah, ändert nichts an der Tatsache, daß die englischen Schiffe den Kampf aufgegeben haben, das Schlachtfeld dem Sieger, den deutschen Schiffen, überließen.

Digitized by Google

In dieser Schlacht lag die Uebermacht an schwerer Artillerie und an Geschwindigkeit auf englischer Seite. Der deutsche Sieg ist mithin mit Recht zu bewundern und zeigt, daß die deutsche Flotte hinsichtlich der Leistungsfähigkeit ihrer Schiffsbesatzungen der englischen mindestens vollauf gewachsen ist. Das geht auch aus Nachrichten hervor, die aus Südamerika jetzt nach Europa gelangt sind und die beweisen, daß die Vernichtung des deutschen Kreuzergeschwaders nur dem Umstande zuzuschreiben war, daß die Schiffe desselben („Scharnhorst" und „Gneisenau") bereits in früheren Kämpfen einen großen Teil ihrer Munition verbraucht hatten und so dem weit überlegenen Feinde fast wehrlos gegenüberstanden. Also nur, wo England über eine gewaltige Uebermacht verfügt, hat es Aussicht, Erfolge gegen die deutsche Flotte zu erzielen!

Schießlich hatte auch im neuen Jahre Deutschlands Krieg gegen den feindlichen Seehandel über See weitere schöne Erfolge aufzuweisen. Wurde doch durch Pressenachrichten bekannt, daß den in überseeischen Gewässern dem Handelskrieg obliegenden deutschen Kreuzern und Hilfskreuzern fortgesetzt feindliche Handelsschiffe zum Opfer gefallen sind. Es mag hierbei erwähnt werden, daß nach englischen Zeitungsnachrichten der bis Anfang Januar der englischen Handelsflotte und dem englischen Handel zugefügte Schaden auf weit über 2 Milliarden Mark geschätzt wurde.

Der vorstehende Rückblick ergibt, daß der Monat Januar des neuen Jahres, wenngleich er dem Seekrieg die Entscheidung noch nicht brachte, trotzdem für den weiteren Verlauf desselben insofern von hoher Bedeutung war, als in ihm die deutsche Seekriegsleitung erkannte, wie trotz der noch ungeschwächten Ueberlegenheit der englischen Flotte der Seekrieg mit Hilfe der deutschen Unterseebootswaffe eine Gestalt erhalten kann, welche England an seiner verwundbarsten Stelle, der Versorgung seiner Bevölkerung mit Lebensmitteln und industriellen Rohprodukten, zu treffen geeignet ist. Zwar ist dies eine neue Art der Kriegsführung, geboten durch die neue Waffe; aber die deutsche Seekriegsleitung kann und muß sich ihrer ohne Gewissensbedenken bedienen, weil England ihr auf diesem Wege vorangegangen ist. Hatte doch bereits Anfang November die englische Admiralität zum Zwecke der Aushungerung Deutschlands bekannt gegeben, daß sie die ganze Nordsee als Kriegsgebiet ansähe, und es daher für die neutrale Handelsschiffahrt mit Gefahr verbunden sei, die nördliche Grenze derselben zwischen Schottland und Island zu durchfahren. Sie hatte diese Maßnahme mit der Lüge begründet, daß deutscherseits in der Nordsee unter neutraler Flagge willkürlich Minen gelegt seien. Dieser Vorgang Englands gab Deutschland unzweifelhaft das Recht, mit derselben Maßnahme gegen England vorzugehen. Es war mithin nur eine Wiedervergeltung, als Anfang Februar der Welt durch zwei Bekanntmachungen des deutschen Admiralstabes vor Augen geführt wurde, daß Deutschland entschlossen sei, die englische Aushungerung Deutschlands in gleicher Weise zu erwidern. Diese Bekanntmachungen bezweckten, die neutrale Schiffahrt vor den Gefahren zu warnen, die ihnen auf dem Kriegsschauplatz drohen könnten, zumal England sich nicht scheute, seinen Handelsschiffen den Mißbrauch neutraler

Digitized by Google

Flaggen anzuraten. Es ist ja klar, daß auch neutrale Schiffe einem auf feindliche berechneten Angriff zum Opfer fallen können, wenn der Mißbrauch neutraler Flaggen durch den Feind zum Gesetz gemacht wird. Die deutsche Regierung kündigte ihre Maßnahmen ausdrücklich so rechtzeitig an, daß die neutrale Schiffahrt Zeit erhielt, sich wegen Anlaufens der am Kriegsschauplatz liegenden Häfen einzurichten. Im Gegensatz zur englischen Absperrung der Nordsee nahm mithin die deutsche Absperrung der englischen Küstengewässer Rücksicht auf die neutrale Schiffahrt.

Nachdem so auch Deutschland dazu übergegangen ist, sein Kriegsziel dadurch zu erreichen, daß es bemüht ist, der Bevölkerung Englands den Bezug derjenigen Bedürfnisse abzuschneiden, deren es zur Ernährung am dringendsten bedarf, hat der Seekrieg eine Gestalt angenommen, die den Anschauungen, welche die kultivierte Welt bisher vorm Kriege hatte, durchaus widerspricht. Diesen Zustand herbeigeführt zu haben, ist das Werk Englands.

Ob es aber damit seine Aussichten, das Kriegsziel, Deutschlands Niederwerfung, zu erreichen, verbessert hat, erscheint doch recht zweifelhaft. Denn der erste Monat, der seit den Bekanntmachungen des deutschen Admiralstabes über die Ausdehnung des Kriegsschauplatzes auf sämtliche englische Küstengewässer verflossen ist, beweist mit völliger Sicherheit, daß der Krieg aufs Messer, den Deutschland mit unterseeischen Waffen an Englands Küsten begonnen hat, kein Schlag ins Wasser war, vielmehr England da trifft, wo er treffen sollte, in seinem Wirtschaftsleben.

Bereits die erste Woche des deutschen Unterwasserkrieges brachte zahlreiche Erfolge für Deutschland. Durch Unterseeboote allein wurden nach Blätterangaben drei Transportschiffe, zwanzig Handelsschiffe und der Hilfskreuzer „Clanmonaughten" den englischen Schiffsverlustlisten hinzugefügt. In Anbetracht dessen, daß der deutsche Admiralstab vierzehn Tage dafür Zeit gelassen hatte, daß sich der Schiffsverkehr auf den Beginn des Unterwasserkrieges einrichten konnte, müssen diese englischen Verluste als außerordentlich bezeichnet und können nur so erklärt werden, daß die Annahme der englischen Presse, Deutschland hätte mit seinen Bekanntmachungen über die Ausdehnung des Kriegsschauplatzes nach englischem Muster nur ein Trugbild, einen sogenannten „Bluff", vormachen wollen, tatsächlich in England geglaubt wurde. Um so schmerzlicher dürfte da die Erkenntnis gewesen sein, daß das, was man für ein Trugbild hielt, bitterer Ernst war, zumal auch wohl schon erkannt wurde, daß es schwierig sei, gegen den deutschen Unterwasserkrieg wirksame Gegenmittel bereitzustellen. Denn nur zu bald erwies es sich, daß weder der Sicherungsdienst durch eine große Zahl englischer und französischer Torpedoboote und Zerstörer, sowie von bewaffneten Fischereifahrzeugen, noch die ohne Rücksicht auf die neutrale Schiffahrt vorgenommenen Störungen von der allgemeinen Sicherheit der Schiffahrt dienenden Einrichtungen, wie Leuchtfeuern u. dgl., imstande waren, die Erfolge der deutschen Unterseeboote zu verhindern. Brachten doch auch der Rest des Monats Februar sowie die erste Hälfte des März fast täglich Nachrichten solcher Erfolge. Da

Digitized by Google

englischerseits die Verluste ihrer Handelsflotte zum Teil verschwiegen werden, ist es kaum möglich, mit Genauigkeit die Zahl der von den Unterseebooten versenkten englischen Handelsschiffe festzustellen.

Wichtiger als diese Schiffsverluste sind aber für den Verlauf des Krieges die mittelbaren Wirkungen des Unterwasserkrieges auf das Wirtschaftsleben Englands. Nach Mitteilungen der neutralen Presse haben sich diese bereits auf vielen Gebieten des englischen Wirtschaftslebens geäußert. Zunächst machte sich der Druck der Unterseeboote im Steigen der Schiffsversicherungen und Lebensmittelpreise fühlbar; sodann fand eine außerordentliche Abnahme der Ein- und Ausfuhr auf dem Seewege statt, da viele Schiffahrtsgesellschaften, und zwar nicht nur in England, sondern auch in Holland und den skandinavischen Staaten, aus Furcht vor Schiffsverlusten und weil ein großer Teil der Schiffsmannschaften in Anbetracht der gefährlich gewordenen Schiffahrt sich weigerte, in See zu gehen, gezwungen waren, ihren Schiffsbetrieb mehr oder minder stillzulegen. Ferner bewirkte der durch das Fehlen von Schiffsraum für den Kohlentransport eingetretene Mangel an Kohlen und die damit gegebene Steigerung der Kohlenpreise schwere Störungen sowohl in der Industrie als im Eisenbahnbetriebe. Wenn auch hier wegen Raummangels nur wenige Angaben über die Folgen des deutschen Unterwasserkrieges aufgeführt werden können, so werden sie doch schon genügen, ungefähr ein Bild davon zu geben, wie das englische Wirtschaftsleben bereits gelitten hat und wie es in Zukunft noch weiter leiden wird, wenn der deutsche Unterwasserkrieg ebenso erfolgreich wie bisher fortgeführt wird.

Nunmehr haben kürzlich England und Frankreich bekanntgegeben, daß als weitere Gegenmaßregel gegen den deutschen Unterwasserkrieg in Zukunft Deutschland jede Aus- und Einfuhr abgeschnitten werden und zur Erreichung dieses Zwecks die neutrale Schiffahrt dadurch in der ärgsten Weise vergewaltigt werden soll, daß ihr überall, ohne Bindung an eine bestimmte Blockadelinie, strenge Kontrolle darüber auferlegt wird, ob sie deutsche Waren irgendwelcher Art und irgendwohin befördert, sowie ob ihr Betrieb unmittelbar oder mittelbar dem deutschen Handel zugute zu kommen geeignet sei. Da bereits bisher der deutsche Seehandel völlig lahmgelegt war, so ist es klar, daß durch jene Bekanntmachungen ein neuer Druck auf Deutschland nicht ausgeübt werden wird; jene Maßnahme kann daher nur bezwecken, einen weiteren Druck auf die Neutralen auszuüben. War es doch trotz des schon bisher auf sie ausgeübten Drucks noch nicht gelungen, sie auf die englische Seite zu bringen. Ob dieses neueste Druckmittel dieses fertigbringen wird, erscheint recht fraglich.

Daß der Unterwasserkrieg nicht ganz ohne Verluste für Deutschland bleiben würde, war vorauszusehen und ist bei der Härte des Unterseebootsdienstes erklärlich. So ist denn der Verlust der deutschen Unterseeboote „U 8" und „U 12" zwar sehr bedauerlich, aber nicht geeignet, Deutschlands Seekriegsleitung an der Fortsetzung des Unterwasserkrieges irre zu machen. Daran wird auch nichts geändert werden, wenn England seine niederträchtige und schamlose Drohung,

Digitized by Google

die gefangenen Besatzungen deutscher Unterseeboote als Seeräuber mit dem Tode durch Aufhängen zu bestrafen, Ernst machen sollte. Es würde damit nichts weiter erreichen, als daß an einer Zahl der in Deutschland befindlichen englischen Gefangenen Vergeltung geübt, und daß dadurch von neuem der Welt offenbart würde, wie England sich jetzt in der Rolle eines wilden, jeder Zivilisation baren Volkes gefällt.

Als eine nicht unwesentliche Folge des deutschen Unterwasserkrieges in den englischen Küstengewässern ist es anzusehen, daß der aus Veranlassung der Bekanntmachungen des deutschen Admiralstabes zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika und der deutschen im Laufe des Februar geführte Notenwechsel bewirkte, daß sowohl in der amerikanischen Regierung als in einem großen Teil der amerikanischen Presse endlich erkannt wurde, daß Deutschland durchaus berechtigt und genötigt war, seine Seekriegführung der englischen anzupassen, und daß es sich dabei im Gegensatz zu England jeder mit der Kriegführung nur irgend zu vereinbarenden Rücksichtnahme auf die Rechte der Neutralen befleißigt hat. Wenngleich dieser Stimmungsumschwung jenseits des Atlantiks zwar noch nicht so weit ging, die bis dahin durch Waffenlieferungen im gewaltigsten Umfange an die Dreibundmächte begangene Neutralitätsverletzung durch ein Waffenausfuhrverbot zu verhindern, so muß doch anerkannt werden, daß sich die Amerikaner schließlich dagegen gesträubt haben, den englischen Verstößen gegen das Völkerrecht den Stempel der Gesetzmäßigkeit aufzudrücken, und es bleibt zu hoffen, daß die deutsche Seekriegführung von dem amerikanischen Stimmungsumschwung auch praktischen Nutzen zu ziehen Gelegenheit finden wird.

Ja, nach den neuesten Nachrichten aus Amerika scheint es, als ob eine solche Gelegenheit bereits vorhanden ist. Am 13. März lief der deutsche Hilfskreuzer „Prinz Eitel Friedrich", verfolgt von einem überlegenen englischen Kreuzer, den amerikanischen Hafen Newport-News zur Vornahme dringender Reparaturen an. Die amerikanische Regierung war dadurch zur Entscheidung darüber gezwungen, ob dem Hilfskreuzer die Reparatur zu gestatten oder ob er zu internieren sei. Die Entscheidung der amerikanischen Regierung war dadurch erschwert, daß sich unter den Opfern dieses Hilfskreuzers, welcher in den letzten Monaten seiner Kreuzeraufgabe gegen den feindlichen Seehandel mit besonderem Geschick und Erfolg obgelegen hatte — soll doch die Zahl der von ihm kürzlich versenkten feindlichen Schiffe etwa zehn betragen — auch das amerikanische Segelschiff „William P. Rey" befand, welches von ihm mit einer Ladung Konterbande, Getreide, für England betroffen war. Da nach den bisherigen Nachrichten die amerikanische Hafenbehörde nicht die Internierung des Hilfskreuzers angeordnet hat, vielmehr sogar der Forderung des Hilfskreuzers, die für die Reparatur bewilligte Frist geheimzuhalten, zustimmte, so scheint die Entscheidung der amerikanischen Regierung in diesem Falle zu deutschen Gunsten ausgefallen zu sein. Möge sich bei der weiteren Behandlung dieses Kreuzers die Hoffnung erfüllen, daß auch fernerhin die völkerrechtlichen Grundsätze dabei den Ausschlag geben.

Digitized by Google

Ein für den weiteren Verlauf des Seekrieges zwar wertloses, aber für Deutschland, wenn auch wehmütiges, so doch stolz erhebendes Ereignis war der am 16. März bekannt gewordene Verlust des deutschen Kreuzers „Dresden". Nachdem dieser seinerzeit aus der Schlacht bei den Falklandsinseln entkommen, verfolgt von einer großen Zahl überlegener englischer Kreuzer, sich drei Monate lang mit bewundernswerter Geschicklichkeit an der Westküste und Spitze Südamerikas verborgen und dabei seiner Kreuzertätigkeit mit Erfolg obgelegen hatte, wurde er bei der Insel Juan Fernandez an der chilenischen Küste von den englischen Kreuzern „Kent", „Glasgow" und dem englischen Hilfskreuzer „Orama" überrascht und, da er infolge Munitionsmangels wehrlos war, nach kurzer Beschießung zum Sinken gebracht. Es ist dies ein Verlust, der seinem militärischen Wert nach verschmerzt werden kann, der aber für Deutschland insofern einen Gewinn an Ruhm und Ehre bedeutet, als die Leistung dieses Kreuzers, sich acht Monate des Krieges gegen eine gewaltige Uebermacht des Feindes gehalten zu haben, in der Weltgeschichte einzig dasteht.

Zum Schluß des heutigen Ueberblicks muß noch der Angriff der vereinten englischen und französischen Flotten auf die Dardanellen erwähnt werden. Es ist dies zwar eine Kriegshandlung, bei der deutsche Seestreitkräfte bisher, soweit bekannt, nicht mitgewirkt haben, die jedoch schließlich von großem Einfluß auf den Verlauf des Seekrieges werden kann.

Was die feindliche Kriegsleitung erst jetzt nach siebenmonatlicher Dauer des Krieges und nachdem inzwischen die Türkei Zeit und Gelegenheit gehabt hat, die Verteidigung dieser Meeresstraße aufs beste vorzubereiten, zu diesem Unternehmen bewogen hat, ist schwer zu erraten. Ohne eine bestimmte Ansicht darüber zu äußern, mögen hier nur verschiedene Gründe, die in der europäischen Presse dafür angegeben wurden, wiederholt werden:

Der Wunsch, bei dem ungünstigen Verlauf des Landkrieges in Rußland und Frankreich und dem Ausbleiben einer Entscheidung im Seekriege in den nordischen Gewässern an andrer, weithin sichtbarer Stelle einen militärischen Erfolg zu erzielen, den bevorstehenden Angriff der Türkei auf Aegypten zu erschweren, auf die neutralen Mittelmeer- und Balkanstaaten einen Druck in dreiverbandfreundlichem Sinne auszuüben, der Wunsch, der von russischen Ministern in der Duma als russisches Kriegsziel angegebenen Eroberung Konstantinopels zuvorzukommen, die Notwendigkeit, der islamitischen Welt zu beweisen, daß die englische Seemacht noch in alter Stärke besteht. Wie dem auch sei, vom militärischen Standpunkt muß dieser Angriff auf die Dardanellen als verspätet und wenig aussichtsvoll angesehen werden. Denn abgesehen davon, daß der Kampf einer Flotte gegen gut befestigte und verteidigte sowie unterseeisch geschützte Landbefestigungen allgemein ein schwieriges und meist nur mäßige Aussichten bietendes Unternehmen ist, hat die Türkei bekanntermeise diese Meeresstraße, unterstützt durch europäische Fachleute, derart stark befestigt und zur Verteidigung eingerichtet, daß der Angriff allein von See her als gänzlich aussichtslos anzusehen ist. Aber auch die Unterstützung des Seeangriffs durch gelandete Truppen

Digitized by Google

würde wenig Aussicht auf Erfolg bieten, wenn diese nicht durch eine an Zahl und Ausstattung den türkischen Verteidigungstruppen weit überlegene Armee geschähe. Daß England und Frankreich augenblicklich aber nicht imstande sind, eine solche Armee aufzustellen und nach dem Schauplatz ihrer beabsichtigten Tätigkeit hinzuschaffen, darüber kann wohl ein Zweifel nicht bestehen.

Soweit es sich bisher übersehen läßt, muß daher der Angriff auf die Dardanellen, der bisher von der türkischen Verteidigung nur im Artilleriekampf unter erheblichen Verlusten der angreifenden Flotten abgewiesen wurde, als ein Unternehmen bezeichnet werden, das die Gewähr eines sicheren Erfolges nicht in sich trägt, das aber im Fall endgültigen Versagens die Gefahr mit sich bringt, daß die angreifenden Flotten für eine Mitwirkung auf andern Kriegsschauplätzen gänzlich ausgeschaltet werden.

Die Schweiz und Savoyen

Von

Jan Eyssen

Zu den bizarrsten Schöpfungen des modernen Völkerrechts gehört der vom Wiener Kongreß hergestellte schweizerisch-sardinische Vertrag über die Neutralität Savoyens. Als der Zusammenbruch der napoleonischen Herrschaft Tatsache geworden war, flogen automatisch die Mediationsakte auf, die die Schweiz kaum zwölf Jahre lang staatsrechtlich eingeschnürt hatten. Wie das Bedürfnis der inneren Reform unvermeidlich war, war es nicht minder das der nachbarstaatlichen Flurbereinigung, aus Gründen des historischen Rechtes und des politischen Grenzschutzes. Nun machte angesichts der widerstreitenden Interessen der Kontrahenten die Regelung keiner andern Frage solche Schwierigkeiten, als gerade die savoyische. Genfs Vertreter in Wien, Pictet, hoffte Savoyen für die Eidgenossen zu gewinnen, als Morgengabe des enklavisierten Genfs, das sonst offen an der schweizerischen Westgrenze lag und liegt, seines natürlichen Hinterlandes entbehrend: der nordsavoyischen Provinzen Chablais und Faucigny. Pictet unterrichtete die Vertreter der Verbündeten, Metternich, Humboldt, Capo d'Istria und Castlereagh über die wenig übersichtlichen Verhältnisse: die kleinen zersprengten Gebiete Genfs ließen eine geordnete Verwaltung nicht zu; im Falle eines Krieges lag die Stadt Genf im Feuerbereich der französischen Kanonen. Andrerseits war Sardinien zu einer Verteidigung Nordsavoyens außerstande, denn seine Truppen hätten dorthin nur über französischen Boden gelangen können.[1]) Endlich war die Bestimmung des Vertrages von 1564 noch nicht verwirkt, der zufolge Savoyen an keinen andern Herrn als die Schweiz abgetreten werden dürfe. Wilhelm v. Humboldt verfaßte auf Grund der tatsäch-

[1]) W. Oechsli, Geschichte der Schweiz. Bd. II, S. 267.

Digitized by Google

lichen Mitteilungen für den Schweizer Ausschuß beim Wiener Kongreß am 24. Oktober 1814 eine Denkschrift, die das Interesse der Schweiz an Savoyen scharf umriß: So wie der Pariser Vertrag die Grenzen von Genf festgesetzt habe, könnten sie nicht bleiben, wenn man nicht aller Vorteile verlustig gehen wolle, die Genf als Schlüssel zu den Pässen nach Italien für die Erhaltung der Ruhe Europas gewähren sollte. Wenn der Kanton Genf den Schweizer Boden nicht berührte und keine guten Grenzen erhielte, würde er die Schweiz bloßstellen, statt sie zu verstärken. Als beste Grenze bezeichnete Humboldt die das Faucigny südlich abteufende Gebirgskette bis zum Wallis. Daß die Schweiz diese Grenze nicht erhielt, ist primär das Verschulden ihres Hauptvertreters Reinhard, dem es wie andern Eidgenossen vor so massenhaftem Zuwachs von Gebieten mit katholischer Bevölkerung graufte; sekundär aber auch den diplomatischen Konterminen Talleyrands und des sardinischen Vertreters Marsan zuzuschreiben. Was die Schweiz, im engeren Sinne Genf, schließlich erreichte, war, abgesehen von kleinen Grenzberichtigungen, kein Gewinn, sondern nur eine Hypothek, deren Barzahlung von künftigen kriegerischen Verwicklungen der Nachbarstaaten abhängig war. Recht hat Paul Schweizer, wenn er in seiner Geschichte der schweizerischen Neutralität den Streit darüber, ob der Vorteil der Neutralisierung Savoyens bei der Schweiz oder Savoyen lag, als müßig bezeichnet, da beide Staaten sie nur als Mittel, nicht als Zweck ansahen. Es ist streitfrei, daß die Idee der Neutralisierung ursprünglich bei Sardinien gelegen hat.[1]) Indessen griff Sardinien vor dem Wiener Kongreß dazu, um die Mächte zu beruhigen, weil es Nordsavoyen nicht an die Schweiz abgetreten hatte; während die Schweiz aus Opportunitätsgründen handelte, weil es zur Abrundung Genfs ein Gebiet beanspruchte, das die Straßen von Annecy wie von St. Julien nach dem Chablais und Faucigny abschnitt, was Sardinien auch im Fall der Wiedergewinnung des französisch gebliebenen Savoyen eine der besten Verbindungen mit diesen Provinzen entzog.

In dem von dem Wiener Kongreß vollzogenen Protokoll vom 29. März 1815 wird die Neutralität Savoyens folgendermaßen bestimmt: Que les provinces du Chablais et du Faucigny et tout le territoire au nord d'Ugine appartenant à Sa Majesté, fassent partie de la neutralité de la Suisse garantie par toutes les Puissances; c'est-à-dire que toutes les fois que les Puissances voisines de la Suisse se trouveront en état d'hostilités ouvertes ou imminentes, les troupes de S. M. le Roi de Sardaigne qui pourraient se trouver dans ces provinces, se retireront et pourront à cette effet passer par le Valais, si cela devient nécessaire, qu'aucunes autres troupes armées d'aucune autre Puissance ne pourront y stationner ni les traverser sauf celles que la Confédération Suisse jugerait à propos d'y placer. Allerdings war die Schweizer Tagsatzung unter dem Eindruck der noch ungeklärten poli-

[1]) Gisi, Ueber die Entstehung der Neutralität von Savoyen. Archiv für Schweizer Geschichte, XVIII. 1873, S. 46.

Digitized by Google

tischen Interessen Mitteleuropas mit dem Besetzungsrecht nicht ganz einverstanden. Sie beschloß am 13. August 1815, daß in der Beitrittsurkunde die Unverbindlichkeit einer Besetzung Savoyens im Kriegsfall stärker betont und daß an das Rückzugsrecht der sardinischen Truppen durch das Wallis der Vorbehalt geknüpft werden müsse, daß daraus kein Nachteil für die Neutralität der Schweiz entstehen dürfe. Diese Sorge der Tagsatzung erklärt sich wohl restlos an der unterschiedlichen Bedeutung der gegebenen historischen Neutralität der Schweiz, deren Garantie von seiten der Mächte von den Eidgenossen nicht beansprucht, ja abgelehnt wurde und bis heute wird, im Gegensatz zur Neutralität Savoyens, die die Mächte garantierten. Es ist ein grundsätzlicher Irrtum Paul Schweizers, wenn er in seiner Geschichte der schweizerischen Neutralität die savoyische Episode so darstellt, als ob das Besetzungsrecht ein lästiges Servitut sei und als solches auch von der Schweiz empfunden werde. Die Ereignisse während des und nach dem lombardischen Kriege widerlegen das. Wie wir noch sehen werden.

Gewiß hat der Neutralitätsvertrag durch die Sonderverhandlungen zwischen der Schweiz und Sardinien, die 1816 in Turin erfolgten, nicht an Klarheit gewonnen. Das unheilbare Uebel war in Wien entstanden, wo die savoyische Frage gerade diskutiert wurde, als Napoleon Elba verließ und damit auch die Fernwirkung erzielte, daß die Wiener Kongreßakte durcheinanderwirbelten. Die Schweiz selbst drang nicht darauf, die Fälle kontradiktorisch festzulegen, in denen die Besetzung erfolgen müsse. Hier wollte man offenbar kommenden Ereignissen und der Klugheit und der Energie der eidgenössischen Staatsmänner nicht eine bestimmende Marschroute vorschreiben. Und der Genfer Staatsmann Pictet mag recht haben, wenn er aus der Hartnäckigkeit, mit der Sardinien seine Landkonzessionen an die Schweiz und die Schweizer Okkupationspflicht in ein bindendes Verhältnis bringen wollte, einfach folgert, Sardinien suche sich einen Vorwand zu schaffen, um die widerwillig abgetretenen Landgebiete wieder zurücknehmen zu können. Wobei Pictet besonders auf die Möglichkeit hinwies, daß Sardinien in der Lage sei, durch Allianzen mit Frankreich oder Oesterreich Verletzungen der neutralisierten Gebiete herbeizuführen, um dann die Schweiz für Nichtverhinderung verantwortlich zu machen.

Die Vorgänge von 1848 mit ihrer Kette von Grenzbesetzungen berührten nicht den Nerv der savoyischen Frage. Das geschah erst, als der lombardische Krieg die Landkarte Mitteleuropas umgestaltete. Am 28. Juli 1858 hatten in Plombières Cavour und Napoleon III. die Vereinbarung getroffen, daß Savoyen an Frankreich fallen solle, wenn Napoleon Sardinien helfe, die Lombardei zu erobern. Es folgte die berühmte Neujahrsansprache an Hübner und etliche Wochen später, ehe noch der Krieg an Oesterreich erklärt war,[1]) eine Note des schweizerischen Bundesrates vom 14. März 1859 an die Mächte, in der der Bundesrat sich zur Handhabung der Neutralität entschlossen erklärt,

[1]) J. Schollenberger, Die Schweiz seit 1848. Die savoyische Frage.

Digitized by Google

gleichzeitig aber auch das Recht der Schweiz zur Besetzung Savoyens während des Krieges postuliert, Verhandlungen über die Formen der Besetzung mit Sardinien sich vorbehaltend. Sardinien sagte diese Verhandlungen zu, konnte sie indessen mit Rücksicht auf die Zugeständnisse an Napoleon unmöglich ernst gemeint haben. Nun beging der Bundesrat den Fehler (Schollenberger), das Recht der Besetzung während des Krieges nicht auszuüben, da er sich dadurch allein, nicht aber durch Noten und Denkschriften, ein später wirksames Pfandrecht hätte sichern können. Offenbar glaubte der Bundesrat, die Wiener Kongreßmächte, in erster Linie England, für sein bedrohtes Recht zu interessieren, um eine Intervention herbeizuführen. In einer Depesche vom 1. Juli 1859 an Lord Russell berichtete der englische Gesandte in Bern: Der schweizerische Bundesrat ersucht mich, Ihrer Majestät dringend vorzustellen, von welcher lebenswichtigen Bedeutung es für die Sicherheit und Unabhängigkeit der Schweiz sei, daß Savoyen und vornehmlich Ober-Savoyen niemals in Frankreich einverleibt werde; daß, wenn dies stattfinde, die Flanke der Schweiz fortwährend offen wäre und Genf wahrscheinlich bald nachfolgen würde. Die Schweiz bitte die englische Regierung, in der Stunde der Not ein ebenso getreuer Freund zu bleiben als bisher. Nun dachte die Regierung Ihrer Majestät gar nicht daran, der Schweiz in der bittersten Stunde der Not irgendwelche Hilfe zu gewähren. Im Gegenteil, die britischen Staatsmänner führten die Eidgenossen absichtlich in die Irre, denn Napoleon hatte auch ein Eisen ins Feuer gelegt: einen für England günstigen Handelsvertrag. Lückenlos geht das aus der Folge der Geschehnisse hervor: Am 8. Juli 1859 schrieb der englische Gesandte in Paris offiziell an Lord Russell: Graf Walewski hat mir heute erklärt, Kaiser Napoleon denke nicht daran, Savoyen in Frankreich einzuverleiben. Indessen versicherte der englische Gesandte gleichzeitig Lord Russell privatim:[1]) Walewski sagte, wenn die italienischen Herzogtümer an Sardinien fielen, müsse Frankreich Savoyen und Nizza nehmen. Das alles hinderte Granville nicht, Ende Januar 1860 im Unterhause zu erklären, keine Regierung wolle etwas von der Savoyerfrage wissen, da Sardinien und Frankreich die Zession in Abrede stellten. Und wie ein Hohn klang es, wenn Granville der Schweiz trotzdem empfahl, weiter auf Pikett zu stehen. Denn der Krieg war seit sechs Monaten beendigt und damit auch das kriegsrechtliche Recht zur Besetzung Savoyens erloschen. Mit eiskalter Ironie zog Lord Grey am 15. März 1860 im Oberhause das Ergebnis: Wir haben Savoyen verkauft, um uns einen Markt für Baumwolle zu sichern. Der schweizerische Bundesrat sah in unbegreiflicher Verblendung noch immer nicht, daß von England nichts, gar nichts zu hoffen und zu erwarten war. Er sandte vielmehr am 24. März 1860 de la Rive in Sondermission nach London. Zwar empfingen ihn die Briten gut, behandelten ihn ebenso, luden ihn sogar, wie Schollenberger a. a. O. zitiert, zu einem Schützenfest ein. Sonst kam Rive unverrichteter Dinge zurück.

[1]) Schultheß, Geschichtskalender, 1860. Die savoyische Frage.

Digitized by Google

Inzwischen hatten die Ereignisse, trotz eines gewaltigen Notensturmes des Bundesrates, zur Einverleibung Savoyens in Frankreich geführt. Auf alle Noten, die der Bundesrat noch während des Jahres 1859 an Frankreich sandte, blieb es schweigsam: Dieses Frankreich, das die Abtretung Savoyens angestiftet hatte, das speziell die Rechte der Schweiz auf Savoyen vernichten wollte (Schollenberger). Jedennoch hatte der Bundesrat in der diplomatischen Behandlung der Sache noch mit andern Mißgriffen sich belastet. Wenn der Bundesrat die Wiener Verträge als eine der Quellen seines Rechtes auf Savoyen ansah, durfte er nicht durch den schweizerischen Gesanden Kern in Paris am 31. Januar 1860 Napoleon eine Teilung Savoyens anbieten lassen. Das tat er, und der Kaiser und sein Minister Thovenel sagten zu. Am 6. Februar 1860 eröffnete Thovenel dem Gesandten Kern: Sollte Savoyen wirklich mit Frankreich vereinigt werden, so liege es nicht entfernt in der Absicht des Kaisers, die neutrale Stellung der Schweiz zu gefährden oder gar zu schwächen; dagegen teile er ganz die vom schweizerischen Gesandten entwickelte Ansicht, daß in solchem Falle die Fortdauer der Neutralisation weder der Schweiz noch Frankreich zusagen könne. Der Kaiser hat mich daher beauftragt, Ihnen zu sagen, der Schweiz als ihr eigenes Gebiet, als einen Bestandteil der schweizerischen Eidgenossenschaft die Provinzen Chablais und Faucigny zu überlassen. Genau fünf Wochen später, am 13. März 1860, verständigte Napoleon die Großmächte, daß Savoyen in Frankreich einverleibt werden würde. In leidenschaftlicher Sorge um ihr Recht wandte der Bundesrat sich am 19. März 1860 noch einmal an die Garanten der Wiener Schlußakte, um die Mächte also zu beschwören: die Schweiz spricht ihr festes Vertrauen aus, daß wenn eine Aenderung des jetzigen Zustandes in Savoyen stattfinden sollte, der Schweiz durch Zuteilung der neutralisierten Provinzen die Möglichkeit gegeben werde, ihre Neutralität und ihre Unabhängigkeit mit Aussicht auf Erfolg zu verteidigen. Dann schürzte sich das savoyische Drama. Napoleon warf die Karten offen auf den Tisch. Am 21. März 1860 empfing er eine Deputation aus Savoyen, an die er eine längere Ansprache hielt, gegen deren Ende der Kaiser die der Schweiz früher gemachten bindenden Zusagen einfach zurücknahm. Die förmliche Abtretung Savoyens erfolgte am 24. März 1860.

Die diplomatische Kampagne des Bundesrates war gescheitert; die starke Erregung, die die Schweiz aufwühlte, konnte die geschehenen Fehler nicht aus der Geschichte streichen. Allein die Schweiz gab ihr Recht auf Savoyen nicht auf; sie konnte es nicht, weil die Schweiz um ihrer Unabhängigkeit und um ihrer Sicherheit willen starke und feste Grenzen gebrauchte und gebraucht. Mit verhaltener Bitterkeit, nachdem die Wellen sich geglättet hatten, beschloß der Nationalrat am 2. Juli 1861 ohne Diskussion, den Bundesrat einzuladen, der Savoyerfrage *als einer offenen* alle Aufmerksamkeit zuzuwenden und die Unterhandlungen im Sinne einer kräftigen Wahrung der schweizerischen Rechte und Interessen im geeigneten Momente wieder aufzunehmen. Das unterschrieb in der Schlußsitzung der Session, am 30. Juli 1861, der Nationalratspräsident

Digitized by Google

in einer Rede, in der es sogar wie Schwerterschlag auf Schilden klang, als er auf die Ausbildung der militärischen Organisation der Schweiz hinwies, auf den Bau der Alpenstraßen, auf die ewig neue Erfahrung: Si vis pacem, para bellum. Und in der savoyischen Frage den Statusquo formulierend: Sie haben die bestimmte Erklärung abgegeben: die Tatsache der Besitzergreifung Savoyens durch Frankreich ändere an der Rechtsfrage nichts; die Rechte der Schweiz seien nach wie vor die nämlichen und die Savoyerfrage eine offene.

Offen war sie denn auch im Deutsch-Französischen Kriege. Das Vorgehen, das der Bundesrat beliebte, um die offene Frage nicht zu einer geschlossenen zu machen, sondern sie weiter offen zu lassen, sei an der Hand der chronologischen Ereignisse hier wiedergegeben: Am 18. Juli 1870 richtete der Bundesrat ein Schreiben an die Mächte, in dem das Recht der Schweiz auf die neutralen Gebietsteile von Savoyen neuerdings zur Geltung gebracht wird. Die Niederlagen Frankreichs, das Vordringen der Deutschen, die Stimmung der Bevölkerung im Chablais und in Faucigny hätten die Ausübung des kriegsrechtlichen Besetzungsrechts mehr als nahegelegt. Allein der Bundesrat zögerte und motivierte dies Zögern in einer Verbalnote an den schweizerischen Konsul in Lyon also: So wünschenswert auch eine Neuregulierung des Neutralitätsverhältnisses Savoyens ist, wozu sich in der Folge eine passende Gelegenheit finden wird, so liegt es doch in keiner Weise in den Absichten des Bundesrates, aus der jetzigen Notlage Frankreichs irgendwelchen Nutzen für die Schweiz zu ziehen. J. Schollenberger nennt die Sache zu stark, um sie zutreffend charakterisieren zu können. Doch steht dem Bundesrat entlastend zur Seite, daß er tatsächlich glaubte, Frankreich würde von sich aus zu einer Neuorientierung bereit sein. Um so mehr, als Frankreich am 2. März 1871 ein in dieser Hinsicht bindendes Versprechen gegeben hatte. Jedoch am 4. Juli 1871 — der Frankfurter Friede war am 10. Mai unterzeichnet worden — deutete Frankreich dieses Versprechen in abschwächender Form um, vertröstete gleichzeitig die Schweiz auf spätere Verhandlungen. Und als diese vom Bundesrat endlich angeregt wurden, erklärte Frankreich, es habe keine Zeit.

So negativ der Gewinn aus diesem diplomatischen Feldzug des Bundesrates Frankreich gegenüber war, so positiv schätzte der Bundesrat in seinem Geschäftsbericht über 1870 die moralischen Faktoren ein, die durch sein edelmütiges Verhalten das alte Recht der Schweiz auf Savoyen gestärkt hätten.

Verwirkt und untergegangen ist das Recht ja nicht, was sich beweiskräftig und präjudizierend 1883 zeigte, als die savoyische Angelegenheit wieder einmal auf der europäischen Tagesordnung stand. Frankreich hatte 1883 in Hochsavoyen Manöver abgehalten, was sonderbarerweise dazu führte, daß französische Truppen die Straßen Genfs bevölkerten. Weiter kam hinzu, daß Frankreich den Mont Buache befestigen wollte, was eine unmittelbare Bedrohung Genfs darstellte. Indessen lenkte Jules Ferry auf Vorhalt des Bundesrates ein. Die Befestigungen wurden geschleift, was implizite die Anerkennung der ununterbrochenen und immerwährenden Dauer der schweizerischen Rechte auf Savoyen enthält.

Digitized by Google

Ob die Schweiz sie ausübt, sie ausüben muß, wenn die europäische Lage sich noch komplizierter gestalten sollte, das hat der Historiker nicht zu untersuchen und zu beantworten.

Die Dardanellen

Von

v. Ahlefeld, Vizeadmiral a. D.

Wieder einmal spielt sich in der europäischen Weltgeschichte an dem engen Zugang vom Mittelmeer nach dem Schwarzen Meere ein wichtiger Kampf ab.

England und Frankreich, diesmal merkwürdigerweise verbündet mit Rußland, bestürmen die Dardanellen, und die Türken verteidigen sie.

Was war die Ursache dieser Unternehmung? Und warum begann sie erst so lange nach Ausbruch des Krieges?

Wie sind die Aussichten auf Gelingen oder Mißlingen des Angriffs?

Diese beiden Fragen haben ein allgemeines Interesse und sollen hier der Besprechung unterzogen werden, obwohl eingestanden werden muß, daß zur Beantwortung keine sicheren Unterlagen vorliegen, sondern daß dem freien Ermessen vieles, fast alles, überlassen werden muß.

Schon die erste Frage nach der Ursache des Angriffs der Alliierten — wie ich die Engländer und Franzosen, vielleicht kommen auch die Russen hinzu, nennen will, zum Unterschiede von uns, den „Verbündeten" Deutschen, Oesterreichern und Türken — führt uns ganz und gar ins Gebiet der Vermutungen. Unter diesen können genannt werden: 1. Die Getreidevorräte in Odessa, Sebastopol usw., die Rußland nicht verwerten, die getreidebedürftige übrige Welt nicht bekommen kann, sollen befreit werden.

2. Die Untätigkeit der englischen und französischen Flotte im Mittelmeer hat den gerechten Unwillen Rußlands erregt und zu dem an sich unbeliebten Angriff geführt. Ein Angriff auf die österreichische Flotte hätte nicht die gleiche Bedeutung gehabt.

3. Italien und die drei neutralen Balkanstaaten sollten gewonnen werden, sich den Alliierten anzuschließen und den Verbündeten den Krieg zu erklären. Es ist freilich nicht so ganz leicht, einzusehen, weshalb der Angriff allein schon eine solche Wandlung in der Politik bei den genannten Neutralen hervorbringen sollte, und noch weniger ist es glaubwürdig, daß die Eroberung der Meerengen und Konstantinopels die Gefolgschaft jener Staaten nach sich ziehen werde. Im Gegenteil, weder die Neutralisierung der Dardanellen und noch weniger ihre Auslieferung an die Russen erscheint den drei Balkanstaaten: Griechenland, Bulgarien und Rumänien als eine Verbesserung.

4. Vielleicht ist die beste Erklärung der militärisch einfache Gedanke, auf diesem Wege die Türken zu besiegen, aus der Verbündung mit Deutschland und

Digitized by Google

Oesterreich-Ungarn hinauszutreiben und vor allem auf diesem Wege die keineswegs angenehme Lage Englands zu Aegypten, Persien und andern mohammedanischen Ländern zu erleichtern.

Der zweiten Frage, wie sind die Aussichten auf Gelingen oder Mißlingen des Angriffs? möchte ich meine Untersuchung vornehmlich widmen. Die Beantwortung ist natürlich zuerst eine Frage der beiderseitigen Kräfte, und zwar der quantitativen und qualitativen, der Kräfte nach Zahl und Güte. Leider sind auch darüber die Auskünfte aus leicht verständlichem Grunde der Oeffentlichkeit nicht zugänglich. Man muß sich mit Wenigem zufrieden geben.

Der Zugang vom Mittelmeer nach dem Schwarzen Meer führt bekanntlich durch das Marmarameer, und dessen Zufluß nach dem Schwarzen Meer bildet der Bosporus, an dessen Eingang Konstantinopel liegt, während sein Ausgang stark befestigt ist als Schutz gegen einen Angriff von Rußland her.

Den Zufluß nach dem Mittelmeer hin bilden die Dardanellen, und auch deren Mündung ist stark verteidigt. In dieser Verteidigung lassen sich zwei Abschnitte unterscheiden. Der äußere, bei einem Angriff vom Mittelmeer her zuerst betroffene, heißt an der asiatischen Seite Kum-Kaleh und an der europäischen auf der Halbinsel Chersonesos gelegenen Seite Sedil-Bahr. Etwa 25 Kilometer weiter nach innen, also nach dem Marmarameere zu, liegt der zweite Verteidigungsabschnitt bei dem größeren, an der kleinasiatischen Küste gelegenen Stadt Kaleh-Sultanie. Beide Abschnitte sind zweifellos stark befestigt und, wie mit Sicherheit anzunehmen ist, gegen einen Angriff von See her und auch von der Landseite aus wohl geschützt. Es ist bekannt, daß diese Befestigungen erst vor kurzem zeitgemäß neu angelegt und bestückt worden sind. Wir werden daher nicht fehlgehen, wenn wir außer langen und schweren Kanonen in starker Deckung, wenn auch wohl nicht in Panzertürmen, auch Haubitzen und Mörser (deren Geschosse von oben herab auf die Decks der feindlichen Schiffe fallen) und diese in gut gedeckter Lage aufgestellt, annehmen. Daß von Minen ausgiebig Gebrauch gemacht worden ist, kann ebenfalls nicht zweifelhaft sein. Flieger sind sicher zur Verfügung, Luftschiffe dagegen wohl nicht. Große Kriegsschiffe wird man türkischerseits in den Engen schwerlich verwenden.

Der geographischen Lage nach kann man urteilen, daß die Dardanellenstellung im zweiten Abschnitt erheblich stärker ist als in dem ersten. Das ergibt sich vornehmlich aus der Breite der Meerenge. Sie beträgt bei Kum-Kaleh 4 Kilometer, bei Kaleh-Sultanie aber nur 2. Es kommt aber noch etwas andres hinzu. Es ist die engere Stelle der Dardanellen durch eine Reihe von Quertälern, d. h. solchen, die zum Durchfahrkurse der Schiffe ungefähr quer stehen, ausgezeichnet, und diese Quertäler erlauben eine größere Anzahl von Geschützen so aufzustellen, daß die Schiffe sie nicht von außen her beschießen können. Es kann vielmehr nur ein Schiff zurzeit sich in den Kampf mit allen diesen Geschützen einlassen, und das bringt einen großen Vorteil für den Verteidiger mit sich, weil damit die Grundforderung aller Strategie und Taktik erfüllt ist, an gegebener Stelle stärker zu sein als der Feind. Zu erwähnen ist endlich noch,

Digitized by Google

daß auch die Minenverteidigung in diesem zweiten Dardanellenabschnitt sich sehr viel wirksamer einrichten läßt, denn man kann das Minenfeld mit einer gegebenen Anzahl von Minen vergrößern oder dichter belegen, und man kann das Minenwegräumen, das der Angreifer vornehmen muß, ehe er mit seinen kostbaren schweren Schiffen einläuft, mit Geschützen, die so gegen Beschießung von See her gedeckt stehen, wie eben geschildert, vollkommen unmöglich machen.

Wenn wir nun noch anführen, daß hoffentlich die Türkei ihre Dardanellenanlagen auch mit Munition reichlich versorgt oder deren Nachschub ordnungsmäßig vorgesehen hat, und daß die notwendige Anzahl gut ausgebildeter Bedienungsmannschaften nebst Reserven für diese Küstenverteidigung vorgesehen ist, sowie daß endlich eine genügende Zahl von Landtruppen zur Stelle und tüchtig sind, dann ist der Kräftezustand auf der Verteidigerseite, so gut es die militärisch zu wahrende Verschwiegenheit gestattet, wohl genügend genau umschrieben.

Wenden wir uns nun dem Angreifer zu. Seine Kampfmittel sind in erster Reihe Linienschiffe und in zweiter Landtruppen. Die Linienschiffe sollen von See aus die Küstengeschütze zum Schweigen bringen, d. h. sie oder ihre Aufstellung unbrauchbar machen. Erst dann können die Minenwegräumer an die Arbeit gehen, und erst wenn die Minen weggeräumt worden sind, können die Linienschiffe in die verteidigte Enge einlaufen. Große und kleine Kreuzer, Torpedo- und Unterseeboote kann man für Angriffe gegen Küstenbefestigungen nicht oder doch nur für Nebenzwecke gebrauchen. Nun ist aber nicht nur die Zahl, sondern auch die Art der Linienschiffe von großer Bedeutung. Wenn man gegen Festungen aus neuester Zeit kämpfen soll, muß man zum Angriff auch Linienschiffe zur Verfügung haben, die schweren Panzer und schwere, lange und weittragende Geschütze fahren. Gerade die letztgenannte Eigenschaft spielt unter den vielen Ueberraschungen, die der gegenwärtige Krieg gebracht hat, ebenso wie in der offenen Seeschlacht, eine Rolle.

Nach einem alten strategischen Lehrsatz muß der Angreifer dem Verteidiger von Küstenwerken an Geschützen dreifach überlegen sein; erst dann sind die mancherlei Vorteile, die für diesen gegenüber jenem naturgemäß vorhanden sind, ausgeglichen. Wie weit das in dem zurzeit sich abspielenden Kriege der Fall ist, läßt sich nicht sagen; aber wohl kann man sagen, daß die ebengenannte, auch eine höhere zahlenmäßige Ueberlegenheit der Angreifer geschafft werden könnte, wenn es sein müßte; auch an Hilfsschiffen, wie Minensuchern, Munitions-, Lazarett-, Transport- und Werkstattschiffen, wird kein Mangel sein. Anders freilich liegt die Sache, wenn es sich, wie hier, nicht nur um die Zahl, sondern und sogar vornehmlich um die Güte des Schiffsmaterials handelt. Auch da ist zweierlei zu unterscheiden. Einmal können von den angreifenden Schiffen, wenn die anzugreifenden Werke wirklich zeitgemäß bestückt sind, auch nur diejenigen mitgezählt werden, die selber wirklich zeitgemäß gepanzert und bestückt sind, also Dreadnoughts, um es kurz auszudrücken, und deren Anzahl ist selbst bei der Riesenflotte der Angreifer begrenzt; und zum andern: Es kommen im Kriege der Gegenwart Kampfmittel zur Geltung, gegen die überhaupt keine Schiffs-

Digitized by Google

qualität, und sei sie noch so hoch, Gewähr bietet. Zu diesen Kampfmitteln rechnen die Steilfeuergeschütze, die gedeckt, also unzerstörbar aufgestellt sind, die unterseeischen Torpedobatterien und die Minen.

Wir dürfen mit aller Sicherheit annehmen, daß es nach der Güte der Besatzung, ihrer Schulung, ihrer Tapferkeit, ihrem Nachschube, desgleichen dem Nachschube der Munition und der Versorgung an Proviant und Reparaturbedürfnissen den Alliierten an nichts fehlt, wohl aber an Landungstruppen, und das hat eine sehr große Bedeutung, denn eben jene unerreichbaren Steilfeuergeschützaufstellungen und Torpedobatterien kann man nur im Landkrieg überwinden, so daß man wohl berechtigt ist, zu sagen, daß die Ueberwindung der Dardanellenverteidigung mehr eine Frage des Landheeres als der Flotte ist. Solange die Türken mit einem guten und großen Heere den Chersonesos und Kleinasien besetzt halten, haben die Alliierten keine Aussicht, zu gewinnen, weil ihnen ein gutes und großes Heer für einen Angriff jetzt jedenfalls nicht zur Verfügung steht.

Es gibt noch eine Reihe anderer, wenn auch untergeordneter Punkte, die einen Einfluß auf die beiderseitige Gefechtsleistung haben. Ich nenne folgende: Der Angreifer hat die freie Wahl der Entfernung, auf die er schießen will, der Verteidiger nicht, solange es sich um eine Beschießung aus der offenen See her handelt; im Verlaufe des Eindringens der Schiffe in die Engen verliert der Angreifer diesen Vorteil.

Das Bestimmen der Schießentfernung wird von Land aus sicherer gemacht als von Bord aus; doch spielt das keine so große Rolle als das Einschießen, eine Entfernungsbestimmung nach Beobachtungen des Geschoßaufschlages. Dieses Beobachten ist aber auch im allgemeinen leichter von Land nach See, als umgekehrt von Bord nach den Landbefestigungen hin, weil diese schwer zu erkennen sind, sich viel schlechter von ihrem Hintergrunde abheben als die Schiffe vom Meere oder der Luft. Die Beobachtung durch Flieger steht den Alliierten natürlich ebensogut zur Verfügung wie den Verbündeten, und manches läßt sich damit für erstere wieder gutmachen. Es bleibt aber immerhin ein sehr schwieriges Unterfangen für eine Flotte, ohne ein großes Landheer durch die Straße der Dardanellen nach Konstantinopel vorzudringen. Ich sage nicht, aber Moltke sagte vor sechzig Jahren — und der alte Herr hat immer noch recht behalten: „Die Dardanellen sind uneinnehmbar."

Digitized by Google

Literarische Berichte

Der Deutsche Krieg. Politische Flugschriften, herausgegeben von Ernst Jäckh. Stuttgart-Berlin, Deutsche Verlags-Anstalt. Preis des Heftes 50 Pf.

In dieser ausgezeichneten Sammlung sind wieder einige neue Hefte erschienen, die in gleichem Maße durch die in ihnen behandelten Fragen, wie durch die Behandlung, die diese Fragen durch bedeutende Fachmänner gefunden haben, den Leser fesseln und unterrichten werden. In Heft 33: „Die Ukraine, der Lebensnerv Rußlands" macht uns ein ruthenisches Mitglied des österreichischen Reichsrats, Dr. Eugen Lewicky, damit bekannt, welch gewaltige Bedeutung für das moderne Wirtschaftsleben Rußlands die Ukraine besitzt und welche Verschiebung der europäischen Machtverhältnisse erfolgen müßte, wenn es gelänge, der Ukraine die staatliche und nationale Selbständigkeit zu geben, nach der ihre Bewohner, die von dem offiziellen Rußland so skrupellos unterdrückten „Kleinrussen", sich seit Jahrhunderten sehnen. — Prof. Dr. Raimund Fr. Kaindl, ein bewährter Vorkämpfer des Deutschtums auf weit vorgeschobener Außenwacht, zeigt in Heft 34, welch hohen nationalen und politischen Wert für Deutschösterreich und die Sache des Zweibunds „Deutsche Siedlung im Osten" hat. Aus weiter geschichtlicher Perspektive läßt er die jahrtausendalte Kulturarbeit der Deutschen im Osten vor uns erstehen und zeigt, wie ihr immer erneutes Ringen und Schaffen künftighin besser als bisher zu fördern, immer enger an die Einheit deutschen Geistes- und Wirtschaftslebens anzugliedern wäre. — Von höchstem aktuellem Interesse ist die Darstellung, die Dr. Richard Hennig vom „Kampf um den Suezkanal" gibt (Heft 35). Die Vorläufer und die Entstehungsgeschichte des heutigen Kanals, seine finanzielle und politische „Eroberung" durch die Engländer, die anfänglich erbitterte Feinde des Projekts waren, seine fundamentale Bedeutung für Handel und Weltmacht des britischen Reichs werden in knapper, lichtvoller Darstellung dem Leser zu vollem Verständnis gebracht. — Den Vorzug der „Aktualität" besitzt in nicht geringerem Maße die Schrift des bekannten, als Fachmann für handelspolitische Fragen hochangesehenen Reichstagsabgeordneten Dr. Gustav Stresemann, „Englands Wirtschaftskrieg gegen Deutschland" (Heft 36). Stresemann führt uns die Geschichte des gewaltigen Konkurrenzkampfs zwischen England und Deutschland vor und zeigt uns, warum und wie die Monopolstellung Englands gebrochen, dem Weltmeer die Freiheit wiedergegeben und damit dem deutschen Volke erst volle Entwicklungsmöglichkeit im freien Wettbewerb mit allen Völkern der Erde gegeben werden muß. — Als die Grundlage unsrer kriegerischen Erfolge ist, nicht zuletzt von gerecht und klarblickenden Ausländern, die gründliche deutsche Schulbildung gerühmt worden. Darum verdiente wohl auch „Das Bildungswesen im neuen Deutschland" einen Platz in der Reihe dieser Flugschriften (Heft 37), und in Schulrat Karl Muthesius haben die Forderungen, die zu diesem Thema zu erheben sind, einen vortrefflichen Anwalt gefunden, der ohne chauvinistische Engherzigkeit und Uebertreibungen für die Fortentwicklung unsers Bildungswesens im Sinne einer immer einheitlicher und folgerichtiger durchgeführten nationalen Richtung des Unterrichts eintritt.

Die Pflicht, gesund zu sein. Wege und Ziele gesundheitlicher Lebensführung. Von Dr. Friedrich Münser. Verlag von Gerhard Stalling, Oldenburg. Preis 80 Pf.

Ein sehr verständig geschriebenes Buch, auf das wir besonders hinweisen möchten. Was dazu gehört, um sich gesund zu erhalten, ist so einfach und selbstverständlich, aber wie viele handeln danach? Die meisten Menschen denken erst über die Gesundheit nach, wenn sie krank geworden sind. Diesen zeigt der Verfasser die Wege, und er tut es in so überzeugender Weise und gibt so klare Leitsätze, daß ihm die Leser gewiß folgen werden.

H. H.

Goethes Welt- und Lebensanschauung. Von Theobald Ziegler. Berlin, Georg Reimer. M. 2.40.

Volkstümliche Vorträge liegen diesem Werkchen zugrunde, in dem der bekannte Philosoph auf das Gebiet der Literaturgeschichte hinübergegriffen hat, an sich mit voller Berechtigung, denn das Thema schlägt ja natürlich ganz in den Bereich der Philosophie. Aber trotz aller Gewandtheit der Popularisierung und aller andern Vorzüge, die auch an diesem Werkchen Zieglers gerühmt werden dürfen, wird man beim Studium seiner Arbeit den Gedanken nicht los: es war ja gar nicht möglich, dieses schier unerschöpfliche Thema auf 126 Seiten zu ergründen, und es läßt sich einfach nicht in dieser Weise populär behandeln, denn es gehört harte Arbeit zum Studium der Goetheschen Weltanschauung, wenn es Gewinn bringen soll. So bleibt das Werkchen

Digitized by Google

notgedrungen mehr an der Oberfläche, als man vor allem Zieglers eignem wohlbegründeten Ansehen wünschen möchte: er hätte uns doch vielleicht lieber „die ursprüngliche, mehr als doppelt so umfangreiche Fassung" vorlegen sollen. Dr. Hans Zimmer.

Die Vorgeschichte und der Ausbruch des Krieges von 1914. Sonderabdruck aus der „Zeitschrift für Völkerrecht". Von Dr. Karl Strupp. Breslau, J. U. Kern's Verlag.

Die Vorgeschichte des europäischen Krieges ist zwar durch die Tageszeitungen allgemein bekannt geworden, wir wollen aber nicht unterlassen, auf die Darstellung des bekannten Historikers Dr. Karl Strupp besonders hinzuweisen, da sie bei aller Knappheit sehr anschaulich ist. Besonders wertvoll ist, daß der Depeschenwechsel der Fürsten und Regierungen sowie die Note Oesterreichs an Serbien und die Antwort darauf in ihrem Wortlaut wiedergegeben worden sind. H—n.

Die Spekulation Costa Negra. Ein Abenteurerbuch von Gustaf Janson. Aus dem Schwedischen übersetzt von Margarete Bahnson. Leipzig, G. Merseburger. 356 S. M. 4.— (5.—).

Mit kühner, namentlich gegen Schluß wohl allzukühner Einbildungskraft erfindet der Verfasser einen mittel- oder südamerikanischen Freistaat — etwa nach der Art Venezuelas — mit der dazugehörigen Revolution, die im Grunde nur ein Geschäftsunternehmen großen Stils ist. Das Buch ist so spannend, auch durchweg so anschaulich geschrieben, daß man einige Bedenken über die Glaubwürdigkeit und künstlerische Folgerichtigkeit gern unterdrückt. Von dichterischem Wert ist jedenfalls die Gestaltung der beiden nordamerikanischen Helden, des kühlen Geschäftsmannes und des tatendurstigen Schwärmers, in denen sozusagen die beiden Hauptgattungen des Abenteurertums in Reinzüchtung dargestellt sind. Auch der kräftige Humor, der das Ganze durchweht, und einige schöne Naturbilder mögen mit Anerkennung hervorgehoben werden. Br.

Die deutschen Jesuiten auf den Schlachtfeldern und in den Lazaretten 1870/71. Briefe und Berichte, herausgegeben von Markus Rist. 2. und 3. Auflage. Freiburg i. Br., Herdersche Verlagshandlung. M. 2.50.

Es ist immerhin eine Tendenzschrift, die hier vorgelegt ist, und als solche wird sie verschieden beurteilt werden, verschieden beurteilt werden können. Davon aber sei hier nicht die Rede, das Buch vielmehr als lebendige geschichtliche Quelle betrachtet. Als solche darf es der Beachtung von Historikern und Laien empfohlen werden: es ist von Reiz, sich auch in diesen Briefen und Berichten die großen Ereignisse des Deutsch-Französischen Krieges widerspiegeln zu sehen. Z.

Der große Krieg. Ein Anekdotenbuch, herausgegeben von Erwin Rosen. Zweiter Teil. Stuttgart, Robert Lutz. Geh. M. 2.—, geb. M. 3.—.

Rasch ist der zweite Band, zu dem noch ein dritter kommen soll, dem ersten Band dieses mit so geschickter und glücklicher Hand zusammengestellten Buches gefolgt. Aus dem Mosaik von amtlichen Berichten, Zeitungsartikeln, Gedichten, Feldbriefen und Anekdoten ergibt sich ein lebhaftes, farbenreiches Bild der Männer und Taten, der Ereignisse und Stimmungen dieser gewaltigen Zeit. Gerade daß so viel kleine Einzelzüge, für die eine große zusammenhängende Darstellung keinen Platz haben kann, dem Eintagsleben der rasch vergessenen Zeitungsnotiz enthoben und hier für immer aufbewahrt sind, gibt dem Rosenschen „Anekdotenbuch" in gewissem Sinne etwas von einem geschichtlichen Quellenwerk. —r—

China, die Republik der Mitte. Ihre Probleme und Aussichten. Von Dr. B. L. Freiherrn v. Mackay. Stuttgart, J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachf. Preis geh. M. 5.—, geb. M. 6.50.

Der Verfasser ist ein gründlicher Kenner Ostasiens. Auf dem Boden umfassender historischer Studien und zugleich aus der eignen Anschauung heraus schildert er das dem Europäer so schwer verständliche und innerlich wesensfremde „Reich der Mitte" und legt besonderes Gewicht auf die Darstellung des gegenwärtigen Zustandes, das Vordringen europäischer Ideen und Deutschlands Sendung. Das Buch ist gerade gegenwärtig von hohem Interesse, und wir möchten deshalb besonders darauf aufmerksam machen.

Von Luther zu Bismarck. Zwölf Charakterbilder aus deutscher Geschichte von Prof. Dr. Ottokar Weber. 2. Auflage. 2 Bände. („Aus Natur und Geisteswelt", Bd. 123 und 124.) Leipzig und Berlin, B. G. Teubner. Je gebunden M. 1.25.

Luther, die Fugger, Wallenstein, Kurfürst Maximilian von Bayern, der Große Kurfürst, Kaiser Leopold I., August der Starke, Friedrich der Große, Kaiser Josef II., der Freiherr vom Stein, Metternich und Bismarck sind die Gestalten, die in diesen lebensvollen, anschaulichen und gründlich unterrichtenden Aufsätzen aus österreichischer Feder Deutsch-österreichern wie Reichsdeutschen nahegebracht werden. Der leitende Gedanke ist, zu zeigen, wie sich in den letzten vierhundert Jahren der Gang der deutschen Geschichte gestaltet

Digitized by Google

hat, und warum endlich ein mächtiges Deutsches Reich unter preußischer Führung entstanden ist, obwohl doch Oesterreich die längste Zeit hindurch die Hauptmacht in Deutschland gewesen war. Das Werkchen ist tatsächlich ein vorzüglicher Kursus neuzeitlicher deutscher Geschichte in ansprechendster Form. Dr. Hans Zimmer.

Ernst Moritz Arndt. Ein Lebensbild von Ernst Müsebeck. Erstes Buch: Der junge Arndt 1769 bis 1815. Mit einem Bildnis von E. M. Arndt. Gotha, Friedrich Perthes A.-G. Geb. M. 12.—.

Unter den Männern, die Preußen und Deutschland aus der Erniedrigung von 1806 zu der Erhebung von 1813 emporführten, steht E. M. Arndt nicht als einer der Größten, aber sicher als einer der Warmherzigsten, Fortreißendsten. Heute lebt er mehr durch das fort, was er war, als durch das, was er tat: eine edle Natur im Sinne des Schillerschen Distichons. Sein meist gesungenes Lied: „Was ist des Deutschen Vaterland?" und seine wirkungsvollste politische Schrift: „Der Rhein, Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze" sind gewissermaßen für uns veraltet, aber nur dem Inhalt nach, weil das, was für Arndt Sehnsucht und Forderung war, nun längst Erfüllung und Wirklichkeit geworden ist; unveraltet bleiben sie aber in der Gesinnung, wie ihn selbst sein warmes, einfältiges, treues Herz jung hielt bis übers neunzigste Lebensjahr. So ist uns auch sein Leben heute fast wichtiger als seine Schriften, und darum kommt eine umfangreiche, gewissenhafte und liebevolle Biographie, wie E. Müsebeck sie dem verehrungswürdigen Mann gewidmet hat, als eine willkommene Gabe; doppelt willkommen heute, da der Geist, der 1913 nur in Worten und Feierklängen die Zeit vor hundert Jahren heraufbeschwören konnte, sich nun handelnd und ringend der Helden von 1813 bis 1815 würdig erweisen muß. — Auf nahezu 600 Seiten schildert Müsebeck im vorliegenden ersten Band die erste Lebenshälfte Arndts. Nicht allein die vielen inneren und äußeren „Wanderungen und Wandlungen" innerhalb dieser fünfthalb Jahrzehnte rechtfertigen eine so breite Anlage und Durchführung der Lebensgeschichte; Müsebeck gibt auch immer eingehende Berichte und Analysen über die Schriften Arndts, die ja so durchaus unmittelbar aus seinem persönlichen Schicksal, wie dem Miterleben seiner Zeit herauswuchsen. Und da es an einer vollständigen Sammlung der Arndtschen Werke noch fehlt, bedeutet es eine erwünschte Ausfüllung dieser Lücke, daß wir hier wenigstens in Regesten sozusagen und im biographischen Rahmen zusammengehalten einen vollständigen Ueberblick aller wichtigeren Ergebnisse seiner schriftstellerischen Tätigkeit erhalten. Und dazu kommt der menschliche Gewinn, ein so wechselreiches, aber immer hohen Zielen ehrlich geweihtes Leben in dieser pietät- und verständnisvollen Darstellung mit- und nachzuerleben. —ss—

Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes

(Besprechung einzelner Werke vorbehalten)

Bauer, Ludwig, Von den Schlachtfeldern in Galizien. Leipzig, S. Hirzel. Geb. M. 1.20.

Bismarck. Lithographie von Bauer. Große Ausgabe. Leipzig, B. G. Teubner. M. 4.—.

Bonner Vaterländische Reden und Vorträge während des Krieges. Dr. Rud. Knopf: IV. Die Völker Oesterreich-Ungarns. Ernst Jetelmann: V. Haben wir noch ein Völkerrecht? Dr. C. Niepmann: VI. Landmacht und Seemacht im Kampfe miteinander. Dr. Emil Cohn: VII. Kriegerische Volkspoesie. Bonn, Friedrich Cohen. à 50 Pf.

Der Greif. Heft 9 bis 12. Stuttgart, J. G. Cottasche Buchhandlung. à M. 1.—.

Der Weltkrieg. Essen a. d. Ruhr, W. Girardet. 50 Pf.

Deutsche Reden in schwerer Zeit. Berlin, Carl Heymanns Verlag. M. 4.—.

Deutsche Vorträge Hamburgischer Professoren. 7. Rudolf Tschudi: Der Islam und der Krieg. 8. Konow, Sten: Die indische Frage. 9. Carl Meinhof: Deutsche Erziehung. Hamburg, L. Friederichsen & Co. à 50 Pf.

Falke, Gustav, Hoch Kaiser und Reich. Kriegsdichtungen. 1. Heft. Hamburg, Hanseatische Druck- und Verlags-Anstalt. 20 Pf.

Fatzbender, Prof. Dr. Martin, So sollt ihr leben in der Kriegszeit. Freiburg, Herdersche Verlagshandlung. 20 Pf.

Feldmann, Dr. Felix, Flottentabellen der feindlichen und neutralen Seemächte. Oldenburg i. Gr., Gerhard Stalling. à 80 Pf.

Flemmings Spezialkarte für den Kriegsschauplatz in Polen. — England und die französisch-belgischen Kanalküsten. Berlin, Carl Flemming Verlag, A.-G. à M. 1.—.

Francke, Joachim, Hindenburgschläge. Hindenburganekdoten. Stuttgart, Robert Lutz.

Fried, Alfred H., Die Friedenswarte. XVII. Jahrg. Heft 1/2. Berlin, Paß & Garleb.

Germanus, Britannien und der Krieg. Heidelberg, Carl Winter. M. 1.—.

Goldscheid, Rudolf, Das Verhältnis der äußern Politik zur innern. Ein Beitrag zur

Digitized by Google

Soziologie des Weltkrieges und Weltfriedens. Wien, Anzengruber-Verlag Brüder Suschitzky. M. 1.—.

Heinsius, P., Wilhelm II. Friedenskaiser oder nicht? Leipzig, Oskar Born. Geh. M. 1.—, geb. M. 1.60.

Hindenburg, Bernhard von, Paul von Hindenburg. Ein Lebensbild. Berlin, Schuster & Loeffler. Geh. M. 1.—, geb. M. 2.—.

Kienzl, Hermann, Auf bebender Erde. Zeitgedichte. Breslau, S. Schottlaender. Brosch. M. 1.50, geb. M. 2.—.

Knortz, Prof. Karl, Die Deutschfeindlichkeit Amerikas. Leipzig, Theodor Gerstenberg. M. 1.—.

Kraft, Udo, Selbsterziehung zum Tod fürs Vaterland. Leipzig, C. F. Amelangs Verlag. M. 1.50.

Kumpmann, Karl, Friedrich List als Prophet des neuen Deutschland. Tübingen, J. C. B. Mohr. 90 Pf.

Landauer, Dr. Georg, England. Eine Voruntersuchung. Wien, Manzsche Hof- und Universitäts-Buchhandlung. M. 1.—.

Liebe, Paul, Ein Frauenwettstreit im Völkerkrieg. Augsburg, Heiligensetzer & Pinzennöller.

Luckwaldt, Dr. Friedrich, Die Vorgeschichte des Krieges. Fünf Vorträge. Danzig, A. W. Kasemann G. m. b. H. M. 1.50.

Marbod, Johannes, Eine Frage! Wie erhalten wir der Zukunft die erhebenden Kräfte dieses Krieges? Berlin, Julius Springer. 50 Pf.

Matthias, Adolf, Bismarck. Sein Leben und sein Werk. München, C. H. Beck.

Mohr, Heinrich, Krieg und Friede. Lose Blätter für Heimat und Feld. II. Heft. Freiburg, Herdersche Verlagshandlung. à 30 Pf.

1914. Der deutsche Krieg im Deutschen Gedicht. Heft 5. Berlin, Morawe & Scheffelt. à 50 Pf.

Nissen, Momme. Der Krieg und die deutsche Kunst. Freiburg i. Br., Herdersche Verlagshandlung. M. 1.—.

Osterrieth, Albert, Die Ursachen und Ziele des europäischen Krieges. Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht. M. 1.—.

Piloty, Robert, Ursachen und Aussichten des Krieges. Tübingen, J. C. B. Mohr. 75 Pf.

Pohl, Prof. Dr. Heinrich, England und die Londoner Deklaration. Berlin, J. Guttentag. M. 1.—.

Polen. Wochenschrift für Polnische Interessen. Nr. 9. I. Jahrgang. Wien, Redaktion von „Polen". 50 Pf.

Prange, Dr. Otto, Deutschlands Volkswirtschaft nach dem Kriege. Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht. Preis M. 3.50.

Prokfch, Dr. A., Englische Politik und englischer Volksgeist. Berlin, Concordia Deutsche Verlags-Anstalt G. m. b. H. 50 Pf.

Quadflieg, Dr. Franz, Russische Expansionspolitik von 1774—1914. Berlin, Ferdinand Dümmlers Verlagsbuchhandlung. M. 4.—.

Religionsgeschichtliche Volksbücher. V. Reihe Heft 15/16: Eißfeldt, Otto, Lic., Krieg und Bibel. Heft 17/18; Titius, Arthur, D., Unser Krieg. Tübingen, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). Geh. M. 1.—, geb. M. 1.30.

Report of the International Commission. To Inquire into the Causes and Conduct of the Balkan Wars. Washington, 2 Jackson Place Carnegie Endowment for International Place.

Schauerte, Heinrich, Reinhold, der Stadtpatron Dortmunds. Dortmund, Gebrüder Lensing. 75 Pf.

Schaukal, Richard, Standbilder und Denkmünzen. 1914. Der Ehernen Sonette zweite und dritte Reihe. München, Georg Müller.

Scheler, Max, Der Genius des Krieges und der Deutsche Krieg. Leipzig, Verlag der weißen Bücher. Geh. M. 5.—, geb. M. 6.50.

Schultze, Dr. Ernst, England als Seeräuberstaat. Stuttgart, Ferdinand Enke. M. 1.80.

Sellmann, Prof. Dr., Bismarck und die Engländer. Witten, Westdeutscher Lutherverlag G. m. b. H. 30 Pf.

Strecker, Karl, England im Spiegel der Kulturmenschheit. München, C. H. Beck. M. 2.—.

Tönnies, Ferdinand, Englische Weltpolitik in englischer Beleuchtung. Berlin, Julius Springer. M. 1.—.

Valentin, Veit, Bismarck und seine Zeit. Leipzig, B. G. Teubner. M. 1.25.

Veröffentlichungen der Handelshochschule München. Herausgegeben von Prof. Dr. M. J. Bonn. III. Heft: Die Balkanfrage. München, Duncker & Humblot. M. 6.—.

Walloth, Wilhelm, Im Völkersturm. Kriegsgedichte. Eisenach, Oskar Kayser. 25 Pf.

Widmann, J. V., Ein Doppelleben und andere Erzählungen. Bern, A. Francke. Geb. M. 1.60.

Wilamowitz-Moellendorff, Ulrich von, Zwei Reden. Krieges Anfang. Die geschichtlichen Ursachen des Krieges. 30 Pf. — Reden aus der Kriegszeit. 2. Heft: Kriegserinnerungen. Militarismus und Wissenschaft. Heroentum. 75 Pf. Berlin, Weidmannsche Buchhandlung.

Windegg, Walther Eggert, Der deutsche Krieg in Dichtungen. München, C. H. Beck. M. 2.50.

Zimmer, Dr. Hans, Kaiser Wilhelm II. als Deutscher. Berlin, Concordia Deutsche Verlags-Anstalt G. m. b. H. M. 1.—.

Rezensionsexemplare für die „Deutsche Revue" sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Uebersetzungsrecht vorbehalten.

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart — Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württemberg

Digitized by Google

Urteile eines französischen Staatsmannes über Frankreich und die europäische Lage der neunziger Jahre

Von

Wolfgang Windelband

Wie scharfe Kritik auch in Frankreich vor dem Ausbruch des Krieges an der sich ausschließlich dem Revanchegedanken hingebenden Politik der französischen Regierung geübt worden ist, hat uns das glänzend geschriebene Buch von Marcel Sembat gezeigt: „Faites un roi, sinon faites la paix!“ Paris, E. Figuière, 1913. Durch den Krieg ist dieses Buch zu ganz besonderer Aktualität erhoben worden, seine Lektüre empfiehlt sich für jeden, der ein von eingeweihter Seite herstammendes Bild von der Phrasenhaftigkeit und Unbeständigkeit sowie von der Cliquenherrschaft gewinnen will, die sich in der Republik breitgemacht haben. Das Ziel, das Sembat mit seinem Buche verfolgte, war, die französische Politik von den Kriegsplänen abzuwenden und sie zu einem ehrlichen, auf der Basis des Frankfurter Friedens beruhenden Ausgleich mit Deutschland zu bringen als Vorstufe zu dem ihm vorschwebenden Ideal der Vereinigten Staaten von Europa. Dieser Mann, der so schonungslos und mit so grausamer Offenherzigkeit seinen Landsleuten die Augen über die bei ihnen eingerissenen Mißstände zu öffnen sich bemühte, gehört heute zu dem Ministerium, das die Verantwortung für diesen Krieg trägt. Sembat hat sich damit von allen den klar durchdachten, wohl begründeten und schwungvoll vorgetragenen Lehren seines Buches abgewendet.

Aus ganz anderen Gründen und aus anderen Gedankengängen heraus als der Sozialistenführer ist zu ähnlich herber Kritik an der inneren und äußeren Politik seines Vaterlandes der französische Staatsmann gelangt, dessen Briefe ich hier veröffentliche. Diese Briefe sind mir von ihrem Empfänger zum Zwecke des Abdrucks übergeben worden; leider ist mir aber die Beschränkung auferlegt worden, weder den Namen des Schreibers noch den des Adressaten der Oeffentlichkeit mitzuteilen. Nur so viel wird über die Persönlichkeit des Schreibers zu sagen erlaubt sein, daß es ein Mann ist, der eine Zeitlang von einer der höchsten Stellen aus, welche die Republik zu vergeben hat, selbst handelnd an der Ge-

Copyright 1915 by Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

staltung der europäischen Beziehungen Frankreichs hat mitwirken dürfen, ein Mann also, dem die genaueste und umfassende Kenntnis der Voraussetzungen und Bedürfnisse der französischen Politik nicht abgesprochen werden kann. Sein Name hat in Frankreich und über dessen Grenzen hinaus auch auf Gebieten, die der praktischen Staatskunst sehr fernliegen, einen guten Klang. Die Briefe, die ich hier mitteile, stammen aus den Jahren 1893, 1894 und 1895, aus einer Zeit, in der ihr Verfasser durch ein ungewöhnlich hohes Alter am aktiven Eingreifen in die Politik gehindert wurde.

Was wir von seiner amtlichen Tätigkeit wissen aus der Zeit, in der er seinen Einfluß auf die französische Politik am unmittelbarsten geltend machen konnte, das zeigt uns ein ehrliches Bestreben, sein Vaterland von der fixen Idee, die auf ihm lastete, zu befreien, von dem unentwegten Hinstarren nach der Vogesengrenze. Damit stimmt der Ton und der Inhalt der folgenden Briefe genau überein. Mit Freude begrüßt er jedes kleine Anzeichen einer Entspannung zwischen Deutschland und Frankreich. Er unterschätzt keineswegs die gewaltigen Schwierigkeiten einer Annäherung, aber auf sie hinzuarbeiten liegt seiner Ansicht nach im Interesse beider Staaten. Deshalb erfüllt ihn jedes Hindernis, das vor dieses Ziel tritt, mit größtem Schmerz, und deshalb hat er ganz besonders das Bündnis mit Rußland verurteilt. Klar sieht er die Folgen, die dieses Bündnis für Europa haben muß; nicht eine Sicherung, sondern eine schwere Gefährdung des Friedens erblickt er in ihm, und er nennt es deshalb einen unheilvollen Irrtum, den sein Vaterland eines Tages werde teuer zu bezahlen haben. Die Politik, die zu dem Bündnis geführt hat, kennzeichnet er als die einer Clique, nicht der Nation. Er bestreitet Rußland die Berechtigung, bei den Fragen Westeuropas mitzureden, er möchte es ganz auf den welthistorischen Beruf hinweisen, der ihm in Asien zufällt. Aber nachdem es einmal durch den Fehler der französischen Staatslenker die ausschlaggebende Rolle erlangt hat, besteht für den Schreiber dieser Briefe kein Zweifel, daß der europäische Krieg kommen wird. Für ein oder zwei Jahre glaubt er den Frieden noch gesichert, dann aber wird die Last der Rüstungen, die kein Staat auf die Dauer ertragen kann, zum Losschlagen zwingen. Auch in den ehrgeizigen Plänen Japans sieht er eine Bedrohung des europäischen Friedens; er ist überzeugt, daß sein Zurückweichen vor der Uebermacht der europäischen Mächte nur ein sehr vorübergehendes sein wird. Dieser wohlunterrichtete und klardenkende Beobachter erkennt also dank seinem nicht durch Phrasen getrübten Wirklichkeitssinn den Zustand, der seitdem bis 1914 herrschend geblieben ist und der wie ein Alp auf Europa gelastet hat: im Hintergrund steht immer der mit Notwendigkeit kommende Krieg, nur durch künstliche Mittel kann er noch hinausgezogen werden. Und der französische Staatsmann gibt zu, daß verantwortlich dafür die französische Regierung ist, indem sie sich mit dem Panslawismus verbunden hat.

Heute stehen diese für uns so wertvollen Beurteilungen der äußeren Politik unbedingt im Vordergrunde des Interesses, aber fast ebenso wichtig sind seine Ausführungen über die inneren Verhältnisse des französischen Staats. Ebenso

Digitized by Google

wie er in der äußeren Politik mit dem Ziel des Friedens mit Sembat übereinstimmt, kommt er auch hier zu demselben Ergebnis wie dessen Buch: die Untergrabung der Autorität im Lande und das ständige Wachsen der Korruption in den politischen Kreisen erwecken in stärkstem Maße seine patriotische Besorgnis. Ueber die Mittel zur Bekämpfung dieser Entwicklung gehen allerdings die Ansichten beider Männer, denen im übrigen auch das unbedingte Bekenntnis zur Republik gemeinsam ist, weit auseinander. Der Schreiber dieser Briefe erhofft eine Besserung von energischerer Bekämpfung der revolutionären Elemente, vor allem der Anarchisten, unter deren Attentaten ja die Welt gerade in den damaligen Jahren ganz besonders stark zu leiden hatte. Als eines der wichtigsten Mittel, um die Autorität wiederherzustellen, empfiehlt er eine Beschränkung der Ungebundenheit der Presse. Das Beste aber erhofft er von einer Neubelebung der Religiosität im Volke; in den wenigen Briefen, die von ihm vorliegen, kehrt dieser Gedanke immer wieder. In alledem würde ihm Sembat niemals zugestimmt haben. Darin aber, daß das politische Leben Frankreichs tatsächlich solche unerfreuliche Zustände aufweist, sind beide durchaus einig. Die Uebereinstimmung dieser Zeugenaussagen aus zwei so verschiedenen Lagern beweist also, daß das traurige Gemälde, das sie beide von der Politik der dritten Republik entwerfen, der Wahrheit entspricht. Die Verhältnisse haben sich in den zwei Jahrzehnten, die zwischen beiden Zeugnissen liegen, nicht gewandelt.

*

Die ersten Briefe behandeln die Frage des französisch-russischen Bündnisses. Sie sind geschrieben in der Zeit des Besuches der russischen Flotte in Toulon, der die Erwiderung war auf den französischen Besuch in Kronstadt zwei Jahre vorher. Frankreich war damals erfaßt von einem Taumel der Russenbegeisterung. Davon hebt sich der Ton dieser Briefe grell ab.

Paris, 27 Octobre 1893.

Cher monsieur,

Vous pouvez Vous figurer ce que je dois penser des fêtes franco-russes. Je ne blâme pas la Russie; et je crois qu'elle ne fait que poursuivre le cours des destinées qu'elle se promet. Mais je crois aussi que ma patrie se trompe absolument et qu'elle peut payer fort cher cette énorme erreur. Malheureusement mon opinion est bien peu partagée; et l'affolement est aussi aveugle qu'il l'était en juillet 1870. Comme alors c'est le gouvernement qui est aujourd'hui le promoteur de cet enthousiasme qui n'a pas de raison d'être. Ce n'est pas la nation qui a réclamé la visite à Cronstadt. Ce sont des intermédiaires qui se sont crus de très fins politiques. La France n'a pas à rechercher d'alliés; elle a tant à faire chez elle qu'elle peut s'occuper uniquement de ce soin. Elle devrait avant tout refaire ses forces morales qui sont bien atteintes.

Digitized by Google

Vous avez bien raison d'en appeler à Dieu pour débrouiller le chaos où nous nous enfonçons chaque jour davantage. Puisse le ciel exaucer Vos vœux et les miens!

*

Paris, 28 Décembre 1893.

J'espère comme Vous que la paix ne sera pas troublée en 1894, pas plus qu'en 1893. Mais je ne puis croire que la Russie et la France se soient rapprochées pour ne rien faire dans leur intérêt réciproque. Songez qu'elles peuvent immédiatement mettre sur pied deux millions de soldats. Ne pas s'en servir serait bien extraordinaire. Vous connaissez d'ailleurs mon opinion sur le rôle que la Russie prétend jouer dans nos affaires d'Occident. Elle ne peut qu'y faire du mal, tandis qu'elle fait grand bien dans l'Asie centrale. Si la Russie obtient un port d'attache dans la Méditerranée, elle préparera par là un conflit avec l'Angleterre.

L'attentat du Palais Bourbon n'est qu'un commencement; je le crains bien, malgré la louable énergie de M. Casimir-Périer. Le XX^e siècle verra de très grands événements et des catastrophes épouvantables.

Malheureusement tout ce qu'on peut dire sur l'état de nos finances n'est que trop vrai; et la situation s'empire tous les jours.

Mit dem Attentat, von dem hier die Rede ist, ist gemeint der berühmte Bombenwurf des Anarchisten Vaillant von der Tribüne der Pariser Deputiertenkammer herab am 9. Dezember 1893, durch den über hundert Personen verletzt wurden.

*

Paris, 10 Mars 1894.

Le traité de commerce allemand-russe[1]) me paraît une garantie de paix pour cette année et peut-être aussi pour plusieurs autres. Mais la situation générale de l'Europe reste bien menaçante et les armements de tous les peuples ne peuvent pas être longtemps encore sans emploi. On ne peut pas se ruiner en pure perte; voilà déjà l'Italie épuisée; les autres Etats sont exposés au même danger.

Ce n'est pas la philosophie qui est coupable des théories anarchistes; car rien ne lui est plus opposé que ces affreuses doctrines. Ce sont des lois absurdes sur la presse qui ont permis ce déchaînement des passions les plus sauvages contre la société. C'est aussi la faiblesse du gouvernement qui depuis quinze ans a relâché tous les ressorts de la répression. Au point où en sont arrivées les choses, c'est à la guerre civile que nous marchons et aux dictatures. L'avenir doit se préparer à bien des catastrophes.

*

Paris, 6 Mai 1894.

J'ai reçu Votre lettre du 28 Avril et je Vous félicite d'avoir fait le voyage d'Italie. La nature y est fort belle; mais de plus, l'art y a fait

[1]) Vom 20. März 1894.

Digitized by Google

des merveilles qu'on ne saurait trop admirer. L'antiquité lui a laissé une partie de ses chefs d'œuvre et les modernes y ont ajouté une foule de choses magnifiques. Vous avez bien raison aussi de constater tous les dons presqu'incomparables que Dieu a fait à la France. Seulement il nous a refusé la sagesse et la raison, sans lesquelles tout le reste tourne à mal. Notre histoire toute entière le prouve; et le présent ne dément pas le passé. Il est certain qu'il n'y a pas de peuple qui pût être plus heureux. Mais il ne suffit pas d'être riche; il faut en outre savoir employer sa richesse. C'est un art que nous ignorons et je ne sais pas qui pourra nous instruire. La politique a le plus grand tort de repousser le secours de la religion; et l'éducation du peuple ne fera aucun progrès tant qu'on repoussera cette alliance indispensable. Le Pape, très bien inspiré, y fait cependant tout ce qu'il peut: mais on ne l'écoute pas.

Die Besorgnis des Briefschreibers wuchs mit dem Sturz des Ministerpräsidenten Casimir-Périer, der am 23. Mai demissionierte. Am 30. Mai wurde Dupuy sein Nachfolger.

*

Paris, 5 Juin 1894.

Je ne crois pas que notre nouveau cabinet change beaucoup la politique du précédent. M. Casimir-Périer etait dans la voie qui seule peut améliorer nos affaires et nous épargner de bien douloureuses épreuves. M. Dupuy aura moins d'énergie et ses faiblesses pourront compromettre l'ordre dont nous avons tant besoin. L'échec des Radicaux est certain; mail ils ne sont pas encore tout à fait vaincus. Le gouvernement en a toujours peur, Dieu sait pourquoi.

Je ne crois pas que l'affaire du Congo ait de fâcheuses conséquences; il faut de part et d'autre mettre beaucoup de loyauté et de douceur. La civilisation chrétienne commence une grande entreprise sur le Continent noir; elle a fort à faire pour réussir dans cette croisade d'un nouveau genre. Il ne faut pas que les Croisés se déchirent entr'eux.

La réduction des dépenses militaires est fort désirable, mais je n'y crois pas. Ce serait à la Russie surtout de donner l'exemple, parce que rien ne la menace; mais son ambition s'accroît plutôt qu'elle ne diminue.

Unter der erwähnten Kongoaffäre ist der Protest zu verstehen, den Deutschland, Frankreich und die Türkei gegen das am 12. Mai 1894 zwischen England und dem Kongostaat geschlossene Abkommen gerichtet haben. Im Widerspruch zu den Festsetzungen von 1884 waren hier einseitig Grenzveränderungen verabredet worden, die gegen das Interesse der beteiligten Mächte verstießen. Angesichts des offen auf der Hand liegenden Vertragsbruchs und gegenüber der Einigkeit der andern Mächte sah sich England genötigt, nachzugeben. Die in dem Brief enthaltene Voraussage, daß dieser Streit nicht zu Komplikationen

Digitized by Google

führen werde, hat sich also bewahrheitet. Der Verlauf der Angelegenheit zeigt klar, was Deutschland und Frankreich, wenn sie sich zusammenfänden, erreichen könnten.

*

Paris, 28 Juin 1894.

J'ai reçu Vos deux lettres du 24 et du 25 de ce mois et je Vous remercie de la sympathie que Vous exprimez pour la France et le malheur qui nous frappe en ce moment. Nous avons fait hier une chose excellente en nommant M. Casimir-Périer. Mais la tâche que nous lui imposons est bien lourde. Le nom qu'il porte est illustre; il le continue dignement; et ainsi qu'il l'a promis, il remplira tout son devoir. Ce qu'il nous faut avant tout, c'est le rétablissement de l'ordre.

Le télégramme de l'Empereur d'Allemagne lui fait grand honneur; il fait voir une sympathie sincère et vive.

Das Unglück, von dem hier gesprochen wird, ist die Ermordung des Präsidenten Carnot. Kaiser Wilhelm sandte seiner Witwe ein herzlich gehaltenes Beileidstelegramm, das auch in der Pariser Presse eine sehr günstige Aufnahme fand. Infolge der Ermordung wurde dem Parlament ein Anarchistengesetz vorgelegt, das aber erst nach einer heftigen Debatte über die Frage, ob es zeitlich beschränkt werden solle, angenommen wurde. Darauf bezieht sich der folgende Brief.

Paris, 27 Juillet 1894.

Notre loi contre les anarchistes a été votée hier, après une discussion des plus vives et des plus scandaleuses. Il semble qu'il ne devait pas y avoir lieu à dissentiment contre des assassins; mais il y a des gens dont la conscience est trop peu sensible. C'est maintenant au gouvernement de faire son devoir. Il avait déjà bien assez d'armes dans les lois actuelles; en voici de nouvelles; il s'agit de les bien employer. Par bonheur M. Casimir-Périer est plein de courage et de résolution. Mais le secondera-t-on? Il y va du salut de la société.

En France, ce n'est pas l'excès de population qui cause la misère. Elle a des causes bien plus profondes dans le vice et l'immoralité. Si l'on supprimait la moitié des cabarets et des cafés, les souffrances populaires seraient bien moindres. Il faudrait aussi favoriser l'influence religieuse. loin de la combattre. Mais nous sommes bien loin de tout cela. Reviendrons-nous à plus de raison? Dieu seul le sait. Nous ne pouvons pas penser à des colonies de peuplement. Voyez où nous en sommes en Algérie après 64 ans.

Une des grandes causes de la misère, c'est l'énormité des impôts qui enlèvent les capitaux à l'industrie et au commerce.

Das Jahr 1894 brachte aus Gründen, auf die einzugehen hier zu weit führen würde, eine Entspannung zwischen Deutschland und Frankreich. Ein äußeres Zeichen fand sie in der Kranzniederlegung an den Soldatengräbern bei Orleans,

Digitized by Google

die im Anschluß an die französischen Manöver durch den deutschen Militärbevollmächtigten v. Schwarzkoppen erfolgte. Der folgende Brief gibt die Freude des Verfassers darüber wieder.

Paris, 28 Septembre 1894.

Je me félicite comme Vous de voir les relations de nos deux pays un peu moins tendues à quelques égards; mais malheureusement la plaie de la France est toujours ouverte; et je ne crois pas qu'elle puisse jamais se fermer. Les résolutions de l'Allemagne ne sont pas moins immuables. Il est difficile de concilier des systèmes si contraires.

Je suis bien d'avis comme Vous que la charité sociale devrait s'exercer sur la plus large échelle; mais plus l'Etat fera pour les malheureux, plus on lui demandera jusqu'à épuisement complet. La vraie charité serait celle de chaque citoyen, soulageant les misères qu'il connaît et dont il peut juger. Ce qu'il faudrait apprendre surtout à une foule de misérables, ce serait d'être plus économes, plus laborieux et plus énergiques. C'est une réforme morale qu'il faut; mais elle est d'autant plus difficile qu'elle devrait s'appliquer à toutes les parties de la société, hautes et basses.

La restriction des mariages serait peut-être bonne en Allemagne. Chez nous elle serait fatale, puisque notre population décroît. Il faudrait donc bien plutôt encourager les mariages loin de les restreindre. Les $^{9}/_{10}^{es}$ de l'humanité se marient sans le sou et n'en vivent pas moins.

*

Auf die Bitte, sich doch öffentlich über den Kanzlerwechsel, die Ersetzung Caprivis durch Hohenlohe, zu äußern, erging folgende Antwort:

Paris, 2 Novembre 1894.

Je serais heureux de Vous faire plaisir, mais je regrette de ne pouvoir me rendre à Votre désir. Il serait trop délicat pour moi de donner mon avis sur le personnage que le jeune Empereur d'Allemagne vient d'appeller auprès de lui. J'aurais l'air, soit que j'approuve, soit que je blâme, de me mêler à une question qui ne me regarde pas. Mon ancienne position officielle m'impose le silence; et pour le rompre, il me faudrait avoir à remplir un devoir que je n'ai pas en ce moment. D'ailleurs la „Revue des deux mondes" dans son numéro d'hier, page 239, donne une appréciation très équitable du prince de Hohenlohe. Le rédacteur M. Francis Charmes, Député, l'a connu personnellement durant son séjour à Paris. Vous pourriez reproduire le passage de la chronique.

J'espère avec Vous que la mort du Czar[1]) ne compromettra pas la paix. L'héritier sera sans doute fidèle à la politique de son père.

*

[1]) Alexander III. war am 1. November 1894 gestorben.

Digitized by Google

Paris, 15 Décembre 1894.

Je crois comme Vous que la nomination du prince de Hohenlohe est une garantie de plus pour la paix. Il vient d'assumer des fonctions bien graves, surtout pour un homme de son âge. Evidemment il aura cédé au désir de l'Empereur, car je ne crois pas que personnellement il ait beaucoup d'ambition. Ses opinions religieuses bien connues donnent à ce choix une signification particulière.

Tous les gouvernements seront forcés de prendre des mesures contre les anarchistes qui menacent la société et qui ne songent qu'à l'emploi de la force la plus brutale. La France est peut-être plus en danger qu'aucune autre nation, parce que le principe d'autorité y est plus affaibli que partout ailleurs. Si l'on n'y prend garde, on aura des guerres civiles qui ne se termineront que par des dictatures. Le passé de l'histoire le prouve; et l'Europe aura grand'peine à éviter ces nécessités cruelles. Il faudrait dès maintenant s'efforcer de réduire la licence fatale de la presse. C'est très délicat et très difficile. En Allemagne Vous avez plus de moyens d'y réussir que nous.

*

Paris, 31 Décembre 1894.

Je regrette comme Vous la funeste tendance du siècle à l'irréligion et au relâchement moral. Les tristes symptômes sont peut-être plus frappants chez nous que partout ailleurs. Il y aura certainement une réaction; mais nous ne voyons pas encore d'où elle viendra et si elle sera assez puissante pour corriger un mal si profond. La science de nos jours devient de plus en plus matérialiste, et elle se mêle de trancher des questions qui ne la regardent pas et qu'elle n'a pas étudiées.

Le rapprochement de l'Angleterre et de la Russie serait une garantie assurée de la paix, pour quelques années; mais une liaison solide entre elles est bien improbable. Les intérêts sont trop opposés. M. le prince de Bismarck l'a dit dans son langage pittoresque: la baleine et l'éléphant ne peuvent guère s'entendre. En attendant on peut provisoirement compter sur la paix en 1895 et 1896. C'est déjà beaucoup.

Am 15. Januar 1895 trat Caſimir-Périer von ſeinem Amt als Präſident der Republik zurück, ſein Nachfolger wurde Felix Faure. Dieſer Wechſel bedeutete eine weitere Verſchlimmerung der politiſchen Zuſtände.

*

Paris, 10 Février 1895.

Le changement de Président a été un coup inattendu pour tout le monde, et pour ma part je le regrette vivement. Je ne connais pas d'ailleurs le nouveau Président et je ne sais pas ce qu'on peut attendre de lui. Mais cette mobilité dans la première magistrature de l'Etat est très fâcheuse et chez nous plus que partout ailleurs. L'autorité est excessivement amoindrie en France; et ces nouveaux accidents ne la restaureront pas. Le parti

Digitized by Google

socialiste et révolutionnaire fait de menaçants progrès. Le foyer est plus intense chez nous, mais toutes les nations ont intérêt à l'étouffer. La paix générale sera maintenue, sauf accident, en 1895 et même en 1896; mais il pourra y avoir dans le sein de chaque nation des troubles formidables.

*

Die Ablehnung des Reichstags, sich an der Huldigung für Bismarck zu seinem achtzigsten Geburtstag zu beteiligen, ist auch in Paris als ein Akt unerhörter Verblendung beurteilt worden, wie aus diesem Brief hervorgeht:

Paris, 28 Mars 1895.

Je suis de Votre avis: le Reichstag a commis une lourde faute, et pour qu'il se soit oublié à ce point, il faut que l'esprit de parti soit bien aveugle dans des haines qui font taire tout patriotisme.

*

Die Entwicklung der Dinge in Ostasien hatte wieder zu einem gemeinsamen Vorgehen Deutschlands mit Frankreich geführt. Ihrem Protest und dem Rußlands und Spaniens mußte Japan sich fügen und einen großen Teil dessen, was China ihm bewilligt hatte, wieder herausgeben. England hat sich bekanntlich diesem Protest nicht angeschlossen.

Paris, 4 Mai 1895.

Je ne crois pas que les affaires sino-japonaises amènent des complications graves en Europe. Mais it eût été plus facile de s'entendre pour prévenir la guerre plutôt que de défaire tout un traité de paix. C'est là sans doute ce qui aura décidé l'Angleterre à se séparer. Mais rien jusqu'à présent semble menacer la paix générale.

Un canal maritime qui irait jusqu'à Berlin serait une très grande chose. Rien n'est impossible aujourd'hui. Mais cette entreprise allemande et prussienne donnerait des chances à Paris port de mer. Il y a longtemps qu'on y pense.

*

Paris, 27 Juin 1895.

Je suis heureux que les fêtes de Kiel[1]) se soient si bien passées. Le jeune Empereur a eu un grand succès. Le canal Guillaume sera utile surtout à la Prusse; mais il le sera aussi à toutes les marines du monde en leur évitant le passage du Sund. Il y a longtemps que ce grand ouvrage aurait dû être fait. Mais le Danemark n'était pas assez riche pour l'entreprendre quand ces territoires lui appartenaient.

Je vois avec plaisir le changement du Cabinet anglais.[2]) L'arrivée des Conservateurs était inévitable après les erreurs par trop fortes des

[1]) Zur Einweihung des Nordostseekanals vom 19. bis 21. Juni 1895.

[2]) Lord Rosebery gab am 23. Juni seine Demission wegen der Kritik, die das Parlament an dem damaligen Kriegsminister Campbell-Bannermann geübt hatte.

Digitized by Google

Gladstoniens. Lord Rosebery n'était pas de taille à supporter cet héritage. Lord Salisbury était tout indiqué. L'Angleterre revient au bon sens et tout le monde s'en trouvera bien.

Le Japon se tiendra tranquille quelque temps; et ensuite il reprendra ses vues ambitieuses. Alors comme alors.

*

Paris, 3 Octobre 1895.

Je n'ai jamais pensé à écrire des mémoires. Je n'approuve cette occupation que de la part des chefs d'Etat, comme César, Frédéric II, Napoléon etc. Ceux-là doivent parler à la postérité et expliquer ce qu'ils ont fait ou voulu faire pour remplir leur devoir. Les autres personnages qui écrivent des mémoires ont surtout pour but de se recommander à l'histoire, qui, sans cela, les oublierait. M. Thiers lui-même n'a jamais voulu écrire ses mémoires.

Je crois avec Vous que la paix ne sera pas troublée cette année; mais l'équilibre est toujours bien instable; et ce n'est pas l'alliance franco-russe qui le consolidera.

Jugendbriefe Herzog Ernsts II. von Coburg-Gotha über Belgien

Mitgeteilt von

Paul v. Ebart (Coburg)

Herzog Ernst I. von Sachsen-Coburg und Gotha hatte seine beiden Söhne Ernst und Albert nach ihrer Konfirmation, im Juni 1836, zu seinem Bruder Leopold, König der Belgier, nach Brüssel gebracht. Dort blieben die jungen Ernestiner die nächsten zehn Monate unter der Obhut eines früheren Offiziers der englisch-deutschen Legion, eines Oberstleutnants v. Wichmann, und bereiteten sich durch fleißige Studien, namentlich in neueren Sprachen und Geschichte, auf den Besuch der Universität vor, die sie im Laufe des folgenden Jahres beziehen sollten. König Leopold hatte für seine Neffen den bekannten Gelehrten Lambert Quételet als Lehrer bestimmt; im Französischen unterrichtete Professor Bergerou die Prinzen, und über die englische Literatur hielt ihnen der Spielgenosse Lord Byrons, der englische Geistliche Mr. Diury, Vorlesungen.

Die folgenden Briefe, die der Erbprinz Ernst während seines Brüsseler Aufenthaltes in die Heimat schrieb, gewähren einigen Einblick in sein dortiges Leben.

„Brüssel, den 17. Juli 1836.

Lieber Papa! Es hat mich sehr gefreut, schon aus Mainz einige Worte von Dir zu empfangen, dafür sage ich Dir meinen verbindlichsten Dank. Wir

Digitized by Google

haben bei den heißen Tagen recht oft Deiner gedacht und in Gedanken uns recht oft in Deine Lage versetzt. Wir hatten während dreier Tage 25 Grad im Schatten, so daß man kaum im Freien existieren konnte, seit vorgestern ist es jedoch um Vieles kühler. Nunmehr bist Du schon längst auf der lieben Rosenau, und die herrliche, frische Luft, welche dort weht, wird Dich schnell von den Fatiguen der Reise erholt haben. Ich darf gar nicht an die Rosenau denken, ohne vom Heimweh befallen zu werden. Zu jeder Tageszeit bin ich bei Dir; auf allen Deinen Wegen bin ich um Dich und theile mit Dir die Freuden Deiner neuen Schöpfungen. Du hast nun Niemanden, der so ganz Deinen Geschmack theilt, dessen Freuden so ganz mit den Deinigen zusammenschmelzen und der lieber mit Dir die schöne Natur genösse, als wir es thaten. Unsere Zeit ist hier sehr gut eingetheilt. Wir arbeiten von 9 bis um 12 Uhr, frühstücken und beschäftigen uns von 1 Uhr ab wieder bis gegen 4 Uhr mit den verschiedenen Sprachen. Erst gegen 7 Uhr treten wir, abwechselnd zu Pferde oder zu Fuß, unsere kleinen Touren an. Je näher wir die Umgegend kennen lernen, desto mehr gewinnt sie an Reizen. Gestern benutzten wir den schönen Sonntag, um eine Parthie nach Boitsfort zu unternehmen, einem Vergnügungsort der Brüsseler, der ungefähr zwei gute Stunden von der Stadt entfernt ist. Die ganze Gegend, sowie auch der Weg dahin ist ungemein malerisch und anziehend. Das Thal, in dem der Ort liegt, hat viele Aehnlichkeit mit dem Fischbacher,[1]) nur daß dieses breiter und nicht so schön mit den herrlichsten Buchenwäldern bewachsen ist.

Eine Menge der schönsten Parks mit sehr geschmackvollen Landhäusern liegt überall vertheilt. Wie ich höre, beabsichtigt der Onkel, sich dort anzukaufen und selbst einen Park anzulegen. Wir dinirten dort im Gasthause gut und ungemein billig und machten noch bis gegen 1/2 9 Uhr Spaziergänge in die verschiedenen Gärten. Es war gerade der erste Tag der Kirchweihe, bei der eine Menge Landvolk versammelt war. Sie wird ganz wie bei uns gefeiert, nur daß man dort mehr heiteren, als betrunkenen Tänzern begegnet . . ."

*

„Brüssel, am 7. August 1836.

Empfange den herzlichsten Dank, lieber Papa, für Deinen lieben Brief, der mir gestern überbracht wurde. Mit Freude habe ich Deine freundlichen Ermahnungen gelesen und fühle mich noch mehr gestärkt in dem Bemühen, die Achtung und die Liebe des gnädigen Onkels zu erwerben. Derselbe kommt uns mit so viel Güte und Liebe entgegen, daß es uns nicht schwer werden wird, ihm zu gefallen, und daß sich recht bald ein sehr inniges und vertrautes Verhältnis zwischen ihm und uns bilden wird. Auch die liebe Tante Louise[2]) nimmt uns täglich mehr für sich ein durch die wahre Engelsgüte, die aus allen

[1]) Der Fischbacher Grund, ein Tal, das sich vom Schloß Rosenau nach Norden erstreckt.

[2]) Louise, Königin der Belgier, geborene Prinzessin von Frankreich, geb. 3. April 1812, gest. 11. Oktober 1850.

Digitized by Google

ihren Worten und Handlungen spricht. Leider wird sie uns wieder verlassen und auf einen Monat nach Ostende gehen. Uebermorgen werden wir mit dem Onkel ins Lager reisen und erst am 13. August von da allein hierher zurückkehren. Ich freue mich sehr darauf, eine kleine Armee im förmlichen Kriegszustande zu sehen; und der Gedanke, in einem Zeltlager zu wohnen und unter einem Zelte zu campiren, begeistert mich . . ."

*

„Brüssel, am 20. August 1836.

Lieber Papa! Durch die Gefälligkeit des Ueberbringers dieses Briefes wird mir eine erfreuliche Gelegenheit, Dir zu schreiben. Da-Camera[1]) wird Dir bei näherer Bekanntschaft sehr gefallen; er ist ein gar natürlicher, freundlicher Mann, der hier in Brüssel allgemein geschätzt wird. Er besitzt leider eine ungemein schwache Gesundheit, und wird mein Briefchen wohl unter 8 Tagen Dich nicht erreichen, da der Gesandte nur ganz kurze Tagereisen zu machen gedenkt. Wie er mir sagte, wünschte er auch einige Tage nach Gotha zu gehen, um Reinhardsbrunn zu sehen.

Nach einem Briefe des Herrn von Hanstein[2]) werden Deine Hirschjagden nunmehr begonnen haben. Ich versetze mich recht oft nach dem alten lieben Thüringerwald, und meine Augen suchen umsonst seine blauen Berge. Du wirst Dich wundern, wenn ich Dir schreibe, daß wir nächstens auf die Hühnerjagd gehen werden. General von Hooghoorst lud uns schon mehrmals zu sich ein; er ist der einzigste Particulier, der sich unweit von Brüssel einige Haasen und Feldhühner erhalten hat. Unser Haushalt hat sich seit heute durch eine japanische Taube vermehrt; auf der anderen Seite werden wir leider wieder einen Verlust erfahren, da der gute alte Fidelio einen bedeutenden Anfall von Koller erlitten hat. Wir schreiben dieses unerfreuliche Ereigniß der großen Hitze im Lager zu, der die Pferde den ganzen Tag ununterbrochen ausgesetzt waren; ein Major verlor daselbst vier herrliche Reitpferde. Der Verlust dieses Thieres ist um so unangenehmer, da es das brauchbarste von allen Pferden war. Der Schimmel nimmt täglich an Schönheit und Größe zu; er befindet sich so wohl, daß er oft zweimal am Tage geritten werden muß, um nur mit ihm auszukommen. Ich reite ihn beständig; er warf mich sogar einmal ab und überschlug sich mit mir im Lager. Dieser Fall hätte sehr übel ablaufen können . . ."

*

„Brüssel, 26. August 1836.

Liebe Mama! Viele Freude verursachte mir Dein letzter Brief, der mir von Deinem Wohlsein und von dem glücklichen Verlauf Deiner Reise Zeugniß gab; empfange meinen verbindlichsten Dank. Unsere Lage hier ist recht angenehm, wir haben viel zu arbeiten, und aus dem Eifer, mit dem alle Lehrer

[1]) Don Luiz da Camera, königlich portugiesischer Ministerresident am Herzoglichen Hofe.
[2]) v. Hanstein, Reisemarschall des Herzogs Ernst I.

Digitized by Google

ihre verschiedenen Unterrichtsgegenstände betreiben, und aus der Liebe und Bereitwilligkeit, mit der sie uns entgegenkommen, sehen wir, daß sie mit unseren Leistungen zufrieden sind. Im ganzen bin ich fest überzeugt, daß unser Aufenthalt hier ganz dem gewünschten Nutzen entsprechen wird. Die Lebensart hier ist ein komisches Gemisch von englischen, deutschen und am wenigsten von französischen Sitten. Es wohnen in dem Augenblick so viele Engländer hier, daß man auf der Straße beinahe ebenso viel Englisch als Deutsch sprechen hört. In keiner Stadt jedoch ist der Unterschied der Stände auffallender, als hier. Der Adel, reich, stolz und ohne besonders ausgezeichnete Bildung, steht in keiner Verbindung auch nicht mit dem wohlhabendsten Bürgerstande, sondern pflegt höchstens Umgang mit den englischen angeseheneren Familien. Der Bürgerstand ist gleichsam ohne alle gesellschaftliche Verbindung, nur das gemeine Volk amüsirt sich gern in Gesellschaft, es ist gut gesinnt, grob und viel schwerfälliger als bei uns. Die Männer sind ungewöhnlich groß und schön gewachsen, das schöne Geschlecht hat jedoch Gott sehr stiefmütterlich behandelt. Zwischen dem Bürger- und Adelstand ist hier noch eine Rasse, die der Abschaum von Europa genannt wird. Es ist eine Sammlung von Banqueroutiers und verbannten Intrigants aller Staaten, vor denen man sich sehr hüten muß. Die Wissenschaften blühen noch nicht, da die Kammern allem Wissenschaftlichem entgegen sind. Die Jugend hat gar nichts gelernt und kann jetzt nur mit unendlicher Mühe zum Studieren gebracht werden. Kurz, alles hält sich an dem Onkel fest, der ihr erster Geschäftsmann, ihr erster General und besonders ihr reichster Einwohner ist. Um ihn dreht sich Alles, und ohne ihn würde Belgien bei dem Mangel an ausgezeichneten Geschäftsführern in Nichts zusammenschwinden und wie das unglückliche Polen als Opfer der habsüchtigen Nachbarstaaten fallen. Dies fühlt man, und dies ist der Grund, daß der Onkel von den Meisten geliebt und von Allen, sogar von den verworfensten Republikanern geachtet wird. „Il est notre providence" ist der Ausspruch eines sehr gescheiten und keineswegs schmeichelnden Mannes. Gestern und vorgestern fanden zwei brillante Pferderennen statt, welche von denen, die wir in Epsom sahen, nicht viel verschieden waren. Es schlug das Pferd einer Gesellschaft in Verviers das berühmte Rennpferd des Lord Seymours und gewann den Königspreis. Doch schon schlägt die Glocke, die mich in die Kirche ruft. Lebe wohl und gedenke Deines treuen Sohnes Ernst."

*

„Brüssel, am 3. September 1836.

Lieber Papa! Gestern erhielt ich Deinen Brief vom 25. August, aus dem ich mit großer Freude alle die Feste und Vergnügungen ersah, in denen Du Dich während der vergangenen Wochen bewegtest. Wie mag Coburg belebt und schön gewesen seyn! Die Fahnenweihe, die Revuen und Bälle, die in einer so kurzen Zeit aufeinander stattfanden, kommen mir nicht aus dem Sinn, und durch einen ausführlichen Bericht des Herrn von Hanstein über Alles, was sich in der letzten Zeit bei Dir zugetragen, bin ich in den Stand gesetzt,

Digitized by Google

einen jeden Deiner Schritte zu verfolgen. Unser Aufenthalt im Lager wurde durch heftigen Regen und rauhen Wind gänzlich verdorben. Wir wurden täglich mehrere Male gründlich naß, und zwar in einem solchen Grade, daß es fast unmöglich wurde, die Kleider gehörig zu trocknen. In unserer luftigen Wohnung fanden wir auch keinen hinreichenden Schutz gegen die Stürme, so daß sich Wichmann stark erkältete und zu Bette liegt. Gestern besuchten wir mit dem Onkel die herrliche Bilderausstellung, in der seltene Meisterwerke, lauter junger belgischer Künstler, enthalten sind. Wir hatten Gelegenheit, daselbst die meisten jener vorzüglichen Maler kennen zu lernen, und waren so glücklich, Wappers,[1]) dessen Werkstätte Du diesen Sommer in Antwerpen besuchtest, als Lehrer für uns zu gewinnen. Erst jetzt ist es uns gelungen, auch einen Lehrer für die Musik zu finden. Unsere Studien haben guten Fortgang, und die Lehrer zeigen noch den gleichen Eifer wie beim Anfange ihres Unterrichts. Im Ganzen haben wir den besten Grund, mit den sämmtlichen Herren zufrieden zu sein, und hoffen, daß wir bis zu unserem Abgange von hier uns in den Wissenschaften, die wir während der verflossenen Monate betrieben, so vervollkommt haben werden, daß wir uns den meisten Prinzen unseres Alters zur Seite stellen können. Was die Bestimmung wegen des Besuches einer Universität anbelangt, so harren wir mit Sehnsucht auf Deine Entscheidung, da wir überzeugt sind, daß wir hier die Erfüllung dieses Zweckes nicht erreichen können und daß nur in Deutschland die wahre Gelehrsamkeit gefunden wird. Gewerbe, Künste, Industrie blühen hier, die Wissenschaften jedoch sind erst im Entstehen, und aller Eifer dafür schlummert in den jungen Belgiern, die durch ein oberflächliches Studium schon Alles ergründet zu haben glauben, während sie kaum ein richtiges Urtheil zu fassen vermögen. In der Hoffnung, daß Du recht bald Dich über einen so wichtigen Punkt, wie die wissenschaftliche Ausbildung für uns ist, entscheiden möchtest, bin ich mit innigster Liebe Dein treuer Sohn Ernst."

*

„Brüssel, am 7. September 1836.

Lieber Papa! Ich beeile mich, Dir von unserer glücklichen Ankunft in Brüssel Nachricht zu geben. Gestern Abend sind wir von Ostende wieder hier angelangt. Der gnädige Onkel und die liebe Tante haben mir Beide viele Empfehlungen an Dich aufgetragen. Ersterer läßt Dich noch besonders bitten, auf Ferdinand[2]) wegen seiner großen Nachlässigkeit im Schreiben nicht ungehalten zu seyn, da derselbe zu häufigeren Nachrichten gar keine Zeit hätte. Dem lieben Onkel ist es sogar angenehm, daß nicht mehr Briefe aus Portugal durch die Post an Dich gelangt sind, denn er fürchtet, sie seyn alle geöffnet worden. Auch wir haben erst durch Herrn von Diskau wieder eine Nachricht von Ferdinand erhalten. Der Aufenthalt in Ostende war für uns äußerst an-

[1]) Gustav Wappers, berühmter Maler, geb. 23. August 1803, gest. 6. Dezember 1874 in Paris.

[2]) Ferdinand, Prinz von Sachsen-Koburg-Gotha, seit 9. April 1836 König von Portugal.

Digitized by Google

ziehend; wir machten uns sehr viel Bewegung im Freien, und die Bäder, die wir täglich in der See nahmen, waren sehr angenehm. Leider durfte man sich beim Schwimmen nicht weit in die See wagen, da diese gerade dort wegen der vielen Strömungen sehr gefährlich ist; schon viele Schwimmer haben vor aller Augen daselbst ihr Grab gefunden. Ostende ist ein freundliches, gut befestigtes Städtchen und bietet den Gästen viele Annehmlichkeiten. Für das Baden selbst könnte wohl noch mehr geschehen, und die Einrichtungen bedürfen etwas vervollkommt zu werden.

Mit dem Onkel machten wir täglich weite Touren, und die kleinen Jagdversuche, die wir auf Möven und Strandläufer unternahmen, wurden mehrere Male reichlich belohnt. Bei einem Spazierritte war die stets aufmerksame Bas so glücklich, eine der großen Sturmmöven, welche den Strand beleben, beim Aufstreichen zu erhaschen. Die sonst so scheuen und behenden Vögel hatten die rasche Annäherung des Hundes gar nicht bemerkt und erhoben sich erst, als er schon ganz nahe war. Wir haben den Vogel mit hierher gebracht und hoffen, ihn bald zahm zu machen. Unsere Menagerie hat sich auch außerdem durch einen herrlichen Waschbär wesentlich vermehrt. Am 5ten d. Mts. verließen wir Ostende und gingen nur bis Brügge, wo wir den ganzen Tag bis auf den Abend verweilten. Brügge ist eine herrliche Stadt, man versetzt sich ganz in die Zeiten des Mittelalters, wenn man die stattlichen, alten, rein gothischen Häuser sieht. Nürnberg und Brügge sollen unter allen Städten Europas sich die meisten Erinnerungen an die vergangenen Jahrhunderte bewahrt haben. Der Reichthum an schönen Kirchen, die sämmtlich die werthvollsten Bilder, sowohl aus der Niederländischen- als Italienischen Schule, enthalten, ist nicht zu beschreiben. Die Kathedrale übertrifft noch weit an Schönheit der Bauart und Größe die so gepriesene Kirche in Antwerpen. Am meisten interessirte mich das Rathaus, da in demselben Alles, vom Größten bis auf das Kleinste, bis auf die Stühle und Tintenfässer, aus der Zeit Karls des Kühnen herstammt. Wir konnten nicht umhin, für Dich die Acquisition beiliegenden Werkes zu machen, in welchem Du mehrere der schönsten Monumente aufs Getreuste gezeichnet finden wirst. Wir hoffen, daß es Dir angenehm seyn wird, um so mehr, da dieses Werk schon längst vergriffen ist, und wir nur mit Mühe dasselbe von einem Privatmann erhalten konnten. Am Abend des 5ten verließen wir Brügge und kamen ziemlich spät in der Nacht nach Gent, wo wir uns wieder aufhielten. Wir besuchten am folgenden Morgen die Kirchen und besahen die Merkwürdigkeiten, welche denen von Brügge nicht nachstehen. Drei Stunden hielten wir uns in dem berühmten Strafhaus auf, in welchem gegen 1500 der größten Verbrecher sich befinden. Das Gebäude[1]) ist von Maria Theresia errichtet und ist das größte und schönste, welches Europa aufzuweisen hat; es enthält ungeheure Räume und acht große Höfe. Wir sahen sämmtliche Verbrecher,

[1]) Das unter Maria Theresia im Jahre 1773 aufgeführte Gebäude wurde 1825 vergrößert.

Digitized by Google

und unter anderen den so berüchtigten de Carla und noch viele andere Räuber. Soeben empfangen wir Deine beiden schönen Feldflaschen und sagen Dir unseren verbindlichsten Dank . . ."

*

„Brüssel, am 25. September 1836.

Lieber Papa! Deinen lieben Brief vom 10. d. Mts. habe ich durch Seebach erhalten und danke Dir herzlich dafür. Daß wir den Uebungen[1]) des coburgischen Militairs nicht auch dieses Mal, wo es mit dem gothaischen Bataillon vereinigt worden war, beiwohnen und persönlichen Antheil daran nehmen konnten, thut mir sehr leid, hingegen sollte es mich sehr freuen, wenn die kleine Truppe zu Deiner Zufriedenheit manöverirt hat. Gestern konnten wir endlich der Einladung des Generals von Hooghoorst, einen Tag bei ihm zu jagen, folge leisten. Das Revier des Generals ist besser bestellt, als wir es glaubten, und hätte der Regen nicht so oft gestört und wäre besser geschossen worden, so würde es leicht gewesen seyn, 60 bis 80 Feldhühner zu erlegen. Leider war dies nicht der Fall, unsere Beute bestand nur aus 25 Hühnern und 14 Haasen, von denen Albert 3 Haasen und 6 Hühner und ich 2 Haasen und 7 Hühner geschossen. Die Gegend, in der gejagt wurde, ist ungemein reizend. Das Schloß und der Park, sowie auch die innere Einrichtung und das Hauswesen zeugen von Reichthum und großer Ordnung. Die ganze Familie benahm sich ungemein freundlich und zuvorkommend gegen uns und genießt hier allgemeine Achtung . . .

Die Feier der Septembertage[2]) hat mit heute begonnen und wird sehr feierlich begangen werden. Wir hoffen Alle, daß diese Woche ohne Störungen der allgemeinen Ruhe ablaufen möchte. Im Ganzen macht man sich eine ganz falsche Idee, wenn man glaubt, daß in Brüssel vielleicht ein unruhiger Geist herrsche; hier geht es ebenso still und ordentlich zu, wie in der kleinsten deutschen Stadt. O, könnte man nur dieser Preßfreiheit Zügel anlegen und jene schändlichen Journale, die nur die Ehre und Achtung der freundlich gesinnten Bürger zu untergraben suchen, zum Stillschweigen bringen. Du hast von der Frechheit, mit der diese bis in die intimsten Familienverhältnisse eingehen, keinen Begriff. Sie greifen jedermann schonungslos an und dienen allen schlechten Menschen als bereitwillige Exekutoren ihrer Privatrache. Zu unserem großen gaudium sind auch wir nicht ganz verschont geblieben. Folgender Satz, in welchem sogar unser guter Bergerou sehr hart mitgenommen wird, soll Dir als Muster dienen für jene vielen Aufsätze, welche der Mephistopheles bekannt macht: „Depuis que Monsieur Aliboron (so viel als Esel) Bergerou est maître d'ecole des gamins de Cobourg, il ne rêve, que d'Altesses." Wie gefällt Dir dies? . . "

*

[1]) Am 5. September kam das gothaische Militär, bestehend aus einer Kompagnie Jäger und vier Kompagnien Linientruppen, zu den Herbstmanövern und zu der durch den inspizierenden österreichischen General Freiherrn v. Heß abzuhaltenden Besichtigung nach Koburg.

[2]) Feierlichkeiten, die zur Erinnerung an die Revolution vom September 1830, wo sich Belgien von Holland trennte, in Brüssel stattfanden.

Digitized by Google

„Brüssel, am 7. Oktober 1836.

Liebe Mama! Aus Deinem letzten Briefe ersah ich, daß du vollkommen wohl bist und daß Du die letzten Tage recht vergnügt zubrachtest. Es ist mir sehr angenehm, zu hören, daß der Herzog von Meiningen[1]) zu Deinem Geburtstag in Coburg war und jetzt mehr als sonst das nachbarliche Verhältniß freundlicher zu gestalten sucht.

... Während ich Dir schreibe, scheint die Herbstsonne recht freundlich durch das herrlich grüne Laub der Weinreben, welche sich in den lieblichsten Schwingungen an unserm Balkon heraufwinden, auf mein kleines Arbeitstischchen und ruft alle meine Gedanken zu Dir auf die Rosenau! An einem so herrlichen Herbsttage, wie der heutige ist, lebe ich ganz bei Euch, denn dies ist die Zeit, auf welche ich mich stets am meisten freute. Wie viele vergnügte Stunden haben wir noch voriges Jahr mit Dir in unserm Gärtchen zugebracht! Wie traulich waren die Abende im blauen Säälchen; alle Bewohner der lieben Rosenau waren dann vereint, schon knisterte das Feuer im Kamin, und der Mond beschien die Wasser und Nebel umlagerte den ganzen Hügel.

Seit unserer Rückkunft aus dem Lager von Beverloo, wohin wir den Onkel begleiteten, hat sich hier nichts Merkwürdiges zugetragen. Wir wohnten vorgestern einem großen Diner bei Hofe bei und haben den lieben Onkel außerdem gar nicht gesehen. Morgen werden wir vielleicht mit demselben eine kleine Excursion in das bois de Cambre machen, um einige Schnepfen zu schießen. Dies ist das einzige Wild, welches sich zuweilen in das herrliche, aber ganz entvölkerte Wäldchen verirrt. Gestern haben wir zum ersten Male wieder unsere so beliebten achthändigen Stücke auf dem Klaviere gespielt. Oberstleutenant Prodzinsky, ein Pole, der hier allgemeine Achtung wegen seines guten Benehmens und seiner ungewöhnlichen wissenschaftlichen Bildung genießt, war so gütig, Deine Parthie zu übernehmen. Wir spielten bis 11 Uhr und gedachten recht oft der vergnügten Concerte, die uns so manchen Abend in der Heimath verschönten ..."

*

„Brüssel, am 30. October 1836.

Liebe Mama! Du schreibst von einem Geschenk, das Du so gütigst warst, uns zu machen, was aber der Gegenstand der lieben Gabe ist, konnten wir, aller Mühe ohngeachtet, nicht entziffern. Wir haben also freie Wahl, uns darunter zu denken, was uns am liebsten ist! Am Sonntag, den 16ten machten wir einen Ausflug nach Waterloo und gingen zu Fuß über das ganze Schlachtfeld. Wichmann, der die Schlacht mitgemacht hat, war unser Cicerone. Zu unserer großen Entrüstung fanden wir, daß die Franzosen auf ihrem Marsche über das Schlachtfeld, als sie zur Belagerung von Antwerpen[2]) zogen, das eiserne Kreuz

[1]) Seit der Erbteilung der ernestinischen Lande, am 12. November 1826, stand Herzog Bernhard Erich Freund von Meiningen mit Herzog Ernst I. auf gespanntem Fuße.

[2]) Fand 1832 statt.

Digitized by Google

von dem Denkmal heruntergeschlagen haben. Gestern Abend besuchten wir den Onkel, der erst vorgestern aus Paris zurückgekommen war. Er ist sehr wohl und läßt sich Dir empfehlen. Der Onkel und die liebe Tante leben ungemein still und zurückgezogen. Sie sehen Niemanden, weder bei Tisch, noch des Abends. Von der Liebenswürdigkeit, Sanftmuth und Einfachheit der Tante kann ich Dir gar nicht genug schreiben; sie lebt gleichsam nur für den Onkel, kommt allen seinen Wünschen zuvor, und wie ein dienstbarer Geist führt sie die kleinsten Befehle und Winke ihres hohen Gemahls mit gleichem Frohsinn aus. Den Onkel selbst, bei allen seinen Geschäften und seinen vielen Sorgen, welche ihm die Politik, in der er so thätig ist, einflößen, finde ich täglich heiterer und oft sogar fröhlich. Die Stunden, in welchen wir in Laeken sind, gehören zu den angenehmsten unseres hiesigen Aufenthaltes. Wir fahren gewöhnlich erst gegen 8 Uhr des Abends dahin und bleiben daselbst bis nach 10 Uhr. Wir finden den Onkel gewöhnlich in einem kleinen Arbeitsstübchen der Tante, welches gerade so viel Raum enthält, um das königliche Paar und uns Beide gemächlich aufzunehmen. Es ist nur von einer einzigen Lampe erhellt und ungemein freundlich. Der Onkel liest gewöhnlich in den Zeitungen und unterhält sich dann mit einen von uns, während der andere mit der Tante Schach spielt, das sie sehr liebt und sehr gut versteht.

Vergangene Woche besuchten wir die Assisen und ein großes Gefängniß in der Umgegend von Brüssel. Wir unternahmen auch einen Ausflug nach Antwerpen. Herr Rath[1]) hat mir aufgetragen, sich Dir in tiefster Ehrfurcht zu Füßen zu legen. Mit der innigsten Liebe verbleibe ich, theuerste Mutter, Dein treuer Ernst."

*

„Brüssel, am 30. October 1836.

Lieber Papa! Soeben erhalte ich Deinen Brief vom 15ten d. Mts. Mit Erstaunen ersehe ich daraus, daß Du die Perle unseres hiesigen Stalles, den hübschen Schimmel, für todt glaubst, und ich kann wirklich nicht begreifen, durch welchen unberufenen Berichterstatter dem schönen Thiere das Todesurtheil gesprochen worden ist. Wir waren umsomehr darüber erstaunt, da diesem Pferde und Alberts Braunem während des ganzen hiesigen Aufenthaltes auch nicht das Geringste gefehlt hat und diese beiden Thiere beinahe täglich nur von uns geritten wurden. Uebrigens kann ich Dir versichern, daß sich sämmtliche Pferde ganz wohl befinden und die armen Stallleute pünktlich ihre Pflichten erfüllen. Was mein Reiten anbelangt, so glaube ich, lieber Papa, Dich vollkommen beruhigen zu können, indem ich Dich versichere, daß ich während des ganzen hiesigen Aufenthaltes nur den Schimmel geritten habe, der sich stets wohlbefunden hat, und den verstorbenen Braunen nur zwei Mal, und das im Lager, bestiegen habe. Wir haben es uns immer zur Pflicht gemacht, die Gegenstände, welche Du uns anvertraut hast, zu schonen und keineswegs zu mißbrauchen.

---

[1]) Rat Florschütz, Erzieher der Prinzen Ernst und Albert, 1794—1882.

Digitized by Google

Wir hoffen daher im Ganzen, daß Du nicht ungehalten auf uns seyn möchtest, und Bemerkungen nicht vielleicht für ein ungeziemendes, vorlautes Benehmen ansehen wolltest. Während der ganzen Zeit unseres Aufenthaltes in Brüssel haben wir uns eifrigst bemüht, allen Deinen Wünschen und den uns auferlegten Pflichten zuvor zu kommen, und waren stolz darauf, bisher sowohl von Seiten des Onkels, als auch aller unserer Lehrer nur Lob geerntet zu haben und hoffen sehnlichst, bei unserer Zurückkunft nach Koburg Dir, lieber Papa, uns als zwei Jünglinge zeigen zu können, die Dir durch ihr Benehmen zu beweisen vermöchten, wie sehr sie sich bemüht haben, um Dir einst für die Liebe und Sorge zu danken, mit der Du sie, seit ihrer frühesten Kindheit umfangen hast. Wie sehr sollte es uns daher leid thun, wenn Dir von anderer Seite ungünstigere Berichte einliefen . . ."

*

„Brüssel, den 15. November 1836.

Lieber Papa! Erst jetzt kann ich Dir mit dem bewußten Courier eine Antwort zukommen lassen, um Dir so wohl für Deinen Brief, als auch für das schöne Bildchen von Holweg zu danken. Dein Brief war aus Rodach[1]) datirt und belehrte mich, daß Du trotz des schlechten Wetters daselbst sehr gute Jagden gemacht und besonders viele Schnepfen erlegt hast. Auch wir haben uns bemüht, einige dieser hier seltenen Vögel zu erlegen, und haben zu diesem Zweck schon drei Jagdversuche mit dem Onkel angestellt; auf den beiden ersten Jagden wurden gar keine Schnepfen und, nachdem wir über zwanzig Triebe gemacht hatten, nur zwei Haasen gesehen, die durch den merkwürdigsten Zufall auch beide von mir geschossen wurden. Was vierfüßige Thiere anbelangt, so glaube ich, daß das königliche Gehege nun ganz und gar verwaist ist. Gestern versuchten wir unser Heil zum dritten Male, dieses Mal jedoch mit Erfolg, indem Albert glücklich eine Schnepfe erlegte. Auf Wunsch des Onkels und zu unserer großen Freude haben wir auch den Gesangunterricht wieder angefangen. Unser Lehrer Monsieur de Glimme ist noch ein ganz junger Mann und gilt hier für sehr geschickt, so daß wir hoffen, mit einigem Fleiße es dahin zu bringen, bei unserer Rückkehr nach Coburg vollständig vom Blatte singen zu können. Sicherlich wirst Du Dich sehr freuen, daß das neue Ministerium in Portugal wieder gefallen und die von Don Pedro im Jahre 1826 gegebene Constitution zur allgemeinen Beruhigung wieder angenommen ist. Es war vorauszusehen, daß dieser gezwungene und unnatürliche Zustand nicht lange währen konnte, und es ist nur zu hoffen, daß das neu gebildete Ministerium mit Vorsicht und Kraft zu Werke gehen möge. Doch schon tritt unser englischer Sprachlehrer ein, und ich muß schließen . . ."

*

„Brüssel, am 3. Dezember 1836.

Liebe Mama! Soeben erhalte ich Deinen lieben Brief, für den ich Dir recht herzlich danke. Erst gestern sind wir von einer sehr amüsanten Partie

[1]) Jagdschloß in der Nähe von Koburg.

Digitized by Google

zurückgekommen, die wir mit dem Onkel unternommen hatten. Wir brachten nämlich drei Tage in Antwerpen zu, nur zu dem Zweck, um auf die Enten- und Schnepfenjagd zu gehen. Sehr ermüdet kamen wir hier an, besuchten aber dennoch an demselben Abend ein großes Concert historique, in welchem die Musikstücke des 13ten, 14ten und 15ten Jahrhunderts mit den zu der Zeit gebräuchlichen Instrumenten vorgetragen wurden. Eine große Menge Menschen war zugegen, und die Hitze wurde unleidlich. Was die Musik anbelangte, so war die Ausführung derselben mehr interessant als anziehend, und ich glaube, daß der größte Theil der Zuhörer unbefriedigt geblieben ist. Schon seit zwei Tagen ist der allverehrte Strauß[1]) in unserer Nähe, und ich freue mich ungemein darauf, seine bezaubernden Tänze wieder von ihm selbst vorgetragen zu hören.

Ferdinand[2]) ist jetzt wirklich sehr zu bedauern, da seine Lage unverbesserlich ist, weil seine und der Königin Parthei sie durch ihre Muthlosigkeit, Ungeschicklichkeit und Sorglosigkeit herbeigeführt haben.

Wenn man bedenkt, wie viele Vortheile die Anhänger der Königin in den Händen hatten, die Konstitution von 1820 zu stürzen und sich wieder an die Spitze zu stellen, so begreift man wirklich nicht, wie es nur möglich war, so ungeschickt bei der Gegenrevolution zu handeln und sich so ganz schlagen zu lassen. Ein gestern hier angelangter Kourier brachte die Nachricht, daß die Angelegenheiten sehr schlecht stehen. Alles Vertrauen und Achtung für die Königin und ihr Gouvernement ist verschwunden, und die Geldnoth nimmt immer noch zu, die Republikaner gewinnen aber immer mehr Macht, so daß der Onkel wirklich sehr besorgt ist ..."

*

Wegen der weiten Reise, die mindestens fünf bis sechs Wochen erfordert und eine große Unterbrechung in das Studium der Prinzen gebracht hätte, verzichteten die Jünglinge auf die Freude, das Weihnachtsfest in der Heimat zu verleben. Der achtzehnjährige Erbprinz muß bei dem folgenden Briefe ganz besonders mit seinen Gedanken in der Heimat gewesen sein, denn er schreibt statt „Brüssel"

„Coburg, den 22. Dezember 1836.

Liebe Mama! Empfange meinen aufrichtigsten und innigen Glückwunsch zum Beginn des neuen Jahres. Was ein treuer Sohn für seine heiß geliebte Mutter vom Himmel zu erflehen vermag, wünsche ich Dir, geliebte Mama. Möchtest Du Dich in dem neuen Jahre einer festen Gesundheit und eines ungetrübten Glückes zu erfreuen haben, und möchte es uns auch in dem neuen Zeitabschnitte nicht an Gelegenheit fehlen, Dir unsere Liebe und Anhänglichkeit

[1]) Johann Strauß, der berühmte Walzerkomponist, 1804—1849.

[2]) Ferdinand, Prinz von Sachsen-Koburg-Gotha, geb. 29. Oktober 1816, heiratete am 9. April 1836 die Königin Doña Maria II. da Gloria von Portugal. Das oben Erwähnte bezieht sich auf den Aufstand am 9. September 1836, wo sich die Königin genötigt sah, dem Sturme nachzugeben und die demokratische Verfassung anzuerkennen. Sie ernannte ein aus „Septembristen" zusammengesetztes Ministerium.

Digitized by Google

an den Tag zu legen. Die schönen Weihnachten, die mir stets so lieb und theuer waren, sind mit gleicher Schnelligkeit heran genaht, als der Sommer und Herbst uns vergangen ist. So angenehm wir die heilige Woche zwar hier verleben werden, so hätte ich doch viel darum gegeben, wenn ich sie im Kreise aller Lieben in der Heimath hätte zubringen können. Welches Entzücken wäre es für mich gewesen, wenn ich am heiligen Abende hätte unter Euch treten können und ganz unerwartet auf einige Stunden die Freuden des schönen Christ-Abends mit Euch hätte theilen können. In Gedanken bin ich jetzt recht oft bei Dir, liebe Mama. Wir haben uns erdreistet, diesen Zeilen auch ein unbedeutendes Geschenk für Dich beizulegen und bitten Dich, dasselbe freundlich aufzunehmen. Da wir sehr unerfahrene Kenner in Bezug auf Damenkleider sind, so haben wir vor einigen Tagen die liebe Tante gefragt und zu unserer großen Freude vernommen, daß jener Stoff ganz neu sey und daß sie denselben als ein Weihnachtsgeschenk ihren beiden Schwestern für die große Cour am 1. Januar nach Paris geschickt habe. Zu unserem großen Aergerniß sind Deine und des lieben Papas Geschenke noch immer nicht angekommen, so daß wir alle Hoffnung aufgeben, sie vor dem Ende des Jahres zu erhalten.

Der Himmel scheint den Belgiern gar nicht günstig zu seyn; schon seit wenigstens 5 Wochen haben wir die Sonne nicht scheinen gesehen, so daß es bei den ungemein kurzen Tagen kaum hell wird. Es regnet stets während des ganzen Nachmittags, unserer einzigen Ausgehezeit, so daß wir unendlich wenig Vergnügen im Freien haben, dafür aber um so mehr arbeiten können. Den Geburtstag des lieben Papa werden wir mit der Eröffnung einer neuen, großen Eisenbahn feiern, die von Mecheln nach Termonden gebaut ist. In letzterer Stadt wird Banquet und ein Ball stattfinden, woran der Onkel mit uns Theil zu nehmen gedenkt. Im nächsten Frühjahr wird auch eine Eisenbahn von Brüssel bis an die preußische Grenze beendet sein, so daß man auf diese Art in wenigen Stunden ganz Belgien durcheilen kann . . ."

*

Brüssel, am 26. Dezember 1836.

„Lieber Papa! Zwei freudige Ereignisse veranlassen mich, heute die Feder zu ergreifen. Das alte Jahr geht zu Ende, in wenig Tagen liegt das große Feld eines neuen vor uns. Wie viele Gefühle, Wünsche und Hoffnungen drängen sich da nicht in meinem Herzen zusammen, die ich Dir alle so gern mündlich ans Herz legen möchte! Kaum vermag ich meinen Empfindungen Worte zu geben, um Dir herzlich genug zu dem Beginn des neuen Jahres, als auch zu Deinem Geburtstag Glück zu wünschen. Möchte Dir der himmlische Vater Alles das verleihen, was Dir zu Deinem irdischen Glück vielleicht noch fehlt. Möchtest Du uns aber noch ferner Deine Liebe und Nachsicht schenken. Wie oft waren meine Gedanken während dieser Tage bei Dir, und wie gern möchte ich Dir am Morgen des 2. Januar meine Wünsche, wie ich es von Jugend auf gewohnt war, zu Füßen legen. Auch die schönen Weihnachten, so angenehm wir sie zubrachten und so sehr wir uns der immer wachsenden Zu-

Digitized by Google

neigung und Gnade des verehrten Onkels und der ungemeinen Güte und Freigebigkeit der geliebten Tante zu erfreuen hatten, verlieren doch stets an ihrem Reiz, wenn man sie an einem anderen Ort, als in der lieben Heimat zubringt. Mit den Feiertagen hat das Wetter einen recht winterlichen Charakter angenommen; es schneit viel, und bei einer Kälte von 5 Grad geht ein so schneidender Wind, daß man sich kaum in den Zimmern erwärmen kann ..."

*

„Brüssel, den 29. Dezember 1836.

Lieber Papa! In der Voraussetzung, daß Du noch keine Nachricht von dem neuen verruchten Angriff[1]) auf das Leben des Königs der Franzosen erhalten haben solltest, nehme ich mir die Freiheit, Dir in beiliegendem Blatte eine ziemlich ausführliche Berichterstattung zu schicken. Es ist wirklich schrecklich, daß Kinder nicht einmal scheuen, sich mit einem so furchtbaren Verbrechen, als das des Königsmordes, zu belasten! ..."

*

„Brüssel, am 12. Januar 1837.

Empfange meinen aufrichtigen Dank für Deine beiden Briefe, lieber Papa, die ich gestern und vorgestern erhielt ... Heute Abend findet bei Hofe ein thé dansant statt; es ist das erste Fest, welches der Onkel hier giebt, und die ganze Stadt ist voll davon, da ein Jeder gern dazu eingeladen seyn möchte. Ich habe schon öfters bemerkt, daß in keinem Lande die Leute lächerlicher nach Rang streben und auf Ehrenstellen, Orden und Titel mehr Gewicht legen, als in den constitutionellen Staaten. Man erstaunt wirklich, wenn man Leute, die erst durch die Revolution aus dem Staube erhoben worden sind, von ihres Gleichen sprechen hört: „C'est un parvenu, la révolution l'a fait monter," und wenn man diese Menschen, die weder hinreichende wissenschaftliche, noch äußere Bildung besitzen, über andere Nationen urtheilen hört. Es ist wirklich traurig, wie wenig Sensation jener schändliche Mordversuch auf das Leben des Königs der Franzosen in Paris hervorgebracht hat, so daß man, (nach dem, was uns Personen, die in jenen Tagen in Paris waren, berichteten), von jenem Ereigniß an öffentlichen Orten als von einer ganz gewöhnlichen Sache spräche, und daß man nur bei Wenigen eine ernste Besorgniß bemerkte ..."

*

„Brüssel, den 4. Februar 1837.

Liebe Mama! ... Viel weiß ich Dir nicht zu schreiben, da sich hier die Conversation sowohl, als auch das ganze Thun und Treiben nur um vier Gegenstände dreht, die gleichsam als Pole der ganzen gesellschaftlichen Verbindung angesehen werden können. Sie bestehen in: Bällen, Parforce-Jagd, der

[1]) Am 27. Dezember 1836, als sich der König aus den Tuilerien zur Eröffnung der Kammern begab, fand das Attentat statt. Das letzte Attentat war das bei der Feier der Julitage 1835 von dem Korsen Fieschi ausgeführte, bei dem 21 Personen, welche in der Nähe des Königs gestanden hatten, umgekommen waren.

Digitized by Google

Grippe und den Kammern. Die jungen Damen beschäftigen sich nur mit Bällen, und besonders ein noch stattfindender Bal costumé bei Hofe bildet die Conversation. Die jungen Herren, die sich hier mit gar nichts beschäftigen und nur von ihrem Vermögen leben und sich amüsieren, haben seit einem Monat eine Parforcejagd eingerichtet, auf der zwei Mal in der Woche 30 bis 40 Herren in rothen Röcken einen unglücklichen Damhirsch jagen, der zu seiner sicherlich geringen Freude jedes Mal erst aus England geholt werden muß. Diese Beschäftigung giebt nun stets den übrigen Tagen der Woche Stoff genug zur Unterhaltung. Die älteren Herren der Gesellschaft besprechen die Verhandlungen in der Deputirtenkammer; ein Theil spricht für, ein anderer gegen die Minister. Dies wäre jedoch nicht hinreichend genug, um die schöne Zeit todt zu schlagen; da kam glücklicher Weise die Grippe zu Hülfe, und man hört beinahe weiter nichts, als über diese interessante Krankheit diskutiren. Die Grippe ist sehr in der Mode; die ganze Gesellschaft hustet und nießt, ein Jeder glaubt sie zu haben und spricht viel darüber, in Wirklichkeit sind aber nur wenige Personen davon befallen.

Uns geht es gut, wir arbeiten jetzt sehr viel, besonders um zu unserer schon so baldigen Abreise von hier alle begonnenen Studien zu beendigen. Daß endlich die Universität bestimmt ist, macht uns großes Vergnügen, und ich hoffe, daß das Jahr, welches wir daselbst zubringen werden, eines der nützlichsten für uns werden wird . . ." (Schluß folgt)

Zur Psychologie der Neutralen

Von

Friedrich Curtius

Zum Hassen oder Lieben
Wird alle Welt getrieben,
Es bleibt hier keine Wahl,
Der Teufel ist neutral.

So sang Clemens Brentano im Jahre 1813. Heute erfahren wir es wieder, wie die Aufgabe, bei einem weltgeschichtlichen Konflikte neutral zu bleiben, nicht nur große seelische Schwierigkeiten bereitet, sondern geradezu als sittlich unmöglich empfunden wird, so wie es dem Dichter vor hundert Jahren erschien.

Allerdings, die Neutralität des Rechts ist eine einfache Sache. Jeder Staat kann sie selbst üben und seinen Bürgern zur Pflicht machen. Man möchte sogar meinen, daß moderne Staaten darin weiter gehen sollten, als sie es tun. Die Indifferenz der Staatsgewalt gegenüber den Geschäften, welche die Bürger mit fremden Staaten machen, ist eine politische Anomalie, begreiflich in einer Zeit, wo man die auswärtige Politik in Krieg und Frieden als etwas betrachtete, das nur die Machthaber angehe, aber widersinnig in einem demokratischen Zeitalter, wo die Kriege Volkskriege sind. Heute ist in allen Kulturstaaten die

Digitized by Google

Regierung moralisch verantwortlich für diejenigen Handlungen ihrer Untertanen, welche internationale Folgen haben. Die amerikanische Politik, welche Waffenlieferungen für England zuläßt, aber den Engländern gestattet, die Getreidezufuhr nach Deutschland zu hindern, ist eine schlechte, innerlich unhaltbare Neutralität, reine Passivität, welcher der Wille zum Rechttun abgeht. Ein solcher Standpunkt ließe sich in einem despotisch regierten Staat vertreten, in einer demokratischen Republik ist er unbegreiflich. Denn für eine wahrhaft demokratische Betrachtung ist es ganz gleichgültig, ob die Regierung oder die Bürger helfend oder hemmend in einen kriegerischen Konflikt eingreifen. Wenn man zurzeit von Fortschritten des Völkerrechts zu reden wagte, so müßte vor allem dies gefordert werden, daß neutrale Staaten die Ausfuhr von Waffen verbieten und die Kriegführenden die Zufuhr von Nahrungsmitteln für die bürgerliche Bevölkerung nicht hindern.

Indessen die Unsicherheit in der völkerrechtlichen Haltung der Neutralen ist nur ein Symptom der Schwierigkeiten, denen die Neutralität der Gesinnung unterworfen ist. Diese beginnen mit dem Ausbruch des Kriegs. Jede kriegführende Regierung ist der Meinung, im Recht zu sein, und veröffentlicht eine Sammlung von Aktenstücken, welche ihr geeignet scheinen, dies Recht zu beweisen. Diese in allen Farben des Spektrums erscheinende Literatur ist wesentlich auf die Neutralen berechnet. Denn die kriegführenden Nationen selbst haben Wichtigeres zu tun, als über die eigne Regierung zu Gericht zu sitzen. Aber die Neutralen finden sich zu der Entscheidung aufgefordert, welcher Teil im Rechte ist. Nun ist aber diese ganze, aus der Moral der Scholastik stammende Vorstellung von dem „bellum justum", der ein Unrecht sühnen soll in der Weise, wie der Richter das Verbrechen straft, veraltet. Wenn im Mittelalter Bürger einer Stadt von der Obrigkeit oder den Bürgern einer andern Stadt mißhandelt oder beraubt waren und die schuldige Genugtuung versagt wurde, so konnte man die deshalb entstehende Fehde als einen modifizierten Kriminalprozeß auffassen und mußte die Berechtigung der gekränkten Stadt zur Selbsthilfe anerkennen. Ebenso konnten Differenzen über Fragen des Erbrechts zwischen selbständigen Staaten nur durch Gewalt entschieden werden, wobei wie in einem Zivilprozeß jede Partei von ihrem Rechte überzeugt war. Aber die großen Kriege unsrer Zeit entstehen aus Ursachen, die von ihrer nächsten Veranlassung verschieden sind, aus Gegensätzen der Interessen, welche nur durch die Probe entschieden werden können, welcher Teil die Kraft hat, seinen Willen durchzusetzen. Will man die Schuld an einem Kriege einer der Parteien zuschreiben, so kann man nur fragen, welche von ihnen ein Ziel verfolgte, das unmöglich durch friedliche Verständigung zu erreichen war. Wir Deutschen haben in diesem Kriege ein gutes Gewissen, weil wir von uns und unsrer Regierung wissen, daß wir nichts erstrebten als die Erhaltung unsrer mit schweren Opfern erkauften Weltmachtstellung und die Freiheit friedlicher Ausdehnung unsrer Aktionssphäre in der Welt. Dagegen wollte Rußland über Berlin und Wien nach Konstantinopel gelangen, Frankreich Metz und Straßburg wiedergewinnen, England unsre See-

Digitized by Google

macht und unsern Handel zerstören, Ziele, welche nur durch die Niederwerfung Deutschlands zu erreichen waren. So verstanden, wäre es für die Neutralen nicht schwer, zu einem klaren und gerechten Urteil zu gelangen. Aber da die Kriegführenden selbst ihre eigentlichen Absichten nicht kundtun, vielmehr bemüht sind, die öffentliche Aufmerksamkeit von den Ursachen des Konflikts auf die Veranlassungen abzulenken, so bleibt das Urteil der Neutralen an diesen haften, und wenn sie in ihrer Gesinnung wirklich unparteiisch sind, so leiden sie moralisch unter der Belastung mit einer unlösbaren Aufgabe. Zieht sie eine ausgesprochene Sympathie zu einer der kriegführenden Mächte, so ist ihr Urteil ebensowenig objektiv wie das der Kriegführenden selbst. Die angebliche Neutralität gibt dann ihren Aeußerungen einen widerlich pharisäischen Zug, weil sie eine im Grunde stimmungsgemäß vollzogene Entscheidung in einer Weise begründen, als wenn sie auf einer Höhe über den Streitenden ständen und von diesem erhabenen Standpunkte über Könige und Staatsmänner ein antizipiertes Jüngstes Gericht zu halten hätten.

Die gleichen Erscheinungen zeigen sich bei den Urteilen über die Kriegführung. Selbstverständlich berichtet jeder kriegführende Teil alle Schlechtigkeiten, die von dem Gegner begangen werden, und verschweigt die eignen Defekte. Die Neutralen fühlen sich wiederum zum Urteil aufgefordert, lesen deshalb, wenn sie gewissenhaft sind, die Berichte beider Parteien und befinden sich dann in einer verzweifelten Lage, weil es unmöglich ist, aus Rede und Gegenrede der Kriegführenden, die man aus Neutralität beide für gleich glaubwürdig halten muß, den wirklichen Tatbestand zu ermitteln. In der Regel ist es Zufall, welchem Berichterstatter man gerade in die Hände fällt. Die genaue Prüfung der Einzelheiten ist auch dem eifrigsten Zeitungsleser unmöglich. Man bleibt deshalb unsicher im Urteil und kommt schließlich im besten Falle dazu, überhaupt nichts mehr zu glauben. Anders steht es natürlich auch hier, wenn man von vornherein mit dem einen Teile sympathisiert. Dann glaubt man den von dieser Seite kommenden Berichten und läßt die entgegenstehenden unbeachtet. In diesem Falle werden die Neutralen ebenso einseitig wie die Kriegführenden, ohne wie diese das unzweifelhafte Recht auf Einseitigkeit zu haben.

Schließlich aber: in der entscheidenden Frage ist Neutralität ausgeschlossen. Wie man auch über den Ursprung des Kriegs und über die Art der Kriegführung urteilen mag, das Entscheidende ist doch immer der Ausgang. Nur ein ganz demoralisierter und stumpfsinniger Mensch kann sich in zynischer Gleichgültigkeit rühmen, daß ihn der Ausgang des Krieges kalt lasse. Wo überhaupt geistiges Leben funktioniet, sind Wünsche und Gebete, Hoffnung und Furcht an dem Verlauf des gewaltigen Kampfes leidenschaftlich beteiligt. Denn es handelt sich ja nicht darum, ob diese oder jene Nation mehr oder weniger Freudiges oder Leidvolles erfährt, sondern die Gestalt Europas und der Welt wird für lange Zeiten durch die Entscheidung dieses Kriegs bestimmt sein. Das ist für keinen denkenden Menschen gleichgültig. Indifferenz der Gesinnung, wirkliche Neutralität ist hier sowenig möglich, wie sie im Altertum bei den Perserkriegen

Digitized by Google

oder den Punischen Kriegen möglich gewesen wäre, wie vor hundert Jahren bei der Erhebung Europas gegen die napoleonische Herrschaft. Wer in dieser entscheidenden Frage unter Berufung auf die Neutralität seines Staates nicht selbst Partei nimmt, setzt sich und damit auch sein Volk herunter. Denn gleichgültig, teilnahmlos den gewaltigsten Vorgängen der Geschichte gegenüberzustehen, ist eine Degradation des Menschentums.

Die Neutralen im Weltkriege sind also eher zu beklagen, als glücklich zu preisen. Entweder sind sie nur rechtlich unbeteiligt, haben aber in ihrem Gefühl und in ihrer Gesinnung für einen der kriegführenden Teile Partei genommen: dann muß es ihr Gemüt belasten, für diese Sache nicht offen eintreten und ihre ganze Kraft einsetzen zu können. Oder sie erfassen die Neutralität als ein positives politisches Ideal: dann ist die ethische Auseinandersetzung mit den dunkeln Fragen nach Recht und Unrecht des Kriegs und der Kriegführung ein quälendes und hoffnungsloses Problem, und im Blick auf die Zukunft zeigt sich die Hinfälligkeit und Undurchführbarkeit dessen, was man als sittliches Gebot zu erkennen glaubte.

Wenn der Weltkrieg noch lange dauern sollte, so würde vermutlich die Neutralität als solche Bankrott machen. Die wirtschaftlichen Schäden des Kriegs lasten auf den Neutralen ebenso wie auf den kriegführenden Nationen. Sie ertragen sich aber viel schwerer, wenn man von dem Ausgang des Krieges nichts zu hoffen hat, wenn man in reiner Passivität fortgesetzt Opfer bringen muß, ohne zu wissen, wofür. Es würde dann schließlich ein Zustand der Verzweiflung eintreten, in dem man zu allem bereit wäre, nur um einmal ein Ende des unleidlichen Zustands zu sehen. Wir hoffen, daß dieser äußerste Fall nicht eintreten, vielmehr die Entscheidung des Kampfes früh genug erfolgen wird, um den Neutralen das Beharren in ihrer Haltung zu gestatten. Daß dies geschehe, ist ein allgemeines Interesse der Menschheit. Denn in diesem Zusammenleben der Kulturvölker haben die Neutralen ihre eigene Mission. Gerade deshalb, weil sie nur die Leiden des Kriegs mitmachen, seine begeisternden und erhebenden Kräfte nicht spüren, sind sie notwendigerweise Gegner des Kriegs, die providentiellen Vertreter der Friedensidee, der internationalen Verständigung, der Entwicklung und Befestigung des Völkerrechts. Sie können bei und nach dem Friedensschlusse, wenn sie sich vereinigen und geschlossen und planmäßig vorgehen, eine bedeutende Wirkung ausüben. Es wird größtenteils an ihrer Weisheit und Festigkeit liegen, ob es gelingt, die tiefen Schädigungen der Humanität und der internationalen Gemeinschaft, welche der Weltkrieg hervorgerufen hat, in absehbarer Zeit zu überwinden.

Digitized by Google

Italienische Erinnerungen

Von

F. v. Wantoch-Rekowski

III

Eine Mittelmeerreise an Bord der Kaiserjacht „Hohenzollern". Neapel 1896

„Unda fert, non regitur."

Am 9. März 1896 ließ Seine Königliche Hoheit, der Prinz Heinrich von Preußen, welcher mit seiner Gemahlin und dem Prinzen Waldemar den Winter in Neapel verlebt hatte, mir die überraschende Nachricht zukommen, daß Ihre Majestäten, der Kaiser und die Kaiserin, mit dem im jugendlichen Knabenalter stehenden Kronprinzen und seinem Bruder Eitel Friedrich Ende des Monats mit der Jacht „Hohenzollern" Neapel besuchen und die Karwoche hier verleben würden! Da standen für uns alle sehr bewegte Zeiten in Aussicht. Aber erst gegen Mitte des Monats wurde die Ankunft der „Hohenzollern" auf Mittwoch, den 25. März, festgesetzt. Am 24. traf Seine Exzellenz, der Kaiserliche Botschafter Graf Bülow, mit seinen Herren ein.

Große Aufregung bei den Spitzen der italienischen Behörden und in der gesamten Bevölkerung. Dichte Volksmassen drängten sich neugierig an der Strandpromenade der Villa Nazionale und auf der Santa Lucia. Die öffentlichen Gebäude prangten im Flaggenschmuck. Endlich, nachmittags gegen 4 Uhr, wurde das Kaiserschiff von Ischia aus angemeldet, und um 4½ bog es, von dem stolzen Kreuzer „Kaiserin Augusta" gefolgt und dem Depeschenboot „Sleipner" begleitet, in schimmernder Weiße aus dem abendlichen Sonnenlicht auftauchend, um die Punta di Posilipo und zog in langsamer, majestätischer Fahrt durch den im schönsten Farbenspiel leuchtenden Golf in den Hafen hinein, um gegen 5 Uhr vor Anker zu gehen. Währenddem tauschte das italienische Kriegsschiff vom Dienst mit unserm Panzerkreuzer den üblichen Salut aus. Alle im Hafen liegenden Schiffe hatten große Flaggengala angelegt, darunter, als stattlichstes, der deutsche Dampfer „Prinzregent Luitpold" vom Norddeutschen Lloyd.

Zunächst begaben sich Prinz und Prinzessin Heinrich mit dem jungen Prinzen Waldemar an Bord. Dann folgten in zwei Dampfpinassen der italienischen Kriegsmarine der Botschafter und das Personal des Kaiserlichen Konsulats. Am Fallreep wurden wir von Herren des Allerhöchsten Gefolges freundlich empfangen und zurechtgewiesen. Nach erfolgter Begrüßung des Botschafters durch Seine Majestät wurde auch mir ein fester Handschlag, ein heiter strahlender Blick und das gnädige Wort zuteil: „Ihre schöne Residenz Neapel wiederzusehen, gereicht mir zur besonderen Freude, und ebenso, daß ich in Ihnen hier einen alten Bekannten vorfinde, von dem mein Bruder Heinrich mir schon berichtet hat."

Digitized by Google

Am Donnerstag, den 26., Empfang der italienischen Behörden an Bord. Dann ein gemeinsamer Ausflug auf den Vesuv. Er gestaltete sich besonders eindrucksvoll, weil der Vulkan, nach einem gewaltigen Ausbruch, noch immer in ziemlich lebhafter Tätigkeit war, ungeheure Rauchwolken ausstieß und die ausfließenden Lavaströme noch glühend und in voller Bewegung waren.

Am Freitag, den 27., fand eine Fahrt an Bord der „Hohenzollern" nach der Insel Ischia statt, zu welcher, neben den am Vorabend befohlenen Gästen, auch Professor Anton Dohrn, Eigentümer und Leiter unsrer berühmten Zoologischen Station, geladen war. Vom schönsten Wetter begünstigt, zog das herrliche Schiff an der wunderbaren Küstenlandschaft dahin und ließ uns der fernen Zeiten gedenken, in denen die römischen Imperatoren mit ihren Triremen den gleichen Weg einstmals so oft und gern zurückgelegt hatten.

In Ischia wurde die Villa Meuricoffre-Bourguignon besucht und wegen ihrer eigenartigen Anlage in einem Lavafelde und wegen ihrer merkwürdigen Vegetation sehr bewundert. Nach erfolgter Rückkehr hatte ich nur gerade Zeit, heimzueilen und meine Frau zur Abendtafel an Bord zu geleiten, wo sie die Ehre hatte, zur rechten Seite Seiner Majestät befohlen zu werden und allerlei über ihr schönes Geburtsland Sizilien, dessen Besuch geplant war, zu berichten. Auch Ihre Majestät die Kaiserin richtete häufig freundliche Worte an sie, wie überhaupt die Gnade und Güte hervorgehoben zu werden verdient, mit welcher das Kaiserpaar allen Gästen begegnete, und die nicht minder ausgesuchte freundliche Fürsorge, mit der die Damen und Herren des Gefolges diesem schönen Beispiel nachzueifern bestrebt waren. Erst spät am Abend wurden wir entlassen und mit einer Pinasse der „Hohenzollern" gelandet.

Am Sonnabend, den 28., besuchten die Majestäten das Aquarium der Zoologischen Station und den Park des königlichen Schlosses Capodimonte mit seinen prachtvollen Baumgruppen. Am Sonntag hielt Seine Majestät an Bord selbst einen feierlichen Gottesdienst ab, da der mitreisende Generalsuperintendent Dryander an Bord des Panzerkreuzers predigen sollte. Der Kaiser verlas in eindrucksvoller Weise eine Predigt des Divisionspfarrers Keßler über den Spruch aus den Hebräern: „Es ist ein köstlich Ding, daß das Herz fest werde." Das Wetter war leider stürmisch geworden, und nur mit äußerster Mühe gelang es den zum Dienst befohlenen Herrn, zu landen, um fünfhundert von mir besorgte Blumensträuße als Gruß unsrer Kaiserin an die armen, in Abessinien verwundeten italienischen Soldaten zu verteilen. Die an Bord mitreisende Kapelle der II. Matrosendivision, die zugunsten des italienischen Roten Kreuzes im großen S. Carlo-Theater gespielt hatte, konnte überhaupt nicht an Bord zurückkehren, sondern mußte am Lande übernachten. Zu dem Konzert waren der Kaiserliche Botschafter, das Konsularkorps, die Spitzen der italienischen Behörden, die gesamte vornehme Gesellschaft und auch sonst ganz Neapel erschienen. Unsre Musik wurde mit lautem „Evviva la Germania!", „Evviva l'Imperatore!" begrüßt, und nicht enden wollte der Jubel, als sie dann die italienische Nationalhymne spielte, die von der Theaterkapelle mit „Heil dir im Siegerkranz" beantwortet wurde.

Digitized by Google

Am Montag, den 30., hatte das Wetter sich etwas gebessert. Ihre Majestäten nahmen die Mittagstafel bei dem Prinzen und der Prinzessin Heinrich in der malerischen Villa Gallotti am Capo Posilipo ein und fuhren nach Tisch nach dem hoch gelegenen Benediktinerkloster Camaldoli, wo der Erzbischof von Neapel, Kardinal Sanfelice di Aquavella, beiläufig einer der Kandidaten für den päpstlichen Stuhl, und der Abt des Klosters feierlich empfingen. Dabei wurde den Majestäten ein Mönch vorgestellt, der früher Mohammedaner, dann russischer Offizier gewesen war und schließlich in der beschaulichen Ruhe des Klosters seinen Frieden gefunden hatte. Währenddem war mir der Auftrag geworden, die beiden königlichen Prinzen mit ihrem Gouverneur, Oberstleutnant v. Lyncker, nach Pompeji zu geleiten und ihnen die dortigen Sehenswürdigkeiten zu zeigen, wobei beide Prinzen für alles ihnen Vorgeführte ein lebendiges und verständnisvolles Interesse an den Tag legten. Damit sollte der Allerhöchste Aufenthalt in Neapel abgeschlossen und am andern Tage nach Palermo in See gegangen werden.

Allein gegen Mitternacht weckte uns lautes, heftiges Klopfen an der Haustür. Es erschienen zwei Ordonnanzen von Bord mit der Nachricht, daß der als Reisemarschall angenommene frühere Militärattaché in Rom bei einem Sturze vom Fallreep sich eine Verletzung zugezogen habe, und Seine Majestät, an seiner Stelle, für die weitere Reise die Führung mir anvertrauen wolle. Das war eine Ueberraschung!

Aber die zunächst eintretende Not und Verwirrung kann man sich ausmalen. Die Dienerschaft wurde geweckt, die Koffer wurden hervorgeholt und an Gewandung alles Erreichbare herausgesucht.

Nun einige Einzelheiten über das Kaiserschiff und seine derzeitigen Bewohner.

Die Kaiserjacht „Hohenzollern“ ist ein Wunder an Bequemlichkeit. Zwei große, geräumige Promenadendecks bieten ausgiebige Gelegenheit zur Bewegung während längerer Seefahrten. Im Vorderschiff liegen die natürlich etwas beschränkteren Räume der Schiffsoffiziere, im unteren Raum, aber hell und luftig, die Kojen der aus besonders ausgesuchten, stattlichen und zuverlässigen Seeleuten bestehenden Mannschaft, deren Anblick meinem nordischen Auge und Herzen immer ein Hochgenuß war. Die ansehnlich großen Gemächer der Allerhöchsten Herrschaften befinden sich mittschiffs, wo die Bewegung bei unruhigem Meere weniger fühlbar ist. Abgesehen von den prächtigen Schlafkajüten, steht Seiner Majestät dem Kaiser ein geräumiges Arbeitskabinett und Ihrer Majestät der Kaiserin ein schönes, in blauer Seide ausgestattetes Wohnzimmer zur Verfügung. Daran schließt sich der über die ganze Breite des Schiffes reichende Speisesaal. Wie alle übrigen bewohnten Räume und Kajüten der kaiserlichen Familie und des Gefolges, ist er durch große viereckige, mit Glasscheiben und eisernen Doppeltürchen verschließbare Fenster bei Tage hell belichtet und des Abends, wie das ganze Schiff, in eine glänzende Flut elektrischen Lichtes getaucht. Rings herum laufen bequeme Diwane und gewaltige Büfettschreine mit kostbaren Aufsätzen, die meist Regattatrophäen oder sonstige Andenken an festliche

Digitized by Google

Tage darstellen. Auch ein Harmonium fehlt nicht. In allen Wohnräumen, mit Ausnahme des Empfangszimmers Ihrer Majestät der Kaiserin, und auch im Speisesaal sind die Wände und Polstermöbel mit einem hellen, kleinmustrigen Cretonnestoff bekleidet, der einen freundlich behaglichen Eindruck verbreitet, zumal auch alle hölzernen Einfassungen sowie die Decken und Möbel aus hellem Holze, ich glaube Kirschholz, bestehen. Nun folgt das große Treppenhaus inmitten eines länglichen Warteraumes, um den die Kajüten des Gefolges angeordnet sind. Neben reichlichen Beleuchtungskörpern enthalten die Kajüten ein bequemes Bett, einen großen tiefen Kleiderschrank, zwei Kommoden, einen Waschtisch mit Spiegelschränkchen, ein Sofa und einen Schreibtisch, alles äußerst bequem und geräumig, bei sinnreichster Ausnutzung des Raumes.

Von dort gelangt man in einen weiteren Warteraum für das Dienstpersonal, der auch als Vorzimmer zum Empfang von Eingeladenen dient, denen Treppen erspart werden sollen. Daran schließt sich das Vorderschiff, in dem die Kanzleien und Kanzleibeamten, Post und Fernsprechapparate untergebracht sind. Am äußersten Ende des Kielraumes liegt die sehr behagliche Gefolgemesse, in welcher Seine Majestät abends gern zu verweilen, wissenschaftliche Vorträge zu hören und zwanglose Unterhaltung zu führen pflegt. Meine Kajüte lag auf dieser Reise sehr ruhig und angenehm, mittschiffs, neben derjenigen des Chefs des Marinekabinetts. Sie bot besonders viel Raum und Gelaß für den unbeschreiblichen Wust an Schreibereien und tausend Dingen, die im Laufe der Reise bei mir, als dem einzigen Sprachkundigen an Bord, abgelagert werden sollten. Daß schöne Baderäume, See- und Süßwasserbäder, Brausen und alle dergleichen Annehmlichkeiten an Bord waren, versteht sich von selbst. Und über dem ganzen Schiff, in dem das leise, erregende Surren und Zittern der elektrischen Maschinen den Unterton abgab, und über allen Räumen, lag ein unbeschreibliches, vornehmes Etwas, was ich am besten mit „sonntäglicher Feststimmung" bezeichne, und welche uns einfache Sterbliche erfüllte, die wir hier das seltene Glück hatten, unsern machtgewaltigen und doch so rein menschlich denkenden und alle Welt bezaubernden, geliebten Kaiser zu geleiten, ihm in unmittelbarster vertraulicher Nähe zu dienen und seine so seltene Erholungszeit zu teilen.

Das kaiserliche Gefolge bestand diesmal aus den nachstehend verzeichneten Personen:

Seine Exzellenz Generalleutnant v. Plessen, Kommandant des Kaiserlichen Hauptquartiers. Ihm war in erster Linie der Schutz der kaiserlichen Familie sowie die Wahrung der Sicherheit und Würde in der jeweiligen Umgebung anvertraut. Er war ein stattlicher Mann von hohem, schlankem Wuchs, leicht ergraut, mit durchdringendem, aber in der Regel freundlichem Blick, der Inbegriff eines vornehmen preußischen Offiziers von hohem Range. Ihm zur Seite standen die Oberstleutnants v. Kalkreuth und v. Moltke (mein ehemaliger Regiments- und Kriegskamerad) als Flügeladjutanten. Es folgten Exzellenz v. Senden-Bibran, Admiral und Chef des Marinekabinetts, Hofmarschall Freiherr von und zu Egloffstein, mein spezieller Vorgesetzter an Bord, mehr Offizier als Hofmann, frei-

Digitized by Google

mütig, derb, geradeaus und wohlwollend; wir arbeiteten in bestem Einvernehmen zusammen und verstanden uns immer vortrefflich; ohne sein weitgehendes Vertrauen und sein Entgegenkommen hätte ich meine schwere Aufgabe nicht lösen können; v. Kiderlen-Wächter, Wirklicher Geheimer Legationsrat, Gesandter in Hamburg und Vertreter des Auswärtigen Amtes, damals schon als einer unsrer hervorragenden Diplomaten bekannt; Generalarzt Professor Dr. Leuthold, Leibarzt Seiner Majestät; Generalsuperintendent Dryander, Hofprediger; Oberstleutnant v. Lyncker, Gouverneur der kaiserlichen Prinzen; Marinemaler Hans Bohrdt, sowie, vom Dienst Ihrer Majestät der Kaiserin: Gräfin Mathilde Keller, Hof- und Staatsdame; Graf Keller, Kammerherr Ihrer Majestät, endlich Kapitän zur See Freiherr v. Bodenhausen, Kommandant der „Hohenzollern", der uns mit stets sich gleichbleibender wohltuender Ruhe und Sicherheit durch die nicht immer zahmen Gewässer des Tyrrhenischen, Jonischen und Adriatischen Meeres steuerte.

Noch heute bewahre ich in unserm Stammbuch, als liebe Erinnerung, die zwei mit schönen Abbildungen des Kaiserschiffs gezierten Blätter, auf deren einem die Namen der beiden Prinzen „Wilhelm" und „Fritz" (Eitel-Friedrich) sowie die des gesamten Gefolges verzeichnet stehen, während das andre die Namen der Offiziere der „Hohenzollern" aufweist.

Schon hier sei vermerkt, daß nach kurzer Zeit alle Reisegefährten zu mir, dem Fremdling, in ein sehr freundschaftliches Verhältnis traten, was, wie sich sogleich zeigen wird, meine ungemein vielseitige Tätigkeit als Reisemarschall wesentlich erleichtern und fördern sollte. Einschließlich der kaiserlichen Familie waren wir beiläufig, falls keine Einladungen erfolgten, regelmäßig siebzehn Personen an der täglichen Tafel, wozu dann abwechselnd immer noch drei der Herren Seeoffiziere an Bord zu treten pflegten, im ganzen also zwanzig Personen.

Auf See war die Zeiteinteilung in der Regel folgende: Früh morgens um 7 Uhr fand die Hissung der Flagge und der Kaiserstandarte beim fröhlichen Klange der Flaggenparade statt. Um 7½ bis 8 Uhr pflegten Seine Majestät der Kaiser bei gutem Wetter meist schon an Deck zu erscheinen, um die steifen Glieder seiner alten Herren durch eine wohltätige Turnübung zu beleben und geschmeidig zu machen. Dieses Turnen begann mit Freiübungen in erklecklicher Zahl und Abwechselung, worauf unter lautem Zählen etwa dreißig Mal hintereinander auf die zurechtgestellten Bänke hinauf- und wieder hinabgestiegen werden mußte. Beim Zählen wurde gern gemogelt: 1 — 2 — 3 — 5 — 6 — 8 usw., aber Majestät pflegten dies bald zu bemerken, und der Falschmünzer wurde durch einen vertrauenswürdigeren Herrn ersetzt. Um 8½ Uhr erschien Ihre Majestät die Kaiserin mit ihrem Gefolge an Bord, worauf eine Begrüßung der hohen Frau stattfand und zum Frühstück hinunter gegangen wurde. Die Plätze wurden dabei ganz zwanglos und ohne Rücksicht auf Rang und Stellung eingenommen, und nur die vier Plätze zur Seite beider Majestäten vom Hofmarschall angewiesen.

Digitized by Google

Nach dem Frühstück pflegten die Majestäten mit den Prinzen eine kleine Morgenpromenade auf dem oberen Deck zu unternehmen, worauf Ihre Majestät die Kaiserin sich gern zurückzog, um zu schreiben oder sich in die ausgelegte Literatur über Sizilien zu vertiefen, während der Kaiser mit seinen vortragenden Räten und Herren die massenhaft eingegangenen Postsachen durchsah oder sich in den verschiedenen Ressorts Vortrag halten ließ. Dies geschah bei schlechtem Wetter im Arbeitskabinett, sonst oben auf Deck in einer geschützten, mit Sitzen und Tischen ausgestatteten geräumigen Laube. Die übrigen Herren des Gefolges hielten sich währenddem in zwanglosen Gruppen an Deck auf oder lasen und schrieben in ihren behaglichen Kabinen, wobei sie nur gegen 11 Uhr durch eine weißgekleidete Ordonnanz angenehm gestört wurden, die allerlei Erfrischungen darbot.

Um 1 Uhr wurde eine einfache, aber sehr reichliche Mittagstafel aufgetragen, zu welcher man im blauen Bordanzug des Kaiserlichen Jachtklubs (Jackett) erschien, der auch tagsüber an Deck angelegt wurde. Zur Mahlzeit spielte oben auf dem Deck die Musik. Während die Kaiserin sich bald danach in ihre Gemächer oder in die Laube zurückzuziehen pflegte, liebte es der Kaiser, noch ein Weilchen bei der Zigarre zu plaudern oder sich von mir Artikel aus italienischen Zeitungen übersetzen zu lassen. Dann Ruhepause bis zum Nachmittagstee um 4 Uhr, der, je nachdem, in Gesellschaft der Majestäten oder in der Gefolgemesse eingenommen wurde. Danach meist allgemeine Deckpromenade in kleinen Gruppen oder ein Aufenthalt auf den bequemen Bänken hinten am Heck, von wo man einen weiten Ausblick genoß, den malerischen Panzerkreuzer im sprudelnden Fahrwasser der „Hohenzollern" vorwärts stampfen und das schlanke Depeschenkanonenboot „Sleipner", einem flinken Delphin gleich, zur Seite dahingleiten sah, oft so nah, daß man einen Gruß austauschen konnte. Um 6 Uhr verschwand alle Welt in den Kajüten, um sich für die Abendtafel zurechtzumachen, zu welcher Ihre Majestät in großer Toilette erschien, während das Gefolge den kleidsamen Messeabendanzug (kurze Jacke mit ausgeschnittener Frackweste, goldene Knöpfe) anlegte. Nach der bei angeregtester Unterhaltung meistens ziemlich lange sich hinziehenden Abendtafel wurde bei gutem Wetter noch einige Zeit in der geschützten Laube an Deck gesessen, wo es aber bald so empfindlich kühl zu werden pflegte, daß das Zeichen zum Aufbruch in die Gefolgemesse gegeben wurde, wo bei Mineralwasser, Weißwein und Punsch kriegswissenschaftliche Vorträge gehalten oder die Tageserlebnisse durchgesprochen wurden. Um 11 Uhr ging man meist zur Ruhe.

An dem vorstehend geschilderten Stilleben an Bord auf hoher See konnte ich mich selbst in der Folge nur wenig beteiligen, da dann stets der ungeheure Wust der italienischen Eingänge zu sichten, zu bearbeiten und zu erledigen war, als Eingaben, Anfragen, Widmungen, Gesuche, zu Dutzenden täglich, dabei Darbietungen und Geschenke aller Art, die alsbald meine Kajüte gänzlich anfüllten und zur weiteren Behandlung teilweise mit nach Neapel wandern mußten, da zur Erledigung an Bord die nötige Zeit fehlte.

Digitized by Google

Aber während der Mahlzeiten wenigstens fand ich dafür in hohem Maße Erholung und reichen Lohn, denn, da es immer viel zu beraten gab und namentlich die Programme für den folgenden Tag festzusetzen waren, was nur mit Hilfe meiner Landes- und Lokalkenntnisse geschehen konnte, hatte ich fast täglich die Ehre, entweder zur Seite der Majestäten oder doch in ihrer nächsten Nähe zu sitzen. Dies führte zu mancher fesselnden Unterhaltung und ließ mich ihre ganze große, menschenfreundliche Herzensgüte, sowie ihr lebendiges Interesse an allem Großen und Schönen immer wieder deutlich erkennen. Ganz erstaunlich erschien mir das überraschende, geradezu umfassende Wissen des Kaisers auf allen erdenklichen Gebieten. Geschichte, Naturwissenschaften, Kunstgeschichte, Völkerkunde, Musik, Technik, Baukunst, Verwaltung, Schulwesen, Kirchengeschichte, Botanik, Gartenkunst — überall wußte Seine Majestät in einer Weise und Vertiefung Bescheid, welche den Durchschnitt allgemeiner Bildung bei weitem, aber weitaus übertraf und oft genug seine Partner in der Unterhaltung in Verlegenheit setzte. Ich konnte dabei selbst beobachten, daß Seine Majestät, obwohl jeder alten, guten, bewährten Ueberlieferung mit großer Pietät zugetan, doch für moderne Anschauungen und Entwicklungen volles Verständnis und lebendiges Interesse hatte. Voll bewußt war ihm, daß wir in einer hochbedeutungsvollen, äußerst schwierigen Uebergangszeit, an einem Wendepunkt der Welt- und Menschheitsgeschichte und im Morgenrot einer neuen Zeit standen, freilich, ob einer glücklichen Zeit, das war die große Frage! Hatte unser offen und heimlich beneidetes Deutsches Reich und Volk den Höhepunkt seiner Blüte noch vor sich, hatte es ihn jetzt erreicht oder bereits überschritten?

Wahrhaft erfrischend und für mich beglückend war des Kaisers und der Kaiserin offenes Herz und Auge für die Schönheiten der großen Gottesnatur, und immer war ich darauf bedacht, Ihren Majestäten während der Reise das Beste vom Besten vorzuführen; dann aber auch des Kaisers Frohsinn, seine unermüdliche geistige und körperliche Spannkraft, sein Wohlwollen. Niemals habe ich ihn über Menschen und Dinge schroff oder verächtlich urteilen hören! „Homo sum, nil humani a me alienum puto“ schien sein Grundsatz zu sein.

Mit stets neuem Interesse vernahm er meine Schilderungen über Land und Leute, über deren Anschauungen, Sitten und Gebräuche, Tugenden und Schwächen, und nur gar zu schnell vergingen dabei die anregenden Stunden bei Tische. Ein lustiges Erlebnis betraf die Musikkapelle an Bord schon am Tage der Abfahrt von Neapel. Der würdige, ganz gewiß sehr vielseitige, aber etwas pedantische Musikdirektor ließ von seinen Musikern während der ersten Abendtafel einige der berühmten munteren neapolitanischen Volkslieder vortragen, aber in einem Takte, als seien es Trauermärsche, worauf ich Seine Majestät aufmerksam machte. Gleich nach Tisch nahm mich der Kaiser beim Arm, mit dem Auftrage, dieselben Lieder im richtigen Takte wiederholen zu lassen, was ich nach einer kurzen Darstellung des Textinhaltes, mit dem Dirigentenstabe in der Hand, auch tat. Nun wirkten sie natürlich ganz anders, der ganze Hof bildete Korona

Digitized by Google

rings umher, und Ihre Majestäten unterhielten sich köstlich dabei, was meine erste Amtshandlung an Bord darstellte.

Am Dienstag, den 31. März vormittags, verblieben Ihre Majestäten an Bord; der Kaiser, um die fälligen Vorträge zu hören und die erforderlichen unzähligen Unterschriften zu geben; denn schon war der diensthabende Feldjägeroffizier zur Abreise nach Berlin bereit. Um 11 Uhr sollte ich mit meinem Gepäck an Bord sein und den Kardinal Sanfelice, welcher den Wunsch ausgesprochen hatte, Ihren Majestäten an Bord seine Aufwartung zu machen, dorthin geleiten. Außer ihm nahmen an der darauffolgenden Abschiedstafel noch der kaiserliche Botschafter, Graf Bülow, und Professor Anton Dohrn teil. Um 3 Uhr lichtete die „Hohenzollern" die Anker und glitt in stolzer Fahrt in die schimmernde Flut hinaus.

An meine Frau

Palermo, Mittwoch, den 1. April 1896.

Erst spät am Abend, nach des Tages Sturm und Drang, gelange ich zu diesen Zeilen, die über meine ersten Erlebnisse an Bord berichten sollen. Zunächst stelle ich mich als glücklicher Besitzer einer äußerst behaglichen und geräumigen Kabine mit gutem Bett, Kleiderschrank, Kommode, Sofa, Waschtisch, Stuhl und zwei elektrischen Lampen vor, zu der auch eine stets dienstbereite Ordonnanz gehört. Kaum waren meine Sachen ausgepackt und eingeräumt, so setzte sich das Schiff, leise zitternd, in Bewegung. Da hieß es schnell an Deck eilen und als Reisemarschall Rede und Antwort stehen, zumal die Anwesenheit Ihrer Majestäten an Deck bereits gemeldet worden war. Sogleich wurde ich befohlen und mit einigen gütigen Worten in meiner neuen Würde willkommen geheißen, worauf auch die beiden Prinzen herantraten und mich mit Händedruck und freundlichem Lächeln begrüßten. Die Ausfahrt war herrlich, aber schon auf der Höhe der Punta della Campanella bei Capri begann ein so kühler Wind zu blasen, daß ich einen Augenblick benutzte, um meinen Pelz zu holen, der von den Herren des Gefolges anfangs verspottet, aber dann als sehr zweckdienlich belobt wurde, denn es wurde im Golf von Salerno bitterlich kalt.

Von der Seeseite aus gesehen, stiegen die hohen zerklüfteten Berge, an norwegische Landschaften erinnernd, doppelt schroff aus dem Meere empor. Die groß angelegte Kunststraße windet sich sichtbar am Hange der Küste entlang; bis auf die Gipfel hinauf ziehen sich in reizender Abwechslung Ortschaften, Häusergruppen, Gärten, Orangenhaine, Terrassen mit Weinreben, Olivenbäume, Ruinen, alte, auf vorspringenden Felsen keck errichtete Kastelle. Es folgen merkwürdige Kirchen, Wallfahrtsstätten, Friedhöfe mit Säulen und Bogengängen, hunderterlei malerische Motive darstellend, dieselbe Straße, die ich einst mit unserem Meister Bodo Ebhardt zurückgelegt habe. Dann zeigten sich die Ortschaften Positano und Amalfi mit seinem Dom und seinen übereinander getürmten Häusergruppen, ferner Majori, Minori und das reizende Cetara.

Digitized by Google

Allen ins Gesichtsfeld tretenden Einzelheiten folgten beide Majestäten und die Prinzen mit gespannter Aufmerksamkeit. Ueber alles hatte ich Auskunft zu erteilen, und vergaß dabei nicht, auch des wundersamen, von poesievoller Romantik umsponnenen Ravello Erwähnung zu tun. Angesichts der weiten Fieberebene von Pästum, in der man mit dem Fernglase die berühmten Tempelruinen erkennen konnte, ging die Sonne unter, wie ein feuriger Ball im Westen versinkend. Beim Wenden des Steuers tauchten die scharfen Umrisse der Insel Capri aus dem Meere, und in rosigem Schimmer erglühten die schneebedeckten Spitzen der fernen Apenninen. In stumm bewundernder Anschauung versunken stand das Kaiserpaar, bis sich eine leichte Regenwolke in schweren Tropfen entlud und das Gong zur Abendtafel rief.

Bis 11 Uhr saß man bei Tisch, wobei eifrig Pläne für Palermo geschmiedet wurden.

Um 8¼ Uhr Frühstück: Tee und geröstetes Butterbrot, Rührei mit Speck, Lendenbraten mit Erbsen, kalter Aufschnitt und alle erdenklichen Marmeladen; damit konnte man bis Mittag bestehen. Aber nicht vergessen werden darf der tägliche große Napfkuchen, den Seine Majestät, der Kaiser, höchsteigenhändig zu schneiden und zu verteilen pflegt.

Das Schiff stampfte etwas; aber ein herrlicher, frischer, sonniger Morgen lachte uns entgegen, für die Einfahrt in Palermo wirklich ein Geschenk guter Geister! An der Steuerbordseite trat die kleine Insel Ustika in Sicht, an der andern Seite zog die wundervolle sizilische Küste an uns vorüber, das Kap Faro, die Stätte des alten Tyndaris, und Milazzo, das alte Mylä, wo Homer die Rinder des Helios weiden läßt. Wieder durfte ich beiden Majestäten Vortrag halten über Cefalù mit seinem ehrwürdigen Normannendom, das Kap Zaffarano, den Monte Pellegrino, die Mondellobai und das Kap Gallo sowie schließlich über die sichtbar werdenden Baudenkmäler Palermos. Meer und Landschaft waren in eine förmliche Flut abwechselnder Beleuchtungseffekte getaucht, und vor dem Kiel des Kaiserschiffes rauschten die tiefblauen, mächtig zerteilten Wogen, mit weißem Gischt gemischt. Als wir uns gegen 10 Uhr dem Hafen näherten, kamen uns zunächst, beim Klange unsrer Nationalhymne, zwei Vergnügungsdampfer mit der deutschen Flagge am Hauptmast, geschmückt mit grünen Laubgewinden und bunten Fahnen, entgegen. An Bord des einen befand sich die deutsche Kolonie Palermos, an Bord des andern waren die in Palermo aufhältlichen deutschen Reisenden versammelt. Auf Rufweite erscholl ein lautes, vielstimmiges Hurra, während die Majestäten oben auf der Kommandobrücke sichtbar wurden. Am Eingang des Hafens lag die aus fünf Panzerschiffen bestehende italienische Flotte und grüßte mit Flaggenparade und Salutschüssen herüber. Der Hafen wimmelte von Booten aller Art, in denen die Palermitaner der „Hohenzollern" entgegenfuhren, so unvorsichtig freilich, daß ich im Allerhöchsten Auftrag mit der großen Ruffirene auf die Kommandobrücke kommen und die Bootsleute mit lautem Zuruf in italienischer Sprache vor der, noch im Gange befindlichen Schraube warnen und zurückschrecken mußte. Auch alle Kais

Digitized by Google

waren von Menschenmassen dicht besetzt. Dann meldeten sich sogleich der deutsche Konsul sowie der italienische Professor und Direktor der staatlichen Kunstsammlungen in Sizilien, Herr Salinas, an Bord. Im voraus sei gesagt, daß wir diesem ausgezeichneten italienischen Gelehrten und Kunstkenner in der Folge für seine Unterstützung und zuverlässige Führung durch die sizilischen Altertümer zu größtem Danke verpflichtet wurden.

Gleich nach der Mittagstafel fuhren wir mit den Majestäten in deren blitzschnellen Dampfpinassen an Land, um ohne Zeitverlust den herrlichen Dom aus der Normannenzeit (1170) mit seinen berühmten Grabstätten der deutschen Kaiser Heinrich VI. und Friedrich II. von Hohenstaufen, von dessen Gemahlin Costanza von Aragonien, ferner der Costanza, Tochter König Rogers des Normannen, und den Sarkophag des großen Normannenkönigs selbst zu besichtigen. Sämtliche Sarkophage bestehen, wie Du Dich erinnern wirst, aus prachtvollem dunklem Porphyr. Eine ganze Stunde verweilten die Majestäten im Dom, die längste Zeit vor diesen Grabstätten, die, an ein bedeutsames Stück deutscher Vorgeschichte erinnernd, namentlich die Phantasie unsers gedankenreichen Kaisers in Anspruch nehmen mochten. Danach Fahrt mit den von der palermitanischen Aristokratie gestellten Wagen nach dem reichhaltigen Museum, wo zwei Stunden nicht ausreichen wollten, um auch nur die wichtigsten Kunstwerke in Augenschein zu nehmen. Besonderes Interesse erregten dabei die altertümlichen Metopen der Tempel in Selinunt (700 bis 500 v. Chr.).

Während die Herrschaften nun an Bord zurückkehrten, hatte ich bei den Spitzen der italienischen Behörden Besuche abzustatten und namentlich mit dem Präfekten der Provinz das Programm für den nächsten Tag, sowie die zu ergreifenden Sicherheitsmaßregeln zu beraten. Um 7½ Uhr muntere Abendtafel. Beide Majestäten sehr befriedigt und in bester Stimmung. Ich saß zwischen dem Vertreter des Auswärtigen Amtes, Herrn v. Kiderlen-Wächter, und dem Generalarzt Dr. v. Leuthold, hatte aber beiden Majestäten fortlaufend Rede und Antwort zu stehen. Nach dem Essen brachte Seine Majestät eine lange Reihe prachtvoller großer Photographien zur Anschauung, die, ein Geschenk des Kardinals Hohenlohe in Rom, die höchst bedeutenden und merkwürdigen Kirchen-, Kastell- und Schloßbauten in Apulien aus der Zeit der Normannen und Staufer darstellten. Seine Majestät zeigten dafür das größte Interesse, und schon damals mag der erst bei einer späteren Reise ausgeführte Wunsch, sie an Ort und Stelle kennen zu lernen, entstanden sein. Es handelte sich dabei um die Bauten in Bari, Trani, Bitonto, Andria, Ruvo, Altamura und um das berühmte Jagdschloß Kaiser Friedrichs II. von Hohenstaufen, Castel del Monte.

Jetzt sitzen die Herren beim Kartenspiel und einem Glase Bier, während ich einen stillen Winkel zum Briefschreiben ausgesucht habe, um mir, im Gedanken an Dich, eine gute Nachtruhe zu verdienen. Doch damit Schluß, denn Mitternacht steht vor der Tür. Ein heißer Tag liegt hinter uns, und in sieben Stunden heißt es wieder auf dem Platze sein.

*

Digitized by Google

Am Donnerstag, den 2. April, war das Wetter so ungünstig, daß die Majestäten an Bord blieben, während ich in Palermo ansässige Verwandte aufsuchte, um für den Bedarfsfall auf ihre schönen Equipagen und abgeschlossenen großen Gärten rechnen zu können; denn Ihre Majestät, die Kaiserin, hatte den Wunsch ausgesprochen, sich am Lande, an ungestörter Stelle und vom Publikum unbehelligt, etwas Bewegung zu machen. Nachmittags Erkundungsfahrt mit dem Hofmarschall, Freiherr v. Egloffstein, nach dem Kloster Monreale hinauf, in dessen malerischem berühmtem Kreuzgang am andern Tage das Frühstück eingenommen werden sollte.

Derartige Picknickausflüge behufs besserer Ausnutzung der Zeit im Freien waren in der Folge sehr beliebt und wurden auch öfter unternommen, obschon es keine Kleinigkeit war, den Allerhöchsten Dienst an Personal, Geschirr und Speisen für zwanzig Personen in Bewegung zu setzen. Das gab dann immer eine lange Karawane, die von stattlichen, stummen und aufmerksamen italienischen Karabinieri begleitet, heiter und unternehmungslustig dahinzog.

Am Karfreitag fand um 10 Uhr an Bord der „Hohenzollern" ein feierlicher Gottesdienst statt, bei welchem der Generalsuperintendent Dryander predigte. Alsdann wurde an den Hof, an die Offiziere und die Mannschaften, die sich dazu gemeldet hatten, vor einem mit Palmen und Blumen reich geschmückten Altar das Abendmahl ausgeteilt. Das Wetter war günstig, aber kühl und unsicher, aus welchem Grunde die Fahrt nach Monreale endgültig aufgegeben und dafür zunächst der königliche Palast mit der berühmten „Stanza di Ruggiero" und der noch berühmteren, einzigartigen „Capella Palatina" besucht wurden. Beide Bauwerke stammen bekanntlich aus der Normannenzeit. Sie sind von wunderbarer, stimmungsvoller Schönheit, maurisch-byzantinischen Stils, mit arabischen Inschriften verziert und im reichsten, wohlerhaltenen Mosaikschmuck und in edlem Marmor prangend.

Ungeheuer war stets der Andrang der neugierigen, froh begeisterten Volksmenge Palermos, die den Wagen der Majestäten stürmisch zu umschwärmen und laute Huldigungen darzubringen pflegte.

Den stillen Sonnabend Vormittag verbrachte der Kaiser an Bord in seinem Arbeitszimmer, um die wieder fälligen Vorträge zu hören, Unterschriften zu vollziehen und Korrespondenzen zu erledigen, während Ihre Majestät die Kaiserin unter meiner Führung mit den beiden Prinzen und der Palastdame, Frau Gräfin Keller, eine Fahrt durch die Gärten des königlichen Lustschlosses La Favorita unternahm.

Ueber Mittag aber klärte sich die Witterung auf, und so kam es endlich zu der von Ihren Majestäten längst geplanten Fahrt nach dem nahen Monreale, wo der großartige, vom Normannenkönig Wilhelm II. (im Jahre 1176) erbaute Dom den Mittelpunkt des Interesses bildete. Die Führung übernahm, immer unter meiner Vermittlung als Dolmetscher, der greise Erzbischof von Monreale, Lancia di Brolo, ein entfernter Nachkomme unsrer großen Hohenstaufenfamilie insofern, als er den König Manfred und dessen an die linke Hand getraute

Digitized by Google

Gemahlin, eine geborene Gräfin Lancia aus Mailand, zu seinen Voreltern zählte. Seine Majestät fand Gefallen an dem alten, freundlich würdigen Kirchenfürsten und zeichnete ihn in der Folge immer wieder durch besonderes Wohlwollen aus. — Der Eindruck, den das wundersame Innere der berühmten Kathedrale in ihrem mystischen, hier und da von einem verschleierten Sonnenstrahl erhellten Innern, mit ihrem reichen Bilderschmuck in Mosaik auf alle Anwesenden, namentlich aber auf das für alles Künstlerische so sehr empfängliche Gemüt Seiner Majestät des Kaisers machte, war groß und nachhaltig. Lange stand er wortlos in stiller Betrachtung. Trotz der über den herrlichen Bau dahingeflossenen sieben Jahrhunderte steht er in seiner alten Gestalt unbeschädigt und unberührt da. Hell und deutlich heben sich die malerischen Darstellungen in Mosaik vom schimmernden Goldgrunde ab, während im Hintergrunde über dem Altar ein gewaltiger Christuskopf die ganze Wölbung des hinteren Kirchenschiffs abschließt, nicht der sanfte, milde Christus unsrer heutigen Kirchen, sondern der starre, streng blickende orientalisch-byzantische „Christus judex".

Erfüllt von diesen Eindrücken, betraten Ihre Majestäten nun den Kreuzgang des Klosters mit seinen zahllosen vielgestaltigen Säulchen und Bögen, ein Wunder phantasievoller Baukunst und von unbeschreiblicher Zierlichkeit. Wie alles, was in Palermo zur Besichtigung gelangte, kannte der Kaiser auch diesen Kreuzgang bereits aus Abbildungen und Beschreibungen, und immer wieder mußte ich dem Erzbischof die Bewunderung Seiner Majestät oder Fragen und Bemerkungen verdolmetschen, bis dann beide Majestäten, die Prinzen und alle Herren des Gefolges in die vom Erzbischof dargereichte Chronik ihre Namen eingetragen hatten. Beim Abschied sollte ich dem sympathischen Kirchenfürsten, wie der Kaiser sich ausdrückte, „noch etwas recht freundlich Anerkennendes über seinen Dom sagen", worauf ich, diesem Allerhöchsten Wunsch entsprechend, sagte: „Eminenz, Ihre Kathedrale ist ein Wunder, ein köstlicher Traum in Marmor und Stein!" Im Gegensatz zur Auffahrt war die Heimfahrt vom schönsten Wetter begünstigt, und die herrliche „Conca d'oro", die goldene Muschel, d. h. die von Fruchtbarkeit strotzende, gartengleiche Ebene, in welcher die stolze sizilische Hauptstadt mit ihren Kirchen und Palästen liegt, schimmerte im scheidenden Sonnenlicht in allen erdenklichen Farben, während dahinter das weite Meer unter den letzten Strahlen des untergehenden Tagesgestirns erglühte. Aufs höchste befriedigt und in trefflichster Stimmung erschienen unsre Majestäten zur Abendtafel. Diesmal wurde mir der Platz zur Linken Ihrer Majestät angewiesen, und von neuem durfte ich die anmutige Frauenerscheinung unsrer Kaiserin, sowie die huldvoll zwanglose Art, in der sie die Unterhaltung führte, bewundern. „Kaiserin, Gattin und Mutter", das stolze Bewußtsein dieser drei hohen Aufgaben kam immer wieder in rein menschlicher Form zum Ausdruck. Unter anderm kam die Rede auch auf die stilvollen, prächtigen, an etruskische und altrömische Technik anknüpfenden Schmucksachen der weitberühmten Goldschmiedfirmen Castellani in Rom, sowie der Firmen Melillo und Casalta in

Digitized by Google

Neapel. Zufällig hatte die Kaiserin einen kostbaren Halsschmuck angelegt, welcher, wie die hohe Frau mir näher zu erklären die Gnade hatte, aus von Castellani künstlerisch gefaßten, seltsam geformten sogenannten „Donnerkeilen" bestand, die Seine Majestät der Kaiser am Strande der Ostsee höchsteigenhändig gesammelt und seiner hohen Gemahlin in Form dieses ungemein vornehm und eigenartig wirkenden Halsschmuckes verehrt hatte.

Inzwischen waren zahlreiche Ostergaben der verschiedensten Art an Bord abgegeben worden. Darunter riesige, prachtvolle Blumenkörbe mit Rosen, Kamelien und seltenen Orchideen aus den Gärten der Aristokratie für die königliche Tafel und das Zimmer der Kaiserin, ferner eine kleine, wertvolle Bücherei, bestehend aus allen erhältlich gewesenen Veröffentlichungen über Sizilien mit vielen schönen photographischen Darstellungen der hauptsächlichsten Kunstdenkmäler, als Geschenk der Stadt Palermo; eine gewaltige Marzipancremetorte, „Cassata" genannt, mit eingemachten Früchten verziert, als Gabe der Firma Guli, die das angeblich aus der Araberzeit in der Familie vererbte und sorglich geheim gehaltene Rezept besitzt; weiter Antiquitäten, Skulpturen, Gemälde, Miniaturen, Fruchtkörbe mit wundervollen Orangen, Musikkompositionen, Gelegenheitsgedichte, aus allen Klassen der Bevölkerung stammend und in freundlichster Absicht dem „Imperatore di Germania" und der „Graziosa Imperatrice" huldigend dargebracht. Diese Sturmflut von Eingängen, die in jedem weiteren Aufenthaltsorte stets neuen Zuwachs erfuhren, zu sichten oder gar nach Verdienst in schicklicher Weise zu beantworten, dazu sollte ich erst nach Tagen und Wochen, nach und nach, Zeit finden. Heute konnte ich nur einen flüchtigen, schaudernden Blick darauf werfen, denn mir wurde der Befehl erteilt, in Vertretung der Majestäten, mit einigen Herren des Gefolges der Galavorstellung im großen Stadttheater beizuwohnen, bei der auch die Musikkapelle der „Hohenzollern" spielen sollte. Ganz Palermo sowie unsre deutsche Kolonie fanden wir in dem weiten, prachtvoll geschmückten, glänzend erleuchteten Theater versammelt. Alle Behörden hatten große Uniform angelegt und ein reizender Damenflor in geschmackvollsten Toiletten füllte alle Logen, ein wahrhaft feenhafter Anblick, der durch die herrschende Begeisterung und die nicht endenwollenden „Evvivas" noch einen festlich frohen Hintergrund erhielt. Hatte doch dieser längere Aufenthalt unserer Majestäten in der seit der Neuerrichtung des jungen italienischen Königreiches etwas vernachlässigten stolzen sizilischen Hauptstadt für diese eine besondere Bedeutung. Im Auftrag Seiner Majestät des Kaisers hatte ich den im Theater anwesenden beiden Staatsdamen der Königin Margherita je einen Strauß schöner Rosen zu überbringen, welchen angenehmen Auftrag ich mit aller mir zu Gebote stehenden Grazie zur Ausführung brachte. Nach dem überaus anstrengend gewesenen fünfzehnstündigen Tage galt es dann noch, der italienischen Gepflogenheit und Höflichkeit entsprechend, eine Reihe von Besuchen bei der in den Ranglogen prangenden schönen Frauenwelt abzustatten, so namentlich bei den Patronessen der Vorstellung, deren Erträgnis den italienischen Vereinen unter dem Roten Kreuz zugute kommen sollte. Darunter befanden sich die Herzogin von Baucina

Digitized by Google

die Prinzessinnen Trabia, Fitalia, Galati und andre. Zum Schluß ließ Seine Majestät der Kaiser mir durch den Ersten Offizier an Bord der „Hohenzollern", Grafen Platen Hallermund, ein Telegramm zustellen, welches einen Sieg der Italiener über die Abessinier bei Kassala meldete und welches ich dem Präfekten zur Mitteilung an das Publikum übergeben sollte. Man kann sich den ungeheuren Jubel denken, den das Bekanntwerden dieser Nachricht bei den leidenschaftlichen Südländern hervorrief!

Am Ostersonntag, den 5. April, fand zunächst wieder ein ernster, schöner Gottesdienst mit Gesang und Musikbegleitung an Bord der „Hohenzollern" statt. Danach wurden 1200 bunte Ostereier an Bord versteckt und von den Mannschaften unter allerlei Scherzen aufgesucht, während von den Herren des Gefolges ein jeder bereits zum ersten Frühstück ein kunstvoll verziertes und bemaltes Porzellanei aus der Königlichen Porzellanmanufaktur in Berlin, als Riechfläschchen dienend und in der Serviette verborgen, als Ostergeschenk gefunden hatte.

Um 11½ Uhr empfing Seine Majestät den offiziellen Besuch der Behörden, den Admiral Canevaro und die Kommandanten der italienischen Kriegsschiffe, die auf Befehl des Königs Humbert nach Palermo gekommen waren, ferner den kommandierenden General, Generalleutnant Mirri, und den Divisionskommandeur, den Präfekten, Senatore de Seta, und den Bürgermeister Principe Tasca Lanza, wobei ich wiederum die Vorstellungen besorgen und die Unterhaltung vermitteln mußte, soweit die Herren nicht Deutsch, Englisch oder Französisch sprachen. Alle Besuche wurden hierauf zur Mittagstafel gezogen und von Ihren Majestäten durch ausgesuchte Leutseligkeit geehrt.

Um 5 Uhr nachmittags entsprachen unsre Majestäten mit dem gesamten Gefolge einer Einladung des Admirals Canevaro zum Tee an Bord des Schlachtschiffes „Sardegna", wo auch die in Palermo wohnhaften Herren vom italienischen Hofdienst sowie die Ehrendamen der Königin Margherita versammelt waren und sich ein sehr angeregter, zwangloser Verkehr entwickelte. Nach erfolgter Rückkehr an Bord der „Hohenzollern" ging diese zur Nachtfahrt nach Girgenti, dem alten „Agragas", in See. (Fortsetzung folgt)

Digitized by Google

Heimwärts über Russisch-Asien[1])

Von

Graf Vay von Vaya und zu Luskod E. A. S. M. — A. P.

I.

Quer durch Mandschurien, die Mongolei, Sibirien, Turkestan, Kaukasus, Krim und Ukraine

Können jene riesigen Gebiete, die auf der Landkarte mit der Inschrift Rußland bezeichnet sind, auch mit Recht so genannt werden? Die Frage, wie hoch sich die Zahl der orthodoxen Slawen unter der amtlich festgestellten, über anderthalbhundert Millionen zählenden Menge tatsächlich beläuft, könnte nur schwer genau beantwortet werden.

Auf dem ausgedehnten asiatischen Kontinent unterwarfen sich der Reihe nach die schwächeren, auf sich selbst angewiesenen Nationen. Den größten Widerstand leisteten einst die fruchtbare Halbinsel der Krim und die blühenden Länder des Kaukasus, die sich am schwersten ergaben. Als jedoch die Macht am Schwarzen Meere gesichert war, konnte man am Kaspischen See viel leichter vorgehen.

Das Vordringen nach Transkaspien steht uns allen noch in lebhafter Erinnerung. Ueber die Eroberungen der Generäle Kaufmann und Anenkoff wurde dazumal viel geschrieben. Khiwa, Buchara und das ganze Turkestan sind heute sämtlich in das moskowitische Riesenreich einverleibt.

Die Ausbreitung ist jedoch noch nicht beendet. Hat auch Japan das Vordringen gegen den Stillen Ozean und zum Gelben Meer gehemmt und Süd-Mandschurien sowie Korea sich gesichert, so hat man die inneren Unruhen in China doch dazu benutzt, die Mongolei zu ergreifen und das ganze Land mit Geheimagenten und Kosaken zu überschütten.

Ein ähnliches Vorgehen wird heute auch in Persien angewandt. Im ganzen nördlichen Teil sind die Russen Herren geworden. In Teheran selbst ist die Kosakenkaserne das hervorragendste Gebäude, und das besuchteste Institut ist die russische Bank. Von hier aus verbreiteten sich die Fäden zur Umgarnung von Afghanistan und — in erster Reihe — von Armenien. Der Ueberblick der ununterbrochenen und vor nichts zurückweichenden Tätigkeit läßt allein die expansive Politik der moskowitischen Regierung erkennen. Betrachtet diese ein Gebiet als ihr Eigen und hat sie ihre Flagge dort gehißt, so setzt sie ihre Arbeit fort, um noch mehr zu erobern. Ist die Bevölkerung homogen oder nicht, ist der Erdboden fruchtbar oder wüst, gleichmäßig behält es seine Anziehungskraft.

---

[1]) Der Verfasser verließ Ostasien am Vorabende des Krieges.

Digitized by Google

Seit den Mongolen im Mittelalter gab es noch keine Nation mit so großer Eroberungsluſt. Die Ausbreitung geſchah beim Volke bisher faſt inſtinktmäßig, ſehr oft ohne die Schritte mit politiſchen Gründen erklären zu können.

Von Verbreitung der Ziviliſation oder von einer entwickelteren Koloniſation kann unter ſolchen Umſtänden kaum die Rede ſein. Sind doch die Inſtitutionen des Mutterſtaates ſelbſt ſo primitiv, daß man ſich die Verhältniſſe im aſiatiſchen Rußland leicht vorſtellen kann.

Um dieſe traurigen Zuſtände noch augenſcheinlicher zu machen, bemüht ſich Nippons Regierung überall, wo Japans Intereſſenſphäre an die ruſſiſche grenzt, die möglichſte Ordnung und Reinlichkeit zu verwirklichen. So z. B. gibt es kaum etwas Auffallenderes, als den Unterſchied der Grenzſtationen von Changchun. Auf der einen Seite der Bahnſtrecke erheben ſich die nach amerikaniſcher Art gebauten und eingerichteten Gebäude der Japaner, auf der anderen Seite aber ſieht man die vernachläſſigte, unſaubere, zerfallende Station der Ruſſen.

Dementſprechend iſt auch das Perſonal. Dieſe Geſtalten gleichen meiſt Banditen. Oft werden herabgekommene Menſchen ohne jede beſſere Vorbildung angeſtellt. Von den höheren Anſprüchen ihres Berufes ſcheinen ſie gar keinen Begriff zu haben; die Stationen zeigen zumeiſt das Bild eines Karawanenſerails. Die Reiſenden, Militär, Arbeiter lagern auf den Fußboden der Warteſäle; ein Teil ſchmauſt, der andere ſchläft. Der Schmutz und der Geſtank ſind unbeſchreiblich, doch ſcheint das niemand zu ſtören.

Zieht man in Betracht, daß dieſe Eiſenbahnlinie von den Ruſſen ſchon vor einem Jahrzehnt erbaut worden iſt, ſo iſt es unglaublich, in welchem primitiven Zuſtand ſie ſich heute noch befindet; ja, man könnte behaupten, daß ſo manches ſogar in Verfall geraten iſt. Als ich zum erſtenmal noch vor dem großen Kriege hier weilte, war alles neu und erweckte die Hoffnung einer raſchen Entwicklung; ſeit der Zeit iſt alles, was neu war, abgenutzt, die Hoffnung aber ging nicht in Erfüllung.

Von einer zu jener Zeit erbauten Stadt, wie Charbin oder Wladiwoſtok, konnte man mit Recht erwarten, daß ſie ſich nach einigen Jahren zu einem blühenden Kulturzentrum erhebe. Jetzt ſehe ich hingegen, daß, trotzdem auch neuere Gebäude errichtet wurden und die Bevölkerung an Zahl zugenommen hat, die Verhältniſſe doch keinen weiteren Fortſchritt erfahren haben.

Wilderes als ſolch eine ruſſiſch-aſiatiſche Stadt kann man ſich kaum vorſtellen. Schon das Aeußere iſt befremdend. Die breiten Gaſſen gleichen den Landſtraßen. Am ſchlechten Trottoir breiten ſich tiefe Lachen aus. Rechts und links ſtehen hölzerne Planken und bunt beſtrichene, aus Holz gezimmerte Häuſer; alle haben ein düſteres, verlaſſenes Aeußeres und werden, wie es ſcheint, niemals renoviert.

Das Treiben, welches ſich zwiſchen dieſen vernachläſſigten Häuſern und auf dieſen öden Gaſſen abſpielt, iſt nicht minder traurig. Das Leben der ruſſiſchen

Digitized by Google

Garnisonsstädte wurde während des letzten Krieges eingehend geschildert. Die menschlichen Leidenschaften scheinen alle Zäume zu zersprengen. Alles Wilde und Unbändige kommt zum Ausbruch. Die ärgsten Triebe toben freigelassen, unbeschränkt, und jedermann scheint stolz darauf zu sein, im Begehen von Exzessen sich hervorzutun.

Wird das — im Grunde genommen — sanfte Volk einmal wankend, so sinkt es tief herab. Unter normalen Verhältnissen ist der russische Muschik zu Hause fromm und sympathisch. Es ist traurig, daß gerade jene, die das Volk warnen sollten und denen dessen Los anvertraut ist — das sind die beamteten Kreise —, das Volk verderben. So kann man dies in erster Reihe in den fernen Kolonien beobachten.

Der Gehalt der Beamten ist lächerlich gering. Demzufolge streben natürlich weder die höheren Kreise noch gebildetere Menschen nach diesen elenden Stellen. Die durchschnittliche Bildung der russischen Beamten, der Tschinownik, ist so tief, daß die allgemeine Verachtung, die ihnen seitens ihrer Mitbürger zuteil wird, gerechtfertigt ist. Ihre Bestechlichkeit ist allgemein bekannt. Ihre Ansprüche sind zwar gering, und wie ich aus persönlicher Erfahrung weiß, nehmen sie auch sehr bescheidene Trinkgelder und Geschenke mit Freuden entgegen, sich mit ihrem elenden Gehalt entschuldigend, welcher zur Ernährung ihrer Familien kaum ausreicht.

Das Militär ist ebenso schlecht besoldet. Ausgenommen die vornehmen Garderegimenter, in die man nur bei einer gewissen gesellschaftlichen Stellung und mit großem Vermögen gelangen kann, ist die Existenz der Offiziersfamilien sehr traurig. Zum Glück sind ihre Bedürfnisse bisher sehr bescheiden. Vom westeuropäischen Gesichtspunkt aus ist es geradezu unbegreiflich, wie man heutzutage unter solchen kümmerlichen Verhältnissen sein Auskommen finden kann.

In mancher russisch-asiatischen Stadt sind die Verhältnisse noch viel primitiver. Die hier herrschenden Uebergangszustände könnten kaum mehr als Belagerung bezeichnet werden. Als ob man gar nicht daran denke, sich ordentlich einzurichten. Die Wohnungen zeigen das wunderbarste Durcheinander, wie wenn man selbst das Auspacken seines Eigentums für unnötig hielte. Alles steht im Vorhaus, auf den Gängen und in den Zimmern aufgehäuft.

Von einem „Heim" ist unter solchen Verhältnissen gar keine Rede. Ist es also zu verwundern, daß man niemand zu Hause antreffen kann, oder daß niemand zu Hause empfängt? Der Tag verläuft in den Aemtern und Kasernen, den Nachmittag und Abend aber verbringt jedermann im Kaffeehause, in den Schenken und an den Unterhaltungsorten. Denn solcher gibt es viele, selbst in den elendesten neuen Ansiedelungen. Wie ein Schwarm folgen sie den russischen Eroberern bis zur entferntesten Grenze und bilden in den verschiedensten Gegenden die Stätte wilder Zechgelage.

Ein trauriges Zeugnis davon bietet Wladiwostok den Fremden. Der erste Eindruck, den man empfängt, ist betrübend. Vor allem überrascht uns die über-

Digitized by Google

all sichtbar werdende Unordnung und der Schmutz. Die Zustände im Hafen und auf dem Bahnhof sind unbeschreiblich; als ob sämtlicher Mist der Stadt hier abgelagert würde. In riesigen Mengen häufen sich Waren und Plunder auf, und die Umgebung liegt in einem tiefen Kotmeere, in dem die Menschen bis zu den Knöcheln waten müssen.

Dies alles kümmert die Bevölkerung wenig. Sie scheint von Kindheit an daran gewöhnt zu sein. Es sind zumeist zerlumpte, verkommene Gestalten, die Schiffbrüchigen des Lebens, die der Sturm nach langem Umhertreiben endlich hierher warf. Um so mehr stechen aus diesem Gewimmel der betrunkenen, bleichen, ausgehungerten Gestalten die glänzenden, mit Borten und Schnüren prunkenden Uniformen der Offiziere oder eine der letzten Mode gemäß gekleidete Frauengestalt hervor. Doch gerade diese Gegensätze bilden das Hauptmerkmal der russischen Städte. Neben einem mit beträchtlichen Kosten erbauten Palais stehen baufällige kleine Hütten; glänzende Auslagen, Wirtshäuser, Spelunken folgen systemlos einander.

Licht und Schatten sind hier unmittelbar vereint.

Ist die Schattenseite dieser Verhältnisse recht betrübend, so ist ihr Glanz noch viel abschreckender. Das Geld fließt in Strömen und alles dem gleichen versumpften, schlammigen Flußbett zu. Die Verschwendung an sich scheint Freude zu machen. Wer mit den Karten das Meiste verspielt, wer die teuersten Weine trinkt, wer eine Nacht hindurch das meiste Geld verpraßt, dem gebührt die hervorragendste gesellschaftliche Stellung.

Das Dasein ist hier einem fieberhaften Traume ähnlich. Jede Zerstreuung ist ein heftiger Ausbruch der Leidenschaften. Als ob jedermann nur in diesem einen Moment lebe. Jeder trachtet sich möglichst viel gute Stunden zu sichern. Auf die Folgen achtet niemand; als ob es hier keine Pflichten gäbe. Die Zukunft scheint niemand zu kümmern.

Von Verbreitung der Kultur kann unter solchen Umständen wohl keine Rede sein. Das Beispiel, welches die Eroberer den Unterworfenen geben, ist, statt erhebend, erniedrigend. Die Völker von Ostasien, deren gesellschaftliches System, wie allbekannt, auf dem hohen ethischen Niveau des Familienlebens beruht, blicken mit begreiflicher Verachtung auf ihre Eroberer. Man kann es keinesfalls übelnehmen, wenn die den Prinzipien des Konfuzius' und Lao anhänglichen Mandschurier oder die Chinesen sich für sittlicher erachten als ihre moskowitischen Bezwinger.

Ein gänzlicher Mangel an Verbreitung der Kultur wirkt auf all den Riesengebieten, wo die russische Flagge flattert, höchst überraschend. Obzwar die ganze nördliche Hälfte der Mandschurei, trotz dem mißlungenen Feldzug, in russischem Eigentum verblieb, geschah in dieser Richtung nicht das mindeste. Um die Erziehung und die Entwicklung des Volkes kümmert man sich nicht, ja es scheint hier das Ziel zu sein, das Volk in seiner Entwicklung absichtlich zurückzuhalten, um die eigne Macht besser sichern zu können.

Digitized by Google

Ich finde, daß sich die Verhältnisse seit der Zeit, da ich zum erstenmal in Ostasien weilte, kaum entwickelt haben, sondern in vielen Hinsichten noch primitiver geworden sind. Unzählige Versprechen und Gesetze sind wirkungslos geblieben. Auch Männer, die einst mit Eifer hierher kamen, wurden bald gleichgültig. Statt die Lage zu verbessern, mußten auch sie sich das „Imtrübenfischen" zur Gewohnheit machen.

Einer der charakteristischsten Züge der russischen Eroberung ist, daß die Eroberer die unterworfenen Völker nicht erheben, sondern vielmehr zu diesen herabsinken. Die zur Bewältigung der traurigen Boxerunruhen erschienenen Kosaken wurden binnen kurzer Zeit die besten Kameraden der Tataren. Ich erinnere mich noch gut meiner Ueberraschung darüber, wie wohl sich das russische Militär in den elendesten chinesischen Dörfern fühlte. Diese Menschen waren glücklich in den unsaubersten Schuppen und Stallungen, wo sie mit ihren Pferden zusammen hausten. Das Kochen schien zur Mahlzeit überflüssig zu sein, das Kraut, die Kürbisse und die Gurken wurden in rohem Zustande verspeist.

Und so ist es auch bisher geblieben. So leben die russischen Heere in ganz Asien. Reist man durch die Wüsten der Mongolei, besucht man die Oasen von Turkestan, wandert man nach Persien oder in die Wildnisse des Kaukasus, überall findet man, daß die Kosaken nicht nur die Lebensweise der Asiaten annehmen, sondern noch weit unter diese herabsinken.

Unzweifelhaft bildet diese Anspruchslosigkeit, diese Primitivität der Soldaten einen großen Vorteil für die russische Herrschaft. Von einer Zivilisierung jedoch kann unter solchen Umständen natürlich keine Rede sein. Das Volk verharrt in der dunkelsten Unwissenheit, die Verhältnisse bleiben unverändert. Als einzige merkliche Veränderung sind einige einsame und leere orthodoxe Kirchen mit ihren grünen Kuppeln wahrnehmbar.

II

Im Hochsommer trat ich meine Heimreise an. Bei schönem, heiterem Wetter verließ ich das Land der aufgehenden Sonne. Die Inseln von Japan standen in vollstem Blütenschmuck, und trotzdem trennte ich mich leichter als vorher. Es ist, als ob die herrschenden Kreise der Nation alles aufböten, um den früher so eignen Reiz dieser Inseln zu vernichten. Alles Künstlerische, alles Originelle wird mit fieberhafter Eile beseitigt, das ganze Bestreben geht dahin, auch Nippon in solche Farblosigkeit zu versetzen wie die neuen Weltteile, und man ahmt hier sämtliche Einrichtungen und Gewohnheiten des Westens nach, auch jene, die wir am meisten loszuwerden wünschten.

Mag diese äußerliche, materielle Verwandlung auch sehr betrübend sein, so ist die innere, die moralische, noch viel nachteiliger. Der stolze Geist des einstigen Bushido wird bald nur mehr als ein ruhmvolles Andenken der alten Zeiten leben. Das ehemals herrschende Element ist zurückgedrängt, gänzlich verschwunden, und die neuen Generationen werden im ödesten Sinne des Utilita-

Digitized by Google

rismus und Egoismus erzogen. Jedermann verfolgt nur seine eignen Interessen, und daß man in der Art und Weise nicht wählerisch vorgeht, beweisen am besten die sich fortwährend wiederholenden Korruptionsprozesse. Das vergangene Jahr war an solchen Fällen besonders reich, und — wie bekannt — haben die bei der Kriegsmarine erwiesenen Bestechungen den Sturz des Kabinetts Yamamoto zur Folge gehabt.

Die Verhandlungen über die beim Ministerium des kaiserlichen Hauses vorgekommenen Mißbräuche werden erst jetzt folgen. Der Reihe nach kommen die gesetzwidrigen Machenschaften bedeutender Unternehmungen an den Tag. So hat das sensationslüsterne Publikum genug zu hören, und die Kolporteure haben den Neugierigen vieles zu verkünden.

Daß der fast spartanisch strenge Bushido, diese wohlbekannte Norm der japanischen ritterlichen Moral, so rapid gesunken ist, ist nur mit der raschen Umwälzung der letzten Jahrzehnte zu erklären. Die Revolution der Meijepoche hat nicht nur die Regierungssysteme geändert, sondern auch das ganze gesellschaftliche Leben im Grunde erschüttert. Die früher führenden und maßgebenden Elemente, die Daymioh und die Samurai, sind verarmt und in den Hintergrund gedrängt worden, und es stieg eine gänzlich neue, bisher untergeordnete Schicht in die Höhe.

Dies schnelle und unverhoffte Emporkommen erklärt ihre Verblendung und ihren Hochmut. Der Mißbrauch der Aemter ist unter solchen Umständen erklärlich, auch um so leichter, da die tyrannisierte Arbeiterklasse blind gehorcht. Eine amtliche Stelle sichert große Vorteile. Deshalb ist es jeden Japaners innigster Wunsch, ein Amt zu bekleiden, sei es auch ein noch so bescheidenes. Hat er die beschnürte Mütze aufgesetzt, so ist der erste Schritt zum Vorwärtskommen getan.

Die Parteiherrschaft hat noch nirgends gefährlicher überhand genommen als gerade hier. Die zwei großen Fraktionen, die Satsuma oder Militärpartei und Mitglieder der Soshi oder Opposition, regieren abwechselnd das Land. Um ihre Herrschaft zu sichern, bedürfen sie in erster Reihe der Stimmen. Es trachtet nun jede Partei, möglichst viele mit Stimmrecht verbundene Stellen zu errichten, in welche sie ihre eignen Leute bringt. Dieser Umstand erklärt es, weshalb in der japanischen Marine die Zahl der Offiziere das Dreifache beträgt im Vergleich zur Mannschaft, bei der Armee aber das Doppelte gegenüber andern Staaten.

Wer niemals in Japan lebte, erhält nur schwer einen Begriff von den dortigen Verhältnissen. Im Durchschnitt zeigten die Schilderungen und Reisebeschreibungen nur das äußere Bild, die Naturschönheit, die guten Manieren, und daß man um Geld alles bekommen kann, und somit ist diese heitere Inselwelt als ein Eldorado geschildert worden. War aber diese Richtung einmal angebahnt, so trachteten die Bücher einander mit den phantastischsten Beschreibungen zu übertreffen. So entstand eine ganze Literatur, weniger wahr als angenehm.

Digitized by Google

Diejenigen, die sich mit der historischen Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse, mit der Kultur- und Kunstgeschichte befaßten, scheinen nun öfters vergessen zu haben, daß bei allem, was darin ergreifend wirkt, die Grundidee nicht einheimisch, sondern chinesisch ist. Einen japanischen Philosophen oder einen Glaubensbegründer hat es nie gegeben, vielmehr wurden die Lehren des Konfuzius, Lao-tse oder des Buddha einfach übernommen. Ebenso war es auf dem Gebiete der Literatur und der schönen Künste. Die seit einigen Jahrzehnten so sehr in die Mode gekommenen japanischen Kunstwerke werden heute strenger beurteilt, und die Kunstkritik sieht so nach und nach ein, in wie vielem Japans Kunst der chinesischen nachsteht, wenn sie diese auch mit großer Geschicklichkeit nachahmt.

Es ist ebenso interessant zu beobachten, wie schnell die Begeisterung der Japanschwärmer aufhörte. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, Nippons erster Verbündeter und Lehrer, versperren gegenwärtig überall ihre Grenzen den Japanern. Ebenso gehen auch Kanada und Australien vor, obzwar diese Großbritannien angehören. Die Engländer selbst sind schon längst von ihrer japanfreundlichen Gesinnung zurückgekommen. Die jetzige englisch-japanische Allianz dient nur zur Ablenkung der augenblicklichen Schwierigkeiten, und sie wird vom Volk im allgemeinen eine Mesalliance genannt.

Nippons Staatsmännern gelang es nicht, für die Dauer Freunde zu erwerben. Ihre egoistische Politik hat ihnen selbst die einstigen natürlichen Verbündeten in gewissem Maße entfremdet. Die Nachbarstaaten hüten sich vor ihnen wie vor gefürchteten Feinden. Koreas Los dient als warnendes Beispiel überall, wo Japan seine Dienste als hilfebringender Befreier anbietet.

Nimmt die Tripelentente Japans Hilfe gegenwärtig dennoch in Anspruch, so ist es nur ein Beweis, wie wenig man der eignen Kraft vertraut. Wenn nicht Englands Furcht vor der vielerwähnten deutschen Invasion fortwährend zunähme, so hätte man die Soldaten der gelben Rasse kaum herbeigerufen. Hat doch erst vor einigen Monaten Sir Ian Hamilton, Inspektor der englischen Kolonialarmee, in einem in Neuseeland gehaltenen, viel Aufsehen erregenden Toast offen ausgesprochen, daß Japan der gefährlichste Feind der am Stillen Ozean gelegenen Dominien Englands sei. Sir Wilfried Laurier, Kanadas einstiger Premier, äußerte dieselbe Meinung in einer seiner großen Reden.

Die Regierung in Tokio hat hierauf mit Entrüstung um Erklärung, obzwar ihr die Entfremdung Englands, trotz Erneuerung des Bündnisses, wohl bekannt war. Es ist auch seit dieser Zeit ein offenes Geheimnis, wie sehr sich die maßgebenden Kreise Deutschland näherten, von Berlin das nötige Darlehen erhoffend, wo man jedoch das verlockende Anerbieten mit Zurückhaltung aufnahm: „Timeo Danaos!“ Die Stellungnahme der asiatischen Völker im heutigen Weltkriege hat kein geringes Erstaunen hervorgerufen. Ganz besonders haben die Maßnahmen der Regierung des Mikado überrascht; jedoch nur diejenigen, die wenig mit der Lage in Ostasien vertraut waren — und leider ist deren Zahl überwiegend. Aber von jenen, die in diesen Regionen gereist sind und inmitten des Volkes gelebt

Digitized by Google

haben, konnte die politische Lage nicht verkannt werden. Niemand, der irgendwelche Beziehungen zu den einflußreichen Kreisen hatte, konnten die Bestrebungen der japanischen Diplomatie ein Geheimnis bleiben.

So unglaublich es scheinen mag, es waren gerade einige der in Tokio akkreditierten fremden Diplomaten, die am wenigsten unterrichtet schienen. Doch zu ihrer Entschuldigung möge bemerkt werden, daß das vielleicht in manchen Fällen weniger an ihrer persönlichen Unfähigkeit als in dem ganzen veralteten System der Karriere liegt. Die fleißigsten und begabtesten Sekretäre und Gesandten kommen meist ohne jegliche Kenntnis der Sprache und der allgemeinen Verhältnisse in das Land. Es ist somit begreiflich, daß sie sich vollständig fremd und isoliert fühlen und demnach auf die Dolmetscher, gewöhnlich die ergebenen Spione ihrer Regierung, angewiesen sind.

Nur hieraus erklärt sich die am Vorabend des Weltkrieges in den maßgebenden Kreisen herrschende Unwissenheit.

Sonst wäre es unbegreiflich, daß die Berichterstattung dermaßen mangelhaft sein konnte und daß oft die für eine Annäherung der uns jetzt feindlichen Völker günstigen Momente versäumt wurden. Eine Aufgabe, die um so leichter auszuführen gewesen wäre, da unsre wie ihre Interessen in ihren letzten Endzielen nicht entgegengesetzt, sondern in derselben Richtung schreiten.

III

Bei schönem, heiterem Wetter durchfuhr ich die von den oft genannten Seeschlachten bekannte Meerenge von Tsu-Tsima. Die Strecke von Simonoseki bis Fusan dauert nur sechs bis sieben Stunden. Kaum hat man Japan verlassen, so sieht man auch schon die Küste von Korea auftauchen. Die launenhaft gestalteten, spitzigen, gezackten Gipfel heben sich in scharfen Zügen vom dämmernden, opalfarbenen Firmament ab. Ich kenne kaum eine schönere, mannigfaltigere Gegend. Der Strand bildet überall tiefe, fjordartige Busen. Die Umgebung ist schwermütig und fast unbewohnt, nur hier und da sieht man ein Fischerdorf sich am Ufer erstrecken.

Ich entsinne mich noch sehr gut, wie überraschend diese stimmungsvolle Landschaft mit ihrem eignen Reize auf mich wirkte, als ich im Herbst 1902 zum erstenmal hierher kam. Eigentlich mußte ich wider meinen Willen für längere Zeit in dieser damals weniger bekannten und von Dampfern kaum besuchten Gegend weilen. Dabei hatte ich jedoch Gelegenheit, nicht nur die dortigen Verhältnisse kennen zu lernen, sondern auch einen Blick in Fusans Zukunft tun zu können, wie ich dies in einem Vortrag, den ich in der Royal Institution zu London über Korea im Frühjahr 1904 hielt, auseinandergesetzt habe.

Als unser Dampfer an der im elektrischen Lichte taghell beleuchteten Mole anlegte und ich den mächtigen Bahnhof, von dem aus die Züge nach Moskau, Berlin und Paris abbrausen, erblickte, ergriff mich selbst großes Erstaunen. Ich hatte nicht gehofft, daß meine Prophezeiung binnen so kurzer Zeit in Erfüllung gehe. Das einstige verlassene Fischerdorf war also nicht nur eine der

Digitized by Google

bedeutendsten Städte des Landes, sondern auch eine der Hauptpforten von Ostasien geworden.

Die Veränderungen sind, seit ich zum letztenmal hier weilte, trotzdem das erst sieben Jahre sind, überraschend. Korea hat als Kaiserreich, ja selbst als Nation zu existieren aufgehört. Die Japaner haben in erster Reihe, wie sie behaupteten, das Volk vom chinesischen Joche befreit, und dazu war der blutige Krieg von 1894 nötig. Kurze Zeit darauf, infolge der japanischen Siege über die Russen, wurde das Protektorat erklärt, und Fürst Ito begann damit seine noch in so trauriger Erinnerung stehende Schreckensherrschaft. Heute ist der einstige Herrscher seines Thrones beraubt und das Land als Provinz unter dem Namen Chosen in Dai-Nippon, Groß-Japan, einverleibt.

Die Okkupation und das unerbittliche Vorgehen der Japaner hat in der Presse der ganzen Welt riesiges Aufsehen erregt. Der Gerechtigkeit halber muß ich bemerken, daß ich jetzt die Lage viel normaler fand als zur Zeit der Diktatur Itos. Als ob die Regierung zur Ueberzeugung gelangt wäre, daß, je strenger das Volk verfolgt und seine nationalen Ueberlieferungen vernichtet werden, die Reaktion auch um so heftiger sein würde. Schließlich kann man ein Land seiner Selbständigkeit berauben, doch die Vaterlandsliebe der Einwohner läßt sich nicht unterdrücken.

Wem das einstige originale, seltsame Korea bekannt war, der wird so manche ganz überflüssige Neuerung nicht ohne Betrübnis betrachten. Die Japaner verwüsten alles Altertümliche. Mit unbegreiflicher Gier verändern sie das Gepräge der Städte, ja noch weitergehend überschreiten sie selbst die Grenzen des persönlichen Rechts, indem sie auch die alte nationale Haartracht verboten haben. Unter solchen Umständen ist es begreiflich, mit welchem tiefen Hasse man sie überall betrachtet. Selbst ihre nützlichen Verfügungen werden mit Zurückhaltung aufgenommen. Jeder echte Koreaner sieht im Japaner seinen gefährlichsten Unterdrücker, und es ist ein offenes Geheimnis, daß jetzt, da im fernen Osten neue Verwicklungen entstanden, Korea sich bereitwillig den Feinden Japans anschließen würde.

Der Lauf der Geschichte ist auf dem östlichen Erdball noch mannigfaltiger als auf dem westlichen. Die Ueberraschungen sind häufiger. Wird die jetzige Eroberung der Japaner wohl von längerer Dauer sein als die in der Vergangenheit? Dies wäre schwer zu beantworten. Während der verflossenen Jahrhunderte wehte gar oft die Flagge der aufgehenden Sonne über Chosen. Die fast mythische Kaiserin Ingo hat Korea noch im Mittelalter erobert, später haben die Heere des mächtigen Hideoshi das Reich überschwemmt, dennoch gelang es noch immer diesem Lande, trotz seiner Schwäche und Armut, sich zu befreien. Geschah es nicht aus eigner Kraft, so geschah es mit Hilfe Chinas.

Nachdem sie das ganze Land durchquert hat, erreicht die neue Bahnlinie bei Shin-gishu die Grenze der Mandschurei. Obzwar ich diese Landschaft schon oft gesehen habe, bereitete sie mir auch diesmal wieder große Freude. Eine schönere Gegend kann man sich kaum vorstellen. Berg und Tal folgen

Digitized by Google

einander in unaufhörlicher Abwechslung. Die Ebene ist überall sehr fruchtbar, die Felsen aber sind reich an Erz. Die Silber- und Goldgruben waren seit erdenklicher Zeit berühmt; so erklärt sich auch, weshalb die benachbarten Mächte fortwährend um Koreas Besitz stritten.

Ueber die neue eiserne Brücke des Jalu gelangt, erkenne ich kaum die Umgebung wieder. Antung mit seinen rauchenden Schornsteinen zeigt das Bild einer Vorstadt von Manchester oder Pittsburg. Die Japaner bieten alles auf, um mit eignen Erzeugnissen die fremden Waren nicht nur aus dem eignen Lande, sondern aus ganz Ostasien zu verdrängen. Nippons Reisende überfallen in großen Scharen die verschiedenen Provinzen. Die billigen Preise sind natürlich ein gutes Lockmittel, doch stellt sich mehr und mehr die Wertlosigkeit der japanischen Waren heraus. Der größte Nachteil der industriellen Zukunft Japans ist ihre Unzuverlässigkeit.[1])

(Schluß folgt)

Englands Vasallenstaaten in Indien

Eine staatspolitische Studie

von

Dr. Julius Hatschek, Universitätsprofessor (Göttingen)

Gegenüber dem Naturforscher befindet sich der Forscher sozialer Vorgänge bekanntlich deshalb im Nachteil, weil er Erscheinungen gegenübersteht, die im fortwährenden Wandel und Fluß der Zeiten begriffen und daher unwiederholbar sind. Selten kann er mit der dem Naturforscher eignen Genauigkeit arbeiten, weil ihm eines der wichtigsten Hilfsmittel des Versuchs fehlt, ich meine die sog. naturwissenschaftliche Isolierungsmethode, durch welche dem Problem eine Verursachungskette nach der andern zugeführt werden kann, um die Wirkung jeder derselben am Objekt zu erforschen, zu messen und zu wägen. Wenn es ihm — selten genug — gelingt, wenigstens annähernd auf kleinerem Gebiet ein ähnliches Problem zu finden wie das Hauptproblem, und wenn er dann wenigstens annähernd in ähnlicher Weise vorgehen darf wie der Naturforscher mit Hilfe seiner Isolierungsmethode, dann muß er dem Schicksal doppelt dankbar sein. Ein solcher Fall liegt bei der Betrachtung der sog. indischen Radschastaaten im Verhältnis zu England vor. Hier scheint sich in kleinerem Umfange das zu wiederholen, was die Weltgeschichte dem Forscher im Problem des Aufstiegs und Verfalls des römischen Weltreichs aufgegeben hat. Hier und dort

[1]) Die Kokumin vom 30. April gesteht dieses Uebel offen ein und bemerkt u. a.: „Im Handel und Wandel sind überall Reste der alten, in der Tokugawazeit herrschenden Sitten, die auch weiter fortdauern. Es gibt noch eine ganze Menge von Regierungspächtern und -händlern, die ihre Waren um jeden Preis absetzen und sich die Beamten zu diesem Zweck verpflichten. Das dabei verdiente Geld wird meist zu einem üppigen Lebenswandel benutzt."

Digitized by Google

tritt die Frage entgegen, wie ein Weltreich ihm stammesfremde und kulturfremde Gebiete sich angliedern muß, wie weit es in dieser Angliederung vorgehen darf, ohne die Individualität des Stammesfremden zu vernichten, aber auch ohne dem ethischen Faktor seiner kulturführenden Rolle als Weltmacht Abbruch zu tun. Die Engländer selbst erinnern mit Vorliebe an diesen Vergleich, der zwischen den römischen socii und civitates foederatae einerseits und den indischen Vasallenstaaten anderseits besteht. Und in der Tat, wenn man sieht, wie Lord Clive die Unabhängigkeit von Oudh als Pufferstaat sichern wollte, um die von der Ostindischen Kompanie gewonnenen Territorien in Bengal gegen die Einfälle der Marathas zu sichern, wer denkt nicht dabei an den römischen Feldherrn Flamininus, der Mittelgriechenland als Pufferstaat gegen Mazedonien einzurichten beabsichtigte, oder der römischen Politik, die nach dem Fall des Perseus Mazedonien als Pufferstaat gegen Thrazien dachte? Wer wird ferner nicht an die Belohnung Numidiens durch Beteiligung an erobertem karthagischem Gebiete erinnert, wenn man der Art gedenkt, wie der Nizam von Haiderabad wegen seiner Hilfe, die er der Ostindischen Kompanie gegen den Sultan Tipu leistete, belohnt wurde? Die Engländer rühmen sich nun der Tatsache, daß sie in der Behandlung der indischen Radschastaaten viel schonender und rücksichtsvoller vorgingen als die Römer im Verhältnis zu ihren Bundesgenossen, daß deshalb die englische Herrschaft in Indien nicht auf so lockerem Flugsand aufgebaut sei wie die Herrschaft der Römer im Orient in vergangenen Tagen. Ist dieses Selbstlob berechtigt?

I

Wenn wir die beiliegende Karte betrachten, so ergibt schon ein erster Blick, welch große Bedeutung die Beherrschung der Radschastaaten für die englische Herrschaft in Indien überhaupt besitzt. Die graue Unterfarbe, welche die englischen Besitzungen mit unmittelbarer Herrschaft kennzeichnet, schlängelt sich in dünner, mitunter fadenförmiger Bewegung zwischen den vier großen Blöcken, welche die indischen Vasallenstaaten darstellen. Wenn man von den vier Grenzstaaten am Himalaja, nämlich Kaschmir, Nepal, Sikkim und Bhutan, und von dem im Nordwesten gelegenen Balutschistan absieht, die eine gewissermaßen selbständige Völkerrechtsstellung besitzen, so kommen zunächst die sog. Radschputstaaten in Betracht, welche vom Pundschab südlich bis an das Gouvernement von Bombay und vom Flusse Sind im Westen bis zu den vereinigten Provinzen Englisch-Indiens im Osten streichen, das ist die sog. Radschputana mit einem Flächenraum von etwa 129000 Quadratmeilen und einer Bevölkerung von etwa 10 Millionen Einwohnern. Südöstlich von den Radschputstaaten liegen die Staaten ihrer Erbfeinde, der Marathas, insbesondere Gwalior und Indore. Sie mit andern bilden zusammen das Vasallat von Zentralindien mit einem Flächenraum von 77395 Quadratmeilen und etwa $8^1/_2$ Millionen Einwohnern. Jenseits des dünnen Halses, der gewissermaßen die westliche Präsidentschaft von Bombay mit den Zentralprovinzen und mit Bengal verbindet, liegt die

Digitized by Google

Herrschaft des ältesten Verbündeten Englands, des Nizam von Haiderabad, und weiter südlich Mysore, welches 29444 Quadratmeilen und $5^1/_2$ Millionen Seelen der britischen Herrschaft entzieht. Daran anschließend im Kreise an der südlichen Küste von Osten nach Westen Arcot, Tanjore, Pudukkottai, Travancore, Cochin und Coorg, und schließlich in nordwestlichem Bogen von Bombay aus, an der Küste des Arabischen Meeres, der Staat Baroda und das Vasallat Kathiawar. Alles in allem handelt es sich um 680 Staaten von 824283 Quadratmeilen mit einer Bevölkerung von rund $68^1/_4$ Millionen, während das eigentliche, der britischen Herrschaft unmittelbar untergebene Territorium nur 1097901 Quadratmeilen umfaßt, dafür aber eine beinahe viermal so große Bevölkerung besitzt, nämlich etwa 232 Millionen Einwohner. Die Lagerung der Vasallenstaaten in Indien, wie sie sich aus der beiliegenden Karte ergibt, zeigt noch deutlich die Spuren der englischen Ausbreitungssucht und der Politik, die man im Verhältnisse zu den eingeborenen Staaten beobachtete. Ursprünglich wollte die Ostindische Kompanie, deren Herrschaft bis 1858 dauerte, um ihren Besitz nur eine Ringmauer von Staaten schaffen, welche nach dem Prinzip der Nichtintervention behandelt werden sollten. Man wollte sich nur die unangenehmen Stämme vom Halse schaffen, dabei aber wenig Ausgaben für Militärzwecke machen, um nur die Dividenden der Kompanie nicht zu verringern. Welcher Art die Herrschaft der eingeborenen Staaten war, ob sie sich gegenseitig zerfleischten und tot machten, das war der Ostindischen Kompanie bezw. dem von England eingesetzten Gouverneur von Indien damals gleichgültig. So blieb es auch in der zweiten Hälfte dieser Periode, etwa von 1814 bis zum Sepoyaufstand von 1857, wenngleich man auch in dieser Zeit das Prinzip der Nichtintervention zuweilen fallen ließ, sobald die eingeborenen Staaten es gar zu bunt trieben. Dann wurde nach der römischen Maxime gehandelt, wie sie uns Sueton in seinem Augustus überliefert: „Urbium quasdam foederatas sed ad exitium licentia praecipites, libertate privavit.“ Man steckte den unangenehmen Nachbarn einfach ein. Diese Politik, die im großen ganzen das völkerrechtliche Verhältnis zwischen England und den eingeborenen Staaten auf die scharfe Schneide des Krieges oder Friedens, der Selbständigkeit oder Inkorporation stellte, erwies sich, wie der indische Aufstand von 1857 zeigte, als unwirksam. Man durfte es nicht so weit kommen lassen, man übte das System der Prävention, und aus der völkerrechtlichen Allianz, aus der Allianz auf Gleichordnung, wurde ein Bündnis auf Unterordnung. Man unternahm es, die eingeborenen Staaten zu lenken und zu leiten, man setzte in jeden derselben, wenn er genügend groß war, einen britischen Agenten oder ordnete mehrere kleinere um eine britische Agentur. Diese Agenten traten und treten überall dann in Erscheinung, wenn die heimische Regierung unzulänglich wird. Sie ermahnen, verwarnen und, wenn's not tut, bestrafen widerspenstige Eingeborene, ja selbst die Fürsten. Bei der Auslegung der älteren und neueren Verträge ist nicht mehr das Völkerrecht maßgebend, sondern bureaukratische Tradition und Verwaltungsroutine sowie das Gewohnheitsrecht. So verschiebt sich

Digitized by Google

allmählich die Rechtsgrundlage: aus einer Rechtsordnung, die auf Völkerrecht aufgebaut ist, aus einer Rechtsordnung auf Gleichordnung, wird eine innerstaatliche Rechtsordnung, eine Rechtsordnung auf Unterordnung, welche das Verhältnis zwischen England und den Radschastaaten bestimmt. Diese Rechtsgrundlage soll nun einer näheren Erörterung unterzogen werden.

II

Die Rechtsverhältnisse zwischen England und den indischen Staaten werden in der Hauptsache durch drei Arten von Rechtsquellen bestimmt. An der Spitze derselben stehen die sog. Verträge. Sie zerfallen in förmliche Verträge, ergänzende Abmachungen und sog. Sanads.

Die politischen Verträge sind althergebrachte Formen der Verbindung, ihrem Inhalte nach aber meist Kinder des Augenblicks. Eine Gesamtkodifikation aller Verträge, die England mit einem Einzelstaat abgeschlossen hat, findet gewöhnlich nicht statt. Prinzipienfragen werden in ihnen nicht gelöst, um so mehr aber Detailfragen, welche künftige Veränderung nicht ausschließen, wenn sich die Verhältnisse ändern. Gewöhnlich macht sich der Herrscher, der Maharadscha, für sich und seinen Nachfolger verbindlich, dieses oder jenes zu tun oder zu unterlassen. Für die Auslegung des Vertrages, der in englischer und in der Muttersprache der Inder ausgefertigt wird, ist nur der englische Text maßgebend. Wenn man bedenkt, welch große Anforderungen an das juristische Denken die Erfassung eines englischen juristischen Ausdrucks selbst dem Europäer stellt, so wird man einsehen, daß durch jene maßgebende Bedeutung des englischen Vertragstexts ein großes Machtmittel in die Hände der englischen Regierung gelegt und wie leicht es dieser gemacht ist, durch Interpretationskünsteleien eine Grenzverschiebung in den beiderseitigen Machtbefugnissen herbeizuführen. Die Verträge werden in dreifacher Ausfertigung auf Pergament abgefaßt: ein Exemplar erhält das englische Lokalgouvernement, ein andres wird im Staatsarchiv des Vizekönigs niedergelegt, ein drittes erhält der Maharadscha.

Die weniger förmlichen Abmachungen erfolgen einfach im Briefstil und binden den Chef des Radschastaates nur persönlich, nicht für seine Nachkommenschaft. Der Brief, der gewöhnlich vom Lokalgouverneur oder vom Vizekönig an den Maharadscha gerichtet wird, faßt die mündlichen Abmachungen mit ihm schriftlich zusammen.

Eine besonders feierliche Form der Aufnahme in die englische Gnade und Huld ist der sog. Sanad der Adoption. Er erteilt dem kinderlosen Maharadscha das Recht, sich seinen Nachfolger zu wählen, „solange als Euer Haus der englischen Krone gegenüber loyal und treu zu den Bedingungen der Verträge, Vergabungen oder Abmachungen steht, welche die Pflichten der britischen Regierung gegenüber regeln". Das besondere Vorrecht, das ein solcher Sanad überträgt, liegt darin, daß die Regierung sich in die Thronfolge des Radschastaates nicht einmengt. Außer diesen Verträgen als Quelle der Rechtsbeziehungen zwischen England und seinen indischen Vasallenstaaten kommen namentlich die bureaukratische

Digitized by Google

Verwaltungsroutine und das Gewohnheitsrecht in Betracht. Die bureaukratische Verwaltungsroutine wird getragen durch die königliche Prärogative der sog. Staatshoheitsakte. Was der englische König durch seinen Generalgouverneur oder durch die Lokalgouverneure im Verhältnis zu den Radschastaaten verfügt, darf von einem britischen Gericht als sog. Act of State, als Staatshoheitsakt, nicht nachgeprüft werden. Dadurch wird mitunter über das gröbste Unrecht der Mantel der Unanfechtbarkeit gebreitet; der in seinen Rechten verletzte Eingeborene eines Radschastaates, aber auch der Maharadscha, kann vor dem britischen Richter kein Gehör finden. Natürlich läßt es die Regierung niemals so weit kommen, wenn es sich um den Maharadscha handelt. Mit ihm gut zu leben, ist ein oberster Grundsatz der englisch-indischen Verwaltungsroutine. Hat man ihn nur auf seiner Seite, dann kann man sicher darauf rechnen, daß er, der absoluter Herrscher in seinem Lande und gewöhnlich auch der oberste Richter ist, ein Auge zudrückt, wenn einem seiner Eingeborenen von seiten der britischen Regierung Unrecht geschieht. Ueberhaupt ist die Allmacht der britischen Verwaltungsroutine in den Radschastaaten bedingt durch das absolute Herrschertum des Maharadscha. Beide arbeiten einander in die Hände. Die Eingeborenen lassen sich auf diese Weise viel besser regieren als die störrischen Untertanen von Englisch-Indien, welche der unmittelbaren britischen Herrschaft unterworfen sind, denn diese haben einen großen Hunger nach Selbstverwaltung, Freiheitsrechten und andern Kulturgütern, mit denen sie übrigens eine umfassende Universitätsbildung recht bald vertraut gemacht. Die Eingeborenen der Radschastaaten können aber patriarchalisch regiert werden, und zwar in aller Ruhe, wenn nur der Maharadscha gefügig ist. Dieser leiht britischer Verwaltungsroutine gewöhnlich williges Ohr. Hier haben wir auch den Grund dafür, was sonst unverständlich wäre, weshalb Radschastaatswesen von der britischen Regierung künstlich erhalten werden, trotzdem sie keine innere Daseinsberechtigung mehr haben. Es ist nicht etwa, wie ein naiver Betrachter den Engländern glauben möchte, die Vorliebe für Selbstverwaltung, die den Briten ziert, sondern das minderwertige Gefühl der eignen Schwäche, welches die Briten veranlaßt, faule und ungesunde Verhältnisse in einzelnen Radschastaaten aufrechtzuerhalten. Es gibt etwa 680 derselben, ihre Größe schwankt zwischen solchen, welche etwa an Umfang der Halbinsel Italien gleichkommen, und anderen, welche so klein sind wie Lübeck oder Hamburg. Nun kommt es gerade in diesen kleineren nicht selten vor, daß sie, namentlich durch Erbteilung und innere Zerwürfnisse, in eine Reihe von Atomstaaten zerfallen. Statt nun diese regierungs- und staatsunfähigen Herrschaften der direkten britischen Herrschaft einzuverleiben, werden sog. Thanakreise gebildet. Sie setzen sich aus mehreren solcher Atomstaaten zusammen, die alle um einen sog. Thanadar gruppiert werden. Der Thanadar ist mit obersten Verwaltungs- und richterlichen Befugnissen ausgestattet. Die Häupter all dieser Atomstaaten treiben das für sie Wichtigste: die Schätzung und Besteuerung ihrer Untertanen, jeder nach seiner Weise, darum kümmert sich die britische Regierung nicht. Ob sie von ihren Staatshäuptern noch so sehr ausgebeutet

Digitized by Google

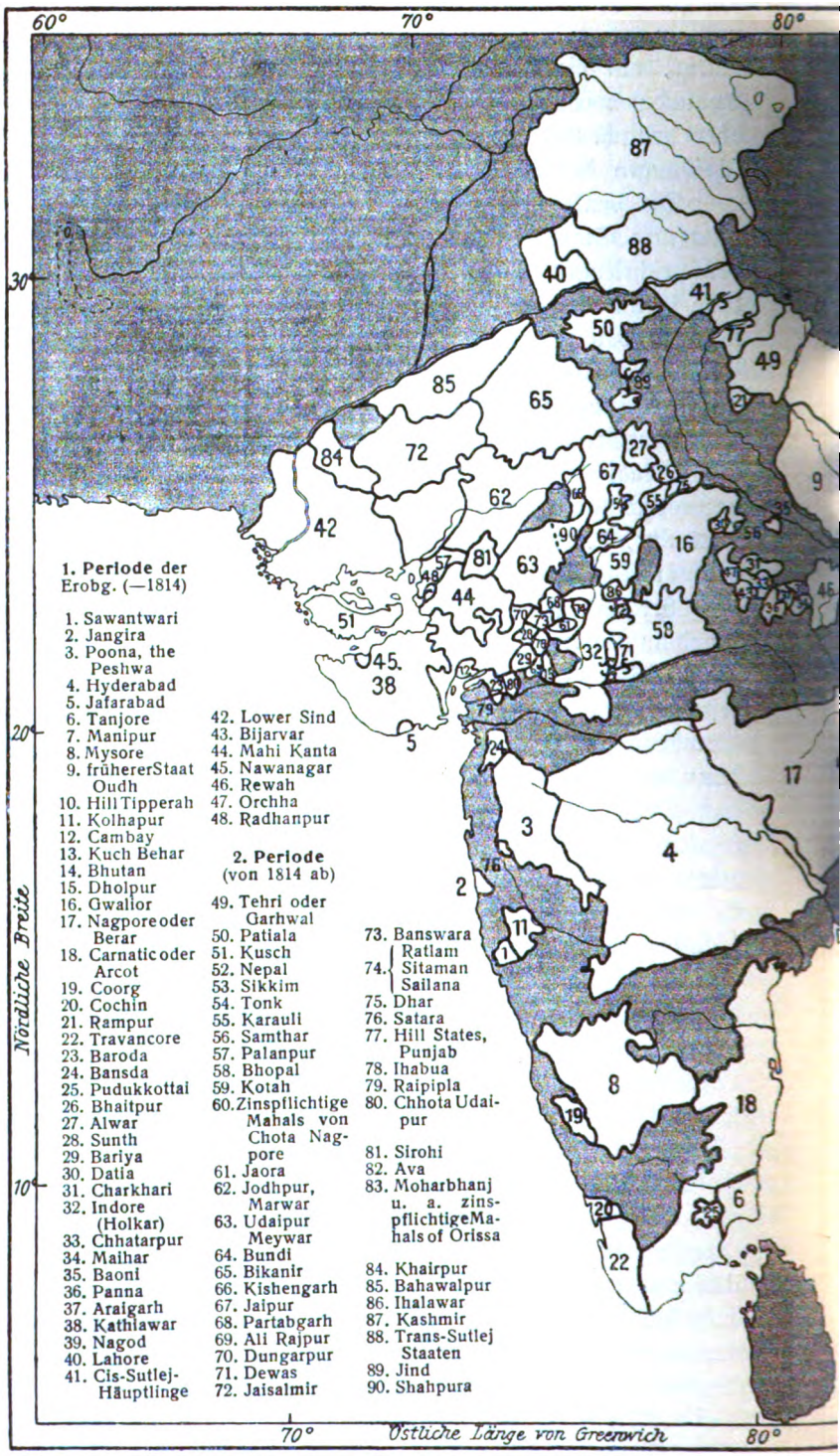
und ungerecht behandelt werden, das ist der britischen Regierung ganz gleichgültig, nur die Verwaltungsjurisdiktion und die Rechtspflege des eingeborenen Thanadar wird von dem britischen Agenten kontrolliert. Niemals mengen sich aber britische Gerichte in diese Angelegenheiten, niemals überprüfen sie die Entscheidungen des Thanadar oder des diesen kontrollierenden britischen Agenten.

Die dritte Quelle des Rechts im Verhältnis von England zu den eingeborenen Staaten ist das Gewohnheitsrecht, das gewissermaßen zur Auslegung der geschriebenen Verträge dient. Wie sehr hier die ursprünglich völkerrechtliche Grundlage des Rechtsverhältnisses verschoben ist, mag man daraus entnehmen, daß der zwischen England mit einem Radschastaat abgeschlossene Vertrag als Präzedenzfall und Quelle der Auslegung auch für andre Radschastaaten herangezogen werden kann und herangezogen wird, während im Völkerrecht der Grundsatz der Staatsindividualität solches verbieten würde. Es gibt sogar Radschastaaten, die überhaupt mit England keinen Vertrag abgeschlossen haben und deren Rechtsverhältnis also zum britischen Suzerän nur durch Gewohnheitsrecht, d. h. durch aus Verträgen mit andern Radschastaaten abgezogene Rechtsregeln, geordnet wird. So ist z. B. der Maharadscha von Pudukkottai, der über einen Flächenraum von 1101 Quadratmeilen herrscht, durch Adoptionssanad in die englische Huld aufgenommen, und zwar verhältnismäßig früh (zu Anfang des neunzehnten Jahrhunderts). Aber die Verträge mit ihm stammen erst aus der Zeit nach 1862. Der Herrscher des Staates Savanur in der Bombaypräsidentschaft hatte bis 1866 nicht einmal einen Sanad erhalten, und dann wurde er ihm erst ausgestellt, nachdem die Gerichte des britischen Reichs auf Grundlage des Gewohnheitsrechts und der „Analogie" ihm die Eigenschaften eines bevorrechtigten Verbündeten des britischen Reiches (Jagir) zuerkannt hatten.

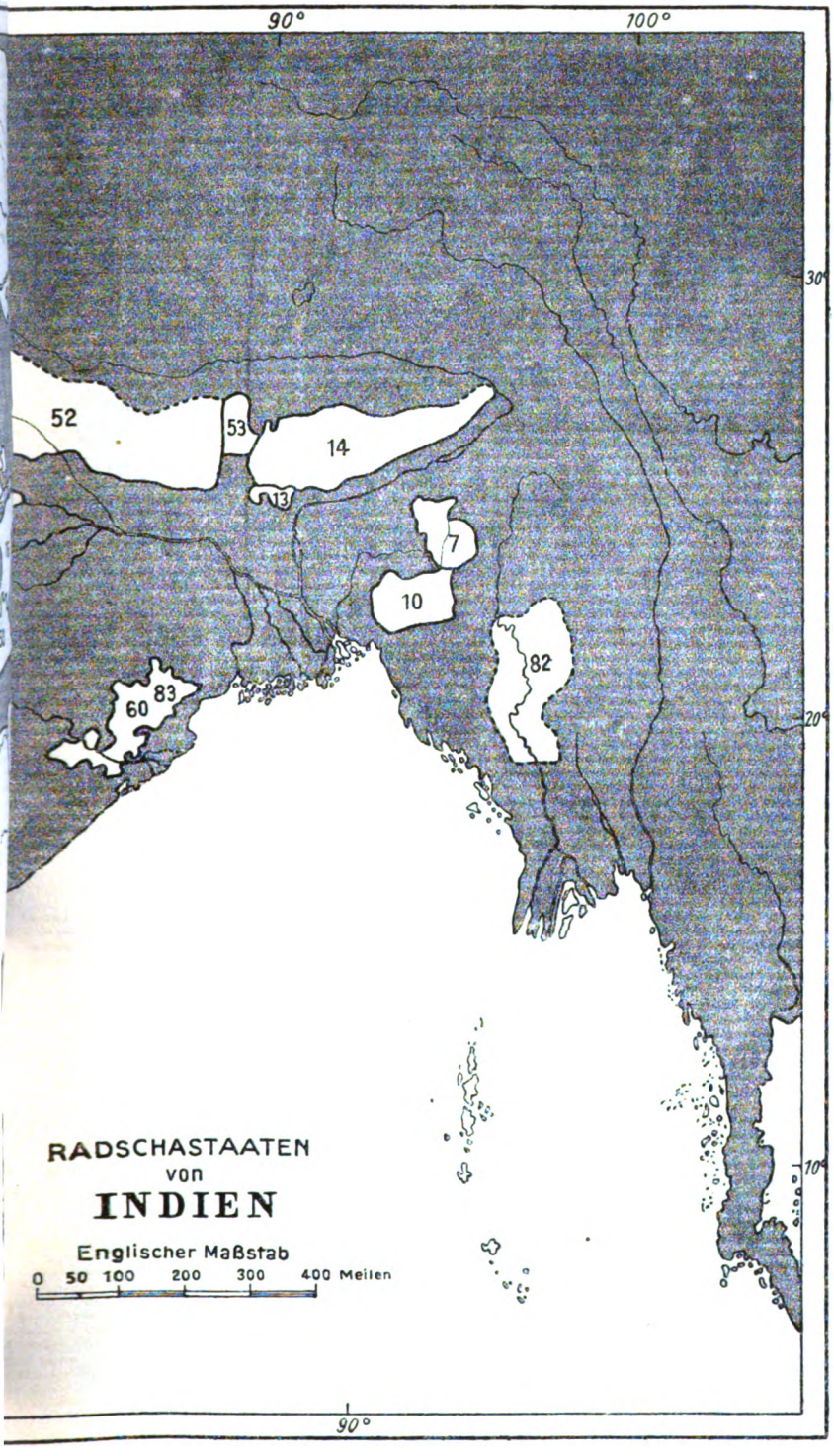
Mitunter sind Verträge, die mit dem einen oder andern Radschastaate geschlossen sind, maßgebend für einen ganzen Komplex von Rechtsbeziehungen zwischen England und allen Radschastaaten. So spielen z. B. die Verträge mit dem Staate Gwalior die Rolle als wichtige Erkenntnisquelle für die militärischen Pflichtverhältnisse der Radschastaaten gegenüber England. Der Vertrag, den Lord Ellenborough am 13. Januar 1844 mit dem Herrscher von Gwalior, nämlich mit dem Maharadscha Jayaji Rao Sindhia, abschloß, lautet im Art. 6: „Da die britische Regierung durch Vertrag gebunden ist, die Person Seiner Hoheit des Maharadscha, seiner Erben und Nachfolger ebenso zu schützen wie seine Besitzungen vor feindlichem Einfall zu bewahren und innere Unruhen zu unterdrücken, da ferner die von Seiner Hoheit bisher erhaltene Armee in ihrem Umfang von unnötiger Größe ist, indem sie die Regierung Seiner Hoheit, aber auch die Nachbarstaaten beunruhigt, so wird abgemacht, daß das militärische Kontingent Seiner Hoheit nur betragen soll, was folgt . . ." Damit sind auch für die übrigen Staaten folgende Grundsätze aufgestellt:

1. Die britische Regierung hat die Pflicht, die eingeborenen Staaten vor auswärtigem Einfall und vor inneren Unruhen zu schützen,

Digitized by Google



Digitized by Google



Digitized by Google

2. kein Staat darf Truppen erhalten, deren Stärke den Nachbarstaaten und der heimischen Regierung (lies: britische Regierung) bedrohlich sein könnten.

Und das britische Parlament? Wo bleiben die Gesetze desselben als Rechtsquelle? Sie fehlen und müssen fehlen, weil die eingeborenen Staaten nicht Bestandteile des britischen Staatsgebiets sind. Die Allmacht des britischen Parlaments reicht nur soweit die rechtliche Herrschaft der Krone und britisches Staatsgebiet reicht. So sind die eingeborenen Staaten der königlichen Prärogative allein überlassen und damit der bureaukratischen Verwaltungsroutine. Nur selten finden wir ein britisches Gesetz, welches auch von den Radschastaaten spricht. So verbietet z. B. ein altes Gesetz des Londoner Parlaments von 1797, daß britische Untertanen Geld an die Staatshäupter der Radschastaaten ohne britische Staatsgenehmigung verleihen. Daraus leitet die britische Verwaltungsroutine in Indien die Machtvollkommenheit her, daß ihre Agenten in den einzelnen Radschastaaten bei der Liquidation des Nachlasses eines Staatshaupts keine Schulden, die derselbe bei britischen Gläubigern aufgenommen hatte, als rechtsbeständig anerkennen dürften, wenn jene ohne Genehmigung der Regierung eingegangen worden wären. Man sieht hier deutlich, wie ein britisches Rechtsgesetz die Handhabe für bureaukratische Machtvollkommenheit werden kann. Wo Verwaltungsroutine, wie hier, die Grenzverhältnisse zwischen England und seinen Vasallenstaaten bestimmt, da ist es nicht ganz einfach, die Rechte und Pflichten der britischen Regierung und die ihnen korrespondierenden Pflichten und Rechte der Radschastaaten scharf zu sondern. Am klarsten treten sie dann hervor, wenn sie sich aus den geschriebenen Verträgen, Abmachungen und Sanads ergeben. Das sind namentlich diejenigen Rechte der britischen Regierung, welche die äußeren Rechtsverhältnisse der Radschastaaten betreffen. Was aber die inneren Verhältnisse derselben anlangt, so liegen sie, aus Gründen, die noch weiter unten zu erörtern sind, ganz im dunkeln, und es ist noch keinem Menschen gelungen, die Grenzen zwischen der Kompetenz Großbritanniens und den Radschastaaten in bezug auf deren innere Verhältnisse mit auch nur einigermaßen begründeter Klarheit zu ziehen. Sehen wir uns zunächst die Rechte der britischen Krone in bezug auf die äußeren Verhältnisse der Radschastaaten an.

III

Hier kommen vor allem die Rechte der britischen Krone auf militärische Anforderungen in Betracht. Zunächst bestehen da allgemeine Verteidigungspflichten der Radschastaaten. Seit der Statthalterschaft des Lord Hastings ist die folgende ziemlich allgemein gehaltene Formel in Verträgen üblich: „Im Falle des Krieges Truppen auf Anforderung der britischen Regierung im Verhältnisse zu den Kräften des Radschastaats zu stellen." Ob die Gestellung der Truppen nur auf die Landesverteidigung beschränkt sei, oder ob auch außerhalb Indiens die gestellten Truppen verwendet werden dürften, ist in den älteren Verträgen nicht gesagt. Da heißt es allgemein, wie z. B. in dem Vertrage mit dem Staate Gwalior von 1804: „Wenn ein Krieg unglückseligerweise zwischen

Digitized by Google

den vertragschließenden Parteien und einem andern Staat oder einer andern Gewalt, von welcher Art auch immer („whatsoever") ausbrechen sollte . . ." Ein anderer Vertrag, z. B. der mit dem Nawob von Bhopal, hat die Klausel: „Wenn angefordert und wenn nötig, soll das Bhopalkontingent sich mit der britischen Armee vereinigen, ausgenommen jener Teil des Kontingents, welcher für die Zwecke der Innenverwaltung des Landes nötig ist." Selten ist dann in späteren Verträgen eine Klausel, wie sie sich in dem Vertrage mit dem Staate Kaschmir von 1866 vorfindet und nach welcher der Maharadscha für sich und seine Nachfolger verspricht, britische Heerfolge zu leisten, „wenn die britischen Truppen innerhalb der Hügel oder in den dem Staate Kaschmir benachbarten Territorien verwendet werden sollen". Eine ähnliche Klausel findet sich auch in dem Sanad für den Staat Patiala vom 5. Mai 1860: „Wenn eine der britischen Regierung feindliche Macht in der Nachbarschaft erscheinen sollte, so verpflichtet sich der Maharadscha mit der britischen Regierung gemeinsam den Feind zu bekämpfen." Außer dieser allgemeinen Pflicht für den Kriegsfall, wo doch schließlich nur die Landesverteidigung gemeint ist, haben einige Staaten vertragsmäßig noch Sonderpflichten übernommen, so daß auf diese Truppen auch im Falle eines Krieges außerhalb Indiens gerechnet werden darf. Zwar dürfen wir uns diese Hilfstruppen nicht in Gestalt von Kontingenten nach Art der deutschen Reichsverfassung denken. Eine solche Kontingentsverfassung würde allgemeine Regeln voraussetzen. Wie sollte man aber solche für Staaten von der verschiedensten Veranlagung zum Kriege aufstellen können? Die Bevölkerung des Staates Baroda ist z. B. durchaus unkriegerisch, während die eines Sikhstaats oder eines Radschputstaats sehr kriegerisch ist. Man hat sich vielmehr mit Subsidienverträgen begnügt, die die Kosten der Truppenunterhaltung dem betreffenden Einzelstaat auferlegen. Von acht solcher Subsidienverträgen sind zwei gewissermaßen als Buße für vorhergehende Verletzung von Vertragspflichten den Staaten auferlegt worden. Zwei andre Staaten erhielten für ihre Subsidienleistungen Territorien, wieder zwei andre mußten Subsidien leisten, weil sie nur durch eine auf ihre Kosten unterhaltene Armee vor dem drohenden Untergange bewahrt werden konnten, während schließlich die letzten zwei deshalb Subsidien zahlen mußten, weil ihre Staatsoberhäupter nur mit Waffengewalt im Amte erhalten werden konnten. Nur ausnahmsweise ist das Kontingentsystem im Brauch, namentlich im Verhältnis zum Nizam von Haiderabad. Der die militärischen Pflichten dieses Staats bestimmende Vertrag vom 21. Mai 1853, abgeschlossen von Lord Dalhousie, bestimmt: „Das Haiderabadkontingent soll aus nicht weniger als 5000 Infanterietruppen, 2000 Kavallerietruppen und 4 Feldbatterien bestehen. Es soll von britischen Offizieren, die unter britischer Leitung und unter dem britischen Agenten in Haiderabad stehen, diszipliniert, eingeübt und beaufsichtigt werden." Die Schlußklausel des Vertrags lautet: „Mit Ausnahme der angeführten Hilfs- und Kontingentstruppen soll Seine Hoheit der Nizam unter keinerlei Umständen gehalten sein, andre Truppen, welcher Art auch immer, zu gestellen."

Digitized by Google

Kriegssubsidien und Kontingentstruppen sind aber nicht die einzigen Arten von militärischen Sonderlasten, welche einzelne Radschastaaten zu tragen haben. Mehrere von ihnen gestellen Truppen „aus besonderer Anhänglichkeit" zur britischen Krone, ohne ein Kontingent für sich zu bilden. Ihre Truppen werden den britischen Kaders einverleibt. Eine solche kombinierte Heeresmacht z. B. in der Stärke von 21 000 Mann wird von etwa 27 Staaten gestellt. Es sind dies die Staaten — abgesehen von Haiderabad, von dem bereits oben die Rede war —: Kaschmir, Patiala, Nabha, Jind, Kapurthala, Bahawalpur, Faridkot, Indore, Alwar, Jodhpur, Bhaitpur, Bikanir, Jaipur, Gwalior, Rampur, Mysore, Bhopal, Bhaunagar, Junagarh, Nawanagar, Idar, Janjira, Khairpur, Maler Kotla, Sirmur und Tehri. Daneben sind natürlich noch eine Reihe andrer Staaten zum militärischen Zuzug verpflichtet, ähnlich wie auch die römischen Klientelfürstentümer Subsidien oder Zuzug leisten mußten.

Alle Radschastaaten haben noch außerdem folgende militärische Pflichten zu erfüllen, von denen wir eine schon oben kennen gelernt haben, nämlich diejenige, die im Gwaliorvertrag ausdrücklich steht: keine Truppen in einem solchen Umfange zu erhalten, welcher gewissermaßen den Frieden der Nachbarn und des britischen Reichs bedrohen könnte. Kein Staat darf Ausländer, insbesondere ausländische Offiziere, aber auch keine ausländische Mannschaft seinem Heere einverleiben. Besonders ist den mohammedanischen Staaten untersagt (so namentlich dem Nizam von Haiderabad) Araber und Abessinier in seinem Heere zu verwenden. Jeder der Radschastaaten hat ferner die Pflicht, keine Festungen ohne Genehmigung der britischen Regierung anzulegen und keinen Waffenverkehr oder Handel mit Munition in seinem Lande ohne britische Kontrolle und Genehmigung zu dulden. Der britischen Regierung steht das Recht zur Benützung und Anlage von Etappenstraßen innerhalb des Gebiets der Radschastaaten zu. Während des Aufenthalts britischer Truppen im Gebiete der Staaten haben diese die Verproviantierung, insbesondere Naturalleistungen in Getreide zu gewähren oder wenigstens die Möglichkeit zum Erwerb des Proviants zu erleichtern. Deserteure britischer Truppen, welche sich in die Radschastaaten flüchten, müssen selbst dann von ihnen ausgeliefert werden, wenn sie Angehörige dieser Radschastaaten sind — eine Last, die vom Standpunkte des Völkerrechts ganz unzulässig wäre. Schließlich hat die britische Regierung aus „militärischen" Gründen die Kontrolle über sämtliche Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverbindungen, welche die Radschastaaten durchqueren. Die Sanads, welche den Staaten Jind und Patiala gewährt sind, enthalten folgende Klausel: „Der Radscha des Staats wird wie bisher zu den üblichen Preisen und durch Vermittlung seiner eignen Beamten das zur Konstruktion von Eisenbahnen, Bahnhöfen, Heeresstraßen und Brücken nötige Material liefern, er wird ferner freiwillig jeden Grund und Boden abtreten, der für die Anlage von Eisenbahnen und Heeresstraßen nötig ist." Sehr allgemein und weit gefaßt ist eine ähnliche Klausel im Vertrag mit Mysore von 1881, wonach der Maharadscha alles, was in seiner Macht steht, daransetzen muß, um die Anlage und Erhaltung von Telegraphen-

Digitized by Google

linien zu erleichtern, und Grund und Boden abtreten muß (und zwar ohne Erhebung irgendeiner Abgabe), welcher für die Anlage von Eisenbahnen nötig wird. Während aber z. B. in dem Art. 41 unsrer Reichsverfassung eine ähnliche Befugnis dem Reiche gegenüber den Einzelstaaten, aber nur „unbeschadet der Hoheitsrechte" derselben, eingeräumt ist, steht im Mysorevertrag gerade das Gegenteil. Gerade die Gebietshoheit über das abgetretene und von der Eisenbahn durchquerte Gebiet steht unter britischer Hoheit. Das Merkwürdigste ist aber, daß trotz dieser der britischen Regierung eingeräumten Gebietshoheit der Radschastaat für den Fall von Räuberei und Schaden, welcher den britischen Staatsanstalten (Post, Telegraphie, Eisenbahnen) zugefügt wird, aufkommen muß; insbesondere sind die Gemeinden nach Art einer Gesamthaftung für jeden Schaden verantwortlich.

Das zweite wichtige Vorrecht der britischen Regierung gegenüber den Radschastaaten ist, daß sie von jedem diplomatischen Verkehr mit dem Ausland und jeglichem völkerrechtlichen Vertragsabschluß abgeschnitten sind. Ihr völkerrechtlicher Vormund ist die britische Regierung. Nur Nepal hat sich seine völkerrechtlichen Funktionen gewahrt und z. B. im Jahre 1856 einen eigenen Friedensvertrag mit Tibet abgeschlossen. Aus der völkerrechtlichen Vormundschaft, die England über die anderen Radschastaaten übt, ergibt sich zunächst die Notwendigkeit, daß alle Eingeborenen der Radschastaaten im Auslande von dem britischen Konsul beschützt werden. Verlangt z. B. die portugiesische Regierung in Mozambique, daß Heuerverträge der Schiffsmannschaft unter behördlicher Kontrolle abgeschlossen seien, so ist es der britische Konsul, welcher die Heuerverträge und Musterrollen der Eingeborenen aus Radschastaaten zu beglaubigen hat. So wird der britische Konsul in Mozambique als der einzige Vertreter des Radschastaats Kutch angesehen. Wo eine Konsulargerichtsbarkeit im Auslande zu üben ist, da unterstehen die Eingeborenen der Radschastaaten der britischen Konsulargerichtsbarkeit. Die britische Regierung ist es ferner, mit deren Genehmigung allein auswärtige Staaten bei den Radschastaaten Konsuln beglaubigen dürfen. Sie, nicht der Radschastaat, stellt das Exequatur aus. Nicht bloß die aktive Seite der völkerrechtlichen Vertretung, sondern namentlich auch die passive liegt der britischen Regierung ob, wir meinen die völkerrechtliche Verantwortlichkeit für die Radschastaaten. Daraus folgert die britische Regierung die Notwendigkeit, eine Art von Konsulargerichten in den Radschastaaten einzurichten, welche Streitigkeiten zwischen den Ausländern und den Eingeborenen zur Entscheidung bringen. Auch die Auslieferung von Ausländern für Uebeltaten, die sie in Europa verübt haben, wird und kann nur durch Vermittlung der britischen Regierung und nur nach britischem Auslieferungsrecht erfolgen. So ist z. B. am 14. Mai 1872 ein Auslieferungsvertrag mit Deutschland abgeschlossen worden. Durch britische Staatsverordnung vom 25. Juni 1872 wurde die Wirksamkeit des Vertrags und des englischen Auslieferungsrechts (der sog. fugitive offenders Acts) auch auf die Radschastaaten ausgedehnt. Wenn ferner die britische Regierung strikte Neutralität im Verhältnis zu kriegführenden Staaten bewahren will, so kann sie auf Grund eines Parlamentsgesetzes vom Jahre 1870

Digitized by Google

ein Waffenverbot und ein Werbeverbot erlassen, wodurch insbesondere die Anwerbung von Truppen für das kriegführende Ausland untersagt wird. Im Jahre 1874 wurde durch Gesetz der indischen Staatslegislatur der Generalgouverneur von Indien ermächtigt, ähnliche Verbote für das der direkten Herrschaft Großbritanniens unterliegende Indien zu erlassen. Die Radschastaaten müssen aber infolge ihrer Unterordnung unter die britische Suzeränität ebenfalls diese Verbote beachten, wie sie auch sonst aus demselben Grunde verpflichtet sind, völkerrechtliche Pflichten, welche Großbritannien durch Verträge mit dem Ausland übernommen hat (z. B. die aus der Brüsseler Antisklavereikonferenz übernommenen Pflichten) innerhalb ihres Gebiets durchzuführen (also z. B. den Sklavenhandel in ihrem Territorium zu unterdrücken).

Die Einzelstaaten dürfen aber auch, da sie von jeglichem Vertragsabschluß zwischen Staaten ausgeschlossen sind, auch untereinander weder einen zwischenstaatlichen Verkehr pflegen, noch zwischenstaatliche Verträge abschließen. Als z. B. die Radschastaaten Kutch und Nawanagar im wechselseitigen Warenaustausch eine Zollherabsetzung vornehmen wollten, konnte dies nicht anders herbeigeführt werden als auf Grund der Anordnung der britischen Regierung, die von beiden Staaten angenommen wurde. Die Vertragspflichten, die sonst von den vertragsschließenden Staaten wechselseitig übernommen zu werden pflegen, galten allein als gegenüber der britischen Regierung übernommen. In ähnlicher Weise werden Grenzregulierungen vorgenommen oder andere zwischenstaatliche Streitigkeiten geschlichtet. Es ist immer eine Anordnung der britischen Regierung, welche von den einzelnen interessierten Staaten angenommen wird.

IV

So klar und deutlich sich die Machtvollkommenheiten des britischen Suzeräns im Gebiete der äußeren Rechtsverhältnisse der indischen Radschastaaten abheben, so dunkel bleiben die inneren Verhältnisse derselben, wenn sie einer Schutzmauer gegenüber britischen Einflüssen bedürftig sind. Eine klare Abgrenzung, wie sie z. B. Art. 4 der deutschen Reichsverfassung gibt, der die Reichs- von der Landeskompetenz des Einzelstaats abgrenzt, ist natürlich hier nicht zu finden. Aber auch das Gewohnheitsrecht gibt keine immer zuverlässige Antwort, weil über das Gewohnheitsrecht hinaus noch die königliche Prärogative, die durch den Vizekönig ausgeübt wird, und die dahinter versteckte bureaukratische Verwaltungsroutine immer neue Gründe herausfinden, um sich in die inneren Verhältnisse der Radschastaaten einzumengen.

Zunächst tritt ein Hauptgebiet der Intervention auf dem Gebiete der inneren Angelegenheiten uns entgegen, das ist die Regelung der Thronfolgeordnung in den Radschastaaten. Man sollte meinen, daß jeder derselben seine Thronfolgeordnung nach eigenen Grundsätzen und Wünschen zu regeln befugt sei. Dies ist aber keineswegs der Fall. Jede Thronbesteigung eines neuen Maharadscha erfordert die Anerkennung durch den britischen Herrscher bzw. seinen Stellvertreter, den Vizekönig von Indien. Dies wird aus der Treue und Unter-

Digitized by Google

tänigkeit gefolgert, welche ein Chef des protegierten Staats dem Protektorstaat schuldet. Durch Vorschriften der englisch-indischen Regierung ist angeordnet, daß die formale Investitur eines neuen Maharadscha von einem britischen Beamten vollzogen werden muß. Solange dies nicht erfolgt ist, wird die Thronfolge als ungültig angesehen. Eine von dem Volke des Radschastaats in der Zwischenzeit vorgenommene Huldigung und Thronerhebung gilt nicht als rechtsbeständig. Bei der Investitur sind die Wünsche der Agnaten und der Großen des Staats zu berücksichtigen. Freilich, so weit wie der römische Staat im Verhältnis zu seinen Klientelfürstentümern geht die britische Regierung nicht. Nach römischem Reichsrecht war der Vertrag mit dem Klientelfürsten ein persönlicher und erlosch nach dem Tode des jeweiligen Throninhabers. Nach britischer Rechtsauffassung ist aber der Vertrag, der die Grundlage der Rechtsbeziehungen zwischen dem Radschastaate und der englischen Krone schafft, auch für die Nachfolger abgeschlossen. Daraus folgte im römischen Recht die Möglichkeit, nach dem Ableben des Throninhabers den Staat zu inkorporieren oder einen Thronfolger einzusetzen, der dem römischen Reiche genehm war. Nach britischer Rechtsauffassung ist aber die britische Regierung zunächst an die bestehende Thron- und Rechtsordnung gebunden. Aber trotzdem ergeben sich auch hier mannigfache Möglichkeiten, um der britischen Regierung Einfluß zu verschaffen. Nach mohammedanischem Recht, das auch für viele der Radschastaaten in Betracht kommt, kann der Throninhaber unter seinen Söhnen denjenigen zur Thronfolge bestimmen, den er für den geeignetsten hält. Darf er aber auch mit Uebergehung seiner Söhne einen anderen Agnaten bestellen oder kann er auch mit Uebergehung der Agnaten einen beliebigen Nachfolger erwählen? Diese Fragen treten namentlich dort auf, wo ein sog. Adoptionssanad besteht, und da greift nun die britische Regierung ein und entscheidet die Streitfrage nach ihrem Belieben, wenngleich die Wünsche der Witwe und der Notabeln des Radschastaats berücksichtigt werden. Da beim Sanad der Adoption der kinderlose Throninhaber sich auf dem Wege der Annahme an Kindesstatt seinen Nachfolger erwählen darf, so hat die britische Regierung mitunter zu entscheiden, ob der Ritus der Adoption gemäß dem einheimischen Recht ausgeführt wurde. Dies gibt natürlich recht oft Gelegenheit zu Eingriffen, denn bei den häufigen inneren Zerwürfnissen in den Radschastaaten wird es nicht selten geschehen, daß die Gegenpartei des Thronfolgers gerade die Wirksamkeit der Adoptionszeremonie anficht. Am häufigsten aber kommt es vor, daß der mit einem Adoptionssanad ausgestattete Herrscher einen Thronfolger zu bestellen versäumt oder absichtlich unterläßt, namentlich um mit keiner der störrischen Parteien es sich bei Lebzeiten zu verderben. Da greift nun die britische Regierung nach dem Ableben ein und bestellt ihrerseits den Thronfolger. Die britische Regierung führt in allen Staaten, in denen Minderjährige zur Regierung gelangen, die Vormundschaft des Herrschers durch einen britischen Agenten. Da ergeben sich nicht selten Streitigkeiten zwischen diesem und demjenigen Notabeln, der gewissermaßen als Minister des Staats dessen Leitung in Anspruch nimmt. Trotzdem hat der britische Agent auch dann noch das entscheidende Wort.

Digitized by Google

Mit der Thronfolge im engen Zusammenhange steht die Kontrolle des Fürstengutes in den Radschastaaten. Die britische Regierung sorgt dafür, daß ohne ihre Genehmigung keine Veräußerung von Fürstengut stattfindet; wie sie die Aufnahme von Schulden durch den Fürsten kontrolliert, haben wir oben gesehen. Auf diese Weise befinden sich die gewöhnlich verschwenderisch veranlagten Fürsten in einer großen Abhängigkeit von dem Wohlwollen des indischen Vizekönigs.

Aber auch das römische „Divide et impera“ weiß die englische Regierung mit großem Geschick zu verwenden. Ja, sie ist auf diesem Gebiete sogar erfinderisch. Schon in den Tagen der alten Ostindischen Kompanie hatte man bemerkt, welch großen Wert die indischen Radschas auf Titel und Würden legten, die sie von dem Großmogul in Delhi erlangt hatten. Die Ostindische Kompanie ließ ihnen dieses Vergnügen, der britische Staat hat es aber zu einem förmlichen System ausgebildet. Schon der einfache Titel Radscha kann einem Herrscher zur Strafe entzogen werden, und diese Entziehung wird dann feierlich in dem Staatsblatt für Indien (Gazette of India) verkündet. Aber nicht genug an dem. Seit dem Jahre 1877, aber auch schon früher, war eine Titelliste aufgestellt, welche dann insbesondere unter der Statthalterschaft des Lord Dufferin in umfassender Weise vermehrt wurde, indem man sogar zu diesem Zwecke Studien im alten Hindurecht und im mohammedanischen Recht anstellte. Wie schön klingt doch der Titel: „Mahamaho-padyaya“ und „Schawa-ul-Ulama“, welcher die Gelehrsamkeit eines Hindu- oder Muselmanfürsten zur Anerkennung bringen soll. Ganz besonders sind aber die politischen Titel geschätzt, von denen hier einige Beispiele folgen mögen: der Maharadscha von Baroda führt den Titel Gaekwar; der Herrscher von Haiderabad den Titel Nizam; der Herrscher von Balutschistan heißt Khan von Kelat; der Herrscher von Bhopal führt den Namen Begum. Ein bei den mohammedanischen Staaten besonders beliebter Titel ist außer Khan noch „Nawob“, uns geläufiger als Titel „Nabob“. Manche von den Fürsten führen den Titel Radscha, andere aber den Titel Maharadscha usw. Dazu kommt noch der vielbegehrte englische Titel „Seine Hoheit“; dieser gebührt aber nur denjenigen Staatshäuptern, welche das Recht zu einem Begrüßungssalut von mindestens 11 Schüssen haben. Auch diese Salutfrage ist durch viele Salutordnungen seit 1857 geregelt. Die Begrüßungssalute reichen von 9 bis zu 21 Schüssen. Zu dem Höchstmaße der 21 sind bloß der Gaekwar von Baroda, der Nizam von Haiderabad und der Sultan von Mysore berechtigt. Mit den Salut- und Titelfragen, wozu auch noch seit 1861 der Orden vom indischen Stern als vielbegehrter Gegenstand des Radschaehrgeizes hinzukommt, hängen natürlich die Eifersüchteleien und Streitigkeiten der Radschastaaten untereinander zusammen. Diese Fragen und die Fragen des Vorrangs entscheidet majestätisch der König-Kaiser von Indien bzw. an seiner Statt der Vizekönig. Stehen nun diese Rechte der britischen Krone wenigstens in einem losen Zusammenhang mit der Fürsorge für die auswärtigen Verhältnisse der Radschastaaten, so kann man es keineswegs von der beliebig vermehrbaren Zahl von Machtbefugnissen sagen, durch welche britische Verwaltungsroutine sich in die inneren Verhältnisse jener

Digitized by Google

Staaten einmengt. Hier seien nur einige Beispiele hervorgehoben. Die britische Regierung besitzt das Recht, einzuschreiten, wenn sonst ein „Schaden" oder die Aufteilung und Zerstückelung des Staates, z. B. durch Erbteilungen, zu befürchten wäre. Sie schreitet selbstverständlich ein, wenn innere Unruhen entstehen. Aber auch „schlechte Regierung" und „Tyrannei" (setze aber hinzu: wenn sie nicht zugunsten des Protektorstaates erfolgt) gibt ein Recht zur Intervention der britischen Regierung. Der Begriff „schlechte Regierung" ist an und für sich äußerst dehnbar. Die britische Regierung greift auch ein, um unmenschliche Gewohnheiten („inhuman practices") zu unterdrücken. Also z. B. Sklaverei oder Zauberei oder Mord der weiblichen Kinder u. a. m. Die religiöse Duldung und ihre Erhaltung ist in den Radschastaaten von besonderer Wichtigkeit, weil hier mitunter der Radscha nicht dasselbe Glaubensbekenntnis mit seinen Untergebenen teilt. Auch sind Hindus und Mohammedaner in vielen dieser Staaten durcheinandergemengt, daher die Intervention der britischen Regierung besonders nötig, wenngleich sie sich meistens nur darauf beschränkt, englische Missionare in den Radschastaaten zu schützen. Auch die Regulierung der Münze unterliegt dem Einfluß der britischen Regierung, freilich aber nicht in dem umfassenden Maße wie im alten römischen Reich, wo schon zur Zeit des Prinzipats und namentlich im Kaiserreich bloß die Prägung der Kleinmünze den autonomen Staaten überlassen, im übrigen aber auch ihnen die Silber- und Goldprägung entzogen war. Die britische Regierung, die recht wohl weiß, welch große Bedeutung eine einheitliche Geldvaluta für ein großes Wirtschaftsgebiet hat, unterläßt es hier offenbar absichtlich, die Verschiedenheiten zwischen den 680 Radschastaaten zu beseitigen. „Sie konnte nicht anders!" so heißt es in englischen Darstellungen. Wenn sie wollte und nicht so selbstsüchtig wäre, Handel und Wandel in Indien bloß in ihren Händen zu monopolisieren, würde sie wohl diesem Kipp- und Wippsystem der Radschastaaten wirksam abhelfen. Aber auch hier gilt die Maxime: „Divide et impera."

V

Das Verhältnis der Radschastaaten zu England läßt sich nach dem oben Dargestellten nur als ein staatsrechtliches Protektorat darstellen, bei welchem die Rechtsbeziehungen zwischen Protektor und protegiertem Staat durch staatsrechtliche Grundsätze und Maximen, nicht durch völkerrechtliche, wie dies beim völkerrechtlichen Protektorat zutrifft, bestimmt werden. Auch die Römer hatten in ihren Klientelstaaten und Fürstentümern eine ähnliche Staatsordnung eingeführt. Der Abschluß des Freundschaftsvertrags mit einem auswärtigen Monarchen schloß die Anerkennung desselben als König, das Zugeständnis des Königstitels in sich. Wie die Engländer die Radschas durch Titel und Würden auszeichnen, so berichten uns auch die römischen Schriftsteller, daß sowohl die Republik wie das Prinzipat die Klientelfürsten mit Magistratsinsignien auszeichneten (Liv. 30, 15, 11): (Scipio) „Massinissam primum regem appellatum . . . aurea corona, aurea patera, sella curuli et scipione eburneo, toga picta et palmata tunica

Digitized by Google

donatum;“ Tacitus, Ann. 4, 25: „missus e patribus (an den König Ptolemäus von Mauretanien) qui scipionem eburneum, togam pictam, antiqua patrum munera, daret regemque et socium atque amicum appellaret (zitiert nach Mommsen, Römisches Staatsrecht III[1], S. 592[3]). Auch war bei den Römern wie bei den Briten die Rechtsstellung der Klientelfürsten auf Vertragsgrundlage aufgebaut, die nicht einheitlich jedem Staate gleiche Rechte gewährte, sondern der Verwaltungsroutine ziemlich viel Spielraum ließ. Auch die römischen Klientelfürsten durften nicht untereinander in Verbindung treten oder Klientelfürsten von sich abhängig machen. Keineswegs aber war die römische Herrschaft bestrebt, nur aus egoistischen Gründen in die innere Regierung der einzelnen Klientelstaaten einzugreifen. Wenn man bloß den Vergleich auf die römischen Klientelfürstentümer abstellt, so gelangt man höchstens zu dem Ergebnis, daß die römische Herrschaft sie jedenfalls nicht schlechter stellte, als die britische Herrschaft die ihrigen. Aber die Frage und der Vergleich muß ganz anders gestellt werden. Den Römern war es Herzenssache, namentlich bis in die Mitte der Kaiserzeit, die griechischen Städte und Städtebünde in Europa und Asien durch gleichmäßige Autonomie zu stärken und dadurch die Königsherrschaft im Osten zu brechen (siehe Mommsen, a. a. O., S. 655). Die Absicht der Briten geht aber auf das entgegengesetzte Ziel; sie suchten und suchen die Autonomie von Britisch-Indien, die ihnen sehr unbequem wird, durch die Radschastaaten zurückzudrängen oder überflüssig zu machen. Daher ist es erklärlich, wenn sie verrottete und regierungsunfähige Kleinstaaten nur deshalb aufrechterhalten, um sich die mühevolle und schwierige Regierung in diesen zu ersparen. Die Römer waren ferner bemüht, durch Beseitigung der zwischen römischem und Bundesbürgerrecht bestehenden Unvereinbarkeit seit Augustus dem überseeischen Bundesbürger das römische Bürgerrecht zu verleihen und den römischen Nationalstaat auf diese Weise zu schaffen (Mommsen, a. a. O., S. 699). In egoistischer Weise aber stellen die Briten bloß eine Untertanenschaft der indischen Eingeborenen, und zwar sowohl derjenigen, welche ihnen unmittelbar untertan sind, als auch der Bewohner der Radschastaaten her. Diese Eingeborenen haben aber keine britische Reichsangehörigkeit, die im ganzen britischen Weltreich anerkannt wäre. Der Inder gilt in Afrika als Kuli, der stets ausgewiesen werden darf. Vergebens erstreben die britischen Radschas wenigstens eine Vertretung in der indischen Legislatur. Die Römer suchten bis in die Kaiserzeit auf der Gemeindeautonomie ihre Weltherrschaft aufzubauen. Ihr Fehler bestand nur darin, daß sie am Ausgang der Kaiserzeit von dieser Absicht vollständig abkamen. Die Briten haben aber in Indien niemals ihre Herrschaft auf Autonomie aufzubauen versucht, denn wie wir gesehen haben, hat es mit der sogenannten „Selbstregierung“ der Radschastaaten seine eigene Bewandtnis, und im eigentlichen Britisch-Indien herrscht die Bureaukratie und nicht die Selbstverwaltung vor. „Male parta, male dilabuntur.“

Digitized by Google

Die Lehren des Kreuzerkrieges

Von

Vizeadmiral z. D. Kirchhoff

Jede der vielen, oft in rascher Folge sich abwechselnden Taten unsrer wenigen wackeren Kreuzer in Uebersee löste stets bei uns allen eine freudige Zustimmung aus. Wir waren froh ob ihres erfolgreichen Wirkens, bewunderten die große Umsicht, das Geschick und die Tatkraft ihrer Kommandanten und freuten uns des Glücks, das sie bei ihrer Tätigkeit begleitete.

Und wenn wir auch klar darüber waren, daß es über kurz oder lang mit ihnen vorbei sei, ja daß es bald um sie geschehen sein werde, so verdrängte die Genugtuung über ihre wackere Arbeitsleistung bei der Störung des feindlichen Handels und der gegnerischen Schiffahrt alle gemutmaßten, ja erkannten Befürchtungen.

Aber allmählich trafen sie doch von allen Teilen des Erdenrundes ein, diese Hiobsposten, die wir schon früher bang erwartet hatten. Zuerst waren es zwei Hilfskreuzer, die vernichtet wurden. Als darauf von den vier Verbündeten siebzig bis achtzig Schiffe zum „Reinfegen der Meere“ auf der Suche nach unsern emsig weiter tätigen Kreuzern waren, da mußte zuerst die herrliche „Emden“ daran glauben, die nicht nur Handelsschiffe, sondern auch zwei Kriegsschiffe zerstört hatte. Der „Emden“geist aber betätigte sich weiter durch die glorreich ausgeführte Fahrt des tapferen Restes ihrer Besatzung auf der „Ayesha“, deren Tatendrang, Umsicht und Ausdauer geradezu bewundernswert gewesen ist.

Darauf kam die mit Jubel begrüßte Kunde von dem Siege des Admirals Graf Spee bei Coronel, wobei Englands Seeruhm verblaßte. Ein englischer Schiffsverband in freier See von einem gleich starken Gegner geschlagen, das war etwas ganz Neues! Und erst nach mehr denn Monatsfrist erhielten wir die schmerzliche Botschaft von der Vernichtung des Kreuzergeschwaders bei den Falklandsinseln. Nur dem kleinen Kreuzer „Dresden“ war es gelungen, der Uebermacht sich zu entziehen.

Inzwischen kam Nachricht von dem außerordentlich umfangreichen Wirken der „Karlsruhe“, einer Art zweiten „Emden“kreuzers, sowie von den vielen Erfolgen unsrer sonst noch tätigen Hilfskreuzer in Uebersee.

Zuletzt, siebeneinhalb Monate nach Kriegsbeginn und volle drei Monate nach der Schlacht bei den Falklandsinseln, traf die seit langem erwartete schmerzliche Nachricht ein, daß auch unsre brave „Dresden“ endlich von der Ueberzahl aufgefunden, überrascht und vergewaltigt worden wäre.

Ja vergewaltigt! Denn der Angriff auf diesen, kurz zuvor noch erfolgreich an der Störung der feindlichen Schiffahrt beteiligten Kreuzer, ist nichts andres als eine Vergewaltigung gewesen. „Dresden“ ist im Hafen einer neutralen Macht unter völligem Bruch des Völkerrechts ruchlos angegriffen worden, so wie

Digitized by Google

seinerzeit der Hilfskreuzer „Kaiser Wilhelm der Große“ auf einer spanischen Reede Westafrikas.

Was sicht einen Engländer die Achtung vor einem fremden, noch dazu schwachen Staat an! Ihm gilt nur eins, sich überall durchzusetzen, zu seinem eignen Nutzen und Frommen zu handeln, wie es ihm gerade beliebt. Schutz der Schwachen heißt es in England immerwährend. Hat es in eines Engländers Munde je größeren Hohn gegeben?

Und damit kommen wir zur Hauptaufgabe dieser Zeilen, darzustellen, daß ein Kreuzerkrieg in Uebersee, wenn seine Waffen nicht immerfort blank gehalten werden können, wenn seine Rüstung nicht fortdauernd ergänzt werden kann, einem sehr starken Gegner gegenüber ein gewissermaßen von vornherein mit dem Todesurteil versehenes Unternehmen ist, das trotzdem eingeleitet und durchgeführt werden muß.

Haben nämlich die im Kreuzerkrieg tätigen Schiffe nicht Stützpunkte zur Verfügung, in denen sie vor jedwedem Angriff gesichert sind und in denen sie sich mit dem erforderlichen Material an Kohlen, Oelen, Lebensmitteln und Munition öfter von neuem versehen können, dann sind sie bald zur völligen Untätigkeit, wenn nicht gar zur Vernichtung bestimmt.

Und noch etwas andres tut solchen Schiffen not; sie müssen ihre Maschinen- und Kesselanlagen oft größeren Instandhaltungsarbeiten an einer Werft unterziehen und vor allem im Dock ihre Schiffsböden reinigen lassen können, um nicht gar zu sehr an Geschwindigkeit einzubüßen, sowie aus Sicherheitsgründen.

All diese Möglichkeiten fehlten aber unsern sich auf dem ganzen Erdenrund in Uebersee erfolgreich betätigenden Kreuzern und Hilfskreuzern vollständig, sie waren gänzlich heimatlos, ja geradezu vogelfrei, wie fast jeder einzelne Deutscher da draußen.

Man male sich doch aus, wie ganz anders sie hätten arbeiten können, wenn sie in größerer Zahl — es sei an die geplante Panzerkreuzerdivision, das „fliegende Geschwader“ erinnert — und mit gesicherten Stützpunkten hätten auftreten können. Denn was es heißt, diese letzteren, die der Feind dann natürlich genau kennt, zu bewachen, das erlebten wir z. B. bei dem Durchbrechen unsrer beiden Mittelmeerkreuzer aus dem von feindlicher Uebermacht umstellten Messina heraus. Dann würde selbst die doppelte Zahl an feindlichen Schiffen wohl kaum genügt haben, um die „Meere reinzufegen von der deutschen Konkurrenz“, wie sich unser englischer Gegner formvoll auszudrücken beliebte.

Wir müssen uns ganz klar werden, was zu einer Schädigung des Gegners in Uebersee und was zur Sicherung der eignen Schiffahrt und des eignen Handels in der Welt in Zukunft erforderlich ist. Gleiches verlangt ein tatkräftiger durchzuführender Schutz unsrer Kolonien, von denen uns ja ein gut Teil entrissen werden konnte, ohne dagegen irgend etwas Bedeutsames tun zu können. Vergessen wir nicht, was wir uns und unsern Nachkommen schuldig sind auch in dieser Beziehung!

Digitized by Google

Was hat nun überhaupt ein solcher Kreuzerkrieg, wie in diesem Weltkriege der unsrige, bei einem so lange währenden allgemeinen Weltenbrand, dessen Ausdehnung niemand voraussehen konnte, für Nutzen, besonders einer Weltseemacht wie Großbritannien gegenüber? Alle unserm schlimmsten und seegewaltigsten Gegner beigebrachten großen Verluste an Schiffen und Waren jeder Art; alle Stockung von Schiffahrtsverbindungen, mag sie zeitweilig und örtlich auch noch so bedeutsam gewesen sein; alle Schädigungen des britischen Handels in Uebersee und teilweise auch daheim; alle Erhöhung von Sicherheitsprämien; alle teilweise eingetretenen Entbehrungen einzelner Waren und vielleicht auch einiger Lebensmittel; alle diese unsern Gegnern durch die Tatkraft unsrer Kreuzerkommandanten zugefügten Schäden mannigfachster Art, sie sind letzten Endes der Hauptsache nach für unsern Gegner wohl allein zu bewerten als reiner Geldverlust, mag er auch noch so groß gewesen sein. Auf den Verlauf des langen großen Krieges haben sie in dem ausgeführten Umfang weniger einzuwirken vermocht, wie dies allgemein in der Natur der Sache lag, aber von vornherein nicht sicher war.

Wir bedürfen daher in einem solchen Wiederholungsfall andrer, weit kräftiger wirkender Mittel für den Kleinkrieg, den so wichtigen Krieg gegen den Handel des Gegners in Uebersee, also: einer größeren und stärkeren Kreuzerflotte mit den ihr zu Gebote stehenden sicheren Stützpunkten. Unsre eigne Schiffahrt und der deutsche Handel sowie unsre Kolonien ziehen dann aus solchen Einrichtungen denselben dauernden Vorteil.

Und untrennbar von solchen Stützpunkten bleibt noch ein über die ganze Welt verbreitetes Kabelnetz und eine gesicherte (!) Funkenspruchseinrichtung erforderlich.

Unser zur Schädigung des Gegners durchaus erforderlicher und mit den gegebenen Mitteln so tatkräftig durchgeführter Kreuzerkrieg, der auch viele starke Kräfte des Feindes für lange Zeit band — es wurde sogar die englische Mittelmeerflotte mehrerer ihrer stärksten Kampfeinheiten entblößt —, hat den Ruhm lediglich an unsre Flagge geheftet, wenn auch der Erfolg schließlich dem Gegner verblieb und verbleiben müßte. Aber trotz allem ist er noch immer nicht ganz beendet.

Es ist die bisherige britische Allmacht zur See, die alles überstrahlende, in ihrem Nimbus durch unsre Flotte gebrochen worden. Alle Welt weiß jetzt, daß Großbritannien denn doch nicht die Meere ganz allein beherrschen kann, daß Verbündete dafür nötig sind, und daß ein tatkräftiger Gegner ihm das Zepter Neptuns, wenn auch nicht ganz aus den Händen zu entreißen, so doch wenigstens zu zertrümmern vermag. Dafür haben unsre Kreuzer in Uebersee weidlich mitgesorgt.

Digitized by Google

Der Bankrott der Kongoakte

Von

Dr. A. v. Danckelman, Geh. Reg.-Rat (Schwerin)

Am 26. Februar waren dreißig Jahre verflossen, seitdem die zwanzig in Berlin versammelten Bevollmächtigten von Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Dänemark, Spanien, der Vereinigten Staaten, Frankreich, Großbritannien, Italien, der Niederlande, Portugal, Rußland, Schweden-Norwegen und der Türkei „im Namen Gottes des Allmächtigen" die Generalakte der Kongokonferenz unterzeichneten. Zehn Hauptsitzungen und eine große Zahl von Kommissionstagungen, bei denen die Meinungen vieler Sachverständigen gehört wurden, waren vom 15. November 1884 an nötig gewesen, um die 38 Artikel der Akte zu formulieren und fertigzustellen. Sie betrafen die Freiheit des Handels im Kongobecken, die Ausschließung der Erteilung jeglicher Art von Monopolen und Privilegien, den Schutz der Eingeborenen, der Missionare und Reisenden, die Einsetzung einer internationalen Schiffahrtskommission, das Verbot des Sklavenhandels, die Neutralität des konventionellen Kongobeckens im Kriegsfalle, die Freiheit der Schiffahrt auf dem Kongo und auf dem Niger und schließlich die Bedingungen, unter denen zukünftige Neuerwerbungen an den afrikanischen Küsten als effektiv zu betrachten seien.

Welche weiten und großen Hoffnungen knüpften nicht Fürst Bismarck in seiner Schlußrede und der italienische Bevollmächtigte Graf v. Launay in seiner Erwiderung auf dieselbe an das langwierige und schwere Werk dieser Konferenz!

Dem Handel aller Nationen sei der freie Zutritt zum Zentrum des afrikanischen Kontinentes geöffnet, die Bewegungsfreiheit für die kaufmännischen und industriellen Unternehmungen aller Völker sei mit den erforderlichen Garantien umgeben, das moralische und materielle Wohlbefinden der Eingeborenen sei gesichert und würden ihnen die Wohltaten der Zivilisation in reichem Maße zufließen. Ein großer Teil Afrikas sei im Falle eines bewaffneten Konfliktes unter den Mächten vor der Geißel des Krieges und vor der Hineinziehung der Eingeborenen in einen solchen Kampf sichergestellt. Die nationalen Rivalitäten seien hier auf den friedlichen Wettkampf des Handels und der Industrie beschränkt. Der Sache der Religion, des Friedens und der Menschlichkeit wie der weiteren Entwicklung des Völkerrechtes sei ein großer Dienst geleistet.

Nach solchen hohen Worten konnte es nicht ausbleiben, daß auch die Allgemeinheit die größten Erwartungen auf das Werk der Konferenz setzte, von dem freilich Graf Launay in seiner erwähnten Schlußrede ahnungsvoll bereits zugegeben hatte, daß es „reste soumise aux vicissitudes de toutes choses humaines".

Digitized by Google

Es fehlt hier der Raum, um auf alle Wechselfälle, die die Kongoakte seit 1885 erfahren hat, in allen Einzelheiten einzugehen; sie können hier nur kurz zusammengefaßt werden.

Die Generalakte schloß strikte die Erhebung aller Einfuhr- und Durchgangszölle im konventionellen, d. h. dem auf Antrag der Vereinigten Staaten bis zur Küste des Indischen Ozeans zwischen 5 Grad nördlicher Breite und der Zambesimündung ausgedehnten geographischen Kongobecken zunächst für die Dauer von zwanzig Jahren aus. Nur die Erhebung solcher Abgaben, die der Förderung des Handels zu gute kamen und als Entgelt für die im Interesse desselben gemachten Aufwendungen betrachtet werden konnten, war statthaft. Ausfuhrzölle waren nicht verboten. Diese Konzession bedeutete aber nichts für ein junges Staatswesen, in dem der Handel noch in embryonaler Entwicklung begriffen war, und in dem der Wert der Einfuhr den der Ausfuhr bei weitem überstieg. Ganz objektiv betrachtet, war diese Bestimmung von vornherein ein Unding. Keiner der an der Konferenz beteiligten Diplomaten scheint bedacht zu haben, daß kein Staat ohne Einnahmequellen, zu denen Einfuhrzölle doch in erster Linie gehören, bestehen kann. Besonders nicht eine solche staatliche Neugründung ohne jede Industrie, ohne jede kapitalkräftige weiße Bevölkerung, angewiesen allein auf nackte, wilde Negerstämme. „On ne conçoit pas un Etat sans resources," sagte später nicht unzutreffend eine Note der kongolesischen Regierung am 17. September 1903 an die Signatarmächte der Kongoakte.

Leopold II., nie um einen Ausweg verlegen, benutzte in sehr geschickter Weise die von Kardinal Lavigerie — vielleicht nicht ohne seine stille Anregung — in Szene gesetzte Antisklavereibewegung, um zunächst die der Einführung von Einfuhrzöllen entgegenstehenden Bestimmungen der Kongoakte zu beseitigen.

Wie konnte man auch gerechterweise vom Kongostaat verlangen, daß er ernstliche Schritte gegen die arabischen Sklavenjäger in seinen Ostprovinzen unternehme, wenn man ihm die materiellen Mittel zur Ergreifung solcher Maßnahmen versagte! Eine auf Englands Anregung Ende 1899 in Brüssel zusammengetretene weitere internationale Konferenz zum weiteren Ausbau der Kongoakte brachte am 2. Juli 1890 eine neue Generalakte. Sie enthielt ausführliche Vorschriften über die Bekämpfung des Sklavenhandels, Beschränkung des Vertriebes von Waffen und Munition sowie bindende Verpflichtungen zur Besteuerung der Spirituoseneinfuhr. Worauf es dem König aber bei dieser Konferenz besonders ankam, nämlich die Abänderung der Kongoakte betreffs der Zollfreiheit der Wareneinfuhr, davon stand freilich nichts in der neuen Akte.[1]) Englands und Deutschlands Interessen an der Aufhebung dieser Bestimmung gingen mit denen des Kongostaates in diesem Falle parallel. Denn die politische Aufteilung Afrikas hatte an der Ostküste eine Entwicklung genommen, die während der Berliner Konferenz noch nicht klar vorauszusehen gewesen war. Die Kongo-

[1]) Vgl. Dr. A. Zimmermann, Geschichte der deutschen Kolonialpolitik. Berlin 1914, S. 180.

Digitized by Google

akte verhinderte jetzt beide Großmächte, in ihren ostafrikanischen Kolonien Einfuhrzölle zu erheben. Eine rasch angenommene Zusatzdeklaration zur Brüsseler Akte gab allen beteiligten Staaten zunächst für fünfzehn Jahre das Recht, im konventionellen Kongobecken Einfuhrzölle bis zur Höhe von 10 Prozent des Wertes zu erheben. Damit war in den wichtigsten Grundsatz der Kongoakte, die Sicherstellung absoluter Handelsfreiheit, zu welchem Zweck die Konferenz hauptsächlich zusammenberufen worden war, nach kaum fünf Jahren die erste Bresche gelegt.

Der König-Souverän benutzte die ihm aus den Zolleinnahmen zufließenden Mittel in erster Linie zur Aufstellung der nötigen farbigen Truppen, um gegen die im Osten des Staates sitzenden Araber zu Felde zu ziehen. Zwar waren diese Araber, nachdem ihnen die Ausfuhr und der Handel mit Sklaven durch die deutschen und englischen Besitzergreifungen in Ostafrika längst unterbunden waren, im wesentlichen nur noch Elfenbeinhändler. Damit waren sie aber sehr unliebsame Konkurrenten des Kongostaates, dem sie das lukrative Geschäft in diesem Artikel verdarben. Diese Konkurrenz unter der Firma der Bekämpfung des Sklavenhandels zu beseitigen, war die eigentliche Tendenz dieser kongostaatlichen Feldzüge. Diese Beseitigung geschah so gründlich, daß bald kein Elfenbeinzahn die östlichen Grenzen des Kongostaates mehr überschreiten konnte. Die Zolleinnahmen für Elfenbein gingen an der ostafrikanischen Küste rapid zurück. Alles Elfenbein Zentralafrikas wanderte fortan den Kongo hinunter. Antwerpen wurde rasch der erste Elfenbeinmarkt der Welt. Die Abschlachtung des englischen Wanderkaufmanns Stokes, die so viel Staub aufwirbelte, wurde eine Warnungstafel auch für die weißen ostafrikanischen Händler, die nach den Elfenbeinschätzen des Kongostaates lüstern waren.

Die Signatarmächte der Kongoakte kümmerten sich merkwürdigerweise in keiner Art um die Ausführung der Bestimmungen derselben. In dem § 8 derselben und in dem umfangreichen Kapitel IV, der Schiffahrtsakte des Kongo, war nach Muster der Internationalen Donaukommission die Einsetzung einer ähnlichen Behörde für den Kongo vorgesehen. Nichts geschah, um diese Kommission ins Leben treten zu lassen, die betreffenden Paragraphen der Akte blieben für immer ein toter Buchstabe! Lange Jahre hindurch geschah überhaupt so gut wie nichts, um die Wasserstraßen des Kongobeckens, besonders die des unteren Kongo, durch Baggerarbeiten, Auslegung von Bojen usw. für die Schiffahrt sicherer befahrbar zu machen. Als es sich dann nach Fertigstellung der Bahnlinie Matadi—Leopoldville im Jahre 1898 gebieterisch darum handelte, Matadi für größere Seedampfer zu jeder Zeit zugänglich zu machen, ist das wenige, was nach dieser Richtung geschah, ausschließlich durch den Kongostaat bzw. Belgien ins Werk gesetzt worden. Und zwar in so unzulänglicher Weise, daß noch im Jahre 1914 lebhafte Klagen über Mangelhaftigkeit der getroffenen Vorkehrungen laut wurden.[1])

[1]) Vgl. „Mouvement géographique 1914“ Nr. 2, col. 23. „Dans les passes du Bas-Kongo.“ Nr. 20, col. 259.

Digitized by Google

Am Niger fand die National African Company sowie ihre Nachfolgerin, die Royal Niger Co., ein sehr einfaches Mittel, die Beschlüsse der Kongokonferenz in ihrem Interesse unschädlich zu machen und sich von der Konkurrenz französischer und deutscher Handelshäuser zu befreien. Die Schiffahrt auf dem Strom war frei, und diese konnte man nicht hindern. Da aber die fremden Dampfer Anlegeplätze brauchten, Holz zum Heizen der Kessel, frische Lebensmittel für die Besatzung, so verbot man das Holzschlagen an den Ufern, untersagte den Eingeborenen, Holz und Nahrungsmittel an fremde Dampfer zu liefern. Auf diese Weise wurden unmittelbar nach der Kongokonferenz die Flegelsche Benueexpedition, später die des Franzosen Mizon (1890 und 1892/93) nach Möglichkeit gehemmt. Je mehr sich die Macht der Niger Co. entfaltete, desto mehr wahrte sie sich das völlige Transportmonopol auf diesem afrikanischen Strom.

Seit den großen Erfolgen des Mahdiaufstandes im Jahre 1884 beschäftigten den König Leopold gigantische Projekte.[1]) Er plante die Besitzergreifung der von Emin-Pascha geräumten Aequatorialprovinzen, die Erbeutung der dort angeblich zurückgelassenen Elfenbeinschätze und die Eroberung des ganzen ägyptischen Sudan. Bei seinem Vorgehen England gegen Frankreich und umgekehrt ausspielend, hoffte er es zu erreichen, daß Aegypten, ähnlich wie bereits der Suezkanal, neutralisiert und unter den Schutz eines neutralen dritten Staates — natürlich des Kongostaates — gestellt werde. Er sah sich bereits als moderner Pharao. Um dieses Ziel zu erreichen, setzte er seit Ende 1890 zahlreiche kostspielige militärische Expeditionen in Bewegung, um das linke Niluser vom Albertsee bis Faschoda und das Bahr-el-Ghasal-Gebiet zu besetzen. Unbekümmert um die Kongo- und Brüsseler Akte, wurden hierbei den Asandehäuptlingen am Uele für die Hilfstruppen, die sie stellten, Albinihinterlader massenhaft zur Verfügung gestellt. Ohne Rücksicht auf die feierliche Neutralitätserklärung des Kongostaates vom 1. August 1885, die seine geographischen Grenzen genau festgelegt hatte, wurde das bekannte Pachtgebiet von Lado am Nil erworben. All diesen Zukunftsträumen machte freilich der Sieg des Sirdar Kitchener bei Omdurman über die Mahdisten am 2. September 1898, das Fehlschlagen der französischen Expedition unter Marchand und die Meuterei der kongolesischen Batateletruppen unter Baron Dhanis, die die Ostprovinzen des Kongostaates an den Rand des Abgrundes führte, ein jähes Ende. Diese Unternehmungen, die gänzlich außerhalb des Rahmens der dem Kongostaat durch die Berliner Akte gesteckten Ziele fielen, hatten Riesensummen verschlungen. Noch heute beklagen die Kenner der Geschichte des Kongostaates diese völlig nutzlos gebliebenen Aufwendungen, die, wenn zu einem systematischen Ausbau der Verkehrswege im Kongostaat verwandt, reichen Segen hätten bringen können.

[1]) A. J. Wauters, der vielfach Gelegenheit gehabt hat, Blicke hinter die Kulissen des Kongostaates zu tun, hat im „Mouvement géographique 1910“ Nr. 20 bis 22 eine sehr lesenswerte Darlegung dieser Pläne gegeben. Da die meisten Mitakteure tot sind und die Archive des Kongostaates auf Veranlassung des Königs zum größten Teil vernichtet sind, dürfte die Geschichte dieser Vorgänge im einzelnen wohl für immer unaufgeklärt bleiben.

Digitized by Google

Die Zölle und sonstigen Einnahmen des Staates reichten zur Deckung der Kosten dieser chimärischen Projekte natürlich bei weitem nicht aus. Auf der Suche nach neuen Einnahmequellen verfiel der König anscheinend bereits im Sommer 1890 auf den Gedanken, für sein Kolonialreich das von den Holländern in Niederländisch-Indien mit so hervorragendem finanziellem Erfolg, aber mit so schweren Nachteilen für die Bevölkerung durchgeführte „Kultuurstelsel", das System der Zwangsarbeit der Eingeborenen, einzuführen. Aus der mit dem 21. September 1891 beginnenden Dekretierung des Grundsatzes, daß alles nicht von den Eingeborenen okkupierte Land unter Staatsregie zu stellen sei, und daß alle in ihm vorhandenen Elfenbein-, Kautschuk- und Holzbestände dem Staat als Domanialprodukte gehören, folgerte ohne weiteres: Der Eingeborene, welcher im Domanialbesitz derartige Produkte sammelt, entwendet sie dem Staate, der der alleinige rechtmäßige Eigentümer derselben ist. Der Weiße aber, der diese entwendeten Produkte von den Eingeborenen kauft, macht sich der Hehlerei schuldig. Der Staat hat aber das Recht, von seinen Untertanen Steuern zu erheben. Da der Eingeborene nicht die Mittel hat, diese Steuern in barem Gelde zu erlegen, so hat der Staat das Recht, diese Steuern in Form von Naturalleistungen zu erzwingen und zu diesem Zweck die Eingeborenen zum Sammeln von Elfenbein, Holz oder Kautschuk aus dem Domanialgebiet anzuhalten. Der Kongostaat besaß aber nicht die Mittel, die Ausbeutung der Naturschätze dieser so ausgedehnten Gebiete allein zu betreiben. Deshalb schritt der Souverän mit Hilfe amerikanischer, belgischer und englischer Kapitalisten dazu, Privatgesellschaften zu errichten, von denen er sich die Hälfte der Anteile sicherte. Ihnen überwies er die besten und ertragreichsten Gebiete als Monopol, erteilte ihnen das Recht, die Eingeborenen zur Sammlung der Naturschätze, besonders des Kautschuks, zu zwingen, und stellte ihnen zur Durchführung dieses Zwanges nötigenfalls die Truppen des Staates zur Verfügung.

Der König fand bei diesem seinem Vorgehen belgische, deutsche und russische Staatsrechtslehrer genug, die bekundeten, daß sein Domanialprinzip nicht gegen den Wortlaut der Kongoakte verstoße. Wohl aber verstieß es gegen den Sinn und die ganze Tendenz derselben, da die Akte ausdrücklich die völlige Freiheit des Handels mit den Eingeborenen und die Verhütung der Schaffung jeglicher Art von Monopolen im Interesse des Vorteiles der einen oder andern Nation zum wesentlichen Ziele hatte.

Die Wut und Entrüstung der wenigen mit Mühe und Not ins Leben gerufenen, nunmehr in ihrer Existenz bedrohten privaten belgischen Handelsgesellschaften über diese königliche Domanialpolitik war grenzenlos. Sie führte zu heftigen Kämpfen in der Presse sowie im Parlament. Ich selbst habe damals von belgischen Bekannten Aeußerungen über die Person des Königs gehört, die Majestätsbeleidigungen in der zweiten Potenz darstellten. Der König aber war bei den korrupten belgischen Parlamentsverhältnissen schließlich der Mächtigere; die Gesellschaften mußten sich fügen, vor allem auf eine öffentliche Erörterung der Streitpunkte verzichten und durften noch froh sein, wenn der Staat in den

Digitized by Google

ihnen verliehenen Gebieten gegen einen Gewinnanteil auf eine schroffe Durchführung seiner Domanialrechte verzichtete.

Aber nicht nur die Handelsfreiheit, sondern auch die Schiffahrtsfreiheit auf dem Kongo wurde bald zu einem leeren Wahn. Der Staat schuf durch Einstellung zahlreicher Dampfer ein wahres Passagier- und Frachtmonopol auf den Hauptwasserwegen. Die Privatgesellschaften durften ihre Dampfer nur innerhalb ihrer Konzessionsgebiete zur beliebigen Beförderung von Passagieren und Frachten verwenden. Außerhalb derselben waren sie auf die Staatsdampfer angewiesen. Sobald sie solche Beförderungen außerhalb ihres Konzessionsgebietes vornahmen, mußten sie dem Staat für den Transport ihrer eigenen Waren und Agenten dieselben Gebühren erstatten, als ob dieselben durch die Staatsdampfer befördert worden wären. Die Tarife waren so hoch, daß der Staat aus der Beschäftigung seiner Dampfer durch dieses Monopol im Jahre 1902 allein einen Reingewinn von über einer Million Franken zog. Für das Schlagen von Holz zum Heizen der Kessel mußten die Privatdampfer hohe Gebühren zahlen und durften dasselbe nur in bestimmten Entfernungen von den Stellen vornehmen, an denen die Regierungsholzposten sich befanden, für die selbstverständlich die geeignetsten Stellen reserviert waren. Die für einen Privatdampfer von zirka 30 Tonnen alles in allem erforderlichen Lizenzen und Gebühren beliefen sich im Jahr auf zirka 11 000 Franken.

Dem König wurde diese Vergewaltigung der Kongoakte wesentlich dadurch erleichtert, daß Frankreich, wo gewisse Deputierte und ihr beutegieriger Anhang es von jeher verstanden haben, Privatvorteile aus der Kolonialpolitik zu ergattern, seit 1899 für Französisch-Aequatorialafrika dasselbe Domanial- und Konzessionssystem einführte und fast das ganze Gebiet an 40 Konzessionsgesellschaften aufließ. Die gewaltigen Schäden, die eine solche Politik für die Staatsinteressen im allgemeinen und das Wohl der Eingeborenen mit sich führt, hat man dort erst sehr spät erkannt. Leider hatte auch die deutsche Kolonialpolitik sich in einer schwachen Stunde 1898 dazu verleiten lassen, der Gesellschaft „Südkamerun" sehr weitgehende Rechte auf Grund und Boden sowie auf dessen Produkte zu erteilen. Diese wurden freilich auf den Widerspruch, den diese Maßnahme im Kolonialrat, bei den Kameruner Interessenten und im Reichstag fand, bald wieder erheblich eingeschränkt.

Das leopoldinische System der absoluten Uebertragung der Rechte der Eingeborenen an dem Land und seinen Bodenprodukten auf den Staat bzw. auf von ihm konzessionierte Gesellschaften, die weit davon entfernt waren, ihre Konzessionsgebiete selbst zu kultivieren, mußte bei dem von oben her immer und immer wieder geübten Druck zur Steigerung der Kautschukproduktion und bei dem bestehenden Prinzip der Gewährung von Prämien an Offiziere und Beamte, deren Bemessung ganz von der Höhe der Kautschuklieferung abhing, unbedingt zu einer Versklavung der Bevölkerung in ihrer eigenen Heimat führen.

Die schlimmste und folgenschwerste Maßregel, um die Eingeborenen zur Lieferung von Kautschuk, Nahrungsmitteln usw. zu zwingen, bestand in der

Digitized by Google

Einlagerung von mit Hinterladern oder Zündhütchengewehren bewaffneten sog. „Forstwächtern" in die Dörfer. Hier übten diese aus andern Stämmen des weiten Kongobeckens herbeigeführten wilden Gesellen die schlimmste Gewaltherrschaft über die wehrlosen Dörfler aus. Sie nahmen sich die ihnen zusagendsten Frauen und Mädchen, ließen sich aufs beste verpflegen, brutalisierten die Männer, wenn sie nicht die festgelegte Kautschukmenge am Ende des zweiwöchigen Termins anbrachten, und schossen bei dem geringsten Widerstand oder Fluchtversuch Männer, Weiber und Kinder wahllos über den Haufen. Die Frauen und Angehörigen derjenigen Männer, die nicht das geforderte Quantum Kautschuk anlieferten oder in den Urwald flüchteten, wurden nach den Stationen gebracht, dort in Fesseln in die berüchtigten „Maisons des otages" gesteckt, von früh bis abend zu schweren Stationsarbeiten angehalten, geprügelt und so schlecht genährt, daß sie massenhaft starben. Eine Kontrolle des Treibens dieser Forstwächter, die grinsend dem sie befragenden Konsul Casement erklärten, daß sie bei weitem vorzögen, auf seiten der Jäger statt auf seiten der Gejagten, ihrer Landsleute, zu stehen, durch die weißen Stationsbeamten fand kaum statt. Oft wurde es noch durch letztere begünstigt, denn je schärfer die Bedrückung war, je härter die Geiseln angefaßt wurden, desto ergiebiger floß die Rubbederernte, für die sie ja verantwortlich und an der sie durch die ihnen gewährten Prozente interessiert waren.

Der Bericht[1]) des englischen Konsuls für den Kongo, Roger Casement — heute als irischer Parteiführer freilich der bestgehaßte Mann in England, für dessen Beiseiteschaffung Sir Eduard Grey gern 10000 Pfund Sterling bewilligt hätte — an die englische Regierung vom Jahre 1903, der dem Parlament im Februar 1904 vorgelegt wurde, über die Zustände am Kongo, namentlich in dem Gebiet der berüchtigten Anglo-Belgian India Rubber Co., abgekürzt die „Abir" genannt, ist nie ernstlich widerlegt worden. Die kongolesische Regierung bezeichnete die erhobenen Vorwürfe freilich als grundlose Verleumdungen und als willkürliche Verallgemeinerungen einiger weniger, höchst bedauerlicher Ausnahmefälle. Sie stellte sich, auf die Eifersucht der Mächte untereinander bauend, England gegenüber auf den hochmütigen Standpunkt, daß keine Signatarmacht der Kongoakte das Recht habe, sich in die inneren Verhältnisse und Angelegenheiten des Kongostaates einzumischen.

Vergeblich erhoben die amerikanischen, englischen und schwedischen protestantischen Missionare am Kongo, die alle diese Greuel vor ihren Augen vor sich gehen sahen, ihre Stimmen zugunsten der unter den Mißhandlungen rasch zusammenschmelzenden Bevölkerung. Die Mehrzahl der belgischen, von dem Sündengold aus dem Kongo gespeisten Blätter schwiegen die Geschehnisse tot. Sie bewarfen alle diejenigen, die zugunsten der Kongoneger eintraten, mit Schmutz

[1]) Parlamentary Papers. Africa No. 1 (1904). Correspondence and Report from H. M.'s Consul at Boma resp. the administration of the Indep. State of the Congo. Febr. 1904.

Digitized by Google

und stellten das Vorgehen der „Congo Reform Association" so hin, als ob dasselbe nur aus Neid über die günstige Handelsentwicklung des Kongostaates erfolge. Es fanden sich gefällige Federn, die auch in Deutschland diese Ansicht tunlich zu verbreiten suchten, so daß hier die Bewegung gegen die handgreifliche und grobe Verletzung der Kongoakte wenig Boden fand, zumal da damals das deutsche Volk von eignen Kolonialsorgen beschwert wurde. Wie unangenehm man aber in Brüssel selbst diese wenig erfolgreiche Agitation in Deutschland empfand, ging mir noch im Jahre 1909 daraus hervor, daß ein belgischer Generalkonsul sich eifrig darüber zu informieren suchte, um welchen Preis wohl der Wortführer der deutschen Bewegung gegen die Kongogreuel zum Stillschweigen bewogen werden könne, und daß er sehr enttäuscht war, zu vernehmen, daß dieser wohlsituierte Ehrenmann über jeden solchen Annäherungsversuch weit erhaben sein würde.

Sehr bezeichnend war es auch, daß die zahlreichen katholischen belgischen Missionare nie ihre Stimme zugunsten der Eingeborenen erhoben haben. Sie hatten auch allen Grund dazu. Denn der Staat wies ihnen die zahlreichen, in den von seinen Truppen zerstörten Dörfern übrig gebliebenen Kinder als Zöglinge zu, bewilligte ihnen so viel Gelände, wie sie haben wollten, um dieses mit Hilfe dieser billigen Arbeitskräfte in gewinnbringende Plantagen umzuwandeln, und leistete ihnen auch sonst jeden gewünschten Vorschub. Die Dienstwilligkeit der belgischen Kolonialverwaltung gegenüber den Jesuitenmissionen ist auch nach Uebernahme der Kolonie durch Belgien eine so weitgehende gewesen, daß noch im letzten Winter heftige Debatten im belgischen Parlament über das Anschwellen der Besitzungen der toten Hand, über den von der Verwaltung auf die Beamten ausgeübten Druck, den Wünschen der Missionen in allem entgegenzukommen usw., stattfanden. Bezeichnend ist es auch, daß der Minister Renkin bei seiner Inspektionsreise durch die Kolonie im Jahre 1909 sich von einem eignen Beichtvater begleiten ließ.

Dem verdienstvollen Leiter der Congo Reform Association, E. D. Morel, sollte es aber unvergessen bleiben, daß er den Mut fand, bei Ausbruch des jetzigen Krieges in der von ihm herausgegebenen „West African Mail" gegen die schmachvolle Behandlung der deutschen Zivilbevölkerung in Togo und Kamerun durch die englischen und französischen Machthaber lebhaft zu protestieren. Diese Tat spricht allein schon für den Charakter dieses seinerzeit auch in Deutschland vielfach verleumdeten Mannes.

Der beste Beweis für die Wahrheit des gegen das leopoldinische System erhobenen schweren Anschuldigungen ist schon in der Tatsache zu finden, daß mit diesem System der äußersten Bedrückung der Eingeborenen wie des freien Handels nach dem Tod des Königs von seinem Nachfolger sehr erheblich aufgeräumt worden ist.

Nicht uninteressant ist es übrigens, zu sehen, wie gleiche Ursachen unter ähnlichen äußeren Verhältnissen die gleiche Wirkung erzielen. In diesem Sinne kann man von einer Duplizität der Ereignisse sprechen, wenn im Jahre

Digitized by Google

1909 englische Zeitungen über ungeheure Greueltaten berichteten, die sich die in London domizilierende „Peruvian Amazon Company" bei Ausbeutung der Kautschukschätze ihres Konzessionsgebietes am Putumayo im äußersten nordöstlichen Zipfel von Peru habe zuschulden kommen lassen. Die Sache erregte großes Aufsehen und beschäftigte auch das englische Parlament. Die englische Regierung sandte 1910 den mittlerweile zum Generalkonsul in Rio de Janeiro beförderten Sir Roger Casement nach Iquitos, um die Wahrheit der erhobenen Anschuldigungen zu ergründen. Es ergab sich folgender Tatbestand.[1]) Ein peruvianisches Privatunternehmen der Gebrüder Arana, das seit 1904 sich im Putumayogebiet etabliert hatte, war 1907 mit englischem Geld in eine Aktiengesellschaft von 1 Million Pfund Sterling Kapital umgewandelt worden. Die ursprünglichen Gründer hatten aus der westindischen Insel Barbados über 100 Neger, die meist lesen und schreiben konnten, als Arbeiter in ihr Gebiet eingeführt. Diese Leute wurden zunächst dazu benutzt, die an den beiden Nebenflüssen des Putumayo, dem Igaraparaná und Caraparaná, ansässigen, etwa 40000 bis 50000 Köpfe zählenden Indianerstämme zu unterwerfen. Dies geschah in der Weise, daß den Häuptlingen der in viele kleine Stämme zersplitterten, im Urwald wohnenden Indianer kleine Geschenke gespendet wurden, für die sie sich verpflichten mußten, ihre Stammesgenossen zum Sammeln von Kautschuk anzuhalten. Die Gesellschaft betrachtete diese Geschenke aber nicht als solche, sondern als Vorschuß für den zu liefernden Kautschuk und brachte die Indianer allmählich in ein Schuldverhältnis zu ihr, dem sie sich nicht wieder entziehen konnten. In jenen weit abseits von jeder staatlichen Kontrolle gelegenen Gebieten bestand der durch langjährige Ueberlieferung geheiligte Grundsatz, daß der Indianer keine Rechte habe. Aus dieser Anschauung heraus hatte sich das sog. Péonsystem entwickelt. Es bestand darin, den Schuldner für den Gläubiger arbeiten zu lassen und ihn in diesem Verhältnis zu behalten. Diese Arbeit hatte unter den vom Gläubiger gestellten Bedingungen zu geschehen unter Anwendung verschiedener Formen des körperlichen Zwanges. So wurden auch in

[1]) Parlamentary Papers. Miscellaneous Nr. 8, 1912. Correspondence relating the treatment of British Colonial subjects and native Indians employed in the collection of rubber in the Putumayo District. July 1912. Casement schließt seinen Bericht mit folgenden ergreifenden Sätzen: „Neither age nor sex was spared, all had to work rubber, to perform impossible tasks, to abandon home and cultivation in their forest clearings and to search week by week and month by month for the juice of rubber-yielding trees, untill death came as sudden penalty for failing strength and non-compliance, or more gently overtook them by the way in the form of starvation or disease. With all that it has given to the Amazon Valley of prosperity, of flourishing steamship communications, of port works, of growing towns and centres of civilisation with electric light and tramways, of well kept hospitals and drainage schemes, it may well be asked whether the rubber tree has not, perhaps, taken more away."

Mit der gleichen Berechtigung kann man die Frage erheben, ob all die Stiftungen, die Leopold II. hinterließ, all die Prachtbauten, die er in Tervuren usw. errichtete, oder in Brüssel unter Niederlegung ganzer Stadtteile plante, wohl die furchtbaren Menschenopfer aufwiegen, die sein System am Kongo verschlungen hat?

Digitized by Google

diesem Fall die mit Winchestergewehren ausgestatteten Barbadosleute von den Agenten der Gesellschaft, meist Peruvianern oder Kolombiern, angehalten, die Indianer zur Lieferung von immer steigenden Mengen von Kautschuk, zur Abgabe von Nahrungsmitteln, zur Stellung von Arbeitern für die Erbauung von Stationen usw. anzuhalten. Für alle diese Nebenarbeiten erhielten die Indianer überhaupt keine Vergütung. Der gelieferte Kautschuk wurde ihnen in der Weise bezahlt, daß sie ganz willkürlich für zirka 75 Kilogramm Kautschuk ein ganz minderwertiges Handelsgewehr, für zirka 50 Kilogramm eine baumwollene Hängematte, für 20 Kilogramm ein minderwertiges baumwollenes Hemd im Wert von kaum einem Schilling erhielten, aber immer nur als Vorschuß auf weitere Kautschuklieferung.

Lieferten sie nach Ansicht des Agenten nicht genug, so wurden sie von den Barbadosnegern auf das grausamste mißhandelt, mit Peitschen aus Tapirhaut blutig geschlagen, mit auf den Rücken gebundenen Händen über einen Baumast an einem Strick in die Höhe gezogen und in dieser Situation stundenlang hängen gelassen und zur Vermehrung der Qual noch hin und her geschaukelt. Das Hauptstrafmittel war aber der „Cepo" oder Block. Dieses Marterinstrument bestand aus zwei 3 bis 4 Meter langen Holzbalken, die sich in einem Scharnier bewegten. In diesen Balken waren halbkreisförmige Ausschnitte angebracht, in die die Schuldigen ihre Beine legen mußten. Dann wurden die Balken mit Gewalt aufeinandergepreßt und mit einem Schloß zusammengehalten. Das harte Holz verursachte einen furchtbaren, anhaltenden Druck auf die Unterschenkel und schnitt in das Fleisch derselben ein. In dieser Lage wurden die Unglücklichen oft tagelang ohne Nahrung gehalten, daneben wurden sie oft noch weiter ausgepeitscht. Dieser Strafe wurden nicht nur Männer, sondern auch Frauen und Kinder unterzogen. Suchten die Indianer sich durch die Flucht in die Wälder solcher Behandlung zu entziehen, so wurde Jagd auf sie gemacht und sie rücksichtslos erschossen, oder es wurden ihre Frauen und Kinder ergriffen, in den Block gespannt und gepeitscht. Nicht selten ließ man diese Gefangenen auch einfach verhungern. Zur Unterstützung der Barbadosleute zog man junge Indianer aus anderen Stämmen heran, die sog. „Muchachos". Mit Flinten und Patronen versehen, vermochten diese Gesellen nunmehr ihren räuberischen Instinkten auf Kosten ihrer unbewaffneten und wehrlosen Volksgenossen nachzugehen, ohne daß die Agenten sich sonderlich um ihr Treiben kümmerten. Erfüllten die Barbadosleute oder die Muchachos nicht ihre Pflicht oder weigerten sie sich, die Indianer zu brutalisieren, so wurden sie von den Agenten derselben Behandlung wie die Indios unterzogen, gepeitscht, an den Armen aufgehängt oder in den Cepo gesteckt. Die Gesellschaft lieferte den Barbadosleuten weder die in Krankheitsfällen kontraktlich ausbedungene Medizin, noch war ein Arzt vorhanden. Auch die Nahrung war vielfach völlig unzureichend. Sie wurden über ihre Kontraktzeit zurückgehalten, indem man sie wie die Indianer in ein Schuldverhältnis zur Gesellschaft brachte und sogar ihre Spielgier dazu benutzte, um sie in diesem Verhältnis zu erhalten, indem man

Digitized by Google

die Spielschulden, die sie untereinander hatten, durch die Bücher der Gesellschaft gehen ließ.

Die Indianer mußten den von ihnen gesammelten Kautschuk periodenweise unter Bewachung von Muchachos auf 50 bis 60 Kilometer weit über die schwierigsten, durch Sümpfe, Baumwurzeln und umgefallene Bäume schon für den Unbelasteten schwer gangbaren Urwaldpfaden nach den an den Flußufern gelegenen Sammelstationen schleppen. Sie erhielten während dieser Trägerdienste keine Nahrung, mußten vielmehr selbst noch für diese sorgen. Casement konnte feststellen, daß diese Kautschuklasten bis zu 63 Kilogramm wogen, ein Knabe von 12 bis 13 Jahren, der selbst nur 25 Kilogramm wog, mußte eine Last von 29 Kilogramm schleppen. Er konstatierte auch die Anwendung ganz barbarischer Strafen. So wurden einem an den Boden mit ausgespreizten Händen und Beinen gepflöckten Mann die Geschlechtsteile mit Stockhieben zerschmettert. Nicht selten wurden Indianer, die sich weigerten, die geforderte Menge Kautschuk zu liefern, lebendig verbrannt oder ihnen der Kopf abgeschnitten oder sie zu Tode gepeitscht. Oft kam es vor, daß die in den Cepo gespannten Gefangenen Maden in den Hiebwunden hatten und daß sie sich in ihrem Hunger die Maden ablasen und aufaßen.

Die Frauen und Mädchen waren selbstverständlich den Lüsten der Agenten und ihrer farbigen Helfershelfer schutzlos überliefert. Die Agenten hielten sich ganze Harems. Das schützte diese unglücklichen Wesen aber nicht davor, nach Willkür über den Haufen geschossen zu werden. Manche Agenten waren von einer geradezu bestialischen Vernichtungswut besessen. Unter diesen Umständen kann es nicht wundernehmen, daß die harmlose, sanfte Eingeborenenbevölkerung von zirka 45000 Köpfen im Jahre 1906 auf 8000 bis 9000 im Jahre 1911 zusammengeschmolzen war. Die Nachbarschaft einer Station, deren Agent es besonders schlimm getrieben hatte, glich nach dem Zeugnis eines peruvianischen Offiziers in bezug auf die herumliegenden Knochenreste dem Schlachtfelde von Miraflores, dem Schauplatz der blutigsten Schlacht des chilenisch-peruvianischen Krieges.

Die Kautschukausbeute stieg von 15863 Kilogramm im Jahre 1900 auf 644897 Kilogramm im Jahre 1906, um dann auf 236448 Kilogramm im Jahre 1911 zu sinken. Im ganzen wurden während dieser zwölf Jahre 3922710 Kilogramm Kautschuk im Wert von zirka $1^1/_2$ Millionen Pfund Sterling ausgeführt. Die 4000 Tonnen kosteten zirka 30000 Menschen das Leben, sei es durch die Kugel, Feuer, Köpfung, Zutodepeitschung oder Erschöpfung.

Die peruvianische Regierung entsandte auf den Bericht Casements hin einen Untersuchungsrichter nach dem Putumayogebiet, der die Befunde des englischen Konsuls nach allen Richtungen bestätigte. Es wurden 237 Haftbefehle erlassen, aber schließlich nur neun Verhaftungen vorgenommen, die Hauptschuldigen entzogen sich der Verantwortung durch die Flucht, viele blieben aber überhaupt unbelästigt.

Der Ende 1912 behufs Feststellung der von der peruvianischen Regierung unternommenen Schritte zur Abstellung der trostlosen Lage im Putumayogebiet

Digitized by Google

dorthin entsandte englische Konsul Michell konnte nur feststellen, daß die von Peru ergriffenen Maßnahmen gänzlich ungeeignet waren, um eine gerechte und gute Behandlung der Indios sicherzustellen, da das Gebiet im Verhältnis zu dem von der Regierung hingesandten Aufsichtspersonal zu riesig sei.

Michell, der von 1905 bis 1907 als englischer Konsul am Kongo geweilt hatte, sagte in seinem Bericht an die englische Regierung:[1])

Bad as the state of affairs in the Putumayo was, and horrible as the tortures inflicted on the natives were, the people of the Congo suffered from an incessant and cruel oppression with which that of the Putumayo Indians could not be compared ... In the Congo there was no commercial element or bargin in the matter. Cautchouc or labour was a „tax", extorted at the muzzle of the rifle and 55 cm worth of cotton print per kg. of rubber was not intended to be a payment but a gift of a maternal Government."

In der Tat, wenn man an Stelle der Peitsche aus Tapirhaut die „chicotte", das Prügelinstrument aus Hippopotamushaut, an Stelle des „Muchacho" den aus einem Kannibalen in einen „gardien de forêt" verwandelten flintenbewaffneten Unhold, an Stelle des Cepo das „Maison des otages" setzt und statt des weißen peruvianischen Stationsvorstehers irgendeinen rohen Wallonen, deren Grausamkeit unsre Truppen in Belgien im Hochsommer vorigen Jahres ja genugsam kennen gelernt haben, so decken sich die am Putumayo und am Kongo entstandenen Verhältnisse nach vielen Richtungen. Sie waren jedenfalls ein wahrer Hohn auf die Kongoakte.

Das Jahr 1914 sollte schließlich die letzten Reste der noch stehen gebliebenen Ruinen derselben umlegen.

Am 10. Dezember 1884 hatte der eine Bevollmächtigte der Vereinigten Staaten, Mr. Kasson, der Berliner Konferenz eine Deklaration unterbreitet, die besagte, daß seine Regierung der Ansicht sei, daß das Werk der Konferenz unvollständig sein würde, wenn sie nicht Maßnahmen träfe, die der im Kongobecken zu leistenden Arbeit der Zivilisation und der Erziehung der Eingeborenen den Segen eines dauernden Friedenszustandes sicherten. Ein Krieg würde die barbarischen Leidenschaften der Eingeborenen wieder entfesseln und die in vielen Jahren mühsamer Arbeit erreichte Kultur mit einem Schlag wieder vernichten. Gerade die Erfahrungen, die man in Nordamerika zur Zeit der Kolonialkriege im achtzehnten Jahrhundert gemacht habe, in denen die Kriegführenden sich Verbündete unter den Indianerstämmen suchten und bei ihnen die natürliche Neigung zu Gewalt und Plünderung wieder erweckten, so daß es zu Akten furchtbarer Grausamkeit und Schlächtereien kam, bei denen weder Alter noch Geschlecht verschont wurden, — solche Erfahrungen sollten dem sich anbahnenden Werk der Zivilisation Zentralafrikas erspart bleiben, und deshalb schlage die Regierung

[1]) Parlamentary Papers, Miscellanous Nr. 6 (1913). Report of H. M.'s Consul at Iquitos on his tour in the Putumayo district. April 1913. S. 14.

Digitized by Google

der Vereinigten Staaten vor, im Falle eines europäischen Krieges zwischen den Signatarmächten das Kongobecken zu neutralisieren, um zu verhüten, daß der auswärtige Krieg auf dieses Gebiet übertragen und die an sich schon zu Raub und Plünderung geneigten Negerstämme in diesen Kampf hineingezogen würden. Die Annahme dieses allgemein gehaltenen Vorschlages scheiterte an dem Widerspruch des französischen Bevollmächtigten. Dieser erklärte, daß ein kriegführender Staat sich nicht einen Teil seiner Aktionsmittel entziehen lassen könne. Wenn ein Staat im Kriegszustand sei, so müsse er den Kampf mit allen ihm zur Verfügung stehenden Hilfsmitteln führen. Angesichts dieses Widerstandes Frankreichs gegen eine bedingungslose Neutralisierung einigte sich die Konferenz schließlich im § 11 der Akte auf folgende abgeschwächte Bestimmung:

„Falls eine Macht, die im konventionellen Kongobecken Hoheitsrechte ausübt, in einen Krieg verwickelt wird, so verpflichten sich die Signatarmächte der Akte, ihre guten Dienste zu leihen, daß die im Kongobecken gelegenen Gebiete derselben mit ihrer Zustimmung sowie der der anderen kriegführenden Macht oder Mächte für die Dauer des Krieges neutralisiert werden. Die kriegführenden Parteien verzichten dementsprechend darauf, die Feindseligkeiten auf dieses so neutralisierte Gebiet auszudehnen, sowie es zur Basis von kriegerischen Operationen zu machen."

Unmittelbar nach Ausbruch des jetzigen Krieges hatte der Gouverneur von Kamerun am 2. August 1914 telegraphisch in Berlin angeregt, die nötigen diplomatischen Schritte zu tun, um dem Teil des Schutzgebietes, der unter die Kongoakte fällt, die Wohltaten des § 11 derselben zuteil werden zu lassen. Die Reichsregierung hat alsbald die Vermittlung der Vereinigten Staaten in diesem Sinne bei den Alliierten erbeten. Obgleich Belgien im gleichen Sinne wie Deutschland sich mit Frankreich und England über die nötigen Schritte zur Neutralisierung seiner Kongokolonie zu verständigen suchte, und obwohl Frankreich anfangs geneigt war, dem Vorschlag beizutreten, hat schließlich England mit dem Hinweis, daß es nötig erscheine, Deutschland zu schaden, wo man könne, den Ausschlag zur Ablehnung der Neutralisierung gegeben. Es fügte noch hinzu, daß Deutschland selbst den Kampf in den Kolonien begonnen habe. Das war wieder eine der so häufigen bewußten englischen Lügen. Denn am Kongo ist der Krieg von den vereinigten Belgiern und Franzosen am 5. bzw. 6. August mit dem Ueberfall auf die zwei deutschen Stationen im Sanga- und Ubangizipfel, Bonga und Singa, begonnen worden, in einem Augenblick, in dem die dortigen, von allem telegraphischen Verkehr mit Europa vollständig abgeschnittenen deutschen Beamten von dem Ausbruch des Krieges noch nichts wissen konnten. Auch in Ostafrika sind die Feindseligkeiten durch den Angriff englischer Kriegsschiffe auf den Funkenturm in Daressalam eröffnet worden.

Die Regierung der Vereinigten Staaten, auf deren Betreiben doch gerade die Bestimmungen über die Neutralisierung des Kongobeckens in die Kongoakte aufgenommen worden waren, hat sich, wie die soeben von der deutschen Reichs-

Digitized by Google

regierung herausgegebene „Denkschrift über die Verhandlungen, betreffend die Neutralisierung des konventionellen Kongobeckens" klar erkennen läßt, auch in diesem Fall höchst sonderbar benommen. Sie hat zunächst am 31. August 1914 das Ersuchen der deutschen Regierung vom 23. August um Vermittlung unter dem fadenscheinigen Grund, daß die Vereinigten Staaten die Kongoakte (aus innerpolitischen Gründen) nicht ratifiziert hätten, glatt abgelehnt. In einem erneuten Ersuchen vom 15. September wurde sie von Berlin darauf hingewiesen, daß der deutsche Antrag lediglich eine unnötige und zugleich der Kulturgemeinschaft der weißen Rasse schädliche Verschärfung des Kriegszustandes hintanzuhalten bezwecke und deshalb wohl die volle Sympathie der amerikanischen Regierung, namentlich angesichts ihres Verhaltens auf der Kongokonferenz 1884/85, verdiene. Darauf hat man sich dann schließlich in Washington dazu herbeigelassen, den deutschen Vorschlag am 26. September, aber ohne irgendeine Anmerkung oder Befürwortung, nach London und Paris weiterzugeben.

Weder in England aber, noch in den Vereinigten Staaten haben sich die Aboriginal Protection Society, die zahllosen Missionsgesellschaften und philanthropischen Vereinigungen irgendwie bemüßigt gefühlt, ihre gewichtigen Stimmen gegen die Uebertragung der Kriegsfurie in Europa nach Afrika zu erheben. Nur ein Beweis mehr für die längst feststehende Tatsache, daß in diesen Ländern des Cant und der heuchlerischen Augenverdrehung alle wahrhaft humanitären Bestrebungen in der Stunde des Ernstes und der Gefahr keinen Boden haben. Was aber sagen die elf englischen geistlichen hohen Würdenträger zu dieser Umwerfung der letzten noch stehengebliebenen Säule der Kongoakte durch ihre Regierung? Sie, die beim Kriegsausbruch an Adolf Harnack voll Pathos schrieben: „Wir können niemals das Gesetz an Stelle des Krieges setzen, wenn feierliche internationale Verträge nach dem Belieben einer beteiligten Macht gebrochen werden können. Solche Verpflichtungen binden nach unsrer Auffassung aber besonders streng, wenn sie die Neutralität betreffen. Denn die ständige Erweiterung der Neutralität erscheint uns als einer der sichersten Wege zur fortschreitenden Austilgung des Krieges vom Antlitz der Erde."

Wie hart und grausam sind alle Hoffnungen der Idealisten auf das Werk der Kongokonferenz im Laufe der verflossenen dreißig Jahre Schritt für Schritt enttäuscht und zunichte gemacht worden! Wie unfruchtbar ist schließlich dieses mühselige Werk der an ihr beteiligt gewesenen Diplomaten geblieben! Bei Licht besehen ist von der Kongoakte nichts erhalten als der § 7, der bestimmt, daß das Kongobecken baldtunlich in das Gebiet des Weltpostvereins einzubeziehen ist!

Die mit der Kongoakte gemachten Erfahrungen lehren, daß Fragen, bei denen die Geldsackinteressen im Vordergrund stehen und bei denen Persönlichkeiten mit so weitem Gewissen, wie Leopold II. es war, die führende Rolle spielen, sich nicht durch internationale Abmachungen regeln lassen. Der heutige Kulturzustand auch der sog. zivilisierten Völker und das ethische Empfinden

Digitized by Google

ihrer leitenden Kreise ist vielfach für eine derartige diplomatische Regelung wirtschaftlicher Fragen noch lange nicht reif genug.

Das deutsche Volk aber, nachdem es durch die harte Schule dieses Krieges hindurchgegangen sein wird, dürfte hoffentlich jenen unklaren Idealismus ablegen, der es gerade auf dem Gebiete der Kongoakte zum Spielball fremder Einflüsse gemacht und zu materiellen Opfern veranlaßt hat, die pour le roi des Belges vertan worden sind.

Im Jahre 1876 wurden im Königsschloß zu Brüssel die namhaftesten Geographen und Afrikaforscher zu einer internationalen Konferenz zur Beratung der Mittel und Wege für eine planmäßige Erforschung von Afrika berufen. Diese Versammlung lieferte dem König Leopold II. den Mantel, unter dem er seine ersten vorbereitenden Schritte zur Gründung des Kongostaates zu verbergen wünschte. Die englischen geographischen Kreise, die immer eine feine politische Witterung hatten, ließen sich auf eine Unterstützung der leopoldinischen Pläne überhaupt nicht ein. Bei Frankreich mußte der König die schmerzliche Ueberraschung erleben, daß de Brazza, dessen Reise von Ogowe zum Stanleypool er pekuniär unterstützt hatte, seine Errungenschaften seinem Adoptivvaterland Frankreich zur Verfügung stellte und zum schärfsten Gegner der Stanleyschen Expedition wurde, der er Abbruch tat, wo er konnte. Nur wir Deutsche haben, noch dazu aus Reichsmitteln, im biederen Vertrauen auf die humanitären und zivilisatorischen Bestrebungen des Brüsseler Drahtziehers, demselben geholfen, einen großen Teil des zukünftigen Kongostaates geographisch zu erforschen. Der letzte Vorsitzende der „Afrikanischen Gesellschaft in Deutschland", Admiral v. Schleinitz, fuhr mit diesem System noch fort und sandte eine neue große wissenschaftliche Expedition nach der Kongomündung (1884/85) zu einem Zeitpunkt, als bereits die aktive deutsche Kolonialpolitik einsetzte. Bismarck, der sich bis dahin wenig um die Tätigkeit dieser „Professorengesellschaft", wie er sie Rohlfs[1]) gegenüber einmal nannte, gekümmert hatte, ging das über den Spaß. Er entzog ihr die Unterstützung aus Reichsmitteln und bewirkte dadurch ihre baldige Auflösung. Ganz ähnlich suggestiv hat die von Brüssel aus inszenierte, im geheimen, wie wir oben sahen, ganz anderen Zwecken dienende Agitation für die Bekämpfung des Sklavenhandels in Deutschland gewirkt. Keiner anderen Nation fiel es ein, für solche Zwecke Gut und Blut einzusetzen. Nur wir Deutsche ließen uns auch hier wieder einfangen. Die zur Bekämpfung des tatsächlich in Deutsch-Ostafrika gar nicht mehr bestehenden Sklavenraubes aufgewandten Millionen der Antisklavereilotterie und andrer Sammlungen erwiesen sich schließlich als nutzlos ausgegeben, wenn man davon absieht, daß das ostafrikanische Gouvernement durch diese Unternehmungen billig zu je einem freilich wenig brauchbaren Dampfer auf den zentralafrikanischen Seen kam, die aber gegen Sklavenjäger absolut nichts zu tun fanden.

---

[1]) Gerhard Rohlfs. Lebensbild eines Afrikaforschers von Konrad Guenther. Freiburg 1912.

Digitized by Google

Hoffentlich werden diese Erfahrungen dazu beitragen, fortab der Einspannung deutscher Kräfte und Geldmittel für die Verwirklichung fremdländischer Pläne und Interessen einen starken Riegel vorzuschieben. Vestigia terrent!

Gefühl und Politik

Von

Wilhelm v. Massow

Von der Zusammenstellung der beiden Begriffe „Gefühl" und „Politik" wendet sich der Berufspolitiker in der Regel mit Grausen. Er hat genug damit zu tun, den Aerger hinunterzuschlucken, den ihm die Gefühlsseligkeit der Menschen in der Beurteilung von Fragen des Staatsinteresses bereitet. Es ist für ihn die Quelle aller Unklarheit und Torheit. Wenn daher an ihn die Frage herantritt, was Gefühl und Politik miteinander zu tun haben, so wird ihm am nächsten die unwirsche Antwort auf der Zunge liegen: „Gar nichts."

Aber wenn wir uns in der Welt umsehen, werden wir bemerken, daß wir nicht so schnell um die Frage herumkommen. Uns Deutschen wird besonders häufig — denn wir haben draußen in der Welt viele Feinde und drinnen bei uns viele Kritiker und Erzieher! — vorgeworfen, daß wir in politischen Dingen gar zu „sentimental" seien, daß das Gefühl mit unserm nüchternen Urteil durchgehe, und daß uns daraus schon so manche Nachteile erwachsen seien. Diese Vorwürfe mögen berechtigt sein, aber sind wir allein unter den Völkern dasjenige, das sich vom Gefühl fortreißen läßt? Ich glaube, der Weltkrieg ist geeignet, uns eines Bessern zu belehren. Die Beweggründe, die dazu geführt haben, liegen zum guten Teil so sehr außerhalb rein verstandesmäßiger Erwägungen, das Urteil der Völker, die uns angegriffen haben, erscheint so sehr durch Gefühlsregungen getrübt, daß wir auch bei der schärfsten Selbstkritik die Behauptung nicht aufrechterhalten können, es sei nur das deutsche Volk, das in politischen Dingen nicht nüchtern genug zu wägen verstehe. Niemand wird z. B. sagen können, daß Frankreich aus einem verstandesmäßig begründeten Interesse gegen uns Krieg führe. Es führt in Wahrheit den Krieg gegen sein wahres Interesse, als Werkzeug Rußlands und als Opfer englischer Uebervorteilung, aber es merkt trotz der hohen Intelligenz der französischen Nation nichts davon, weil Haß und Rachsucht gegen Deutschland, beständig genährt und aufgepeitscht von einer kleinen Schar Ehrgeiziger und gewissenloser Sondercliquen, jede gesunde Urteilsfähigkeit überwuchert und erstickt haben. Auch wenn wir zu den Neutralen hinüberschauen, ließen sich Beispiele häufen, wie unklare Sympathien und gefühlsmäßige Vorurteile unter Völkern von anerkannter Klugheit und politischer Begabung eine solche Rolle spielen, daß sie oft drauf und dran sind, das Urteil

Digitized by Google

und die Entschlüsse ihrer weiterblickenden Staatsmänner über den Haufen zu werfen und eine Lage herbeizuführen, die die Interessen ihres eignen Landes schwer gefährden würde. Es scheint sich also doch zu lohnen, daß man der Frage, was das Gefühl in der Politik zu bedeuten hat, etwas näher tritt.

Vielleicht bahnen wir uns einen Weg zu dem Problem, wenn wir uns die Natur des Staatsmannes genauer ansehen.

Wir sprechen von Staatskunst, weil die Tätigkeit des Staatsmannes, so fern sie auch dem liegen mag, was wir unter „Kunst" im engeren Sinne verstehen, vor allem ein intensives Können voraussetzt, das nicht beliebig angelernt werden kann, sondern in der natürlichen Art der Persönlichkeit begründet ist. Während aber der Künstler im engeren Sinne einem Stoff gegenübersteht, der ohne ihn nichts ist, den er erst durch persönliches Schaffen zu etwas macht, befindet sich der Staatsmann in äußerster Abhängigkeit von dem „Material" — wenn man es so ausdrücken darf —, an dem er sein Können zu beweisen hat. Denn dieses Material ist die Gemeinschaft lebendiger Menschen, der er selbst angehört und mit der er sich eins fühlt. Deshalb muß der Staatsmann eine besondere Vereinigung von Eigenschaften besitzen, die nur selten in vollkommener Weise zusammentreffen. Wenn er nicht eine besondere Feinfühligkeit für alle Regungen der Volksseele besitzt, wird er sein Material nicht so beherrschen, wie es die Ausübung seiner „Kunst" fordert. Aber gerade diese Feinfühligkeit vereinigt sich schwer mit einem Charakter von besonderer Geschlossenheit und Stärke, mit einer straffen Konzentration von Verstand und Willen, wie sie derselben Tätigkeit eigen sein muß. Meist ist ja die letztgenannte Veranlagung mit einer gewissen Einseitigkeit und herben Abgeschlossenheit gegen die Umwelt verbunden, die eine erhöhte Feinfühligkeit ausschließt. Es muß eben schon eine seltene Natur sein, die zugleich mit der größten Kraft und Ueberlegenheit des Erkennens und Wollens in ihrer Person alle Ausstrahlungen der Volksart wie in einem Brennpunkt sammelt. Eine solche Natur war Bismarck, aber eben diese Erinnerung zeigt auch, wie schwer die Forderung im Alltag des politischen Lebens zu erfüllen ist. Trotzdem werden wir aus solchem Vorbild auch für die Forderungen des Alltags manches lernen können.

Was der Berufspolitiker jeder Art — nicht bloß der Staatsmann — am schwersten und seltensten erreichen wird, das läßt sich aus der soeben angestellten Betrachtung entnehmen. Wir müssen daran denken, daß gerade die Begabtesten unter den Politikern, die die größte Freudigkeit und Begeisterung für ihren Beruf mitbringen, am meisten in Gefahr stehen, daß unter der natürlichen Lebhaftigkeit ihres Empfindens die volle Beherrschung der eignen Persönlichkeit leidet. Die sachliche Konzentration, das Gleichmaß und die Klarheit des Urteils werden beeinträchtigt. Deshalb ist es für die Schulung des praktischen Politikers die erste und wichtigste Forderung: Erwirb und bewahre dir die Fähigkeit, gleichsam aus dir selbst herauszutreten, dich selbst scharf kritisch als Objekt zu betrachten, vor allem dein Fühlen zu meistern. Denn nur so erlangt der Verstand die

Digitized by Google

Klarheit und Ueberlegenheit, die im politischen Urteil, Rat, Entschluß und Handeln gefordert werden muß.

Fürst Bülow erzählte einmal in einer Reichstagsrede (am 17. März 1905), worin er auf Angriffe des Abgeordneten Bebel antwortete, wie er als junger Diplomat eine Lektion vom Fürsten Bismarck empfangen hatte. „Der Herr Abgeordnete Bebel" — so sagte Graf Bülow — „hat drei- oder viermal das Wort „Entrüstung" gebraucht. Da sich der Herr Abgeordnete Bebel für Aeußerungen des großen Fürsten Bismarck interessiert (Bebel hatte sich nämlich auf Worte Bismarcks berufen), so will ich ihm ein kleines persönliches Erlebnis erzählen. Als ich viel jünger war, schrieb ich einmal als Geschäftsträger — ich will nicht sagen, von welchem Posten aus — einen Bericht, in dem das Wort „Entrüstung" vorkam. Da ließ mich Fürst Bismarck darauf aufmerksam machen, daß „Entrüstung" kein politischer Ausdruck sei. Der Politiker — so schrieb mir Fürst Bismarck — werde durch Vorgänge mehr oder weniger angenehm berührt. Er reagiere in dieser oder jener Weise auf Vorgänge, aber er entrüste sich nicht. Jedenfalls sollte mit dem Wort Entrüstung sparsam umgegangen werden."

Was der damalige Reichskanzler aus seiner diplomatischen Lehrzeit von seinem großen Vorgänger erzählte, muß natürlich cum grano salis verstanden werden. Die Seelentätigkeit des Politikers hat zwei Seiten, eine passive und eine aktive. Die aktive fordert die Ausschaltung von Gefühl und Leidenschaft möglichst vollständig, aber ihr geht eine passive voran, die Aufnahme des Bildes der Lage, und darin kann der Politiker nicht feinfühlig und hellsehend genug sein, auch in bezug auf die Gefühlsmomente, die zu diesem Bilde gehören. Nichts würde verhängnisvoller sein als ein Hinwegsehen über die Gefühlsseite im Leben der Völker, oder gar die Unfähigkeit, diese Seite zu verstehen.

Das Gefühlsleben ist im wirklichen Menschen von dem Intellekt untrennbar; die Sonderung ist ja nur eine begriffliche. Das erfahren wir auch im Leben des Einzelnen. Es gibt zwar Menschen, die sich einbilden, daß sie stets nur ihrem Verstande folgen. Das beruht aber auf einer unrichtigen Deutung des seelischen Vorgangs. Es entgeht ihnen, daß die Neigung, eine von außen kommende Gefühlserregung abzustoßen, nicht auf einer Tätigkeit ihres Verstandes beruht, sondern im Grunde in einer Eigentümlichkeit ihres eignen Gefühlslebens wurzelt, das zwar matt und oft unbewußt, immerhin aber vorhanden ist. Können wir also im Leben des Einzelnen eine vom Gefühlsleben losgelöste Wirklichkeit nicht denken, so finden wir es auch im Völkerleben nicht anders. Das Gefühlsleben der Völker gehört zum richtigen Bilde der Wirklichkeit. Darum muß es für den Politiker ein Gegenstand eifrigen und tiefen Studiums sein, nicht nur bei den Völkern, gegen die er arbeitet, sondern auch bei dem eignen, mit dem er arbeitet. Dabei wird aber eine andre Bedeutung des Gefühls in der Politik klar: es wird für den Staatsmann ein Mittel zur Erreichung seiner Zwecke oder — um einen anschaulicheren Vergleich zu gebrauchen — ein Instrument, das der Staatsmann spielen können muß, um bestimmte Wirkungen zu erreichen.

Digitized by Google

Um das richtig zu würdigen, bedarf es noch einer weiteren Erkenntnis, die für den Gegenstand unsrer Betrachtung von Wichtigkeit ist. Das Gefühl bildet nämlich eine Art von Brücke zwischen der einzelnen Persönlichkeit und der Massenpsyche. Wie wirkt überhaupt ein einzelner Mensch auf eine Vielheit? Wer sich mit diesem Problem nicht näher befaßt hat, wird vielleicht darauf die einfache Antwort finden, daß es durch die Kraft der Ueberzeugung geschieht. Es kommt anscheinend nur darauf an, die Sache und die Ansicht, für die man wirken will, so deutlich und einleuchtend zu erklären, daß das Denken des Hörers dieselben Wege geht wie das des Redenden. Leider aber wird jeder, der in die Lage kommt, von diesem Rezept Gebrauch zu machen, sehr bald erfahren, daß es so nicht geht. Er wird, wenn er sich der Hoffnung hingegeben hat, glänzende Geistessiege zu erringen, vielleicht schon sehr bald mit mehr oder weniger Erbitterung oder Verzagtheit feststellen, daß es Menschen gibt, die trotz der einleuchtendsten Gründe entweder nicht überzeugt sein wollen oder so unverzeihlich dumm sind, daß sie der klarsten Logik unzugänglich bleiben. Eine Einwirkung auf fremde Völker zeigt sich auf diesem Wege erfahrungsgemäß als so gut wie unmöglich.

Es muß also wohl noch eine andre Bedingung erfüllt sein, wenn der Gedankengang eines Menschen in einem andern ein Echo finden soll. Es scheint da eben oft eine Brücke zu fehlen. In vielen Fällen kommt uns das nicht zum Bewußtsein, weil — wir wollen das gewählte Bild festhalten — der Abstand von Mensch zu Mensch mitunter so gering ist, daß er überschritten oder übersprungen werden kann. Wenn Menschen von gleichem Bildungsgrade, gleicher geistiger Reife, gleicher Bereitwilligkeit, sich in einen ihnen vorgeführten Gedankengang zu vertiefen, oder auch von dem übereinstimmenden Bewußtsein erfüllt, sich auf einer gemeinsamen Gesinnungsgrundlage zu bewegen, ihre Gedanken austauschen, dann bedarf es natürlich keiner besonderen Mühe, um ein gegenseitiges Verständnis, wenn auch vielleicht nicht immer völlige Uebereinstimmung, zu sichern. Oder wenn ein anerkannter Gelehrter als Hochschullehrer der akademischen Jugend gegenübertritt, die sich in dem Streben nach demselben idealen Ziel mit ihm eins weiß und bereit ist, sich auf seinen Gedankenwegen von ihm führen zu lassen, dann ist es nur eine Frage der Herrschaft über eine reine Gedankenwelt, die der einzelnen Persönlichkeit den Sieg über die Vielheit sichert. Und ähnliche Erfahrungen ließen sich auch sonst noch feststellen.

In der Masse sehen wir alle diese Vorbedingungen nicht erfüllt. Gedankenrichtungen, die kreuz und quer ihre eignen Wege gehen, finden sich da zusammen, Denkapparate der verschiedensten Art, spitzfindige und stumpfe, geschulte und ungeschulte, entschlossen vordringende und zaghafte, eifrig suchende und gleichgültige, selbstgefällige und bescheidene, kraftvolle und unzulängliche. Wo ist das Gemeinsame, das doch diese Masse zu einer Einheit gestaltet und sie bestimmten Vorstellungen konkreter Art zugänglich macht? Wo ist der gemeinsame Boden, der dem Politiker gestattet, seine persönlichen Gedanken und Entschließungen darauf so fest aufzubauen, wie sie in seinem eignen Geiste verankert sind? Da ist nur

Digitized by Google

ein Gemeinsames möglich: das Gefühl oder, wie wir jetzt lieber zu sagen pflegen, die „Stimmung". Wer die Stimmung für sich hat und sie zu erhalten weiß, der hat die Masse. Sonst gibt es kein Mittel, eine Vielheit unter den Einfluß eines Gedankens zu bringen.

Aus diesem Grunde muß das Gefühlsleben in der Politik nicht nur geduldet werden, sondern es ist unentbehrlich. Der Staatsmann muß zwar selbst durchaus Herr über seine eignen Gefühle sein und muß sie, wenn er seine Entschlüsse faßt, aus seinem Wege entfernen, aber wo er Einfluß auf das Volksganze, auf möglichst weite Kreise der öffentlichen Meinung gewinnen, wo er diese führen und mit sich fortreißen will, da ist das Verständnis für das Fühlen der Masse, die Fähigkeit, gemeinverständliche Gefühlsmomente in die Sache hineinzutragen, eines der wichtigsten Mittel, die ihm zu Gebote stehen. Es kann also nicht stark genug betont werden: der geschickte Politiker entfernt nicht die Gefühlsmomente aus der Politik, sondern im Gegenteil, er bringt sie hinein, und seine Meisterschaft besteht nur darin, daß er, der mit feinem Instinkt und warmem Herzen, aber mit kühlem Kopf und festem Willen in dieser Brandung steht, auch die Gefühlsregungen, deren er sich bedient, nach seinem Willen zu lenken weiß.

Die Geschichte bietet dafür viele Beispiele; hier sei nur auf eines der bekannteſten hingewiesen, das zugleich den Charakter eines „klassischen" Beispiels, eines „Schulfalls" hat. Gemeint ist die Emser Depesche 1870. Wie sich die Ereignisse in Ems dem kühlen, geschulten Berufspolitiker als reines Tatsachenmaterial darstellten, das gab die Depesche wieder, die Geheimrat Abeken am 13. Juli 1870 von Ems an Graf Bismarck abschickte. So und nicht anders mußte ein Diplomat in der verantwortlichen Stellung Abekens an seinen Vorgesetzten, den Bundeskanzler, berichten. Das ist besonders zu betonen, weil die üblichen Darstellungen leicht den Eindruck erwecken können, als habe Abeken ungeschickt berichtet und Bismarck habe das korrigieren müssen. In Wahrheit wurde Bismarck durch die Depesche gut, richtig und vollständig orientiert. Aber nun trat an ihn als leitenden Staatsmann die Frage heran, wie er das Geschehene der Oeffentlichkeit vermitteln sollte. Er hatte sich überzeugt, daß Frankreich den Krieg wollte, daß also nur um den Preis einer Demütigung um diese Tatsache herumzukommen war. Es mußte also dafür gesorgt werden, daß das ganze deutsche Volk die unausweichbare Notwendigkeit, sich gegen einen Angriff auf seine Ehre und Selbständigkeit zu verteidigen, in ihrer ganzen Tragweite begriff. Dazu war der amtliche Bericht Abekens, der geschäftliche Tatsachenextrakt, der noch dazu den Eindruck durchschimmern ließ, daß der König selbst die Sache mit der letzten Weisung an Benedetti für erledigt hielt, nicht geeignet. Was geschehen war und noch bevorstand, konnte nur in einer allgemeinen Gefühlsregung begreiflich gemacht werden, im Aufwallen einer in jeder deutschfühlenden Seele emporsteigenden Leidenschaft. Bismarck machte bekanntlich die Probe, indem er die Depesche Abekens den mit ihm beratenden Herren, Moltke und Roon, mitteilte. Es geschah das Erwartete. Man sah sich betroffen an; die trockene Sprache machte den Eindruck, als habe man eine erledigte, abgetane

Digitized by Google

Sache vor sich, und das wirkte natürlich auf Männer, die die Bedeutung des Augenblicks kannten, geradezu niederdrückend. Und nun beginnt Bismarck seine Arbeit: der Tatsachenbericht wird in die Form gebracht, die der feinfühlige, geniale Staatsmann als diejenige erkennt, die auf die Volksseele, wie er sie mitfühlend versteht, den Eindruck machen muß, den die Lage erforderte. Er streicht aus der Depesche alle die Sätze und Worte, die den schlichten Sinn von der Hauptsache ablenken und das Verständnis erschweren; dadurch werden die allgemein verständlichen Kernpunkte der Tatsachen näher aneinandergerückt, und nun weiß er: jeder Deutsche, der das liest, muß jetzt verstehen, worum es sich handelt, und das muß ihm das Blut in den Adern empören. Es ist die Absicht Frankreichs, das friedfertige deutsche Volk zu überfallen, der Versuch, in dem greisen König das ganze Volk zu beleidigen. Nun wird die erneute Probe auf das Exempel gemacht; Moltke liest das neu redigierte Schriftstück und sagt schmunzelnd: „Vorher war es eine Chamade, jetzt ist es eine Fanfare."

Das ist eines der bekanntesten Beispiele, die die Geschichte zur Verfügung stellt. Im Zeitalter des Absolutismus und der Kabinettspolitik hat man freilich weniger nach dem volkstümlichen Fühlen gefragt, aber verständige Fürsten und Staatsmänner haben es auch damals nicht verschmäht, an die Gefühle zu appellieren, von denen sie wußten, daß sie ihnen die Lösung ihrer Aufgaben erleichtern würden. Je mehr sie das taten, desto erfolgreicher waren sie.

Am deutlichsten mußte das Bestreben, die öffentliche Meinung durch Einwirkungen auf das Gefühl zu gewinnen, da hervortreten, wo das Staatsleben zuerst die öffentliche Meinung zur Mitwirkung an den Geschicken des Volkes herangezogen hatte. Das war in England der Fall. Es ist alte Tradition der englischen Staatsmänner, ihre Politik scheinbar auf Gefühlsregungen aufzubauen. Der englische Politiker arbeitet stets mit „sentiment". Alle Gründe seines Handelns weiß er darauf zurückzuführen oder sie zum mindesten darin einzuwickeln. Man ist in England an diese Methode derart gewöhnt, daß man die Widersprüche zwischen den offensichtlichen Gründen des Handelns und ihrer gefühlsmäßigen Einkleidung gar nicht mehr bemerkt, und daß sich unter dem Zwang dieser seit Jahrhunderten geübten Suggestion auch persönlich ehrenwerte Menschen gar nicht mehr dessen bewußt werden, wie bedenklich, vom moralischen Standpunkt gesehen, dieser Widerspruch ist. Die Gesichtspunkte der Politik müssen immer den schärfsten und härtesten Egoismus des Staates voranstellen. England ist durch seine insulare Lage und seine Weltmachtstellung, in neuerer Zeit noch besonders durch seine wirtschaftliche Lage, weil es die Landwirtschaft hat verfallen lassen und die Ernährung des Landes auf die Einfuhr gestellt hat, auf eine Politik besonders harten, eifersüchtigen und rücksichtslosen Eigennutzes angewiesen und führt sie tatsächlich mit allen Mitteln durch, wobei es weder vor den brutalsten Maßregeln der Unterdrückung fremder Rechte, noch vor unmittelbarem Vertragsbruch und Verletzungen des Völkerrechts zurückscheut. Wenn man nun diese Politik, die an sich schon die äußerste Inhumanität, die Verleugnung jedes sittlichen Gefühls, jeder anständigen Regung bedeutet, noch

Digitized by Google

gefühlsmäßig aufputzt und sie dabei natürlich nur auf gute, allgemein als nachahmenswert geltende Regungen zu stützen versucht, so ist das nach unsern Begriffen nichts anders als die gemeinste und widerwärtigste Heuchelei.

Vom englischen Volk wird das indessen nicht als Heuchelei angesehen, weil es in seiner besonderen Entwicklung ein ganz anders geartetes Empfinden zur Grundlage seiner Sittlichkeit gemacht hat. Es soll hier nicht auf die England eignen Richtungen des Puritanismus und Utilitarismus eingegangen werden. Nur mag darauf hingewiesen werden, daß in beiden Richtungen Geschäftsgeist und Nützlichkeitssinn eine besonders enge Verbindung mit Religion und Philosophie eingegangen waren. Dadurch gewöhnte sich der englische Geist daran, Dingen und Anschauungen, die uns von allem Religiösen und Sittlichen weitab zu liegen scheinen, eine gewisse religiöse Färbung und Weihe zu geben. Das bedeutet aber nichts andres, als daß die Kritik und die freie Gewissensregung des einzelnen ehrfurchtsvoll davor haltmachen. Es ist klar, daß daraus nicht die Wirkung entstehen kann, die Forderungen der Politik möglichst mit den moralischen Begriffen der einzelnen in Einklang zu bringen, sondern daß die Folge eine andre sein muß: das Bedürfnis, politische Notwendigkeiten und moralische Gesichtspunkte vor dem Richterstuhl des Gewissens irgendwie gegeneinander abzuwägen, wird abgestumpft und dafür die Neigung erweckt, auch solche Dinge moralisch und religiös aufzuputzen, die — unbefangen betrachtet — allen bestehenden sittlichen Anschauungen widersprechen. Das würde freilich unmöglich sein, wenn jeder seinem gesunden Gefühl folgen wollte. Der Puritanismus und die ihm folgenden Richtungen haben daher dafür gesorgt, daß das Gefühlsleben selbst einem Schema unterworfen wurde. Zu Hilfe kam dabei das instinktive Begreifen des Engländers, daß die von ihm besonders hochgeschätzte äußere Freiheit des einzelnen durch nichts so sicher gewahrt wurde, als durch freiwillige Unterwerfung unter die durch Erfahrung und Sitte geschaffenen Gesetze der Gesellschaft. Daraus hat sich jene Tradition entwickelt, die eine bedingungslose Anerkennung gewisser ungeschriebener Gesetze in Takt- und Gefühlsfragen zur allgemeinen Gewohnheit und — was besonders wichtig ist — zum Ziele der Erziehung machte.

Infolge des schematischen Charakters des englischen Gefühlslebens ist der englische Staatsmann in allen Fragen imstande, ziemlich genau vorauszusehen, welche Gefühlsregungen sie in der öffentlichen Meinung auslösen. Es bleibt ihm also nur übrig, die Angelegenheit, die er natürlich ganz im Sinne der herkömmlichen englischen Eigennutzpolitik zu betreiben hat, so darzustellen und einzukleiden, daß die Uebereinstimmung mit dem Empfinden der Allgemeinheit, mit der „Public opinion", hergestellt wird. Ich möchte auf den Vergleich mit dem Spielen eines Instruments zurückkommen. Man kann den englischen Staatsmann mit einem Orgelspieler vergleichen. Er regiert Manuale und Pedale nach seinem persönlichen Willen, aber die musikalische Wirkung tritt nur ein, wenn er die richtigen Register gezogen hat, denen der Bälgetreter „öffentliche Meinung" beständig den Luftstrom zuführt. Das Orgelspiel kann trotz aller Geschicklichkeit

Digitized by Google

im Regieren der Manuale und Pedale nur zustande kommen, wenn Register und Windkasten richtig konstruiert sind und der Spieler die Verbindung mit ihnen herzustellen weiß. In England weiß man über die Voraussetzungen des Führens der Staatsgeschäfte Bescheid, weil ein in Jahrhunderten ausgebildeter und geübter Instinkt darauf geführt hat. Darum hat man dort auch am frühesten die Presse ausgebildet, die Einrichtung, die dafür sorgt, daß der Staatsmann stets die Register ziehen kann, die seinem Spiel die richtige Färbung und Fülle geben.

Man kann die Bedeutung der Presse auch an einem andern Bilde erläutern. Die Presse hält die Vorratskammer von politischen Ideen und Empfindungen gefüllt, in die der Staatsmann hineingreifen kann, wenn er sie für seine Zwecke braucht. Hier findet er die Lieblingsgedanken, die Traditionen der nationalen Politik in der Fassung, die bestimmten Anschauungskreisen geläufig ist, die dem innersten Wesen und Bedürfnis der verschiedenen Volkskreise entsprechenden Formen der Ansichten über alles, was ihm die Ereignisse an Erscheinungen, Fragen und Aufgaben in den Weg werfen. Alles, was der Tag Neues bringt, wird hier zugerichtet und vorbereitet, das Neue unter bekannte Gesichtspunkte gebracht, vor allem mit Gefühlsmomenten durchtränkt und dadurch erst geschickt gemacht, von der Masse aufgenommen zu werden. Das mag für selbstherrliche Naturen unter den Staatsmännern unbequem sein. Auch in England, wo der von bestimmten Regungen geleitete Volksgeist sich zuerst die Anerkennung als politische Macht erobert hat, ist es nicht ohne schwere Kämpfe, die zur Revolution führten, abgegangen, aber es hat sich doch zuletzt durchgesetzt, daß sich die Staatsmänner nicht mehr den Kopf an der öffentlichen Meinung einrennen, sondern gelernt haben, sie wie ein Instrument zu benutzen, auf dem sie spielen.

Wirkliche Meister der Staatskunst sind auch in England sehr viel seltener gewesen, als gewöhnlich angenommen wird. Man kann eigentlich nur Cromwell, die beiden Pitt und Disraeli in diese Reihe stellen. Aber eben dadurch werden wir bei Betrachtung der englischen Geschichte auf einen wichtigen Punkt aufmerksam gemacht. Die englische Politik hält doch immer eine feste, klare, einfache und unbeirrbare Linie fest, auch wenn sie von mittelmäßigen Persönlichkeiten geführt wird. Das kommt daher, daß diese Politik eine besondere Verbindung von Verstandespolitik und Gefühl darstellt, nämlich eine Verstandespolitik in volkstümlichem Gefühlsgewande. Diese zum Gegenstand allgemeiner Erziehung und Gewöhnung gewordene Methode macht es möglich, daß auch Mittelmäßigkeiten an führender Stelle als erfolgreiche Staatsmänner wirken können. Uebung, die von andern gemachten Erfahrungen zu benutzen, einige Gewandtheit, Verschlagenheit, Rücksichtslosigkeit und vor allem einige persönliche Eigenheiten, die die Oeffentlichkeit beschäftigen und den Schein volkstümlicher Originalität hervorrufen, können die eigentlich staatsmännischen Eigenschaften ersetzen. Die englische Geschichte bietet uns eine ganze Galerie solcher Politiker, die in der Ueberlieferung mit dem unverdienten Glanz bedeutender Staatsmänner umgeben sind, obgleich viele von ihnen in bezug auf Begabung, Kenntnisse und wahre Bildung nach unsern Begriffen auf einem durchaus nicht hohen Standpunkt stehen. Man

Digitized by Google

braucht aus der neuesten Geschichte nur die Namen Palmerston und Gladstone zu nennen. Aber was bedeutet das alles gegen die nicht zu leugnende Tatsache, daß die Nation immer Männer in Bereitschaft hat, die die Leitung der Staatsgeschäfte im Sinne einer festen Ueberlieferung und zur Zufriedenheit des Landes führen können? Diese Wirkung wird nur dadurch ermöglicht, daß der Staatsmann daran gewöhnt ist, seinen Entschlüssen stets eine Form zu geben, die ihnen die Unterstützung durch das volkstümliche Gefühl sichert.

Ausdrücklich aber muß dabei das Mißverständnis abgewehrt werden, als müsse der Staatsmann die Freiheit seiner Entschlüsse dem volkstümlichen Gefühl unterwerfen. Das Gefühl darf den Inhalt dieser Entschlüsse nicht bestimmen; es muß ihnen nur die Form geben und sozusagen ihr Gewand darstellen. Einer klugen Staatskunst wird es immer gelingen, in einem gesunden, aufstrebenden Volke Instinkte zu finden, die ihr eine Anknüpfung an tüchtige und achtungswerte Regungen gestatten. Es kennzeichnet den Verfall eines Volkes, daß die natürliche Harmonie zwischen solchen Regungen und den Interessen der Staatskunst aufhört. Die englische Politik ist niemals moralisch, sondern immer hart, brutal und rücksichtslos gewesen. Aber sie hatte in ihrem nationalen Egoismus ein klares, in ihren eignen Augen berechtigtes Ziel, für dessen Erreichung es ihr nie an gefühlsmäßigen Gründen fehlte, die eine stolze und kraftvolle Nation wohl mit fortreißen und ihr sittliches Urteil blenden konnten. Jetzt ist die englische Politik trotz Festhaltens an alten Grundsätzen ihren besten Traditionen untreu, in der Verfolgung ihrer Zwecke kopflos und unüberlegt geworden. Aber auch das Gefühlsleben der Nation ist ein andres geworden; es ist matt und zerfahren, sichtlich veräußerlicht, durch Gewohnheit abgestumpft, von materiellen Interessen und kleinlichen Gesichtspunkten beherrscht. Deshalb finden die Mittelmäßigkeiten und zweifelhaften Charaktere, die jetzt England regieren, weder in den Regungen der öffentlichen Meinung die natürliche, tragende Kraft für eine stolze, sichere englische Interessenpolitik im alten Stil, noch finden sie in sich selbst die Kraft, selbständig eine solche Politik zu machen und das allgemeine Fühlen durch die innere Sicherheit und Tüchtigkeit ihres Handelns in ihre Gefolgschaft zu zwingen. In dem dunkeln Bewußtsein, daß die alten Stützen nicht mehr vorhanden sind, stellen sie ihre Politik unter die Herrschaft eines Gefühls, von dessen Kraft sie sich Erfolge versprechen; sie stehen nicht mehr über der Sache, sondern lassen sich selbst von ihr beherrschen und berauschen und taumeln ihre Bahn dahin, indem sie nur für diesen einzigen Gedanken, sonst nichts Augen und Ohren haben. Die Gefolgschaft des Volkes aber suchen sie durch das schlechteste und törichtste Mittel zu gewinnen, nicht durch kluge Beherrschung, sondern durch plumpes Belügen. Das ist die Staatskunst der Grey, Asquith, Churchill, Lloyd George und Genossen, die hoffentlich mit einem Zusammenbruch enden wird.

Die Betrachtung englischer Verhältnisse war für unsre Frage besonders wichtig, weil hier das Gefühlsleben anerkanntermaßen als Faktor in die politische Rechnung eingestellt wird, ohne daß deshalb eine mit Recht verpönte Gefühls-

Digitized by Google

politik daraus wird. Das Ergebnis ist also folgendes: Eine Vielheit von Menschen gelangt zu einer einheitlichen Meinung niemals auf dem Wege der Einsicht, sondern immer auf dem Wege des Gefühls. Ueberall also, wo wir die Meinung einer Vielheit brauchen, müssen wir Gefühlsmomente in Rechnung ziehen.

Unter solchen Umständen ist es wohl zu verstehen, daß eine Staatsleitung, die sich daran gewöhnt hat, das ihr anvertraute Wohl der Gesamtheit nach ihrer besten Einsicht, aber möglichst unter Fernhaltung gefühlsmäßiger Momente zu fördern, eine gewisse Scheu vor der öffentlichen Meinung hat. Es ist nicht Herrschsucht oder hochmütiges Besserwissen, sondern die Besorgnis, es könnte etwas dem allgemeinen Wohl Abträgliches oder Nichthineingehöriges dabei zur Geltung kommen. Unser Staat ist aus einem Beamtenstaat hervorgegangen, der die stolze Tradition und den berechtigten Ehrgeiz pflegte, das öffentliche Wohl aus eigner Verantwortung und Einsicht zu fördern. Hier fanden Gefühlsrücksichten keinen Platz, außer denen, die sich aus der Sache selbst und aus der persönlichen Rechtschaffenheit des seines Amtes Waltenden ergaben. Dabei konnte das vielköpfige Etwas, das sich öffentliche Meinung nennt, nur störend wirken, weil ihr das Organ fehlt, um zu vollgültigen Urteilen über die Dinge, auch über ihr eignes Bestes, zu gelangen. Wer von dieser Ansicht ausgeht, wird es ganz richtig finden, daß die Organe des Staates ihre Pflicht tun und ihre Autorität wahren, sich auch keineswegs berechtigten Urteilen und Anregungen verschließen, die von außen kommen und sich im Beruf, im Verkehr und beim Zeitunglesen auf dem Wege finden, daß sie aber im übrigen am besten tun, sich um die von unklaren Gefühlsregungen bewegte Menge so wenig als möglich zu kümmern. Es besteht dabei auch die Sorge, daß die öffentliche Meinung die Führung übernehmen und den Staat auf falsche Wege bringen könnte. Man weist darauf hin, daß ein Staatsmann die Kraft und den Mut haben müsse, wenn es notwendig sei, auch gegen den Strom zu schwimmen und der öffentlichen Meinung Widerstand zu leisten. Es liegt nahe, auf die Stellung Bismarcks in der Zeit des preußischen Verfassungskonflikts hinzuweisen. Indessen darf nicht außer acht gelassen werden, daß durch dieses Beispiel das, was in unsrer Betrachtung festgestellt wurde, nur bestätigt wird. Denn der wahre Staatsmann weiß zu unterscheiden zwischen dem echten Fühlen des Volkes und der an der Oberfläche bemerkbaren Stimmung, die sich als öffentliche Meinung gebärdet. Wenn Bismarck in der Konfliktszeit der Opposition so schroff entgegentrat, so kannte er ihre Schwäche wohl. So vielen auch die Ansicht dieser Opposition als formelles und inneres Recht erscheinen mochte, so war es doch zweifellos, daß dieses Gefühl bei dem größeren Bruchteil das schwächere war gegenüber dem andern, das in dem preußischen Staatsgedanken wurzelte. Dieses stärkere Gefühl lebte zwar in vielen nur unbewußt, und soweit es zum Bewußtsein kam, wurde ihm nur widerwillig nachgegeben, aber es war in der ganzen Geschichte des Staates so fest verankert, daß es in der ärgsten Wirrnis der Meinungen immer wieder durchbrechen mußte, sobald nur ein Minister des Königs mit voller

Digitized by Google

Entschlossenheit und Ueberzeugung sich für die pflichtgemäße Entscheidung der Krone einsetzte und an das verborgene Fühlen des Volkes appellierte. Das wußte Bismarck, und darum hatte er Erfolg, nicht weil er der Meinung des Volkes unbekümmert entgegentrat, sondern weil er in der Art, wie er es tat, Verständnis für das tiefere, echte Fühlen des Volkes bewies.

Seitdem hat das politische Leben und die weitere Entwicklung des deutschen Volkes dahin geführt, daß die öffentliche Meinung ein viel getreuerer Spiegel der wirklichen Bedürfnisse der Allgemeinheit geworden ist. Mögen das Wirken der Parteien und die parlamentarischen Formen vielleicht nur zu oft und zu weit vom Ideal entfernt bleiben, und mögen auch viele die Unmöglichkeit erkennen, ein vollkommenes Bild der Volksmeinung zu erhalten, so bleibt doch das steigende Bedürfnis reger Anteilnahme an allen öffentlichen Angelegenheiten, das Eindringen politischer Interessen in immer breitere Schichten. Aber dieser zunehmende Einfluß einer vielgestaltigen und darum zunächst schwer verständlichen öffentlichen Meinung weckt natürlich in gewissen Kreisen Beängstigungen. Man glaubte im Staatsinteresse Widerstand leisten zu müssen. Die Frage, ob das berechtigt ist und wie weit das richtig ist, mag hier beiseite bleiben. Hier soll nur festgestellt werden, daß dieser Gegensatz besteht. Jedenfalls aber liegt es im Interesse des Staates, daß ein solcher Gegensatz nicht so sehr verschärft wird, daß der Zweck eines fruchtbaren Meinungskampfes verfehlt und vernünftige Verständigung durch innern Unfrieden unmöglich gemacht wird. Es handelt sich nicht um den Versuch, Parteigegensätze auszugleichen oder zu verwischen. Das würde vergeblich und außerdem nicht zum Nutzen des Staates sein. Wir brauchen die Vielheit der Interessen und der Gesichtspunkte, um unser Volkstum zu immer größerer Höhe der Leistungsfähigkeit zu erheben. Aber wir müssen allerdings dafür sorgen, daß der gemeinsame Boden erhalten bleibt, auf dem sich die verschiedensten Richtungen frei bewegen und in Reibung und Ausgleich einen gesunden Fortschritt zuwege bringen können. Es liegt in der Natur der Sache, daß die demokratischen Tendenzen im Volksleben sehr leicht dahin gelangen, nicht nur — was für sie selbstverständlich ist — der starken Betonung des Staatsgedankens und vor allem der Staatsautorität entgegenzuwirken, sondern sich vielmehr in eine Feindschaft gegen die Staatsautorität hineinzuleben, die in ihren Zielen allein nicht begründet ist. Aber es ist nicht zu leugnen, daß in diesen dem Staatsgedanken abträglichen Bestrebungen eine große elementare Kraft enthalten ist, die durch manche Unklarheit und Zerfahrenheit nicht aufgehoben wird. Für diese elementare Kraft ist die bloße verstandesmäßige Ueberlegenheit, die unleugbar auf der Seite der Staatsautorität ist, auf die Dauer kein genügender Ausgleich.

Es fragt sich, ob das gegensätzliche Verhältnis, das sich zwischen den Organen und Vertretern unsers Staates und den Anschauungen, die immer mehr Einfluß auf die Massen gewinnen, bis zum Kriegsausbruch immer schärfer entwickelt hatte, irgendwie gründlich gebessert werden kann, wenn in Zukunft wieder auf der einen Seite derselbe blinde Haß, auf der andern Seite dasselbe Mißtrauen und dieselbe kühle Ablehnung die Oberhand gewinnen. Aber es scheint fast

Digitized by Google

hoffnungslos, ein Mittel zu finden, das diese Besserung schafft. Nur eines gibt es, das vielleicht darüber hinweghelfen kann, das einzige, was dem Gedanken den Weg zur Masse öffnet, die größere Berücksichtigung des Gefühlsmoments. Dazu scheint der Krieg jetzt die Gelegenheit und den Anknüpfungspunkt zu geben.

Daß die Sache trotzdem außerordentlich schwierig ist, liegt in der Eigenheit des deutschen Charakters. Die deutsche Volksseele ist in ihrem Gefühlsleben so individualistisch wie kaum eine andre auf der Welt. Wo das Volk mehr daran gewöhnt ist, bestimmten Regungen und Schlagworten zu folgen, die eine einheitliche Wirkung hervorzubringen vermögen, haben es die Politiker leichter. So bequem ist der Deutsche nicht zufriedenzustellen, und die Aufgabe, durch Erregung eines gemeinsamen Gefühls Aufnahmefähigkeit für gemeinsame Ansichten und Ueberzeugungen zu schaffen, scheint bei uns in den meisten Fällen verzweifelt schwer. Gleichwohl brauchen wir die Hoffnung nicht aufzugeben. Wir sind nur bisher immer durch die Umstände genötigt gewesen, die Sache am schwierigsten Ende anzufangen, nämlich bei den Parteien, wo der starke Individualismus des deutschen Geistes von vornherein seinen ausgeprägtesten Ausdruck fand. Die Parteien in ihrer Vielheit waren ja schon das äußerste Zugeständnis, dessen der Volksgeist gegenüber der Forderung der Sammlung fähig war. Wer über den Parteien stehen wollte, der fand wohl Zustimmung in diesen oder jenen Gedanken, aber kaum einen Zugang zum politischen Fühlen. Auf allen Einzelgebieten der Politik stießen wir bei uns auf ungünstige Verhältnisse, unter denen wir eine „Politisierung des Gefühls“ — wenn man es einmal so nennen darf — nicht erwarten konnten.

Es bedurfte einer großen Erschütterung des nationalen Lebens, um die Möglichkeit einer Aenderung zu zeigen. Wir haben es jetzt durch die Gunst des Himmels erleben dürfen, dieses plötzliche Fallen aller Schranken in den Meinungen unter dem Sturm vaterländischen Fühlens, das nur einen Gedanken aufkommen ließ: „Ein Wahrzeichen nur gilt, das Vaterland zu erretten.“ Wird das nun der Anfang einer neuen Zeit sein, in der es keine Parteien mehr gibt? Wer könnte das glauben oder erwarten! Nur politische Kinder können dergleichen für möglich halten. Aber die gegenwärtige Einigkeit gibt uns doch einen Fingerzeig, der, richtig verstanden, für unsre politische Zukunft bleibenden Wert erhalten kann. Es ist doch nun einmal ein wirklicher Beweis geliefert, daß jenseits des Parteigeistes, der vielen bisher als letzte Wurzel ihres Verhältnisses zur Politik galt, etwas vorhanden ist, was uns nicht nur alle im Vaterlande eint, sondern auch die Kraft hat, unsre Ueberzeugungen zu leiten und sogar nötigenfalls umzugestalten. Die Aufgabe ist, sich künftig nicht nur durch das Hervorbrechen dieser Einigkeit im Augenblick der Not freudig überraschen zu lassen, auch nicht in schönem Vertrauen auf das Kommen der rechten Stunde seelenruhig in alten Bahnen fortzutrollen, sondern bewußt nach dem Ziel zu streben, das uns im Gewittersturm der Zeit die herniederzuckenden Blitze hinter zerreißendem Wolkenschleier zeigen. Dazu gehört, daß die Gemeinsamkeit des Fühlens in allen großen

Digitized by Google

Lebensbetätigungen der Nation aufmerksamer gepflegt wird, und daß das Vertrauen auf diese Gemeinsamkeit auch im innerpolitischen Wirken mehr zum Ausdruck kommt.

Es war schwer, eine im Mißtrauen verschiedener Kreise gespaltene Nation zu vereinigen. Aber jetzt ist die Aufgabe eine andre: es gilt, die nun in einem starken Fühlen geeinte Nation vor einem neuen Auseinanderklaffen zu bewahren, und das kann und muß gelingen, wenn nach dem Kriege das natürliche Abebben der hochgespannten Gefühle mit rechtem Verständnis behandelt wird. Es ist selbstverständlich, daß diese zurückebbenden Gefühle je nach ihrem besonderen Interessenkreis auch wieder eigne politische Färbungen annehmen. Aber das Vergangene wird es möglich machen, mit diesen wieder auseinandergehenden Interessen in andrer Weise als bisher Fühlung zu behalten. Das läßt sich aber nicht durch die verstandesmäßige Beherrschung der Lage allein machen, sondern vor allem durch die Fähigkeit, dem Gefühl Rechnung zu tragen. Es genügt nicht, daß das Richtige geschieht, wie es die Logik des gebildeten, berufserfahrenen Mannes gebietet; es muß auch in der Art und Form und mit der Begründung geschehen, die die Gefühlsseite des Kreises trifft, auf den es berechnet ist. Bei solchem bedeutungsvollen Streben wird unsern Staatsorganen die Unterstützung einer sich stetig entwickelnden, ihrer Bestimmung gerecht werdenden Presse nicht fehlen.

Bei Ausnutzung aller Gelegenheiten werden sich zahlreiche Möglichkeiten finden, um auch in Volkskreisen, die sonst schwer zu vereinigen sind, Gefühlsregungen anklingen zu lassen und dadurch ein Verständnis zu erwecken, auf das man sonst nicht rechnen dürfte. Wir haben nach alledem Grund genug, die Bedeutung des Gefühls in der Politik nicht allzu schnellfertig abzulehnen. Ihrem Inhalte nach soll die Politik allerdings reine Verstandespolitik sein, aber in Mitteln und Methoden muß sie mit dem Gefühl rechnen, wenn sie nicht geradezu zur Erfolglosigkeit oder zur Auslösung schädlicher Nebenwirkungen verurteilt sein soll. Die Verurteilung der Gefühlspolitik im gewöhnlichen Sinne des Wortes bleibt trotzdem bestehen, aber auch die bloße Verstandespolitik kann vom Uebel sein, wenn sie nicht zugleich Realpolitik ist. Diese aber arbeitet mit dem wirklichen Menschen und weist daher auch dem Gefühl die rechte Stelle an.

Digitized by Google

Unsre Feldbestellung und die ferneren Aussichten unsrer Volksernährung

Von

F. Wohltmann (Halle a. S.)

Noch nie hat die Frühjahrsbestellung dem deutschen Landwirt so viel Sorge bereitet wie in diesem Kriegsjahre. Die Herbstbestellung war einfacher. Für sie galt als Richtschnur, welche auch befolgt worden ist, den Roggen- und Weizenbau nach Möglichkeit zu erweitern, da das Wintergetreide, wenn es leidlich durch den Winter kommt, ertragreicher als das Sommergetreide ist. Glücklicherweise stehen die Wintersaaten infolge des regenreichen Oktober (in Halle 54 Millimeter) und des milden Winters dieses Jahr wohl durch ganz Deutschland sehr gut, so daß ein Umpflügen und Neubestellen dieser Felder nirgend nötig ist. Das ist außerordentlich viel wert, weil also eine nochmalige Aussaat erspart bleibt und die Bestellungsarbeiten im Frühjahre nicht vermehrt werden!

Erst nachdem diese Frage geklärt war, konnte der Landwirt seinen Frühjahrsbestellungsplan endgültig feststellen. Dabei waren die Privatinteressen gegen das Interesse des Vaterlandes abzuwägen. Vor allem drehte es sich um die Frage, ob der Anbau von Sommergetreide und andern Körnerfrüchten gleichfalls zu erweitern sei und wie weit, denn es fehlen uns Weizen, Gerste, Bohnen, Erbsen, Linsen und Buchweizen (außer Mais, Hirse und Reis, deren Anbau zur Körnergewinnung sich bekanntlich bei uns nicht lohnt).

Wollten wir unsern sämtlichen Bedarf an diesen Körnerfrüchten im Lande selbst decken, so müßten dafür rund 2600000 Hektar Ackerland mehr zur Verfügung stehen als bisher, was 10,6 Prozent der deutschen Ackerlandfläche gleichkommt. Das wäre, wenn wir von der Brache und der geringen Fläche (höchstens 20000 Hektar) neuer Oedland- und Moorlandkulturen, welche uns durch die Arbeit von etwa 70000 Kriegsgefangenen in diesem Winter wurden, vorläufig absehen, nur möglich, wenn andre Kulturpflanzen in ihrem Anbau geschmälert würden. Für solche könnten nur die Futterflächen und Zuckerrübenfelder in Frage kommen, denn unsern Kartoffel- und Gemüsebau dürfen wir niemals einschränken, vielmehr müssen wir seine Erweiterung dringend anstreben.

Nun ist jedoch eine Einschränkung des Futterbaues nicht möglich, selbst wenn der deutsche Viehstand im ersten Kriegsjahr aus Futtermangel um 15 Prozent zurückginge. Um unsern starken Viehstand zu erhalten, bedurften wir in den letzten Jahren rund für über 1 Milliarde Mark Futter- und Futterrohstoffe aus dem Auslande, welche uns jetzt nahezu vollständig fehlen. Wollten wir diese Futtermassen im Inlande erzeugen, so müßten unsre Futterflächen um 2 Millionen Hektar, d. i. soviel wie unsre Weizenanbaufläche alljährlich ungefähr ausmacht, vergrößert werden. Daher müssen wir auch in diesem Frühjahr wie in früheren Jahren reichlich Futterpflanzen anbauen, und wo die Klee- und sonstigen Futter-

Digitized by Google

felder gut durch den Winter gekommen sind, müssen sie beibehalten werden. Nur solche dürfen umgepflügt und mit Körnerfrucht bestellt werden, welche unter Frost oder Nässe oder Mäusefraß gelitten haben. Das werden jedoch nur geringe Flächen sein. Wiesenflächen umzubrechen und mit Körnerfrucht zu bestellen — wie es vor vierzig bis fünfzig Jahren mehrfach geschah — verbietet sich nach den obigen Darlegungen von selbst.

So bliebe nur noch eine Einschränkung des Zuckerrübenbaues zugunsten des Körnerbaues zu erwägen übrig, weil wir bekanntlich in den letzten Jahren übermal so viel Zückerrüben anbauten und Zucker erzeugten, als wir Zucker im Lande benötigten. Monatelang hat man die Frage der vollen Beibehaltung oder Verminderung des Zuckerrübenbaues in den landwirtschaftlichen Fachschriften und Vereinen besprochen, und dabei besonders darauf hingewiesen, daß man in einer Zuckerrübenernte vier- bis fünfmal soviel Stärkewerte gewönne wie in einer Getreideernte. Das ist an sich richtig, aber der Mensch lebt nicht von Stärkewerten, sondern hat neben den Kohlehydraten auch eine bestimmte kleine Menge Fett und eine größere verdauliches Eiweiß durchaus nötig, welches die Rüben nicht zu bieten vermögen, und woran es uns jetzt in der Volksernährung gerade fehlt. Man kann von Körnerfrucht und Wasser leben und dabei auch noch arbeiten, niemals jedoch allein von Zucker und Wasser! Das ist der Kernpunkt der Sache. Dabei will ich den hohen Wert der Rübenblade und Rübenschnitzel als Viehfutter keineswegs verkennen. Ohne Frage ist die Zuckerrübe unter unsern Kulturpflanzen der beste Lieferant von Kohlehydraten. Aber diese erzeugen wir bereits im Ueberfluß und konnten daher alljährlich 12 bis 13 Millionen Doppelzentner Zucker ans Ausland abgeben, um dafür fehlenden Weizen und Gerste einzutauschen. Wenn uns das letztere zurzeit jedoch nicht mehr möglich ist, so bildet jeder Zentner Zucker, welcher nicht konsumiert werden kann, ein totes Kapital.

Nun ist aber auch die Zuckerrübenanbaufläche Deutschlands an sich nicht groß; sie umfaßt kaum $^1/_{10}$ der Anbaufläche mit Roggen und betrug 1913 rund 550000 Hektar. Wenn wir unsern Zuckerverbrauch, der vor dem Kriege rund 20 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung ausmachte, erheblich steigern, wären wir in der Lage, die auf 400000 Hektar zu gewinnende Zuckermenge selbst zu verzehren. Rechnet man hierzu allenfalls noch etwas Zuckerausfuhr nach der Schweiz und nach Norwegen, so würde für die Ernte von etwa 450000 Hektar Zuckerrüben sicherer Absatz sein, und es könnte sich um eine Einschränkung des Zuckerrübenanbaues von rund 100000 Hektar handeln. Eine solche wird auch schon von selbst stattfinden, da es in manchen Gegenden des Zuckerrübenbaues an Arbeitskräften und nicht minder an den für Rüben unentbehrlichen künstlichen Düngemitteln für die Kultur der Rüben fehlen wird, und da sicherlich dieses Jahr nicht soviel Kaufrüben gebaut werden wie in normalen Zeiten.

Diese 100000 Hektar wird man — da sie tief gepflügt daliegen — vornehmlich dem Kartoffel-, Futterrüben- und Gemüsebau widmen, deren Erweiterung

Digitized by Google

am dringendsten geboten ist. Futterrüben werden sicherlich in diesem Jahr erheblich mehr als früher angebaut werden, um mehr Winterfutter zu beschaffen. Ob jedoch auch der Hülsenfruchtbau 1915 eine *starke* Erweiterung erfährt, möchte ich bei den hohen Preisen für Erbsen-, Linsen- und Bohnensaat bezweifeln, so wünschenswert es auch wäre, denn wir bezogen in der letzten Zeit alljährlich auf den Kopf der Bevölkerung fast 4 Kilogramm Hülsenfrüchte aus dem Auslande.

Man hat in Deutschland zur Vermehrung der Körner-, Hackfrucht- und Futterfelder auch eine Verminderung der Brache empfohlen, welche zurzeit gegen 4 Prozent, d. i. rund 1 000 000 Hektar des Ackerlandes, ausmacht. Sicherlich wird eine solche auch mehrfach vorgenommen werden; ich bezweifle jedoch, daß sie mehr als höchstens $^1/_5$ ausmachen wird, da sich ihre Einschränkung oder gar völlige Abschaffung nicht von heute auf morgen durchführen und bei dem herrschenden Gespannmangel auch nur schwer ermöglichen läßt.

So wird also 1915 das Bild unsrer Anbauflächen, abgesehen von einer geringen Erweiterung, gegen die Vorjahre keineswegs wesentliche Verschiebungen aufweisen. Wohl aber werden wir im Herbst überall größere Futterflächen erblicken als sonst, da alle Landwirte bemüht sein werden, zwecks Weide oder Gründüngung Unter- und Stoppelsaaten zu bestellen. Und das ist durchaus geboten! Sie stützen den Viehstand und vermehren die stickstoffhaltigen Düngemittel. Ihr Erfolg kann jedoch nicht erzwungen werden, er hängt ausschließlich von der Menge der Sommerregen und besonders vom Regenfall im August und September ab und versagt daher in trocknen Gebieten nur zu oft vollständig. Hat jedoch die Aussaat der Gründüngungs- und Futterpflanzen in diesem Sommer und Herbst guten Erfolg, dann wird unsrer Viehfütterung für zwei bis drei Monate eine sehr wesentliche Hilfe zuteil.

Nach diesen Darlegungen wird unsre nächstjährige Volksernährung von Anfang August 1915 an in der Hauptsache auf denselben Grundlagen beruhen wie in diesem Jahre, nur mit dem Unterschied, daß Vorräte auf das dann beginnende neue Jahr kaum mit hinübergenommen werden können. Ob wir unter diesen Umständen bei kluger Sparsamkeit imstande sein werden, noch ein zweites Kriegsjahr durchzuhalten, d. i. bis zum 1. August 1916, ist heute noch nicht zu beurteilen.

Die reichliche Winterfeuchtigkeit, mit der unsre Aecker in dieses Frühjahr gehen, berechtigt zwar zu den schönsten Hoffnungen einer guten Ernte. (Sie wird bei Halle etwa 220 Millimeter Niederschlag betragen, berechnet auf die Monate Oktober bis 1. April.) Aber niemand kann wissen, wie die keineswegs zu entbehrenden Sommerregen ausfallen. **Jedenfalls wird unsre Kriegsleitung gut tun, alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse der Feinde mit Beschlag zu belegen, wo immer es angängig ist.** Es ist auch mit großer Freude zu begrüßen, daß sie nicht versäumt hat, weite Flächen mit Getreide in Nordfrankreich zu bestellen Der uns fehlende Weizen von 2 000 000 Tonnen für das Jahr erfordert allein eine Anbaufläche von 1 000 000 Hektar. Eine solche Fläche wird nun schwerlich

Digitized by Google

von uns in Nordfrankreich mit Getreide bestellt sein, wenngleich auch das von uns daselbst besetzte Land insgesamt etwa 2 500 000 Hektar ausmacht.

Ich kann diese Betrachtungen nicht schließen, ohne auf die Gefahr hinzuweisen, welche uns die Kriegsgefangenen durch ihre Ernährung verursachen. So ruhmreich es für unser Heer ist, sie in so großer Zahl eingeholt zu haben, so sind sie uns doch bei der Aushungerungspolitik der Engländer sehr unangenehme Kostgänger. Ihre Zahl betrug am 1. Januar insgesamt bereits über 600 000 und ist Ende Februar auf 770 000 angewachsen. Sie neben 300 000 russischen und galizischen Arbeitern, welche diesen Winter bei uns verblieben, zu beköstigen, bedeutet, unserm Volke große Mengen Nahrungsmittel entziehen und uns noch größere Beschränkungen auferlegen, als wir jetzt bereits auf uns nehmen müssen. Unser Recht auf Selbsterhaltung in diesem Kampfe, in dem es sich um Sein oder Nichtsein des Deutschtums handelt, gebietet uns daher, die Kriegsgefangenen mit uns leiden, und wenn es sein muß, hungern zu lassen. Edle Gastfreundschaft zu üben wäre schlecht angebracht, und Edelmut in dieser Frage könnte uns sehr verhängnisvoll werden. Wir sind ethisch und moralisch im Rechte, wenn wir den Grundsatz durchführen: lieber den Feind hungern, als unsre tapfern Soldaten, Frauen und Kinder notleiden zu lassen. Das Problem der Ernährung der Kriegsgefangenen in Deutschland harrt der sorgfältigsten Untersuchung.

Halle a. S., den 28. Februar 1915.

Der Krieg und die Gesetze, die er brachte[1])

Von

Regierungsrat Johannes Neuberg

Quieta non movere — Bestehendes nicht ohne ganz besondern Anlaß ändern, ein Grundsatz, auf den schon Bismarck hingewiesen hat, wenn zu ungestüme Drängler kamen und nach neuen und aber neuen Gesetzen verlangten. Wie wenig aber kehrt sich der Krieg an solchen Spruch! Ruhelosigkeit ist sein Wesen, Unruhe breitet er um sich aus. Auch der deutsche Gesetzgeber muß das immer und immer wieder spüren. Waren in den Anfangstagen des August durch einige rasch ergangene großzügige, knappe, klare Gesetze und Verordnungen alle die großen Zweifelsfragen und die allgemeinen Rechtsnöte, die der Kriegsausbruch geschaffen, geregelt, so brachte doch die veränderte Zeitlage nur zu bald veränderte Umstände, und ihnen mußte sich der Gesetzgeber fügen. Stetig aufs neue machte sich das Erscheinen eines Reichsgesetzblattes nötig, sein Inhalt wesentliche, des öftern vor kurzem erst erlassene Bestimmungen wieder umstoßende Verordnungen. Etwa dreihundert Seiten des Blattes sind seit Kriegs-

[1]) Siehe Januar-Heft, Seite 113.

Digitized by Google

beginn damit angefüllt worden; ein stattlicher Band, wenn man erwägt, daß der Reichstag nicht tagt, durch dessen Arbeit sich sonst das Reichsgesetzblatt füllt, daß kein internationaler Vertrag in Frage kommt, der sonst spaltenlang seine Blätter deckt, kein Etat mit seinen ins einzelnste gehenden Aufstellungen. Und je weiter es in das Reichsgesetzblatt hineingeht, eins tritt immer mehr hervor: die Verordnungen usw. bekommen allgemeineres Interesse. Das ist cum grano salis zu verstehen. Denn jedes Gesetz, jede Verordnung hat von vornherein Allgemeininteresse, sonst wäre kein Anlaß zur Veröffentlichung da. Wenn demgegenüber von allgemeinem Interesse der neuerlichen Verordnungen gesprochen wird, so heißt das: sie gehen den einzelnen doch mehr an als die in früheren Zeiten erlassenen. Damals war mehr oder minder nur der beteiligt, der einen Rechtsstreit zu führen hatte, den die Kriegslage in Zahlungsschwierigkeiten gebracht hatte usw. Jetzt treten die Bekanntmachungen in den Vordergrund, deren Inhalt ist: „durchhalten" allen Aushungerungsversuchen unsrer Gegner gegenüber.

Die Denkschrift, die über wirtschaftliche Maßnahmen aus Anlaß des Krieges erschien, führt aus, daß nicht zu verkennen sei, daß es sich bei den getroffenen und zu treffenden Maßnahmen um besonders schwierige Fragen handle, die tief in das wirtschaftliche Leben eingreifen, um Fragen, deren staatliche Regelung zum ersten Male versucht wird, wobei ohne weiteres damit zu rechnen sei, daß sich solche Fragen kaum mit einem Male voll befriedigend lösen lassen. Aus dem Wechsel der Verhältnisse und dem fortdauernden Auftreten neuer, der Regelung bedürftiger Aufgaben ergebe sich, daß die Maßnahmen, die getroffen würden, nie als abschließende betrachtet werden könnten.

Unsre letzte Uebersicht schloß mit dem Hinweis auf die finanzpolitischen Kriegsmaßnahmen des Reichs. Durch von Woche zu Woche sich steigernde Zuflüsse war der Goldbestand der Reichsbank am 31. Oktober 1914 bis auf 1858 Millionen Mark gesteigert worden, über 600 Millionen Mark mehr als bei Kriegsbeginn. Ohne Beispiel, so führt die Denkschrift aus, stand die Erscheinung da, daß während einer Kriegskrisis von solcher Schwere die Bevölkerung das in ihrem Besitz befindliche Gold freiwillig zur Notenbank trägt und dafür Noten fordert — ein Beweis für den unerschütterlichen Kredit der Reichsbanknoten, für die Stärke der in unserm Geldumlauf liegenden Goldreserven und die wirtschaftliche Einsicht und Opferfreudigkeit des Volkes — ein Lob, das für einen Teil unsers Volkes sehr wohl angebracht war, von dem andern Teil aber, wie die noch außenstehende große Menge Goldgelds — mehrere Milliarden — erweist, noch verdient werden muß. Tatsächlich, wieviel Nachlässigkeit liegt gerade in der Beziehung noch in einem großen Teil der Deutschen! Dabei sucht man jetzt noch die Hergabe von Gold besonders zu belohnen. Viel angebrachter wäre Bestrafung solcher Säumigkeit. Es müßte eine Zeitgrenze, bis zu der die Herausgabe zu erfolgen hat, gesetzt werden. Nach Ablauf derselben müßte eine Ahndung jeden treffen, der im Besitz von Goldgeld betroffen wird — gewißlich schwer zu regelnde Fragen, doch letzten Endes lassen

Digitized by Google

auch sie sich regeln. Irgendwelche Verkehrsstörungen sind durch die umfassende Verwendung der Reichsbanknoten an Stelle der Goldmünzen nicht eingetreten. Immerhin mußte erwogen werden, daß im Hypothekenverkehr die Zahlung der Zinsen, ebenso die Rückzahlung des Kapitals vielfach die Goldklausel enthält; letztere mußte also fallen, wenn nicht eine schikanöse Ausbeutung des Schuldners eintreten und das Streben der Reichsbank nach steter Mehrung ihres Goldvorrats durchkreuzt werden sollte. So erließ der Bundesrat die Bekanntmachung über die Unverbindlichkeit gewisser Zahlungsvereinbarungen vom 28. September 1914, die alle vor dem 31. Juli 1914 getroffenen Vereinbarungen, nach denen eine Zahlung in Gold zu erfolgen hat, bis auf weiteres für unverbindlich erklärt.

Es bedarf nur kurz der Hervorhebung der Folgen dieses sog. Ermächtigungsgesetzes — sie bestehen u. a. darin, daß alle an die Nichterfüllung der Goldklausel geknüpften Vertragsfolgen entfallen, eine Hypothek also nicht deshalb gekündigt werden kann, weil eine Zins- oder Teilzahlung nicht in Gold geleistet worden ist. Auch kommt ein Gläubiger in sog. Annahmeverzug, wenn er eine nicht in Gold angebotene Zahlung unter Berufung auf die Goldklausel ablehnt — die Verzinsung der abgelehnten Summe hört auf, der Schuldner kann den vergeblich angebotenen Betrag hinterlegen.

Gestützt auf ihren starken Metall- bzw. Goldbestand, suchte nun die Reichsbank auch dem anschwellenden Zahlungsmittelbedarf zu genügen. Als enorm bezeichnet ihn die Denkschrift, in der Tat war er das — der Bedarf der Heeresverwaltung, der Ersatz der thesaurierten Metallbeträge durch andre Zahlungsmittel, das allseitige Streben, Geschäfte abzuwickeln, waren die Ursachen. Soweit es sich um große und mittlere Zahlungsmittel handelte, konnte dem Bedarf entsprochen werden, anders mit den kleinen Zahlungsmitteln.

Was den Bestand der Reichsbank anlangt, so mag eine Aufführung bloßer Zahlen hier unterbleiben; es sei nur gesagt, daß bereits am 7. August ein Abfluß an Reichskassenscheinen und Scheidemünzen von insgesamt 300 Millionen Mark erfolgt war — ein Nachlassen des Bedarfs war trotzdem nicht erkennbar. Aushilfe sollte und konnte schaffen die Ermächtigung der Reichsschuldenverwaltung zur Ausstellung von Darlehenskassenscheinen auf Beträge von zwei und einer Mark. Die Denkschrift hebt hervor, wie vielfach sich der Verkehr durch Ausgabe von „Notgeld" zu helfen gesucht hatte. Gutscheine und Anweisungen auf kleine Beträge liefen als Papiergeld um. So wurden in Westpreußen von zwölf Gemeinden etwa eine Million Mark, von zwei Privatunternehmungen 40 000 Mark ausgegeben. Auch in Pommern, Posen, in Westdeutschland, in Dessau und sonst zeigte sich die gleiche Erscheinung. Die Gesamtausgabe bezifferte sich auf über sechs Millionen Mark, das schlichte Fünfpfennigstück erschien neben dem wertvollen Fünfmarkschein. Mit Hilfe der Darlehenskassenscheine zu zwei und einer Mark gelang es allmählich, den Bedarf des Verkehrs nach kleinen Zahlungsmitteln zu befriedigen; die Gesamtsumme der vom 24. Juli bis zum 31. Oktober durch die Reichsbank in den Verkehr

Digitized by Google

geleiteten kleinen Zahlungsmittel (Scheidemünzen, Reichs-, Darlehenskassenscheine) belief sich auf knapp 700 Millionen Mark. Eine Bekanntmachung vom 11. November 1914 bestimmte dann, daß der Höchstbetrag der auszugebenden Darlehenskassenscheine auf drei Milliarden Mark festgesetzt werde.

Im Zusammenhang mit dem Zahlungsmittelbedarf stand ein ungemein großer Kreditbedarf — dies im großen: seitens des Reiches und der Bundesstaaten, wie im kleinen: seitens der Privatpersonen. Dem Bedürfnis in jener Richtung dienten die Diskontierung von Schatzanweisungen, die der sog. Zoll-Kriegswechsel, die Kriegsanleihe. Die Diskontierung von Schatzanweisungen des Reichs erfolgte durch die Reichsbank, dagegen mußte sich letztere der Diskontierung von Schatzanweisungen der Bundesstaaten enthalten, da solche im Gegensatz zu den Schatzanweisungen des Reichs als Notendeckung nicht verwertbar waren. Es konnte indessen die Flüssigmachung des Schatzanweisungskredits der Bundesstaaten zweckmäßig im Weg der Lombardierung bei den Darlehenskassen erfolgen. Dem Kreditbedürfnis des einzelnen suchte ebenfalls die Reichsbank in denkbar weitem Maße zu genügen, in Frage kommen hierfür die Darlehenskassen; gesagt ward schon, daß den Wünschen auf Erlaß eines allgemeinen Moratoriums entgegengetreten ward. Auch der Erlaß eines — auf bestimmte Arten von Forderungen, z. B. auf Wechselforderungen beschränkten — Teilmoratoriums unterblieb. Ein solches schützt zwar, wie die Denkschrift sagt, zunächst den Schuldner, belastet und bedroht aber in gleicher Weise den Gläubiger, der auf den Eingang seiner Forderungen nicht mehr rechnen kann, während er selbst seine nicht unter das Moratorium fallenden Zahlungsverpflichtungen erfüllen muß. Es führt so zu Unbilligkeiten und drängt aus sich selbst heraus zu immer fortschreitender Erweiterung.

Noch aber galt es — wie schon am Anfang angedeutet —, in andrer Weise für des deutschen Volkes Wohl in Gesetzesarbeit zu sorgen. „Aushungerung!", das war der Engländer Kampfgeschrei. Dem mußte ein: „Sie sollen das nicht haben!" entgegengehalten werden, die Frage der Volksernährung mußte der Regierung vornehmste Sorge sein. Darüber konnte ein Zweifel kaum aufkommen, daß wir mit unsern Ernteergebnissen auskommen mußten — es galt deshalb, sich einzuschränken, wo aber schon nach oberflächlicher Schätzung ein Manko eintreten mußte — an Weizen und an Gerste —, galt es auch hier, den Verhältnissen entsprechend zu verfahren. Beizeiten mußte überdies darauf Bedacht genommen werden, daß der Krieg über das Erntejahr hinaus dauern würde, die Getreidemengen müssen also nicht bloß bis zur nächsten Ernte reichen, sondern darüber hinaus bis in das nächste Erntejahr hinein. Die Denkschrift meint: „Am 1. August 1915 müssen ebenso reichliche Vorräte bereit sein, als sie vor Anfang dieses Erntejahres vorlagen." Schwer genug wird das — darüber kann ja ein Zweifel kaum aufkommen — halten, fehlen doch für die nächstjährige Landbestellung nicht nur eine Menge von Arbeitskräften, nein, auch Düngemittel werden in gewisser Weise mangeln, ist doch der Verkehr mit dem Salpeterland Chile unterbunden. Maßnahmen, die sich auf die Ver-

Digitized by Google

sorgung mit der Nahrung erstrecken, sind deshalb nötig. Nach den Feststellungen des Deutschen Landwirtschaftsrats wird in normalen Jahren ein Viertel des deutschen Roggenvorrats verfüttert. Um solche Verschwendung mit Roggen zu verhüten, erging die Bekanntmachung über das Verfüttern von Brotgetreide und Mehl vom 28. Oktober 1914, die dann wieder — die Verhältnisse erforderten eine straffere Inanspruchnahme der Vorräte an Getreide zu menschlicher Nahrung — durch eine Bekanntmachung aus dem Januar 1915 überholt ward. In Zukunft darf dem Vieh in der Regel Roggen, Weizen oder Hafer nicht mehr gereicht werden, von Brot darf nur verdorbenes und Abfälle gegeben werden. Pferde und Einhufer aber können auch weiter mit Hafer gefüttert werden, auch ist allgemein, soweit dringende wirtschaftliche Bedürfnisse vorliegen, den Landeszentralbehörden die Befugnis belassen, das Verfüttern von Roggen und Hafer, der im landwirtschaftlichen Betrieb des Viehhalters erzeugt ist, für das in diesem Betriebe gehaltene Vieh allgemein für bestimmte Gegenden und bestimmte Arten von Wirtschaften oder im Einzelfalle zuzulassen.

Ebenso wie diese Verfütterungsbekanntmachung wurde eine andre Bekanntmachung, nämlich über das Ausmahlen von Brotgetreide, durch die Verhältnisse überholt; eine neue Bekanntmachung machte sich nötig: sollte früher zur Mehlherstellung der Roggen bis zu 72 Prozent durchgemahlen werden, so nun mindestens bis zu 82 Prozent, der Weizen aber mindestens bis zu 80 Prozent.

Die wesentlichste Bekanntmachung für des deutschen Leibes Notdurft und Nahrung ist die über die Bereitung von Backwaren. Sie stammt aus dem Januar 1915 und dürfte noch nicht das letzte Wort in dieser die Allgemeinheit so mächtig bewegenden Angelegenheit sein. Die Verordnung geht sehr ins einzelne — Bereitung von Roggenbrot, Weizenbrot, Kuchen usw. — und gibt, wie natürlich ist, den Beamten der Polizei und den von der Polizei beauftragten Sachverständigen das Recht, in die Räume, in denen Backware bereitet, aufbewahrt, feilgehalten oder verpackt wird, jederzeit einzutreten, daselbst Besichtigungen vorzunehmen, Geschäftsaufzeichnungen einzusehen, auch nach ihrer Auswahl Proben zum Zweck der Untersuchung gegen Empfangsbestätigung zu entnehmen.

Mit vorstehender Bekanntmachung steht in Verbindung die über die Regelung des Verkehrs mit Brotgetreide und Mehl — Beschlagnahme aller Vorräte von Weizen, Roggen, allein oder mit Frucht gemischt, für die Kriegsgetreidegesellschaft m. b. H. in Berlin.

Weiter gehört hierher eine Bekanntmachung über die Einschränkung des Schlachtens von Schweinen und Kälbern, über das Füttern der Tiere auf Schlachtviehmärkten — mehrere Bekanntmachungen über Höchstpreise (das Höchstpreisgesetz erging in neuer Fassung), über Regelung des Absatzes von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei, Errichtung der Trockenkartoffelverwertungsgesellschaft. Weiter kann man zur Klasse der Bekanntmachungen, die die ausreichende Volksernährung zum Inhalt haben, Bekanntmachungen rechnen wie die über die privatrechtlichen Verhältnisse von Genossenschaften

Digitized by Google

zum Zweck der Bodenverbesserung. Was jahre-, jahrzehntelang versäumt worden ist, jetzt soll es nachgeholt werden: die Inangriffnahme der Oedländereien. Trotz zunehmender Bestrebungen zur Förderung der Moorkultur liegen innerhalb des Deutschen Reiches noch weite Strecken von Moor-, Heide- und ähnlichen Ländereien brach. Sie sind der Volksernährung dienstbar zu machen; beginnt man damit rechtzeitig, so kann schon die Ernte des Jahres 1915 ihren Vorteil davon sehen. Rein rechtlich betrachtet, handelte es sich für das Reich darum, Genossenschaften, die die nach Landesrecht zuständigen Stellen während der Kriegszeit ins Leben rufen werden, auch privatrechtlich so auszugestalten, daß die Genossenschaften ihre Aufgabe wirksam erfüllen können und die Rechte aller Beteiligten eine zweckentsprechende Regelung finden.

Es wäre nun aber verfehlt, anzunehmen, daß gerade die letzten Wochen nur mit Verordnungen, deren Inhalt auf die deutsche Ernährung bezüglich, bedacht gewesen wäre — nein, es ist noch manche andre ergangen, die ganz anders gestaltet, aber für den Einzelnen recht, recht wesentlich werden kann. Wird doch, der Zeitlage und den veränderten Verhältnissen entsprechend, die Möglichkeit geboten, unter dem schlichten Namen einer Bekanntmachung an wesentlichen Sätzen unsrer Hauptgesetze zu rütteln — Sätze, die sich wenigstens für die jetzige Kriegszeit nicht aufrecht halten lassen. So z. B. Sätze des Bürgerlichen Gesetzbuches (Verjährung), Sätze des freiwilligen Gerichtsbarkeitsgesetzes, Sätze endlich der Zivilprozeßordnung. Sie kennt bekanntlich für die Zwangsversteigerung beweglicher Sachen im allgemeinen kein Mindestgebot, nur bei Gold- und Silbersachen ist eine unterste Grenze für den Zuschlag nach dem Metallwert vorgeschrieben. Muß nun zu jedem Preis zugeschlagen werden, so bringt das — der Krieg hat die Kauflust beeinträchtigt — die notwendige Folge, daß die Pfändungen auf erheblich mehr Sachen ausgedehnt werden müssen, weiter daß Versteigerungserlös und wahrer Wert der gesteigerten Sachen in rechtem Mißverhältnis zueinander stehen können. Deshalb hat der Bundesrat eine Bekanntmachung über das Mindestgebot bei der Versteigerung gepfändeter Sachen erlassen; sie lehnt sich an die österreichische Exekutionsordnung an und führt, wie ihr Titel besagt, für die Versteigerung körperlicher Sachen, soweit sie im Wege der Zwangsvollstreckung nach der Zivilprozeßordnung stattfindet, ein Mindestgebot ein. Der Zuschlag darf nur auf ein Gebot erfolgen, das wenigstens die Hälfte des gewöhnlichen Verkaufswertes des Pfandes erreicht. Die Schätzung erfolgt in der Regel durch den Gerichtsvollzieher, doch können auch Sachverständige angerufen werden — man denke an Gegenstände, die durch ihr Alter besonderen Wert haben und deshalb nur von Kunstbeflissenen bewertet werden können. Bei der Versteigerung ist — ähnlich wie im Zwangsversteigerungsverfahren bei Grundstücken — den Bietern die Höhe des gewöhnlichen Verkaufswertes und des Mindestgebotes bekannt zu geben. Bleibt die Versteigerung ohne Ergebnis, so bleibt das Pfandrecht des Gläubigers bestehen.

Für gepfändete Wertpapiere, die einen Börsen- oder Marktpreis haben, bleibt es bei der bisherigen Vorschrift, wonach sie vom Gerichtsvollzieher aus freier Hand

Digitized by Google

zum Tageskurs zu verkaufen sind. Fehlt es aber an einem solchen Preis — und das wird fast zumeist der Fall sein —, so greifen auch für sie die Vorschriften der neuen Verordnung Platz. Jedoch hat der Gerichtsvollzieher mit der Schätzung der Wertpapiere stets einen kaufmännischen Sachverständigen zu betrauen. Der Sachverständige hat den gewöhnlichen Verkaufswert der Papiere zu ermitteln, darf diesen jedoch, wenn das Papier in der letzten Woche vor dem 31. Juli 1914 noch einen Börsen- oder Marktwert hatte, nicht unter dem letzten, in dieser Woche amtlich notierten Börsen- oder Marktpreis feststellen. Grundsätzlich ist auch hier die Hälfte des Verkaufswertes das Mindestgebot. Im Hinblick aber darauf, daß die Darlehnskassen die Papiere zum Teil höher beleihen, ist die Sondervorschrift gegeben, daß das Mindestgebot nicht hinter dem zurückbleibt, zu dem die Darlehnskassen Wertpapiere dieser Art beleihen. Bemerkt sei im Anschluß hieran, daß auch für die Zwangsversteigerung von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens eine einschränkende Bekanntmachung im Dezember 1914 ergangen ist.

Eine alte Frage des Völkerrechts ist es: Wie weit wirkt der Krieg auf Privatverhältnisse ein? Als Grundsatz des Völkerrechts gilt, daß der Private durch den Krieg an sich nicht in Mitleidenschaft gezogen werden soll. Der Krieg spielt sich sozusagen zwischen den Regierungen, zwischen den kämpfenden Heeren ab. Der Landesbewohner, der nicht dem Heere angehört, ist untätiger Zuschauer, er soll nicht leidender Zuschauer sein, „Beuterecht" nur ein Begriff alter, längstvergangener Zeiten. Wie aber nun? Achten unsre Feinde solche völkerrechtlichen Sätze, und wenn nicht, gibt es eine Ahndung? Das Völkerrecht ist ja kein zwingendes Recht, kein Staat braucht sich Bindungen gefallen zu lassen, die ihm das Recht schafft, er schafft sich sein Recht selbst. Und doch eine Bindung. Denn Anspruch auf volle Achtung hat nur der Staat, der sich an jenes Rechtes Normen hält. Gezwungen können also unsre Gegner gar nicht werden, jenen Grundsatz des Völkerrechts von der Freiheit des Privateigentums einzuhalten. Anhalten aber muß sie dazu die Achtung vor sich selbst. Trotz alledem setzen sie sich, namentlich England, darüber hinweg. Für England ist der Krieg nichts als Geschäft, und geschäftsmäßig wird er ausgetragen. Bei solchem krämerhaften Standpunkt muß der einzelne rührige Deutsche den Engländern genau so feind sein wie die deutsche Regierung. Wie die deutsche Denkschrift zu den hier erlassenen Bekanntmachungen besagt, werden seitens des Feindes Kriegsmittel zur Anwendung gebracht, die von allem, was bisher unter kriegführenden Nationen Brauch war, abweichen, der Krieg wird nicht allein gegen das Deutsche Reich und seine Streitkräfte, sondern gegen Rechte und Eigentum der deutschen Privatpersonen geführt. Deutsche Banken sind unter Staatsaufsicht gestellt worden, Lieferungen oder Zahlungen an Deutschland mit Strafe belegt worden, Verträge mit Deutschen wurden für nichtig erklärt, deutsches Privateigentum mit Beschlag belegt usw. Das zwingt zu Vergeltungsmaßregeln. Dabei ging das Deutsche Reich davon aus, solche nicht weiter auszudehnen, als sich die Feinde gegen uns schuldig machen, von nutzlosen und kurzsichtigen Maßnahmen aber überhaupt abzusehen und endlich alle Maßnahmen erst dann zu ergreifen, wenn

Digitized by Google

einwandfrei das verwerfliche Tun der Gegner festgestellt ist. Hierher gehört die Ueberwachung ausländischer Unternehmungen. Danach können die Landeszentralbehörden unter Zustimmung des Reichskanzlers im Wege der Vergeltung für solche innerhalb ihres Gebiets ansässige Unternehmungen oder Zweigniederlassungen von Unternehmungen, die vom feindlichen Ausland aus geleitet oder beaufsichtigt werden oder deren Erträgnisse ganz oder zum Teil in das feindliche Ausland abzuführen sind, Aufsichtspersonen bestellen, die unter Wahrung der Eigentums- oder sonstiger Privatrechte des Unternehmens darüber zu wachen haben, daß während des Krieges der Geschäftsbetrieb nicht in einer den deutschen Interessen widerstreitenden Weise geführt, insbesondere keine Vermögenswerte nach dem Ausland abgeführt werden. Schwere Strafe steht auf Nichtbefolgung der ergangenen Weisungen durch Leiter und Angestellte, Gefängnisstrafe oder Geldstrafe bis zur Höhe von nicht weniger als 50000 Mark. Zufolge der Bekanntmachung ist von der Bestellung von Aufsichtspersonen für englische, französische, russische und belgische Unternehmungen Gebrauch gemacht worden; es ist ferner verfügt, daß auch in den Fällen, wo sämtliche Leiter und vertragsberechtigte Angestellte eines Auslandsunternehmens das Inland verlassen haben, das zur Erhaltung von Vertrag, Erfüllung eingegangener Verpflichtungen und Abwicklung von Geschäften Nötige veranlaßt werden kann. Im Zusammenhang mit der Aufsicht über ausländische Unternehmungen gelten die Bekanntmachungen betreffend Zahlungsverbote zunächst gegen England. Entsprechend englischen Maßnahmen ist bis auf weiteres untersagt, nach britischen Gebieten Zahlungen, sei es nun in bar, Wechseln oder Schecks, durch Ueberweisung oder sonst zu leisten sowie Geld oder Wertpapiere abzuführen oder zu überweisen. Die Strafe, die auf Uebertretung dieser Bestimmung steht, ist sehr hoch — Gefängnis bis zu drei Jahren und (oder) Geldstrafe bis zu 50000 Mark. Unter Umständen können noch höhere Strafen, so die des Landesverrats, zur Anwendung kommen.

In gleicher Weise wird bestraft, wer wissentlich ein deutsches Ausfuhrverbot zu Englands Gunsten übertritt, Waren, für die ein deutsches Ausfuhrverbot besteht, aus andern Ländern nach England mittelbar oder unmittelbar abführt oder überweist. Dem Reichskanzler ist nach § 7 überlassen, nach Bedürfnis Ausnahmen zu bewilligen — so werden Zahlungen, die zum Erlangen, Erhalten oder Verlängern von Patenten, Muster- und Warenzeichen nötig sind, bis auf weiteres zugelassen. — Den strafrechtlichen Vorschriften entsprechen die zivilrechtlichen. Vermögensrechtliche Ansprüche von Personen, die in britischen Gebieten ihren Wohnsitz oder Sitz haben, mögen die Ansprüche auf Geld oder andre Leistungen gerichtet sein, mag die Erfüllung eine Leistung nach kritischem Gebiete bedeuten oder nicht, gelten vom 31. Juli 1914 oder wenn sie erst an einem späteren Tage zu erfüllen sind, von diesem Tage an bis auf weiteres als gestundet; für die Dauer der Stundung können Zinsen nicht verlangt werden. Diese Stundungseinrede kann auch durch Abtretung des Anspruchs an Personen, die außerhalb Englands wohnen, nicht beseitigt werden. Sie steht auch den Erwerbern des Anspruchs entgegen, wenigstens für den Regelfall.

Digitized by Google

Auch die Frage, wie es mit inländischen Niederlassungen von solchen Unternehmungen zu halten sei, die in England ihren Hauptsitz haben, bedurfte der Regelung. Zahlungsverbote gegen Frankreich und Rußland bewegen sich auf der gleichen Linie, auf geringe, in tatsächlichen Verhältnissen begründete Unterschiede kann nicht näher eingegangen werden.

Zum Schluß endlich noch einen Blick auf zwei Bekanntmachungen finanzpolitischen Inhalts. Wie gesagt, ist es in weiten Schichten des Volkes ein erfreuliches Streben gewesen, der Reichsbank Gold zuzuführen. Demgegenüber hat sich besonders in den Grenzbezirken des Reichs, aber auch anderswo, selbst in des Reiches Hauptstadt, ein verwerfliches Treiben bemerkbar gemacht. Es geht dahin, daß Ausländer und zweifelhafte Personen des Inlandes bei der Bevölkerung Goldgeld des Deutschen Reiches gegen ein Aufgeld aufkaufen, um es nach dem Ausland zu bringen. Dem tritt eine Bekanntmachung betreffend Verbot des Agiohandels entgegen. Jeder, der ohne Genehmigung des Reichskanzlers es unternimmt, Reichsgoldmünzen zu einem ihren Nennwert übersteigenden Preis zu erwerben, zu veräußern oder solche Geschäfte über sie zu vermitteln oder dazu auffordert oder sich dazu erbietet, hat, sofern er nicht etwa als Landesverräter schwerer zu bestrafen ist, Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu 5000 Mark zu gewärtigen. Auch unterliegen die zu einer der erwähnten strafbaren Handlungen gebrauchten oder bestimmten Reichsgoldmünzen der Einziehung.

Verwandt mit dem Treiben jener Dunkelmänner war folgendes Gebahren: Es wurden größere Posten deutscher Reichsanleihe in Stücken, die den englischen Effektenstempel trugen, über ein neutrales Land in Deutschland zu Schleuderpreisen zum Verkauf ausgeboten. Die Stücke stammten aus Feindesland, es sollte offenbar unsre Anleihe entwertet und unter Umgehung von Zahlungsverboten deutsches Geld auf Umwegen ins Ausland gebracht werden. Die Bekanntgabe der Reichsbank, daß sie mit Firmen, die solche Stücke im Interesse des Auslands kommissionsweise vertreiben, jeden geschäftlichen Verkehr für immer abbricht, reichte zur Ahndung solchen Tuns nicht aus, es machte sich auch eine Bekanntmachung über das Verbot mit in England abgestempelten Wertpapieren nötig. Natürlich tritt dadurch eine gewisse Erschwerung der Verkäuflichkeit mit englischem Staatsstempel versehener Papiere ein, doch muß über das Bedenken hinweggesehen werden, um den Versuchen der obenerwähnten Art wirksam entgegenzutreten. Kleine Opfer, aber eben auch im Interesse des großen Vaterlands nötig.

Digitized by Google

Ein Brief Anselm Feuerbachs an den Minister Strehmayr

Mitgeteilt von

Dr. Theodor v. Frimmel

Idealisten von edlem, ernsten Streben können sich schwer oder gar nicht in die Wiener Art finden. Diese war vor einigen Jahrzehnten noch leichtlebiger, ja leichtsinniger als heute, nicht zuletzt im Kunstleben zur Zeit, da der Maler Anselm Feuerbach in Wien wirkte. „Gschnas", das sind heitere Künstlerlaunen, besonders witzige Schöpfungen mit Benutzung wunderlichen Materials, und „Makartbuschen", diese waren in lockerer Weise aus dürrem Schilf und derlei Gräsern, aus Palmenblättern und etlichen frischen Blumen gebildete Sträuße, diese wurden vorzüglich vom damaligen Wiener bejubelt. Makart, dem bei seinen Bildern kaum viel andres vorschwebte als Farbenwirkung und — Sinnlichkeit, war der Held des Tages. Der denkende Canon konnte sich nur mit Mühe neben ihm geltend machen. Erst nach Makarts Tode wurde Canon voll gewürdigt. Dann in bescheidenem Abstand noch die Rahlschüler Bitterlich, Eisenmenger, Griepenkerl, die als monumentale Koloristen ihr Feld behaupteten. Die religiöse Malerei war hauptsächlich durch den greisen Führich vertreten. Ringsum eine Menge aufsteigender Gestirne, viele kleine darunter, die alle zumeist einem ausgesprochenen Realismus huldigten und, noch wenig beachtet, nach Geltung rangen. Für den überaus fein und zart besaiteten, vornehm gesinnten, arglosen Anselm Feuerbach hatte Wien keinen rechten Platz, hatten die Wiener kein rechtes Verständnis. Er war im Frühling 1873 aus der Ewigen Stadt am Tiber an die Donau gekommen. Im Jahr 1872 hatte er von der Unterrichtsbehörde einen Ruf zur Professur der Historienmalerei an der Akademie der bildenden Künste erhalten. Aber nur etwa drei Jahre hat er es im „gemütlichen" Wien ausgehalten. Die Verständnislosigkeit der meisten Wiener artete vor den Werken Feuerbachs mit ihrem erdenentrückten Stil, dem melancholischen Grundton und der damals etwas lehmig gewordenen Farbe geradeswegs in eine Feuerbachhetze aus. Die Großheit der Auffassung, die einzig treffliche Modellierung, die Einfachheit der Linien galten gar nichts. Der kränkliche Mann malte, las, lehrte, malte wieder, fand sich aber nicht in die Wiener. Man erfährt dies aus des Künstlers „Vermächtnis", das, von der überlebenden hochbegabten Stiefmutter des Künstlers mit Verständnis überarbeitet, in vieler Händen ist. Im „Vermächtnis" schreibt er auch von dem „Sturm", der über ihn losbrach, als in Wien seine große „Amazonenschlacht" und das zweite „Gastmahl des Plato" ausgestellt waren. Zudem wurde Feuerbach bald danach von der Steuerbehörde in einer geradewegs unbegreiflichen Weise drangsaliert. Die Unterrichtsbehörde ließ ihn freilich nicht fallen und gab sich Mühe, ihm die Wege zu ebnen, aber Feuerbach selbst hatte von den Fachgenossen an der Akademie, ja von ganz

Digitized by Google

Wien, wo ihm auch Staub und Wind am Leben zehrten, gerade genug. Er bat um seine Entlassung. Auf diese Angelegenheit bezieht sich Feuerbachs folgender Brief, der an den damaligen Minister für Kultus und Unterricht Dr. Karl Edlen v. Strehmayr gerichtet ist. Das Schreiben folgt in der unverfälschten Fassung des Künstlers und in Gänze, da es bedeutungsvoll genug ist und bisher nicht bekannt gemacht worden war.

„Hochgeehrter Herr Minister!

Euer Excellenz mögen mir gestatten, in vertraulicher Weise die Kette von Umständen, welche meine Entlassung zur Nothwendigkeit gestalteten, hiemit näher zu beleuchten.

1. Man legte mir, das Jahr 1875 nachträglich einschließend, eine jährliche Steuer von nahezu 2000 Gulden, demnach mehr als die Hälfte meiner Besoldung auf und erwiederte meine mehrfachen Gesuche um Verringerung dieser unverhältnismäßigen und untragbaren Last mit Executionsdrohungen in Wohnung und Atelier.

2. Bei Abstimmung des italienischen Reisestipendiums ist mein und der Akademie talentvollster Schüler, Herr Ernst, zum zweiten male durchgefallen und es wurde ihm ein mittelmäßig begabter Schüler vorgezogen, welcher mit Arbeiten auftrat, die bereits im vorigen Jahre den Schulpreis erhalten hatten, während sich Herr Ernst mit drei neuen Bildern bei der Concurenz betheiligte, darunter ein Männerbildniß, wie es schwerlich auf einer andern Akademie von einem zwanzigjährigen Künstler gemalt wird.

Da ich in solchem Verfahren nur eine auf Kosten der Schüler bethätigte unfreundliche Gesinnung gegen den Lehrer erblicken kann, und Unpartheilichkeit mir als die erste Pflicht eines Prüfungscomités erscheint, so vermag ich einen gedeihlichen Fortgang mir nicht als möglich zu denken bei Wiederholung ähnlicher Vorgänge.

3. Nachdem Eure Excellenz mich durch den Auftrag, die Decke des glyptischen Saales der neuen Akademie mit der Schöpfungsgeschichte auszumalen beehrten, stellte ich sofort das Material, theils aus Paris, theils in Wien selbst zusammen und bereitete mich das große Mittelbild zu beginnen. Nachdem mir indeß klar ward, daß man ein passendes Atelier, welches die erforderliche Höhe hatte, nicht finden konnte oder wollte, begann ich den unteren Cyklus von vier Bildern in vierzehn überlebensgroßen Figuren und vollendete sie bis auf etwa achttägige Arbeit der Zusammenstimmung, in fünf Monaten. Als dann, nachdem ich Zeit Mühe und Geld in reichlichem Maaße verwendet und die große Arbeit fertig im Atelier stand, ward mir bedeutet, daß die acht Plafondbilder nicht gemalt werden sollten, sondern daß nur von einem Mittelstück die Rede wäre.

Nur das feste Vertrauen, daß es mir gestattet würde, meine künstlerische Aufgabe im ganzen Umfange durch die innerlich zusammenhängenden neun Plafondbilder zu lösen, ließ mich auf einen Preis eingehen, der mit der Arbeit nicht im Verhältniß steht. Die Herstellung eines Mittelbildes allein würde ich nie übernommen haben.

4. So geschah es, daß eine Reihe von mißliebigen Umständen mich in dauernder Aufregung erhielt, welche dann mit Veranlassung zu einer schweren Krankheit wurde, in deren Folge ich zu dem gegenwärtigen Schritt veranlaßt bin.

Digitized by Google

Die Liebe und Achtung meiner Schüler ist die einzige, aber vollgültige Entschädigung für die Opfer, welche ich gebracht habe und die jetzt durch meinen Rücktritt ihren Abschluß finden.

Euer Excellenz mögen mir noch ein geschäftliches Wort erlauben. Ist ein hohes Ministerium gesonnen, mich dennoch den ganzen Plafond vollenden zu lassen, so werde ich mit der Zeit in Rom Gelegenheit zur Ausführung finden. Im andern Falle bin ich gern bereit, nach Abzug meiner Ausgaben für Bildermaterial und Steuerzahlung, nicht minder für die verlorene fünfmonatliche Arbeit, den Rest des mir seiner Zeit gewährten Vorschusses durch ein der Sachlage angemessenes Bild auszugleichen.

Mich offen und wahrhaftig Euer Excellenz gegenüber auszusprechen habe ich als Pflicht und als Bedürfnis gefühlt. Im Interesse der Akademie selbst möchte ich wünschen, daß ähnliche trübe Erfahrungen meinem Nachfolger erspart werden könnten.

Mit ausgezeichneter Hochachtung Eurer Excellenz

ergebenster

Wien, 14./6. 76. Anselm Feuerbach."

Die Urschrift dieses Briefes ist mir vor Jahren von einem der Hauslehrer meiner Söhne geschenkt worden. Den Namen habe ich leider nicht vermerkt und schließlich vergessen, so daß ich nur im allgemeinen für das Geschenk danken kann. Der Brief soll sich unter ausgemusterten Akten gefunden haben. Strehmayr machte mit dem Bleistift Bemerkungen in den Rand, und eine Note in Rötelschrift zeigt die mir wohlbekannte Hand Rudolf v. Eitelbergers, des damaligen Kunstreferenten im Ministerium. Eitelberger war es, auf dessen Veranlassung nach Führichs Versetzung in den Ruhestand Feuerbach 1872 den Ruf nach Wien erhalten hatte. (Ueber Strehmayr, den ich nur vom Sehen und nach seinem Wirken im Ministerium kannte, erhielt ich dankenswerte Auskünfte aus dem Archiv des österreichischen Unterrichtsministeriums. Mit Rudolf v. Eitelberger war ich anfangs als sein Schüler, später als stellvertretender Kustos im Oesterreichischen Museum für Kunst und Industrie jahrelang bekannt. Eitelberger hat nicht nur als Gründer des genannten Museums, sondern auch in vielen andern Kunstangelegenheiten überaus anregend gewirkt, und daß er gelegentlich gegen Waldmüller geschrieben hat, ist ihm längst verziehen. Was die Angaben aus Feuerbachs Leben betrifft, so sind in den Veröffentlichungen über den Künstler von Jul. Allgeyer, H. Uhde-Bernays und A. v. Oechelhäuser wohl manche Stellen über den Wiener Aufenthalt des Künstlers und über die Quelle des „Vermächtnisses" zu finden, aber die Einzelheiten aus dem oben mitgeteilten Brief fehlen.) Der Schüler, der im Brief besonders genannt wird, ist Rudolf Ernst, der talentvolle Maler, der von Wien nach Paris auswanderte.

Aus Strehmayrs handschriftlichen Bemerkungen geht hervor, daß der Minister damals noch hoffte, Feuerbach in Wien festhalten zu können. Zur „Nothwendigkeit" der Entlassung macht er ein Fragezeichen. Zur Steuergeschichte

Digitized by Google

notiert er: „unbegreiflich“. Zur Ungerechtigkeit bei der Preisverteilung schreibt er in den Briefrand: „Professoren-Collegium der Akademie! Der Sache wäre auf den Grund zu sehen.“ Zum dritten Punkt und zu Feuerbachs „geschäftlichem Wort“ findet man die Anmerkung des Ministers: „Wird sich wohl trotz der Finanz-Calamität noch ausgleichen lassen.“

Eitelbergers Rotstift zeigt sich an der Stelle, wo Feuerbach das Zurückziehen des Auftrages der Nebenbilder beklagt und wo der Künstler schreibt: „ward mir bedeutet, daß die acht Plafondbilder nicht gemalt werden sollten“. Das „mir bedeutet“ wird durch Eitelberger rot unterstrichen, und im Rande wird die Frage hinzugefügt „von wem? und in welchem Auftrage?“

Das oben mitgeteilte Schreiben wurde gewiß rasch beantwortet. Die nicht datierte briefliche Antwort Strehmayrs liegt mir als Entwurf in der Urschrift des Ministers vor. Sie lobt und anerkennt in beweglicher Rede die Lehrtätigkeit und das sonstige künstlerische Wirken Feuerbachs, gibt der Hoffnung Ausdruck, daß der Künstler doch noch umzustimmen sein werde, und erteilt dem Künstler sofort einen Urlaub bis 1. Oktober [1876]. Neben der Antwort Strehmayrs kenne ich auch Briefe von Feuerbachs Mutter, die sich auf die Angelegenheit beziehen. Es sind zwei Mitteilungen in Abschrift, an Eitelberger gerichtet, und eine Urschrift an den Minister, alle aus dem Jahre 1879. Feuerbachs Erkrankung wird u. a. in diesen Briefen besprochen. Das Leiden des Künstlers war ernst genug. Feuerbach hat nach der Wiener Kampagne nicht mehr lange gelebt. Man weiß es, die Wiener Gemütlichkeit hat ihm das Herz abgedrückt, bzw. die fortwährenden Aufregungen haben den ungewöhnlich reizbaren Mann entweder krank gemacht oder sie haben ein schon vorhandenes Uebel in reißender Eile gefördert. Feuerbach starb nach vergeblichen Versuchen, sich da und dort wieder zu erholen, in Venedig am 4. Januar 1880. Wien hat sich seitdem doch wohl stark verändert, zu seinen Gunsten. Es ist ernster geworden, auch wenn die Gattung der Widersacher alles Großen noch lange nicht ausgestorben ist.

Der Krieg und die Industrie

Von

Prof. Dr. P. Rohland (Stuttgart)

Die Feinde Deutschlands, besonders die Engländer, haben sich, wie in manchen andern Dingen auch, in einem großen Irrtum befunden, als sie glaubten, daß durch den Krieg die gesamte deutsche Industrie lahmgelegt würde.

Ganz abgesehen von den Fabriken, die direkt Kriegsbedürfnisse produzieren, und Fabrikzweigen, die mit diesen indirekt zu tun haben, so ist durchaus kein Stillstand in der übrigen deutschen Industrie eingetreten.

Digitized by Google

Zum Beispiel hat die Holzindustrie Aufträge aller Art erhalten, für den Bau von Baracken, provisorischen Brücken und Eisenbahnen. Die Militärbehörde hat erhebliche Holzmengen von Pflöcken, Stäben und Pfählen für den Zeltaufbau, zusammenlegbare und transportable Telephon- und Telegraphenzellen, Gewehrreinigungshölzer usw. bestellt.

Im Flugzeugbau wurden außerordentlich reichliche Mengen des besten deutschen Eschenholzes verarbeitet, auch die Sperrholzindustrie hat zu Flugzeugrümpfen und Wasserflugzeugschwimmern viel Spezialmaterial geliefert. Auch im Fahrzeugbau sind weite Arbeiterschichten aus der Holzbranche tätig. Sicherungen von Bänken usw., Tragbahren, Feldbetten für Lazarette, Gefangenenlager, provisorische Militärunterkunftsstätten stellen ebenfalls einen wesentlichen Teil von besonderen Beschäftigungsmöglichkeiten dar.

Die Herstellung von Fahnenstangen und bestimmten Spielwaren, die besonders im sächsischen Erzgebirge fabriziert werden, vervollständigt dieses Bild.

Es ist auch vorgeschlagen worden, Holzhäuser, die in besonders günstigem Klima errichtet werden sollen, den genesenden Kriegern zur Verfügung zu stellen.

Die Nahrungsmittelindustrie ist reichlich mit Aufträgen versehen, es müssen auch hier die Abfallprodukte, wie Bierhefe, Weinhefe und Trester nach geeigneter Trocknung zur Herstellung von Futter- und Nahrungsmitteln verwendet werden.

In der Eisen- und Metallwarenindustrie hat eine große Anzahl von Firmen schnell ihr Arbeitsgebiet geändert, sie stellt jetzt Artilleriegeschosse und Zünder, ferner Feldküchen, Kochkisten, Transportvorrichtungen für warmes Essen usw. her.

Auch in der Textilindustrie ist ähnliches der Fall; Fabriken in der Samt- und Seidenweberei haben sich auf die Herstellung von Heeresbedarf in Woll- und Baumwollgeweben aller Art geworfen.

Die Automobilfabriken sind im allgemeinen infolge größerer Bestellungen gut beschäftigt. Die Werkstätten für optische Feinmechanik, ferner für Telephon- und Telegraphenleitungen haben genügend Aufträge.

Infolge des Fortfalls der Petroleumeinfuhr werden jetzt Münzgasmesser und Gasautomaten hergestellt, welche die Verwendung von Koch- und Leuchtgas auch den Aermeren ermöglichen.

Selbstverständlich hat auch der Krieg seine Wirkung auf den Bergbau und das Hüttenwesen ausgeübt. Manche Steinkohlen- und Braunkohlenwerke fördern vielleicht nur ein Drittel der bisherigen Menge an Kohlen.

Auch die Kaliwerke haben darunter zu leiden, aber gerade der Bedarf an Kalisalzen darf von der Landwirtschaft nicht gekürzt werden. Für stickstoffhaltige Düngemittel, gewonnen aus der Atmosphäre, sorgt die chemische Industrie nach dem neuen Verfahren von Fr. Haber.

Weder Arbeitslosigkeit noch Arbeitermangel ist in den bisherigen Kriegsmonaten eingetreten, wenn auch an Stelle der zur Fahne gerufenen Arbeiter junge und alte vielfach getreten sind.

Digitized by Google

In wirtschaftlicher Hinsicht befindet sich England insofern uns gegenüber im Nachteil, als wir Rohprodukte oder halbfertige Produkte, wie Benzin oder Benzol aus England beziehen, die wir auch anderswoher beziehen können, während England fertige Produkte einführt, die es aus Deutschland beziehen muß.

Trotzdem die Teerfarbenindustrie in England zuerst entstanden ist, der erste Teerfarbstoff, das Mauvein, von Perkin dort entdeckt worden ist, betrug jetzt in Deutschland die Ausfuhr in Tonnen an Teerfarben:

	Ausfuhr in Tonnen	Einfuhr in Tonnen
Anilinfarbstoffe	59539	2546
Alizarin (rot)	5972	—
Andre Alizarinfarbstoffe	5574	—
Indigo	24811	80
Indigopräparate	307	3

Aber wir können uns auch noch bezüglich andrer Produkte, die wir jetzt noch aus England bezogen haben, später von England emanzipieren, z. B. bezüglich des Kaolins.

Englands Kaoleinfuhr nach Deutschland betrug

im Jahr 1907 . . .	102534	Tonnen zu	1000 Kilogramm
„ „ 1908 . . .	115482	„ „ „	„
„ „ 1909 . . .	106417	„ „ „	„
„ „ 1910 . . .	105336	„ „ „	„
„ „ 1911 . . .	110148	„ „ „	„
„ „ 1912 . . .	143706	„ „ „	„
„ „ 1913 . . .	118203	„ „ „	„

Der Wert dieser Einfuhr betrug in 1000 Mark:

1907	3,794
1908	4,273
1909	3,938
1910	3,898
1911	3,965
1912	5,174
1913	4,256.

Deutschland hat dagegen überhaupt nur in

den Jahren 1912 . . .	37850	Tonnen zu	1000 Kilogramm
„ „ 1913 . . .	42058	„ „ „	„

ausgeführt.

Der Wert dieser Ausfuhr betrug in 1000 Mark:

1912	1,311
1913	1,403.

Es werden also 3 bis 4 Millionen Mark für Kaolin nach England ausgeführt, wenn man den Betrag für unsre Gesamtausfuhr abzieht.

Digitized by Google

Unsre einheimischen Kaoline aus Sachsen und Bayern, ferner auch aus Böhmen, wie wir sie in der keramischen Industrie und in der Papierfabrikation brauchen, sind, wie meine besonderen Untersuchungen ergeben haben, den englischen Kaolinen vollkommen gleichwertig, wenn sie diese nicht übertreffen.

In einem sehr interessanten Artikel wird in der amerikanischen Zeitschrift „Engineering News" darauf hingewiesen, daß das Ausland deutsche Industrieerzeugnisse vermißt.

Es heißt darin: „Wir Ingenieure und Chemiker wissen seit langem, daß die Deutschen auf dem Gebiete der Wissenschaft und Technik führend sind. Wenige sind sich bis dahin bewußt geworden, bis zu welcher Ausdehnung die ganze Welt in der Lieferung einer großen Menge von Waren und Erzeugnissen abhängig ist von deutschen Männern der Wissenschaft, von Chemikern, Ingenieuren und Fabrikanten."

Die anfängliche Freude der amerikanischen und englischen Industriellen über das Hinausdrängen der deutschen Konkurrenz wurde sehr bald durch die Erkenntnis getrübt, daß sie selbst gewisse deutsche Erzeugnisse nicht mehr in ausreichender Weise erhalten konnten. Die Stahlfabrikanten wissen nicht, wie sie ihren Bedarf an Ferromangan jetzt decken sollen, die Düngerfabrikanten vermissen die Zufuhr der deutschen Pottasche, die Textilfabrikanten die Zufuhr von Farbstoffen, die nur in Deutschland fast in dieser Vortrefflichkeit hergestellt werden. Allerdings soll jetzt in England mit der Gründung einer eignen Farbstoffindustrie begonnen werden; indessen dürfte das ein vergebliches Bemühen sein. In dem Handel mit Drogen und Chemikalien stiegen die Preise für Chemikalien und Drogen um das Doppelte und Dreifache.

Nun können gewiß alle diese Produkte auch außerhalb Deutschlands fabriziert werden; aber das würde viel zu lange Zeit dauern, bis die Fabrikation dieser Artikel in dieser Vollendung wie in Deutschland eingerichtet würde.

Auch die englischen Industriellen sind nachgewiesenermaßen in eine solche üble Lage wie die amerikanischen hierdurch gebracht worden; sie möchten zwar den Ausfuhrhandel in den vielen Ländern erobern, die Deutschland jetzt nicht erreichen kann, aber sie werden daran dadurch gehindert, daß sie diejenigen Stoffe nicht mehr erhalten können, die sie gewohnt waren, aus Deutschland zu beziehen.

Allerdings sind noch nicht alle Straßen geschlossen, durch die Deutschland seine Erzeugnisse in die Welt senden kann, z. B. durch das neutrale Holland.

Nachdem in den ersten Wochen des Krieges jegliche Verständigung mit Amerika unterbrochen war, finden jetzt auch auf amerikanischer Seite die Bestrebungen auf Wiederaufnahme eines regelmäßigen Güterverkehrs zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland volle Würdigung. Die am deutsch-amerikanischen Güteraustausch interessierten Organisationen haben eine Zentralstelle für die Nachrichtenvermittlung nach den Vereinigten Staaten beschlossen,

Digitized by Google

die ihren Sitz in Berlin hat, und mit deren Durchführung der Deutsch-Amerikanische Wirtschaftsverband betraut ist.

Wegen dieser Angelegenheit hat zwischen dem Deutsch-Amerikanischen Wirtschaftsverband und dem Reichskanzler ein bemerkenswerter Telegrammwechsel stattgefunden.

In der Londoner Presse werden unter der Ueberschrift „War on German Trade" täglich die neutralen Staaten, die als Zwischenhändler dienen können, angegriffen. Besonders führen die Journalisten eine drohende Sprache gegen Holland. Weil Rotterdam als Einfuhrweg nach Deutschland dienen kann, wird den holländischen Schiffen verweigert, in englischen Häfen zu laden oder von dort aus Waren weiterzuführen. „The Globe" schreibt: „Je eher wir es erreichen, daß Hollands Neutralität uns gegenüber aufhört, wohlwollend zu sein, um so besser."

Auch an die skandinavischen Länder werden Warnungen von der englischen Presse gerichtet. Anderseits hofft man auf dem Umwege über Schweden Produkte aus Deutschland zu erhalten, die bisher von dort direkt bezogen worden sind, wie Fensterglas, elektrische Lampen, optische Gläser, prismatische Linsen für Ferngläser, photographische Apparate, Wasserkraftturbinen, Spielzeug usw.

Was die chemische Industrie anbetrifft, so ist gegen diese in England ein ganz besonderer Groll vorhanden, weil sie in Deutschland unter der Mitwirkung von Technik und Wissenschaft die englische bei weitem überflügelt hat, während letztere im Niedergang begriffen ist, obwohl einzelne chemische Industriezweige, wie die Fabrikation der Anilinfarbstoffe usw., in England ihren Ausgang genommen haben.

Schon wenige Tage nach Anfang des Krieges ist daher in London eine Tagung abgehalten worden, in der der Beschluß gefaßt worden ist, die deutsche chemische Industrie zu vernichten. Die sehr angesehene englische Ingenieurzeitschrift „Engineer" schrieb, daß es Englands sehnlichster Wunsch sei, planmäßig die großen industriellen Werke Deutschlands zu vernichten und bemerkt, daß die deutschen wissenschaftlichen Leistungen im wesentlichen die eines Schmarotzertums an der Gedankenarbeit andrer Länder sei!!

Gewiß hat die chemische Industrie durch die Einschränkung der Ausfuhr schweren Schaden erlitten, doch ist schon eine Besserung zu verzeichnen; ihr sind in letzter Zeit 12000 Ausfuhrgesuche für neutrale Länder vom Reichsamt des Innern genehmigt worden. Der Bedarf Amerikas an Farbstoffen und andern Chemikalien ist bereits wieder in Deutschland gedeckt worden; Amerika hat zu diesem Zwecke einen Dampfer gesendet, der uns Baumwolle gebracht hat und von uns mit Farbstoffen befrachtet worden ist. Wie weiter berichtet wird, charterten amerikanische Baumwollhändler amerikanische Schiffe, und sie beabsichtigen, von jetzt ab monatlich 50000 Ballen nach Deutschland und 25000 Ballen nach Oesterreich-Ungarn zu verfrachten. Damit würde ungefähr der Bedarf dieser Länder gedeckt sein.

Digitized by Google

Bezüglich der chemischen Industrie möchte ich dann noch folgendes hervorheben: Die Militärbehörde hatte schon Benzin und Benzol für Automobilzwecke beschlagnahmt. Da wir keine Schweröle zur Benzingewinnung besitzen, auch Oesterreich solche nur in Galizien und Ungarn, so ist, selbst nach der Freigabe dieser Stoffe, die größte Sparsamkeit hier am Platze.

Benzol können wir aus dem Steinkohlenteer herstellen; auch kann Benzol mit andern Abfallprodukten, z. B. Anthrazenschlamm versetzt werden. Es steht uns aber auch noch der Spiritus zur Verfügung, für dessen Benutzung allerdings die Motore der Automobile erst entsprechend geändert werden müssen. Auch Mischungen von Benzin bzw. Benzol mit Spiritus, Azeton, Petroleum können verwendet werden.

Für die Gewinnung von Aethylalkohol stehen uns zahlreiche Hilfsquellen zu Gebote; in solcher Zeit wie der jetzigen gerade müssen die Abfallprodukte unsrer Industrie nutzbar gemacht werden. So kann Aethylalkohol aus Holzabfällen, aus den Abwässern der Zellulosefabriken, aus den Abwässern der Preßhefefabriken, aus Rübenmelassesirup usw. gewonnen werden. Aus den Ablaugen der Zellulosefabriken könnte jährlich für 10 Millionen Mark Spiritus gewonnen werden, doch vorläufig ist diese Ausnutzung durch die steuergesetzlichen Maßnahmen unmöglich.

Eine weitere chemisch-technische Forderung ist die Reinhaltung unsrer Bäche und Flüsse von ungeklärten und ungereinigten städtischen und Fabrikabwässern wegen etwaiger Seuchengefahr, die durch die Einlieferung von Gefangenen erhöht wird. Besondere Aufmerksamkeit verdienen Flüsse, in denen nicht vollständig, nur mechanisch, durch Emscherbrunnen oder Kremerbrunnen geklärte städtische oder auch ungereinigte landwirtschaftliche Abwässer mit Fabrikabwässern im Vorfluter selbst zusammentreffen.

Die kolloiden Substanzen der Fabrikabwässer bilden das Nahrungssubstrat für die zahlreichen Mikroorganismen, Bakterien usw., die aus den städtischen und landwirtschaftlichen Abwässern stammen; es entsteht ein biologischer Prozeß, der mit üblem Geruch verbunden ist, die Vermehrung der Bakterien ist auch hier eine ungeheure, so daß, wenn seuchenerregende Bakterien auftreten, die Verbreitungs- und Ansteckungsgefahr sehr groß ist.

Darum sollten auch gerade zur Jetztzeit unsre Flüsse so sauber wie möglich gehalten werden, und die Gemeinden als Auftraggeber für solche gemeinnützige Zwecke in erster Linie in Betracht kommen.

Da die Seefischerei daniederliegt, so würde eine tunlichst große Reinhaltung unsrer Bäche und Flüsse von ungeklärten und ungereinigten Abwässern auch unsrer Binnenfischerei zugute kommen, und damit ein sehr schätzenswertes Nahrungsmittel in größerer Menge gewonnen werden.

Auch in diesem Kampf gegen die deutsche Industrie und den deutschen Handel, der ja — wenigstens was England anbetrifft — als eigentliche Kriegsursache angesehen werden muß, werden und müssen wir siegen. Schon jetzt ist deutlich bemerkbar, daß das gewerbliche und industrielle Leben in

Digitized by Google

England und Frankreich eine viel tiefergehende Schädigung erfahren hat als in Deutschland. Dazu kommt, daß infolge unsrer Besetzung Nordfrankreichs von der Förderung der Bergwerke und Steinbrüche 60,5 Prozent, von der Eisenerzeugung und Verarbeitung 51,4 Prozent auf den Kriegsschauplatz entfallen, von der Nahrungsmittelindustrie, Zucker- und Nudelfabriken 46,8 Prozent im Besetzungsgebiet liegen und von der Textilindustrie 68,7 Prozent sich in unserm Besitz befinden.

Die Pflicht des Nichtkombattanten

Es entspricht durchaus dem menschlichen Gefühl, Leuten Gutes zu tun, die für die Allgemeinheit Blut, Gesundheit, Leben eingesetzt haben. Der gesunde, kräftige Mann tut dies gegenwärtig als Soldat im Felde. Wird er verwundet oder erkrankt er, dann wird in der Heimat für ihn gesorgt. Es geschieht dies im allgemeinen in sehr ausreichender, zuweilen sogar in so guter Art, daß man im Zweifel sein kann, ob den Mannschaften nicht vielleicht für ihre Zukunft der Geschmack verdorben wird, und ob bei längerer Kriegsdauer die Sache sich in dieser Art wird durchführen lassen. Ueber der Sorge für die anwesenden Verwundeten und Kranken soll man aber nicht diejenige für die nicht anwesenden, weil im Felde stehenden Mannschaften vergessen, mit denen zu verkehren freilich die Gelegenheit fehlt. Man ist in dieser Richtung leicht ungerecht. Nicht jeder Verwundete oder Kranke war ein Held, und dem Vaterlande am nützlichsten ist zweifellos derjenige, der den Feldzug über von Anfang bis zum Schluß in der Front wirkt. Das hängt ja gewiß nicht von ihm ab. Er hat nicht darüber zu entscheiden, ob er verwundet wird, ob er erkrankt oder nicht. Ist er gezwungen, die Front zu verlassen, dann kann er nur durch sein Verhalten dazu mitwirken, daß er bald zur Truppe zurückzukehren vermag. Immerhin hat er eine Zeit der Ruhe, oft freilich auch eine Zeit der Schmerzen. Gerade der bei der Truppe Verbleibende verlebt aber auch keine bequemen Tage. Die sommerliche Hitze ist wie die winterliche Kälte nie eine Annehmlichkeit. Noch weniger bei fehlender kühler Sommerlaube oder bei nicht erreichbarer geheizter Stube, im mit Wasser oder Schlamm gefüllten Schützengraben, im verwüsteten Polen, Galizien u. dgl. Die Verpflegung läßt auch oft zu wünschen übrig. Der gänzliche Mangel an jedem Komfort bis zur zeitweisen Unmöglichkeit des Kleiderwechsels und des Waschens wird vom heutigen Kulturmenschen empfunden. Es kommt die ständige Lebensgefahr, die Aufregung des Kampfes und auf Posten (in weitester Bedeutung) hinzu. Das ist auf die Dauer kein Vergnügen, aber Pflicht, welche von demjenigen beständig erfüllt wird, dem ein gütiges Geschick Verbleib bei der Truppe gestattet. Auch er wird sich manchmal infolge von Erkältung, Rheuma oder dergleichen körperlich elend genug fühlen, aber er beißt die Zähne zusammen und bleibt. Wie oft beschleicht den im Felde

Digitized by Google

Stehenden der Wunsch, infolge Verwundung auf anständige Art eine Zeitlang fortzukönnen. Ich glaube, die Durchhaltenden, deren Zahl, von Kriegsbeginn gerechnet, keine sehr erhebliche mehr sein dürfte, verdienen nicht nur platonische Bewunderung, sondern Hilfe und Unterstützung, sogar einen besonderen „Orden für Standhaftigkeit". Für diese „Durchhaltenden" zu sorgen ist Pflicht, wie im Oktober-Heft ausgeführt wurde. Daran aber sei erneut erinnert, daß ein jeder und jede die Verpflichtung hat, in heutiger Zeit für das Wohl des Ganzen Opfer zu bringen. Wer Gatten, Sohn, Bruder im Felde hat, sorgt in erster Linie für diesen, und das ist richtig. Nicht jeder Zurückgebliebene ist aber in dieser Lage. Ihm und ihr liegt dann aber ob, im allgemeinen zu sorgen. Woher wollte man das Recht nehmen, sich von dieser Pflicht zu befreien? Genügen kann er (sie) ihr allein durch auskömmliche Beteiligung an allen Sendungen fürs Heer (Liebesgaben). Im Artikel eines Kriegsberichterstatters las ich kürzlich folgende Mitteilung, welche dem Gedanken — für die Durchhaltenden sorgen zu müssen — Ausdruck gibt: „... Aber für diesen Schluck Wärme (Tee), für diesen Bissen Brot, für diese Zigaretten sind sie (die Feldgrauen) dankbar, und ich schäme mich beinahe ihrer Dankbarkeit. Wieviel wir auch immer euch geben, es ist viel zu wenig. Ein verschwindendes Nichts dagegen, was ihr für uns gebet: euer Leben."

Wenn man nun — zumal in der Großstadt — sieht, wie Anzugsluxus und Wohlleben in gewissen Kreisen unverändert weiterbestehen, dann fragt man sich, ob in diesen das Gefühl für die soeben bezeichnete Pflicht lebendig ist. In dieser Richtung erlebt Sonderbares, wer mit offenen Augen durchs Leben der Großstadt geht. Es wird so viel über die Not in den breiten Volksmassen geklagt, und die „Sammelbüchse" verschwindet eigentlich nicht mehr. Anderseits macht es den Eindruck, als ob manche Familien, deren sog. „Ernährer" zum Heeresdienst einberufen sind, infolge der staatlichen und privaten Unterstützungen sich zur Kriegszeit besser stünden als im Frieden. Man hört, wie in Delikateßgeschäften von „ganz einfachen" Leuten für einen besonders guten und feinen Apfel 50 Pfennige ohne Murren gezahlt werden, wie die Handlungen, in denen Schlagsahne und Kuchen verkauft werden, von den „Einfachen" besonders besucht sind. Auch jene Arbeiterfrau, die kürzlich für sich selbst einen Hut zu 25 Mark kaufte, gehört hierher. Sollten jene Ernährer vielleicht für sich so viel verbraucht haben, daß für die Familie nichts übrig blieb und ihre Abwesenheit angenehm empfunden wird? Man hatte auch das Gefühl, daß unter gegenwärtigen Verhältnissen die Luxusgeschäfte beim Weihnachtshandel wenig Zuspruch haben würden. Weit gefehlt! Es wurde so viel gekauft, daß sich ein Verkäufer äußerte, man wundere sich, wie gut das Geschäft ginge. Nun mögen ja viele Käufer solche sein, deren Mittel das alles gestatten und die nur in diesem Jahre etwas weniger aufspeichern. Ob diese aber und viele andre, deren Einnahmen weniger reichliche sind, auch für diejenigen etwas spenden mögen, deren Blut und Leben, Gesundheit und Mut dafür eingesetzt wird, daß jene so behaglich und angenehm, luxuriös und für sich freigebig leben können? Man

Digitized by Google

kann — in der Großstadt wenigstens — wohl ernstlich zweifeln, ob der bisher so glücklich verlaufene Krieg eine „Erneuerung der menschlichen Gesellschaft" zur Folge gehabt hat.

Hierauf immer wieder diejenigen hinzuweisen, welche sich nicht im Felde betätigen, ist namentlich bei langer Kriegsdauer erforderlich. Die Sorge für Verwundete und für im Felde Durchhaltende darf nicht erlahmen.

Wenn etwas geeignet ist, die Freude am Geben zu beeinträchtigen, dann ist es, soweit Feldpostsendungen in Betracht kommen, die Unsicherheit, ob der Adressat auch der Empfänger, der Genießende sein wird. Die Klagen über mangelhafte Leistung der Feldpost haben nachgelassen. Sie war anfänglich auf den Riesenbetrieb nicht vorbereitet. Nicht immer dürfte die Sache so zusammenhängen, wie im Herbst im Westen es der Fall war, daß nämlich der Inhalt einer mit Jubel begrüßten Feldpostsendung an eine Kavalleriedivision bei näherer Besichtigung sich als die vor einiger Zeit abgeschickten Feldpostbriefe der Zugehörigen dieser Kavalleriedivision herausstellte. Die Briefe hatten die Reise Réthel—Rhein und umgekehrt gemacht!

Die Dardanellenschlacht

Auszug aus einem Schreiben des Generalfeldmarschalls Freiherrn von der Goltz an den Herausgeber der „Deutschen Revue"

Konstantinopel, den 15. April 1915.

Für Ihren gütigen Brief vom 17. März sage ich Ihnen verbindlichsten Dank. Wenn ich dies nicht früher tat, so liegt es an der Rundreise, die ich, wie Sie vielleicht aus den Zeitungen erfahren haben, kürzlich durch Mitteleuropa unternahm.

Sie haben recht, dem Kampfe in den Dardanellen die größte militärische und politische Bedeutung beizulegen. Die am Tage nach Absendung Ihres Briefes, d. h. am 18. März, stattgehabte letzte große Entscheidungsschlacht in der Meerenge war ein herrlicher Triumph für den Verteidiger. Seit Trafalgar hat, wenn mich meine historische Erinnerung nicht trügt, England in keinem Kampfe seiner Flotten einen ähnlichen großen Verlust erlitten wie hier. Die Türkei erntet mit dem Siegestage die Früchte ihrer entschlossenen Haltung und wackeren soldatischen Arbeit, die unter der gegenwärtigen Regierung eingesetzt hat. Ich habe mich darüber gefreut wie über ein Glück, das das eigne Vaterland betraf. Bezüglich des weiteren Schicksals der Dardanellen können Sie vollkommen beruhigt sein. Die tapferen Verteidiger werden den Feind nicht durchlassen und auch zur Abwehr der Landung bedeutender Streitkräfte stehen Truppen genug bereit.

Digitized by Google

Literarische Berichte

Der Deutsche Krieg. Politische Flugschriften, herausgegeben von Ernst Jäckh. Stuttgart-Berlin, Deutsche Verlags-Anstalt. Preis des Heftes 50 Pf.

Unter den jüngst erschienenen Heften dieser ausgezeichneten Flugschriftenreihe sei an erster Stelle das Doppelheft 41/42 genannt, das unter dem Titel „Kriegsfinanzen" die Rede im Wortlaut bringt, die der neue Staatssekretär des Reichsschatzamtes, Dr. Karl Helfferich, am 10. März 1915 im Reichstag gehalten hat. Ein wortgetreuer Sonderdruck dieser Rede, die in fesselnder Form weltgeschichtlichen Inhalt birgt, wird als ein bedeutsames Dokument der Finanzlage Deutschlands, als Zeugnis von der ungebrochenen wirtschaftlichen Kraft unsers Volkes Politikern und überhaupt jedem Vaterlandsfreund sehr willkommen sein. — Das 43. Heft bedarf bei den Lesern der „Deutschen Revue" keiner Empfehlung; es enthält den Vortrag „Hygienische Betrachtungen über Volksernährung im Krieg", den der berühmte Kliniker Professor Carl v. Noorden im Februar 1915 in Stuttgart gehalten und zunächst im April-Heft unsrer Zeitschrift veröffentlicht hat. Der hochbedeutsame Inhalt dieses Vortrags rechtfertigt die gesonderte Herausgabe, die ihm viele weitere Leser zuführen wird. — Einen schönen würdigen Nachklang zum Bismarckgedenktag bildet die Abhandlung von Hans v. Soden: „Bismarcks Glaube" (Heft 40). Ein ebenso wichtiges wie zartes Problem aus Bismarcks innerem Leben ist hier von einem unsrer jüngeren Theologen mit feinem Nachempfinden und psychologischem Takt behandelt und in glücklicher Weise mit dem, was uns in diesen Tagen am stärksten beschäftigt, in Beziehung gebracht. — Auf das Gebiet der äußern Politik führen uns dann wieder die andern Hefte. Der bekannte Philologe Professor Dr. Lehmann-Haupt bringt unter dem Titel „Von Waterloo bis Antwerpen" (Heft 38) eine Fülle anregender und treffender Beobachtungen über den englischen Nationalcharakter und zieht daraus interessante Schlüsse über unser zukünftiges Verhältnis zu England; Staatsanwalt a. D. L. Trampe zeigt in Heft 39, welche Wichtigkeit dem „Kampf um die Dardanellen" sowohl für die augenblickliche Kriegslage wie für die ganze weltgeschichtliche Weiterentwicklung des östlichen Europa zukommt; und der Berliner Historiker Professor Dr. Otto Hoetzsch behandelt in knapper, aber weitausblickender Darstellung das Thema „Oesterreich-Ungarn und der Krieg", wobei er die historischen Grundlagen der heutigen Doppelmonarchie an der Donau, ihre im jetzigen Krieg neu bewährte Daseinsberechtigung und Kraft und ihre großen Zukunftsaufgaben in gleicher Weise berücksichtigt. —y—

Berühmte Kunststätten. Band 61 bis 63. Leipzig, E. A. Seemann. Geb. M. 4.—, 3.—, 4.—.

Die Seemannsche Sammlung der „Kunststätten" bekommt, obwohl sie von einer vollen Ausschöpfung ihres Stoffes noch sehr weit entfernt ist, mit jedem neuen Bande mehr den Charakter und Wert einer Enzyklopädie, von deren einzelnen Teilen der Kunstfreund, selbst wenn er für den einen oder andern Gegenstand kein spezielles, unmittelbares Interesse haben sollte, doch keinen in seiner Bücherei wird missen wollen und jeden neuen wegen der damit gebotenen, besonders durch das vortreffliche Anschauungsmaterial wirksam werdenden Erweiterung seines Gesichtskreises aufs freudigste willkommen heißen wird. Ein uneingeschränktes Interesse wird man überall in Deutschland für den neuen 63. Band voraussetzen dürfen, der uns in und durch die ehrwürdige Bischofsresidenz Bamberg führt. Diese urfränkische Stadt zählt zu den allerfruchtbarsten alten Kunststätten Deutschlands und steht der berühmteren Nachbarstadt Nürnberg, von der sie freilich an Reichhaltigkeit noch übertroffen wird, an feinem, individuellem künstlerischem Reiz kaum nach. Eine eigenartige und charaktervolle Kunstentwicklung läßt sich hier im „fränkischen Rom", wie die Stadt nicht unzutreffend genannt worden ist, durch die verschiedenen Perioden des Mittelalters, der Renaissance und der neueren Zeiten hindurch an zahlreichen auserlesen schönen Werken verfolgen. Der Verfasser des köstlichen, mit 150 Abbildungen ausgestatteten Bandes, F. F. Leitschuh, von dem auch die treffliche Schilderung Würzburgs (Bd. 54) herrührt, verbindet eine gründliche historische Kenntnis des Stoffes mit einem feinfühligen Kunsturteil und hat neben den bekannteren Hauptschöpfungen bambergischer Kunst auch manche minder augenfällige künstlerische Meisterleistung in das Licht seiner Darstellung gerückt. — Zwei hervorragende Kulturbezirke der iberischen Halbinsel machen uns die Bände 61 und 62 vertraut. In Band 61 schildert August L. Mayer, dem wir schon den Band über Toledo (51) verdanken, so wissenschaftlich gediegen wie lebendig die besonders wegen ihrer mittelalterlichen Kunstdenkmäler im höchsten Grade sehenswerten kastilischen

Digitized by Google

Städte Segovia und Avila sowie Schloß La Granja und das „achte Weltwunder", den Escorial, der in seiner Großartigkeit und mit seinem imposanten Reichtum an Kunstwerten eigentlich ein besonderes Bändchen verdient hätte. Band 62, verfaßt von Albrecht Haupt, hat Lissabon nebst den benachbarten Schlössern Queluz und Cintra zum Gegenstand; ihm gibt, von allem andern abgesehen, allein schon des berühmten Klosters Belem und des herrlichen Schlosses Cintra lebensvolle Schilderung in Bild und Wort einen Wert und Gehalt, der ihn allen Freunden echter Kunst außerordentlich schätzbar machen wird.

B-r.

Gedichte. Von Dr. med. Heinrich Siff. New York, Roßwaags Verlag.

Die kleine Sammlung, auf den Wunsch der Freunde des Verfassers gedruckt, enthält hübsche Verse, meist Gelegenheitsgedichte, darunter solche polemischer Natur. Die Sprache ist einfach schlicht. E. M.

Deutscher Schwertsegen. Kräfte der Heimat fürs reisige Heer. Von D. Adolf Deißmann, ord. Professor an der Universität Berlin. Geheftet 60 Pf. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.

Die acht in einem für die Versendung ins Feld handlichen Bändchen vereinigten Aufsätze sind, wie schon der Untertitel des kleinen Buches besagt, als Grüße an die vor dem Feind Stehenden gedacht, denen sie Kunde geben sollen von dem verjüngten, gehobenen Geist, den auch in der Heimat der Kriegsausbruch geweckt hat, von der tiefen Dankbarkeit und dem unerschütterlichen Vertrauen, die wir unsern Tapfern entgegenbringen. Aber nicht nur dem „reisigen Heer", sondern auch denen, die zu Hause nach besten Kräften dem Vaterland zu dienen und zu helfen sich bemühen, kann das Büchlein viel geben, denn indem es die sittlich-geistigen Kräfte veranschaulicht, die auch hinter der Front am Werk sind, stärkt es unsre sichere Hoffnung auf den Sieg der guten Sache und gibt manch schönes Trostwort denen, die durch den Tod eines ihrer Lieben auch ihrerseits bitterschwere Opfer zu bringen hatten.

Das Lied vom Kinde. Herausgegeben von Theodor Herold. 11. bis 15. Tausend. Leipzig, Fr. Eckardt. Geb. M. 3.—.

Eine Sammlung, die so ziemlich das Schönste und Beste enthält, was unsre modernen Dichter und Dichterinnen — es sind über 90 in dem Buch vertreten — über das Kind zu sagen gewußt haben. Die Einteilung ist nicht nach den Dichtern, sondern nach praktischen Gesichtspunkten in sieben Abschnitten erfolgt. Die Auswahl ist sehr sorgfältig, Druck und Ausstattung gut und geschmackvoll. E. M.

Bibliothek wertvoller Denkwürdigkeiten. Von Prof. Dr. Otto Hellinghaus. Dritter Band: Napoleon auf St. Helena. Vierter Band: Denkwürdigkeiten aus dem Deutsch-Dänischen Kriege 1864. Freiburg i. B., Herder'sche Verlagsbuchhandlung. Preis jedes Bandes in Pappband M. 2.80, in Leinenband M. 3.20.

Von den beiden Büchern darf der vierte Band heute ein erhöhtes Interesse beanspruchen, weil in dem Krieg gegen Dänemark 1864 ebenso wie heute Deutschland und Oesterreich Schulter an Schulter gegen den Feind kämpften. Preußische und österreichische Heldentaten, zu Lande und zu Wasser, ziehen an unserm Auge vorüber, und wenn auch die Größe der kriegerischen Ereignisse und der Erfolge hinter dem Kriege von 1870/71 und namentlich hinter dem gegenwärtigen weit zurücktritt, so ist doch die Bedeutung des dänischen Krieges keineswegs gering. Man ist heute gern geneigt, die Kriege von 1864 und 1870/71 als „Kinderspiel" zu betrachten. Das waren sie aber gewiß nicht. Freilich kann der Krieg von 1864 nicht mit dem gegenwärtigen verglichen werden, aber bei der Betrachtung der damaligen Ereignisse drängt sich einem mit auf, wie gewaltig Deutschland in der kurzen Zeit gewachsen ist. A. N.

Die Naturwissenschaften in ihrer Entwicklung und in ihrem Zusammenhange. Dargestellt von Friedrich Dannemann. Leipzig-Berlin, Verlag von Wilhelm Engelmann. Preis geb. M. 14.—.

Der vierte Band bildet den Abschluß einer Geschichte der Naturwissenschaften, in der vom Verfasser mit genialem Blick für das Wesentliche alles zusammengetragen worden ist, was die Errungenschaften modernster Forschung an Hand historischer Studien verständlich machen kann. Lehrenden und Lernenden ist mit den vier Bänden ein gleich großer Dienst erwiesen worden. Energieprinzip und Entwicklungsgedanke sind die Grundpfeiler, auf denen sich der „das Emporblühen der modernen Naturwissenschaften" behandelnde Band aufbaut. E. Sc.

Digitized by Google

Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes

(Besprechung einzelner Werke vorbehalten)

Aus Natur und Geisteswelt. Bd. 289: B. Busse, Das Drama. III. Von der Romantik zur Gegenwart. Bd. 296: A. Bähnisch, Die deutschen Personennamen. Leipzig, B. G. Teubner. Pro Band geb. M. 1.25.

Badrow, Wilhelm, Friedrich Krupp, der Gründer der Gußstahlfabrik. Essen, G. D. Baedeker. Brosch. M. 4.—.

Belger, Erwin, Die Sozialdemokratie nach dem Kriege. Berlin, Concordia Deutsche Verlags-Anstalt G. m. b. H. 60 Pf.

Bischoff, Diedrich, Freimaurers Kriegsgedanken. Leipzig, Bruno Zechel. 90 Pf.

Blätter für zwischenstaatliche Organisationen. März-Heft 1915. Zürich, Art. Institut Orell Füßli. à 50 Pf.

Die Wahrheit ins Ausland durch Esperanto. Leipzig, Ortsverband der Leipziger Esperantogruppen.

Fried, Alfred H., Die Friedenswarte. XVI. Jahrgang. Heft 11/12. Wien XVIII/3, Selbstverlag.

Friedrich, Dr. Fritz, Die Ursachen des Weltkrieges. Leipzig, B. G. Teubner. 60 Pf.

Geographische Zeitschrift. Herausgegeben von Dr. Alfred Hettner. 20. Jahrg. Heft 11 und 12. Leipzig, B. G. Teubner.

Greißler, Benedikt, Felix Workmann. Wien, Carl Fromme. Brosch. Kr. 5.60, geb. Kr. 6.80.

Hopfen, Otto Helmut, Verdorben zu Berlin. Breslau, S. Schottlaender.

Internationale Monatsschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik. Herausgegeben von Max Cornicelius. Jahrgang 9, Heft 8. Leipzig-Berlin, B. G. Teubner.

Jordan, Erich, Die Entstehung der konservativen Partei und die preußischen Agrarverhältnisse von 1848. München, Duncker & Humblot. M. 10.—.

Kempen, Dr. Aloys, Benekes Religionsphilosophie im Zusammenhang seines Systems, seine Gottes- und Unsterblichkeitslehre. Münster, Franz Coppenrath. M. 1.50.

Leo, Friedrich, Kriegserinnerungen an 1870/71. Berlin, Weidmannsche Buchhandlung. Kart. M. 1.—.

Löwenthal, Dr. Fritz, Der preußische Verfassungsstreit 1862—1866. München, Duncker & Humblot. M. 8.50.

Keppler, Bischof von, Leidensschule. Freiburg i. Br., Herdersche Verlagshandlung. Brosch. M. 1.50. geb. M. 2.40.

Mols, Walter von, Deutsches Volk. Ein Flugblatt in jedes Haus. Leipzig, Grethlein & Co.

Mühlradt, Johannes, Aus dem Tagebuche eines Sachsengängers aus der Heide. Leipzig, Kommissionsverlag F. Schneider. M. 2.—.

Neander, W. G., Der Mensch. II. Bd.: Die Pfahlbauzeit. III. Bd.: Mu-Atlantis und Mät Sumerim. Breslau, S. Schottlaender.

Philippi, Felix, Carneval. Breslau, S. Schottlaender.

Praktische Bibelerklärung. (VI. Reihe der „Religionsgeschichtlichen Volksbücher".) Heft 7. Aner, Dr. Karl, Die Apostelgeschichte (in Auswahl). Tübingen, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). Preis geh. 50 Pf., geb. 80 Pf.

Prinz Kraft zu Hohenlohe-Ingelfingen. Aus meinem Leben. Auswahl von W. v. Bremen. Berlin, E. S. Mittler & Sohn. Geh. M. 6.—, geb. M. 7.50.

Rankes Meisterwerke. Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation. Band III bis V. München, Duncker & Humblot. Geb. pro Band M. 3.—.

Rohde, Erwin, Der griechische Roman und seine Vorläufer. 3. Auflage. Leipzig, Breitkopf & Härtel. M. 15.—.

Rundschreiben Unseres heiligsten Vaters Benedikt XV. Freiburg, Herdersche Verlagshandlung. 70 Pf.

Sammlung Göschen Nr. 189. Die Kultur der Renaissance. Gesittung, Forschung, Dichtung. Von Prof. Dr. Robert F. Arnold. 2. Aufl. Berlin, G. J. Göschen'sche Verlagshandlung. Geb. 90 Pf.

Schwab-Felisch, Dr. Hildegard, Der Begriff der Warenqualität in der Sozialökonomik. Karlsruhe i. B., G. Braun'sche Hofbuchdruckerei. M. 2.—.

Ulmann, Heinrich, Geschichte der Befreiungskriege 1813 und 1814. 1. Bd. München-Berlin, R. Oldenbourg. Geb. M. 8.50.

Bowinckel, Ernst, Neue Gedichte. Leipzig, Fritz Eckardt Verlag. M. 3.—.

Wilcken, Ulrich, Ueber Werden und Vergehen der Universalreiche. Bonn, Friedrich Cohen. M. 1.50.

Rezensionsexemplare für die „Deutsche Revue" sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Uebersetzungsrecht vorbehalten.

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart — Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württemberg

Digitized by Google

„Lusitania"

Die Versenkung des englischen Cunarddampfers „Lusitania" hat, worauf wir von vornherein gefaßt sein mußten, im feindlichen Auslande einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Man hat sich sogar nicht gescheut, die Deutschen des absichtlichen Mordes unschuldiger Passagiere zu beschuldigen. Daß die feindliche Presse gegen uns rasen würde, das konnten wir aus ihrem Verhalten nach der Beschießung der englischen Küste durch deutsche Kreuzer und Luftschiffe nicht anders erwarten. Daß aber auch die Presse des neutralen Auslandes, von einigen objektiv urteilenden Blättern abgesehen, in ähnliche Vorwürfe einstimmt, zeigt, wie sehr noch nach neun Kriegsmonaten das in den ersten Tagen von unsern Feinden ausgestreute Verleumdungsgift nachwirkt. Gewiß, auch wir bedauern — und niemand in der Welt tut dies aufrichtiger —, daß beim Untergange der „Lusitania" auch Reisende, insbesondere Frauen und Kinder und Angehörige neutraler Staaten, ihr Leben verloren hatten. Aber ebenso groß ist unser Erstaunen über die Leichtfertigkeit, mit der sich diese Opfer ungeachtet aller deutschen Warnungen auf das Schiff begeben haben, um sich von gewissenlosen englischen Reedern als Schutzschild für deren Kriegstransporte benutzen zu lassen. Wir wissen uns frei von jeder Schuld, menschlich und rechtlich; nie haben wir im Gegensatz zu unsern Feinden Verträge gebrochen, Völkerrechtsbestimmungen verletzt. Unsre Kriegführung zu Wasser und zu Lande kämpfte stets mit ehrlichen Waffen.

Die „Lusitania" war nicht das friedliche Handelsschiff, wie es England gern glauben machen möchte; sie war weiter nichts als einer jener Franktireure zur See, jener bewaffneten Kauffahrteischiffe, die nach englischer Auffassung als harmlose Handelsschiffe alle Vorteile eines solchen genießen, die aber, wenn es dem englischen Kapitän paßt, die Haltung eines Kriegsschiffes „zur Selbstverteidigung" annehmen. Daß die „Lusitania" schon in Friedenszeiten armiert war, steht außer allem Zweifel und wird auch von den Marinemitarbeitern des „Daily Telegraph" und der „Morning Post" mit Genugtuung hervorgehoben.

Daß das deutsche Unterseeboot zur Vernichtung dieses Schiffes nach den Regeln des Völkerrechts berechtigt war, brauchen wir nicht erst zu begründen, denn der englische Vizeadmiral David Hannay gibt selbst die beste Antwort auf diese Frage, wenn er erklärt, die Bewaffnung der Handelsschiffe zwinge die Unterseeboote dazu, mit dem Schiff auch die Mannschaft und die Passagiere

Copyright 1915 by Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart

Digitized by Google

ohne vorherige Warnung zu vernichten; ein bewaffneter Handelsdampfer begebe sich daher in dieselbe Gefahr, der ein Kriegsschiff ausgesetzt sei.

Sollten wir noch weiter Langmut üben, den englischen Völkerrechtsbrüchen gegenüber geradezu Verbrechen an der eignen Nation begehen, nur deshalb, weil zur Schonung englischer Kriegsfahrzeuge friedliche Passagiere jetzt die Deckung des Kriegstransports übernehmen, weil sie die eindringlichen Warnungen der deutschen Botschaft in Amerika, für die England nur Spott übrig hatte, ungehört ließen, — sollten wir deshalb dies in den amtlichen Listen als Hilfskreuzer geführte, bewaffnete Schiff unbehelligt lassen, das zugleich gewaltige Mengen Munition in sich barg?

Aus sicheren Quellen ist uns bekannt, daß die „Lusitania" 5400 Kisten Munition an Bord hatte. Nach den Ladungsausweisen des Schiffes scheint die Fracht an Kriegsbedarfsgegenständen noch größer gewesen zu sein, denn es werden 360 000 Pfund Messing, 60 000 Pfund Kupfer, 189 Kisten mit militärischen Artikeln, 1271 Kisten mit Munition und 1200 Kisten mit Patronen, sämtlich für London bestimmt, angeführt.

Wieviel Tausenden deutscher Soldaten hätte diese Munition, wäre sie nicht unschädlich gemacht worden, Tod oder Verstümmelung gebracht! Das ist es, vor dem diejenigen, die jetzt über die Vernichtung des armierten Kriegsdampfers „Lusitania" sich aufhalten, mit einem Vorsatz die Augen schließen, der nur durch eine Parteinahme für Englands Heuchelei eingegeben sein kann. Nach den Nachrichten, die wir aus auswärtigen Zeitungen entnehmen, befanden sich an Bord der „Lusitania" 913 Passagiere, zu denen 665 Mann Besatzung kommen. Von den gesamten an Bord befindlichen 1578 Personen sind 814 umgekommen; gerettet wurden 462 Passagiere und 302 Mann der Besatzung, ein Beweis, wie sehr auch hier die englische Besatzung an die Rettung des eignen Lebens dachte.

Wie gering erscheint die Zahl der umgekommenen Personen im Vergleich zu den Opfern, die täglich die aus Amerika nach England kommenden Hilfsmittel aller Art zur Kriegführung unter unsern Soldaten fordern; denn nicht nur die „Lusitania" brachte auf dieser ihrer letzten Fahrt Munition nach England, sondern dauernd führen Dampfer die Erzeugnisse amerikanischer Kriegsbedarfsfabriken unsern Feinden zu. Ohne die amerikanische Munitionszufuhr wäre der Krieg vermutlich schon beendet, da der englische Arbeiter trotz aller Ermahnungen nicht den Drang in sich fühlt, die nötigen Waffen schnell genug anzufertigen; ohne diese Zufuhren wäre daher die Fortsetzung des Krieges für unsre Feinde unmöglich, und nicht nur unsre braven Truppen, auch die unsrer Feinde wären vor Tod und Verstümmelung bewahrt, Millionen unschuldiger Familien vor Kummer und Sorge behütet.

Die Selbsterhaltung, ja das Gebot der Menschlichkeit geben uns nicht nur das Recht, sie machen es uns zur Pflicht, mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen, die feindlichen Schiffe, die unsern Gegnern jene Mittel zur Fortführung des Krieges bringen, zu vernichten.

Digitized by Google

Mögen hierbei Unbeteiligte, die sich leichtfertig und unbefugt in das Kriegsgebiet begeben, umkommen — diese Opfer sind gering im Vergleich zu den Menschenleben, die erhalten bleiben, weil die Gegenstände, die ihnen Tod und Siechtum bringen sollten, unschädlich gemacht sind.

Zu den Artilleriekämpfen des gegenwärtigen Krieges

Von

Generalleutnant z. D. H. Rohne

Jeder Krieg hat der Mitwelt noch stets Ueberraschungen gebracht; in dieser Beziehung übertreffen die Kriege der Neuzeit alle ihre Vorgänger, weil die die Kriegsmittel schaffende Technik noch niemals in so raschem Vorschreiten begriffen war, wie in unsern Tagen. Die am meisten von der Technik beeinflußte Waffe ist die Artillerie, und darum liegen die größten Ueberraschungen gerade auf artilleristischem Gebiete. Es kommt aber weniger darauf an, die vollkommensten Kriegsmittel zu besitzen, als vielmehr sie richtig zu benutzen. Dafür ist der böhmische Feldzug 1866 ein treffendes Beispiel. Alle Welt hatte die größten Erwartungen auf die preußische Artillerie gesetzt, die im dänischen Feldzuge glänzende Beweise ihrer Wirksamkeit gegeben hatte. Der im Frühjahr 1866 zu Unterhandlungen in Berlin anwesende italienische General Govone berichtete seiner Regierung, die preußische Artillerie sei die erste der Welt. Und doch, welch ein Mißerfolg dieser Waffe infolge fehlerhaften Gebrauchs! Wenn wir trotzdem siegten, so ist das neben der genialen Führung Moltkes der unvergleichlichen preußischen Infanterie zu danken, die es verstanden hatte, ihre Fechtweise der vortrefflichen von ihr geführten Waffe anzupassen.

Für das große Ganze war das Fiasko der preußischen Artillerie geradezu ein Glück; es bewirkte, daß die Franzosen die Ueberlegenheit der Hinterladungsgeschütze über die von ihnen geführten Vorderlader nicht erkannten. Die preußische Artillerie aber wurde von dem festen Willen erfaßt, die erlittene Scharte wieder auszuwetzen, und so wurde es ihr vier Jahre später möglich, zur Entscheidung der Schlachten in einem Maße beizutragen, wie es bis dahin nur der Artillerie des großen Schlachtenkaisers Napoleon vergönnt gewesen war. Nicht nur in der Feldschlacht, sondern auch in dem Kampfe um Festungen zeigte die deutsche Artillerie ihre Ueberlegenheit; die Mehrzahl der französischen Festungen fiel bezwungen durch das deutsche Geschütz.

Der nächste große Krieg — der Russisch-Türkische — brachte wieder eine Ueberraschung: das vollständige Versagen der russischen Artillerie gegenüber der befestigten türkischen Stellung von Plewna. Die Russen vermochten trotz großer zahlenmäßiger Ueberlegenheit nicht, die Türken aus dieser erst unter ihren Augen entstandenen Stellung herauszuwerfen. Der Hunger mußte den Russen zu Hilfe kommen und die Waffenstreckung der Türken herbeiführen. Die Schuld lag an

Digitized by Google

der russischen Artillerie, die ihrer Infanterie bei dem Sturmangriff nicht die nötige Unterstützung gewährt hatte. Auf Grund dieser Erfahrung stellte man der Feldartillerie die Aufgabe, Truppen hinter Deckungen, die nicht von vorn, sondern nur von oben getroffen werden können, wirksam zu bekämpfen. Das hatte eine doppelte Folge: Man hielt es für nötig, nicht nur Geschütze mit stark gekrümmter Flugbahn einzuführen, um die hinter der Deckung befindliche Mannschaft treffen zu können, sondern auch erheblich schwerere Geschütze, um die Deckungen selbst zu zerstören. Diese Wandlung der Ansichten vollzog sich nicht sofort; im Gegenteil, bis zur Einführung der leichten Feldhaubitze in Deutschland vergingen einundzwanzig Jahre, bis zur Einführung der schweren sogar fünfundzwanzig.

Trotz der nur kurzen Dauer des Südafrikanischen Krieges und der die Bedeutung der Artillerie sehr herabsetzenden Kampfweise der in ganz lockeren Linien fechtenden Buren brachte dieser Krieg doch wichtige, neue Gesichtspunkte zur Geltung. Es zeigte sich, daß auch Geschütze mit stark gekrümmter Flugbahn — die englischen Haubitzen — zur Unterstützung des Infanterieangriffs auf einen die Deckungen ausnutzenden Feind nicht genügen, daß vielmehr die beiden aufeinander angewiesenen Waffen richtig zusammenwirken müssen. Die aus den Gefechten des Krieges 1870/71 abgeleitete Lehre, wonach dem Infanterieangriff ein Artillerieduell vorangehen müsse und die eigentliche Vorbereitung des Angriffs erst nach Erlangung der artilleristischen Feuerüberlegenheit beginnen sollte, der alsdann der Sturm zu folgen habe, ging hier völlig in die Brüche. Es wurde erkannt, daß das Gefecht nicht in drei voneinander gesonderte Akte — Artillerieduell, Bearbeitung der Einbruchsstelle durch Artillerie, Sturmangriff — zerfallen dürfe, sondern daß die Artillerie den Infanterieangriff nicht sowohl vorzubereiten, als vielmehr zu unterstützen habe, das Vorgehen der Infanterie also nicht nach Entscheidung des Artilleriekampfes, sondern während desselben erfolgen müsse, schon deshalb, weil auf eine endgültige Entscheidung meist gar nicht zu rechnen sei. Bei schärferer Beobachtung hätte man diese Lehre schon aus den Kämpfen bei Plewna ableiten können. Ganz neu war das Auftreten schwerer weittragender Kanonen der Festungsartillerie auf seiten der Buren, das durch die Langsamkeit der englischen Operationen ermöglicht wurde.

Im Ostasiatischen Kriege versprach man sich Großes von der Wirkung der Artillerie und wurde wieder enttäuscht. Die auf beiden Seiten verwendeten Feldgeschütze waren zwar denen früherer Kriege sehr überlegen, standen aber noch nicht ganz auf der Höhe der Zeit. Die Russen besaßen das überlegene Geschütz, verstanden aber nicht, es richtig zu gebrauchen; es war erst kurz vor dem Kriege oder im Verlaufe desselben den Truppen übergeben. Die Japaner vermochten bei der geringen Schußweite ihres Geschützes die russische Artillerie auch nicht niederzuhalten, und so kam es, daß die Infanterie auf beiden Seiten nicht die Unterstützung durch die Artillerie fand, auf die sie Anspruch hat. Eine wichtige Lehre ergab sich aus diesem Kriege: offene Stellungen darf die Artillerie nur wählen, wenn ihre Aufgabe aus einer verdeckten nicht zu lösen ist; aber

Digitized by Google

man kann dem noch hinzufügen, verdeckte Stellungen haben für die Artillerie nur Wert, wenn sie das Schießverfahren aus solchen völlig beherrscht. Die Wahrheit beider Lehren haben die Russen an sich erfahren müssen; im Anfang des Krieges die der ersten, im weiteren Verlaufe die der zweiten. Die grundsätzliche Wahl offener Feuerstellungen führte zu völliger Vernichtung mehrerer Batterien, die Nichtbeherrschung des Schießverfahrens aus verdeckten Stellungen zu einer unerhörten nutzlosen Munitionsvergeudung. Eine weitere bemerkenswerte Erscheinung war die häufige Verwendung schwerer Geschütze, die sich, wie im Burenkriege, aus der Vorliebe der Russen für die Verteidigung und aus den langsamen Operationen der Japaner erklärt, wodurch der Krieg zu einem Kampf um befestigte Feldstellungen ausartete. — Der lange Widerstand der noch nicht zeitgemäß angelegten Festung Port Arthur ist aus der nach Zahl und Kaliber schwachen japanischen Artillerie zu erklären.

Der Balkankrieg ist dadurch interessant und lehrreich, daß hier zum erstenmal auf beiden Seiten völlig moderne Geschütze — Rohrrücklaufgeschütze mit Schutzschilden und neuen Richtmitteln — in Tätigkeit traten. Die aus dem ostasiatischen Feldzuge abgeleiteten Lehren fanden hier ihre Bestätigung. Das moderne Geschütz ist eine sehr scharfe Waffe, die aber, um die erwartete Wirkung zu ergeben, voraussetzt, daß sie richtig gebraucht wird. Der türkischen Artillerie fehlte es im ersten Balkankriege an allem; die Mannschaft kannte ihr Geschütz nicht; die Munition war entweder gar nicht vorhanden oder nicht an der richtigen Stelle; ihre Verwendung zeugte von allgemeiner Kopflosigkeit der Führung. So leistete die türkische Artillerie nichts, die der Verbündeten, namentlich der Serben, sehr Gutes. Auch hier griffen schwere Geschütze in die Gefechte im freien Felde wirksam ein. Im Festungskriege leistete die schwere Artillerie, weil ihre Geschütze auf beiden Seiten ganz rückständig waren, auf beiden Seiten wenig. Infolge davon konnten sich die mangelhaft befestigten Plätze Adrianopel und Skutari verhältnismäßig lange halten.

Um die Kämpfe der Artillerie in dem gegenwärtigen Kriege zu verstehen, muß man eine Vorstellung von der Leistungsfähigkeit der modernen Geschütze haben. Diese gewinnt man am besten durch einen Vergleich mit den im Kriege 1870/71 geführten.

Die deutsche Feldartillerie war damals mit gezogenen Hinter-, die französische mit ebensolchen Vorderladungskanonen bewaffnet. Die Hinterlader zeichneten sich durch eine große Treffähigkeit aus, die auf den eigentlichen Kampfentfernungen mehr als doppelt so groß war als die der französischen. Die Wirkung ihrer Geschosse war der der französischen ebenfalls weit überlegen. Ihre Granaten platzten beim Aufschlag auf dem Boden oder im Ziel, entwickelten dabei eine starke Rauchwolke und wurden durch die Sprengladung in 30 bis 40 Stücke zerrissen. Die französischen Granaten hatten einen Brennzünder, der aber nur auf zwei Entfernungen — 1200 und 2800 Meter — einzustellen war. Befand sich das Ziel zufällig in der Nähe einer dieser Entfernungen, so war die Wirkung gut, in jedem andern Falle gegen das beabsichtigte Ziel so gut wie Null.

Digitized by Google

Die Geschosse wurden in etwa 22 Stücke zerlegt. Schon hieraus ergibt sich, daß die deutschen Geschütze den französischen gegenüber eine etwa dreimal so große Wirkung im Einzelschuß hatten. Wichtiger noch war, daß der beim Aufschlag der Granate entwickelte Rauch erkennen ließ, ob der Schuß vor oder hinter dem Ziel, rechts oder links davon eingeschlagen und somit die Möglichkeit vorhanden war, die Geschosse in das Ziel zu bringen. Bei den französischen Geschossen war die Lage ihrer Flugbahn zum Ziel sehr schwer, höchstens auf ganz nahe Entfernungen zu erkennen, eine fehlerhafte Lage also nicht zu verbessern. Die Hauptsache jedoch war, daß die deutsche Artillerie zu schießen verstand, die französische aber nicht. Dafür hatten die nach den Mißerfolgen im böhmischen Feldzuge durch den tatkräftigen General v. Hindersin ins Leben gerufene Schießschule und die regelmäßig bei allen Regimentern auf großen Schießplätzen abgehaltenen Schießübungen gesorgt. Bei der französischen Artillerie sah es damit sehr traurig aus; Schießübungen, die diesen Namen verdienen, kannte sie nicht.

Neben den Geschützen hatte man der französischen Artillerie unmittelbar vor dem Kriege noch die neu erfundene Mitrailleuse, den Vorläufer der heutigen Maschinengewehre, zugeteilt, von der man große Dinge erwartete. Sie enttäuschte sehr, hauptsächlich, weil die Truppe und die Führung mit ihrem Gebrauch nicht vertraut waren.

So ist es nicht erstaunlich, daß in diesem Kriege die Ueberlegenheit der deutschen Artillerie sehr deutlich in die Erscheinung trat. Die französische Artillerie wurde meist in kurzem Kampf vom Schlachtfeld vertrieben oder wenigstens zum Schweigen gebracht, und die deutsche Artillerie konnte ihre volle Kraft gegen die französische Infanterie einsetzen und die eigne Infanterie sehr wirksam unterstützen. Bekannt ist das Geständnis des gefangenen französischen Kaisers, daß die deutschen Siege vorzugsweise der Artillerie zu danken gewesen seien.

Im gegenwärtigen Kriege haben sich diese Verhältnisse von Grund aus geändert. Alle Armeen sind mit Geschützen bewaffnet, die den deutschen von 1870/71 bedeutend überlegen sind, unter sich aber nur geringe Unterschiede aufweisen. Die heutigen Geschütze werden gekennzeichnet durch die Worte „Schnellfeuergeschütze mit Rohrrücklauf und Schutzschilden". Durch einen am Lafettenschwanz befindlichen pflugscharähnlichen Sporn fest am Boden verankert, stehen sie beim Schuß unverrückbar fest. Nur das Rohr läuft durch den Rückstoß innerhalb der Lafette wie ein Schlitten auf einer Gleitbahn zurück, wird dabei durch eine Flüssigkeitsbremse in seiner Bewegung gehemmt und nach Aufzehrung der Rückstoßarbeit durch ein elastisches Mittel — Schraubenfeder oder verdichtete Luft — wieder in die Schießstellung vorgeschoben, ohne daß dadurch die Richtung merklich verändert wird. Die Bedienung des Geschützes ist dadurch ungemein vereinfacht; es genügt das Oeffnen und Schließen des Verschlusses, wozu je ein Griff ausreicht, das Laden und Abfeuern; höchstens ist noch ein flüchtiges Nachsehen und Verbessern der Richtung nötig. Mußte früher die

Digitized by Google

Abgabe von durchschnittlich einem Schuß in der Minute als eine gute Leistung angesehen werden, so kann eine gewandte Bedienung heute 12 bis 20 Schüsse in der gleichen Zeit ohne Ueberanstrengung abgeben, weil auch das Zeit und Kräfte verzehrende Vorbringen des Geschützes nach jedem Schuß fortfällt. Die Schutzschilde gewähren den am Geschütz arbeitenden Bedienungsmannschaften Schutz gegen leichte Sprengteile der feindlichen Geschosse und auf Entfernungen über 400 Meter auch gegen Infanteriegeschosse.

Von größtem Einfluß auf die Wirkung und Verwendung der Artillerie ist die Munition; in erster Linie das rauchschwache Pulver. In den früheren Kriegen lagerte sich der Pulverrauch wie ein dichter Schleier über das ganze Schlachtfeld, am dichtesten namentlich vor den eignen und vor den feindlichen Geschützen. Er hinderte sowohl das Richten wie auch das Beobachten der eignen Schüsse und setzte dadurch die Wirkung der Artillerie natürlich sehr herab. Der Fortfall dieses Schleiers steigerte also die Wirksamkeit des Feuers gewaltig. Trotzdem aber ist die Wirkung nicht größer, sondern sogar kleiner geworden, und das erklärt sich dadurch, daß alle Truppen gerade infolge der gesteigerten Wirksamkeit gezwungen sind, sich der Wirkung des Feuers durch Ausnutzung aller natürlichen und Schaffung künstlicher Deckungen nach Möglichkeit zu entziehen.

Aber auch die Geschosse, die eigentlichen Träger der Wirkung, sind völlig verändert. Das Hauptgeschoß ist das Schrapnell geworden, ein dünnwandiges Geschoß, dessen Höhlung mit einer großen Zahl von Bleikugeln — bei den Feldkanonen etwa dreihundert — gefüllt, in der Luft platzend einen Raum von sehr großer Ausdehnung mit einem Bleiregen bedeckt, ähnlich wie ein aus der Brause einer Gießkanne kommender Wasserstrahl. Da der größte Teil der Schrapnellkugeln in sehr flacher Bahn über den Erdboden hinwegstreicht, so hat alles, was sich im Bereich eines platzenden Schrapnells in aufrechter Stellung befindet, nur geringe Aussicht, unverletzt zu bleiben. Deshalb muß angreifende Infanterie danach streben, möglichst ungesehen vom Feinde vorwärtszukommen und, wenn sie keine schützenden Bodenfalten findet, suchen, durch kurze, überraschend ausgeführte Sprünge Boden zu gewinnen, sich zu einer Atempause niederwerfen, vielleicht auch das Feuer eröffnen und den Versuch wiederholen. Die Infanterie des Verteidigers wird Schützengräben ausheben, um dort Schutz gegen das feindliche Artilleriefeuer zu finden, bis die Nähe des angreifenden Feindes sie zur Besetzung der Brustwehr und Eröffnung des Feuers nötigt.

Neben den Schrapnells verfeuern die modernen Geschütze auch noch Granaten, die sich von den im Kriege 1870/71 gebrauchten dadurch unterscheiden, daß sie mit einem der erst Ende des vorigen Jahrhunderts erfundenen, sehr kräftigen Sprengstoffe (Pikrinsäure mit verschiedenen Zusätzen unter der Benennung Melinit, Ekrasit, Lyddit, ferner Trinitrotoluol oder Ammonal) geladen sind. Ihre Detonation, d. h. momentan erfolgende Zersetzung, zerreißt das Geschoß in zahllose kleine Splitter, die mit großer Geschwindigkeit nicht bloß nach vorn, wie bei der alten Pulvergranate, sondern nach allen Seiten auseinander-

Digitized by Google

fliegen. Zerspringt die Granate in der Luft, so fliegen einzelne Splitter sehr steil, manche senkrecht zur Erde und können so von vorn gedeckte Ziele von oben treffen. Ebenso können die Splitter einer zwischen den Geschützen in der Luft oder beim Aufschlag auf den Boden gesprengten Granate die hinter den Schilden befindliche Bedienung treffen. Eine geradezu vernichtende Wirkung erreicht die Granate, wenn sie das Geschütz oder den neben diesem stehenden Munitionswagen als Volltreffer trifft; es wirken dann nicht nur die unendlich vielen Splitter gegen die Bedienung, sondern diese wird durch den Gasdruck völlig umgeworfen. Bei Granaten aus schweren Geschützen mit großer Sprengladung ist dieser Druck so kräftig, daß nicht nur Menschen, sondern selbst schwere Geschütze weit fortgeschleudert werden, wenn ein solches Geschoß auch nur in ihrer Nähe einschlägt. Ein Treffer in einen mit Granaten bepackten Munitionswagen kann die Geschosse zur Detonation bringen und auf diese Weise die ganze Batterie vernichten.

Schon die Schrapnellwirkung, die selbst in Schildbatterien jeden Verkehr untersagt, also namentlich einen Stellungswechsel und die Munitionsversorgung unmöglich macht, noch mehr aber die Wirkung der Granaten, zwingen dazu, die Geschütze dem feindlichen Auge möglichst zu entziehen. Man stellt die Batterien daher mit Vorliebe verdeckt, d. h. hinter dem Kamm von Höhenzügen, hinter Gehölzen, Gebäuden usw. derart auf, daß sie selbst von erhöhten Punkten in der Nähe der feindlichen Geschützstellungen nicht bemerkt werden können. Während früher die Artillerie mit Vorliebe die Höhen krönte, weil sie ihr ein freies Schußfeld boten, vermeidet sie gerade diese jetzt sorgfältig und benutzt sie nur als Beobachtungsstelle. Natürlich ist auch das Ziel von den Geschützen aus nicht zu sehen, und es sind besondere Maßnahmen erforderlich, damit trotzdem das Ziel getroffen werden kann. Ohne wesentlich vervollkommnete Richtmittel, die von der namentlich in Deutschland hochentwickelten optischen Industrie geliefert sind, wäre das nicht möglich. Auf diese Mittel kann hier natürlich nicht näher eingegangen werden; es handelt sich dabei vornehmlich um genaue und doch schnell ausführbare Messung horizontaler und vertikaler Winkel, um die Seiten- und Höhenrichtung der Geschütze festzulegen. Sind diese Richtungen einmal festgelegt, so können etwaige Fehler sehr leicht verbessert werden, wenn man die Lage der Schüsse zum Ziel erkennen kann.

Es kommt bei Auswahl einer Artilleriestellung also hauptsächlich auf die Auffindung einer Beobachtungsstelle an, d. h. eines Platzes, von dem aus der Feuerleitende nicht nur das Ziel, sondern das ganze unter Feuer zu haltende Gelände gut übersehen kann. Die Geschütze stellt man dann verdeckt so auf, daß eine unbedingt sichere Verbindung mit der Beobachtungsstelle vorhanden ist. Je näher diese beiden Teile der Batterie beieinander liegen, um so besser. Ein in der Nähe der Geschütze gelegener hoher Kirchturm ist ein geradezu idealer Beobachtungspunkt, da hier solche Irrtümer ausgeschlossen sind, wie sie bei sehr weit seitwärts der Batterie liegenden Beobachtungsstellen entstehen. Man begreift, daß die Franzosen so ungern auf die Türme der Kathedrale von Reims

Digitized by Google

für ihre Beobachtung verzichteten. Findet sich aber in der Nähe der Geschütze kein geeigneter Beobachtungspunkt, so darf man nicht davor zurückschrecken, einen, wenn auch kilometerweit davon entfernten zu wählen, wenn nur für eine sichere Fernsprechverbindung gesorgt ist. Wichtig ist noch, die Beobachter möglichst gegen das feindliche Feuer zu decken. Wenngleich ein Schutzschild Deckung gegen feindliches Schrapnellfeuer gewährt, so muß doch auch der Schild durch seine Aufstellung im Gelände oder durch Bestecken mit Baumzweigen dem Auge des Feindes möglichst entzogen werden.

Durchaus notwendig ist es, sich zu vergewissern, daß die Geschosse bei Beschießung des befohlenen Zieles nicht die vorliegende Deckung streifen, was leicht vorkommen kann, wenn die Deckung die Geschützstellung bedeutend überhöht und das Ziel naheliegt. Das Geschoß würde dann nicht nur das Ziel nicht erreichen, sondern auch die etwa vorwärts befindlichen eigenen Truppen gefährden.

Da die Artillerie auf beiden Seiten so verfährt, sind ihre Stellungen sehr schwer zu entdecken; aber auch die Auffindung andrer Ziele, die sich möglichst verborgen halten, ist sehr schwierig. Deshalb sind die Erkundung und Auswahl der Feuerstellungen mühsamer und zeitraubender als sonst. Auch die Vorbereitungen auf die Feuereröffnung müssen mit der größten Sorgfalt erfolgen. Das schöne Bild, wie die Batterien im schärfsten Galopp in die Feuerstellung rückten, im Nu abprotzten und nach wenigen Sekunden den ersten Schuß abgaben, ist völlig verschwunden oder sollte es doch — abgesehen von der mit der Kavallerie fechtenden reitenden Artillerie — sein. Das Einrücken in die Feuerstellung muß vielmehr sehr vorsichtig geschehen; der bei starker Gangart sich entwickelnde Staub kann bei der Leere des Schlachtfeldes leicht zum Verräter werden. Jeder Fehler, jede Unvorsichtigkeit und Uebereilung müssen sich bei der so hoch gesteigerten Wirksamkeit der Artillerie empfindlich rächen. Eine richtig verfahrende Artillerie verrät sich dem Feinde erst durch ihr Feuer; ja selbst, wenn er die ihm gesendeten eisernen Grüße empfängt, wird er noch lange im Ungewissen darüber sein, woher das Feuer kommt. Denn es ist in jüngster Zeit gelungen, nicht nur den Rauch, sondern auch die Feuererscheinung so abzuschwächen, daß die Geschütze nicht entdeckt werden, wenn die Deckung sie auch nur wenig überhöht. Oft wird es daher nur durch Beobachtung vom Flugzeug aus möglich sein, eine feindliche Artilleriestellung zu entdecken.

Das Schießen der Artillerie unterscheidet sich von dem der Infanterie wesentlich dadurch, daß, während es bei der Infanterie für die Feuereröffnung genügt, das Ziel und das durch die Größe der geschätzten Entfernung bedingte Visier anzugeben, es bei der Artillerie, wo die Lage der Schüsse zum Ziel beurteilt werden kann, möglich ist, die Flugbahn durch Aenderung der Höhen- und Seitenrichtung in das Ziel zu legen. Beim Schießen mit Brennzünder tritt noch das Regeln der Sprengpunktslage hinzu, da die Geschosse in einer bestimmten Höhe über dem Ziele springen müssen. Diese Ermittlung der Schußelemente — das „Einschießen" — ist die Aufgabe des Batterieführers, von

Digitized by Google

dessen Gewandtheit die Wirkung der Batterie im höchsten Maße abhängt. Das Einschießen setzt eine vollkommene Beherrschung der Schießlehre und eine große Sicherheit der Schußbeobachtung voraus, die auch im feindlichen Feuer nicht versagen dürfen und nur durch viel Uebung zu erwerben sind. Die Größe der Seitenabweichung und der Sprenghöhe sind von der Beobachtungsstelle aus leicht zu beurteilen; man braucht sie also nur zu schätzen und entsprechende Aenderungen anzuordnen. Anders aber ist es bei den Abweichungen in bezug auf die Schußweite; hier kann man wohl den Sinn, nicht aber die Größe der Abweichung beurteilen. Eine Rauchwolke, die das Ziel verdeckt, zeigt an, daß die Zielentfernung größer ist als die befohlene; umgekehrt erkennt man aus einer Rauchwolke, vor der das Ziel sich abhebt, daß die Zielentfernung kleiner ist. Aber um wie viel, darüber ist man völlig im unklaren. Man ermittelt also zunächst zwei Grenzentfernungen, zwischen denen das Ziel liegen muß, z. B. 2000 und 2400 m; man bildet auf diese Weise eine „Gabel", wie der Kunstausdruck lautet; durch Abgabe eines Schusses auf der Gabelmitte — 2200 m — wird die Gabel verengt. Wie weit man dieses Verfahren fortsetzt, hängt von der Gefechtslage und von der Sicherheit der Beobachtung ab. Erst nachdem so eine sichere Unterlage gewonnen ist, geht man zum Wirkungsschießen über.

Es ist sehr wichtig, frühzeitig zur Wirkung zu gelangen, damit das Ziel sich ihr nicht durch Aufsuchen von Deckungen entziehen kann oder im Kampf gegen feindliche Artillerie diese uns nicht mit der Wirkung zuvorkommt. Die Franzosen und mit ihnen die Russen legen einen so hohen Wert hierauf, daß sie sich oft mit einer Gabel von 400 Metern begnügen und, auf vier um je 100 Meter verschiedene Entfernungen Schnellfeuer abgebend, den Raum zwischen den beiden Gabelgrenzen mit Eisen und Blei überschütten. Ein solches Feuer, bei dem nur ein Viertel, höchstens die Hälfte der verfeuerten Schüsse Wirkung haben kann, kostet sehr viel Munition. Die deutsche Artillerie verengt daher, wenn irgend möglich, die Gabel bis auf 100 Meter und bestreut das zwischen den Gabelgrenzen gelegene Gelände in ähnlicher Weise. Sehr oft, ja meist wird man gar keine Gabel gegen das Ziel selbst bilden können, weil es verdeckt steht; dann bleibt nur übrig, sich auf die vorliegende Deckung einzuschießen und das dahinter liegende Gelände zu bestreuen. Die Grenze, bis zu der man das Streuen ausdehnt, kann bisweilen aus der Karte oder aus dem Verhalten des Zieles bestimmt werden. Wenn ein Truppenziel getroffen ist, dann stellt es vielleicht sein Feuer ein oder dies wird unwirksam — langsamer oder übereilt. Oft entzieht es sich auch der Wirkung durch einen Stellungswechsel, und man läuft Gefahr, seine Munition nutzlos zu verschwenden.

Ist dem Gegner Zeit und Gelegenheit gelassen, seine Stellung zu verstärken, dann reicht die Kanone wegen ihrer flachen Flugbahn nicht mehr zur wirksamen Bekämpfung aus. Im gegenwärtigen Kriege, wo sich die beiderseitigen Infanterien monatelang gegenüber liegen, sind im Laufe der Zeit Gräben ausgehoben, die durch ihre große Tiefe eine weit stärkere Deckung bieten, als die Vorschriften verlangen. Unterkunftsräume sind angelegt und mit starken Balken,

Digitized by Google

eisernen Trägern oder Eisenbahnschienen von oben eingedeckt, gegen die eine Wirkung nur durch Volltreffer schwerer Geschütze zu erreichen ist. Daher sind in allen Feldheeren neben den Kanonen noch Haubitzen vorhanden, d. h. Geschütze, die schwerere Geschosse mit stärker gekrümmter Bahn verfeuern und die Ziele von oben treffen sollen. Im Kriege 1870/71 verwendete man solche Geschütze nur zur Ueberwältigung der Festungen. Meist führen die Armeen zwei verschiedene Kaliber von Haubitzen. Die leichten sollen den Truppen überallhin folgen, sind wenig schwerer als die Feldkanonen, während ihre Geschosse etwa doppelt so schwer sind. Die schweren, ursprünglich nur für den Festungskrieg bestimmten, verfeuern Geschosse, die reichlich sechsmal so schwer sind wie die der Kanonen. Diese schweren Haubitzen haben eine Wirkung, die die der schwersten im Kriege 1870/71 vor Festungen gebrauchten Geschütze weit übertrifft, wenn man von den nur in wenigen Exemplaren vorhandenen Mörsern absieht; dabei sind sie aber viel leichter als jene.

Diese Haubitzen haben eine gute Wirksamkeit gegen Schildartillerie, weil die Splitter ihrer Geschosse die hinter den Schilden befindliche Bedienung treffen können. Die schweren Haubitzen sind auch allein imstande, die in den Schützengräben eingebauten, sehr widerstandsfähigen Unterkunftsräume zu zerstören. Diese Ziele sind aber sehr klein, ihre Lage vom Feinde aus gar nicht zu erkennen; daher ist die Aussicht, einen Treffer zu erhalten, außerordentlich gering, und es bedarf einer riesigen Munitionsmenge, wenn man eine nennenswerte Wirkung erreichen will. So wird die Meldung der Obersten Heeresleitung vom 10. März verständlich, nach der vom Feinde in vierundzwanzig Stunden oft mehr als 100 000 Schüsse gegen die von zwei schwachen rheinischen Divisionen verteidigte Front von 8 Kilometern verfeuert wurden. Zum Transport dieser an einem Tage verfeuerten Geschosse sind mindestens drei Eisenbahnzüge von je 100 Achsen erforderlich. Von der Heftigkeit eines solchen Feuers macht man sich nur schwer eine Vorstellung. Bei gleichmäßiger Feuergeschwindigkeit würde in jeder Sekunde mehr als ein Schuß abgegeben sein. Da aber das Feuer zeitweise, besonders in der Nacht, ruhiger gewesen sein wird, so mußte es zu andern Zeiten um so stärker anschwellen. Dazu kommen die Detonationen der Granaten und die eignen Schüsse, so daß die Bezeichnung „Trommelfeuer" den Eindruck, den dieser Höllenlärm auf das Gehör gemacht hat, wohl am zutreffendsten wiedergibt. Es gehören wirklich stählerne Nerven dazu, dies tagelang anhaltende Getöse zu ertragen, ganz abgesehen von dem damit verbundenen Gefühl, daß die nächste Sekunde allem ein Ende machen kann.

Die Wirkung der Artillerie ist, wenn man sie nach den Verlusten beurteilt, die dem Feind beigebracht sind, im Vergleich zu der Wirkung der Infanterie im gegenwärtigen Kriege höher, dagegen im Vergleich zu dem verfeuerten Munitionsgewicht höchstwahrscheinlich niedriger als in jedem früheren Kriege. Und das trotz der gesteigerten Wirksamkeit! Diese auffallende Tatsache erklärt sich daraus, daß die Truppen es weit besser als je zuvor verstehen, sich der Feuerwirkung durch geschickte Geländebenutzung zu entziehen, und daß anderseits

Digitized by Google

die mit Schnellfeuergeschützen bewaffnete Artillerie Munitionsmengen verfeuert hat wie noch niemals. Namentlich die Franzosen sind sehr verschwenderisch mit ihrer Munition umgegangen, obwohl ihre Vorschriften das Haushalten damit sehr empfehlen. Wenn die neutralen Amerikaner nicht so große Munitionsmengen über das Wasser geschickt hätten und noch schickten, so hätte der Krieg längst sein Ende gefunden; denn die französischen Munitionsfabriken besitzen bei weitem nicht die Leistungsfähigkeit wie die deutschen.

Obwohl die Steilfeuergeschütze für den Stellungskrieg von größter Bedeutung sind, so vermögen sie doch dort, wo sich die beiderseitigen Schützengräben bis auf 100 Meter und darunter genähert haben, nicht mehr zu wirken. Hier muß die Artillerie ihr Feuer wegen Gefährdung der eignen Truppen einstellen. An ihre Stelle treten Waffen und Streitmittel längst vergangener Zeiten, die nur auf ganz nahe Entfernungen gebraucht werden können, wie Handgranaten, Minenwerfer, Stickbomben usw., mit denen der Kampf aus gedeckter Stellung fortgesetzt wird. Da tritt der Pionier an die Stelle des Kanoniers. Der Artillerie fällt nunmehr die Aufgabe zu, den Raum hinter den feindlichen Schützengräben in großer Tiefe, die feindlichen Artilleriestellungen, die Annäherungswege und die zur Unterkunft dienenden Ortschaften unter Feuer zu nehmen. Hierbei ergeben sich stellenweise sehr große Schußweiten, die weder von den Feldkanonen noch von den schweren Haubitzen erreicht werden können. Daher gehören neuerdings auch Kanonen schwereren Kalibers — meist 10-Zentimeter — zur schweren Feldartillerie. Sie verfeuern dieselben oder ähnliche Geschosse wie die Haubitzen gleichen Kalibers, aber mit nahezu doppelt so großen Geschwindigkeiten, so daß sie Schußweiten von 10 bis 12 Kilometern erreichen.

Die Feldartillerie ist in dem gegenwärtigen Kriege auf beiden Seiten von nahezu gleicher Güte; darum hat keine die andre niederringen und eine so entscheidende Rolle wie im Kriege 1870/71 spielen können.

Ganz anders im Festungskriege, der aller Welt die größten Ueberraschungen brachte. Vor dem Kriege glaubte man — und diese Ansicht war die in allen amtlichen Anweisungen niedergelegte —, daß gut angelegte Festungen nur durch eine „Belagerung" eingenommen werden könnten. Bei dieser wird nach vorhergegangener, die Festung vollständig von der Außenwelt absperrender Einschließung ein Teil der die Festung umgebenden Forts derart angegriffen, daß die Infanterie des Belagerers unter dem Schutze der Artillerie, welche die feindlichen Geschütze niederzukämpfen hat, sich schrittweise unter Herstellung künstlicher Deckungen und Annäherungswege bis auf kurze Entfernung heranarbeitet. Nachdem die Artillerie sowohl die Werke als auch die Besatzung durch ihr bis zur äußersten Heftigkeit gesteigertes Feuer sturmreif gemacht hat, führt die Infanterie den Sturm aus.

Während der russische Angriff auf Przemysl ein diesem Bilde entsprechendes Gepräge trug — die Festung fiel durch Hunger bezwungen vor Ausführung des Sturms —, zeigen die deutschen Angriffe auf die belgischen Festungen, dank der aufs höchste gesteigerten Wirkung der schweren deutschen Steilfeuergeschütze, ein

Digitized by Google

ganz andres Bild. Eine starke, aus solchen Geschützen zusammengesetzte Artillerie eröffnete, ohne daß die Festungen eingeschlossen waren, aus verdeckter Stellung und großer Entfernung das Feuer gegen die Forts, machte dadurch die Werke und zugleich die Besatzung in einer Weise sturmreif, daß der Sturm überhaupt überflüssig wurde. Und das geschah, obwohl die Widerstandsfähigkeit aller Deckungen durch ausgedehnte Verwendung von Beton und Panzerkuppeln außergewöhnlich hoch war. Bei den bis dahin gebräuchlichen Mörsern konnte ein Panzerturm erst durch mehrere Treffer unbrauchbar gemacht werden; die Trefffähigkeit war aber bei der kleinen Ausdehnung dieses Zieles und der langen Flugzeit des in hohem Bogen verfeuerten Geschosses so gering, daß nur die Aufwendung einer sehr großen Schußzahl und Zeit einen Erfolg versprach.

Die Verwendung der neuen schweren Mörser änderte das von Grund aus. Die Granaten dieser Geschütze hatten durch ihr großes Gewicht — man sprach von zwanzig Zentnern bei dem 42-cm-Mörser, das des österreichischen 30,5-cm-Mörsers ist in amtlich veröffentlichten Quellen mit 390 kg angegeben — und eine entsprechende, mehrere Zentner betragende Sprengladung eine so große Wirkung, daß es zur Zerstörung eines Panzerturms schon genügte, wenn ein solches Geschoß nur in die Nähe desselben einschlug. Der Berichterstatter der „Frankfurter Zeitung" schrieb über die Wirkung eines solchen Treffers: „Die Granate war auf der Erddeckung direkt vor einem Panzerturm aufgeschlagen, hatte die 7 m dicke Erddecke sowie eine Betonschicht von 2,2 m durchschlagen, hatte den Panzerturm in Höhe der Maschinerie getroffen, war quer durch denselben durchgegangen und hatte hinter ihm ein großes Loch gerissen, in dem man ein ganz gewaltiges Stück des Geschosses liegen sah. Durch die Gewalt der Explosion dieses einen Schusses war die Betondecke bis zu den nächsten Türmen infolge der plötzlich auftretenden seitlichen Verschiebung gerissen." Eine solche Verschiebung dürfte aber schon genügen, die Maschinen für das Laden und Richten der nächsten Türme unbrauchbar zu machen. Dieser eine Treffer hätte schon genügt, das ganze Fort unbrauchbar zu machen.

Diese mächtige Wirkung hat gewissermaßen das Ziel so vergrößert, daß man sich mit einer geringeren Treffähigkeit begnügen, die Schußweite also erheblich vergrößern durfte. Dadurch wurde es möglich, die Geschütze unbemerkt vom Feinde auf große Entfernung in verdeckte Stellungen zu bringen und das Feuer überraschend zu eröffnen.

Mit der mechanischen Wirkung ist auch eine sehr große psychologische verbunden. Der belgische General Léman, der Verteidiger von Lüttich, schrieb in seinem Tagebuche über die Beschießung des Forts Loncin: „Wir hörten, wenn die Granaten ankamen, das Sausen der Luft, das sich allmählich bis zum Heulen eines wütenden Orkans steigerte und in einem furchtbaren Donnerschlag seinen Abschluß fand. Ungeheure Wolken von Staub und Rauch wälzten sich über den erzitternden Boden." Ein gefangener Franzose, der zu der Besatzung des bei Luneville gelegenen Forts Manonviller gehörte, äußerte: „Wir sind fast

Digitized by Google

wahnsinnig geworden bei der Beschießung durch die großen deutschen Geschütze. 54 Stunden in diesem entsetzlichen Feuer! Nach den ersten Schüssen bekamen wir alle rasende Zahnschmerzen. Dann sausten uns die Ohren, und die Schädel brummten, als wäre man tausend Meter unter dem Meere. Nach jedem Schusse schnappten wir nach Luft. Ein Erdbeben wäre ein Kinderspiel gegen diese deutschen Geschosse." Durch diese schweren Geschütze, gegen welche der Verteidiger ganz machtlos war, fielen Lüttich, Namur, Antwerpen, Maubeuge und Fort Manonviller nach kurzer Beschießung. Dabei ist zu beachten, daß diese Plätze, vielleicht mit Ausnahme von Maubeuge, den modernsten Anforderungen durchaus entsprachen; die belgischen Festungen waren von dem General Brialmont erbaut, der unbestritten als die erste Autorität auf dem Gebiete des Festungsbaus galt.

Aber nicht nur die große Wirkung der schweren deutschen Geschosse, sondern auch die große Schußweite der deutschen Geschütze war eine große Ueberraschung, die namentlich bei der Beschießung von Dünkirchen hervortrat. Wo die deutschen Geschütze stehen, die sich diese Festung als Ziel gewählt haben, ist nicht bekannt. Die Annahme, daß die Beschießung von der See aus erfolgt sei, hat wenig Wahrscheinlichkeit für sich. Die Entfernung der nächstgelegenen in unsern Händen befindlichen Punkte auf dem Festlande ist in den Zeitungen verschieden, im Mittel zu 35 Kilometern, also nahezu fünf deutschen Meilen, angegeben. Das ist etwa die Entfernung von Berlin (Mitte) nach Nauen, von Potsdam nach Brandenburg oder von Calais nach Dover. Eine solche Schußweite ist nur erreichbar aus einer sehr langen Kanone, die ihrem schweren Geschoß mit einer starken Ladung eine sehr große Geschwindigkeit erteilt. Die schweren Kruppschen Schiffskanonen — um eine solche wird es sich wahrscheinlich handeln — haben eine Länge von 50 Kalibern, sind also verhältnismäßig fast doppelt so lang wie die deutsche Feldkanone und erteilen ihren Geschossen nach dem Taschenbuche der Kriegsflotten des Kapitänleutnants Weyer eine Geschwindigkeit von etwa 900 Metern, das ist etwa dieselbe Geschwindigkeit, die das S-Geschoß des deutschen Gewehrs hat. Aber dieses erreicht höchstens eine Schußweite von 4000 Metern; denn der Luftwiderstand vermindert die Geschoßgeschwindigkeit sehr bedeutend. Das mit einer Geschwindigkeit von 895 Meter verfeuerte S-Geschoß besitzt auf 2000 Meter nur noch eine solche von 153 Meter; von der ihm durch die Pulverladung erteilten Wucht von 408 Meterkilogramm besitzt es nur noch 12; 396 Meterkilogramm, d. h. 97 Prozent der ursprünglichen, sind lediglich für die Ueberwindung des Luftwiderstandes verbraucht. Bei einer 28-Zentimeter-Kanone, die ein 270 Kilogramm schweres Geschoß mit gleicher Geschwindigkeit verfeuert, würde die Geschoßgeschwindigkeit auf 784, also nur um 111 Meter sinken; nur 15 Prozent seiner Wucht würde durch den Luftwiderstand aufgezehrt. Wahrscheinlich ist das Geschütz ein noch schwereres; französische Zeitungen berichteten, man habe aus aufgefundenen Sprengstücken auf ein Kaliber von 30,5 oder gar 38,1 Zentimeter geschlossen. Beides ist möglich; denn beide Kaliber sind in der deutschen

Digitized by Google

Marine vertreten. Welche Schußweiten beide Geschütze erreichen können, läßt sich mit leichter Mühe errechnen, ist aber nicht bekannt.

Die größte bisher wirklich erreichte Schußweite betrug, soweit Nachrichten darüber vorliegen, 20266 Meter; sie wurde am 28. April 1892 von einer 24-Zentimeter-Kanone, die 40 Kaliber lang war, in Gegenwart Seiner Majestät des Kaisers auf dem Schießplatz Meppen gezeigt. Schwerlich wird die Anfangsgeschwindigkeit über 800 Meter, das Geschoßgewicht mehr als 180 Kilogramm betragen haben.

Bei so großen Schußweiten hat bereits die Krümmung der Erdoberfläche eine große Bedeutung. Bei einer Schußweite von 35 Kilometer läuft die wagerechte Visierlinie etwa 120 Meter über das Ziel hinweg, wenn Geschützstand und Ziel sich in gleicher Meereshöhe befinden. Es ist also gar nicht daran zu denken, daß das Ziel vom Geschützstande aus, auch unter Benutzung der schärfsten Fernrohre, zu sehen wäre; die Seitenrichtung muß daher nach der Karte gegeben, die Beobachtung der Schüsse von einem in großer Höhe in der Nähe des Zieles sich bewegenden Flugzeug aus vonstatten gegangen sein, wie denn auch Zeitungsnachrichten besagen, daß das Einschießen mit Hilfe eines Flugzeugs erfolgt sei.

Von einer großen Treffgenauigkeit kann bei so großen Schußweiten natürlich keine Rede sein; aber dafür ist das Ziel — die ganze Festung — so groß, daß die Aussicht zu treffen noch groß genug ist. Anderseits würde der Feind, wenn er über ebenso weittragende Geschütze verfügte und ihm die Stellung unsrer Geschütze bekannt wäre, kaum eine nennenswerte Wirkung dagegen erreichen können, da das Ziel so klein ist.

Die schnelle Ueberwältigung der angegriffenen Festungen ist nicht allein der großen materiellen Ueberlegenheit der Artillerie, sondern auch der personellen zu danken. Die deutsche Fußartillerie hat durch die im Jahre 1872 eingetretene Scheidung der Feld- und Fußartillerie am meisten gewonnen. Die Franzosen haben für ihre Feldartillerie sehr viel, aber auf Kosten der Fußartillerie getan. Es soll bei dieser alte Unteroffiziere gegeben haben, die im Frieden noch nie einen scharfen Schuß aus ihren Geschützen haben abfeuern sehen. Die schwere Artillerie des Feldheeres wurde großenteils erst improvisiert. Man darf ohne Uebertreibung sagen, daß die deutsche Fußartillerie die beste der Welt ist.

Digitized by Google

Die Wechselbeziehungen zwischen Italien und Rußland in der Geschichte

Von

Archivrat Dr. Lulvès (Hannover)

I

Vor Venedigs Kathedrale San Marco erheben sich seit der Blütezeit der Republik drei mächtige Flaggenhalter von Zedernholz. Sie waren einst dazu bestimmt, die Banner der drei von der Republik unterworfenen Königreiche, von Morea, Kandia und Zypern zu tragen. Diese Länder bildeten in weiterem, Sinne den Abschluß des Adriatischen Meeres, über welches Venedigs Macht gebot.

Aber seit dem Niedergange und dem Falle der Republik ist die Herrschaft über die Adria geteilt. Daß die österreichisch-ungarische Monarchie einen Hauptteil innehat, empfinden die Italiener mit besonderem Unbehagen. Sie übersehen dabei fast ganz, schätzen im besten Falle zu gering das Herandrängen der slawischen Macht ein, die der russische Staatenkoloß als Vorhut vor sich hinschiebt.

Seit wann hat Rußland Macht- und Eroberungsgelüste nach der Adria, nach dem Mittelmeere hin? Seit wann kümmert es sich um die politischen Vorgänge auf der fernen Apenninhalbinsel?

Das geht in der Hauptsache zurück auf Peters des Großen Regierungsprogramm, Rußland zur Seemacht zu erheben; die Beziehungen von Italienern hingegen zum Moskowiterreich sind noch älter, sie waren vor Peters Zeit schon längst vorhanden durch die Handelszüge der Pisaner, Genuesen und Venetianer, die sich zur See bis zur Krim erstreckten, um von dort in das Reich einzudringen. Cembalo in der Krim z. B. verdankte seine Existenz einer genuesischen Gründung. Der Handel und die Schiffahrt auf dem Schwarzen Meere waren häufig Gegenstand der Rivalität zwischen Venedig und Genua gewesen.

Anderseits bot eine Stadt wie Venedig, der Sammelplatz für die amüsementsfrohe Lebewelt Europas, besonders zur Karnevalszeit, genug Anziehung auch für Großfürsten, denen Reisen durch Europa verstattet waren.

Politisch wurde Zar Peter mit der Republik an der Adria zusammengeführt durch gemeinsame Unternehmungen gegen die Türken, auf deren Verdrängung bereits damals Rußland hinzuarbeiten begann. An dem ersten österreichisch-russischen Bündnis gegen jene, das Peter 1697 abschloß, war Venedig beteiligt.

Alle diese Keime verdichteten sich unter der, Peter dem Großen an Genialität wenig nachstehenden Katharina II. zu einer allmählich planmäßig werdenden Mittelmeerpolitik. Der 1768 ausbrechende Türkenkrieg veranlaßte die Kaiserin zu einer Erneuerung der Flotte, zu einer Expedition in das Mittelmeer und in den Archipelagus, um von dort aus die christlichen Untertanen der Pforte in Morea, Dalmatien, Montenegro usw., zumeist einstigen Besitzungen Venedigs, gegen den Großsultan aufzuwiegeln. Nach dieser Seite hin seine Machtbestrebungen zu dehnen, war bereits Peters Absicht gewesen, als er 1711 im Kriege mit der Pforte an der Donau erschienen war. Erfolge waren ihm jedoch nicht beschieden.

Digitized by Google

Glücklicher war jetzt Katharina! Zwar gelang es ihr nicht, Morea und Mallorca zu gewinnen, wohin sie in der Freude über den Ausbau der Flotte den Flug ihrer Eroberungsphantasie hatte schweifen lassen. Zum ersten Male fuhr durch die Straße von Gibraltar eine russische Flotte ins Mittelmeer ein.

Jedenfalls war es der Zarin möglich, sich mit Ali-Bei, dem Statthalter von Aegypten, zu verbünden, der sich gegen den türkischen Großsultan empört hatte, und ein freundschaftliches Verhältnis mit den Königen von Neapel und Sardinien anzubahnen.

Tatsächlich errang Rußland im Frieden von Kütschük-Kainardscha (1774) freie Handelsschiffahrt auf allen türkischen Meeren, die Abtretung von Gebieten vor allem am Schwarzen Meer. Die eroberten Gebiete in der Moldau und Walachei wurden zwar zurückgegeben, über die dortigen Fürsten aber behielt Rußland ein gewisses Schutzverhältnis das Recht der Vertretung ihrer Interessen gegenüber dem Sultan.

Inzwischen hatte die polnische Frage Katharinas Aufmerksamkeit auf sich gezogen; um in Polen besser ernten zu können, lenkte die russische Kaiserin geschickt Kaiser Josefs II. Gebietswünsche von dort hinweg nach einer andern Seite hin, erst nach Bayern, dann gegen die Türken. Vereint standen beide Mächte, Rußland und Oesterreich, gegen letztere in dem 1787 beginnenden Kriege. Wieder waren Katharinas Gedanken auf das Mittelmeer gerichtet, um von hier aus die christlichen Slawen der Balkanhalbinsel und die Griechen gegen die Türken in einem religiösen Kreuzzuge aufzuwiegeln. Die Verschwörung sollte von Italien ausgehen.

Eine russische Flotte unter Admiral Greigh sollte im Mittelmeer erscheinen, die großartige Expedition sollte Saborowski von Florenz aus leiten, wohin er zu Lande eilen sollte. In Toskana hätte er alle diejenigen Korsikaner anzuwerben gehabt, die vormals in englischen Diensten gewesen wären. Daß Rußland damals, schon auf Grund früherer Unterhandlungen zum Zwecke seiner Türkenkriege, mit allen Staaten Italiens, den Großmeister des Ordens auf Malta eingeschlossen, in durchweg freundlichen Beziehungen stand,[1]) wäre der Expedition nur zustatten gekommen. Aber sie kam nicht zustande; sie ward zuerst verhindert durch die Gegenmachinationen Englands und dann endgültig durch den inzwischen ausgebrochenen Kampf mit Gustav III. von Schweden.

Mit Venedig, das in diesem Kriege zum letzten Male als Herrin der Adria anerkannt war und das im ersten Türkenkriege Katharinas Neutralität beobachtet hatte, führte jede der beteiligten Mächte Unterhandlungen. Zu einem Eingreifen hatte sich aber die Republik nicht aufraffen können, ebensowenig später zu dem wirklichen Abschluß eines Handelsvertrages bezüglich der Nordküste des Schwarzen Meeres, dessenwegen sie mit Rußland Unterhandlungen begonnen hatte.

---

[1]) Vgl. die von der Kaiserin an den Generalleutnant Saborowski erlassene Instruktion bei A. Brückner, Rußlandspolitik im Mittelmeer 1788 und 1789 (Historische Zeitschrift XXVII, 1872, S. 106).

Digitized by Google

Die revolutionären Umwälzungen, welche sich von Frankreich her über Europa verbreiteten, gaben Katharina einen neuen Anlaß, sich mit italienischen Angelegenheiten zu beschäftigen.

Unter den zu der sogenannten ersten Koalition gegen die französischen Revolutionäre vereinigten Mächten war gegenseitiges Mißtrauen ausgebrochen, nämlich zwischen den Bourbonen in Spanien und dem Hause Habsburg.[1]) Zusammen mit den Bourbonen in Neapel und Parma wandten sich erstere im Herbste 1792 „an den letzten Hort der Legitimität", an die große Russenkaiserin, um Hilfe; die ward ihnen wenigstens zugesagt. Der neapolitanische Minister Acton, ein geborener Engländer, glaubte sich den Dank Rußlands zu verdienen, wenn er in Konstantinopel gegen den Empfang des Gesandten Frankreichs, Sémonville, der die Pforte zu einem Kriege gegen Rußland und Oesterreich veranlassen sollte, intrigieren ließ. Für Neapel hatte das alles nur die Folge, daß eine französische Flotte vor der Hauptstadt erschien und vorerst die Anerkennung der Republik sowie Neutralität und Genugtuung für den angetanenen Schimpf erzwang (Dezember 1792).

Als Oesterreich für die in Polen erhofften, ihm aber von Rußland arg geschmälerten Gebietserwerbungen mit Bayern gar keine und gegen die Türken nur unbedeutende Erfolge erzielt, die Niederlande an Frankreich verloren hatte, richtete es seine Aspirationen auf Italien, von dem es bereits seit dem Abschluß des spanischen und des österreichischen Erbfolgekrieges (1713 bzw. 1748) beträchtliche Gebiete besaß.

Der Friede zu Campo Formio, der am 17. Oktober 1797 den ersten Koalitionskrieg beendete, brachte Oesterreich das Gebiet der an Marasmus zusammengebrochenen Republik Venedig bis zur Etsch, mit der Lagunenstadt selbst, ferner Istrien und Dalmatien.

Aber weitere Erwerbungen wollte Katharinas Sohn und Nachfolger, Kaiser Paul I. (1796—1801), der mit jenem Frieden wenig einverstanden war, weder für Oesterreich in Italien, noch für Frankreich im Gesamtgebiete des Adriatischen Meeres und des türkischen Reiches überhaupt zulassen. Auch er strebte nach dem Mittelmeere. Für Italien hatte er eine eigne Vorliebe, vielleicht seit den schönen Karnevalstagen, die er einmal in seiner Jugend zu Venedig hatte verleben dürfen.

Diese Vorliebe und der Drang politischer Machterweiterung nach dem Mittelmeere kamen dann bei Paul in seinen, auf den ersten Blick recht merkwürdig erscheinenden Beziehungen zur Insel Malta zum Ausdruck. Den Wert dieser italienischen Insel hatte bereits Katharina II. für ihre russischen Mittelmeerpläne, besonders als Stützpunkt für militärische Operationen gegen den Erbfeind, den Türken, richtig erkannt. Sie war bereits mit dem damaligen Großmeister des Johanniterordens auf Malta, dem Fürsten Rohan, ein geheimes Abkommen eingegangen, das der russischen Flotte die Benützung des dortigen Hafens als Operationsbasis sichern und die Malteser zur Stellung mehrerer Ordensschiffe für jene Unternehmung gegen die Ungläubigen verpflichten sollte. Auf Veran-

[1]) Vgl. nach H. v. Sybel. Preuß. Jahrbücher I, S. 661.

Digitized by Google

lassung Frankreichs mußte jedoch der Großmeister von dem Bündnis zurücktreten.[1]) Durch ein Vermächtnis aus dem Jahre 1618 besaß der Orden umfangreiche Güter mit einer stattlichen Rente in dem nunmehr russisch gewordenen Teile Polens. Später, im Jahre 1790, soll die Kaiserin ihm, als sie noch die über Italien geplante Expedition nach Griechenland einmal verwirklichen zu können hoffte, ihr lebensgroßes Bildnis gesandt haben; sie war dargestellt unter einem Regenbogen, der ihr Reich von der Krim bis Malta hin symbolisch überspannte.[2])

Für den Malteserorden selbst besaß der mystisch veranlagte Zar Paul eine mit Ehrfurcht gepaarte Zuneigung; sie ward erhöht durch seine Ansicht, daß gegen die bedenklich um sich greifende Revolution in Frankreich die römische Kirche und das Papsttum der geeignete Damm seien.

Die Ansichten und Neigungen des Zaren wurden in geschicktester Weise von anderer Seite benutzt. An Pauls Hofe erschien sehr bald nach seiner Thronbesteigung als Abgesandter des Malteserordens der in Rußland bereits bekannte Ordensvogt Graf Giulio Litta, Bruder des Herzogs Litta zu Mailand, und wenige Monate später als päpstlicher Nuntius ein weiterer Bruder jener, der Kardinal Litta; eine unerwartet enge Verbindung mit Italien hatte sich dadurch gebildet.

Gegen Frankreich, das durch seinen jungen General Napoleon Bonaparte Oberitalien erobert und ganz Italien umzugestalten begonnen hatte, suchte der Orden den Schutz einer Großmacht; in der schon einmal mit ihm in Verbindung getretenen Seemacht Rußland hoffte er ihn gefunden zu haben. Die Bitte, der Zar möge durch Anlegung des übersandten Ordenskreuzes des berühmten Großmeisters La Valette die Würde eines Schirmvogtes des Ordens übernehmen, ward in feierlicher Audienz gewährt.

Die angeknüpfte Verbindung erhielt sehr bald praktische Bedeutung. Auf seiner Fahrt nach Aegypten hatte Bonaparte die Insel Malta am 10. Juni 1798 erobert und sofort scharfe Verfügungen erlassen gegen alle Griechen auf Malta, auf den bis dahin Venedig gehörenden sieben Jonischen Inseln und im Aegäischen Meere, die etwa Verbindungen mit Rußland unterhielten.

Die Feindseligkeiten der französischen Republik beantwortete Paul I. mit Entsendung seiner Flotte aus dem Schwarzen Meer zur Eroberung jener nach dem Untergange der Selbständigkeit Venedigs an Frankreich heimgefallenen sieben Jonischen Inseln und mit dem Abschlusse mehrerer Bündnisse gegen Frankreich (mit Oesterreich, mit England, mit der Pforte und Neapel), aus denen sich dann der zweite Koalitionskrieg ergab. Nach Italien entsandte er im Frühjahr 1799 eine Armee unter Suworow zur Vereinigung mit den Oesterreichern, eine andre später unter Korsakoff nach der Schweiz.

Gleichzeitig baute er seine Beziehungen zum Malteserorden dementsprechend aus. Wegen der Uebergabe Maltas ward der derzeitige Großmeister Baron Hompesch von dem neugestifteten, aber noch nicht anerkannten russischen Groß-

[1]) Vgl. Th. v. Bernhardi, Geschichte Rußlands II, 2, S. 384 ff.
[2]) Vgl. A. Brückner in Histor. Zeitschrift XXVII, S. 115.

Digitized by Google

priorat rechtswidrig seiner Würde für verlustig erklärt. Ungeachtet der vermittelnden Vorschläge des deutschen Großpriorats und des reservierten Verhaltens des Papstes in der Angelegenheit, ließ sich Paul von seinem Großpriorat, seiner fixen Idee gemäß, zum Großmeister wählen. Als der Papst dieser Wahl seine Anerkennung versagte, fiel der Nuntius Litta beim Zaren in Ungnade und mußte das Land verlassen.[1]) Dem wirklichen Großmeister Hompesch blieb schließlich nichts anderes übrig, als, in Rücksicht auf die Macht, seine Würde freiwillig niederzulegen.

Er bekleidete sich selbst mit der Großmeisterwürde (24. November 1798) und begann nun die Ordenseinrichtungen in einer selbstherrlichen Weise umzugestalten, die dem bisherigen im Orden gepflegten Geiste völlig widersprach. Paul schmeichelte sich nun mit der Hoffnung, daß die Engländer, welche gerade die Insel Malta belagerten, ihm, als ihrem Verbündeten, einer früheren Zusage gemäß, diese nach der Einnahme überlassen würden. Er hätte dann den einst von seiner Mutter in einer der Balearen, nahe der spanischen Küste, gesuchten Stützpunkt im Mittelmeer gefunden, als Ergänzung zu dem andern, den ihm jetzt die Jonischen Inseln bildeten.

Mit dem Könige Ferdinand I. von Neapel, dem Gemahl der herrschsüchtigen Königin Maria Karoline, ging er am 29. November 1798 einen Vertrag zu Petersburg ein. Er sagte die Entsendung einer Flotte zur Verteidigung Siziliens sowie von Hilfstruppen, zunächst nach Zara in Dalmatien, zu; in Italien sollten sie unter neapolitanischem Oberbefehl stehen. Zweck dieser als so selbstlos gefeierten[2]) Entsendung sollte die Eroberung Maltas sein.

Von Oesterreich, wie er wenigstens behauptete, im Stich gelassen, hatte Ferdinand von Neapel am letzten Tage des Jahres 1798 nach Palermo flüchten müssen. Von dort richtete er an Kaiser Paul, „den mächtigsten und einzigsten Beschützer der rechtmäßigen Throne, die inständigste Bitte" um Hilfe und Rache.

Tatsächlich nahm sich der Zar, beeinflußt durch den neapolitanischen Gesandten, den Marchese von Serra-Capriola, der sich eines großen Ansehens am russischen Hofe erfreute, zunächst der neapolitanischen Interessen an, soweit sie mit denen der allgemeinen Sache, d. h. natürlich mit denen Rußlands, in Einklang ständen. Unterdessen begann Admiral Uschakoff mit der Einrichtung der eroberten Jonischen Inseln als „unabhängiger" Republik. Gleichzeitig nahm er von den Montenegrinern die Ergebenheits- und Treubezeigungen für seinen Kaiser entgegen.

Seit Anfang Mai 1799 beteiligte er sich von der See aus in dem Küstenstrich zwischen Brindisi und Ravenna an der Verfolgung der Jakobiner. Ein Korps von 500 Russen zog auf das republikanische Neapel zu, vereinigte sich mit den Banden des Kardinals Ruffo und des Räuberhauptmanns Fra Diavolo und richteten in der Stadt unter den Franzosen und Republikanern ein furchtbares Blutbad an, an dem sich von englischer Seite auch Nelson beteiligte. Die parthenopäische Republik ward aufgelöst, der König von Neapel durfte in

[1]) H. Hütter, Der Krieg des Jahres 1799 und die zweite Koalition, I, S. 371 ff.

[2]) Von dem neapolitanischen General und Historiker Pietro Colletta in seiner „Geschichte des Königreichs Neapel", I (1853), S. 315; vgl. L. Häußers Urteil in der Histor. Zeitschrift VII, 6.

Digitized by Google

seine Hauptstadt wieder einziehen und die durch ihre Plünderungen berüchtigt gewordenen Russen wegen ihrer „musterhaften Disziplin" öffentlich beloben.

Unterdessen war Suworow mit seinem Korps, das vor allem Oesterreich für seine Zwecke brauchen wollte, in Italien eingerückt. Von Verona her. Am 29. April 1799 feierten die Russen ihren festlichen Einzug in Mailand. Da es der Tag ihres Osterfestes war, tauschten sie nach heimatlichem Brauch den Osterkuß miteinander aus, die Italiener taten es in der gehobenen Stimmung ihnen nach. Suworoff betonte, nach dem Vorbild seines kaiserlichen Malteser-Großmeisters, die wesentliche Einheit der römischen und der griechischen Kirche. Von Pavia aus erließ er an die Soldaten, von Voghera an die Bevölkerung Piemonts Aufrufe im Namen der Kaiser Rußlands und Oesterreichs, die französischen Fahnen zu verlassen und nur ihrem alten Herrscher, dem im Dezember 1798 von den Franzosen vertriebenen Könige von Sardinien, den Treueid zu leisten. Zu seiner Wiedereinsetzung seien sie gekommen. Das war aber dem Kaiser Franz von Oesterreich durchaus nicht recht; er dachte an die Konsolidierung und Mehrung der eigenen Herrschaft in Italien.

Von da ab hemmte die mangelhafte Uebereinstimmung der Absichten der russischen und der österreichischen Regierung die Tätigkeit Suworows, denn er war verpflichtet, sich auch nach den Vorschriften letzterer in Italien zu richten. Wenig änderte daran sein glänzender Sieg an der Trebbia über das aus dem Kirchenstaat und Neapel herangerückte republikanische Heer (19. Juni 1799).

Alle mit den österreichischen Machtaspirationen unzufriedenen Elemente in Piemont, in Toskana, im Kirchenstaat und sogar im Kardinalkollegium wandten sich um Vermittlung und Schutz bittend an die Russen und ihren Kaiser. Nicht mit dem erhofften Erfolg! Der Zar verstand sich vielmehr auf die Vorstellungen des österreichischen Monarchen und seines einsichtslosen Ministers Thugut hin, so ungehalten er auch darüber war, dazu, in einen Aufschub der Rückkehr des Königs Carl Emanuel von Sardinien aus seiner Zuflucht in Cagliari nach Turin zu willigen, trotzdem ihn, auf Pauls Befehl, Suworow bereits am 20. Juli 1799 zur Rückkehr eingeladen hatte. In feurigen Worten hatte der König dem Zaren seinen Dank ausgesprochen, ihn an die einst in Turin geschlossene Freundschaft erinnert, die Erlaubnis erbeten und erhalten, zusammen mit dem Thronfolger, dem Herzoge von Aosta, im russischen Heere unter Suworow zu dienen.

Kaiser Paul hoffte, wenigstens später den König wieder auf seinen Thron zurückführen zu können. Vorerst ließ er sich durch die Oesterreicher bestimmen, alle seine Truppen nach der Schweiz zu dirigieren. Er glaubte dabei, ihnen hiermit mehr Selbständigkeit und eine größere Aktionsfreiheit zu verschaffen, sie gleichzeitig nach Frankreich zur Wiederaufrichtung des Bourbonenthrones schicken zu können, wozu sie allerdings viel zu schwach gewesen wären. Nur für Malta ließ er drei Grenadierbataillone nach Livorno gehen.

Suworow hatte noch am 15. August, zusammen mit dem Oesterreicher Melas, die Franzosen bei Novi geschlagen. Genua schien für diese verloren. Statt aber dorthin, mußte auch er, resigniert und verbittert, den Marsch in die

Digitized by Google

Schweiz antreten, in der ihm keine Lorbeeren mehr beschieden sein sollten. Das andre russische Korps, unter Korsakoff, war am 26. September von Massena bei Zürich geschlagen worden. Mit den Resten der russischen Armee, die er in Schwaben vereinigt hatte, nach Rußland zurückgekehrt, starb Suworow bald, am 18. Mai 1800.

Ein Aufstand zugunsten Kaiser Pauls, der als Beschützer der katholischen Religion ausgegeben ward, auf Korsika war durch die Franzosen, die seit 1898 wieder Herren der Insel waren, unterdrückt worden.

Rußland hatte sich aus Italien zurückgezogen, mißtrauisch gegen die Pläne und Versprechungen Oesterreichs, unmutig über das Verhalten und die Maßregeln dieses Staates, dessen Macht 1800 bei Marengo und Hohenlinden den Franzosen unterliegen sollte. Daß bei dem darauffolgenden Frieden mit Frankreich zu Lunéville, der dem sog. zweiten Koalitionskrieg ein Ende setzte (9. Februar 1801), das Königreich Neapel und der Kirchenstaat unverkürzt blieben, war der Fürsprache Pauls I. zu danken. Ihm hatte sich Napoleon genähert unter kluger Benutzung seiner gegen Oesterreich und auch gegen England feindselig gewordenen Stimmung. Napoleon erbot sich sogar zu einer Entschädigung des Königs von Sardinien; er erbot sich ferner dazu, dem „Großmeister" die Insel Malta zurückzugeben. Ein billiges Geschenk, denn eng eingeschlossen durch Nelsons Flotte, waren Insel und französische Besatzung rettungslos verloren! Aber es machte guten Eindruck. Der Zar schlug Napoleon vor, zur Entsetzung aus den kriegsgefangenen russischen Soldaten zwei Regimenter unter seinem Befehl zu bilden. Es war leider für diesen phantastischen Plan zu spät! Am 5. September 1800 hatte sich die einstige Ordensfeste den Engländern ergeben müssen; aber sie weigerten sich jetzt, ihrem früher gegebenen Wort gemäß, die wichtige Insel dem russischen Großmeister auszuliefern, weil er nicht mehr ihr Verbündeter war.

So selbstlos auch mitunter Pauls I. Politik hinsichtlich Italien erscheinen mochte, nicht verfehlt hatte er, sich für spätere Eroberungspläne eine wichtige Etappe dorthin zu sichern. Am 21. März 1800 war die Republik der sieben Jonischen Inseln unter russisch-türkischem Schutze proklamiert worden; eine russische Besatzung wurde dort festgesetzt und eingerichtet.

Die Sorge um diese Inseln, besonders um Korfu, war es, welche Alexander I. von Rußland, der 1801 seinem Vater Paul I. nach dessen Ermordung gefolgt war, den Bitten der Königin Karoline geneigt machte; sie hatte seine Hilfe gegen die Franzosen angerufen, welche 1803 die neapolitanische Küste an der Adria besetzt hatten. Alexander drängte nun Oesterreich zum Kriege gegen Frankreich auf Grund eines geheimen Allianzvertrages (vom 6. November 1804): Ein französischer Angriff auf Korfu oder auf die Stadt Neapel verpflichtet Oesterreich zur Hilfe, dem dafür begrenzte Entschädigungen in Oberitalien geboten werden. Das Bündnis wurde dann sehr bald erweitert durch Rußlands Vertrag mit England vom 11. April 1805. In beiden Verträgen ward die Wiederherstellung des Königreichs Sardinien, das Rußlands Stütze in Italien bilden sollte, womöglich mit Gebietszuwachs, die Sicherung des Königreichs Neapel und die Säuberung Italiens

Digitized by Google

von den französischen Truppen als Ziel des Krieges für Italien vereinbart. Oesterreichs Beitritt vollendete die sogenannte dritte Koalition gegen Napoleon.

Im Interesse Rußlands lag es, den befreundeten Monarchen von Sardinien und Neapel eine noch weit bedeutendere und umfassendere Macht in Italien zu verschaffen, 1805 soll nach Farini die russische Regierung den ebenfalls nur dem Scheine nach selbstlosen Plan ausgearbeitet haben: „Piemont, Ligurien, die Lombardei und Venedig in ein Königreich unter dem Hause Savoyen zu vereinigen, im Zentrum Italiens ein weiteres Königreich zu schaffen und diese beiden Königreiche mit Lucca, Ragusa, Malta und den Jonischen Inseln zu einer Konföderation zu verbinden; deren Haupt sollte abwechselnd der König von Sardinien und der von Neapel sein, der Papst aber Erzkanzler."

Bei Verwirklichung dieser Idee wäre die russische Politik, in jeder Beziehung, Italiens gegen Oesterreichs Machtbestrebungen sicher gewesen. Bis zu einem gewissen Grade wäre damit eine italienische Einheit geschaffen worden, aber nicht aus dem eigenen, natürlichen Empfinden der Nation, sondern künstlich aus den selbstsüchtigen Motiven einer fremden Macht heraus.

Nicht viel höheren Wert besaßen Napoleons Absichten hinsichtlich einer Vereinheitlichung Italiens, wenn er auch bei seiner Krönung in Mailand am 26. Mai 1805 erklärte, die italienische Krone nur so lange tragen zu wollen, als die Engländer Malta, die Russen Korfu besetzt hielten. Italien war eben damals ein Spielball für die egoistischen Absichten der europäischen Großmächte!

Eine von diesen ward durch den Frieden von Preßburg, der dem dritten Koalitionskriege ein Ziel setzte, aus Italien ausgeschlossen: Oesterreich. Die Drei-Kaiser-Schlacht im fernen Mähren, bei Austerlitz am 2. Dezember 1805, hatte über Italiens Schicksal entschieden.

Am Tage jenes Friedens, am 26. Dezember, verkündete Napoleon auch die Entthronung der Bourbonen in Neapel und Sizilien. Am 20. November waren 11 000 Russen, 2000 Montenegriner, 5500 Engländer im Golf von Neapel gelandet; mit ihnen vereinigte Königin Karoline ihre Truppen, ungeachtet des ihr zwei Monate zuvor auferlegten Neutralitätsvertrages. Der russische General Laszy war zugleich mit der Wiedereinsetzung des Königs von Sardinien in Piemont beauftragt. Da rief am Tage nach der Schlacht bei Austerlitz, am 3. Dezember, der Zar seine Truppen zurück und überließ, ohne sich zu bedenken, Hof und Königreich Neapel ihrem Schicksal. Der russische Gesandte erschwerte sogar noch die Stellung des neapolitanischen Königspaares in Sizilien, wohin es sich zurückgezogen hatte. Er bestärkte es in seinem Widerstande gegen eine Wiederbelebung der parlamentarischen Verfassung Siziliens, wie sie damals dort von den Engländern betrieben wurde.

Dem Frieden von Preßburg trat Rußland nicht bei; um sich den Zugang nach der Apenninhalbinsel zu sichern, besetzte es Cattaro, während es ja die Jonischen Inseln zu dem gleichen Zwecke bereits besaß. Beide Etappen mußte es dann im Frieden zu Tilsit (7. Juli 1807) dem korsischen Welteroberer abtreten.

Seine heftige Feindschaft gegen Rußland ward auch in Italien fühlbar, gerade dort mußte Napoleon der russische Einfluß doppelt unangenehm sein.

Digitized by Google

Nach jener Landung der Russen in Neapel hatte Papst Pius VII. sich mit ihrer etwaigen Besetzung Civitavecchias — allerdings nicht mit der Roms — einverstanden erklärt. Hierfür zog er sich scharfe Vorwürfe von seiten des Imperators zu, am 13. Februar 1806 verlangte dieser von ihm die Ausweisung aller Russen aus dem Kirchenstaat. Des Papstes Verbindungen mit Rußland waren einer der Vorwände für die Wegnahme des Kirchenstaates durch Napoleon. Er sah in den neapolitanischen Kardinälen die Vertrauenspersonen Rußlands bei der Kurie; für ihre gewaltsame Entfernung sorgte er alsbald.

In den Jahren, in welchen Napoleon auf der Höhe seiner Macht stand, konnte ein Einfluß Rußlands für Italien nicht in Frage kommen. Aber nach seinem Falle, als die Neuordnung Europas vorgenommen werden sollte und dadurch der Antagonismus Rußlands gegen Oesterreich sich wieder Luft machte, da wäre Alexander, der nach dem entscheidenden Gelingen des von ihm durchgesetzten Zuges auf Paris ruhmvoll und mächtig dastand, Gelegenheit geboten gewesen, mit dem ganzen Gewicht seiner Persönlichkeit auch für Italiens wirkliche Interessen einzutreten.

National gesinnte Italiener, besonders in der Emilia und in Ancona, sowie das italienische Heer durften von ihm, der sich als Gönner und Beschützer der Napoleoniden zu zeigen beliebte, hoffen, daß er den ihm freundschaftlich nahestehenden Stiefsohn Napoleons, Eugen Beauharnais, in seiner Würde als italienischen Vizekönig beließe, womöglich als wirklichen König mit einem selbständigen, unabhängigen Königreich Italien.

Das wäre die wahre Verwirklichung der Idee von Italiens Einheit gewesen, die Napoleon im eigenen Interesse[1]) politisch zu beleben begonnen hatte.

Aber der sonst so gefühlvolle Zar täuschte diese Erwartungen. Wehmütig berichtete am 18. Mai 1814 aus Paris der Führer der Deputation von italienischen Wahlkollegien, der Mailänder Patriot Federigo Confalonieri:[2]) „Die Gesinnung der russischen Regierung hatten wir in wiederholten vertraulichen und privaten Unterredungen mit Nesselrode und Pozzo di Borgo erforscht; sie bot uns keine Ermutigung für unsere Sache." — Den Zaren selbst fanden sie in der ihnen gewährten Audienz höflich, aber kurz und lakonisch. Den zweimaligen Versuch, auf ihr Anliegen zu kommen, schnitt er mit einigen schön klingenden Phrasen ab.

Bezeichnend für die Situation und für die Gesinnung der russischen Regierung ist die uns erhaltene Aeußerung des russischen Staatskanzlers Nesselrode. Auf die Vorstellungen des piemontesischen Gesandten de Maistre, daß man dem italienischen Geiste notwendigerweise Genugtuung geben müßte, gab er die klassische Antwort: „Dieser italienische Geist ist ein großes Unglück, weil er eine gute Einteilung Italiens erschweren könnte."

[1]) Nach seiner Idee, die er später auf St. Helena näher ausgeführt hat, wäre Italien nebst Sizilien und Sardinien eine Sekundogenitur für seine Familie geworden.

[2]) Federigo Confalonieri, Memorie e Lettere II (1890), 17, 25.

Digitized by Google

Es blieb für die Folge bedeutungslos, daß in Alexanders Umgebung sich zwei Männer befanden, die dem Gedanken, Italien eine nationale Gestalt zu geben, an sich geneigt waren: der Korse Pozzo di Borgo und der Korfiote Capodistrias. Denn alle etwas idealeren Anschauungen mußten sich auf dem in der Hauptsache von Englands Politik geleiteten Wiener Kongreß dem Egoismus der dort vertretenen Staatsoberhäupter unterordnen.

Der Einfluß des Zaren auf dem Kongreß zu Wien war hinsichtlich Italiens zum größten Teil bedingt durch seine bereits charakterisierte Stellung zu den Napoleoniden. Von ihm allein stammte der Gedanke, den gestürzten Weltbeherrscher in seiner Kaiserwürde zu belassen, zu seinem Sitze und Reiche eine Insel in der nächsten Nähe von Italien zu bestimmen, trotzdem er dorthin so viele persönliche Beziehungen hatte, trotzdem dort sich seine Verwandten, Eugen Beauharnais und Murat, in ihren früheren Herrschaftsgebieten so großer Beliebtheit erfreuten. Trotz aller Bedenken, die damals von seiten Englands und Oesterreichs geltend gemacht wurden, wußte er seinen Willen durchzusetzen.

Der Exkaiserin Frankreichs, Erzherzogin Marie Luise, verschaffte er die Herzogtümer Parma, Piacenza und Guastalla zu erblich-souveränem Besitz.

Eugen Beauharnais hingegen, dem sich erst jene Aussichten auf ein selbständiges Königreich Italien, dann auf ein Herzogtum Genua geboten hatten, mußte sich schließlich mit den allerdings sehr stattlichen Gütern, welche ihm Napoleon in den Marken bei Macerata überlassen hatte, begnügen; ihr Besitz wurde ihm bestätigt, ungeachtet eines päpstlichen Protestes.

Im übrigen ward der Kirchenstaat in etwas geschmälerter Ausdehnung wiederhergestellt. Es war, neben Preußens, vor allem aus Alexanders Initiative geschehen, um dadurch die Gefühle seiner römisch-katholischen Untertanen, vornehmlich in dem neu erworbenen Polen, zu gewinnen.

Die bereits wiederholt, aber bis dahin erfolglos in Aussicht genommene Wiedereinsetzung in seine festländischen Staaten sowie eine Gebietsvergrößerung durch Genua wurden dem Könige von Sardinien in den geheimen Sonderartikeln des ersten Pariser Friedens zugesichert. Daß Genua nicht an Oesterreich käme, lag im Interesse Rußlands und Englands; daß der Habsburgerstaat als Seemacht am Mittelmeer Bedeutung gewinne, daß er etwa Triest und Genua gleichzeitig besäße, durften sie nicht zulassen.[1])

Alexander konnte darüber mißmutig sein, daß er in Italien selbst für seine dortigen antiösterreichischen Pläne keinen Verbündeten fand. Sardinien-Piemont mußte der Politik seiner mächtigen Nachbarn, Oesterreich und Frankreich, folgen und im Januar 1815 dem geheimen Bündnis gegen Rußland und Preußen beitreten, welches vor allem eine Ordnung Polens im antirussischen Sinne bezweckte.

Der Zar seinerseits brachte Murat schon als Napoleoniden eine gewisse Sympathie entgegen, dazu kam noch eine fast instinktive Gefühlsabneigung gegen die neapolitanischen Bourbonen; er betrachtete sie als Henker. Die Erinnerung an die,

[1]) Dem gleichen Prinzipe gemäß waren jene Staaten, besonders England, der Vereinigung Venedigs mit Piemont abgeneigt.

Digitized by Google

mit Nelson zusammen, 1799 bei der Restauration in Neapel angerichteten Greuel erfüllte ihn mit Abscheu. Schließlich siegte in ihm aber doch das Legitimitätsprinzip, so daß er dem von Österreich mit Ferdinand von Bourbon abgeschlossenen Vertrage vom 29. April 1815 beitrat, durch welchen jenem die Wiedereinsetzung in Neapel zugesichert ward.

Malta verblieb den Bestimmungen des ersten Pariser Friedens gemäß England. Mußte sich Alexander damit abfinden, so suchte er, zuerst wenigstens, Korfu dem Malteserorden zu sichern. Dadurch glaubte er, neben Montenegro, eine weitere Etappe für Rußland auf dem Wege nach Süditalien zu schaffen. Die englischen Politiker durchkreuzten geschickt diesen Plan. So ward eine Idee Capodistrias, die sieben Jonischen Inseln zu einer Republik unter englischem Protektorat zu erheben, schließlich verwirklicht.[1])

Hatte Rußland auf dem Wiener Kongreß zumeist die Stellung des Widerparts gegen Oesterreich eingenommen, so ward diese Stellung in der nun folgenden Reaktionsperiode für Italien wenigstens zeitweilig modifiziert.

Rußland stützte Oesterreich, wo es ihm als Hort der Legitimität in Italien erschien, ohne aber dabei bedingungslos auf dessen staatliche Pläne einzugehen!

Dieser Standpunkt kam, anläßlich der revolutionären Unruhen in Neapel, auf dem Kongreß zu Troppau in dem sog. „vorläufigen Protokoll", das am 19. November 1820 die Minister Oesterreichs und Rußlands unterzeichneten, zum Ausdruck.

Insbesondere nahm sich der russische Gönner der auch von England mißachteten Interessen Piemonts an.

Das war 1816 der Fall gegenüber den Bestrebungen Oesterreichs, Piemonts Beitritt zu einem „italienischen Bunde" zu erzwingen, der unter Oesterreichs Vorsitz ganz Italien umfassen sollte. Nach Alexanders Ansicht vertrug sich das nicht mit dem Begriff der Heiligen Allianz, der sich auch Viktor Emanuel angeschlossen hatte.

So auch bei den Ansprüchen, die Oesterreich auf das „obere Novarese" im Süden des Simplon zu erheben suchte.

Als 1820 Viktor Emanuel, angeblich konstitutioneller Neigungen wegen, von Metternich beim Zaren verdächtigt wurde, ward er von diesem gewissermaßen zur Rechenschaft gezogen. Jener erbat sich nun Rußlands Schutz gegen Oesterreichs Einsprache, nachdem er nachgewiesen hatte, daß es sich nur um administrative Verbesserungen handele.

Sein präsumptiver Nachfolger, Karl Albert Prinz von Carignan, wurde seit den Unruhen des Jahres 1821 wegen liberaler und einheitlich-nationaler Tendenzen beargwohnt.[2]) Als er dann am 27. April 1831 den Thron bestiegen hatte, versäumte Alexanders Sohn, Zar Nikolaus I. (1825—1855), nicht, ihm im Verein mit Oesterreich erklären zu lassen, daß ihm weder im allgemeinen politische Veränderungen in seinem Staate, noch im besonderen eine Amnestie der 1821 Verbannten und Geflüchteten im Interesse der Ruhe Italiens erlaubt sei.

---

[1]) Th. Schiemann, Kaiser Alexander I., S. 259, 288.

[2]) Oesterreichs angebliche, gegen Karl Alberts Thronfolge gerichtete Pläne, die bei Alexander I. Widerstand gefunden hätten, bezeichnet A. Stern, Geschichte Europas, II, 71, als Legende nach Prüfung der neueren Literatur über diese Frage.

Digitized by Google

Jedenfalls trugen auch die italienischen Staaten, welche nicht direkt oder indirekt unter habsburgischer Herrschaft standen, schwer an dem lästigen Joche autokratischer Bevormundung und Beaufsichtigung, welche in jenen Jahrzehnten der Zar, als Protektor der Heiligen Allianz, vereint mit Oesterreich ausübte. In ihrer Entwicklung waren sie dadurch in vielfacher Hinsicht arg gehemmt.

Das Verhältnis Sardinien-Piemonts zu Rußland blieb im großen und ganzen das alte freundschaftliche, solange ersteres an den absolutistisch-reaktionären Regierungsprinzipien festhielt. Als aber hierin eine Aenderung eintrat, als Piemont seine große Mission voll erkannt, als ihm ein gnädiges Geschick in Cavour den geeigneten Staatsmann geschenkt hatte, der sie genial anzufassen und unbeirrt durchzuführen imstande war — da ward auch Rußlands Stellung zu dem sich neu regenerierenden italienischen Staate eine wesentlich andre!

Jesu Stellung zum Patriotismus

Von

Oberhofprediger Dr. Dryander

Wo dir Gottes Sonne zuerst schien, wo dir die Sterne des Himmels zuerst leuchteten, wo seine Blitze dir zuerst seine Allmacht offenbarten und seine Sturmwinde dir mit heiligem Schrecken durch die Seele brausten, da ist deine Liebe, da ist dein Vaterland.

Wo das erste Menschenauge sich liebend über deine Wiege neigte, wo deine Mutter dich zuerst mit Freuden auf dem Schoße trug und dein Vater dir die Lehren der Weisheit ins Herz grub, da ist deine Liebe, da ist dein Vaterland.

Und seien es kahle Felsen und öde Inseln, und wohne Armut und Mühe dort mit dir, du mußt das Land ewig liebhaben; denn du bist ein Mensch und sollst nicht vergessen, sondern behalten in deinem Herzen."

So heißt es bei E. Moritz Arndt. Was er schildert, ist der Naturgrund dessen, was wir Patriotismus nennen. Die Liebe zur Heimat erwächst aus der Scholle, die uns gebar, aus der Sprache, die sie uns mitgab, aus der Sitte, die mit ihr zusammenhing, aus dem geheimnisvollen Weben jener stillen Poesie, die uns formte. Wir selbst sind ein Stück dieser Scholle, deren Erdgeruch wir einatmeten — die Eiche, unter der wir spielten, der Kirchhof mit den Gräbern der Eltern, die rauschenden Wälder, die dunklen Berge, sie alle bilden ein Stück der tiefen Sehnsucht, mit der wir noch im Alter singen: „O du Heimatflur, o du Heimatflur, laß zu deinem heil'gen Raum mich noch einmal nur, mich noch einmal nur entfliehn im Traum!"

Dieses Naturgefühl der Heimatliebe hat ohne allen Zweifel auch Jesus gekannt. Unter den Stätten des Heiligen Landes ist landschaftlich keine anmutiger als Nazareth. Terrassenförmig steigt im Halbkreis die Stadt zur Höhe empor. Rechts reicht der Blick an den schönen Linien des Karmel vorüber bis zum glitzernden Meer, geradeaus dehnt sich die Ebene Jesreel, von den blauen Bergen

Digitized by Google

Gilboas begrenzt. Unten sammeln sich am Marienbrunnen, dessen Quelle noch heute wie zu Jesu Zeit fließt, die wasserholenden Weiber und tragen auf dem Kopf die Krüge zur Höhe empor. Man darf nur auf die Bilderwelt in den Gleichnisreden Christi achten: die spielenden Kinder, die reifende Frucht, das Einbringen der Ernte, der Hirt, der die Herde austreibt oder die verlaufenen Tiere sucht, die brotbackenden Frauen oder der Bettler, der vor der Tür liegt — es sind lauter Züge, die der Umwelt Nazareths entstammen. Und diese Umwelt hat er geliebt, wie wir die unsre lieben. Immer wieder kehrt er in die Vaterstadt zurück, freilich auch mit der Erfahrung, daß ein Prophet nichts gilt im eignen Heimatsstädtchen, und so schon durch die eignen Landsleute, wenn ich so sagen darf, aus dem kleinlichen Gesichtskreise der Heimat auf Größeres gewiesen.

Denn dieser Naturboden ist doch nur die Voraussetzung, um die Heimatliebe selbst mit einem höheren, geistigen Inhalt zu erfüllen. Diese Scholle Land hat ihre Geschichte. Einst nahmen die Väter, vielleicht mit schweren Kämpfen, sie in Besitz, und zu der Heldenzeit dieser Eroberung kehrt immer wieder die Erinnerung zurück. Dann machten sie das Land wohnlich, schmückten es aus, machten es zur geistigen Heimstätte seiner Bewohner. So lernten sie in ihrer Zusammengehörigkeit sich begreifen. Es entstand, wie Fichte sagt, ein „beseeltes" Volk, und in der gemeinsamen Arbeit für die Gemeinschaft, für den sich bildenden Staat gewann die Vaterlandsliebe den tieferen, geistig bedingten Untergrund. Die Liebe zum heimatlichen Staatswesen und in der Mitarbeit an diesem Staatswesen das erwachende lebendige Staatsgefühl ist die reifste Ausprägung des Patriotismus.

Auch diese Empfindung hat Jesus mit uns geteilt. Freilich in andrer Form. Renan läßt aus der reizenden Natur Galiläas jenen „minder strengen, monotheistischen Geist" geschaffen werden, „der den Träumen Galiläas eine idyllische und reizende Prägung" gab. Aber nicht die harmonische Gestalt dieser Berge flößt Jesu höhere Gedanken ein; er hat andre Quellen. Er kennt seine Bibel. Aus ihr lernt er, daß Israel der Gottesstaat ist, sein Volk mit der höchsten Mission betraut, der Prophet Jehovas unter den Völkern zu sein. Was das bedeutet, kommt in dem Worte zum Ausdruck, das er am Jakobsbrunnen zu dem samaritischen Weibe spricht: „Das Heil kommt von den Juden." So sehr erfüllt ihn der Gedanke seiner Mission an diesem begnadeten Israel, daß er die Phönizierin abweist: „Es ist nicht fein, daß man den Kindern das Brot nehme und werfe es vor die Hunde." Es ist geistlich gemeint, aber doch nicht ohne den Unterton freudig nationalen Bewußtseins, wenn er dem Nathanael das Zeugnis gibt: „Ein rechter Israeliter, in welchem kein Falsch ist." Und wie die höchste Vaterlandsliebe in der Arbeit an diesem Volke, in dem Bußruf, um den er es sammelt, in dem Hinweise auf die Entscheidungsstunde, vor der es steht, die wirkende Ursache ist, das zeigen beredter als irgend etwas andres die heiligen Tränen über Jerusalem: „Die du tötest die Propheten und steinigest, die zu dir gesandt sind, wie oft habe ich deine Kinder versammeln wollen wie eine Henne ihre Küchlein unter ihre Flügel — und ihr habt nicht gewollt!"

Digitized by Google

Aber während so der Herr dem Bewußtsein seiner Zugehörigkeit zu seinem Volke und damit seiner Vaterlandsliebe deutlichen Ausdruck gibt, tritt gleichwohl seine Verkündigung von Anfang an in einen Gegensatz, mindestens in eine Spannung zu ihr. „Das Reich der Himmel ist nahe herbeigekommen" — so lautet, unter den verschiedensten Formen sich gleichbleibend, das Thema seiner Predigt. Die Anteilnahme an dem Ausbau eines bestimmten Staatswesens hat immer etwas Ausschließendes, Partikularistisches an sich. Sie bringt eben sich selbst und ihre Eigenart zu einem von andern Gestaltungen sich abgrenzenden Ausdruck. Das Evangelium vom Reiche Gottes durchbricht alle Schranken des Volkstums. Mit seinen Forderungen wie mit seinen Gaben wendet es sich ausnahmslos an alle. Dem fanatisch nationalen Judentum wirft es das Wort ins Gesicht, daß die Heiden mit den Söhnen Israels an einem Tische sitzen werden; denn Gott kann dem Abraham aus diesen Steinen Kinder erwecken. Er redet nicht von nationalen, sondern von den Aufgaben, die dem Menschen aus seinem Verhältnis zu Gott erwachsen. Damit tritt die Sorge um das Irdische von selbst zurück — es wird gleichgültig. Wie denn auch die Frage nach der politischen Gestaltung der Welt durch die das ganze apostolische Zeitalter beherrschende Erwartung der Wiederkunft Christi überflüssig wird. Nicht nur die Schranken zwischen Juden und Samaritern fallen: man betet nicht mehr auf Garizim oder zu Jerusalem an, sondern im Geist und in der Wahrheit! Noch umfassender hat in demselben Sinne später Paulus gesagt: „Hier ist kein Jude noch Grieche, hier ist kein Sklave oder Freier, denn ihr seid allzumal einer in Christo Jesu!"

Noch schärfer fast als in den Worten Jesu tritt das in seiner Person uns entgegen. Dem Volke Israel entsprossen, ist er doch kein Jude. Er braucht nicht, wie Buddha oder Zoroaster, erst „entnationalisiert" zu werden, um der Heiland für andre Völker zu sein. Sein Denken und seine Forderungen sind durchaus menschheitlich. Er ist auch nicht nur der Erlöser für eine bestimmte Zeit. In seinem Vorstellungskreise an das physikalische oder geographische Weltbild seiner Zeit gebunden, braucht sein Wort nicht von den Erdenresten vergangener Zeiten gereinigt zu werden, um für uns brauchbar zu sein. Er ragt weit hinaus über die Bildungssphären und Bildungsfortschritte der Zeiten; er ist zeitlos, der König der Wahrheit, dessen Reich nicht von dieser Welt ist.

Ein ungeheurer Gedanke verwirklicht sich damit in der Welt. Eine Bewegung hebt an, die noch heute fortdauert. Der Begriff der Menschheit entsteht. Der Gedanke der Humanität wird geboren. Die hoffnungslose Zersplitterung, in der die Völker der Alten Welt nebeneinander stehen — hier Herrenvölker, dort Barbaren, hier Freie, zum Befehlen geboren, dort Sklaven, zu ewigem Dienen berufen — wird prinzipiell überwunden. An dem Evangelium, das Christus bringt, und an seiner Erlösung hat jeder, der Mensch ist, gleichen Anteil. Wieviel Unterschiede noch zwischen den Menschen bestehen und bestehen bleiben müssen — in diesem Punkte hört er auf: am Höchsten, Unentbehrlichen, Unersetzlichen, an dem, was dem Menschenleben ewigen Gehalt gibt, haben sie alle teil. In der Gemeinschaft des Heils bei Gott durch die Erlösung Jesu

Digitized by Google

Christi wird auch das geringste Leben geadelt und zur höchsten Würde emporgehoben.

Es kann nicht wundernehmen, wenn die Menschheit die Größe dieses Gedankens nicht erfaßt, wenn sie ihn mißversteht und sich gegen ihn wehrt. Nicht nur, weil er zu mächtig war; er schnitt auch zu tief in die Interessen ein. So müssen Patriotismus und Christentum zueinander in Gegensatz treten. Aus Gründen des Patriotismus lehnt das fanatisch nationale Judentum das Christentum ab und beginnt die Verfolgung. Von dem Herrenbewußtsein des Freien aus weist Griechenland den Schwätzer Paulus und seine Sklavenreligion zurück. In dem römischen Reiche, in dem der Staat selbst Gegenstand höchster religiöser Verehrung war, dem man durch das von den Christen abgelehnte Weihrauchstreuen vor dem Bilde des Kaisers seine Huldigung darbrachte, mußte jede Religion verdächtig sein, der auch der Staat nur Mittel zur Erreichung noch höherer Zwecke, nämlich des Reiches Gottes, war. Es klang doch bedenklich genug, wenn Tertullian die Forderung aufstellte: Wir wollen eine Republik des gesamten Menschengeschlechts. In andrer Form besteht noch heute ungelöst der Gegensatz des Kosmopolitismus und des Nationalismus und kann, wie in der Gegenwart, auch schroffste Formen annehmen. Gelegentlich hat der erstere, soweit es ihm paßte, auch vom Christentum seine Waffen entnommen, während der zweite mehr oder weniger unklar eine neue nationale Religion mit einem deutschen Gott oder einer Anleihe aus der deutschen Mythologie auszurufen versucht hat.

Dennoch ist jener Gegensatz zwischen Patriotismus und Christentum nur scheinbar vorhanden. Wo es der Fall ist, ist der eine oder das andre auf falschem Wege. Hat in Jesu Herzen neben der Sorge um des Vaters Reich die Liebe zum irdischen Vaterlande noch Platz gehabt, hat ein Paulus in glühender Liebe zu seinen Volksgenossen vom Heil ausgeschlossen werden wollen, wenn er sie dadurch retten könne, so muß beides, die Liebe zum Evangelium und zum Vaterlande, in einer Seele nebeneinander wohnen können, ohne sich zu widersprechen.

Zwar besteht dieser Gegensatz tatsächlich bei einem antiken Staatsbegriff, in dem der einzelne und sein Recht völlig über dem Ganzen verschwindet. Das Christentum mußte mit diesem Ideal brechen. Es hat den Wert der Persönlichkeit auf das höchste gesteigert. Im Reiche Gottes ist die Religion nicht mehr ein Staatsakt, sie ist „individualisiert". Das Wort Jesu: „Was hülfe es dem Menschen, wenn er die ganze Welt gewänne und nähme doch Schaden an seiner Seele" — kann nicht wohl überboten werden. Die christliche Persönlichkeit hat es mit einem überirdischen Reiche zu tun. Aber bei alledem steht sie mit beiden Füßen auf der Erde. Soll sie nicht in der Luft schweben, so braucht sie ein Wirkungsfeld, auf dem die innere Kraft, die sie besitzt, sich betätigen und als echt bewähren kann. Der Boden, auf dem dies geschieht, ist zuerst die Familie, aus der sie stammt, der Kreis, in dem sie sich bewegt, in weiterer Entfaltung ihr Vaterland.

Das Vaterland, nicht in erster Linie die Welt. Wohl wird es immer wieder besondere Fälle geben, in denen der einzelne berufen ist, nicht seiner Nation, sondern der Welt sein Leben zu opfern, wie ja denn das Christentum

Digitized by Google

über alle Landesgrenzen hinaushebt. Man darf hier nur auf den Dienst der Mission verweisen. Aber jener rührselige Kosmopolitismus, der im achtzehnten Jahrhundert die Köpfe erfüllte, ist ebenso ungeschichtlich wie die Internationale von heute, deren Interessengemeinschaft heute durch die nationalen Instinkte machtvoll überholt wird. Es bleibt bei dem Treitschkeschen Worte, daß wer nicht zu seinem Staate mit Begeisterung aufsieht, eine der erhabensten Empfindungen im Leben des Mannes entbehrt. „Die Liebe beginnt zu Hause" — sonst ist sie nicht echt. Nicht obwohl, sondern weil ich Christ bin, bin ich das Beste, was ich habe, meinem Vaterlande schuldig, nicht nur Zeit, Kraft und Besitz, sondern auch das Mark meiner Kraft, mein Verhältnis zu Gott und meinen Glauben. Denn auch vom Leben eines Volkes gilt es, was Carlyle sagt, daß es groß, bewegend, herzerhebend wird, sobald es glaubt. Haben die Christen die Aufgabe, das Salz der Erde zu sein, so soll zuerst das Vaterland mit dieser Salzkraft, den rettenden, heilenden und heiligenden Kräften des Reiches Gottes durchdrungen werden. Auch von diesem heiligen Geben und Nehmen gilt das Wort: „Ans Vaterland, ans teure, schließ dich an; das halte fest mit deinem ganzen Herzen!"

In besonderer und eigenartiger Weise hat sich diese Verbindung von Christentum und Patriotismus in unserm deutschen Vaterlande vollzogen. Die glänzendsten und fruchtbarsten Zeiten deutscher Geschichte waren die, in denen sein Volkstum sich als wahlverwandt mit dem Christentum berührte und innig durchdrang. Nur zwei Epochen greife ich heraus. Es gehört zum Walten Gottes in der Geschichte und ist in der Eigenart unsers Volkes begründet, daß die Reformation, die gewaltigste Tat deutschen Geistes, in unserm Lande sich vollziehen mußte. Wie anders würde sie in jeder andern Nation sich gestaltet haben. Im deutschen Volke blieb sie, wie immer man sie auffassen möge, in ihren Grundgedanken eine religiöse Tat. Aus der Tiefe seiner persönlichen Erfahrung bot Luther seinem lieben deutschen Volke das Beste dar, was er sich selbst erkämpft hatte, den Ernst seines Glaubens, den wiedereröffneten Heilsweg und das neue evangelische Lebensideal. Und in seiner Bibelübersetzung, seinem Katechismus und seinen Liedern verwob er auf Jahrhunderte hinaus unauflöslich das deutsche und das christliche Empfinden miteinander. Bei allem Traurigen, das die reformatorische Bewegung so schnell wieder stocken ließ, bleibt doch bis in die Schrecken des Dreißigjährigen Krieges hinein die Religion der Quell für die Erneuerung unsers Volkslebens.

Dasselbe wiederholt sich an andern Wendepunkten unsrer Geschichte. Ich gehe nicht ein auf die Zeit der Napoleonischen Unterdrückung, aus der unser preußisches Volk nicht nur sich selbst, sondern zugleich seinen Gott wiederfindet, und die großen Erwecker des Volksgeistes, die Stein, Arndt, Fichte, Schleiermacher, nicht müde werden, ihm in dieser Vermählung des Volkstums mit dem Christentum seine tiefste Kraft aufzuzeigen. Vielleicht hat nie tiefer und reiner beides, das neu erwachende nationale und das christliche Bewußtsein, sich gegenseitig durchdrungen als in jener einzigartigen Erhebung von 1813, in der ein Rauschen des Geistes von oben die Seelen erfaßte, das sie zu höchsten Opfern befähigte.

Digitized by Google

Dasselbe aber, um von der leider unter der Schnelligkeit beispielloser Siege nur zu schnell verrauschten Begeisterung von 1870 zu schweigen, erleben wir heute. „Wir lieben nicht diese byzantinische Hineinziehung der Religion in die politischen Kämpfe des Tags," schrieb mir ein französischer Schweizer. Abgesehen davon, ob ihm das Recht dieses Urteils zustand, mag es ja sein, daß es bei manchem mehr der Ausdruck seiner vaterländischen als seiner christlichen Begeisterung war, wenn er Bismarcks großes und frommes Wort nachsprach: „Wir Deutschen fürchten Gott und sonst nichts auf der Welt". Aber wir müssen zugleich betonen, daß eben diese Verbindung von Vaterlandsliebe und Religion zu unsrer deutschen Art gehört, daß unser Kaiser, unsre Generale, unsre Schriftsteller, wenn sie diesen Ton anschlugen, ebenso aus der Seele des Volkes sprachen wie unsre Geistlichen, wenn sie die Ereignisse des Tages ins Licht des Schriftworts stellten. Staunend standen wir vor einer Offenbarung der Volksfrömmigkeit, die mit glühendem Patriotismus sich verband. Wundervolle Zeugnisse gleicher Art strömten aus den Feldbriefen unsrer Brüder und Söhne uns zu. Viele, die seit langem keinen Gebrauch von ihrem Christentum gemacht hatten, fanden ihren Gott wieder. Unsre Kirche erlebte, einen wie festen Platz sie noch im Herzen unsres Volkes habe. Sie fand den Ausdruck für das Bedürfnis der Gemeinde; sie weihte die Ausziehenden, sie mahnte zu Opfern, sie zog mit den Truppen ins Feld. Sie half mit, daß mit dem religiösen Aufschwung die sittliche Opferkraft Hand in Hand ging.

Wo die größere Stärke liegt — in dieser aus dem Geiste des Evangeliums geborenen Verschmelzung von Patriotismus und Frömmigkeit des deutschen Volkes, oder in dem frechen Zynismus, mit dem ein Franzose unter Bezugnahme auf das Wort des deutschen Kanzlers von den Gott fürchtenden Deutschen gespottet hat: wir sind den Deutschen überlegen, wir fürchten auch diesen Gott nicht mehr — darüber dürfte unter uns wohl ein einstimmiges Urteil herrschen.

Aber es wäre zu wenig gesagt, wenn festgestellt würde, daß Christentum und Vaterlandsliebe nicht miteinander in Widerspruch ständen. Sie haben ein positives Verhältnis zueinander. Sie fordern sich gegenseitig.

Das Evangelium will die gottgegebene Individualität nicht zerstören, vielmehr sie zur Vollendung führen, indem es sie reinigt und weiht. Das gilt wie von der Einzelpersönlichkeit, so nicht minder von der Gesamtpersönlichkeit eines Volkes. Wie jene mit ihrer Begabung auch ihre Einseitigkeit, mit ihren Vorzügen auch ihre Mängel und Sünden an sich trägt, so in gleichem Maße auch ein Volk. Die flammenden Worte, mit denen Christus in seiner gewaltigen Strafrede die Pharisäer trifft, ihre verknöcherte Religion, ihre scheinheilige Frömmigkeit, ihre Selbstgerechtigkeit und ihren Hochmut, sind sicherlich nicht nur an die einzelnen gerichtet, die sich davon getroffen fühlen konnten. Sie strafen Volkssünden, an denen keiner unbeteiligt ist; sie treffen alle. Er folgt damit dem Beispiel jener alttestamentlichen Propheten, deren Worte wie Geißelhiebe unbarmherzig auf ihr Volk niederfallen, um die einzelnen zum Bewußtsein der Volkssünde zu bringen. Eben die Kraft, mit der ein berufener Mund nicht

Digitized by Google

nur den einzelnen, sondern seiner Zeit und seinem Volke den Spiegel göttlicher Wahrheit vorzuhalten vermag, legitimiert ihn als den von Gott gesandten Propheten, gleichviel in welchem Gewande er auftritt. Mit unerbittlicher Strenge hat Luther, der Prophet Deutschlands, die nationalen Sünden seiner Deutschen gegeißelt, die „ein wild wüst Volk" seien, ihre Trunksucht und Völlerei, ihr Hängen am Neuen und Fremden. Mit kaum zu überbietender Schärfe, um einen Neueren zu nennen, hält Carlyle dem englischen Volke Lüge, Heuchelei, Geldgier als seine Erbsünden vor. Es ist Sache des edelsten Patriotismus, solche Sünden zu strafen, Verrat am Vaterlande, sie feigherzig zuzudecken oder zu beschönigen. Es gibt kein Land und Volk, dem diese Propheten nicht not täten. Mögen solche Stimmen die mannigfaltigsten ethischen Kräfte wecken und herbeirufen, um diese Mängel zu überwinden, den kategorischen Imperativ oder den kühnen Idealismus predigen — sie erfüllen damit eine heilige Pflicht. Die tiefsten und wirksamsten Hebel liegen doch in den unbedingten Werten eines in Gott verankerten Sittengesetzes, in der erneuernden und bewegenden Kraft, die von dem Evangelium von Christo ausgeht. Kein Volk kann ungestraft ihm den Rücken kehren. Die Religion gehört, wie Ernst Curtius bezeugt, zu den unentbehrlichsten und unersetzlichsten Dingen im Volksleben, ihr tiefster und unerschöpflicher Quell aber strömt aus der Person Christi. Nicht nur die Einzelpersönlichkeit, auch ein Volk in des Wortes wirklicher Bedeutung steht, um mit Fichtes Reden an die Deutschen zu sprechen, „unter einem besonderen Gesetze der Entwicklung des Göttlichen aus ihm"; anders findet es sich selbst nicht. Das letzte Ziel und die höchste Entfaltung dieses Gesetzes aber ist das Christentum und die von ihm geweihte Kultur.

Aber dieselbe Betrachtung kann auch von der andern Seite angestellt werden. Wie die Völkerwelt nicht ohne das Evangelium erlöst werden kann, so braucht das Evangelium die Völker. Die Welt hat Gott in Christo geliebt, schreibt Johannes, die Welt will er erlösen. Wem die christliche Religion nicht nur eine neben vielen andern ist, sondern die Religion, die bleibende, unbedingt wertvolle, der muß auch die Welt für sie in Anspruch nehmen. Wie jede Einzelpersönlichkeit das Gefäß zu einer besonderen und eigenartigen Offenbarung göttlicher Schönheit ist — wir sagen wohl: was wäre aus diesem herrlichen Menschen geworden, wenn er ein Christ geworden wäre! — so gilt es nicht minder von den Völkern. Das Erkennen dieses göttlichen Berufes gehört bei beiden zu ihren höchsten sittlichen Aufgaben. Deutschland, Frankreich, England sind mit der Fülle der ihnen verliehenen Gaben in gleichem Maße berufen, das stille Reich göttlicher Harmonien auf Erden bereichern zu helfen. Wenn andere Völker, Japan, China, Rußland, ihr eigentliches Volkstum noch zu entdecken haben, so soll nicht nur ein gewaltiges Stück Weltgeschichte, sondern auch ein Stück göttlicher Reichsgeschichte dabei sich entfalten. Es gibt kein Volk, das dieser Weihe nicht fähig wäre. Ich erinnere mich an die Grabschrift des ersten eingeborenen Missionars der Kaffern auf der Missionsstation Lovedale in Britisch-Kaffraria, Tyio Sogar, die ungefähr so lautet: er war ein treuer Christ,

Digitized by Google

ein ausgezeichneter Theologe, ein liebevoller Sohn und Bruder, ein glühender Patriot, ein hohes Vorbild für sein Kaffernvolk. Er ist ein Beispiel für jene immer wiederholte Erfahrung der Mission, daß erst da ihre Arbeit gesichert ist, wo in einer zweiten Generation die Prediger aus dem eigenen Volke erstehen, wo Patriotismus und Christentum sich zu schöner Einheit verflochten haben.

In dieser Verschmelzung wird die Humanität verwirklicht, derer wir harren, und die in den Entsetzlichkeiten dieses Krieges mit einem Male ausgewischt zu sein scheint. Aber wir dürfen sagen — sie *scheint* es nur zu sein. Verdeckt durch die wilden Eruptionen des Hasses und der Leidenschaft, unter denen die Oberfläche erzittert, ruht in der Tiefe der Seelen das unvertilgbare Bedürfnis der Menschen nach Gott und, wenn sie anders das Vaterland, für das sie bluten, liebhaben, das brennende Verlangen, daß dem in nationaler Wiedergeburt neu erwachenden Volksleben auch dies Edelste und Beste, die Erfahrung des lebendigen Gottes zu teil werde. Unter den ungeheuren Aufgaben, die die kommende Zeit uns stellen wird, wird auch die Frage nach der Stellung unsres Volkes zu Religion und Christentum ihre Stelle finden, und mit ihr die besondere Aufgabe, die den verschiedenen Kirchen als den geschichtlich gegebenen Pflegern des religiösen Lebens zufällt. Ob dabei nicht nur eine neue Stellung der Nation zu den religiösen und kirchlichen Anforderungen, sondern auch eine neue Orientierung der Kirche gegenüber den Fragen des nationalen Lebens in Frage komme, darüber des Näheren zu reden ist hier nicht der Ort. Sicher aber ist, daß unser Vaterland die höchste Weihe seiner nationalen Eigenart wie die Lösung seiner Aufgaben im Zusammenwirken der Völker erst dann finden wird, wenn es eine nicht alternde Jugendkraft, ideale Begeisterung, letzte Kulturziele aus dem unerschöpflichen Born des Evangeliums von Christo nimmt.

Erinnerungen an die Haager Friedenskonferenzen

Von

Professor Lammasch

Quorum pars *parva* fui.

Manchem wird vielleicht kein Zeitpunkt ungünstiger erscheinen, auf die beiden Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 zurückzublicken, als der gegenwärtige. Der welt- und menschenkundige Herausgeber dieser Zeitschrift ist aber offenbar andrer Ansicht, sonst hätte er nicht eben während des Krieges mich aufgefordert, ihm meine Erinnerungen an diese Konferenzen zur Verfügung zu stellen. Und zweifellos hat er in seinem Urteile insofern recht, als nach Beendigung des Krieges ein Sehnen nach *dauerndem* Frieden und damit der Wunsch nach genauerer Kenntnis dessen, was damals zu diesem Ziele unternommen wurde, durch die ganze Welt gehen wird. Da mögen denn auch die

Digitized by Google

Eindrücke jemandes, der nicht zu den grands bonnets der Konferenz gehörte, und der übrigens auch jetzt noch nicht alles sagen kann, was er zu sagen hätte, nicht ohne Wert für das Gesamtbild sein, das ein künftiger Historiker entwerfen wird.

Selbstverständlicherweise sollen hierbei nicht etwa die Resultate besprochen werden, zu denen die Konferenz gelangte, denn diese sind „publici juris", vielmehr sollen nur einzelne Erinnerungen an die Personen festgehalten werden, die insbesondere in den Verhandlungen über die Schiedsgerichtsfrage tätig waren, und soll die allgemeine Stimmung der Konferenzen charakterisiert werden.

I. Konferenz

18. Mai bis 29. Juli 1899

Für den nicht im diplomatischen Getriebe Aufgewachsenen waren die ersten Tage eine Qual: Besuche, Karten abgeben, Versuche, die andern auszuholen, ohne selbst etwas zu verraten, der Eindruck, daß niemand recht wisse, was geschehen solle und was geschehen könne, die bei fast allen Diplomaten durchleuchtende Meinung, daß „das Ganze eine Komödie" sei. Doch bald kam man sich näher und überzeugte sich, daß nahezu in jeder Delegation der eine oder der andre wenigstens sich für das eine der Ziele, die allmähliche Ausbreitung des schiedsgerichtlichen Verfahrens und der Mediation zwischen den Staaten, interessiere, und daß auch die in Brüssel 1874 angebahnte Aktion zu einiger Milderung der Kriegsgebräuche, zu dem was man emphatisch „Humanisierung" des Krieges nennt, nicht völlig aussichtslos sei. Freilich dasjenige, das den Aushängeschild der Konferenz gebildet hatte, die „Abrüstung" oder wenigstens der „Rüstungsstillstand" wurde von fast allen Militärs und Diplomaten so scharf kritisiert und so entschieden abgelehnt, daß auch die amtlich zur Verteidigung dieser Vorschläge berufenen russischen Delegierten sowie die bei den Diplomaten im Verdachte des Pazifismus stehenden Vertreter einiger Kleinstaaten deren Rettung nicht erwarten konnten. Die Hoffnung all derjenigen, denen es mit der Entwicklung des Völkerrechtes Ernst war, konzentrierte sich daher sehr bald auf die Ausbildung des Schiedsgerichtes und der Vermittlung zwischen den Staaten.

Da die Konferenz über hundert Delegierte zählte, wurde die eigentliche Arbeit an Kommissionen und, nachdem auch diese sich als zu zahlreich erwiesen, in Komitees übertragen. In das Schiedsgerichtskomitee traten die ersten Delegierten Frankreichs, Großbritanniens und Italiens ein, der frühere Ministerpräsident Bourgeois, Sir Julian (später Lord) Pauncefote, Botschafter an Washington, Graf Nigra, Botschafter in Wien. Rußland war durch seinen zweiten Bevollmächtigten, Martens, vertreten; Professor Descamps, der das berühmte Mémoire aux puissances über die Schiedsgerichtsfrage für die interparlamentarische Union ausgearbeitet, hatte ebenso selbstverständlicherweise seinen Platz in diesem Komitee wie der hervorragendste der niederländischen Internationalisten Asser, die Vereinigten Staaten waren durch den Sekretär ihrer Delegation, den gewandten und vielseitigen, vielleicht mitunter etwas allzu geschäftigen Deutschamerikaner Holls repräsentiert, für die Schweiz wurde der

Digitized by Google

geistreiche Nationalrat Odier berufen. Das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn waren durch Professor Zorn und den Verfasser dieser Erinnerungen vertreten. Als Sekretär (mit beratender Stimme) wurde der lebhafte und enthusiastische Franzose d'Estournelles de Constant gewählt, der mit liebenswürdiger Grazie insbesondere Zorn und mir entgegenkam und dem die Anbahnung einer deutsch-französischen Verständigung wahre Herzenssache war. Namentlich zwischen Zorn und ihm knüpften sich bald die freundschaftlichsten Beziehungen. Die Verhandlungen leitete mit bewundernswertem Takte und mit dem unermüdlichen Streben, zu einem möglichst einheitlichen Resultate zu kommen, Bourgeois, geradezu das Ideal eines Präsidenten. Da es sich bald zeigte, daß in diesem Komitee die Hauptarbeit der ganzen Konferenz erledigt wurde, machten auch der Präsident der Konferenz, der russische Botschafter in London, Staal, und ihr Vizepräsident, der frühere niederländische Minister des Aeußern, Karnebeek, von ihrem Rechte Gebrauch, bei allen Sitzungen anwesend zu sein. Staal war in diesem kleinen Kreise viel besser an seinem Platz, als in der Plenarsitzung, in der seine Unbeholfenheit im öffentlichen Sprechen und seine mangelnde Kenntnis der parlamentarischen Formen ihn mitunter hinderte, seine reichen Fähigkeiten in vollem Maße zur Geltung zu bringen. Karnebeek war hier wie überall höchst wertvoll; hinter den Kulissen besonders hat er viel zu dem beigetragen, was erreicht wurde; mindestens ein Bericht, der unter anderm Namen in den Konferenzakten erscheint und seinem Unterzeichner viel unverdientes Lob eintrug, stammt der Hauptsache nach von ihm her. Drei Delegierte, deren Berufung in dieses Komitee man hätte erwarten können, fehlten: Renault, die erste Autorität der Pariser Universität, Beernaert, der berühmte belgische Staatsmann, weil Frankreich und Belgien ohnedies schon vertreten waren, und der Münchener Professor Freiherr v. Stengel. Stengel hatte in einem Ende 1898 erschienenen Schriftchen „Der ewige Friede" die Bestrebungen der Friedensvereine als für Deutschland gefährlich und als unpatriotisch bezeichnet. Es war daher begreiflich, daß seine Ernennung zum Delegierten der Friedenskonferenz bei denjenigen, die ihn persönlich nicht kannten, peinliches Aufsehen machte. Nähere Bekanntschaft mit ihm schien allerdings geeignet, zu beruhigen. Man fand in ihm einen liebenswürdigen, jovialen Bayern, dem man blutdürstige Anschauungen und Absichten nicht zumuten konnte. Es wurde auch behauptet, er sei nicht wegen, sondern trotz jener Schrift berufen worden, damit Süddeutschland, speziell Bayern, in der Delegation vertreten sei. Das kann aber doch wohl kaum der Grund gewesen sein, weil auch Zorn, obwohl damals Professor in Königsberg (seither in Bonn) von Geburt und Studiengang Bayer ist. Trotz seiner persönlichen Vorzüge kamen aber doch die Delegierten vieler Staaten Stengel nur mit Mißtrauen und kaum verhüllter Abneigung entgegen, was ihn begreiflicherweise verbitterte und später zu manchen scharfen Ausfällen gegen die Konferenz veranlaßte. Er wurde nur in die Kommission für das Kriegsrecht gewählt, in der er aber ebenfalls nicht hervortrat, da er bald aus dem Haag nach München zurückkehrte.

Digitized by Google

Wer in der Kommission für Schiedsgerichte besonders hervorgetreten wäre, ist eigentlich kaum zu entscheiden. Vielmehr entwickelte sich ein äußerst glückliches Zusammenarbeiten aller, ohne Unterschied der Rangstellung im sonstigen Leben. Sehr bald verkehrten die Botschafter und Ministerpräsidenten mit uns Professoren und mit den Advokaten (Holls und Odier) auf völlig gleichem Fuße, nachdem sie uns nur einigermaßen kennen gelernt hatten. Praktische Erfahrung im Schiedsgerichtswesen besaßen nur zwei Mitglieder: Pauncefote, der eben erst mit den Vereinigten Staaten einen höchst beachtenswerten Schiedsgerichtsvertrag abgeschlossen hatte, der allerdings leider vom amerikanischen Senate nicht ratifiziert worden war, und Martens, der wiederholt Schiedsrichter gewesen und eben damals auch in dem großen Venezuelagrenzstreite zwischen Großbritannien und Venezuela (bzw. den Vereinigten Staaten von Amerika) als Präsident des Schiedsgerichtes fungierte. Descamps hatte sich, wie bereits erwähnt, theoretisch sehr eingehend mit der Materie beschäftigt. Zorn und ich waren erst wenige Wochen vorher zu der Konferenz berufen worden; wir hatten uns daher nicht so eingehend vorbereiten können, wie wir wohl gewünscht hätten. Aber der allseitig vorhandene gute Wille half über jede Schwierigkeit hinweg. Mit Freude sahen wir, wie hochangesehene Doyens der diplomatischen Welt wie Pauncefote, Nigra und Staal mit Eifer und zum Teil mit Begeisterung bei der Arbeit waren. Besonders Nigra und Pauncefote wären, wenn ihre Instruktionen sie nicht zurückgehalten hätten, bedeutend weiter gegangen, als die Konferenz es tat. Manche ihrer Anträge, die sie später selbst mußten fallen lassen, bezeugen dies. Namentlich bei dem bedächtigen Wesen Pauncefotes fiel dies auf. Nur langsam folgte er den Verhandlungen; es war nichts Seltenes, daß, wenn ein Paragraph bereits völlig erledigt schien und das Komitee schon zwei oder drei Paragraphen weiter war, er auf das frühere zurückkam und eine Bemerkung, einen Einwand machte, einen Antrag stellte, die fast immer den Nagel auf den Kopf trafen.

Die Verhandlungen des Komitees, das in dem historischen „Saale der Waffenstillstände" im Binnenhof tagte, wurden, wenigstens anfangs, sehr geheim gehalten. Alle Aktenstücke, die wir bekamen, waren „sekret" markiert, numeriert und mit dem Namen des Destinatars bezeichnet, obwohl sie durchaus keine himmelstürzenden Anträge und Ausführungen enthielten. Das verleitete viele, mehr zu erwarten, als wirklich darin enthalten war, verursachte Enttäuschung bei den Pazifisten, die die Konferenz umschwärmten und mit ihren teilweise recht utopischen Forderungen auf die Diplomaten der alten Schule und auf manche Militärs einen sehr üblen Eindruck machten, durch den sie veranlaßt wurden, auch das Vernünftige und Erreichbare abzulehnen. Das erzeugte aber auch den Neid mancher Kollegen, die nicht zu den Eingeweihten gehörten und die auf Grund irreführender Informationen gegen uns intrigierten.

Die Verhandlungen des Komitees begannen mit der Mediation. Die Kardinalfrage war die, ob man eine Pflicht aufstellen könne, Vermittlung anzurufen oder anzubieten. Der russische Antrag ging von dem Protokoll der

Digitized by Google

Pariser Konferenz von 1856 aus, das den Wunsch aussprach, die Mächte, zwischen denen sich ernste Differenzen ergäben, möchten en tant que les circonstances l'admettraient, die guten Dienste befreundeter Staaten anrufen. Von der einen Seite wurde jene Einschränkung für höchst wesentlich und unentbehrlich gehalten, von der andern die Statuierung einer unbeschränkten Verpflichtung gefordert. Das Komitee schwankte, nahm zuerst die Pflicht ohne jede Beschränkung an, betrat dann nach meinem Antrag einen Mittelweg, das Anrufen der Mediation, wenn auch nicht als Pflicht, so doch als die Regel hinzustellen, und kehrte schließlich zum russischen Vorschlage zurück, der auch die Billigung der Gesamtkonferenz fand.

In bezug auf das Schiedsgericht standen zwei Fragen im Vordergrunde. Erstens die, ob es möglich sei, daß sich die Staaten unter gewissen einschränkenden Voraussetzungen und mit gewissen Ausnahmen, die sie selbst zu beurteilen befugt wären, verpflichten, ein Schiedsgericht anzurufen, und zweitens die andre, ob ein solches Schiedsgericht nur von Fall zu Fall zusammengesetzt werden solle oder ob irgendwie ein ständiges Organ der Rechtsprechung zwischen den Staaten geschaffen oder wenigstens vorbereitet werden solle. Beide Fragen waren voneinander unabhängig, wurden aber in der Diskussion vielfach in Zusammenhang gebracht. Der russische Entwurf hatte eine sehr verklausulierte Schiedsgerichtspflicht proponiert, aber keine ständige Organisation vorgesehen. Zu allgemeiner Ueberraschung regte aber Sir Julian Pauncefote schon am 26. Mai die Einsetzung eines ständigen Schiedsgerichtshofes an, worauf sehr rasch sowohl ein amerikanischer als ein russischer Antrag in derselben Tendenz folgten, die schließlich zu einem gemeinsamen Projekte verschmolzen wurden. Außer den Proponenten traten für beide Ideen — Schiedsgerichtspflicht und permanenter Schiedsgerichtshof — insbesondere Frankreich und die Niederlande: Bourgeois, d'Estournelles und Asser ein. Der erste Delegierte des Deutschen Reiches, der Botschafter in Paris, Graf (später Fürst) Münster, machte gar kein Hehl daraus, daß er beides für „Humbug", für eine „Professorenidee" halte. Die Gedankenwelt, aus der diese Anträge geboren, war ihm völlig unverständlich und sozialdemokratischer Tendenzen verdächtig; zudem hatte er eine ausgesprochene Abneigung und ein scharfes Mißtrauen gegen Rußland. Auch die Diplomaten, mit denen er allein in vertrautem persönlichem Verkehr stand, der Chef der österreichisch-ungarischen Mission, der feinsinnige Graf Welsersheimb, und der amerikanische Botschafter in Berlin, Andrew White, ein ausgezeichneter Historiker, vermochten nicht, ihn in dieser Richtung umzustimmen, obwohl beide ihm gegenüber mit Wärme für die völkerrechtlichen Reformen eintraten. Der Botschafter der dritten Dreibundsmacht, Graf Nigra, stand ihm persönlich ferner, wie ja überhaupt Nigra von den zünftigen Diplomaten fast als Eindringling und als „radikal" angesehen wurde. In der deutschen Delegation selbst kam Zorn den Reformideen von Woche zu Woche sympathischer entgegen, und auch die beiden Militärs, Admiral Siegel und besonders Oberst v. Schwarzkopff, der nach seiner hohen nicht bloß militärischen, sondern auch diplomatischen und rednerischen Be-

Digitized by Google

gabung von manchen für den Bismarck der Zukunft gehalten wurde — er fand leider seinen frühzeitigen Tod beim Brande des „unverbrennbaren" Asbesthauses in Peking als Generalstabschef der Walderseeschen Expedition —, waren den Schiedsgerichtsplänen durchaus nicht abgeneigt. Die Verhandlungen im Komitee nahmen anfangs einen völlig normalen Verlauf. Zorn war am 3. und 7. Juni in die Diskussion der das „obligatorische" Schiedsgericht betreffenden Artikel, allerdings mit der Verwahrung, seine Regierung nicht binden zu können, eingetreten. Noch schärfer formulierte er eine ähnliche Reserve in betreff des vorgeschlagenen ständigen Schiedsgerichtshofes am 9. Juni. Auch ich befand mich in der Notwendigkeit, hinsichtlich der letzteren Frage einen ähnlichen, wenn auch weit weniger entschieden gehaltenen Vorbehalt zu machen, während Graf Nigra Zorn mit eindringlichen Worten beschwören konnte, jenem Antrage kein Non possumus entgegenzusetzen. Die Verhandlungen nahmen denn auch zunächst ihren ungestörten Fortgang, bis am 15. Juni Zorn aus Berlin die bestimmte Weisung erhielt, den ständigen Schiedsgerichtshof kategorisch abzulehnen. Am Morgen des 16. stellte Zorn dem Chef seiner Mission den Ernst der dadurch geschaffenen Lage dar, daß das Deutsche Reich, wenn es, so wie es die Führung der Opposition gegen den Rüstungsstillstand übernommen habe und aller Wahrscheinlichkeit nach das obligatorische Schiedsgericht ablehnen werde, nun auch den ständigen Schiedsgerichtshof zu Fall bringe, damit das Odium auf sich nehme, das gesamte Konferenzwerk in all seinen wichtigeren Bestandteilen zu zertrümmern und dadurch schweres Mißtrauen gegen seine Politik in aller Welt hervorrufen werde. Für diese Akzente war Fürst Münster ebenso zugänglich, als ihm Argumente, die der Entwicklung des Völkerrechts entnommen waren, völlig unverständlich blieben. Als Zorn ihn bat, er möge selbst jene Ablehnung der Konferenz mitteilen', ihn aber jeder weiteren Tätigkeit entheben, beauftragte er ihn, sofort nach Berlin zu fahren, um dort den Versuch zu machen, durch mündliche Berichterstattung beim Grafen Bülow eine Aenderung der Instruktionen zu erlangen. Münster benachrichtigte von diesem Entschlusse sofort den amerikanischen Botschafter White, der seinerseits ebenfalls den in Berlin bekannten Holls dorthin schickte. Die Sitzung, die am Nachmittag hätte stattfinden sollen, wurde von Bourgeois abgesagt; jene Mitglieder des Komitees, die zuerst von all jenen rasch sich folgenden Ereignissen des Vormittags Kenntnis erhalten hatten, wurden beauftragt, die andern von der Aenderung aller Dispositionen zu benachrichtigen. Mein Los war es, Nigra zu verständigen, der von der Kunde tief ergriffen war. Vor der Abfahrt des Zuges, mit dem er nach Berlin fuhr, kam Zorn noch zu uns in den Empfangssalon der österreichisch-ungarischen Delegation. Graf Welsersheimb und ich versicherten ihm, halb im Ernst, halb im Scherz, daß, wenn er in Preußen wegen seiner Unbotmäßigkeit, sofort Order zu parieren, Schwierigkeiten hätte, wir uns bemühen würden, ihn an die Wiener Universität zu bringen. Aber der Mannesmut wurde anerkannt; das offene Wort fand keinen Tadel, im Gegenteil, es fand wenigstens halbes Gehör; Zorn kehrte nach wenigen Tagen als Sieger zurück und wurde

Digitized by Google

mit Jubel aufgenommen. Ob und inwiefern vielleicht auch unsre Berichte und jene Whites sowie etwa Nigras und die persönliche Intervention von Holls zu dem Umschwung in Berlin mitgewirkt haben, weiß ich nicht; jedenfalls war Zorns Anteil an der Wandlung der größte. Das Deutsche Reich akzeptierte den nominell ständigen Schiedsgerichtshof in der Art, wie er nachher durch die Konvention vom 29. Juli geschaffen wurde.

Freilich war das nicht ein wirklich ständiger Gerichtshof, sondern nur eine Liste von allseitig als qualifiziert anerkannten Persönlichkeiten, aus der im besondern Falle rasch und einwandfrei der wirklich zur Funktion berufene Senat entnommen werden kann, immerhin eine Institution mit dem Charakter einer gewissen Permanenz, die sich denn auch in einer ganzen Reihe von zum Teil sehr bedeutenden Fällen — Casablanca und der nordatlantischen Fischereifrage z. B. — völlig bewährt hat. Die Hauptbedingung für dieses Zugeständnis des Deutschen Reiches war allerdings der Verzicht darauf, das schiedsgerichtliche Verfahren in irgendwelchen Fällen obligatorisch zu gestalten. Dieses Opfer wurde dann vom Komitee in der Sitzung vom 4. Juli gebracht, die sich — welch ein Kontrast! — unmittelbar an die Feier anschloß, die am Vormittag desselben Tages die amerikanische Delegation zu Ehren des Begründers einer selbständigen Völkerrechtslehre, Hugo Grotius, in Delft veranstaltet hatte. War der Erfolg dieses Opfers wert? Unter den gegebenen Umständen mußte die Frage wohl bejaht werden. Jedenfalls war dadurch die Klippe umschifft, an der die Konferenz völlig zu scheitern gedroht hatte.

Eine wertvolle Neuerung des russischen Projektes waren schließlich die internationalen Untersuchungskommissionen zur Feststellung strittiger Tatsachen, die sich im Doggerbankfalle von 1904 so wohltätig erwiesen, die aber leider bei anderen Anlässen, die hiezu sehr geeignet gewesen wären, nicht in Anwendung gebracht wurden. Die hauptsächliche Differenz in dieser Materie bestand darin, ob man sie den Staaten zur Pflicht machen oder aber sie nur empfehlen solle. Mit Rücksicht darauf, daß in einem solchen Falle die Justiz oder die Verwaltung der Staaten ausgeschaltet und unter internationale Kontrolle gestellt wird, schien mir damals dieser Eingriff in die Souveränität größer als im Falle des Schiedsgerichtes. Zudem besorgte ich den Mißbrauch dieser Institution durch Rußland gegenüber der Türkei und vielleicht auch gegenüber dem einen oder andern Balkanstaate. Ich sprach deshalb im Komitee gegen den obligatorischen Charakter dieser Kommissionen, was mir die besondere Liebe und das Vertrauen Turkhan-Paschas eintrug, der mich fortan bei jedem Anlaß fragte, ob ich in dem betreffenden Vorschlage keine Gefahr sehe. Turkhan-Pascha befand sich in der Tat in einer schwierigen Situation. Ihm war damals in der Person Noury-Beis als Adjutant ein Ueberwachungsorgan an die Seite gegeben, das ihm um so unbequemer wurde, als er den Eindruck hatte, die Türkei sei nur von Feinden umgeben, und als er selbst die Rückwirkung der einzelnen Reformvorschläge für die Türkei wohl nicht abzuschätzen vermochte und daher fürchten mußte, für etwas, das zu ihrem Nachteil ausschlüge, später zur Ver-

Digitized by Google

antwortung gezogen zu werden. Manche nannten Noury-Bei „die seidene Schnur". Nachdem d'Estournelles die Opposition gegen die obligatorische Berufung von internationalen Untersuchungskommissionen als eine Gegnerschaft der „Etats plus ou moins mal administrés" bezeichnet hatte, überließ ich die weitere Polemik gegen sie den Balkanstaaten, die im Komitee nicht vertreten waren, sich dann aber um so heftiger und übertriebener in der Kommission ihnen widersetzten. Unter ihren Rednern ragten besonders der Rumäne Beldiman und der Serbe Veljkovitch hervor.

Die übrigen Kommissionen der Konferenz arbeiteten weit ruhiger, nicht von fast dramatisch zu nennenden Zwischenfällen unterbrochen. In jener für das Landkriegsrecht betätigten sich außer dem Präsidenten Martens, der schon ein Vierteljahrhundert vorher den Entwurf für die Brüsseler Konferenz ausgearbeitet hatte und von General Jilinsky trefflich unterstützt wurde, insbesondere Schwarzkopff, der englische General Ardagh als Verteidiger der Dumdumgeschosse und die beiden Vorkämpfer für die Rechte der Bewohner des vom Feinde invadierten oder okkupierten Gebietes, Beernaert und der luxemburgische Minister Eyschen. Die Wirksamkeit unseres Obersten v. Khuepach war, ebenso wie in der zweiten Konferenz die unseres Admirals Haus, von weit größerer Bedeutung, als aus den Protokollen appariert; beide erfreuten sich des höchsten Ansehens. Wohltuend und ein gutes Vorzeichen für die Tätigkeit der Konferenz war es, daß der amerikanische Botschafter White gleich in einer der ersten Sitzungen einige Worte des Bedauerns über den erst vor kurzem vorhergegangenen Krieg mit Spanien einflocht. Im Gegensatz zu ihm repräsentierten der berühmte Geschichtschreiber der Seeherrschaft, Kapitän Mahan, der den übrigen amerikanischen Delegierten manche Schwierigkeit bereitete, Sir John (jetzt Lord) Fisher und der hitzige englische Oberst a Court das bellikose Element. Ihren stimmungsvollen Abschluß fand die Konferenz in einer bedeutsamen Rede des Präsidenten Staal, auf die Graf Münster auffallenderweise mit einer besonderen Hervorhebung der Verdienste des gewiß ganz ausgezeichneten Vizepräsidenten Karnebeek antwortete.

Jeder, der das Glück hatte, an der ersten Friedenskonferenz teilzunehmen, wird mit Befriedigung und mit Stolz auf sie zurückblicken. Sie hat Institutionen geschaffen, die sich bewährt haben und jederzeit bewähren werden, wenn man sie anwendet. Nur daran fehlt es, daß die Menschheit und insbesondere die diplomatische Welt noch nicht gelernt hat, sich ihrer entsprechend zu bedienen.

(Schluß folgt)

Digitized by Google

Graf Alois Károlyi

Ein Beitrag zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Diplomatie

Von

Freiherr v. Hengelmüller

VII

Tod Friedrichs VII. und deutsch-dänischer Konflikt. Stellungnahme Oesterreichs und Preußens zu demselben. Bündnis vom Januar 1864. Krieg mit Dänemark, Londoner Konferenz und Wiener Friede Oktober 1864.

Am 15. November starb König Friedrich VII. von Dänemark. Die seit Jahren glimmende Streitfrage über die Herzogtümer Holstein und Schleswig trat damit in eine neue und entscheidende Phase.

Die Vorgeschichte dieses Streites gehört nicht in den Rahmen der gegenwärtigen Erzählung; sie findet sich übrigens in Geschichtswerken und Memoiren eingehend dargestellt.[1]) Bekannt ist das Schlagwort Lord Palmerstons, daß nur drei Menschen die dem Streite zugrunde liegenden Rechtsfragen verstanden hätten, nämlich er selbst, der Prinzgemahl Albert und ein verrückt gewordener dänischer Staatsmann.[2]) Károlyi war in dieser Liste nicht aufgezählt, indessen hatte er reichlich Gelegenheit gehabt, sich mit dem Gegenstand zu befassen, und zwar nicht nur während seiner kurzen Tätigkeit in Kopenhagen,[3]) sondern auch während seiner nun schon vierjährigen Wirksamkeit in Berlin, wo die Frage nie ganz von der Tagesordnung verschwunden war und eines der wenigen Gebiete bildete, auf welchem sich das Wiener und Berliner Kabinett auch in den letzten Jahren der Spannung in gleicher Richtung bewegt hatten.

Die rechtliche Lage war in der Tat eine verwickelte, da hierbei die durch das Londoner Protokoll vom Jahre 1852 festgestellte Erbfolge und Integrität Dänemarks, die Erbansprüche andrer Agnaten, die historischen, aber von Dänemark längst nicht mehr beachteten Rechte der Herzogtümer auf Selbständigkeit und Zusammengehörigkeit, sowie das Recht des Bundes zu deren Schutze in Betracht kamen, anderseits die bezügliche Stellung des letzteren und seiner beiden Vormächte auf verschiedenen Rechtstiteln beruhten. Oesterreich und Preußen hatten die Londoner Abmachungen unterzeichnet, der Bund war denselben nicht zugezogen worden. Die bindende Zusage, Schleswig dem Königreich nicht einzuverleiben, war von Dänemark den Höfen von Wien und Berlin erteilt, von diesen dem Bunde mitgeteilt worden, und daraufhin war dann im Februar 1852

---

[1]) Siehe vor allem Sybel, Bd. III, S. 1 bis 143, dann Friedjung, Bd. I, S. 67 bis 75, Bismarck, Bd. II, S. 1 bis 31, Beust S. 336 bis 348.

[2]) Siehe Sybel, Bd. III, S. 126.

[3]) Siehe „Deutsche Revue", März 1913, S. 279 bis 281.

Digitized by Google

die Zurückziehung der Exekutionstruppen aus Holstein erfolgt. Die Jurisdiktion des Bundes erstreckte sich überhaupt nur auf Holstein, dessen Rechte und Interessen viel weniger bedroht waren als jene Schleswigs, wo aber jede Intervention internationalen Charakter annehmen mußte.

So kompliziert und gefährlich diese Fragen den beteiligten Kabinetten erschienen, so einfach stellten sie sich den in dem Volksbewußtsein der beiden gegnerischen Länder herrschenden Strömungen dar. In Dänemark hatte sich die an der Herrschaft befindliche eiderdänische Partei schon längst über die Zusagen von 1852 hinweggesetzt, Schleswigs verfassungsrechtliche Stellung erschien ihr als eine innere dänische Frage und sie war zur Inkorporierung und Danisierung des Herzogtums entschlossen. In Deutschland aber flammte die öffentliche Meinung angesichts der die Stammesgenossen bedrohenden Vergewaltigung empört auf und drängte die Regierungen zu deren Befreiung und völliger Lostrennung der Herzogtümer von dänischer Herrschaft.

Die Frage war schon vor dem Tode des Königs Friedrich VII. akut geworden. Am 30. März war das königliche Patent erlassen worden, womit die Oktroyierung einer neuen Verfassung für Holstein, damit die Trennung von Schleswig und die definitive Einverleibung des letzteren in den dänischen Gesamtstaat angekündigt wurde. Die deutsche Antwort hierauf war der nicht ohne Zögerungen zuwege gebrachte Bundesbeschluß vom 9. Juli, mit welchem Dänemark aufgefordert wurde, das Patent wieder aufzuheben und eine Gesamtverfassung auf Grund der 1852er Zusagen oder eines später erfolgten englischen Vermittlungsversuches einzuführen. Für den vorauszusehenden Fall dänischer Ablehnung sollten die Ausschüsse die Anträge auf Zwangsmaßregeln einbringen. Am 26. August erfolgte die dänische Verweigerung der Aufhebung des Patents, wobei die angedrohte Exekution als Kriegsfall erklärt wurde. Am 28. September war dann in Kopenhagen der außerordentliche Reichsrat eröffnet worden, wobei König Friedrich VII. in seiner Thronrede die Erlassung des neuen Verfassungsgesetzes für Dänemark-Schleswig im Gegensatz zu Holstein-Lauenburg angekündigt hatte. Am 1. Oktober erfolgte daraufhin der Bundesbeschluß auf Exekution.

Die Ausführung dieses Beschlusses erlitt indessen Verzögerungen, da man es damit weder in Berlin noch in Wien sehr eilig hatte.[1]) In Kopenhagen ging man aber auf der eingeschlagenen Bahn unentwegt weiter. Am 13. November votierte der Reichstag die neue Verfassung, die von dem neuen König, wenn auch widerwillig, fünf Tage später sanktioniert wurde. Mit Leidenschaft nahm die öffentliche Meinung in Deutschland den hingeworfenen Handschuh auf und formierte einmütig die Nichtanerkennung Christians IX. in Holstein und Schleswig, die Anerkennung des Augustenburgschen Erbrechtes und damit die völlige Trennung der Herzogtümer von Dänemark. Die Regierungen fast aller Mittel- und Kleinstaaten folgten dieser Strömung, und ihre Vertreter

[1]) Ueber Bismarcks damalige Stellung zur Frage siehe Sybel, Bd. III, S. 131 bis 137.

Digitized by Google

am Bunde verfochten dementsprechend die Ansicht, daß von einer Exekution nicht mehr die Rede sein könne, weil eine solche die Anerkennung König Christians involvieren würde, und daß der von ihm ernannte Bundestagsgesandte Dirking nicht zuzulassen sei.

Es kam nun alles darauf an, welche Stellung die beiden Vormächte zur Frage nehmen würden. Diesmal begegneten sie sich in dem aufrichtigen Wunsche, zu einem vollen Einvernehmen zu gelangen. Sie hielten sich beide als durch den Londoner Vertrag gebunden und waren willens, auf diesem Standpunkte zu beharren. Sie waren aber auch beide gewillt, den nationalen Wünschen Deutschlands Rechnung zu tragen und sich der Vergewaltigung Schleswigs zu widersetzen. Es handelte sich also um die Frage, wie diese beiden Standpunkte zu vereinigen wären.

Die nächsten Punkte, über welche Oesterreich und Preußen sich zu einigen hatten, waren die Zulassung Dirkings und die Durchführung der Bundesexekution.

Am 20. November spät abends hatte Károlyi eine längere Unterredung mit Bismarck über die neue Lage. Er erklärte ihm, wie wir die durch die Sukzessionsfrage androhenden Verwicklungen fürchteten, daher entschieden auf den Londoner Vertrag hinweisen wollten, und zwar ebensowohl als deutsche Bundesmacht wie als europäische Großmacht, und mit Preußen gemeinsam vorzugehen wünschten.

Bismarck war soeben von einer Audienz bei König Wilhelm zurückgekehrt und befand sich in sehr erregter Stimmung. Er selbst stand auf demselben Standpunkte wie wir. Der König hatte dies vor einigen Tagen gutgeheißen, war aber jetzt umgestimmt und zu den Augustenburgschen Ansprüchen hinneigend. Dänemark habe seine Verpflichtungen Deutschland gegenüber nicht eingehalten, dadurch, soweit die deutschen Großmächte in Betracht kämen, den Londoner Vertrag annulliert, und somit wäre jetzt der Moment gekommen, für die deutschen Ansprüche in den Herzogtümern mit Entschiedenheit einzustehen. Nach einer zweistündigen Diskussion war es Bismarck gelungen, Seine Majestät wieder zu den früheren Anschauungen zurückzubringen und seine Zustimmung zur Festlegung der folgenden vier Punkte zu erlangen: 1. Preußen bleibt auf der Londoner Basis, 2. verlangt von Dänemark um so dringender buchstäbliche Ausführung bisheriger Bundesbeschlüsse, daher 3. Protest gegen die Inkorporierung Schleswigs und 4. Beschleunigung der Exekution wegen Holstein.

Was die Akkreditierung Dirkings betrifft, so sei deren Zulassung auf Grund des eingenommenen Standpunktes nur logisch, bei der momentanen Sachlage erscheine es aber geratener, sachliche Erklärungen hierüber zu vermeiden und die Frage an den Ausschuß zu verweisen. Károlyi und Bismarck stimmten darin überein, daß in den Ausschußverhandlungen beide Mächte sich entschieden auf den Londoner Boden stellen sollten, und daß hierin die einzige Möglichkeit läge, das dem Augustenburger günstige Vorgehen der andern Regierungen zu hintertreiben.

Digitized by Google

England hatte in diesem Stadium der Frage seine Vermittlung angeboten, Bismarck den Anwurf günstig aufgenommen, es aber abgelehnt, sich in Wien und München für denselben zu verwenden.

Am 23. November resümierte Károlyi Bismarcks Standpunkt nochmals dahin: Dirking sei für Holstein provisorisch mit der Reserve zuzulassen, daß die mit Dänemark geschlossenen Verträge — der Londoner, wie die früheren — solidarisch seien. Keine Erfüllung dänischer Verpflichtungen, kein Londoner Vertrag. Die Beschleunigung der Bundesexekution sei dringend geboten.

Mit der Beschleunigung der Exekution war Rechberg ganz einverstanden, bezüglich der Betonung der Solidarität der dänischen Verpflichtungen mit dem Londoner Vertrage hielt er Vorsicht für geboten. Das Bestehen eines Zusammenhanges werde er selbst im Abgeordnetenhause erklären, den europäischen Mächten gegenüber könne aber die Behauptung einer Solidarität zwischen innern dänischen Fragen und einem europäischen Erbfolgetraktat leicht die Gefahr eines Krieges herbeiführen.

Am 26. sollte die Bundestagssitzung stattfinden, in der über Dirkings Zulassung und Ausführung der Exekution Beschluß gefaßt werden sollte. Da keine Aussicht bestand, die erstere im Sinne des Standpunktes der beiden Großmächte zu erwirken, schlug Bismarck den Aufschub der Sitzung vor, womit Rechberg nur für den Fall einverstanden war, daß es nicht möglich sein werde, den Exekutionsbeschluß zu erlangen.

Bismarck war in diesem Momente entschieden für ein temporisierendes Vorgehen und wünschte vor allem ein volles Verständnis mit Oesterreich über die beiden aktuellen Punkte, nämlich Dirking und Exekution. Er las am 25. November Károlyi die Entwürfe zweier Erlässe an Sydow und Werther vor, worin seine Auffassung über die bedingte Zulassung Dirkings näher ausgeführt und hervorgehoben wurde, daß der Vorbehalt, wonach die definitive Anerkennung desselben von der Erfüllung der dänischen Verpflichtungen abhängig sein sollte, Deutschland die schließliche Entscheidung für alle Fälle sichere. Jene Erfüllung hätte schon vor dem Thronwechsel gefordert werden können, daher wären Oesterreich und Preußen im Grunde frei, aber die Rücksicht auf die andern Mächte und den europäischen Frieden gebiete Vorsicht. Bismarck erzählte Károlyi zugleich, daß die Räte im preußischen Ministerium diesen Ideengang beanstandeten, weil derselbe die internationale und föderative Seite der Frage auf eine zur Einmischung des Auslandes geeignete Weise vermenge.

Diese Skrupeln, welche von König Wilhelm geteilt wurden, blieben nicht ohne Einfluß. Tags darauf sandte Bismarck den Entwurf für eine gemeinsame Abstimmung der beiden Mächte nach Wien, laut welchem Dirking nur mehr für Lauenburg, wo König Christians Erbfolge unbestritten war, zugelassen, seine Stimmberechtigung aber jedenfalls von der Erfüllung der dänischen Verpflichtungen abhängig gemacht werden sollte. Begründet wurde diese Wendung durch den Hinweis auf die Unmöglichkeit, an der Trennung der Verfassungs- von der Erb-

Digitized by Google

folgefrage angesichts der Stimmung der übrigen Regierungen absolut festzuhalten. Auch wüchsen die Skrupeln des Königs gegen den Londoner Vertrag.

Dieser Vorschlag gelangte erst am 29. in Rechbergs Hände. Mittlerweile hatte dieser an Károlyi telegraphiert, daß über Dirkings Zulassung in der nächsten Bundestagssitzung Beschluß gefaßt werden müsse. Kübeck und Sydow sollten daher instruiert werden, dem Bundestag den Londoner Vertrag mitzuteilen und zu erklären, daß die dadurch gebundenen Mächte für die Zulassung stimmen müssen, die Prüfung streitiger Fragen durch den Bund deswegen aber nicht ausgeschlossen sei.

Dieses Telegramm hatte sich auch mit dem obenerwähnten Verzögerungsvorschlag Bismarcks vom 25. gekreuzt. Der preußische Staatsmann fühlte sich durch dasselbe etwas in Verlegenheit gesetzt. In den allerhöchsten Kreisen Berlins war ohnedies der Eindruck vorwaltend, daß Baron Kübeck sich von Herrn von der Pfordten, der damals am Bundestag beinahe diktatorische Gewalt ausübte, ins Schlepptau nehmen lasse, und man war geneigt, hierin ein Symptom dafür zu erblicken, daß Oesterreich jetzt zum deutschnationalen Standpunkte hinschwanke. Bismarck bemerkte Károlyi, wie sein Stand dem König gegenüber hierdurch sehr erschwert werde, da dessen eigne Neigung ihn zur deutschen Sache, ja sogar zu den Augustenburgschen Ansprüchen hinzöge und ihn der Befürchtung zugänglich mache, daß Oesterreich Preußen in dieser Richtung den Rang ablaufen wolle.

In Wahrheit handelte es sich hier um ein durch die Kreuzung und Verzögerung der gegenseitigen Mitteilungen hervorgerufenes Mißverständnis. Weit entfernt, Preußen nach links drängen zu wollen, hätten wir es gerne weiter rechts gezogen, namentlich was den in dem Bismarckschen Abstimmungsentwurf erklärten Zusammenhang zwischen Verfassungs- und Erbfolgefrage betraf. Károlyis Bedenken gegen dessen ausdrückliche Konstatierung stellte Bismarck die Behauptung entgegen, daß jener Zusammenhang für den Standpunkt der beiden Vormächte zu offenkundig sei, als daß es rätlich wäre, dessen Erklärung zu unterlassen. Uebrigens stünde der Entwurf auf dem Boden des Londoner Vertrages, lasse Dirking für Lauenburg zu und mache nur Einräumung seines Stimmrechtes für die Gesamtkurie Holstein von dänischer Pflichterfüllung abhängig. Die ursprünglich beabsichtigte provisorische Zulassung würde somit nur in eine provisorische Nichtzulassung umgeändert, und diese Annäherung an die rein deutsche Auffassung sei unvermeidlich.

Károlyi, welcher zur Verabredung aller Details des gemeinsamen Vorgehens sehr weitgehende Vollmacht besaß, fand in Bismarcks Ausführungen ein annehmbares Kompromiß und erklärte, dem Entwurfe zuzustimmen. Die beiden Staatsmänner gingen sodann auf die Besprechung der Eventualität der Ueberstimmung Oesterreichs und Preußens auf dem Bunde über und einigten sich dahin, daß dies bezüglich der Beglaubigung Dirkings zu ertragen wäre, nicht aber in dem Falle, wenn statt der Bundesexekution die Okkupation Holsteins wegen der Erbfolgefrage beschlossen würde.

Digitized by Google

Diese Unterredung fand am 27. November statt, tags darauf erfolgte die Bundestagssitzung, in welcher Dirkings Zulassung mit zwölf gegen vier Stimmen abgelehnt und die Führung der Holstein-Lauenburger Stimme bis auf weiteres suspendiert wurde. Für die beiden Großmäche handelte es sich nunmehr darum, ihrer Majorisierung in der Exekutionsfrage vorzubeugen, und wenn dieselbe doch stattfinden sollte, über ihr gemeinsames Vorgehen einig zu werden. Diesem Ziele galten nun die nächsten Besprechungen zwischen Bismarck und Károlyi.

Károlyi sah Bismarck damals täglich, zumeist zweimal täglich. Wie soeben erwähnt, besaß er hinsichtlich der zu treffenden Verabredungen ausgedehnte Vollmachten, insbesondere was die Form des gemeinsamen Vorgehens, den Text der am Bunde zu stellenden Anträge, der übereinstimmenden Abstimmungsentwürfe und von identischen Noten an die andern deutschen Regierungen betraf.

Bismarck schlug nun zunächst einen gemeinschaftlichen Schritt bei allen deutschen Höfen vor, um freundlich, aber dringend auf Annahme des großmächtlichen Standpunktes zu bestehen und zugleich auf die Gefährlichkeit einer Okkupation wegen der Erbfolgefrage hinzuweisen. Der Text der diesbezüglichen identischen Note wurde zwischen Károlyi und Bismarck vereinbart und lautete:

„Die Gefahren für den allgemeinen Frieden, welche sich an die Entwicklung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit knüpfen können, machen es der $\frac{\text{kaiserlich österreichischen}}{\text{königlich preußischen}}$ Regierung zur Pflicht, sich gegen ihre deutschen Bundesgenossen in bezug auf die nächsten zu ergreifenden Maßregeln auszusprechen. Es gereicht ihr zur besonderen Genugtuung, sich dabei in voller Uebereinstimmung mit der $\frac{\text{königlich preußischen}}{\text{kaiserlich österreichischen}}$ Regierung zu befinden.

Es handelt sich bekanntlich am Bundestage jetzt um die schleunige tatsächliche Ausführung der schon am 1. Oktober beschlossenen Exekutionsmaßregel.

Oesterreich und Preußen erkennen dies als notwendig im Interesse der Sicherheit und der Rechte Deutschlands an und sind bereit dazu, auf der einmal angenommenen Basis mitzuwirken, auf welcher sie ohne Präjudiz für die andern am Bundestag schwebenden Fragen und ohne dem Auslande eine Berechtigung zur Einmischung darzubieten, durchgeführt werden kann.

Eine Anzahl deutscher Regierungen aber will die Exekution ausdrücklich und formell in eine Okkupation des Landes, auf Grund der Erbfolgefrage, verwandelt wissen, und diese Verschiedenheit der Auffassungen hat bisher die Erstattung des längst erwarteten Ausschußberichtes verhindert und droht in der Bundesversammlung selbst zu einer Uneinigkeit zu führen, welche die ganze Maßregel unmöglich machen würde.

Das Verhalten der beiden deutschen Großmächte zu den eine Okkupation fordernden Anträgen ist gleichzeitig durch das Interesse Deutschlands und ihre europäische Stellung bedingt. Sie können nicht unter dem Namen einer Okkupation mit den Waffen in der Hand gegen den Londoner Vertrag auftreten, solange sie dessen Gültigkeit anerkennen. Sie müssen demnach die ernstesten Bedenken geltend machen, daß Deutschland und sie selbst ohne dringende Notwendigkeit der Eventualität eines Krieges ausgesetzt werden."

Digitized by Google

Und zum Schlusse:

„Oesterreich und Preußen verlangen von ihren Bundesgenossen nicht eine Verzichtleistung auf ihre eignen Auffassungen in der Sukzessionsfrage. Es steht nichts im Wege, daß sie dieselben bei der Abstimmung am Bunde noch ausdrücklich wahren. Aber es ist dringend zu wünschen, daß sie durch dieselben sich nicht hindern lassen, der einfachen Ausführung der einmal beschlossenen Maßregeln zuzustimmen."

Die Vereinbarung dieser Note erfolgte am 2. Dezember. Tags zuvor hatte Bismarck im Abgeordnetenhause eine Erklärung über seinen Standpunkt in der Frage abgegeben, das Einverständnis mit Oesterreich und das Festhalten am Standpunkt der gemeinsamen Abstimmung vom 28. November betont, zugleich die Solidarität der Vereinbarungen von 1851/52 mit jenen des Londoner Vertrages hervorgehoben, die Entscheidung über deren Hinfälligkeit aber der Regierung vorbehalten und vorerst die dringende Beschleunigung der Exekution für notwendig erklärt.

Für den Fall, als der Schritt bei den deutschen Regierungen ohne Wirkung bliebe und die Abstimmung am Bunde sich nicht hinausschieben ließe, stimmte Károlyi Bismarcks Auffassung bei, daß Oesterreich und Preußen die Ausführung des Okkupationsbeschlusses nicht zulassen könnten, sondern Holstein allein besetzen sollten. Hierbei ergab sich wieder die Erwägung, ob als deutsche Mächte im Namen des Bundes oder als europäische Mächte. Bei der Verschiedenheit der bezüglichen Auffassungen hätte ersteres kaum begründet werden können, daher sollte in diesem Falle durch vorgängiges Einvernehmen mit Rußland und England dafür Sorge getragen werden, daß Dänemark den Einmarsch der beiden Mächte nicht mit einer Kriegserklärung beantworten werde.

Mit diesen Verabredungen erklärte sich Graf Rechberg vollkommen einverstanden, indessen kam es vorerst nicht zu ihrer Ausführung, denn bekanntlich hat der Bundestag am 7. Dezember im Sinne der beiden Vormächte für die Exekution gestimmt. Allerdings geschah dies nur mit einer Stimme Majorität. Noch am selben Tage erhielt Károlyi den Auftrag, König Wilhelm den Oberbefehl auch über das österreichische Kontingent der Exekutionstruppen anzubieten. Bei Gelegenheit der aus diesem Anlasse erteilten Audienz äußerte sich der König dahin, wie er hoffe, werde man in Deutschland bald einsehen, daß die beiden Großmächte den sichersten Weg eingeschlagen hätten, um die deutschen Interessen zu wahren; denn es könne der allgemeinen Teilnahme für die Herzogtümer und der wirklich großartigen Bewegung, welche sich der Geister bemächtigt habe, unmöglich jede Berechtigung abgesprochen werden. Wenige Tage zuvor hatte er zu Bismarck gesagt: „Sie mögen recht haben, die von Ihnen vertretene Politik mag die klügste sein und den diplomatischen Beziehungen am besten entsprechen, doch unterdrücke ich bloß mit Mühe eine innere Stimme, welche mir sagt, daß ich im entgegengesetzten Sinne handeln sollte."

Bismarck hatte damals einen schweren Stand, denn zu König Wilhelms innerer Neigung für ein energischeres Eintreten zugunsten des deutschnationalen

Digitized by Google

Standpunktes und den in dieser Richtung auf ihn wirkenden Einflüssen gesellten sich bei ihm noch die Erinnerung an Olmütz und die Besorgnis, von Oesterreich überflügelt zu werden. Gerüchte über Erschütterung der Stellung Bismarcks waren damals in hohen Kreisen Berlins fortwährend im Umlaufe und wurden besonders lebendig, als die Abgeordnetenkammer eine Adresse an den König vorbereitet hatte, in welcher die Geldbewilligung unter beabsichtigter Verwendung für nationale Zwecke in der Herzogtümerfrage in Aussicht gestellt wurde. Graf Eulenburg wurde als der designierte Nachfolger genannt.

Die persönlichen Beziehungen Károlyis zu Bismarck waren so vertrauensvolle und herzliche, daß er ihn über die Begründung dieser Gerüchte offen interpellierte. Bismarck erklärte ihm bündig, daß er an eine solche Ministerkrise nicht glaube, ihn aber bei dem ersten wirklichen Anlasse sofort unterrichten werde.

Die militärische Besetzung Holsteins war nun im Gange. Keine der Großmächte hatte dagegen Einspruch erhoben oder Dänemarck zum Widerstande ermuntert, der auch tatsächlich nicht stattfand. Es handelte sich nunmehr um die schleswigsche Frage, hinsichtlich derer die Dinge weit schwieriger lagen, da bei derselben nicht nur die Einigung zwischen den beiden Vormächten und mit dem Bunde, sondern auch die Haltung der außerdeutschen Großmächte angesichts des mit Sicherheit zu erwartenden dänischen Widerstandes in Frage kam.

Rußland hatte gleich zu Beginne angeregt, durch die Spezialmissionen, welche in Erwiderung auf die Thronfolgenotifikation nach Kopenhagen gesendet werden würden, dort seitens der Großmächte auf die unbedingte Erfüllung aller Zusagen von 1851/52 zu wirken.

(Fortsetzung folgt)

Praktische Aufgaben der Rassenhygiene nach dem Kriege

Von

Prof. Dr. Adolf Schmidt (Halle)

Der Weltkrieg, welcher uns umgibt, hat in ganz unerwarteter Weise der internationalen Nationalitätenvermischung, der Europa entgegenzugehen schien, ein Ende bereitet. Schärfer als je zuvor stehen sich die Völkerstämme gegenüber, und gerade zwischen den nächsten Verwandten hat sich ein Abgrund aufgetan, der uns heute unüberbrückbar erscheint. Man ist versucht, den ethnologischen Begriff der Rasse umzustoßen und von einem Rassenkampf zu reden, denn unsre Gefühle gegenüber den Engländern sind von einem instinktiven Haß durchtränkt, der tiefer entspringt, als daß er durch die Verschiedenheit der Volkscharaktere erklärt werden könnte. Und in dem aus Rassenmischung entstandenen

Digitized by Google

Kulturstaat Amerika gärt es bereits. Wer weiß, welche Ueberraschungen uns noch von dieser Seite bevorstehen, wenn die Situation — worauf alles hindeutet — sich weiter verschärft!

Geht unser Hoffen in Erfüllung und bestehen wir siegreich den uns aufgezwungenen Kampf um unsre Existenz gegen die halbe Welt, so haben wir das gewiß zum größten Teil der Tüchtigkeit unsrer deutschen Rasse zu verdanken. Es eröffnet sich dann für uns die Aussicht, nicht bloß ideell, sondern reell die Vorherrschaft unter den Kulturvölkern der Erde zu gewinnen, wenn auch wohl kaum in so naher Zukunft, wie sich mancher schon heute träumt. Die Geschichte lehrt, daß mit einer derartigen Vormachtstellung große Gefahren verknüpft sind. Nicht bloß für Hellas und Rom im Altertum, sondern auch für Spanien im Mittelalter und für Frankreich im Anfang der vorigen Jahrhunderte bedeutete der höchste Aufstieg zugleich den Beginn des Verfalles. Daß es nicht immer so sein muß, lehrt das Beispiel Preußens, das in der tiefsten politischen und wirtschaftlichen Demütigung vor hundert Jahren den Grund zu seinem beispiellosen Aufstieg gelegt hat. Darum ist es wohl erlaubt, daß wir uns schon jetzt die Frage vorlegen: Was können und was müssen wir tun, um unsre deutsche Rasse nicht bloß zu erhalten, sondern sie noch weiter zu stärken und zu tüchtigen, damit sie — wie auch die Würfel fallen mögen — vor Niedergang und innerem Schaden bewahrt bleibt?

Die Aufgaben, welche hier zu lösen sind, gehören in das Gebiet eines noch ziemlich jungen Zweiggebietes der Hygiene, der Rassenhygiene. Die Rassenhygiene ist die Lehre von den Bedingungen der optimalen Erhaltung und Vervollkommnung der menschlichen oder, auf unsern speziellen Fall angewendet, der germanischen Rasse, und zwar sowohl ihrer körperlichen wie ihrer geistigen Eigenschaften. Ihre Grundlage beruht auf der von Darwin geschaffenen Entwicklungslehre, welche bekanntlich mit dem alten Dogma von der Unveränderlichkeit der Arten im Tier- und Pflanzenreich aufräumte. Nach Darwin vollzieht sich die Fortentwicklung der organischen Welt einerseits durch die Variation, die Verschiedenartigkeit der einzelnen Individuen innerhalb der Arten und Gattungen, anderseits durch die Selektion, die Auslese derjenigen Einzelwesen, welche sich den jeweiligen äußern Lebensbedingungen am besten anzupassen vermögen, deshalb eher die Gefahren des Daseinskampfes bestehen und ihre speziellen Merkmale auf die Nachkommenschaft vererben. Diese auf natürlichem Wege zustande kommende Zuchtwahl geschieht ohne ein bestimmtes Ziel, gewissermaßen blind, und führt deshalb auch keineswegs immer zu einer besseren oder höheren Stufe der Organisation — ich erinnere nur an die Verkümmerung gewisser Organe, die infolge veränderter Lebensbedingungen nicht mehr gebraucht werden. Im Gegensatz dazu verfolgt die künstliche Zuchtwahl, welche der Mensch an seinen Haustieren und Pflanzen schon vor Darwin unbewußt längst geübt hat, ein bestimmtes Ziel, und wir wissen, daß es geschickte Züchter in der Steigerung gewisser, dem Menschen nützlicher oder angenehmer Eigenschaften zu außerordentlich großen Erfolgen gebracht haben.

Digitized by Google

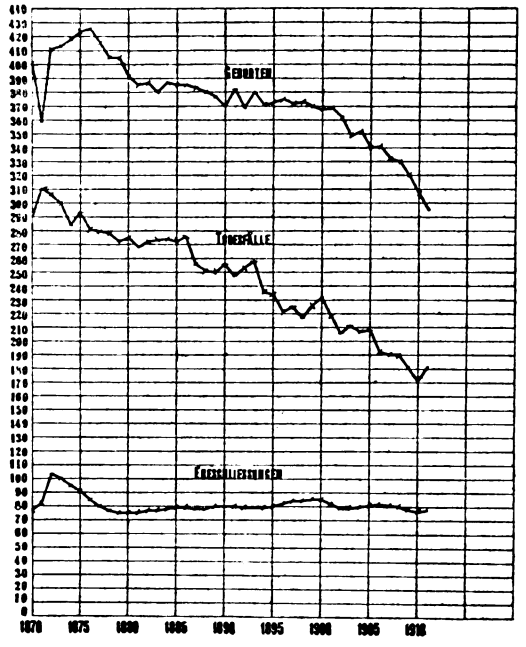
Auch die Menschenrassen und ihre einzelnen Gattungen, noch mehr vielleicht die einzelnen Nationalitäten, die ich bewußt falsch als Rassen bezeichne, unterliegen der natürlichen Zuchtwahl, die sich keineswegs bloß in der primitiven Form des Ueberlebens der Kräftigsten und Gewandtesten im Kampfe gegen die benachbarten Völkerstämme erschöpft, sondern beispielsweise auch die Widerstandskraft gegen klimatische Einflüsse, gegen Krankheiten usw. umfaßt. Aber schon frühzeitig mischen sich auch Versuche willkürlicher Beeinflussung der Zuchtwahl hinein, man denke nur an die Ehegesetze der primitiven Völker, an das Aussetzen der schwachen Kinder bei den Spartanern u. a. m. In den letzten fünfzig Jahren hat die schnell wachsende wissenschaftliche und praktische Hygiene außerordentlich viel zur Gesundung der Kulturmenschheit beigetragen, indem sie die Gefahr zu erkranken ganz erheblich verringert hat, und auch sonst für die Fernhaltung von Schädlichkeiten durch Wohnung, Beruf, Nahrung usw. gesorgt hat. Es fragt sich indes, ob die überraschende Herabsetzung der Sterblichkeit, welche beispielsweise im Deutschen Reiche von 310 pro 10000 Einwohner im Jahre 1871 auf 170 im Jahre 1910 (also beinahe um die Hälfte) heruntergegangen ist, wirklich eine Verbesserung der Rasse bedeutet? Ob nicht vielmehr dadurch, daß eine ganze Reihe Minderwertiger, die sonst Krankheiten erlegen wären, jetzt erhalten bleibt und zur Fortpflanzung gelangt, die Rasse allmählich an Widerstandskraft einbüßt? Auch auf sozialem Gebiete sorgen wir heute ausgiebig für die körperlich und geistig Zurückgebliebenen, deren Nachkommenschaft keineswegs zur Verbesserung der Rasse beiträgt. Man kann noch weitergehen und in dem materiellen und sozialen Aufstieg der Bürger rassenfeindliche Momente erblicken. Jedenfalls wird es bei näherer Betrachtung der Verhältnisse durchaus verständlich, daß Kultur und Zivilisation rassenhygienische Gefahren mit sich bringen, die in unerwartet kurzer Zeit zum Niedergang eines Volkes führen können.

Das Problem, welches sich hier aufrollt, ist ungemein vielgestaltig, und ich kann deshalb im folgenden nur einige Punkte herausgreifen, welche sich gewissermaßen von selbst aufdrängen und heute schon, dank der warnenden Stimmen tapferer und patriotischer Forscher, einer Diskussion in der Oeffentlichkeit zugängig sind. Obenan steht die erschreckende Tatsache des fortschreitenden Geburtenrückgangs in den Kulturstaaten, nicht zum wenigsten leider auch in Deutschland. Die umstehende Tabelle zeigt die nackten Tatsachen. Sie vergleicht die Todesfälle mit den Geburten und den Eheschließungen im Deutschen Reich innerhalb der letzten vierzig Jahre. Während die Zahl der Eheschließungen, abgesehen von einer kurzen Steigerung nach dem Kriege 1870/71, annähernd konstant geblieben ist, sind sowohl die Todesfälle wie die Geburten stark gesunken, die Geburten ebenfalls nach einer Periode der Steigerung in den siebziger Jahren. Von dem Gipfel dieser Periode ab gerechnet sind sogar die Geburten zeitweise noch stärker gefallen als die Todesfälle, speziell in den letzten zehn Jahren, so daß der Geburtenüberschuß, der im Jahre 1905 noch 150 auf 10000 betrug, im Jahre 1911 nur noch 113 ausmachte. Hätte uns nicht die Hygiene einen so starken Rückgang der Sterblichkeit gebracht, würden jetzt noch

Digitized by Google

ebensoviel Leute sterben wie 1871, so würde unsre Bevölkerungszahl gegenwärtig schon im Abnehmen begriffen sein. Wir müssen also uns leider gestehen, daß der jetzt noch bestehende Geburtenüberschuß lediglich auf das Konto der verminderten Sterblichkeit kommt, und da diese bekanntlich eine Grenze hat, während in dem Geburtenrückgang vorläufig eine Grenze nicht abzusehen ist, so bleibt die betrübende Gewißheit, daß wir früher oder später den definitiven Höchststand unsrer Bevölkerung erreicht haben werden, von dem es dann bergab geht. Gruber hat ausgerechnet, daß wir, wenn die Verhältnisse sich nicht ändern, 1940 bei einer Bevölkerungszahl von 86 000 000 dieser fatalen Grenze sehr nahe gekommen sein werden.

Tabelle 1. Geburten, Todesfälle und Eheschliessungen im Deutschen Reich auf 1000 Einwohner
Geborene und Gestorbene einschl. Totgeburten



Es ist allgemein bekannt und braucht deshalb nur kurz berührt zu werden, daß der Geburtenrückgang in den Städten wesentlich größer ist als auf dem Lande, obgleich er auch hier bereits deutlich in die Erscheinung tritt. In Berlin ist die Zahl der Geburten — auf 1000 verheiratete Frauen berechnet — von 240 im Jahre 1876 auf 80 im Jahre 1912 zurückgegangen, also auf $^1/_3$ in 36 Jahren. Er ist ferner in den wohlhabenden und gebildeten Kreisen größer als in den ärmeren und ungebildeten, wie man annimmt vornehmlich deshalb, weil die ersteren im allgemeinen später heiraten. Man kann aber weiterhin feststellen, daß die arbeitende Bevölkerung, insbesondere die sozialistischen Kreise, stark daran beteiligt sind.

Fragen wir uns nun, wie diese Tatsachen zu erklären sind, so kann darüber kein Zweifel sein, daß die Abnahme der Geburtenzahl nur zu einem kleinen Teile durch unbeabsichtigte und unabstellbare Bedingungen zustande kommt, daß sie vielmehr zum größten Teil willkürlich herbeigeführt wird. Ueber die unbeabsichtigten Bedingungen besitzen wir keine erschöpfende Kenntnis; es scheint fast, als wenn mit einer gewissen Gesetzmäßigkeit die Unfruchtbarkeit der Ehen zunimmt mit der Höhe des Wohlstandes und der Kultur. Denn gerade in den obersten Schichten des Volkes ist die Erscheinung am meisten ausgeprägt, sie läßt sich am besten verfolgen an den Stammbäumen der Adelsgeschlechter, über die z. B. aus Schweden von Fahlbeck interessantes Material beigebracht ist.

Digitized by Google

Offenbar handelt es sich hier um einen Degenerationsvorgang, welcher speziell das Keimplasma betrifft, denn es ist damit durchaus nicht immer auch eine Verschlechterung der sonstigen körperlichen und geistigen Eigenschaften der in Frage kommenden Personen verknüpft. Es ist auch nicht richtig, ohne weiteres die Inzucht — das Untereinanderheiraten nahe verwandter Familien — dafür verantwortlich machen zu wollen, denn wie wir noch sehen werden, kann die Inzucht, wenn sie nicht allzu lange fortgetrieben wird, auch gerade umgekehrt zur Erstarkung und Vermehrung der Familie führen. Daneben gibt es übrigens eine Anzahl uns bekannter keimverschlechternder Faktoren, die insbesondere in der städtischen Bevölkerung in zunehmendem Umfange grassieren und von denen ich hier nur den Alkoholismus und die Geschlechtskrankheiten erwähnen will.

Tabelle 2. Rückgang der ehelichen Fruchtbarkeit in Berlin

Auf 1000 Ehefrauen	1880	1885	1890	1895	1900	1905	1910	1910 gegen 1880 Proz.
Erstgeborene	37,5	39,8	41,4	35,7	37,9	35,5	30,0	— 20,0
Zweitgeborene	39,8	34,9	36,0	31,4	30,5	26,7	23,2	— 41,7
Drittgeborene	36,7	28,0	26,2	23,0	20,3	17,7	13,6	— 62,9
Viertgeborene	29,7	21,4	18,5	15,8	12,6	11,1	8,4	— 71,7
Fünftgeborene	20,8	16,45	12,5	10,3	8,4	6,8	5,0	— 76,0
Sechstgeborene	13,7	12,65	8,9	7,1	5,7	4,5	3,2	— 76,6
Siebentgeborene	9,0	8,9	6,2	4,7	3,8	3,0	2,2	— 75,6
Achtgeborene	5,8	6,2	4,5	3,35	2,7	2,0	1,6	— 72,4
Neuntgeborene	3,9	3,1	3,0	2,3	1,6	1,4	1,0	— 74,4
Zehntgeborene	2,7	2,55	2,4	1,45	1,15	0,8	0,7	— 74,1
Elft- und mehr Geborene	3,8	3,8	3,3	2,7	2,0	1,7	1,3	— 65,8
Alle	206,0	179,0	164,0	138,0	127,0	110,0	90,5	

Tabelle 3. Eheliche Fruchtbarkeit nach Altersklassen der Mütter Berlin 1905—1906 und 1910—1911

Alter der Ehefrauen in Jahren	Zahl der Ehefrauen 1. Dezember 1905	Ehelich Geborene im Durchschnitt 1905—1906	Auf 1000 Ehefrauen ehelich Geborene 1905—1906	Zahl der Ehefrauen 1. Dezember 1910	Ehelich Geborene im Durchschnitt 1910—1911	Auf 1000 Ehefrauen ehelich Geborene 1910—1911	Abnahme der Fruchtbarkeit in Proz.
bis 20	1 796	1 065	593,0	1 810	1 004	554,7	6,48
20—25	27 997	11 048	394,6	29 407	9 909	337,0	14,60
25—30	64 671	15 304	236,6	60 040	11 783	196,3	17,03
30—35	65 705	9 405	143,1	70 993	7 690	108,3	24,32
35—40	60 638	4 773	78,7	61 407	3 946	64,3	18,30
40—45	50 883	1 608	31,6	53 994	1 191	22,1	30,06
Alle bis 45	271 690	42 203	159,0	277 651	35 523	127,9	19,56

Alles das aber tritt, wie gesagt, zurück gegenüber der gewollten Beschränkung der Kinderzahl durch absichtliche Verhinderung der Empfängnis und Fruchtabtreibung. Man muß schon mit geistiger Blindheit geschlagen sein, wenn man diesen Krebsschaden, der unsre Volkskraft zu vernichten droht, nicht sehen will. Für die Weltfremden, welche noch nicht daran glauben wollen, führe ich hier zwei Tabellen an, welche dem Statistischen Jahrbuch der Stadt Berlin entnommen sind.

Tabelle 2 zeigt, um wie viel in den Jahren 1880 bis 1910 die Zahl der ehelichen Geburten in Berlin zurückgegangen ist, wobei die Erstgeborenen, die Zweitgeborenen usw. gesondert berechnet sind. Man sieht, daß die Zahl der Erstgeborenen nur um 20, die der Zweitgeborenen dagegen schon um 41,7, die der Drittgeborenen um 63 und die der weiter noch folgenden Kinder um über 70 Prozent abgenommen hat. Es wäre doch paradox, zu glauben, daß die Ehefrauen Berlins es innerhalb 30 Jahren verlernt haben sollten, mehr als 2 bis höchstens 3 Kinder in die Welt zu setzen. Nein, das haben sie nicht verlernt, sie haben vielmehr umgekehrt vom Auslande etwas gelernt, nämlich die Bequemlichkeit des sog. Zweikindersystems. Tabelle 3 lehrt, daß es weniger die jungverheirateten Frauen sind, denen das Kinderkriegen keine Freude mehr macht, obwohl man heute leider auch schon von jungen Ehe-

Digitized by Google

paaren hören kann, daß sie es mit dem Kinderkriegen gar nicht so eilig haben; daß vielmehr mit steigendem Alter auch die Fruchtbarkeit abnimmt, nicht aus physischen Gründen, sondern weil es nicht mehr „angebracht" ist, noch Kinder zu bekommen.

Wie schon angedeutet, steht Deutschland mit dieser Erscheinung nicht isoliert da, sie ist vom Auslande, speziell von Frankreich, auf uns übergegangen und bedroht mehr oder minder alle Kulturstaaten. Wie sehr sich aber durch den Geburtenrückgang die Stärke- und Machtverhältnisse in Europa verschoben haben, zeigt die folgende Tabelle, aus der zunächst hervorgeht, daß Frankreich, um 1700 herum das volkreichste Land unsers Erdteiles, heute fast an letzter Stelle unter den Großmächten steht.

Tabelle 4. Europäische Grossmächte (nach Bertillon)

Staat	Millionen Einwohner				
	1700	1789	1815	1880	1908
Frankreich	20	26	29,5	37,2	39,3
Grossbritannien und Irland	etwa 9	12	19	34,8	44,6
Deutsches Reich (jetziges Gebiet)	(10)	(28)	(30)	45,6	63,0
(Preussen)	(2)	(5)	(10)	(27,3)	(39,0)
Oesterreich-Ungarn	etwa 12,5	18	30	36	50,5
Russland und Finnland	?	25	45	84,5	150
Italien	—	—	—	28,6	34,1

Zwischen 1880 und 1908 hat sich die Bevölkerung Frankreichs nur um 2 Millionen vermehrt, Deutschland dagegen um 18 Millionen, England um 10 Millionen, Rußland um $65^1/_2$ Millionen. Das gibt zu denken! Man fühlt es gewissermaßen heraus, daß das in der Kultur und damit auch in der willkürlichen Beschränkung der Geburtenzahl noch rückständige Rußland die Westmächte früher oder später einmal überfluten muß, trotz der jetzt so eklatant zutage tretenden militärischen Minderwertigkeit. Wir lernen aber weiterhin, daß wenn erst einmal das Uebel alle Volksschichten durchdrungen hat, wie das in Frankreich der Fall ist, dann trotz aller Bemühungen einsichtiger Männer und trotz aller Gesetze ein Ausrotten kaum noch möglich ist. Gehen erst die Zahlen rückwärts, so pflegen sie auch rapid zu fallen, wenigstens war es im alten Griechenland und im römischen Reiche so. Ich sprach bisher nur von Europa, aber man muß auch an Amerika und die gelbe Gefahr denken. Wir sehen ja vor unsern Augen, daß die Dinge, welche sich in Europa abspielen, bereits den ganzen Erdball in Mitleidenschaft ziehen.

Wenn man nach den tieferen Gründen des Geburtenrückgangs forscht, so erkennt man sehr bald, daß man die Erscheinung nicht vom moralistischen Standpunkte in Bausch und Bogen aburteilen kann. Das trifft doch nur für den kleinen Bruchteil der Ehepaare zu, die einfach aus Bequemlichkeitsrücksichten, „um sich auszuleben" oder wie immer die oberflächlichen Entschuldigungen lauten mögen, sich der Fortpflanzungspflicht entziehen. Diskutabel, wenn auch größtenteils unberechtigt, sind Besorgnisse wie die folgenden: daß zuviel Geburten der Gesundheit der Mutter schaden oder daß die Qualität der Nachkommenschaft unter der Quantität leide. Der wichtigste Grund, auf den wir deshalb auch etwas näher eingehen müssen, ist der, daß bei ungehemmter Produktion die soziale Lage des Einzelnen und bis zu einem gewissen Grade auch die des ganzen Volkes sich notwendig verschlechtert.

Digitized by Google

Man bezeichnet die Lehre, auf die sich diese Meinung stützt, als Neomalthusianismus. Fußend auf die Tatsache der gewaltigen Bevölkerungszunahme sämtlicher Erdbewohner in der geschichtlichen Zeit, läßt sich voraussagen, daß einmal ein Zeitpunkt kommen muß, wo für die Ernährung aller Menschen nicht mehr genug Raum auf unserm Planeten vorhanden ist. Dann müßte ein gewaltiger Vernichtungskampf einsetzen um die Erhaltung ihrer Existenz. Wahrscheinlich würde aber schon vorher zwischen den einzelnen Rassen und Volksstämmen auf das heftigste um die Nahrung gekämpft werden. Wenn man will, kann man ja auch schon den gegenwärtigen Weltkrieg, der wenigstens für England ein ausgesprochener Wirtschaftskrieg ist, als einen Vorläufer dieses elementaren Daseinskampfes ansehen. Falls der Geburtenüberschuß, wie er im Deutschen Reiche in den ersten fünf Jahren dieses Jahrhunderts bestanden hat, in gleicher Höhe unbeschränkt angedauert hätte und weiter andauern würde, so würden bereits im Jahre 1950 118 Millionen und um 2000 herum 250 Millionen Deutsche vorhanden sein, und ein weiteres Jahrhundert später, im Jahre 2100, würde es schon beinahe ebensoviel Deutsche geben, als heute überhaupt Menschen existieren. Wir müßten bis dahin also gewissermaßen die ganze Welt erobert haben, vorausgesetzt, daß nicht ganz andre Quellen der Ernährung erschlossen werden. Da nun andre Völker sich noch schneller vermehren als wir, so würde die ungehemmte Fortpflanzung uns sehr bald in die schwersten Kämpfe verwickeln, die ganz den Charakter des ursprünglichen Kampfes ums Dasein annehmen würden, und ihr Effekt wäre ungefähr der gleiche wie das blinde Wirken der natürlichen Zuchtwahl, da für die bewußte Veredlung der Rasse kaum etwas geschehen könnte. Daß aber die Masse nicht den Sieg bringt, sondern die innere Tüchtigkeit, das haben uns die Kämpfe an den masurischen Seen wieder einmal ad oculos demonstriert. Also lieber weniger Deutsche, aber dafür um so bessere, körperlich und geistig hochentwickelte!

Lassen wir aber einmal den nationalen Gesichtspunkt für einen Augenblick fallen und betrachten das Problem vom individuellen Standpunkt aus. Da liegt es für jeden offensichtlich zutage, daß eine Familie mit wenigen Kindern es heute überall viel besser hat als eine Familie mit vielen Kindern aus der gleichen sozialen Schicht und in gleichen ökonomischen Verhältnissen. Ehedem, als die Bodenständigkeit der Familie noch die Regel war, als der Verkehr noch nicht die eben flügge gewordenen Kinder in alle Welt zerstreute, als jedes neue Kind noch einen Zuwachs an Arbeitskraft in der häuslichen Produktionsgemeinschaft bedeutete, sei es auf dem Gebiete der Landwirtschaft oder im Geschäft, als die Eltern noch damit rechnen konnten, mit dem Heranwachsen der Nachkommenschaft sich immer mehr auf das Altenteil zurückziehen zu können, welches die Kinder bereitwillig ihnen einräumten, da war mit Recht, wie in der biblischen Zeit, eine große Kinderschar ein Segen. Heute müssen die Kinder von Staats wegen so und so lange in die Schule gehen; gehen sie erst aus dem Hause in die Fabrik oder ins Geschäft, so gebrauchen sie das Verdiente für sich, die Eltern müssen womöglich noch zusteuern, jedenfalls denken sie nicht daran, den Eltern die Er-

Digitized by Google

ziehungskosten durch Arbeit zurückzuerstatten. Sie sind, wenn ich so sagen soll, ein Luxusgegenstand, der keine Zinsen trägt und nur Sorgen macht. Dazu kommt, daß kinderreiche Familien nirgends gern gesehen werden, sie bekommen keine Wohnungen mehr, selbst wenn sie sie teuer bezahlen. Die Ehefrauen, die heute in zahlreichen Arbeiterfamilien mit erwerben, werden durch ihre Mutterpflichten davon abgehalten: kurz, man kann nichts zurücklegen, muß sich selbst überall einschränken, kann an den segensreichen Einrichtungen für Gesundheits- und Körperpflege nicht teilnehmen, während die kinderarme Nachbarfamilie sich alles leisten kann und durch Ansammlung von Kapital für ihre Nachkommenschaft eine höhere Basis der Entwicklung erklimmt.

Es ist kein Wunder, daß der Einsichtige sich unter solchen Bedingungen fragt, ob die willkürliche Einschränkung der Kinderzahl wirklich bloß eine rein egoistische Maßregel ist, ob sie nicht auch vom ethischen Standpunkte aus berechtigt ist, ob sie nicht gar seine Pflicht ist?

Wer so fragt, vergißt, daß alle diese Vorteile sofort verloren gehen würden, wenn sämtliche Familien gleichmäßig die Kinderzahl beschränken würden, mit andern Worten, wenn das Zweikindersystem zur allgemeinen Durchführung gelangen würde. Rubner, dem ich auch hier folge, berechnet, daß unter der Herrschaft des Zweikindersystems in hundert Jahren nicht bloß die Volkszahl um nahezu $^2/_3$ sich vermindert haben würde, sondern daß auch der dabei anfänglich für den einzelnen herausspringende wirtschaftliche, d. h. ökonomische, Vorteil seine Grenze hat, indem schon nach fünfzehn Jahren das Maximum des Durchschnittseinkommens erreicht sein würde, und daß es von da ab auch wirtschaftlich unweigerlich abwärts gehen würde, weil mit der Verringerung der Produzenten notwendig sich allmählich auch eine Abnahme des Vermögens oder wenigstens seiner Kaufkraft einstellen muß.

Wir wollen die Sache nicht weiter verfolgen, sondern uns die rein praktische Frage vorlegen, wie wir es denn nun halten sollen? Daß bei großer natürlicher Fruchtbarkeit — ganz abgesehen von andern, sogleich zu erörternden Momenten — eine willkürliche Beschränkung der Kinderzahl vom rassenhygienischen und wirtschaftlichen Standpunkte aus berechtigt ist, muß ohne weiteres zugegeben werden, aber sie darf nicht so weit gehen, daß die Geburtenzahl der Nation unter ein gewisses Minimum sinkt, welches für den weiteren Aufstieg oder auch nur für die Behauptung der Stellung unsrer germanischen Rasse in der Welt notwendig ist. Das würde erreicht werden, wenn jedes Ehepaar durchschnittlich vier Kinder in die Welt setzt oder, was auf dasselbe hinauskommt, drei Kinder bis zum zeugungsfähigen Alter aufzieht.

Wie sollen wir nun dieses Ziel, die erste und Grundforderung der Rassenhygiene, erreichen? Ich will diese Frage hier nicht zu beantworten versuchen, sondern mich auf einen Gemeinplatz beschränken, indem ich sage, daß der erste Schritt zur Besserung die Einsicht ist, daß wir auf dem falschen Wege sind. Ehe nicht in unserm Volke die Ueberzeugung lebendig wird, daß wir mit dem zunehmenden Zweikindersystem einem Abgrund entgegengehen, werden alle weiteren

Digitized by Google

Maßregeln umsonst sein. Wie heute in jedem Deutschen die Ueberzeugung lebt, daß wir für alle Zeiten verloren sind, wenn wir in diesem Kriege unterliegen, ebenso fest muß nach dem Kriege der Gedanke sich einnisten, daß wir unsre Stellung in der Welt nur erhalten können, wenn wir uns der Pflicht, Nachkommenschaft zu erzeugen, nicht mehr in so unbeschränktem Maße entziehen, wie es gegenwärtig geschieht, wenn wir mit andern Worten das Vierkindersystem auf unser Programm setzen.

Nachdem wir bisher das Problem der Erhaltung und Verbesserung der Volkskraft lediglich vom quantitativen Standpunkt aus betrachtet haben, wenden wir uns nunmehr zur qualitativen Rassenhygiene. Drei Punkte ergeben sich hier ohne weiteres als erstrebenswerte Ziele: Die Veredlung der Nachkommenschaft durch vorsichtige Gattenwahl, die Verhütung der Fortpflanzung minderwertiger Elemente und die Abwehr aller zur Degeneration führenden Schädlichkeiten bei der Jugend.

Daß die Ehe, und zwar die monogame Ehe, die Grundlage bleiben muß, auf der sich die Fortpflanzung der Rasse vollzieht, darüber kann kaum eine Meinungsverschiedenheit bestehen. Zwar hat sich bisher nicht nachweisen lassen, daß die unehelichen Kinder gegenüber den ehelichen als minderwertig vom rassenhygienischen Standpunkte aus zu bezeichnen sind, aber die freie Liebe, für die ja heute in weiten Kreisen agitiert wird, schließt eine so große Anzahl anderweitiger Gefahren in sich, daß ihr niemand, der es ernst mit der Wohlfahrt unsres Volkes meint, das Wort reden kann. Ganz abgesehen davon, daß sie der Verbreitung der Geschlechtskrankheiten Vorschub leistet und die willkürliche Unfruchtbarkeit fördert, wird die Erziehung der Kinder in der Familie, welche die beste Entwicklung gewährleistet, durch sie unmöglich gemacht. Die Fürsorge für die Aufzucht der Nachkommenschaft würde, wenn das Prinzip durchgeführt wäre, notwendigerweise auf den Staat übergehen müssen, und wir würden dadurch zu einer Uniformierung der Jugend gelangen, die der Variation, dem wichtigsten Faktor der Entwicklung, direkt entgegenarbeitet.

Die Eheschließung wird aber, wie wir wissen, im modernen Kulturstaat immer schwieriger, sie wird auf immer spätere Lebensjahre hinausgeschoben, und wir müssen auf Mittel und Wege sinnen, sie zu erleichtern. Wie das geschehen könnte, will ich hier nicht besprechen, da es mich zu weit auf das nationalökonomische Gebiet ablenken würde. Was wir vom rassenhygienischen Standpunkte aus bei der Eheschließung fordern müssen, läuft sogar zunächst eher auf eine Erschwerung als auf eine Erleichterung hinaus. Vergegenwärtigen wir uns einmal, wie es heutzutage bei der Gattenwahl zugeht. Zwar können wir mit Genugtuung konstatieren, daß in weiten Volksschichten die Neigung der jungen Leute zueinander, die Liebesheirat, glücklicherweise noch geachtet und geübt wird, aber die Liebe ist bekanntlich blind, und die sog. Liebe auf den ersten Blick resp. die Jugendliebe, trotzdem sie von den Dichtern als das Höchste und Schönste des menschlichen Lebens dargestellt zu werden pflegt, hat doch schon vielen Unglück und Mißgeschick gebracht. Darum ist es gewiß gerechtfertigt, daß der

Digitized by Google

Verstand und die nüchterne Ueberlegung mitsprechen, wenn auch vielleicht gegen den Willen der Liebenden, durch den Einspruch der Eltern. Im Vordergrund für die letzteren stehen meistens die Fragen nach der sozialen und ökonomischen Stellung der Braut resp. des Bräutigams. Wenn der Partner aus guter Familie ist, wenn er noch dazu Geld hat, so sieht man gern über manches hinweg, was vom medizinischen Standpunkte aus als absolutes Hindernis angesehen werden sollte. Richtig ist ja bis zu einem gewissen Grade, daß die Leute, welche es zu etwas gebracht haben im Leben, auch vom rassenhygienischen Standpunkte aus nicht die schlechtesten Elemente sind, aber das gilt doch nur ganz allgemein und muß von Fall zu Fall geprüft werden. Dringend notwendig ist die Forderung, daß der Arzt bei der Gattenwahl heute ein ernstes, eventuell sogar das entscheidende Wort mitsprechen soll. Diese Erkenntnis ist ja auch schon in die höheren Stände eingedrungen, aber bei weitem noch nicht so tief, wie wir es fordern müssen. Aeußerliche Schönheit und Harmonie des Körpers sind sicher sehr wertvolle Eigenschaften, aber sie können täuschen. Mindestens ebenso wichtig ist es, zu wissen, ob das betreffende Individuum auch innerlich gesund ist, ob es — und das ist wohl das wichtigste — nicht mit erblicher Krankheitsanlage allzu schwer belastet ist.

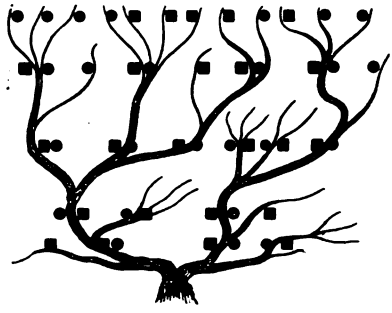
Verständige Eltern verlangen heute schon nicht selten von ihrem künftigen Schwiegersohn vor der Heirat ein ärztliches Gesundheitszeugnis, aber sie vergessen dabei zwei Dinge, nämlich erstens, daß ein solches Zeugnis in den meisten Fällen doch nur einen beschränkten Teil der hier drohenden Gefahren ausschließen wird, und zweitens, daß auch der Schwiegersohn berechtigt ist, das gleiche zu fordern. In Amerika, wo das Verständnis für Rassenhygiene viel weiter in das Volk eingedrungen ist, wird ein solches Gesundheitszeugnis in manchen Staaten bereits gesetzlich gefordert. Aber die Durchführung der Maßnahme stößt auf große Schwierigkeiten: man heiratet einfach in einem Nachbarstaate, wo ein solches Gesetz nicht existiert, ebenso wie man früher, als Helgoland noch englisch war, sich dort trauen ließ, wenn in Deutschland die Eheschließung nicht möglich war.

Was wir erstreben müssen, wovon wir aber noch sehr weit entfernt sind, ist, daß jeder, der heiraten will, sich über seine Herkunft genügend ausweisen kann; ich meine nicht bloß über seine soziale Herkunft, sondern vor allem über seine gesundheitliche Herkunft, über die gesundheitlichen Verhältnisse seiner Eltern, Großeltern und Ahnen, genau so wie es die Züchter edler Haustierrassen verlangen.

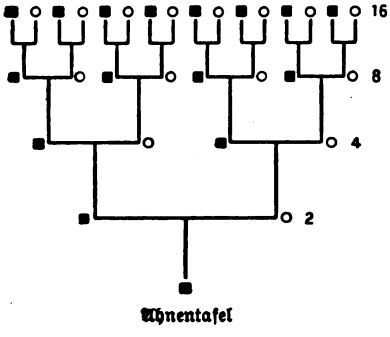
Es ist hier notwendig, etwas weiter auszuholen. Unsre schnellebige Zeit, die durch den immer wachsenden Verkehr die Bodenständigkeit selbst der ländlichen Familien gefährdet, hat es mit sich gebracht, daß wir über unsre eignen Vorfahren im ganzen nur sehr mangelhaft unterrichtet sind, noch weniger natürlich über die unsrer Nachbarn und Freunde. Selbst bei den nächsten Bekannten begnügen wir uns damit, irgendwoher gehört zu haben, daß sie von diesem oder jenem abstammen sollen, aber es widerstrebt uns geradezu, diesen

Digitized by Google

Dingen nachzugehen, wenn uns die Leute sonst gefallen. Der Familienstammbaum, von unsern Großeltern noch gepflegt und irgendwo unter alten Papieren aufbewahrt, ist in Mißkredit gekommen und wird nur von wenigen Familien noch mit Sorgfalt weiter geführt. Er ist in der Tat, wenn wir ihn unter die rassenhygienische Lupe nehmen, ein ziemlich überflüssiges Möbel. Da wird als letzter Ahne (der Stamm) meist eine Persönlichkeit gewählt, die irgend etwas Großes geleistet hat oder eine hervorragende soziale Stellung eingenommen hat oder vielleicht auch eine besonders große Nachkommenschaft in die Welt gesetzt hat, kurz eine Persönlichkeit, von der abzustammen einem jeden Ehre bereitet. Die Zweige des Baumes sind die verschiedenen Generationen der Nachkommen, von denen häufig nur die männlichen, also die Träger des Namens, verfolgt werden. Irgendwo in der vierten, fünften oder zehnten Verästelung erscheint dann unter einer zahllosen Schar von Urenkeln vielleicht unser Vater oder Großvater oder meinetwegen wir selbst. Der Stammbaum sagt uns also nur aus — und soll auch meist nur das eine beweisen —, daß der Betreffende, um den es sich handelt, im soundsovielsten Gliede von einem berühmten Ahnen abstammt, von dessen Blut aber nur ein ganz minimaler Teil in seinen Adern fließt, der gar nicht ins Gewicht fällt gegenüber den von andrer, angeheirateter Seite hineingebrachten Teilen, vorausgesetzt, daß die Familienmitglieder nicht immer wieder untereinander geheiratet haben. Welcher Widersinn in dieser Betrachtungsweise liegt, wird sofort klar, wenn wir uns in der nebenstehenden Figur das Gegenstück zu dem Stammbaum, die sog. Ahnentafel, ansehen, die allein für die Beurteilung der erblichen Verhältnisse einer bestimmten Persönlichkeit von Wert ist. Hier steht, gerade umgekehrt wie beim Stammbaum, die Person, um die es sich handelt, am Fußpunkt des Baumes, und die Ahnen, und zwar sämtliche Ahnen, soweit sie sich verfolgen lassen, bilden die Verästelungen, die erste das Elternpaar, die zweite die vier Großeltern, die dritte die acht Urgroßeltern usw. Diese Ahnentafel zeigt uns also, welche verschiedenen Personen bei der Erzeugung der fraglichen Persönlichkeit mitgewirkt haben, mit andern Worten, wie ihre Blutmischung beschaffen ist. Und darauf kommt es an, denn wir wissen aus der heute bereits hochentwickelten Vererbungslehre, daß (mit der Einschränkung überwiegender und zurücktretender Faktoren) unsre Erbmasse eine wirkliche Mischung des Keim-



Stammbaum



Ahnentafel

Digitized by Google

plasmas unsrer Ahnen ist. Die Konstruktion einer solchen Ahnentafel sollte sich jede Familie, richtiger jeder Mensch, der auf sich und seine Sippe Wert legt, angelegen sein lassen und dafür die alten Stammbäume ruhig weiter in den Familienarchiven vermodern lassen.

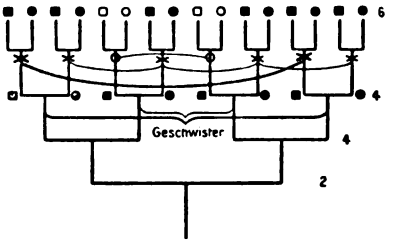
Allerdings ist die Sache nicht so leicht, wie es zunächst scheint. Wer den Versuch dazu macht, wird meist schon in der dritten Reihe Lücken lassen müssen, denn wie ich schon sagte, die Kenntnis der Familienzusammenhänge ist heute verloren gegangen. Aber etwas andres kommt, wenigstens vom rassenhygienischen Standpunkte aus betrachtet, hinzu, was die Sache noch weiter erschwert. Beim Forschen nach unsern Vorfahren erfahren wir allenfalls, daß sie so und so geheißen haben, da und dort gewohnt haben und dieses oder jenes gewesen sind und geleistet haben, aber fast niemals, woran sie gestorben sind, ob sie gesund waren oder wie sie vom ärztlichen Standpunkte aus bewertet werden müssen. Das erstere, die sozialen und ökonomischen Verhältnisse, sind aber für die Beurteilung des Rassenwertes einer Person von viel geringerer Bedeutung als das letztere. Teils ist es Nachlässigkeit oder Gleichgültigkeit gegenüber der medizinischen Betrachtungsweise, die in den Lebensbeschreibungen die Gesundheitsverhältnisse gegenüber andern Dingen zurücktreten läßt, teils eine bewußte Vertuschung, die nicht genug gebrandmarkt werden kann. Unangenehme Charaktereigenschaften und körperliche Fehler, vererbte Anlagen, wie z. B. Epilepsie, Neigung zur Trunksucht, Geisteskrankheiten oder andere degenerative Störungen werden nicht gern eingestanden, ja selbst den eignen Kindern gegenüber verschwiegen! Welche Schäden daraus für diese und deren Nachkommenschaft erwachsen, weiß nur der Arzt zu ermessen. Wir wissen, daß, wenn bei der Heirat zwei Personen zusammenkommen, die in der gleichen schädlichen Richtung belastet sind, die Gefahr, degenerierte Kinder daraus hervorgehen zu sehen, sehr groß ist, während wenn zwei Personen mit gleicher guter Blutmischung zusammenkommen, die besten Aussichten für eine gesunde, kräftige Nachkommenschaft bestehen. Dabei ist es ziemlich einerlei, ob diese beiden Personen näher oder entfernter miteinander verwandt sind; die Gefahr der Verwandtenheirat besteht nur dann, wenn degenerative Momente in der Ahnenreihe vorhanden sind, weil naturgemäß von diesen in beiden ein gewisser Anteil steckt, der sich addieren kann.

Ich will damit natürlich nicht der Verwandtenheirat das Wort reden, obwohl bei guter Erbmasse durch Inzucht unter Umständen eine ganz hervorragende Sippe in kurzer Zeit herangezüchtet wird, wie durch Beispiele belegt werden kann. Im großen und ganzen ist daran festzuhalten, daß es besser ist, möglichst viele verschiedene Ahnen zu haben. Theoretisch läßt sich berechnen, daß, wenn gar keine Mischung zwischen den Ahnen stattgefunden haben würde, und eine Generation zu 33 Jahren angenommen wird, eine heute lebende Person vor 13 Generationen (also um 1450 herum) 8192 Ahnen und um Christi Geburt 18 Billionen Ahnen gehabt haben müßte. Das ist undenkbar, denn die heutige Gesamtbevölkerung der Erde beträgt nur 1600 Millionen. Mit andern Worten, wir sind alle miteinander verwandt, wenn wir nur weit genug zurückgehen.

Digitized by Google

Allzu lange fortgeführte Inzucht führt auch bei guter Veranlagung schließlich zur Degeneration; bei schlechter Anlage bringt sie häufig innerhalb kurzer Zeit das Aussterben der Familie zustande. Als ein Beispiel hochgradiger Inzucht gebe ich noch die Ahnentafel Don Carlos' wieder, die schon in der vierten Ahnenreihe statt der geforderten 16 Ahnen nur 6 aufweist.

Wie sollen wir uns nun verhalten, wenn die Ahnentafel oder die im Sinne derselben geführten Nachforschungen ergeben haben, daß eine mehr oder minder große Gefahr für die Nachkommenschaft zweier Liebender nach dieser oder jener Richtung hin besteht? Wann sollen wir die Heirat zu verhindern suchen und wann dürfen wir sie gestatten? Diese Fragen kann heute niemand mit wenigen Sätzen beantworten. Wenn wir bedenken, daß es kaum eine Familie gibt, in der nicht im Laufe von zwei Generationen ein Fall von Schwindsucht oder von Geisteskrankheit vorgekommen ist, so ist es klar, daß man nur bei ausgesprochenem Zusammentreffen zweier schädlicher Erbmassen als Arzt berechtigt ist, von der Eheschließung abzureden. Glücklicherweise lehrt nämlich die Erfahrung, daß durch Generationen sich forterbende Krankheitsanlagen nicht dauernd in derselben Weise übertragen werden, daß sie vielmehr entweder zum Aussterben der Familie führen oder aber von der Familie überwunden werden, verschwinden. So kommt es, daß schließlich auch trotz Belastung gesunde Kinder erscheinen können. Wenn man beispielsweise die Zahl der geisteskranken Ahnen erforscht, so zeigt sich, daß sie bei Geisteskranken nur um etwa $^1/_3$ größer ist als bei Geistesgesunden.



Ahnentafel des Don Carlos † 1568

Dennoch bleiben genug Minderwertige und Degenerierte übrig, deren Fortpflanzung im Interesse der Rassenhygiene nach Möglichkeit verhindert werden sollte, z. B. die gewohnheitsmäßigen Verbrecher, die Epileptiker, Säufer, die Blinden und Taubstummen. Leider sind wir in der Gesetzgebung auf diesem Gebiete noch sehr zurück. Das einzige, was wir heute tun können, ist, diese Elemente in Zuchthäusern, Irrenhäusern oder Siechenanstalten zu internieren und sie dadurch praktisch zum Zölibat zu verdammen. Wenn nur nicht die zu weit getriebene Humanität auch dabei schon viele Hindernisse auftürmte! In den Vereinigten Staaten von Amerika ist man weiter vorgeschritten. Dreißig verschiedene Staaten der Union verbieten die Ehe Geisteskranker, neun bei Epilepsie, zwei bei Alkoholismus, einer sogar bei vorgeschrittener Lungentuberkulose und bei gewohnheitsmäßigem Verbrechertum. Ja man ist noch weiter gegangen; man hat verschiedentlich Gesetze erlassen, welche unter bestimmten Voraussetzungen die künstliche Unfruchtbarmachung derartiger Personen, speziell der Gewohnheitsverbrecher und der Notzuchtsverbrecher, vorschreiben. Rassenhygienisch ist das durchaus gerechtfertigt, ja geboten. Die Gesamtheit hat nicht bloß die Pflicht, sich vor den gegenwärtig lebenden rassenfeindlichen Elementen zu schützen, sondern auch vor

Digitized by Google

ihrer Nachkommenschaft. Aber ich fürchte, es wird noch gute Wege haben, bis wir uns zu dieser höheren Einsicht aufgeschwungen haben werden.

Wenn ich jetzt zu der dritten der oben aufgestellten Hauptforderungen übergehe, der Abwehr aller zur Degeneration führenden Schädlichkeiten bei der Jugend, so betrete ich damit bekannte Gefilde, denn hier haben die Hygiene und im Verein mit ihr die Bestrebungen zahlreicher Vereine für Volkswohlfahrt schon so stark vorgearbeitet, daß die meisten Gebildeten darüber orientiert sind.

Beginnen wir mit dem Säuglingsalter, so wissen wir, daß die relativ sehr hohe Sterblichkeit in dieser frühesten Lebensperiode zum großen Teil durch den Rückgang der natürlichen Ernährung an der Mutterbrust bedingt ist. Auch hier haben wir es leider zum Teil mit einer absichtlichen Umgehung der ersten und wichtigsten Mutterpflicht zu tun, wenn auch anerkannt werden soll, daß durch die lebhafte Agitation der Kinderärzte das Gewissen der Mütter in den letzten Jahren geschärft worden ist. Zum andern Teil besteht aber tatsächlich ein ungewollter Niedergang der Stillfähigkeit, der, wie es scheint, eine regelmäßige Begleiterscheinung wachsender Kultur ist und als Degenerationsphänomen die ernsteste Beachtung verdient. Schon oben erwähnte ich, daß die Sterblichkeit der Kinder in den Familien mit zahlreicher Nachkommenschaft nur dort eine größere ist als in kinderarmen Familien, wo die Kinder nicht an der Mutterbrust ernährt worden sind. Bei streng durchgeführter natürlicher Ernährung wächst das sechste bis zehnte Kind ebensogut heran wie das erste. Langwierige Magen-Darmkatarrhe, welche zu ungenügender Entwicklung des Körpers führen, die gefürchtete und weitverbreitete Englische Krankheit, Krampfzustände und Infektionen aller Art entstehen viel leichter bei Kindern, welche mit Kuhmilch oder den verschiedenen Surrogaten aufgezogen sind, als bei Brustmilchkindern. Ammen sind zwar ein wertvoller Ersatz, wenn die Mutter wirklich nicht imstande ist, ihre Kinder selbst zu ernähren, aber doch kein voller. Da nach Ueberzeugung der Frauen- und Kinderärzte bei gutem Willen und durch geeignete Maßnahmen noch ein großer Prozentsatz derjenigen Mütter, welche zunächst versagen, zum Stillen gebracht werden können, so sollte die Beschaffung von Ammen nicht erleichtert, sondern erschwert werden, ganz abgesehen davon, daß sie ihre eignen Kinder, die doch ein wertvoller Volksbestandteil sind, vernachlässigen und den Gefahren der künstlichen Aufzucht aussetzen.

Für die ersten Lebensjahre kommt weiterhin als rassenverschlechternder Faktor die Wohnungsmisere in Betracht. Es ist erwiesen, daß die Uebertragung der Tuberkulose, dieser immer noch mörderischsten aller Krankheiten, nicht auf dem Wege der direkten Vererbung, sondern meistens durch Ansteckung von den Eltern oder nächsten Angehörigen aus geschieht, und daß diese Ansteckung außerordentlich gefördert wird durch das enge Zusammenleben in staubigen, schlecht gelüfteten und engen Wohnräumen. In den Kinderjahren wird bereits der Keim der später erst ausbrechenden Krankheit aufgenommen. Dazu kommen die Gefahren andrer Infektionen, welche durch mangelhafte Reinlichkeit, das Zusammenschlafen mehrerer in einem Bette oder in engen

Digitized by Google

Räumen gegeben sind. Kurz, die Wohnungshygiene ist zugleich ein Zweig der Rassenhygiene, dem wir noch weit mehr Sorge und Geldopfer widmen müssen, als heute schon geschieht. Wenn die Schwierigkeiten, welche seitens der Hausbesitzer kinderreichen Familien bereitet werden, nicht auf andre Weise gebrochen werden können — und es ist wenig Aussicht dazu —, so muß der Staat eingreifen. Für jedes deutsche Kind muß genügend Raum, Luft und Licht zur gesundheitlichen Entwicklung verlangt werden.

Geht das Kind später zur Schule, so tauchen neue Fragen auf. So hochentwickelt, ja unerreicht unser Unterrichtswesen dasteht, so erfüllt uns doch angesichts des Weltkrieges die Sorge, ob wir in Zukunft nicht doch noch mehr Körperpflege, d. h. Entfaltung der Körperkraft und Geschicklichkeit durch sportliche und andre Uebungen, neben oder an Stelle der intensiven geistigen Uebungen verlangen müssen? So viel hat sich bereits gezeigt, daß die sportlich geschulten Engländer bei weitem unsre gefährlichsten Gegner im Felde sind. Ich kann die Frage hier nicht weiter verfolgen, es genügt, sie berührt zu haben; die Diskussion auf diesem Gebiete hat ja eigentlich nie geruht.

Die größten Feinde der schulentwachsenen Jugend bis hoch hinauf ins Mannesalter sind der Alkoholismus und die Geschlechtskrankheiten. Was sie für Unheil in der Volksgesundheit anrichten, vermag nur der erfahrene Arzt zu beurteilen, und es gibt keinen, den dieses Kapitel nicht mit ernster Sorge erfüllt. Auch hier muß ich mich aber mit dem Hinweis begnügen. Nur die schonungslose Aufklärung der mannbaren Jugend und der Unerfahrenen kann uns helfen. Es muß der Schleier von den Dingen gerissen werden, über die zu sprechen man früher und leider auch heute noch vielfach für unanständig hielt. Glücklicherweise ist ja auch schon jedem, der sehen und hören will, Gelegenheit genug gegeben, sich zu orientieren.

Dieses Thema steht in engem Zusammenhang mit der Frauenemanzipation, die hier nicht übergangen werden kann. Es wäre verkehrt, ihr den berechtigten Kern absprechen zu wollen, aber wir dürfen auch nicht verkennen, daß ihre Auswüchse die Rassenhygiene hemmen. Um gesunde Kinder zu haben, gebrauchen wir vor allem gesunde Mütter, und es muß deshalb das erste Ziel jedes Mädchens bleiben, zu heiraten und Kinder aufzuziehen. Daß darum nicht die ganze Kraft der Frau sich in Haus und Kinderstube zu erschöpfen braucht, ist durch die modernen Lebensbedingungen zum guten Teil garantiert. Soweit das nicht der Fall ist, muß dieses Ziel mit allen Mitteln verfolgt werden, denn wir wollen von unsern Frauen, daß sie mehr sind als nur Mütter und Haushälterinnen, wir wollen, daß sie auch unsre Kameraden sind, mit denen wir über alle Dinge sprechen können, die uns selbst interessieren. Was wir aber nicht wollen, ist, daß sie uns auf den Gebieten der Kunst, des Geschmackes und des Vergnügens gänzlich ausschalten, wie es heute in den Vereinigten Staaten von Amerika der Fall ist, wo die Männer vielfach zu der Rolle der Arbeitsbienen herabgesunken sind.

Und nun kommt noch eine Forderung der Rassenhygiene, die am allerschwersten zu verwirklichen sein wird, ohne die aber alle Maßregeln und Wünsche

Digitized by Google

notwendigerweise erfolglos bleiben müssen. Ich fasse sie in die Worte zusammen: Kräftigung unsers sittlichen und altruistischen Bewußtseins. Es darf nicht dabei bleiben, daß wir die rassenhygienischen Probleme vom, wenn ich so sagen darf, Kathederstandpunkte aus betrachten, sie müssen ein Bestandteil unsrer selbst, unsrer Herzensbildung, unsres Pflichtgefühles werden. Das Pflichtbewußtsein, der kategorische Imperativ Kants, ist es, das uns diesen gewaltigen Kampf um unsre Existenz bestehen hilft. Nach dem Kriege muß es sich laden mit den hier entwickelten Gedanken, wenn, wie wir hoffen, uns wieder ein langdauernder Friede beschert ist. Wir müssen uns frei machen von den Ideen des Individualismus, des sich Auslebenwollens, der Genußsucht und des Rentnerideals, die leider schon viel zu tief in unsre Gedankenwelt eingedrungen sind. Fast hätte man vor dem Kriege daran zweifeln mögen, ob der Deutsche noch wie ehedem freudig auf alle seine materiellen Genüsse zugunsten des Vaterlandes jederzeit zu verzichten bereit war, ob er noch, ohne zu zaudern, für das Vaterland zu sterben vermochte, so wie es einst von den Römern hieß, daß nur sie zu sterben verständen. Nun, diese Zweifel brauchen uns nicht mehr zu beschleichen, nachdem wir die herrlichsten Beispiele von Mut und Opferfreudigkeit täglich von neuem erleben dürfen. Aber auch nach dem Kriege darf die Opferfreudigkeit für die Größe und das Gedeihen des Vaterlandes nicht nachlassen, denn alle hier besprochenen Ziele verlangen zur Verwirklichung eine Einschränkung der persönlichen Bequemlichkeiten und Genüsse. Es geht nicht an, daß man weiter von der Allgemeinheit etwas verlangt, was man nicht selbst zu tun bereit ist.

Ohne in Verdacht eines Sozialisten zu kommen, muß ich hier betonen, daß das Streben nach einem sorgenfreien und tatenarmen Leben durch Ansammlung von Kapital, das ich soeben als Rentnerideal bezeichnete, einer der schlimmsten Feinde rassenhygienischer Weiterentwicklung ist. Denn es ist das mächtigste Motiv für die willkürliche Beschränkung der Kinderzahl, und es lähmt außerdem die ökonomische Fortentwicklung durch Stillegung eines Teiles des Volksvermögens. Der Rentner ist, wie mit Recht gesagt worden ist, ein Parasit am grünenden Stamme des Volkes. Wenn alle Leute Rentner wären, so würde das Leben bald stillstehen, und wir würden eine billige Beute unsrer Feinde werden. Der steigende Volkswohlstand hat übrigens bewirkt, daß das Rentnerideal heute viel schwerer zu erreichen ist als früher. Wer vor fünfzig Jahren noch mit 200000 Mark ein bequemes Rentnerleben führen konnte, braucht heute dazu mindestens eine Million. Auch hat die sozialpolitische Gesetzgebung die Ansammlung von Kapitalien wesentlich erschwert.

Erfreulicherweise trägt auch der Krieg mit seinen wirtschaftlichen Folgen manches dazu bei, den Rentnern das Dasein zu verleiden. Die gewaltigen Summen, welche der Krieg verschlingt, bleiben zwar, weil wir von aller Welt abgeschnitten sind, im Lande, sie wechseln nur ihren Besitzer, und dem Rentner geht, wenigstens zunächst, nichts von seinem Kapital verloren. Aber die Kaufkraft des Geldes sinkt naturgemäß, und was noch schwerer ins Gewicht fällt, das Geld schützt nicht vor dem Hunger, wenn wirklich — was hoffentlich nie-

Digitized by Google

mals eintrifft — unsre Nahrung knapp werden sollte. Wie der Staat schon jetzt dafür sorgt, daß keiner mehr Brot erhält als der andre, so wird er, wenn es erforderlich werden sollte, auch hinsichtlich der übrigen Nahrungsmittel verfahren. Dann wird auch der Reiche nicht besser daran sein wie der Arme, denn Nahrungsmangel ist heute nicht mehr gleichbedeutend mit Teuerung. Wenigstens bei uns nicht, während in England infolge der erhöhten Frachtsätze schon jetzt die Preise der wichtigsten Nahrungsmittel erheblich gestiegen sind, ohne daß vorläufig von einem Mangel die Rede sein kann. Und wie wird es erst nach dem Kriege mit den Rentnern stehen? Es ist schon vorauszusehen, daß sie in erster Linie die erhöhten Steuern zu zahlen haben werden, trotzdem der Wert ihres Kapitals eine beträchtliche Verminderung erfahren hat. Der Krieg führt uns also drastisch vor Augen, daß nur die tätige Kraft Nutzen bringt, nicht aber das tote Kapital. Legen wir also unser Erspartes in der Erziehung unsrer Kinder zu tüchtigen deutschen Männern und Frauen an, dann wird es den größten Segen und die besten Zinsen bringen!

Auch in der Hebung der Arbeitslust, des Pflichtgefühls und der nationalen Opferfreudigkeit erweist sich der Krieg als ein Erzieher ersten Ranges. Wie viele sonst arbeitsscheue Menschen leisten heute im Felde und in der Heimat zu unsrer freudigen Ueberraschung erfolgreiche Arbeit!

Welche Ströme freiwilliger Liebesgaben sind schon geflossen, wieviel Beispiele hingebender Aufopferung gegeben worden! Freudig nimmt jeder die Einschränkung im Genuß und Wohlleben auf sich, die der Krieg uns auferlegt. Nehmen wir dazu den erhebenden Aufschwung des nationalen Bewußtseins, der in der Kriegssitzung des Reichstages vom 4. August seinen schönsten Ausdruck fand, so können wir mit Schiller sagen: Aber der Krieg hat auch sein Gutes. Er macht eine Summe schlummernder Kräfte frei und gibt den Tüchtigen Gelegenheit, sich über die andern zu erheben, er gibt uns große Männer und drängt die wertlosen Elemente in den Hintergrund, kurz er ist ein rassenhygienisches Werkzeug. Freilich nur im beschränkten Maße ein nützliches! Wenn wir die langen Listen der Gefallenen durchblättern, die unzähligen schwarzen Anzeigen in den Zeitungen erblicken, so krampft sich das Herz im Schmerze. Denn unter diesen, welche ihr Leben für das Vaterland hingeben, sind die besten und hoffnungsreichsten Söhne Deutschlands. Nicht wie in den Urzeiten des Menschengeschlechts bleiben heute die Schwachen und Ungewandten, die körperlich und geistig Untüchtigen auf dem Schlachtfelde zurück, sondern gerade umgekehrt die Mutigsten und Kräftigsten, die Besten. Und wieviel der Zurückkommenden bleiben für ihr Leben lang geschädigt durch die erlittenen Wunden und Krankheiten! Augenblicklich wird die Organisation der Krüppelfürsorge für die verstümmelt Zurückkehrenden in die Wege geleitet unter dem Motto: „Niemand braucht heute ein Krüppel zu bleiben, der sich nicht selbst dazu verdammt.“ Das soll heißen, daß die moderne Orthopädie und die soziale Fürsorge jedem noch so Verstümmelten einen Ausgleich zu schaffen versuchen will, wodurch er wieder in die Lage gebracht wird, sich selbst zu erhalten und etwas im Leben

Digitized by Google

zu leisten. Das Ziel ist gewiß erfreulich, aber es kann die Tatsache nicht aus dem Wege schaffen, daß soundso viele Männer für die Produktion des Nachwuchses fortfallen, den wir nach dem Kriege notwendiger als je gebrauchen. Hier muß uns die Erfahrung trösten, daß nach großen Kriegen und Seuchen die Zunahme der Bevölkerung — beispielsweise auch nach 1870/71 — einen gewaltigen Aufschwung zu nehmen pflegt. Als im Mittelalter die schwarze Pest fast die Hälfte der Bevölkerung Deutschlands hinweggerafft hatte, dauerte es allerdings hundert Jahre, bis die frühere Volkszahl wieder erreicht war, und nach den Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges zweihundert Jahre. Wenn diese fürchterlichsten Ereignisse unsre Volkskraft nicht zu erschöpfen imstande waren, so dürfen wir sicher erwarten, daß auch der gegenwärtige Weltbrand, mag er noch so lange währen, dem deutschen Volke nicht den Todesstoß zu geben vermag, wie es unsre Feinde sich ausmalen.

Aus den Tagen der deutschen Besetzung Frankreichs 1870

Von

Karl Alexander v. Müller

Ueber die deutsche Verwaltung der besetzten französischen Landesteile während des Krieges 1870/71 ist uns bisher wenig Genaues bekanntgeworden. Auch die ausführlicheren Erzählungen des Feldzuges gehen, soviel wir sehen, mit einem kurzen Wort darüber hinweg, eine besondere Darstellung ist unseres Wissens noch nicht vorhanden. Heute rufen die gewaltigen Ereignisse des Tages von selbst die Erinnerung auch hieran zurück. Und wenngleich die Verhältnisse von jetzt und von damals in jedem Betracht viel zu verschieden sind, um unmittelbare Rückschlüsse von der Vergangenheit auf die Gegenwart zu erlauben, so ist die Verwandtschaft der Aufgaben und Schwierigkeiten doch groß genug, um einigen ursprünglichen Zeugnissen jener Tage erhöhte Aufmerksamkeit zu sichern. —

Schon unmittelbar nach den großen Einmarschschlachten im August 1870 hatte sich, mit dem siegreichen Vordringen der deutschen Heere in Frankreich, die Notwendigkeit ergeben, die Beherrschung der besetzten feindlichen Landesteile in weiterem Umfang auszubauen, als sie bis dahin durch die wesentlich militärischen Etappeninspektionen möglich gewesen war. Es galt, die Hilfsquellen dieser Bezirke für die eigene Kriegführung nutzbar zu machen, und es galt, den Einwohnern durch eine geordnete Verwaltung soviel als möglich das Gefühl der Ruhe und Sicherheit wiederzugeben. Noch am 14. August wurden zwei Generalgouvernements für Elsaß und Lothringen gebildet. Eine Woche später, von Pont à Mousson am 21. und von Bar le Duc am 26. August, erließ

Digitized by Google

Wilhelm I. die grundlegenden allgemeinen Anweisungen für Generalgouverneure und Zivilkommissäre besetzter französischer Landesteile (unten Nr. 1 und 2). Zugleich bereitete Bismarck bereits seine Absichten für den späteren Friedensschluß durch eine verschiedene Verwaltung der okkupierten Provinzen vor. Das Generalgouvernement des Elsasses, um erhebliche Teile von Lothringen (das ganze Mosel- und vom Meurthedepartement die Arrondissements Château-Salins und Sarrebourg) vergrößert, wurde unter dem Generalgouverneur Generalleutnant Grafen von Bismarck-Bohlen[1]) gleich in festere Verwaltung genommen, um es Deutschland dauernd anzugliedern. Der Rest von Lothringen dagegen, unter dem Generalgouverneur General der Infanterie von Bonin, wurde fürs erste nur provisorisch verwaltet: weder Geld- noch Exekutionsmittel noch regelmäßige Sicherungstruppen waren zunächst für ihn angewiesen.

Anfang September, nach Sedan, als das große Hauptquartier schon bis Reims vorgeschoben war, entwarf Bismarck dann einen eingehenderen Plan für die Verwaltung der Provinzen, die er nicht einzuverleiben beabsichtigte. Er schlug vor, an ihre Spitze einen deutschen Fürsten als eine Art Statthalter mit zugleich militärischen und bürgerlichen Befugnissen zu stellen; er dachte dafür bereits an den Großherzog Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin, den damaligen kommandierenden General des XIII. Armeekorps, und an Reims oder später Paris als Sitz seiner Regierung. Unter dem Großherzog-Statthalter, schwebte ihm vor, sollte eine Art Ministerium gebildet werden: mit einem Minister des Innern für sämtliche innere Angelegenheiten, einem Militärkommandanten und einem Minister des Aeußern, dem alle Beziehungen mit der Armeeoberleitung, dem Bundeskanzler, den verbündeten Regierungen, dem Generalgouverneur fürs Elsaß und mit den äußeren Mächten, namentlich Belgien und Holland, sowie mit den französischen Behörden obliegen sollten.

Aber in den nächsten Wochen bis zur Ausführung und in der Ausführung selbst verschob sich der Plan. Der Gedanke eines einheitlichen Statthalters und eines Gesamtministeriums für alle vorübergehend besetzten feindlichen Landesteile wurde fallen gelassen. Der Großherzog von Mecklenburg wurde zwar am 16. September zum Generalgouverneur in Reims ernannt,[2]) aber daneben blieb in Nancy das bisherige Generalgouvernement für Lothringen bestehen, und für die im November und Dezember noch weiter besetzten westlichen und nördlichen Provinzen wurde am 16. Dezember unter dem sächsischen Kriegsminister, Generalleutnant von Fabrice, in Versailles ein weiteres Generalgouvernement errichtet.

Das Reimser Generalgouvernement, aus dem die Mehrheit der folgenden Schreiben stammt, gliederte sich unter dem Großherzog in zwei Hauptabteilungen:

---

[1]) Unter ihm standen der Regierungspräsident von Kühlwetter als Zivilkommissär und die Präfekten Graf Luxburg und Graf Henckel.

[2]) Vgl. das große deutsche Generalstabswerk über den Deutsch-Französischen Krieg 1870/71, Teil II, Anlage 66.

Digitized by Google

das (militärische) Generalkommando und die Zivilabteilung, an deren Spitze der bayerische Gesandte Graf Karl von Taufkirchen[1]) und der Landrat Prinz Karl von Hohenlohe-Ingelfingen als Zivilkommissäre standen. Dem letzteren sollten Polizei, Personalfragen und Finanzen, dem ersteren die auswärtigen Angelegenheiten, Justiz, Kultus, Gesundheitswesen, Handel, Verkehr und öffentliche Arbeiten unterstehen.[2])

Ueber die wichtigsten Aufgaben der provisorischen Verwaltung werden die folgenden Aktenstücke selbst sprechen. Sie zeigen deutlich die ursprüngliche deutsche Absicht weitgehender fürsorglicher Schonung von Land und Volk, und sie zeigen auch, wie die neue Kriegführung Frankreichs nach Sedan diese Schonung mehr und mehr erschwerte und die deutsche Verwaltung zu immer härteren Maßregeln zwang. Daß Bismarck, nachdem der Krieg einmal in diesen zweiten Abschnitt getreten war, für unerbittliche Strenge und rücksichtsloses Durchgreifen auf allen Gebieten war, ist keinem Leser der Tagebuchblätter von Moritz Busch neu. Wie billig und mild aber die deutsche Verwaltung mit Bewußtsein trotz allem dennoch geblieben ist, beweist der Schlußbericht des Zivilkommissärs Graf Taufkirchen über seine Tätigkeit an König Ludwig II. von Bayern (Nr. 10): er stellt darin fest, daß der nationale Wohlstand der besetzten Gebiete, von den eigenen französischen Verwüstungen rund um Paris abgesehen, noch nicht berührt sei und daß sich das Land nach Eintritt des Friedens in nicht langer Zeit erholen werde. —

Rechtschreibung und Zeichensetzung der Vorlagen sind modernisiert, die bloßen Höflichkeitsformeln am Anfang und Ende von Nr. 3, 4 und 10 gestrichen.

1. Instruktion für den Generalgouverneur okkupierter feindlicher Landesteile[3])

1. Der Generalgouverneur eines okkupierten feindlichen Landesteils übt die gesamte administrative und militärische Gewalt in diesem Gebiete aus. Mit einer strengen Handhabung seiner Befugnisse hat der Generalgouverneur die tunlichste Schonung des Landes und der Einwohner zu vereinigen.

2. Die Autorität der feindlichen Staatsgewalt tritt in dem Bereiche des Generalgouverneurs außer Kraft und an deren Stelle die militärische Autorität desselben.

---

[1]) Vgl. über ihn meine beiden Aufsätze „Die Taufkirchensche Mission nach Berlin und Wien. Bayern, Deutschland und Oesterreich im Frühjahr 1867" in der Riezler-Festschrift (1913, Perthes), und „Bismarck und Ludwig II. im September 1870" in der Historischen Zeitschrift Bd. 111.

[2]) Nach der „Vorläufigen Geschäftsinstruktion des Großherzogs von Mecklenburg vom 28. September 1870".

[3]) Diese Instruktion ist bereits im deutschen Generalstabswerk, Teil I, Anlage 54 veröffentlicht. Ich gebe sie hier, des Zusammenhangs wegen, noch einmal wieder, nach einer gleichzeitigen amtlichen Abschrift.

Digitized by Google

Die Instruktion vom 25. Juli cr. für die Befehlshaber von Okkupationstruppen in einem feindlichen Gebiete gewährt in dieser Beziehung auch für den Generalgouverneur den erforderlichen Anhalt zur Ausübung der militärischen Gewalt.

Der Generalgouverneur disponiert über alle diejenigen in seinem Bereiche aufgestellten Truppen, welche einem Armeeverbande nicht angehören.

3. Für die Ausübung der administrativen Gewalt hat der Generalgouverneur sich des unter ihn gestellten Zivilkommissärs und durch diesen der Zivilverwaltungsbehörden seines Bezirks zu bedienen. Werden geeignete Zivilverwaltungsbehörden nicht vorgefunden, so hat der Generalgouverneur dieselben einzusetzen.

4. Die administrative Tätigkeit des Generalgouverneurs und seiner Organe erstreckt sich zunächst auf die Forterhebung sämtlicher Staatsabgaben, die für die Kasse des Generalgouvernements zu vereinnahmen und, soweit sie nicht für diesseitige Zwecke verwendet werden, an die Generalkriegskasse abzuführen sind.

5. Es obliegt ferner dem Generalgouverneur die Handhabung der landesüblichen polizeilichen Vorschriften, soweit dieselben mit den militärischen Interessen vereinbar sind.

Die Zivilgerichtsbarkeit wird nach den Landesgesetzen ausgeübt.

6. Der Erhaltung aller für die Verbindung der Armeen in Betracht kommenden Kommunikationen ist besondere Sorgfalt zu widmen.

7. Dem Generalgouverneur wird die Befugnis beigelegt, den Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverkehr des Publikums zu überwachen, zu regeln und nach Ermessen vollständig oder teilweise zu sistieren.

8. Kontributionen und Requisitionen werden in dem okkupierten Gebiete durch den Generalgouverneur nach eignem Ermessen oder auf Ansuchen des Generalintendanten der Armee ausgeschrieben und nach seinen Anordnungen ausgeführt. Die Höhe der in dem Bereiche der Generalgouverneure etwa festzusetzenden Verpflegungsgelder ist von demselben mit dem Generalintendanten zu vereinbaren.

9. Am 1. und 15. jeden Monats ist Mir ein Bericht über den Gang und die Resultate der Verwaltung, über besondere Ereignisse und Maßregeln ꝛc. zu erstatten.

Pont à Mousson, den 21. August 1870.

(gez). Wilhelm.

(gegengez.) Graf v. Bismarck, v. Roon.

2. Instruktion für den Zivilkommissär beim Generalgouvernement okkupierter feindlicher Landesteile

1. An die Stelle der feindlichen Staatsgewalt in den okkupierten Landesteilen tritt für den Bereich des Generalgouvernements die militärische Autorität des Generalgouverneurs. Unter dieser Autorität wird auch die administrative Gewalt gehandhabt, zu deren Ausübung der Zivilkommissär dem Generalgouverneur unterstellt ist.

Digitized by Google

2. Demgemäß hat der Zivilkommissär die gesamte Zivilverwaltung zu leiten und allen Zweigen derselben seine Fürsorge zuzuwenden. Insbesondere wird er für die Forterhebung aller Steuern und Abgaben sowie den Fortbezug aller sonstigen Einnahmequellen aus Staatseigentum, Staatsnutzungen, Anstalten jeder Art Sorge tragen, auf energische Handhabung der bestehenden oder nötig werdenden polizeilichen Vorschriften, auf einen geregelten Gang der departementalen und lokalen Administration, auf die ungestörte Pflege der Zivilgerichtsbarkeit und die Regelung des Eisenbahn- und Straßenverkehrs Bedacht nehmen. Er wird die für die Institutierung der diesseitigen Autorität und die Durchführung der diesseitigen militärischen und politischen Aufgaben notwendige Energie mit der wünschenswerten Schonung des Landes und seiner Bewohner zu vereinigen haben.

3. Der Zivilkommissär beruft dasjenige Beamtenpersonal, dessen er zur Wahrnehmung und Erfüllung seiner Befugnisse bedarf; dasselbe ist ihm untergeben.

4. Er ist verpflichtet, in reger Verbindung mit dem Generalgouverneur zu stehen, diesen fortlaufend in Kenntnis über den Zustand der Verwaltung im allgemeinen zu halten, ihn von allen wichtigen Vorkommnissen zu benachrichtigen und in allen Fällen, in welchen die Aufrechterhaltung der diesseitigen Autorität es erfordert, den nötigen Schutz und die zur exekutorischen Durchführung getroffener Anordnungen erforderliche Machthilfe bei ihm zu beantragen.

5. Alle Verfügungen des Generalgouverneurs, welche das Ressort der administrativen Gewalt berühren, gehen an den Zivilkommissär, welcher zu ihrer Ausführung das Weitere veranlaßt. Sollten dieser erhebliche Bedenken entgegenstehen, so hat er dieselben sofort dem Generalgouverneur vorzutragen und dessen Entscheidung herbeizuführen.

6. In den Fällen, in welchen der Generalgouverneur nach § 3 der Allerhöchsten Instruktion für den Generalgouverneur vom 21. August cr. von seinem Rechte, Zivilbehörden einzusetzen, Gebrauch machen muß, geschieht dies nach Anhörung und auf Vorschlag des Zivilkommissärs.

7. Die französischen Präfekten und, soweit erforderlich, auch die Unterpräfekten sind durch diesseits zu berufende deutsche Beamte zu ersetzen. Die übrigen französischen Beamten, namentlich die der Verwaltung, der Polizei, der Gerichte, der Staatsanwaltschaft, die maires und maires adjoints können in ihren Aemtern und Funktionen verbleiben, es sei denn, daß sie ein ungehorsames oder unwillfähriges oder unzuverlässiges Verhalten erkennen lassen. In allen solchen Fällen wird dem Zivilkommissär deren unnachsichtliche Entlassung, unbeschadet ihrer strafrechtlichen Verfolgung, und ihre Ersetzung durch zuverlässige Beamte zur Pflicht gemacht.

8. Alle Beamte im Ressort der administrativen Gewalt sind die Untergebenen des Zivilkommissärs. Er handhabt die Disziplinargewalt über dieselben. Ihre Berichte, Meldungen und Anträge gehen an ihn zur Entscheidung oder zur weiteren Vorlage an den Generalgouverneur, falls sie zugleich das militärische oder höhere politische Interesse berühren.

Digitized by Google

9. Soweit nicht die Sicherheit und das Interesse der Okkupation Ausnahmen bedingen und insbesondere soweit nicht in Gemäßheit der Allerhöchsten Instruktion vom 25. Juli cr.[1]) die Strafgerichtsbarkeit und der Erlaß materieller strafrechtlicher Bestimmungen den Militärbehörden und Militärgerichten zustehen, werden die bestehenden Einrichtungen beibehalten und wird die gesamte Verwaltung nach den in Geltung stehenden Landesgesetzen gehandhabt.

Bar le Duc, den 26. August 1870.

(gez.) Wilhelm.

3. Zivilkommissär Graf Tauffkirchen an Legationsrat Graf Hatzfeld,[2]) 8. Oktober 1870

Reims, den 8. Oktober 1870.

Ich benütze die mir gegebene Erlaubnis, um über die Verhältnisse des hiesigen Generalgouvernements und Zivilkommissariats Ihnen einige Notizen zu geben.

Die Zweiköpfigkeit des letzteren hat ihre Schwierigkeiten im Gefolge. Bei so verwirrten Verhältnissen wie die gegenwärtigen, ist eine Ausscheidung der einzelnen Fragen nach Ministerien nahezu eine Unmöglichkeit und, insoweit Verschiedenheit der Auffassung zwischen den beiden Zivilkommissären besteht, eine praktische Erledigung äußerst schwierig. Doch versuche ich, soweit irgend möglich, mich in die geschaffene Lage zu finden und die Entente aufrechtzuerhalten.

Nicht geringere Schwierigkeit bietet der Umstand, daß in Nancy ein Gouvernement unter ganz gleichen Verhältnissen sich befindet, mit welchem bezüglich der prinzipiellen Fragen womöglich in Uebereinstimmung verfahren werden sollte. Der Gedanke eines über den außer Elsaß bestehenden Generalgouvernements stehenden Statthalters oder der Bildung eines einzigen Generalgouvernements wäre für Gleichheit der Einrichtungen sehr dienlich gewesen. Doch wir halten gut Haus mit Graf Villers[3]) — solange wir seine Ansicht adoptieren.

Im allgemeinen muß ich darauf aufmerksam machen, daß im Hauptquartier die Leistungsfähigkeit der okkupierten Provinzen überschätzt wird. Nicht als ob der Vermögensstock zu erheblichen Leistungen fehlen würde: was fehlt, sind erstens die Lebensmittel, Naturalprästationen, welche namentlich durch die in allen Departements auftretende Rinderpest in bedenklicher Weise verringert werden, und zweitens die Zirkulation des Geldes, ohne welche die erheblichen, in Aussicht gestellten Kontributionen nicht werden aufgebracht werden können.

Der Punkt, welcher meine Aufmerksamkeit vorwiegend beschäftigt und welcher zwar direkt meinen Kollegen, den „Finanzminister" Prinzen Hohenlohe, indirekt aber wegen der damit eng verknüpften Interessen der Industrie und des Verkehrs

---

[1]) Siehe oben S. 321.

[2]) Graf Paul Hatzfeld, der spätere Botschafter, damals Wirklicher Legationsrat beim Bundeskanzleramt im Großen Hauptquartier Versailles.

[3]) Regierungsvizepräsident Graf v. Villers, Zivilkommissär im Generalgouvernement Lothringen.

Digitized by Google

auch meine Sparten berührt, ist die Steuerfrage, und erlaube ich mir im allgemeinen Ihre Aufmerksamkeit hierauf um so mehr zu lenken, als, wie ich höre, der Vater des Gedankens der Aufhebung aller indirekten Steuern,[1]) Geheimrat Olberg in Nancy, seine Stelle niedergelegt hat und der hiesige Steuerkommissär, Regierungsrat Pochhammer, noch nicht eingetroffen ist.

Der Versuch, von jeder Gemeinde monatlich 2 Franken pro Kopf zu erheben, wird, selbst wenn er mit äußerster Härte durchgeführt wird, nur sehr teilweise gelingen. Es gibt arme Gemeinden mit sehr zahlreicher Bevölkerung, welche größtenteils von der Hand in den Mund lebt und solche Summen entschieden nicht aufbringen kann.

Wird die Verteilung der Kopfsteuer auf weitere Bezirke, Kantone oder Arrondissements ausgedehnt, so leben die Schwierigkeiten, denen man aus dem Wege gehen wollte, bezüglich der Verteilung zum großen Teile wieder auf. Unter solchen Umständen wäre wohl zu erwägen, ob es gut ist, an dem Prinzip des Aufgebens aller indirekten Besteuerung starr festzuhalten. Es ist unter diesen Steuern insbesonders eine, welche eine Einnahmsquelle bilden würde, wie sie unter den gegebenen Verhältnissen nicht leichter und ergiebiger gedacht werden kann; es ist dies die Besteuerung der Runkelrüben-Zuckerfabrikation. Im Departement de l'Aisne allein werden im Durchschnitt während der Fabrikationsmonate Oktober, November, Dezember zirka 60 000 000 Kilogramm Zucker erzeugt, und die Steuer beträgt 42 bis 47 Franken per 100 Kilogramm.

Ein Teil dieser Summe ging allerdings nicht direkt durch die in andern, noch nicht besetzten Departements gelegenen Raffinerien ein. Es könnte aber jedenfalls ein Modus gefunden werden, nach welchem ein ganz erheblicher Bruchteil der sich nach obiger Rechnung entziffernden Summe von 25 Mill. von den Fabriken selbst bei Ausgang des Zuckers erhoben würde, und würde es genügen, zu diesem Zwecke ein paar Dutzend Zuckersteuer-Beamte vom Rhein oder aus dem Magdeburgischen kommen zu lassen und die Garnison des Bezirks etwas zu verstärken.

Um in dieser Richtung nichts zu versäumen, habe ich auf verschiedene Eingaben von Zuckerfabrikanten das anliegende Zirkular erlassen.

Ganz direkt berührt meine Geschäftssparte eine andre, nicht minder wichtige Frage. Es ist die Tätigkeit der französischen Gerichte. Der Herr Bundeskanzler schärfte mir beim Abgang ein, nicht viel zu fragen. Hier handelt es sich aber um so weitgehende und sicherlich in den beiden Generalgouvernements von Nancy und Reims gleichmäßig zu regelnde Fragen, daß ich zum mindesten versuchen will, eine Direktive zu erhalten. Ich habe deshalb meine Schmerzen und Vorschläge in dem offen anliegenden Briefe an Herrn Grafen Bismarck niedergelegt

---

[1]) Der Mangel an Beamten hatte es schwer und vielfach unmöglich gemacht, die indirekten Abgaben weiter zu erheben. Man versuchte deshalb, namentlich in der ersten Zeit, sie durch eine Kopfsteuer zu ersetzen, deren Höhe nach dem Steuerertrag von 1869 bemessen wurde.

Digitized by Google

und überlasse es ganz Ihrem Ermessen, ob und bei welcher Gelegenheit Sie dieselben ihm vorlegen wollen oder nicht.[1]) Ich bitte nur, darüber, was Sie beschlossen und was Sie mir raten, allenfalls telegraphische Antwort mir zugehen zu lassen. So lange lasse ich die Lückenbüßer liegen, die ich im Verneinungsfalle versuchen müßte.

Ich bitte, mich Herrn v. Abeken und Herrn v. Keudell[2]) angelegentlichst zu empfehlen.

4. Legationsrat Graf Keudell an Zivilkommissär Graf Tauffkirchen, 17. Oktober 1870

Versailles, den 17. Oktober 1870.

Mit Bezug auf Ihr an den Herrn Bundeskanzler gerichtetes gefälliges Schreiben vom 8. d. M. bin ich beauftragt, Ihnen ergebenst mitzuteilen, daß nach Ansicht des Herrn Chefs ein Stillstand der französischen Gerichte in der jetzigen Lage durchaus nicht unerwünscht erscheint und für uns deshalb kein Grund vorliege, in bezug auf die Eingangsformel „au nom de l'Empereur" irgendwelche Konzession zu machen. Die Interessen unsrer Landsleute sind durch die Kriegsgerichte auch gegen die Franzosen geschützt; und wenn Franzosen unter sich rauben und morden, ohne daß die Gerichte sich in der Lage sehen, einzuschreiten, so ist dies ein Zustand, der in der Bevölkerung den Wunsch nach Beendigung des Krieges steigern muß, und das brauchen wir, die Leute müssen sich regen und die Machthaber zum Frieden drängen. Deshalb gar keine Justiz.[3]) So die hiesige Auffassung.

Ihre sehr interessanten Mitteilungen wegen der Rinderpest[4]) habe ich stets sofort dem Herrn Generalintendanten mitgeteilt, der Herr Bundeskanzler hat abgelehnt, auf die Sache seinerseits einzuwirken, da er sie nicht vollständig übersehen könne und andre Geschäfte ihm unmöglich machen, in die Intendantur-Verwaltung hineinzusteigen; und nur von dieser Seite sei die Frage aufzufassen.

Ich empfehle ganz ergebenst, in allen einschlagenden Fragen geneigtest direkt mit Kriegsministerium oder der ihm untergebenen Generalintendantur verhandeln zu wollen.

Die politischen Verhandlungen in der deutschen Verfassungsfrage scheinen, soweit ich davon erfahre, Erfolg zu versprechen.

Eiligst.

---

[1]) Vgl. den folgenden Brief.

[2]) Heinrich Abeken und Graf Robert v. Keudell, damals Wirkliche Geheime Legationsräte beim Bundeskanzleramt in Versailles.

[3]) Nur im Generalgouvernement fürs Elsaß wurden auch für Vergehen der Bewohner untereinander ständige Kriegsgerichte eingerichtet, die mit Staatsprokuratoren aus Deutschland besetzt wurden. — Vgl. auch unten Nr. 10.

[4]) Vgl. unten Nr. 10.

Digitized by Google

5. Bismarck an Generalgouverneur Graf v. Bismarck-Bohlen in Straßburg, 8. November 1870

Nr. 2. Versailles, den 8. November 1870.

Euer pp. erwidere ich auf den gefälligen Bericht vom 2. d. M., betreffend die Form der Rechtsprechung, daß ich mich mit der Formel au nom du peuple français oder de la nation française nicht einverstanden erklären kann, weil in derselben Aussicht auf die Fortdauer der Zugehörigkeit des Elsaß zu Frankreich gefunden werden würde, während wir das Interesse haben, die Bewohner des Elsaß und das französische Volk an die Vorstellung zu gewöhnen, daß die faktisch eingetretene Trennung eine unwiderrufliche sei. Wenn die Gerichtsbehörden sich nicht zur Annahme der Formel au nom de la loi verstehen wollen, so wird es bei dem Institium verbleiben müssen, dessen Nachteile übrigens helfen werden, den Frieden wünschenswert zu machen.

Den Ersten Präsidenten des Appellhofes in Kolmar und den Generalprokurator, welche die Untergerichte angewiesen haben, die Rechtspflege im Namen der französischen Republik auszuüben, bitte ich aus dem Bereiche des Generalgouvernements auszuweisen.

(gez.) v. Bismarck.

6. Bismarck an Generalgouverneur v. Bonin in Nanzig, 10. November 1870

Versailles, den 10. November 1870.

Aus Ihrem halbmonatlichen Immediatbericht vom 1. d. M. entnehme ich, daß Euer pp. in den Staatsforsten über die französischen Wirtschafts- und Hauungspläne hinauszugehen Bedenken tragen, um eine Devastierung der Wälder zu vermeiden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir nach Völkerrecht und Kriegsgebrauch keine Verpflichtung haben, die Staatsforsten nach den Betriebsplänen des Feindes oder überhaupt wirtschaftlich zu benutzen, vielmehr das Recht, die Forsten wie alles andre Staatseigentum der Befriedigung unsrer Bedürfnisse dienstbar zu machen, selbst bis zur völligen Vernichtung oder Veräußerung der Eigentumsobjekte. Der große Aufwand, den der Krieg uns verursacht, neben dem geringen Ertrage, den die okkupierten Landesteile bis jetzt liefern, macht es uns zur Pflicht, von jenem Recht einen ausgiebigen Gebrauch auch in betreff der Forsten zu machen. Euer pp. ersuche ich daher ergebenst, jede Gelegenheit zur Versilberung des Holzes zu den unter den obwaltenden Umständen zu erwartenden Preisen zu benutzen und dergleichen Gelegenheiten aufsuchen zu lassen und der Abfuhr und Flößung der veräußerten Hölzer nach Möglichkeit Vorschub zu leisten.

(gez.) v. Bismarck.

Digitized by Google

7. Bismarck an Generalgouverneur Generalleutnant v. Rosenberg-Gruszczynski[1]) in Reims, 11. November 1870

Versailles, den 11. November 1870.

... Ich bin ganz damit einverstanden, daß der Bezug von Steinkohlen aus den königlichen Gruben des Saarbrücker Reviers, soweit das ohne Geldopfer unserseits geschehen kann, erleichtert werde, und habe den Herrn Handelsminister ersucht, die Bergwerksdirektion in Saarbrücken dahin anzuweisen, daß den mit Eurer Exzellenz Legitimation versehenen Personen die gewünschten Quantitäten sobald als möglich gegen marktgängigen Preis abgegeben werden.

Eure Exzellenz wollen diese Personen zugleich mit einem Sauf-conduit rücksichtlich der Kohlen versehen, damit dieselben unterwegs gegen Requisitionen der Militärbehörden geschützt sind.

Solange Châlons, Reims und andre Industriesitze militärisch so schwach wie gegenwärtig besetzt sind, werden wir die Stimmung der dortigen Bevölkerung aus dem Gesichtspunkte der militärischen Sicherheit beachten müssen.

Sollten Eurer Exzellenz Wahrnehmungen demnach zu Besorgnissen Anlaß geben, so bitte ich zu erwägen, ob es sich nicht empfiehlt, einige Hundert oder einige Tausend Arbeiter, namentlich die Rädelsführer und Schreier, festnehmen und nach Deutschland transportieren zu lassen.

Da einstweilen die vorhandenen militärischen Kräfte zu solchen Maßregeln nicht ausreichen, so würde, wenn nicht ein gelegentlicher Durchmarsch sie gewährt, ein ausdrücklicher Antrag zur Vorbereitung einer derartigen Expedition hierher zu richten sein, indem ich hoffe, daß die vor Metz disponibel werdenden Streitkräfte in einigen Tagen die Möglichkeit zu solchen Maßregeln gewähren werden. Sobald gütliche Mittel zur Erhaltung der Ordnung uns ohne unverhältnismäßige Opfer nicht mehr zu Gebote stehen, wird eine unzufriedne Arbeiterbevölkerung von 10000 oder 40000 Menschen ebensowohl Objekt kriegerischer Operationen werden müssen, wie jede andre Ansammlung feindlicher Elemente.

Ueber die Formel, mit welcher die Erkenntnisse einzuleiten, habe ich mich in dem abschriftlich anliegenden Erlaß an den Generalgouverneur des Elsaß[2]) ausgesprochen. (gez.) v. Bismarck.

8. Generalgouverneur v. Rosenberg-Gruszczynski an Bismarck, 17. November 1870

Reims, den 17. November 1870.

Euer Exzellenz Telegramm vom 12. und Schreiben vom 14. d. M. bezüglich der Preßausschreitungen zu Epernay sind mir richtig zugekommen, und beehre ich mich, hierüber folgendes ganz ergebenst zu berichten.

---

[1]) Vom 22. Oktober 1870 bis zum 10. Januar 1871 Stellvertreter des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin im Generalgouvernement von Reims.

[2]) Oben Nr. 5.

Digitized by Google

Die beiden Geranten und Redakteure des „Echo Sparnacien", Herren Bouillin und Menu, sind am 12. d. M. zu Haft gebracht worden und gegenwärtig in Epernay detiniert. Dieselben sind Mitglieder des Gemeinderates zu Epernay und haben bisher mit Ausnahme der Haltung ihres Blattes sich der Okkupation nicht feindlich gezeigt, im Gegenteil als Mitglieder der Evakuationskommission und bei Aufbringung der zahlreichen Requisitionen eifrige und ersprießliche Dienste geleistet, was der Etappenkommandant zu Epernay in seinem Berichte hervorgehoben hat.

Wird erwogen, daß, wie Eure Exzellenz selbst hervorheben, dieses Blatt und namentlich die Nummer vom 2. November unter der Zensur der deutschen Behörde und durch diese gedeckt, veröffentlicht worden ist, so glaube ich hoher Erwägung ganz ergebenst unterstellen zu sollen, ob nicht zurzeit von der den Betroffenen sehr empfindlichen Maßregel der Internierung in einer deutschen Festung noch abgesehen und eine dringende Verwarnung unter Einziehung einer erheblichen Kaution für ferneres Wohlverhalten — etwa 50000 Franken — für hinreichend erachtet werden könnte.

Zu diesem Vorschlage bestimmt mich wesentlich die Erwägung, daß eine solche Einschreitung (Internierung) unter den gegebenen Verhältnissen wohl die meisten Redakteure des Generalgouvernements zur Einstellung ihrer Tätigkeit bestimmen würde, während überwiegende Gründe für Fortdauer dieser Publikationen unter genügenden Kautelen sprechen.

Es ist bei dem Mangel von der französischen Sprache mächtigen Polizeiorganen geradezu unmöglich, das Kolportieren und Zirkulieren falscher Nachrichten in den okkupierten Provinzen zu verhindern. Das Eingehen der Zeitungen würde das Signal für Auftauchen von Winkelblättern aller Art sein, welche den Interessen der Okkupation jedenfalls schädlicher sein würden als die unter offizieller Kontrolle erscheinenden Zeitungen.

Es steht demnach zu wünschen, daß Maßregeln, welche das Forterscheinen dieser Zeitungen unmöglich machen, zurzeit noch vermieden und unter Verschärfung der bezüglich der Zensur bisher erteilten Instruktionen die Möglichkeit gewahrt bleibe, in demselben Blatte neben den französischen die offiziellen und wahrheitsgemäßen deutschen Berichte abdrucken zu lassen, welche schon bis jetzt einen ernüchternden Eindruck zu machen nicht verfehlt haben.

Gleichzeitig mit dieser Verschärfung der bezüglich der Zensur und insbesondere des Abstrichs aller auf bewaffneten Widerstand und sonstigen Ungehorsam gerichteten Aufforderungen zu erlassenden Instruktionen wird eine Aenderung in der Person des zu Epernay mit dieser schwierigen Aufgabe bisher betrauten Beamten erfolgen, und werde ich mich beehren, Euer Exzellenz hierüber besonderen Bericht zu erstatten.

Bezüglich des zur Niederhaltung von Widerstandsversuchen zu beobachtenden Verfahrens habe ich, sobald mir bestimmte Andeutungen über feindselige Machinationen gewisser Personen zugekommen sind, nicht verfehlt, deren Entfernung, sei es durch Ausweisung, sei es in schwereren Fällen durch Internierung in

Digitized by Google

Deutschland, anzuordnen, und ist insbesondere gestern eine solche Maßregel bezüglich dreier Personen in Reims ausgeführt worden, welche heute morgens zur Internierung nach Magdeburg abgeliefert wurden.

Ebenso werde ich nicht verfehlen, in jedem Falle wirklichen Ungehorsams, Widerstands oder gar Angriffs mit schonungslosester Strenge und Energie zu verfahren. Würde jedoch, hierüber hinausgehend, der Transport französischer Zivilpersonen nach Deutschland als reines Präventiv- und Schreckungsmittel angeordnet, so kann ich mir die Bedenken gegen günstigen Erfolg einer solchen Maßregel nicht verhehlen. Ob die okkupierten Provinzen einen solchen Einfluß auf die Regierungen von Tours und Paris und auf die öffentliche Meinung im übrigen Frankreich zu üben vermögen, daß deren Wünsche nach Friedensschluß entscheidend für die dortigen Entschlüsse in die Wagschale fallen, scheint mir nach den bisherigen Erfahrungen nicht unzweifelhaft, und ist andrerseits die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß durch solche Maßregeln die Meinung, nur durch allgemeinen Aufstand und Nationalkrieg könne die Okkupation beseitigt und der Krieg zu für Frankreich günstigem Ende geführt werden, in den okkupierten Provinzen einen Boden und Umfang gewinnen, welchen sie unter dem bisher beobachteten System nicht gefunden hat.

Indem ich diese mit den Anschauungen der sämtlichen Präfekten der dem Generalgouvernement unterstehenden Departements übereinstimmenden Erwägungen dem hohen Ermessen Euer Exzellenz unterstelle, sehe ich bezüglich der Internierung der Geranten des „Echo Sparnacien" in Epernay weiterer hoher Entscheidung entgegen und werde bis dahin deren Haft in Epernay fortdauern lassen, kann indes nicht umhin, hinzuzufügen, daß durch die Inhaftierung der beiden Redakteure das Journal „Echo Sparnacien" als unterdrückt anzusehen ist.

9. Bismarck an Generalgouverneur v. Rosenberg-Gruszczynski in Reims, 22. November 1870

Versailles, den 22. November 1870.

Euer Exzellenz halbmonatlicher Bericht vom 15. d. M. hat sich gekreuzt mit meinem Erlaß vom 11. d. M. Ich habe daher in betreff der Forstbenutzung nur noch zu bemerken, daß es keinem Bedenken unterliegt, sich vielmehr empfiehlt, in den nahe der Grenze oder sonst für die Abfuhr günstig belegenen Revieren ohne Rücksicht auf irgendwelche Betriebspläne alles Holz zu schlagen, für das sich Absatz findet.

In betreff der Beitreibung der Steuern gebe ich zu erwägen, ob nicht gegen renitente Ortschaften mit Brandschatzungen vorzugehen. Einige wenige Beispiele würden eine weitreichende Wirkung ausüben.

Endlich erlaube ich mir darauf aufmerksam zu machen, daß in dem Generalgouvernement Lothringen eine Einrichtung getroffen ist, welche sich gegen das Unwesen der Franktireurs gut bewährt hat. Es werden Präsenzlisten über die waffenfähige männliche Bevölkerung geführt und für jeden von seinem

Digitized by Google

Wohnsitz Abwesenden eine Geldstrafe von 50 Franken aus seinem Vermögen subsidiarisch von der Gemeinde eingezogen.

(gez.) v. Bismarck.

10. Bericht des Zivilkommissärs Graf Taufkirchen an König Ludwig II. von Bayern, 27. Dezember 1870

München, den 27. Dezember 1870.

Dem mir durch den Flügeladjutanten Eurer Majestät[1]) am 26. d. M. übermittelten Allerhöchsten Auftrage, über meine Funktion als Zivilkommissär der verbündeten Mächte bei dem Generalgouvernement Reims Bericht zu erstatten, komme ich in tiefster Ehrfurcht nach, wie folgt:

Nachdem Eure Majestät durch Telegramm, d. d. Berg, den 18. September l. J., genehmigt hatten, daß ich die mir zu Reims zugedachte Stelle sofort übernehme und dahin abreise, begab ich mich am 19. Morgens nach Bar le Duc, woselbst ich die Geschäfte der Präfektur an einen Stellvertreter übertrug, und von da nach Chateau Ferrières, wo ich Seiner Majestät dem König von Preußen und dem Bundeskanzler Grafen v. Bismarck von Eurer Majestät Entschließung und meiner eignen Bereitwilligkeit zur Annahme der mir zugedachten Stellung Kenntnis gab.

Welche Mitteilungen mir bei dieser Gelegenheit Graf Bismarck bezüglich der Regelung der deutschen Verhältnisse machte, habe ich bereits an anderm Orte umständlich berichtet.[2])

Am 23. September c. erließ Seine Majestät der König von Preußen eine Immediatentschließung, durch welche ich neben dem Prinzen Karl von Hohenlohe-Ingelfingen zum Zivilkommissär des unter der Leitung des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin zu Reims gebildeten Generalgouvernements ernannt und angewiesen wurde, mich sofort auf meinen dortigen Posten zu begeben.

Nach der damals ausgesprochenen Absicht sollte dieses Generalgouvernement die sämtlichen Departements umfassen, welche von den verbündeten Truppen besetzt und den Generalgouvernements Elsaß und Lothringen nicht einverleibt waren. Mündlich wurde mir überdies in Aussicht gestellt, daß der Sitz des Generalgouvernements nur ein provisorischer sei und nach der Einnahme von Paris dahin verlegt werden würde.

Schon am 25. September trat ich meine neue Stellung an. Nach den maßgebenden Instruktionen hat der Zivilkommissär die Leitung der gesamten Verwaltung in dem Bezirke des Generalgouvernements und ist ihm hierbei die besondere Aufgabe gestellt, die notwendigen Lasten des Kriegs und die Anforderungen des Kriegsdepartements durch gerechte Verteilung in einer Weise zur Erhebung zu bringen, durch welche dem Land und seinen Bewohnern die „tunlichste Schonung" zuteil wird.

---

[1]) Graf Holnstein.

[2]) Vgl. meinen oben erwähnten Aufsatz „Bismarck und Ludwig II. im September 1870".

Digitized by Google

Mit Rücksicht auf den weiten Umfang des Verwaltungsbezirks, welcher zur Zeit meines Amtsantritts nahezu dem des Königreichs Bayern gleichkam, und auf die Wichtigkeit, welche gerade diese Departements durch ihre unmittelbare Berührung mit der vor Paris lagernden Hauptarmee gewannen, schien diese Tätigkeit eine ebenso wichtige als dankbare werden zu sollen.

Ich einigte mich mit meinem Kollegen, dem Prinzen Hohenlohe, insoweit dies bei der an sich unnatürlichen Zweiteilung der einer ganz einheitlichen Leitung bedürfenden Geschäfte des Zivilkommissariats möglich war, über die Geschäftsrepartition, und zwar dahin, daß Prinz Hohenlohe Personalsachen, die Polizei und die Finanzverwaltung und ich die übrigen Sparten, und zwar insbesondere Unterrichts- und Kultussachen, Justizsachen, Gesundheitspflege, Verkehr, Handel, Kommunikation, Post, Eisenbahnen, Telegraphen, endlich sämtliche Preßsachen, politische und auswärtige Angelegenheiten übernahm.

Am 27. September abends traf nach der Einnahme von Toul der Generalgouverneur Großherzog von Mecklenburg in Reims ein, und ist die Zeit, welche er daselbst verbrachte und in welcher ich die Organisation der Verwaltung unter seiner Leitung ins Werk zu setzen suchte, der Lichtpunkt meines Reimser Aufenthaltes.

Die in jene Zeit fallende Ernte des Weins und der Runkelrüben, die bezüglich mehrerer Departements von überwiegender wirtschaftlicher Bedeutung sind, ging, den Anordnungen des Großherzogs entsprechend, mit der größten Ordnung vor sich, und war das Ergebnis derselben ein befriedigenderes, als in diesen Kriegszeiten irgend zu erwarten stand. Die Bevölkerungen standen noch unter dem Drucke der Niederlage von Sedan und begrüßten allgemein mit Freude das Inslebentreten einer geregelten Administrativgewalt an Stelle der unregelmäßigen Weise, mit der sie bisher zu den Kriegskontributionen[1]) und Leistungen herangezogen worden waren.

An der Wiederherstellung der durch die Franzosen auf ihrem Rückzuge zerstörten Verkehrswege, insbesondere der Eisenbahnen und Kanäle, wurde rüstig gearbeitet. Dem allgemein fühlbaren Geldmangel wurde dadurch abgeholfen, daß in den großen Zentren der Industrie die Gründung oder Fortführung von Bankinstituten in jeder Weise unterstützt wurde. Eine geordnete Verwaltung war zwar noch nicht organisiert, aber sie war auf dem besten Wege, die ihr entgegenstehenden Schwierigkeiten zu überwinden. Es war gegründete Hoffnung vorhanden, auf dem betretenen Wege zu günstigen Resultaten zu gelangen, als beinahe gleichzeitig von den verschiedensten Richtungen her Einflüsse eintraten, welche diese Hoffnung zum großen Teile zunichte machten.

Der Großherzog von Mecklenburg, dessen streng rechtliche, wohlwollende Gesinnung in der Bevölkerung allgemeine Anerkennung gefunden hatte, verließ

---

[1]) Jedem Departement wurde außer den Leistungen für die Bedürfnisse des deutschen Heeres eine Kontribution von 1 Million Franken auferlegt, um die Verluste durch die Aufbringung deutscher Handelsschiffe und die Vertreibung deutscher Untertanen aus Frankreich auszugleichen: deutsches Generalstabswerk, Teil II, S. 1380.

Digitized by Google

Reims, um nach der Einnahme von Soissons mit seinem Armeekorps vor Paris zu ziehen.[1]) Die Regierung der nationalen Verteidigung zu Tours begann durch das Organ Gambettas alle Leidenschaften des französischen Volkes aufzuregen und dadurch dem ganzen Krieg einen andern, bisher ungeahnten Charakter aufzustempeln. Greuel geschahen durch die neugebildeten Banden der Franktireurs, insbesondere in den Ardennen. Die Rekrutierung wurde in ganz Frankreich und insbesondere in den okkupierten Provinzen im größten Maßstabe betrieben. Folge dieser Haltung der französischen Machthaber und Bevölkerung war, daß auch im Hauptquartier der verbündeten Mächte das in den ursprünglichen Instruktionen und Proklamationen ausgesprochene System möglichster Schonung der unbewaffneten Bevölkerung verlassen werden mußte, und zwar um so mehr, als die nötige militärische Macht, um die sämtlichen Städte und Straßen im Rücken der Armee genügend zu bewachen, nicht vorhanden war, also die stets zum Aufstand bereite Bevölkerung nur durch die Furcht niedergehalten werden konnte.

Aus diesem Grunde mußte die Zensur verschärft und die Abführung zahlreicher Geiseln nach Deutschland verfügt werden.

War hiermit die Aufgabe der Verwaltung weit entfernt, eine dankbare und angenehme zu sein, so blieben doch gar viele Gelegenheiten über, unnütze Grausamkeiten und Devastationen zu verhindern, Ausgleichung der Lasten zu bewirken, namentlich aber durch Förderung der Industrie und des Handels die Mittel zu neuen Leistungen zu beschaffen und zugleich in den Besitzenden eine Stütze gegen das Proletariat zu gewinnen. Daß es auf diesem Wege gelungen ist, nicht unerhebliche Summen flüssig zu machen, ohne das Stammvermögen anzugreifen, dies ergibt einfach die Tatsache, daß bei dem Abschluß der Gouvernementskasse zu Reims am 10. Dezember eine Einnahme an Steuern, Kontributionen und Strafgeldern im Betrage von zirka 5 000 000 Franken sich auswies, wovon noch nicht 50 000 Franken (1 Prozent) in französischem Gelde, alles übrige in deutschem Gelde einbezahlt worden waren. Auch außerdem ist in den okkupierten Provinzen, mit Ausschluß der Verwüstungen, welche seitens der französischen Behörden rund um Paris erfolgten, der nationale Wohlstand noch nicht berührt, und wenn auch in einzelnen Teilen der Mangel der Kommunikationen die Approviantierung sehr erschwert, so steht doch fest, daß sich das Land nach Eintritt des Friedens in nicht langer Zeit erholen wird.

Eine der schwierigsten Aufgaben meines Amtes war die Bekämpfung der Rinderpest,[2]) welche durch die unsern Armeen nachgeführten Herden eingeschleppt und verbreitet, nach und nach sämtliche okkupierte Departements überschwemmt und großen Schaden angerichtet hat. Schon anfangs September, in meiner Funktion als Präfekt von Bar-le-Duc, hatte ich die Seuche zu bekämpfen, und schon damals berichtete ich ins Hauptquartier, daß bei dem Mangel jeder Polizei

[1]) Vgl. oben Nr. 7.
[2]) Vgl. oben Nr. 4.

Digitized by Google

nur ein Mittel bestehe, die Weiterverbreitung zu hindern und zugleich die nachhaltige Verproviantierung der Armee zu sichern, es sei dies die gänzliche Untersagung der Nachführung lebenden Rindviehs hinter der Armee, unter gleichzeitiger Anlage großer Fabriken von Fleischkonserven. Ich habe diese Ansicht in jeder Weise zur Geltung zu bringen gesucht, und man hat zu spät mir die Genugtuung verschafft, einzugestehen, daß ich recht hatte. Im Augenblick ist die Seuche durch die Winterkälte zum Stehen gebracht; es ist jedoch außer Zweifel, daß sie mit dem Frühjahr wieder neu zum Ausbruch kommen wird.

Eine höchst interessante, wenn auch gleichfalls erfolglose Arbeit war für mich die Regelung der Justizangelegenheiten.[1]) Die französischen Justizbeamten ohne Unterschied der politischen Farbe bestanden darauf, nur im Namen der „Republik" Recht zu sprechen, namentlich weil sie fürchteten, im gegenteiligen Falle nach Beendigung des Krieges ihre Stellung zu verlieren, eine Befürchtung, die in den Beziehungen der deutschen Verwaltung zu französischen Bediensteten überhaupt eine große Rolle gespielt hat.

Da bestimmte Instruktionen des Bundeskanzlers mich hinderten, diese Formel zu dulden, wie solches vor Anerkennung der Republik seitens der deutschen Mächte an sich selbstverständlich war, so versuchte ich dem großen Uebel, welches im gänzlichen Mangel an Rechtspflege liegt, durch besondere transitorische Gesetze abzuhelfen, insbesondere die von altersher in Frankreich eingewurzelte Munizipaljurisdiktion wieder ins Leben zu rufen. Leider gelang es mir nicht, die Genehmigung des Bundeskanzlers für meine Entwürfe zu erlangen, so daß in der Tat in all diesen Provinzen eine Rechtspflege nicht besteht, zur großen Freude aller derer, welche nur durch Furcht vor Strafe sich von Gesetzesübertretungen abhalten lassen.

In dem Maße, in welchem sich die einer geordneten Verwaltung entgegenstehenden Hindernisse als unüberwindlich erwiesen, verminderte sich die den Zivilkommissären noch überbleibende Geschäftsaufgabe, während sich ein Zuwachs durch neue Okkupationen deshalb nicht ergab, weil, von dem ursprünglichen Plan abweichend, ein neues Generalgouvernement aus den inzwischen besetzten nördlichen Departements gebildet wurde.

So kam es, daß, als ich im Dezember zu kurzem Urlaub in Familienangelegenheiten nach der Heimat reiste, ich die verschiedenen Sparten, mit welchen ich betraut war, teils als erledigt, teils als völlig geregelt meinem Kollegen und Stellvertreter übergeben konnte, und als Eure Majestät mir den Auftrag erteilen ließen, mich auf meinen Posten nach Rom zurückzubegeben, nicht nötig hatte, zur Geschäftsübergabe nach Reims zurückzukehren, vielmehr lediglich an Seine Majestät den König von Preußen die Bitte um Enthebung von meiner Funktion stellte, die mir auch in den schmeichelhaftesten Ausdrücken gewährt wurde.

[1]) Vgl. auch oben Nr. 4.

Digitized by Google

Heimwärts über Russisch-Asien

Von

Graf Vay von Vaya und zu Luskod E. A. S. M. — A. P.

IV

Mukden ist unter dem neuen Regime kaum wiederzuerkennen. In Mandschuriens Hauptstadt sind heute überall die Japaner die Herren. Die Eisenbahn, die Gasthäuser, die Beamten — alles ist japanisch. Das Bild der einstigen glänzenden, vornehmen Residenzstadt mit dem goldgelb gedeckten kaiserlichen Palais, mit seinen Mandarinen und den drängenden Volksmassen — wie ich es vor Jahren in diesen Blättern beschrieben habe — entspricht nicht mehr dem heutigen Bilde. Die prunkvollen Farben, der eigenartige Reiz sind für immer verschwunden.

Da ich in Mukden erfuhr, daß der internationale Eilzug bis Peking im ganzen nur zwanzig bis zweiundzwanzig Stunden fährt, wollte ich es nicht versäumen, das einstige mächtige Heim der Khane in seiner heutigen republikanischen Gestalt wiederzusehen. Den berühmten Präsidenten kannte ich noch aus jener Zeit, da er als Gouverneur von Petschili in Tientsin residierte. Seine markante Individualität hat mich schon zu jener Zeit sehr überrascht, und in der Beschreibung, die ich von meinem interessanten Besuche gab, habe ich ihn als den Mann der Zukunft geschildert.[1])

Diese Zukunft ist nun herangerückt. Heute ist Juanschikai Chinas mächtiger Diktator. Denn schließlich ist die Präsidentschaft sowie auch Chinas Republik nur ein leerer Titel. Das Parlament ist eine hohle Illusion, ja es ist sogar für unbestimmte Zeit seines Waltens enthoben. Juanschikai ließ die Verfassung verändern und hat nach eigner Willkür neue Gesetze gegeben. Die Autokratie war niemals vollständiger als heute, und der Herr dieser unbeschränkten Macht ist Juanschikai.

Der Präsident ist mit Leib und Seele Soldat. Als Kind einer vornehmen Familie hat er wider seiner Mutter Willen die militärische Laufbahn betreten, und als Soldat hat er sich von Stufe zu Stufe emporgehoben. Bald an der Seite des jungen Kaisers an der Spitze der neuen Richtung, bald mit der berühmten Kaiserin-Mutter und den Reaktionären gehend, schloß er sich mit seltener Geschicklichkeit immer der erfolgreichen Partei an. Als er endlich das nahende Ende des Kaisertums wahrnahm, trat er den Revolutionären nahe. Auch mit seinem einstigen Feinde, dem liberalen Sun-Yat-Sen, hat er Freundschaft geschlossen.

War seine innere Politik opportunistisch, so zeigte sich auch seine Diplomatie veränderlich. Er war abwechselnd russen- und engländerfreundlich. Die Japaner

[1]) „Kaiser und Kaiserreiche von Asien." Gebr. Paetel, Berlin.

Digitized by Google

scheint er sehr zu fürchten, und er hofft bei den Vereinigten Staaten von Amerika Stütze zu finden. Sein Vorbild ist Napoleon, dessen Porträt in seinem Arbeitszimmer hängt. Und obgleich er sich als der erste Konsul noch nicht krönen ließ, ist Juanschikai dennoch der unbeschränkte Herr über mehr als vierhundert Millionen Chinesen.

Eine Epoche der Umwandlungen ist niemals anziehend. Die alten Institutionen verschwinden, bevor noch die neuen entstanden sind. Alles trägt das Gepräge des Ueberganges. Wie anders ist Peking heute, als ich es einst gekannt hatte! Der prunkhafteste Hof der Welt mit seinen blendenden Zeremonien ist für immer verschwunden. Die fabelhaften Pagoden werden der Reihe nach zu amtlichen Räumlichkeiten umgestaltet. — Das geheimnisvolle Heim des Drachen öffnet sich, um dem grau uniformierten Militär Platz zu geben.

Ich traue mich kaum, die einst so bewunderten Meisterwerke aufzusuchen; wohin ich auch komme, überall finde ich Zerstörung und Umänderungen. Das rätselhafte Heiligtum der Erde verwandelte man in eine öffentliche Promenade, und beim Altar des Himmels erstreckt sich der neue Lawn-Tennisplatz. In den stolzen Tataren- und belebten chinesischen Stadtteilen finde ich zu meiner Ueberraschung jeden Tritt und Schritt eiserne Säulen, im Bau begriffene Zementhäuser. Die fortwährenden Gegensätze, die verblüffenden Anomalien wirken überraschend, hier, wo einst alles im wunderbarsten Einklang war. Die uralte Kultur ist zusammengebrochen. Nur hier und da finden wir zwischen den Ruinen noch leuchtenden Schutt und Trümmer, aber selbst diese Bruchstücke sind immer noch staunenswert und legen beredtes Zeugnis ab von der einstigen Größe und Kraft dieses Volkes, und was besonders stark geblieben ist bis auf den heutigen Tag, auch inmitten der vollkommenen Desorganisation, das ist die Rasse selbst als solche. Mag das Vorurteil betreffs des Volkes wie immer allgemein sein, so kann ich doch nicht unerwähnt lassen, daß es, selbst vernachlässigt und im Elend, dennoch Beweise seiner großen Eigenschaften gibt.

Während meines Aufenthaltes in Peking hatte ich auch die traurige Erfahrung zu machen, daß sehr viele meiner einstigen Bekannten verschwunden sind. Ein Teil der Hofleute flüchtete nach Tientsin, Schanghai oder Hongkong. Viele kehrten auch nach ihren Heimatstädten zurück. Noch mehr jedoch gingen zugrunde und starben während der Aufstände. Manche Viertel der Stadt, wo einst die luxuriösesten Paläste standen, sind gänzlich verfallen und ausgestorben. Es ist mir fast leid, Peking in so kläglichem Zustande wiedersehen zu müssen.

Wann dieser Schutthaufen wieder aufgebaut und Chinas Hauptstadt ihre einstige Bedeutung und ihren Glanz wieder erreichen wird, das hängt in erster Reihe von der Konsolidierung der politischen Verhältnisse ab. Wird auch das Emporblühen noch einige Zeit in Anspruch nehmen, ausbleiben wird es keinesfalls. Die Lebenskraft des Volkes und der unerschöpfliche Reichtum des Landes bieten dazu die vollste Garantie. All diejenigen, die das Riesenreich bereisten und denen das seltene Talent und der Fleiß des Volkes bekannt sind, werden

Digitized by Google

auch während der heutigen Verwicklungen und Erschütterungen die — wenn auch noch ferne, jedoch sichere — Zukunft nicht bezweifeln.

Wie lange es noch dauern wird, bis diese riesenhafte Volksmasse sich organisiert und eine Machtstellung errungen haben mag, das läßt sich jetzt noch nicht bestimmen. In Anbetracht der heutigen schnellen Entwicklung der Ereignisse und der Umwandlung Japans glauben wir, daß, sobald die Idee gereift ist und die Bewegung begonnen hat, die Strömung unaufhaltsam vorwärts drängen wird. Sollte sich China einmal wieder zum Militärstaat entwickeln, so wird auch seine Macht entscheidend werden. Die Großmacht Asiens wird, wie in der Vergangenheit, auch in der Zukunft China sein.

V

Die Grenzstation der Züge gegen Sibirien heißt Mandschuria. Hier finden die Zoll- und die Paßrevisionen statt. Daß wir uns auf russischem Gebiet befinden, zeigt außer den auf dem Perron weilenden Kosaken auch der starke Ledergeruch, jenes Parfüm von Fischtran, Unschlitt und Leder, welches uns in Dorf und Stadt, zwischen Hütten und Palästen überall begegnet. Es ist dies ein eigner Geruch, der sich in jeden Gegenstand einfrißt, ja selbst in unser Gedächtnis, so daß er, wenn man ihn einmal empfunden hat, durch die Ideenverbindung unwillkürlich auf alles, was moskowitisch ist, bezogen wird.

Statt in dem internationalen Schlafwagenzug, den ich versäumte, setze ich meine Fahrt in dem russischen Eilzuge fort. Auch dieser besteht aus breiten und bequemen Korridorwagen. Sein Publikum aber ist viel interessanter, da er statt fremde Touristen lauter heimische Typen aufweist. Zumeist Offiziere und Beamte haben die erste Klasse besetzt, in der zweiten findet man Kaufleute, Unternehmer und Bürgersleute. Am interessantesten jedoch ist die dritte Klasse, wo die verschiedensten Elemente in friedlichstem Einklang beisammen sind. Freundschaftlich teilen sie die Wagen, wo sie sich mit ihrem Hab und Gut häuslich einrichten.

Ein solcher russisch-asiatischer Zug gleicht eigentlich auch heute noch einer Karawane. Der Unterschied gegen früher besteht im ganzen darin, daß diese sich mittels Rädern auf Schienen bewegt. Die Reisenden jedoch nehmen auch heute noch ihr ganzes Eigentum mit, so wie einst, Bettzeug, Samowar, Küchengeräte, Eßwaren — gar nichts fehlt, um sich auf einer manchmal auch mehrwöchentlichen Reise recht bequem zu fühlen. Es wird gekocht, gewaschen, geschmaust, gesungen, wie sonst zu Hause.

Natürlich wird schon während der ersten vierundzwanzig Stunden Bekanntschaft und Freundschaft geschlossen. Im ganzen Zuge ist bald alles miteinander vertraut, und jeder weiß, weshalb und wohin der andre reist. Schließlich bildet das Publikum des brausenden Zuges eine richtige Republik oder sagen wir Kommune. Jedes gesellschaftliche Vorurteil scheint zu schwinden, die Klassenunterschiede scheinen von selbst aufzuhören. Es muß den Leuten zum Lobe gesagt werden, daß sie sehr höflich und im Grunde genommen gutmütig

Digitized by Google

sind. Bedarf jemand eines Dienstes, so ist jedermann mit Freuden hilfsbereit, und was der eine besitzt, teilt er gern mit den Gefährten.

Das Volk ist das sympathischste Element des ganzen Rußlands. Sein Gemüt ist warm, sein Herz gut. Wie ein Kind ist es für äußere Eindrücke empfänglich. Selbst in seinen Ausbrüchen, inmitten seiner Wildheit ist es mehr ausgelassen als verworfen. Ja gerade seine Gutmütigkeit ermöglicht es, daß die herrschenden Kreise es nach Herzenslust ausnutzen und unterdrücken.

Auf Sibiriens Ebenen vergeht die Zeit schnell, da es keine Ereignisse gibt, welche ihren Lauf andeuten könnten. Die Tage folgen gleichförmig einander, wie am Meere. Seitdem ich zum erstenmal diese Strecken gereist bin, haben sich rechts und links an der Bahnlinie viele Meierhöfe gebildet. Auf den reichlichen Weiden grasen Rinder-, Pferde- und Schafherden. Die Vorstellung, Sibirien sei eine öde Schneewüste, ist schon längst erloschen. Zahlreiche fremde Kolonisten lassen sich hier nieder und machen vortreffliche Geschäfte. Die sibirischen Getreide- und Milchprodukte erfreuen sich in der ganzen Welt des besten Rufes.

Die Kolonisation Sibiriens: Tausende und aber Tausende von Hektaren zu bevölkern, all ihre Hilfsmittel auszunutzen, ein Land zu schaffen, wo jetzt nur Oberfläche und Raum sind, ist eine der wichtigsten Fragen Rußlands. Jedoch die Regierung weiß Leute heranzuziehen. Grund und Boden werden unter den günstigsten Bedingungen verliehen. Eine Besteuerung findet während der ersten Jahre nicht statt, Saatgut wird zu billigen Preisen geliefert, und auf Verlangen werden Ackergerätschaften und Maschinen auf vierteljährliche Abzahlung verkauft. Die Reise ist so gut wie frei, das Fahrgeld wird auf wenige Kopeken für weite Zonen herabgesetzt.

Die lange Reise wird in Zwischenräumen durch kleinere und größere Bahnstationen bezeichnet. Für wen und wofür, möchte man öfters fragen, da ringsherum nichts ist, keine Stadt, kein Dorf, nicht eine einzige menschliche Behausung. Aber, so sagt man uns, die Regierung wird bald eine bauen. Der Platz hat schon seinen Namen, und mehrere dieser Zukunftsstädte haben sogar eine orthodoxe Basilika mit den wohlbekannten grünen Kuppeln.

Die lange Strecke zwischen dem Baikalsee und dem Ural hat den Ruf, die traurigste zu sein. Ich erwartete nicht viel zu finden, und das mag wohl der Grund sein, daß ich überrascht war durch einige Städte wie Udinsk, Krasnojarsk, Omsk, sämtlich Mittelpunkte für Handel und Wandel. Außer Weizen und andern Zerealien gibt es da bedeutende Depots für die steigende Ausfuhr von Häuten, Pelzen, Talg und Butter. Der jährliche Export nach Europa, besonders dem englischen Markt, ist erstaunlich, zumal wenn man erwägt, daß es hier keine Winterweide gibt und das Vieh durch Stallfütterung erhalten werden muß.

Wir halten an verschiedenen Plätzen, und auf jedem Bahnhof sind Männer und Frauen, meistens Nomaden. Sie bringen von ihren Lagern Milch, Eier und Geflügel zum Verkauf. Von unbegrenzten Weideflächen kommen wir in

Digitized by Google

unermeßliche Wälder. Tagelang sind wir von einer herrlichen Vegetation umgeben. Prachtvolle Bäume von verschiedenartiger Farbe sind da, dunkle Eichen und blasse Ulmen, Kupferbuchen und Silberbirken. Das Laub zittert, während wir durchfahren, sich loslösend und niederrieselnd in goldigen Schauern. Wundervoll ist dieses sibirische Waldland (die berühmte Taiga), fast unbetreten, bezaubernd in seiner jungfräulichen Frische.

Die packendste Landschaft zeigen die Altaikette, die großen Urwälder und in erster Reihe die Umgebung des Baikalsees. Der große, bewegte Wasserspiegel gleicht dem Meere. Als ich zum erstenmal hier reiste, mußten wir noch zu Schiff über das Wasser setzen, heute aber ist die Bahnlinie um das felsige südliche Ufer ausgebaut, so daß man die Reise nach Osten und Westen ununterbrochen fortsetzen kann.

Die Urbewohner sind einfache Hirten von mongolischer Abstammung. Die Tungusen, Buriaten, Oesbegen, Kalmücken gleichen ihrem Aeußern nach einander sehr. Ihre Hautfarbe ist gelblich, die Backenknochen stehen hervor. Sie alle sind geduldige, ruhige Hirtenleute, die seit uralten Zeiten ihre unveränderte altertümliche Lebensweise führen. Ob auf ihren Grenzen russische oder chinesische Flaggen wehen, ist ihnen gleichgültig. Ihre Eroberer kümmerten sich wenig um diese einfachen Söhne der Steppen, und sie können wie zuvor ungestört auf ihren endlosen Heiden umherwandern.

Würde man nicht auf den Stationen des unvermeidlichen Kosaken gewahr, so wüßte man kaum, daß man sich im russischen Reiche befindet. Wie es scheint, beschäftigen sich die Behörden nur sehr wenig mit den Eingeborenen, hoffend, daß diese mehr und mehr verkümmern und zugrunde gehen, wie in den englischen Kolonien die Tasmanier, die Maoris, die Australier zugrunde gingen. Ihr Platz soll dann mit slawischen Ansiedlern besetzt und Mittelasien auf diese Weise mit dem eignen Volke überschwemmt werden.

An der Grenze der Mongolei beobachte ich außergewöhnliche Tätigkeit. Urya, die Hauptstadt, liegt unfern von Missovaja. Hier ist einer der Mittelpunkte russischer Eroberungspolitik für Ostasien. Seit Verkündigung der chinesischen Republik hat die Petersburger Regierung alles aufgeboten, um die Fürsten und selbst den Oberlama der Mongolen für sich zu gewinnen. Heute herrscht tatsächlich der russische Resident; die Dörfer werden mit Kosaken besetzt, und überall hört man das Klingen der Rubel.

China muß dem allem hilflos zusehen. Höchstens, daß es zuweilen Protest erhebt, doch mehr kann es in seiner jetzigen erschütterten Lage nicht tun. So kommt es, daß die in Südmandschurien gehemmte Weiterbewegung sich jetzt in dieser Richtung fortsetzt. Solches Vordringen um jeden Preis ist unbegreiflich, wenn man sieht, wie unausgenützt und unbevölkert Sibirien und die übrigen asiatischen Besitzungen Rußlands bleiben.

In mehreren größeren Städten hielt ich mich auf, obzwar mir die meisten schon bekannt waren, wollte ich doch wissen, wie weit sich die Verhältnisse seit einem Jahrzehnt entwickelt haben. Nun, diese Entwicklung ist sehr bescheiden.

Digitized by Google

Man sieht höchstens einige neue Gebäude, die Zustände jedoch sind noch immer dieselben recht primitiven. In Irkutsk erhebt sich das prunkvolle Opernhaus noch immer aus einem unergründlichen Kotmeere, Krasnojarsk bietet außer der schönen Lage auch heute gar nichts, und die berühmte Universität von Tomsk muß unter jämmerlichen Verhältnissen ein kümmerliches Dasein fristen.

Das öde Leben ist es, was in diesen Orten am betrübendsten wirkt. Amerikas Präriestädte sind ja auch primitiv; die Häuser sind aus Holz gebaut, die Verhältnisse bescheiden, man sieht jedoch die fortwährende Entwicklung und ahnt die blühende Zukunft — doch hier scheint alles in Stockung geraten zu sein. Die Zunahme, die Entwicklung ist höchstens eine materielle, der Ort dehnt sich aus, seine Bevölkerung wächst — das geistige und moralische Niveau aber bleibt stets unverändert. Darin besteht der betrübendste Zug der russischen Eroberung. Wo immer die Russen sich niederlassen, bringen sie den geringen Wert ihrer Bildung mit sich. Denn, klingt es auch wie ein Widerspruch: so gebildet und begabt oft der einzelne ist, die Masse der Gesellschaft scheint ganz von ihren niederen Instinkten geleitet zu werden. Nur so ist es erklärlich, daß, während die oberen Kreise verfeinert und das Volk höchst gutmütig ist, die Verwaltung verdorben und gewaltsam bleibt.

Die Russen selbst verurteilen am stärksten diese nachteiligen Zustände. Ihre eigne nationale Literatur enthüllt am schonungslosesten die Sünden ihres öffentlichen Lebens. Die Schilderungen Gogols sind ebenso realistisch wie meisterhaft. Doch als ob es für die Abhilfe keinerlei Mittel gäbe, so beklagt man diese verkehrten Zustände und leidet unter ihnen, aber sie abzuändern, dazu fehlt die nötige Energie und die unerläßliche Organisierungsfähigkeit.

Ruft die russische Herrschaft überall allgemeine Abneigung und Furcht hervor, so ist es in erster Reihe diesen Umständen zuzuschreiben. Die Gesetze sind nicht nur intolerant, ihre Ausführung ist oft grausam. So gibt es kein andres Land, weder im zivilisierten Europa noch im wilden Asien, wo man in Gewissensfragen eine solche Blindheit fände. Die Glaubensverfolgung dauert auch heute noch an wie im dunkelsten Mittelalter. Das Parlament, die Duma, hat in dieser Hinsicht die Gesetze nicht nur nicht gemildert, sondern vielmehr noch verschärft. So z. B., mag es auch unglaublich klingen, ist es katholischen Priestern nur mit besonderer und auf bestimmte Zeit erlassener Erlaubnis gestattet, die Grenze Rußlands zu überschreiten. Die Juden sind bisher nur geduldete Elemente und können nur gegen besondere Verpflichtungen im Kaiserreich bestehen. Es gibt jedoch gewisse Gebiete, wie Transkaspien und Turkestan, wo man Fremde überhaupt nicht zuläßt.

Es versteht sich von selbst, daß man solche veraltete Erlasse unablässig hintergeht. Den Menschen macht es besondere Freude, die Beamten zu betrügen. Schlagen jedoch ihre Intrigen fehl, so kommt das Geld an die Reihe zur Bestechung. Statt die Beamten als die Ausführer und Verteidiger ihrer Gesetze zu betrachten, halten sie diese für ihre schrecklichsten Peiniger und ärgsten Feinde.

Digitized by Google

Der Mißbrauch der amtlichen Gewalt macht die in so traurigem Ruhm stehenden sibirischen Gefängnisse so fürchterlich. Sind die Verhältnisse noch so elend, die Gefangenen würden sie ertragen, wenn die Behandlungsweise eine menschlichere wäre. Wie herzzerreißend hier das Leben sich gestaltet, das kann nur eine so dramatisch begabte Feder wie die eines Dostojewsky mit der Kraft der Wirklichkeit schildern.[1])

Die staatlichen und die Kronbergwerke wurden bisher zumeist durch Sträflinge bestellt. Unterwegs begegnen uns mehrere Schubzüge. Die Wagen gleichen den Viehwagen, ein Unterschied besteht nur darin, daß die Fensteröffnungen mit starkem Eisengitter versehen sind. Alle Wagen sind mit Verurteilten überfüllt. Wie ich hörte, sind auch manche Unschuldige darunter oder solche, die nur durch ihre Ideen den Behörden mißfielen.

Endlich erreichte ich auf den Abhängen des Ural Europas Grenze. Die Gegend ist wie ein großer Hain, hügelig und fast übermäßig sanft. Sie ist gar nicht wildromantisch oder ergreifend. Die Berge sind bescheiden, werden kleiner und kleiner, bis sie in der großen Ebene gänzlich verschwinden. Daß ich Europa erreicht habe, erfuhr ich nur aus der Landkarte. Denn die Heide ist diesseits des Ural ebenso ausgestorben und schwermütig wie jenseits. Und was die Dörfer anbelangt, so sind diese noch unscheinbarer, noch elender. Auch vom Volke könnte man sagen, daß es ebenso einfach, so primitiv ist wie in Asien.

VI

An den Ufern der Wolga angelangt, habe ich meinen ursprünglichen Plan geändert. Seitdem ich mich zum letztenmal hier befand, ist von Samara aus über Orenburg die Bahn nach Turkestan erbaut worden, wodurch eine direkte Verbindung bis zur chinesischen Grenze geschaffen wurde. — So verkehren nun die Schnellzüge von Petersburg über Taschkent und Kokand bis Andijan, von wo man die Linie noch bis Peking ausbauen will. Nun habe ich mich entschlossen, diese Gegend von großer geschichtlicher Vergangenheit zu besichtigen.

Turkestan hat nicht nur während der Wiegenzeit der Menschheit, sondern auch später, als Mittelpunkt der Kultur des Islam, eine vornehme Rolle gespielt. Samarkand und Buchara haben sich großen Ruhm errungen; diese Städte wetteiferten an Glanz und Bildung mit Bagdad, Damaskus und Kordova. Die phantastischen Denkmäler ihrer Baukunst erregen auch in ihren Ruinen, in ihrer Verlassenheit noch Bewunderung. Das blaue Fayencemausoleum des Timur, das von mächtigen Moscheen begrenzte Registan und in erster Reihe die blendenden Farbeneffekte und die prunkvolle Beleuchtung machen es begreiflich, daß mancher große Koloriſt, wie Wereschtschagin, davon ergriffen war.

Meine erste Haltstelle war Orenburg. Es ist dies eine Stadt neueren Ursprungs mit sehr gewöhnlichem Gepräge. Nur einige Moscheen geben kund, daß wir uns dem Bereiche des Halbmonds nähern. Neben diese Moscheen

[1]) Die größte Zahl der Kriegsgefangenen wird nach den Bergwerken deportiert.

Digitized by Google

baute man orthodoxe Kirchen. Mitten in der Sandwüste glänzen vergoldete Kuppeln auf, gemischte, sinnlose, verwirrte Bilder; Osten und Westen begegnen sich unerwartet. Zum Glück sind die Sonnenstrahlen heftig und blendend; dies rettet den allgemeinen Effekt.

Weiter durch die Steppe. Das Bild wird immer origineller. Statt Häusern sehe ich Hütten, statt Rinderherden Kamelkarawanen. Das Volk ist überaus eigenartig. Das Leben wird mit patriarchalischer Würde gelebt. In der Mitte dieser großen Ebene erstreckt sich die blaue Fläche des Aralsees. Sie ist intensiv blau, wie Kobalt, und rund umher bilden sandige Dünen ihre Ufer. Ein wahres Juwel in Gold gefaßt.

Meraral ist des neuen Hafens Name. Es gibt hier viele Segelschiffe, doch auch einen Dampfer sehe ich darunter. Später wird die Wüste mehr und mehr sumpfig. Von Dörfern keine Spur. An der Bahnlinie stehen bloß Wächterhäuser und hier und da eine verlassene, einzelne Station. In diese ausgestorbene große Ebene bringen nur die fortwährend wechselnden Farbenspiele etwas Leben. Ich erinnere mich niemals, herrlichere Sonnenauf- und -untergänge gesehen zu haben.

Die Hauptstadt dieser mächtigen Wüste ist Taschkent. Eine Oase im strengsten Sinne des Wortes, nur daß statt der Palmen überall Obstbäume stehen. Der künstlich bewässerte fruchtbare Boden dehnt sich über sechzig Kilometer. Zwischen den Hainen stehen verschiedene Villen und Kioske, fast wie in der Umgebung von Tripolis oder Tetuan.

Die alte Stadt selbst hat ihr arabisches Gepräge beinahe unverändert behalten. Die aus Lehm und Kot verfertigten Häuser reihen sich in willkürlichen Gruppen längs der engen Gäßchen. Daraus erheben sich zum blauen Himmel mitunter melonenförmige Kuppeln oder die schlanken Minarette einer Moschee empor. Auch die Basare sind interessant mit ihren aufgehäuften bunten Waren, und noch interessanter ist ihr Publikum, dessen größter Teil seine Einkäufe zu Pferde besorgt. So malerisch das alte moslimische Taschkent wirkt, so befremdend ist der neue russische Stadtteil; überaus breite, sandige Straßen, bereits baufällige moderne Gebäude, herabgekommene Bevölkerung. Man fragt sich, woher diese elenden Gestalten kamen. Das amtliche Element, die vornehme Welt zeigt sich erst nach Sonnenuntergang. Wie in jeder russischen Stadt, ist der Begegnungsort auch hier die öffentliche Promenade, wo die Menschen bei Musikklängen in langen Reihen auf und ab spazieren.

Die Männer tragen fast ohne Ausnahme Uniformen. Turkestan steht unter Militärverwaltung. Es sei zu besonderem Lob gesagt, Offiziere und Mannschaft sind vorzüglich gekleidet. Ihr Benehmen ist gut, ihre Manieren sind höflich. Man sagt, ihr Privatleben sei weniger musterhaft. Ausschreitungen und Schwelgereien kommen tagtäglich vor; doch man hält das fast für das Natürliche. Der Sport ist sozusagen unbekannt, so bleibt als Zeitvertreib und Unterhaltung nichts andres übrig als Getränke und die Ausschweifungen.

Taschkent wird mit dem Kaspischen Meere durch die strategische transkaspische Eisenbahn verbunden. Ihr Bau wirbelte zu jener Zeit großen Staub

Digitized by Google

auf. Diese Linie ist ganz von Soldaten erbaut worden, und sie steht bisher unter militärischer Administration. Nach Buchara abbiegend, folgt sie den Grenzen von Afghanistan und Persien. Ihre strategische Bedeutung ist groß. Mich jedoch interessierte diese Gegend viel mehr in archäologischer und ethnographischer Beziehung.

In der Umgebung von Kokand setzt man mit ununterbrochenem Fleiße die Ausgrabungen fort. Die Mühe der ersten, von A. Stein unternommenen, und der späteren Expeditionen wurde durch reichliche Funde belohnt; das wichtigste jedoch ist, daß die Wissenschaft hinsichtlich der gegenseitigen Verhältnisse der asiatischen Urvölker zu genaueren Daten gelangte. Eben hier führte eine der Hauptstraßen von Osten nach Westen. Perser, Inder, Chinesen verkehrten hier miteinander, ihre eigenartigen Waren und ihre verschiedenen Gedanken austauschend.

Die Karawanen benutzen bis heute die alten Wege. Eben bricht eine vom großen Karawanserail Bucharas gegen Afghanistan und Beludschistan auf. Ist doch Kabul und selbst Indien schon recht nahe, und der Verkehr zwischen diesen Nationen gestaltet sich als ein sehr reger. Die Basare von Samarkand und Buchara sind wahrhaftige ethnographische Museen. Man sieht daselbst Turkomanen, Sarden, Kirgisen, Baschkiren und all die andern Stämme, die kaum aufzuzählen sind. Doch alle zeigen verschiedene Typen und verschiedene Trachten.

Malerischere, farbigere und originellere Städte als Samarkand und vor allem Buchara findet man kaum im ganzen Osten. Alles ist da bunt und grell. Die mit bunten Ziegeln geschmückten Fronten der prächtigen Gebäude und die in allen Farben des Regenbogens flimmernden Kaftane des Volkes blenden förmlich das Auge. Ist auch Bibi-Khans große Moschee zur Hälfte zusammengestürzt, so macht es doch einen unvergeßlich prächtigen und blendenden Eindruck, wenn die Sonne sie mit ihren scharfen Strahlen bescheint und die Gläubigen vor der glänzenden Pforte sich zum Gebete niederknien.

Bucharas Schönheit ist vielleicht noch vollkommener. Bisher wird es durch seinen eignen Emir, jedoch unter russischer Obermacht, verwaltet. Die Hauptstadt hat ihr einstiges Gepräge gänzlich behalten. Zwischen den gewölbten schattigen Basars fließt das Leben langsam, träge, vornehm dahin. Vor dem Registran und vor den Moscheen hört man die Erzählungen der öffentlichen Erzähler von Früh bis Abend an. Es gibt kein Teehaus, wo nicht auf ausgebreiteten Teppichen schläfrige Gruppen ihre Nargileh rauchen.

Wenn aber der Emir, begleitet von den Vornehmen des Landes in phantastischen Gewändern, mit glänzenden Waffen, auf sich bäumenden Pferden, durch die Stadt zieht, so mutet das an wie eine Szene aus den Märchen der Tausendundeine Nacht.

Doch wer könnte Bucharas Glanz und Stimmung in einigen Zeilen schildern! Vielleicht werde ich ein andermal über dieses Land und Volk noch ausführlicher schreiben. Ein dankbareres Thema würde es kaum geben. Und wer

Digitized by Google

weiß, wie lange dieser entlegene Teil der Welt seine Eigenart noch beibehalten wird! Daß Turkestan bisher, trotz den großen Umwälzungen, so weit zurückgeblieben ist, ist nur dem Umstande zuzuschreiben, daß die Russen die Grenzen ebenso streng bewachen und das Land für die Fremden ebenso unzugänglich machen, wie die Tibetaner dies in ihrem geheimnisvollen Reich tun.

Die Wüste von Karakum verdient wahrlich ihren Namen. Das Sandmeer ist selbst in Libyen nicht öder. Von der Bahn, wohin ich auch blicke, sehe ich überall das grenzenlose Sandmeer. Nur die von den heftigen Winden aufgehäuften Dünen bieten einige Abwechslung. Flüsse sind hier sehr selten, daher gibt es auch wenig Oasen. Doch eben dieses dürre, heiße, tropische Gepräge ist der wahre, von den einstigen Wanderern, wie Ibn-Batuta, so oft erwähnte gefährliche Charakter der Landschaft. Dem entsprechen auch ihre Bewohner. Die Räuberbanden der Wüsten sind bis heute der größte Schrecken der Karawanen.

Die Stationen der transkaspischen Bahn sind sozusagen Befestigungswerke. Ueberall erheben sich Kasernen. Auf den Bahnsteigen steht bewaffnetes Militär Wache. Die Pässe werden unablässig abgenommen und nachgesehen. Man fragt, woher und wohin wir reisen. Wie ich erfuhr, kommen Fremde auch hierher sehr selten. Das Kriegsministerium erteilt nur ausnahmsweise Bewilligung.

VII

Das Kaspische Meer erreiche ich endlich bei Krasnawodsk. Die Endstation erhebt sich am Hafen. Die neue Stadt selbst liegt am Fuße der kahlen Felsen. Sie bildet einen richtigen Kessel, und jetzt im Hochsommer ist alles buchstäblich ausgedörrt. Solche Hitze erinnere ich mich selbst unter dem Aequator nicht erlebt zu haben. Im Schatten hatten wir von 35 bis 37 Grad Réaumur, und in der Sonne über 65 Grad. Wer jedoch Kleinasien in seiner Originalität, in seiner wahren Färbung kennen lernen will, muß es in der heißen Jahreszeit besuchen.

Zum Glück ist mein Aufenthalt in Krasnawodsk nur von kurzer Dauer. Der Dampfer steht zur Abfahrt bereit. Bis nach dem gegenüberliegenden Baku fahren wir im ganzen anderthalb Tage. Doch ist auch dies eben genügend auf den unruhigen, launenhaften Gewässern. Wann immer ich über das Kaspische Meer fuhr, stets fand ich stürmisches Wetter. Einmal, aus Persien kommend, dachten wir das Ufer nicht mehr erreichen zu können.

In Baku empfängt mich ein Wirbelwind. Was dies bedeutet, weiß nur der, dem die schwarze Stadt bekannt ist. Hunderte und Tausende von Schornsteinen der Naphthawerke speien, blasen Tag und Nacht den dunklen Rauch und schweren Dampf aus. An dem ohnehin öden, kahlen Strande ist außer den Naphthaanlagen nichts zu sehen. Auf den abstoßenden, schmutzigen, verpesteten Straßen erblickt man Arbeiter aus allen Teilen der Welt, doch alle sind gleichmäßig schmierig und ölig. Die Atmosphäre ist schwül und widerlich, fast zum Ersticken. Ein „Inferno“ ist Baku im wahren Sinne des Wortes, doch zum Troste verkündet es stolz, daß es jährlich viele Millionen Rubel einträgt.

Digitized by Google

Wie traurig, ja wie verhängnisvoll ist es, daß die meisten, die gewinnreichsten Geldmärkte der Welt so abstoßend und düster sind.

Den Kaukasus habe ich öfters bereist. Das Gebirge wirkt trotz den schneebedeckten Spitzen des Elbrus und Kasbek bei weitem nicht so überraschend wie die niedrigeren Alpen oder die Dolomiten. Selbst der so oft beschriebene Gruſinische Weg, welcher von Wladikawkas bis Tiflis führt, hat nur auf einer kurzen Strecke ein Gepräge echter Wildheit. Für Jäger jedoch bieten die Urwälder seltene Beute, und die Touristen mögen in den vornehmen Badeorten des Mineralnia-Wodi Zerstreuung finden.

Höchst interessant sind die einst unabhängigen Gebiete Georgiens, Mingreliens, Imeretiens. Ihre Bewohner zeigen alle deutliche Spuren einer jahrhundertealten Kultur. Seit Verbreitung des Christentums hatten diese Länder eine hohe Entwicklung erreicht. Zahlreiche Reste von Gebäuden, alte Kirchen, einstige Klöster geben Zeugnis ihrer einstigen Blüte. Die glorreiche Regierung der Königin Tamara wird bis heute noch oft erwähnt.

Doch, wie bekannt, haben ja die Russen diese Völker niemals erobert, aus freiem Willen haben sie sich unter russisches Protektorat gestellt, gegen das einst so gefährliche türkische Vordringen Schutz suchend. Die russische Freundschaft haben sie seitdem teuer bezahlt, und es ist begreiflich, daß sie sich nun vom schweren Joche um jeden Preis befreien wollen.

Der wildeste unter diesen Stämmen sind die Tscherkessen von Dagheſtan. Die unbändigen Landsleute des berühmten Schamil haben von ihrem einstigen kriegerischen Sinn viel beibehalten. Ihre Heimat ist felsig und nur schwer zugänglich. Derbent, die Hauptstadt, verdient es, daß wir sie besuchen. Die neue russische Vorstadt schadet der malerischen Wirkung, die Zitadelle jedoch auf dem Bergesgipfel macht auch heute noch den Eindruck eines auf Felsen gebauten Adlerneſtes.

Auf der Halbinsel Krim habe ich mich auch bei andern Gelegenheiten länger aufgehalten. Dieses unvergleichliche Paradies ist mir schon lange bekannt; es ist wohl reizender als die berühmten Küsten der Riviera. Einige Orte, wie die Gegend von Alupka oder Livadia, gehören zu den schönsten Landschaften der Welt. Am Fuße der in die Wolken ragenden Felsen erstrecken sich schlanke Zedern- und helle Oelbaumhaine bis zum dunklen Meeresspiegel. Es ist begreiflich, daß hier im Schoße des ewigen Sommers inmitten der blühenden Gärten sich die herrlichsten Heime erheben. Die wertvollsten Güter gehören der kaiserlichen Familie, deren Mitglieder jährlich längere Zeit hier verbringen.

Die Urbewohner sind nicht weniger malerisch. Lauter Muselmanen, die sich lange Zeit der russischen Eroberung hart widersetzten. Man könnte fast fragen: wo bleiben hier die Russen? Vom Beginn meiner langen Reise an wanderte ich fortwährend unter fremden Völkern. Die Fahrt, die ich auf der östlichen Grenze der Mandschurei begann, setzte sich unter den Tunguſen, Buriäten, Mongolen fort. Später erreichte ich die Ebenen der Kirgiſen und

Digitized by Google

Baschkiren. Von da südwärts habe ich die Wüsten der Kalmücken, Turkmenen und der Sarden durchquert. Im Kaukasus bewohnen — wie ich schon erwähnte — bis heute die Georgier und Tscherkessen und noch manche andre Volksstämme ihr einstiges Vaterland. Sogar als ich durch die Weizenfelder der Ukraine und Bessarabiens gegen Galizien zu fuhr, traf ich stets lauter fremde Elemente.

Russen habe ich nur als Beamte und Offiziere im ganzen russisch-asiatischen Reiche gesehen. Unwillkürlich frage ich nun, was hält diese mannigfaltigen und entgegengesetzten Elemente zusammen? Wie lange werden diese verschiedenen Völker unter dem russischen Zepter bleiben?

Daß das aus so vielen heterogenen Massen zusammengesetzte Kaiserreich eines Tages in seine Teile zerfallen wird, läßt sich kaum bezweifeln. Uebrigens beschäftigt die Russen selbst am meisten diese wichtige Frage; doch wäre es schwer zu sagen, ob die einzelnen Teile einst infolge innerer Revolution sich losreißen werden oder aber ob das Wiedererwachen der an Zahl weit stärkeren Völker der gelben Rasse die Slawen zwingen wird, sich mit den ihnen ursprünglich gehörigen Ländern zu begnügen. Die Willkür der Regierung erweckt und beschleunigt die Reaktion. Hat Rußland außerhalb seiner Grenzen viele Feinde, so besitzt es deren noch mehr innerhalb seiner eignen Grenzen.

Jugendbriefe des Herzogs Ernst II. von Sachsen-Coburg-Gotha aus Bonn

Mitgeteilt von

Paul v. Ebart (Coburg)

Im April 1837 verließen die Prinzen Brüssel, um ihre akademische Laufbahn in Bonn zu beginnen, wo sie die nächsten anderthalb Jahre zubrachten. Ein kleines alleinstehendes Haus, nahe am Münster gelegen, wurde bezogen. Die Professoren, bei denen die Prinzen Ernst und Albert hauptsächlich Vorlesungen hörten, waren der Rechtslehrer Walter, Bethmann-Hollweg, A. W. v. Schlegel, Fichte, Loebell, Perthes, d'Alton und Kaufmann.

Die von der Universität aus geschriebenen Briefe des Erbprinzen an seine Eltern, von denen wir einige mitteilen, zeigen in dem neunzehnjährigen Thronerben schon die Reife des Verstandes und des Urteils, sowie den freisinnigen Charakter des Prinzen Ernst, Eigenschaften, die er später als regierender Herzog in allen Fällen betätigte. Auch zur heutigen Generation müssen solche Zeugnisse für den Wert des echt deutschen Fürsten sprechen.

*

Digitized by Google

„Bonn, den 7. Mai 1837.

Liebe Mama! Wie freue ich mich, Dir melden zu können, daß wir nach überstandenen Reisen, Besuchen und Einrichtungen nun endlich wieder in voller Thätigkeit sind und ein Mal wieder so recht alle Hände voll zu thun haben. Wir sind schon völlig eingewohnt; unsere sämmtlichen Collegia sind im Gang, und Nichts stört uns, fleißig zu arbeiten. Der Prinz von Strelitz[1]) arbeitet mit uns, wir sehen ihn täglich und lernen ihn immer mehr achten und lieben. Gestern haben wir der ersten öffentlichen Vorlesung beigewohnt; der wichtigste Moment unseres akademischen Lebens. Ganz stolz auf unseren neuen Stand, als drei wohl aufgenommene und immatrikulirte Bursche, gingen wir, die Mappe unter dem Arm, dem Universitätsgebäude zu und nahmen auf der ersten Bank im Collegiensaale Platz. Bald erschien der Professor Walter, um über die deutschen Rechtsalterthümer vorzutragen. Er begann seine Rede mit den Worten: „Durchlauchtigste Prinzen, verehrte Zuhörer." Jedoch kaum waren die beiden ersten Worte seinem Munde entschlüpft, als sich ein lautes Zischen von der zahlreich versammelten Burschenschaft vernehmen ließ. Dies bewies uns klar genug, wie wenig die Studenten geneigt sind, den „Prinzen" hier anzusehen. So sehr uns dieser Ausdruck des allgemeinen Unwillens über die sowohl auf einer Universität unpassende, als ungeschickte Anrede geärgert hatte, so sehr wurden wir durch den so feinen als wahrhaften Ausspruch eines alten Burschen geschmeichelt. Als wir uns nämlich, fest aneinander geschlossen, durch die Menge der vor dem Thore versammelten bärtigen Jugend drängten, rief eine Stimme recht vernehmlich aus: „Drei hübsche Kerl's." Sollte und mußte uns dies nicht bis in unser Innerstes erfreuen? Mit meiner Gesundheit geht es nun auch wieder besser, so daß ich hoffe, in wenig Tagen wieder ganz wohl zu sein und mich durch eine streng geregelte Lebensweise auch wohl zu erhalten . . ."

*

„Bonn, am 19. Mai 1837.

Lieber Papa! Durch Nichts glaube ich Dich besser von meiner völligen Genesung überzeugeu zu können, als dadurch, daß ich Dir selbst schriftlich davon Nachricht gebe. Ich kann Dir nicht beschreiben, wie höchst unangenehm mir diese Krankheit nicht sowohl der heftigen Schmerzen wegen, die ich auszustehen hatte, besonders aber wegen der unendlichen Störung, die sie in meine Arbeiten verursacht, war. Nicht leugnen kann ich, daß mir das Fieber recht zugesetzt hat; ich bin nicht nur ungemein mager geworden, sondern fühle mich auch noch sehr schwach und kann nur noch wenig das Stehen vertragen. An Dr. Mutzer[2]) haben wir einen sehr ruhigen und zuverlässigen Arzt gefunden. Er meint, daß diese Krankheit weiter keine nachtheiligen Folgen haben würde, wenn ich sehr strenge Diät hielte und lange Zeit alle mögliche körperliche Anstrengung vermiede. Bei dem noch keineswegs warmen Wetter ist mir der Genuß der freien

[1]) Erbgroßherzog Friedrich von Mecklenburg-Strelitz, geb. am 17. Oktober 1819.
[2]) Geheimer Medizinalrat Professor Dr. Mutzer in Bonn.

Digitized by Google

Luft noch nicht gestattet, eine Maßregel, die mir jetzt sehr zu Statten kommt, da ich, während die Andern ausgehen, eine Menge von Nacharbeiten, die sich während meines Unwohlseins zu einer beträchtlichen Menge angehäuft haben, erledigen kann. Nach Deinem letzten Briefe schien es mir, als ob Du den etwas zu freimüthigen und unverblümten Ausdruck und Ausruf der Studenten in dem öffentlichen Collegium des Herrn Walter mit etwas zu strengen Augen ansähest. Die ganze Sache ist so unbedeutend, daß sie uns mehr amüsirte, als daß wir uns darüber ärgerten, und wir sahen es nur als eine etwas unvorsichtig ausgesprochene Meinungsäußerung einer ungebundenen Jugend an. Sollte man jedoch den Versuch machen, dieses Zischen zu rügen, so würden wir nicht nur das augenblickliche Stichblatt des Witzes der ganzen Universität werden, sondern hätten es im Allgemeinen während unseres ganzen Aufenthaltes mit den Studenten verdorben. Ein solcher Antrag ist uns auch wirklich von Seiten des Universitätsrichters gemacht, aber scharf von uns zurückgewiesen worden. Im Ganzen wird unser Umgang mit den Studenten so gering sein, daß es wirklich schade wäre, sie wegen einer solchen Kleinigkeit aufzubringen. Die andere Besorgniß, daß wir durch das Leben auf der Universität unsere feinere Lebensart mit einer weniger geziemenden vertauschen könnten, ist ebenso unbegründet als für uns betrübend, da man sich doch gewiß nicht einbilden wird, daß wir unsere ganze Art, zu sein, durch einige ungeziemenden Ausdrücke und Bewegungen einiger roher Burschen verändern und die Eigenthümlichkeiten dieser wenigen jungen Leute annehmen würden. Aus Deinem Briefe ersehe ich, daß Du auf einige Tage nach Reinhardsbrunn gegangen bist; ich will nur hoffen, daß Du dort wärmeres und angenehmeres Wetter gehabt hast, als wir hier. Der Frühling ist so ungünstig, daß alle Aussichten auf ein gutes Weinjahr schon längst verschwunden sind. In diesen Tagen wird wohl auch die Prinzessin Helene[1]) durch Gotha gekommen sein, vielleicht hast Du sie gesehen? Albert ist wohl und empfiehlt sich Deiner Gnade und Liebe, so eben ging er mit Fritz ins öffentliche Collegium . . ."

*

„Bonn, den 25. Mai 1837.

Liebe Mama! Es ist heute der erste schöne und warme Frühlingsmorgen, und die ganze Natur scheint zu dem heutigen großen Feiertage, dem Fronleichnamsfeste, ihr schönstes Festgewand angelegt zu haben. Auch für mich ist dieser Tag ein Festtag, indem es mir erlaubt ist, Dir nach einer so langen Pause wieder schreiben zu können, und dann, daß ich heute meinen ersten längeren Ausgang wagen darf . . . Albert empfiehlt sich Deiner Gnade; er ist heute zum ersten Male mit seinen juristischen Arbeiten in den Garten gewandert, um in einer Laube zur Begleitung einer Nachtigall, die sich zu unserer Freude in unserem Gärtchen niedergelassen hat, die philosophischen Principien des Rechts zu deduciren.

---

[1]) Prinzessin Helene von Mecklenburg, spätere Herzogin von Orleans.

Digitized by Google

Gestern wurde mir eine recht große Freude, welche ich nicht umhin kann, auch Dir mitzutheilen. Ich erhielt nämlich noch aus Buttlar von meiner lieben Cousine Helene[1]) einen ungemein herzlichen und freundschaftlichen Brief, in welchem sie mir theils auf meinen Glückwunsch zu ihrem Verlöbniß antwortete, theils mich in den lieblichsten Ausdrücken ihrer ferneren Freundschaft versicherte. Sie wollte mir noch, nach ihren eigenen Worten, auf deutschem Boden ein Lebewohl zurufen. Doch thue ich besser daran, Dir den ganzen Brief zu schicken und bitte, ihn mir bald wieder zukommen zu lassen. In dem Schreiben lag ein kleines Veilchen aus Reinhardsbrunn, das sie mir zum Andenken mitschickte. Dies kleine Blümchen möchte ich in diesem Augenblick nicht gegen den ganzen Blumenflor von Reinhardsbrunn vertauschen. Dieselben Arbeiten, die Albert in diesem Augenblick beschäftigen, zwingen auch mich, Dir jetzt Lebewohl zu sagen . . ."

*

„Bonn, am 5. Juli 1837.

Liebe Mama! Tausend, tausend Dank für Deinen lieben Brief und für die darin enthaltenen so freundlichen und herzlichen Glückwünsche zu meinem Geburtstage. Gestern erhielt Dein liebes, goldenes Geburtstagsgeschenk, wofür ich Dir herzlichst danke. Du glaubst nicht, einen wie angenehmen Eindruck diese goldenen Ankömmlinge auf die Kasse eines Studenten gemacht haben. Beinahe in einem jeden Briefe hat man über etwas zu klagen, bald ist es das Wetter, bald die Gesundheit und bald wieder etwas anderes. Wie freut es mich nun, daß ich heute melden kann, daß ich mit Allem zufrieden bin. Das Wetter ist herrlich, die Gesundheit könnte nicht besser seyn, die Studien gehen nach Wunsch, Gemüth und Kopf sind heiter und frei; was will man mehr verlangen? Dies wäre auch Alles, was ich Dir schreiben könnte, wenn mir nicht eine, am 29. und 30. Juni unternommene und höchst geglückte Parthie Stoff gäbe, mich noch einige Zeit mit Dir zu unterhalten. Es traf sich nämlich herrlich, daß am 29ten ein großer Feiertag war, und daß am 30ten mehrere Professoren gleichfalls eine Parthie unternahmen und nicht lasen. Wir beredeten uns daher sogleich mit unserem Freunde, dem Erbgroßherzog, eine Parthie zu Pferde in das 6 Stunden entfernte und wegen seiner romantischen Gegend so berühmte Ahrthal zu machen. Wir ritten am 29ten gegen 5 Uhr nachmittags vom Wagen weg und erreichten erst nach zehn Uhr Ahrweiler, das Städtchen, in dem wir übernachteten. Am anderen Morgen schon um 5 Uhr waren wir

[1]) Helene, Prinzessin von Mecklenburg-Schwerin, geb. 24. Januar 1814; vermählte sich am 30. Mai 1837 mit dem Kronprinzen Ferdinand von Frankreich, Herzog von Orleans. Der Erbprinz Ernst hatte seine Cousine am 24. April 1835 in Schwerin kennen gelernt. Die beiden Verwandten schlossen eine innige Freundschaft. Der erwähnte Brief aus Buttlar ist auf der Reise geschrieben, welche die Prinzessin Anfang Mai zu ihrer Hochzeit nach Frankreich unternahm; sie reiste von Weimar, Gotha, Eisenach nach Fulda; hier wurde die Braut von der französischen Gesandtschaft, an deren Spitze der Herzog von Broglie stand, empfangen.

Digitized by Google

wieder zu Pferde und verfolgten die Ahr stromaufwärts. Die Schönheit der Gegend ist kaum zu beschreiben, sie übertrifft noch Alles, was ich in der Art je gesehen habe. Nach einem dreistündigen Ritte erreichten wir das Dorf Altenahr, welches der weiteste Punkt unserer Parthie seyn sollte, nachdem wir einen langen unterirdischen Weg passirt hatten, der die größte Aehnlichkeit mit dem auf der Simplonstraße haben soll. Wir schickten nun unsere Pferde nach Ahrweiler zurück und machten den Weg noch ein Mal zu Fuß, wobei wir die schönsten Felsen und Ruinen bestiegen. Sehr ermüdet kamen wir erst um 1 Uhr in Ahrweiler wieder an. Am Nachmittag ritten wir noch drei Stunden lang längst der Ahr hin bis zu ihrem Einfluß in den Rhein. In einem dabei gelegenen Städtchen erwarteten uns unsere Wagen, welche uns am Abend zehn Uhr nach Bonn zurückbrachten. Die beiden Tage hatten wir ausnehmend schönes, jedoch sehr heißes Wetter . . ."

*

„Bonn, den 15. Juli 1837.

Lieber Papa! Schon vor einigen Tagen würde ich Dir geschrieben haben, wenn ich genau gewußt hätte, wohin ich meinen Brief adressieren sollte. Aus einem Schreiben der lieben Großmama schließe ich, daß Du wieder auf mehrere Tage in Coburg bist. Von unseren Studien sowohl, als von unserem körperlichen Wohlbefinden kann ich Dir nur die besten Nachrichten geben. Soeben haben wir die zweite Hälfte unseres Semesters begonnen, welche mit dem 1. September ebenfalls beschlossen seyn wird. Wie rasch und wie angenehm uns die Zeit hier vergangen ist, vermag ich kaum zu beschreiben, und es ist unser sehnlichster Wunsch, noch ein Sommersemester, wenn es Zeit und Umstände erlauben sollten, hier in Bonn zuzubringen. — Soeben erhalten wir die Kölner-Zeitung und finden darin zu unserem großen Erstaunen der Angelegenheit Erwähnung gethan, die doch bis jetzt gleichsam wie ein Geheimniß behandelt wurde. Ich kann nicht umhin, Dir die Zeitung[1]) mitzuschicken, damit Du Dich selbst überzeugen kannst, mit welcher Ausführlichkeit die Zeitungen von Allem unterrichtet sind.

Ueber die hannöver'sche Angelegenheit herrscht auch hier der größte Unmuth; man sieht mit der größten Spannung einem Schritte der Stände entgegen und hofft, daß diese mit Ruhe, Klugheit und Festigkeit bei der Behauptung ihrer Rechte zu Werke gehen möchten und sich nicht auf eine ebenso unbillige, als unerlaubte Art ihre Konstitution rauben lassen möchten, die doch als die einzige Garantie für das Volk gegen die willkürlichen und ungerechten Eingriffe eines Monarchen, wie der jetzige König von Hannover, anzusehen ist. Ab-

[1]) In der Kölnischen Zeitung vom 15. Juli 1837 heißt es: „In diesem Augenblick ist die Rede von der Vermählung der Prinzessin Clementine von Frankreich mit dem Erbprinzen von Sachsen-Coburg, Neffen des Königs der Belgier. Man versichert, die Familie des Prinzen habe den Wunsch ausgedrückt, daß die Kinder beiderlei Geschlechts, welche aus dieser Ehe erzeugt werden könnten, in der lutherischen Religion erzogen würden, und daß diese unerwartete Forderung die Königin Marie Amalie sehr in Verlegenheit setze . . ."

Digitized by Google

gesehen von dem Unglück, welches dem Lande Hannover daraus erwachsen kann, so war auch für die Ruhe ganz Deutschlands dieser Gewaltstreich eben so unpolitisch als unvorsichtig. Anstatt mit den sogenannten Liberalen sich auf einem guten Fuß zu erhalten, ihnen weder nachzugeben, noch sie vor den Kopf zu stoßen, und so jenes Heer von unruhigen Köpfen und streitsüchtigen Federn in den Schranken zu halten, hat man ihnen dadurch Thür und Thor geöffnet, um jetzt mehr zu schreien, als sie es je gethan haben, da sie doch jetzt etwas Recht auf ihrer Seite haben. Diese Meinung ist jedoch keineswegs die meinige allein, sondern die der meisten hiesigen Gelehrten, die als Freunde der Ruhe und einer gesetzmäßigen Regierung, jedoch mit den Ansichten der Liberalen genau bekannt, in diesen Ereignissen ein großes Unglück voraussehen ... Seit fünfwöchentlichem anhaltend heißem, aber schönem Wetter haben wir gestern Nachts den ersten erquickenden Regen gehabt; die Natur ist ganz neu belebt. Von der Menge von Fremden, die dieses Jahr hier durchkommen, und die man auf jedem schönen Punkte begegnet, kann man sich keinen Begriff machen. Die Landstraße wird nicht leer von Reise-Wagen; besonders sollen dieses Jahr sich mehr Engländer als sonst am Rhein aufhalten. Auch aus Brüssel haben wir schon mehrere Bekannte bei uns gesehen. Ehe ich jedoch schließe, wage ich noch eine Bitte auszusprechen. Vor mehreren Tagen erhielt ich einen Brief von der Fürstin Reuß, in welchem sie mich bat, auch Einiges für die unglücklichen Schleizer beizutragen. Aus unseren schwachen Mitteln wollen wir zusammen 50 Thaler geben, da diese Summe aber zu klein wäre, so wollten wir Dich freundlichst bitten, noch etwas darauf zu legen und es an Schraidt auszahlen zu lassen, der die ganze Summe der Fürstin einhändigen wird. In der Hoffnung, daß Du uns diese Bitte nicht abschlagen werdest, verbleibe ich Dein treuer Sohn Ernst."

*

„Bonn, 26. Juli 1837.

Lieber Papa! In den letztvergangenen Tagen habe ich so viel Freundliches und Liebes von Dir erhalten, daß ich meinen Dank auf keine Weise vollständig auszusprechen vermag, ich bleibe immer Dein tiefster Schuldner. Lasse mich mit dem herrlichen Gewehr beginnen, das ich vorgestern erhielt. Du hast mir damit eine unendliche Freude gemacht; ich danke Dir aus vollem Herzen dafür. Das Geschenk an sich selbst gehört in der That zu den geschmackvollsten Arbeiten, die ich in der Art je gesehen habe, und ich bedauere nur, hier in Bonn weder Zeit noch Gelegenheit zu haben, mich durch den Gebrauch von seiner Güte überzeugen zu können. Ebenso sage ich Dir meinen herzlichsten Dank für die beiden Briefe, die ich vor einigen Tagen erhielt. Ich kann es nicht leugnen, daß mich der zweite Brief ebenso unruhig, als betrübt gemacht hat, und ich beeile mich daher, gewohnt, daß Du Alles, was wir denken, gerne und mit Nachsicht aufnimmst, auch jetzt mich auszusprechen.

Du schreibst mir nämlich, daß Du mit aller Kraft jene unglückliche Bedingung in Betreff der besprochenen Parthie zurückgewiesen habest. Dies macht

Digitized by Google

mich unendlich unruhig, und der Gedanke will mich nicht verlassen, daß damit die ganze Angelegenheit, an der ich schon mit so viel Liebe hing, die sich mir, wie etwas Gewisses scheinend, schon so ganz vertraut gemacht hatte, nun auch zu der Zahl glänzender Luftschlösser gehöre, die man sich sanft baut, und die bald in Nichts zerfallen und nur eine schöne Erinnerung an etwas Erträumtes zurücklassen. Je mehr ich mich vom Gegentheil überzeugen möchte, desto schwerer wird mir dies, um so mehr, wenn ich bedenke, daß nach Deinen eignen Worten diese Bedingung sine qua non von Paris aus aufgestellt worden ist. Wie sehne ich mich, geliebter Papa, mit Dir recht bald mündlich reden zu können. Vielleicht hast Du bis dahin nähere Bestimmungen erfahren, die nunmehr auch leichter erfolgen können, da sich der Onkel seit dem 23ten wieder in Brüssel befindet.

Der zweite Theil Deines lieben Briefes hat mich fast nicht weniger ergriffen als der erste. Du fandest meine Ansichten über die neuesten Angelegenheiten in Hannover[1]) unrichtig und meintest, daß die Art des Verfahrens des Königs keine Rechtsverletzung sei? Ich glaube aber, daß nach den Bundestagsgesetzen eine Abänderung eines Grundgesetzes nur mit Zustimmung und unter Mitwirkung der Stände vorgenommen werden könnte. Der König entließ aber die Stände, indem er vorgab, er würde erst sehen, wie weit er das Gesetz für sie bestehen lassen wolle. Dies machte mich glauben, daß er im Allgemeinen in seiner Regierung eine unbeschränkte Willkür walten lassen wolle, die doch zu unserer Zeit nicht mehr passen will. Ohne den Rechten der Fürsten nur im Geringsten etwas zu vergeben, kann und muß man jedoch die des Volkes anerkennen und wahren. Man muß, dächte ich, mit der Zeit gehen und nicht ganz gegen dieselbe ankämpfen; und schon der Gedanke, aufs neue das Geschrei und die Umtriebe der vergangenen Jahre in unserem lieben Deutschland zu erwecken, hätte den König abhalten sollen, so gewaltsam zu verfahren. Nur der kann seine Rechte wahrhaft schützen, der auch die Anderer anerkennt und als Fürst sie schützt. Fürst und Volk müssen in gegenseitiger Achtung und Liebe mit einander verbunden sein. Daher glaube ich, trotz meiner Unerfahrenheit, daß es für einen jungen deutschen Fürsten besser ist, mit dem Geiste der Zeit zu gehen, alle Erscheinungen zu prüfen und das Beste auszuwählen, als sich von einer Parteiansicht gefangen nehmen zu lassen.

Verzeihe, gnädigster Papa, daß ich mich so ganz frei aussprach. Dein lieber Brief gab mir die Aufforderung dazu. Ich that es sehr gerne, indem ich Dir zu zeigen wünschte, mit wie großem Eifer und Vorsicht ich mich für meinen künftigen Beruf zu bilden suche. Ich sprach so eifrig gegen jene heftigen Absolutisten, weil ich ihre Einseitigkeit und Beschränktheit des Urtheils an dem sonst so gescheiden Prinzen von Mecklenburg, der in jenen ultra absoluten Principien erzogen wird, deutlich erkannt habe. Indem ich nochmals um Deine Nachsicht bitte, verbleibe ich mit inniger Liebe Dein treuer Sohn Ernst."

*

[1]) Bezieht sich auf den welfischen Staatsstreich vom 5. Juli 1837.

Digitized by Google

„Bonn, am 30. Juli 1837.

Liebe Mama! Aus Bonn ist das Neuste, daß heute Vormittag Karl Leiningen mit seiner ganzen Familie bei uns eintreffen wird; er kommt aus England und will einige Tage bei uns bleiben. Von unseren Plänen und Hoffnungen für die Zukunft kann ich Dir nur schreiben, sie gleichen, besonders jetzt, einem kleinen Schiffchen, das auf dem stürmenden Meere der Ränke, des Neides und des Zufalls herumgetrieben wird und von seinem launigen Steuermann, dem Schicksale, bald auf den ersehnten Hafen des Glückes zu-, bald von ihm wieder abgelenkt wird. Nach gestern erhaltenen Briefen aus Brüssel ist Alles mehr als je in Thätigkeit gegen unsere Familie, und zwar in einem solchen Grad, daß sich der Onkel sogar bewogen fühlt, uns dieses Jahr weder zu sich, noch nach England oder Frankreich reisen zu lassen, und dem Papa dringend vorgeschlagen hat, uns in eine ganz entgegengesetzte Richtung, nach der Schweiz und Italien, reisen zu lassen, was uns, wenn es Papa genehm wäre, unendlich freuen würde. Meine Angelegenheiten besonders sind seit jenen unglücklichen Bedingungen gänzlich in den Hintergrund getreten, und ich rechne sie zu jenen Luftschlössern, die, kaum errichtet, in ihr früheres Nichts zusammen sinken und nur eine liebliche Erinnerung zurücklassen . . .".

*

„Venedig, den 13. October 1837.

Lieber Papa! Beinahe schon am Ende unserer Reise und dem Augenblicke nahe, in dem es uns vergönnt ist, Dich in der lieben Heimath wieder zu begrüßen, greife ich zur Feder, um Dir doch endlich ein Mal persönlich Nachricht von uns zu geben. Wollte ich mich bemühen, Dir nur eine Beschreibung von dem zu geben, was uns das himmlische Venedig bietet, so könnte ich Folianten schreiben, geschweige denn von allen den Herrlichkeiten, welche während der ganzen Reise feenhaft an uns vorüber eilten. Noch nie kann ich mich eines solchen Herbstes erinnern, und der Himmel scheint alle Wolken und Regen nur unsertwegen verbannt zu haben. Seit vierzehn Tagen haben wir unausgesetzt warme und helle Tage, und die Nächte sind (ich könnte behaupten) beinahe noch schöner. Dieser ist der dritte Abend, den wir hier erleben, und sind in dem Augenblick noch ebenso entzückt, als wir es zum ersten Male waren. Wer wird Venedig je vergessen, wenn er es im Mondenschein gesehen hat? Ich möchte die ganze Reise darum geben, wenn ich Dich in diesem Augenblick zu uns zaubern könnte. Die ganzen Genüsse der übrigen Reise will ich jetzt unberührt lassen und sie Dir lieber auf der heimlichen Rosenau mündlich wieder zu geben versuchen, während ich Dir jetzt, lieber Papa, bei einer „guten Nacht", herzlich dafür danke, daß Du uns gestattet hast, Alles dies in Augenschein zu nehmen . . ."

*

„Bonn, am 19. November 1837.

Lieber Papa! Vielmals danke ich Dir für Deinen letzten Brief, den mir der Capitain Weimouth überbrachte. Gestern erhielten wir einen Brief vom Onkel Leopold, in welchem er sich nicht nur erstaunlich herzlich aussprach, son-

Digitized by Google

dern sogar uns einlud, die Weihnachtstage bei ihm in Brüssel zuzubringen. Die Erfüllung dieses Wunsches, der, wie Du Dir wohl denken kannst, uns ungemein am Herzen liegt, hängt jedoch von zwei Umständen ab. Der erste ist Deine gnädige Erlaubniß, lieber Papa, der zweite ist die dazu nöthige Zeit. Die Erfüllung des ersten müssen wir ganz Deiner Liebe anheimstellen und können nur Dich darum ersuchen. Die Erfüllung des zweiten ist gewiß, wenn es dem Onkel genügt, uns nur 6 Tage um sich zu sehen, da wir unmöglich nur einen Tag über die gesetzliche Zeit ausbleiben können. Am 23. Dezember schließen die Vorlesungen und beginnen am 2. Januar wieder. Wir können daher nicht früher als den 23ten Abends abreisen und nicht später als den 1ten bei guter Zeit wieder zurücksein. Dasselbe schrieb ich heute dem Onkel und erwarte von ihm, wie von Dir, lieber Papa, eine gnädige Entscheidung. — Unser Leben hier in Bonn ist äußerst geregelt und angenehm; die Studien haben den besten Fortgang. Wir finden besonders großes Interesse an dem Staatsrecht, welches Perthes vorzüglich vorträgt. Beinahe nach jeder Vorlesung werden die verschiedenen Sätze, Systeme und Ideen noch ein Mal durchgesprochen, und ein jeder von uns sucht sich eine selbstständige Meinung zu bilden und diese gegen die Einwürfe der Anderen zu verfechten. Das ist ein herrliches Mittel, mit sich in so vielen Dingen ins Klare zu kommen. Leider sind Dr. Perthes und Professor Fichte die beiden einzigen unserer Lehrer, die sich in solche Gespräche weiter einlassen und gestatten, daß auch wir etwas ungezwungener unsere Meinung aussprechen. Seitdem wir hier sind, haben wir eigentlich nur einen einzigen größeren Spaziergang gemacht. Unsere Abende bringen wir meistens mit Musik zu. Am vergangenen Donnerstag waren wir zu einem thé dansant bei dem Grafen Beust eingeladen, woran wir auch Theil nahmen, und waren erstaunt über die große Gesellschaft, welche wir daselbst fanden. Wir blieben nur bis 10 Uhr, gerade lang genug, um uns zu amüsiren, ohne den kommenden Tag zu verderben. Albert empfiehlt sich Dir . . ." (Schluß folgt)

Rußland und Finnland

Erinnerungen und Ausblicke

Von

Conrad Bornhak

Die vielerörterte staatsrechtliche Streitfrage des Verhältnisses Finnlands zu Rußland, die Jahrzehnte hindurch in zahlreichen Abhandlungen und in allen Sprachen behandelt worden ist, soll hier nicht etwa noch einmal vorgeführt werden. Nur praktische Erinnerungen an die Vergangenheit und allenfalls ein Ausblick in die Zukunft können jetzt einiges Interesse beanspruchen.

Die staatsbildende Kraft Rußlands von Peter dem Großen bis in das neunzehnte Jahrhundert hinein beruhte im wesentlichen darauf, daß es fast in

Digitized by Google

demselben Sinne wie die germanischen Reiche der Völkerwanderung ein germanischer Staat war mit einer herrschenden deutschen Oberschicht, neben der auch slawische und tatarische Familien nicht ausgeschlossen waren, und der unbedingt unterworfenen slawischen Rasse. In dieser Hinsicht war die Angliederung Finnlands, zu der sich Rußland 1809 auf dem Wege nach dem freien Meere genötigt sah, geradezu ein politisches Meisterstück und kann auch für uns bei einer ähnlichen Lage künftig vorbildlich sein: Völkerrechtliche Einverleibung in Rußland, aber staatsrechtliche Sonderstellung des Landes, dessen Bevölkerung nach Abstammung und Religion dem Russentum stets fremd bleiben mußte. An diesen Grundlagen wurde bis zum Tode Alexanders II. nicht gerüttelt, und beide Teile befanden sich wohl dabei.

Die im eigentlichen Rußland schon unter Nikolaus I. einsetzende moskowitische Reaktion berührte zunächst Finnland nicht. Denn da fand sie nicht den geringsten Boden. Die Regierungszeit Alexanders II. bezeichnet sogar noch den Höhepunkt der finnländischen Selbständigkeit. Erst unter Alexander III. beginnen die Versuche, die sich unter Nikolaus II. verstärkt fortsetzen, Finnland einfach in eine russische Provinz unter Herrschaft des russischen Beamtentums zu verwandeln. Das letztere ist wohl der springende Punkt der ganzen Bewegung. Das russische Beamtentum mit seiner verrotteten Bestechlichkeit sah sich von dem blühenden Gemeinwesen, das doch völkerrechtlich einen Teil des russischen Reiches bildete, ausgeschlossen. Und anderseits fürchteten die Finnländer mit ihrer ordentlichen und ehrlichen Verwaltung nichts so sehr als das Eindringen der russischen Tschinowniks. Die von den Russen zur Begründung ihres Vorgehens ausgesprochene Befürchtung, Finnland könne einmal bei einer schweren Krisis des russischen Reiches abfallen, schwebte vollständig in der Luft. Wo sollte es denn hinfallen? Die große Masse der finnischen Bevölkerung neigte gewiß nicht zu Schweden. Als eigner Staat konnte sich Finnland auch nicht halten. Bei Rußland fühlte es sich wohl, und es hielt treu zum russischen Reiche, solange die innere Selbständigkeit des Landes nicht beeinträchtigt wurde. Doch die Torheit der russischen Bureaukratie wollte es anders.

Das kaiserliche Manifest vom 3./15. Februar 1899 eröffnete unter dem Vorwande, daß die besonderen örtlichen Einrichtungen Finnlands allgemeinen Reichsinteressen weichen müßten, den Kampf gegen die innere Selbständigkeit Finnlands. Während der russischen Revolution wurde dagegen 1905 diese Selbständigkeit in vollem Umfange wiederhergestellt, indem gleichzeitig die alte ständische Verfassung in eine moderne repräsentative, sogar mit Frauenstimmrecht, verwandelt wurde. Doch bald darauf, nachdem die Niederschlagung der russischen Revolution gelungen war, begannen unter dem Ministerpräsidenten Stolypin die Angriffe gegen Finnland von neuem. Der endliche Erfolg war der vom Russentum gewollte: Vernichtung jeder staatlichen Sonderstellung Finnlands und Verwandlung in eine einfache russische Provinz. — Es war ein Kampf ums Recht.

Die Finnländer dachten gar nicht an bewaffneten Widerstand. Ein solcher wäre angesichts der russischen Uebermacht auch einfach Wahnwitz gewesen. Aber

Digitized by Google

nicht nur das, sie hingen trotz der russischen Uebergriffe mit rührender Treue an ihrem Kaiserhause. Sie meinten nur a malo informato ad melius informandum imperatorem sich wenden zu müssen. Hervorragende Finnländer erklärten mir wiederholt — und das war nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt —, sie würden nie das geringste tun, was sich gegen ihren Kaiser und Herrn richte.

So nahm denn der Kampf ums Recht eigentümliche Formen an. Da es ein Gericht zur Austragung des Rechtsstreites in den Formen des Zivilprozesses nicht gab und nicht geben konnte, suchten die Finnländer die öffentliche Meinung in Skandinavien, Deutschland, den Niederlanden, England und Frankreich zu gewinnen, und in jedem dieser Länder entstand eine staatsrechtliche Literatur über die finnländische Frage.[1]) Daß diese mittel- und westeuropäische Literatur auf Rußland von Einfluß sein könne, mußte ziemlich zweifelhaft erscheinen. Doch die Finnländer waren andrer Ansicht. Und der Erfolg schien ihnen wenigstens teilweise recht zu geben. Denn man war in Rußland von außerordentlicher Empfindlichkeit gegen die Aeußerungen des Westens, und da sich außerhalb Rußlands niemand für die russische Rechtsauffassung erwärmte, sorgten wenigstens die Russen selbst noch für einige Schriften, die sich durch erhebliche Schwäche der juristischen Beweisführung auszeichneten. Und in der Tat kam es doch auch darauf gar nicht an. Denn mochten die juristischen Beweise ausfallen wie sie wollten, das Ganze war doch schließlich eine Frage, bei der die Art der Lösung von vornherein feststand.

Bedenklicher als die theoretischen Erörterungen über finnländisches Staatsrecht waren die von Zeit zu Zeit auftauchenden Protesterklärungen mittel- und westeuropäischer Publizisten und Parlamentarier gegen die Vergewaltigung Finnlands durch Rußland. Denn eine solche Einmischung in seine inneren Verhältnisse braucht sich kein Staat gefallen zu lassen. Meinerseits habe ich daher die Teilnahme an solchen Erklärungen wie auch die Beteiligung an einer internationalen Verhandlung in London stets als taktlos abgelehnt. Aber die Verhandlung zu London zeigt doch, daß man damals auch noch in England und Frankreich gegen vermeintliche russische Gewalttaten auftrat und im Zarismus nicht gerade den Befreier Europas sah.

Gänzlich unbegründet ist der mehrfach erhobene russische Vorwurf, für Finnland hätten sich eine Menge feile Federn in Bewegung gesetzt. In Deutschland war es hauptsächlich wissenschaftliches Interesse an dem Problem der Staatenverbindung, anderswo auch wohl das Bestreben, den Russen Knüppel zwischen die Beine zu werfen, womit sich überall das Mitleid mit dem kleinen vergewaltigten Lande verband. Und mit dem Vorwurfe der feilen Federn sollte man doch besonders vorsichtig sein von einer Seite, die beständig den Rubel rollen läßt — in diesem Falle freilich ohne sonderlichen Erfolg.

---

[1]) Für Deutschland sei verwiesen auf meine Schrift „Rußland und Finnland", Leipzig 1900, 2. Aufl. 1909. Sie ist auf Ersuchen der Verlagsbuchhandlung geschrieben, und ich habe dafür auch nur von dieser das landesübliche Honorar erhalten.

Digitized by Google

Doch die Rechtsfrage mochte ebenso klar sein wie einst die zwischen England und Transvaal. Schließlich entscheidet über solche Probleme des Völkerlebens nicht das formale Recht, sondern die Macht. Die Macht, die sich durchsetzen kann, hat schließlich auch immer das höchste Recht für sich, und das war in diesem Falle vorläufig Rußland. Die finnländische Rechtsfrage wurde als russische Machtfrage gelöst.

Es war unter diesen Umständen ein ganz verfehltes Beginnen, wenn die Finnländer immer an ihrem alten Rechtsstandpunkte festhielten, als ob gar nichts geschehen sei. So erschien im „Oeffentlichen Rechte der Gegenwart (früher Marquardsens Handbuch)" ein dickes Staatsrecht des Großfürstentums Finnland von Erich, das im wesentlichen das Recht darstellte, das nicht galt, und daneben ein ziemlich dürftiges Staatsrecht des russischen Reiches. Das war doch eine schrullenhafte Verkennung der wahren Verhältnisse. Daneben suchten die finnländischen Juristen immer von neuem die öffentliche Meinung Europas durch Darstellungen des russischen Rechtsbruches zu fesseln, obgleich die alten französischen und englischen Freunde bereits merklich von ihnen abgerückt waren — aus leicht begreiflichen politischen Gründen.

Demgegenüber machte ich in einer Besprechung, um die mich die Redaktion der „Kritischen Vierteljahrsschrift" ersucht hatte, darauf aufmerksam, daß es doch keinen Sinn habe, immer weiter auf dem Rechtsbruche herumzureiten, mancher Staat sei rechtswidrig untergegangen, so das Heilige Römische Reich Deutscher Nation, aber die geschichtliche Tatsache stehe fest, und ein vernünftiger Mensch könne sich nur auf den Boden der Tatsachen stellen.[1])

In der Tat konnten die Finnländer nur auf diesem Wege retten, was noch zu retten war, nämlich ein im wesentlichen finnländisches Beamtentum, wenn auch unter oberster Leitung von Russen. Dagegen mußte bei weiterer Verwahrung des Rechtsstandpunktes das verrottete Tschinowniktum in einem breiten Strome in Finnland eindringen. Und in der Tat erfreute sich Finnland trotz der Vernichtung seiner staatlichen Selbständigkeit noch wertvoller Sonderrechte, so vor allem der Befreiung von der allgemeinen Wehrpflicht gegen eine jährliche Abgabe. Wenigstens diese Sonderstellung zu behaupten, war doch auch von Wert. Nimmt man dazu, wie die Buren sich bald nach der Unterwerfung unter England wieder bei sich häuslich eingerichtet hatten, so konnte man etwas Aehnliches von Finnland hoffen.

Diese Besprechung muß bald jenseits der Grenze bekannt geworden sein. Denn sowohl von dem damaligen russischen Ministerpräsidenten Kokowtzeff wie von finnländischer Seite wurde ich um Uebersendung eines Abdruckes ersucht.

Doch die Sache hatte noch eine weitere Folge. Man glaubte in St. Petersburg, wie es damals noch hieß, die Finnländer mit ihren eignen Waffen schlagen

[1]) Die finnländische Frage im Jahre 1911. Ein orientierender Ueberblick über den gegenwärtigen Stand des finnländischen Verfassungskampfes. Von einem Mitgliede des finnländischen Landtages. Leipzig 1911. Dazu Besprechung in der „Kritischen Vierteljahrsschrift". 3. Folge, Bd. 15, S. 305 ff.

Digitized by Google

zu können, und wie sie sich bisher auf die öffentliche Meinung Westeuropas gestützt, bot sich jetzt die Gelegenheit, ihnen die Ansicht ihres angeblichen früheren Freundes vorzuhalten. Daß ich in der Besprechung ausdrücklich gesagt hatte, meine Rechtsansicht sei noch genau dieselbe wie früher, spielte dabei keine Rolle.

Am 20. Februar/5. März 1914 schrieb mir der Staatssekretär v. Korewo, der Vorsitzende der Kommission für finnländische Gesetzgebung:

„Im Jahre 1912 haben Sie auf den Seiten der „Kritischen Vierteljahrsschrift" Ihre autoritätvolle Stimme in der vielumstrittenen finnischen Frage erhoben. Es ist ohne weiteres klar, daß jede objektive Meinung und um so mehr eine so schwerwiegende wie die Ihrige in der genannten Frage für eine richtige Auffassung derselben äußerst wichtig erscheint und eine möglichst starke Verbreitung verdient. Diesem Rechnung tragend, hatte ich schon damals die Idee gefaßt, Ihre höchst interessante und wertvolle Aeußerung über die mir so naheliegende Frage in der russischen, englischen und französischen Sprache erscheinen zu lassen, um die weiten Gesellschaftskreise Rußlands, Englands und Frankreichs über den Standpunkt, den die ruhige objektive Wissenschaft in einer politischen Streitfrage zu wahren hat, zu unterrichten."

Gegen das daran geknüpfte Ersuchen um Genehmigung der Verbreitung des Abdruckes nach vorheriger Uebersendung der Korrekturen konnte ich natürlich nichts einzuwenden haben. Freilich war mir an der öffentlichen Meinung Rußlands, Englands und Frankreichs in der Frage herzlich wenig gelegen, desto mehr daran, daß die Finnländer sich nach den erteilten Ratschlägen richteten.

Darauf empfing ich am 28. März/11. April 1914 die Antwort:

„Gestatten Sie mir hiermit, Ihnen meinen besten und innigsten Dank auszusprechen für Ihre überaus liebenswürdige Genehmigung, Ihre werte Schrift in der russischen, französischen und englischen Sprache erscheinen zu lassen. Zurzeit stehen die russische und französische Uebersetzung unter der Presse, und ich will sicherlich nicht vergessen, die Korrekturen derselben Ihnen zeitig zuzustellen. Ich erlaube mir ferner, Ihrem Interesse für das mir so naheliegende Problem der finnischen Frage entgegenzukommen und würden Sie mich zum Dank verpflichten, wenn Sie mir mitteilen wollten, ob ich Ihnen auch russische Schriften über die genannte Frage zusenden darf."

Für das letztere freundliche Anerbieten mußte ich danken, da ich von beiden Seiten mit der gesamten Literatur immer aufs reichlichste versehen worden war. Die Korrekturen habe ich noch am 12. Juni 1914 erhalten und demnächst zurückgesandt. Der weiteren Verfolgung der Angelegenheit setzte der Krieg ein Ende.

Vom deutschen Standpunkte aus konnte ein über das bloß wissenschaftliche Gebiet hinausgehendes Interesse für Finnland natürlich nur obwalten, soweit deutsche Interessen in Frage kamen. Denn uns für Bulgaren, Buren und ähnliche Völker bloß aus Haß gegen das Unrecht zu begeistern, haben wir glücklicherweise immer mehr verlernt. Ich habe das auch den Finnländern selbst stets offen gesagt, namentlich als sie mich zur Teilnahme an der Londoner

Digitized by Google

Konferenz zu bestimmen suchten. Deutsches Interesse war es nun vor allen Dingen, daß die Fremdstämmigen, die das Großrussentum in breitem Gürtel an allen Grenzen umgeben, nicht vollständig russifiziert wurden. War das finnländische Staatswesen nicht aufrechtzuerhalten, so mußten eben die Finnländer innerhalb der nunmehrigen russischen Provinz ihre Stellung möglichst zu behaupten suchen.

Dagegen war die Hoffnung auf eine etwaige Erhebung Finnlands im Falle eines auswärtigen Krieges Rußlands immer sehr gering zu veranschlagen, und die Erfahrung hat dem bisher recht gegeben. Daß die Finnländer von der russischen Weltmacht einfach erdrückt worden wären, wenn sie sich gegen den Verfassungsbruch erhoben hätten, ist selbstverständlich. Aber sie erheben sich auch jetzt nicht, während sie sich durch einen Aufstand einen Anspruch auf Befreiung schaffen könnten. Freilich sollen noch erhebliche russische Truppen im Lande stehen. Wo die herkommen sollen, ist einigermaßen zweifelhaft. Allenfalls stehen sie noch in den größeren Städten und an den Eisenbahnlinien. Aber das Land der tausend Seen wäre selbst gegenüber einer bedeutenden russischen Truppenmacht zum Kleinkriege geradezu geschaffen. Der in die Einöden Sibiriens verbannte frühere Landtagspräsident Svinhufvud soll gesagt haben, er vertraue auf Gott und Hindenburg. Man sollte doch bei solchen Vertrauensbeweisen die eigne Kraft nicht ganz mißachten. Die Finnländer wollen eben gar nicht und erwarten ihre Befreiung von außen. Das beweist aber wieder, wie ungerecht die russische Befürchtung war, das selbständige Finnland bedeute bei einem auswärtigen Kriege eine Gefahr für Rußland. Es war eben nur das verrottete russische Beamtentum, das das blühende finnländische Gemeinwesen mit einer ordentlichen Verwaltung nicht ansehen konnte.

Für die Frage einer späteren Befreiung Finnlands vom russischen Joche können daher auch nicht finnländische Interessen maßgebend sein, sondern nur diejenigen Deutschlands und des germanischen Europa überhaupt.

Rußland bedeutet, abgesehen von seiner Größe, deshalb eine beständige Gefahr für das übrige Europa, weil es bei seiner Lage durch den Drang nach dem offenen Meere notwendig auf den Weg der Eroberung hingewiesen ist. Dieser Drang wird sich da am stärksten erweisen, wo der Weg zum offenen Meere am nächsten zu sein scheint. Ein weiteres Zurückdrängen Rußlands an der betreffenden Stelle nötigt es, dort seine Eroberungspläne aufzugeben. Ein solcher Vorposten zum offenen Meere und zur Gefährdung Skandinaviens ist nun Finnland. Die volle Sicherheit Skandinaviens ist ohne Lostrennung Finnlands von Rußland nicht möglich. Sonst wird Rußland von hier aus bei jeder Gelegenheit nach der Ueberwältigung Schwedens und Norwegens streben. Insofern kann die finnländische Frage bei einem Friedensschlusse mit Rußland eine große Rolle spielen.

Ein selbständiger finnländischer Staat ist durch die Natur der Dinge ausgeschlossen. Finnland hat nie völkerrechtliche Selbständigkeit besessen. Seine Bewohner sind seit Jahrzehnten der Wehrpflicht entwöhnt. Ein solches Staatswesen würde sich gegen Rußland nicht halten können.

Digitized by Google

Vor der russischen Eroberung im Jahre 1809 war Finnland nichts als schwedische Provinz. Kaiser Alexander I. übertrug auf dem Landtage von Borga einfach die schwedische Verfassung auf Finnland und begründete damit ein eignes finnländisches Staatswesen, während die völkerrechtliche Abtretung seitens Schwedens erst später erfolgte.

Eine einfache Rückabtretung an Schweden, das inzwischen das als Entschädigung für Finnland im Jahre 1814 empfangene Norwegen wieder verloren hat, geht aber auch nicht an. Denn inzwischen hat sich in Finnland etwas andres entwickelt, die Nationalitätenfrage. Finnland war im wesentlichen schwedisches Kolonialland mit dünner schwedischer Bevölkerung an der Süd- und Westküste und der großen Masse der Finnen mongolischen Stammes im Innern. Heute dürften etwa 300000 Schweden $2^1/_2$ Millionen Finnen gegenüberstehen. Das spielte im achtzehnten Jahrhundert keine Rolle, da die Schweden in Finnland wie die Deutschen in den Ostseeprovinzen die Kultur schlechthin vertraten. Inzwischen sind die Finnen zum Selbstbewußtsein ihrer Nationalität gelangt, haben auch eine reiche Literatur entwickelt. Sie können nicht ohne weiteres mehr in einem schwedischen Staate aufgehen, der nur doppelt so viele Bewohner hat wie Finnland. Anderseits behaupten doch auch die Schweden in Finnland als ursprüngliche Träger der Kultur und durch die Lage ihrer Wohnsitze eine Bedeutung, die die ihrer Zahl weit übertrifft.

Unter diesen Umständen bleibt nur die Lösung, daß Finnland in dasselbe Verhältnis zu Schweden gesetzt wird, in dem es bis zum Verfassungsbruche zu Rußland stand: völkerrechtlich ein Teil Schwedens und dem Auslande gegenüber durch Schweden gedeckt, aber nach innen ein eigner Staat mit besonderer Verfassung unter dem schwedischen Könige als Großfürsten von Finnland. Daß sich dabei die alten Unionsstreitigkeiten wiederholen, die Schweden neunzig Jahre hindurch zur Verbitterung beider Teile mit Norwegen geführt hat, ist schwerlich zu befürchten. Denn einmal bildet dagegen die schwedische Bevölkerung in Finnland selbst ein Gegengewicht. Und dann haben die Finnländer beider Nationalitäten doch schaudernd selbst erleben können, wie es ihnen nach der Loslösung von Schweden beim russischen Väterchen ging: Vestigia terrent.

Amerikanische und europäische Städte

Von

Prof. Dr. Eugen Oberhummer (Wien)

Die heutige Erdkunde hat ihren Ausgang von der physischen Betrachtung der Erdoberfläche genommen, und nicht mit Unrecht sucht man darin den Schwerpunkt unsrer Wissenschaft. Denn auch die Geographie des Menschen in ethnischer, wirtschaftlicher und historischer Beziehung würde ohne Berücksichtigung der physischen Verhältnisse der festen geographischen Grundlage entbehren.

Digitized by Google

Es ist daher nur natürlich, daß die Behandlung der Geographie des Menschen im Sinne der modernen Erdkunde jüngeren Ursprungs und noch nicht so systematisch durchgearbeitet ist als die physische Geographie.

Zu den jüngsten Zweigen dieses Teiles der Erdkunde gehört die Geographie der Städte. In der länderkundlichen Literatur der letzten zehn Jahrzehnte finden wir zwar die menschlichen Wohnplätze im Zusammenhang mit ihren natürlichen und historischen Bedingungen dargestellt, was schon einen großen Fortschritt gegen die früher übliche rein äußerliche Aufzählung nach politischen Bezirken bildet. Aber die großen Zentren menschlicher Siedelung konnten dabei doch nur kurz behandelt und nicht in ihrer Eigenart erschöpft werden.

Seit einigen Jahren dringt mehr und mehr die Ueberzeugung durch, daß die großen Städte nicht nur dem Historiker und Nationalökonomen, sondern auch dem Geographen Probleme bieten, die eine besondere Vertiefung und spezielles Studium erfordern. Unter den deutschen Geographen haben in letzter Zeit besonders K. Hassert, H. Hassinger, E. Hanslik und der Berichterstatter sich mit diesen Fragen beschäftigt. Auch von andern europäischen sowie von amerikanischen Geographen liegen eine Reihe einschlägiger Arbeiten vor, so daß es schon nicht mehr ganz leicht ist, die zerstreute und oft an entlegenen Stellen veröffentlichte Literatur zu übersehen.

Wenn ich im folgenden versuche, nicht etwa ein einzelnes Problem zu behandeln, sondern einige Gesichtspunkte vergleichender Städtekunde hervorzuheben, so folge ich dabei Eindrücken und Beobachtungen, welche ich auf drei Reisen durch Nordamerika sammeln konnte. Unter amerikanischen Städten verstehe ich dabei natürlich in erster Linie jene der Vereinigten Staaten, deren Typus sich auch in Kanada wiederfindet. Dagegen unterscheiden sich die Städte des lateinischen Amerika nicht bloß durch das nationale Milieu von den amerikanischen im engeren Sinne. Ich habe diesen Typus aus eigner Anschauung nur in Mexiko kennen gelernt, halte aber eine Berücksichtigung schon deshalb für geboten, weil er auch in einzelnen Teilen der Vereinigten Staaten vertreten ist.

1. Alte und junge Städte

Fragen wir uns, welche Merkmale die europäischen Städte in ihrer Gesamtheit von den amerikanischen unterscheiden, so möchte ich das Alter der einen, die Jugendlichkeit der andern an erste Stelle setzen.

Ein großer Teil unsrer Städte, hauptsächlich im südlichen und westlichen Europa, so weit die römische Herrschaft reichte, wurzelt im klassischen Altertum. So lassen sich in Italien, Frankreich, Spanien die meisten namhaften Städte in das Altertum zurück verfolgen, und nur wenige, wie Madrid oder Venedig, sind späteren Ursprungs. Aber auch ein großer Teil der Städte Englands und der deutschen längs des Rheins und der Donau (Köln, Mainz, Straßburg, Augsburg, Regensburg, Wien) haben ihre antiken Vorgänger und bewahren zum Teil noch heute ansehnliche Reste aus jener Zeit. Ihre antiken Namen weisen ebenso wie in Frankreich vielfach darauf hin, daß nicht erst die Römer,

Digitized by Google

sondern schon die einheimische keltische Bevölkerung dazu den Grund gelegt hat. Ja in vielen Fällen können wir deutliche Spuren einer noch viel älteren, prähistorischen, mitunter bis in die neolithische Zeit zurückreichenden Siedelung nachweisen. Das Alter mancher Wohnplätze, besonders in Italien und Griechenland, bemißt sich sonach auf drei bis vier Jahrtausende und liefert einen augenfälligen Beweis für die Dauerhaftigkeit der von Menschen zu ständiger Niederlassung ausersehenen Punkte der physischen Erdoberfläche.

Im germanischen und slawischen Europa, soweit es nicht in den Bereich römischer Herrschaft fiel, sind die Städte wesentlich jüngeren Alters. Die ursprüngliche Siedelungsform dieser Völker waren die Einzelhöfe und offenen Dörfer. Städtische Mittelpunkte erwuchsen hier erst im Mittelalter etwa seit dem zehnten Jahrhundert. Berlin ist erst im dreizehnten Jahrhundert als Stadt entstanden.

Die mittelalterlichen Städte waren bekanntlich Siedelungen von ungemein scharf ausgeprägter Eigenart. Mit festen Mauern und Türmen umgeben, oft noch durch eine Zitadelle geschützt, unterschieden sie sich von den offenen Landsiedelungen durch die Größe und die Geschlossenheit der Bauart sowie durch ein mehr oder minder großes Maß von Selbstverwaltung, das bei den deutschen Reichsstädten bis zur politischen Unabhängigkeit führte und in den „freien Städten" Hamburg, Bremen und Lübeck mit ihrer republikanischen Verfassung noch heute fortlebt. Sie sind politische Gebilde wie der alte griechische, der altitalische und der mittelalterliche italienische Stadtstaat; auch letzterer hat in der Republik San Marino noch jetzt sein Nachspiel.

Den strengen rechtlichen Unterschied von Stadt und Dorf, von Bürger- und Bauernstand hat die Neuzeit mehr und mehr verwischt. In Deutschland und Oesterreich besteht zwar noch ein gesetzlicher Unterschied von Stadt- und Landgemeinden, der übrigens in den einzelnen deutschen Staaten, ja sogar innerhalb Preußens und in den einzelnen Kronländern Oesterreichs verschieden bestimmt ist. Die romanischen Länder kennen überhaupt nur Gemeinden, deren Gebiet sich oft weit über die geschlossene Ortschaft hinaus erstreckt und letztere, so besonders in Italien, an Einwohnerzahl erheblich übertreffen kann. In England verstand man seit dem Mittelalter unter Town eine befestigte Stadt, die nicht Sitz eines Bischofs war; in letzterem Falle hieß sie City. Ein ganz besonderer Fall ist die City von London. Als ein Gemeinwesen von altertümlicher Verfassung und historischen Vorrechten innerhalb der großen Weltstadt hat sie wohl nirgends ihresgleichen. Die Analogie mit der La Cité genannten Seineinsel in Paris bezieht sich nur auf ihre Lage als Kern der ältesten Stadt.

Durch die zuerst in London hervorgetretene Eigentümlichkeit der Konzentrierung des Geschäftslebens und der zunehmenden Entvölkerung von ständigen Bewohnern ist die Londoner City ein Typus für den entsprechenden Vorgang der Citybildung in anderen Städten geworden. Am reinsten repräsentiert diesen Typus in Amerika der „Loop Distrikt" von Chikago; in Neuyork trägt zwar der untere Teil von Manhattan bis etwa zur 42. Straße, wie übrigens auch in

Digitized by Google

Brooklyn die Gegend um Borough Hall, ausgesprochenen Citycharakter, aber doch nicht so ausschließlich, da man die von Italienern, Juden und Chinesen bewohnten Quartiere nicht zur City im obigen Sinne rechnen kann.

Im übrigen heißt in Amerika City so ziemlich jede Stadt; die Bezeichnung Town scheint als minderwertig empfunden zu werden, obwohl sie in Ausdrücken wie „up town“ und „down town“ allgemein üblich ist. „Township“ ist eben die Gemeinde schlechthin, auch wenn sie nur aus ein paar Häusern besteht. Die gesetzliche Grundlage für die Bezeichnung City ist wohl der City-Charter, entsprechend dem königlichen Freibrief in England und seinen Kolonien.

Nur wenige unter den bekannten europäischen Städten sind erst seit dem Mittelalter entstanden. Die Hauptstadt des russischen Reiches verdankt ihre Entstehung einem Herrscherakt Peters des Großen, und auch manche deutsche Städte wie Mannheim (1606) und Karlsruhe (1715) sind durch Fürstenlaune hervorgerufen worden. Diese alle verraten schon in ihrer regelmäßigen Anlage den jungen Ursprung. Noch mehr gilt dies natürlich von den erst im letzten Jahrhundert entstandenen reinen Industriestädten, die hauptsächlich in den Kohlenrevieren Deutschlands, Belgiens, Frankreichs und Englands aus früher unbedeutenden Ansiedlungen oder auch ohne solche Grundlage rasch zu volkreichen Zentren erwachsen sind. Sie kommen am meisten dem Typus junger amerikanischer Städte gleich.

Daß die Neue Welt im allgemeinen nur junge Städte aufzuweisen hat, ergibt sich schon aus der späten Besiedelung des Erdteils durch die weiße Rasse. Doch ist die Tatsache nicht zu übersehen, daß bereits die alten Kulturvölker Amerikas wirkliche Städte hatten und auch einzelne andre Indianergruppen Niederlassungen von stadtähnlicher Ausdehnung kannten. Die festen Bauten der Mayas und der alten Peruaner erregen noch heute unsre Bewunderung, und die Ruinen von Tiahuanaco führen uns in eine weit entlegene Vorzeit zurück. Soweit diese indianischen Städte zur Zeit der Entdeckung Amerikas noch in Blüte waren, hat die europäische Kolonisation unmittelbar an sie angeknüpft. Die bekanntesten, aber keineswegs einzigen Beispiele hierfür sind die alten Hauptstädte von Peru und Mexiko, Cuzco und Tenochtitlan.

Das Alter von Cuzco kennen wir nicht; es hat wahrscheinlich schon vor der Herrschaft der Inkas bestanden. Die Gründung von Tenochtitlan wird von der Tradition um 1325 angesetzt. Es war das größte Bevölkerungszentrum des alten Amerika; die Zahl der Bewohner wurde von den Spaniern auf 300000 bis 500000 geschätzt. In Europa hatte damals wohl nur Konstantinopel eine ähnliche Volkszahl aufzuweisen; die Schilderung, welche Marco Polo von den volkreichen Städten Chinas gegeben hatte, waren allgemein auf ungläubige Verwunderung gestoßen.

Die von Cortez 1522 angelegte neue Stadt hat nicht nur die von den Azteken ausgewählte Schutzlage inmitten des Sees, sondern auch wesentliche Teile des Grundrisses der indianischen Stadt übernommen. Der heutige Mittelpunkt der Stadt, die Plaza de la Constitucion (früher Plaza Mayor), mit der

Digitized by Google

Kathedrale und dem Nationalpalast entspricht dem indianischen Zentrum mit dem größten Teocalli und dem Palaste Montezumas. Die von dort nach den Hauptrichtungen auslaufenden Straßenzüge decken sich, nach den ältesten Plänen zu schließen, mit den Dammwegen durch den seither trockengelegten See.

Außer Mexiko selbst zeugen noch manche andre Städte des Landes durch ihre Namen und die Ueberlieferung für den einheimischen Ursprung und die Neigung zur Stetigkeit menschlicher Wohnplätze unter völlig veränderten ethnischen und kulturellen Bedingungen.

Unter den europäischen Kolonisten sind die Spanier die ersten Städtegründer in Amerika gewesen. Ihre Anlagen stellen daher einen älteren Typus dar als die angloamerikanischen. Das 1519 gegründete Havana läßt noch deutlich die Altstadt mit der ehemaligen Festungslinie erkennen. Alte Kathedralen im prunkvollen Jesuitenstil und andre Bauten atmen hier wie in Mexiko und Lima noch den Geist des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts.

Auch in den Vereinigten Staaten sind die ältesten Stadtgründungen spanischen Ursprungs. Neben St. Augustine, Florida, das 1565 als Fort angelegt wurde, kann wohl Santa Fé, Neu-Mexiko, als älteste Stadt bezeichnet werden. Im Jahre 1605 gegründet, hat sie bis heute an dem überraschenden Aufschwung der Städte des Westens nur bescheidenen Anteil genommen und ihren spanischen Typus fast rein bewahrt. In dem alten Gouverneurspalast, der jetzt das Museum beherbergt, zeigt man noch ein Stück Mauer aus Gußwerk, als Ueberrest der vorhergegangenen indianischen Siedelung. Erst später haben die Indianer von den Spaniern gelernt, ihre Pueblos aus luftgetrockneten Ziegeln (adobe) zu bauen, eine Methode, die den Spaniern anscheinend durch die Araber aus dem Orient zugekommen ist, wo man sie noch heute wie in ältester Zeit findet.

Ein eigentümlicher Zauber spanischer Vergangenheit liegt über dem ganzen ehemals mexikanischen Südwesten der Union, am meisten über den beiden jüngsten Staaten Neu-Mexiko und Arizona. Anderwärts erinnert nur der Name oder ein altes Missionsgebäude daran, daß so mächtig aufstrebende Städte wie San Franzisko oder Los Angeles ihre erste, freilich sehr bescheidene Existenz dem spanischen Kolonialreich verdanken.

Als ein andres fremdes Element durchziehen französische Namen den Norden des englischen Sprachgebietes von Maine und Lake Champlain über Detroit und Sault St. Marie bis Coeur d'Alène und Pend d'Oreille in Idaho sowie das Mississippital von La Crosse über St. Louis bis Neuorleans. Die beiden ältesten französischen Stadtgründungen knüpfen wie die spanischen an indianische Siedelungen; Quebec und Montreal sind an Stelle der großen Indianerdörfer Stadacona und Hochelaga erbaut.

Bei den angloamerikanischen Gründungen hat die Zugkraft älterer Wohnplätze sich nur in wenigen Fällen bewährt. Richmond, Virginia, und Salem, Massachusetts, können vielleicht als Beispiele angeführt werden. Der Grund liegt einerseits in der Seltenheit größerer und ständiger Siedelungen bei den Indianern östlich des Mississippi, anderseits in der Schärfe des Rassengegensatzes,

Digitized by Google

den die Romanen stets viel leichter überbrückt haben als die Völker germanischen Stammes. Das zielbewußte Vordringen der Angloamerikaner und der harte Kampf ums Dasein an der Grenze, den uns Theodore Roosevelt in seinem „Winning of the West" so anschaulich geschildert hat, standen einer Verschmelzung der Rassen von vornherein entgegen.

So sind die angloamerikanischen Städte völlige Neugründungen, bedingt durch den Scharfblick der Kolonisten für die Gunst der Lage. Wenn man sich auch zuweilen bei der Wahl des Ortes vergriff, wie gerade bei der ersten englischen Siedelung Jamestown, Virginia (1607), oder bei manchen später wieder verfallenen Gründungen im Westen, so hat die Entwicklung doch in der Mehrzahl der Fälle den Ansiedlern recht gegeben. Manchmal fand sich erst nach längerem Tasten der richtige Ort. Die ersten Versuche der Pilgerväter an der Neuenglandküste pendeln zwischen Plymouth, dem Landeplatz der „Mayflower" (1620) und Salem (1628) hin und her, bis sie an der bevorzugtesten Stelle der Massachusettsbai in Boston (1634) ihren natürlichen Schwerpunkt fanden. Obwohl jünger als das von den Holländern 1624 angelegte Neuamsterdam, der Vorläufer Neuyorks, ist Boston dank seinem vortrefflichen Hafen und der besonders günstigen Verbindung mit dem Mutterland früher als andre Städte der alten Kolonien emporgeblüht und hat zuerst die Stelle der größten Stadt erlangt, die zu Ende des achtzehnten Jahrhunderts an Philadelphia und zu Anfang des neunzehnten an Neuyork überging. Dieser frühen Entwicklung und der Lage auf einer nach drei Seiten isolierten Halbinsel ist es zuzuschreiben, daß in Boston wie bei den alten europäischen Städten der ursprüngliche Stadtkern sich deutlich aus dem Komplex der Vor- und Nachbarstädte (Cambridge) heraushebt. Minder scharf ist dieser Typus im ältesten Teil von Neuyork ausgeprägt, wo der weltberühmte Name von Wall Street an die Enge der ersten Stadt erinnert.

Städte von historischem Gepräge wie Boston und Quebec sind in Amerika vereinzelt; die ungeheure Mehrzahl, vor allen natürlich die Städte des Westens, tragen den Typus voller Jugendlichkeit zur Schau.

2. Geographische Lage und historische Momente

Seit der eingangs gekennzeichneten Erneuerung der Siedlungsgeographie im Sinne der modernen Länderkunde ist man bestrebt, die Entstehung und das Wachstum von Städten aus der geographischen Lage zu erklären. So viel Treffendes darüber auch gesagt worden ist, geht man hierin doch vielfach zu weit, indem untergeordnete Vorteile der Ortslage gegenüber historischen, oft von zufälligen Entscheidungen abhängigen Momenten überschätzt oder auch bezüglich der Verkehrslage das Verhältnis von Ursache und Wirkung verkannt wird. Das gilt besonders für die europäischen Hauptstädte. Hier ist die Tatsache, daß eine Dynastie irgendwo ihren Sitz aufschlug und durch Kriegsglück oder andre Umstände die Oberhand über rivalisierende Nachbarn gewann, meist das entscheidende, die Gunst der Lage das sekundäre Element. Daß an der Stelle von St. Petersburg ohne den Willen seines Gründers und ohne die Verlegung des kaiserlichen

Digitized by Google

Hofes und der Staatsverwaltung dorthin nicht von selbst eine Großstadt entstanden wäre, liegt auf der Hand. Das antike Byzanz war dank seiner Lage wohl eine blühende Kolonie, aber erst nach tausendjährigem Bestand ist es durch die Erhebung zur Residenz und zweiten Reichshauptstadt das geworden, was es als Hauptstadt des byzantinischen und türkischen Reiches geblieben ist.

Daß Rom die Herrschaft in Italien erlangte, dankt es neben der Lage doch nur den siegreichen Kriegen. Tarent hätte allerdings nie die Poebene, Genua nicht Sizilien beherrschen können; aber wo wäre Roms Weltstellung geblieben, wenn der überlegene karthagische Feldherr in seiner Vaterstadt weniger engherzig unterstützt und die Vorherrschaft im Mittelmeer an Karthago übergegangen wäre? Wie wenig diese Weltstellung allein, ohne das Hinzutreten andrer Momente, zur großstädtischen Entwicklung beiträgt, erhellt daraus, daß Rom nach dem Ende des weströmischen Reiches nicht einmal die Stelle der größten Stadt Italiens behaupten konnte und auch heute trotz seiner zentralen Lage und der Vorteile als Hauptstadt einer Großmacht darin von Neapel und Mailand überflügelt wird.

War Paris wirklich durch seine Lage berufen, das Haupt Frankreichs und damit die größte Stadt des europäischen Kontinents zu werden? Das alte Lutetia war ja als Insel- und Brückenstadt gewiß ein bevorzugter Punkt für den kleinen Gau der Pariser, stand aber gegen die reichen Städte des südlichen Gallien weit zurück. Ein größerer Mittelpunkt wurde es erst durch Chlodwig als Residenz eines Königreichs, dessen Schwerpunkt auf lange Zeit das nördliche Frankreich blieb. Als später nach Vertreibung der Engländer aus Frankreich, nach dem Anfall von Guienne und Gascogne, von Bretagne und Burgund unter Ludwig XI. sich der französische Einheitsstaat vorbereitete, erschien die Hauptstadt weit aus dem Mittelpunkt verschoben und der strategisch gefährdeten Nordgrenze nahegerückt. Trotzdem ist Paris Hauptstadt geblieben und hat als Residenz Ludwigs XIV. und Napoleons die Vorteile der Machtstellung Frankreichs in sich vereinigt. Aber kann man zweifeln, daß das viel zentraler gelegene Orléans ebenso zur Millionenstadt geworden und Paris zur Provinzstadt herabgesunken wäre, wenn Hugo Capet den Sitz des Königtums dorthin verlegt hätte?

Die Vorzüge der Lage von Wien sind mehrfach erörtert, und es ist mit Recht hervorgehoben worden, daß von hier aus die Länder der habsburgischen Monarchie zusammengehalten werden mußten. Doch war es für das römische wie für das alte Deutsche Reich nur eine Grenzstadt und hätte ohne die erfolgreiche Heiratspolitik der Habsburger trotz seiner Verkehrslage nie die Bedeutung einer Weltstadt erlangt. Berlin vollends verdankt seine Größe lediglich den Hohenzollern. Die Vorteile der Lage an einer Furt und Insel der Spree waren so lokaler Natur, daß sie nur für den ersten Grenzhandel mit den benachbarten Slawen von Einfluß waren. Den Vorort der Mark verbindet mit der Hauptstadt Preußens und des Deutschen Reiches nur die Dynastie. Die Vorteile der letzteren Stellung wären Hannover oder Köln ebenso zugute gekommen, wenn die Einigung des Reiches von dort hätte ausgehen können. Berlin ist ein Mittelpunkt des

Digitized by Google

europäischen Verkehrs nicht vermöge seiner Lage, sondern weil es als Hauptstadt eines großen Reiches den Verkehr an sich gezogen hat. Der moderne Schnellverkehr folgt oft mit bedeutenden Umwegen den bestehenden Zentren und steigert dadurch natürlich wieder deren Bedeutung. Als letztes Beispiel sei an München erinnert, das gewiß durch seine Lage zur Hauptstadt Bayerns weit weniger berufen ist als Regensburg. Den Vorzug, als freie Reichsstadt der Jurisdiktion bayrischer Fürsten entzogen gewesen zu sein, büßt diese älteste und natürliche Hauptstadt Bayerns jetzt mit einer bescheidenen Provinzstellung.

Wenn ich die genannten Fälle ausführlicher besprochen habe, geschah es nur, um der Meinung entgegenzutreten, daß das Entstehen großer Städte sich immer aus der Lage erklären müsse. In vielen, ja den meisten Fällen trifft dies gewiß zu. Hafenplätze wie Hamburg, Antwerpen, Liverpool; Handels- und Industriezentren wie Glasgow, Manchester, Lyon, Mailand danken ihre Entwicklung teils der Ortslage (Hafenschutz, Hilfsquellen der Umgebung usw.), teils ihrer Stellung zum Weltverkehr. Sie eignen sich besser zum Vergleich mit amerikanischen Städten, wo das geographische Moment fast ausschließlich maßgebend ist.

Es ist ein bekanntes und nur den Vereinigten Staaten eigentümliches Prinzip, den Sitz der Verwaltung möglichst in sekundäre, oft ganz unbedeutende Orte zu verlegen, um den Einfluß großer Volksmassen auf die Zentralstellen tunlichst auszuschalten. Freilich gibt es davon auch Ausnahmen, aber außer Boston ist keine der über 400 000 Einwohner zählenden Städte mit einem Kapitol geschmückt, und nur wenige Hauptstädte können sich rühmen, zugleich das Bevölkerungszentrum ihres Staates zu sein. Dadurch erscheint bei den amerikanischen Großstädten jedes künstliche Moment ausgeschaltet, und die geographischen Faktoren kommen rein zur Geltung.

Eine Sonderstellung nimmt nur Washington ein. Mit Absicht auf neutralem, jungfräulichen Boden angelegt, an einer Stelle, die für die Regierung der dreizehn alten Staaten annähernd zentral, für den Verkehr nach außen aber ungünstig gelegen war, erscheint Washington gegenüber andern amerikanischen Städten als Kunstprodukt. Nur mühsam hat sich um die ersten Amtsgebäude eine Stadt entwickelt, und lange blieb diese in bescheidenen Grenzen, bis die gewaltige Bevölkerungsvermehrung und wirtschaftliche Entwicklung des Reiches in ihrer Rückwirkung auf die Bundeshauptstadt auch dieser einen großstädtischen Charakter aufprägte.

Mit dieser einen Ausnahme können die amerikanischen Städte als ein Ergebnis ihrer Lage, sei es zu den natürlichen Verkehrslinien, sei es zu den Bodenschätzen der Umgebung, gelten. Was in dieser Beziehung von andrer Seite über Neuyork, Chikago, San Franzisko gesagt worden ist, braucht hier nicht wiederholt zu werden. Auch die Verschiebung der ursprünglichen Bedingungen bietet viel Bemerkenswertes. Die Wanderung des Schwerpunktes der Bevölkerung nach dem Westen, welche in dem rapiden Wachstum von Chikago ihren greifbaren Ausdruck findet; das relative Zurückbleiben von Neuorleans, seitdem der Mississippi seine

Digitized by Google

Rolle als Hauptverkehrsader an die Eisenbahnen abgegeben hat; die überraschende Entwicklung von jungen Großstädten wie Los Angeles, Seattle und andern Zentren um den Pugetsund sind einige von den mannigfachen Problemen, die sich hier bieten und das Studium amerikanischer Städte zu einer besonders dankbaren Aufgabe für den Geographen machen. (Schluß folgt)

Gallipoli

Als im letzten Balkankriege die bulgarische Offensive gegen Konstantinopel an der türkischen Tschataldschastellung zum Stehen gekommen war, auch die Cholera sich dort eingestellt hatte, machten die Verbündeten den Versuch, sich des alten thrazischen Chersones, der heutigen Halbinsel von Gallipoli zu bemächtigen. Im gegenwärtigen Kriege versucht man dasselbe. Beiden Unternehmungen liegt natürlich der Gedanke zugrunde, sich von der Landseite her der Dardanellenforts zu bemächtigen, welche den Zugang zu Konstantinopel von Westen hindern und deren Bewältigung vom Meere aus trotz erheblicher Schiffsverluste den Engländern und Franzosen nicht gelingen will. Auch auf der kleinasiatischen Seite schien man im Balkankriege eine Zeitlang vom Lande her gegen die dortigen Dardanellenforts vorgehen zu wollen. Fast hatte es den Anschein, als ob die Gegend des alten Ilion (heute Kum Kalessi) wieder Kampffeld werden sollte — und auch neuerdings landeten Franzosen bei Kum Kale an der asiatischen Küste und rückten gegen Jenischer vor. Sie wurden von den Türken genötigt, sich auf ihre Schiffe zurückzubegeben. Herr Asquith wählte am 8. Mai im Unterhause hierfür die aus Wahrheit und Dichtung zusammengestellte, jetzt so beliebte Form: „Die Franzosen, die vom asiatischen Ufer herüberkamen, nachdem sie ihre Aufgabe dort erfüllt hatten, stießen zu ihnen," d. h. zur englischen 29. Division bei Sedil-Bahr auf Gallipoli. Es ist klar, daß der französische Versuch, an der asiatischen Küste sich festzusetzen, glänzend mißlang. Jetzt wird er als „Täuschungsunternehmen" hingestellt. Ehrlicher wäre es gewesen, wenn Herr Asquith das Mißlingen zugegeben hätte. Von ihm aber ist solches am wenigsten zu verlangen. Tatsächlich haben sich die Landungstruppen wieder eingeschifft und fuhren nach Sedil-Bahr, wo sie die englischen verstärkten.

Die Lage war im Balkankriege eine andre als heute. Die gewaltsame Einfahrt in die Dardanellen und Niederkämpfung der türkischen Befestigungen konnte von der schwachen griechischen Flotte nicht versucht werden, da sie einen solchen Auftrag nicht hätte ausführen können, sowenig sie von Herrn Limpus und der türkischen Flotte zu fürchten hatte. Tatsächlich fanden Seegefechte zwischen türkischen und griechischen Kriegsschiffen außerhalb, westlich des Einganges der Dardanellen statt, z. B. am 17. Dezember 1912. Die Inseln Tenedos und Imbros spielten auch damals wie heute die Rolle von Stützpunkten der angreifenden Flotte. Damals wie heute lag auch die Möglichkeit vor, vom Golfe von Saros

Digitized by Google

aus zu landen. Die Gelegenheit, auf dem Lande von Dimotica her über Kavak in die Halbinsel einzudringen, welche damals von den Bulgaren (100000 Mann) benutzt wurde, ist heute aber weniger vorhanden, weil man noch nicht auf dem Lande steht. Die bulgarische Offensive kam damals nach ihrem Erfolge am Flusse Kavak an den Befestigungen von Bulair zum Halten. Dort liegt quer über diesen nördlichsten und schmalsten (5 Kilometer breiten) Teil der Halbinsel eine Reihe türkischer Befestigungen aus dem Jahre 1854, die aber 1912/13 wohl ausgebaut wurden.

Aus dem griechischen Unternehmen von Saloniki her und über den Golf von Saros gegen die Halbinsel Gallipoli wurde nichts. Die Griechen waren anderweitig beschäftigt. Die Bulgaren bedrohten nach dem Siege von Kavak ernstlich den Ort Gallipoli selbst. Man plante daher in Konstantinopel eine „Diversion" in den Rücken der Bulgaren über Scharkoej am Marmarameer. Der damalige Enver-Bei, Chef des Stabes des X. Armeekorps, hatte sie mit einem Teile dieses Korps auszuführen.

Am 7. Februar 1913 verließ er Konstantinopel. Etwa gleichzeitig ging der andre Teil des X. türkischen Armeekorps nach Gallipoli ab. Enver-Beis Landungsversuch wurde nach anfänglichem Erfolge auf Befehl aus Konstantinopel, der auf falschen Meldungen beruhte, aufgegeben; ein Offensivstoß der Türken aus der Linie von Bulair schlug gleichzeitig fehl. Immerhin blieb die bulgarische Offensive an der Linie von Bulair stecken.

Heute verläuft die Sache anders. An sechs Stellen versuchten die Verbündeten in den Tagen vom 25. bis 29. April Truppen auszuschiffen. Es ist wiederum bezeichnend, daß Herr Asquith sagt: „Es wurde beschlossen, gleichzeitig an drei Stellen zu landen, bei Kap Helles und Sedil-Bahr, bei Kaba-Tepe und Kum Kale." Die drei andern Versuche mißglückten nämlich von vornherein. Diese Operationen wurden von der gesamten anwesenden französisch-englischen Flotte unterstützt. An drei Hauptpunkten gelang das Unternehmen zunächst. Australier und Neuseeländer landeten an der Küste des Aegäischen Meeres (Westküste von Gallipoli) bei Kaba-Tepe, Engländer bei Teke Burun (Vorgebirge, Kap) an der Südwestspitze der Halbinsel und Sedil-Bahr (29. Division), Franzosen, wie ich schon sagte, bei Kum Kale auf asiatischem Ufer.

Es entspricht durchaus den allgemeinen Grundsätzen, in ähnlichen Fällen dem Angreifer das Landen zu gestatten. Sobald ein Teil der Landungstruppen ausgeschifft und mehr oder weniger vorgerückt ist, greift der Verteidiger sie an und schlägt sie. Den Eindringlingen — soweit sie nicht ihre Schiffe erreichen können — bleibt dann nur die Wahl zwischen Gefangenschaft und Rückzug ins Meer — also Ertrinken. In dieser Art mißglückte der französische Versuch bei Kum Kale auch. Auf der Halbinsel Gallipoli selbst sind allerdings 60- bis 70000 Mann der Alliierten gelandet. Nach wochenlangen, durch die Schiffsartillerie unterstützten Kämpfen haben sie trotz eines Verlustes von 50 Prozent noch nicht vordringen können. Auch die Flotte der Verbündeten hat erhebliche Opfer gebracht. „Morningpost" führte am 8. aus, es handle sich im Unter-

Digitized by Google

nehmen gegen Gallipoli darum, daß die Engländer „um den höchsten Einsatz in ihrer ganzen Geschichte“ spielten. „Wenn wir Erfolg haben, werden wir viel reicher sein. Verlieren wir aber, so wird unsre Position im Westen zwar nicht sehr geschwächt werden, doch erleiden wir dann eine moralische Niederlage, die uns in den Augen unsrer mohammedanischen Untertanen herabsetzt und unsern Feinden neuen Mut einflößen wird.“ Nun wohl! Die Alliierten werden das Spiel verlieren, dank dem tapferen türkischen Heere und seinen deutschen Führern! Möge man sich auf Dreiverbandsseite mit gutem Anstand in das Unvermeidliche fügen, wie der Korrespondent Ashmead Bartlett sagt.

Wissenschaft und Kriegführung

Von

Dr. H. Wichelhaus

Wer zuerst gesagt hat, „zum Kriegführen sind dreierlei Dinge nötig: Geld, Geld, Geld!“ ist nach Büchmann nicht sicher; sicherer schon, daß man die „silbernen Kugeln“ Jahrhunderte hindurch für ausschlaggebend im Kriege hielt.

Noch sicherer ist, daß jetzt Wissenschaft, die man nicht für Geld, nicht einmal für Geld und gute Worte haben kann, wenn man sie gerade gebraucht, für die Sache unentbehrlich ist.

Daß unter den Wissenschaften, die in Betracht kommen, die Technologie eine Hauptrolle spielt, wird niemand bezweifeln. Doch denkt man dabei wahrscheinlich mehr an die mechanische Technologie, in welcher gelehrt wird, wie man Gewehre, Geschütze und andres Kriegsgerät macht, weniger an die chemische Seite der Sache.

Da aber die besten Gewehre und Geschütze nichts taugen, wenn sie nicht mit dem richtigen Pulver beschickt werden, da die Erfindung solchen Pulvers schon lange sprichwörtliche Bedeutung hat und seine Darstellung jetzt zu den merkwürdigsten Kapiteln der chemischen Technologie gehört, ist es wohl zeitgemäß, darüber einiges mitzuteilen.

Die Schießmittel, mit denen man jetzt umgeht, als ob sie wie Sand am Meere gefunden würden, sind langsam gereifte Früchte der Arbeiten eines halben Jahrhunderts.

Im Jahre 1846 entdeckte Schönbein die Salpetersäure-Ester der Zellulose, denen er den Namen „Schießbaumwolle“ gab, weil er in Form von Baumwolle vorkommende Zellulose benutzt hatte und die Erzeugnisse für Schießzwecke geeignet erschienen. Die deutsche Bundesversammlung in Frankfurt a. M. schloß sich dieser Auffassung an und beauftragte den österreichischen General v. Lenk mit weiterer Verfolgung der Sache. Auch ohne besonderen Auftrag beschäftigten

Digitized by Google

sich viele Technologen mit der Schießbaumwolle; dabei traten aber viel mehr unerwartete Explosionen als greifbare Erfolge ein.

Vielleicht wäre alles in dem Meere der Vergessenheit untergegangen, wenn nicht im Jahre 1860 der preußische Artilleriehauptmann Schultze ein anderes Vorkommen der Zellulose für die Esterbildung verwendet hätte. Er stellte das erste, ohne Gefahr in Gewehren und Geschützen zu benutzende Zelluloseпulver her, indem er die Holzzellulose mit Salpetersäure behandelte. Obwohl dieses „Holzpulver" als solches keinen großen Wert behalten hat, ist durch seine Einführung der ganzen Sache ein neuer Anstoß gegeben worden; als dann Schultze, seine Versuche fortsetzend, im Jahre 1880 mit Aether das Holzpulver gelatinierte, erkannten die Technologen die Richtung, in welcher auch die Schießbaumwolle zu verbessern war.

Nicht nur in Deutschland, namentlich in England und Frankreich hatte man die Versuche mit Baumwolle nie ganz aufgegeben; schließlich bewährte sich diese als der beste Rohstoff. Aber erst am Ende des vorigen Jahrhunderts kam man so weit, daraus die Schießmittel herzustellen, welche nun für die Kriegführung — nebenbei auch für die Jagd — das alte Schwarzpulver völlig in den Schatten gestellt haben, weil sie 1. rauchlos verbrennen, 2. viel stärker wirken, so daß jetzt Geschosse von etwa 1000 Kilogramm Gewicht auf Entfernungen von 30 Kilometer geschleudert werden, während man im Kriege 1870/71 höchstens Geschosse von 80 Kilogramm 15 Kilometer weit schleudern konnte, und weil sie 3. Vorausberechnungen gestatten, die man früher vergebens anstrebte.

Angesichts dieses Erfolges kommt man natürlich zu der Frage, weshalb er fünfzig Jahre hindurch auf sich warten ließ. Die Antwort ist folgende:

1. Die aus Baumwolle hergestellten Ester enthalten schwer zu beseitigende Reste der verwendeten Säuren und Nebenprodukte, die sich von selbst verändern. Solange man glaubte, diese Nebenstoffe durch Waschen mit kaltem Wasser beseitigen zu können, blieb man in unsicheren Verhältnissen. Die Schießbaumwolle erhitzte sich und kam nicht selten unaufgefordert zur Explosion. Erst seitdem man die feine weiße Fasermasse schonungslos durch Zerfaserungsvorrichtungen zerreißt, dadurch neue Angriffsstellen für das Waschwasser schafft und dieses kochend heiß anwendet, ist es möglich, unveränderliche Produkte herzustellen.

Aber noch jetzt kann man belehrt werden, daß diese Prozesse nicht genügend lange fortgesetzt wurden und keine genügende Prüfung auf Beständigkeit stattgefunden hat, wie z. B. die gewaltige Explosion des französischen Kriegsschiffs „Liberté" im Hafen von Toulon vor einigen Jahren gezeigt hat.

2. Die vollkommen gereinigte und auf Beständigkeit richtig geprüfte Schießbaumwolle verbrennt auffallend schnell, z. B. so, daß man sie auf Schwarzpulver abbrennen kann, ohne daß dieses entzündet wird. Dieses Verbrennen liefert lauter Gase und bedeutet große Kraftentwicklung; aber diese Kraft wirkt brisant (von briser zerbrechen) und ist wohl für Sprengzwecke zu verwerten, aber nicht ohne Schaden in Gewehren und Geschützen. Dafür verlangt man Propulsivwirkung (von propellere vorwärtstreiben), wie sie durch das Schultze-

Digitized by Google

pulver zustande kam, weil dieses, aus grober Holzzelluloſe hergestellt, langsamer brennt und doch, im Vergleich mit Schwarzpulver, stark treibend wirkt.

Den größten Fortschritt bewirkte der Prozeß des Gelatinierens, weil dieser, auf Schießbaumwolle angewendet, die Verbrennung bedeutend verlangsamt und demgemäß die Brisanz vermindert.

Immerhin erfordert auch die gelatinierte Schießbaumwolle Gewehre und Geschütze, die einem gewissen Stoß widerstehen, so daß sie heute noch unangenehme Ueberraschung herbeiführen könnte, wenn man sie etwa in einer alten Jagdflinte verwendete.

3. Die Gelatinierung hat noch weitere, für den Erfolg unerläßliche Wirkungen gehabt. Sie besteht darin, daß man die Schießbaumwolle durch Aether und Alkohol, durch Essigäther und andre Mittel in eine kolloidale Lösung überführt, um aus der leimartigen Masse Platten auszuwalzen, welche dann zu Blättchen zerschnitten werden, Stäbe oder Röhren zu formen, kurz, Schießmittel zu bilden, welche den Namen „Pulver" nicht mehr verdienen. Dieser Umformungsprozeß macht es auch möglich, die Zelluloseester mit Nitroglyzerin im Verhältnis von 60 zu 40 in besonders hergerichteten Knetmaschinen zu vermengen, so daß ein Schießmittel von höchster, nur in starken Geschützen zulässiger Treibkraft entsteht.

Namentlich aber ist diese Umformung insofern von großem Werte, als dadurch die Porösität der faserförmigen Schießbaumwolle und die Möglichkeit des Lufteinschlusses verschwindet. So kommt man zu fehlerfreier Gleichförmigkeit der Schießmittel und erzielt die bei dem Schwarzpulver immer vergebens angestrebte Proportionalität der Wirkung, welche ihren einfachsten Ausdruck darin findet, daß ceteris paribus in gleichen Zeiten gleiche Mengen verbrennen und alles weitere im voraus genau zu berechnen ist.

4. Wenn man nun die nach allen Regeln hergestellten, nach Prüfung bewährten kräftigen Schießmittel benutzen will, verhalten sie sich in einer Beziehung wie der deutsche Michel. Sie lassen sich durch gewöhnliche, unbedeutende Funken gar nicht recht zur Wirkung bringen, stark angestoßen aber können sie sehr unangenehm werden.

Also handelte es sich schließlich noch um den richtigen Anstoß, um die sog. Initialwirkung (von initium, der Anfang). Nicht nur das Gewehr mußte, wie erwähnt, dem neuen Treibmittel angepaßt werden; auch der Zündpille in der Patrone war eine neue Rolle zuzuweisen.

Während das alte Schwarzpulver durch den Funken, der durch Feuerstein und Stahl oder sonstwie hervorzurufen war, zur Wirkung kam, muß jetzt die Explosion der Zündpille einen genügenden Schlag auf die Pulverladung ausüben, wenn diese sich entzünden und das Geschoß in berechneter Weise treiben soll.

*

Da nun alles dies bei der Herstellung der Schießmittel und bei ihrer Anpassung an den Gebrauch zu berücksichtigen ist, haben sich wissenschaftlich durch-

Digitized by Google

gearbeitete Betriebe herausgebildet, deren Leiter ganz ungewöhnlicher Vorbereitung bedürfen.

Noch etwas gehört dazu. Wenn man als Technologe nebenbei Unfallstatistik zu studieren und Sicherheitsvorrichtungen zu bearbeiten hat, also berufsmäßig nicht nur die Fabriken im regelmäßigen Betriebe, sondern auch die Stätten der Verwüstung nach eingetretenen Explosionen besucht, findet man oft Gelegenheit, die kaltblütige Ruhe der Unternehmer zu bewundern, die auf den Trümmern ihrer Werke Vorschläge machen, wie der Betrieb wieder einzurichten ist.

Denn Gefahr bleibt mit der Herstellung von Stoffen, die gewaltige Wirkung hervorbringen sollen, naturgemäß verbunden, wenn man sie auch nach richtiger Erkenntnis der Ursachen von Unfällen vermindern kann.

Da nun solche Stoffe ebenso zahlreich und verschieden, wie nötig und wirksam sind, mögen noch einige Beispiele angeführt sein.

1. Mit den Schießmitteln nahe verwandt sind die Sprengstoffe. Jahrhunderte hindurch waren beide Gruppen unter der Bezeichnung „Schwarzpulver" zusammenzufassen. Jetzt zählt die Anlage C zur Verkehrsordnung der Eisenbahnen Deutschlands über 100 Sprengstoffe auf und hört man ebenso bei der Explosion einer französischen Fabrik in Cheddes von einem „Turpinit", das hier niemand kennt, wie bei uns von neuentdeckten Stoffen mit angeblich ungeheurer Sprengwirkung.

Diese Mannigfaltigkeit erklärt sich aus der Verschiedenheit der Aufgaben, denen die Sprengstoffe dienen. Wie die größten Verkehrswege zu bahnen sind, indem man Felsmassen zersprengt, um Länder und Völker durch Tunnelbauten zu verbinden, so sind Schienenwege und Brücken zu zerstören, auch Beobachtungsposten usw. zu beseitigen, wenn es der Feldzugsplan erfordert. Dabei ist das Umherfliegen von Stücken tunlichst zu vermeiden, während die in Granaten, Schrapnells usw. anzuwendenden Stoffe gerade die Aufgabe des Umherschleuderns zu erfüllen haben, aber nicht alles zu unwirksamem Staub zersprengen dürfen. Wieder anders ist die Aufgabe, in Bergwerken brauchbare Stücke von Kohle, Salz und Erz abzusprengen. Dabei kommt außerdem in Frage, ob die Benutzung der Sprengstoffe die Luft verdirbt oder schlagende Wetter hervorruft.

Obwohl nun im Kriege nicht 100 verschiedene Sprengstoffe herbeizuschaffen sind, so kommt doch jede der bezeichneten Aufgaben in Betracht, sobald in besetztem Feindesland auch Bergwerke in Gang zu bringen sind. Deshalb hat auch hier die erwähnte Anlage C ihre Bedeutung; denn sie enthält die Vorschriften für Beförderung der Sprengstoffe und den Maßstab für die Gefahr bei der Handhabung. Darin liegt zugleich, daß ein neu vorgeschlagener Stoff erst gehörig geprüft werden muß, bevor er dem allgemeinen Verkehr übergeben, dem Soldaten und dem Bergmann in die Hand gegeben werden kann.

Bei dieser Prüfung ist schon vieles unbrauchbar befunden worden. Zum Beispiel wirken die Salze der Pikrinsäure heftiger als die Säure selbst. Sie sind aber im Verkehr nicht zugelassen, weil die Gefahr bei ihrer Handhabung zu groß ist.

Digitized by Google

Die Mehrzahl der neueren Sprengstoffe hat, wenn man sie mit dem Schwarzpulver vergleicht, den bei Schießmitteln schon hervorgehobenen Vorzug: sie werden durch Funken nicht recht zur Wirkung gebracht, sondern bedürfen richtig bemessener Initialwirkung. Dadurch erhalten neue und größere Bedeutung die

2. Zündmittel. Seit langer Zeit ist Knallquecksilber als Zündmittel berühmt, weil es durch Stoß und Schlag zur Explosion zu bringen ist, die schon bei Anwendung ungefährlicher Mengen genügt, um die schlummernde Kraft von Schießmitteln und Sprengstoffen zu wecken. Etwa 10000 Kilogramm Knallquecksilber werden unter gewöhnlichen Verhältnissen jährlich in Deutschland verbraucht, und zwar in unzähligen kleinen Mengen. Denn 3 Gramm machen schon eine sehr starke Ladung von sog. Sprengkapseln, die für Dynamit benutzt werden, aus.

Seitdem aber Th. Curtius die Stickstoffwasserstoffsäure entdeckt hat (1890), versucht man deren Salze als Zündmittel einzuführen, namentlich das Bleiazid, eine Verbindung von Blei und Stickstoff, die stärker als Knallquecksilber wirkt, aber auch größere Gefahren bei der Darstellung bedingt, um so mehr, als diese Stoffe fest eingepreßt werden müssen, damit sie nicht vor dem Gebrauche locker werden.

3. Wasserstoff. Wer sich einmal mit Chemie beschäftigt hat, kennt die Darstellung von Wasserstoff als eine Aufgabe für Anfänger. Die Methoden der chemischen Laboratorien sind aber in vielen Fällen für die Technik unbrauchbar, weil bei dem kleinen Bedarf nicht auf die Kosten und etwaige Uebelstände der Nebenprodukte Rücksicht zu nehmen ist. So wurde die Darstellung von Wasserstoff Gegenstand einer Preisaufgabe, als der große Verbrauch der Luftschiffe in Betracht kam.

Diese bei der Internationalen Luftschiffahrtausstellung in Frankfurt a. M. 1909 gestellte Aufgabe führte zu einem übersichtlichen Bilde der Möglichkeiten. Jetzt stützt sich der Betrieb auf Eisen und Wasserdampf, weil daran jedesmalige Wiederherstellung von Eisen aus dem entstandenen Oxyd so anschließt, daß fortlaufend in den einmal richtig beschickten Apparaten zu arbeiten ist.

Wenn man bedenkt, daß ein „Zeppelin“ außer seinem eignen Gewicht bis zu 3000 Kilogramm Bomben auf lange Fahrt mitnehmen kann, daß alles dies durch Wasserstoff schwebend zu erhalten ist, außerdem aber Fesselballons zu füllen sind und andre Benutzungen des Wasserstoffs sich eingebürgert haben, sieht man klar, daß ungeheure Mengen des leichten Gases gebraucht werden. Dabei hat aber das Gas im Gemenge mit Luft schon frühzeitig den Namen „Knallgas“ erhalten und können die Explosionen großer Mengen sehr heftig werden.

Ferner kommt in Betracht, daß der Wasserstoff zu versenden ist in Behältern von Stahl oder Schmiedeeisen unter Druck bis zu 200 Atmosphären, und daß die Ausströmung aus solchen Behältern gut geregelt sein will.

*

Digitized by Google

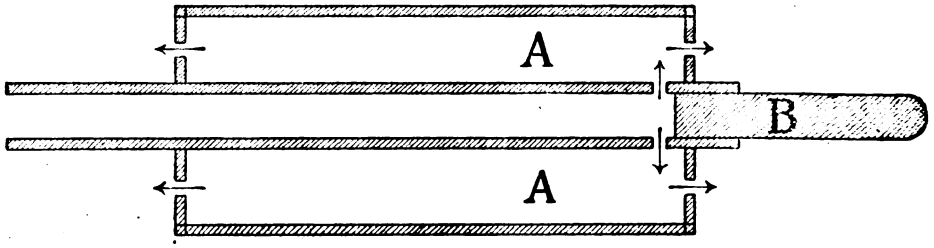
Da überhaupt solche mit technologischen Mitteln feinster Art hergestellte und hergerichtete Stoffe und Geräte mit Sachkenntnis zu benutzen sind, wenn man richtigen Erfolg haben will, kann nach dieser Auseinandersetzung mit bestimmterem Hinweis wiederholt werden, was zu Anfang gesagt wurde.

Nicht den für Geld in aller Welt anzuwerbenden Massen kommt heutzutage der Sieg zu, sondern dem für den Krieg am besten vorbereiteten Volke.

So wird es auch bleiben. Denn bei allen für den Krieg in Betracht kommenden Wissenschaften, insbesondere bei der Technologie, gibt es keinen Stillstand. Bald nachdem man gelernt hatte, ohne Rauch zu schießen, kam die Frage auf, ob auch der Knall zu vermeiden sei. Wenn man die Ursachen beider Begleiterscheinungen des Schusses ins Auge faßt, erkennt man die neue Aufgabe.

Der Rauch entsteht beim Schießen mit Schwarzpulver, weil dessen Verbrennung nicht nur Gase liefert, welche das Geschoß treiben, sondern schwärzlichen Rückstand läßt, welcher, fein verteilt, von den Gasen getragen wird. Diese Nebenerscheinung fällt fort, wenn die Schießmittel nur Gase entwickeln.

Der Knall entsteht beim Schießen auch jetzt noch, weil die in den engen Räumen der Gewehrläufe und Geschützrohre unter außerordentlich hohem Druck stehenden Gase plötzlich ins Freie treten und starke Explosionswellen hervorrufen. Gibt man den Gasen Gelegenheit, in einen um den Gewehrlauf gelegten Schalldämpfer (A der folgenden Zeichnung) einzutreten, bevor das Geschoß B



ihnen den Weg ins Freie bahnt, so entweichen sie allmählicher und mit bedeutend abgeschwächtem Geräusch in den Richtungen der Pfeile.

Schon sollen Wilddiebe — deren Handwerk durch das Geräusch ja besonders gestört wird — Mittel gefunden haben, lautlos zu schießen, vielleicht mit Hilfe derartiger Einrichtungen.

Ob deren allgemeine Anwendung möglich ist, kann man vertrauensvoll der Zukunft überlassen.

Andre Aufgaben sind bereits in den Vordergrund getreten. Sie können nicht zurückgestellt, aber auch nicht jetzt schon hier besprochen werden.

Berlin, im Februar 1915.

Digitized by Google

Eine Erinnerung zum 18. Juni

Von

A. v. Kirchenheim

Am 18. Juni ist der hundertjährige Gedenktag der Niederlage Wellingtons und des gewaltigen Siegs der Preußen unter Blücher bei Waterloo. „Belle-Alliance" wird die Schlacht von uns genannt. Bismarck äußerte (am 14. März 1893) zu Erich Marcks darüber: „Belle-Alliance! Das ist so recht deutsch; die Engländer schämen sich der Gemeinschaftlichkeit des Kampfs, reden nie von unsrer Beihilfe, die doch entschied; ihnen ist es eine üble Alliance. Sie sagen Waterloo. Die würdelose Kriecherei der Deutschen muß natürlich das Gegenteil tun. Mich empört es jedesmal, diesen Schlachtnamen zu hören."

Ein ergreifender Beleg für die Richtigkeit dieser Aeußerung kam mir dieser Tage in die Hände, dessen Mitteilung zum Gedenktage für unsre Leser, ja für unser Volk von Interesse und Wert sein dürfte. Ein badischer Amtmann, Freiherr v. Liebenstein, sagte in einer Rede, die er in Lahr zur zweiten Jahresfeier der Leipziger Schlacht am 18. Oktober 1815 hielt, folgendes, was so recht den krassen Egoismus Englands kennzeichnet und der Enttäuschung der „idealen" Deutschen Ausdruck verleiht:

„Wenn ich nun ein Wort zum Preise des großen britischen Feldherrn sagen soll, so hemmt mir ein widrig störendes Gefühl den Strom der Rede. Kaum hatte er, der im Kampfe so herrlich erschienen, den feindlichen Boden betreten, so hat er sich in Gesinnung und Bestreben zu unsern Feinden gestellt ... Bei den Friedensverhandlungen hat er nur gegen den Feind Großmut geübt, uns aber unser Recht vorenthalten. Diese schmerzliche Erfahrung möge uns eine neue Lehre sein, daß wir endlich aufhören sollen, mit dem Fremden zu buhlen und Abgötterei zu treiben, daß wir, wenn wir ein Volk sein wollen, einheimisches Verdienst vor allem in Ehren halten müssen. Als die frohe Kunde von dem herrlichen Siege in den Niederlanden erschollen war, da fanden sich nur allzu viele Deutsche, im Waffenrock und im Friedensgewand, die dem Briten die Ehre des Siegs fast allein zuteilen und das Verdienst des preußischen Helden höchstens als ein beiläufiges und untergeordnetes gelten lassen wollten. Und er, den ihr auf Kosten eures Volksgenossen verherrlichen wolltet, hatte kaum den Degen in die Scheide gesteckt, so nimmt er die Ansprüche unsrer ewigen Feinde gegen uns in Schutz und legt sein hohes Ansehen gegen unsre heiligsten Interessen, gegen unser teuerstes und unveräußerlichstes Recht in die Wagschale!"

So gesagt vor hundert Jahren.

Digitized by Google

Literarische Berichte

Im polnischen Winterfeldzug mit der Armee Mackensen. Von Fritz Wertheimer. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt. Geh. M. 3.—, geb. M. 4.—.

Zu den vortrefflichsten Leistungen der deutschen Kriegsberichterstattung während des Weltkriegs, die es verdienen, in Buchform zu geschlossener Wirkung vereinigt und den Lesern auch einer späteren Zeit zugänglich gemacht zu werden, gehören die Berichte, die Dr. Fritz Wertheimer aus dem polnischen Winterfeldzug der Armee Mackensen für die „Frankfurter Ztg." geschrieben hat. Ruhige Sachlichkeit und warmes Empfinden, gediegene literarische Bildung, die der einfachsten Darstellung persönlichen Reiz verleiht, jeden sentimentalen, „feuilletonistischen" Aufputz aber verschmäht, machen diese so oft im Drang des Augenblicks geschriebenen Briefe zu Muster- und Meisterstücken ihrer Gattung. Ohne Phrase, ohne einen falschen Ton erklingt hier aus diesen schlichten, fein abgestimmten Schilderungen das Lob unsrer herrlichen Truppen, ihrer todverachtenden Tapferkeit, ihrer unerschütterlichen Ausdauer, ihres starken, tiefen Empfindens, das immer wieder das rauhe Kriegshandwerk mit schönen, rührenden Zügen echter Menschlichkeit verklärt. — Vierzig wohlgelungene Abbildungen nach photographischen Aufnahmen des Verfassers erhöhen den dokumentarischen Wert des Buches, das auch nach dem Krieg ein schönes Denkmal des unvergeßlichen, ruhmvollen Ringens unsrer Tapferen gegen die russischen Riesenheere bilden wird.

s.

Vom Leben in Wald und Feld. Biologische Bilder aus der heimischen Pflanzenwelt. Von Erich Sieghardt. 104 Seiten in Oktav mit Abbildungen. Verlag von Otto Maier, Ravensburg. Geb. M. 2.—.

Ein ansprechendes kleines Büchlein, das wir besonders Lehrern auf dem Lande in die Hand geben möchten, denn es zeigt ihnen, wie man der Jugend zu Gemüte führen kann, wie das Kleinste in der Natur auf das wunderbarste auf die Lebensbedingungen eingerichtet ist. Aber auch die Jugend selbst und die Erwachsenen würden Freude haben, wenn sie nach dem Durchlesen des Buches einen Spaziergang machten, sie würden die Pflanzenwelt mit andern Augen ansehen und an manchem Interesse gewinnen, an dem sie sonst gleichgültig vorübergingen. Die einzelnen Kapitel schildern die Pflanzen nach den Jahreszeiten, sie vermögen in dem engen Rahmen natürlich nur Ausschnitte aus dem Pflanzenleben zu bringen; diese sind aber hübsch aneinander gereiht und werden als Einführug sehr wohl ihren Zweck erfüllen.

K. Guenther.

Neue Kriegsgedichte. Der Tag des Deutschen. Zweiter Teil. Von Rudolf Presber. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt. Geh. M. 1.50, in Pappband geb. M. 2.—.

All die Vorzüge, denen der erste Band der Presberschen Kriegsgedichte seinen außerordentlichen Erfolg verdankt, finden sich auch in dem neuen Band, in dem der Dichter große Ereignisse behandelt, soweit sie sich seit Erscheinen des ersten Bandes zugetragen haben, und in wirkungsvollen Stimmungsbildern wiedergibt, was ihm die Tage nahelegten. Neben wuchtigem Ernst und fortreißender Begeisterung kommt auch Presbers Humor in gar manchem dieser Gedichte zu Wort, der Zeit und dem Anlaß entsprechend auf einen satirischen Ton gestimmt. So darf auch der neue Band als eine der geeignetsten Gaben für Soldaten und Verwundete bezeichnet werden; nicht weniger aber auch als eine vorzügliche Sammlung zum Vorlesen, wie zu ruhigem künstlerischem Genießen für jene, denen es nicht vergönnt ist, im Feld mit ihrem Blut für die deutsche Sache einzutreten.

r.

Rezensionsexemplare für die „Deutsche Revue" sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Uebersetzungsrecht vorbehalten.

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

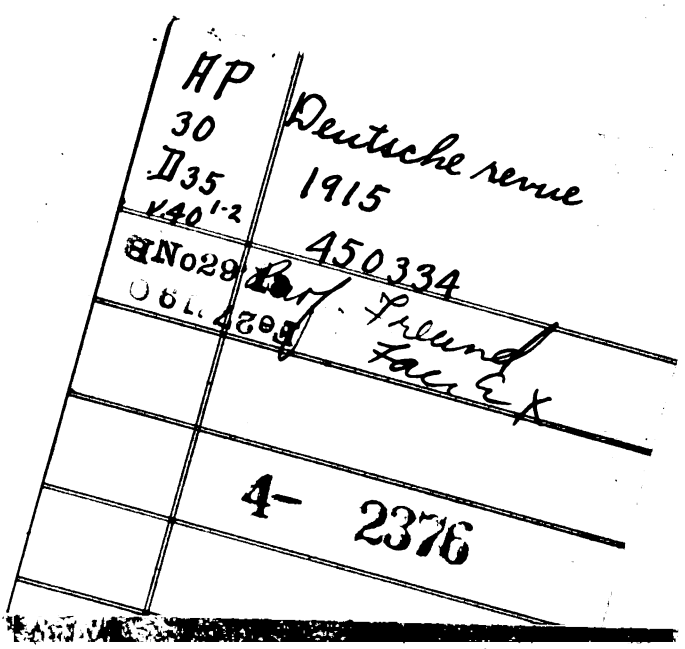
Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart — Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württemberg

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

4- 2376



Digitized by Google

UNIVERSITY OF CHICAGO
102 562 261

Digitized by Google